

Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2015

Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung

Bundesinstitut
für Berufsbildung **BiBB**

- Forschen
- Beraten
- Zukunft gestalten



Bundesministerium für Bildung und Forschung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat die gesetzliche Aufgabe, Entwicklungen in der beruflichen Bildung zu beobachten und zum 1. April jeden Jahres der Bundesregierung hierüber einen Bericht (Berufsbildungsbericht) vorzulegen (§ 86 BBiG). Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) ist verpflichtet, an der Vorbereitung des Berufsbildungsberichts mitzuwirken (§ 90 Abs. 1, 1a).

Seit dem Jahr 2009 gibt das BIBB einen „Datenreport zum Berufsbildungsbericht [Jahr] – Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung“ heraus. Dieser stellt die zentrale Informationsquelle und Datengrundlage für den Berufsbildungsbericht des BMBF dar.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-88555-989-4

Vertriebsadresse:

Bundesinstitut für Berufsbildung
Arbeitsbereich 1.4 – Publikationsmanagement/Bibliothek
Robert-Schuman-Platz 3
53175 Bonn
Telefax: 02 28/1 07-29 67
E-Mail: vertrieb@bibb.de
Bestell-Nr.: 09.233

© 2015 by Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn

Herausgeber:

Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn
E-Mail: zentrale@bibb.de
Internet: www.bibb.de

Redaktion: Michael Friedrich
Redaktionsassistentin: Dagmar Borchardt, Petra Spilles
Lektorat: Ursula Knüpper-Heger
Herstellung: Heike Rotthaus

Gesamtherstellung: W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld
Printed in Germany

ISBN 978-3-88555-989-4

Impressum Online



Der Inhalt dieses Werkes steht unter einer Creative Commons Lizenz (Lizenztyp: Namensnennung – Keine kommerzielle Nutzung – Keine Bearbeitung – 4.0 Deutschland).

Weitere Informationen finden Sie im Internet auf unserer Creative Commons-Infoseite <http://www.bibb.de/cc-lizenz>

Diese Netzpublikation wurde bei der Deutschen Nationalbibliothek angemeldet und archiviert.

Internet: www.bibb.de/veroeffentlichungen

Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2015

Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung

Vorwort



Passungsprobleme auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben in den letzten Jahren zugenommen. Die Diskrepanzen zwischen der Nachfrage nach geeigneten beruflichen Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten und dem Angebot an Ausbildungsstellen und Arbeitsplätzen werden sich voraussichtlich in Zukunft noch verschärfen. Die aktuellen und zukünftigen Passungsprobleme sind eine Herausforderung für die Berufsbildung in Deutschland. Diesem zentralen bildungspolitischen Thema ist das Schwerpunktthema (Kapitel C) im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2015 gewidmet. Ausgehend von einem Überblick über die gegenwärtige Situation auf dem Ausbildungsmarkt werden einzelne Faktoren, wie die demografische Entwicklung, das Bildungsverhalten junger Menschen und die Ausbildungsbeteiligung der Wirtschaft beleuchtet. Anhand von Betriebsbefragungen werden Mechanismen für Mismatch auf dem Ausbildungsmarkt untersucht und Parameter ermittelt, die Fachkräfteengpässen in kommenden Jahren entgegenwirken könnten. Auf Basis der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen und weiterer Daten werden kurz- und langfristige Entwicklungsperspektiven für das Fachkräfteangebot und die -nachfrage im mittleren Qualifikationsbereich skizziert.

In den Kapiteln A und B werden die Indikatoren zur beruflichen Aus- und Weiterbildung fortgeschrieben. Vertiefende und stärker differenzierte Auswertungen primär- und sekundärstatistischer Datenquellen ergänzen auch in diesem Jahr wieder die etablierte Standardindikatorik. Kapitel D gibt einen Überblick über Regelangebote und Programme, Modellversuche und

überbetriebliche Berufsbildungszentren zur Förderung von Innovationen in der Berufsbildung. Im internationalen Kapitel (E) wird das Thema „Passungsprobleme“ aus einer internationalen Perspektive betrachtet. Weiterhin wird über europäische Indikatoren und Benchmarks über die Mobilität in Ausbildung und Beruf und die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in Deutschland berichtet.

Auf dem Internetportal www.bibb.de/datenreport stehen – wie in den Vorjahren – ergänzende Tabellen, Schaubilder und Expertisen zum Abruf bereit.

Wir wünschen uns, dass Sie auch in diesem Datenreport wieder viel Informatives wie auch Anregendes finden werden. Auf Ihr Feedback, Ihre Anregungen und Anmerkungen freuen wir uns (datenreport@bibb.de).

Ihr

Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser
Präsident

Hinweise für Leserinnen und Leser

Der Datenreport zum Berufsbildungsbericht stützt sich auf zentrale Indikatoren und Kennwerte, um Entwicklungen in der beruflichen Bildung in Deutschland darzustellen. Neben der textlichen Darstellung werden Tabellen → **Tabelle ...** und Schaubilder → **Schaubild ...** verwendet. Darüber hinausgehende und stärker differenzierte Datenwerte werden unter www.bibb.de/datenreport als Anhang im Internet → **Tabelle ... Internet** angeboten. Außerdem werden auf der Homepage des BIBB weiterführende Informationen und Daten bereitgestellt.

Ein blaues **E** innerhalb der Texte verweist auf Erläuterungen und Ergänzungen, die sich in blauen Kästen und in räumlicher Nähe zu den entsprechenden Textpassagen befinden. Hier werden beispielsweise Indikatoren und Kennwerte definiert, methodische Erläuterungen zu den verwendeten Datenquellen, Erhebungsverfahren, Stichprobengrößen gegeben und auf Besonderheiten und methodische Einschränkungen hingewiesen.

Inhaltsverzeichnis

A	Indikatoren zur beruflichen Ausbildung	9
	Das Wichtigste in Kürze	9
A1	Ausbildungsmarktbilanz	10
A1.1	Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage	13
A1.2	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge – Ergebnisse aus der BIBB-Erhebung zum 30. September 2014	29
A1.3	Ausbildungsvermittlung: Die Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit	46
A1.4	Regionale Entwicklung der Berufsausbildung und Mobilität von Auszubildenden	64
A1.4.1	Regionale Entwicklung der Berufsausbildung	64
A1.4.2	Mobilität von Auszubildenden	70
A2	Vorausschätzung der Ausbildungsplatznachfrage und des Ausbildungsplatzangebots für 2015	75
A2.1	Rückblick auf die Vorausschätzung für 2014	75
A2.2	Vorausschätzung für 2015	76
A3	Bildungsverhalten von Jugendlichen	80
A3.1	Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014.....	80
A3.1.1	Merkmale und Verbleib unterschiedlicher Gruppen von Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen	80
A3.1.2	Berufskonzepte Jugendlicher zu ausgewählten Ausbildungsberufen.....	91
A3.2	Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudie 2011: Übergang von jungen Männern und Frauen mit und ohne Migrationshintergrund in betriebliche sowie vollqualifizierende Ausbildung	97
A3.3	Ausbildungswege von Studienberechtigten – Ergebnisse des DZHW-Studienberechtigtenpanels	106
A3.3.1	Realisierung von Qualifizierungsabsichten von studienberechtigten Schulabsolventinnen und -absolventen	106
A3.3.2	Berufliche Vorbildung von Studienberechtigten	117
A4	Ausbildung im dualen System der Berufsausbildung	122
A4.1	Anerkannte Ausbildungsberufe	122
A4.1.1	Zukünftige Entwicklungen hinsichtlich Neuordnungen anerkannter Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO	122
A4.1.2	Anzahl und Struktur anerkannter Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO	126
A4.1.3	Neue und modernisierte Ausbildungsberufe	129
A4.2	Gesamtbestand der Ausbildungsverhältnisse in der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember)	131
A4.3	Neuabschlüsse in der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember)	141
A4.4	Berufsstrukturelle Entwicklungen in der dualen Berufsausbildung	153
A4.5	Alter der Auszubildenden und Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen im dualen System	163
A4.6	Vorbildung der Auszubildenden mit Neuabschluss	172
A4.6.1	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss bei Auszubildenden mit Neuabschluss	172
A4.6.2	Vorherige Berufsvorbereitung und berufliche Grundbildung bei Auszubildenden mit Neuabschluss	182

A 4.7	Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen	189
A 4.8	Teilnahmen an Abschlussprüfungen sowie Berufsabschlüsse	202
A 4.9	Jugendliche mit Migrationshintergrund: Zugang zu einer betrieblichen Ausbildung und Anforderungen, Ressourcen und Ausbildungszufriedenheit im betrieblichen Alltag	209
A 4.10	Betriebliche Ausbildungsbeteiligung	217
A 4.10.1	Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik zur Ausbildungsbeteiligung	217
A 4.10.2	Ausbildungsberechtigung, Ausbildungsaktivität und Übernahmeverhalten von Betrieben	222
A 4.10.3	Betriebliche Ausbildungsbeteiligung und deren Entwicklung – Ergebnisse aus dem BIBB-Qualifizierungspanel	222
A 4.10.4	Ausbildungspersonal in der betrieblichen Ausbildung	223
A 4.11	Anforderungen und Passung in der dualen Berufsausbildung	227
A 5	Schulische Berufsausbildung, Ausbildung im öffentlichen Dienst und duale Studiengänge an Hochschulen und Akademien	231
A 5.1	Schulische Berufsausbildung	231
A 5.1.1	Grundlagen	231
A 5.1.2	Bedeutung und Entwicklung – Systemische Betrachtung	234
A 5.1.3	Bedeutung und Entwicklung – Berufsstrukturelle Betrachtung	238
A 5.1.4	Strukturelle Entwicklungen in Ausbildungsgängen außerhalb BBiG/HwO: Themenschwerpunkt nicht-akademische Gesundheitsberufe	243
A 5.2	Ausbildung im öffentlichen Dienst	246
A 5.3	Duale Studiengänge an Hochschulen und Akademien	248
A 6	Die integrierte Ausbildungsberichterstattung im Überblick	255
A 6.1	Das Ausbildungsgeschehen auf der Bundesebene	255
A 6.2	Das Ausbildungsgeschehen in den Bundesländern	261
A 6.3	Sektor „Berufsausbildung“	265
A 7	Kosten und finanzielle Förderung der beruflichen Ausbildung	270
A 7.1	Entwicklung der Ausbildungsvergütungen	270
A 7.2	Ausgaben der öffentlichen Hand für die berufliche Ausbildung	275
A 7.3	Kosten und Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung – Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Erhebung 2012/2013	279
A 8	Übergang von Ausbildung in Beschäftigung	291
A 8.1	Arbeitslosenzugänge nach abgeschlossener dualer Ausbildung	291
A 8.2	Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen	294
A 8.3	Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung	294
B	Indikatoren zur beruflichen Weiterbildung	299
	Das Wichtigste in Kürze	299
B 1	Beteiligungsstrukturen	300
B 1.1	Beteiligung der Bevölkerung an berufsbezogener Weiterbildung – Ergebnisse des AES 2014	300
B 1.2	Betriebliche Weiterbildung	305
B 1.2.1	Betriebliche Weiterbildung und Weiterbildungsquote	305
B 1.2.2	Betriebliche Weiterbildung aus Sicht der Erwerbstätigen im europäischen Vergleich	306
B 1.2.3	Betriebliche Weiterbildung und andere Strategien zur Deckung des Personalbedarfs	315

B 2	Weiterbildungsanbieter	322
B 2.1	Weiterbildungsanbieter: Ergebnisse der wbmonitor Umfrage 2014	322
B 2.1.1	Wirtschaftsklima und Anbieterstrukturen im Fokus des wbmonitor	322
B 2.1.2	Personalgewinnung von Weiterbildungsanbietern	327
B 2.2	Angebote der Träger der Erwachsenenbildung zur beruflichen Weiterbildung	333
B 2.2.1	Berufliche Weiterbildung an Volkshochschulen	333
B 2.2.2	Berufliche Weiterbildung durch gewerkschafts- und arbeitgebernahe Institutionen	337
B 2.2.3	Weiterbildungsstatistik im Verbund	341
B 2.3	Fernlernen	344
B 3	Öffentlich geförderte Weiterbildung	347
B 3.1	SGB-III- und SGB-II-geförderte Weiterbildungsmaßnahmen	347
B 3.2	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)	351
B 3.3	Programm Weiterbildungsstipendium und Aufstiegsstipendium	354
B 3.3.1	Programm Weiterbildungsstipendium	354
B 3.3.2	Programm Aufstiegsstipendium	357
B 3.4	Förderung des nachträglichen Erwerbs eines Berufsabschlusses	359
B 3.5	Ausgaben der öffentlichen Hand für berufliche Weiterbildung	361
B 3.6	Tarifvertraglich geregelte Finanzierung der beruflichen Weiterbildung	365
B 3.7	Programm Bildungsprämie	370
B 4	Geregelte Fortbildungsabschlüsse	374
B 4.1	Regelungen des Bundes, der Länder und der zuständigen Stellen für die berufliche Fortbildung und Umschulung	374
B 4.2	Neuere Entwicklungen in Fortbildungsordnungen	375
B 4.3	Berufliche Weiterbildung an Fachschulen	377
B 4.4	Fortbildungsprüfungen nach BBiG/HwO	381
B 4.5	Ziele, Nutzen und Aufwand beruflicher Fortbildung	385
C	Schwerpunktthema: Ausbildungs-Mismatch heute – Fachkräfteengpässe morgen und übermorgen	393
C 1	Bildungsbeteiligung junger Menschen, demografische Entwicklung und Bildungsbeteiligung der Wirtschaft	394
C 1.1	Schulisches und berufliches Bildungsverhalten und Bildungsentscheidungen junger Menschen im Zeitverlauf	394
C 1.2	Demografische Entwicklung zwischen 2010 und 2030	399
C 1.3	Qualifikations- und Arbeitskräftepotenzial von jungen Menschen	401
C 1.4	Entwicklung der Bildungsbeteiligung der Wirtschaft	403
C 2	Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung aufgrund von ausgewählten Passungsproblemen auf Betriebsebene	407
C 2.1	Zur Ausbildungsbeteiligung von kleinen und mittleren Betrieben – betriebsstrukturelle Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt	408
C 2.2	Gewinnung von Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerbern	411
C 2.3	Qualifikatorische Passungsprobleme – Einfluss schulischer Qualifikationen von Ausbildungsstellenbewerbern auf die betriebliche Ausbildungsbeteiligung	416

C 2.4	Regionaler und beruflicher Ausbildungs-Mismatch und Investitionsbereitschaft der Betriebe	420
C 2.5	Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge als Passungsproblem – betriebliche Problemwahrnehmung und Maßnahmen	422
C 2.6	Passungsprobleme an der ersten Schwelle und Übernahmeverhalten von Betrieben	427
C 3	Engpass bei beruflich Qualifizierten in der mittel- und langfristigen Perspektive	430
C 3.1	Derzeitige Rekrutierungsschwierigkeiten am Arbeitsmarkt	431
C 3.2	Langfristige Entwicklung des Fachkräfteangebotes und der -nachfrage im mittleren Qualifikationsbereich	432
C 3.3	Zwei Szenarien zur zukünftigen Berufsstruktur des beruflich qualifizierten Arbeitsangebots	434
C 3.4	Entwicklungsperspektiven des beruflichen Bereichs bis 2030	437
C 4	Aktuelle Passungsprobleme auf den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmärkten und künftige Fachkräfteengpässe – Zusammenfassung	441
D	Förderung von Berufsbildungsinnovationen durch Programme, Modellversuche und Kompetenzzentren	445
	Das Wichtigste in Kürze	445
D 1	Regelangebote und Programme zur Förderung der Berufsausbildung	447
D 1.1	Inhaltlicher Überblick und Entwicklung der Teilnehmendenzahlen für die Regelangebote und Programme im Übergang Schule – Beruf	447
D 1.2	Bundes- und Länderprogramme zur Förderung der Berufsausbildung	460
D 2	Modellversuche	461
D 3	Förderung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten und Kompetenzzentren	466
E	Monitoring zur Internationalisierung der Berufsbildung	471
	Das Wichtigste in Kürze	471
E 1	Indikatoren und Benchmarks im gemeinsamen Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2020“ der EU	473
E 2	„Mismatch“ in internationaler Perspektive	482
E 2.1	Missverhältnis zwischen Abschlüssen junger Erwachsener und Merkmalen der Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt („qualifications mismatch“)	483
E 2.2	Missverhältnis zwischen den Kompetenzen der Beschäftigten und den Anforderungen auf den von ihnen ausgeübten Tätigkeiten („skills mismatch“)	485
E 3	Mobilität in Ausbildung und Beruf	487
E 4	Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse	490
	Verzeichnis der Schaubilder	497
	Verzeichnis der Tabellen	502
	Verzeichnis der Tabellen im Internet	509
	Literaturverzeichnis	511
	Schlagwortverzeichnis	532

A Indikatoren zur beruflichen Ausbildung

Das Wichtigste in Kürze

Zusammenfassend ist vor allem auf die folgenden Ergebnisse hinzuweisen:

- ▶ Im Jahr 2014 ist die Zahl der **neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge** erneut zurückgegangen und lag bei rund 522.200. Die Zahl der Verträge sank gegenüber 2013 um 7.200 (-1,4%). Im Westen fiel der Rückgang mit -1,4% etwas stärker aus als im Osten (-1,2%).
- ▶ Das **Ausbildungsplatzangebot** sank gegenüber dem Vorjahr um 0,7% auf 559.300.
- ▶ Die Bundesagentur für Arbeit registrierte zum 30. September 2014 noch rund 81.200 **erfolglose Ausbildungsplatznachfrager**. Dies waren rund 2.400 weniger als im Vorjahr. Viele Betriebe hatten Probleme, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. So stieg die Zahl der zum 30. September 2014 noch **unbesetzten Plätze** auf rund 37.100. Es bestehen weiterhin erhebliche Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt.
- ▶ Nach den **Projektionen** des BIBB werden das **Ausbildungsplatzangebot** sowie die **Ausbildungsplatznachfrage** 2015 voraussichtlich erneut leicht sinken. Aufgrund der rückläufigen Schulabgängerzahlen wird sich die Zahl der an einer Ausbildung interessierten Personen in den nächsten 10 Jahren deutlich verringern.
- ▶ Sonderanalysen zu den Wohn- und Arbeitsorten von Auszubildenden zeigen, dass die **länderübergreifende Mobilität von Auszubildenden** insbesondere in Stadtstaaten dazu führt, dass höhere Anteile der verfügbaren Ausbildungsplätze nicht von eigenen Landesbewohnern besetzt werden.
- ▶ Sonderauswertungen der **BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014** zeigen, dass der Zugang zu betrieblicher Ausbildung für **Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund** weiterhin deutlich schwieriger war als für diejenigen ohne Migrationshintergrund.
- ▶ Eine ebenfalls mit Daten der **BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014** durchgeführte Sonderauswertung zeigt, dass offiziell unbekannt verbliebene Bewerber/-innen seltener in Ausbildung einmünden, sondern vielmehr häufig arbeitslos bzw. ohne Beschäftigung sind.
- ▶ Die **Anzahl der anerkannten Ausbildungsberufe** lag 2014 bei 327. Im Jahr 2014 traten 9 modernisierte Berufe in Kraft.
- ▶ Im Jahr 2013 standen nach den **Ergebnissen der Berufsbildungsstatistik** 1.391.900 Jugendliche in einer **dualen Berufsausbildung**. Hiervon entfielen 1.197.900 auf Westdeutschland und 194.000 auf Ostdeutschland. Der Bestand ist gegenüber dem Vorjahr um 2,7% gesunken.
- ▶ Unter den Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag zum Stichtag 31. Dezember 2013 hatten 42,3% einen **Realschul-** und 29,5% einen **Hauptschulabschluss**. Der Anteil der **Studienberechtigten** betrug 25,3%.
- ▶ Im Jahr 2013 wurden bundesweit 148.914 **Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst**. Die **Lösungsquote** betrug 25%. Zu beachten ist, dass Lösungsquoten keine Abbruchquoten sind. Ein großer Teil der Jugendlichen setzt anschließend die Ausbildung im dualen System fort.
- ▶ Die **betriebliche Ausbildungsbeteiligung** war auch 2013 rückläufig. Zum Ende des Berichtsjahres beteiligten sich 438.000 Betriebe an der Ausbildung, die Ausbildungsbetriebsquote verringerte sich auf 20,7%, wobei ein Teil der Betriebe die von ihnen angebotenen Ausbildungsplätze nicht besetzen konnte.
- ▶ Analysen auf Basis der **BIBB/BAuA-Jugenderwerbstätigenbefragung 2011/2012** zeigen, dass die Anforderungen in der betrieblichen Ausbildung sowie die Handlungsspielräume von Auszubildenden zwischen Produktions- und Dienstleistungsberufen variieren und dass Auszubildende in hohem Maße eine soziale Unterstützung erfahren.
- ▶ Nach Angaben der **integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE)** lag die Zahl der Anfänger/-innen für 2014 im Übergangsbereich mit 256.100 ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres.
- ▶ Auswertungen des BIBB auf der Grundlage des Mikrozensus kommen zu dem Ergebnis, dass die **Ungelehrtenquote** in den letzten Jahren rückläufig ist. In der Gruppe der 20- bis 29-Jährigen lag der Anteil der formal nicht Qualifizierten im Jahr 2013 bei 12,7%.
- ▶ Nach den Ergebnissen der **Kosten-Nutzen-Erhebung** des BIBB entstanden den Betrieben im Ausbildungsjahr 2012/2013 **Bruttokosten** in Höhe von rd. 17.900 € pro Auszubildenden und Jahr. Unter Berücksichtigung der Erträge lagen die **Nettokosten** bei 5.200 €.

(Elisabeth M. Krekel)

A1 Ausbildungsmarktbilanz

Die Entwicklung 2014 im Überblick

Im Jahr 2014¹ setzte sich u. a. durch sinkende Schulabgängerzahlen, gestiegene Studierneigung und Passungsproblem hervorgerufene Trend der vergangenen 3 Jahre auf dem Ausbildungsmarkt fort: Das Ausbildungsplatzangebot und die Ausbildungsplatznachfrage sanken, und die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ging nochmals zurück. Mit 522.200 Verträgen wurde im Jahr 2014 erneut ein Tiefstand erreicht. Hohe Anteile an unbesetzten Ausbildungsstellen und an erfolglosen Bewerbern und Bewerberinnen zeigen, dass Angebot und Nachfrage nicht ausreichend zueinanderfanden. Besonders stark nahm im Jahr 2014 der Anteil der unbesetzten Ausbildungsplatzangebote zu. Gleichzeitig konnten erneut weniger ausbildungsinteressierte Personen an dualer Berufsausbildung (nach BBiG/HwO) beteiligt und damit auch für eine solche Ausbildung gewonnen werden. Dies sind die zentralen Ergebnisse der Ausbildungsmarktbilanz **E** auf der Grundlage der Daten aus der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September 2014² in Verbindung mit der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA).

2014 wurden bundesweit 559.300 Ausbildungsplatzangebote registriert (-3.900 bzw. -0,7% im Vergleich zum Vorjahr), darunter 539.200 betriebliche Angebote (-2.400 bzw. -0,4%) und 20.100 „außerbetriebliche“ Angebote (-1.500 bzw. -7,1%) → **Tabelle A1-1**.³ Die Ausbildungsplatznachfrage lag 2014 bei 603.400 Personen. Sie nahm im Vergleich zum Vorjahr um 9.700 bzw. 1,6% ab. Da der Rückgang der Ausbildungsplatznachfrage noch stärker war als der Rückgang des Ausbildungsplatzangebotes, fiel die erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation (eANR) im Jahr 2014 etwas höher aus als im Vorjahr (+0,8 Prozentpunkte). Dies galt sowohl für West- als auch für Ostdeutschland. Bundesweit entfielen rechnerisch 92,7 Ausbildungsplatzangebote auf 100 Ausbildungsplatznachfrager.

1 Sofern nicht explizit anders dargestellt, bezieht sich die Jahresangabe auf das Berichtsjahr der offiziellen Ausbildungsmarktbilanzierung, das am 1. Oktober des Vorjahres beginnt und am 30. September endet.

2 Vgl. dazu auch www.bibb.de/de/2918.php.

3 „Außerbetriebliche“ Ausbildungsangebote sind zusätzlich bereitgestellte Plätze, die überwiegend öffentlich finanziert werden.

E Begriffe der Ausbildungsmarktbilanzierung

Zum offiziellen **Ausbildungsplatzangebot** eines Jahres zählen die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, die das BIBB im Rahmen seiner Erhebung zum 30. September bei den zuständigen Stellen zählt (= erfolgreich besetztes Angebot), und die bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) registrierten Berufsausbildungsstellen, die der Arbeitsverwaltung während des Berichtsjahres zur Vermittlung angeboten wurden und am 30. September noch nicht besetzt waren (= erfolgloses Angebot).

Als **Ausbildungsplatznachfrager** gelten jene ausbildungsinteressierten Jugendlichen, die entweder einen neuen Ausbildungsvertrag abschlossen (und somit über die BIBB-Erhebung zum 30. September erfasst werden) oder aber zum Kreis der Ausbildungsstellenbewerber zählten, die auch noch am 30. September ihre Ausbildungsplatzsuche fortsetzten. Ausbildungsstellenbewerber/-innen, die sich im Laufe des Berichtsjahres für eine Alternative entschlossen (z. B. erneuter Schulbesuch, Studium, Erwerbstätigkeit, berufsvorbereitende Maßnahme) und am 30. September nicht mehr oder vorerst nicht mehr nach einer Berufsausbildungsstelle suchen, werden grundsätzlich *nicht* zu den Ausbildungsplatznachfragern gerechnet (d. h. auch dann nicht, wenn sie diese Alternative aufgrund erfolgloser Bewerbungen anstrebten).

Bei der **statistischen Ermittlung der Höhe der Ausbildungsplatznachfrage** sind darüber hinaus zwei Ansätze zu unterscheiden: Die **traditionelle Berechnungsweise** definiert den Kreis der erfolglosen Nachfrage sehr eng. Sie lässt all jene am 30. September noch suchenden Ausbildungsstellenbewerber/-innen unberücksichtigt, die über eine alternative Verbleibsmöglichkeit verfügen. Bei der **neuen, erweiterten Berechnung** sind diese Personen dagegen einbezogen. Die verschiedenen Berechnungsweisen der Ausbildungsplatznachfrage erklären zugleich die Ergebnisunterschiede der beiden Varianten zur Berechnung der Angebots-Nachfrage-Relation.

Die **Angebots-Nachfrage-Relation (ANR)** gibt wieder, wie viele Berufsausbildungsangebote rechnerisch auf 100 Ausbildungsplatznachfrager entfielen. Da 2 Berechnungsweisen zur Ermittlung der Ausbildungsplatznachfrage genutzt werden, gibt es auch 2 Varianten in der ANR-Berechnung. In der Regel wird im Datenreport die erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation (eANR) ausgewiesen.

Als **Ausbildungsstellenbewerber/-innen** werden jene ausbildungsinteressierten Jugendlichen bezeichnet, welche die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Agenturen für Arbeit, der Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) und der zugelassenen kommunalen Träger (zKT) in Anspruch nehmen und deren Eignung für die von ihnen angestrebten Ausbildungsberufe geklärt ist. Die Ausbildungsstellenbewerber/-innen bilden zusammen mit den gemeldeten Berufsausbildungsstellen die zentralen Größen der Ausbildungsmarktstatistik der BA.

Als **Ausbildungsinteressierte** gelten alle Jugendlichen, die entweder zu den erfolgreichen Ausbildungsplatznachfragern oder aber zumindest zu den registrierten Ausbildungsstellenbewerbern/-bewerberinnen zählten. Es handelt sich somit um all jene Jugendlichen, die im Laufe eines Berichtsjahres den Wunsch nach einer Ausbildung geäußert hatten und institutionell erfasst wurden, sei es über die Eintragung ihrer Ausbildungsverhältnisse bei den zuständigen Stellen oder – sofern sie erfolglos blieben – im Rahmen ihrer Registrierung bei den Agenturen für Arbeit (AA) oder den Jobcentern in gemeinsamer Einrichtung (JGcE) bzw. in alleiniger kommunaler Trägerschaft (JCzKT). Die Zahl der institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen wird rechnerisch ermittelt, indem zur Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge jene registrierten Ausbildungsstellenbewerber hinzugerechnet werden, die nach der Verbleibstatistik der Arbeitsverwaltung nicht in eine Berufsausbildungsstelle einmündeten.

Durch den rechnerischen Bezug der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge auf die Zahl der Ausbildungsinteressierten lässt sich die **Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Personen in duale Berufsausbildung (EQI)** ermitteln. Sie informiert darüber, wie hoch der Anteil unter den ausbildungsinteressierten Jugendlichen ausfällt, der für eine duale Berufsausbildung tatsächlich auch gewonnen werden konnte (Ulrich 2012a; Ulrich 2012b).

Im Berichtsjahr 2014 konnten insgesamt 37.100 der von der BA registrierten Ausbildungsstellen bis zum 30. September nicht besetzt werden. Dies war der höchste Wert seit 1995 und stellte im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 3.400 bzw. 10,0% dar. Insgesamt blieben 6,9%

des offiziell⁴ errechneten betrieblichen Ausbildungsangebots vakant. Besonders betroffen von Stellenbesetzungsproblemen war erneut das Handwerk, in dem 12.800 Stellen bzw. 8,7% des betrieblichen Ausbildungsangebots bis zum 30. September erfolglos angeboten wurden. Im ostdeutschen Handwerk blieb sogar jeder zehnte Ausbildungsplatz (10,1%) unbesetzt (vgl. Kapitel A1.1).

Trotz insgesamt nachlassender Nachfrage suchten 81.200 der bei der BA registrierten Ausbildungsstellenbewerber/-innen bis zum 30. September ohne Erfolg nach einer Ausbildungsstelle. Dies waren 2.400 bzw. 2,8% weniger im Vergleich zum Vorjahr. Der Anteil der Erfolglosen fiel 2014 mit 13,5% gemessen an der offiziellen Nachfrage immer noch vergleichsweise hoch aus; der Rückgang gegenüber 2013 betrug lediglich 0,1 Prozentpunkte. Der Ausbildungsmarkt war 2014 somit weiterhin von Passungsproblemen gekennzeichnet, wobei im Jahr 2014 vor allem die Besetzungsprobleme auf der Angebotsseite zunahmen, während die Versorgungsprobleme leicht abgenommen haben, aber immer noch auf zu hohem Niveau liegen.

Nicht alle Jugendlichen, die sich für einen Ausbildungsplatz interessieren und auch als „ausbildungsreif“ gelten, werden als Ausbildungsplatznachfrager erfasst. Denn diejenigen, die vor dem Stichtag der Ausbildungsbilanzierung ihren Vermittlungswunsch aufgegeben haben, werden nicht berücksichtigt (vgl. Kapitel A1.3). Die Gründe hierfür sind vielfältig: Ein Teil zieht Alternativen vor, und einige verschieben ihren Ausbildungswunsch auf später – oft, weil sie bei ihrer Suche nach einer Lehrstellensuche erfolglos blieben und frühzeitig nach einer Zwischenlösung (erneuter Schulbesuch, Praktikum, Jobben) suchten. Deshalb fällt die Zahl aller Personen, die sich im Laufe des Berichtsjahres als ausbildungsinteressiert zeigten, höher aus als die offiziell registrierte Ausbildungsplatznachfrage **E**.

⁴ Mit dem Attribut „offiziell“ wird hier und im Folgenden darauf verwiesen, dass es sich um jenes Angebot und um jene Nachfrage handelt, die sich institutionell erfassen lässt. Erfolgreiche Marktteilnehmer/-innen, die ihren Ausbildungswunsch nicht der Arbeitsverwaltung mitgeteilt hatten, sind in den offiziellen Größen nicht enthalten.

Tabelle A1-1: Ausbildungsmarktentwicklung von 2009 bis 2014 (Stichtag 30. September)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Entwicklung 2014 gegenüber 2013	
							absolut	in %
Deutschland								
Ausbildungsplatzangebot								
• insgesamt	581.562	579.564	599.070	584.532	563.280	559.332	-3.948	-0,7
• besetzt (= NAA)	564.306	559.959	569.379	551.259	529.542	522.231	-7.311	-1,4
• zum 30.09. noch unbesetzt	17.255	19.605	29.689	33.274	33.738	37.101	+3.363	+10,0
• betrieblich ¹	535.761	538.521	568.608	558.627	541.599	539.193	-2.406	-0,4
• außerbetrieblich ²	45.801	41.043	30.459	25.905	21.681	20.142	-1.539	-7,1
Ausbildungsplatznachfrage³								
• insgesamt	652.848	640.332	641.700	627.243	613.107	603.420	-9.687	-1,6
• erfolgreich (= NAA)	564.306	559.959	569.379	551.259	529.542	522.231	-7.311	-1,4
• zum 30.09. noch suchend	88.540	80.371	72.319	75.984	83.564	81.188	-2.376	-2,8
Angebots-Nachfrage-Relation³								
• insgesamt	89,1	90,5	93,4	93,2	91,9	92,7	+0,8	-
• betrieblich	82,1	84,1	88,6	89,1	88,3	89,4	+1,0	-
Ausbildungsinteressierte⁴	866.475	846.858	835.131	825.993	815.367	810.540	-4.827	-0,6
Einnünnungsquote Ausbildungsinteressierte (EQI) in %	65,1	66,1	68,2	66,7	64,9	64,4	-0,5	-
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (NAA)	564.306	559.959	569.379	551.259	529.542	522.231	-7.311	-1,4
West (alte Länder)								
Ausbildungsplatzangebot								
• insgesamt	479.790	484.125	509.265	499.344	482.736	479.268	-3.468	-0,7
• besetzt (= NAA)	465.309	468.297	484.884	472.353	455.298	448.908	-6.390	-1,4
• zum 30.09. noch unbesetzt	14.481	15.828	24.381	26.989	27.439	30.361	+2.922	+10,6
• betrieblich ¹	456.921	461.649	490.572	481.773	467.895	465.528	-2.367	-0,5
• außerbetrieblich ²	22.869	22.476	18.693	17.568	14.841	13.743	-1.098	-7,4
Ausbildungsplatznachfrage³								
• insgesamt	543.177	539.277	548.808	537.807	528.936	520.467	-8.469	-1,6
• erfolgreich (= NAA)	465.309	468.297	484.884	472.353	455.298	448.908	-6.390	-1,4
• zum 30.09. noch suchend	77.868	70.979	63.922	65.452	73.637	71.560	-2.077	-2,8
Angebots-Nachfrage-Relation³								
• insgesamt	88,3	89,8	92,8	92,8	91,3	92,1	+0,8	-
• betrieblich	84,1	85,6	89,4	89,6	88,5	89,4	+1,0	-
Ausbildungsinteressierte⁴	718.137	712.953	710.088	704.601	697.293	692.955	-4.338	-0,6
Einnünnungsquote Ausbildungsinteressierte (EQI) in %	64,8	65,7	68,3	67,0	65,3	64,8	-0,5	-
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (NAA)	465.309	468.297	484.884	472.353	455.298	448.908	-6.390	-1,4
Ost (neue Länder und Berlin)								
Ausbildungsplatzangebot								
• insgesamt	101.643	95.325	89.670	85.068	80.472	79.980	-492	-0,6
• besetzt (= NAA)	98.997	91.662	84.495	78.903	74.244	73.323	-921	-1,2
• zum 30.09. noch unbesetzt	2.644	3.662	5.175	6.163	6.227	6.657	+430	+6,9
• betrieblich ¹	78.711	76.758	77.904	76.731	73.632	73.581	-51	-0,1
• außerbetrieblich ²	22.932	18.567	11.766	8.334	6.840	6.399	-441	-6,4
Ausbildungsplatznachfrage³								
• insgesamt	109.653	101.037	92.874	89.415	83.877	82.668	-1.209	-1,4
• erfolgreich (= NAA)	98.997	91.662	84.495	78.903	74.244	73.323	-921	-1,2
• zum 30.09. noch suchend	10.656	9.374	8.380	10.510	9.633	9.345	-288	-3,0
Angebots-Nachfrage-Relation³								
• insgesamt	92,7	94,3	96,5	95,1	95,9	96,7	+0,8	-
• betrieblich	71,8	76,0	83,9	85,8	87,8	89,0	+1,2	-
Ausbildungsinteressierte⁴	148.236	133.806	124.950	121.272	117.249	115.395	-1.854	-1,6
Einnünnungsquote Ausbildungsinteressierte (EQI) in %	66,8	68,5	67,6	65,1	63,3	63,5	+0	-
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (NAA)	98.997	91.662	84.495	78.903	74.244	73.323	-921	-1,2

¹ Betrieblich = nicht (überwiegend) öffentlich finanziert.

² Außerbetrieblich = (überwiegend) öffentlich finanziert. Wert für West in 2009 noch untererfasst.

³ Nach der neuen, erweiterten Definition im Sinne des Berufsbildungsgesetzes (BBiG). Der Berufsbildungsbericht soll nach § 86 „die Zahl der (am 30. September) bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsplätze suchenden Personen“ angeben.

⁴ Als (institutionell erfasste) Ausbildungsinteressierte gelten all jene Personen, die entweder einen Ausbildungsvertrag unterschrieben oder aber zumindest bei der Bundesagentur für Arbeit als Ausbildungsstellenbewerber/-innen registriert waren.

Bei der Berechnung wurden nachträgliche Korrekturen früherer Jahre berücksichtigt.

Hinweis: Werte, die im Zusammenhang mit der BIBB-Erhebung zum 30. September stehen, wurden aufgrund von Bestimmungen des Datenschutzes auf ein Vielfaches von drei gerundet.

Quelle: BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September; Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsmarktstatistik zum 30. September; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

Die rechnerische Gesamtzahl aller im Laufe des Jahres 2014 institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen, die neben den offiziell ausgewiesenen „Ausbildungsplatznachfragern“ auch jene Ausbildungsstellenbewerber/-innen umfasst, welche ihren Vermittlungswunsch vor dem Bilanzierungstichtag aufgaben, betrug 810.500 Personen. Dies waren 4.800 bzw. 0,6% weniger als im Vorjahr. Bundesweit konnten 64,4% von ihnen für eine duale Berufsausbildung gewonnen werden. Damit setzte sich 2014 der seit 2011 zu beobachtende Rückgang der Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Jugendlicher in eine duale Berufsausbildung fort. Wie in den Jahren zuvor blieb die Einmündungsquote weiblicher Ausbildungsinteressierter (62,4%) hinter der männlicher Ausbildungsinteressierter zurück (65,8%).

Mit 522.200 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wurden 7.300 (-1,4%) Verträge weniger abgeschlossen als im Vorjahr. Der Rückgang der Neuabschlüsse betraf sowohl West- als auch Ostdeutschland: In Westdeutschland belief sich die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge auf 448.900 (-6.400 bzw. -1,4% im Vergleich zu 2013) und in Ostdeutschland auf 73.300 (-900 bzw. -1,2% im Vergleich zu 2013). Vor allem in Industrie und Handel gab es, wie bereits 2012 und 2013, einen deutlichen Rückgang bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen (2014 bundesweit um -6.500 bzw. -2,1% auf nunmehr 310.800). Das Minus im Handwerk umfasste bundesweit dagegen nur 900 Verträge bzw. 0,6%, und im Osten konnte das Handwerk sogar ein leichtes Plus erzielen (+1,4%). Der Rückgang in Industrie und Handel war vor allem darauf zurückzuführen, dass viele Berufe aus dem Dienstleistungsbereich weniger Verträge meldeten, so der neu geordnete Beruf Kaufmann/-frau für Büromanagement, in dem die 3 früheren Berufe Bürokaufmann/-frau, Kaufmann/-frau für Bürokommunikation und Fachangestellte/-r für Bürokommunikation aufgingen, darüber hinaus die Berufe Bankkaufmann/-frau, Hotelfachmann/-frau, Verkäufer/-in, Industriekaufmann/-frau, Kaufmann/-frau im Einzelhandel und Restaurantfachmann/-frau. Dagegen wurden in einigen gewerblich-technischen Berufen Zuwächse erzielt (vgl. Kapitel A1.2).

Die niedrige Zahl von neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen kontrastiert deutlich mit der hohen Zahl an Studienanfängern im Jahr 2014. Die Relation zwischen

der Zahl der Personen mit neuem Ausbildungsvertrag und der Zahl der Studienanfänger/-innen hat sich in den letzten Jahren massiv verschoben. Standen im Jahr 1998 noch einem/einer Studienanfänger/-in 2 Personen mit neuem Ausbildungsvertrag gegenüber, betrug das Verhältnis 2014 in etwa eins zu eins.

A1.1 Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage

Ausgangslage der Ausbildungsmarktentwicklung 2014

Die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt wird bereits seit einigen Jahren stark durch die demografische Entwicklung beeinflusst. Seit 2004 sank die Zahl der nicht-studienberechtigten Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus den allgemeinbildenden Schulen – die Hauptklientel der dualen Berufsausbildung – bundesweit bereits um mehr als 163.000 und damit um mehr als ein Fünftel, und in den kommenden Jahren wird sich der negative Trend fortsetzen. Bis 2025 ist mit einem weiteren Verlust von über 100.000 Personen zu rechnen (vgl. Kapitel A2).

Der Rückgang der Zahl der nicht-studienberechtigten Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus den allgemeinbildenden Schulen betrug 2014 8.400 bzw. 1,5% → [Tabelle A1.1-1](#). Zudem sank im Jahr 2014 die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen deutlich (um -40.400 bzw. -12,9%), insbesondere als eine Folge der im Jahr 2013 abgeschlossenen Umstellung von G9 auf G8 in Nordrhein-Westfalen und der Rückkehr zu den normalen quantitativen Verhältnissen bei der Verabschiedung der Abiturientenjahrgänge.

Dagegen stieg 2014 die Zahl der Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus den beruflichen Schulen insgesamt leicht an (+1.600), und auch die BA registrierte wieder etwas mehr Ausbildungsstellenbewerber/-innen aus vorausgegangenen Schulentlassjahren (insgesamt +3.900). Doch reichte dies nicht aus, um einen erneuten Rückgang in der Zahl der ausbildungsinteressierten Personen zu verhindern. Die Zahl der im Laufe des Berichtsjahres 2012/2013 institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen sank erneut um 4.800 Personen bzw. 0,6% → [Tabelle A1.1-1](#).

Tabelle A1.1-1: **Entwicklung der Zahl der Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, der registrierten Ausbildungsstellenbewerber aus früheren Schulentlassjahrgängen und der institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen**

	Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen ¹		Abgänger und Absolventen aus beruflichen Schulen ¹		Registrierte Ausbildungsstellenbewerber aus früheren Schulentlassjahren ²		Institutionell erfasste ausbildungsinteressierte Personen ³
	nicht-studienberechtig	studienberechtig	BWJ, BGJ und BFS	FOS und FGYM	aus dem Vorjahr	aus früheren Jahren	
Deutschland							
2001	691.786	218.998	229.889	84.284	144.329	156.090	966.510
2002	689.770	229.227	238.818	86.443	140.056	164.313	936.147
2003	702.649	227.157	255.379	91.946	147.054	180.162	938.682
2004	714.789	230.592	280.231	101.186	150.938	187.918	945.531
2005	703.436	235.843	303.793	105.569	156.876	185.184	929.247
2006	696.817	249.949	312.659	107.827	171.789	213.459	973.647
2007	677.587	264.542	302.587	119.422	161.856	223.022	1.038.663
2008	634.609	272.474	291.495	121.522	128.539	191.854	954.351
2009	597.018	273.727	277.713	117.409	116.121	142.943	866.475
2010	568.787	273.616	267.363	121.931	110.218	150.724	846.858
2011	543.092	316.874	247.602	121.959	103.967	136.946	835.131
2012	535.590	310.576	229.664	125.703	99.101	134.445	825.993
2013	559.703	313.529	217.702	120.631	95.792	135.608	815.367
2014	551.309	273.132	217.690	122.247	95.331	139.937	810.540
Entwicklung	-8.394	-40.397	-12	+1.616	-461	+4.329	-4.827
2013 bis 2014	-1,5%	-12,9%	-0,0%	+1,3%	-0,5%	+3,2%	-0,6%

¹ Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen: Ist-Zahlen bis 2013, Schätzungen für 2014. Abgänger und Absolventen aus Berufsfachschulen ohne Absolventen aus vollqualifizierenden Berufsausbildungsgängen.

² Ist-Zahlen bis 2014. 2005 bis 2008 ohne die bei den zugelassenen kommunalen Trägern (zkt) betreuten Bewerber.

³ Werte auf ein Vielfaches von drei gerundet.

Abkürzungen: BWJ = schulisches Berufsvorbereitungsjahr, BGJ = schulisches Berufsgrundbildungsjahr, BFS = Berufsfachschule (ohne vollqualifizierende Abschlüsse), FOS = Fachoberschule, FGYM = berufliches Fachgymnasium

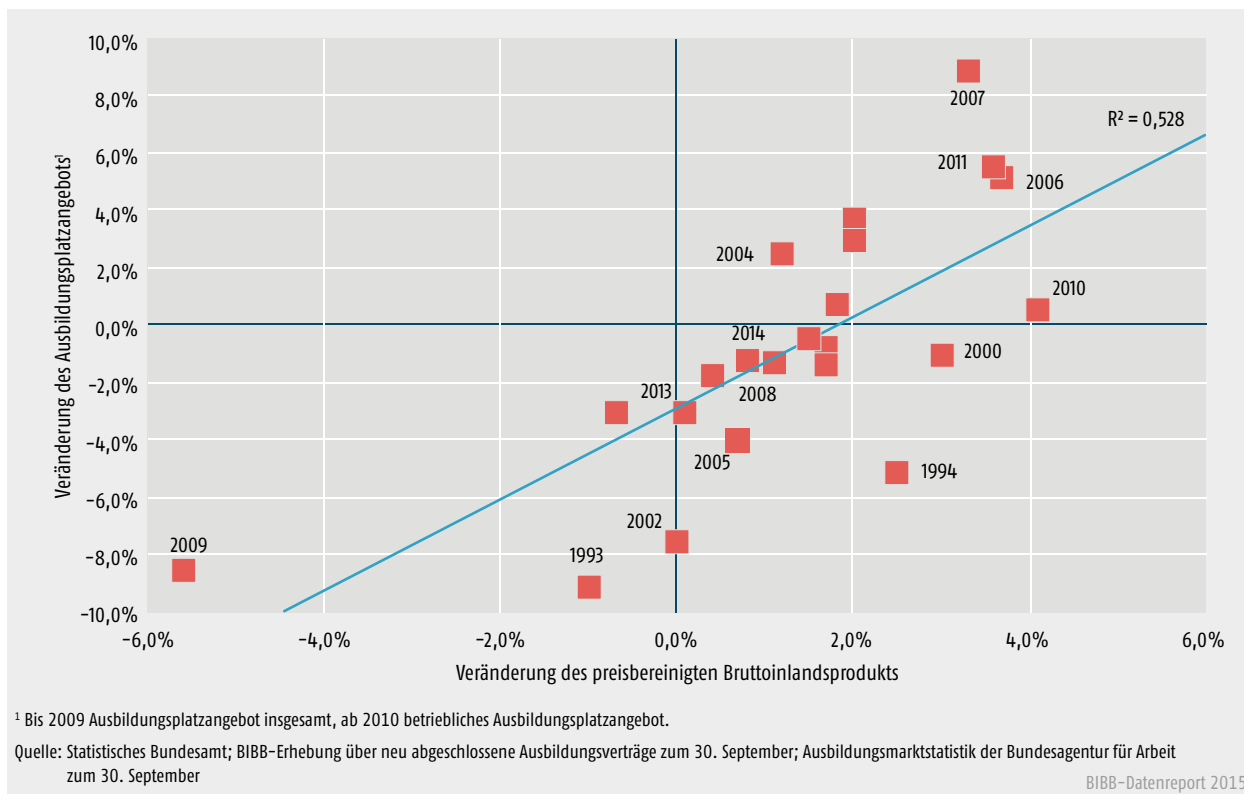
Quelle: Statistisches Bundesamt; Kultusministerkonferenz; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

Die negative Entwicklung fiel allerdings schwächer aus als in den 5 Jahren zuvor. Dazu trug zum einen bei, dass es im Vorjahr 2013 einmalig nochmals mehr nicht-studienberechtigten Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus den allgemeinbildenden Schulen gegeben hatte und ein Teil dieser Jugendlichen nicht unmittelbar nach Schulende nach einer dualen Berufsausbildung nachfragte, sondern zunächst einmal eine teilqualifizierende berufliche Schule besuchte. Ähnliche Verzögerungseffekte, die den Rückgang in der Zahl ausbildungsinteressierter Personen bremsen, resultierten aus den doppelten Abiturientenjahrgängen der vergangenen Jahre.

Da 2014 wieder ein etwas höheres Wirtschaftswachstum erzielt werden konnte (der Zuwachs des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts lag bei +1,5%), fiel der Rückgang des Ausbildungsplatzangebots nicht mehr so stark aus wie in den Vorjahren → [Schaubild A1.1-1](#). Für einen Zuwachs reichte das Wachstum jedoch nicht aus; denn in der Regel ist mit einem Anstieg des Ausbildungsplatzangebots erst ab einem stärkeren Zuwachs der Wirtschaftsleistung zu rechnen (vgl. [Kapitel A2](#)).

Schaubild A1.1-1: Zusammenhang zwischen der jährlichen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts und des Ausbildungsplatzangebots 1993 bis 2014



Angebot und Nachfrage zum Stichtag 30. September

Ausbildungsplatzangebot

2014 wurden in Deutschland 559.300 Ausbildungsplätze innerhalb des dualen Berufsausbildungssystems angeboten, 3.900 bzw. 0,7% weniger als im Jahr zuvor. Das Ausbildungsplatzangebot fiel damit auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung → [Schaubild A1.1-2](#). Nur 7 Jahre zuvor, im Jahr 2007, hatte es noch 644.200 betragen. Der erneute Rückgang im Jahr 2014 ist zum Teil auch der Verringerung des überwiegend öffentlich geförderten („außerbetrieblichen“) Ausbildungsplatzangebots geschuldet. Dieses sank um 1.500 Plätze bzw. 7,1% auf nunmehr 20.100. Das betriebliche Angebot verminderte sich um 2.400 Plätze (-0,4%) auf 539.200.

Vom Rückgang des Ausbildungsangebots waren, gemessen an den relativen Veränderungsdaten, vor allem Berlin (-5,7%), Bremen (-4,5%), Nordrhein-Westfalen

(-2,3%) und Hamburg (-2,2%) betroffen. In den Ländern Sachsen-Anhalt (+2,5%) und Sachsen (+1,9%) wurden hingegen recht deutliche Zuwächse gemessen → [Tabelle A1.1-2](#).

Nach Zuständigkeitsbereichen differenziert zeigte sich für 2014 folgendes Bild: Im Bereich von Industrie und Handel sank das Ausbildungsplatzangebot bundesweit von 335.800 (2013) um 5.200 bzw. 1,5% auf nunmehr 330.600. Im Handwerk stieg es dagegen leicht von 153.000 auf 154.000 (+0,7%). Das Ausbildungsplatzangebot im öffentlichen Dienst lag 2014 bei 12.600 und übertraf damit das Vorjahresniveau (+100 bzw. +0,9%). Im Bereich der Landwirtschaft fiel es mit 13.700 ebenfalls etwas höher aus als 2013 (+100 bzw. +0,6%). Bei den übrigen Stellen (freie Berufe, Hauswirtschaft, Seeschifffahrt) blieb es mit 48.400 Angeboten in etwa auf Vorjahresniveau → [Tabelle A1.1-3](#).

Tabelle A1.1-2: Entwicklung der Ausbildungsmarktvhältnisse 2013 bis 2014 in den Ländern

	Ausbildungsplatzangebot										Ausbildungsplatznachfrage ¹				Angebots-Nachfrage-Relation ¹					
	insgesamt					betrieblich					insgesamt		darunter:		insgesamt		darunter:			
	2014		2014 zu 2013		2013		2014		2013		2014		2013		2014		2013		2014	
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9	Sp. 10	Sp. 11	Sp. 12	Sp. 13	Sp. 14	Sp. 15	Sp. 16	Sp. 17	Sp. 18	Sp. 19	Sp. 20
Baden-Württemberg	79.308	79.098	-210	-0,3%	77.130	77.136	6,4	7,7	83.295	81.999	10,7	10,7	95,2	96,5	92,6	94,1				
Bayern	101.391	101.943	555	+0,5%	99.123	99.951	9,3	10,1	99.873	99.537	7,8	7,8	101,5	102,4	99,2	100,4				
Berlin	17.469	16.482	-987	-5,7%	16.035	15.318	4,3	4,2	19.188	18.246	12,5	13,2	91,0	90,3	83,6	84,0				
Brandenburg	11.625	11.550	-75	-0,6%	10.620	10.692	10,1	12,3	12.318	11.718	14,4	12,6	94,4	98,5	86,2	91,2				
Bremen	6.219	5.937	-282	-4,5%	5.883	5.637	4,5	3,6	6.840	6.588	12,9	13,0	90,9	90,1	86,0	85,6				
Hamburg	14.199	13.884	-315	-2,2%	13.551	13.329	4,9	3,6	15.954	16.122	15,2	16,9	89,0	86,1	84,9	82,7				
Hessen	40.428	40.026	-402	-1,0%	38.598	38.223	5,3	5,6	45.951	44.898	16,5	15,6	88,0	89,1	84,0	85,1				
Mecklenburg-Vorpommern	9.243	9.066	-180	-1,9%	8.442	8.244	15,1	15,2	8.826	8.904	9,7	12,2	104,7	101,8	95,6	92,6				
Niedersachsen	58.734	58.983	246	+0,4%	56.760	57.180	4,1	5,5	68.982	67.272	18,3	17,0	85,1	87,7	82,3	85,0				
Nordrhein-Westfalen	125.541	122.682	-2.856	-2,3%	122.289	119.352	4,5	4,4	144.570	141.246	16,9	16,9	86,8	86,9	84,6	84,5				
Rheinland-Pfalz	28.395	28.026	-369	-1,3%	27.147	26.973	4,8	5,5	31.527	30.843	14,0	13,9	90,1	90,9	86,1	87,5				
Saarland	7.734	7.809	75	+1,0%	7.272	7.470	4,5	6,6	8.364	8.319	11,4	12,0	92,5	93,9	86,9	89,8				
Sachsen	19.260	19.617	357	+1,9%	17.691	18.186	7,7	8,5	20.229	20.403	11,6	11,4	95,2	96,1	87,5	89,1				
Sachsen-Anhalt	11.424	11.709	285	+2,5%	10.233	10.431	5,8	6,6	12.129	12.216	10,7	9,8	94,2	95,8	84,4	85,4				
Schleswig-Holstein	20.790	20.877	87	+0,4%	20.142	20.274	4,3	5,3	23.580	23.646	15,5	16,3	88,2	88,3	85,4	85,7				
Thüringen	11.451	11.559	111	+1,0%	10.608	10.713	11,6	11,5	11.184	11.184	8,6	7,6	102,4	103,4	94,8	95,8				
West	482.736	479.268	-3.468	-0,7%	467.895	465.528	5,9	6,5	528.936	520.467	13,9	13,7	91,3	92,1	88,5	89,4				
Ost	80.472	79.980	-489	-0,6%	73.632	73.581	8,5	9,0	83.877	82.668	11,5	11,3	95,9	96,7	87,8	89,0				
Deutschland	563.280	559.332	-3.948	-0,7%	541.599	539.193	6,2	6,9	613.107	603.420	13,6	13,5	91,9	92,7	88,3	89,4				

¹ Unter Zugrundelegung der erweiterten Nachfragedefinition.

Alle Absolutwerte auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Quelle: BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September; Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum 30. September;

Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport: 2015

Tabelle A1.1-3: Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots nach Zuständigkeitsbereichen 2010 bis 2014

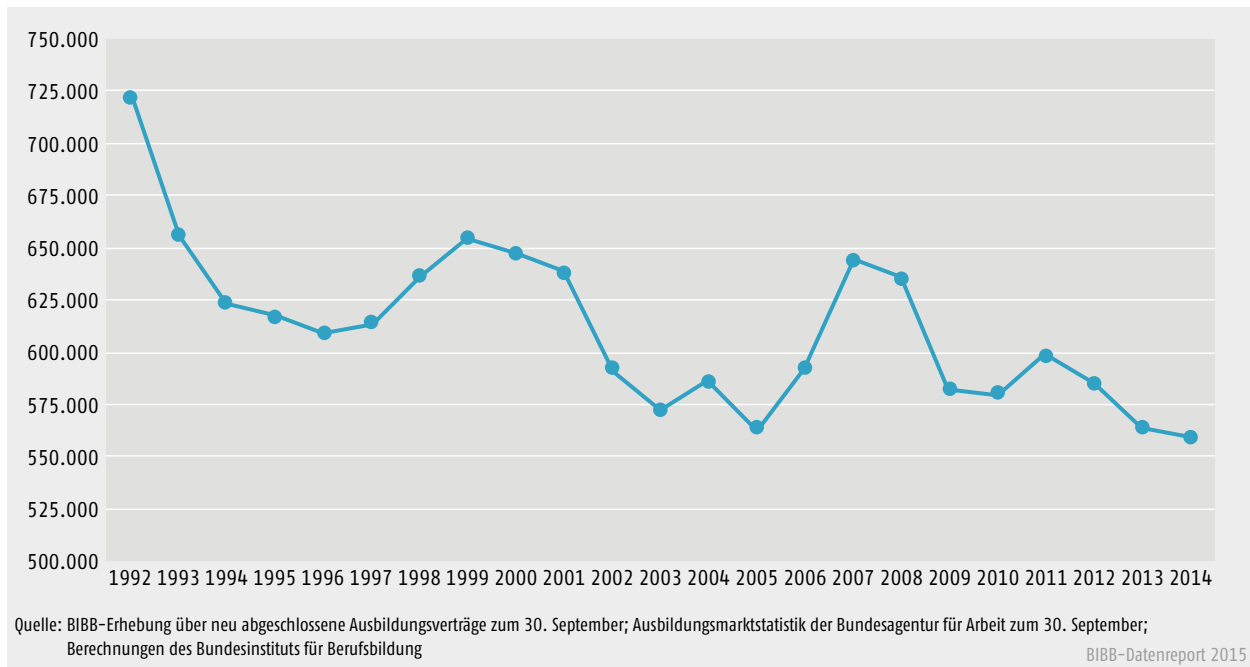
Zuständigkeitsbereich	Ausbildungsplatzangebote insgesamt												darunter:																			
	betriebliches Angebot												unbesetzte betriebliche Stellen						unbesetzte betriebliche Stellen in %													
	2010	2011	2012	2013	2014	2014 zu 2013	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9	Sp. 10	Sp. 11	Sp. 12	2010	2011	2012	2013	2014	Sp. 13	Sp. 14	Sp. 15	Sp. 16	Sp. 17	Sp. 18	Sp. 19	Sp. 20	Sp. 21
Deutschland	579.564	599.070	584.532	563.280	559.332	-3.948	-0,7%	538.521	568.608	558.627	541.599	539.193	19.605	29.689	33.274	33.738	37.101	36,6%	29.689	33.274	33.738	37.101	36,6%	5,2%	5,2%	6,0%	6,2%	6,9%				
Industrie und Handel	342.282	360.321	351.066	335.811	330.645	-5.166	-1,5%	320.343	344.532	338.841	324.705	320.466	11.239	17.539	18.445	18.546	19.886	3,5%	17.539	18.445	18.546	19.886	3,5%	5,1%	5,1%	5,4%	5,7%					
Handwerk	160.863	162.579	157.677	152.997	153.993	+996	+0,7%	145.947	151.266	147.036	145.071	146.748	5.684	8.071	10.349	10.859	12.759	3,9%	8.071	10.349	10.859	12.759	3,9%	5,3%	5,3%	7,0%	7,5%					
Öffentlicher Dienst	13.725	12.498	12.258	12.450	12.564	+111	+0,9%	13.689	12.459	12.195	12.426	12.522	169	95	250	235	147	1,2%	95	250	235	147	1,2%	0,8%	0,8%	2,1%	1,9%					
Landwirtschaft	14.205	13.764	13.617	13.614	13.701	+87	+0,6%	12.522	12.627	12.474	12.522	12.654	282	281	356	455	545	2,3%	281	356	455	545	2,3%	2,2%	2,2%	2,9%	3,6%					
Sonstige Stellen ¹	48.492	49.908	49.914	48.408	48.429	+21	+0,0%	46.020	47.724	48.081	46.875	46.800	2.231	3.703	3.874	3.643	3.764	4,8%	3.703	3.874	3.643	3.764	4,8%	7,8%	7,8%	8,1%	7,8%					
Westdeutschland	484.125	509.265	499.344	482.736	479.268	-3.468	-0,7%	461.649	490.572	481.773	467.895	465.528	15.828	24.381	26.989	27.439	30.361	3,4%	24.381	26.989	27.439	30.361	3,4%	5,0%	5,0%	5,6%	5,9%					
Industrie und Handel	282.753	303.576	297.681	286.164	281.880	-4.281	-1,5%	273.033	295.527	290.724	279.366	275.574	8.850	14.149	14.664	14.827	15.846	3,2%	14.149	14.664	14.827	15.846	3,2%	4,8%	4,8%	5,0%	5,3%					
Handwerk	137.421	141.021	137.124	133.260	133.863	+603	+0,5%	127.008	132.315	128.547	126.945	128.235	4.698	6.797	8.708	9.139	10.893	3,7%	6.797	8.708	9.139	10.893	3,7%	5,1%	5,1%	6,8%	7,2%					
Öffentlicher Dienst	10.857	9.984	9.726	9.858	10.068	+210	+2,1%	10.824	9.963	9.678	9.834	10.029	160	93	164	143	99	1,5%	93	164	143	99	1,5%	0,9%	0,9%	1,7%	1,5%					
Landwirtschaft	10.830	10.911	10.797	10.764	10.674	-90	-0,8%	10.035	10.353	10.077	10.086	9.978	161	161	204	234	281	1,6%	161	204	234	281	1,6%	1,6%	1,6%	2,0%	2,3%					
Sonstige Stellen ¹	42.264	43.770	44.010	42.690	42.783	+93	+0,2%	40.749	42.414	42.747	41.664	41.712	1.959	3.180	3.249	3.096	3.242	4,8%	3.180	3.249	3.096	3.242	4,8%	7,5%	7,5%	7,6%	7,4%					
Ostdeutschland insgesamt	95.325	89.670	85.068	80.472	79.980	-489	-0,6%	76.758	77.904	76.731	73.632	73.581	3.662	5.175	6.163	6.227	6.657	4,8%	5.175	6.163	6.227	6.657	4,8%	6,6%	6,6%	8,0%	8,5%					
Industrie und Handel	59.439	56.652	53.304	49.581	48.732	-849	-1,7%	47.217	48.912	48.036	45.273	44.859	2.299	3.297	3.701	3.652	4.007	4,9%	3.297	3.701	3.652	4.007	4,9%	6,7%	6,7%	7,7%	8,1%					
Handwerk	23.436	21.555	20.550	19.734	20.127	+393	+2,0%	18.936	18.951	18.489	18.126	18.513	982	1.274	1.640	1.719	1.865	5,2%	1.274	1.640	1.719	1.865	5,2%	6,7%	6,7%	8,9%	9,5%					
Öffentlicher Dienst	2.868	2.514	2.532	2.592	2.496	-96	-3,7%	2.865	2.499	2.520	2.592	2.493	9	2	86	92	48	0,3%	2	86	92	48	0,3%	0,1%	0,1%	3,4%	3,5%					
Landwirtschaft	3.375	2.853	2.817	2.850	3.027	+180	+6,3%	2.490	2.274	2.397	2.436	2.676	121	120	152	221	264	4,9%	120	152	221	264	4,9%	5,3%	5,3%	6,3%	9,1%					
Sonstige Stellen ¹	6.210	6.096	5.862	5.712	5.598	-114	-2,0%	5.250	5.268	5.292	5.208	5.040	251	480	584	543	473	4,8%	480	584	543	473	4,8%	9,1%	9,1%	11,0%	10,4%					

¹ Eine weitere Differenzierung ist an dieser Stelle nicht möglich.

Anmerkung: Als Folge von Datenschutzvorschriften werden im Rahmen der BA-Statistik Werte zwischen 1 und 2 nicht mehr ausgewiesen, darüber hinaus auch Summanden größer als 3 nicht, sofern sie einen Rückschluss auf die Größe anderer Summanden kleiner als 3 ermöglichen. Damit sind auch Weiterverarbeitungen der betroffenen Zahlen (z. B. im Zuge der Ermittlung relativer Werte) nicht mehr möglich. Die betroffenen Zellen sind hier jeweils mit einer Schätzung versehen.

Quelle: BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September; Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum 30. September; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schaubild A1.1-2: Bundesweite Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots 1992 bis 2014



Ausbildungsplatznachfrage

Die Ausbildungsplatznachfrage – zugrunde gelegt wird im Folgenden ausschließlich die erweiterte Berechnung, die in dieser Form seit 2007 möglich ist – sank 2014 bundesweit um 9.700 Personen bzw. 1,6% auf nunmehr nur noch 603.400. Gegenüber 2007, als noch 756.800 Nachfrager gezählt wurden, beträgt der Rückgang 153.400 bzw. 20,3%. Maßgeblich hierfür sind vor allem die ungünstige demografische Entwicklung und die damit verbundene kontinuierlich sinkende Zahl junger Menschen.

Bis auf Hamburg (+1,1%), Mecklenburg-Vorpommern (+0,9%), Sachsen (+0,9%), Sachsen-Anhalt (+0,7%) und Schleswig-Holstein (+0,3%) sank die Nachfrage gegenüber 2013 in allen Bundesländern, am stärksten fielen die relativen Rückgänge in Berlin (-4,9%), Brandenburg (-4,9%), Bremen (-3,7%) und Hessen (-2,3%) aus → [Tabelle A1-3 Internet](#).

Angebots-Nachfrage-Relation

Da die Ausbildungsplatznachfrage noch stärker als das Ausbildungsplatzangebot zurückging, stieg 2014 die rechnerische Relation zwischen Angebot und Nachfrage (eANR). 2014 entfielen bundesweit 92,7 Angebote auf

100 Nachfrager. Im Vorjahr lag der Wert bei 91,9 Angeboten. Somit verbesserte sich die Ausbildungsmarktlage für die Ausbildungsplatznachfrager wieder leicht → [Tabelle A1-2 Internet](#).

Die Angebots-Nachfrage-Relation lag 2014 im Osten deutlich über der des Westens (eANR Ost = 96,7; eANR West = 92,1). Der höchste Wert wurde in den ostdeutschen Ländern erstmals in Thüringen erzielt (eANR = 103,4), das damit auch den Spitzenplatz unter allen 16 Bundesländern einnahm → [Tabelle A1-3 Internet](#). Auch Mecklenburg-Vorpommern, bislang Spitzenreiter in den ostdeutschen Ländern, übertraf mit einem Wert von eANR = 101,8 noch die 100er-Schwelle. Den Spitzenrang unter den westdeutschen Ländern nahm 2014 erneut Bayern ein (eANR = 102,4), gefolgt von Baden-Württemberg (eANR = 96,5) und dem Saarland (eANR = 93,9). Der im Westen und auch bundesweit niedrigste Wert von eANR = 86,1 ergibt sich für den Stadtstaat Hamburg.

Das schlechte Abschneiden Hamburgs hat allerdings vor allem statistische Gründe. Die jüngere Hamburger Berufsbildungspolitik zielt auf eine sehr offensive Begleitung und statistische Offenlegung der weiteren Wege der Jugendlichen nach Verlassen der allgemeinbildenden Schulen.

Diese Politik trug zum einen zu einem deutlichen Anstieg der Zahl der registrierten Berufsausbildungsstellenbewerber/-innen bei (Zunahme 2014 gegenüber 2009 um gut +2.700 bzw. +42,3%) und zum anderen zu einer wesentlich geringeren Zahl und Quote von Ausbildungsstellenbewerbern, die unbekannt verblieben sind (2009: 1.700 mit einem Anteil an allen Bewerbern: 26,7% und 2014: 1.200 mit einem Anteil an allen Bewerbern von 13,4%). Mit der verbesserten Aufklärung über die Lage der Hamburger Jugendlichen stieg die Zahl der Bewerber, deren faktische Ausbildungslosigkeit am Ende des Jahres auch offenkundig wurde. Zählten 2009 noch knapp 900 Bewerber/-innen zu den am Ende des Berichtsjahres noch offiziell Suchenden („unversorgte Bewerber“: gut 200, „Bewerber mit Alternative zum 30. September“: 600), so waren es 2014 rd. 2.700, also mehr als dreimal so viele („unversorgte Bewerber“: 1.500, „Bewerber mit Alternative zum 30. September“: 1.200). All dies hatte zur Folge, dass die Ausbildungsbilanz in Hamburg gerade in den letzten Jahren *statistisch* schlechter ausfiel (eANR 2009: 95,0; 2010: 95,9; 2011: 93,7; 2012: 89,9; 2013: 89,0; 2014: 86,0) und dass das Land im Vergleich zu allen anderen Bundesländern vom ersten Rang unter den westdeutschen Ländern im Jahr 2009 auf den letzten Rang im Jahr 2014 zurückfiel (siehe auch Matthes/Ulrich 2015).

Seit einigen Jahren ist es möglich, den Wert der erweiterten Angebots-Nachfrage-Relation in eine betriebliche und eine außerbetriebliche Komponente zu splitten (Ulrich 2012a, S. 53 f.). Die Berechnung einer *betrieblichen* Angebots-Nachfrage-Relation ist insofern angebracht, als allein das betriebliche Angebot den genuinen Kern des Marktgeschehens bildet. Die außerbetrieblichen Plätze sind dagegen eher kompensatorischer Natur und werden aufgrund von Verwaltungsentscheidungen geschaffen.

Wie → **Tabelle A1-1** (s. o.) zeigt, hat sich auch die *betriebliche* Angebots-Nachfrage-Relation (eANR_b) 2014 im Vergleich zum Vorjahr verbessert. Mit eANR_b = 89,4 lag sie um 1,0 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor. Im Osten fiel die Quote mit eANR_b = 89,0 etwas niedriger als im Westen aus, doch kam es hier gegenüber dem Vorjahr (eANR_b = 87,8) wie bereits in den Vorjahren zu einer deutlichen Steigerung. Seit 2009 ist die *betriebliche* Angebots-Nachfrage-Relation in den neuen Ländern und Berlin um 17,2 Prozentpunkte angestiegen, damals lag die Quote noch bei eANR_b = 71,8. Im Zuge der Steigerung wurde, wie an der *außerbetrieblichen* Angebots-Nachfra-

ge-Relation (eANR_a) ablesbar ist, die relative Bedeutung der kompensatorisch bereitgestellten, überwiegend öffentlich geförderten Berufsausbildung stark zurückgegangen (2007: eANR_a = 20,9 und 2014: eANR_a = 7,7).

Erfolgreiche Ausbildungsmarktteilnehmer

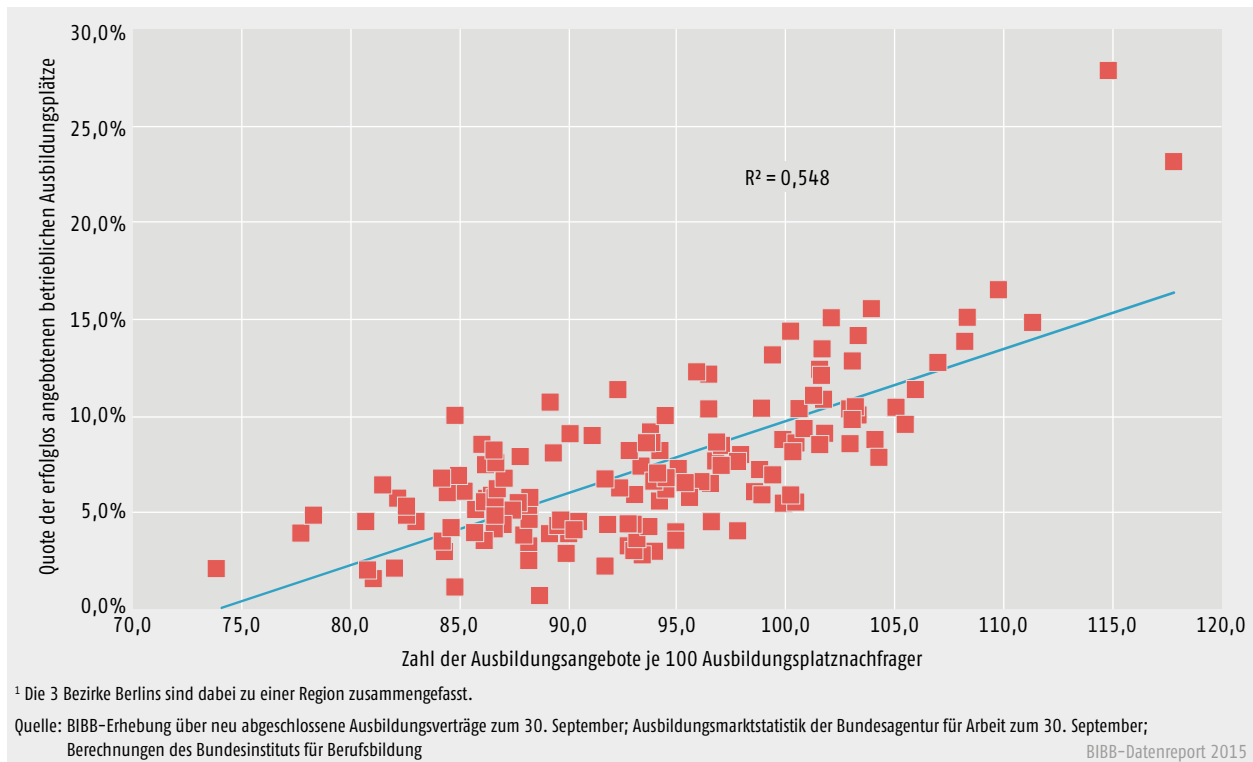
Erfolglos angebotene Ausbildungsplätze

Die Zahl der gemeldeten (betrieblichen) Berufsausbildungsstellen, die am 30. September noch unbesetzt waren, ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Sie lag 2014 bei 37.100 und hat sich damit seit dem Tiefpunkt im Jahr 2005 fast verdreifacht. Eine höhere Zahl unbesetzter Lehrstellen gab es zuletzt im Jahr 1995. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Zahl der unbesetzten betrieblichen Lehrstellen bundesweit um 3.400 bzw. 10,0% zugenommen. Der Anteil der unbesetzten Ausbildungsplätze, bezogen auf das betriebliche Ausbildungsangebot, bezifferte sich 2014 bundesweit auf 6,9%. In Ostdeutschland fiel der Anteil der unbesetzten betrieblichen Ausbildungsplätze mit 9,0% noch einmal deutlich höher aus als in Westdeutschland (6,5%) → **Tabelle A1.1-3**.

Die höchsten Anteile unbesetzter Stellen am betrieblichen Angebot wurden 2014 in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern (15,2%), Brandenburg (12,3%), Thüringen (11,5%) und Bayern (10,1%) verzeichnet. Die niedrigsten Anteile wurden in Bremen (3,6%), Hamburg (3,6%), Berlin (4,2%) und Nordrhein-Westfalen (4,4%) gemessen → **Tabelle A1-3 Internet**.

Die Differenzierung nach Zuständigkeitsbereichen zeigt, dass der öffentliche Dienst der einzige Bereich ist, in dem der Anteil der unbesetzten Stellen am Gesamtangebot im Vergleich zum Vorjahr bundesweit gesunken ist. Nur 1,2% (West: 1,0%; Ost: 1,9%) aller angebotenen Ausbildungsstellen blieben hier unbesetzt. In allen anderen Zuständigkeitsbereichen haben sich die Anteile der unbesetzten Stellen im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Den höchsten Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen hatte mit 8,7% das Handwerk zu verzeichnen. In Ostdeutschland blieb sogar jeder zehnte Ausbildungsplatz (10,1%) im Handwerk unbesetzt. Zunehmend von Besetzungsproblemen betroffen sind auch die landwirtschaftlichen Berufe. Der Anteil unbesetzter betrieblicher Stellen am betrieblichen Gesamtangebot hat sich von 2009 bis 2014 mehr als verdoppelt (von 1,7% auf 4,3%). In Ostdeutschland hat er sich mit einem Rekord-

Schaubild A1.1-3: **Der Zusammenhang zwischen der Marktlage (Angebots-Nachfrage-Relation) und der Quote unbesetzter betrieblicher Ausbildungsplatzangebote in den 154 Arbeitsagenturbezirken¹ im Jahr 2014**



wert von 9,9% seit 2009 sogar mehr als verdreifacht. Die Ursachen für die steigende Zahl unbesetzter Plätze sind vielfältig. Statistische Analysen auf regionaler Ebene (Arbeitsagenturbezirke, Länder) zeigen, dass Besetzungsprobleme zunehmen, je mehr Ausbildungsplatzangebote in der Region den ausbildungsinteressierten Jugendlichen gegenüberstehen, weil sich hierdurch die Konkurrenzlage der Ausbildungsplatzanbieter verschärft. Bei einer niedrigen Angebots-Nachfrage-Relation von unter ANR = 85,0 blieben 2014 in den Arbeitsagenturbezirken im Schnitt weniger als 5% der betrieblichen Angebote unbesetzt, während es bei einer Angebots-Nachfrage-Relation von mehr als ANR = 100,0 im Schnitt deutlich mehr als 10% waren → [Schaubild A1.1-3](#).

Erfolgreiche Ausbildungsplatznachfrage

Die Zahl der Ausbildungsstellenbewerber/-innen, die am 30. September noch eine Berufsausbildungsstelle suchten und deshalb auch als erfolgreiche Ausbildungsplatznachfrager gelten, betrug 2014 bundesweit 81.200 Personen. Sie ist damit sowohl in West- als auch in Ostdeutschland im

Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen (West: -2.100 bzw. -2,8%; Ost: -300 bzw. -3,0%). Dennoch lag der Anteil der erfolgreichen Ausbildungsplatznachfrager im Jahr 2014 mit 13,5% der offiziellen Ausbildungsplatznachfrage nach wie vor auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Die höchsten Anteile erfolgloser Ausbildungsstellenbewerber/-innen an der Gesamtnachfrage wurden 2014 in Niedersachsen (17,0%), Hamburg (16,9%), Nordrhein-Westfalen (16,9%) und Schleswig-Holstein (16,3%) beobachtet. Die niedrigsten Anteile wurden in Thüringen (7,6%), Bayern (7,8%) und Sachsen-Anhalt (9,8%) gemessen → [Tabelle A1-3 Internet](#).

Unterscheidet man die gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen nach ihrem Schulabschluss, fällt auf, dass der Anteil der Bewerber/-innen mit Fachhochschulreife und allgemeiner Hochschulreife in der Gruppe der noch suchenden Bewerber/-innen im Laufe der vergangenen 5 Jahre kontinuierlich gestiegen ist. Während im Jahr 2010 nur 17,5% der erfolglosen Bewerber/-innen über einen höheren Schulabschluss (Studienberechtigung) verfüg-

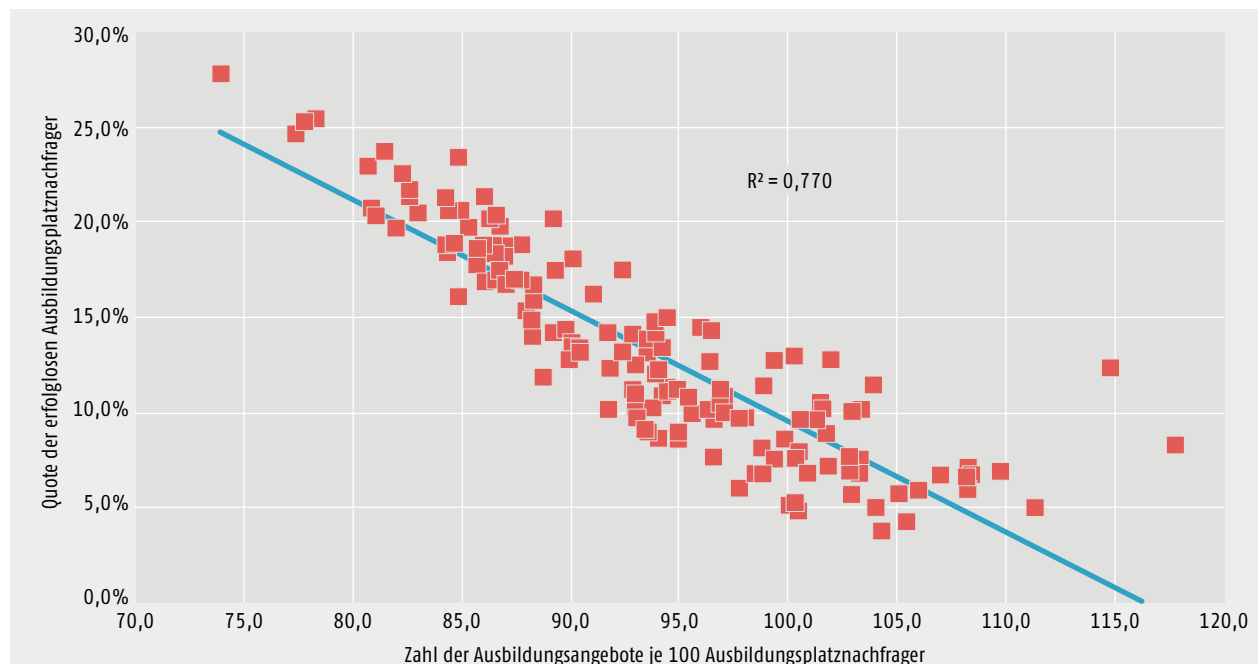
ten, waren es 2014 bereits 25,5%. Die steigenden Anteile studienberechtigter Personen unter den erfolglosen Ausbildungsplatznachfragern sind zum Teil eine Folge der starken Zunahme dieses Personenkreises im Zuge der doppelten Abiturientenjahrgänge. Sie werfen aber auch Fragen hinsichtlich des Berufswahlverhaltens dieser Gruppe auf. Aus anderen Analysen ist bekannt, dass sich Studienberechtigte bei einer Berufswahl im dualen System recht einseitig auf die kaufmännischen Berufe bzw. auf die sekundären Dienstleistungsberufe konzentrieren, während sie die Produktionsberufe meist außer Acht lassen. Zwar ist es dem Handwerk in den letzten Jahren gelungen, mehr Studienberechtigte als Lehrlinge zu gewinnen, doch ist der Anteil mit insgesamt rund 10% immer noch steigerungsfähig (BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A4.6.2).

Die Gruppe der noch suchenden Ausbildungsstellenbewerber/-innen lässt sich innerhalb der Ausbildungsmarktstatistik der BA, die Auskunft über den Verbleib aller bei der Arbeitsverwaltung registrierten Bewerber gibt, in 2 Gruppen unterteilen:

- ▶ in die Gruppe der sogenannten „unversorgten Bewerber“ (sie umfasste 2014 insgesamt 20.900 Personen) und
- ▶ in die Gruppe der „Bewerber mit Alternative zum 30. September“ (ihre Zahl lag 2014 bei 60.300 Personen).

Die zweite Gruppe ist in eine Alternative, die nur zum Teil einen echten Ersatzcharakter für den Beginn einer vollqualifizierenden Berufsausbildung besitzen, eingemündet. Die Alternativen 2014 waren vor allem: erneute Schulbildung (29,8%), Verbleib in Fördermaßnahmen (22,7%), Erwerbstätigkeit (16,3%), Praktika (6,0%), Bundes-/Jugendfreiwilligendienst (5,9%) und Berufsvorbereitungs-/Berufsprüfungsjahr (4,4%). 12,3% der Bewerber mit Alternative zum 30. September setzten eine (zumeist öffentlich geförderte, „außerbetriebliche“) Berufsausbildung fort, aus der sie sich heraus erneut für eine Berufsausbildungsstelle beworben hatten, und 2,3% begannen ein Studium oder setzten es fort (Bundesagentur für Arbeit 2014h).

Schaubild A1.1-4: **Der Zusammenhang zwischen der Marktlage (Angebots-Nachfrage-Relation) und der Quote erfolgloser Ausbildungsplatznachfrager in den 154 Arbeitsagenturbezirken¹ im Jahr 2014**



¹ Die 3 Bezirke Berlins sind dabei zu einer Region zusammengefasst.

Quelle: BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September; Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum 30. September; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Die Quote der erfolglosen Ausbildungsplatznachfrager in den einzelnen Regionen wurde auch im Jahr 2014 sehr stark von der Angebotslage bestimmt. Bei niedrigen Angebots-Nachfrage-Relationen zwischen ANR = 80,0 und ANR = 85,0 waren in den Arbeitsagenturbezirken im Schnitt mehr als 20% der Nachfrager auch noch am Stichtag 30. September auf Ausbildungsplatzsuche, während die Quoten bei Angebots-Nachfrage-Relationen von ANR = 105,0 und mehr um 5% variierten → **Schaubild A1.1-4**. Da auch 2014 in vielen Regionen Angebots-Nachfrage-Relationen unter ANR = 90,0 vorherrschten, war es angesichts eines zu geringen Angebots nicht möglich, eine zufriedenstellende Versorgung der Ausbildungsplatznachfrager sicherzustellen (vgl. **Kapitel A1.4**).

Passungsprobleme

Ist der Anteil der erfolglos angebotenen Ausbildungsstellen relativ hoch, die Quote der erfolglosen Bewerber/-innen aber niedrig, sprechen wir von einem größeren Besetzungsproblem. Gibt es zwar nicht viele unbesetzte Plätze, aber relativ viele erfolglos suchende Ausbildungsplatznachfrager, liegt ein größeres Versorgungsproblem vor. Tritt der Fall auf, dass es sowohl relativ viele unbesetzte Lehrstellen als auch relativ viele zum Bilanzierungstichtag noch suchende Bewerber/-innen gibt, handelt es sich nach Matthes/Ulrich (2014) um ein Passungsproblem.

Die dargestellten Befunde zur Entwicklung der unbesetzten Ausbildungsstellen und der erfolglosen Ausbildungsplatznachfrager zeigen, dass sich im Berichtsjahr 2014 vor allem die Besetzungsprobleme verschärft haben. Die Versorgungsprobleme haben hingegen zumindest leicht abgenommen, wobei die Quote der erfolglosen Nachfrager im Vergleich etwa zu den Jahren 2010 bis 2012 immer noch auf einem relativ hohen Niveau liegt. Da die Besetzungsprobleme im Jahr 2014 deutlich stärker stiegen, als die Versorgungsprobleme nachließen, haben die Passungsprobleme im Jahr 2014 sowohl in West- als auch in Ostdeutschland insgesamt weiter zugenommen. Die zentralen Ursachen für die auch im Jahr 2014 bestehenden Passungsprobleme sind in regionalen und beruflichen Disparitäten zu verorten.

So zeigt sich zum einen, dass es bundesweit 2014 viele Regionen gab, in denen entweder Besetzungs- oder Versorgungsprobleme dominieren. So war z. B. im Ar-

beitsagenturbezirk Stralsund der Anteil der unbesetzten Ausbildungsplatzangebote relativ hoch, während der Anteil der erfolglosen Ausbildungsplatznachfrager relativ niedrig ausfiel. Dagegen war z. B. im Arbeitsagenturbezirk Recklinghausen der Anteil der erfolglosen Ausbildungsplatznachfrager relativ hoch, der Anteil der unbesetzten Ausbildungsplatzangebote jedoch relativ niedrig. Bundesweit summieren sich beide Phänomene (hier Regionen mit Besetzungsproblemen, aber keinen größeren Versorgungsproblemen, dort Regionen mit Versorgungsproblemen, aber keinen größeren Besetzungsproblemen) zu relativ hohen Zahlen von unbesetzten Plätzen und noch suchenden Ausbildungsplatznachfragern.

Vergleichbares gilt für die Berufe: Zum einen gibt es Berufe, in denen die Anteile der unbesetzten Ausbildungsplatzangebote 2014 sehr hoch ausfielen. Besonders betroffen von Besetzungsproblemen waren erneut Berufe aus dem Bereich des Lebensmittelhandwerks, der Gastronomie und des Reinigungsgewerbes → **Tabelle A1.1-4**. Zwar waren speziell in diesen Berufen im Schnitt nur wenig erfolglose Ausbildungsplatznachfrager zu finden, doch gab es 2014 in Deutschland umgekehrt auch viele Berufe, in denen die Anteile erfolgloser Nachfrager sehr hoch waren (während die Anteile der unbesetzten Plätze dort eher niedrig ausfielen). Wie bei den Regionen summieren sich auch hier beide Phänomene (hier Berufe mit Besetzungsproblemen, aber keinen größeren Versorgungsproblemen, dort Berufe mit Versorgungsproblemen, aber keinen größeren Besetzungsproblemen) bundesweit zu relativ hohen Zahlen von unbesetzten Plätzen und noch suchenden Ausbildungsplatznachfragern.

Ergebnisse der Nachvermittlung

Für Jugendliche, die auch noch nach dem 30. September 2014 einen Ausbildungsplatz für das bereits begonnene Ausbildungsjahr 2014/2015 suchten, setzte die Arbeitsverwaltung die Vermittlungsbemühungen auch nach dem 30. September fort. Die Ausgangslage für die Nachvermittlungsbedingungen war jedoch nicht einfach. Die rechnerische Lücke zwischen der Zahl der Ende September 2014 noch suchenden Ausbildungsplatznachfrager (81.200) und der Zahl der noch unbesetzten Ausbildungsplätze (37.100) fiel zwar mit 44.100 kleiner als ein Jahr zuvor aus (49.800), war aber immer noch beträchtlich. Zudem meldeten sich ab dem 1. Oktober auch noch ehemalige Ausbildungsstellenbewerber/-innen mit einem

Tabelle A1.1-4: Anteile der erfolglosen Marktteilnehmer 2014 nach ausgewählten Berufe

Beruf ¹	Betriebliche Angebote		Ausbildungsplatznachfrager		Anteile erfolgreicher Marktteilnehmer (in %)	
	insgesamt	am 30.09. unbesetzt	insgesamt	am 30.09. noch suchend	Anteil unbesetzter Plätze am betrieblichen Angebot	Anteil noch Suchender an der Nachfrage
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6
Berufe mit Besetzungsproblemen	absolut	absolut	absolut	absolut	Sp. 2/Sp. 1	Sp. 4/Sp. 3
Restaurantfachmann/-frau	4.938	1.698	3.600	303	34,4	8,4
Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk ²	11.016	3.309	8.343	459	30,0	5,5
Klempner/-in	600	168	450	12	28,0	2,7
Fleischer/-in	2.094	573	1.674	99	27,4	5,9
Fachmann/-frau für Systemgastronomie	2.571	696	1.971	87	27,1	4,4
Bäcker/-in	3.717	963	3.081	240	25,9	7,8
Drogist/-in	1.761	420	1.545	201	23,9	13,0
Tierwirt/-in	528	117	444	30	22,2	6,8
Koch/Köchin	11.745	2.307	10.827	1.032	19,6	9,5
Gebäudereiniger/-in	1.446	273	1.266	72	18,9	5,7
Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugservice	519	84	474	33	16,2	7,0
Berufe mit Versorgungsproblemen	absolut	absolut	absolut	absolut	Sp. 2/Sp. 1	Sp. 4/Sp. 3
Gestalter/-in für visuelles Marketing ³	582	12	1.155	573	2,1	49,6
Tierpfleger/-in	597	3	1.194	582	0,5	48,7
Mediengestalter/-in Bild und Ton	630	24	1.080	477	3,8	44,2
Sport- und Fitnesskaufmann/-frau	1.938	75	2.856	972	3,9	34,0
Mediengestalter/-in Digital und Print ⁴	3.285	84	4.734	1.470	2,6	31,1
Fotograf/-in	693	39	960	297	5,6	30,9
Informations- und Telekommunikationssystem-Elektroniker/-in	1.761	48	2.388	657	2,7	27,5
Tiermedizinischer Fachangestellter/-e ⁵	2.133	66	2.850	780	3,1	27,4
Veranstaltungskaufmann/-frau	1.908	36	2.571	681	1,9	26,5
Biologielaborant/-in	525	3	696	174	0,6	25,0
Florist/-in	1.161	78	1.545	384	6,7	24,9
Zweiradmechatroniker/-in ⁶	693	30	906	207	4,3	22,8
Chemielaborant/-in	1.680	24	2.142	486	1,4	22,7
Fachkraft für Schutz und Sicherheit	1.071	126	1.197	249	11,8	20,8
Kaufmann/-frau für Büromanagement ⁷	28.713	813	36.762	7.623	2,8	20,7
Pferdewirt/-in	786	57	924	192	7,3	20,8
Fahrzeuglackierer/-in	2.340	93	3.012	621	4,0	20,6
Fachangestellter/-e für Medien- und Informationsdienste	534	6	663	135	1,1	20,4

¹ Es werden nur dreijährige Ausbildungsberufe des dualen Systems (BBiG/HwO) aufgeführt, in denen im Jahr 2014 mindestens 500 Ausbildungsstellen angeboten wurden.

² Inkl. Vorgänger: Fachverkäufer/-in im Nahrungsmittelhandwerk – nhw, Fachverkäufer/-in im Nahrungsmittelhandwerk – nhw SP Bäckerei, Fachverkäufer/-in im Nahrungsmittelhandwerk – nhw SP Fleischerei, Fachverkäufer/-in im Nahrungsmittelhandwerk – nhw SP Konditorei.

³ Inkl. Vorgänger: Schauwerbegestalter/-in.

⁴ Inkl. Vorgänger: Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien, Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien FR Medienberatung, Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien FR Mediendesign, Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien FR Medienoperating, Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien FR Medientechnik, Schriftsetzer/-in.

⁵ Inkl. Vorgänger: Tierärzthelfer/-in.

⁶ Inkl. Vorgänger: Zweiradmechaniker/-in, Zweiradmechaniker/-in FR Fahrradtechnik, Zweiradmechaniker/-in FR Motorradtechnik.

⁷ Inkl. Vorgänger: Bürokaufmann/-frau, Fachangestellter/-e für Bürokommunikation, Kaufmann/-frau für Bürokommunikation.

Hinweis: Alle Absolutzahlen wurden aufgrund von Bestimmungen des Datenschutzes auf ein Vielfaches von drei gerundet.

Quelle: BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September; Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum 30. September; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A1.1-5: Herkunft und Verbleib der Ausbildungsstellenbewerber, für die nach dem 30. September zeitweise oder dauerhaft ein Vermittlungsauftrag für den Beginn einer Berufsausbildung bis Ende 2014 bestand, im Januar 2015

	darunter: bereits Bewerber im Berichtsjahr 2013/2014								kein Bewerber im letzten Berichtsjahr 2013/2014					
	Insgesamt		darunter:				darunter:							
	insgesamt		bis zum 30.09. eingemündete Bewerber des letzten Berichtsjahres		andere ehemalige Bewerber des letzten Berichtsjahres		noch suchende Bewerber zum Ende des letzten Berichtsjahres		Bewerber mit Alternative zum 30.09. des letzten Berichtsjahres					
	Sp. 1 (Sp. 2 + Sp. 8)	Sp. 2 (Sp. 3 + Sp. 4 + Sp. 5)	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5 (Sp. 6 + Sp. 7)	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8						
Deutschland														
Am 01.10.2014 weiterhin suchende oder ab dem 01.10.2014 erneut oder neu suchende Bewerber darunter Status im Januar 2015:	70.815	100,0%	7.096	100,0%	35.502	100,0%	14.750	100,0%	20.752	100,0%	20.498	100,0%		
→ eingemündete Bewerber	6.611	9,3%	1.041	14,7%	645	8,4%	2.664	7,5%	1.006	6,8%	1.658	8,0%	2.261	11,0%
▶ Berufsausbildung ungefordert	5.255	7,4%	790	11,1%	486	6,3%	2.418	6,8%	931	6,3%	1.487	7,2%	1.561	7,6%
▶ Berufsausbildung gefördert	1.356	1,9%	251	3,5%	159	2,1%	246	0,7%	75	0,5%	171	0,8%	700	3,4%
→ andere ehemalige Bewerber, darunter:	11.245	15,9%	767	10,8%	1.095	14,2%	6.707	18,9%	1.895	12,8%	4.812	23,2%	2.676	13,1%
▶ ohne Angabe eines Verbleibs	6.579	9,3%	5.125	10,2%	326	4,6%	4.453	11,7%	542	3,7%	3.611	17,4%	1.454	7,1%
→ noch weiter suchende Bewerber, darunter:	52.959	74,8%	37.398	74,3%	5.288	74,5%	5.979	77,5%	26.131	73,6%	11.849	80,3%	14.282	68,8%
▶ mit alternativer Verbleibsmöglichkeit	24.286	34,3%	17.949	35,7%	3.057	43,1%	1.977	25,6%	12.915	36,4%	10.334	70,1%	2.581	12,4%
▶ ohne alternative Verbleibsmöglichkeit	28.673	40,5%	19.449	38,7%	2.231	31,4%	4.002	51,8%	13.216	37,2%	11.701	56,4%	9.224	45,0%
Westdeutschland														
Am 01.10.2014 weiterhin suchende oder ab dem 01.10.2014 erneut oder neu suchende Bewerber darunter Status im Januar 2015:	59.181	100,0%	42.246	100,0%	5.902	100,0%	6.054	100,0%	30.290	100,0%	13.801	100,0%	16.489	100,0%
→ eingemündete Bewerber	5.359	9,1%	3.504	8,3%	829	14,0%	486	8,0%	2.189	7,2%	946	6,9%	1.243	7,5%
▶ Berufsausbildung ungefordert	4.307	7,3%	3.017	7,1%	634	10,7%	366	6,0%	2.017	6,7%	877	6,4%	1.140	6,9%
▶ Berufsausbildung gefördert	1.052	1,8%	487	1,2%	195	3,3%	120	2,0%	172	0,6%	69	0,5%	103	0,6%
→ andere ehemalige Bewerber, darunter:	9.203	15,6%	7.005	16,6%	623	10,6%	880	14,5%	5.502	18,2%	1.773	12,8%	3.729	22,6%
▶ ohne Angabe eines Verbleibs	5.228	8,8%	4.055	9,6%	248	4,2%	503	8,3%	3.304	10,9%	500	3,6%	2.804	17,0%
→ noch weiter suchende Bewerber, darunter:	44.619	75,4%	31.737	75,1%	4.450	75,4%	4.688	77,4%	22.599	74,6%	11.082	80,3%	11.517	69,8%
▶ mit alternativer Verbleibsmöglichkeit	21.476	36,3%	16.092	38,1%	2.639	44,7%	1.682	27,8%	11.771	38,9%	9.705	70,3%	2.066	12,5%
▶ ohne alternative Verbleibsmöglichkeit	23.143	39,1%	15.645	37,0%	1.811	30,7%	3.006	49,7%	10.828	35,7%	1.377	10,0%	9.451	57,3%
Ostdeutschland														
Am 01.10.2014 weiterhin suchende oder ab dem 01.10.2014 erneut oder neu suchende Bewerber darunter Status im Januar 2015:	11.280	100,0%	7.830	100,0%	1.181	100,0%	1.654	100,0%	4.995	100,0%	934	100,0%	4.061	100,0%
→ eingemündete Bewerber	1.221	10,8%	816	10,4%	204	17,3%	159	9,6%	453	9,1%	60	6,4%	393	9,7%
▶ Berufsausbildung ungefordert	917	8,1%	647	8,3%	148	12,5%	120	7,3%	379	7,6%	54	5,8%	325	8,0%
▶ Berufsausbildung gefördert	304	2,7%	169	2,2%	56	4,7%	39	2,4%	74	1,5%	6	0,6%	68	1,7%
→ andere ehemalige Bewerber, darunter:	1.919	17,0%	1.454	18,6%	142	12,0%	212	12,8%	1.100	22,0%	116	12,4%	984	24,2%
▶ ohne Angabe eines Verbleibs	1.244	11,0%	974	12,4%	77	6,5%	140	8,5%	757	15,2%	41	4,4%	716	17,6%
→ noch weiter suchende Bewerber, darunter:	8.140	72,2%	5.560	71,0%	835	70,7%	1.283	77,6%	3.442	68,9%	758	81,2%	2.684	66,1%
▶ mit alternativer Verbleibsmöglichkeit	2.774	24,6%	1.839	23,5%	416	35,2%	295	17,8%	1.128	22,6%	621	66,5%	507	12,5%
▶ ohne alternative Verbleibsmöglichkeit	5.366	47,6%	3.721	47,5%	419	35,5%	988	59,7%	2.314	46,3%	137	14,7%	2.177	53,6%

BIBB-Datenreport 2015

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsmarktstatistik, Nachvermittlung bis Ende Januar 2015; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Nachvermittlungswunsch, die zuvor in eine Berufsausbildungsstelle eingemündet bzw. anderweitig verblieben waren oder überhaupt nicht als Ausbildungsstellenbewerber/-innen bei der BA gemeldet waren. Erleichtert wurde die Nachvermittlung jedoch dadurch, dass unter den zum 30. September noch suchenden Bewerbern mit Alternative nur ein relativ geringer Teil auch im letzten Jahresquartal weitersuchte.

Die Zahl der Jugendlichen, für die zwischen Oktober 2014 und Januar 2015 ein Vermittlungsauftrag (zeitweise oder dauerhaft) bestand, um in das bereits begonnene Ausbildungsjahr 2014/2015 einzusteigen, betrug bundesweit 70.800 Personen (Bundesagentur für Arbeit 2015). Dies waren 1.200 weniger als im Vorjahr. Die Gesamtzahl der Nachvermittlungsaufträge setzte sich zusammen aus 50.300 Jugendlichen, die bereits im vergangenen Berichtsjahr 2013/2014 als Ausbildungsstellenbewerber registriert worden waren, sowie 20.500, auf die dies nicht zutraf.

Unter den 50.300 bereits im letzten Berichtsjahr registrierten Bewerber/-innen befanden sich:

- ▶ 7.100 bzw. 2,6% der 271.100 Bewerber/-innen, die ursprünglich in eine Berufsausbildungsstelle eingemündet waren,
- ▶ 7.700 bzw. 3,7% der 207.100 Bewerber/-innen, die am 30. September zunächst anderweitig verblieben und somit auch nicht mehr auf Ausbildungsplatzsuche waren,
- ▶ 14.800 bzw. 24,5% der 60.300 Bewerber/-innen, die bis Ende September aus einer bestehenden Alternative heraus noch weiter nach einer Ausbildungsstelle gesucht hatten, sowie
- ▶ 20.800 bzw. 99,4% der 20.900 Bewerber/-innen, die am 30. September ohne Alternative auf Ausbildungsplatzsuche waren („unversorgte Bewerber“).

→ **Tabelle A1.1-5** informiert darüber, welche Ergebnisse die Nachvermittlung bis Januar 2015 für die insgesamt 70.800 Bewerber/-innen mit Interesse an einem nachträglichen Einstieg in das bereits begonnene Ausbildungsjahr erbracht hatte. Die Zahl der Bewerber/-innen, die noch in die angestrebte Berufsausbildung einmündete, lag bei 6.600 bzw. 9,3%. 53.000 bzw. 74,8% der Bewerber/-innen waren dagegen weiter auf Ausbildungsplatzsuche, darunter 24.300 mit und 28.700 ohne alternative Verbleibsmöglichkeit. Die restlichen 11.200 bzw. 15,9%

Bewerber/-innen waren anderweitig verblieben, darunter 6.600 unbekannt, und hatten den Vermittlungsauftrag beendet.

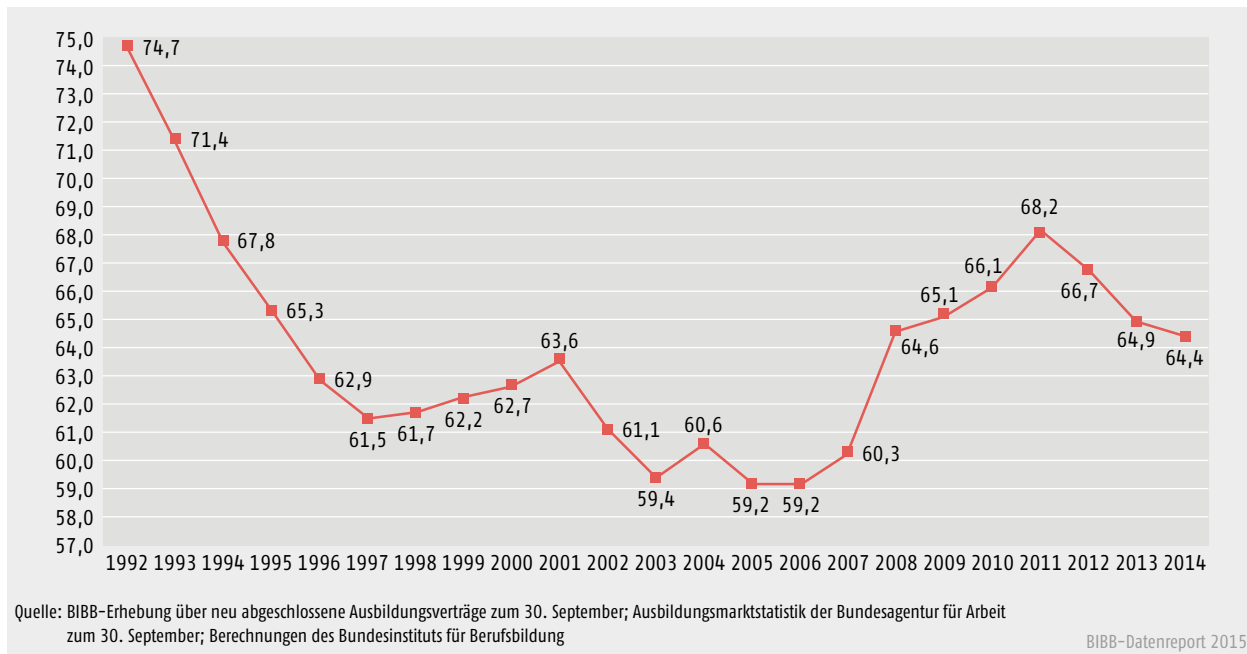
Die Nachvermittlung in eine Ausbildungsstelle zwischen Oktober 2014 und Januar 2015 gelang etwas häufiger für ostdeutsche (10,8%), weibliche (10,2%), jüngere Bewerber/-innen unter 20 Jahren (10,1%) und für Bewerber/-innen mit allgemeiner Hochschulreife (11,1%), darüber hinaus häufiger für Bewerber/-innen, die im vorausgegangenen Jahr bereits einmal in eine Ausbildungsstelle eingemündet waren (14,7%). Selten mündeten insbesondere noch Bewerber/-innen im Alter ab 25 Jahren ein (5,3%) (Bundesagentur für Arbeit 2015, S. 11). Die relativ geringen Einmündungsquoten im Nachvermittlungsgeschäft resultieren zum Teil daraus, dass eine Vermittlung mehrere Wochen und Monate nach Beginn eines neuen Ausbildungsjahres grundsätzlich schwierig ist. Sie weisen aber auch darauf hin, dass das Verhältnis zwischen Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage auch im Jahr 2014 nicht ausgeglichen war und dass ein Teil der Jugendlichen nach wie vor große Schwierigkeiten hatte, einen Platz im dualen Berufsausbildungssystem zu finden.

Beteiligung ausbildungsinteressierter Personen an dualer Berufsausbildung

Neben oben behandelten Indikatoren zur Ausbildungsplatznachfrage lassen sich Einmündungs- bzw. Beteiligungsquoten ausbildungsinteressierter Jugendlicher an dualer Berufsausbildung errechnen. Der Vorteil dieser Berechnungen besteht darin, dass sie alle institutionell erfassten Personen berücksichtigen, die im Laufe des Berichtsjahres den Wunsch geäußert hatten, zum neuen Ausbildungsjahr eine duale Berufsausbildung zu beginnen – unabhängig davon, ob sie bei der BA gemeldet waren oder nicht, und auch unabhängig davon, ob für sie die Vermittlungsbemühungen zum 30. September weiterliefen oder nicht (Ulrich 2012a).

→ **Schaubild A1.1-5** zeigt, wie sich seit den 1990er-Jahren der Anteil unter den ausbildungsinteressierten Personen entwickelte, der bis zum Bilanzierungsstichtag 30. September auch tatsächlich einen neuen Berufsausbildungsvertrag unterschrieben hatte und mit einer dualen Berufsausbildung beginnen konnte. Die Quote ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Prozentpunkte gesun-

Schaubild A1.1-5: **Bundesweite Entwicklung der Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Personen in duale Berufsausbildung (in %)**



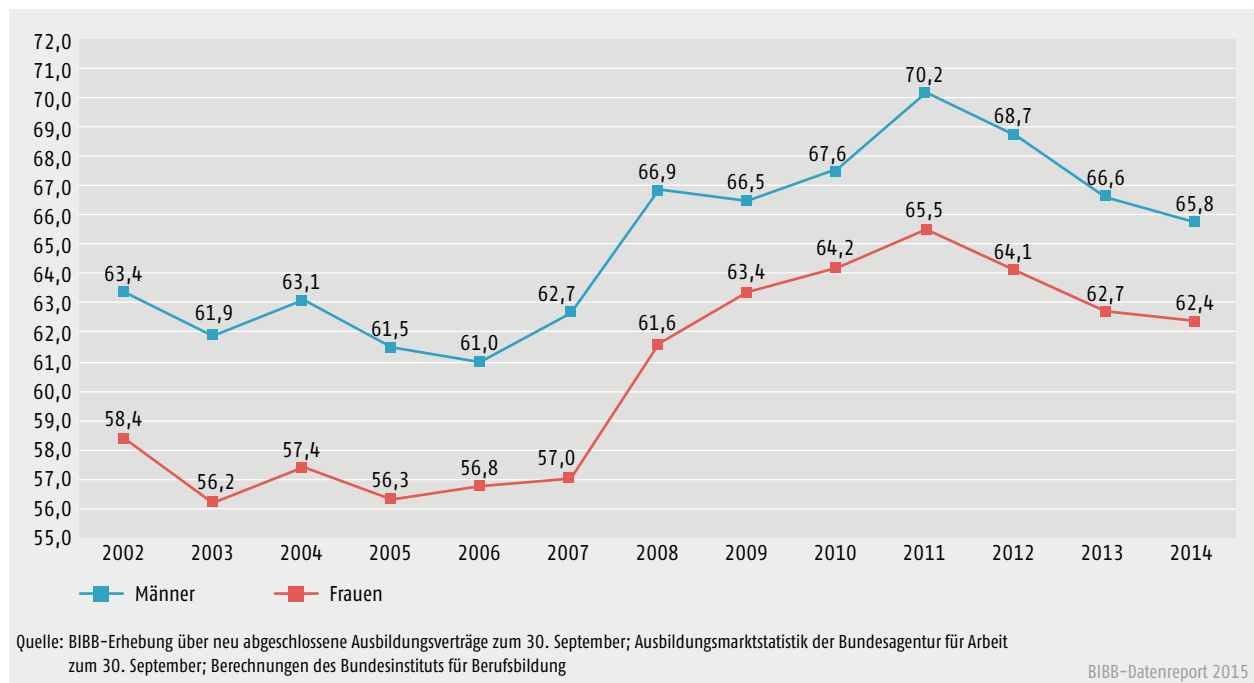
ken und lag 2014 bundesweit bei 64,4%.⁵ Dies ist der niedrigste Wert seit 2008.

Die Ursachen für die sinkenden Einmündungsquoten sind vielfältig. Grundsätzlich steht die Einmündungsquote in einem engen Zusammenhang mit dem Ausbildungsplatzangebot. Je mehr Angebote den ausbildungsinteressierten Jugendlichen gegenüberstehen, desto höher fällt auch die Einmündungsquote aus. So mündeten 2014 in den 24 Regionen (Arbeitsagenturbezirke), in denen weniger als 60 Ausbildungsplatzangebote je 100 ausbildungsinteressierten Personen gegenüberstanden, im Schnitt nur 53,3% der ausbildungsinteressierten Jugendlichen auch in eine Berufsausbildung ein. Dagegen waren es in den 24 Regionen, in denen mehr als 80 Angebote auf 100 Ausbildungsinteressierte entfielen, im Schnitt 75,4%, die an eine Berufsausbildung beteiligt werden konnten. Insofern ist eine niedrige Einmündungsquote ein Indikator für eine aus Sicht der Jugendlichen ungünstige Marktlage.

Allerdings spielen auch weitere Faktoren eine Rolle. So unterscheiden sich ausbildungsinteressierte Jugendliche danach, inwieweit sie neben der dualen Berufsausbildung auch andere vollqualifizierende Ausbildungsgänge in Schulen oder Hochschulen in Betracht ziehen. Nimmt nur der Anteil unter den Ausbildungsinteressierten zu, der sich nicht allein auf eine duale Berufsausbildung konzentriert, kann die Einmündungsquote sinken. Tatsächlich veränderte sich in den letzten Jahren die Merkmalsstruktur der ausbildungsinteressierten Personen zugunsten der Studienberechtigten. So registrierte die BA unter den 558.500 Ausbildungsstellenbewerbern/-bewerberinnen des Jahres 2010 108.100 bzw. 19,4% mit Studienberechtigung. 2014 waren es bei ähnlich hoher Gesamtzahl an Bewerbern und Bewerberinnen (559.400) bereits 139.700 (25,0%). Studienberechtigte Ausbildungsstellenbewerber/-innen zählen allerdings zu jenen ausbildungsinteressierten Personen, die sich schwerer für eine duale Berufsausbildung gewinnen lassen als Personen mit Hauptschulabschluss oder mittlerem Schulabschluss. Ein größerer Teil storniert frühzeitig wieder seinen Vermittlungswunsch und beschreitet andere Wege. Hinzu kommt, dass sich studienberechtigte Bewerber/-innen im Hinblick auf duale Ausbildungsberufe relativ wählerisch verhalten und nur bedingt für eine Ausbildung im

⁵ Nähere Hinweise zur Berechnung der Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Personen finden sich oben in den Erläuterungen **E** zu den Indikatoren der Ausbildungsmarktbilanzierung.

Schaubild A1.1-6: Entwicklung der Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Frauen und Männer (in %)



gewerblich-technischen Bereich zu gewinnen sind. Der Anteil der erfolglos suchenden Bewerber/-innen fällt bei den Studienberechtigten deshalb sogar noch etwas höher aus (2014: 14,8%) als bei den sonstigen Bewerbern (14,4%). Der steigende Anteil ausbildungsinteressierter Personen mit Studienberechtigung birgt insofern zwar Chancen, verstärkt leistungsstarke Jugendliche für eine duale Berufsausbildung zu gewinnen, birgt aber auch ein steigendes Risiko, dass es letztlich doch nicht gelingt, ausbildungsinteressierte Jugendliche tatsächlich an eine Berufsausbildung zu beteiligen.

Die Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Personen in duale Berufsausbildung reagiert insofern sowohl auf Veränderungen des Ausbildungsplatzangebots als auch auf Veränderungen in der Merkmalsstruktur der Bewerber/-innen. Für die kommenden Jahre, in denen die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen aus demografischen Gründen und infolge des Trends zu höheren Schulabschlüssen weiter chronisch sinken wird, wird sie insbesondere auch ein Indikator dafür sein, wie gut es gelingt, den stetig kleiner werdenden Kreis an ausbildungsinteressierten Personen besser auszuschöpfen und damit den demografischen Effekt und den Effekt der schulischen Höherqualifizierung zumindest teilweise zu kompensieren.

Wie ein Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland zeigt, entwickelt sich die Einmündungs- bzw. Beteiligungsquote der ausbildungsinteressierten Personen in beiden Teilregionen nicht einheitlich. Lag sie im Osten bis 2007 deutlich unter den Werten des Westens, schnellte sie ab 2007 stark nach oben und übertraf 2009 und 2010 sogar die Werte der alten Länder. Ab 2011 sank sie wieder und liegt seitdem unter der Einmündungsquote Westdeutschlands. Im Berichtsjahr 2014 näherte sich die EQI zwischen Ost- und Westdeutschland jedoch wieder an. So mündeten 2014 von 100 Ausbildungsinteressierten in Westdeutschland rechnerisch 64,8 erfolgreich in eine duale Berufsausbildung ein, in Ostdeutschland waren es 63,5.

Für den Zeitraum ab 2002 lässt sich die Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Personen geschlechtsspezifisch berechnen. → **Schaubild A1.1-6** zeigt, dass der Anteil der männlichen Ausbildungsinteressierten, die in eine Berufsausbildung einmündeten (65,8%), auch 2014 über dem Anteil der eingemündeten weiblichen Ausbildungsinteressierten (62,4%) lag. Die Quoten haben sich jedoch leicht angenähert.

Die niedrigeren Einmündungsquoten der weiblichen Ausbildungsinteressierten stehen mit der relativ großen Bedeutung gewerblicher Berufe innerhalb des dualen Berufsausbildungssystems in Verbindung. Das Interesse der Frauen an diesen Berufen ist weiterhin begrenzt; ihre dualen Berufsausbildungswünsche richten sich eher auf Dienstleistungsberufe (Beicht/Walden 2012, 2014). So lässt sich im Rahmen von Regionalanalysen zeigen, dass die Differenz zwischen der Einmündungsquote der Männer und der Frauen schwindet, je stärker die duale Berufsausbildung vor Ort von den Dienstleistungsberufen geprägt wird (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel 1.1, Druckversion S. 28). In Regionen, in denen Ausbildungen in den Dienstleistungsberufen stark dominieren (Anteil 65% und mehr), fallen die Einmündungsquoten der Frauen im Schnitt sogar höher aus als die der Männer.

(Stephanie Matthes, Joachim Gerd Ulrich,
Simone Flemming, Ralf-Olaf Granath)

A1.2 Neu abgeschlossene Ausbildungs- verträge – Ergebnisse aus der BIBB-Erhebung zum 30. September 2014

Bei der Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September 2014⁶ **E** haben die für die Berufsausbildung zuständigen Stellen für den Zeitraum vom 1. Oktober 2013 bis zum 30. September 2014 dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) bundesweit 522.231 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge gemeldet → [Tabelle A1.2-1](#).

Bezogen auf die Erhebung 2013 wurde bundesweit ein Rückgang von 7.200 Verträgen festgestellt (-1,4%), im Westen gab es einen stärkeren Rückgang (-1,4%/-6.390 Verträge) als im Osten (-1,2%/-921 Verträge). Die Rückgänge verteilen sich unterschiedlich auf 13 Länder – hier liegt Berlin mit einem Rückgang von 5,6% an der Spitze, gefolgt von Bremen (-3,7%) und Brandenburg (-3,0%). Die geringsten Rückgänge wurden für Bayern (-0,3%), Schleswig-Holstein (-0,7%) und Hamburg (0%) registriert → [Tabelle A1.2-2](#). In den neuen Ländern wird die positive Entwicklung in Sachsen (+1,0%), Thüringen (+1,1%) und Sachsen-Anhalt (+1,8%) durch die Rückgänge in Berlin und Brandenburg relativiert.

Ein wesentlicher Grund für die (bezogen auf die Erhebung 2013) nochmals gesunkene Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist der Rückgang der Zahl nicht-studienberechtigter Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus allgemeinbildenden Schulen (2004: 714.800 und 2014: 551.300). Damit ist die demografische Entwicklung (neben den Passungsproblemen) ein entscheidender Faktor für den erneuten Rückgang bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen (vgl. Matthes u. a. 2015; Ulrich u. a. 2013; Kultusministerkonferenz 2011).

6 Das BIBB führt diese Erhebung im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zur Vorbereitung der Berufsbildungsberichterstattung jährlich in direkter Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen durch. Ausführliche Ergebnisse aus der BIBB-Erhebung zum 30. September 2014 stehen unter www.bibb.de/naa309 zur Verfügung. Für weitere Informationen zur Erhebung siehe www.bibb.de/dokumente/pdf/naa309_BIBB-Erhebung_Zusammenfassung_201103.pdf. Aus Datenschutzgründen werden alle Absolutwerte auf ein Vielfaches von 3 gerundet dargestellt. Daraus können sich Abweichungen bei der Bildung von Summen aus Einzelwerten in Bezug auf Gesamtsummen sowie Differenzen bei Tabellendarstellungen ergeben.

E Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (kurz: Neuabschlüsse)

Bei der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September (kurz: BIBB-Erhebung zum 30. September) sind Neuabschlüsse definiert als die in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder Handwerksordnung (HwO) eingetragenen Ausbildungsverträge, die zwischen dem 1. Oktober des Vorjahres und dem 30. September des laufenden Jahres neu abgeschlossen **und** nicht vorzeitig wieder gelöst wurden. Entscheidend für die Zählung eines Neuabschlusses ist das Datum des Vertragsabschlusses, welches gemäß § 34 BBiG Absatz 2 Ziffer 5 in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse aufgenommen wird und damit von den zuständigen Stellen als Selektionskriterium herangezogen werden kann.

Die Neuabschlüsse werden geschlechtsspezifisch differenziert für Einzelberufe auf der Ebene der Arbeitsagenturbezirke erhoben und in den regionalen Gliederungen Bund, Ost, West, Länder und Arbeitsagenturbezirke ausgewiesen. Lediglich die Ausbildungsverträge für Menschen mit Behinderungen (Ausbildungen nach § 66 BBiG und § 42m HwO, **E** s. u.) werden für die Bereiche Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst und Hauswirtschaft in der Sammelgruppe „Behindertenberufe“ abgebildet.

Anschlussverträge werden gesondert erfasst (siehe **E**). Sie werden im Gegensatz zur Erhebung zum 31. Dezember für die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (kurz: Erhebung zum 31. Dezember) nicht zur Gesamtsumme der Neuabschlüsse hinzugerechnet. Dennoch gilt auch hier zu beachten, dass nicht alle Auszubildenden mit Neuabschluss Ausbildungsanfänger/-innen im dualen System sind; Ausbildungsverträge werden auch nach vorzeitigen Vertragslösungen oder im Falle von Zweitausbildungen innerhalb des dualen Systems neu abgeschlossen (vgl. [Kapitel A4.3](#)).

Aufgrund der o. g. und weiterer konzeptioneller Unterschiede stimmen die Definitionen der Neuabschlüsse im Rahmen der BIBB-Erhebung zum 30. September und der Erhebung zum 31. Dezember nicht überein (vgl. [Kapitel A4.3](#); vgl. auch Uhly u. a. 2009).

Tabelle A1.2-1: Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Ländern von 1996 bis 2014

	Ergebnisse im Zeitraumbereich 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September																			2014 zu 2013	
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	absolut	in %
Baden-Württemberg	68.730	70.197	73.818	76.332	77.289	77.067	72.582	70.803	73.278	71.853	73.992	81.216	82.185	74.811	74.550	78.813	76.317	74.391	73.197	-1.194	-1,6
Bayern	90.132	91.989	97.059	96.801	98.295	101.223	95.316	91.926	93.396	90.219	93.006	102.204	102.987	93.564	94.326	97.746	95.310	92.130	91.815	-318	-0,3
Berlin	21.474	19.449	22.638	23.721	23.085	21.690	20.193	19.152	20.535	19.638	20.799	21.561	21.021	19.485	19.173	18.396	17.973	16.785	15.840	-945	-5,6
Brandenburg	21.606	19.629	21.399	21.369	19.896	18.825	18.576	18.492	17.919	16.416	19.572	18.489	17.721	15.066	13.623	12.120	11.370	10.551	10.239	-312	-3,0
Bremen	5.481	5.685	5.631	6.012	6.147	5.982	5.535	5.304	5.757	5.643	5.901	6.291	6.489	6.132	5.979	6.219	6.144	5.955	5.733	-222	-3,7
Hamburg	11.529	11.850	12.081	12.549	12.579	13.029	12.216	11.913	12.471	12.405	13.209	14.232	14.862	13.497	14.382	14.412	14.148	13.530	13.401	-129	-0,9
Hessen	38.736	39.435	41.214	42.606	42.075	42.147	38.361	37.812	38.727	37.662	39.426	43.377	42.666	39.453	40.233	41.166	40.245	38.388	37.887	-498	-1,3
Mecklenburg-Vorpommern	18.978	19.038	19.293	19.146	18.339	17.622	16.722	16.665	16.026	15.783	15.306	16.086	14.340	11.826	9.879	8.910	8.325	7.968	7.815	-153	-1,9
Niedersachsen	54.378	56.268	57.942	59.382	57.927	56.673	53.364	52.059	53.826	51.531	54.276	58.809	59.880	57.396	58.317	60.846	58.236	56.382	55.812	-570	-1,0
Nordrhein-Westfalen	112.557	117.366	122.589	128.436	128.640	126.069	115.512	111.045	115.986	111.189	115.671	132.033	131.901	121.503	122.310	126.552	124.017	120.084	117.396	-2.685	-2,2
Rheinland-Pfalz	27.081	28.347	29.808	30.693	30.810	29.943	27.513	26.937	27.921	26.445	28.038	31.845	30.696	28.851	28.494	28.971	28.407	27.102	26.550	-552	-2,0
Saarland	7.209	7.605	8.487	9.033	9.252	8.838	8.355	8.178	8.202	8.178	8.358	8.919	8.892	8.790	8.472	8.613	8.379	7.407	7.317	-90	-1,2
Sachsen	38.022	36.753	35.919	38.145	34.749	33.363	31.125	30.666	30.615	28.863	31.464	32.007	27.117	23.817	22.248	20.511	18.309	17.889	18.075	186	1,0
Sachsen-Anhalt	20.124	23.787	23.145	23.331	21.459	21.768	19.257	19.134	20.328	17.748	17.904	19.110	17.364	14.937	14.319	12.885	11.823	10.830	11.025	195	1,8
Schleswig-Holstein	18.813	19.581	20.103	20.370	20.067	19.212	18.672	18.768	19.314	19.035	20.340	21.858	22.044	21.315	21.231	21.546	21.156	19.932	19.797	-132	-0,7
Thüringen	19.473	20.541	21.402	23.091	21.084	20.790	19.026	18.780	18.684	17.571	18.894	17.847	16.176	13.869	12.420	11.676	11.103	10.221	10.332	111	1,1
Westdeutschland	434.649	448.323	468.732	482.214	483.081	480.183	447.426	434.748	448.875	434.163	452.214	500.787	502.605	465.309	468.297	484.884	472.353	455.298	448.908	-6.390	-1,4
Ostdeutschland	139.680	139.194	143.796	148.803	138.612	134.055	124.896	122.886	124.104	116.019	123.959	125.097	113.739	98.997	91.662	84.495	78.903	74.244	73.323	-921	-1,2
Deutschland	574.326	587.517	612.528	631.014	621.693	614.238	572.322	557.634	572.979	550.179	576.153	625.884	616.341	564.306	559.959	569.379	551.259	529.542	522.231	-7.311	-1,4

Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September

BIBB-Datenreport 2015

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen

3 von 7 Zuständigkeitsbereichen **E** (Industrie und Handel/-2,1%, Handwerk/-0,6% und Hauswirtschaft -4,9%) verzeichnen einen Rückgang bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen; in der Landwirtschaft und bei den freien Berufen wurden keine nennenswerten Veränderungen festgestellt. Im öffentlichen Dienst (+1,6%/+201 Verträge) und in der Seeschifffahrt (+17,2%/+27 Verträge) wurde ein Zuwachs ermittelt.

Die Zuordnung der Verträge erfolgt nach den Zuständigkeiten – so sind bspw. in Hessen, Schleswig-Holstein und Berlin die Industrie- und Handelskammern auch zuständige Stelle für die Hauswirtschaft. Die Daten zu den Verträgen finden sich dann teilweise in den Zahlen für den Bereich Industrie und Handel wieder, da eine getrennte Ausweisung der Ausbildungsbereiche in der Praxis nicht konsequent umgesetzt wird.

E Zuordnung der Ausbildungsverträge zu den Zuständigkeitsbereichen

Maßgeblich für die Zuordnung der Ausbildungsverträge zu den Bereichen ist i. d. R. die Art des Ausbildungsberufes und nicht der Ausbildungsbetrieb. So werden bspw. die Verträge der Auszubildenden, die im öffentlichen Dienst in Berufen der gewerblichen Wirtschaft ihre Ausbildung absolvieren, den Bereichen Industrie und Handel bzw. Handwerk (je nach zuständiger Stelle) zugeordnet. Ausnahmen bestehen für Auszubildende, die in einem Handwerksbetrieb in einem Beruf des Bereichs Industrie und Handel ausgebildet werden (Industrieberuf im Handwerk); bei der Aggregation der Ausbildungsverträge für die Bereiche sind diese dem Handwerk zugeordnet. Gleiches gilt für Handwerksberufe, die in Betrieben von Industrie und Handel ausgebildet werden (Handwerksberuf in der Industrie). In der Aggregation sind diese Ausbildungsverträge dem Bereich Industrie und Handel zugerechnet.

Die Rede ist deshalb von „Zuständigkeitsbereichen“ und nicht von „Ausbildungsbereichen“, weil die tatsächliche Ausbildungsleistung in einzelnen Bereichen nicht mit den Zählergebnissen nach Zuständigkeiten übereinstimmen muss. So sind z. B. in einigen Ländern die Industrie- und Handelskammern auch die zuständige Stelle für den Ausbildungsbereich Hauswirtschaft oder für einzelne Berufe

des öffentlichen Dienstes, und eine klare Aufteilung nach Ausbildungsbereichen ist nicht immer möglich. Zudem fallen Ausbildungsverträge, die der öffentliche Dienst oder die freien Berufe in den Ausbildungsberufen von Industrie und Handel oder Handwerk abschließen, nicht in ihren eigenen Zuständigkeitsbereich, sondern werden Industrie und Handel oder Handwerk zugerechnet.

Während in der BIBB-Erhebung zum 30. September das Betriebsmerkmal „Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst“ nicht erfasst wird, geschieht dies bei der Erhebung zum 31. Dezember für die Berufsbildungstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Dies ermöglicht eine genauere Ermittlung der Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes (vgl. Kapitel A5.2).

Der Bereich Industrie und Handel konnte seine Spitzenposition als größter Ausbildungsbereich behaupten – 2014 wurden 59,5% aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bei den Industrie- und Handelskammern registriert (310.761 Verträge). Das Handwerk ist mit einem Anteil von 27% der zweitgrößte Zuständigkeitsbereich (141.234 Verträge), gefolgt von den freien Berufen mit 8,1% (42.051 Verträge) → [Tabellen A1.2-2 und A1.2-3](#). 5,4% der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge entfallen auf die Bereiche Landwirtschaft (2,5%/13.155 Verträge), öffentlicher Dienst (2,4%/12.417 Verträge) und Hauswirtschaft (0,5%/2.433 Verträge). Der Bereich Seeschifffahrt hat mit 183 Verträgen keinen nennenswerten Einfluss auf diese Verteilung. Zur Entwicklung des Gesamtbestandes der Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen vgl. [Kapitel A4.2](#).

Tabelle A1.2-2: Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2014 und Veränderungen gegenüber 2013 nach Ländern und Zuständigkeitsbereichen

	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge																							
	Davon im Zuständigkeitsbereich:																							
	Insgesamt		Industrie und Handel			Handwerk			Öffentlicher Dienst			Landwirtschaft			Freie Berufe			Hauswirtschaft			Seeschifffahrt			
	absolut	in %	Entwicklung		Entwicklung		Entwicklung		Entwicklung		Entwicklung		Entwicklung		Entwicklung		Entwicklung		Entwicklung		Entwicklung			
absolut			in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %			
Baden-Württemberg	73.197	-1.194	-1,6	44.394	-804	-1,8	19.518	-423	-2,1	1.815	-72	-3,8	1.473	-39	-2,6	5.637	192	3,5	360	-48	-12,0	-	-	
Bayern	91.815	-318	-0,3	53.322	-807	-1,5	26.571	129	0,5	1.617	114	7,7	2.121	48	2,3	7.905	255	3,3	276	-54	-16,4	-	-	
Berlin	15.840	-945	-5,6	9.255	-735	-7,3	3.771	-180	-4,5	693	-39	-5,2	231	-9	-4,2	1.818	12	0,6	72	6	7,4	-	-	
Brandenburg	10.239	-312	-3,0	6.078	-402	-6,2	2.568	0	0,0	417	24	6,4	510	18	3,7	594	57	10,4	72	-6	-8,9	-	-	
Bremen	5.733	-222	-3,7	3.885	-75	-1,9	1.176	-90	-7,2	135	21	17,2	39	-45	-54,2	441	-21	-4,5	42	-12	-21,8	15	0	7,7
Hamburg	13.401	-129	-0,9	9.318	-177	-1,9	2.535	75	3,0	177	-21	-10,2	135	12	8,9	1.122	-18	-1,5	42	-3	-8,9	75	6	7,1
Hessen	37.887	-498	-1,3	23.031	-351	-1,5	9.966	-207	-2,0	963	-69	-6,6	726	-15	-2,0	3.135	111	3,7	66	27	75,7	-	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	7.815	-153	-1,9	4.782	-228	-4,5	1.872	72	3,9	246	9	3,4	405	57	16,3	420	-48	-10,4	81	-12	-12,8	6	0	-14,3
Niedersachsen	55.812	-570	-1,0	30.456	-399	-1,3	16.926	-144	-0,8	1.410	123	9,6	2.091	69	3,5	4.506	-216	-4,6	348	-24	-6,5	75	21	42,3
Nordrhein-Westfalen	117.396	-2.685	-2,2	71.766	-2.442	-3,3	30.084	75	0,2	2.724	102	3,9	2.169	-90	-4,0	10.245	-351	-3,3	411	21	5,4	-	-	-
Rheinland-Pfalz	26.550	-552	-2,0	15.048	-249	-1,6	7.791	-324	-4,0	594	45	8,2	687	-27	-3,9	2.250	36	1,7	177	-33	-15,6	-	-	-
Saarland	7.317	-90	-1,2	4.308	-84	-1,9	2.157	-39	-1,8	78	-6	-6,0	159	-3	-1,3	564	57	11,0	51	-12	-20,0	-	-	-
Sachsen	18.075	186	1,0	11.196	183	1,7	4.668	120	2,6	522	-39	-6,8	699	-27	-3,9	846	-93	-9,9	144	39	38,1	-	-	-
Sachsen-Anhalt	11.025	195	1,8	6.873	87	1,3	2.868	81	2,9	315	0	0,3	453	15	3,7	429	27	6,4	84	-18	-16,7	-	-	-
Schleswig-Holstein	19.797	-132	-0,7	10.503	87	0,8	6.252	-198	-3,1	453	12	2,7	792	-48	-5,6	1.710	3	0,2	72	9	12,5	15	0	0,0
Thüringen	10.332	111	1,1	6.543	-111	-1,7	2.514	153	6,5	255	-12	-4,2	465	84	21,7	426	0	-0,2	129	-3	-2,3	-	-	-
Westdeutschland	448.908	-6.390	-1,4	266.034	-5.301	-2,0	122.970	-1.149	-0,9	9.969	252	2,6	10.392	-138	-1,3	37.518	51	0,1	1.845	-132	-6,7	177	27	18,7
Ostdeutschland	73.323	-921	-1,2	44.724	-1.206	-2,6	18.264	246	1,4	2.448	-54	-2,1	2.763	135	5,2	4.533	-51	-1,1	588	6	1,0	6	0	-14,3
Deutschland	522.231	-7.311	-1,4	310.761	-6.507	-2,1	141.234	-903	-0,6	12.417	201	1,6	13.155	-3	0,0	42.051	0	0,0	2.433	-126	-4,9	183	27	17,2

Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2014

BIBB-Datenreport 2015

Tabelle A1.2-3: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen von 1998 bis 2014 in Deutschland

	Ergebnisse im Zeitraumbereich 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September																	2014 zu 2013	
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	absolut	in %
Deutschland																			
Industrie und Handel	311.664	333.552	334.419	337.221	311.364	308.565	322.758	316.164	336.936	367.485	369.195	333.405	331.044	342.783	332.622	317.265	310.761	-6.507	-2,1
Handwerk	212.382	210.549	199.482	188.463	173.889	165.783	168.291	157.026	162.603	179.697	170.070	155.583	155.178	154.506	147.327	142.137	141.234	-903	-0,6
Öffentlicher Dienst ^{1,2}	15.198	14.940	15.576	15.381	14.814	13.821	15.129	14.172	14.082	13.413	13.227	13.725	13.554	12.402	12.009	12.216	12.417	201	1,6
Landwirtschaft	15.762	15.654	14.736	13.695	13.992	15.009	15.192	14.784	15.813	15.903	15.327	14.646	13.923	13.482	13.260	13.158	13.155	-3	0,0
Freie Berufe ¹	51.861	51.042	52.494	54.318	53.253	49.407	46.539	43.617	42.111	44.556	43.947	42.675	42.441	42.612	43.095	42.051	42.051	0	0,0
Hauswirtschaft ¹	5.505	5.118	4.848	5.025	4.830	4.899	4.875	4.119	4.320	4.473	4.272	3.996	3.582	3.345	2.763	2.559	2.433	-126	-4,9
Seeschifffahrt	156	159	141	135	183	147	195	297	288	360	306	279	240	249	183	156	183	27	17,2
Insgesamt	612.528	631.014	621.693	614.238	572.322	557.634	572.979	550.179	576.153	625.884	616.341	564.306	559.959	569.379	551.259	529.542	522.231	-7.311	-1,4
Westdeutschland																			
Industrie und Handel	234.867	250.545	255.996	258.693	237.339	234.093	246.837	244.095	259.002	289.371	296.934	271.026	273.903	289.428	283.017	271.335	266.034	-5.301	-2,0
Handwerk	163.245	162.036	156.483	150.024	139.476	133.536	135.936	127.680	131.661	147.561	142.482	131.841	132.723	134.226	128.418	124.122	122.970	-1.149	-0,9
Öffentlicher Dienst ^{1,2}	11.484	11.487	11.709	11.520	11.214	10.605	11.433	10.950	10.764	10.146	10.149	10.563	10.698	9.891	9.564	9.717	9.969	252	2,6
Landwirtschaft	11.049	10.719	10.176	9.222	9.492	10.062	10.395	10.095	10.974	11.358	11.172	11.133	10.668	10.749	10.593	10.530	10.392	-138	-1,3
Freie Berufe ¹	44.229	43.881	45.183	47.172	46.467	43.128	40.668	38.376	36.771	39.018	38.679	37.536	37.419	37.863	38.442	37.467	37.518	51	0,1
Hauswirtschaft ¹	3.714	3.405	3.405	3.420	3.288	3.189	3.423	2.685	2.775	3.006	2.895	2.943	2.661	2.493	2.142	1.977	1.845	-132	-6,7
Seeschifffahrt	141	141	126	132	150	138	186	279	270	327	294	267	225	231	177	150	177	27	18,7
Insgesamt	468.732	482.214	483.081	480.183	447.426	434.748	448.875	434.163	452.214	500.787	502.605	465.309	468.297	484.884	472.353	455.298	448.908	-6.390	-1,4
Ostdeutschland																			
Industrie und Handel	76.794	83.007	78.420	78.528	74.025	74.472	75.924	72.069	77.934	78.111	72.261	62.379	57.138	53.355	49.605	45.930	44.724	-1.206	-2,6
Handwerk	49.137	48.513	42.999	38.439	34.410	32.247	32.355	29.346	30.945	32.136	27.588	23.739	22.455	20.283	18.909	18.015	18.264	246	1,4
Öffentlicher Dienst ^{1,2}	3.714	3.453	3.867	3.858	3.600	3.216	3.699	3.219	3.318	3.267	3.078	3.162	2.859	2.511	2.445	2.499	2.448	-54	-2,1
Landwirtschaft	4.713	4.935	4.557	4.473	4.500	4.950	4.797	4.689	4.839	4.545	4.155	3.513	3.255	2.733	2.667	2.628	2.763	135	5,2
Freie Berufe ¹	7.635	7.164	7.311	7.146	6.786	6.282	5.868	5.241	5.340	5.538	5.268	5.139	5.022	4.749	4.653	4.581	4.533	-51	-1,1
Hauswirtschaft ¹	1.791	1.713	1.443	1.608	1.542	1.710	1.452	1.434	1.545	1.467	1.374	1.056	921	852	621	582	588	6	1,0
Seeschifffahrt	15	18	12	3	33	9	12	18	21	30	12	12	15	15	3	6	6	0	-14,3
Insgesamt	143.796	148.803	138.612	134.055	124.896	122.886	124.104	116.019	123.939	125.097	113.739	98.997	91.662	84.495	78.903	74.244	73.323	-921	-1,2

¹ Ohne jene neuen Ausbildungsverträge, für die andere Stellen (Kammern) zuständig sind.

² Ohne Laufbahnausbildung im Beamtenverhältnis.

Absolutwerte werden aus Datenschatzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Erhebung zum 30. September

BIBB-Datenreport 2015

Geschlechtsspezifische Differenzierungen

59,9% der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge wurden mit Männern abgeschlossen (312.693 Verträge) → **Tabelle A 1.2-4**. Damit setzt sich der Trend fort, dass mit Frauen weniger Verträge für eine duale Berufsausbildung abgeschlossen werden (2014: 40,1%/209.538 Verträge/2013: 40,5% und 2012: 40,7%).

In den Bereichen Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft und Seeschifffahrt werden die meisten Verträge mit Männern abgeschlossen; die Bereiche öffentlicher Dienst und freie Berufe werden in der dualen Berufsausbildung hingegen deutlich von Frauen dominiert.

Auch 2014 ist der Anteil der Ausbildungsverträge, die mit Frauen abgeschlossen wurden, in den Stadtstaaten Berlin (2014: 45%/2013: 45,9%), Hamburg (2014: 43,7%/2013: 44,6%) und Bremen (2014: 43,6%/2013: 44,1%) hoch, wenngleich – bezogen auf die Vorjahreserhebung – ein Rückgang erkennbar ist. Unterhalb vom bundesweiten Durchschnitt (40,1% Verträge mit Frauen) liegen Brandenburg (36,4%), Hessen (39,4%), Mecklenburg-Vorpommern (39,4%), Niedersachsen (39,6%), Nordrhein-Westfalen (39,7%), Rheinland-Pfalz (39,4%), Saarland (39,6%), Sachsen (37,5%), Sachsen-Anhalt (37,4%) und Thüringen (35,5%).

Zu den geschlechtsspezifischen Ergebnissen der Erhebung zum 31. Dezember vgl. **Kapitel A4.2 und Kapitel A4.4 bis A4.8**.

Ausbildungsverträge mit verkürzter Ausbildungsdauer

Auch 2014 konnte keine merkliche Veränderung beim Anteil der Ausbildungsverträge festgestellt werden, bei denen bereits bei Abschluss des Vertrages eine Verkürzung⁷ der Ausbildungsdauer **E** vereinbart wurde. Der Anteil bleibt mit 15,9% (83.157 Verträge) nahezu konstant (2013: 16% und 2012: 15,9%) → **Tabelle A1.2-4**.

E Verkürzung der Ausbildungsdauer

Eine Verkürzung der Ausbildungsdauer ist bei Anrechnung oder Anerkennung bestimmter (Aus-)Bildungsabschlüsse (z. B. Berufsgrundbildungsjahr, Besuch einer Berufsfachschule, mittlere oder höhere Bildungsabschlüsse) möglich (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2008). Bei der BIBB-Erhebung zum 30. September werden als verkürzte Verträge nur diejenigen berücksichtigt, bei denen die Verkürzung der Ausbildungsdauer mindestens 6 Monate beträgt und bereits bei Vertragsabschluss feststeht. Auch Verträge von Jugendlichen, die ihren Ausbildungsbetrieb (in Verbindung mit einem neuen Vertrag) während der Ausbildung wechseln (z. B. durch Konkurs), zählen in der Regel als verkürzte Verträge.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Berufen mit zweijähriger Ausbildungsdauer

8,6% der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge entfallen auf Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer bis zu 24 Monaten (kurz: zweijährige Ausbildungsberufe – 45.039 Verträge, davon 41.835 Verträge im Bereich Industrie und Handel und 3.207 Verträge im Handwerk).⁸ Das entspricht einem geringfügigen Rückgang (2013: 8,7%). Im Osten fällt der Anteil der Ausbildungsverträge in Berufen mit zweijähriger Ausbildungsdauer mit 10,9% höher aus als im Westen (8,3%) → **Tabelle A1.2-4**.

2014 wurden bundesweit 11,5% der Verträge in zweijährigen Ausbildungsberufen im ersten Jahr der Ausbildung überwiegend öffentlich finanziert (West: 8,5% und Ost: 25,6%) → **Tabelle A1.2-5**.

⁷ Vgl. dazu auch die Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung zur Abkürzung und Verlängerung der Ausbildungszeit/zur Teilzeitausbildung, Bonn 2008 unter www.bibb.de/dokumente/pdf/hauptempfehlung_129_ausbildungszeit.pdf.

⁸ Die Angaben zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in zweijährigen Ausbildungsberufen beinhalten nicht die Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO). Bei der Anteilsbildung in → **Tabelle A1.2-4** (Teil 2, vierte Zeile) werden diese Angaben auf die Neuabschlüsse in allen dualen Ausbildungsberufen – also inkl. der Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung – bezogen. Die Anteilsbildung weicht von der Berechnungsweise bei der Erhebung zum 31. Dezember ab (vgl. **Kapitel A4.4**).

Tabelle A1.2-4: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2014 nach strukturellen Merkmalen (Teil 1)

	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen- burg-Vor- pommern	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Rhein- land-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schles- wig- Holstein	Thürin- gen	Alte Länder	Neue Länder und Berlin	Bundes- gebiet
Neue Ausbildungs- verträge	73.197	91.815	15.840	10.239	5.733	13.401	37.887	7.815	55.812	117.396	26.550	7.317	18.075	11.025	19.797	10.332	448.908	73.323	522.231
mit weiblichen Aus- zubildenden	30.006	37.620	7.122	3.729	2.499	5.859	14.946	3.081	22.125	46.554	10.461	2.901	6.786	4.125	8.064	3.663	181.035	28.503	209.538
mit verkürzter Laufzeit	16.131	15.771	3.051	975	582	1.671	5.031	753	9.921	17.976	4.101	1.614	1.263	897	2.496	930	75.294	7.863	83.157
in zweijährigen Berufen	5.244	6.621	1.014	1.080	459	1.260	3.099	945	4.452	11.067	2.376	543	1.989	1.476	1.950	1.464	37.074	7.968	45.039
gemäß § 66 BBiG/ § 42m HwO	1.200	1.017	219	474	138	57	519	372	795	1.689	369	147	726	438	468	390	6.405	2.619	9.024
überwiegend öffentlich finanziert	1.962	1.995	1.164	858	297	555	1.803	822	1.803	3.330	1.056	339	1.431	1.278	606	849	13.743	6.399	20.142
Neue Ausbildungs- verträge	44.394	53.322	9.255	6.078	3.885	9.318	23.031	4.782	30.456	71.766	15.048	4.308	11.196	6.873	10.503	6.543	266.034	44.724	310.761
mit weiblichen Aus- zubildenden	17.382	21.963	3.750	2.184	1.578	3.933	8.916	1.965	12.345	27.444	5.865	1.713	4.095	2.652	4.509	2.334	105.648	16.980	122.628
mit verkürzter Laufzeit	6.351	6.867	2.046	588	375	885	2.649	492	3.846	11.679	2.268	951	732	561	1.011	504	36.879	4.923	41.802
in zweijährigen Berufen	4.983	6.213	945	930	417	1.212	2.910	858	3.996	10.428	2.208	522	1.824	1.344	1.740	1.305	34.626	7.206	41.835
gemäß § 66 BBiG	420	399	111	258	69	-	279	207	219	912	93	66	390	60	270	156	2.727	1.185	3.912
überwiegend öffentlich finanziert	948	816	540	555	153	312	921	573	930	1.335	438	156	1.014	657	297	537	6.306	3.873	10.179
Neue Ausbildungs- verträge	19.518	26.571	3.771	2.568	1.176	2.535	9.966	1.872	16.926	30.084	7.791	2.157	4.668	2.868	6.252	2.514	122.970	18.264	141.234
mit weiblichen Aus- zubildenden	5.199	6.405	1.107	555	354	684	2.253	420	3.969	7.107	1.821	522	1.233	705	1.455	567	29.769	4.587	34.356
mit verkürzter Laufzeit	8.367	6.738	600	297	162	546	1.941	168	4.695	4.974	1.473	573	405	249	1.179	309	30.648	2.028	32.676
in zweijährigen Berufen	261	411	69	147	42	48	192	87	456	639	168	21	165	132	210	159	2.445	759	3.207
gemäß § 42m HwO	429	297	21	84	39	24	138	87	207	396	114	6	141	216	84	84	1.737	636	2.370
überwiegend öffentlich finanziert	687	993	504	168	96	195	708	153	471	1.728	420	99	198	447	234	144	5.631	1.614	7.245
Neue Ausbildungs- verträge	1.815	1.617	693	417	135	177	963	246	1.410	2.724	594	78	522	315	453	255	9.969	2.448	12.417
mit weiblichen Aus- zubildenden	1.335	1.056	492	255	90	129	654	153	834	1.698	351	42	366	204	267	141	6.456	1.614	8.067
mit verkürzter Laufzeit	456	93	6	6	15	30	60	0	21	261	15	3	0	6	0	24	954	42	993
in zweijährigen Berufen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0	0	0
gemäß § 66 BBiG	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0	0	0
überwiegend öffentlich finanziert	0	0	0	0	0	0	6	0	0	30	0	0	0	0	0	0	39	0	39

Tabelle A1.2-4: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2014 nach strukturellen Merkmalen (Teil 1 – Fortsetzung)

	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen- burg-Vor- pommern	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Rhein- land-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schles- wig- Holstein	Thüringen	Alte Länder	Neue Länder und Berlin	Bundes- gebiet
Landwirtschaft	Neue Ausbildungs- verträge	1.473	2.121	231	510	39	135	726	405	2.091	687	159	699	453	792	465	10.392	2.763	13.155
	mit weiblichen Aus- zubildenden	366	480	51	138	18	36	153	93	483	165	42	207	114	192	111	2.355	714	3.069
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBiG	468	1.128	33	42	6	30	180	78	1.002	201	30	108	66	201	66	3.603	390	3.993
	überwiegend öffentlich finanziert	147	159	30	60	6	57	15	186	180	78	48	78	78	84	48	942	306	1.248
Freie Berufe	Neue Ausbildungs- verträge	5.637	7.905	1.818	594	441	1.122	3.135	420	4.506	2.250	564	846	429	1.710	426	37.518	4.533	42.051
	mit weiblichen Aus- zubildenden	5.391	7.458	1.650	537	417	1.035	2.913	378	4.173	2.094	531	756	375	1.581	390	35.112	4.086	39.198
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBiG	453	879	360	42	21	174	201	9	270	132	60	9	12	93	12	2.967	444	3.411
	überwiegend öffentlich finanziert	78	15	6	0	0	0	27	3	30	0	0	0	3	0	0	159	15	171
Hauswirtschaft	Neue Ausbildungs- verträge	360	276	72	72	42	42	66	81	348	177	51	144	84	72	129	1.845	588	2.433
	mit weiblichen Aus- zubildenden	333	258	69	57	42	33	57	72	315	168	48	132	72	63	120	1.683	522	2.205
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBiG	33	66	6	3	3	3	3	3	87	18	3	6	6	9	18	243	39	282
	überwiegend öffentlich finanziert	204	165	57	72	30	27	42	63	186	84	27	117	81	33	102	999	495	1.494
Seeschifffahrt	Neue Ausbildungs- verträge	-	-	-	-	15	75	-	6	75	-	-	-	-	15	-	177	6	183
	mit weiblichen Aus- zubildenden	-	-	-	-	0	9	-	3	3	-	-	-	-	0	-	15	3	15
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBiG	-	-	-	-	0	0	-	0	0	-	-	-	-	0	-	0	0	0
	überwiegend öffentlich finanziert	-	-	-	-	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0	0	0

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2014 – Absolutwerte werden aus Datenschützgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

BIBB-Datenreport 2015

Tabelle A1.2-4: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2014 nach strukturellen Merkmalen (Anteil in %) (Teil 2)

	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen- burg-Vor- pommern	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Rhein- land-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schles- wig- Holstein	Thüringen	Alte Länder	Neue Länder und Berlin	Bundes- gebiet	
Alle Bereiche	Neue Ausbildungs- verträge	73.197	91.815	15.840	10.239	5.733	13.401	37.887	7.815	55.812	117.396	26.550	7.317	18.075	11.025	19.797	10.332	448.908	73.323	522.231
	mit weiblichen Aus- zubildenden	41,0%	41,0%	45,0%	36,4%	43,6%	43,7%	39,4%	39,4%	39,6%	39,7%	39,4%	39,6%	37,5%	37,4%	40,7%	35,5%	40,3%	38,9%	40,1%
	mit verkürzter Laufzeit	22,0%	17,2%	19,3%	9,5%	10,1%	12,5%	13,3%	9,6%	17,8%	15,3%	15,5%	22,1%	7,0%	8,1%	12,6%	9,0%	16,8%	10,7%	15,9%
	in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBiG/ § 42 m HwO	7,2%	7,2%	6,4%	10,5%	8,0%	9,4%	8,2%	12,1%	8,0%	9,4%	8,9%	7,4%	11,0%	13,4%	9,8%	14,2%	8,3%	10,9%	8,6%
überwiegend öffentlich finanziert	1,6%	1,1%	1,4%	4,6%	2,4%	0,4%	1,4%	4,8%	1,4%	1,4%	1,4%	2,0%	4,0%	4,0%	2,4%	3,8%	1,4%	3,6%	1,7%	
	2,7%	2,2%	7,3%	8,4%	5,2%	4,1%	4,8%	10,5%	3,2%	2,8%	4,0%	4,6%	7,9%	11,6%	3,1%	8,2%	3,1%	8,7%	3,9%	
	44.394	53.322	9.255	6.078	3.885	9.318	23.031	4.782	30.456	71.766	15.048	4.308	11.196	6.873	10.503	6.543	266.034	44.724	310.761	
Industrie und Handel	Neue Ausbildungs- verträge	39,2%	41,2%	40,5%	35,9%	40,6%	42,2%	38,7%	40,5%	38,2%	39,0%	39,8%	36,6%	38,6%	42,9%	35,7%	39,7%	38,0%	39,5%	
	mit weiblichen Aus- zubildenden	14,3%	12,9%	22,1%	9,7%	9,7%	9,5%	11,5%	10,3%	12,6%	16,3%	22,0%	6,5%	8,1%	9,6%	7,7%	13,9%	11,0%	13,5%	
	mit verkürzter Laufzeit	11,2%	11,6%	10,2%	15,3%	10,8%	13,0%	12,6%	17,9%	13,1%	14,5%	14,7%	16,3%	19,5%	16,6%	19,9%	13,0%	16,1%	13,5%	
	in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBiG	0,9%	0,7%	1,2%	4,3%	1,8%	-	1,2%	4,3%	0,7%	1,3%	0,6%	1,6%	3,5%	0,9%	2,6%	2,4%	1,0%	2,6%	1,3%
überwiegend öffentlich finanziert	2,1%	1,5%	5,8%	9,1%	4,0%	3,3%	4,0%	12,0%	3,1%	1,9%	2,9%	3,6%	9,1%	9,6%	2,8%	8,2%	2,4%	8,7%	3,3%	
	19.518	26.571	3.771	2.568	1.176	2.535	9.966	1.872	16.926	30.084	7.791	2.157	4.668	2.868	6.252	2.514	122.970	18.264	141.234	
Handwerk	Neue Ausbildungs- verträge	26,6%	24,1%	29,4%	21,6%	30,1%	27,0%	22,6%	23,5%	23,6%	23,4%	24,2%	26,4%	24,6%	23,3%	22,5%	24,2%	25,1%	24,3%	
	mit weiblichen Aus- zubildenden	42,9%	25,4%	15,9%	11,5%	13,7%	21,5%	19,5%	27,7%	16,5%	18,9%	26,5%	8,7%	8,6%	18,9%	12,3%	24,9%	11,1%	23,1%	
	mit verkürzter Laufzeit	1,3%	1,5%	1,8%	5,8%	3,6%	1,9%	1,9%	4,7%	2,7%	2,1%	1,0%	3,5%	4,6%	3,4%	6,3%	2,0%	4,2%	2,3%	
	in zweijährigen Berufen gemäß § 42 m HwO	2,2%	1,1%	0,6%	3,3%	3,2%	1,0%	1,4%	4,6%	1,2%	1,3%	1,5%	3,0%	7,5%	1,3%	3,4%	1,4%	3,5%	1,7%	
überwiegend öffentlich finanziert	3,5%	3,7%	13,3%	6,6%	8,3%	7,7%	7,1%	8,1%	2,8%	5,7%	5,4%	4,3%	4,3%	15,6%	3,7%	5,7%	4,6%	8,8%	5,1%	
	1.815	1.617	693	417	135	177	963	246	1.410	2.724	594	78	522	315	453	255	9.969	2.448	12.417	
Öffentlicher Dienst	Neue Ausbildungs- verträge	73,5%	65,3%	71,1%	61,5%	65,4%	73,4%	67,7%	59,1%	62,3%	59,1%	55,1%	69,9%	64,2%	58,9%	55,9%	64,8%	65,9%	65,0%	
	mit weiblichen Aus- zubildenden	25,2%	5,8%	0,7%	1,2%	10,3%	17,5%	6,2%	0,0%	1,6%	9,5%	2,4%	0,2%	2,2%	0,0%	9,1%	9,6%	1,7%	8,0%	
	mit verkürzter Laufzeit	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,0%	0,0%	0,0%
	in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBiG	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,0%	0,0%	0,0%
überwiegend öffentlich finanziert	0,0%	0,0%	0,1%	0,0%	0,0%	0,0%	0,7%	0,0%	0,1%	1,1%	0,2%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,4%	0,0%	0,3%	

Tabelle A1.2-4: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2014 nach strukturellen Merkmalen (Anteil in %) (Teil 2 – Fortsetzung)

	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen- burg-Vor- pommern	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Rhein- land-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schles- wig- Holstein	Thüringen	Alte Länder	Neue Länder und Berlin	Bundes- gebiet
Landwirtschaft	Neue Ausbildungs- verträge	1.473	2.121	231	510	135	726	405	2.091	2.169	687	159	699	433	792	465	10.392	2.763	13.155
	mit weiblichen Aus- zubildenden	24,9%	22,6%	22,2%	26,8%	47,4%	21,2%	22,9%	23,1%	19,3%	23,8%	25,9%	29,5%	25,3%	24,1%	24,1%	22,7%	25,8%	23,3%
	mit verkürzter Laufzeit	31,9%	53,2%	13,9%	8,4%	18,4%	24,6%	19,0%	47,9%	16,5%	29,1%	18,4%	15,5%	14,3%	25,3%	14,0%	34,7%	14,1%	30,4%
	in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBiG überwiegend öffentlich finanziert	9,9%	7,4%	12,6%	11,5%	–	7,8%	3,9%	8,9%	–	11,5%	29,7%	11,0%	17,4%	10,5%	–	10,1%	11,1%	9,5%
Freie Berufe	Neue Ausbildungs- verträge	5.637	7.905	1.818	594	441	3.135	420	4.506	10.245	2.250	564	846	429	1.710	426	37.518	4.533	42.051
	mit weiblichen Aus- zubildenden	95,7%	94,3%	90,8%	90,6%	94,6%	92,9%	89,8%	92,6%	92,9%	93,0%	94,3%	89,5%	87,2%	92,4%	91,5%	93,6%	90,2%	93,2%
	mit verkürzter Laufzeit	8,1%	11,1%	19,9%	6,9%	4,8%	6,4%	2,4%	6,0%	6,7%	5,8%	10,5%	1,2%	2,6%	5,4%	2,6%	7,9%	9,8%	8,1%
	in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBiG überwiegend öffentlich finanziert	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0%	0,0%
Hauswirtschaft	Neue Ausbildungs- verträge	360	276	72	72	42	66	81	348	411	177	51	144	84	72	129	1.845	588	2.433
	mit weiblichen Aus- zubildenden	92,2%	93,8%	95,9%	80,6%	95,3%	89,2%	86,6%	90,8%	88,8%	94,4%	92,3%	91,0%	84,7%	86,1%	92,3%	91,2%	89,1%	90,7%
	mit verkürzter Laufzeit	9,4%	24,0%	8,2%	2,8%	7,0%	4,6%	4,9%	24,7%	4,1%	9,6%	3,8%	3,4%	5,9%	13,9%	13,1%	13,1%	6,6%	11,6%
	in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBiG überwiegend öffentlich finanziert	56,7%	60,0%	76,7%	100,0%	72,1%	66,2%	78,0%	53,2%	48,9%	46,6%	51,9%	81,4%	96,5%	47,2%	78,5%	54,1%	84,2%	61,4%
Seeschifffahrt	Neue Ausbildungs- verträge	–	–	–	–	15	75	6	75	–	–	–	–	–	15	–	177	6	183
	mit weiblichen Aus- zubildenden	–	–	–	–	7,1%	12,0%	33,3%	5,4%	–	–	–	–	–	0,0%	–	7,9%	33,3%	8,7%
	mit verkürzter Laufzeit	–	–	–	–	0,0%	1,3%	0,0%	0,0%	–	–	–	–	–	0,0%	–	0,6%	0,0%	0,5%
	in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBiG überwiegend öffentlich finanziert	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0%	0,0%	0,0%

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2014 – Absolutwerte werden aus Datenschützgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

BIBB-Datenreport 2015

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Berufen für Menschen mit Behinderung

Bei der BIBB-Erhebung zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen zum 30. September werden auch Ausbildungsverträge erfasst, die auf der Grundlage einer kammereigenen Ausbildungsregelung für Menschen mit Behinderung geschlossen werden.⁹ Diese Berufe werden in der Sammelgruppe „Behindertenberufe“ pro Zuständigkeitsbereich erhoben. 2014 wurden von den zuständigen Stellen 9.024 Verträge auf der Grundlage von Kammerregelungen gemeldet. Das entspricht einem Anteil von 1,7% an allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Die Verträge verteilen sich wie folgt: Industrie und Handel: 3.912 Verträge, Handwerk: 2.370 Verträge, Hauswirtschaft: 1.494 Verträge und Landwirtschaft: 1.248 Verträge → **Tabelle A1.2-5**. In den Zuständigkeitsbereichen öffentlicher Dienst, freie Berufe und Seeschifffahrt finden sich keine Neuabschlüsse nach § 66 BBiG.

Betriebliche und überwiegend öffentlich finanzierte (außerbetriebliche) Ausbildungsverträge

Informationen zur Finanzierungsform **E** werden bei der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge seit 2009 erhoben. Aufgrund von teilweise noch bestehenden Erfassungsproblemen bei den zuständigen Stellen ist von einer (leichten) Untererfassung auszugehen.

2014 wurden 20.142 Verträge mit dem Merkmal „überwiegend öffentlich finanziert“ registriert. Im Westen fiel der Rückgang mit 7,4% (-1.100 Verträge) etwas größer aus als im Osten mit -6,4% (-440 Verträge) → **Tabelle A1.2-4**. Bezogen auf die Meldungen für die Erhebung 2013 wurde bei den überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverträgen ein Rückgang festgestellt (-7,1%/-1.539 Verträge).

E Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungen („außerbetriebliche Ausbildung“)

Als „außerbetriebliche Ausbildung“ wird jene Form der Berufsausbildung bezeichnet, die „überwiegend öffentlich finanziert“ wird und der Versorgung von Jugendlichen mit Marktbenachteiligungen, mit sozialen Benachteiligungen, mit Lernschwächen bzw. mit Behinderungen dient. Außerbetriebliche Ausbildung wird nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II und III) und über Länderprogramme durchgeführt (**vgl. Kapitel D1**). Maßgeblich für die Zurechnung zum außerbetrieblichen Vertragsvolumen ist die Finanzierungsform und nicht der Lernort. Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildung, die in Betrieben stattfindet, zählt demnach zur außerbetrieblichen Ausbildung.

In der BIBB-Erhebung zum 30. September werden aber nur jene überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnisse erfasst, die mit einem Ausbildungsvertrag verbunden sind. Ausschlaggebend für die Zuordnung ist, dass über 50% der Kosten des praktischen Teils im ersten Jahr der Ausbildung durch Zuwendungen der öffentlichen Hand bzw. der Arbeitsverwaltungen getragen werden. Schulische Ausbildungsplätze, die in den außerbetrieblichen Stellenmeldungen der BA enthalten sind, bleiben unberücksichtigt, da die entsprechenden Teilnehmenden nicht den rechtlichen Status eines „Auszubildenden“ haben.

Betriebliche Ausbildungsplätze, die mit einer staatlichen Prämie bezuschusst werden, zählen in der Regel nicht zu den „überwiegend öffentlich finanzierten“ Ausbildungsplätzen. Auch die regulären Ausbildungsverhältnisse des öffentlichen Dienstes werden nicht der außerbetrieblichen Ausbildung zugerechnet. Sie sind zwar öffentlich finanziert, richten sich aber nicht an die oben genannten Zielgruppen. Stammen die Ausbildungsverhältnisse des öffentlichen Dienstes aber aus speziellen Programmen (z. B. zur Versorgung marktbenachteiligter Jugendlicher), werden sie ebenfalls zum außerbetrieblichen Vertragsvolumen hinzugerechnet (**vgl. Kapitel A4.3** mit differenzierten Angaben zur Gesamtzahl der überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnisse).

⁹ Nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und der Handwerksordnung (HwO) sollen behinderte Menschen in anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet werden. Für Menschen, für die wegen Art und Schwere ihrer Behinderung eine solche Ausbildung nicht in Betracht kommt, können nach sog. „Kammerregelungen“ Ausbildungsregelungen getroffen werden. Vgl. dazu § 64 ff. BBiG und § 42k ff. HwO.

Tabelle A1.2-5: **Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen, deren Ausbildungsordnung eine zweijährige Ausbildungsdauer vorsieht¹**

	2013		2014		Entwicklung 2014 zu 2013	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Deutschland						
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge mit zweijähriger Ausbildungsdauer insgesamt	46.215	100,0	45.039	100,0	-1.176	-2,5
betrieblich	40.605	87,9	39.852	88,5	-753	-1,9
überwiegend öffentlich finanziert (außerbetrieblich)	5.610	12,1	5.187	11,5	-423	-7,5
Westdeutschland						
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge mit zweijähriger Ausbildungsdauer insgesamt	38.070	100,0	37.074	100,0	-996	-2,6
betrieblich	34.686	91,1	33.930	91,5	-756	-2,2
überwiegend öffentlich finanziert (außerbetrieblich)	3.384	8,9	3.144	8,5	-240	-7,1
Ostdeutschland						
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge mit zweijähriger Ausbildungsdauer insgesamt	8.145	100,0	7.968	100,0	-177	-2,2
betrieblich	5.919	72,7	5.925	74,4	6	0,1
überwiegend öffentlich finanziert (außerbetrieblich)	2.226	27,3	2.043	25,6	-183	-8,2

¹ Ohne Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO).

Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September

BIBB-Datenreport 2015

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in neu geordneten Berufen

Zum 1. August 2014 sind für 9 Ausbildungsberufe¹⁰ modernisierte Ausbildungsordnungen in Kraft getreten, in denen über 39.000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden → [Tabelle A1.2-6](#). Das entspricht einem Anteil von 7,5% an allen im Erhebungszeitraum erfassten neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Ausbildungsverträge, die ggf. noch in den jeweiligen Vorgängerberufen neu abgeschlossen wurden, sind dabei berücksichtigt. Spitzenposition nimmt mit 29.136 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen der Beruf Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement ein, der die Büroberufe Bürokaufmann/-frau, Fachangestellte(r) für Bürokommunikation und Kaufmann/-frau für Bürokommunikation zusammenführt (5,6% an allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen).

Anschlussverträge

Bei der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September wird über das Merkmal Anschlussverträge **E** der Versuch unternommen, eine Vorstellung von der Größenordnung zu erhalten, wie viele Ausbildungsverträge im Anschluss an eine erfolgreich abgeschlossene (meist zweijährige) Berufsausbildung in einem (in der Ausbildungsordnung genannten) Fortführungsberuf abgeschlossen werden. Bei der Analyse des Ausbildungsstellenmarktes werden Anschlussverträge nicht als neu abgeschlossene Ausbildungsverträge gewertet, da die Jugendlichen auf dem Ausbildungsstellenmarkt nicht als Bewerber auftreten. Als Leistung der Wirtschaft und der zuständigen Stellen werden sie in einer Tabelle ausgewiesen → [Tabelle A1.2-7](#). Da auch nach mehreren Jahren kein einheitliches Verständnis von Anschlussverträgen statistisch umgesetzt werden konnte, ist von einer Untererfassung auszugehen. Anschlussverträge finden sich nur in den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel sowie Handwerk.

¹⁰ Fachkraft für Speiseeis, Karosserie- und Fahrzeugbaumechaniker/-in, Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement, Kaufmann/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen, Land- und Baumaschinenmechatroniker/-in, Polsterer/Polsterin, Süßwarentechnologe/Süßwarentechnologin, Zupfinstrumentenmacher/-in, Zweiradmechatroniker/-in

Tabelle A1.2-6: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 2010 neu erlassenen oder modernisierten Berufen in Deutschland (Teil 1)

Neu und modernisierte Berufe von 2010 bis 2014	2010		2011		2012		2013		2014		Veränderungsrate 2014 zu 2013							
	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	absolut		in %				
												männlich	weiblich	männlich	weiblich	total		
Modernisierte Berufe 2010																		
Böttcher/-in	3	0	3	0	0	3	6	0	6	3	0	3	0	0	0	-20,0	-	-20,0
Büchsenmacher/-in	15	0	15	18	0	18	18	0	21	18	0	18	0	0	-3	-5,3	-100,0	-10,0
Feinwerkmechaniker/-in	2.460	93	2.553	2.991	99	3.090	2.718	105	2.820	2.628	165	2.793	-90	60	-27	-3,3	58,7	-1,0
Geometiker/-in ¹	24	9	33	90	42	135	90	45	138	90	42	132	-3	-3	-6	-2,2	-8,7	-4,4
Milchtechnologe/Milchtechnologin ²	186	63	249	195	51	249	177	72	249	219	69	288	42	-6	36	23,7	-6,8	14,8
Papiertechnologe/Papiertechnologin	198	21	219	219	12	231	228	12	240	201	18	219	-27	6	-21	-11,8	58,3	-8,3
Pferewirt/-in	111	606	717	138	663	801	111	660	765	117	618	735	12	-42	-30	10,5	-6,2	-3,9
Reviefäger/-in	33	0	33	21	0	21	15	0	15	33	0	33	18	0	21	135,7	-	142,9
Segelmacher/-in	21	9	33	18	3	21	15	12	30	18	9	27	-6	0	-6	-28,0	12,5	-18,2
Technischer Konfektionär/Technische Konfektionärin	54	15	69	57	15	75	36	24	60	39	24	63	36	-3	-6	-10,3	-25,0	-15,9
Vermessungstechniker/-in ³	492	177	669	435	135	570	432	144	627	471	162	630	-12	15	3	-2,5	11,0	0,6
Modernisierte Berufe 2010 insgesamt	3.594	999	4.596	4.185	1.026	5.211	4.053	1.077	5.130	3.903	1.071	4.974	-72	30	-42	-1,8	2,7	-0,8
Neue Berufe 2011																		
Medientechnologe/Medientechnologin Druckverarbeitung	0	0	0	183	84	267	252	72	324	213	81	294	0	0	0	0,5	0,0	0,3
Neue Berufe 2011 insgesamt	0	0	0	183	84	267	252	72	324	213	81	294	0	0	0	0,5	0,0	0,3
Modernisierte Berufe 2011																		
Augenoptiker/-in	675	1.848	2.520	618	1.803	2.421	615	1.764	2.379	675	1.725	2.373	-27	3	-27	-4,1	0,1	-1,1
Bootsbauer/-in	114	9	123	135	15	150	156	24	180	138	18	156	0	0	0	0,7	-5,0	0,0
Buchbinder/-in	267	144	411	81	54	138	42	63	105	9	36	48	9	9	18	100,0	21,6	38,3
Buchhändler/-in	108	558	663	99	558	657	72	384	456	81	363	471	-9	39	27	-12,5	10,5	6,3
Fachkraft für Lederverarbeitung ⁴	0	9	9	0	15	15	0	9	9	0	3	6	0	6	6	0,0	150,0	120,0
Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugservice	519	3	522	525	6	528	498	9	507	504	3	507	-63	0	-63	-12,7	0,0	-12,6
Mechatroniker/-in	6.384	399	6.783	7.242	462	7.704	7.458	540	7.998	7.050	501	7.551	9	30	39	0,1	6,0	0,5
Mediengestalter/-in Flexografie ⁵	0	0	3	3	3	3	0	3	3	3	0	3	3	-3	0	-	-66,7	0,0
Medientechnologe/Medientechnologin Druck ⁶	942	102	1.044	990	111	1.101	879	99	981	771	105	876	-18	21	3	-2,3	19,2	0,2
Medientechnologe/Medientechnologin Siebdruck ⁷	108	36	144	108	36	144	102	45	147	93	51	144	-9	-6	-15	-8,6	-12,0	-9,8
Packmitteltechnologe/-in ⁸	417	51	468	432	51	483	399	42	444	417	33	450	6	12	18	1,2	38,2	4,0
Technischer Produktdesigner/Technische Produktdesignerin ⁹	1.320	798	2.115	1.572	987	2.559	1.812	1.086	2.895	1.803	966	2.769	-99	-75	-171	-5,4	-7,7	-6,2
Technischer Systemplaner/Technische Systemplanerin ¹⁰	528	276	804	552	318	870	681	339	1.020	681	315	993	0	21	21	0,0	6,4	2,0

Tabelle A1.2-6: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 2010 neu erlassenen oder modernisierten Berufen in Deutschland (Teil 2)

Neue und modernisierte Berufe von 2010 bis 2014	2010		2011		2012		2013		2014		Veränderungsrate 2014 zu 2013						
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	absolut		in %				
			total		total		total		total		total	männlich	weiblich	total			
Textilgestalter/-in im Handwerk ¹¹	0	6	9	3	6	3	3	0	3	6	0	3	3	0	100,0	80,0	
Tourismuskaufmann/-frau (Kaufmann/-frau für Privat- und Geschäftsreisen) ¹²	330	1.632	1.959	342	1.797	2.115	324	1.683	2.007	294	1.653	1.944	-30	-60	-1,8	-3,0	
Modernisierte Berufe 2011 insgesamt	11.709	5.871	17.580	6.216	18.915	13.059	19.242	5.808	18.357	12.318	5.838	18.156	-231	-201	-1,8	0,5	
Modernisierte Berufe 2012																	
Fachangestellter/Fachangestellte für Arbeitsmarktdienstleistungen ¹³	306	852	1.158	210	501	711	123	336	459	42	126	171	69	183	252	81	
Pharmazeutisch-kaufmännischer Angestellter/Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte	60	1.638	1.698	66	1.554	1.620	54	1.311	1.368	57	1.293	1.347	66	1.281	1.347	9	
Schilder- und Lichtreklamehersteller/-in	273	132	405	270	141	408	231	150	381	243	129	375	219	135	354	-24	
Schornsteinfeger/-in	519	84	603	549	60	612	693	69	762	816	105	921	729	105	834	-87	
Verfahrensmechaniker/-in für Kunststoff- und Kautschuktechnik	2.220	144	2.367	2.532	183	2.712	2.343	189	2.532	2.175	189	2.364	2.346	210	2.556	171	
Modernisierte Berufe 2012 insgesamt	3.381	2.850	6.231	3.627	2.439	6.066	3.444	2.055	5.502	3.336	1.845	5.181	3.429	1.914	5.346	93	69
Neue Berufe 2013																	
Fachkraft für Metalltechnik ¹⁴	1.632	36	1.668	1.275	42	1.317	1.080	39	1.119	1.056	42	1.101	1.305	75	1.380	246	33
Stanz- und Umformmechaniker/Stanz- und Umformmechanikerin	0	0	0	0	0	0	0	0	0	15	0	15	81	3	84	66	3
Neue Berufe 2013 insgesamt	1.632	36	1.668	1.275	42	1.317	1.080	39	1.119	1.074	42	1.116	1.386	78	1.464	312	36
Modernisierte Berufe 2013																	
Fertigungsmechaniker/-in	900	1.008	1.908	861	123	981	774	129	900	756	105	864	681	129	810	-78	24
Fluggerätetechniker/-in ¹⁵	120	18	141	132	21	153	105	15	117	117	9	123	99	15	114	-15	6
Fluggerätetechniker/-in	648	72	720	636	60	693	594	81	675	588	84	672	555	81	639	-33	0
Klempner/-in	480	9	489	465	9	474	387	9	396	396	9	405	423	15	438	27	6
Kraftfahrzeugmechatroniker/-in	18.159	588	18.747	19.788	678	20.466	19.320	729	20.049	18.588	696	19.287	19.272	921	20.193	681	225
Mediengestalter/-in Digital und Print	1.665	2.100	3.768	1.632	2.226	3.858	1.488	2.127	3.615	1.377	1.992	3.366	1.374	1.893	3.267	-3	-99
Milchwirtschaftlicher Laborant/Milchwirtschaftliche Laborantin	33	132	165	33	126	159	39	138	177	39	132	171	33	132	165	-6	0
Orthopädietechnik-Mechaniker/Orthopädietechnik-Mechanikerin ¹⁶	258	144	402	261	150	411	276	186	462	231	177	408	327	237	564	96	60
Pflanzentechnologie/Pflanzentechnologin ¹⁷	3	6	9	6	6	12	6	6	12	6	12	18	15	18	36	9	9
Schiffmechaniker/-in	234	6	240	237	12	249	168	15	183	147	9	156	168	15	183	21	6
Weintechnologie/Weintechnologin ¹⁸	54	12	69	42	12	54	57	12	69	48	9	54	51	12	63	3	3
Werkstoffprüfer/-in	198	66	267	261	87	351	282	93	378	228	78	306	243	84	327	15	6
Modernisierte Berufe 2013 insgesamt	22.755	3.261	26.019	24.351	3.510	27.861	23.493	3.540	27.036	22.521	3.309	25.830	23.241	3.555	26.796	720	246
																966	246
																3,2	7,5
																3,7	3,7

Tabelle A1.2-6: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 2010 neu erlassenen oder modernisierten Berufen in Deutschland (Teil 3)

Neue und modernisierte Berufe von 2010 bis 2014	2010			2011			2012			2013			2014			Veränderungsrate 2014 zu 2013					
	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	absolut		in %						
													männlich	weiblich	männlich	weiblich	total				
Modernisierte Berufe 2014																					
Fachkraft für Speiseis ¹⁹	15	12	30	21	9	27	24	12	36	12	6	18	9	9	15	-3	0	-3	-33,3	14,3	-15,8
Karosserie- und Fahrzeugbaumechaniker/-in	1.353	30	1.383	1.407	39	1.446	1.329	45	1.374	1.332	48	1.383	1.293	60	1.353	-39	9	-30	-3,0	20,4	-2,2
Kaufmann/-frau für Büromanagement ²⁰	8.994	26.409	35.403	8.763	25.734	34.497	8.163	24.519	32.682	7.698	22.959	30.657	7.455	21.681	29.136	-243	-1.278	-1.521	-3,1	-5,6	-5,0
Kaufmann/-frau für Versicherungen und Finanzen	3.192	2.958	6.147	3.195	2.823	6.018	3.069	2.748	5.817	2.907	2.565	5.469	2.979	2.526	5.505	75	-39	36	2,5	-1,5	0,6
Land- und Baumaschinenmechaniker/-in ²¹	1.995	15	2.010	2.229	21	2.250	2.310	18	2.328	2.481	18	2.502	2.385	39	2.424	-96	21	-75	-3,9	105,3	-3,0
Polsterer/Polsterin	81	18	99	93	39	132	69	18	84	69	21	90	60	24	84	-9	3	-6	-13,0	9,5	-7,8
Süßwarentechnologe/-in ²²	69	42	111	63	48	111	66	39	108	45	42	87	45	39	87	0	0	0	2,2	-2,4	0,0
Zupfinstrumentenmacher/-in	3	0	3	6	0	6	3	3	6	3	0	3	3	0	6	0	0	0	0,0	0	25,0
Zweiradmechaniker/-in ²³	642	51	693	624	30	654	606	45	648	645	60	705	651	48	699	6	-12	-9	0,8	-21,7	-1,1
Modernisierte Berufe 2014 insgesamt	16.347	29.535	45.879	16.398	28.743	45.141	15.639	27.447	43.086	15.195	25.719	40.914	14.883	24.423	39.306	-312	-1.296	-1.608	-2,0	-5,0	-3,9

Erläuterungen

1. Geomaiker/-in incl. Vorgänger: Kartograf/-in.
2. Mikrotechnologe/-in incl. Vorgänger: Molkeerfachmann/-frau.
3. Vermessungstechniker/-in incl. Vorgänger: Bergvermessungstechniker/-in.
4. Fachkraft für Lederverarbeitung incl. Vorgänger: Schuh- und Lederwarenstepper/-in.
5. Mediengestalter/-in Flexografie incl. Vorgänger: Flexograf/-in.
6. Medientechnologe/-in Siebdruck incl. Vorgänger: Drucker/-in FR Flachdruck, Drucker/-in FR Hochdruck, Drucker/-in FR Tiefdruck.
7. Medientechnologe/-in Siebdruck incl. Vorgänger: Siebdrucker/-in.
8. Packmitteltechnologe/-in incl. Vorgänger: Verpackungsmittelmechaniker/-in.
9. Technischer/-r Produktdesigner/-in incl. Vorgänger: Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin FR Holztechnik, Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin FR Maschinen- und Anlagentechnik.
10. Technischer/-r Systemplaner/-in incl. Vorgänger: Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin FR Elektrotechnik, Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin FR Heizungs-, Klima- und Sanitärtechnik, Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin FR Stahl- und Metallbautechnik.
11. Textilgestalter/-in im Handwerk incl. Vorgänger: Sticker/-in, Stricker/-in, Weber/-in.
12. Tourismuskaufmann/-frau (Kaufmann/-frau für Privat- und Geschäftsreisen) incl. Vorgänger: Reiseverkehrskaufmann/-frau.
13. Fachangestellter/-r für Arbeitsmarktdienstleistungen incl. Vorgänger: Fachangestellter/-r für Arbeitsförderung.
14. Fachkraft für Metalltechnik incl. Vorgänger: Drahtwarenmacher/-in, Drahtzieher/-in, Federmacher/-in, Fräser/-in, Gerätezusammensetzer/-in, Kabejjungwerker/-in, Metallschleifer/-in, Schleifer/-in, Teilzurichter/-in.
15. Fluggerätelektroniker/-in incl. Vorgänger: Elektroniker/-in für luftfahrttechnische Systeme.
16. Orthopädieelektronik-Mechaniker/Orthopädieelektronik-Mechanikerin incl. Vorgänger: Orthopädieelektroniker/-in und Bandagist/-in.
17. Pflanzentechnologe/Pflanzentechnologin incl. Vorgänger: Landwirtschaftlich-technischer Laborant/Landwirtschaftlich-technische Laborantin, Landwirtschaftlicher Laborant/Landwirtschaftliche Laborantin.
18. Weintechnologe/Weintechnologin incl. Vorgänger: Weinküfer/-in.
19. Fachkraft für Speiseeis incl. Vorgänger: Speiseeishersteller/-in.
20. Kaufmann/-frau für Büromanagement incl. Vorgänger: Bürokaufmann/-frau, Fachangestellter/-e für Bürokommunikation, Kaufmann/-frau für Bürokommunikation.
21. Land- und Baumaschinenmechaniker/-in incl. Vorgänger: Mechaniker/-in für Land- und Baumaschinenmechanik.
22. Süßwarentechnologe/-in incl. Vorgänger: Fachkraft für Süßwarentechnik, Fachkraft für Süßwarentechnik FR Dauerbackwaren, Fachkraft für Süßwarentechnik FR Konfekt, Fachkraft für Süßwarentechnik FR Schokolade, Fachkraft für Süßwarentechnik FR Zucklerwaren.
23. Zweiradmechaniker/-in incl. Vorgänger: Zweiradmechaniker/-in, Zweiradmechaniker/-in FR Fahrradtechnik, Zweiradmechaniker/-in FR Motorradtechnik.

Vorgänger werden nur aufgeführt, wenn im abgebildeten Zeitraum Meldungen vorliegen. Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September

BIBB-Datenreport 2015

Tabelle A1.2-7: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Anschlussverträge mit Veränderungsrate zum Vorjahr unterteilt nach Regionen und Zuständigkeitsbereichen 2012 bis 2014

Zuständigkeitsbereich	2012				2013				2014			
	Neuabschlüsse	Anschlussverträge	Summe	Veränderungsrate in %	Neuabschlüsse	Anschlussverträge	Summe	Veränderungsrate in %	Neuabschlüsse	Anschlussverträge	Summe	Veränderungsrate in %
Westdeutschland												
Industrie und Handel	283.017	4.851	287.868	-4,1	271.335	5.205	276.543	-3,9	266.034	5.061	271.098	-2,0
Handwerk	128.418	1.602	130.017	-3,3	124.122	1.467	125.589	-3,4	122.970	1.077	124.047	-1,2
Öffentlicher Dienst	9.564	0	9.564	1,6	9.717	0	9.717	1,6	9.969	0	9.969	2,6
Landwirtschaft	10.593	0	10.593	-0,6	10.530	0	10.530	-0,6	10.392	0	10.392	-1,3
Freie Berufe	38.442	-	38.442	-2,5	37.467	-	37.467	-2,5	37.518	-	37.518	0,1
Hauswirtschaft	2.142	0	2.142	-7,7	1.977	0	1.977	-7,7	1.845	3	1.848	-6,6
Seeschifffahrt	177	-	177	-15,7	150	-	150	-15,7	177	-	177	18,7
Insgesamt	472.353	6.450	478.806	-3,6	455.298	6.675	461.973	-3,5	448.908	6.141	455.049	-1,5
Ostdeutschland												
Industrie und Handel	49.605	1.149	50.754	-7,4	45.930	1.029	46.959	-7,5	44.724	954	45.678	-2,7
Handwerk	18.909	330	19.239	-4,7	18.015	270	18.288	-5,0	18.264	183	18.447	0,9
Öffentlicher Dienst	2.445	0	2.445	2,2	2.499	0	2.499	2,2	2.448	0	2.448	-2,1
Landwirtschaft	2.667	0	2.667	-1,4	2.628	0	2.628	-1,4	2.763	0	2.763	5,2
Freie Berufe	4.653	-	4.653	-1,5	4.581	-	4.581	-1,5	4.533	-	4.533	-1,1
Hauswirtschaft	621	0	621	-6,4	582	0	582	-6,4	588	0	588	1,0
Seeschifffahrt	3	-	3	75,0	6	-	6	75,0	6	-	6	-14,3
Insgesamt	78.903	1.479	80.382	-5,9	74.244	1.302	75.546	-6,0	73.323	1.137	74.460	-1,4
Deutschland												
Industrie und Handel	332.622	6.000	338.622	-4,6	317.265	6.237	323.502	-4,5	310.761	6.015	316.776	-2,1
Handwerk	147.327	1.932	149.259	-3,5	142.137	1.740	143.877	-3,6	141.234	1.260	142.494	-1,0
Öffentlicher Dienst	12.009	0	12.009	1,7	12.216	0	12.216	1,7	12.417	0	12.417	1,6
Landwirtschaft	13.260	0	13.260	-0,8	13.158	0	13.158	-0,8	13.155	0	13.155	0,0
Freie Berufe	43.095	-	43.095	-2,4	42.051	-	42.051	-2,4	42.051	-	42.051	0,0
Hauswirtschaft	2.763	0	2.763	-7,5	2.559	0	2.559	-7,5	2.433	3	2.433	-4,8
Seeschifffahrt	183	-	183	-13,7	156	-	156	-13,7	183	-	183	17,2
Insgesamt	551.259	7.929	559.188	-3,9	529.542	7.974	537.516	-3,9	522.231	7.278	529.509	-1,5

Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet, der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September

Für die Erhebung 2014 wurden 7.278 Anschlussverträge gemeldet – das sind bundesweit 696 Verträge weniger als bei der Vorjahreserhebung (-8,7%). Die Industrie- und Handelskammern melden 6.015 Anschlussverträge (-222 Verträge/-3,5%) und die Handwerkskammern 1.260 Anschlussverträge (-480 Verträge/-27,5%).

Der Fortführungsberuf Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel steht im Bereich Industrie und Handel weiterhin hoch im Kurs. 2014 wurden 4.812 Anschlussverträge für diesen Beruf gemeldet (-105 Verträge/-2,1%, bezogen auf die Erhebung 2013). Das entspricht einem Anteil von 80% an den Anschlussverträgen in diesem Bereich. Ein weiterer stark besetzter Beruf mit Fortführungsmöglichkeit ist die Ausbildung zur Fachkraft für Lagerlogistik – 2014 wurden 507 Anschlussverträge registriert (-42 Verträge/-7,8%).

Im Handwerk ist der starke Rückgang bei den Anschlussverträgen mit der fehlenden Fortführungsmöglichkeit im Ausbildungsberuf Kraftfahrzeugmechatiker/-in zu erklären. In diesem Beruf wurden 2014 noch 294 Anschlussverträge registriert – das sind 180 weniger als bei der Erhebung 2013 (-37,8%). Auch im Ausbildungsberuf Maler/-in und Lackierer/-in meldeten die Stellen erheblich weniger Anschlussverträge. Waren es 2013 noch 414 Verträge, so wurden für die Erhebung 2014 noch 243 Verträge (-171 Verträge/-41,3%) registriert. Ergebnisse zu Anschlussverträgen aus Basis der Erhebung zum 31. Dezember werden in [Kapitel A4.3](#) dargestellt.

E Anschlussverträge

Als „Anschlussverträge“ werden Ausbildungsverträge bezeichnet, die im Anschluss an eine vorausgegangene und abgeschlossene Berufsausbildung neu abgeschlossen werden und zu einem weiteren Abschluss führen. Dabei sind jedoch nur die Verträge für Berufsausbildungen zu berücksichtigen, die in den Ausbildungsordnungen als aufbauende Ausbildungsberufe definiert wurden (i. d. R. Einstieg in das dritte Ausbildungsjahr) oder die unter „Fortführung der Berufsausbildung“ genannt werden. Ein Beispiel ist die Weiterführung einer erfolgreich beendeten zweijährigen Ausbildung zum/zur Bauten- und Objektbeschichter/-in durch eine einjährige Anschlussausbildung zum/zur Maler/-in und Lackierer/-in. Anschlussverträge werden im Rahmen der BIBB-Erhebung zum 30. September nicht als neu abgeschlossene Ausbildungsverträge gezählt, sondern gesondert ausgewiesen.

(Simone Flemming, Ralf-Olaf Granath, Andreas Krewerth)

A1.3 Ausbildungsvermittlung: Die Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) führt umfassende Dienstleistungsaufgaben für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt durch; dazu unterhält sie ein bundesweites Netz von Arbeitsagenturen. Zu ihren Aufgaben im Bereich der Berufsausbildung zählen die Beratung Jugendlicher und junger Erwachsener bei der Berufswahl, die Vermittlung von Berufsausbildungsstellen und die finanzielle Förderung der Berufsausbildung. Die Ausbildungsvermittlung der BA richtet sich ausschließlich auf die duale Berufsausbildung nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO). Betriebe können ihre zu besetzenden Ausbildungsstellen bei der BA melden, und Jugendliche, die eine duale Ausbildung anstreben, können sich mit einem entsprechenden Vermittlungswunsch an die BA wenden. Die Inanspruchnahme der Vermittlungsdienste der BA ist für Betriebe und Jugendliche freiwillig. Über die gemeldeten Ausbildungsstellen und die gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen **E** führt die BA jeweils von März bis September eine monatliche Statistik. Ein Gesamtergebnis für das jeweilige Vermittlungs- bzw. Berichtsjahr (1. Oktober des Vorjahres bis 30. September) liegt erst mit der September-Statistik vor.¹¹ Ergebnisse der Ausbildungsmarktstatistik der BA werden – neben der im Rahmen der BIBB-Erhebung zum 30. September ermittelten Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge – zur Berechnung der Ausbildungsmarktbilanz, also des Verhältnisses von Gesamtangebot zu Gesamtnachfrage nach Ausbildungsstellen in einem Ausbildungsjahr, herangezogen (vgl. Kapitel A1.1).

Seit Januar 2005 sind auch die Träger der Grundsicherung für die Ausbildungsvermittlung zuständig. Jugendliche, die im Sinne des Sozialgesetzbuchs II hilfebedürftig sind, werden seitdem von den Jobcentern betreut. Dabei sind 2 Arten von Jobcentern zu unterscheiden: die Jobcenter der zugelassenen kommunalen Träger (JC zKT) und die Jobcenter in gemeinsamer Einrichtung mit der Arbeitsagentur (JC gE). Die Jobcenter führen eine eigene Statistik über das Vermittlungsgeschehen, wobei die JC zKT allerdings ein anderes Verfahren der Datenerhe-

bung anwenden als die Arbeitsagenturen und die JC gE. Erst seit dem Vermittlungsjahr 2009 können die Daten aller bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen zu einer Gesamtstatistik zusammengeführt werden,¹² wobei es in einem geringen Umfang zu Doppelzählungen kommt.¹³ Die statistischen Angaben zu den gemeldeten Ausbildungsstellen beinhalten allerdings nach wie vor nur die Daten der Arbeitsagenturen und JC gE. Nach Einschätzung der BA gibt es jedoch nur wenige Ausbildungsstellen, die ausschließlich bei den JC zKT und nicht auch gleichzeitig bei den Arbeitsagenturen zur Vermittlung gemeldet sind (Bundesagentur für Arbeit 2014e).

E Gemeldete Berufsausbildungsstellen und gemeldete Ausbildungsstellen- bewerber/-innen

Als **Berufsausbildungsstellen** zählen die bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern zur Vermittlung gemeldeten und im Berichtsjahr zu besetzenden betrieblichen und außerbetrieblichen Berufsausbildungsstellen für Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, einschließlich der Ausbildungsplätze in Berufsbildungswerken und sonstigen Einrichtungen, die Ausbildungsmaßnahmen für behinderte Menschen (§ 102 Sozialgesetzbuch [SGB] III) durchführen. Als *betriebliche* Berufsausbildungsstellen zählen gemeldete Ausbildungsstellen abzüglich der Ausbildungsstellen in außerbetrieblichen Einrichtungen und abzüglich der Ausbildungsstellen für Rehabilitanden (Bundesagentur für Arbeit 2014d, S. 27).

Bei den **Bewerbern und Bewerberinnen um Berufsausbildungsstellen** handelt es sich um die bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Personen, die im Berichtsjahr die individuelle Vermittlung in eine betriebliche oder außerbetriebliche Berufsausbildungsstelle in anerkannten Ausbildungsberufen nach BBiG/HwO wünschten und deren Eignung für eine solche Ausbildung geklärt bzw. deren Voraussetzung dafür gegeben war.

11 Diese Angaben bilden die Datengrundlage für die folgenden Darstellungen.

12 Von 2005 bis 2008 konnten die Daten der bei den JC zKT gemeldeten Bewerber/-innen datentechnisch bedingt in der Ausbildungsmarktstatistik nicht berücksichtigt werden.

13 Doppelerfassungen entstehen z. B., wenn Bewerber/-innen, die mit ihrem Vermittlungswunsch ursprünglich bei einer Arbeitsagentur gemeldet waren, im Laufe des Vermittlungsjahres hilfebedürftig im Sinne von SGB II werden und die Ausbildungsvermittlung dann von einem JC zKT übernommen wird. Im Berichtsjahr 2014 gab es insgesamt 5.020 Doppelzählungen (Bundesagentur für Arbeit 2014e).

Hierzu zählen auch Personen, die eine Ausbildung in einem Berufsbildungswerk oder in einer sonstigen Einrichtung, die Ausbildungsmaßnahmen für behinderte Menschen durchführt, aufnehmen wollten.

Zu den Bewerbern und Bewerberinnen werden auch solche Jugendlichen gerechnet, die von den Arbeitsagenturen bzw. Jobcentern für eine Vermittlung in eine Berufsausbildung im dualen System registriert wurden, sich aber im Laufe des Berichtsjahres im Zuge ihres individuellen Berufswahlprozesses für andere Alternativen – wie z. B. Schulbildung, Studium oder Erwerbstätigkeit – entschieden haben (Bundesagentur für Arbeit 2014d, S. 27).

Ländern betrug die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen 426.841 und lag damit um 4.506 bzw. 1,1% höher als im Vorjahr. In den neuen Ländern gab es 84.555 registrierte Stellenangebote, dies entsprach nahezu dem Vorjahresniveau.

Der mit Abstand größte Anteil der gemeldeten Ausbildungsstellen entfiel 2014 mit 289.890 Stellen bzw. 56,7% auf den Bereich der Industrie- und Handelskammern, die Stellenzahl erhöhte sich hier um 1,4% gegenüber dem Vorjahr. Aus dem Handwerksbereich wurden 119.768 Ausbildungsstellen (23,4%) zur Vermittlung angeboten und damit 2,3% mehr als im Jahr zuvor. Aus dem Bereich der freien Berufe stammten 35.041 Stellenangebote (6,8%), hier war nur eine leichte Zunahme um 0,9% zu verzeichnen. Für den öffentlichen Dienst waren 11.723 Stellenangebote (2,3%) registriert, dies waren 6,4% weniger als im vorherigen Berichtsjahr. Im Bereich der Landwirtschaft gab es 6.465 gemeldete Ausbildungsstellen (1,3%) und damit eine Zunahme um 3,6%.

Gemeldete Ausbildungsstellen

Im Berichtsjahr 2014 waren insgesamt 511.613 Ausbildungsstellen bei den Arbeitsagenturen und JC gE zur Vermittlung registriert. Die Anzahl der gemeldeten Stellen nahm damit gegenüber dem vorherigen Berichtsjahr um 4.350 bzw. um 0,9% zu → [Tabelle A1.3-1](#). In den alten

Tabelle A1.3-1: Bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldete Berufsausbildungsstellen¹ in den Berichtsjahren 2014 und 2013

Ausbildungsbereiche	Berichtsjahr 2014 ²						Berichtsjahr 2013 ²					
	Bundesgebiet		alte Länder		neue Länder		Bundesgebiet		alte Länder		neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	289.890	56,7	240.236	56,3	49.562	58,6	285.885	56,4	237.008	56,1	48.748	57,5
Handwerk	119.768	23,4	102.234	24,0	17.514	20,7	117.052	23,1	99.744	23,6	17.283	20,4
öffentlicher Dienst	11.723	2,3	9.535	2,2	2.188	2,6	12.526	2,5	10.133	2,4	2.392	2,8
Landwirtschaft	6.465	1,3	4.331	1,0	2.134	2,5	6.243	1,2	4.170	1,0	2.073	2,4
freie Berufe	35.041	6,8	31.129	7,3	3.906	4,6	34.741	6,8	30.625	7,3	4.115	4,9
sonstige Stelle/keine Zuordnung möglich	31.675	6,2	26.891	6,3	4.685	5,5	33.349	6,6	27.911	6,6	5.393	6,4
keine Angabe	17.051	3,3	12.485	2,9	4.566	5,4	17.467	3,4	12.744	3,0	4.723	5,6
Insgesamt³	511.613	100,0	426.841	100,0	84.555	100,0	507.263	100,0	422.335	100,0	84.727	100,0

¹ Ohne bei den Jobcentern der zugelassenen kommunalen Träger (JC zKT) gemeldete Stellen.

² Jeweils Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.

³ Die Summe der für alte und neue Länder ausgewiesenen Zahlen der Ausbildungsstellen ist wegen nicht zuordenbarer Fälle jeweils etwas geringer als die Gesamtangabe für das Bundesgebiet.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Gemeldete Ausbildungsstellenbewerber/-innen

Im Berichtsjahr 2014 waren insgesamt 559.431 Jugendliche als Ausbildungsstellenbewerber/-innen bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldet. Die Bewerberzahl verringerte sich um nur 0,3% und lag somit nahezu auf dem Vorjahresniveau. In den alten Ländern betrug die Zahl der gemeldeten Bewerber/-innen 466.202, dies bedeutet einen Rückgang um 0,5% gegenüber dem Jahr zuvor. In den neuen Ländern war mit 90.164 Bewerbern und Bewerberinnen eine Abnahme um 1,0% zu verzeichnen.¹⁴

Merkmale der Ausbildungsstellenbewerber/-innen

Im Hinblick auf die Merkmalsstruktur der Bewerber/-innen waren im Berichtsjahr 2014 keine nennenswerten Veränderungen gegenüber dem vorangegangenen Jahr festzustellen → [Tabelle A1.3-2](#). Der Anteil junger Männer unter den Bewerbern und Bewerberinnen lag 2014 mit 56,6% wiederum deutlich höher als der Anteil junger Frauen (43,4%). Was die schulische Vorbildung anbetrifft, war ein Realschulabschluss am verbreitetsten, 42,3% der Bewerber/-innen verfügten hierüber. Einen Hauptschulabschluss besaßen 27,6% der Bewerber/-innen, und nur 1,5% hatten keinen Hauptschulabschluss erreicht. 24,9% der Bewerber/-innen konnten eine Studienberechtigung (Fachhochschulreife oder allgemeine Hochschulreife) vorweisen. Der Anteil Studienberechtigter fiel in den alten Ländern höher aus als in den neuen Ländern (25,8% vs. 20,1%).

Nur etwas mehr als die Hälfte der gemeldeten Bewerber/-innen (51,8%) hatte zuletzt eine allgemeinbildende Schule besucht. 41,7% waren auf einer berufsbildenden Schule gewesen, und 4,1% kamen von einer Hochschule oder Akademie. In den alten Ländern war der Anteil der Bewerber/-innen, die eine berufsbildende Schule besucht hatten, mehr als doppelt so hoch wie in den neuen Ländern (46,0% vs. 20,8%). In den neuen Ländern kamen die Bewerber/-innen dagegen wesentlich häufiger von

der allgemeinbildenden Schule als in den alten Ländern (71,4% vs. 48,0%). Diese Unterschiede lassen sich vor allem darauf zurückführen, dass in den alten Ländern der Übergangsbereich erheblich stärker ausgebaut ist als in den neuen Ländern und insbesondere teilqualifizierende Bildungsgänge an beruflichen Schulen sehr verbreitet sind (BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A6). Erfolgreiche Ausbildungsstellenbewerber/-innen aus den alten Ländern mündeten daher sehr oft in Übergangsmaßnahmen an beruflichen Schulen, während es für Bewerber/-innen aus den neuen Ländern häufiger vollqualifizierende außerbetriebliche Ausbildungsangebote gab.

87,2% der Ausbildungsstellenbewerber/-innen waren im Berichtsjahr 2014 deutsche Staatsangehörige, und 12,6% hatten eine ausländische Staatsangehörigkeit. In den alten Ländern fiel der Anteil der Bewerber/-innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit wesentlich höher aus als in den neuen Ländern (13,5% vs. 5,4%).

Etwas über die Hälfte der gemeldeten Bewerber/-innen (52,0%) war bis zu 18 Jahre alt, 42,2% waren zwischen 19 und 24 Jahre und 5,8% bereits 25 Jahre oder älter. In den neuen Ländern hatte ein höherer Anteil der Bewerber/-innen bereits ein Alter von 25 Jahren und mehr erreicht als in den alten Ländern (8,6% vs. 4,9%).

Verbleib der Ausbildungsstellenbewerber/-innen

Bis zum Abschluss des Berichtsjahres am 30. September 2014 mündeten 271.123 bzw. 48,5% der Bewerber/-innen in eine Berufsausbildung ein. 169.334 bzw. 30,3% der Bewerber/-innen entschieden sich für eine Alternative zu einer Berufsausbildung. 98.102 bzw. 17,5% der Bewerber/-innen meldeten sich nicht mehr bei den Arbeitsagenturen oder Jobcentern zurück und verzichteten somit auf eine weitere Unterstützung bei der Ausbildungssuche, ihr Verbleib war daher nicht bekannt. Die übrigen 20.872 bzw. 3,7% der Bewerber/-innen galten am Ende des Berichtsjahres 2014 offiziell als unversorgt, sie waren weder in eine Berufsausbildung noch in eine Alternative eingemündet.

¹⁴ Die Veränderungsrate bei der Gesamtzahl der Bewerber/-innen ist somit geringer als bei den Bewerberzahlen in den alten und neuen Ländern. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in der Gesamtzahl jeweils zu einem kleinen Teil auch Bewerber/-innen enthalten sind, die sich keinem Bundesland zuordnen ließen.

Tabelle A1.3-2: **Geschlecht, Schulabschluss, besuchte Schule, Staatsangehörigkeit und Alter der bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen der Berichtsjahre 2014 und 2013**

Merkmale der Bewerber/-innen	Berichtsjahr 2014 ¹				Berichtsjahr 2013 ¹							
	Bundesgebiet ²		neue Länder		Bundesgebiet ²		alte Länder		neue Länder			
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %		
Geschlecht												
männlich	316.628	56,6	263.337	56,5	51.219	56,8	313.047	55,8	261.074	55,7	51.169	56,2
weiblich	242.803	43,4	202.865	43,5	38.945	43,2	248.121	44,2	207.685	44,3	39.929	43,8
Schulabschluss												
ohne Hauptschulabschluss	8.576	1,5	6.185	1,3	2.391	2,7	8.868	1,6	6.191	1,3	2.676	2,9
Hauptschulabschluss	154.313	27,6	128.767	27,6	25.440	28,2	156.414	27,9	130.849	27,9	25.498	28,0
Realschulabschluss	236.566	42,3	195.300	41,9	40.198	44,6	237.904	42,4	197.167	42,1	40.405	44,4
Fachhochschulreife	72.364	12,9	66.173	14,2	5.938	6,6	71.073	12,7	65.265	13,9	5.733	6,3
allgemeine Hochschulreife	67.317	12,0	54.037	11,6	12.168	13,5	65.377	11,7	52.959	11,3	12.005	13,2
keine Angaben	20.295	3,6	15.740	3,4	4.029	4,5	21.532	3,8	16.328	3,5	4.781	5,2
Besuchte Schule												
allgemeinbildende Schule	289.791	51,8	223.595	48,0	64.390	71,4	292.456	52,1	226.530	48,3	65.361	71,7
berufsbildende Schule	233.423	41,7	214.441	46,0	18.718	20,8	233.772	41,7	214.991	45,9	18.655	20,5
Hochschule und Akademien	22.681	4,1	18.221	3,9	3.998	4,4	19.840	3,5	15.875	3,4	3.782	4,2
keine Angabe	7.833	1,4	5.803	1,2	1.553	1,7	9.803	1,7	7.444	1,6	1.955	2,1
Staatsangehörigkeit												
deutsch	487.886	87,2	402.587	86,4	85.137	94,4	492.776	87,8	406.542	86,7	86.077	94,5
ausländisch	70.572	12,6	62.791	13,5	4.878	5,4	67.432	12,0	61.408	13,1	4.870	5,3
<i>darunter:</i>												
türkisch	29.399	5,3	27.821	6,0	1.578	1,8	30.309	5,4	28.578	6,1	1.729	1,9
italienisch	5.559	1,0	5.407	1,2	88	0,1	5.399	1,0	5.267	1,1	84	0,1
Alter												
15 Jahre und jünger	15.744	2,8	14.907	3,2	832	0,9	15.880	2,8	15.079	3,2	790	0,9
16 bis 18 Jahre	274.999	49,2	229.187	49,2	45.663	50,6	276.611	49,3	231.874	49,5	44.613	49,0
19 bis 20 Jahre	127.711	22,8	110.144	23,6	17.198	19,1	132.788	23,7	114.811	24,5	17.759	19,5
21 bis 24 Jahre	108.683	19,4	89.101	19,1	18.683	20,7	109.069	19,4	87.836	18,7	20.849	22,9
25 Jahre und älter/keine Angabe	32.294	5,8	22.863	4,9	7.788	8,6	26.820	4,8	19.159	4,1	7.087	7,8
Insgesamt²	559.431	100,0	466.202	100,0	90.164	100,0	561.168	100,0	468.759	100,0	91.098	100,0

¹ Jeweils Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.

² Abweichungen der Gesamtzahlen gegenüber den Summen der Einzelwerte sind auf nicht zuordenbare Angaben zurückzuführen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Ein großer Teil der 169.334 Bewerber/-innen mit einem alternativen Verbleib befand sich am Ende des Berichtsjahres 2014 in einer Schulbildung (42,9%) → **Tabelle A1.3-3**. Relativ häufig hatten die alternativ verbliebenen Bewerber/-innen eine Erwerbstätigkeit aufgenommen (17,7%) oder waren in eine berufsvorbereitende Maßnahme (einschließlich Reha) eingemündet (8,7%). 7,8% der betreffenden Bewerber/-in-

nen verblieben in ihrer bisherigen Berufsausbildung, obwohl sie eigentlich in eine andere Ausbildung wechseln wollten. 6,6% hatten ein Studium begonnen, und 5,5% leisteten einen Freiwilligendienst. Alle anderen Verbleibsarten (berufsvorbereitendes Jahr, Berufsgrundbildungsjahr, Praktikum, Einstiegsqualifizierung, Bundeswehr) spielten mit Anteilen von jeweils weniger als 5,0% eine geringere Rolle.

Tabelle A1.3-3: Verbleib der im Berichtsjahr 2014¹ bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen zum 30. September 2014

Art des Verbleibs	Insgesamt		Status des Vermittlungsauftrages							
			Vermittlungsauftrag abgeschlossen				Vermittlungsauftrag läuft weiter			
			durch Einmündung in Berufsausbildung		bei alternativem oder nicht bekanntem Verbleib		bei alternativem Verbleib		ohne alternativen Verbleib (unversorgte Bewerber/-innen)	
absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
Einmündung in Berufsausbildung	271.123	100,0	271.123	100,0						
<i>davon:</i>										
Berufsausbildung ungefördert	243.480	89,8	243.480	89,8						
Berufsausbildung gefördert	27.643	10,2	27.643	10,2						
Alternativer Verbleib	169.334	100,0			109.018	100,0	60.316	100,0		
<i>davon:</i>										
Schulbildung	72.639	42,9			54.695	50,2	17.944	29,7		
Studium	11.204	6,6			9.787	9,0	1.417	2,3		
berufsvorbereitendes Jahr	2.136	1,3			1.069	1,0	1.067	1,8		
Berufsgrundbildungsjahr	4.220	2,5			2.643	2,4	1.577	2,6		
Praktikum	5.497	3,2			1.908	1,8	3.589	6,0		
Verbleib in bisheriger Berufsausbildung	13.248	7,8			5.839	5,4	7.409	12,3		
<i>davon:</i>										
Berufsausbildung ungefördert	4.288	2,5			3.185	2,9	1.103	1,8		
Berufsausbildung gefördert	8.960	5,3			2.654	2,4	6.306	10,5		
Erwerbstätigkeit	29.897	17,7			20.074	18,4	9.823	16,3		
Bundeswehr	1.299	0,8			1.083	1,0	216	0,4		
Bundes-/Jugendfreiwilligendienst	9.347	5,5			5.761	5,3	3.586	5,9		
berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	14.142	8,4			3.475	3,2	10.667	17,7		
berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme – Reha	434	0,3			289	0,3	145	0,2		
Einstiegsqualifizierung	2.561	1,5			598	0,5	1.963	3,3		
sonstige Förderung (einschl. Rehaförderung)	2.710	1,6			1.797	1,6	913	1,5		
Ohne alternativen Verbleib (unversorgte Bewerber/-innen)	20.872	100,0							20.872	100,0
Verbleib nicht bekannt	98.102	100,0			98.102	100,0				
Insgesamt	559.431	100,0	271.123	48,5	207.120	37,0	60.316	10,8	20.872	3,7

¹ Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

Tabelle A1.3-4: Verbleib der in den Berichtsjahren 2009 bis 2014¹ bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen jeweils zum 30. September

Region/Art des Verbleibs	Berichtsjahr												
	2009		2010		2011		2012		2013		2014		
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
Bundesgebiet													
Bewerber insgesamt²	561.673	100,0	558.486	100,0	545.908	100,0	561.783	100,0	561.168	100,0	559.431	100,0	
Einmündung in Berufsausbildung	259.505	46,2	271.588	48,6	280.157	51,3	287.049	51,1	275.342	49,1	271.123	48,5	
alternativer Verbleib – Vermittlungsauftrag abgeschlossen	111.013	19,8	109.918	19,7	106.562	19,5	108.012	19,2	106.640	19,0	109.018	19,5	
unvermittelte Bewerber/-innen – Vermittlungsauftrag läuft weiter	88.540	15,8	80.371	14,4	72.319	13,2	75.984	13,5	83.564	14,9	81.188	14,5	
<i>davon:</i>													
mit alternativem Verbleib	73.054	13,0	68.355	12,2	60.975	11,2	60.347	10,7	62.530	11,1	60.316	10,8	
ohne alternativen Verbleib (unversorgte Bewerber/-innen)	15.486	2,8	12.016	2,2	11.344	2,1	15.637	2,8	21.034	3,7	20.872	3,7	
Verbleib nicht bekannt – Vermittlungsauftrag abgeschlossen	102.615	18,3	96.609	17,3	86.870	15,9	90.738	16,2	95.622	17,0	98.102	17,5	
Alte Länder													
Bewerber insgesamt²	451.279	100,0	462.243	100,0	454.426	100,0	468.661	100,0	468.759	100,0	466.202	100,0	
Einmündung in Berufsausbildung	198.450	44,0	217.588	47,1	229.222	50,4	236.413	50,4	226.764	48,4	222.156	47,7	
alternativer Verbleib – Vermittlungsauftrag abgeschlossen	92.347	20,5	94.152	20,4	91.268	20,1	92.800	19,8	91.803	19,6	93.646	20,1	
unvermittelte Bewerber/-innen – Vermittlungsauftrag läuft weiter	77.868	17,3	70.979	15,4	63.922	14,1	65.452	14,0	73.637	15,7	71.560	15,3	
<i>davon:</i>													
mit alternativem Verbleib	66.728	14,8	62.634	13,6	55.622	12,2	54.868	11,7	57.336	12,2	54.986	11,8	
ohne alternativen Verbleib (unversorgte Bewerber/-innen)	11.140	2,5	8.345	1,8	8.300	1,8	10.584	2,3	16.301	3,5	16.574	3,6	
Verbleib nicht bekannt – Vermittlungsauftrag abgeschlossen	82.614	18,3	79.524	17,2	70.014	15,4	73.996	15,8	76.555	16,3	78.840	16,9	
Neue Länder													
Bewerber insgesamt²	110.235	100,0	96.072	100,0	91.311	100,0	92.914	100,0	91.098	100,0	90.164	100,0	
Einmündung in Berufsausbildung	60.996	55,3	53.928	56,1	50.857	55,7	50.546	54,4	48.094	52,8	47.742	53,0	
alternativer Verbleib – Vermittlungsauftrag abgeschlossen	18.627	16,9	15.729	16,4	15.255	16,7	15.160	16,3	14.721	16,2	15.139	16,8	
unvermittelte Bewerber/-innen – Vermittlungsauftrag läuft weiter	10.656	9,7	9.374	9,8	8.380	9,2	10.510	11,3	9.633	10,6	9.345	10,4	
<i>davon:</i>													
mit alternativem Verbleib	6.313	5,7	5.704	5,9	5.340	5,8	5.459	5,9	5.112	5,6	5.257	5,8	
ohne alternativen Verbleib (unversorgte Bewerber/-innen)	4.343	3,9	3.670	3,8	3.040	3,3	5.051	5,4	4.521	5,0	4.088	4,5	
Verbleib nicht bekannt – Vermittlungsauftrag abgeschlossen	19.956	18,1	17.041	17,7	16.819	18,4	16.698	18,0	18.650	20,5	17.938	19,9	

¹ Jeweils Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.
² Die Summe der für alte und neue Länder ausgewiesenen Bewerberzahlen ist jeweils etwas geringer als die Gesamtangabe für das Bundesgebiet, was auf nicht zurechenbare Fälle zurückzuführen ist.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Von den 169.334 in einer Alternative verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen verzichteten 109.018 bzw. 64,4% auf weitere Vermittlungsbemühungen, die übrigen 60.316 Bewerber/-innen (35,6%) hielten ihren Wunsch nach Vermittlung in eine Berufsausbildung aufrecht. Besonders häufig wurde bei Einmündung in eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme die Suche nach einer Ausbildungsstelle nicht aufgegeben: 75,4% (10.667) der betreffenden Bewerber/-innen wollten weiterhin in Berufsausbildung vermittelt werden, nur 24,6% (3.475) verzichteten hierauf. Auch bei einem Verbleib in einer bestehenden geförderten Berufsausbildung, einem Praktikum oder einer Einstiegsqualifizierung blieb sehr häufig der Wunsch nach weiterer Vermittlung in Berufsausbildung bestehen. Anders war dies bei einer Einmündung in Schulbildung: 75,3% (54.695) der betreffenden Bewerber/-innen wünschten keine Weiterführung der Ausbildungsvermittlung. Wurde alternativ in ein Studium eingemündet, so verzichteten sogar 87,4% (9.787) der betreffenden Bewerber/-innen auf weitere Vermittlungsbemühungen.

Insgesamt war am Ende des Berichtsjahres 2014 für 478.243 bzw. 85,5% der Ausbildungsstellenbewerber/-innen der Vermittlungsauftrag abgeschlossen. Dies betraf zum einen die Bewerber/-innen, die im Berichtsjahr 2014 eine Berufsausbildung begonnen hatten (271.123 bzw. 48,5%), und zum anderen die in einer Alternative verbliebenen Bewerber/-innen, die keine weitere Vermittlung wünschten (109.018 bzw. 19,5%). Aber auch für die unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen (98.102 bzw. 17,5%) war der Vermittlungsauftrag beendet. Nach Abschluss des Berichtsjahres wurden die Vermittlungsbemühungen für die offiziell unversorgten Bewerber/-innen (20.872 bzw. 3,7%) und für die alternativ verbliebenen Bewerber/-innen, die weiterhin in eine Berufsausbildung vermittelt werden wollten (60.316 bzw. 10,8%), fortgesetzt. Für insgesamt 81.188 bzw. 14,5% der Bewerber/-innen lief der Vermittlungsauftrag somit über das Berichtsjahr 2014 hinaus noch weiter, sie werden daher als unvermittelte Bewerber/-innen bezeichnet.

Im Berichtsjahr 2014 fiel der Anteil der Bewerber/-innen, die in Berufsausbildung eingemündet waren, mit 48,5% etwas niedriger aus als im Vorjahr (49,1%) → [Tabelle A1.3-4](#). Bei Betrachtung der Entwicklung ab dem Berichtsjahr 2009 (Bundesagentur für Arbeit

2014h) ist erkennbar, dass bereits 2013 wieder ein leichter Rückgang der Einmündungsquote einsetzte: In den Jahren 2011 und 2012 hatte diese noch bei 51,3% bzw. 51,1% gelegen und damit deutlich höher als 2009 mit 46,2%. In den alten Ländern mündeten im Berichtsjahr 2014 nur 47,7% der Bewerber/-innen in Berufsausbildung ein, 2011 und 2012 waren es noch jeweils 50,4% gewesen. In den neuen Ländern war die Einmündungsquote verglichen mit den alten Ländern immer deutlich höher. Mit 53,0% bewegte sie sich im Berichtsjahr 2014 in etwa auf dem Vorjahresniveau (52,8%). Allerdings war hier der Anteil der einmündenden Bewerber/-innen in den Jahren zuvor gesunken; so hatte er 2010 noch 56,1% betragen.

Der Anteil der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen, die keinen weiteren Vermittlungswunsch hatten und für die daher der Vermittlungsauftrag abgeschlossen war, lag in den Berichtsjahren 2009 bis 2014 insgesamt jeweils bei rund einem Fünftel; in den neuen Ländern fiel er allerdings immer etwas niedriger aus. Der Anteil der unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen schwankte im betreffenden Zeitraum ebenfalls insgesamt nur wenig, und zwar zwischen rund 16% und 18%; er war jedoch in den neuen Ländern ab 2011 immer deutlich höher als in den alten Ländern.

Der Anteil der unvermittelten Bewerber/-innen, der im Berichtsjahr 2014 insgesamt 14,5% betrug, variierte zwischen 13,2% im Jahr 2011 und 15,8% im Jahr 2009. Dabei nahm allerdings der Anteil der völlig unversorgten Bewerber/-innen, also derjenigen, die unvermittelt und ohne einen alternativen Verbleib waren, merklich zu, von 2,1% im Jahr 2011 auf 3,7% im Jahr 2014. In den neuen Ländern lag der Gesamtanteil der unvermittelten Bewerber/-innen im Vergleich zu den alten Ländern immer deutlich niedriger: 2014 betrug er hier nur 10,4%, in den alten Ländern dagegen 15,3%. In den neuen Ländern war allerdings immer ein höherer Anteil an völlig unversorgten Bewerbern und Bewerberinnen zu verzeichnen als in den alten Ländern.

Tabelle A1.3-5: Unvermittelte Bewerber/-innen nach Geschlecht, Schulabschluss, besuchter Schule, Staatsangehörigkeit und Alter in den Berichtsjahren 2014 und 2013¹

Merkmale der Bewerber/-innen	Berichtsjahr 2014				Berichtsjahr 2013					
	Bundesgebiet ²		alte Länder		Bundesgebiet ²		alte Länder		neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht										
männlich	46.840	57,7	41.356	57,8	47.567	56,9	41.947	57,0	5.420	56,3
weiblich	34.348	42,3	30.204	42,2	35.997	43,1	31.690	43,0	4.213	43,7
Schulabschluss										
ohne Hauptschulabschluss	1.363	1,7	1.073	1,5	1.471	1,8	1.064	1,4	407	4,2
Hauptschulabschluss	23.795	29,3	20.552	28,7	24.658	29,5	21.383	29,0	3.265	33,9
Realschulabschluss	33.076	40,7	29.135	40,7	34.059	40,8	30.069	40,8	3.901	40,5
Fachhochschulreife	12.071	14,9	11.454	16,0	12.307	14,7	11.681	15,9	614	6,4
allgemeine Hochschulreife	8.633	10,6	7.473	10,4	8.686	10,4	7.520	10,2	1.076	11,2
keine Angaben	2.250	2,8	1.873	2,6	2.383	2,9	1.920	2,6	370	3,8
Besuchte Schule										
allgemeinbildende Schule	32.920	40,5	26.608	37,2	33.692	40,3	27.188	36,9	6.372	66,1
berufsbildende Schule	42.668	52,6	40.268	56,3	44.210	52,9	41.773	56,7	2.411	25,0
Hochschule und Akademien	3.464	4,3	2.975	4,2	3.042	3,6	2.579	3,5	422	4,4
keine Angabe	1.205	1,5	998	1,4	1.742	2,1	1.404	1,9	251	2,6
Staatsangehörigkeit										
deutsch	69.124	85,1	60.402	84,4	71.492	85,6	62.415	84,8	9.060	94,1
ausländisch	11.928	14,7	11.042	15,4	11.925	14,3	11.094	15,1	554	5,8
<i>darunter:</i>										
türkisch	5.285	6,5	5.072	7,1	5.610	6,7	5.410	7,3	200	2,1
italienisch	928	1,1	904	1,3	913	1,1	896	1,2	unter 3	0,0
Alter										
15 Jahre und jünger	2.210	2,7	1.993	2,8	2.238	2,7	2.037	2,8	199	2,1
16 bis 18 Jahre	35.131	43,3	31.106	43,5	36.919	44,2	34.943	47,5	3.967	41,2
19 bis 20 Jahre	20.226	24,9	18.242	25,5	21.949	26,3	19.889	27,0	2.029	21,1
21 bis 24 Jahre	18.402	22,7	16.096	22,5	18.048	21,6	15.470	21,0	2.504	26,0
25 Jahre und älter/keine Angabe	5.219	6,4	4.123	5,8	4.410	5,3	1.298	1,8	934	9,7
Insgesamt²	81.188	100,0	71.560	100,0	83.564	100,0	73.637	100,0	9.633	100,0

¹ Jeweils Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.

² Abweichungen der Gesamtzahlen gegenüber den Summen der Einzelwerte sind auf nicht zuordenbare Angaben zurückzuführen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Merkmale der unvermittelten Ausbildungsstellenbewerber/-innen

Von den insgesamt 81.188 unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen des Berichtsjahres 2014 waren 57,7% junge Männer und 42,3% junge Frauen → [Tabelle A1.3-5](#). Dies stimmte in etwa mit der entsprechenden Verteilung aller gemeldeten Bewerber/-innen (56,6% bzw. 43,4%) überein. Nur wenige unvermittelte Bewerber/-innen (1,7%) hatten keinen Hauptschulabschluss erreicht. 29,3% verfügten über einen Hauptschulabschluss, 40,7% über einen Realschulabschluss und 25,5% über eine Studienberechtigung. Die unvermittelten Bewerber/-innen wiesen damit insgesamt kaum niedrigere Schulabschlüsse auf als die Gesamtgruppe der gemeldeten Bewerber/-innen. Allerdings fällt auf, dass mit 52,6% relativ viele der unvermittelten Bewerber/-innen zuletzt eine berufliche Schule besucht hatten, dagegen mit 40,5% relativ wenige eine allgemeinbildende Schule. In der Gruppe aller gemeldeten Bewerber/-innen war dagegen für nur 41,7% eine berufliche Schule, aber für 51,8% eine allgemeinbildende Schule die letzte Schulform gewesen.

14,7% der unvermittelten Bewerber/-innen hatten eine ausländische Staatsangehörigkeit. Damit lag die Ausländerquote bei den unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen etwas höher als in der Gesamtgruppe der gemeldeten Bewerber/-innen (12,6%). Von den unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen waren 54,0% älter als 18 Jahre, 29,1% waren bereits über 20 Jahre alt. In der Altersstruktur unterschieden sie sich somit merklich von der Gruppe aller gemeldeten Bewerber/-innen, von denen nur 48,0% ein Alter von über 18 Jahren und nur 25,2% von über 20 Jahren erreicht hatten. Hinsichtlich der Merkmalsstruktur der unvermittelten Bewerber/-innen waren im Berichtsjahr 2014 insgesamt keine nennenswerten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr festzustellen.

Ausbildungsstellenbewerber/-innen, die die Schule vor dem Berichtsjahr 2014 verlassen haben

Von den insgesamt 559.431 im Berichtsjahr 2014 gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen um eine Berufsausbildungsstelle waren 235.268 bzw. 42,1% bereits vor dem Berichtszeitraum (Oktober 2013 bis September 2014) von der allgemeinbildenden oder beruflichen Schule abgegangen **E**. Von ihnen hatten 40,5% die

Schule im Vorjahr verlassen und 59,5% noch früher → [Tabelle A1.3-6](#). Verglichen mit dem Berichtsjahr 2013 erhöhte sich die Zahl der Bewerber/-innen mit Schulabgang in früheren Jahren um 1,7%. Der relative Anteil an allen gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen nahm damit im Berichtsjahr 2014 um 0,9 Prozentpunkte zu.

Im Berichtsjahr 2014 fiel der Anteil der Bewerber/-innen, die die Schule in vorherigen Jahren beendet hatten, an allen gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen in den neuen Ländern mit 49,1% deutlich höher aus als in den alten Ländern mit 40,5%. Die Bewerber/-innen mit frühem Schulabgang hatten in den alten Ländern mit 42,4% erheblich häufiger die Schule erst ein Jahr zuvor verlassen als in den neuen Ländern mit 33,9%. In den neuen Ländern hatten sie die Schule dagegen wesentlich öfter (66,1%) bereits 2 Jahre zuvor oder noch früher beendet als in den alten Ländern (57,6%). Bei einem Vergleich mit dem Vorjahr ist im Berichtsjahr 2014 festzustellen, dass in den alten Ländern die Zahl der Bewerber/-innen aus früheren Schulentlassjahrgängen um 2,0% anstieg, während sie in den neuen Ländern um 3,2% sank. In den alten Ländern nahm dabei ausschließlich die Zahl der Bewerber/-innen zu, die bereits mindestens 2 Jahre zuvor von der Schule abgegangen waren. In den neuen Ländern war sowohl die Zahl der Bewerber/-innen, die die Schule ein Jahr zuvor beendet hatten, rückläufig als auch die Zahl derjenigen mit Schulabgang vor 2 Jahren oder früher.

Im Berichtsjahr 2014 waren von den Bewerbern und Bewerberinnen aus früheren Schulentlassjahrgängen insgesamt 56,0% männlich und 44,0% weiblich. Die Verteilung nach Geschlecht unterschied sich damit kaum von den Bewerbern und Bewerberinnen, die die Schule im aktuellen Berichtsjahr beendet hatten (57,0% vs. 43,0%) → [Tabelle A1.3-7](#). Anders als in den alten Ländern war in den neuen Ländern allerdings der Anteil der Frauen unter den Bewerbern und Bewerberinnen mit Schulabgang in früheren Jahren mit 44,7% etwas höher als unter denjenigen mit Schulabgang im Berichtsjahr 2014 (41,7%) → [Tabellen A1.3-8 und A1.3-9](#).

Insgesamt verfügten Bewerber/-innen aus früheren Schulentlassjahren im Vergleich zu denjenigen mit aktuellem Schulabgang deutlich seltener über einen mittleren Schulabschluss (35,4% vs. 47,6%) oder die (Fach-) Hochschulreife (17,9% vs. 30,4%), dagegen wiesen sie wesentlich häufiger einen Hauptschulabschluss (36,2%

Tabelle A1.3-6: Bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldete Bewerber/-innen, die die Schule bereits vor dem Berichtsjahr verlassen haben, in den Berichtsjahren 2014 und 2013

Region/Schulabgangsjahr der Bewerber/-innen		Berichtsjahr 2014 ¹	Berichtsjahr 2013 ¹	Veränderung 2014 zu 2013	
				absolut	in %
Bundesgebiet					
gemeldete Bewerber/-innen insgesamt ²	absolut	559.431	561.168	-1.737	-0,3
<i>darunter:</i>					
Schulabgang vor dem Berichtsjahr ³	absolut	235.268	231.400	3.868	1,7
	in % von insgesamt	42,1	41,2		
<i>davon:</i>					
Schulabgang im Vorjahr	absolut	95.331	95.792	-461	-0,5
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr“	40,5	41,4		
Schulabgang im Vorvorjahr oder früher	absolut	139.937	135.608	4.329	3,2
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr“	59,5	58,6		
Alte Länder					
gemeldete Bewerber/-innen insgesamt ²		466.202	468.759	-2.557	-0,5
<i>darunter:</i>					
Schulabgang vor dem Berichtsjahr ³	absolut	188.655	184.948	3.707	2,0
	in % von insgesamt	40,5	39,5		
<i>davon:</i>					
Schulabgang im Vorjahr	absolut	80.022	80.197	-175	-0,2
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr“	42,4	43,4		
Schulabgang im Vorvorjahr oder früher	absolut	108.633	104.751	3.882	3,7
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr“	57,6	56,6		
Neue Länder					
gemeldete Bewerber/-innen insgesamt ²		90.164	91.098	-934	-1,0
<i>darunter:</i>					
Schulabgang vor dem Berichtsjahr ³	absolut	44.307	45.753	-1.446	-3,2
	in % von insgesamt	49,1	50,2		
<i>davon:</i>					
Schulabgang im Vorjahr	absolut	15.025	15.475	-450	-2,9
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr“	33,9	33,8		
Schulabgang im Vorvorjahr oder früher	absolut	29.282	30.278	-996	-3,3
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr“	66,1	66,2		

¹ Jeweils Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.

² Die Summe der für alte und neue Länder ausgewiesenen Bewerberzahlen ist jeweils etwas geringer als die Gesamtangabe für das Bundesgebiet, was auf nicht zuordenbare Fälle zurückzuführen ist.

³ Im Berichtsjahr 2014 war für insgesamt 3.408 Bewerber/-innen (alte Länder: 2.450, neue Länder: 482) keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden, im Berichtsjahr 2013 für insgesamt 3.649 Bewerber/-innen (alte Länder: 2.688, neue Länder: 559).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

vs. 21,3%) auf oder hatten keinen Hauptschulabschluss erreicht (2,6% vs. 0,7%) → **Tabelle A1.3-7**. Besonders oft besaßen Bewerber/-innen, die die Schule bereits 2 Jahre zuvor oder früher beendet hatten, maximal einen Hauptschulabschluss (45,0%). Dabei ist zu berücksichtigen, dass für insgesamt 7,9% der Bewerber/-innen aus vorangegangenen Schulabgangsjahren keine Angaben zum Schulabschluss vorlagen, während für diejenigen, die im aktuellen

Berichtsjahr die Schule beendet hatten, nahezu vollständige Informationen hierzu vorhanden waren. Bewerber/-innen aus früheren Schulentlassjahren wiesen sowohl in den alten Ländern als auch in den neuen Ländern wesentlich häufiger maximal einen Hauptschulabschluss auf (alte Länder: 38,6%, neue Länder: 40,9%) als diejenigen mit aktuellem Schulabgang (alte Länder: 22,2%, neue Länder: 21,0%) → **Tabellen A1.3-8 und Tabelle A1.3-9**.

E Gemeldete Ausbildungsstellenbewerber/-innen, die die Schule vor dem Berichtsjahr verlassen haben

In der Ausbildungsmarktstatistik der BA werden die Bewerber/-innen um Berufsausbildungsstellen nach dem Schulabgangsjahr differenziert. Es werden folgende Gruppen unterschieden:

- ▶ Bewerber/-innen mit Schulabgang im Berichtsjahr,
- ▶ Bewerber/-innen mit Schulabgang im Vorjahr,
- ▶ Bewerber/-innen mit Schulabgang in früheren Jahren.

Das Schulabgangsjahr bezieht sich dabei nicht nur auf die allgemeinbildende Schule, sondern es werden auch im Anschluss an die allgemeinbildende Schule besuchte berufliche Schulen berücksichtigt. Für das Schulabgangsjahr zählt also die zuletzt beendete allgemeinbildende oder berufliche Schule.

Bei den Bewerbern und Bewerberinnen mit Schulabgang vor dem Berichtsjahr handelt es sich somit um Personen, die im Laufe des aktuellen Berichtszeitraums keine Schule mehr besuchten, sondern an einer berufsvorbereitenden Maßnahme der BA teilnahmen, eine Einstiegsqualifizierung oder ein sonstiges Betriebspraktikum absolvierten, einen gemeinnützigen bzw. sozialen Dienst leisteten, einen Ausbildungswechsel anstrebten, einer Erwerbstätigkeit nachgingen, auf Arbeits- bzw. Ausbildungssuche waren oder aus privaten Gründen zu Hause blieben. Sie sind in der Vergangenheit häufig als „Altbewerber/-innen“ bezeichnet worden, obwohl unbekannt ist, ob sie sich in den Vorjahren tatsächlich einmal um eine Ausbildungsstelle beworben haben oder nicht. In dieser Bewerbergruppe dürfte sich daher ein mehr oder weniger großer Anteil von Jugendlichen befinden, die vor dem aktuellen Berichtsjahr überhaupt noch keine Berufsausbildung angestrebt und sich daher früher auch noch nie beworben haben. Umgekehrt werden nach dieser Definition aber auch Jugendliche, die nach erfolglosen Bewerbungen um eine Berufsausbildungsstelle z. B. teilqualifizierende schulische Bildungsgänge absolvierten, als aktuelle Schulabgänger/-innen eingestuft und nicht als Altbewerber/-innen.

Aus diesem Grund enthält die BA-Statistik inzwischen auch Angaben über die Bewerber/-innen für Berufsausbildungsstellen, die nicht nur im aktuellen Berichtsjahr, sondern bereits auch in einem früheren Berichtsjahr mit Unterstützung einer Arbeitsagentur oder eines Jobcenters

eine Ausbildungsstelle gesucht haben (vgl. Gehricke/Kahler/Kohlmann 2010). Für das Berichtsjahr 2014 wurden die Zahlen der aktuellen Bewerber/-innen veröffentlicht, die auch in mindestens einem der vorangegangenen 5 Berichtsjahre bei einer Arbeitsagentur oder einem Jobcenter als Bewerber/-innen registriert waren, sowie derjenigen, die vor 1 oder 2 Jahren bereits einmal gemeldet waren (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2014d). Aus diesen Angaben geht allerdings nicht genau hervor, wann die betreffenden Jugendlichen *erstmal*s Bewerber/-innen waren.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung definiert die Personengruppe der Altbewerber/-innen anders, und zwar wie folgt: Im Rahmen von Stichprobenerhebungen, wie der regelmäßig durchgeführten BA/BIBB-Bewerberbefragung, werden als Altbewerber/-innen diejenigen Personen bezeichnet, die sich tatsächlich bereits einmal für einen früheren Ausbildungsbeginn als im jeweils aktuellen Ausbildungsjahr um eine Ausbildungsstelle beworben haben (vgl. Kapitel A3.1). Erfasst wird dabei das Jahr, für welches sich die Jugendlichen nach eigener Angabe *erstmal*s um eine Ausbildungsstelle bemühten. Dabei spielt weder ihr Schulabgangsjahr eine Rolle noch die Frage, ob sie früher bereits einmal bei einer Arbeitsagentur oder einem Jobcenter als Bewerber/-in gemeldet waren. Diese Definition hat den Vorteil, Aufschluss über die Gesamtdauer der bisherigen Such- und Bewerbungsprozesse der Jugendlichen zu geben.

Auch hinsichtlich des Verbleibs der Bewerber/-innen gab es im Berichtsjahr 2014 erhebliche Unterschiede, je nachdem, wie lange der letzte Schulbesuch zurücklag: So befanden sich insgesamt 38,0% der Bewerber/-innen, die in früheren Jahren die Schule verlassen hatten, in einer ungeforderten Berufsausbildung, von denjenigen mit einem Schulabgang im aktuellen Jahr dagegen 49,1% → **Tabelle A1.3-7**. Lag das Schulende erst ein Jahr zurück, so kam ein Verbleib in ungeforderter Berufsausbildung allerdings mit 50,0% nicht seltener vor als bei einem Schulabgang im aktuellen Berichtsjahr. Wurde die Schule jedoch bereits vor 2 oder mehr Jahren beendet, ging der Anteil der in ungeforderter Ausbildung verbliebenen Bewerber/-innen stark zurück auf 29,9%. Für die Bewerber/-innen aus früheren Schulentlassjahrgängen gab es eine starke Kompensation durch die geförderte Berufsausbildung: 12,7% befanden sich am Ende des Berichtsjahres 2014 in einem solchen Ausbildungsver-

Tabelle A1.3-7: **Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2014¹ bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – Bundesgebiet**

Merkmale der Bewerber/-innen	Insgesamt		Schulabgangsjahr ²							
			Schulabgang im Berichtsjahr		Schulabgang vor dem Berichtsjahr		darunter:			
							Schulabgang im Vorjahr		Schulabgang im Vorvorjahr oder noch früher	
absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
Geschlecht										
männlich	316.628	56,6	182.959	57,0	131.728	56,0	52.719	55,3	79.009	56,5
weiblich	242.803	43,4	137.796	43,0	103.540	44,0	42.612	44,7	60.928	43,5
Schulabschluss										
ohne Hauptschulabschluss	8.576	1,5	2.112	0,7	6.012	2,6	2.096	2,2	3.916	2,8
Hauptschulabschluss	154.313	27,6	68.418	21,3	85.109	36,2	25.998	27,3	59.111	42,2
Realschulabschluss	236.566	42,3	152.789	47,6	83.369	35,4	32.797	34,4	50.572	36,1
Fachhochschulreife	72.364	12,9	51.179	16,0	21.125	9,0	12.069	12,7	9.056	6,5
allgemeine Hochschulreife	67.317	12,0	46.202	14,4	21.037	8,9	13.104	13,7	7.933	5,7
keine Angabe	20.295	3,6	55	0,0	18.616	7,9	9.267	9,7	9.349	6,7
Art des Verbleibs										
Schule/Studium/Praktikum	95.696	17,1	90.676	28,3	4.876	2,1	3.000	3,1	1.876	1,3
Berufsausbildung	284.371	50,8	164.057	51,1	119.310	50,7	57.939	60,8	61.371	43,9
<i>davon:</i>										
<i>Berufsausbildung ungefördert</i>	247.768	44,3	157.518	49,1	89.408	38,0	47.626	50,0	41.782	29,9
<i>Berufsausbildung gefördert</i>	36.603	6,5	6.539	2,0	29.902	12,7	10.313	10,8	19.589	14,0
Erwerbstätigkeit	29.897	5,3	5.572	1,7	23.901	10,2	5.609	5,9	18.292	13,1
gemeinnützige/soziale Dienste	10.646	1,9	7.677	2,4	2.961	1,3	1.959	2,1	1.002	0,7
Fördermaßnahmen	19.847	3,5	11.787	3,7	7.966	3,4	3.254	3,4	4.712	3,4
ohne Angabe eines Verbleibs	118.974	21,3	40.986	12,8	76.254	32,4	23.570	24,7	52.684	37,6
Insgesamt	559.431	100,0	320.755	100,0	235.268	100,0	95.331	100,0	139.937	100,0

¹ Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.

² Im Berichtsjahr 2014 war für insgesamt 3.408 Bewerber/-innen keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

hältnis, gegenüber 2,0% derjenigen mit aktuellem Schulabgang. Damit war der Anteil der Bewerber/-innen, die insgesamt in einer (geförderten oder ungeförderten) Berufsausbildung verblieben, bei Schulbeendigung in früheren Jahren mit 50,7% nahezu ebenso hoch wie bei denjenigen, die die Schule im aktuellen Jahr verließen (51,1%). Besonders häufig war ein Verbleib in (geförderter oder ungeförderter) Berufsausbildung festzustellen, wenn die Schule vor einem Jahr beendet worden war (60,8%), während dies bei einem 2 oder mehr Jahre

zurückliegenden Schulbesuch weit seltener vorkam (43,9%).

Zwischen alten und neuen Ländern waren im Hinblick auf den Verbleib der Bewerber/-innen relativ starke Abweichungen zu verzeichnen: In den alten Ländern befanden sich am Ende des Berichtsjahres 2014 insgesamt 51,2% der Bewerber/-innen mit Schulabgang in früheren Jahren in einer (geförderten oder ungeförderten) Berufsausbildung, bei denjenigen aus dem aktuellen Schulentlass-

Tabelle A1.3-8: **Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2014¹ bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – alte Länder**

Merkmale der Bewerber/-innen	Insgesamt		Schulabgangsjahr ²							
			Schulabgang im Berichtsjahr		Schulabgang vor dem Berichtsjahr		darunter:			
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	Schulabgang im Vorjahr	Schulabgang im Vorvorjahr oder noch früher
Geschlecht										
männlich	263.337	56,5	156.338	56,8	105.689	56,0	44.124	55,1	61.565	56,7
weiblich	202.865	43,5	118.759	43,2	82.966	44,0	35.898	44,9	47.068	43,3
Schulabschluss										
ohne Hauptschulabschluss	6.185	1,3	1.607	0,6	4.186	2,2	1.445	1,8	2.741	2,5
Hauptschulabschluss	128.767	27,6	59.370	21,6	68.717	36,4	21.450	26,8	47.267	43,5
Realschulabschluss	195.300	41,9	128.792	46,8	66.186	35,1	27.803	34,7	38.383	35,3
Fachhochschulreife	66.173	14,2	47.317	17,2	18.798	10,0	10.955	13,7	7.843	7,2
allgemeine Hochschulreife	54.037	11,6	37.970	13,8	15.998	8,5	10.653	13,3	5.345	4,9
keine Angabe	15.740	3,4	41	0,0	14.770	7,8	7.716	9,6	7.054	6,5
Art des Verbleibs										
Schule/Studium/Praktikum	85.814	18,4	81.662	29,7	4.034	2,1	2.561	3,2	1.457	1,3
Berufsausbildung	233.313	50,0	136.085	49,5	96.527	51,2	48.325	60,4	48.202	44,4
davon:										
<i>Berufsausbildung ungefördert</i>	204.653	43,9	131.125	47,7	72.971	38,7	40.312	50,4	32.659	30,1
<i>Berufsausbildung gefördert</i>	28.660	6,1	4.960	1,8	23.556	12,5	8.013	10,0	15.543	14,3
Erwerbstätigkeit	25.328	5,4	5.074	1,8	19.910	10,6	4.975	6,2	14.932	13,7
gemeinnützige/soziale Dienste	8.847	1,9	6.327	2,3	2.520	1,3	1.692	2,1	796	0,7
Fördermaßnahmen	17.477	3,7	10.713	3,9	6.687	3,5	2.926	3,7	3.761	3,5
ohne Angabe eines Verbleibs	95.414	20,5	35.236	12,8	58.975	31,3	19.531	24,4	39.444	36,3
Insgesamt³	466.202	100,0	275.097	100,0	188.655	100,0	80.022	100,0	108.633	100,0

¹ Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.

² Im Berichtsjahr 2014 war für insgesamt 2.450 Bewerber/-innen keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden.

³ Abweichungen der Gesamtzahlen gegenüber den Summen der Einzelwerte sind auf nicht zuordenbare Angaben zurückzuführen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

jahrgang fiel der Anteil mit 49,5% etwas niedriger aus. In den neuen Ländern, in denen die Vermittlungsquote in Berufsausbildung im Vergleich zu den alten Ländern insgesamt höher lag, war dies anders: Bewerber/-innen, die die Schule in vorherigen Berichtsjahren beendet hatten, verblieben mit 49,2% weit seltener in Berufsausbildung als diejenigen mit Schulabgang im aktuellen Jahr mit 61,4% → [Tabellen A1.3-8 und A1.3-9](#).

Insgesamt lagen den Arbeitsagenturen und Jobcentern von den Bewerbern und Bewerberinnen, die die Schule

bereits in früheren Jahren verlassen hatten, mit 32,4% wesentlich häufiger keine Informationen zum Verbleib vor als von denjenigen mit aktuellem Schulabgang (12,8%). Der Anteil der offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen betrug 24,7%, wenn die Schule ein Jahr zuvor beendet worden war. Lag der Schulabgang schon 2 Jahre oder länger zurück, stieg dieser Anteil sogar auf 37,6% an. Dies deutet darauf hin, dass die Neigung der Bewerber/-innen, sich nicht mehr bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern zurückzumelden, mit der Dauer der (erfolgslosen) Ausbildungsplatzsuche erheblich zunimmt.

Tabelle A1.3-9: **Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2014¹ bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – neue Länder**

Merkmale der Bewerber/-innen	Insgesamt		Schulabgangsjahr ²							
			Schulabgang im Berichtsjahr		Schulabgang vor dem Berichtsjahr		darunter:			
							Schulabgang im Vorjahr		Schulabgang im Vorvorjahr oder noch früher	
absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
Geschlecht										
männlich	51.219	56,8	26.449	58,3	24.500	55,3	8.431	56,1	16.069	54,9
weiblich	38.945	43,2	18.926	41,7	19.807	44,7	6.594	43,9	13.213	45,1
Schulabschluss										
ohne Hauptschulabschluss	2.391	2,7	505	1,1	1.826	4,1	651	4,3	1.175	4,0
Hauptschulabschluss	25.440	28,2	9.022	19,9	16.312	36,8	4.542	30,2	11.770	40,2
Realschulabschluss	40.198	44,6	23.947	52,8	16.165	36,5	4.913	32,7	11.252	38,4
Fachhochschulreife	5.938	6,6	3.822	8,4	2.114	4,8	1.083	7,2	1.031	3,5
allgemeine Hochschulreife	12.168	13,5	8.070	17,8	4.089	9,2	2.298	15,3	1.791	6,1
keine Angabe	4.029	4,5	9	0,0	3.801	8,6	1.538	10,2	2.263	7,7
Art des Verbleibs										
Schule/Studium/Praktikum	9.795	10,9	8.959	19,7	811	1,8	431	2,9	365	1,2
Berufsausbildung	49.799	55,2	27.850	61,4	21.801	49,2	9.479	63,1	12.322	42,1
davon:										
Berufsausbildung ungefördert	41.861	46,4	26.277	57,9	15.459	34,9	7.180	47,8	8.279	28,3
Berufsausbildung gefördert	7.938	8,8	1.573	3,5	6.342	14,3	2.299	15,3	4.043	13,8
Erwerbstätigkeit	4.394	4,9	482	1,1	3.857	8,7	616	4,1	3.239	11,1
gemeinnützige/soziale Dienste	1.789	2,0	1.350	3,0	434	1,0	249	1,7	160	0,5
Fördermaßnahmen	2.361	2,6	1.067	2,4	1.272	2,9	319	2,1	945	3,2
ohne Angabe eines Verbleibs	22.026	24,4	5.654	12,5	16.123	36,4	3.907	26,0	12.216	41,7
Insgesamt³	90.164	100,0	45.375	100,0	44.307	100,0	15.025	100,0	29.282	100,0

¹ Jeweils Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.

² Im Berichtsjahr 2014 war für insgesamt 482 Bewerber/-innen keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden.

³ Abweichungen der Gesamtzahlen gegenüber den Summen der Einzelwerte sind auf nicht zuordenbare Angaben zurückzuführen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

An dieser Stelle soll auch kurz auf die Ergebnisse eingegangen werden, die die BA-Ausbildungsmarktstatistik zusätzlich über die Bewerber/-innen ausweist, die nicht nur im aktuellen Berichtsjahr, sondern bereits auch in einem früheren Berichtsjahr mit Unterstützung einer Arbeitsagentur oder eines Jobcenters eine Ausbildungsstelle gesucht hatten **E**. Von den insgesamt 559.431 Bewerbern und Bewerberinnen des Berichtsjahrs 2014 waren demnach 186.658 auch in mindestens einem der letzten 5 Berichtsjahre als Ausbildungsstellenbewerber/-in registriert gewesen, dies entsprach einem Anteil

von 33,4%.¹⁵ In den alten und neuen Ländern wichen die entsprechenden relativen Anteile kaum voneinander ab. Insgesamt 172.779 bzw. 30,9% waren bereits in einem der beiden vorangegangenen Berichtsjahre als Bewerber/-in gemeldet gewesen. Der Anteil war in den alten Ländern mit 31,2% etwas höher als in den neuen Ländern mit 29,8%.

¹⁵ Für die Anfang 2012 in ausschließlich kommunale Trägerschaft übergegangenen Jobcenter konnte die Zahl der Bewerber/-innen aus vorherigen Berichtsjahren von der BA nicht ermittelt werden.

Unbesetzte Berufsausbildungsstellen und unvermittelte Bewerber/-innen am Ende des Berichtsjahres

In die Bilanz des Ausbildungsstellenmarktes gehen auf der Angebotsseite die am Ende des Berichtsjahres (Stichtag 30. September) bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten noch unbesetzten Ausbildungsstellen ein und auf der Nachfrageseite die zu diesem Zeitpunkt gemeldeten noch unvermittelten Bewerber/-innen **E**. Diesen Größen wird jeweils die Zahl der vom 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge hinzugerechnet und so das Gesamtstellenangebot bzw. die Gesamtnachfrage nach Ausbildungsstellen ermittelt (vgl. Kapitel A1.1).

E Unbesetzte Berufsausbildungsstellen und unvermittelte Bewerber/-innen zum 30. September

Als **unbesetzte Berufsausbildungsstellen** zählen alle bei den Arbeitsagenturen bzw. Jobcentern zur Vermittlung im Berichtsjahr gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen, die im Verlauf des Berichtsjahres nicht zurückgezogen wurden und die am Stichtag 30. September noch nicht besetzt waren.

Bei den **unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen um Berufsausbildungsstellen** handelt es sich um die bei den Arbeitsagenturen bzw. Jobcentern im Berichtsjahr gemeldeten Bewerber/-innen, die am Stichtag 30. September entweder offiziell unversorgt waren (d.h. weder in eine Berufsausbildung noch in eine Alternative gemündet waren) oder die in einer Alternative verblieben waren, aber weiterhin in eine Berufsausbildung vermittelt werden wollten. Für beide Gruppen lief der Vermittlungsauftrag auch nach Ende des Berichtsjahres weiter.

Am 30. September 2014 waren von den insgesamt 511.613 im Berichtsjahr zur Vermittlung gemeldeten Ausbildungsstellen 37.101 Stellen bzw. 7,3% unbesetzt geblieben und somit ein etwas höherer Anteil als im Vorjahr (6,7%) → **Tabelle A1.3-10**. In den neuen Ländern fiel der relative Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen 2014 mit 7,9% etwas höher aus als in den alten Ländern mit 7,1%. Allerdings gab es erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern: Die höchsten Anteile unbesetzter Stellen waren in Brandenburg (10,8%), Bayern (10,5%) und Mecklenburg-Vorpommern (10,4%)

zu verzeichnen, die niedrigsten Anteile dagegen in Bremen (4,1%), Berlin (4,5%), Hamburg (5,0%) und Nordrhein-Westfalen (5,0%).

Von den insgesamt 559.431 im Berichtsjahr 2014 gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen waren 81.188 am 30. September noch unvermittelt, d. h., für sie liefen die Vermittlungsbemühungen weiter. Der Anteil unvermittelter Bewerber/-innen fiel mit 14,5% etwas geringer aus als im Vorjahr (14,9%). In den alten Ländern blieben Bewerber/-innen mit 15,3% deutlich häufiger unvermittelt als in den neuen Ländern mit 10,4%. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern waren jedoch auch hier beträchtlich: Der mit Abstand höchste Anteil unvermittelter Bewerber/-innen war in Hamburg mit 29,5% festzustellen,¹⁶ gefolgt von Schleswig-Holstein (19,6%) und Bremen (18,7%), während die niedrigsten Anteile in Thüringen (7,5%), Sachsen-Anhalt (8,9%) und Bayern (9,5%) registriert wurden.

Werden die unbesetzten Ausbildungsstellen zu den noch unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen in Relation gesetzt, so wird erkennbar, inwieweit zumindest rein rechnerisch eine Versorgung der unvermittelten Bewerber/-innen möglich gewesen wäre. Im Berichtsjahr 2014 war dabei ein deutliches Defizit an Stellenangeboten festzustellen: Die betreffende Stellen-Bewerber-Relation betrug insgesamt 0,46, was bedeutet, dass nur knapp 1 unbesetzte Ausbildungsstelle auf je 2 unvermittelte Bewerber/-innen entfiel. Die Relation hat sich gegenüber dem Vorjahr (0,40) nur wenig verbessert. In den alten Ländern fiel das Verhältnis von unbesetzten Ausbildungsstellen zu unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen im Berichtsjahr 2014 mit 0,42 deutlich ungünstiger aus als in den neuen Ländern mit 0,71. Auch in dieser Stellen-Bewerber-Relation traten erhebliche Abweichungen zwischen den einzelnen Bundesländern auf: Die günstigsten Werte zeigten sich in Thüringen (1,44), Bayern (1,31) und Mecklenburg-Vorpommern (1,15), hier gab es für jeden unvermittelten Bewerber bzw. jede unver-

¹⁶ Dieser sehr hohe Anteil unvermittelter Bewerber/-innen hängt wahrscheinlich auch damit zusammen, dass in Hamburg ein integriertes Beratungs- und Vermittlungskonzept für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen umgesetzt wurde, bei dem Agentur für Arbeit, Jobcenter, Schulbehörde sowie Bezirksverwaltung (zuständig für die Jugendhilfe) intensiv kooperieren (Jugendberufsagentur nach dem Hamburger Modell). Unter anderem wurde dabei ein einheitliches elektronisches Übergangsmanagement eingeführt, das die Lage und den Verbleib der Jugendlichen statistisch besser erfasst (Deutscher Gewerkschaftsbund [DGB] 2014).

Tabelle A1.3-10: Bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldete unbesetzte Ausbildungsstellen und unvermittelte Bewerber/-innen in den Berichtsjahren 2014 und 2013¹ nach Ländern

Bundesland	Gemeldete Ausbildungsstellen ²						Gemeldete Bewerber/-innen						Relation unbesetzte Ausbildungsplätze zu unvermittelten Bewerber/-innen				
	insgesamt			unbesetzte Ausbildungsstellen			Anteil der unbesetzten Ausbildungsstellen an allen gemeldeten Ausbildungsstellen in %			insgesamt			unvermittelte Bewerber/-innen (unversorgte Bewerber/-innen sowie Bewerber/-innen mit alternativem Verbleib und weiterlaufendem Vermittlungsauftrag)			Anteil der unvermittelten Bewerber/-innen an allen gemeldeten Bewerber/-innen in %	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	
Baden-Württemberg	72.635	72.439	5.903	4.919	8,1	6,8	65.424	66.109	8.803	8.905	13,5	13,5	0,67	0,55			
Bayern	96.244	96.131	10.130	9.259	10,5	9,6	80.866	81.075	7.722	7.742	9,5	9,5	1,31	1,20			
Berlin	14.416	14.668	643	685	4,5	4,7	20.913	22.093	2.406	2.404	11,5	10,9	0,27	0,28			
Brandenburg	12.168	11.903	1.310	1.073	10,8	9,0	13.520	14.340	1.480	1.768	10,9	12,3	0,89	0,61			
Bremen	4.941	5.107	203	262	4,1	5,1	4.566	4.765	855	895	18,7	18,6	0,24	0,30			
Hamburg	9.698	10.936	483	669	5,0	6,1	9.221	8.446	2.720	2.423	29,5	28,7	0,18	0,28			
Hessen	33.733	33.787	2.138	2.040	6,3	6,0	44.689	44.938	7.010	7.563	15,7	16,8	0,30	0,27			
Mecklenburg-Vorpommern	12.066	11.627	1.251	1.277	10,4	11,0	8.980	8.839	1.089	858	12,1	9,7	1,15	1,49			
Niedersachsen	53.941	53.085	3.169	2.353	5,9	4,4	64.991	64.934	11.458	12.601	17,6	19,4	0,28	0,19			
Nordrhein-Westfalen	104.865	101.958	5.286	5.457	5,0	5,4	141.694	143.958	23.848	24.487	16,8	17,0	0,22	0,22			
Rheinland-Pfalz	26.206	25.265	1.477	1.293	5,6	5,1	29.054	29.274	4.293	4.425	14,8	15,1	0,34	0,29			
Saarland	6.483	6.170	492	327	7,6	5,3	6.022	6.284	1.002	957	16,6	15,2	0,49	0,34			
Sachsen	20.125	20.236	1.541	1.369	7,7	6,8	22.096	21.150	2.327	2.340	10,5	11,1	0,66	0,59			
Sachsen-Anhalt	12.508	12.980	684	594	5,5	4,6	13.375	13.336	1.192	1.299	8,9	9,7	0,57	0,46			
Schleswig-Holstein	18.095	17.457	1.080	860	6,0	4,9	19.675	18.976	3.849	3.649	19,6	19,2	0,28	0,24			
Thüringen	13.272	13.313	1.228	1.229	9,3	9,2	11.280	11.340	851	964	7,5	8,5	1,44	1,27			
Alte Länder³	426.841	422.335	30.361	27.439	7,1	6,5	466.202	468.759	71.560	73.637	15,3	15,7	0,42	0,37			
Neue Länder³	84.555	84.727	6.657	6.227	7,9	7,3	90.164	91.098	9.345	9.633	10,4	10,6	0,71	0,65			
Bundesgebiet³	511.613	507.263	37.101	33.738	7,3	6,7	559.431	561.168	81.188	83.564	14,5	14,9	0,46	0,40			

¹ Jeweils Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.

² Ohne bei den Jobcentern der zugelassenen kommunalen Träger (Ic zkt) gemeldete Stellen. Einschließlich der Stellen aus dem automatisierten BA-Kooperationsverfahren.

³ Die Summen der für einzelne Länder ausgewiesenen Zahlen sind wegen nicht zurechenbarer Fälle jeweils etwas geringer als die Gesamtangaben.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A1.3-11: Bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldete unbesetzte Ausbildungsstellen und unvermittelte Bewerber/-innen in den Berichtsjahren 2009 und 2014¹ nach Ländern

Region/ Berichtsjahr	Gemeldete Ausbildungsstellen ²			Gemeldete Bewerber/-innen			Relation unbesetzte Ausbildungsplätze zu unvermittelten Bewerber/-innen
	insgesamt	unbesetzte Ausbildungsstellen	Anteil der unbesetzten Ausbildungsstellen an allen gemeldeten Ausbildungsstellen in %	insgesamt	unvermittelte Bewerber/-innen (unversorgte Bewerber/-innen sowie Bewerber/-innen mit alternativem Verbleib und weiterlaufendem Vermittlungsauftrag)	Anteil der unvermittelten Bewerber/-innen an allen gemeldeten Bewerber/ Bewerberinnen in %	
Bundesgebiet³							
2009	475.392	17.255	3,6	561.673	88.540	15,8	0,19
2010	483.540	19.605	4,1	558.486	80.371	14,4	0,24
2011	519.554	29.689	5,7	545.908	72.319	13,2	0,41
2012	517.102	33.274	6,4	561.783	75.984	13,5	0,44
2013	507.263	33.738	6,7	561.168	83.564	14,9	0,40
2014	511.613	37.101	7,3	559.431	81.188	14,5	0,46
Alte Länder							
2009	380.933	14.481	3,8	451.279	77.868	17,3	0,19
2010	394.490	15.828	4,0	462.243	70.979	15,4	0,22
2011	424.674	24.381	5,7	454.426	63.922	14,1	0,38
2012	428.609	26.989	6,3	468.661	65.452	14,0	0,41
2013	422.335	27.439	6,5	468.759	73.637	15,7	0,37
2014	426.841	30.361	7,1	466.202	71.560	15,3	0,42
Neue Länder							
2009	93.645	2.644	2,8	110.235	10.656	9,7	0,25
2010	88.608	3.662	4,1	96.072	9.374	9,8	0,39
2011	94.412	5.175	5,5	91.311	8.380	9,2	0,62
2012	88.110	6.163	7,0	92.914	10.510	11,3	0,59
2013	84.727	6.227	7,3	91.098	9.633	10,6	0,65
2014	84.555	6.657	7,9	90.164	9.345	10,4	0,71

¹ Jeweils Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.

² Ohne bei den Jobcentern der zugelassenen kommunalen Träger (Jc zkt) gemeldete Stellen. Ab dem Berichtsjahr 2013 einschließlich der Stellen aus dem automatisierten BA-Kooperationsverfahren.

³ Die Summen der für einzelne Länder ausgewiesenen Zahlen sind wegen nicht zuordenbarer Fälle jeweils etwas geringer als die Gesamtangaben.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

mittelte Bewerberin rechnerisch jeweils mindestens eine unbesetzte Ausbildungsstelle. Am ungünstigsten war die Relation in Hamburg (0,18), Nordrhein-Westfalen (0,22) und Bremen (0,24), wo einer unbesetzten Stelle 4 bis 5 unvermittelte Bewerber/-innen gegenüberstanden.

Wird die längerfristige Entwicklung von 2009 bis 2014 betrachtet, so ist festzustellen, dass sich der Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen an allen gemeldeten Ausbildungsstellen in diesem Zeitraum insgesamt verdoppelt hat, und zwar von 3,6% auf 7,3% → **Tabelle A1.3-11**. Während der Anstieg in den alten Ländern etwas schwächer war (von 3,8% auf 7,1%), verlief er in den neuen Ländern noch deutlich stärker (von 2,8% auf 7,9%). Der Anteil unvermittelter Bewerber/-innen an allen gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen veränderte sich dagegen insgesamt nur relativ wenig: Von 15,8% im Jahr 2009 sank er 2011 auf 13,2% und lag 2014 bei 14,5%. Dabei fiel der Anteil in den alten Ländern allerdings immer deutlich höher aus als in den neuen Ländern. Das Verhältnis von unbesetzten Ausbildungsstellen zu unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen verbesserte sich von 2009 bis 2014 insgesamt deutlich. Die Relation stieg von 0,19 auf 0,46, wobei sie sich in den neuen Ländern noch wesentlich stärker erhöhte als in den alten Ländern.

Zusammenfassung

Im Berichtsjahr 2014 wurden über die Arbeitsagenturen und Jobcenter 511.613 Ausbildungsstellen zur Vermittlung angeboten, und 559.431 Jugendliche waren als Ausbildungsstellenbewerber/-innen registriert. Die Zahl der gemeldeten Stellen hatte sich damit gegenüber dem vorangegangenen Berichtsjahr nur wenig erhöht, und die Bewerberzahl befand sich nahezu auf dem Vorjahresniveau.

Weniger als die Hälfte der Bewerber/-innen (49%) mündete im Berichtsjahr 2014 in eine Berufsausbildung ein. Ein Fünftel verblieb in einer Alternative und wünschte zunächst keine weiteren Vermittlungsbemühungen mehr. Weitere 11% der Bewerber/-innen befanden sich am Ende des Berichtsjahres ebenfalls in einer Alternative, allerdings hielten sie ihren Wunsch nach Vermittlung in eine Berufsausbildung weiterhin aufrecht. Knapp 4% der Bewerber/-innen hatten weder eine Berufsausbildung noch eine Alternative begonnen, sie galten daher offiziell

als unversorgt. Von immerhin 18% der Bewerber/-innen lagen keine Angaben zum Verbleib vor, sie hatten sich bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern nicht mehr zurückgemeldet, weshalb für sie die Vermittlungsbemühungen eingestellt wurden.

Der Anteil der Bewerber/-innen, die die Schule vor dem aktuellen Berichtsjahr verlassen hatten, nahm mit 42% leicht zu. Der Anteil fiel in den neuen Ländern mit 49% deutlich höher aus als in den alten Ländern mit 41%. Sehr ungünstig stellte sich die Lage der Bewerber/-innen dar, die die Schule bereits vor mindestens 2 Jahren beendet hatten, von ihnen befanden sich zum Ende des Berichtsjahres 2014 lediglich 44% in einer Berufsausbildung. Ihr Verbleib war zudem besonders oft unbekannt (38%), d. h., sie brachen überdurchschnittlich oft den Kontakt zur Arbeitsagentur oder dem Jobcenter ab und verzichteten so auf eine weitere institutionelle Unterstützung.

Am Ende des Berichtsjahres 2014 waren 81.188 der gemeldeten Bewerber/-innen noch unvermittelt, d. h., für sie liefen die Bemühungen um Vermittlung in eine Ausbildungsstelle weiter. Ihnen standen 37.101 noch unbesetzte Ausbildungsstellen gegenüber. Bereits rein rechnerisch reichte das Angebot somit bei Weitem nicht aus: Auf 2 unvermittelte Bewerber/-innen entfiel noch nicht einmal eine unbesetzte Ausbildungsstelle. Zudem waren die regionalen Unterschiede hinsichtlich des Verhältnisses von unbesetzten Stellen und unvermittelten Bewerbern beträchtlich.

(Ursula Beicht)

A1.4 Regionale Entwicklung der Berufsausbildung und Mobilität von Auszubildenden

A1.4.1 Regionale Entwicklung der Berufsausbildung

Die Versorgung von ausbildungsinteressierten Jugendlichen mit Ausbildungsstellen ist eines der dringlichsten Ziele der Berufsbildungspolitik. Die Herausforderung besteht darin, vor Ort Stellenbewerber/-innen und angebotene Ausbildungsplätze so zusammenzubringen, dass es nicht zu Stellenbesetzungsproblemen oder unversorgten Bewerbern/Bewerberinnen kommt. Immer wieder ist dabei auch von regionalen Passungsproblemen die Rede, das heißt, dass Angebot und Nachfrage innerhalb einzelner Regionen nicht zusammenpassen. Dies kann aus quantitativ unausgeglichenen Ausbildungsmärkten resultieren.¹⁷ Der Beitrag geht der Frage nach, in welchen Regionen es besonders häufig oder besonders selten zu Passungsproblemen in der betrieblichen Ausbildung kommt. Zum Ausbildungsmarkt wird auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage eingegangen. Anschließend werden zum Ausbildungsangebot und zur Ausbildungsnachfrage verschiedene Indikatoren zu den einzelnen Regionen genauer untersucht. Im Folgenden werden dazu die wichtigsten Unterschiede zwischen Regionen mit tendenziell ausgeglichenen, eher unausgeglichenen und sehr unausgeglichenen Ausbildungsmarkt vorgestellt.

Datengrundlage sind die Erhebung zum 30. September des Bundesinstituts für Berufsbildung¹⁸ und die Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum Stichtag 31. Dezember. Die Daten werden regional auf Ebene der 154 Arbeitsagenturbezirke **E** in Deutschland analysiert. Da es eine Umstellung der Gebiete der einzelnen Arbeitsagenturen bis 2012 gegeben hat, sind Vergleiche derzeit nur zwischen den Jahren 2014 und 2013 sinnvoll. Für den Unterschied zwischen den beiden Jahren ist im folgenden Text die prozentuale Veränderung zu einer Reihe von Indikatoren angegeben.

¹⁷ Weitere Gründe können berufliche oder regionale Mismatches sein oder Inkompatibilitäten zwischen den Ansprüchen, Anforderungen und Eigenschaften der Betriebe und der Jugendlichen (vgl. Matthes/Ulrich/Krekel/Walden 2014 unter: www.bibb.de/dokumente/pdf/a2_passungsprobleme-ausbildungsmarkt.pdf).

¹⁸ Vgl. www.bibb.de/de/2918.php.

E Regionale Differenzierung nach Arbeitsagenturbezirken

Zum 1. Januar 2013 hat die Bundesagentur für Arbeit die schrittweise vorgenommene Änderung ihrer Gebietsstruktur abgeschlossen. Mit dieser Restrukturierung ist der Zuschnitt der Arbeitsagenturbezirke an Kreisgrenzen ausgerichtet worden. Die Anzahl der Agenturbezirke hat sich dadurch von 176 auf 154 reduziert.

Ausbildungsmarkt

Der Ausbildungsmarkt wird, wie andere Märkte auch, durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Ausgangspunkt der hier dargestellten Ergebnisse ist die Charakterisierung der Ausbildungsstellenmärkte nach dem Verhältnis der betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relation entsprechend der sogenannten erweiterten Definition **E** (eANRbetr), bei der auf der Nachfrageseite auch unversorgte Bewerber/-innen mit Alternative berücksichtigt werden.¹⁹ Auf der Angebotsseite berücksichtigt sie nur betrieblich angebotene Ausbildungsstellen.

E Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation in der erweiterten Fassung

Die betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation bezieht sich beim Ausbildungsstellenangebot ausschließlich auf durch Betriebe angebotene Ausbildungsstellen. Dadurch bleiben die übrigen, überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsplätze unberücksichtigt.

In der erweiterten Fassung werden bei der Ausbildungsplatznachfrage auch Jugendliche berücksichtigt, die zwar in eine Alternative zur gewünschten Ausbildung gemündet sind, sich aber weiterhin an einem betrieblichen Ausbildungsplatz interessiert zeigen.

Demnach ergibt sich für Deutschland durchschnittlich ein eher unausgeglichenes Verhältnis von 89,2 – die Nachfrage übersteigt das Angebot: 100 nachfragenden Personen stehen 89,2 angebotene betriebliche Ausbildungsstellen gegenüber → **Tabelle A1.4.1-1** und → **Tabelle A1.4.1-2 Internet**. Die am wenigsten ausgeglichenen Verhältnisse ergeben sich für Recklinghausen (71,5), Hameln (75,3)

¹⁹ Erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation = Angebot an Ausbildungsstellen/(Nachfrage nach Ausbildungsstellen + unversorgte Bewerber mit Alternative) x 100

Tabelle A1.4.1-1: **Ausgewählte Indikatoren zur regionalen Ausbildungsstellenmarktsituation 2014 und Entwicklung gegenüber 2013**

Indikator	sehr unausgeglichen	eher unausgeglichen	(relativ) ausgeglichen	insgesamt
Ausbildungsmarkt				
Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation (erweiterte Definition) (eANRbetr)	81,5	88,5	98,3	89,2
Veränderung gegenüber 2013 in %	+0,5	+1,4	+1,4	+1,1
Angebots-Nachfrage-Relation (erweiterte Definition) (eANR)	85,7	92,9	101,8	93,5
Veränderung gegenüber 2013 in %	+0,5	+1,0	+1,2	+0,9
Angebots-Nachfrage-Relation (alte Definition) (ANR)	99,3	102,7	109,2	103,8
Veränderung gegenüber 2013 in %	+0,3	+1,0	+0,9	+0,7
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (NAA)	171.795	169.992	180.447	522.231
Veränderung gegenüber 2013 in %	-1,7	-0,3	-1,5	-1,2
Ausbildungsangebot				
Gesamtangebot (AN)	180.387	179.604	199.260	559.251
Veränderung gegenüber 2013 in %	-1,1	+0,3	-0,6	-0,5
Betrieblich angebotene Ausbildungsstellen (ANbetr)	172.626	172.656	193.830	539.109
Anteil betrieblich angebotener Ausbildungsstellen am Gesamtangebot in %	-1,1	0,7	-0,3	-0,2
Veränderung gegenüber 2013 in %	+95,2	+95,4	+96,6	+95,8
Unbesetzte Ausbildungsstellen (UBA)	8.593	9.612	18.813	37.018
Veränderung gegenüber 2013 in %	-14,4	+6,6	+5,8	-0,6
Unbesetzte Ausbildungsstellen pro 100 betrieblich angebotene Ausbildungsstellen (UBA/ANbetr)	5,4	6,2	10,3	7,3
Veränderung gegenüber 2013 in %	-12,9	+6,3	+6,4	+/-0,0
Unbesetzte Ausbildungsstellen pro 100 unversorgte Bewerber nach erweiterter Def. (UBA/UVBgesamt)	25,4	45,7	132,4	68,2
Veränderung gegenüber 2013 in %	-13,2	+7,4	+9,6	+1,3
Ausbildungsnachfrage				
Gesamtnachfrage (erweiterte Definition) (eNA)	210.945	194.886	197.307	603.138
Veränderung gegenüber 2013 in %	-1,7	-0,8	-1,8	-1,4
Gesamtnachfrage nach alter Definition (Na)	183.558	176.040	183.297	542.895
Veränderung gegenüber 2013 in %	-1,5	-0,7	-1,5	-1,2
Unversorgte Bewerber nach erweiterter Definition (UVBgesamt)	39.150	24.894	16.860	80.904
Veränderung gegenüber 2013 in %	-1,9	-5,5	-6,0	-4,5
Unversorgte Bewerber nach erweiterter Definition pro 100 Nachfrager nach erweiterter Definition (UVBgesamt/eNA)	18,7	12,7	8,5	13,2
Veränderung gegenüber 2013 in %	-0,1	-4,4	-4,1	-2,9

Quelle: Erhebung zum 30. September (Bundesinstitut für Berufsbildung) und Ausbildungsmarktstatistik (Bundesagentur für Arbeit).
Absolutwerte gerundet auf Vielfache von drei.

BIBB-Datenreport 2015

und Oberhausen (75,4). Die für Ausbildungsstellennachfrager günstigsten Verhältnisse bestehen in Regensburg (106,6), Passau (109,6) und Stralsund (112,3) → **Schaubild A1.4.1-1**. Aus betrieblicher Sicht gibt es hier also zu wenige Bewerber.

Die Arbeitsagenturbezirke wurden zur Charakterisierung der weiteren Ergebnisse entsprechend ihrer Ausbildungsmarktsituation entlang dieses Indikators in 3 etwa gleich große Gruppen unterteilt: 1. sehr unausgeglichener Ausbildungsmarkt (bis zu einem Verhältnis von 71,5 bis 84,4; hierunter fallen 51 Bezirke), 2. eher unausgeglichener Ausbildungsmarkt (84,4 bis 92,4; 51 Bezirke) und 3. (relativ) ausgeglichener Ausbildungsmarkt (92,6 bis 112,3; 52 Bezirke).

Im Vergleich zum Vorjahr ist die deutschlandweite Quote 2014 im Durchschnitt um 1,1% angestiegen, es kam also zu einer leichten Annäherung an ein ausgeglichenes Verhältnis. Mit +1,4% ist der Anstieg in Regionen mit eher unausgeglichener und (relativ) ausgeglichener Ausbildungsmarkt etwas höher. Die stärkste negative Entwicklung aus Sicht der Nachfrager gegenüber 2013 ergibt sich in den Regionen Stralsund (-10,5%), Pirna (-8,8%) und Plauen (-8,6%). Hier stehen also 2014 pro Nachfrager deutlich weniger Angebote zur Verfügung als 2013. Eine besonders positive Entwicklung nach diesem Indikator für den Ausbildungsmarkt ergibt sich für die Regionen Halberstadt (+8,4%), Altenburg-Gera (+8,5%) und Dessau-Roßlau-Wittenberg (+10,0%) → **Schaubild A1.4.1-2**.

Die erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation (eANR) berücksichtigt auf der Angebotsseite auch nicht betriebliche Stellenangebote. Entsprechend liegt hier der Bundesdurchschnitt mit 93,5 etwas höher. Im Vergleich zu 2013 ergibt sich eine vergleichbare Entwicklung zur erweiterten betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relation.

Die Angebots-Nachfrage-Relation nach alter Definition (ANR) berücksichtigt auf der Nachfrageseite, anders als die eANR, keine unversorgten Bewerber mit Alternative. Daher wird bei diesem Indikator die Ausgeglichenheit des Ausbildungsmarktes mit durchschnittlich 103,8 eher überschätzt.

Ein Gesamtbild des Ausbildungsmarktes gibt die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (NAA). Insgesamt gab es bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen einen Rückgang um 1,2% auf nun 522.231 Verträge im Jahr 2014. In Regionen mit sehr unausgeglichenen Ausbildungsstellenmärkten war dieser Rückgang mit 1,7% auf 171.795 Verträge am stärksten.

Ausbildungsangebot

Das Ausbildungsangebot (AN) ist gegenüber 2013 leicht rückläufig. Mit 559.251 Stellen im Gesamtangebot wurden 0,5% Stellen weniger angeboten. Am stärksten betroffen sind erneut die Regionen mit sehr unausgeglichenem Ausbildungsmarkt bei einem Rückgang um 1,1% auf 180.387 angebotene Stellen.

Bei den betrieblich angebotenen Ausbildungsstellen (ANbetr), die mit 539.109 das Gros ausmachen, ergibt sich ein vergleichbarer Trend. Durchschnittlich wurden 95,8% der angebotenen Ausbildungsstellen durch Betriebe angeboten. Es zeigen sich hier keine nennenswerten Unterschiede zwischen Regionen mit ausgeglichenen und weniger ausgeglichenen Ausbildungsmärkten. Den geringsten Anteil betrieblicher Ausbildungsstellenangebote hatten 2014 die Regionen Sangerhausen (82,2%), Greifswald (84,5%) und Freiberg (85,8%). Die höchsten Anteile ergeben sich für Weilheim (99,3%), Ingolstadt (99,5%) und Rheine (99,5%). Die stärksten Rückgänge des Anteils betrieblich angebotener Ausbildungsstellen gab es gegenüber 2013 im Jahr 2014 in Sangerhausen (-3,6%), Greifswald (-3,3%) und Magdeburg (-3,1%). Den größten Anstieg hatten die Regionen Potsdam (+3,1%), Halberstadt (+3,2%) und Oschatz (+3,9%) zu verzeichnen.

Hinsichtlich unbesetzter Ausbildungsstellen (UBA) scheint es eine Tendenz zur Mitte zu geben. Insgesamt blieben 37.017 Ausbildungsstellen unbesetzt, 0,6% weniger als 2013. In Regionen mit ausgeglichenem Ausbildungsstellenmarkt steigt die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen gegenüber 2013 mit durchschnittlich +5,8%; am stärksten steigt diese Zahl in Regionen mit eher unausgeglichenem Ausbildungsmarkt (+6,6%). Dagegen ist in Regionen mit sehr unausgeglichenen Ausbildungsmärkten mit durchschnittlich -14,4% der stärkste Rückgang gegenüber 2013 zu verzeichnen.

Aussagen zu Stellenbesetzungsproblemen trotz vieler angebotener Stellen erlaubt der Quotient von unbesetzten Ausbildungsstellen pro 100 betrieblich angebotenen Ausbildungsstellen (UBA/ANbetr). Demnach blieben durchschnittlich 7,3 von 100 angebotenen Stellen unbesetzt. Die meisten unbesetzten Ausbildungsstellen im Verhältnis zu betrieblich angebotenen Ausbildungsstellen finden sich dabei in den Regionen Greifswald (27,8%), Stralsund (23,1%) und Altenburg-Gera (16,5%). Am wenigsten unbesetzte Ausbildungsstellen pro angebotene Ausbildungsstellen zeigen sich in Kassel (1,6%), Dortmund (1,1%) und Stendal (0,7%). Gegenüber 2013 ist das Verhältnis der unbesetzten Ausbildungsstellen zu den betrieblich angebotenen Ausbildungsstellen im Durchschnitt konstant geblieben. In Regionen mit ausgeglichenem und eher unausgeglichenem Ausbildungsmarkt ist das Verhältnis angestiegen (+6,4 und +6,2), während es in Regionen mit sehr unausgeglichenem Ausbildungsmarkt besonders stark zurückging (-12,9). Offenbar erneut eine Entwicklung mit Tendenz zur Mitte.

Eine andere Betrachtungsweise des Ausbildungsangebots bietet das Verhältnis von unbesetzten Ausbildungsstellen pro 100 unversorgte Bewerber nach erweiterter Definition (UBA/UVBgesamt). Hier gilt, dass es zu besonderen Problemen auf dem Ausbildungsmarkt kommen kann, wenn viele unbesetzte Stellen auf viele unversorgte Bewerber treffen. Insgesamt kommen 2014 rund 68 unbesetzte Ausbildungsstellen auf 100 unversorgte Bewerber. In Regionen mit sehr unausgeglichenem Ausbildungsmarkt sind es nur rund 25,4, während in Regionen mit ausgeglichenem Ausbildungsmarkt es rund 132,4 sind, also mehr unbesetzte Ausbildungsstellen als unversorgte Bewerber. Die geringsten Quoten ergeben sich hier für Stendal (4,3%), Dortmund (5,7%) und Recklinghau-

Schaubild A1.4.1-1: **Betriebliche Ausbildungsstellenangebote je 100 Nachfragende nach erweiterter Definition in den Arbeitsagenturbezirken 2014 (eANRbetr)**

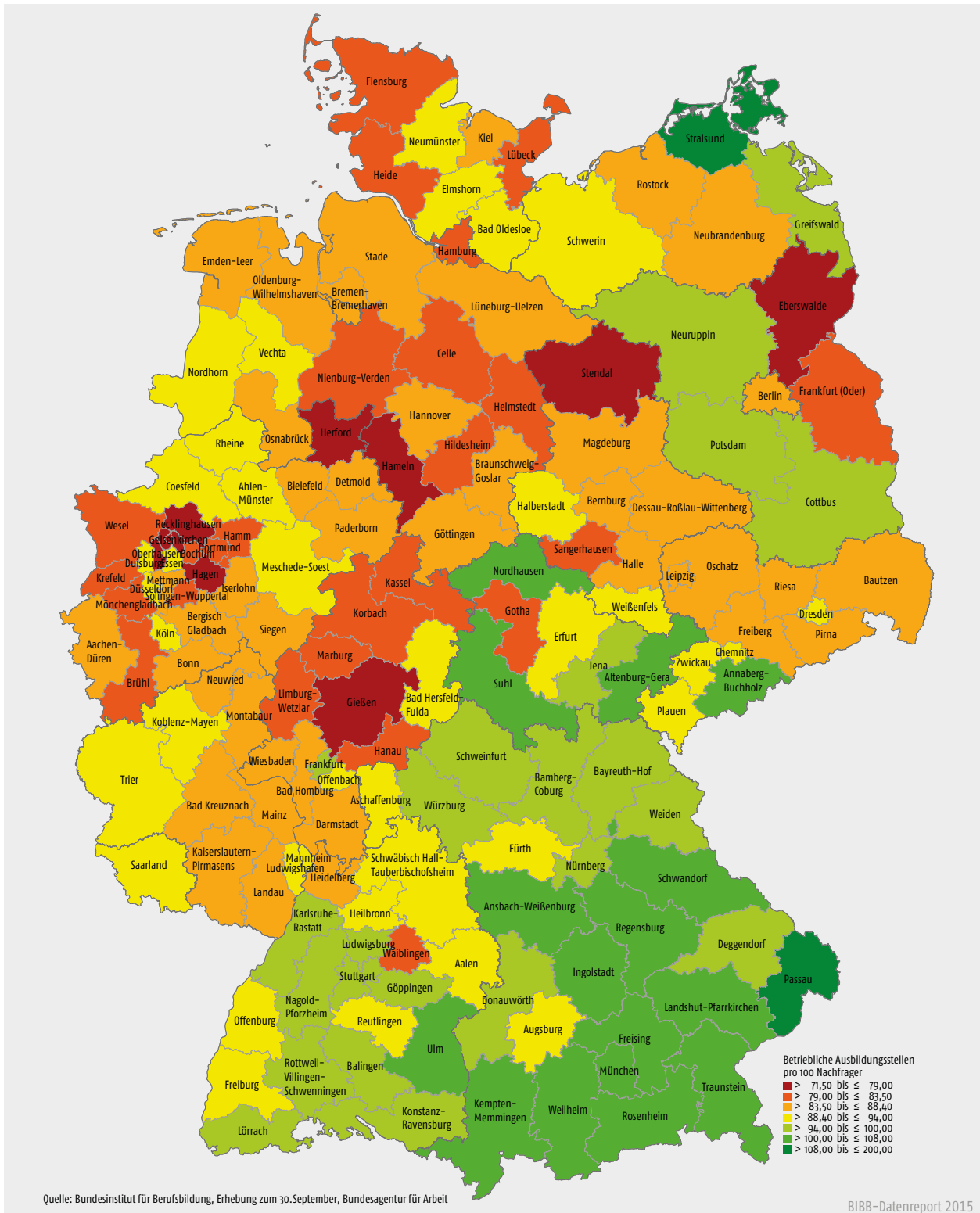
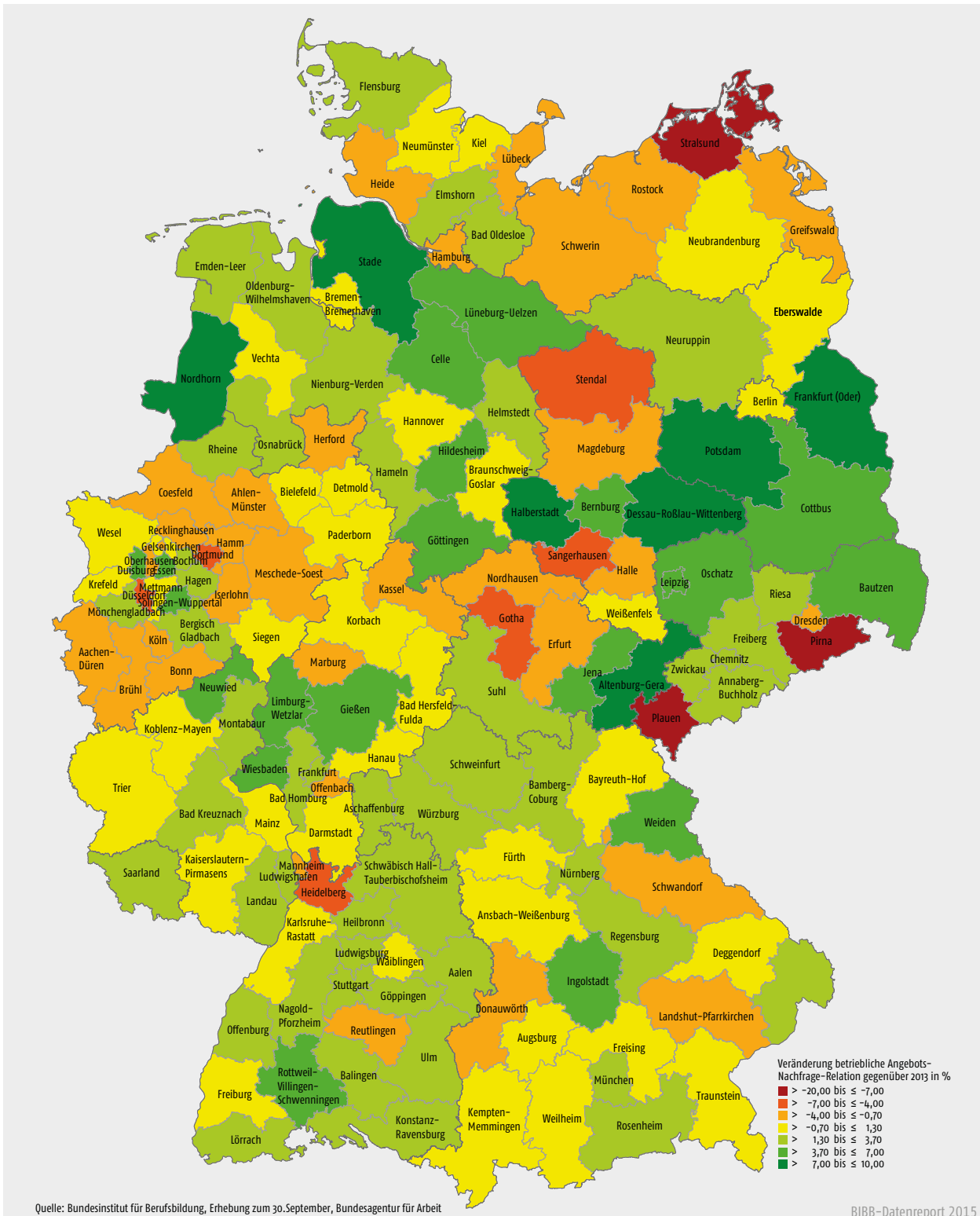


Schaubild A1.4.1-2: Veränderung der Anzahl der betrieblichen Ausbildungsstellenangebote je 100 Nachfragende nach erweiterter Definition in den Arbeitsagenturbezirken 2014 gegenüber 2013 in Prozent (Veränderung eANRBetr)



sen (5,7%), die höchsten Quoten für Altenburg-Gera (243,7%), Stralsund (317,1%) und Passau (325,8%). Bei den Veränderungsdaten ergibt sich gegenüber 2013 ein leichter Anstieg (+1,3%), mit einer Tendenz zur Mitte in den einzelnen Regionen.

Ausbildungsnachfrage

Die Gesamtnachfrage nach erweiterter Definition (eNA) berücksichtigt auch unversorgte Bewerber mit Alternative. Diese Gesamtnachfrage ist gegenüber 2013 mit 603.138 Stellengesuchen um 1,4% leicht gesunken, wobei in Regionen mit sehr unausgeglichenem Ausbildungsmarkt die Gesamtnachfrage mit -1,7% und in ausgeglichenen Regionen mit -1,8% etwas stärker gesunken ist. Im Vergleich zum Rückgang beim Angebot (-0,4%) ist bei der Nachfrage also ein stärkerer Rückgang zu beobachten.

Auch nach alter Definition für die Gesamtnachfrage (NA), d. h. ohne Berücksichtigung der unversorgten Bewerber mit Alternativverbleib, ergibt sich die gleiche Tendenz: Ein leichter Rückgang insgesamt (-1,2% auf 542.895 Stellengesuche) und ein etwas stärkerer Rückgang in Regionen mit sehr unausgeglichenem (-1,5%) und ausgeglichenem Ausbildungsmarkt (-1,5%).

Die Zahl der unversorgten Bewerber nach erweiterter Definition (inkl. Bewerber mit Alternative) (UVBgesamt) ist 2014 gegenüber 2013 rückläufig. Mit einem Minus von 4,5% ergeben sich 80.904 unversorgte Bewerber. Den stärksten Rückgang zeigen hier Regionen mit ausgeglichenem Ausbildungsmarkt. Hier sind es im Schnitt rund 6,0% weniger unversorgte Bewerber.

Eine relative Betrachtung der Ausbildungsnachfrage erlaubt das Verhältnis von unversorgten Bewerbern nach erweiterter Definition zur Zahl der Ausbildungsstellen-nachfrager (UVBgesamt/eNA). Im Bundesdurchschnitt sind es 13,2 unversorgte Bewerber auf 100 solcher Nachfrager. Während in Regionen mit ausgeglichenem Ausbildungsmarkt diese Quote nur 8,5 beträgt, sind es in Regionen mit sehr unausgeglichenem Ausbildungsmarkt durchschnittlich 18,7. Besonders niedrige Quoten gibt es dabei in den Regionen Traunstein (3,7), Schwandorf (4,2) und Dresden (4,7). Die höchsten Quoten ergeben sich für Gelsenkirchen (25,3) Oberhausen (25,4) und Recklinghausen (27,7). Gegenüber 2013 ist dieses Ver-

hältnis in Regionen mit eher unausgeglichenem (-4,4%) und ausgeglichenem Ausbildungsmarkt (-4,1%) am stärksten rückläufig.

Fazit

Die Ergebnisse haben gezeigt, dass die Ausbildungsmärkte in den einzelnen Arbeitsagenturbezirken erheblich variieren. Insgesamt zeigt sich 2014 anhand der erweiterten betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relation (eANR/betr) der Ausbildungsmarkt in Süddeutschland, insbesondere Bayern, und in Teilen Ostdeutschlands im Schnitt ausgeglichener als in den übrigen Landesteilen. Besonders in einigen Regionen des Ruhrgebiets, in Hameln und den umliegenden Regionen und Gießen gibt es in Westdeutschland ein sehr unausgeglichenes Verhältnis von Ausbildungsstellenangebot und -nachfrage. In Ostdeutschland sind besonders Stendal und Eberswalde betroffen. In der Entwicklung von 2013 zu 2014 stehen eher ostdeutsche Regionen wie Stralsund, Plauen und Pirna hervor. Allerdings sind auch unter den Regionen mit einer positiven Entwicklung insbesondere ostdeutsche Regionen zu finden.

Als Gesamttendenzen lässt sich festhalten, dass die betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation (erweiterte Definition) insgesamt eher unausgeglichen bleibt, mit leichter Tendenz zu einem ausgeglichenen Verhältnis. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist gesunken. Etwas weniger stark, aber ebenfalls gesunken ist das Gesamtangebot an Ausbildungsstellen. Gleichzeitig ist auch die Gesamtnachfrage nach Ausbildungsstellen zurückgegangen, im Ergebnis ist auch die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen leicht gesunken.

(Christian Gerhards)

A1.4.2 Mobilität von Auszubildenden

Die Mobilitätsbereitschaft von Jugendlichen trägt dazu bei, regionale Ungleichgewichte von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt zu mindern. Sie kann jedoch auch dazu führen, dass in Regionen mit einem aus Sicht der Jugendlichen attraktiven Angebot deutlich mehr Ausbildungsstellenbewerber/-innen aktiv sind als aus dieser Region selbst stammen. Sofern sich die in der Region heimischen Bewerber/-innen nicht im selben Ausmaß mobilitätsbereit zeigen wie die Nachfrager/-innen von außerhalb, können sich die regionalen Disparitäten auf dem Ausbildungsmarkt infolge eines unterschiedlichen Mobilitätsverhaltens auch verschärfen.

Wichtige Hinweise zur Mobilität von Jugendlichen im Zusammenhang mit ihrer Berufsausbildung lassen sich der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) entnehmen (vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2015b). Sie gibt darüber Auskunft, wo Auszubildende wohnen und wo ihre Ausbildungsstätten liegen. Auf dieser Basis werden im Folgenden Pendlerbewegungen zwischen Regionen (Arbeitsagenturbezirken) und zwischen Bundesländern nachgezeichnet. Stichtag ist der 31. Dezember 2013.

Mobilität zwischen den Regionen

Rund 365.700 der 1.612.200 Ausbildungsplätze²⁰, die am 31. Dezember 2013 von der BA in den 154 Arbeitsagenturbezirken²¹ registriert wurden, waren von Personen besetzt, die nicht im betreffenden Arbeitsagenturbezirk leben, sondern von außerhalb einpendeln. Die auf diese Weise definierte *Einpendlerquote* (Anteil der Ausbildungsplätze in einer Region, der von Auswärtigen besetzt wird) variierte jedoch sehr stark von Region zu Region. Die niedrigsten Einpendlerquoten wurden in den Arbeitsagenturbezirken Lörrach (Baden-Württemberg) und Aachen-Düren (Nordrhein-Westfalen) gemessen, wo nur 6,6% der dortigen Ausbildungsplätze von jungen Menschen genutzt wurden, die nicht in diesem Arbeitsagenturbezirk wohnen. Weitere besonders niedrige Einpendlerquoten gab es u. a. in Emden-Leer (Niedersachsen) und Flensburg

(Schleswig-Holstein) mit jeweils 7,5%. Sehr hohe Quoten wurden dagegen in Frankfurt/Main (62,1%), Düsseldorf (58,4%) und Mannheim (56,2%) beobachtet. Mehr als die Hälfte der Auszubildenden in den dortigen Betrieben stammte von außerhalb. Auch in Chemnitz (47,2%) und Essen (46,3%) gab es sehr hohe Einpendlerquoten.

Spiegelbildlich gilt, dass 2013 rund 365.700 der 1.612.200 Beschäftigten, die von der BA als Auszubildende registriert wurden, ihre Ausbildung nicht in ihrem Arbeitsagenturbezirk absolvierten, in dem sie selbst wohnen, sondern in einem anderen Arbeitsagenturbezirk. Die auf diese Weise definierte *Auspendlerquote* (Anteil der in einer Region wohnenden Auszubildenden, der auspendelt) variierte in den 154 Regionen ebenfalls sehr deutlich. Am niedrigsten war sie im Arbeitsagenturbezirk Saarland, wo nur 5,2% aller dort wohnenden Auszubildenden außerhalb dieser Region ausgebildet werden. Auch im rheinland-pfälzischen Trier (8,6%), im baden-württembergischen Freiburg und im niedersächsischen Hannover (jeweils 8,7%) fiel die Quote sehr gering aus. Sehr hohe Auspendlerquoten wurden in den nordrhein-westfälischen Arbeitsagenturbezirken Gelsenkirchen (47,3%) und Mettmann (46,8%) sowie im bayerischen Freising (46,2%) und im hessischen Offenbach (45,7%) registriert.

Über eine Regressionsanalyse lassen sich die Faktoren bestimmen, die eine hohe *Auspendlerquote* – und in diesem Sinne eine hohe Mobilität – begünstigen. Die Ergebnisse finden sich in → **Tabelle A1.4.2-1**.

Wie an der Konstante ablesbar ist, beträgt die mittlere Auspendlerquote in den ländlichen Regionen (mit niedriger Dichte von weniger als 100 Einwohnern je Quadratkilometer) 25,0%. Dieser Wert bezieht sich auf ländliche Regionen mit durchschnittlichem basalen Versorgungsgrad **E** und durchschnittlicher Einpendlerquote. Der Regressionskoeffizient zeigt, dass sich bei hohem basalen Versorgungsgrad auch die Neigung abschwächt, aus der Region auszupendeln: Mit jedem Prozentpunkt, mit dem der Versorgungsgrad höher ausfällt, nimmt die Auspendlerquote um 0,594 Prozentpunkte ab. Allerdings werden die Ausbildungsplätze auch von Jugendlichen von außerhalb nachgefragt, und dies verstärkt die Konkurrenz vor Ort. Eine erfolgreiche Ausbildungsplatznachfrage von außerhalb motiviert die Jugendlichen vor Ort, dieser Konkurrenz auszuweichen und selbst auszupendeln.

20 In dieser Zahl sind zu einem geringeren Anteil auch Ausbildungsplätze außerhalb des dualen Berufsausbildungssystems enthalten. Die Zahl der Auszubildenden nach BBiG/HwO umfasste zum 31. Dezember 2013 1.391.900 Personen (Statistisches Bundesamt 2014d) (vgl. **Kapitel A4.2**).

21 Die 3 Arbeitsagenturbezirke Berlins sind dabei zu einer Region zusammengefasst.

Tabelle A1.4.2-1: Einflussgrößen auf die Höhe der Auspendlerquote aus den verschiedenen Regionen

	β	p
Basaler Versorgungsgrad (Zahl der Ausbildungsplätze in der Region in Relation zur Zahl der Auszubildenden, die in derselben Region leben)	-0,594	0,000
Einpendlerquote (Anteil der Ausbildungsplätze vor Ort, die von Nichteinheimischen besetzt werden)	1,101	0,000
Einwohnerdichte (Referenz: unter 100 Einwohner je qkm)		
100 bis unter 250 Einwohner je qkm	-0,440	0,593
250 bis unter 500 Einwohner je qkm	-1,476	0,113
500 und mehr Einwohner je qkm	-2,437	0,023
Konstante	25,037	0,000

Korrigiertes $R^2 = 0,928$; β = Regressionskoeffizient; p = zweiseitige Irrtumswahrscheinlichkeit.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2015 b, Arbeitsmarkt in Zahlen, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zum 31. Dezember 2013 nach Wohn- und Arbeitsort; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

Dieser Zusammenhang ist stark ausgeprägt: Rechnerisch steigt mit jedem zusätzlichen Prozentpunkt an Einpendlern die Auspendlerquote um 1,101 Prozentpunkte.

E Basaler Versorgungsgrad

Der basale Versorgungsgrad ist definiert als das Verhältnis zwischen der Zahl der Ausbildungsplätze in einer Region und der Zahl der Auszubildenden, die in derselben Region leben. Ist er hoch, stehen rein rechnerisch für die Auszubildenden, die in einer bestimmten Region wohnen, viele Ausbildungsplätze vor Ort zur Verfügung.

Bei alledem gilt, dass sich das Mobilitätsverhalten von Jugendlichen auf dem Land und aus den Großstädten bei ansonsten denselben Versorgungs- und Ausbildungsbedingungen leicht unterscheidet. Denn wie der entsprechende Regressionskoeffizient zeigt, fällt der Anteil der Personen in großstädtischen Regionen, der auspendelt, im Schnitt um 2,437 Prozentpunkte niedriger aus als bei Jugendlichen aus ländlichen Regionen. Die großstädtischen Jugendlichen zeigen sich also selbst bei ähnlichen Versorgungsverhältnissen im Schnitt etwas immobilere als Jugendliche aus ländlichen Regionen.

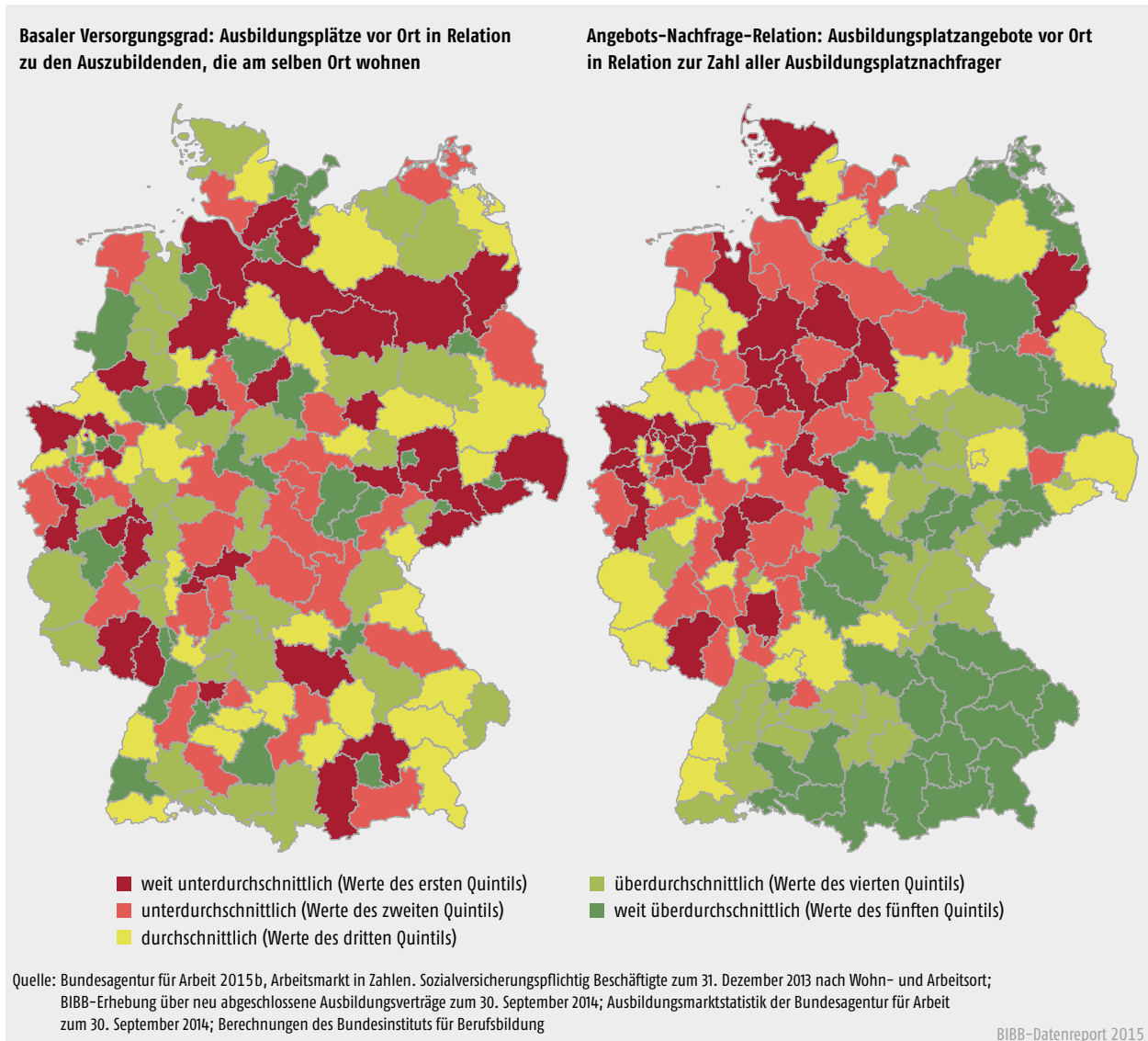
In vielen Regionen differieren die Ein- und Auspendlerquoten deutlich und kompensieren sich damit nicht gegenseitig. In den extremsten Fällen, die 2013 beobachtet werden konnten, lag die Einpendlerquote um 19,9 Prozentpunkte niedriger als die Auspendlerquote (im Arbeits-

agenturbezirk Freising, was die Versorgungslage vor Ort stark entlastete) bzw. um 36,9 Prozentpunkte höher (im Arbeitsagenturbezirk Frankfurt/Main, was die Versorgung der einheimischen Jugendlichen erschwerte). Vergleicht man die basale Versorgungslage vor Ort (also die Zahl der Ausbildungsplätze, die rechnerisch auf die am selben Ort wohnenden Auszubildenden entfällt) mit der tatsächlichen Relation von Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage, wie sie sich als Folge der Pendlerbewegungen ergibt, so lässt sich fast keine Korrelation mehr feststellen.²² Durch die Mobilität werden die Versorgungs- bzw. Ausbildungsmarktverhältnisse demnach bisweilen grundlegend verändert → **Schaubild A1.4.2-1**.

Typische Beispiele hierfür sind die Arbeitsagenturbezirke Neuruppin (Brandenburg), Annaberg-Buchholz, Freiberg (beide Sachsen), Ludwigsburg (Baden-Württemberg), Ansbach-Weißenburg, Freising und Weilheim (allesamt Bayern). Die Zahl der Ausbildungsplätze, die rechnerisch auf die am selben Ort wohnenden Auszubildenden entfällt, ist hier weit unterdurchschnittlich, während die Angebots-Nachfrage-Relation als Folge von Mobilitätsprozessen weit überdurchschnittlich ausfällt. Das Gegenteil ist in den Arbeitsagenturbezirken Hamburg, Bochum, Dortmund (beide Nordrhein-Westfalen) und Kassel (Hessen) der Fall: Hier ist die basale Versorgungslage, wiederum verstanden als Zahl der Ausbildungsplät-

22 Die gemeinsame Varianz beider Größen liegt bei rund einem Prozent. Die Angebots-Nachfrage-Relation wurde nach der erweiterten Formel berechnet (vgl. Kapitel A1.1).

Schaubild A1.4.2-1: **Basaler Versorgungsgrad (31. Dezember 2013) und Angebots-Nachfrage-Relation (30. September 2014) im Vergleich**



ze, die auf die am selben Ort wohnenden Auszubildenden entfällt, rechnerisch weit überdurchschnittlich, während die Angebots-Nachfrage-Relation weit unterdurchschnittliche Werte aufweist und damit auf eine letztlich schwierige Ausbildungsmarktlage hindeutet.

Mobilität zwischen den Ländern

Rund 100.900 der 1.612.200 Beschäftigten, die am 31. Dezember 2013 von der BA als Auszubildende registriert wurden, wohnten nicht in dem Bundesland, in

dem ihr Ausbildungsbetrieb angesiedelt war. Der Anteil fiel dabei im Westen (5,5%) deutlich niedriger aus als im Osten (11,1%).

Die länderübergreifende Mobilität führt insbesondere in den Stadtstaaten dazu, dass höhere Anteile der dort verfügbaren Ausbildungsplätze nicht von eigenen Landesbewohnern besetzt werden, so in Bremen (38,7%), Hamburg (33,2%) und Berlin (18,7%) → [Tabelle A1.4.2-2](#). Zwar wohnten in den Stadtstaaten auch in nennenswertem Maße Jugendliche, die ihren Ausbildungsplatz außer-

Tabelle A1.4.2-2: Relative Verteilung der im jeweiligen Land angebotenen Ausbildungsplätze auf die Auszubildenden nach deren Wohnort (Angaben in %)

Wohnort der Auszubildenden	Ausbildungsplätze im Land/in der Region																		
	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Meckl.-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland
Baden-Württemberg	94,6	1,4	0,2	0,1	0,2	0,3	1,2	0,1	0,1	0,2	2,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	16,9	0,1	14,6
Bayern	1,9	96,7	0,4	0,2	0,2	0,2	1,5	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,2	0,1	0,1	1,1	19,8	0,3	17,1
Berlin	0,0	0,1	81,3	9,3	0,1	0,5	0,1	0,4	0,1	0,1	0,0	0,0	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	18,9	2,7
Brandenburg	0,0	0,0	12,3	85,1	0,1	0,3	0,1	1,6	0,1	0,0	0,0	0,0	1,1	0,7	0,1	0,2	0,1	14,9	2,1
Bremen	0,0	0,0	0,0	0,0	61,3	0,3	0,0	0,0	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,8	0,0	0,7
Hamburg	0,0	0,0	0,3	0,0	0,3	66,8	0,1	0,2	0,5	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	3,9	0,0	2,1	0,1	1,8
Hessen	0,9	0,4	0,4	0,1	0,1	0,3	91,2	0,1	0,3	0,3	2,7	0,1	0,1	0,1	0,1	1,1	8,2	0,3	7,1
Mecklenburg-Vorpommern	0,0	0,0	0,4	0,7	0,0	0,8	0,0	94,7	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,2	0,9	0,1	0,1	10,1	1,5
Niedersachsen	0,1	0,1	0,5	0,2	36,7	11,6	0,5	0,7	94,3	0,8	0,1	0,1	0,1	1,3	1,0	0,7	12,7	0,5	11,1
Nordrhein-Westfalen	0,3	0,3	0,7	0,2	0,6	0,8	1,5	0,2	2,3	97,3	1,5	0,2	0,1	0,3	0,3	0,3	26,4	0,3	22,8
Rheinland-Pfalz	1,6	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	2,7	0,0	0,0	0,7	92,0	6,4	0,0	0,0	0,0	0,1	6,2	0,1	5,4
Saarland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	91,9	0,0	0,0	0,0	0,0	1,5	0,0	1,3
Sachsen	0,1	0,2	0,8	2,1	0,0	0,1	0,1	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	94,4	2,2	0,0	1,9	0,1	25,8	3,6
Sachsen-Anhalt	0,0	0,0	0,4	1,2	0,1	0,1	0,1	0,3	0,5	0,0	0,0	0,0	2,0	93,1	0,0	2,3	0,1	14,5	2,1
Schleswig-Holstein	0,0	0,0	0,1	0,1	0,2	17,5	0,1	0,9	0,2	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	93,0	0,1	4,3	0,1	3,8
Thüringen	0,1	0,3	0,2	0,1	0,0	0,0	0,6	0,1	0,3	0,0	0,1	0,0	1,3	0,9	0,0	91,2	0,2	13,1	1,9
Westdeutschland	99,5	99,1	2,8	0,9	99,5	97,9	98,7	2,3	98,6	99,4	99,5	99,0	0,6	1,8	98,6	3,7	99,1	1,9	85,7
Ostdeutschland	0,2	0,7	95,5	98,6	0,3	1,9	1,0	97,3	1,1	0,2	0,2	0,2	99,1	97,2	1,2	95,9	0,6	97,4	13,9
Deutschland	99,8	99,7	98,3	99,5	99,8	99,8	99,7	99,6	99,7	99,6	99,7	99,1	99,8	99,0	99,8	99,6	99,7	99,3	99,6
Ausland, keine Angabe	0,2	0,3	1,7	0,5	0,2	0,2	0,3	0,4	0,3	0,4	0,3	0,9	0,2	1,0	0,2	0,4	0,3	0,7	0,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Absolut	240.293	277.503	47.877	30.554	16.396	38.708	117.112	23.092	171.622	367.517	81.711	22.114	58.343	31.774	56.835	30.524	1.389.811	222.164	1.612.157

Lesbeispiele: 1,9% aller in Baden-Württemberg zum 31. Dezember 2013 registrierten Ausbildungsstellen waren von Auszubildenden besetzt, die in Bayern wohnen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2015b, Arbeitsmarkt in Zahlen, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zum 31. Dezember 2013 nach Wohn- und Arbeitsort; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

halb ihres eigenen Bundeslandes gefunden hatten. Dennoch fiel die Nettobilanz in allen 3 Stadtstaaten negativ aus: Die Zahl der Landesbewohner, die sich in Ausbildung befanden, war niedriger als die Zahl der Ausbildungsplätze, die im eigenen Land zur Verfügung gestellt wurden. So standen z. B. den knapp 11.800 Auszubildenden aus dem Land Bremen 16.400 Ausbildungsplätze gegenüber, die dort vorhanden waren.

Diese Ergebnisse verweisen zum einen darauf, dass Mobilität grundsätzlich hilfreich ist, um regionale Passungsprobleme von Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage zu verringern, dass sie aber auch für einzelne Regionen zu Erschwernissen führen kann, die Jugendlichen vor Ort mit Ausbildungsplätzen zu versorgen. Zum anderen zeigen die Resultate, dass bei vielen Jugendlichen Mobilitätsbereitschaft durchaus vorhanden ist. Unter den 100.700 Auszubildenden, die nach den Ergebnissen der Beschäftigtenstatistik ihre Ausbildung nicht im eigenen Bundesland absolvierten, fanden sich 15.900, bei denen das Land, in dem sie ihren Beruf erlernen, kein direkter Nachbar des Bundeslandes ist, in dem sie wohnen. Dabei spiegelt die in der Beschäftigtenstatistik sichtbare Mobilität lediglich erfolgreich realisierte Mobilität wider. Noch einmal deutlich höher dürften die *faktisch aktivierte Mobilitätsbereitschaft* ausfallen, gemessen an der Zahl von ausbildungsinteressierten Jugendlichen, die sich mit oder aber auch ohne Erfolg auf Ausbildungsplätze außerhalb der eigenen Region bewerben, sowie die *latente Mobilitätsbereitschaft*, verstanden als die „Bereitschaft des Jugendlichen, bei absehbaren Schwierigkeiten bei der Lehrstellensuche auch Ausbildungsplatzangebote außerhalb der Heimatregion in Betracht zu ziehen und sich gegebenenfalls auch auf diese Angebote zu bewerben“ (Ulrich/Ehrenthal/Häfner 2006, S. 101).

(Stephanie Matthes, Joachim Gerd Ulrich)

A2 Vorausschätzung der Ausbildungsplatznachfrage und des Ausbildungsplatzangebots für 2015²³

Die Höhe des Ausbildungsplatzangebots ist von zahlreichen Determinanten abhängig, die sich teilweise gegenseitig beeinflussen und deren Veränderungen zum Teil nur schwer vorherzusagen sind. Dazu zählen unter anderem die Entwicklung der Gesamtwirtschaft (z. B. Veränderungen des Bruttoinlandsproduktes und des Auftragseingangs der Unternehmen), des Arbeitsmarktes (z. B. der Zahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen), der demografischen Verhältnisse (siehe Maier/Walden 2014; Trotsch/Walden 2007) und der bisherigen Erfahrungen in der Besetzung von Ausbildungsstellen (vgl. BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A2).

Zur Abschätzung des Ausbildungsplatzangebots hat das BIBB deshalb den Aufbau eines „Ökonometrischen Prognose- und Simulationsmodells des Ausbildungssystems“ (PROSIMA) veranlasst. Dabei handelt es sich um ein komplexes, zeitreihengestütztes Prognosemodell, das vielfältige Einflussgrößen auf die Entwicklung des Ausbildungsplatzangebotes berücksichtigt. Eine umfassende Beschreibung des Modells findet sich z. B. bei Lösch/Kau 2005 und im BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A2.

A2.1 Rückblick auf die Vorausschätzung für 2014

Für das Jahr 2014 wurde von PROSIMA ein Angebot von 567.100 Ausbildungsplätzen vorhergesagt (vgl. BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A2). Gleichzeitig wurde jedoch auch davor gewarnt, dass das Angebot an Ausbildungsplätzen geringer ausfallen könnte, „sollten Betriebe aufgrund vorheriger erfolgloser Rekrutierungsversuche ihr Interesse an einer Fachkräfterekrutierung mittels dualer Ausbildung zurückfahren“ (BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A2, Druckversion S. 67). In diesem Fall würde die Entwicklung der Neuverträge dem demografischen Rückgang folgen. Dieser Rückgang der angebotenen Ausbildungsplätze scheint eingetreten zu sein, sodass der tatsächliche Wert des Ausbildungsplatzangebots

von 559.300 durch die Prognose um rund 8.000 Plätze überschätzt wurde. Dies trifft sowohl auf die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen (geschätzter Anstieg von 33.500 Plätzen im Jahr 2013 auf 40.500 Plätze im Jahr 2014, tatsächlicher Anstieg auf 37.100 Stellen im Jahr 2014) als auch auf die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (geschätzt auf 526.600, tatsächlicher Wert: 522.200) zu. Insgesamt kann allerdings festgehalten werden, dass die Prognosen für das Jahr 2014 relativ genau waren. So lagen alle tatsächlichen Werte innerhalb des Vertrauensintervalls und konnten auch in ihrer Richtung richtig vorhergesagt werden. Die Ausbildungsplatznachfrage konnte sowohl in der erweiterten (geschätzt: 603.300 Ausbildungsplatznachfragende, tatsächlich: 603.400) als auch in der alten Definition (geschätzt: 541.900 Ausbildungsplatznachfragende, tatsächlich: 543.100) nahezu exakt abgebildet werden.

Die Unsicherheiten in der Prognose dürften sich nach Überwindung der Wirtschaftskrise und Umstellung auf G8 in den Bundesländern verringert haben. Die Ergebnisse für 2014 stimmen deshalb zuversichtlich, dass PROSIMA auch für 2015 zuverlässige Werte liefern kann. Wie jedoch in den Prognosejahren zuvor bereits deutlich wurde, werden vor allem die beiden latenten Größen des Angebots- und Nachfragepotenzials **E** die Zahl der zukünftig neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, der unbesetzten Stellen und der unvermittelten Bewerber/-innen bestimmen. Während die Entwicklung des Nachfragepotenzials durch den demografiebedingten Rückgang der Schulabgänger/-innen vorbestimmt erscheint (vgl. BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A2), wird für die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge vor allem die Bereitschaft der Betriebe, weiterhin Ausbildungsplätze anzubieten, eine bedeutende Rolle spielen.

E Angebotspotenzial und Nachfragepotenzial

Zum **Nachfragepotenzial** werden alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen gerechnet, die sich zwischen dem 1. Oktober des Vorjahres und dem 30. September für eine duale Berufsausbildung interessieren. Im Unterschied zur Ausbildungsplatznachfrage zählen hierzu auch jene Personen, die ihr Ausbildungsinteresse noch vor dem 30. September wieder aufgeben oder auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

²³ Mit „Jahr“ oder „Berichtsjahr“ ist – sofern nicht explizit anders vermerkt – stets der Zeitraum vom 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September des genannten Jahres gemeint.

Das **Angebotspotenzial** entspricht der latenten Gesamtzahl der dualen Ausbildungsplätze, welche die Betriebe, Praxen und Verwaltungen zu Beginn der Planungsperiode als mögliches Ausbildungsangebot in Betracht ziehen, neu einzurichten oder wieder zu besetzen gedenken – unabhängig davon, ob sie die Arbeitsverwaltung über ihre Absichten und Stellen informieren, wie intensiv sie suchen und wie erfolgreich sie bei der Akquisition von Auszubildenden sind.

A2.2 Vorausschätzung für 2015

Entwicklung des Angebots- und Nachfragepotenzials

Beim Angebots- und Nachfragepotenzial **E** handelt es sich um latente Größen innerhalb von PROSIMA, die zum einen das Gesamtpotenzial an Ausbildungsplätzen beinhalten, die die Betriebe, Praxen und Verwaltungen neu einzurichten oder wieder zu besetzen gedenken, und zum anderen das Gesamtpotenzial an Bewerbern und Bewerberinnen, die bis zum Stichtag Interesse an einer Ausbildung gezeigt haben. Diese Größen werden jedes Jahr über Zustandsraummodelle geschätzt und aktualisiert. Vereinfacht gesagt, kann durch diese Methode eine Variable, die faktisch unbeobachtbar ist, vorausgeschätzt werden, indem die Veränderung von mit ihr in Beziehung stehenden beobachtbaren Variablen über den Zeitraum für ihre Schätzung herangezogen wird (Lösch/Kau/Walden 2008).²⁴ Die Prognose der Potenzialgrößen erfolgt dann mithilfe einer Regressionsgleichung im rekursiven Gleichungssystem von PROSIMA (Lösch/Maier 2015).²⁵

→ **Schaubild A2.2-1** gibt die Entwicklung des Angebots- und Nachfragepotenzials, des Gesamtangebots an Ausbildungsstellen sowie der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge seit 1975 wieder. Deutlich wird, dass das Angebotspotenzial bzw. die angebotenen Ausbildungsstellen zwischen Anfang der 1990er-Jahre bis Mitte der 2000er-Jahre nicht stringent der Entwicklung

der Nachfrageseite folgten. Vor der deutschen Wiedervereinigung ist hier noch eine stärkere Proportionalität der Entwicklungen zu erkennen, die sich seit ca. 2007 wieder einzustellen scheint. Hauptsächlich dürfte die jüngere Entwicklung auf eine Verknappung des Nachfragepotenzials zurückzuführen sein, wodurch sich die Auswahlmöglichkeiten der Betriebe in der Rekrutierung von Jugendlichen reduzieren (vgl. Maier/Walden 2014). Zudem wurden aufgrund des bekannten demografischen Rückgangs auch die außerbetrieblich angebotenen Ausbildungsplätze in der jüngeren Vergangenheit zurückgefahren (vgl. Kapitel A1.1). Trotz des Rückgangs liegt das Nachfragepotenzial nach Ausbildungsstellen jedoch immer noch über dem Angebotspotenzial, sodass bei einer höheren Ausschöpfung des Nachfragepotenzials auch mittelfristig das derzeitige Niveau der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gehalten werden könnte.

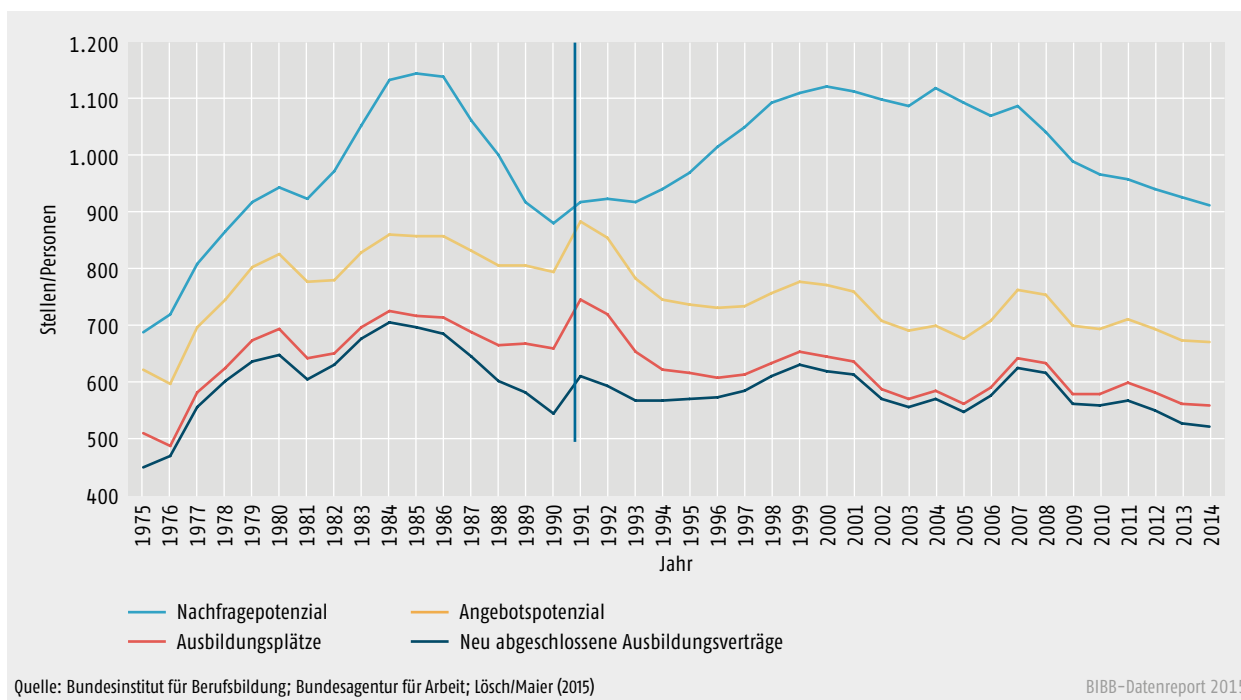
Die stark proportionale Entwicklung des Angebotspotenzials und des tatsächlichen Ausbildungsplatzangebotes zeigt, dass für das 2015 bereitgestellte Angebot an Ausbildungsplätzen die Entwicklung des Angebotspotenzials entscheidend ist. In der Vorhersage der Potenzialvariablen spielen unterschiedliche Faktoren eine Rolle: Einerseits ist das Angebotspotenzial abhängig von Faktoren des Arbeitsmarktes (Arbeitslosenquote und offene Stellen) und der konjunkturellen Entwicklung (Bruttoinlandsprodukt), andererseits spielen aber auch die vergangene Entwicklung der Zahl der Nachfrager nach Ausbildungsplätzen (Schulabgänger) und die aus betrieblicher Sicht gelungene Ausschöpfung, sichtbar in Form von möglichst wenigen unbesetzten Ausbildungsplätzen, eine Rolle.

Während entsprechend den Prognosen der Bundesregierung für das Jahr 2015 ein Wachstumsanstieg des realen Bruttoinlandsproduktes von 1,5% angenommen wird (2014: 1,4%, 2013: 0,1 Prozent) (BMWi/BMF 2015), nimmt die Zahl der Schulabgänger/-innen mit Haupt- und Realschulabschluss von 2014 auf 2015 aller Voraussicht nach um 2,2% ab (vgl. Kapitel C1.1). Insgesamt kann aufgrund des starken demografischen Rückgangs von einem relativen Bedeutungsverlust der konjunkturellen Komponenten im Vergleich zur demografischen Komponente bei der Bestimmung des Angebotspotenzials ausgegangen werden (vgl. Kapitel C2.1). Für 2015 wird somit – wie auch im Vorjahr – entscheidend sein, inwieweit sich Betriebe, Praxen und Verwaltungen durch möglicherweise erfolglose Besetzungsversuche in

²⁴ Zwar lässt sich mit einem Zustandsraummodell die Güte der Schätzwerte zu den latenten Variablen nicht näher evaluieren, da diese nicht bekannt sind. Man kann aber die unbeobachteten Zustandsvariablen in einen Zusammenhang mit beobachtbaren Variablen bringen, indem versucht wird, diese beobachtbaren Größen mithilfe der Zustandsvariablen zu erklären.

²⁵ Alternativ kann die Vorhersage der Potenzialgrößen aber auch anhand der Zustandsraummodelle erfolgen, und die Potenzialgrößen können dann als exogene Größen an PROSIMA übergeben werden.

Schaubild A2.2-1: Entwicklung von Angebots- und Nachfragepotenzial, Ausbildungsplätze und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September eines Jahres



der jüngsten Vergangenheit entmutigen lassen und ihr Ausbildungsplatzangebot dementsprechend anpassen. Sollten sie ihr Angebot aufgrund der steigenden Anzahl an unbesetzten Ausbildungsstellen in der jüngsten Vergangenheit zurückfahren, so wird die Entwicklung des Angebotspotenzials langfristig der Entwicklung des Nachfragepotenzials folgen.

Da es sich bei PROSIMA um ein empirisches Modell handelt und in den letzten Jahren das Ausbildungsstellenangebot reduziert wurde, ergibt sich aus dem rekursiven Schätzansatz, dass sich das Angebotspotenzial aufgrund der nahezu gleichbleibenden Konjunktur, des leichten demografischen Rückgangs und der steigenden Anzahl unbesetzter Ausbildungsplätze von 2014 auf 2015 um ca. 0,9% reduziert. Die Auswirkungen politischer Initiativen, wie beispielsweise die Beschlüsse der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ vom 12. Dezember 2014, kann PROSIMA auf Grundlage der bis 2014 vorliegenden Vergangenheitsdaten nicht abschätzen. Sollten die in der „Allianz“ beschlossenen Ziele, „die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze und die Zahl der ausbildungsbereiten Betriebe zu erhöhen“ (Allianz für Aus- und Weiterbildung 2015–2018, S. 3), erreicht werden, so wäre davon aus-

zugehen, dass sich das Angebotspotenzial nicht reduziert und gegebenenfalls sogar erhöht. Aufgrund noch vorhandener Altbewerber/-innen und eines vergleichsweise geringen Rückgangs an Schulabgängern und Schulabgängerinnen wird für das Nachfragepotenzial 2015 im Vergleich zu 2014 lediglich ein Rückgang um 0,5% vorhergesagt.

Entwicklung von Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage

→ **Tabelle A2.2-1** zeigt die Ergebnisse der Vorausschätzung für das Jahr 2015 unter der Annahme, dass das Angebotspotenzial entsprechend der bisherigen Entwicklung um 0,9% im Vergleich zum Vorjahr zurückgeht. Das tatsächlich bereitgestellte Ausbildungsangebot würde dann 542.300 Plätze betragen und läge damit ebenfalls unter dem Wert des Jahres 2014.²⁶ Der Rückgang betrifft aufgrund der prognostizierten zurückgehenden Bereitschaft, Ausbildungsplätze bereitzustellen, vor allem die

26 Unter Berücksichtigung des üblichen Schätzfehlers ist der tatsächliche Wert des Ausbildungsplatzangebots mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% im Bereich zwischen 524.700 und 560.00 zu vermuten.

Tabelle A2.2-1: **Einschätzung der Ausbildungsmarktentwicklung zum 30. September 2015**

	Ist-Wert 2014	Prognose für 2015				
		Untere Grenze des Vertrauensintervalls	Punktschätzung durch PROSIMA	Obere Grenze des Vertrauensintervalls	Veränderung gegenüber 2014	Standardabweichung der Punktschätzung ¹
Ausbildungsplatzangebot (in Tsd.)	559,3	524,7	542,3	560,0	-17,0	9,0
Unbesetzte Ausbildungsplätze (in Tsd.)	37,1	27,3	37,0	46,7	-0,1	4,9
Ausbildungsplatznachfrage (erweiterte Definition) (in Tsd.)	603,4	568,9	583,5	598,1	-19,9	7,5
Ausbildungsplatznachfrage (alte Definition) (in Tsd.)	543,1	511,4	524,9	538,3	-18,2	6,8
Unversorgte Bewerber (in Tsd.)	20,9	15,2	19,5	23,8	-1,4	2,2
Noch suchende Bewerber mit Alternative zum 30.09. (in Tsd.)	60,3	54,4	58,6	62,9	-1,7	2,2
Angebots-Nachfrage-Relation (erweiterte Definition)	92,7	90,8	93,0	95,1	+0,3	1,1
Angebots-Nachfrage-Relation (alte Definition)	103,0	101,2	103,3	105,5	+0,3	1,1
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (in Tsd.)	522,2	492,0	505,4	518,7	-16,8	6,8

¹ Maß für die Unsicherheit der Punktschätzung. Durch Verdoppelung der Standardabweichung lässt sich ungefähr der Wertebereich nach unten und oben abschätzen (Vertrauensintervall), innerhalb dessen der wahre Wert zu vermuten ist (bei fünfprozentiger Irrtumswahrscheinlichkeit).

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung; Bundesagentur für Arbeit; Lösch/Maier (2015)

BIBB-Datenreport 2015

Zahl der Neuabschlüsse von Ausbildungsverträgen, die um circa 16.800 Verträge fallen und einen Punktwert von 505.400 erreichen wird. Das Vertrauensintervall liegt bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% bei 492.000 bis 518.700 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen.²⁷ Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen bliebe nahezu konstant auf dem Wert des Vorjahres bei 37.000 Plätzen. Der leichte Rückgang des Nachfragepotenzials würde dazu führen, dass die Zahl der unversorgten Bewerber ebenfalls leicht auf 19.500 Personen und die Zahl der unversorgten Bewerber mit Alternative auf 58.600 Personen zurückgehen sollte. Nach der erweiterten Ausbildungsplatznachfrage wäre somit in 2015 mit einem Rückgang von 19.900 Ausbildungsplatznachfragern im Vergleich zu 2014 zu rechnen. Es verblieben damit noch rund 583.500 Nachfrager.²⁸

Der Rückgang der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und der unbesetzten Ausbildungsstellen ist, wie im Abschnitt zuvor geschildert, vor allem von einer empirisch ermittelten zurückgehenden Bereitschaft der Unternehmen, Praxen und Verwaltungen abhängig, trotz vergangener erfolgloser Bewerbungen weiter nach Ausbildungsinteressierten zu suchen und ihre Ausbildungsstellen auch bei der Bundesagentur für Arbeit zu melden. Inwieweit die „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ nicht nur zu einer höheren Meldequote, sondern auch zu einer höheren Ausbildungsbereitschaft insgesamt führt, ist nach derzeitigem Datenstand nicht ermittelbar. Jedoch ergibt sich die Möglichkeit, über eine Szenario-Rechnung die Auswirkung einer günstigeren Entwicklung des Angebotspotenzials auf die tatsächlich bereitgestellten Ausbildungsplätze zu analysieren.

Nimmt man an, dass die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen, Praxen und Verwaltungen nicht um 0,9% zurückgeht, sondern auf dem Niveau des Vorjahres verharrt, dann hätte dies lediglich einen Rückgang von 4.900 Stellen im Vergleich zum Jahr 2014 zur Folge. Die Zahl der tatsächlich bereitgestellten Ausbildungsplätze würde dann 554.400 betragen, was jedoch mit einem

27 Wie in der richtig vorhergesagten Entwicklung in 2014 würde der Rückgang der Neuabschlüsse vor allem im Bereich von Industrie und Handel stattfinden (-2% im Vergleich zu 2014), da der demografische Rückgang das Handwerk bereits in den Vorjahren stark getroffen hat und hier die Neuabschlüsse nun auf einem konstanten Niveau von knapp 141.000 zu stagnieren scheinen.

28 Unter Berücksichtigung des üblichen Schätzfehlers ist der tatsächliche Wert der erweiterten Ausbildungsplatznachfrage mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% im Bereich zwischen 568.900 und 598.100 zu vermuten.

leichten Anstieg der unbesetzten Ausbildungsplätze auf 42.000 verbunden wäre.²⁹ Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge würde dann nur um 9.800 Verträge auf 512.400 fallen.³⁰ Auch die Angebots-Nachfrage-Relation würde sich aus Sicht der Bewerberinnen und Bewerber etwas verbessern. Anstelle von 93,0 (erweiterte Definition) bzw. 103,3 (alte Definition) Ausbildungsplatzangebote auf 100 Ausbildungsnachfragende kämen dann 94,1 (erweiterte Definition)³¹ bzw. 104,3 (alte Definition)³² angebotene Plätze → **Tabelle A2-1**. In beiden Fällen wird sich aber weiterhin die Situation aus Sicht der Jugendlichen im Vergleich zum Jahr 2014 verbessern.

Die Simulationsergebnisse zeigen, dass bereits geringe Veränderungen im Angebotspotenzial einen erheblichen Einfluss auf das tatsächlich zur Verfügung gestellte Angebot an Ausbildungsplätzen haben. Vor dem Hintergrund der in der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ gesteckten Ziele ist deshalb davon auszugehen, dass die empirisch prognostizierte Punktschätzung von 505.400 neuen Ausbildungsverträgen eine Art Untergrenze der zur erwartenden Entwicklung darstellt. Sollte es gelingen, die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe bzw. als Messgröße das Angebotspotenzial auf dem Stand von 2014 zu halten, dann wäre gemäß PROSIMA mit einer deutlich weniger ungünstigen Entwicklung bei der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen zu rechnen. Um das Niveau des Vorjahres bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsstellen zu halten, müsste hingegen eine Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft gegenüber dem Vorjahr erreicht werden.

(Tobias Maier, Caroline Neuber-Pohl, Joachim Gerd Ulrich)

29 Das Vertrauensintervall liegt mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% beim Ausbildungsplatzangebot zwischen 536.800 und 572.000 Plätzen sowie zwischen 32.300 und 51.600 unbesetzten Ausbildungsstellen.

30 Unter Berücksichtigung einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% liegt das Vertrauensintervall der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zwischen 499.000 und 525.700 neuen Verträgen.

31 Das Vertrauensintervall liegt mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% zwischen 92,0 und 96,2.

32 Das Vertrauensintervall liegt mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% zwischen 102,2 und 106,5.

A3 Bildungsverhalten von Jugendlichen

A3.1 Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) führt gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) auf Weisung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im Abstand von 2 Jahren eine Befragung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch, die bei der BA als Ausbildungsstellenbewerber/-innen registriert waren. Die BA/BIBB-Bewerberbefragung findet jeweils nach Abschluss des aktuellen Vermittlungs- bzw. Berichtsjahres statt und verfolgt das Ziel, die Daten der Ausbildungsmarktstatistik der BA (vgl. Kapitel A1.3) durch wichtige zusätzliche Informationen zu ergänzen. Durch die Erhebung können detaillierte Angaben zu den Such- und Bewerbungsprozessen der Ausbildungsstellenbewerber/-innen, zu ihren schulischen Voraussetzungen und ihrem Verbleib gewonnen werden. Insbesondere ist es auch möglich, 2 Bewerbergruppen genauer zu untersuchen, die im Rahmen der Ausbildungsmarktstatistik der BA derzeit nicht exakt identifiziert werden können: die Altbewerber/-innen und die Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund. Zudem kann festgestellt werden, welchen Weg die offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen eingeschlagen haben, für die die Vermittlungsbemühungen eingestellt wurden, da sie sich bei den Arbeitsagenturen oder Jobcentern nicht mehr zurückgemeldet hatten. Für diese 3 bildungspolitisch besonders relevanten Bewerbergruppen werden nachfolgend erste Ergebnisse aus der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014 **E** dargestellt.

E BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014

Hierbei handelt es sich um eine schriftlich-postalische Repräsentativbefragung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die im Vermittlungsjahr 2014 (1. Oktober 2013 bis 30. September 2014) bei den Arbeitsagenturen und den Jobcentern in gemeinsamer Trägerschaft (JcGE) als Ausbildungsstellenbewerber/-innen gemeldet waren. Aus datenschutzrechtlichen Gründen konnten Bewerber/-innen aus dem Zuständigkeitsbereich von Jobcentern in kommunaler Trägerschaft (JcKT) nicht berücksichtigt werden. Die BA zog für die Erhebung eine Stichprobe aus der Grundgesamtheit von 478.162 Bewerbern und Bewerberinnen, die ihren Wohnsitz in Deutschland hatten.

11.886 zufällig ausgewählte Bewerber/-innen erhielten den Fragebogen zugesandt (Bruttostichprobe). Nach Abschluss der Erhebungsphase, die von November bis Ende Dezember 2014 dauerte, lagen rund 3.300 weitgehend vollständig ausgefüllte und auswertbare Fragebogen vor (Nettostichprobe). Die Rücklaufquote betrug somit 28%. Die Erhebungsdaten wurden über eine Soll-Ist-Anpassung nach den Merkmalen Wohnregion und offiziell registrierter Verbleib der Bewerber/-innen gewichtet.³³

A3.1.1 Merkmale und Verbleib unterschiedlicher Gruppen von Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen

Altbewerber und Altbewerberinnen

Nach der Ausbildungsmarktstatistik der BA lag der Anteil der aus früheren Schulentlassjahrgängen stammenden Bewerber/-innen an allen bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen im Berichtsjahr 2014 bei 42,1% (vgl. Kapitel A1.3). Ob sich die Bewerber/-innen, die die Schule bereits in Vorjahren verlassen haben und daher in der Vergangenheit oft als „Altbewerber/-innen“ bezeichnet wurden, tatsächlich schon früher einmal um eine Ausbildungsstelle beworben hatten, geht aus der BA-Statistik allerdings nicht hervor.³⁴ Eine eindeutige Abgrenzung des Personenkreises der Altbewerber/-innen ist demgegenüber bei der BA/BIBB-Bewerberbefragung möglich. Dort wird nicht nur erfasst, ob sich die Bewerber/-innen bereits in vorherigen Jahren um eine Ausbildungsstelle beworben hatten, sondern auch, für welches Ausbildungsjahr sie erstmals den Beginn ihrer Ausbildung anstrebten.

Das BIBB geht bei seinen Analysen auf Grundlage der BA/BIBB-Bewerberbefragung von folgender Definition aus: Altbewerber/-innen sind „all diejenigen Personen, die angeben, sich bereits einmal für einen früheren Ausbildungsbeginn als den des jeweils aktuellen Ausbildungsjahres

³³ Weitere Informationen zu den BA/BIBB-Bewerberbefragungen sind abrufbar unter www.bibb.de/de/4730.php.

³⁴ Aus diesem Grund weist die BA inzwischen zusätzlich Angaben über die gemeldeten Bewerber/-innen aus, die nicht nur im aktuellen Berichtsjahr, sondern bereits auch in einem früheren Berichtsjahr mit Unterstützung einer Arbeitsagentur oder eines Jobcenters eine Ausbildungsstelle gesucht haben (vgl. **E** in Kapitel A1.3).

Tabelle A3.1.1-1: Merkmale der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2014

Merkmale	Altbewerber/-innen				Sonstige Bewerber/-innen
	Insgesamt	darunter:			
		in %	Vorjahr in %	Vorvorjahr in %	noch früher in %
Geschlecht					
männlich	48	48	49	48	53
weiblich	52	52	51	52	47
Alter					
16 Jahre und jünger	2	4	2		24
17 Jahre	10	14	7	2	29
18 Jahre	16	20	18	3	16
19 bis 20 Jahre	35	38	40	23	19
21 Jahre und älter	36	22	32	72	11
Migrationshintergrund					
ohne Migrationshintergrund	73	71	72	81	73
mit Migrationshintergrund	26	28	28	19	26
Höchster Schulabschluss					
kein Hauptschulabschluss	2	2	2	2	2
Hauptschulabschluss	30	30	31	28	27
mittlerer Schulabschluss	47	46	45	48	55
(Fach-)Hochschulreife	21	22	22	22	17
Insgesamt¹	100	100	100	100	100

¹ Aufgrund von fehlenden Angaben oder Rundungsungenauigkeiten beträgt die Summe der einzelnen Prozentanteile nicht immer exakt 100%.

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014

BIBB-Datenreport 2015

beworben zu haben“ (vgl. **E** in Kapitel A1.3; Ulrich/Krekel 2007). Nach dieser Definition ergab sich auf Basis der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014 eine Altbewerberquote von 28% bezogen auf alle Ausbildungsstellenbewerber/-innen des Berichtsjahrs 2014.³⁵ Bei den männlichen Bewerbern betrug die Altbewerberquote 26%, bei den Bewerberinnen fiel sie mit 30% merklich höher aus.

In der Gruppe der Altbewerber/-innen lag der Männeranteil mit 48% niedriger als der Frauenanteil (52%) → **Tabelle A3.1.1-1**. In der Gruppe der sonstigen Bewerber/-innen³⁶ war dies umgekehrt: Hier nahmen Männer einen deutlich höheren Anteil als Frauen ein (53% vs. 47%). Die Altbewerber/-innen hatten im Durchschnitt bereits ein höheres Alter erreicht: So waren 87% schon volljährig, während dies auf nur 46% der anderen Be-

werber/-innen zutraf. Jugendliche mit Migrationshintergrund **E** waren unter den Altbewerbern und Altbewerberinnen mit einem Anteil von 26% nicht stärker vertreten als unter den sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen (26%). Die Schulabschlüsse unterschieden sich zwischen den beiden Bewerbergruppen zum Teil deutlich: So verfügten Altbewerber/-innen im Vergleich zu sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen häufiger über einen Hauptschulabschluss (30% vs. 27%) und die (Fach-)Hochschulreife (21% vs. 17%), aber erheblich seltener über einen mittleren Schulabschluss (47% vs. 55%). Dies lässt sich damit erklären, dass die in früheren Jahren erfolglosen Bewerber/-innen mit mittlerem Schulabschluss relativ häufig z. B. durch den Besuch einer Fachoberschule oder höheren Handelsschule noch einen höheren Schulabschluss erworben hatten.

Hinsichtlich der Schulnoten schnitten die Bewerber/-innen, die sich bereits in Vorjahren um einen Ausbildungsplatz bemüht hatten, nicht immer ganz so gut ab wie die sonstigen Bewerber/-innen: Bei den Altbewerbern/Altbewerberinnen mit einem mittleren Schulabschluss fielen die Mathematiknoten im Durchschnitt

35 Für 3% der in der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014 befragten Ausbildungsstellenbewerber/-innen konnte der Status nicht geklärt werden, da die Frage zu früheren Bewerbungen um eine Ausbildungsstelle nicht beantwortet wurde. Die tatsächliche Altbewerberquote könnte somit leicht unterschätzt sein.

36 Zu den sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen wurden die Befragungspersonen gerechnet, die sich früher noch nicht um eine Ausbildungsstelle beworben hatten oder für die dies aufgrund fehlender Angaben nicht geklärt werden konnte.

Tabelle A3.1.1-2: **Verbleib der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2014 zum Jahresende 2014**

Aktueller Verbleib	Altbewerber/-innen				Sonstige Bewerber/-innen
	Insgesamt	darunter:			
		Vorjahr	Vorvorjahr	noch früher	
in %	in %	in %	in %	in %	
betriebliche Ausbildung in BBiG/HwO-Beruf	37	42	35	29	41
außerbetriebliche/schulische Ausbildung in BBiG/HwO-Beruf ¹	8	5	12	11	5
Ausbildung in einem Schulberuf, sonstige Berufsausbildung	7	8	7	4	8
Studium	3	3	4	2	4
allgemeinbildende Schule	2	2	2	1	8
berufsbildende Schule (teilqualifizierend)	3	4	4	3	11
schulisches BVJ, BEJ, BOJ sowie BGJ ²	2	2	1	1	3
berufsvorbereitende Maßnahme	4	4	3	4	4
betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ)	1	1	1	1	1
Praktikum	1	2	1	1	1
freiwilliger Wehrdienst, Bundesfreiwilligendienst, freiwilliges soziales bzw. ökologisches Jahr	1	1	1	1	2
Erwerbstätigkeit	5	2	4	10	1
Jobben	7	6	6	8	4
arbeitslos, ohne Beschäftigung	16	14	16	17	6
Sonstiges (z. B. aus privaten Gründen zu Hause, Auslandsaufenthalt)	3	2	3	6	1
Insgesamt³	100	100	100	100	100

¹ Einschließlich der Fälle, in denen die Ausbildungsform nicht klar erkennbar war.

² BVJ: Berufsvorbereitungsjahr; BEJ: Berufseinstiegsjahr; BOJ: Berufsorientierungsjahr; BGJ: Berufsgrundbildungsjahr.

³ Aufgrund von Rundungsungenauigkeiten beträgt die Summe der einzelnen Prozentanteile nicht immer exakt 100%.

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014

BIBB-Datenreport 2015

etwas schlechter aus (3,2 vs. 3,0), und bei denjenigen mit (Fach-)Hochschulreife waren sowohl die Deutschnoten (2,9 vs. 2,7) als auch die Mathematiknoten (3,2 vs. 2,9) schwächer. Altbewerber/-innen mit maximal Hauptschulabschluss unterschieden sich in den Schulnoten dagegen im Durchschnitt kaum von den vergleichbaren sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen.

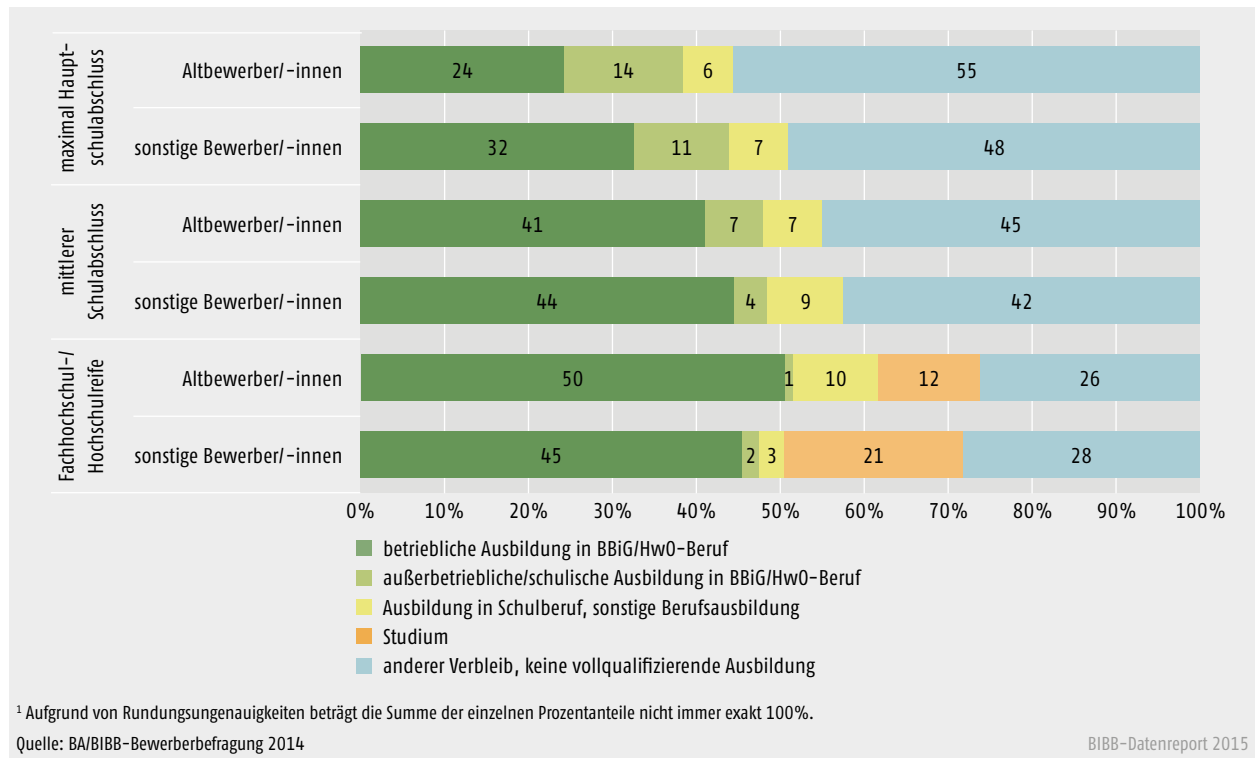
Zum Jahresende 2014 befanden sich 37% der Altbewerber/-innen des Berichtsjahrs 2014 in einer betrieblichen Berufsausbildung nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO), 8% in einer außerbetrieblichen oder schulischen Ausbildung in einem BBiG/HwO-Beruf und 7% in einer Ausbildung in einem Schulberuf³⁷ bzw. in einer sonstigen vollqualifizierenden Ausbildungsform, z. B. einer Ausbildung in einer Beamtenlaufbahn → [Tabelle A3.1.1-2](#). Die sonstigen Bewerber/-innen

waren demgegenüber häufiger in einer betrieblichen Ausbildung verblieben (41%) und seltener in einer nicht betrieblichen BBiG/HwO-Ausbildung (5%).

Je länger die erstmalige Bewerbung um eine Ausbildungsstelle zurücklag, desto seltener waren Altbewerber/-innen am Jahresende 2014 in einer betrieblichen Berufsausbildung anzutreffen. Hatten sie sich erstmalig im Vorjahr beworben, so lag der Anteil derjenigen, die in betrieblicher Ausbildung verblieben waren, bei 42% und sank auf 35%, wenn die Erstbewerbung bereits 2 Jahre zuvor erfolgte, bzw. 29%, wenn sie noch früher stattgefunden hatte. Dagegen waren Altbewerber/-innen, die sich schon vor mehreren Jahren erstmals beworben hatten, häufiger in einer außerbetrieblichen oder schulischen Ausbildung in einem BBiG/HwO-Beruf vertreten: Die entsprechenden Anteile erhöhten sich von 5% bei einer Erstbewerbung im Vorjahr auf 12% bei einer ersten Bewerbung vor 2 Jahren bzw. 11% bei einer noch früheren Bewerbung.

37 Hierunter wird die Berufsausbildung außerhalb BBiG/HwO, d. h. nach sonstigen bundes- oder landesrechtlichen Regelungen, verstanden.

Schaubild A3.1.1-1: **Verbleib der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2014 zum Jahresende 2014 nach Schulabschluss (in %)**¹



Wird das Studium mit eingerechnet, war am Ende des Jahres 2014 für insgesamt 56% der Altbewerber/-innen und 58% der sonstigen Bewerber/-innen ein Verbleib in einer vollqualifizierenden Ausbildungsform zu verzeichnen. 2% der Altbewerber/-innen und 8% der sonstigen Bewerber/-innen besuchten weiterhin eine allgemeinbildende Schule. 11% der Altbewerber/-innen und 20% der sonstigen Bewerber/-innen befanden sich in einem teilqualifizierenden Bildungsgang oder einer teilqualifizierenden Maßnahme (teilqualifizierende berufsbildende Schule³⁸, schulisches Berufsvorbereitungsjahr o. Ä., berufsvorbereitende Maßnahme der Arbeitsagentur bzw. des Jobcenters, Einstiegsqualifizierung, Praktikum). Dass Altbewerber/-innen seltener in diesem teilqualifizierenden Bereich verblieben waren, lässt sich damit erklären, dass viele von ihnen bereits früher an entsprechenden Bildungsgängen oder Maßnahmen teilgenommen hatten.

Eine Erwerbstätigkeit oder einen Job übten 11% der Altbewerber/-innen, aber nur 5% der sonstigen Bewerber/-innen aus. 16% der Altbewerber/-innen waren arbeitslos bzw. ohne Beschäftigung, gegenüber 6% der übrigen Bewerber/-innen. Der Anteil der Arbeits- bzw. Beschäftigungslosen unter den Altbewerbern und Altbewerberinnen lag umso höher, je früher sie sich erstmals um eine Ausbildungsstelle beworben hatten; er stieg von 14% bei einer Erstbewerbung im Vorjahr auf 16% bzw. 17% an, wenn die erste Bewerbung bereits vor 2 oder mehr Jahren erfolgte.

Der Verbleib der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen unterschied sich relativ stark je nach Schulabschluss → **Schaubild A3.1.1-1**. Altbewerber/-innen mit maximal Hauptschulabschluss befanden sich am seltensten in betrieblicher Ausbildung, und zwar erheblich seltener als vergleichbare andere Bewerber/-innen (24% vs. 32%). Bei einem mittleren Schulabschluss verblieben beide Gruppen deutlich häufiger in betrieblicher Ausbildung, wobei Altbewerber/-innen aber wiederum etwas ungünstiger abschnitten (41% vs. 44%).

38 Auch der Besuch beruflicher Schulen, in der die Hochschulzugangsberechtigung erworben werden konnte, wie z. B. Fachoberschule oder höhere Handelsschule, ist hierunter berücksichtigt worden.

Bei Vorliegen der (Fach-)Hochschulreife war dagegen für Altbewerber/-innen häufiger ein Verbleib in betrieblicher Ausbildung zu verzeichnen als für sonstige Bewerber/-innen (50% vs. 45%).

Obwohl Altbewerber/-innen mit maximal Hauptschulabschluss deutlich öfter als vergleichbare sonstige Bewerber/-innen eine außerbetriebliche oder schulische BBiG/HwO-Ausbildung wahrnehmen konnten, waren sie insgesamt gesehen am seltensten in einer vollqualifizierenden Ausbildung anzutreffen (44% vs. 51%). Am häufigsten war dagegen für studienberechtigte Altbewerber/-innen ein Verbleib in vollqualifizierender Ausbildung (einschließlich Studium) zu verzeichnen (74% vs. 71%), und zwar obwohl sie erheblich seltener ein Studium aufgenommen hatten als die vergleichbaren anderen Bewerber/-innen.

Die bei der BA gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen hatten in der Regel ursprünglich eine betriebliche Ausbildung angestrebt. Die ungünstigeren Aussichten der überwiegend nicht-studienberechtigten Altbewerber/-innen, eine solche Ausbildungsmöglichkeit tatsächlich zu finden, schlugen sich in ihrer Bewertung des aktuellen Verbleibs deutlich nieder → **Schaubild A3.1.1-2**. So bezeichneten nur 30% der Altbewerber/-innen diesen als wunschgemäß, aber 43% der sonstigen Bewerber/-innen. 23% der Altbewerber/-innen schätzten ihren derzeitigen Verbleib dagegen als Notlö-

sung oder sogar als Sackgasse ein; dies traf bei den sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen nur auf 11% zu.

Bewerber und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund

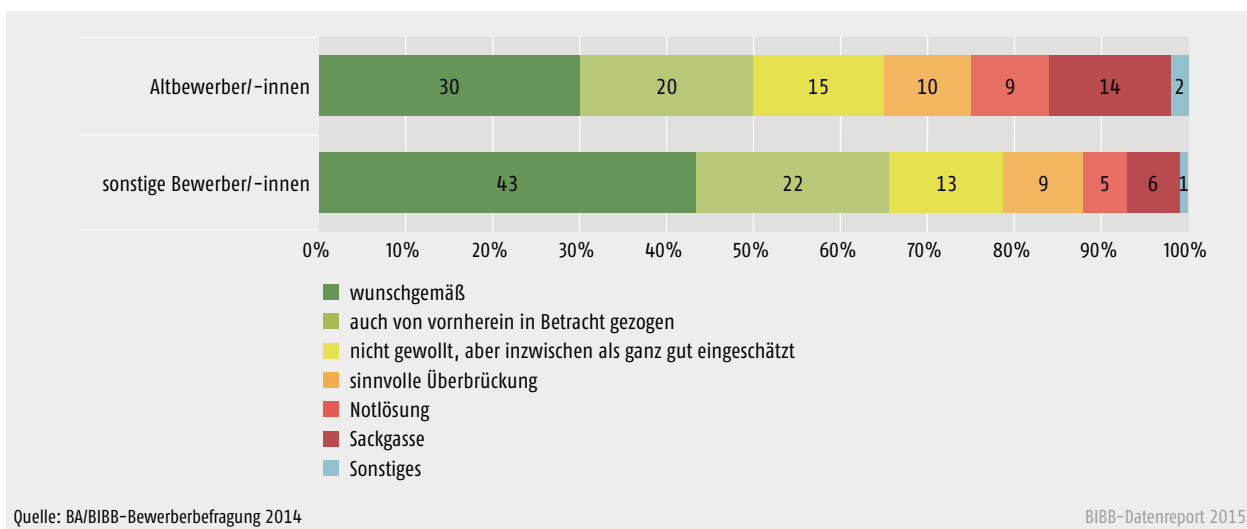
Während in der Ausbildungsmarktstatistik der BA lediglich die Nationalität der gemeldeten Bewerber/-innen ausgewiesen wird, ist es im Rahmen der BA/BIBB-Bewerberbefragung möglich, den Anteil der Personen mit Migrationshintergrund **E** unter den gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen festzustellen.

E Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund

Im Rahmen der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014 wurde der Migrationshintergrund wie folgt definiert: Bewerber/-innen, die in Deutschland geboren wurden und alleine die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und ausschließlich Deutsch als Muttersprache gelernt hatten, wurden als Deutsche ohne Migrationshintergrund eingeordnet; für alle anderen wurde von einem Migrationshintergrund ausgegangen.

Dieser Definition folgend konnte bei 26% der gemeldeten Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2014 ein Migrationshintergrund festgestellt werden. Bei 73% der Ausbildungsstellenbewerber/-innen handelte es sich um deut-

Schaubild A3.1.1-2: **Bewertung des aktuellen Verbleibs durch die Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2014**



sche Jugendliche ohne Migrationshintergrund.³⁹ Damit fiel der Migrantenanteil unter den gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen doppelt so hoch aus wie der Anteil der Bewerber/-innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (12,6%) (vgl. Kapitel A1.3).

Bewerber/-innen des Berichtsjahres 2014, die über einen Migrationshintergrund verfügten, waren häufiger älter als Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund → Tabelle A3.1.1-3. Während 66% der Migranten und Migrantinnen bereits volljährig waren, lag der Anteil der volljährigen Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund bei 54%. Ein Grund hierfür dürfte darin liegen, dass der Übergang in Berufsausbildung für Migranten und Migrantinnen im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund nach wie vor schwieriger und langwieriger ist (vgl. Kapitel A3.2; Beicht/Walden 2014c). Was die Schulabschlüsse betrifft, so schnitten Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund etwas ungünstiger ab: 34% der Migranten und Migrantinnen hatten maximal einen Hauptschulabschluss erreicht, bei den Bewerbern und Bewerberinnen ohne Migrationshintergrund waren es dagegen nur 28%. Im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund verfügten Migranten und Migrantinnen seltener über einen mittleren Schulabschluss (49% vs. 54%) und etwas seltener über die Fachhoch- bzw. Hochschulreife (17% vs. 18%).

Hinsichtlich der Schulnoten zeigten sich kaum größere Unterschiede zwischen den Bewerbern und Bewerberinnen mit und ohne Migrationshintergrund. Lediglich bei den Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen mit Studienberechtigung wiesen Jugendliche ohne Migrationshintergrund durchschnittlich bessere Deutschnoten auf als Jugendliche mit Migrationshintergrund (2,7 vs. 3,0). Bei den Jugendlichen mit mittleren Abschlüssen zeigte sich, dass Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund etwas bessere Zensuren in Mathematik erhalten hatten als Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund (3,0 vs. 3,2). Ebenso verhielt es sich bei Jugendlichen mit maximal einem Hauptschulabschluss. Hier wiesen Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund eine etwas bessere Durchschnittsnote (3,3) auf als solche mit Migrationshintergrund (3,5).

39 Für 1% der Befragten konnte der Status nicht geklärt werden, da weder Antworten zum Geburtsort noch zur Staatsangehörigkeit oder erlernten Muttersprache vorlagen, diese Fälle werden von den weiteren Analysen ausgeschlossen.

Tabelle A3.1.1-3: Merkmale der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2014

Merkmale	Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund	Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund
	in %	in %
Geschlecht		
männlich	51	52
weiblich	49	48
Alter		
16 Jahre und jünger	14	20
17 Jahre	19	25
18 Jahre	18	15
19 bis 20 Jahre	25	23
21 Jahre und älter	22	16
Altbewerber/-innen		
Altbewerber/-innen	28	28
sonstige Bewerber/-innen	72	72
Höchster Schulabschluss		
kein Hauptschulabschluss	3	2
Hauptschulabschluss	31	27
mittlerer Schulabschluss	49	54
(Fach-)Hochschulreife	17	18
Insgesamt¹	100	100

¹ Aufgrund von fehlenden Angaben oder Rundungsungenauigkeiten beträgt die Summe der einzelnen Prozentanteile nicht immer exakt 100%.

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014

BIBB-Datenreport 2015

Zum Befragungszeitpunkt Ende 2014 befanden sich 29% der gemeldeten Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund in einer betrieblichen Berufsausbildung nach BBiG/HwO, 7% in einer außerbetrieblichen oder vollzeitschulischen Ausbildung nach BBiG/HwO und 8% in einer Berufsausbildung im Schulberufssystem oder einer sonstigen Berufsausbildung außerhalb BBiG/HwO. 2% der Migranten und Migrantinnen hatten ein Studium aufgenommen → Tabelle A3.1.1-4. Damit war weniger als die Hälfte (45%) der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in eine vollqualifizierende Ausbildung eingemündet. Demgegenüber konnten fast zwei Drittel (61%) der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund eine vollqualifizierende Ausbildung aufnehmen. Zurückzuführen ist die Diskrepanz im Verbleib zwischen den beiden Gruppen auf die höhere betriebliche Einmündungsquote von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund: Mit 44% war es den Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen ohne Migrationshintergrund wesentlich häufiger gelungen, eine betriebliche Ausbildungsstelle aufzunehm-

Tabelle A3.1.1-4: **Verbleib der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2014 zum Jahresende 2014**

Aktueller Verbleib	Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund	Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund
	in %	in %
betriebliche Ausbildung in BBiG/HwO-Beruf	29	44
außerbetriebliche/schulische Ausbildung in BBiG/HwO-Beruf ¹	7	6
Ausbildung in einem Schulberuf, sonstige Berufsausbildung	8	7
Studium	2	4
allgemeinbildende Schule	9	5
berufsbildende Schule (teilqualifizierend)	10	8
schulisches BVJ, BEJ, BOJ sowie BGJ ²	2	2
berufsvorbereitende Maßnahme	5	4
betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ)	1	1
Praktikum	2	1
freiwilliger Wehrdienst, Bundesfreiwilligendienst, freiwilliges soziales bzw. ökologisches Jahr	1	2
Erwerbstätigkeit	4	2
Jobben	7	4
arbeitslos, ohne Beschäftigung	11	8
Sonstiges (z. B. aus privaten Gründen zu Hause, Auslandsaufenthalt)	2	2
Insgesamt³	100	100

¹ Einschließlich der Fälle, in denen die Ausbildungsform nicht klar erkennbar war.

² BVJ: Berufsvorbereitungsjahr; BEJ: Berufseinstiegsjahr; BOJ: Berufsorientierungsjahr; BGJ: Berufsgrundbildungsjahr.

³ Aufgrund von Rundungsgenauigkeiten beträgt die Summe der einzelnen Prozentanteile nicht immer exakt 100%.

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014

BIBB-Datenreport 2015

men, als Jugendlichen mit Migrationshintergrund (29%). Die Verbleibe in einer außerbetrieblichen oder vollzeitschulischen Berufsausbildung nach BBiG/HwO (6%), in einer schulischen oder sonstigen Berufsausbildung (7%) oder in einem Studium (4%) fielen dagegen bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund ähnlich aus wie bei der Gruppe der Migranten und Migrantinnen. Dementsprechend häufiger waren Jugendliche mit Migrationshintergrund außerhalb einer vollqualifizierenden Berufsausbildung verblieben. So war ein Fünftel von ihnen (20%) in einen teilqualifizierenden Bildungsgang oder eine teilqualifizierende Maßnahme (teilqualifizierende berufsbildende Schule, schulisches Berufsvorbereitungsjahr o. Ä., berufsvorbereitende Maßnahme der Arbeitsagentur bzw. des Jobcenters, Einstiegsqualifizierung, Praktikum) eingemündet; dies traf ebenso auf 16% der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund zu. Auch in einer allgemeinbildenden Schule befanden sich Migranten und Migrantinnen zum Befragungszeitpunkt etwas häufiger (9% vs. 5%). Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund hatten etwas öfter eine Erwerbstätigkeit aufgenommen bzw. jobbten (11% vs. 5%) oder waren arbeitslos (11% vs. 8%).

Berücksichtigt man die Schulabschlüsse, wird zum einen deutlich, dass sowohl für Bewerber/-innen mit als auch ohne Migrationshintergrund der Anteil derjenigen, die eine betriebliche Ausbildungsstelle aufnehmen konnten, mit der Höhe des Schulabschlusses stieg → **Schaubild A3.1.1-3**. Erkennbar wird allerdings auch, dass selbst unter Berücksichtigung der Schulabschlüsse Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund seltener in einer betrieblichen Ausbildung verblieben als Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund. Während dieser Unterschied für die Bewerber/-innen mit maximal Hauptschulabschluss mit 8 Prozentpunkten noch relativ gering ausfällt, schlägt er bei den Jugendlichen mit mittleren Schulabschlüssen deutlich ins Gewicht. So waren von den betreffenden Bewerbern und Bewerberinnen, die keinen Migrationshintergrund aufwiesen, 48% in einer betrieblichen Ausbildungsstelle verblieben, während die betriebliche Einmündungsquote bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund lediglich bei 30% lag. Diese Diskrepanz reduzierte sich zwar in der Gruppe der Personen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife etwas (35% vs. 51%). Darüber hinaus zeigte sich, dass auch bei alternativen

Schaubild A3.1.1-3: **Verbleib der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2014 zum Jahresende 2014 nach Schulabschluss (in %)**¹

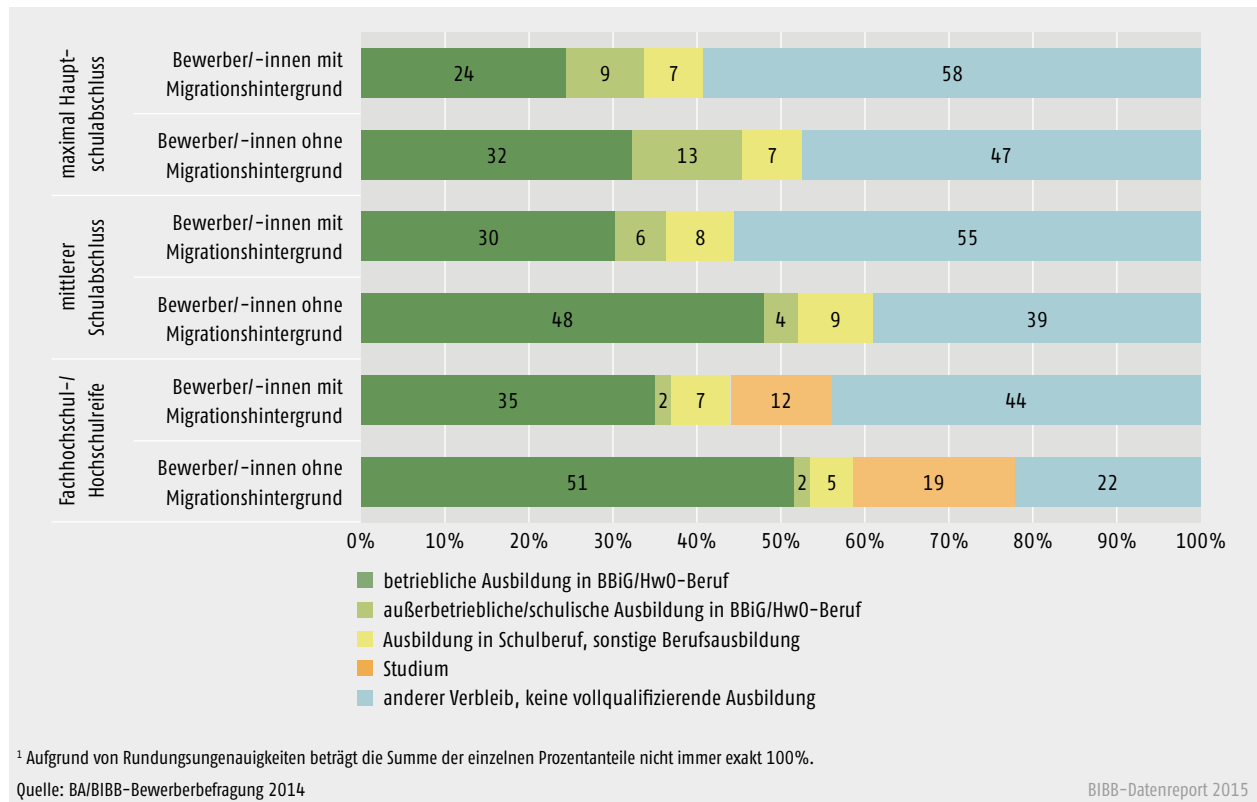
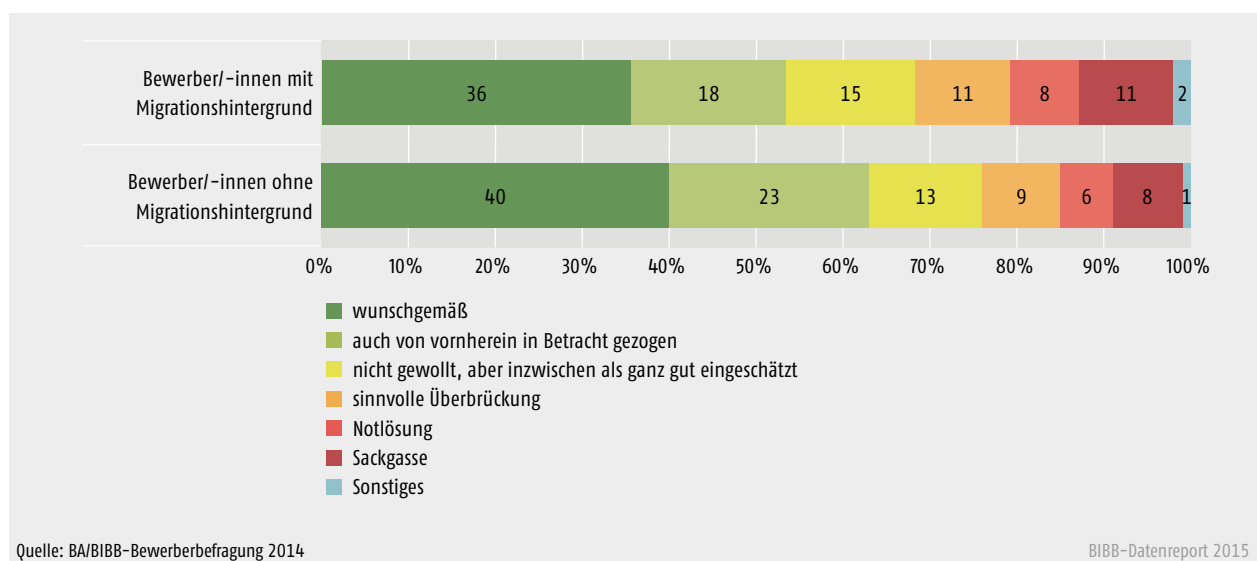


Schaubild A3.1.1-4: **Bewertung des aktuellen Verbleibs durch die Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2014**



vollqualifizierenden Ausbildungsformen Migranten und Migrantinnen mitunter seltener vertreten waren. So mündeten von den Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss 9% der Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund in eine außerbetriebliche oder schulische Ausbildung nach BBiG/HwO ein, aber 13% derjenigen ohne Migrationshintergrund.

Die geringeren Chancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, in eine betriebliche bzw. vollqualifizierende Berufsausbildung einzumünden, korrespondierten mit ihrer gegenwärtigen Situationseinschätzung. So bezeichneten Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund ihre aktuelle Situation seltener als wünschgemäß

(36% vs. 40%) und häufiger als Notlösung oder Sackgasse (18% vs. 13%) → [Schaubild A3.1.1-4](#).

Offiziell unbekannt verbliebene Bewerber/-innen

Im Berichtsjahr 2014 wurden für 16% der bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern in gemeinsamer Trägerschaft gemeldeten Bewerber/-innen die Vermittlungsbemühungen eingestellt, da sie sich nicht mehr zurückgemeldet hatten. Sie waren somit laut der Ausbildungsmarktstatistik der BA am Ende des Berichtsjahres offiziell unbekannt verblieben.⁴⁰ Welchen Verbleib diese Bewerber/-innen tatsächlich hatten, lässt sich im Rahmen der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014 feststellen.

Tabelle A3.1.1-5: **Verbleib der offiziell unbekannt verbliebenen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2014 zum Jahresende 2014**

Aktueller Verbleib	Offiziell unbekannt verbliebene Bewerber/-innen	Sonstige Bewerber/-innen
	in %	in %
betriebliche Ausbildung in BBiG/HwO-Beruf	9	46
außerbetriebliche/schulische Ausbildung in BBiG/HwO-Beruf ¹	1	7
Ausbildung in einem Schulberuf, sonstige Berufsausbildung	3	8
Studium	3	4
allgemeinbildende Schule	6	6
berufsbildende Schule (teilqualifizierend)	6	9
schulisches BVJ, BEJ, BOJ sowie BGJ ²	2	2
berufsvorbereitende Maßnahme	5	4
betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ)	1	1
Praktikum	2	1
freiwilliger Wehrdienst, Bundesfreiwilligendienst, freiwilliges soziales bzw. ökologisches Jahr	3	2
Erwerbstätigkeit	5	2
Jobben	14	3
arbeitslos, ohne Beschäftigung	34	4
Sonstiges (z. B. aus privaten Gründen zu Hause, Auslandsaufenthalt)	7	1
Insgesamt³	100	100

¹ Einschließlich der Fälle, in denen die Ausbildungsform nicht klar erkennbar war.

² BVJ: Berufsvorbereitungsjahr; BEJ: Berufseinstiegsjahr; BOJ: Berufsorientierungsjahr; BGJ: Berufsgrundbildungsjahr.

³ Aufgrund von Rundungungenauigkeiten beträgt die Summe der einzelnen Prozentanteile nicht immer exakt 100%.

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014

⁴⁰ Bezogen auf alle bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern (einschließlich der Jobcenter in kommunaler Trägerschaft) gemeldeten Bewerber/-innen betrug im Berichtsjahr 2014 der Anteil der unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen 17,5% (vgl. Kapitel A1.3).

Zum Jahresende 2014 befanden sich 9% der offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen des Berichtsjahres 2014 in einer betrieblichen Berufsausbildung nach BBiG/HwO, 1% in einer außerbetrieblichen oder schulischen Ausbildung in einem BBiG/HwO-Beruf, 3% in einer Ausbildung in einem Schulberuf bzw. in einer sonstigen Ausbildungsform und 3% in einem Studium → **Tabelle A3.1.1-5**. Insgesamt waren nur 15% der offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen in einer vollqualifizierenden Ausbildung. Bei den sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen, deren Verbleib den Arbeitsagenturen bzw. Jobcentern bekannt war oder für die die Vermittlungsbemühungen weiterliefen, betrug der entsprechende Anteil dagegen 65%.

6% der unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen besuchten am Jahresende 2014 eine allgemeinbildende Schule, und 17% befanden sich in einem teilqualifizierenden Bildungsgang oder einer teilqualifizierenden

Tabelle A3.1.1-6: Merkmale der offiziell unbekannt verbliebenen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2014

Merkmale	Offiziell unbekannt verbliebene Bewerber/-innen	Sonstige Bewerber/-innen
	in %	in %
Altbewerber/-in		
Altbewerber/-in	40	26
<i>davon:</i>		
Vorjahr	19	14
Vorvorjahr	9	6
noch früher	11	5
sonstige Bewerber/-in	60	74
Migrationshintergrund		
ohne Migrationshintergrund	66	75
mit Migrationshintergrund	34	24
Schulabschluss		
maximal Hauptschulabschluss	38	28
mittlerer Schulabschluss	46	54
(Fach-)Hochschulreife	16	18
Insgesamt¹	100	100

¹ Aufgrund von fehlenden Angaben oder Rundungsungenauigkeiten beträgt die Summe der einzelnen Prozentanteile nicht immer exakt 100%.

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014

BIBB-Datenreport 2015

Maßnahme (teilqualifizierende Berufsfachschule, Fachoberschule, schulisches Berufsvorbereitungsjahr o. Ä., berufsvorbereitende Maßnahme, Einstiegsqualifizierung, Praktikum). Bei den sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen lagen die entsprechenden Anteile etwa ebenso hoch.

Eine Erwerbstätigkeit oder einen Job hatten 19% der offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen aufgenommen, 34% waren arbeitslos bzw. ohne Beschäftigung, und 7% hatten einen sonstigen Verbleib, blieben z. B. aus privaten Gründen zu Hause. Die Anteile dieser eher ungünstigen Verbleibsformen fielen damit bei den unbekannt verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen beträchtlich höher aus als bei den sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen. Von diesen waren nur 5% erwerbstätig oder jobbten, 4% waren arbeitslos, und lediglich 1% hatte einen sonstigen Verbleib.

Unter den unbekannt verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen war der Anteil der Altbewerber/-innen (s. o.) relativ hoch: 40% von ihnen hatten sich bereits in früheren Jahren um eine Ausbildungsstelle beworben. Altbewerber/-innen, deren Erstbewerbung um einen Ausbildungsplatz bereits mindestens 2 Jahre zurücklag, waren bei den unbekannt verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen vergleichsweise stark vertreten → **Tabelle A3.1.1-6**. Dies deutet darauf hin, dass die Neigung, sich nicht mehr bei den Arbeitsagenturen bzw. Jobcentern zurückzumelden, nach längerer Ausbildungsplatzsuche zunahm. Besonders häufig waren unter den offiziell unbekannt verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen auch Jugendliche mit Migrationshintergrund (s. o.) sowie Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss anzutreffen.

Zusammenfassung

Im Berichtsjahr 2014 hatten sich von allen bei der BA gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen 28% bereits in früheren Jahren um eine Berufsausbildungsstelle beworben, waren also Altbewerber/-innen. Die Altbewerberquote war unter den Bewerberinnen höher als unter den männlichen Bewerbern. Altbewerber/-innen waren wesentlich häufiger bereits volljährig als die sonstigen Bewerber/-innen. In den schulischen Voraussetzungen unterschieden sich beide Gruppen deutlich: Altbewerber/-innen verfügten im Vergleich zu sonstigen Bewerber/-innen

bern und Bewerberinnen erheblich seltener über einen mittleren Schulabschluss, dagegen wiesen sie häufiger einen Hauptschulabschluss oder eine Studienberechtigung auf.

Die Aussichten, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten, waren insbesondere für Altbewerber/-innen mit maximal Hauptschulabschluss wesentlich geringer als für vergleichbare sonstige Bewerber/-innen. Auch bei Vorliegen eines mittleren Schulabschlusses verblieben Altbewerber/-innen seltener in betrieblicher Ausbildung. Verfügbaren Altbewerber/-innen hingegen über eine Studienberechtigung, so befanden sie sich am Jahresende deutlich häufiger in betrieblicher Ausbildung als die Vergleichsgruppe. Insgesamt gesehen waren die Altbewerber/-innen deutlich unzufriedener als die sonstigen Bewerber/-innen mit ihrer beruflichen Situation: Erheblich seltener bezeichneten sie diese als wunschgemäß und mehr als doppelt so oft als Notlösung oder Sackgasse.

Von den gemeldeten Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen des Berichtsjahres 2014 wiesen 26% einen Migrationshintergrund auf. Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund waren aufgrund der für sie oftmals schwierigeren Übergänge in Berufsausbildung im Durchschnitt älter als Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund, und sie verfügten über ungünstigere schulische Voraussetzungen, d. h., sie hatten seltener einen mittleren oder höheren Schulabschluss erreicht und wiesen häufiger maximal einen Hauptschulabschluss auf. Die im Schnitt niedrigeren Schulabschlüsse von Migrantinnen und Migranten können jedoch keinesfalls als alleinige Erklärung für ihre schlechteren Zugangschancen zu betrieblicher Ausbildung herangezogen werden. Denn auch bei gleichen Schulabschlüssen mündeten Jugendliche mit Migrationshintergrund wesentlich seltener in eine betriebliche Ausbildung ein als diejenigen ohne Migrationshintergrund, wobei die größten Unterschiede in der Gruppe der Bewerber/-innen mit mittlerem Schulabschluss auftraten.

Die offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen befanden sich am Jahresende 2014 nur selten in einer vollqualifizierenden Ausbildung, über ein Drittel war arbeitslos bzw. ohne eine Beschäftigung. Der Anteil der Altbewerber/-innen sowie Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund lag unter den offiziell unbekannt verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen relativ

hoch. Dies weist auf das Problem hin, dass gerade Jugendliche dieser „Risikogruppen“ von den Vermittlungs- und Unterstützungsbemühungen der Arbeitsagenturen und Jobcenter oft nicht mehr erreicht werden. Sie fallen damit nicht nur verstärkt aus der offiziellen Ausbildungsmarktstatistik heraus, sondern es besteht vor allem auch die Gefahr, dass viele dieser Jugendlichen auf Dauer ohne vollqualifizierende Ausbildung bleiben.

(Ursula Beicht, Julia Gei)

A3.1.2 Berufskonzepte Jugendlicher zu ausgewählten Ausbildungsberufen

In der BA/BIBB-Bewerberbefragung werden im Turnus von 2 Jahren Jugendliche und junge Erwachsene befragt, die bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) als Ausbildungsstellenbewerber/-innen registriert waren (vgl. Kapitel A3.1). Im Rahmen des BIBB-Forschungsprojekts „Bildungsorientierungen und -entscheidungen von Jugendlichen im Kontext konkurrierender Bildungsangebote“⁴¹ werden mithilfe der Daten der Bewerberbefragung 2014 u. a. die Vorstellungen untersucht, die Jugendliche und junge Erwachsene heutzutage von bestimmten Berufen haben. Dazu wurden den Befragten eine Reihe von Merkmalen vorgelegt, für die sie einschätzen sollten, ob ein bestimmter vorgegebener Beruf dieses Merkmal erfüllt.

Durch den Einsatz von verschiedenen Fragebogenversionen wurden Berufskonzepte für insgesamt 10 verschiedene Ausbildungsberufe ermittelt **E**. Bei der Hälfte der Berufe handelt es sich um Ausbildungsberufe mit Besetzungsproblemen, d. h. um Berufe, in denen in den vergangenen Jahren besonders viele angebotene Ausbildungsstellen bis zum Ende des Vermittlungsjahres (30. September) unbesetzt blieben (Matthes u. a. 2015; vgl. auch Schier/Ulrich 2014). Die anderen 5 Berufe waren hingegen eher durch Versorgungsprobleme geprägt. Hier blieben nur sehr wenig angebotene Ausbildungsstellen unbesetzt, dafür waren hohe Anteile an Bewerbern und Bewerberinnen, die bei der BA ihr Interesse an einer Ausbildung in diesen Berufen bekundet hatten, bis zum Ende des Vermittlungsjahres bei ihrer Ausbildungsstellensuche erfolglos → **Tabelle A3.1.2-1** (vgl. Kapitel A1.1). Mithilfe dieser gezielten Berufsauswahl lässt sich exemplarisch untersuchen, inwiefern sich die Berufskonzepte Jugendlicher zu Berufen mit und ohne Besetzungsprobleme unterscheiden.

Tabelle A3.1.2-1: **Ausgewählte Berufe mit Besetzungs- und Versorgungsproblemen, zu denen in der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014 die Berufskonzepte Jugendlicher abgefragt wurden**

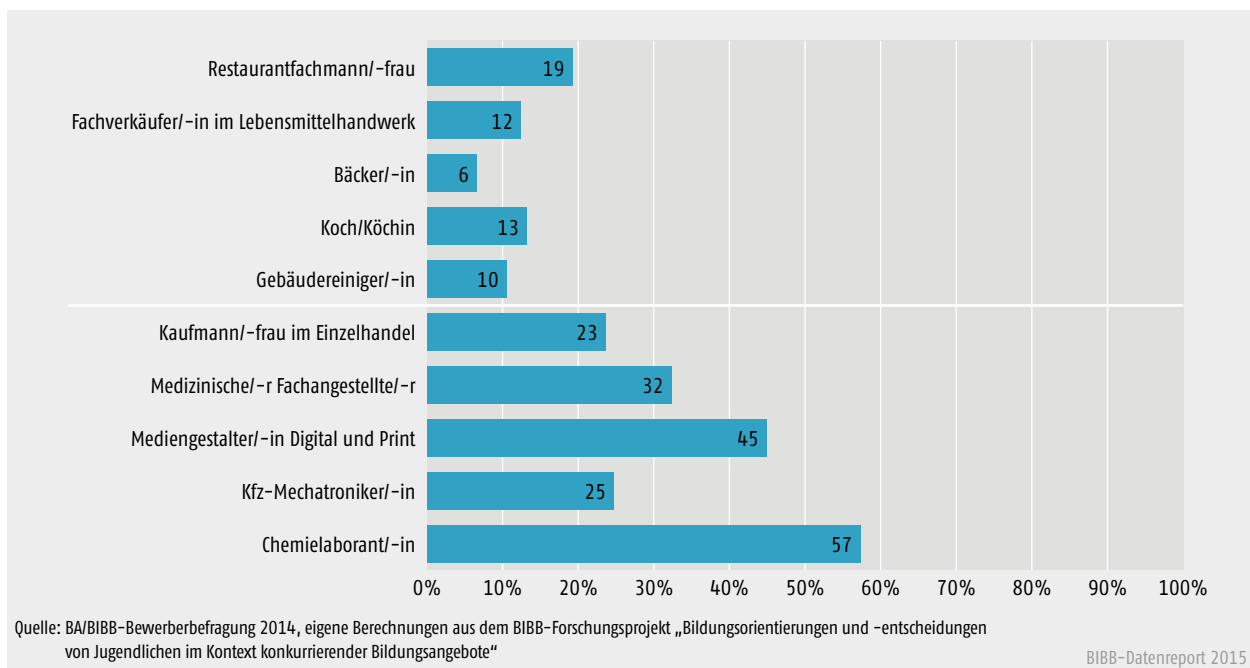
	Anteil der noch unbesetzten Stellen am betrieblichen Angebot (zum Stichtag 30.09.2014)	Anteil der noch suchenden Bewerber an der Nachfrage (zum Stichtag 30.09.2014)
Berufe mit Besetzungsproblemen		
Restaurantfachmann/-frau	34,4	8,4
Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk	30,0	5,5
Bäcker/-in	25,9	7,8
Koch/Köchin	19,7	9,5
Gebäudereiniger/-in	18,8	5,7
Berufe mit Versorgungsproblemen		
Kaufmann/-frau im Einzelhandel	7,3	19,9
Medizinische/-r Fachangestellte/-r	3,2	19,7
Mediengestalter/-in Digital und Print	2,5	31,0
Kraftfahrzeugmechatroniker/-in	2,3	15,1
Chemielaborant/-in	1,4	22,6

Quelle: BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September; Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum 30. September; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

⁴¹ Ziel des Projektes (Projekt-Nr. 2.1.310) ist es, bei nicht-studienberechtigten Jugendlichen individuelle, soziale und kontextuelle Bedingungen zu untersuchen, die zu einer Annäherung an vorhandene Ausbildungsangebote oder ihrer Ablehnung führen können. Aus den Analysen sollen praxisrelevante Handlungsempfehlungen abgeleitet werden (Granato u. a. 2014).

Schaubild A3.1.2-1: Anteil der Befragten, der für die aufgelisteten Berufe von einem hohen Einkommen ausgeht (in %)



E Erfassung von Berufskonzepten in der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014

In der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014 wurden die Teilnehmer/-innen gebeten anzugeben, wie typisch ihrer Meinung nach verschiedene Merkmale für einen bestimmten vorgegebenen Beruf seien („gar nicht“, „eher nicht“, „teilweise“, „eher“ oder „sehr“ typisch). Für die folgenden Auswertungen wurden die Antwortkategorien „eher“ und „sehr“ typisch zusammengefasst. Für jedes Berufsmerkmal wurde dann der prozentuale Anteil der Befragten berechnet, der eine dieser beiden Kategorien angekreuzt hat. Jeder der vorgegebenen 10 Berufe wurde von ca. 300 Befragten bewertet.

Im Folgenden werden 6 Merkmale betrachtet, die in der Diskussion über die Attraktivität von Berufen häufig genannt werden⁴²:

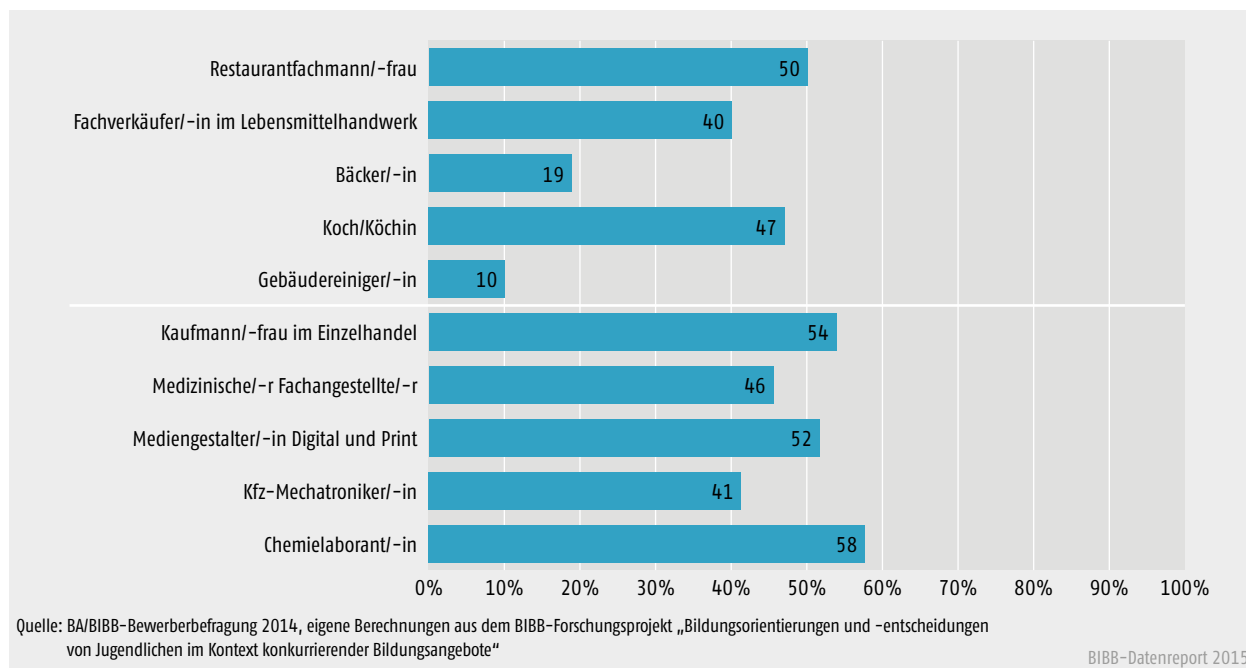
- ▶ ein hohes Einkommen haben,
- ▶ beruflich aufsteigen können,
- ▶ häufig mit moderner Technik arbeiten,

- ▶ eigene Ideen und Vorschläge einbringen,
- ▶ mit anderen Menschen zusammenkommen und -arbeiten,
- ▶ genug Zeit für Familie, Freunde und eigene Interessen haben.

In einigen dieser Berufsmerkmale unterscheiden sich aus Sicht der Jugendlichen Berufe mit vielen unbesetzten Ausbildungsplätzen und solche, in denen keine Besetzungsprobleme bestehen. Am deutlichsten trifft dies auf den Aspekt des Einkommens zu. Für die 5 Berufe mit Besetzungsproblemen geben jeweils weniger als 20% der Befragten an, dass sie dort ein hohes Einkommen erwarten. Die geringste Zustimmungquote weist hier der Beruf Bäcker/-in mit nur 7% auf, der Beruf Restaurantfachmann/-fachfrau kommt auf immerhin 19%, und die Berufe Gebäudereiniger/-in, Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk und Koch/Köchin erreichen Werte zwischen 10% und 13%. Bei den Berufen ohne Besetzungsprobleme fallen die Quoten zum Teil deutlich höher aus. Allerdings ist das Bild ein wenig gespalten, da für Kaufleute im Einzelhandel und Kfz-Mechatroniker/-innen nur knapp 25% der Befragten von einem hohen Einkommen ausgehen, während die Berufe Mediengestalter/-in Digital und Print und Chemielaborant/-in Zustimmungquoten von 45% bzw. 57% erzie-

⁴² Detailliertere Analysen zu den Berufskonzepten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden in einem BIBB-Report vorgestellt (Matthes u. a. in Vorbereitung).

Schaubild A3.1.2-2: Anteil der Befragten, der für die aufgelisteten Berufe von beruflichen Aufstiegschancen ausgeht (in %)



len. Bei Medizinischen Fachangestellten geht knapp ein Drittel der Befragten von einem hohen Einkommen aus → [Schaubild A3.1.2-1](#).

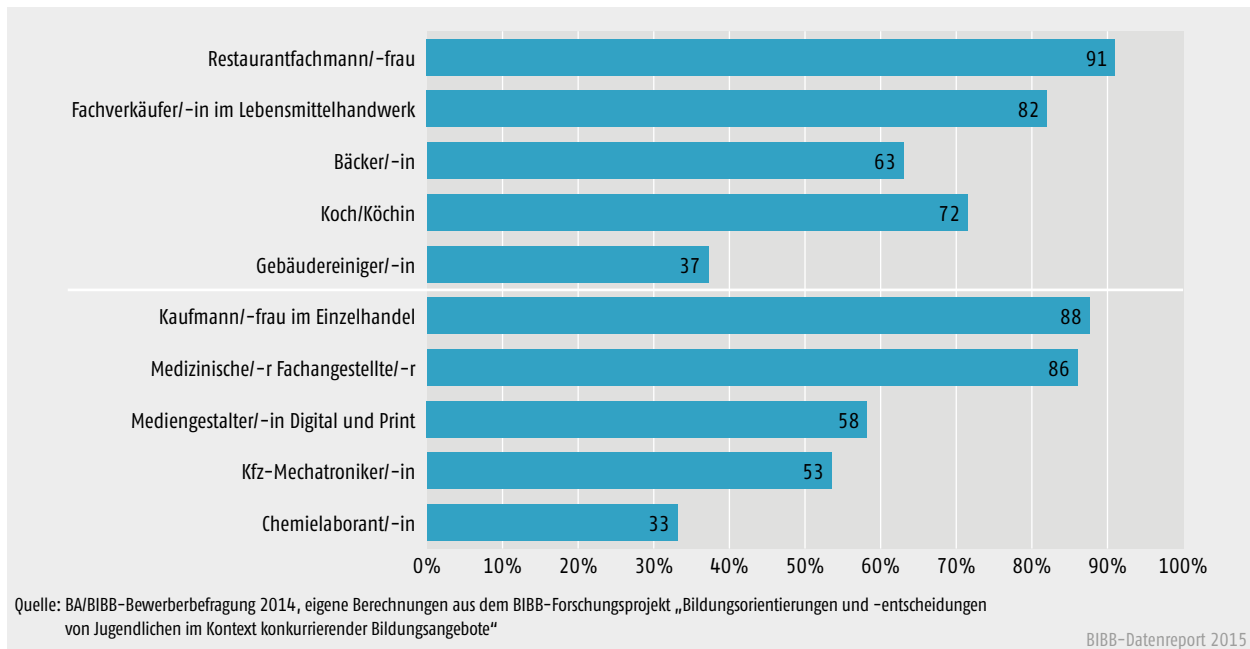
Im Hinblick auf die beruflichen Aufstiegschancen zeigt sich ein deutlich anderes Bild. Für die Mehrzahl der untersuchten Berufe gehen 40% bis 52% der Befragten davon aus, dass man dort beruflich aufsteigen kann; Berufe mit Besetzungsproblemen, wie z. B. Restaurantfachmann/-fachfrau oder Koch/Köchin, werden dabei teilweise sogar besser bewertet als z. B. der stark nachgefragte Beruf der/des Medizinischen Fachangestellten. Lediglich für die Berufe Kaufmann/-frau im Einzelhandel (54%) und Chemielaborant/-in (58%) werden die Aufstiegschancen noch besser eingeschätzt. Unter den Berufen mit Besetzungsproblemen fallen 2 Berufe mit sehr geringen Bewertungen auf: Für den Beruf Bäcker/-in erwarten nur 19% berufliche Aufstiegsmöglichkeiten, für die Gebäudereiniger/-innen tun dies sogar nur 10% → [Schaubild A3.1.2-2](#).

Ein ähnliches Gefälle wie beim hohen Einkommen ergibt sich für die Einschätzung, ob im entsprechenden Beruf häufig mit moderner Technik gearbeitet wird. Hier bewegt sich der Anteil derjenigen, die dies erwarten, für die Berufe mit Besetzungsproblemen zwischen 11%

(für die Restaurantfachleute) und 23% (für den Beruf Gebäudereiniger/-in). Die übrigen 3 Berufe mit vielen unbesetzten Ausbildungsplätzen liegen bei knapp über oder unter 20%. Die 3 hier abgefragten Berufe mit den geringsten Besetzungsproblemen, Chemielaborant/-in, Kfz-Mechatroniker/-in und Mediengestalter/-in Digital und Print, kommen auf Zustimmungsraten von 87%, 80% und 91%. Bei den Medizinischen Fachangestellten gehen 61% der Befragten davon aus, dass mit moderner Technik gearbeitet wird, bei den Einzelhandelskaufleuten hingegen nur 27%.

Im Gegensatz zu den Merkmalen „hohes Einkommen“, „berufliche Aufstiegschancen“ und „mit moderner Technik arbeiten“ zeigen sich bei anderen Merkmalen keine systematischen Unterschiede zwischen Berufen mit und ohne Besetzungsprobleme. Dies gilt z. B. für die Vorstellung, eigene Ideen in die Arbeit einbringen zu können. Hier liegt die Erwartung zwar für den Beruf Mediengestalter/-in Digital und Print am höchsten (85%), die 3 nächsthöchsten Zustimmungsraten erhalten aber Berufe, die mit Besetzungsproblemen zu kämpfen haben. In Bezug auf den Beruf Koch/Köchin gehen 70% der Befragten davon aus, dass Berufstätige dort ihre eigenen Ideen und Vorschläge einbringen können. Für die Restaurantfachleute erwarten dies etwas über, für die Bäcker/-innen etwas unter 50%.

Schaubild A3.1.2-3: Anteil der Befragten, der für die aufgelisteten Berufe davon ausgeht, mit Menschen zusammenzukommen und zusammenarbeiten (in %)



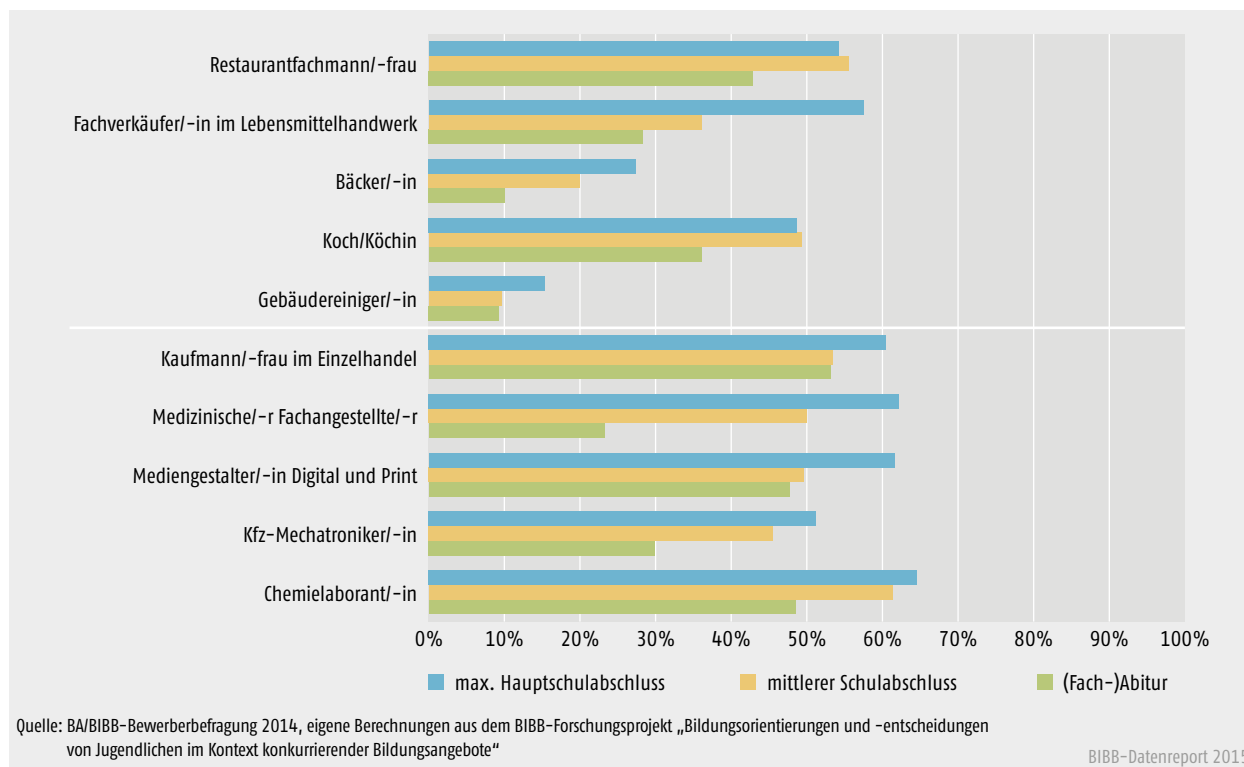
Am schlechtesten hinsichtlich der Gestaltungsmöglichkeiten schneidet der Beruf Gebäudereiniger/-in mit 12% ab. Auch in den Berufen Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk und Medizinische/-r Fachangestellte/-r wird die Chance, eigene Ideen einzubringen, gering eingeschätzt (24% bzw. 23%). In Bezug auf dieses Merkmal im Mittelfeld liegen die Berufe Kfz-Mechatroniker/-in (33%), Kaufmann/-frau im Einzelhandel (39%) und Chemielaborant/-in (43%).

Ein Merkmal, das nach Einschätzung der Befragten auf alle untersuchten Berufe zu einem größeren Teil zutrifft, ist das Zusammenkommen bzw. Zusammenarbeiten mit anderen Menschen. Für alle Berufe finden sich hier Zustimmungsraten von über 30%. Noch am wenigsten (mit 33%) wird dieses Merkmal dem Beruf Chemielaborant/-in zugeschrieben, unwesentlich mehr Kontakt mit anderen Menschen wird vom Beruf Gebäudereiniger/-in erwartet (37%). Vermutlich beziehen sich diese Angaben hauptsächlich auf die Zusammenarbeit mit Kollegen und Kolleginnen, während in Berufen mit Kundenkontakt das Zusammentreffen mit Externen im Vordergrund steht. Für die Kfz-Mechatroniker/-innen (53%), Mediengestalter/-innen Digital und Print (58%) sowie Bäcker/-innen (63%) gehen bereits über die Hälfte der Befragten von

sozialen Kontakten als typischem Merkmal dieser Berufe aus. Vom Beruf Koch/Köchin wird von 72% der Befragten Zusammenarbeit mit anderen Menschen erwartet. Die Berufe, die sich inhaltlich zu einem großen Teil über den Kontakt mit Kunden oder Klienten definieren, erzielen hier naturgemäß hohe Zustimmungsraten. Am häufigsten wird das Zusammenkommen mit Menschen für die Restaurantfachleute erwartet (91%), dicht gefolgt von den Kaufleuten im Einzelhandel (88%) und den Medizinischen Fachangestellten (86%). Auch für die Fachverkäufer/-innen im Lebensmittelhandwerk bezeichnet der Großteil der Befragten den Kontakt mit anderen Menschen als typisch (82%) → [Schaubild A3.1.2-3](#).

Ein Merkmal, das sich weniger auf die Berufsinhalte, sondern auf die Rahmenbedingungen bezieht, ist die Frage, ob die Arbeit noch genug Zeit für Familie, Freunde und eigene Interessen lässt. Hier sind die Befragten in Bezug auf alle erfassten Berufe skeptisch, für die meisten Berufe liegen die Zustimmungsraten zwischen 40% und 50%. Am ehesten wird erwartet, dass dieses Merkmal auf die Kfz-Mechatroniker/-innen zutrifft (50%). Für die Berufe Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk sowie Medizinische/-r Fachangestellte/-r liegen die Werte bei knapp über 40%; die Berufe Mediengestalter/-in Digital

Schaubild A3.1.2-4: Anteil der Befragten, der für die aufgelisteten Berufe von beruflichen Aufstiegschancen ausgeht – differenziert nach Schulabschluss (in %)



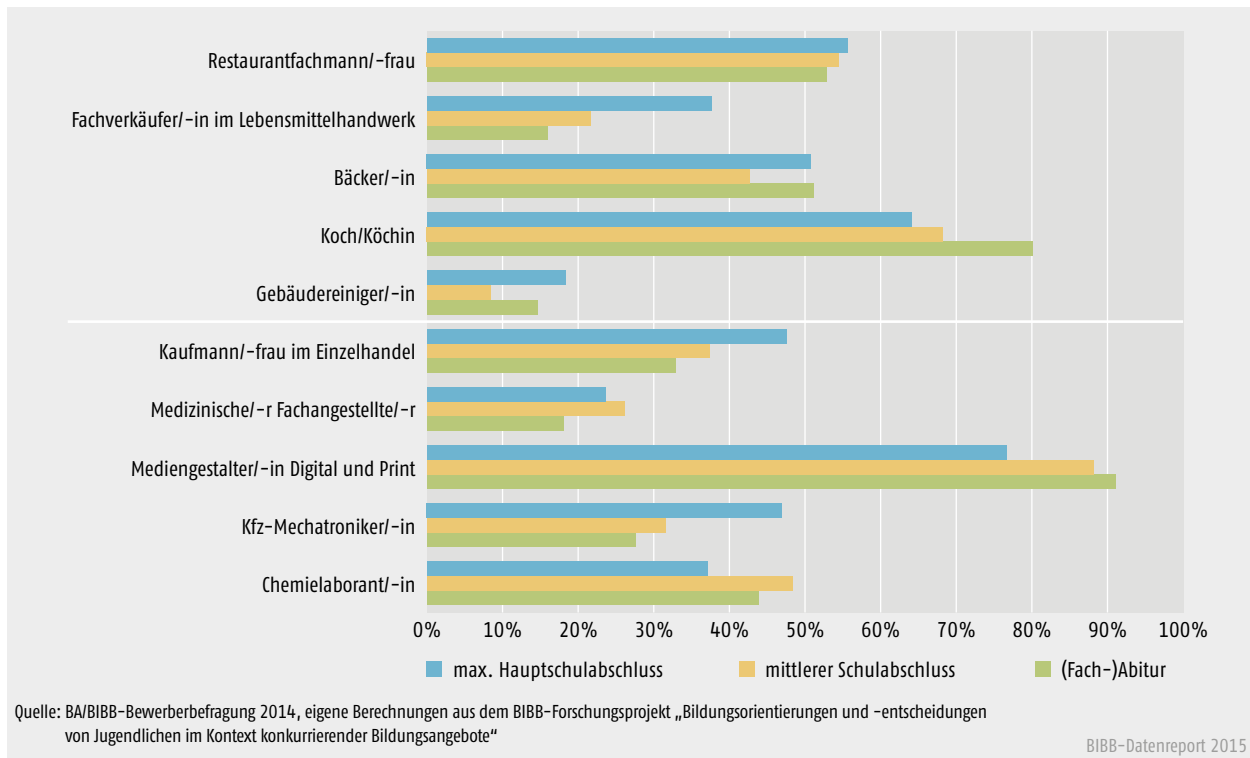
und Print, Chemielaborant/-in sowie Kaufmann/-frau im Einzelhandel erreichen Zustimmungsraten von knapp unter oder über 45%. Von den Berufen mit Besetzungsproblemen schneiden die Gebäudereiniger/-innen am besten ab (48%), für die Bäcker/-innen erwartet noch ein Drittel, dass die Arbeit ihnen genug Zeit für Privates lässt. Die beiden Berufe aus dem Gastronomiebereich erzielen diesbezüglich die niedrigsten Zustimmungsraten (Restaurantfachmann/-fachfrau: 23%, Koch/Köchin: 20%).

Da sich in den hier vorgestellten Berufen die Auszubildenden nach Schulabschluss sehr unterschiedlich verteilen, sind auch Unterschiede hinsichtlich der Berufskonzepte in Abhängigkeit vom Schulabschluss zu erwarten. So wird z. B. ein hohes Einkommen am ehesten von Bewerbern mit maximal Hauptschulabschluss für fast alle vorgegebenen Berufe erwartet. Aus der Sicht der Mehrzahl der Bewerber/-innen mit (Fach-)Abitur bietet dagegen keiner der vorgegebenen Berufe die Möglichkeit auf ein hohes Einkommen – einzige Ausnahme bildet der Beruf Chemielaborant/-in.

Ein ähnliches Muster der Einschätzungen ergibt sich in Hinblick auf die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten, wie in → [Schaubild A3.1.2-4](#) veranschaulicht. Die Bewerber/-innen mit maximal Hauptschulabschluss halten dieses Merkmal zu einem größeren Teil für typisch bei den hier untersuchten Berufen als die Bewerber/-innen mit höheren Schulabschlüssen.

Andere Berufsmerkmale weisen ein differenzierteres Muster der Unterschiede nach Schulabschlüssen auf. Bei der Einschätzung, ob eigene Ideen und Vorschläge eingebracht werden können, ergibt sich das in → [Schaubild A3.1.2-5](#) dargestellte Bild. Es fällt auf, dass für die Berufe Mediengestalter/-in Digital und Print und Chemielaborant/-in der Anteil der Bewerber/-innen mit höherem Schulabschluss, die dieses Merkmal als zutreffend bezeichnen, größer ist als der Anteil der Bewerber/-innen mit maximal Hauptschulabschluss. Beides sind Ausbildungsberufe mit einem hohen Anteil an Auszubildenden mit (Fach-)Hochschulreife und einem kleineren Anteil mit einem mittleren Schulabschluss. Umgekehrt ist der Anteil der Bewerber/-innen mit maximal Hauptschulab-

Schaubild A3.1.2-5: Anteil der Befragten, der für die aufgelisteten Berufe davon ausgeht, eigene Ideen einbringen zu können – differenziert nach Schulabschluss (in %)



schluss, die dieses Merkmal als charakteristisch bezeichnen, in den Berufen, in denen besonders viele Hauptschulabsolventen/-absolventinnen ausgebildet werden, zumeist höher als in der Bewertung durch die anderen Gruppen. Es scheint, dass die unterschiedlichen Gruppen tendenziell jene Berufe positiver einstufen, die für sie selbst eher infrage kommen bzw. die für sie erreichbar sind.

Allerdings gibt es auch Berufsmerkmale, in deren Beurteilung sich Bewerber/-innen mit unterschiedlichen Schulabschlüssen nicht systematisch unterscheiden, wie etwa bei der Einschätzung, wie charakteristisch das Zusammenkommen bzw. die Zusammenarbeit mit anderen Menschen für die hier vorgegebenen Berufe ist.⁴³

Insgesamt grenzen sich die ausgewählten Berufe mit und ohne Besetzungsprobleme aus der Sicht von potenziellen Bewerbern und Bewerberinnen bei einigen Merkmalen klar voneinander ab, z. B. hinsichtlich der Erwartung eines hohen Einkommens oder der Arbeit mit moderner Technik. Auf der anderen Seite wird aber gleichzeitig deutlich, dass aus Sicht der befragten Jugendlichen auch Berufe mit Besetzungsproblemen spezifische Stärken haben, wie z. B. den häufigen Kontakt mit anderen Menschen oder die Möglichkeit, eigene Ideen einzubringen – Aspekte, die im Berufsorientierungsprozess ebenfalls eine Rolle spielen und auf die aufgebaut werden könnte, um die Attraktivität der Berufe in der Wahrnehmung von Jugendlichen zu steigern.

(Annalisa Schnitzler, Stephanie Matthes, Joachim Gerd Ulrich, Ursula Weiß, Mona Granato)

⁴³ Bei der Interpretation der hier vorgestellten Unterschiede nach Schulabschlüssen muss darauf hingewiesen werden, dass die Stichprobengrößen zum Teil relativ klein ausfallen. Während bei den Bewerbern und Bewerberinnen mit mittlerem Schulabschluss als größte Teilgruppe immerhin jeweils 130 bis 160 Personen einen Beruf beurteilten, waren es bei den (Fach-)Abiturientinnen und (Fach-)Abiturienten lediglich 40 bis 70 Personen. Aus diesem Grund müssen die Ergebnisse mit Vorsicht interpretiert werden.

A3.2 Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudie 2011: Übergang von jungen Männern und Frauen mit und ohne Migrationshintergrund in betriebliche sowie vollqualifizierende Ausbildung

Im Rahmen der Übergangsstudie 2011 **E** untersuchte das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) die Bildungs- und Berufsverläufe von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 24 Jahren (Eberhard u. a. 2013).⁴⁴ Es handelte sich hierbei um eine Wiederholung der BIBB-Übergangsstudie aus dem Jahr 2006 (vgl. Beicht/Friedrich/Ulrich 2008). Seit der ersten Studie hatten sich die Rahmenbedingungen für die duale Berufsausbildung deutlich geändert, vor allem setzte ein Wandel des Ausbildungsmarktes von einem Anbieter- zu einem Nachfragermarkt ein, und es wurden neue institutionelle Unterstützungssysteme geschaffen (z. B. Berufseinstiegsbegleitung). Ziel der zweiten BIBB-Übergangsstudie war es festzustellen, wie die Übergangsprozesse von der Schule in Ausbildung und Beruf nach diesen Veränderungen verliefen (Eberhard u. a. 2013).

Anhand der Daten der BIBB-Übergangsstudie 2011 ließ sich unter anderem untersuchen, wie erfolgversprechend inzwischen die Aussichten junger Frauen und Männer mit und ohne Migrationshintergrund sind, einen betrieblichen Ausbildungsplatz oder überhaupt eine vollqualifizierende Ausbildungsmöglichkeit zu finden. Seit Langem ist bekannt, dass sich die Übergangsprozesse von der Schule in die Berufsausbildung für Jugendliche mit Migrationshintergrund deutlich schwieriger und langwieriger gestalten als für diejenigen ohne Migrationshintergrund (BIBB-Datenreport 2014, 2012, jeweils Kapitel A3.1; siehe auch Überblick in: Beicht 2015). Die größeren Schwierigkeiten junger Migrantinnen und Migrantinnen bei der Ausbildungssuche sind zu einem größeren Teil darauf zurückzuführen, dass sie die Schule im Durchschnitt mit deutlich niedrigeren Schulabschlüssen verlassen. Vom erreichten Schulabschluss hängt nicht nur ab, welche Art

von vollqualifizierender Ausbildung angestrebt wird bzw. überhaupt in Betracht kommen kann, sondern auch die Einmündungschancen in betriebliche Ausbildung werden hiervon stark beeinflusst (Beicht/Walden 2014b). Zudem gibt es aber auch geschlechtsspezifische Unterschiede: So sind die Zugangschancen zu betrieblicher Ausbildung für junge Frauen deutlich schlechter als für junge Männer (Beicht/Walden 2014a), was Frauen mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen betrifft (Beicht/Granato 2010). In diesem Beitrag soll nun differenziert aufgezeigt werden, wie sich die Dauer und Wahrscheinlichkeit des Übergangs in eine betriebliche bzw. vollqualifizierende Ausbildung bei männlichen und weiblichen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund sowie mit und ohne Studienberechtigung inzwischen darstellen.

E BIBB-Übergangsstudie 2011

Hierbei handelt es sich – wie bei der Vorgängerstudie aus dem Jahr 2006 – um eine retrospektive Längsschnitterhebung, in der auf repräsentativer Basis die gesamte Bildungs- und Berufsbiografie von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen detailliert erfasst wurde. In der Übergangsstudie 2011 bildeten Personen der Geburtsjahrgänge 1987 bis 1992 mit Wohnsitz in Deutschland die Zielgruppe (Eberhard u. a. 2013; Eberhard u. a. 2014). Der Erhebungsbogen der Vorgängerstudie wurde weitgehend unverändert übernommen und um aktuelle Fragestellungen ergänzt. Die Befragung wurde von Juli bis September 2011 mittels computergestützter Telefoninterviews durchgeführt. Während für die Vorgängerstudie noch ausschließlich das Telefonfestnetz genutzt wurde, war die Übergangsstudie 2011 als reine Mobilfunkerhebung angelegt, d. h., die Stichprobengewinnung und die Befragung erfolgten über die Mobilfunknetze. Dieser Methodenwechsel war erforderlich, weil viele Personen der Zielgruppe (18- bis 24-Jährige) inzwischen nicht mehr über das Festnetz erreichbar sind. Insgesamt konnten von 5.333 Personen ausreichend vollständige Angaben erzielt werden. Die Erhebungsdaten wurden durch Gewichtung nach zentralen Merkmalen (u. a. Schulabschluss, Geschlecht, Geburtsjahr) auf Basis des Mikrozensus an die Strukturen der Grundgesamtheit angepasst.

⁴⁴ Die BIBB-Übergangsstudie 2011 wurde ebenso wie die Vorgängerstudie von 2006 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziell gefördert. Der Ereignis- und Querschnittdatensatz ist über das Forschungsdatenzentrum des BIBB erhältlich (Eberhard u. a. 2014, doi:10.7803/202.11.1.1.10).

Schulabschluss und Suche nach betrieblicher bzw. vollqualifizierender Ausbildung

Die Betrachtung des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung beginnt mit dem Zeitpunkt, an dem die Jugendlichen ihre gesamte – zwischenzeitlich nicht unterbrochene – Schullaufbahn in allgemeinbildenden und beruflichen Schulen beendet haben.⁴⁵ Die Einbeziehung der beruflichen Schulen ist deshalb wichtig, weil inzwischen ein nicht unbedeutender Anteil der Jugendlichen direkt nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule in eine berufliche Schule, d. h. eine Fachoberschule, ein Fachgymnasium oder eine teilqualifizierende Berufsfachschule, wechseln, um dort noch einen höherwertigen Schulabschluss zu erwerben.⁴⁶ Jugendliche mit Migrationshintergrund besuchen unmittelbar nach der allgemeinbildenden Schule signifikant häufiger eine solche berufliche Schule als diejenigen ohne Migrationshintergrund (15% vs. 11%).⁴⁷ Junge Migrantinnen setzen dabei etwas häufiger als junge Migranten ihren Schulbesuch noch in einer beruflichen Schule fort, ebenso Frauen ohne Migrationshintergrund öfter als Männer ohne Migrationshintergrund → [Tabelle A3.2-1](#).

Am Ende der Schullaufbahn verfügen Jugendliche mit Migrationshintergrund mit 41% signifikant häufiger über maximal einen Hauptschulabschluss als diejenigen ohne Migrationshintergrund mit 27%. Einen mittleren Schulabschluss erwerben Jugendliche mit Migrationshintergrund etwas seltener als diejenigen ohne Migrationshintergrund (35% vs. 37%). Eine Studienberechtigung wird bei Vorliegen eines Migrationshintergrunds signifikant seltener erreicht (25% vs. 37%). Junge Frauen mit und ohne Migrationshintergrund verlassen die Schule erheblich häufiger mit einer Studienberechtigung als die jeweiligen jungen Männer → [Tabelle A3.2-1](#).

⁴⁵ In den bisherigen Studien wurde der Übergang Schule – Berufsausbildung meistens bereits ab dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule betrachtet (vgl. z. B. Beicht/Friedrich/Ulrich 2008; Eberhard u. a. 2013).

⁴⁶ Der Schullaufbahn wurde daher der Besuch aller beruflichen Vollzeitschulen, in denen allgemeinbildende Schulabschlüsse nachgeholt werden konnten, zugerechnet, sofern dieser im unmittelbaren Anschluss an die allgemeinbildende Schule erfolgte. Die Teilnahme an teilqualifizierenden Bildungsgängen an beruflichen Schulen, in denen kein höherwertiger Schulabschluss erreicht werden konnte, wurde nicht der Schullaufbahn, sondern der Übergangphase von der Schule in die Berufsausbildung zugerechnet.

⁴⁷ Hier und im Folgenden ist, wenn Unterschiede bei Verteilungen als signifikant bezeichnet werden, jeweils ein zweiseitiger Chi-Quadrat-Test nach Pearson durchgeführt worden.

Junge Männer mit und ohne Migrationshintergrund beenden die Schullaufbahn dagegen wesentlich öfter mit maximal einem Hauptschulabschluss als die weiblichen Vergleichsgruppen.

E Migrationshintergrund

Der Migrationshintergrund wird in der BIBB-Übergangsstudie 2011 wie folgt indirekt definiert: Wenn ein Jugendlicher die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und im Kindesalter als Sprache ausschließlich Deutsch erlernt hat und außerdem Vater und Mutter in Deutschland geboren sind, wird *kein* Migrationshintergrund angenommen; trifft mindestens eine dieser Bedingungen nicht zu, wird von einem Migrationshintergrund ausgegangen.

Am Ende der Schullaufbahn strebt insgesamt gesehen ein gleich hoher Anteil der Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund – jeweils 56% – eine betriebliche Berufsausbildung an → [Tabelle A3.2-2](#). Allerdings gibt es zwischen beiden Gruppen deutliche Unterschiede je nach erreichtem Schulabschluss: Bei maximal einem mittleren Abschluss beabsichtigen Jugendliche mit Migrationshintergrund signifikant seltener eine betriebliche Ausbildung als diejenigen ohne Migrationshintergrund (64% vs. 73%).⁴⁸ Bei Vorliegen einer Studienberechtigung suchen sie dagegen signifikant häufiger nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz (32% vs. 25%). Das Interesse an betrieblicher Ausbildung unterscheidet sich zudem zwischen Frauen und Männern: Liegt maximal ein mittlerer Schulabschluss vor, gibt es bei jungen Männern mit und ohne Migrationshintergrund eine deutlich stärkere Neigung zu einer betrieblichen Ausbildung als bei den jeweiligen jungen Frauen. Bei einer Studienberechtigung streben umgekehrt Frauen mit und ohne Migrationshintergrund öfter eine betriebliche Ausbildung an als die vergleichbaren jungen Männer.

⁴⁸ Eine signifikant geringere Neigung nicht-studienberechtigter Migranten und Migrantinnen zu einer betrieblichen Ausbildung zeigt sich auch in einer multivariaten Analyse (logistische Regression), in der gleichzeitig Merkmale der sozialen Herkunft (Bildung der Eltern, beruflicher Status des Vaters), die schulischen Voraussetzungen (Schulabschluss, Schulnoten, zuletzt besuchte Schulart) sowie das Geschlecht der Jugendlichen berücksichtigt wurden (Beicht/Walden 2014b). In entsprechenden nach Geschlecht getrennten multivariaten Analysen lässt sich eine signifikant geringere Neigung zu betrieblicher Ausbildung sowohl für nicht-studienberechtigte Migranten als auch für nicht-studienberechtigte Migrantinnen nachweisen.

Tabelle A3.2-1: Schulabschluss und zuletzt besuchte Schulart der Jugendlichen am Ende ihrer Schullaufbahn nach Geschlecht und Migrationshintergrund (Anteile in %)

Merkmale	Frauen		Männer		Insgesamt	
	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund
Zuletzt besuchte Schulart						
allgemeinbildende Schule	83,9	87,1	86,1	91,1	85,1	89,2
berufliche Schule	16,1	12,9	13,9	8,9	14,9	10,8
Schulabschluss						
ohne Hauptschulabschluss ¹	6,2	4,0	9,3	4,0	7,9	4,0
Hauptschulabschluss	28,2	18,2	37,0	26,6	32,9	22,6
mittlerer Schulabschluss	36,0	33,7	33,3	39,3	34,5	36,6
(Fach-)Hochschulreife	29,6	44,0	20,4	30,0	24,7	36,8
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹ Einschließlich nicht zuordenbarer ausländischer Schulabschlüsse.

Quelle: BIBB-Übergangsstudie 2011, gewichtete Ergebnisse (ungewichtete Fallzahl: 4.213)

BIBB-Datenreport 2015

Tabelle A3.2-2: Suche nach vollqualifizierender Ausbildung am Ende der Schullaufbahn nach Geschlecht und Migrationshintergrund (Anteile in %)

Suche nach ...	Frauen		Männer		Insgesamt	
	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund
Alle Jugendlichen						
... betrieblicher Ausbildung ¹	53,5	50,7	57,9	60,0	55,8	55,5
... Ausbildung in Schulberuf oder Beamtenlaufbahn ¹	30,5	27,0	21,5	19,6	25,7	23,2
... Studienplatz ¹	19,8	26,9	12,2	17,9	15,8	22,3
... vollqualifizierender Ausbildung insgesamt	76,3	79,9	73,0	79,4	74,6	79,6
Nicht-studienberechtigte Jugendliche						
... betrieblicher Ausbildung ¹	61,6	70,1	65,2	75,7	63,6	73,3
... Ausbildung in Schulberuf oder Beamtenlaufbahn ¹	36,0	35,8	23,5	22,0	29,0	27,9
... vollqualifizierender Ausbildung insgesamt	71,8	79,1	70,7	80,1	71,2	79,7
Studienberechtigte Jugendliche						
... betrieblicher Ausbildung ¹	34,2	26,0	29,5	23,4	32,1	24,9
... Ausbildung in Schulberuf oder Beamtenlaufbahn ¹	17,7	15,8	13,5	14,1	15,9	15,1
... Studienplatz ¹	66,8	60,9	59,9	59,6	63,8	60,4
... vollqualifizierender Ausbildung insgesamt	87,2	81,0	81,8	77,6	84,9	79,6

¹ Es waren Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: BIBB-Übergangsstudie 2011, gewichtete Ergebnisse (ungewichtete Fallzahl: 4.213)

BIBB-Datenreport 2015

Die Suche nach einer Ausbildungsmöglichkeit in einem Schulberuf oder in einer Beamtenlaufbahn hat bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund mit insgesamt 26% bzw. 23% eine erheblich geringere Bedeutung. Nicht-studienberechtigte Frauen mit und ohne Migrationshintergrund neigen am stärksten zu dieser Ausbildungsform (jeweils 36%), studienberechtigte Männer mit und ohne Migrationshintergrund dagegen am wenigsten (jeweils 14%) → [Tabelle A3.2-2](#).

Bei Vorliegen einer Studienberechtigung streben Jugendliche mit Migrationshintergrund etwas öfter ein Hochschulstudium an als diejenigen ohne Migrationshintergrund (64% vs. 60%). Studienberechtigte Migrantinnen suchen am häufigsten einen Studienplatz (67%), deutlich mehr als vergleichbare Frauen ohne Migrationshintergrund (61%) sowie studienberechtigte Männer mit und ohne Migrationshintergrund (jeweils 60%).

Bei den Ergebnissen ist insgesamt zu beachten, dass viele Jugendliche nicht nur eine, sondern mehrere Ausbildungsformen gleichzeitig in Erwägung gezogen haben. Allerdings beabsichtigen nicht alle Jugendlichen am Ende ihrer Schullaufbahn die unmittelbare Aufnahme einer vollqualifizierenden Ausbildung. Insgesamt suchen Jugendliche mit Migrationshintergrund bei Schulbeendigung signifikant seltener nach einer Ausbildungsmöglichkeit als diejenigen ohne Migrationshintergrund (75% vs. 80%). Bei ihnen zeigen sich jedoch – anders als bei denjenigen ohne Migrationshintergrund – starke Unterschiede je nach erreichtem Schulabschluss: Während bei Nichtstudienberechtigten mit Migrationshintergrund erheblich seltener Suchaktivitäten zu verzeichnen sind als in der Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund (71% vs. 80%),⁴⁹ ist dies bei Vorliegen einer Studienberechtigung umgekehrt. Studienberechtigte mit Migrationshintergrund wollen am Ende ihrer Schullaufbahn signifikant häufiger eine vollqualifizierende Ausbildung aufnehmen als vergleichbare Jugendliche ohne Migrationshintergrund (85% vs. 80%). Am stärksten streben studienberechtigte Frauen mit Migrationshintergrund

eine vollqualifizierende Ausbildung an (87%), und zwar noch deutlich mehr als vergleichbare Männer mit Migrationshintergrund (82%).

Übergang in betriebliche Berufsausbildung

Von allen Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die am Ende ihrer Schullaufbahn einen betrieblichen Ausbildungsplatz suchen, münden schätzungsweise 39% innerhalb von 3 Monaten in eine solche Ausbildung ein, nach rund einem Jahr (14 Monaten) beträgt der Anteil 55%, nach 2 Jahren (26 Monaten) 66% und nach 3 Jahren (38 Monaten) 69%.⁵⁰ Bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund liegt der Anteil der Einmündungen in betriebliche Ausbildung nach 3 Monaten bei 54%, nach einem Jahr bei 70%, nach 2 Jahren bei 76% und nach 3 Jahren bei 80%. Bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund sind die Übergangsverläufe damit signifikant günstiger als bei denjenigen mit Migrationshintergrund.⁵¹ Wird allerdings nach dem Schulabschluss differenziert, so zeigen sich deutlich schlechtere Übergangsverläufe ausschließlich für nicht-studienberechtigte Jugendliche mit Migrationshintergrund: Von ihnen nehmen 66% innerhalb von 3 Jahren eine betriebliche Ausbildung auf, gegenüber 79% der vergleichbaren Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Liegt eine Studienberechtigung vor, gelingt Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Einmündung in betriebliche Ausbildung wesentlich besser, und zwar noch etwas besser als denjenigen ohne Migrationshintergrund. So beginnen 91% der Studienberechtigten mit Migrationshintergrund bei entsprechenden Suchaktivitäten innerhalb von 3 Jahren eine betriebliche Ausbildung, in der Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund sind es 88%.

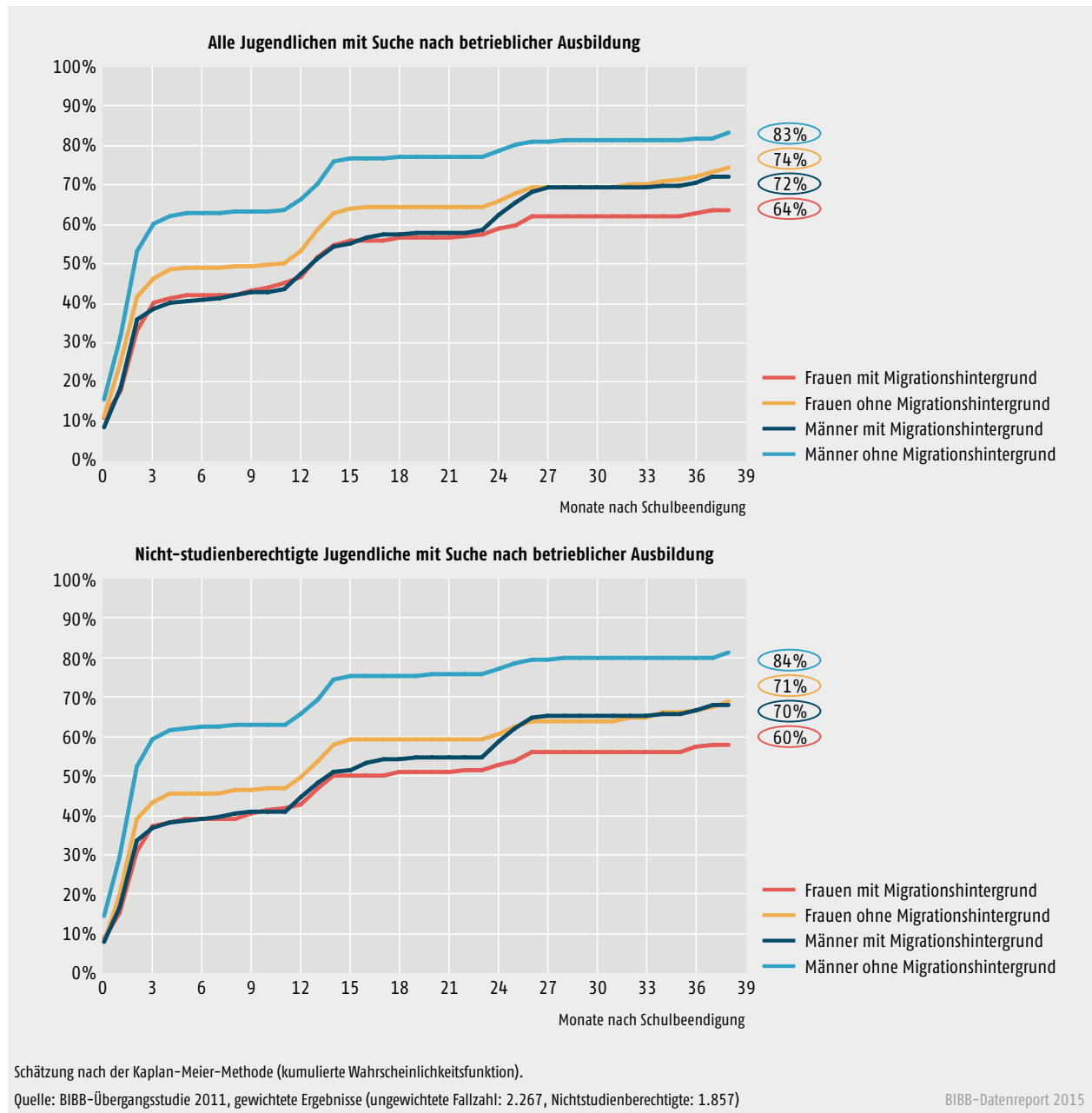
Wird der Übergang in betriebliche Berufsausbildung getrennt nach Frauen und Männern mit und ohne Migrationshintergrund betrachtet, zeigen sich große Unterschiede in den Verläufen → [Schaubild A3.2-1](#). Insgesamt

⁴⁹ Auch in einer multivariaten Analyse (logistische Regression) zeigt sich für nicht-studienberechtigte Migranten und Migrantinnen eine gegenüber der Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund signifikant geringere Neigung zu einer vollqualifizierenden Ausbildung (vgl. Beicht/Walden 2014b). In nach Männern und Frauen getrennten multivariaten Analysen lässt sich eine solche signifikant geringere Neigung sowohl für nicht-studienberechtigte Migranten als auch für nicht-studienberechtigte Migrantinnen nachweisen.

⁵⁰ Der Anteil der Einmündungen wurde hier und im Folgenden nach dem Kaplan-Meier-Verfahren geschätzt. Der Vorteil dieses Verfahrens besteht darin, dass auch sogenannte rechtszensierte Fälle, d.h. in denen Jugendliche zum Befragungszeitpunkt die Schullaufbahn noch nicht seit 3 Jahren beendet hatten, in die Analyse einbezogen werden konnten. Der Beobachtungszeitraum ist wegen der üblichen zeitlichen Lücke von 1 bis 2 Monaten zwischen Schulende und Beginn einer Berufsausbildung auf 38 Monate – und nicht auf genau 36 Monate – festgesetzt worden.

⁵¹ Der Unterschied ist nach allen 3 bei Kaplan-Meier-Schätzungen gängigen Testverfahren (Log Rank, Breslow, Tarone-Ware) hochsignifikant.

Schaubild A3.2-1: **Wahrscheinlichkeit und Dauer des Übergangs in betriebliche Berufsausbildung bei Jugendlichen, die am Ende ihrer Schullaufbahn eine betriebliche Ausbildungsstelle suchten, nach Geschlecht und Migrationshintergrund (in %)**



gelingt es jungen Männern ohne Migrationshintergrund am häufigsten, innerhalb von 3 Jahren eine betriebliche Ausbildung aufzunehmen (83%). Junge Frauen ohne Migrationshintergrund (74%) und junge Männer mit Migrationshintergrund (72%) sind demgegenüber bei

ihrer Suche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz deutlich weniger erfolgreich, am seltensten haben junge Frauen mit Migrationshintergrund entsprechenden Erfolg (64%). Damit sind die Übergangsverläufe sowohl für Migranten im Vergleich zu Männern ohne Migrationshin-

tergrund als auch für Migrantinnen im Vergleich zu Frauen ohne Migrationshintergrund signifikant schlechter.⁵² Ein ähnliches Bild – mit allerdings noch etwas größeren Abweichungen – ergibt sich, wenn ausschließlich die nicht-studienberechtigten Jugendlichen betrachtet werden: In dieser Gruppe beträgt die innerhalb von drei Jahren erreichte Einmündungsquote in betriebliche Ausbildung für junge Männer ohne Migrationshintergrund 84%, für junge Frauen mit Migrationshintergrund dagegen lediglich 60%.⁵³

Übergang in vollqualifizierende Ausbildung bei entsprechenden Suchaktivitäten am Ende der Schullaufbahn

Die Betrachtung wird nun erweitert auf alle Jugendlichen, die bei Beendigung ihrer Schullaufbahn nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz, einer Ausbildungsmöglichkeit in einem Schulberuf (einschließlich Beamtenlaufbahn) oder einem Studienplatz gesucht haben. Von den betreffenden Jugendlichen mit Migrationshintergrund münden insgesamt schätzungsweise 82% innerhalb von 3 Jahren in eine dieser vollqualifizierenden Ausbildungsformen⁵⁴ ein, bei denjenigen ohne Migrationshintergrund liegt der Anteil mit 91% signifikant höher. Der Einmündungserfolg fällt bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund allerdings nur dann erheblich geringer aus, wenn sie über keine Studienberechtigung verfügen. Von den Nichtstudienberechtigten mit Migrationshintergrund nehmen 77% innerhalb von 3 Jahren eine vollqualifizierende Ausbildung auf, gegenüber 89% der vergleichbaren Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Bei Studienberechtigten gibt es dagegen zwischen denjenigen mit und denjenigen ohne Migrationshintergrund nur eine kleine Abweichung der Übergangsquoten (95% vs. 97%).

Bei einer geschlechtsspezifischen Differenzierung zeigt sich, dass sowohl männliche als auch weibliche Jugendliche mit Migrationshintergrund insgesamt deutlich

weniger erfolgreich bei der Suche nach einer vollqualifizierenden Ausbildungsmöglichkeit sind als Frauen und Männer ohne Migrationshintergrund → **Schaubild A3.2-2**. Von den männlichen Migranten münden insgesamt 82% innerhalb von 3 Jahren nach Schulende in vollqualifizierende Ausbildung ein, gegenüber 90% der Männer ohne Migrationshintergrund. Bei Migrantinnen beträgt der entsprechende Anteil insgesamt ebenfalls 82%, bei Frauen ohne Migrationshintergrund 92%. Ähnlich fallen die Unterschiede in der Gruppe der nicht-studienberechtigten Jugendlichen aus: Hier nehmen 78% der Migranten eine vollqualifizierende Ausbildung auf, aber 89% der Männer ohne Migrationshintergrund. Von den nicht-studienberechtigten Frauen mit Migrationshintergrund beginnen 75% eine vollqualifizierende Ausbildung, von denjenigen ohne Migrationshintergrund sind es 88%. Ein völlig anderes Bild ergibt sich in der Gruppe der Studienberechtigten: Dort erreichen Migranten mit 94% und Migrantinnen mit 95% ebenso hohe Übergangsquoten in vollqualifizierende Ausbildung wie Männer ohne Migrationshintergrund (95%). Am besten schneiden studienberechtigte Frauen ohne Migrationshintergrund ab, von ihnen münden 98% bei entsprechenden Suchaktivitäten innerhalb von 3 Jahren in vollqualifizierende Ausbildung ein.

Übergang in vollqualifizierende Ausbildung unabhängig von Suchaktivitäten am Ende der Schullaufbahn

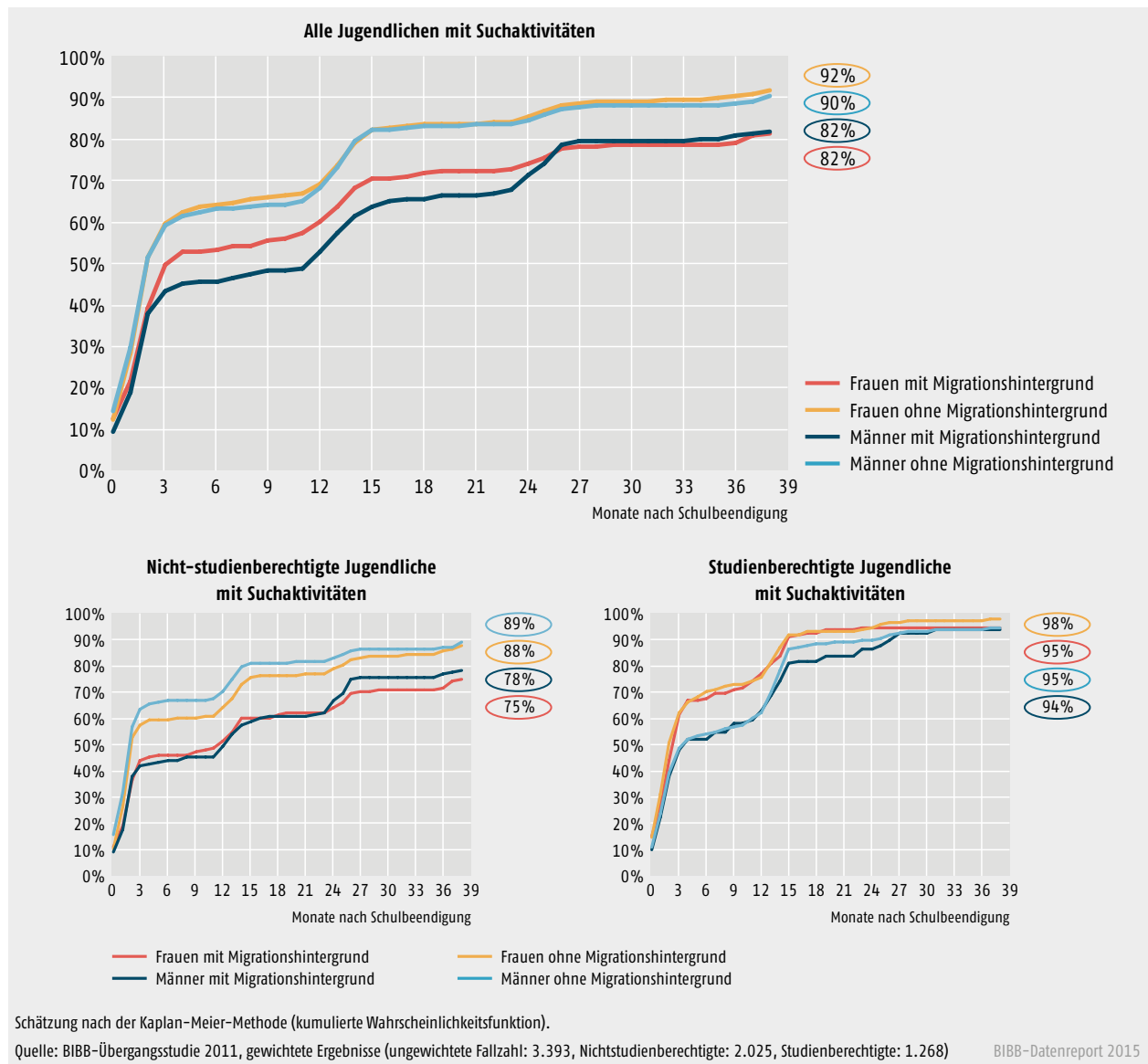
Wie vorne ausgeführt, strebt ein kleinerer Teil der Jugendlichen bei Beendigung der Schullaufbahn keine vollqualifizierende Ausbildung an. Dies bedeutet nicht, dass die betreffenden Jugendlichen auf eine Ausbildung völlig verzichten wollen. Einige benötigen z. B. noch eine Orientierungsphase und absolvieren zunächst einmal ein Praktikum, leisten ein freiwilliges soziales Jahr oder haben einen längeren Auslandsaufenthalt; sie beginnen dann erst später, nach einer vollqualifizierenden Ausbildungsmöglichkeit zu suchen. Daher sollen nun für alle Jugendlichen – unabhängig von ihren Suchaktivitäten bei Verlassen der Schule – die Übergänge in Ausbildung für den Zeitraum von 3 Jahren nach Schullaufbahnende betrachtet werden. Insgesamt gesehen münden schätzungsweise 76% der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in dieser Zeitspanne in eine vollqualifizierende Ausbildung ein, bei denjenigen ohne Migrationshintergrund ist der Anteil mit 87% signifikant höher. Die Unterschiede

52 Bei Männern mit Migrationshintergrund nähert sich die Verlaufskurve zwar insbesondere nach 2 Jahren derjenigen der Männer ohne Migrationshintergrund an, es bleibt jedoch weiterhin ein erheblicher Unterschied bestehen.

53 Für die Gruppe der Studienberechtigten war eine nach Geschlecht und Migrationshintergrund differenzierte Kaplan-Meier-Schätzung aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht möglich.

54 Darüber hinaus ist hier auch die außerbetriebliche oder schulische Ausbildung in BBiG/HwO-Berufen einbezogen.

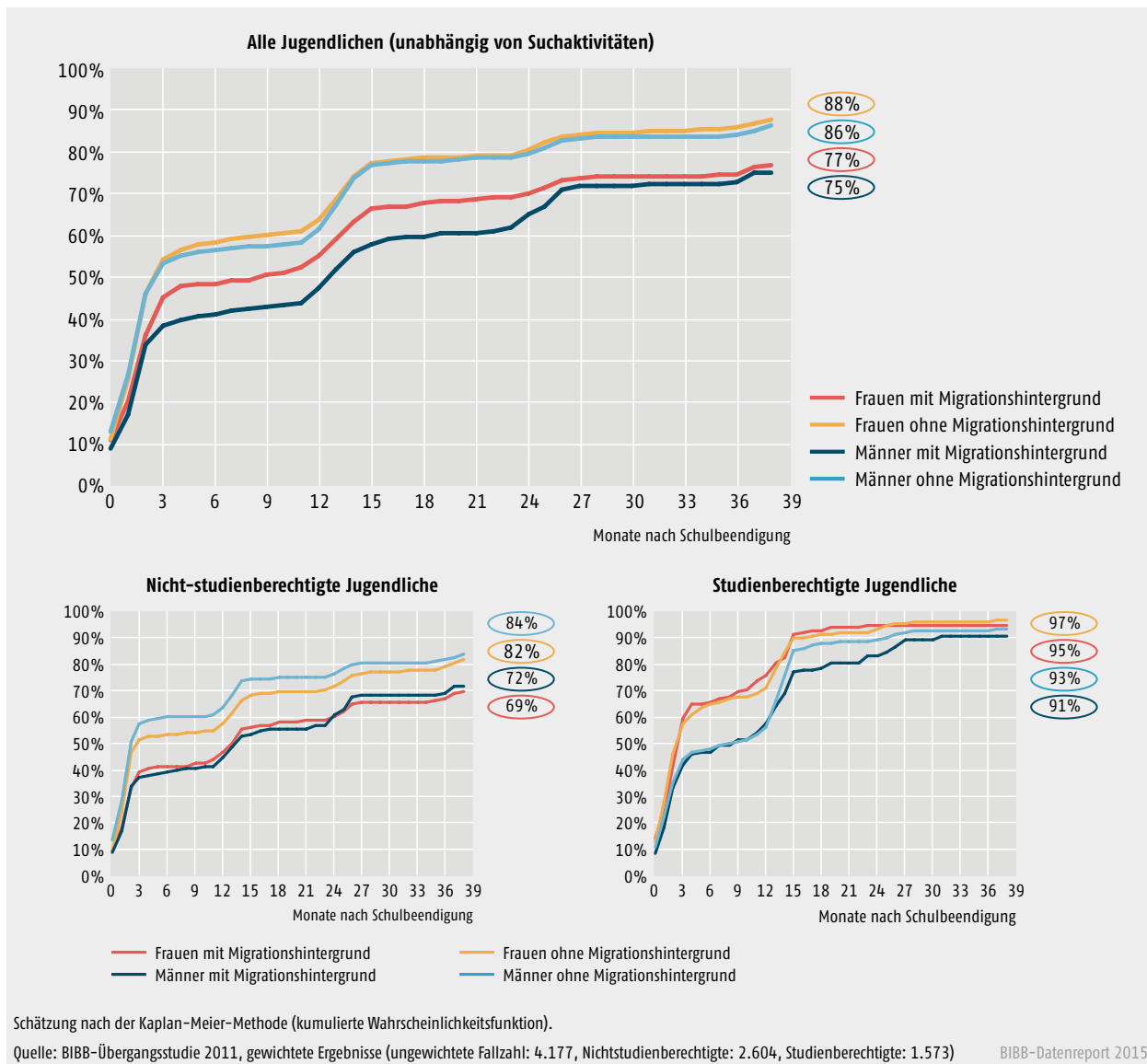
Schaubild A3.2-2: **Wahrscheinlichkeit und Dauer des Übergangs in vollqualifizierende Ausbildung einschließlich Studium bei Jugendlichen, die am Ende ihrer Schullaufbahn einen Ausbildungs- oder Studienplatz suchten, nach Geschlecht und Migrationshintergrund (in %)**



betreffen allerdings wiederum fast ausschließlich die Jugendlichen, die maximal einen mittleren Schulabschluss erreicht haben. So nehmen Nichtstudienberechtigte mit Migrationshintergrund mit 71% erheblich seltener eine vollqualifizierende Ausbildung auf als die Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund mit 83%. Bei Studienberechtigten mit Migrationshintergrund liegt die Übergangsquote dagegen nur etwas niedriger als bei denjenigen ohne Migrationshintergrund (94% vs. 96%).

Wird zwischen Frauen und Männern mit und ohne Migrationshintergrund differenziert, zeigen sich sehr ähnliche Übergangsverläufe wie in der vorherigen Betrachtung, die sich ausschließlich auf die Jugendlichen mit Suchaktivitäten bezog. Allerdings bewegen sich die Einmündungsquoten in vollqualifizierende Ausbildung nun auf einem niedrigeren Niveau → **Schaubild A3.2-3**. Insgesamt beginnen 75% der Migranten innerhalb von 3 Jahren nach Schulbeendigung eine vollqualifizierende Ausbil-

Schaubild A3.2-3: **Wahrscheinlichkeit und Dauer des Übergangs in vollqualifizierende Ausbildung einschließlich Studium bei allen Jugendlichen (unabhängig von Suchaktivitäten) nach Geschlecht und Migrationshintergrund (in %)**



dung, gegenüber 86% der Männer ohne Migrationshintergrund. Von den Migrantinnen mündeten 77% ein, von den Frauen ohne Migrationshintergrund sind es 88%. Vor allem bei nicht-studienberechtigten Jugendlichen liegen die Übergangsquoten nun deutlich niedriger: Sie betragen 72% bei Migranten und 84% bei Männern ohne Migrationshintergrund sowie 69% bei Migrantinnen und 82% bei Frauen ohne Migrationshintergrund. Dies deutet darauf hin, dass nicht-studienberechtigte Jugendliche,

die bei Verlassen der Schule (noch) keine Ausbildungsmöglichkeit gesucht haben, teilweise entsprechend verzögerte Übergänge haben, teilweise aber wohl auch später keine Ausbildung anstreben. Bei Vorliegen einer Studienberechtigung ist dies anders: Junge Frauen und Männer mit und ohne Migrationshintergrund münden auch dann, wenn sie zunächst keinen Ausbildungs- oder Studienplatz suchen, zu sehr hohen Anteilen innerhalb von 3 Jahren ein. Von den studienberechtigten Migranten

beginnen 91% eine vollqualifizierende Ausbildung und von den vergleichbaren Männern ohne Migrationshintergrund 93%. Die Übergangsquote der studienberechtigten Migrantinnen liegt bei 95%, die der studienberechtigten Frauen ohne Migrationshintergrund bei 97%.

Fazit

Junge Migranten und Migrantinnen beenden ihre Schullaufbahn im Durchschnitt mit deutlich niedrigeren Schulabschlüssen als junge Frauen und Männer ohne Migrationshintergrund. Dabei erreichen junge Männer in beiden Gruppen häufiger maximal einen Hauptschulabschluss und erwerben seltener eine Studienberechtigung als junge Frauen. Für die *Gruppe der nicht-studienberechtigten Jugendlichen* stellt die betriebliche Berufsausbildung die bedeutendste Ausbildungsform dar. Nicht-studienberechtigte Migranten und Migrantinnen streben jedoch am Ende ihrer Schullaufbahn erheblich seltener eine betriebliche Ausbildung an als vergleichbare Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Frauen sind dabei jeweils deutlich weniger an betrieblicher Ausbildung, dafür aber stärker an einer Ausbildung in Schulberufen interessiert als junge Männer. Der Erfolg bei der Suche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz ist für nicht-studienberechtigte Jugendliche mit Migrationshintergrund wesentlich geringer als für diejenigen ohne Migrationshintergrund. In beiden Gruppen gelingt der Übergang in betriebliche Ausbildung jungen Männern besser als jungen Frauen. Durch die schulische Ausbildung wird für junge Frauen allerdings weitgehend ein Ausgleich erreicht. Die Übergangsquoten nicht-studienberechtigter Frauen sind daher bei Einbeziehung aller vollqualifizierenden Ausbildungsformen kaum niedriger als bei vergleichbaren Männern. Die großen Unterschiede im Übergangserfolg zwischen nicht-studienberechtigten Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund bleiben dabei jedoch weitgehend bestehen.

Die Situation stellt sich in der *Gruppe der studienberechtigten Jugendlichen* völlig anders dar. Jugendliche mit Migrationshintergrund streben, wenn sie über eine Studienberechtigung verfügen, häufiger eine betriebliche Ausbildung an als diejenigen ohne Migrationshintergrund; dies trifft sowohl auf Migranten als auch auf Migrantinnen zu. Bei der Suche nach einer betrieblichen Ausbildungsstelle sind Studienberechtigte mit Migrationshintergrund fast so erfolgreich wie diejenigen ohne Migrationshintergrund. Werden alle vollqualifizierenden

Ausbildungsformen betrachtet, liegen die Übergangsquoten der Studienberechtigten sehr hoch, bei jungen Frauen mit und ohne Migrationshintergrund sogar noch etwas höher als bei vergleichbaren jungen Männern.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass insbesondere die schlechteren schulischen Voraussetzungen der jungen Migranten und Migrantinnen ihren Übergang in betriebliche Ausbildung hemmen und für sie generell die Aufnahme einer vollqualifizierenden Ausbildung erschweren. Überproportional viele Jugendliche mit Migrationshintergrund erwerben keinen Schulabschluss oder einen Hauptschulabschluss. In diesen Fällen sind die Übergangschancen in duale Berufsausbildung relativ gering, und alternative Ausbildungsmöglichkeiten gibt es nicht, da diese in der Regel höhere Schulabschlüsse verlangen. Aber auch für junge Migranten und Migrantinnen mit mittlerem Schulabschluss sind die Übergangschancen in betriebliche Ausbildung nicht so gut wie für vergleichbare Jugendliche ohne Migrationshintergrund.

Aus einer Vielzahl von Studien ist bekannt, dass sich die schlechteren Übergangschancen nicht-studienberechtigter Migranten und Migrantinnen allerdings nicht allein mit ihren niedrigeren schulischen Qualifikationen erklären lassen (siehe Überblick in: Beicht 2015). Eine Reihe weiterer Faktoren spielen eine Rolle, insbesondere die ungünstigere soziale Herkunft der Jugendlichen mit Migrationshintergrund (Beicht/Walden 2014b). Jedoch sind ihre Einmündungschancen selbst *unter insgesamt gleichen Bedingungen (gleiche schulische Voraussetzungen, gleiche soziale Herkunft, gleiches Suchverhalten und gleiche Ausbildungsmarktlage)* niedriger als die von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Dies bedeutet, dass es nicht nur an den schlechteren Ausgangsvoraussetzungen liegt, sondern es weitere Benachteiligungen gibt, die mit dem Merkmal „Migrationshintergrund“ verbunden sind.⁵⁵ Eine große Herausforderung für die nächsten Jahre ist es daher, wirksame Strategien zu entwickeln, um den Übergang von nicht-studienberechtigten Migranten und Migrantinnen in duale Ausbildung zu verbessern.

(Ursula Beicht)

55 Worauf diese genau zurückzuführen sind, ist bisher nicht bekannt und kann anhand der Daten der Übergangsstudie 2011 nicht geklärt werden. Vieles deutet darauf hin, dass die näheren Gründe für diese Nachteile von jungen Migranten und Migrantinnen in den Auswahlprozessen der Betriebe bei der Vergabe ihrer Ausbildungsplätze zu suchen sind. An dieser Stelle besteht noch erheblicher Forschungsbedarf.

A3.3 Ausbildungswege von Studienberechtigten – Ergebnisse des DZHW-Studienberechtigtenpanels

A3.3.1 Realisierung von Qualifizierungsabsichten von studienberechtigten Schulabsolventinnen und -absolventen

Die Qualifizierungsabsichten vor Erwerb der Studienberechtigung

Mit dem Abitur und der Fachhochschulreife haben die Studienberechtigten das höchste schulische Zertifikat im deutschen Bildungssystem erlangt. Ihnen eröffnet sich damit ein breites Spektrum beruflicher Qualifizierungsoptionen, zu denen unter anderem ein Universitäts- oder Fachhochschulstudium, eine schulische oder betriebliche Berufsausbildung, eine Ausbildung an einer Berufsakademie oder Verwaltungsfachhochschule sowie die Kombination aus Studium und Berufsausbildung zählen. Bereits vor dieser zentralen Entscheidung im Bildungs- und Berufsverlauf sind die Studienberechtigten eine hinsichtlich ihrer vorangegangenen Bildungsbiografie sehr heterogene Gruppe. Wie die DZHW-Studienberechtigtenbefragungen **E** zeigen, hat der überwiegende Teil die schulische Hochschulzugangsberechtigung auf dem klassischen Weg

über das Gymnasium oder die Gesamtschule erworben. Knapp jede/-r zehnte Studienberechtigte des Schulabschlussjahrgangs 2012 hat indes ein berufliches Gymnasium besucht und ca. ein Viertel eine andere berufliche Schule. Mit 2% ist der Anteil des zweiten Bildungsweges (Abendgymnasium und Kolleg) nach wie vor sehr klein. Die Studienberechtigten unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich der besuchten Schularten, sondern auch hinsichtlich ihrer beruflichen Vorerfahrungen. Ein Fünftel bis ein Siebentel aller Studienberechtigten hat bereits vor oder parallel zum Erwerb der Hochschulreife eine Berufsausbildung abgeschlossen. Diese Heterogenität äußert sich unter anderem in der individuellen Bedeutung der Hochschulreife. Sie wird nicht mehr ausschließlich zum Zweck einer Studienaufnahme angestrebt. Für 90% der Studienberechtigten des Schulabschlussjahrgangs 2012 ist die Hochschulreife ein Abschluss, der alle Möglichkeiten offenlässt, und 77% sehen in ihr ein Zertifikat, das die Chancen bei der Ausbildungsplatzsuche verbessert (vgl. Schneider/Franke 2014).

Trotz der Vielzahl unterschiedlicher Qualifizierungsoptionen und der Vielfalt der Motive für den Erwerb einer schulischen Hochschulzugangsberechtigung äußerten zwei von drei Studienberechtigten des Schulabschlussjahrgangs 2012 ein halbes Jahr vor Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung den Wunsch zu studieren. Im Vergleich zur Schulabschlusskohorte 2008 hat sich

Tabelle A3.3.1-1: **Qualifizierungspläne von Studienberechtigten ein halbes Jahr vor Schulabschluss insgesamt, nach Geschlecht und Region (in %)**

Plan ein halbes Jahr vor Schulabschluss	Insgesamt			Geschlecht						Region					
				Männer			Frauen			Ostdeutschland			Westdeutschland		
	2008	2010	2012	2008	2010	2012	2008	2010	2012	2008	2010	2012	2008	2010	2012
Berufsausbildung	21	18	19	15	14	15	26	22	22	22	20	17	20	18	19
Fachhochschulstudium	16	18	17	21	22	21	13	15	13	13	15	13	17	19	17
Universitätsstudium	40	39	40	41	38	40	39	40	41	39	40	44	40	39	40
Studium o. n. A.	6	7	9	5	7	8	6	7	9	6	6	10	5	8	9
Studium und Berufsausbildung (unentschieden, Doppelqualifizierung, duales Studium)	10	12	11	10	11	10	10	12	11	11	12	10	10	12	11
Berufsakademie	5	3	3	6	4	4	4	3	2	8	5	4	4	3	3
weder noch/keine Angabe	3	2	2	3	3	3	2	2	2	1	2	2	3	2	2

Quelle: DZHW-Studienberechtigtenbefragung

BIBB-Datenreport 2015

Tabelle A3.3.1-2: **Qualifizierungspläne von Studienberechtigten ein halbes Jahr vor Schulabschluss nach Bildungsherkunft und Migrationshintergrund (in %)**

Plan ein halbes Jahr vor Schulabschluss	Bildungsherkunft						Migrationshintergrund					
	kein Elternteil Akademiker			mindestens ein Elternteil Akademiker			Migrationshintergrund			kein Migrationshintergrund		
	2008	2010	2012	2008	2010	2012	2008	2010	2012	2008	2010	2012
Berufsausbildung	26	23	24	15	14	13	22	17	17	20	19	19
Fachhochschulstudium	19	20	19	15	16	15	16	22	20	17	18	16
Universitätsstudium	31	31	32	48	47	48	42	36	41	39	40	40
Studium o. n. A.	5	7	7	6	8	10	7	7	10	5	7	9
Studium und Berufsausbildung (unentschieden, Doppelqualifizierung, duales Studium)	10	12	11	10	11	10	8	12	10	11	12	11
Berufsakademie	5	4	3	5	3	3	3	3	2	5	3	3
weder noch/keine Angabe	4	4	3	2	1	1	3	3	2	3	2	2

Quelle: DZHW-Studienberechtigtenbefragung

BIBB-Datenreport 2015

dieser Anteil schrittweise um vier Prozentpunkte erhöht. Eine Berufsausbildung plante ca. jede/-r fünfte Studienberechtigte und eine Ausbildung an einer Berufsakademie 3%. Beide Anteile sind im Vergleich zur Kohorte 2008 leicht gesunken → [Tabelle A3.3.1-1](#).

Etwa jede/-r zehnte Studienberechtigte gab ein halbes Jahr vor Schulabschluss an, beides, also ein Studium und eine Berufsausbildung, sicher oder wahrscheinlich aufnehmen zu wollen. Diese Absicht kann mittels eines dualen Studiums oder einer Berufsausbildung mit anschließendem Studium realisiert werden. Sie kann aber auch Ausdruck einer kurz vor Schulabschluss noch bestehenden Unsicherheit bzw. fehlenden Entscheidung bezüglich des nachschulischen Qualifizierungsweges sein. Weder eine Studien- noch eine Ausbildungsintention hatten ein halbes Jahr vor dem Erwerb der Hochschulreife 2% der Studienberechtigten, in der Regel, weil sie bereits vor oder parallel zum Erwerb der schulischen Hochschulzugangsberechtigung eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und nun eine Erwerbstätigkeit aufnehmen ([vgl. Kapitel A3.3.2](#)).

Frauen planen im letzten Schuljahr häufiger eine Berufsausbildung (2012: 22% vs. 15%) und seltener ein Studium (2012: 63% vs. 69%) als Männer. Gleiches gilt für die Studienberechtigten, deren Eltern keinen

Hochschulabschluss erlangt haben, im Vergleich zu jenen, die aus einem akademischen Elternhaus kommen⁵⁶ → [Tabelle A3.3.1-2](#). Differenzen bei der Planung des nachschulischen Werdegangs zeigen sich darüber hinaus in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund⁵⁷. Ein halbes Jahr vor Schulabschluss äußern die studienberechtigten Migranten und Migrantinnen der Kohorte 2012 häufiger einen Studienwunsch als die Studienberechtigten ohne Migrationshintergrund (70% vs. 65%) und planen seltener eine Berufsausbildung. Vor allem ein Fachhochschulstudium visieren die Migranten und Migrantinnen häufiger an. Dieser Befund zeigt sich auch bei der zuvor befragten Kohorte 2010.

Die regionalspezifischen Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland sind bezüglich der nachschulischen Bildungsabsichten von Studienberechtigten vergleichsweise gering → [Tabelle A3.3.1-1](#). Charakteristisch ist für ostdeutsche Studienberechtigte der seltenere Wunsch nach einem Fachhochschulstudium. Zudem planen diese Schüler/-innen seit 2008 immer seltener eine Berufsausbildung sowie eine Ausbildung an einer Berufsakademie

56 Mindestens ein Elternteil hat einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss erlangt.

57 Der Migrationshintergrund wird bestimmt über die Staatsbürgerschaft und das Geburtsland der Studienberechtigten, das Geburtsland ihrer Eltern und die im Elternhaus gesprochene Sprache.

und zunehmend häufiger ein Studium. In Westdeutschland ist dieser Trend ebenfalls erkennbar, beschränkt sich aber auf die Kohorten 2008 und 2010.

E DZHW-Studienberechtigtenbefragungen

Die Grundgesamtheit dieser seit 1976 in zwei- bis dreijährigem Rhythmus vom DZHW durchgeführten Untersuchungsreihe bilden Personen, die in den jeweiligen Untersuchungsjahren eine schulische Hochschulzugangsberechtigung erworben haben. Gegenstand des DZHW-Studienberechtigtenpanels ist die längsschnittliche Erhebung der nachschulischen Werdegänge von ausgewählten Studienberechtigtenkohorten – *unabhängig* davon, welcher nachschulische Weg eingeschlagen wird. Wesentliches Ziel der Untersuchungen ist die Abbildung und vergleichende Analyse der individuellen Bildungs- und Berufsverläufe von Studienberechtigten. In der Regel werden drei Erhebungswellen durchgeführt: 6 Monate vor, 6 Monate nach sowie 3 ½ Jahre nach Schulabgang. Einzelne Kohorten werden anschließend in einer vierten Welle zu einem noch späteren Zeitpunkt erneut befragt. Das DZHW-Studienberechtigtenpanel ermöglicht für Bund und Länder repräsentative Trend-, Kohorten- und Querschnittsanalysen.

Realisierung der vor Schulabschluss geäußerten Qualifizierungsabsichten

Die Studienberechtigten der Kohorte 2012, die in der Abschlussklasse angaben, nach dem Abitur bzw. der Fachhochschulreife eine Berufsausbildung absolvieren zu wollen, haben diesen Plan ein Jahr später größtenteils realisiert bzw. halten auch nach Schulabschluss an ihm fest (82%). Darunter sind allerdings 23%, die die Ausbildung nun durch ein anschließendes Studium ergänzen möchten. Weitere 16% haben ihre Berufsausbildungspläne zwischenzeitlich aufgegeben und nehmen stattdessen ausschließlich ein Studium auf. Im Vergleich zu den vorherigen Kohorten von 2010 und 2008 hat sich diese Gruppe von vormals 20% zugunsten einer Kombination aus Berufsausbildung und anschließendem Studium anteilig verringert → [Tabelle A3.3.1-3](#).

Von den Studienberechtigten, die vor dem Schulabschluss die Absicht hatten, ein Fachhochschulstudium aufzunehmen, haben nach Erwerb der Hochschulreife gut zwei Drit-

tel diese Studienplanung realisiert. Knapp jede/-r Fünfte dieser Studienberechtigten immatrikuliert sich stattdessen an einer Universität, und 6% belassen es bei ihrer Qualifizierung und gehen direkt in die Erwerbstätigkeit über. Studienberechtigte, die in der Abschlussklasse ein Universitätsstudium planten, nehmen ganz überwiegend auch ein solches Studium auf bzw. behalten diesen Plan bei (2012: 81%). 12% der Studienberechtigten, die ursprünglich ein Universitätsstudium aufnehmen wollten, entscheiden sich im nachschulischen Verlauf zugunsten eines Fachhochschulstudiums um. Seit 2008 ist dieser Anteil leicht gestiegen. Dennoch ist die Realisierungsquote bei Studienberechtigten mit ursprünglichem Wunsch nach einem Universitätsstudium höher als bei jenen mit Fachhochschulabsicht. War die Hochschulart in der Schulabschlussklasse noch unklar, immatrikulieren sich die Studienberechtigten ebenfalls mehrheitlich an einer Universität.

Studienberechtigte, die vor Schulabschluss sowohl eine Berufsausbildung als auch ein Studium planten, unterscheiden sich entsprechend den verschiedenen Realisierungsmöglichkeiten dieser Intention deutlich voneinander. Dies kann, wie oben erwähnt, Ausdruck von Unentschiedenheit sein. Ein Fünftel dieser Studienberechtigten kombiniert Berufsausbildung und Studium zeitlich versetzt miteinander. Ein Drittel nimmt ein Studium an einer Fachhochschule auf (inklusive dualen Studiums) und ein Viertel ausschließlich ein Studium an einer Universität. Weitere 17% haben sich für eine Berufsausbildung ohne Studium entschieden.

Der Wunsch nach einer beruflichen Qualifizierung an einer Berufsakademie mündet nach Schulabschluss überwiegend in ein Fachhochschulstudium. Hierzu zählt auch das Studium an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) sowie ein duales Studium an einer Fachhochschule bzw. Universität. Eine Ausbildung an einer Berufsakademie nimmt nur ca. jede/-r zehnte Studienberechtigte auf, die/der diesen Wunsch im letzten Schuljahr geäußert hatte. Diese Diskrepanz kann auf mehrere Gründe zurückgeführt werden. Zum einen ist die Nachfrage nach den Berufsakademieausbildungen groß, und die Zugangsvoraussetzungen, die einen Ausbildungsvertrag mit einem der teilnehmenden Betriebe vorsehen, sind dementsprechend vergleichsweise hoch. Zum anderen könnten sich Studienberechtigte, die an der DHBW studieren wollten, bei der ein halbes Jahr vor Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung durchge-

Tabelle A3.3.1-3: Realisierung der vor Schulabschluss geäußerten Qualifizierungsabsichten insgesamt und nach Geschlecht (in %)

Plan ein halbes Jahr vor Schulabschluss	Aufgenommene und geplante Qualifizierungswege nach Schulabschluss																							
	schulische Ausbildung		betriebliche Ausbildung		Beamten- ausbildung mittl./geh. Dienst		FH-Studium (inkl. dualen Studiiums)		Uni-Studium		Berufsakademie		Ausbildung + anschließendes Studium		Berufstätigkeit									
	2008	2010	2012	2008	2010	2012	2008	2010	2012	2008	2010	2012	2008	2010	2012	2008	2010	2012						
Insgesamt	15	15	15	37	36	38	4	7	5	10	9	9	10	9	7	1	0	0	19	19	22	4	4	2
Berufsausbildung	1	2	1	2	2	1	2	2	1	70	65	67	16	19	19	1	0	1	3	3	3	5	7	6
Fachhochschulstudium	1	1	1	1	1	1	0	1	1	9	11	12	84	82	81	1	0	0	3	2	3	2	2	1
Universitätsstudium	2	2	1	2	2	4	1	1	2	27	31	56	57	51	0	1	1	4	2	4	2	6	6	4
Studium o. n. A.	5	5	4	9	9	8	6	4	5	25	28	33	28	31	25	4	3	2	20	16	19	2	3	3
Studium und Berufsausbildung (unentschieden, Doppelqualifizierung, duales Studium)	1	3	1	1	3	0	5	2	2	55	52	74	21	21	11	9	11	8	5	7	3	2	1	1
Berufsakademie																								
Frauen	21	21	19	36	37	38	4	6	5	8	6	8	8	8	6	0	1	0	18	17	19	4	3	3
Berufsausbildung	2	3	1	2	3	3	2	2	1	56	53	55	25	23	27	0	0	1	5	6	5	7	9	7
Fachhochschulstudium	1	1	1	1	1	1	0	1	0	8	10	11	81	81	80	1	0	0	5	3	3	3	2	1
Universitätsstudium	3	2	2	2	2	3	0	1	2	26	20	27	57	62	54	0	1	1	3	3	4	7	8	5
Studium o. n. A.	7	7	7	11	10	9	6	5	5	21	28	30	26	27	26	2	3	2	23	14	16	3	4	4
Studium und Berufsausbildung (unentschieden, Doppelqualifizierung, duales Studium)	1	3	2	2	6	1	4	2	4	43	57	60	25	13	16	13	10	14	9	6	4	2	1	0
Berufsakademie																								
Männer	3	5	8	38	35	38	5	8	5	14	12	10	13	11	9	1	0	0	21	23	27	4	5	1
Berufsausbildung	1	1	0	2	1	0	1	2	1	80	73	76	9	16	13	1	0	1	2	1	2	4	6	5
Fachhochschulstudium	0	0	0	0	1	1	0	1	0	9	11	13	87	84	82	0	0	0	2	2	3	1	1	1
Universitätsstudium	1	2	1	2	1	5	2	2	2	28	35	35	54	52	47	0	1	1	5	1	5	4	4	4
Studium o. n. A.	1	1	1	7	8	7	6	4	4	30	28	38	30	34	23	6	2	2	16	17	22	2	2	2
Studium und Berufsausbildung (unentschieden, Doppelqualifizierung, duales Studium)	0	2	0	1	1	0	5	1	0	65	48	84	18	27	8	6	11	4	2	8	3	2	1	1
Berufsakademie																								

Quelle: DZHW-Studienberechtigtenbefragung
BIBB-Datenreport 2015

fürten Befragung den Berufsakademien und nicht den Fachhochschulen, denen die DHBW gleichgestellt ist, zugeordnet haben.

Die im letzten Schuljahr genannten Qualifizierungspläne werden von Männern und Frauen in unterschiedlichem Maß realisiert → [Tabelle A3.3.1-3](#). Frauen äußern nicht nur zu höheren Anteilen vor Schulabschluss den Wunsch nach einer ausschließlichen Berufsausbildung (siehe oben), sie setzen ihn anschließend auch häufiger in die Tat um (2012: 62% vs. 51%), während die Männer alternativ oder – mit wachsenden Anteilen – ergänzend ein Studium aufnehmen (2012: 33% vs. 46%). An dem Wunsch nach einem Fachhochschulstudium halten indes die Männer häufiger fest, während die Frauen sich eher zugunsten eines Universitätsstudiums umentscheiden. Auch bei zunächst noch fehlender Aussage zur gewünschten Hochschulart wählen Männer nach Schulabschluss häufiger ein Fachhochschul- und seltener ein Universitätsstudium als Frauen. Hierbei dürfte das Fächerspektrum der Fachhochschulen ausschlaggebend sein.

Studienberechtigte aus akademischen Elternhäusern realisieren die im letzten Schuljahr – ohnehin seltener – geäußerten Pläne einer ausschließlichen Berufsausbildung nach dem Schulabschluss zu geringeren Anteilen als Studienberechtigte, deren Eltern keinen Hochschulabschluss erlangt haben (2012: 52% vs. 61%) → [Tabelle A3.3.1-4](#). Sie entscheiden sich stattdessen häufiger zugunsten eines Studiums um oder schließen an die Berufsausbildung ein Studium an (2012: 43% vs. 35%). Zudem ist bei den Akademikerkindern eine generell hohe Präferenz für ein Universitätsstudium zu beobachten. Sie halten häufiger an einem solchen vor Schulabschluss geäußerten Wunsch fest, und sie entscheiden sich bei einem ursprünglichen Wunsch nach einem Fachhochschulstudium eher um.

Unterschiede hinsichtlich der Realisierung von Bildungsabsichten zeigen sich auch zwischen Studienberechtigten mit und ohne Migrationshintergrund → [Tabelle A3.3.1-5](#) [Internet](#). Studienberechtigte mit Migrationshintergrund nehmen im Kohortenvergleich zunehmend häufiger ein vor Schulabschluss geplantes Fachhochschulstudium nach der Schule tatsächlich auf (2008: 64% vs. 2012: 75%), und sie entscheiden sich zudem bei einer ursprünglich beabsichtigten Berufsausbildung häufiger

zugunsten eines Fachhochschulstudiums um als diejenigen ohne Migrationshintergrund (2012: 11% vs. 8%).

Eine im Kohortenvergleich leicht zunehmende Umorientierung in Richtung Fachhochschulstudium bei denjenigen Studienberechtigten, die im letzten Schuljahr eigentlich ein Universitätsstudium beabsichtigt hatten, findet sich in Ost- und Westdeutschland → [Tabelle A3.3.1-6](#). Die westdeutschen Studienberechtigten nehmen im Kohortenvergleich auch dann häufiger ein Fachhochschulstudium auf, wenn sie sich vor Schulabschluss noch nicht für eine Hochschulart entschieden hatten (2008: 26%, 2012: 32%) oder sowohl ein Studium als auch eine Berufsausbildung geplant hatten (2008: 26%, 2012: 34%). Die ostdeutschen Studienberechtigten halten indes immer seltener an einem ursprünglich geplanten Fachhochschulstudium fest und gehen direkt in die Erwerbstätigkeit über ([vgl. Kapitel A3.3.2](#)) bzw. nahmen bei der Kohorte 2012 ein Universitätsstudium auf. Charakteristische regionale Unterschiede gibt es zudem bei der Realisierung einer geplanten Ausbildung an einer Berufsakademie. In Westdeutschland münden diese Pläne sehr viel häufiger in ein Fachhochschulstudium. Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte die den Fachhochschulen gleichgestellte Duale Hochschule Baden-Württemberg sein, die, wie oben erwähnt, von den Befragten vor Schulabschluss vermutlich häufig den Berufsakademien zugeordnet wurde.

Die dargestellten deskriptiven Befunde machen deutlich, dass nur ein Teil der Studienberechtigten, die vor dem Schulabschluss eine sichere Ausbildungsintention hatten, diese nach Erwerb der Hochschulreife aufrechterhalten und realisieren. In Ergänzung dieser Ausführungen wird im Folgenden dargestellt, welche Faktoren die Beibehaltung einer vor Schulabschluss geäußerten Berufsausbildungsabsicht beeinflussen. Hierzu werden neben den soziodemografischen Merkmalen weitere wichtige Einflussgrößen, wie z. B. die schulische Performanz, betrachtet. Um die Mechanismen aufzuzeigen, die den gruppenspezifischen Unterschieden in der Realisierung der Ausbildungsabsicht zugrunde liegen, ist es sinnvoll, ein multivariates Analyseverfahren heranzuziehen. Ein geeignetes Verfahren ist die logistische Regression. Diese Methode bietet die Möglichkeit, die Einflussstärken mehrerer Variablen simultan zu schätzen und um den Einfluss der jeweils anderen in dem Modell berücksichtigten Variablen zu „bereinigen“.

Tabelle A3.3.1-4: Realisierung der vor Schulabschluss geäußerten Qualifizierungsabsichten nach Bildungsherkunft (in %)

Plan ein halbes Jahr vor Schulabschluss	Aufgenommene und geplante Qualifizierungswege nach Schulabschluss																							
	schulische Ausbildung		betriebliche Ausbildung		Beamtenausbildung mittl./geh. Dienst		FH-Studium (inkl. dualen Studiums)		Uni-Studium		Berufsakademie		Ausbildung + anschließendes Studium		Berufstätigkeit									
	2008	2010	2012	2008	2010	2012	2008	2010	2012	2008	2010	2012	2008	2010	2012	2008	2010	2012						
Kein Elternteil Akademiker																								
Berufsausbildung	13	15	16	40	39	41	5	6	4	9	7	9	8	7	6	0	0	0	18	19	20	5	5	2
Fachhochschulstudium	2	2	1	2	2	1	1	2	1	74	66	70	10	16	15	1	0	1	3	2	3	7	9	7
Universitätsstudium	1	1	1	0	1	1	0	1	1	11	13	13	81	78	78	0	0	0	3	3	3	3	3	2
Studium o. n. A.	1	2	2	1	3	3	2	1	4	31	32	33	55	48	46	0	2	1	1	2	6	7	8	4
Studium und Berufsausbildung (unentschieden, Doppelqualifizierung, duales Studium)	5	5	4	8	11	8	9	4	6	29	31	35	20	26	22	3	2	1	23	15	20	2	4	4
Berufsakademie	1	4	1	3	4	0	2	0	2	59	56	74	21	17	10	6	12	9	6	5	3	2	1	0
Mindestens ein Elternteil Akademiker																								
Berufsausbildung	17	15	13	31	30	33	3	9	6	12	10	8	12	12	9	1	1	0	21	19	26	2	2	2
Fachhochschulstudium	0	1	1	2	2	1	2	3	1	66	62	64	22	23	23	1	0	1	3	4	3	4	5	5
Universitätsstudium	0	1	1	1	1	1	0	0	0	8	9	11	86	85	83	1	0	0	3	2	3	1	1	1
Studium o. n. A.	2	1	1	3	0	4	0	1	2	24	23	29	58	65	55	0	1	0	6	3	3	4	4	4
Studium und Berufsausbildung (unentschieden, Doppelqualifizierung, duales Studium)	4	3	5	9	7	8	3	4	4	22	26	31	34	36	29	5	3	2	17	17	18	2	2	2
Berufsakademie	0	1	1	0	2	0	7	3	2	53	48	74	20	24	11	12	10	7	5	10	3	2	1	1

Quelle: DZHW-Studienberechtigtenbefragung

BIBB-Datenreport 2015

Tabelle A3.3.1-6: Realisierung der vor Schulabschluss geäußerten Qualifizierungsabsichten nach regionaler Herkunft (in %)

Plan ein halbes Jahr vor Schulabschluss	Aufgenommene und geplante Qualifizierungswege nach Schulabschluss																						
	schulische Ausbildung		betriebliche Ausbildung		Beamten- ausbildung mittl./geh. Dienst		FH-Studium (inkl. dualen Studiums)		Uni-Studium		Berufsakademie		Ausbildung + anschließendes Studium		Berufstätigkeit								
	2008	2010	2012	2008	2010	2012	2008	2010	2012	2008	2010	2012	2008	2010	2012	2008	2010	2012					
Ostdeutschland																							
Berufsausbildung	18	17	16	35	39	36	5	4	5	12	7	10	9	9	9	1	2	17	17	18	3	5	3
Fachhochschulstudium	1	3	1	2	2	2	4	2	2	67	64	60	16	16	19	2	2	5	5	3	3	7	11
Universitätsstudium	1	1	1	1	1	1	0	1	0	8	10	12	81	79	78	1	1	7	4	4	1	2	1
Studium o. n. A.	*	1	1	*	4	6	*	3	1	*	32	25	*	53	51	*	1	*	2	5	*	2	7
Studium und Berufsausbildung (unentschieden, Doppelqualifizierung, duales Studium)	3	9	7	14	10	11	4	4	2	23	22	24	24	28	31	9	6	20	15	20	3	4	2
Berufsakademie	1	*	0	3	*	2	2	*	4	34	*	36	26	*	11	22	*	8	*	7	4	*	0
Westdeutschland																							
Berufsausbildung	14	15	15	37	35	39	4	7	5	10	9	8	10	9	7	0	0	20	20	23	4	3	2
Fachhochschulstudium	1	2	1	2	2	1	1	2	1	71	65	68	16	19	19	0	0	3	3	3	6	7	5
Universitätsstudium	1	1	1	1	1	1	0	1	0	9	11	12	85	83	81	0	0	2	2	3	2	2	1
Studium o. n. A.	3	2	1	2	1	3	1	1	3	26	27	32	57	58	51	0	1	4	4	4	6	7	4
Studium und Berufsausbildung (unentschieden, Doppelqualifizierung, duales Studium)	5	4	4	8	9	8	6	4	5	26	29	34	28	31	24	3	2	20	16	19	2	3	3
Berufsakademie	1	3	1	0	3	0	6	1	2	66	57	81	19	23	11	3	5	4	5	2	1	0	1

* Zu geringe Fallzahl.

Quelle: DZHW-Studienberechtigtenbefragung

BIBB-Datenreport 2015

Tabelle A3.3.1-7: **Determinanten der Realisierung einer vor Schulabschluss vorhandenen Berufsausbildungsintention (binäre logistische Regression)¹**

Erklärende Variablen	M1	M2	M3	M4	M5
Soziodemografische Merkmale und Region					
Geschlecht (Ref. weiblich)					
männlich	-0,13 ***	-0,11 ***	-0,10 ***	-0,11 ***	-0,07 **
Bildungsherkunft (Ref. Eltern sind keine Akademiker)					
mind. ein Elternteil ist Akademiker	-0,09 ***	-0,08 ***	-0,04	-0,03	-0,02
Migrationshintergrund (Ref. kein Migrationshintergrund)					
mit Migrationshintergrund	-0,01	-0,04	-0,08 *	-0,09 **	-0,09 **
Region des Erwerbs der HZB (Ref. Ostdeutschland)					
Westdeutschland	-0,06	-0,08 *	-0,09 **	-0,10 **	-0,10 **
Bildungsbiografische Merkmale					
Schulart (Ref. allgemeinbildende Schule)					
Fachgymnasium/gymnasiale Oberstufe in beruflicher Schule		-0,04 *	-0,03 *	-0,03 *	-0,02
Fachoberschule/Berufsoberschule		0,14 **	0,09 *	0,10 **	0,10 **
Berufsfachschule/Fachschule		0,22 ***	0,18 **	0,20 ***	0,13 ***
Leistungsbezogene Merkmale					
durchschnittliche Schulabschlussnote			0,18 ***	0,18 ***	0,13 ***
subjektive Erfolgsaussicht für Studium²			-0,07 ***	-0,07 ***	-0,06 **
Kostenbezogene Merkmale					
Wahlmotiv „baldige finanzielle Unabhängigkeit“³				0,03 **	0,03 ***
relative Einschätzung finanzieller Belastungen (berufl. Ausbild. vs. Studium)⁴				-0,03 ***	-0,03 **
Wahlmotiv „örtliche Bindungen“³				0,02 **	0,02 *
Ertragsbezogene Merkmale					
wissenschaftlich-forschendes Interesse⁵					-0,07 ***
relative Einschätzung Einkommen (berufliche Ausbildung vs. Studium)⁴					0,03 *
relative Einschätzung Karriere (berufliche Ausbildung vs. Studium)⁴					0,05 ***
N	1.834	1.834	1.834	1.834	1.834
Pseudo-R² (McFadden)	0,03	0,06	0,15	0,17	0,21

Signifikanzniveau: *** auf 0,1%-Niveau signifikant; ** auf 1%-Niveau signifikant; * auf 5%-Niveau signifikant.

¹ Berechnung der Standardfehler „geclustert“ nach Stichprobenklumpen; Koeffizienten werden als „average marginal effects“ ausgewiesen.

² 5-stufige Skala von 1 = sehr gering bis 5 = sehr hoch.

³ 6-stufige Skala von 1 = bedeutungslos bis 6 = sehr bedeutend.

⁴ Differenz aus den erwarteten Möglichkeiten und Nachteilen von einer Berufsausbildung gegenüber einem Studium; jeweils erhoben auf einer 5-stufigen Skala von 1 = „gar nicht“ bis 5 = „in hohem Maße“.

⁵ Index zum wissenschaftlich-forschendem Interesse von 1 = überhaupt nicht bis 5 = sehr stark.

Quelle: DZHW-Studienberechtigtenbefragung 2012

BIBB-Datenreport 2015

In → **Tabelle A3.3.1-7** werden die Ergebnisse der logistischen Regressionsanalyse präsentiert. Sie geben Auskunft, inwieweit die verschiedenen Einflussfaktoren dazu führen, dass die Studienberechtigten des Abschlussjahrgangs 2012 eine vor Schulabschluss vorhandene „ausschließliche“ Ausbildungsintention nach dem Schulabschluss tatsächlich realisieren, anstatt diese nach dem Erwerb der Hochschulreife zugunsten eines Hochschulstudiums ohne Ausbildung zu verwerfen.⁵⁸ Die verschiedenen Komponenten zur Erklärung der Beibehaltung einer Ausbildungsintention werden dabei sukzessive in die Regressionsanalyse eingeführt (Modell 1 bis 5). Durch diese stufenweise Einführung der Einflussfaktoren lässt sich abschätzen, inwieweit sich bspw. die Bildungsherkunft vermittelt über die schulischen Leistungen auf die Realisierung einer vor Schulabschluss vorhandenen Ausbildungsneigung auswirkt. Die Effektstärken der unabhängigen Variablen werden als *average marginal effects (AME)* ausgewiesen (vgl. Mood 2010). Diese geben an, inwieweit sich die Wahrscheinlichkeit ändert, eine geplante Ausbildung zu realisieren, wenn die jeweils betrachtete unabhängige Variable um eine Einheit erhöht wird.

Das erste Modell enthält lediglich die soziodemografischen Merkmale Geschlecht, Bildungsherkunft und Migrationshintergrund sowie ferner die Region des Erwerbs der Hochschulreife → **Tabelle A3.3.1-7**. Analog zu den deskriptiven Ergebnissen zeigt sich im ersten Modell, dass Männer eine um 13 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit als Frauen aufweisen, die ursprüngliche Ausbildungsintention nach dem Schulabschluss zugunsten einer Umorientierung in Richtung eines Studiums aufzugeben ($AME = -0,13$). Dieser Effekt ist auf dem 0,1%-Niveau signifikant. Ähnlich deutlich fällt der hochsignifikante Effekt der Bildungsherkunft aus: Studienberechtigte aus akademischen Elternhäusern haben im Vergleich zu denjenigen aus nicht-akademischen Elternhäusern eine um 9 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, die ursprünglichen Berufsausbildungspläne nicht zu realisieren und stattdessen ein Studium aufzunehmen ($AME = -0,09$). Der Migrationshintergrund und die Region des Erwerbs der Hochschulreife (West- und Ostdeutschland) hängen im ersten

Modell hingegen nicht signifikant mit der Realisierung der Ausbildungsintention zusammen.

Im zweiten Modell wird zusätzlich die zum Erwerb der Hochschulreife besuchte Schulart in die Spezifikation aufgenommen. Es zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit, eine vor Schulabschluss vorhandene feste Ausbildungsabsicht im nachschulischen Verlauf umzusetzen, bei Studienberechtigten von Fachoberschulen ($AME = 0,14$) sowie insbesondere bei denjenigen von Berufsfachschulen und Fachschulen ($AME = 0,22$) im Vergleich zur Referenzgruppe der Studienberechtigten von allgemeinbildenden Schulen deutlich größer ausfällt. Umgekehrt heißt dies, dass Studienberechtigte allgemeinbildender Schulen, die ohnehin deutlich häufiger ein Studium planen (vgl. Schneider/Franke 2014), sich zudem häufiger für ein Studium entscheiden als solche von Fachoberschulen, Berufsfachschulen und Fachschulen, wenn sie ursprünglich eine berufliche Ausbildung absolvieren wollten. Studienberechtigte von Fachgymnasien orientieren sich hingegen häufiger in Richtung eines Studiums um als diejenigen von allgemeinbildenden Schulen ($AME = -0,04$). Unter Berücksichtigung der Schulart zeigt sich für die Region des Erwerbs der Hochschulreife im zweiten Modell nun ein signifikanter Einfluss für den Erwerb der Hochschulreife in Westdeutschland, und dieser Effekt steigt hinsichtlich des quantitativen Ausmaßes zudem von $AME = -0,06$ in Modell 1 auf $AME = -0,08$ in Modell 2 an („*Suppressor-effekt*“). Entsprechend fällt die Wahrscheinlichkeit, die Ausbildungsintention zugunsten eines Studiums aufzugeben, bei Studienberechtigten aus Westdeutschland größer aus als bei denjenigen aus Ostdeutschland, obwohl sie die Hochschulreife häufiger an einer beruflichen Schulform erlangt haben, was insgesamt eigentlich eher zu einer Realisierung der ursprünglichen Ausbildungspläne führt.

Sowohl zwischen der Schulabschlussnote als auch der subjektiven Einschätzung der Erfolgsaussichten für ein Studium und der Entscheidung, anstatt der ursprünglich beabsichtigten Ausbildung ein Studium zu absolvieren, besteht ein deutlicher und signifikanter Zusammenhang. So erhöht eine Verschlechterung der Schulabschlussnote um eine Notenstufe die Wahrscheinlichkeit, eine vorhandene Ausbildungsabsicht auch umzusetzen, approximativ um beachtliche 18 Prozentpunkte. Demgegenüber verwirklichen Studienberechtigte, die sich die erfolg-

58 In die Analyse werden nur die Studienberechtigten 2012 einbezogen, die vor dem Schulabschluss ausschließlich eine berufliche Ausbildung als nachschulische Qualifizierung sicher geplant hatten.

reiche Durchführung eines Hochschulstudiums eher zutrauen, auch unter Kontrolle der objektiven Leistungen ihre ursprünglich geplante Berufsausbildung signifikant seltener und immatrikulieren sich stattdessen an einer Hochschule.

Unter Einbezug der objektiven (Schulabschlussnote) und subjektiven (Erfolgsaussichten) Leistungsmerkmale verändern sich insbesondere die direkten Effekte der Bildungsherkunft, des Migrationshintergrunds und der Schulart zwischen dem zweiten und dritten Modellschritt: So reduziert sich der direkte Effekt der Bildungsherkunft von $AME = -0,08$ auf $AME = -0,04$ im dritten Modell und ist nicht mehr signifikant → **Tabelle A3.3.1-7**. Das heißt, Kinder aus akademischen Elternhäusern erzielen im Mittel bessere Schulnoten und orientieren sich deshalb häufiger noch in Richtung eines Studiums um. Zudem bewerten sie ihre Erfolgsaussichten für ein Studium – u. a. aufgrund ihrer geringeren sozialen Distanz zum Hochschulsystem (Informationsasymmetrien) – vorteilhafter und entscheiden sich auch deshalb häufiger dafür, anstelle einer Berufsausbildung doch ein Studium anzunehmen (vgl. Erikson/Jonsson 1996). Bereinigt um den Einfluss der Leistungsmerkmale nimmt der negative Effekt des Migrationshintergrundes im Unterschied zur Bildungsherkunft zwischen dem ersten und zweiten Modell hingegen zu und ist zudem signifikant. Dahinter verbirgt sich ein „*Suppressoreffekt*“: Studienberechtigte mit Migrationshintergrund haben im Mittel schlechtere Schulabschlussnoten erzielt als diejenigen ohne Migrationshintergrund. Dies wirkt sich grundsätzlich zugunsten einer Realisierung der Ausbildungsintention aus. Im nachschulischen Verlauf nehmen sie anstatt der ursprünglich geplanten Ausbildung aber dennoch etwas häufiger ein Studium auf. Schließlich wirkt auch der Einfluss des Besuchs einer Fachoberschule bzw. Berufsfachschule oder Fachschule indirekt über leistungsbezogene Aspekte. Studienberechtigte allgemeinbildender Schulen haben im Mittel bessere Schulabschlussleistungen und schätzen die Wahrscheinlichkeit, ein Studium erfolgreich abzuschließen, höher ein als Studienberechtigte aus beruflichen Schulen. Sie entscheiden sich nach dem Schulabschluss daher häufiger, eine zuvor beabsichtigte Ausbildung nicht aufzunehmen, und immatrikulieren sich indes an einer Hochschule.

Untersuchungen zu Bildungsentscheidungen haben mehrfach gezeigt, dass diese auch von den Kosten und Erträgen abhängen, die die Studienberechtigten mit den verschiedenen Bildungsalternativen verbinden. Um zu prüfen, inwieweit monetäre und nicht monetäre Kosten- und Ertragserwartungen mit der Realisierung einer vor Schulabschluss vorhandenen Berufsausbildungsabsicht zusammenhängen, werden diese in das vierte und fünfte Modell integriert → **Tabelle A3.3.1-7**. Mit Blick auf die antizipierten Bildungskosten zeigt sich zunächst, dass die Wahrscheinlichkeit, eine beabsichtigte Berufsausbildung zu realisieren, umso größer ausfällt, je bedeutender Studienberechtigten das Motiv der „baldigen finanziellen Unabhängigkeit“ für die Wahl des nachschulischen Weges ist ($AME = 0,03$). Studienberechtigte, die die mit einem Studium einhergehenden finanziellen Belastungen in Relation zu den Berufsausbildungskosten eher gering einschätzen, entscheiden sich im nachschulischen Verlauf zudem häufiger gegen die ursprünglich geplante Ausbildung und zugunsten eines Studiums um ($AME = -0,03$). Anders ausgedrückt: Schulabsolventen und -absolventinnen, die die Studienkosten bereits vor Erwerb der Hochschulreife als hoch bewerten, bilden nicht nur häufiger eine Berufsausbildungsabsicht heraus (vgl. Lörz/Quast/Woisch 2011), sondern realisieren diese Ausbildungsabsicht im nachschulischen Verlauf auch häufiger. Der Einfluss des Motivs der „örtlichen Bindungen“ als Indikator für soziale Kosten, die durch einen für die Studienaufnahme – häufiger als für eine Berufsausbildung – notwendigen Ortswechsel entstehen können, ist ebenfalls signifikant. Studienberechtigte, für die „örtliche Bindungen“ bei der Wahl des nachschulischen Werdeganges von größerer Bedeutung sind, realisieren die Ausbildungsintention entsprechend häufiger als solche, denen eine regionale Bindung weniger wichtig ist ($AME = 0,02$).

Den Kosten einer Bildungsalternative stehen die erwarteten Vorteile bzw. Erträge eines Bildungsweges gegenüber, und so wird die Beibehaltung einer Ausbildungsintention auch von ertragsbezogenen Faktoren beeinflusst. Studienberechtigte, die vor dem Schulabschluss ein ausgeprägtes wissenschaftlich-forschendes Interesse (vgl. Holland 1997) entwickelt haben, aber dennoch zunächst eine Ausbildung absolvieren wollten, orientieren sich zwecks Befriedigung des wissenschaftlichen Interesses nach Schulabgang oftmals in Richtung eines Studiums um ($AME = -0,07$). Studienberechtigte, die die

Einkommens- ($AME = 0,03$) und Karrieremöglichkeiten ($AME = 0,05$) mit einer Berufsausbildung im Vergleich zu einer akademischen Qualifizierung ein halbes Jahr vor Schulabschluss vorteilhafter bewerten, realisieren die ursprünglich geplante Ausbildung nach dem Erwerb der Hochschulreife hingegen häufiger als diejenigen, die diese Berufsausbildungserträge geringer bewerten. Unter Kontrolle der ertragsbezogenen Merkmale reduziert sich insbesondere der direkte Effekt des Geschlechts merklich um 4 Prozentpunkte (von $AME = -0,11$ in Modell 4 auf $AME = -0,07$ in Modell 5). Entsprechend entscheiden sich Männer häufiger als Frauen zugunsten eines Studiums um, weil sie die Erträge einer Berufsausbildung im Vergleich zu Frauen verhaltener und die eines Studiums hingegen vorteilhafter bewerten.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass das Gesamtmodell eine gute Erklärungskraft bezüglich der Realisierung einer Ausbildungsabsicht bietet. Während die Erklärungskraft des ersten Modells mit einem Pseudo- R^2 von 0,03 noch vergleichsweise gering ausfällt, erhöht sie sich unter Hinzunahme der weiteren Komponenten sukzessive auf 0,21, was insgesamt für eine gute Modellanpassung spricht bzw. einen starken Zusammenhang zwischen abhängiger Variable und unabhängigen Variablen anzeigt (vgl. Andreß/Haagenaars/Kühnel 1997). Die Regressionsanalysen haben gezeigt, dass Männer häufiger als Frauen, Kinder aus akademischen Familien häufiger als Kinder aus nicht-akademischen Familien sowie Studienberechtigte von allgemeinbildenden Schulen häufiger als solche von bestimmten beruflichen Schulzweigen eine ursprüngliche Berufsausbildungsabsicht nach dem Schulabschluss verwerfen und ein Studium aufnehmen. Ferner führen bessere Schulleistungen und hohe erwartete Studienerfolgsaussichten dazu, dass anstatt einer vor dem Schulabschluss geplanten Ausbildung ein Studium absolviert wird. Schließlich realisieren Studienberechtigte, die die finanziellen Studienkosten als hoch einschätzen oder von einer beruflichen Ausbildung gute Einkommens- und Karrierechancen erwarten, ihre während der Schulzeit herausgebildeten Ausbildungsabsichten im nachschulischen Verlauf häufiger als andere Studienberechtigte.

(Heike Spangenberg, Heiko Quast, Barbara Franke,
Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschafts-
forschung GmbH)

A3.3.2 Berufliche Vorbildung von Studienberechtigten

Eine schulische Hochschulzugangsberechtigung kann in Deutschland an einer Vielzahl verschiedener Schularten erlangt werden. Beispielhaft genannt seien neben den Gymnasien und Gesamtschulen die beruflichen Gymnasien, Abendgymnasien, Fachoberschulen und je nach Bundesland auch die Fachschulen und Berufsfachschulen. Diese schulische Vielfalt trägt u. a. der unterschiedlichen beruflichen Vorbildung der Studienberechtigten Rechnung (z. B. die Schulen des zweiten Bildungsweges für Personen mit Berufsausbildung). Sie trägt aber gleichzeitig selbst zu einer diesbezüglichen Heterogenisierung der Studienberechtigten bei (z. B. mit dem Angebot einer parallelen Berufsausbildung). Grundsätzlich kann hinsichtlich der beruflichen Vorbildung zwischen Personen mit einer bereits vor Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung abgeschlossenen Berufsausbildung, jenen mit einer parallel zum Erwerb der Studienberechtigung absolvierten Berufsausbildung und Personen ohne berufliche Vorbildung differenziert werden.

Die Mehrzahl der studienberechtigten Schulabgänger/-innen hat keine berufliche Vorbildung (2012: 85%) → **Schaubild A3.3.2-1**. Gut jede/-r zehnte Studienberechtigte hat hingegen bereits vor dem Erwerb der

Hochschulzugangsberechtigung eine Berufsausbildung abgeschlossen, und 4% haben zeitgleich mit dem Abitur bzw. der Fachhochschulreife eine Berufsausbildung absolviert. Im Kohortenvergleich ist zwischen 1999 und 2006 zunächst eine deutliche Zunahme der parallelen Kombination aus Studienberechtigung und Berufsausbildung von 2% auf 8% zu verzeichnen. Seitdem ist der Anteil wieder rückläufig, und es erlangen – ebenso wie Ende der 1990er-Jahre – anteilig erneut mehr Personen ohne berufliche Vorbildung eine Studienberechtigung. Diese Entwicklung ist auch vor dem Hintergrund der doppelten Abiturientenjahrgänge, insbesondere bei der Kohorte 2012, zu interpretieren. Der entsprechend höhere Anteil von Studienberechtigten aus Gymnasien, die in der Regel keine berufliche Vorbildung haben, trägt zu einer Anteilsverschiebung zwischen Studienberechtigten mit und ohne abgeschlossene Berufsausbildung bei.

Die beschriebene Gesamtentwicklung findet sich bei Männern und Frauen gleichermaßen → **Schaubild A3.3.2-1**. Erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen jedoch im Hinblick auf den jeweiligen Umfang der beruflichen Vorbildung. Während je nach Kohorte 15% bis 21% der Männer über eine bereits vor dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung abgeschlossene Berufsausbildung verfügen, sind es bei den Frauen nur 7% bis 9%.

Schaubild A3.3.2-1: **Berufliche Vorbildung der Studienberechtigten im Kohortenvergleich und nach Geschlecht (in %)**

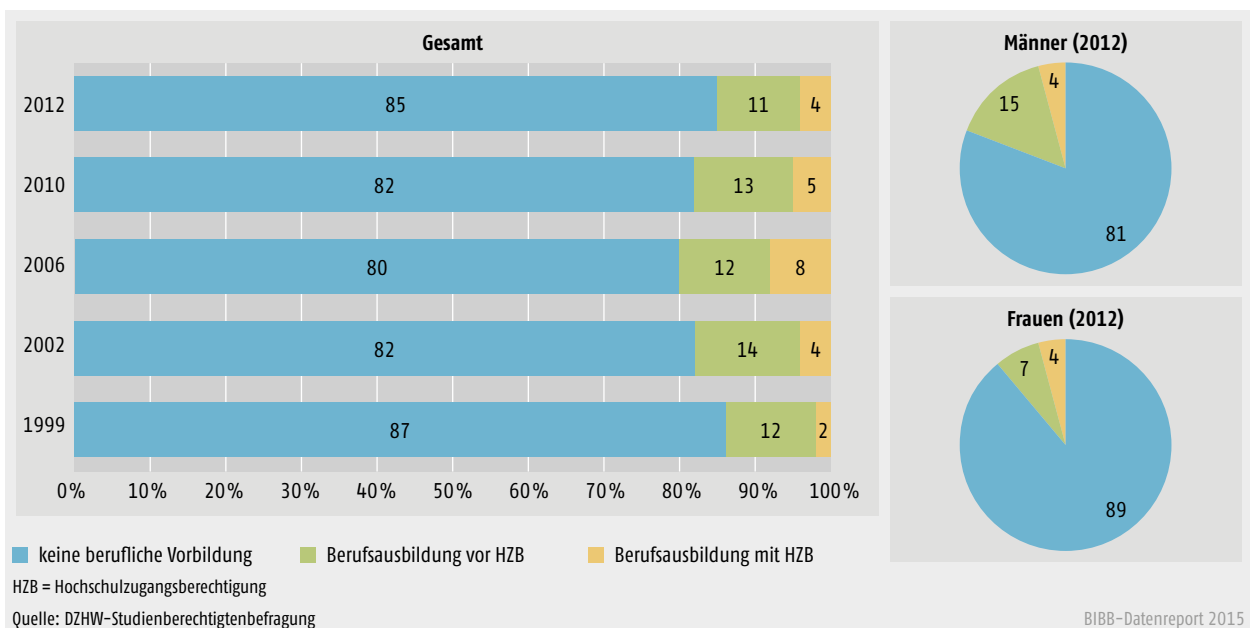


Tabelle A3.3.2-1: **Berufliche Vorbildung von Studienberechtigten nach Migrationshintergrund und familiärer Bildungsherkunft (in %)**

Studienberechtigtenkohorte	Migrationshintergrund			kein Migrationshintergrund			Mind. ein Elternteil Akademiker			Kein Elternteil Akademiker		
	keine berufliche Vorbildung	Berufsausbildung vor HZB	Berufsausbildung mit HZB	keine berufliche Vorbildung	Berufsausbildung vor HZB	Berufsausbildung mit HZB	keine berufliche Vorbildung	Berufsausbildung vor HZB	Berufsausbildung mit HZB	keine berufliche Vorbildung	Berufsausbildung vor HZB	Berufsausbildung mit HZB
1999							93	6	1	81	16	2
2002							91	7	2	74	21	5
2006	72	13	14	81	12	7	86	8	6	72	18	10
2010	82	13	5	82	13	5	88	8	4	76	18	6
2012	85	11	4	85	11	4	90	7	3	80	15	5

HZB = Hochschulzugangsberechtigung
Quelle: DZHW-Studienberechtigtenbefragung

BIBB-Datenreport 2015

Studienberechtigte mit und ohne Migrationshintergrund⁵⁹ unterscheiden sich hinsichtlich ihrer beruflichen Vorbildung einzig bei der Kohorte 2006 voneinander → [Tabelle A3.3.2-1](#). Die Studienberechtigten mit Migrationshintergrund hatten mit 14% zu doppelt so hohen Anteilen wie diejenigen ohne Migrationshintergrund parallel zum Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung eine Berufsausbildung abgeschlossen. Dieser Anteil sank bei der Kohorte 2010 deutlich auf 5%.

Die familiäre Bildungsherkunft → [Tabelle A3.3.2-1](#) steht in engem Zusammenhang mit der beruflichen Vorbildung der Studienberechtigten. Akademikerkinder gelangen in der Regel auf direktem Weg, ohne eine Berufsausbildung, zur Hochschulzugangsberechtigung. Je nach Kohorte variiert bei ihnen der Anteil der Personen, die vor oder parallel zur Studienberechtigung eine Berufsausbildung abschließen, zwischen 7% und 14%. Bei den Personen ohne akademischen Familienhintergrund sind es 20% bis 28%. Vor allem eine vorschulische Berufsausbildung wird von ihnen häufiger absolviert. Schulen des zweiten Bildungsweges sowie Fachoberschulen und Fachschulen sind somit für den schulischen Zugang von Kindern aus nicht-akademischen Elternhäusern zur Studienberechtigung resp. zum Studium von zentraler Bedeutung.

Die berufliche Vorbildung der ostdeutschen Studienberechtigten hat sich seit Ende der 1990er-Jahre erheblich verändert → [Tabelle A3.3.2-2 Internet](#). Zunehmend häufiger erwerben Personen mit einer bereits abgeschlossenen Berufsausbildung eine Hochschulzugangsberechtigung. Dieser Anteil ist von 8% auf zuletzt 15% gestiegen und damit etwa so hoch wie in Westdeutschland bzw. bei der Kohorte 2012 sogar höher. Regionale Unterschiede bestehen nach wie vor – wenn auch nur gering ausgeprägt – bei einer parallel zur Studienberechtigung absolvierten Berufsausbildung. In Westdeutschland ist dieser Anteil nicht zuletzt aufgrund des dort größeren Angebots dieser Qualifizierungsmöglichkeit höher.

Art der beruflichen Vorbildung

Die Art der beruflichen Vorbildung von Studienberechtigten hängt eng mit dem Zeitpunkt zusammen, zu dem die Berufsausbildung absolviert wird. Eine bereits vor Erlangung der Hochschulzugangsberechtigung abgeschlossene Ausbildung ist in etwa vier von fünf Fällen eine betriebliche Ausbildung → [Tabelle A3.3.2-3](#). Bei der Kohorte 2002 lag der Anteil sogar bei 87%. Berufsausbildungen, die parallel zur Studienberechtigung erworben werden, sind hingegen in ca. 9 von 10 Fällen schulischer Art. Im Kohortenvergleich besonders gering war dieser Anteil mit 81% bei der Kohorte 1999, stieg bis zur Kohorte 2006 auf 96% und verringert sich aktuell wieder zugunsten einer betrieblichen Ausbildung.

⁵⁹ Der Migrationshintergrund wird bestimmt über die Staatsbürgerschaft und das Geburtsland der Studienberechtigten, das Geburtsland ihrer Eltern und die im Elternhaus gesprochene Sprache.

Tabelle A3.3.2-3: Art der beruflichen Vorbildung von Studienberechtigten (in %)

Studienberechtigtenkohorte	Ausbildung vor Hochschulzugangsberechtigung			Ausbildung mit Hochschulzugangsberechtigung		
	betrieblich	schulisch	Beamtenausbildung	betrieblich	schulisch	Beamtenausbildung
1999	82	15	2	19	81	–
2002	87	11	2	12	88	–
2006	77	22	1	4	96	–
2010	80	19	1	8	92	–
2012	79	20	1	12	88	–

Quelle: DZHW-Studienberechtigtenbefragung

BIBB-Datenreport 2015

Unabhängig vom Zeitpunkt, zu dem die Berufsausbildung absolviert wird, wählen Frauen häufiger als Männer eine schulische Ausbildung → [Tabelle A3.3.2-4 Internet](#). Besonders groß ist diese geschlechtsspezifische Differenz bei einer vor Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung abgeschlossenen Ausbildung.

Bei den beiden zuletzt vom DZHW befragten Studienberechtigtenkohorten 2010 und 2012 zeigt sich bezüglich der von Personen mit und ohne Migrationshintergrund absolvierten Ausbildungsarten, dass eine schon vor Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung abgeschlossene Berufsausbildung bei Migrantinnen und Migranten überdurchschnittlich oft schulisch ist → [Tabelle A3.3.2-5 Internet](#). Studienberechtigte ohne Migrationshintergrund verbinden die Erlangung von Abitur bzw. Fachhochschulreife seit 2006 zudem zunehmend häufiger mit einer parallelen betrieblichen statt einer parallelen schulischen Berufsausbildung (2012: 14%).

In Ostdeutschland steigt nicht nur der Anteil der Personen kontinuierlich, die schon vor Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, und war zuletzt höher als in Westdeutschland. Mit Ausnahme der Kohorte 2006 sind diese Ausbildungen außerdem deutlich häufiger als in Westdeutschland schulischer Art → [Tabelle A3.3.2-6 Internet](#).

Qualifizierungswege

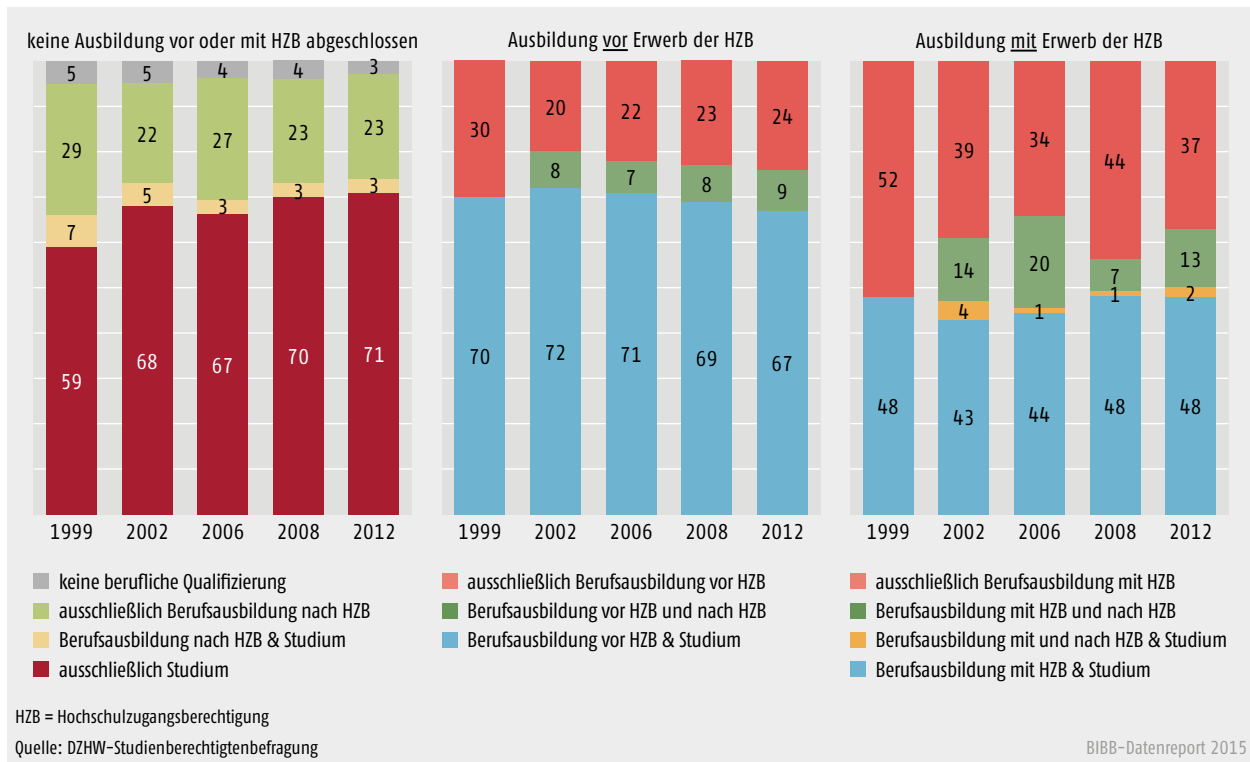
Die nachschulischen Qualifizierungswege sind unter anderem von der bisherigen Bildungs- und Berufsbiografie der Studienberechtigten beeinflusst. Studienberechtigte ohne berufliche Vorbildung nehmen nach dem Abitur

bzw. der Fachhochschulreife mehrheitlich ausschließlich ein Studium auf. Dieser Anteil ist zwischen 1999 und 2012 zudem von 59% auf 71% gestiegen → [Schaubild A3.3.2-1](#) (links). Parallel dazu hat der Weg einer nachschulischen Berufsausbildung mit anschließendem Studium an Bedeutung verloren (von 7% auf 3%), und auch eine ausschließliche Berufsausbildung ohne Studium wird seltener gewählt (von 29% auf 23%).

Haben die Studienberechtigten schon vor Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung eine Berufsausbildung abgeschlossen, nehmen sie im Anschluss an die Schulzeit erwartungsgemäß deutlich seltener eine weitere Berufsausbildung auf → [Schaubild A3.3.2-2](#) (Mitte). Nur ca. jede/-r Zehnte wählt diesen Weg. Etwa 7 von 10 Studienberechtigten nehmen indes nach dem Abitur bzw. der Fachhochschulreife ausschließlich ein Studium auf – zu überdurchschnittlich hohen Anteilen diejenigen, die einen Organisations-, Verwaltungs- oder Büroberuf erlernt haben → [Tabelle A3.3.2-7 Internet](#). Der Anteil der beruflich vorgebildeten Studienberechtigten, die ein Studium beginnen, ist allerdings seit 2002 rückläufig (von 72% auf 67%). Stattdessen belassen es diese Studienberechtigten immer häufiger bei ihrer vorschulischen Berufsausbildung und der Hochschulreife und gehen direkt in die Erwerbstätigkeit über (von 20% auf 24%).

Charakteristisch für die Studienberechtigten, die parallel zur Hochschulzugangsberechtigung eine Berufsausbildung absolviert haben, sind eine vergleichsweise seltene Studienaufnahme (43% bis 48%) und ein häufiger direkter Erwerbseinstieg nach Schulabschluss (34% bis 39%) → [Schaubild A3.3.2-2](#) (rechts). Insbesondere die Studienberechtigten, die einen Sozial- oder Erziehungs-

Schaubild A3.3.2-2: **Nachschulische Qualifizierungswege der Studienberechtigten im Kohortenvergleich nach beruflicher Vorbildung (in %)**



BIBB-Datenreport 2015

beruf erlernt haben, verzichten auf eine weitere berufliche Qualifizierung, während Personen mit dem Abschluss eines Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufes, aber auch diejenigen mit dem Abschluss eines Fertigungsberufes oder eines Berufes im Kommunikationsbereich überdurchschnittlich oft ein Studium aufnehmen → [Tabelle A3.3.2-7 Internet](#). Insgesamt absolvieren zudem je nach Kohorte 7% bis 20% der Studienberechtigten mit einer parallelen Berufsausbildung nach Schulabschluss ausschließlich eine weitere Berufsausbildung, gehen also mit zwei oder mehr Berufsausbildungen ins Erwerbsleben.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den nachschulischen Qualifizierungswegen lassen sich weitgehend unabhängig von der beruflichen Vorbildung durch zwei Charakteristika beschreiben. Männer entscheiden sich häufiger für ein Studium, und Frauen absolvieren häufiger eine Berufsausbildung bzw. gehen mit einer vor oder parallel zum Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung abgeschlossenen Berufsausbildung direkt in die Erwerbstätigkeit über → [Tabelle A3.3.2-8 Internet](#). Darüber hinaus sind im Kohortenvergleich in der Richtung und/oder

der Intensität der Entwicklung geschlechtsspezifische Differenzen vorhanden. So verläuft die insgesamt vermehrte Entscheidung der Studienberechtigten ohne berufliche Vorbildung für ein Studium bei den Frauen dynamischer. Die Frauen, die bereits vor Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, entscheiden sich indes seit der Kohorte 2010 – anders als die Männer – wieder seltener für ein Studium und häufiger für eine weitere Berufsausbildung sowie den direkten Übergang in die Erwerbstätigkeit.

Unabhängig von der beruflichen Vorbildung nehmen Akademikerkinder häufiger ein Studium auf und absolvieren seltener nach dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung eine Berufsausbildung oder treten unmittelbar in den Arbeitsmarkt ein als Studienberechtigte ohne akademischen Familienhintergrund → [Tabelle A3.3.2-9 Internet](#). Der Studierendenanteil hat sich allerdings bei den Studienberechtigten aus einem nicht-akademischen Elternhaus überdurchschnittlich vergrößert, insbesondere zwischen 1999 und 2002. Studienberechtigte, die vor oder auch parallel zum Erwerb der Hochschulzugangsbere-

berechtigung eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, gehen zwar, wenn sie aus einem nicht-akademischen Elternhaus kommen, häufiger direkt in eine Erwerbstätigkeit über. Dieser Anteil ist jedoch bei den Akademikerkindern gestiegen, sodass sich im Ergebnis die diesbezüglichen herkunftsspezifischen Unterschiede verringert haben.

Studienberechtigte mit einem Migrationshintergrund, die über keine berufliche Vorbildung verfügen, entscheiden sich häufiger als Studienberechtigte ohne Migrationshintergrund für ein Studium und seltener für eine Berufsausbildung → [Tabelle A3.3.2-10 Internet](#). Wurde hingegen vor Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung bereits eine Berufsausbildung abgeschlossen, zeigen sich bei den betrachteten Kohorten 2010 und 2012 keine eindeutigen Befunde. Während sich 2010 die Studienberechtigten ohne Migrationshintergrund häufiger für ein Studium entschieden, gilt dies 2012 für die Studienberechtigten mit Migrationshintergrund.

Ostdeutsche Studienberechtigte ohne berufliche Vorbildung nehmen seltener ein Studium auf als westdeutsche Studienberechtigte und entscheiden sich häufiger für eine Berufsausbildung. Seit 2010 ist letzterer Anteil jedoch von zuvor 32% auf 25% gesunken → [Tabelle A3.3.2-11 Internet](#). Die ostdeutschen Studienberechtigten, die bereits vor Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, entschieden sich bei den Kohorten 2002 und 2006 hingegen zunächst häufiger als die westdeutschen Studienberechtigten mit entsprechender beruflicher Vorbildung für ein Studium (79% bzw. 77% vs. 71% bzw. 70%). Bei den Kohorten 2010 und 2012 hat sich das Verhältnis umgekehrt. Auch die ostdeutschen Studienberechtigten mit beruflicher Vorbildung verzichten nun zugunsten einer weiteren Berufsausbildung sowie eines direkten Erwerbseinstiegs ohne weitere Qualifizierung häufiger als die westdeutschen Studienberechtigten auf ein Studium.

(Heike Spangenberg, Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH)

A4 Ausbildung im dualen System der Berufsausbildung

A4.1 Anerkannte Ausbildungsberufe

A4.1.1 Zukünftige Entwicklungen hinsichtlich Neuordnungen anerkannter Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO

Empfehlung des Hauptausschusses des BIBB zur Gestaltung kompetenzorientierter Ausbildungsordnungen

Im Juli 2014 hat der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) nach etwa zweieinhalbjährigen Beratungen eine Empfehlung zur Gestaltung kompetenzorientierter Ausbildungsordnungen verabschiedet.⁶⁰

Die zentrale Aufgabe besteht darin, für die Vielfalt der Berufe auf der Grundlage des Kompetenzverständnisses des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) zu verbindlichen und präzisen Beschreibungen der zu erzielenden Lernergebnisse (Berufsbild) zu kommen und die Ordnungsmittel entsprechend zu gestalten. Dazu ist es erforderlich, eindeutige, nachvollziehbare und geeignete Kriterien für die Gestaltung der Ordnungsmittel und die Formulierung der Kompetenzen zu entwickeln und den an der Ordnungsarbeit Beteiligten an die Hand zu geben. Die Kompetenz- bzw. Lernergebnisorientierung lenkt den Blick auf das Ergebnis, es erfolgt ein „Denken vom Ende her“. Dabei verlieren die Inhalte nicht an Bedeutung, sie sind stärker in Handlungskontexten verankert, ihre isolierte Bedeutung im Lehr-/Lernprozess geht zurück. Die Frage: „Welche Inhalte sind zu vermitteln?“ wird abgelöst von der Frage: „Was soll nach Absolvierung der beruflichen Ausbildung (Bildungsgang) gekonnt werden, welche Lernergebnisse werden angestrebt und über welche Kompetenzen in welcher Breite und Tiefe sollen die Absolventen verfügen?“ Die Umsetzung ist dabei von entscheidender Bedeutung für den Lernerfolg.

Vorschlag zur Struktur und Gestaltung von Ausbildungsordnungen – Ausbildungsberufsbild, Ausbildungsrahmenplan

Mit dieser Empfehlung sollen die Kompetenzorientierung und das Kompetenzverständnis des DQR Eingang in die Ausbildungsordnungen finden. Die Empfehlung wird seit Anfang 2015 umgesetzt, d. h., alle seit Beginn des Jahres laufenden Neuordnungsverfahren werden kompetenzorientiert gestaltet. Damit wurde ein Entwicklungsprozess eingeleitet, der für alle Beteiligten eine Neuorientierung bedeutet; deshalb müssen für den gesamten Entwicklungsprozess Anknüpfungspunkte und Anschlussfähigkeiten zum Bestehenden aufgezeigt werden.

Die Empfehlung enthält:

- ▶ einen Abgleich des Konstrukts der beruflichen Handlungsfähigkeit des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) und der Handwerksordnung (HwO),
- ▶ die Festlegung des Ausbildungsberufsbildes (Lernergebnis gemäß DQR-Niveau),
- ▶ die Strukturierung des Ausbildungsberufsbildes und des Ausbildungsrahmenplanes in Handlungsfelder,
- ▶ eine Beschreibung von Kompetenzen für die Handlungsfelder und
- ▶ einen Abgleich der Handlungsfelder mit dem Berufsbild.

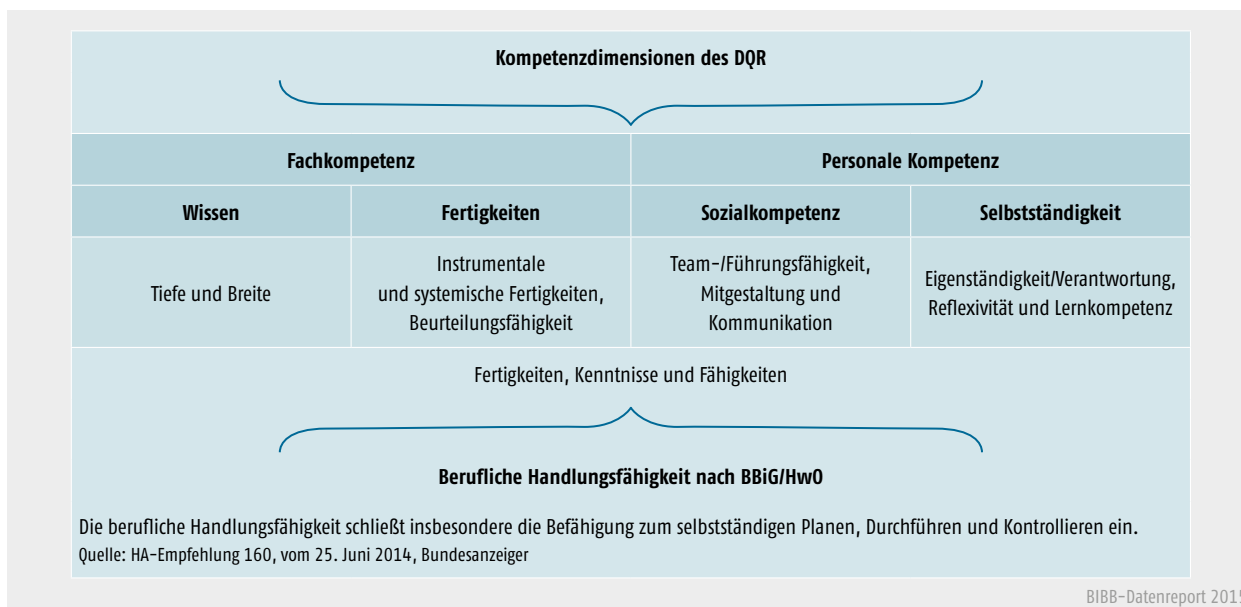
Abgleich berufliche Handlungsfähigkeit und Kompetenzverständnis des DQR

In der Empfehlung erfolgte eine inhaltliche Gleichsetzung zwischen dem Konstrukt der beruflichen Handlungsfähigkeit und dem Kompetenzverständnis des DQR → **Schaubild A4.1.1-1**. Dazu wird ausgeführt: „Die Gestaltung von Ausbildungsordnungen basiert auf dem Kompetenzverständnis, das dem DQR für lebenslanges Lernen zugrunde liegt: Kompetenz bezeichnet im DQR die Fähigkeit und Bereitschaft des Einzelnen, Kenntnisse und Fertigkeiten sowie persönliche, soziale und methodische Fähigkeiten zu nutzen und sich durchdacht sowie individuell und sozial verantwortlich zu verhalten. Kompetenz wird in diesem Sinne als umfassende Handlungskompetenz verstanden.“

Im DQR wird Kompetenz in den Dimensionen Fachkompetenz, unterteilt in Wissen und Fertigkeiten, und personale Kompetenz, unterteilt in Sozialkompetenz und

⁶⁰ Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) vom 26. Juni 2014 zur Struktur und Gestaltung von Ausbildungsordnungen – Ausbildungsberufsbild, Ausbildungsrahmenplan. Veröffentlicht im Bundesanzeiger am 25. Juli 2014, BAnz. AT 25.07.2014 S1. Siehe www.bibb.de/dokumente/pdf/HA160.pdf.

Schaubild A 4.1.1-1: **Gegenüberstellung Kompetenzdimensionen des DQR und Konstrukt Berufliche Handlungsfähigkeit nach BBiG/HwO**



Selbstständigkeit, dargestellt. Methodenkompetenz wird als Querschnittskompetenz verstanden und deshalb in der DQR-Matrix nicht eigens erwähnt. Die Handlungskompetenz des DQR entspricht der beruflichen Handlungsfähigkeit im Sinne des § 1 BBiG: „Berufsausbildung hat die für die Ausübung einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit in einer sich wandelnden Arbeitswelt notwendigen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten (berufliche Handlungsfähigkeit) in einem geordneten Ausbildungsgang zu vermitteln. Sie hat ferner den Erwerb der erforderlichen Berufserfahrungen zu ermöglichen.“

Bei der Gestaltung der Ordnungsmittel sind die 4 Kompetenzdimensionen des DQR zu integrieren.

Festlegung des Ausbildungsberufsbildes (zu erzielendes Lernergebnis des Berufes)

In diesem ersten Schritt erfolgt die Festlegung der Gesamtheit der für die Ausübung des Berufs erforderlichen Kompetenzen auf der Grundlage des Niveaus des DQR, dem der Beruf zugeordnet werden soll.⁶¹

61 Gegenwärtig erfolgt die Zuordnung der Ausbildungsberufe pauschal nach der festgelegten Ausbildungsdauer. Danach sind alle zweijährigen Berufe dem Niveau 3 und alle drei- und dreieinhalbjährigen Berufe dem Niveau 4 des DQR zugeordnet.

Handlungsfelder als Strukturmerkmal von Ausbildungsberufen

Das Berufsbild umfasst alle die den Beruf prägenden Handlungsfelder. Dabei bildet der Katalog der Handlungsfelder aus dem Antragsgespräch – Spitzengespräch der Sozialpartner mit den zuständigen Bundesministerien zur Erörterung und Prüfung eines Neuordnungsantrages – den Rahmen für die Gestaltung des zukünftigen Berufsbildes. Handlungsfelder werden unter Berücksichtigung der für den Einzelberuf relevanten Arbeits- und Geschäftsprozesse entwickelt. Dabei sind insbesondere berufliche, rechtliche und praxisrelevante Sachverhalte zu berücksichtigen. Aus den Handlungsfeldern werden die Lernfelder des Rahmenlehrplanes der Kultusministerkonferenz (KMK) entwickelt.⁶²

62 Lernfelder der KMK – Rahmenlehrpläne für die dualen Ausbildungsberufe sind seit 1998 kompetenzorientiert gestaltet und bieten eine sehr gute Grundlage für einen Transfer. Siehe: Handreichung für die Erarbeitung von Rahmenlehrplänen der Kultusministerkonferenz für den berufsbezogenen Unterricht in der Berufsschule und ihre Abstimmung mit Ausbildungsordnungen des Bundes für anerkannte Ausbildungsberufe, 2011. Siehe www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2011/2011_09_23_GEP-Handreichung.pdf.

Handlungsfelder bündeln inhaltlich zusammenhängende Kompetenzen und weisen die nachfolgenden Merkmale auf:

- ▶ Die Summe aller Handlungsfelder ergibt die Ausbildungsdauer und das gesamte Berufsbild.
- ▶ Handlungsfelder sind berufstypische Aufgabenbündel, für die die zu erwerbenden Kompetenzen beschrieben werden.
- ▶ In ihrer Summe bilden die Handlungsfelder das Ausbildungsberufsbild und charakterisieren damit den Ausbildungsberuf.
- ▶ Handlungsfelder orientieren sich an dem Modell der vollständigen Handlung, das heißt in jedem Handlungsfeld soll das selbstständige Informieren, Planen, Entscheiden, Vorbereiten und Ausführen, Kontrollieren und Bewerten implizit enthalten sein.
- ▶ Ein Handlungsfeld sollte einen zeitlichen Umfang von 1 bis 6 Monaten haben, wobei ein Handlungsfeld auch vor der Zwischenprüfung bzw. Teil 1 der gestreckten Abschluss-/Gesellenprüfung beginnen und danach enden kann.
- ▶ Die Bezeichnung der Handlungsfelder soll lernergebnisorientiert und aussagekräftig sein.
- ▶ Die Handlungsfelder bestimmen die Lerneinheiten, anhand derer der Ausbildungsablauf geplant und gestaltet werden soll.
- ▶ Die Gesamtheit der Kompetenzen aller Handlungsfelder soll dem jeweiligen DQR-Niveau entsprechen.

Im Neuordnungsverfahren werden zunächst die berufstypischen Handlungsfelder⁶³ konkretisiert und damit die relevanten Arbeits- und Geschäftsprozesse strukturiert. Dabei sollten auch neue Anforderungen und Entwicklungen im jeweiligen Beruf in den Blick genommen werden, die abhängig von Branchen, Einsatzfeldern und anderen Faktoren vielerlei Facetten haben. Die typischen Aufgaben und Tätigkeiten einer ausgebildeten Fachkraft werden berücksichtigt.

Festlegung der berufsrelevanten Arbeits- und Geschäftsprozesse

In einem weiteren Arbeitsschritt sind die Arbeits- und Geschäftsprozesse festzulegen. Geschäftsprozesse sind unternehmens- und bereichsübergreifende, miteinander

verbundene Vorgänge, die der Umsetzung der Unternehmensziele dienen und in einem zeitlichen oder sachlichen Zusammenhang zueinander stehen. Geschäftsprozesse lassen sich in der Abfolge eindeutig definieren. Das Ergebnis der Geschäftsprozesse kann ein Produkt oder eine Leistung sein. Das Ziel besteht darin, alle relevanten betrieblichen Geschäftsprozesse zu erfassen und umfassend abzubilden, um einen Überblick über die betrieblichen Gesamtzusammenhänge der verschiedenen Geschäftsfelder zu vermitteln.

Ein Arbeitsprozess ist Bestandteil eines Geschäftsprozesses und beinhaltet eine bestimmte Abfolge von Schritten zur Erreichung des angestrebten Zieles (Produkt oder Leistung). Ein Arbeitsprozess beinhaltet im Allgemeinen vorgegebene und definierte Aufgabenstellungen bzw. Anforderungssituationen und ist auf die Erreichung der vorgegebenen Ziele ausgerichtet. Das Ziel besteht darin, einen Überblick über die Einsatzbereiche der ausgebildeten Fachkräfte zu erhalten und die zukünftigen Handlungsanforderungen zu erfassen und festzulegen.

Festlegung der für den Beruf relevanten Kompetenzen

Bezugspunkt der Kompetenzen sind die fachlichen, personalen und sozialen Kompetenzen, die zur Bewältigung der beruflichen Aufgaben und Anforderungssituationen erforderlich sind. Ausgehend von den formulierten relevanten Arbeits- und Geschäftsprozessen, zugeordneten Aufgaben und Tätigkeiten sind die Kompetenzen bzw. die zu erreichenden Lernergebnisse für die einzelnen Handlungsfelder zu bestimmen, die mindestens erreicht werden sollen. Die Beschreibung der Kompetenzen sollte kontextbezogen und integrativ erfolgen; dabei sind die 4 Kompetenzdimensionen ebenso zu berücksichtigen wie die Orientierung an dem Konzept der vollständigen Handlung (VH). Damit der Handlungs- und Praxisbezug hinreichend verdeutlicht werden kann, sollte die Beschreibung der Kompetenzen nicht zu kleinteilig erfolgen. Wichtig ist dabei eine hinreichende Graduierung der Kompetenzen, um sie ausreichend differenziert ausweisen zu können.

⁶³ Die Handlungsfelder sollten nach der Empfehlung einen zeitlichen Umfang von 1 bis 6 Monaten haben.

Ableich der Handlungsfelder mit dem Berufsbild

Zum Abschluss findet ein Abgleich der Handlungsfelder mit dem Berufsbild statt. Dabei ist zu klären, inwieweit die Handlungsfelder in ihrer Gesamtheit das Berufsbild hinreichend abbilden, ob die in den Handlungsfeldern formulierten Kompetenzen in Breite und Tiefe dem geforderten Niveau entsprechen und ob die Kompetenzbeschreibungen verständlich, nachvollziehbar und überprüfbar sind.

Die Hauptausschussempfehlung enthält keine Regelungen für den Prüfungsbereich. Hier wird gemeinsam mit allen an den Neuordnungsverfahren Beteiligten zu klären sein, inwieweit es gelingen kann, auf der Grundlage der vorliegenden HA-Empfehlung⁶⁴ Prüfungen so zu gestalten und durchzuführen, dass sie geeignet sind, Kompetenzen in der erforderlichen Breite und Tiefe unter Berücksichtigung der allgemeinen Gütekriterien zu erfassen und zu bewerten.

(Irmgard Frank)

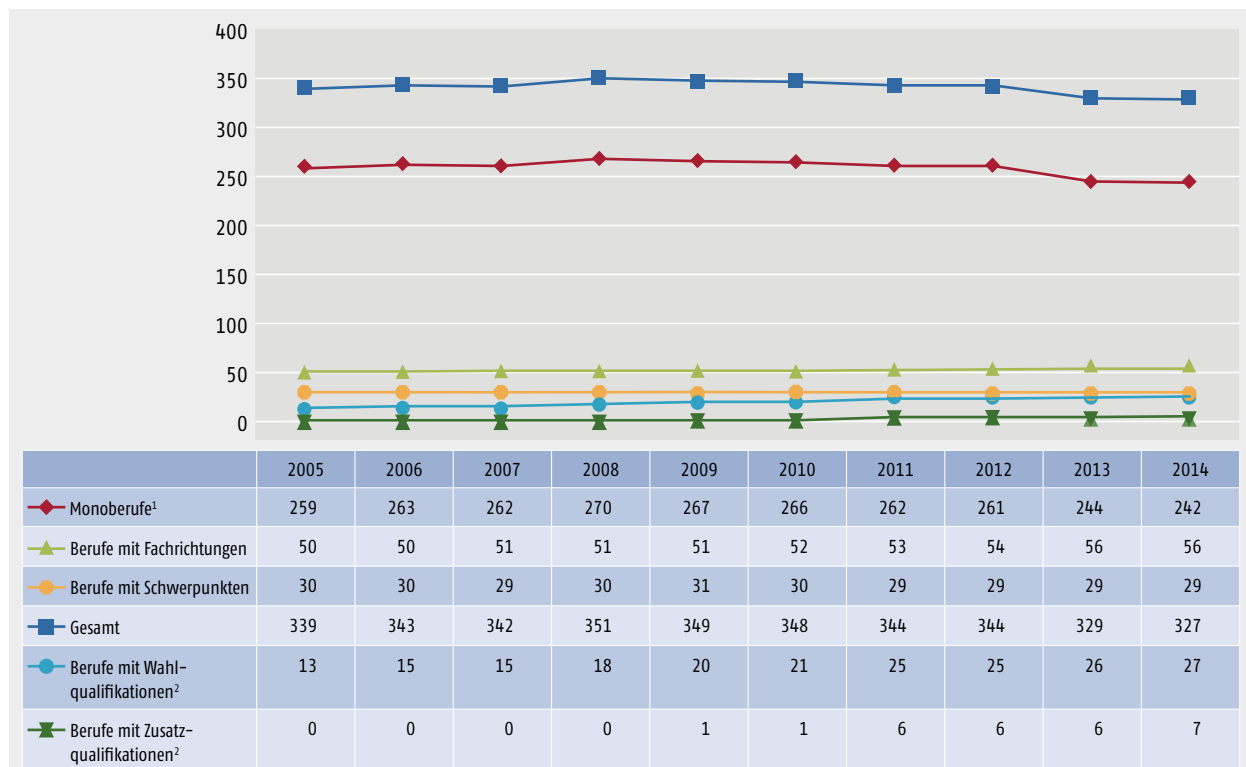
⁶⁴ Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zur Struktur und Gestaltung von Ausbildungsordnungen – Prüfungsanforderungen, Nr. 158 vom 12. Dezember 2013; veröffentlicht im Bundesanzeiger Amtlicher Teil (BAnz. AT 13. Januar 2014 S1). Siehe auch www.bibb.de/de/32327.htm

A4.1.2 Anzahl und Struktur anerkannter Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO

Die nachfolgenden Beschreibungen und Definitionen beziehen sich auf Ausbildungsberufe, die nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO) staatlich anerkannt sind oder als staatlich anerkannt gelten.⁶⁵ Als staatlich anerkannt im Sinne des § 4 BBiG gelten nach § 104 Absatz 1 BBiG auch die vor dem 1. September 1969 anerkannten Lehrberufe und Anlernberufe oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberufe, deren Berufsbilder, Berufsbildungspläne, Prüfungsanforderungen und Prüfungsordnungen bis zum Erlass von Ausbildungsordnungen nach § 4 BBiG anzuwenden sind.⁶⁶

Die Anzahl der anerkannten Ausbildungsberufe nach BBiG und HwO hat sich 2014 (Stand: 1. August 2014) im Vergleich zu den Vorjahren nochmals leicht verringert. Dies ist auf die Zusammenführung der 3 Büroberufe Bürokaufmann/-frau, Kaufmann/-frau für Bürokommunikation und Fachangestellte/-r für Bürokommunikation zum Ausbildungsberuf Kaufmann/-frau für Büromanagement (BGBI. I [2013] Nr. 72 S. 4125 vom 17. Dezember 2013) zurückzuführen. Im Zeitraum von 2005 bis 2014 reduzierte sich damit die Anzahl von 339 auf 327 → [Schaubild A4.1.2-1](#).

Schaubild A4.1.2-1: Struktur anerkannter Ausbildungsberufe (2005 bis 2014)



¹ In den Monoberufen sind Altausbildungsberufe (die vor dem BBiG von 1969 erlassen wurden) und ein vergleichbar geregelter Ausbildungsberuf (nach § 104 Abs. 1 BBiG) enthalten.

² Wahl- und Zusatzqualifikationen werden bei der Gesamtzahl der Ausbildungsberufe nicht berücksichtigt.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge)

BIBB-Datenreport 2015

65 Dieses Kapitel ist eine Fortschreibung des Kapitels A4.1.2 von Katrin Gutschow im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2014.

66 Außerhalb des Geltungsbereichs des BBiG (§ 3 Absatz 2 Nummer 3) gibt es darüber hinaus den vergleichbaren betrieblichen Ausbildungsgang „Schiffsmechaniker/-in“. Dieser Ausbildungsgang wird bei der folgenden Darstellung nicht mitgezählt.

Diese Reduzierung schlägt sich auch bei der Verteilung der Strukturmodelle **E** der Ausbildungsberufe nieder:

- ▶ Die Anzahl der Monoberufe ging zurück; sie betrug 259 im Jahr 2005 und 242 im Jahr 2014.
- ▶ Die Anzahl der Ausbildungsberufe mit Differenzierungen in Form von Fachrichtungen oder Schwerpunkten hat sich von 2005 (80 Ausbildungsberufe) bis 2014 (85 Ausbildungsberufe) leicht erhöht. Ihr Anteil an allen Ausbildungsberufen liegt bei rund 26%.
- ▶ Ausbildungsberufe mit Wahlqualifikationen werden seit 1998 erlassen.⁶⁷ Bis zum Jahr 2014 ist ihre Gesamtzahl auf 27 gestiegen.
- ▶ Seit 2009 wurden 7 Ausbildungsberufe mit Zusatzqualifikationen erlassen:
 - ▶ Musikfachhändler/-in (2009),
 - ▶ Buchhändler/-in (2011),
 - ▶ Medientechnologe Druck/Medientechnologin Druck (2011),
 - ▶ Medientechnologe Siebdruck/Medientechnologin Siebdruck (2011),
 - ▶ Tourismuskaufmann/-frau (2011),
 - ▶ Textilgestalter/-in im Handwerk (2011),
 - ▶ Kaufmann/-frau für Büromanagement (2013).

E Strukturmerkmale

Monoberufe beschreiben in sich geschlossene Ausbildungsgänge, deren Qualifikationsprofil formal keine Spezialisierung aufweist. Für alle Auszubildenden sind die Ausbildungsinhalte somit identisch. **Ausbildungsberufe mit Differenzierung** sind Ausbildungsgänge mit besonderen Ausbildungsinhalten für einzelne Aufgabenbereiche oder Tätigkeitsfelder. Die Differenzierung erfolgt insbesondere in Form von Schwerpunkten und Fachrichtungen. Eine Differenzierung nach **Schwerpunkten** berücksichtigt betriebliche Besonderheiten. Im 2. und 3. Ausbildungsjahr beanspruchen Schwerpunkte in der Regel nicht mehr als 6 Monate der gesamten Ausbildungszeit. Wenn branchenspezifische Besonderheiten vorliegen, erfolgt eine stärkere Differenzierung über **Fachrichtungen**. Das 3. Ausbildungsjahr ist zur Vermittlung der nötigen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten vorgesehen. Im Unterschied zu Schwerpunkten werden die Prüfungsanforderungen für jede Fachrichtung festgelegt.

Die Verwendung von **Wahlqualifikationen** kommt vor allem für hoch spezialisierte Branchen in Betracht, in denen jeder Betrieb ein anderes Spektrum bearbeitet und eine über Fachrichtungen hinausgehende Spezialisierung erforderlich ist. Mit diesem Modell können unterschiedliche „Qualifikationsbündel“ in der 2. Hälfte der Ausbildung individuell zu einem beruflichen Profil kombiniert werden. Die Anzahl der angebotenen und auszuwählenden Wahlqualifikationen sowie der zeitliche Umfang während der Ausbildung weisen zum Teil eine erhebliche Variationsbreite auf.

Seit der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes 2005 können Zusatzqualifikationen in Ausbildungsordnungen aufgenommen werden, die die berufliche Handlungsfähigkeit ergänzen oder erweitern. In der Regel kann eine nicht gewählte Wahlqualifikation als Zusatzqualifikation absolviert werden, die geprüft und im Zeugnis dokumentiert wird.

Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit

Die Anzahl der Ausbildungsberufe, die auf weitere Berufsausbildungen angerechnet **E** werden können, hat sich von 19 (2005) auf 22 (2014) erhöht. Im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl der Ausbildungsberufe, auf die andere Ausbildungsberufe angerechnet werden können, von 44 (2005) auf 67 (2014) → **Tabelle A4.1.2-1**.

E Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit

Die Ausbildungsordnungen (AO) regeln eigenständige Ausbildungsberufe mit unterschiedlicher Ausbildungsdauer. Nach dem Berufsbildungsgesetz (§ 5 Absatz 2 Nr. 4 BBiG) kann eine abgeschlossene Berufsausbildung, die 18 bis 24 Monate dauert, in einem in der AO festgelegten Ausbildungsberuf fortgesetzt werden. Diese Berufe, auf die angerechnet werden kann, haben eine Ausbildungsdauer von 36 bis 42 Monaten.

Es wird unterschieden nach Ausbildungsberufen, die angerechnet werden können, und Ausbildungsberufen, auf die angerechnet werden kann. Bei Ausbildungsberufen mit Anrechnungsmöglichkeiten handelt es sich nicht um Stufenausbildung im Sinne des § 5 Absatz 2 Nummer 1 BBiG.

⁶⁷ Im ersten Ausbildungsberuf mit Wahlqualifikationen, dem/der Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien von 1998 (BGBl. I [1998] Nr. 26 S. 875 ff.) wurden die Wahlqualifikationen als Qualifikationseinheiten bezeichnet.

Tabelle A4.1.2-1: Anzahl der Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit (2005 bis 2014)¹

Jahr	Ausbildungsberufe, die angerechnet werden können	Ausbildungsberufe, auf die angerechnet werden kann	Gesamtzahl der Ausbildungsberufe
2005	19	44	339
2006	17	45	343
2007	19	47	342
2008	22	49	351
2009	23	56	349
2010	23	63	348
2011	24	65	344
2012	24	65	344
2013	24	65	329
2014	22	67	327

¹ Dies betrifft Berufe, die eine Anrechnung nach § 5 Absatz 2 Satz 4 BBiG ermöglichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge)

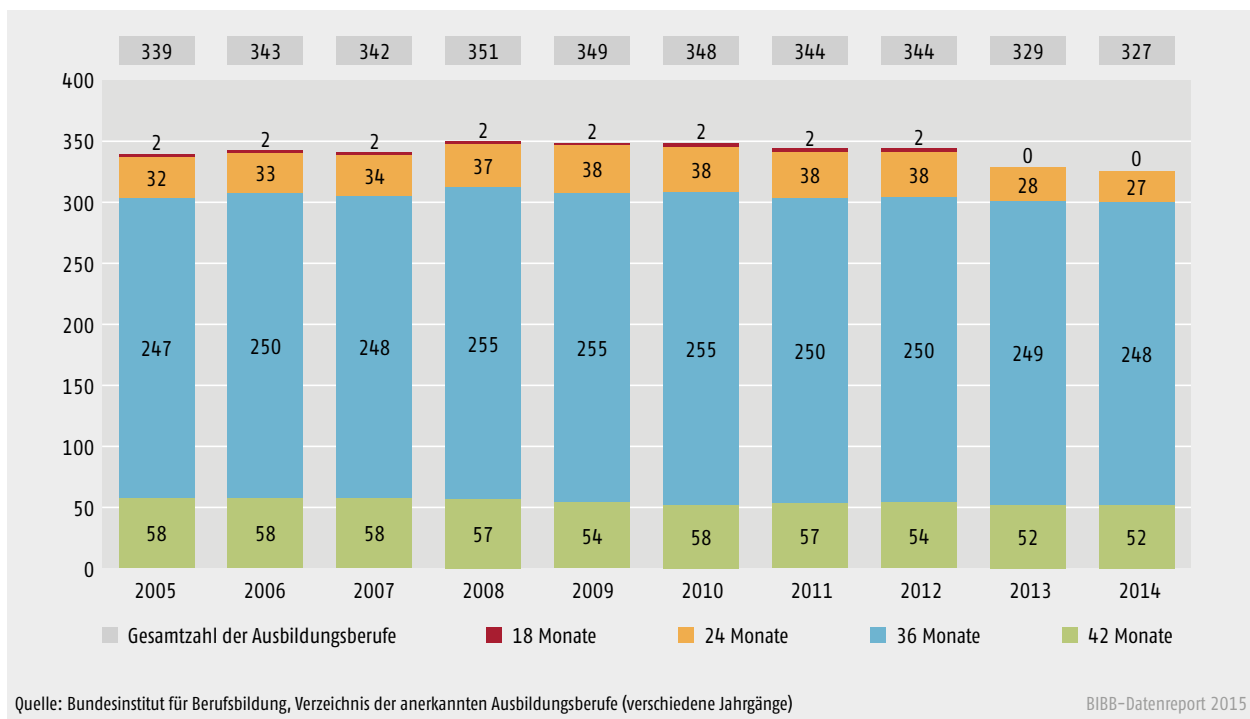
BIBB-Datenreport 2015

Ausbildungsdauer

Die Ausbildungsdauer soll grundsätzlich nicht mehr als 3 und nicht weniger als 2 Jahre betragen (§ 5 Absatz 1 Satz 2 BBiG). Abweichungen von dieser Regelung sind möglich; so werden beispielsweise auch Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 3,5 Jahren verordnet.

Von 2005 bis 2014 sank die Anzahl der Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 42 Monaten von 58 auf 52. Die Anzahl der Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 36 Monaten (247 im Jahr 2005 und 248 im Jahr 2014) blieb relativ konstant.⁶⁸ Die Anzahl der Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 24 Monaten ging von 32 im Jahr 2005 auf 27 im Jahr 2014 zurück → [Schaubild A4.1.2-2](#).

Schaubild A4.1.2-2: Anzahl der Ausbildungsberufe nach Ausbildungsdauer (2005 bis 2014)



⁶⁸ Bis 2007 gab es den Ausbildungsberuf Mathematisch-technischer Assistent/Mathematisch-technische Assistentin mit einer Ausbildungsdauer von 30 Monaten. Dieser wird hier zu den 36-monatigen Ausbildungsberufen gezählt.

A4.1.3 Neue und modernisierte Ausbildungsberufe

Von 2005 bis 2014 wurden insgesamt 155 Ausbildungsberufe neu geordnet **E**, darunter waren 131 modernisierte und 24 neue Ausbildungsberufe → **Tabelle A4.1.3-1**.⁶⁹ Im Jahr 2014 wurden 9 modernisierte⁷⁰ Ausbildungsberufe in Kraft gesetzt → **Tabelle A4.1.3-2**.

Ein Neuordnungsverfahren (für die Modernisierung eines bereits bestehenden Ausbildungsberufes oder für einen neuen Ausbildungsberuf) dauert derzeit durchschnittlich 10 Monate.

Tabelle A4.1.3-1: Anzahl der neuen und modernisierten Ausbildungsberufe (2005 bis 2014)¹

Jahr	Neu	Modernisiert	Insgesamt
2005	5	18	23
2006	4	17	21
2007	3	20	23
2008	7	12	19
2009	2	12	14
2010	0	11	11
2011	1	15 ¹	17
2012	0	5	5
2013	2	12 ²	14
2014	0	9	9
Insgesamt	24	131	155

¹ Der Schiffsfahrtskaufmann/Die Schiffsfahrtskauffrau wird nicht den modernisierten Ausbildungsberufen zugeordnet (vgl. Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Berufsausbildung zum Schiffsfahrtskaufmann/zur Schiffsfahrtskauffrau vom 9. Juni 2011 [BGBl. I Nummer 28 Seite 1075]).

² Einschließlich des vergleichbaren betrieblichen Ausbildungsgangs „Schiffsmechaniker/-in“ (außerhalb des Geltungsbereichs des BBiG [§ 3 Absatz 2 Nummer 3]).

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge) BIBB-Datenreport 2015

E Neuordnung von Ausbildungsberufen

Ausgangspunkt einer Neuordnung von Ausbildungsberufen im dualen System auf der Grundlage der §§ 4 Absatz 1 BBiG und 25 Absatz 1 HwO ist ein entsprechender Qualifikationsbedarf in der Wirtschaft. Wenn die Inhalte eines Ausbildungsberufs

modernisiert werden sollen oder ein neuer Ausbildungsberuf entstehen soll, geht die Initiative hierfür in der Regel von den Fachverbänden, den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber, den Gewerkschaften oder vom Bundesinstitut für Berufsbildung aus (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2014).

Die Unterscheidung von neuen und modernisierten Ausbildungsberufen wird (auf die Neuordnungen) seit 1996 angewandt – dem Jahr, seit dem das Neuordnungsgeschehen intensiviert wurde. Hintergrund für die damals rasante Ausweitung der Ordnungsarbeit war die „Diskussion um die qualifikatorischen Konsequenzen aus den Entwicklungen in strategisch bedeutsamen Technologien, dem Sprung von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft, der Globalisierung des Wirtschaftens und der damit verbundenen Umgestaltung der Arbeitsorganisation“ (Bundesinstitut für Berufsbildung 1998, S. 1).

Neu geordnete Ausbildungsberufe⁷¹

Der Begriff „neu geordnet“ wird verwendet, wenn eine Ausbildungsordnung erlassen wird. Es handelt sich um den Oberbegriff, der sowohl neue als auch modernisierte Ausbildungsberufe sowie (bloße) Überführungen in Dauerrecht umfasst. Die Merkmale neu bzw. modernisiert werden nicht auf die Berufe für behinderte Menschen (§ 66 BBiG bzw. § 42m HwO) angewandt.

Neue Ausbildungsberufe

Ein Ausbildungsberuf wird in der Regel dann als neu bezeichnet, wenn kein Vorgängerberuf (durch die neue oder eine andere Ausbildungsordnung) nach BBiG/HwO aufgehoben wird.

Modernisierte Ausbildungsberufe

Ausbildungsberufe, mit deren Ausbildungsordnung ein Vorgängerberuf aufgehoben oder geändert wird, gelten als modernisiert. Berichtigungen von Ausbildungsordnungen gelten nicht als Modernisierung (z. B. Schreib- oder Nummerierungsfehler). Vorgängerberufe nach BBiG/HwO sind staatlich anerkannte oder als anerkannt geltende Ausbildungsberufe (siehe Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe). Ein Vorgängerberuf wird aufgehoben, wenn die Ausbildungsordnung außer Kraft tritt oder entsprechende Vorschriften zu bisher festgelegten Berufsbildern, Berufsbildungsplänen und Prüfungsanforderungen nicht mehr angewandt werden.

⁶⁹ Dieses Kapitel ist eine Fortschreibung des Kapitels A4.1.3 von Katrin Gutschow im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2014.

⁷⁰ Um die Neuordnungsverfahren vollständig abzubilden, wird hier die Modernisierung des vergleichbaren betrieblichen Ausbildungsgangs „Schiffsmechaniker/-in“ (außerhalb des Geltungsbereichs des BBiG [§ 3 Absatz 2 Nummer 3]) mitgezählt.

⁷¹ Grundlage der Darstellung ist eine neue Unterscheidung nach neuen oder modernisierten Ausbildungsberufen. Hierdurch können sich Abweichungen zu früher veröffentlichten Daten ergeben.

Tabelle A 4.1.3-2: Neue und modernisierte Ausbildungsberufe 2014

Neu oder modernisiert	Bezeichnung	Ausbildungsdauer	Ausbildungsbereich ¹	Strukturmerkmale				Anrechenbarkeit		Prüfungsmodalität ²
				Monoberuf	mit Schwerpunkten	mit Fachrichtungen	mit Wahlqualifikationen	Ausbildungsberuf kann angerechnet werden	Ausbildungsberuf, auf den angerechnet werden kann	
modernisiert	Land- und Baumaschinenmechatroniker/Land- und Baumaschinenmechatronikerin	42	Hw, IH	ja	nein	nein	nein	nein	ja	GAP
modernisiert	Fachkraft für Speiseeis	36	Hw	ja	nein	nein	nein	nein	ja	traditionell
modernisiert	Karosserie- und Fahrzeugbaumechaniker/Karosserie- und Fahrzeugbaumechanikerin	42	Hw, IH	nein	nein	ja	nein	nein	ja	GAP
modernisiert	Kaufmann für Büromanagement/Kauffrau für Büromanagement	36	IH, öD	ja	nein	nein	ja	nein	nein	GAP
modernisiert	Kaufmann für Versicherungen und Finanzen/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen	36	IH	nein	nein	ja	ja	nein	nein	traditionell
modernisiert	Polsterer/Polsterin	36	IH	ja	nein	nein	nein	nein	ja	traditionell
modernisiert	Süßwarentechnologe/Süßwarentechnologin	36	IH	ja	nein	nein	nein	nein	nein	traditionell
modernisiert	Zupfinstrumentenmacher/Zupfinstrumentenmacherin	36	Hw	nein	nein	ja	nein	nein	nein	traditionell
modernisiert	Zweiradmechatroniker/Zweiradmechatronikerin	42	Hw, IH	nein	nein	ja	nein	nein	ja	GAP

¹ Ausbildungsbereiche: IH = Industrie und Handel; Hw = Handwerk; öD = öffentlicher Dienst.

² Prüfungsmodalität: traditionell = Zwischenprüfung und Abschluss- bzw. Gesellenprüfung; GAP = gestreckte Abschluss- bzw. Gesellenprüfung.

Quelle: Erste VO zur Änderung der VO Berufsausbildung zum Land- und Baumaschinenmechatroniker und zur Land- und Baumaschinenmechatronikerin vom 19.06.2014 (BGBl. I vom 26.06.2014 S. 811)

VO Berufsausbildung zur Fachkraft für Speiseeis (Speiseisfachkraftausbildungsverordnung – EisAusv) vom 05.06.2014 (BGBl. I vom 13.06.2014 S. 702)

VO Berufsausbildung zum Karosserie- und Fahrzeugbaumechaniker und zur Karosserie- und Fahrzeugbaumechanikerin (Fahrzeugbaumechaniker-ausbildungsverordnung – FzMechAusv) vom 10.06.2014 (BGBl. I vom 20.06.2014 S. 714)

VO Berufsausbildung zum Kaufmann für Büromanagement und zur Kauffrau für Büromanagement (Büromanagementkaufleute-Ausbildungsverordnung – BüroMKFAusv) vom 11.12.2013 (BGBl. I vom 17.12.2013 S. 4125)

Erste VO zur Änderung der VO Berufsausbildung zum Kaufmann für Versicherungen und Finanzen/zur Kauffrau für Versicherungen und Finanzen vom 27.05.2014 (BGBl. I vom 13.06.2014 S. 690)

VO Berufsausbildung zum Polsterer und zur Polsterin (Polsterer-ausbildungsverordnung – PolstAusv) vom 20.05.2014 (BGBl. I vom 28.05.2014 S. 539)

VO Berufsausbildung zum Süßwarentechnologen und zur Süßwarentechnologin (Süßwarentechnologenausbildungsverordnung – SüßWAusv) vom 29.04.2014 (BGBl. I vom 09.05.2014 S. 444)

VO Berufsausbildung zum Zupfinstrumentenmacher und zur Zupfinstrumentenmacherin (Zupfinstrumentenmacher-ausbildungsverordnung – ZupfinstrumentAusv) vom 30.06.2014

(BGBl. I vom 10.07.2014 S. 875)

VO Berufsausbildung zum Zweiradmechatroniker und zur Zweiradmechatronikerin (Zweiradmechatroniker-ausbildungsverordnung – ZweiradAusv) vom 13.06.2014

(BGBl. I vom 20.06.2014 S. 731)

BIBB-Datenreport 2015

Für weitere Erläuterungen zu Erprobungsverordnungen, Überführung in Dauerrecht, Hinweisen zur Zuordnung vor 2003 und Inkrafttretens- und Erlassdatum siehe **E** im BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.1.2.

Im Jahr 2015 werden voraussichtlich 17 modernisierte Ausbildungsordnungen in Kraft treten⁷²:

- ▶ Automatenfachmann/Automatenfachfrau
- ▶ Betonfertigteilbauer/Betonfertigteilbauerin
- ▶ Bogenmacher/Bogenmacherin
- ▶ Fachkraft für Lederherstellung und Gerbereitechnik
- ▶ Geigenbauer/Geigenbauerin
- ▶ Gießereimechaniker/Gießereimechanikerin

- ▶ Holzmechaniker/Holzmechanikerin
- ▶ Kerzenhersteller und Wachsbildner/Kerzenherstellerin und Wachsbildnerin
- ▶ Notarfachangestellter/Notarfachangestellte
- ▶ Orthopädeschuhmacher/Orthopädeschuhmacherin
- ▶ Patentanwaltsfachangestellter/Patentanwaltsfachangestellte
- ▶ Rechtsanwalts- und Notarfachangestellter/Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte
- ▶ Rechtsanwaltsfachangestellter/Rechtsanwaltsfachangestellte
- ▶ Textil- und Modenäher/Textil- und Modenäherin
- ▶ Textil- und Modeschneider/Textil- und Modeschneiderin
- ▶ Werkfeuerwehrmann/Werkfeuerwehrfrau
- ▶ Werksteinhersteller/Werksteinherstellerin

(Henrik Schwarz)

⁷² Eine aktuelle Übersicht über Berufe, die sich in der Neuordnung bzw. Modernisierung befinden, kann im Internet unter http://www.bibb.de/de/berufeinfo.php/new_modernised_occupations abgerufen werden.

A4.2 Gesamtbestand der Ausbildungs- verhältnisse in der Berufsbildungs- statistik (Erhebung zum 31. Dezember)

Das folgende Kapitel betrachtet die Bestandszahlen der Auszubildenden insgesamt sowie differenziert nach Zuständigkeitsbereichen und ausgewählten Merkmalen (Geschlecht, Herkunft).⁷³ Basis für die Berechnungen bildet die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember) **E**, in der Auszubildenden-, Vertrags- und Prüfungsdaten im dualen System erfasst werden. Bei den Bestandszahlen handelt es sich um eine Zählung der Auszubildenden über alle Ausbildungsjahre (1., 2., 3. und 4. Ausbildungsjahr). Zum Auszubildendenbestand zählen alle Personen, die jeweils zum 31. Dezember in einem Ausbildungsverhältnis mit einem Ausbildungsvertrag nach BBiG bzw. HwO stehen. Somit geben die Bestandszahlen Aufschluss über den Umfang der gesamten Ausbildungsleistung von Betrieben und Berufsschulen.

Für die Analysen zu den berufsstrukturellen Entwicklungen (vgl. Kapitel A4.4) und zur Vorbildung der Auszubildenden (vgl. Kapitel A4.6.1 und A4.6.2) werden anstelle der Bestandszahlen die Daten zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen herangezogen. Hierunter werden Ausbildungsverhältnisse gezählt, die im aktuellen Berichtsjahr begonnen haben, angetreten und bis zum 31. Dezember nicht gelöst wurden.

E Die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (kurz: Berufsbildungsstatistik) ist eine Totalerhebung von Auszubildenden-, Vertrags- und Prüfungsdaten zu staatlich anerkannten Ausbildungsberufen (§ 4 Absatz 1 Berufsbildungsgesetz [BBiG] bzw. § 25 Absatz 1 Handwerksordnung [HwO]) sowie dualen Ausbildungsberufen in Erprobung nach § 6 BBiG bzw. § 27 HwO.⁷⁴ Auch Ausbildungsrege-

lungen für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO sind hierin enthalten. Die Daten werden nach § 88 BBiG durch die statistischen Ämter des Bundes und der Länder bei den zuständigen Stellen erhoben und an das BIBB zum Zwecke der Erstellung des Berufsbildungsberichts und der Durchführung der Berufsbildungsforschung übermittelt. Erfasst werden u. a. auch Daten zum Ausbildungspersonal (vgl. Kapitel A4.10.3), zu Externenprüfungen (vgl. Kapitel A4.8) und zu Fortbildungs- und Umschulungsprüfungen (vgl. Kapitel B4.4). Vollzeitschulische Berufsausbildungen und sonstige Berufsausbildungen, die nicht nach BBiG bzw. HwO geregelt sind, werden nicht erfasst.

Mit Artikel 2a des Berufsbildungsreformgesetzes (BerBiRefG) vom 23. März 2005 (Bundesgesetzblatt 2005, S. 931)⁷⁵ wurde 2007 die frühere Aggregatdatenerhebung auf eine vertragsbezogene Einzeldatenerfassung umgestellt und erhielt einen ausgeweiteten Merkmalskatalog. Hierdurch eröffnen sich neue Analysemöglichkeiten. Bis 2006 wurden die Daten in Form von Tabellen erfasst. Bei diesen im **Aggregat erfassten Daten** waren die Analysemöglichkeiten auf die wenigen Merkmalskombinationen, die die jeweilige Erfassungstabelle enthielt, beschränkt. Mit der **vertragsbezogenen Einzeldatenerfassung** wird für jedes Ausbildungsverhältnis, das in das von der zuständigen Stelle geführte Verzeichnis eingetragen ist, ein Datensatz mit allen in § 88 BBiG festgelegten Merkmalen erhoben. Die vertragsbezogenen Einzeldaten ermöglichen bei der Auswertung eine freie Kombination der erfassten Merkmale. Grundsätzlich ist aufgrund der Erhebungstechnischen Umstellung der Vergleich der Daten ab 2007 mit denen der Vorjahre nicht uneingeschränkt möglich.

Die Daten der Berufsbildungsstatistik werden mit der **Fachserie 11, Reihe 3** des Statistischen Bundesamtes (Destatis) veröffentlicht und können im Publikationsservice von Destatis kostenfrei heruntergeladen werden (www.destatis.de). Außerdem stellt das BIBB Auszubildendendaten der Berufsbildungsstatistik auch im Onlinedatensystem Auszubildende (DAZUBI) bereit, das eine Ergänzung zum BIBB-Datenreport darstellt (www.bibb.de/dazubi). Dort können Daten, Berechnungen und ergänzende Berufsmerkmale für die einzelnen Ausbildungsberufe und Bundesländer abgerufen werden. Zu den Daten liegen umfangreiche Erläuterungen vor.

⁷³ Dieses Kapitel ist eine Fortschreibung des Kapitels A4.2.1 von Naomi Gericke und Nicole Lissek im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2014.

⁷⁴ Daten über Auszubildende wurden seit 1950 von den zuständigen Stellen erfasst. Die Berufsbildungsstatistik wurde mit dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz vom 7. September 1976 als Bundesstatistik eingeführt. Die Auszubildendenzahl wurde differenziert nach Geschlecht ab 1977 erfasst; ausländische Auszubildende wurden erst ab 1982 gesondert erfasst. Die Rechtsgrundlage der Bundesstatistik hat sich mehrfach geändert. Zur Entwicklung der Berufsbildungsstatistik seit 1950 siehe Werner 2000 und Uhly 2006.

⁷⁵ Siehe www.bibb.de/dokumente/pdf/z3_berufsbildungsreformgesetz.pdf.

Tabelle A 4.2-1: Auszubildende am 31. Dezember nach Zuständigkeitsbereichen¹, Bundesgebiet sowie West- und Ostdeutschland 1992 bis 2013 (Teil 1)

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschifffahrt ²
Westdeutschland								
1992	1.345.305	670.959	445.761	58.371	23.904	138.201	7.713	399
1993	1.286.754	621.078	439.947	57.162	22.722	138.069	7.431	342
1994	1.226.262	567.627	442.242	49.431	22.359	136.542	7.749	309
1995	1.194.042	536.532	448.635	40.551	22.725	137.175	8.136	291
1996	1.182.429	528.513	449.946	34.884	23.694	136.596	8.475	318
1997	1.201.866	548.637	451.680	33.900	25.482	132.651	9.186	330
1998	1.240.449	584.679	454.773	35.319	27.000	128.475	9.843	360
1999	1.279.602	627.159	455.142	35.001	27.177	125.409	9.393	324
2000	1.297.203	653.001	448.560	34.482	26.025	125.802	8.988	345
2001	1.296.327	669.348	430.893	34.137	25.005	127.887	8.718	339
2002	1.255.635	651.726	407.028	34.155	24.336	129.516	8.523	348
2003	1.226.493	639.924	392.391	32.685	25.194	127.449	8.484	360
2004	1.214.025	639.213	384.258	33.213	26.628	121.581	8.685	444
2005	1.210.179	649.818	377.124	32.964	27.456	114.483	7.734	600
2006	1.232.169	674.169	380.214	32.652	28.131	108.765	7.512	723
2007 ³	1.264.941	712.734	384.594	29.199	29.340	100.623	7.557	894
2008	1.298.139	742.383	386.940	28.770	29.844	102.825	7.380	-
2009	1.283.979	734.139	380.286	28.638	30.219	103.284	7.413	-
2010	1.252.665	718.059	368.829	28.950	29.193	100.530	7.104	-
2011	1.233.819	713.091	356.610	29.655	28.563	99.195	6.705	-
2012	1.222.032	714.591	347.775	28.350	27.615	97.686	6.015	-
2013	1.197.897	707.184	332.883	27.753	26.895	97.671	5.511	-
Ostdeutschland								
1992	320.904	170.646	107.688	12.984	8.700	16.359	4.359	171
1993	342.558	165.432	127.797	16.350	6.960	20.793	5.199	24
1994	353.619	156.354	145.863	17.301	7.050	22.431	4.602	18
1995	385.296	166.332	166.716	16.173	8.532	23.172	4.350	18
1996	409.800	178.809	177.867	14.490	10.197	23.997	4.428	12
1997	420.813	187.647	179.223	13.710	11.931	23.937	4.353	9
1998	417.315	194.205	170.208	12.864	13.089	22.665	4.254	30
1999	418.728	205.857	161.730	12.456	13.209	21.192	4.245	39
2000	404.814	207.813	147.603	11.838	12.897	20.445	4.179	42
2001	388.341	206.793	133.590	11.316	12.525	19.698	4.389	33
2002	366.807	198.432	120.825	11.079	12.717	19.296	4.422	39
2003	355.137	198.444	109.974	10.653	13.095	18.282	4.653	36
2004	350.040	198.699	104.913	10.806	13.770	17.130	4.677	42
2005	343.260	198.399	100.059	10.401	13.857	15.936	4.566	42
2006	338.448	198.636	96.399	10.320	13.893	14.877	4.266	57
2007 ³	329.832	197.583	90.474	9.795	13.554	14.247	4.110	66
2008	315.204	191.838	84.099	9.270	12.363	13.842	3.792	-
2009	287.478	174.933	75.285	9.342	10.809	13.731	3.381	-
2010	255.663	155.340	66.078	8.637	9.474	13.152	2.979	-
2011	226.839	137.595	57.597	8.343	8.064	12.666	2.571	-
2012	207.945	126.471	52.359	7.617	7.149	12.168	2.181	-
2013	193.992	117.972	48.504	7.179	6.690	11.775	1.875	-

Tabelle A 4.2-1: Auszubildende am 31. Dezember nach Zuständigkeitsbereichen¹, Bundesgebiet sowie West- und Ostdeutschland 1992 bis 2013 (Teil 2)

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschifffahrt ²
Bundesgebiet								
1992	1.666.209	841.605	553.449	71.355	32.604	154.560	12.072	570
1993	1.629.312	786.513	567.744	73.512	29.685	158.862	12.633	366
1994	1.579.878	723.981	588.102	66.732	29.409	158.973	12.351	327
1995	1.579.338	702.867	615.351	56.721	31.257	160.350	12.486	309
1996	1.592.226	707.322	627.813	49.374	33.894	160.593	12.903	327
1997	1.622.679	736.284	630.903	47.613	37.413	156.588	13.536	342
1998	1.657.764	778.884	624.981	48.183	40.089	151.137	14.097	390
1999	1.698.330	833.016	616.872	47.457	40.386	146.598	13.638	363
2000	1.702.017	860.811	596.163	46.320	38.922	146.247	13.170	387
2001	1.684.668	876.141	564.480	45.453	37.530	147.585	13.107	372
2002	1.622.442	850.158	527.853	45.237	37.053	148.812	12.945	387
2003	1.581.630	838.368	502.365	43.338	38.292	145.731	13.137	396
2004	1.564.065	837.915	489.171	44.019	40.398	138.711	13.362	486
2005	1.553.436	848.217	477.183	43.365	41.313	130.419	12.300	639
2006	1.570.614	872.805	476.616	42.972	42.024	123.642	11.778	780
2007 ³	1.594.773	910.320	475.065	38.994	42.894	114.870	11.667	963
2008	1.613.343	934.221	471.039	38.043	42.204	116.664	11.172	–
2009	1.571.457	909.072	455.568	37.980	41.028	117.015	10.794	–
2010	1.508.328	873.402	434.907	37.587	38.667	113.682	10.086	–
2011	1.460.658	850.689	414.207	37.998	36.624	111.861	9.276	–
2012	1.429.977	841.062	400.131	35.967	34.764	109.854	8.196	–
2013	1.391.886	825.156	381.387	34.932	33.585	109.443	7.386	–

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. [§ in Kapitel A1.2](#)). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

² Seit 2008 nimmt der Zuständigkeitsbereich Seeschifffahrt an der Berufsbildungsstatistik nicht mehr teil.

³ Die Daten sind seit 2007 aufgrund weitreichender meldetechnischer Umstellungen nicht uneingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1992 bis 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Um **Datenschutz** zu gewähren, veröffentlicht das BIBB alle Daten der Berufsbildungsstatistik nur noch als gerundete Werte (Vielfaches von 3; der Datenfehler beträgt dadurch je ausgewiesene Zahl maximal 1; detaillierte Erläuterungen siehe unter www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_daten.pdf).

Am 31. Dezember 2013 waren bundesweit 1.391.886 Personen als Auszubildende in einer dualen Berufsaus-

bildung nach BBiG bzw. HwO gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um 38.091 (-2,7%). Zwar schwanken die Bestandszahlen im Zeitverlauf recht deutlich; seit dem Jahr 2008 kam es aber zu einem kontinuierlichen Rückgang. Die Folge ist, dass der Bestand an Auszubildenden mit dem Berichtsjahr 2013 auf den niedrigsten Stand seit 1992 gefallen ist → [Tabelle A 4.2-1](#).

Aus regionaler Perspektive haben sich die Anteile zwischen West- und Ostdeutschland zunehmend verschoben, da der Bestand an Auszubildenden in den letzten Jahren in den östlichen Bundesländern stärker zurückgegangen ist als in den westlichen Bundesländern. Im Vergleich zum Vorjahr sank der Bestand an Auszubildenden in Westdeutschland um 2, in Ostdeutschland um knapp 7 Prozentpunkte (-6,7%). Längerfristig hat sich seit 1997 – dem Jahr mit dem höchsten Wert für Ostdeutschland – der Bestand an Auszubildenden in den östlichen Bundesländern mehr als halbiert (-53,9%). In Westdeutschland zeigte sich diese Entwicklung zeitverzögert erst seit dem Jahr 2008 (2008 vs. 2013: -7,7%). Die Folge ist, dass im Berichtsjahr 2013 nur noch knapp jeder siebte Jugendliche (13,9%) in Ostdeutschland ausgebildet wurde. 1997 war es noch gut jeder vierte (25,9%).

Begründet liegen diese Veränderungen zum einen darin, dass sich Entwicklungen im Wirtschafts- und Beschäftigungssystem im dualen System widerspiegeln (vgl. Troltsch/Walden 2007). Zum anderen ist der deutliche Rückgang bei den Bestandszahlen in den letzten Jahren auf den starken demografischen Einbruch in der jugendlichen Wohnbevölkerung zurückzuführen. Dies gilt insbesondere für Ostdeutschland. Eine Übersicht zur langfristigen Entwicklung der Auszubildendenzahlen differenziert nach den einzelnen Bundesländern seit 1992 findet sich in → [Tabelle A4.2-2 Internet](#).⁷⁶ Zur Analyse der aktuellen Entwicklung am Ausbildungsstellenmarkt für das Berichtsjahr 2014 vgl. [Kapitel A1](#) und Matthes u. a. (2015).

Bestandsentwicklung in den Zuständigkeitsbereichen

Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist in der Regel nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die für den Ausbildungsberuf zuständige Stelle (vgl. [E](#) in [Kapitel A1.2](#)). So sind in der Berufsbildungsstatistik beispielsweise diejenigen Auszubildenden, die im öffentlichen Dienst oder in den freien Berufen für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, – je nach zuständiger Stelle – den Bereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet. Der deutliche Rückgang beim Auszubildenden-

bestand insgesamt zeigt sich bei differenzierter Betrachtung auch in den einzelnen Zuständigkeitsbereichen. Im Langzeitvergleich verlaufen die Bestandsentwicklungen in den Zuständigkeitsbereichen allerdings seit 1992 recht unterschiedlich → [Schaubild A4.2-1](#) und [Tabelle A4.2-1](#).

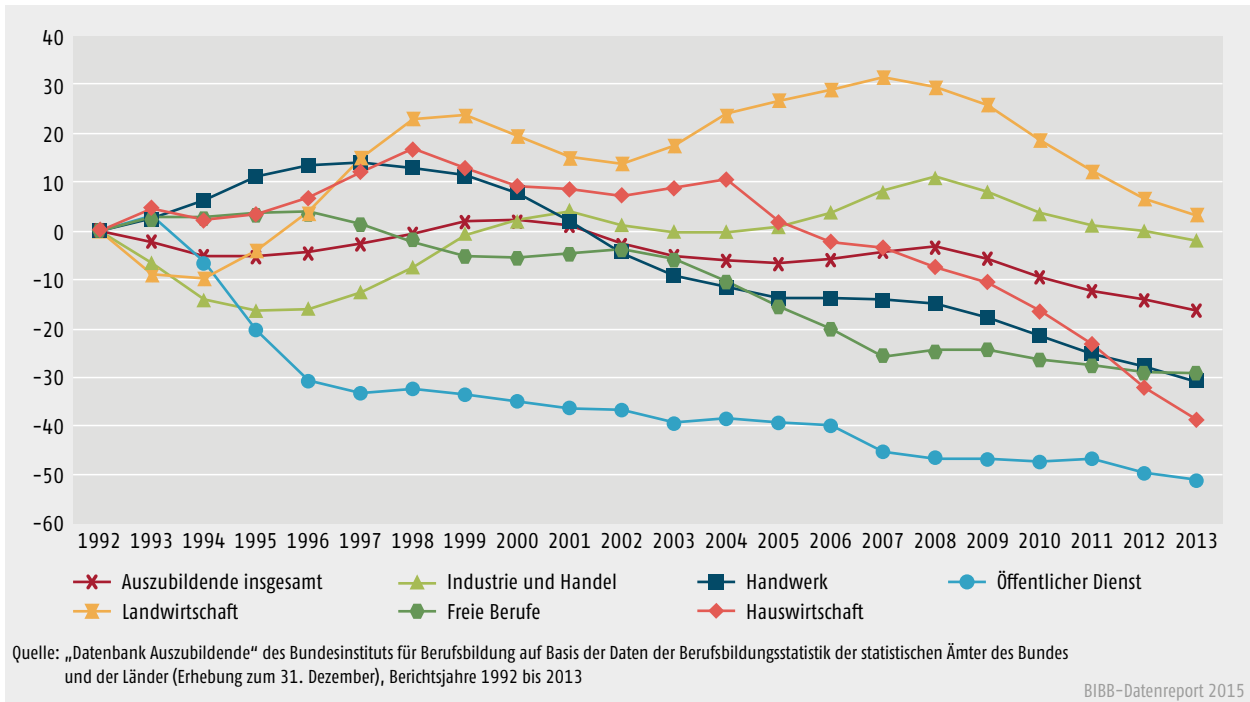
Der größte Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel meldete zum 31. Dezember 2013 bundesweit 825.156 Auszubildende (rd. 60% des Gesamtbestandes). Im Vergleich zum Vorjahr ging die Zahl insgesamt um 15.906 Personen (-1,9%) zurück, wobei der Rückgang in Westdeutschland moderater (-1,0%) ausfiel als in Ostdeutschland (-6,7%). Insgesamt zeigt sich der Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel im Zeitverlauf von 1992 bis 2013 – mit vereinzelt Schwankungen – alles in allem stabil. Der bundesweit niedrigste Bestand in diesem Bereich war 1995 mit 702.867 Auszubildenden erreicht, der höchste im Jahr 2008 mit 934.221.

Im Handwerk – dem zweitgrößten Zuständigkeitsbereich – kam es auch im Berichtsjahr 2013 wieder zu einem Rückgang der Bestandszahlen um 18.744 (-4,7%) auf nunmehr 381.387 Auszubildende. Nach einem Anstieg bis Mitte der 1990er-Jahre im Zuge des Aufbaus handwerklicher Wirtschaftsstrukturen in Ostdeutschland hielt die rückläufige Tendenz bei der Zahl der Auszubildenden in diesem Bereich seit 1998 an und markierte im Jahr 2013 den tiefsten Stand seit 1992. Im regionalen Vergleich fiel der Rückgang in den ostdeutschen Bundesländern in den vergangenen Jahren deutlich stärker aus als in den westdeutschen Bundesländern. Wurden 1997 in Ostdeutschland noch 179.223 Personen im Zuständigkeitsbereich Handwerk ausgebildet, so sind es im Jahr 2013 lediglich 48.504. Dies bedeutet einen Rückgang von 72,9% (Westdeutschland: -26,3%; Bundesgebiet: -39,5%).

In den dualen Ausbildungsberufen des Zuständigkeitsbereichs des öffentlichen Diensts bestanden bundesweit am 31. Dezember 2013 insgesamt 34.932 Auszubildende, was einem Rückgang im Vergleich zum Vorjahr von 1.035 (-2,9%) entspricht. Auch in diesem Zuständigkeitsbereich ging der Bestand an Auszubildenden seit 1992 – mit einzelnen Ausnahmen – stetig zurück. Im Langzeitvergleich zeigt sich, dass der Bestand an Auszubildenden im Berichtsjahr 2013 weniger als die Hälfte im Vergleich zum Berichtsjahr 1992 betrug (1992: 71.355 vs. 2013: 34.932). Der Abwärtstrend

⁷⁶ Eine ausführlichere Übersicht zu ausgewählten Merkmalen auf der Ebene der einzelnen Bundesländer findet sich in [Kapitel A4.3](#).

Schaubild A 4.2-1: Entwicklung der Zahl der Auszubildenden am 31. Dezember von 1992 bis 2013 nach Zuständigkeitsbereichen (Basis = 1992)



nach 1994 geht vor allem auf die Privatisierung im Post- und Bahnbereich und den Wechsel der entsprechenden Ausbildungsberufe in den Zuständigkeitsbereich von Industrie und Handel zurück. Der deutliche Rückgang im Jahr 2007 dürfte zu einem gewissen Teil auf die Umstellung in der Berufsbildungsstatistik zurückzuführen sein.⁷⁷ Zum anderen aber auch auf ein verändertes Ausbildungsverhalten im öffentlichen Dienst (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.2.1).

Mit einem Bestand von 109.443 Auszubildenden ergaben sich im Zuständigkeitsbereich der freien Berufe im Vorjahresvergleich kaum Veränderungen (2012: 109.854 bzw. -0,4%). Ein Rückgang zeigte sich nur in Ostdeutschland (-3,2%). In Westdeutschland war der Bestand an

Auszubildenden zwischen 2012 und 2013 nahezu unverändert. Bundesweit lag die Bestandszahl im Jahr 1996 mit 160.593 Auszubildenden am höchsten. Seither ist ein relativ konstanter Rückgang zu verzeichnen, der sich bis zum Jahr 2013 fortsetzte. Daraus ergibt sich im Langzeitvergleich, dass 2013 rund ein Drittel weniger Auszubildende im Bereich der freien Berufe zu finden waren als Mitte der 1990er-Jahre.

2013 wurden in Berufen der Landwirtschaft 33.585 Auszubildende gemeldet und damit 1.179 weniger (-3,4%) als noch ein Jahr zuvor. Auch in diesem Zuständigkeitsbereich ergeben sich regionale Unterschiede. In den ostdeutschen Bundesländern verringerte sich der Bestand im Vergleich zum Vorjahr um 459 Auszubildende (-6,4%) und damit prozentual deutlicher als in den westdeutschen Bundesländern (-720 bzw. -2,6%). Langfristig betrachtet hat der Bestand an Auszubildenden in Berufen der Landwirtschaft zwischen 1993 und 2007 stark zugenommen (+13.209 bzw. +44,5%). Seit dem Jahr 2008 ging die Bestandszahl jedoch wieder deutlich zurück und lag 2013 etwas über dem Wert von 1992.

⁷⁷ Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes führte die Umstellung der Datenlieferung im Jahr 2007 insbesondere im Zuständigkeitsbereich des öffentlichen Dienstes zu Einschränkungen in der zeitlichen Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Allerdings zeigt sich auch in der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im Jahr 2007 ein starker Rückgang in den Berufen des öffentlichen Dienstes (siehe www.bibb.de/dokumente/pdf/naa309_2007_tab002_1land.pdf). Insofern ist unklar, in welchem Ausmaß der Rückgang in den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes in der Berufsbildungsstatistik durch die Umstellung der Datenlieferung und in welchem Maße durch reale Entwicklungen bedingt ist.

Der Bestand im vergleichsweise kleinen Zuständigkeitsbereich Hauswirtschaft ist 2013 bundesweit um 810 (-9,9%) auf nunmehr 7.386 Auszubildende gesunken. Der Rückgang war auch in diesem Bereich in Ostdeutschland (-14,0%) stärker als in Westdeutschland (-8,4%). Der rückläufige Trend zeigt sich seit Ende der 1990er-Jahre. Die meisten Auszubildenden gab es mit 14.097 im Jahr 1998. Im Vergleich zu diesem Höchstwert hat sich der Bestand 2013 beinahe halbiert (-47,6%). In Ostdeutschland gab es einen ähnlich starken Rückgang allein in den letzten 10 Jahren: Zwischen 2004 und 2013 ist er um rund 56 Prozentpunkte gefallen.

Der Zuständigkeitsbereich Seeschifffahrt umfasste ausschließlich Meldungen für den Beruf Schiffsmechaniker/-in und war dementsprechend klein. Seit 2008 wird er nicht mehr für die Berufsbildungsstatistik gemeldet (Bestand bei letzter Meldung 2007: 963 Auszubildende).⁷⁸

Anteil an Frauen in dualen Ausbildungsberufen

Im Jahr 2013 machten Frauen 38,6% aller Auszubildenden des dualen Systems aus (537.663 weibliche Auszubildende) → [Tabelle A4.2-3](#). Damit befand sich der Frauenanteil auf dem tiefsten Stand seit 1992. Zwischen 1992 und 2012 schwankte er zwischen 39% und 41%. In den letzten 10 Jahren (2003: 40,6%) ist der Anteil der Frauen damit um 2 Prozentpunkte gesunken. Die Gründe für dieses Ungleichgewicht bei den geschlechtsspezifischen Anteilen liegen – den Ergebnissen der BA/BIBB-Bewerberbefragung zufolge – auch maßgeblich an den unterschiedlichen beruflichen Wünschen. Die Literatur zur Berufswahl belegt, dass Frauen eine sehr viel schwächere Neigung zu technischen Berufen haben (Nissen/Keddi/Pfeil 2003). Sie interessieren sich vorrangig für kaufmännische und Dienstleistungsberufe und streben überproportional ins System der schulischen Berufsausbildung. Gewerblich-technische Berufe, die im dualen Berufsbildungssystem nach wie vor eine bedeutende Rol-

le spielen, kommen für sie kaum in Betracht (vgl. Beicht/Walden 2014a). Diese Unterschiede zeigen sich auch deutlich bei einer berufsspezifischen Betrachtung und bei dem Vergleich des Frauenanteils in den unterschiedlichen Zuständigkeitsbereichen.

Hinsichtlich des Frauenanteils unterscheiden sich die Zuständigkeitsbereiche deutlich. So lag der Frauenanteil in den freien Berufen und in den Berufen der Hauswirtschaft 2013 bei über 90%. Im Zuständigkeitsbereich des öffentlichen Dienstes war der Frauenanteil an allen Auszubildenden mit Werten zwischen 63% und 65% seit 1998 ebenfalls überdurchschnittlich hoch und im Vergleich zum Jahr 1992 (50,7%) im Zeitverlauf deutlich angestiegen. In den großen Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel sowie Handwerk waren die Anteile hingegen niedriger. Im Bereich Industrie und Handel entsprach im Jahr 2013 der Frauenanteil mit 38,1% ungefähr dem Gesamtdurchschnitt. Im Handwerk lag ihr Anteil mit 22,0% hingegen unverändert unter dem Durchschnitt und ziemlich genau auf dem Niveau von 1992 (22,1%). Er lag damit immer noch etwas höher als Mitte der 1990er-Jahre (1995: 19,2%), jedoch nur bedingt durch die starken Rückgänge bei den männlich dominierten Berufen im Bau- und Ausbaugewerbe. Der Frauenanteil im Bereich Landwirtschaft befand sich mit 21,9% auf dem Vorjahresniveau; seit 1992 (35,7%) ist hier allerdings ein stetiger Rückgang zu verzeichnen.

Bei den Ausbildungsberufen im dualen System zeigt sich eine deutliche Geschlechtersegregation derart, dass ein Großteil der Ausbildungsberufe entweder überwiegend mit Frauen oder überwiegend mit Männern besetzt ist. Diese berufsstrukturellen Unterschiede sind seit Mitte der 1980er-Jahre annähernd unverändert (vgl. Uhly 2007). Unterteilt man die dualen Ausbildungsberufe auf Basis des jeweiligen Frauenanteils an den Auszubildenden im Jahr 1977 bzw. des ersten Jahres des Auftretens eines Berufes (oder seines Vorgängerberufes), zeigt sich, dass 36,4% der Frauen in Westdeutschland im Jahr 2013 eine Ausbildung in einem weiblich dominierten Beruf absolvierten, also einem Beruf mit einem Männeranteil von maximal 20% → [Tabelle A4.2-4](#). Auch wenn dieser hohe Anteil über die Zeit rückläufig ist, so liegt er doch nur etwa 8 Prozentpunkte niedriger als im Jahr 1980 (44,5%). Weitere 18,3% aller weiblichen Auszubildenden im dualen System in Westdeutschland befanden sich in

78 Da der Ausbildungsberuf nicht nach BBiG oder HwO geordnet ist, sondern einen vergleichbar geregelten Beruf außerhalb des Geltungsbereichs des BBiG darstellt, wurde er bis 2007 freiwillig gemeldet (die gesetzliche Grundlage für die Berufsbildungsstatistik, insbesondere § 88 BBiG, betrifft nur Ausbildungsberufe, die nach BBiG bzw. HwO geregelt sind). Mit den erweiterten Meldepflichten im Rahmen der Revision der Berufsbildungsstatistik durch das Berufsbildungsreformgesetz wurde die Datenmeldung im Jahr 2008 eingestellt. Ausbildungsverträge werden im Zuständigkeitsbereich der Seeschifffahrt weiterhin abgeschlossen.

Tabelle A 4.2-3: **Frauenanteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen¹, Bundesgebiet 1992 bis 2013 (in %)**

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschifffahrt ²
1992	40,8	41,8	22,1	50,7	35,7	95,0	97,0	1,9
1993	40,4	41,8	20,8	52,0	34,3	95,1	96,7	2,5
1994	40,0	42,7	19,6	54,1	33,1	94,8	96,3	3,7
1995	39,8	43,2	19,2	56,7	32,7	94,9	95,7	3,9
1996	39,8	43,5	19,3	59,2	31,7	95,0	95,4	5,5
1997	39,9	43,5	19,8	62,3	30,7	95,3	95,0	7,0
1998	40,0	43,1	20,6	62,9	29,7	95,3	94,9	6,2
1999	40,5	43,4	21,3	63,0	28,5	95,5	94,6	4,1
2000	40,9	43,2	21,9	64,4	28,5	95,6	94,6	5,4
2001	41,0	42,4	22,4	64,6	27,2	95,6	94,1	6,5
2002	41,0	41,4	22,6	65,3	26,4	95,6	93,8	5,4
2003	40,6	40,5	22,7	64,9	25,2	95,5	93,0	4,5
2004	40,1	39,8	22,7	64,2	24,1	95,3	92,8	4,3
2005	39,7	39,5	22,9	63,4	23,2	95,1	92,5	4,2
2006	39,5	39,5	23,1	63,5	22,4	95,2	92,5	3,8
2007 ³	39,3	39,6	23,3	64,1	22,4	95,0	92,1	4,4
2008	39,6	39,8	23,7	64,3	23,0	95,0	92,2	–
2009	39,9	39,9	24,0	64,8	22,9	94,9	92,5	–
2010	39,8	39,6	23,8	65,3	22,7	94,7	92,5	–
2011	39,3	39,0	23,2	65,1	22,2	94,4	92,4	–
2012	39,0	38,6	22,7	65,2	21,9	94,0	91,8	–
2013	38,6	38,1	22,0	65,0	21,9	93,7	91,9	–

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. **IE** in Kapitel A1.2). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

² Seit 2008 nimmt der Zuständigkeitsbereich Seeschifffahrt an der Berufsbildungsstatistik nicht mehr teil.

³ Die Daten sind seit 2007 aufgrund weitreichender meldetechnischer Umstellungen nicht uneingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1992 bis 2013

einer Ausbildung in einem überwiegend weiblich besetzten Beruf (60% bis 80% weibliche Auszubildende). Zum Vergleich lag dieser Anteil 1980 bei 23,4% und damit nur gut 5 Prozentpunkte höher. In den männlich dominierten bzw. überwiegend männlich besetzten Ausbildungsberufen absolvierten 2013 insgesamt nur 20,4% aller Frauen ihre Ausbildung. In Ostdeutschland lag der Frauenanteil in männlich dominierten Berufen (0% bis 20% weibliche

Auszubildende) mit 16,7% höher als in Westdeutschland. Der Anteil der Frauen, die in Ostdeutschland in einem weiblich dominierten Beruf ausgebildet wurden, lag 2013 mit 33,1% niedriger als in Westdeutschland (36,4%) und auch niedriger als im Jahr 1995 (36,3%).

Weitere Berechnungen zeigen, dass sich über die Hälfte (52,2%) aller weiblichen Auszubildenden im dualen

Tabelle A4.2-4: **Weibliche Auszubildende (Bestände) in männlich und weiblich besetzten Ausbildungsberufen, Westdeutschland 1980, 1995 und 2013, Ostdeutschland 1995 und 2013**

Gruppe der Ausbildungsberufe ¹	Weibliche Auszubildende									
	Insgesamt, Anzahl					Anteil an der Gesamtzahl der weiblichen Auszubildenden (in %)				
	Westdeutschland			Ostdeutschland		Westdeutschland			Ostdeutschland	
	1980	1995	2013	1995	2013	1980	1995	2013	1995	2013
Männlich dominierte Berufe (0–20% weibliche Auszubildende)	34.344	42.888	48.798	26.133	12.207	5,4	8,9	10,5	17,7	16,7
Überwiegend männlich besetzte Berufe (20–40% weibliche Auszubildende)	36.405	32.880	45.792	6.069	5.451	5,7	6,8	9,9	4,1	7,5
Gemischt besetzte Berufe (40–60% weibliche Auszubildende)	134.226	124.797	115.635	36.408	16.380	21,0	26,0	24,9	24,7	22,4
Überwiegend weiblich besetzte Berufe (60–80% weibliche Auszubildende)	149.424	66.852	85.257	25.281	14.784	23,4	13,9	18,3	17,2	20,2
Weiblich dominierte Berufe (80–100% weibliche Auszubildende)	284.646	213.330	169.137	53.496	24.207	44,5	44,4	36,4	36,3	33,1
Insgesamt	639.045	480.750	464.616	147.384	73.032	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹ Gruppenbildung nach dem Anteil der weiblichen Auszubildenden im jeweiligen Beruf (bzw. dessen Vorgängerberuf) in Westdeutschland im Jahre 1977 oder später (für die Berufe, die nach 1977 zum ersten Mal auftreten).

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1980, 1995 und 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

BIBB-Datenreport 2015

System im Jahr 2013 auf nur 10 Berufe verteilt; bei den männlichen Auszubildenden war das Spektrum mit 17 Berufen deutlich größer. Diese starke Fokussierung auf wenige Berufe – insbesondere bei jungen Frauen – wurde auch schon in der Vergangenheit beobachtet (vgl. Kroll 2010). Die Ursachen hierfür sind vielfältig und sowohl bei den nachfragenden Jugendlichen als auch beim Angebotsspektrum der Betriebe zu suchen.

Anteil an Ausländern in den dualen Ausbildungsberufen

Der Anteil an Auszubildenden mit ausländischem Pass⁷⁹ ist seit Anfang der 1990er-Jahre stark zurückgegangen.

⁷⁹ In der Berufsbildungsstatistik wird die Staatsangehörigkeit der Auszubildenden erfasst, ein möglicher Migrationshintergrund kann jedoch nicht ausgewiesen werden. Als ausländische Auszubildende werden alle Auszubildenden ohne deutschen Pass gezählt. Jugendliche, die sowohl über eine deutsche als auch eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, werden nicht als ausländische Auszubildende erfasst.

Lag der Ausländeranteil an allen Auszubildenden 1994 noch bei 8%, so hatte er sich bis zum Jahr 2006 nahezu halbiert (4,2%). In den letzten Jahren ist er wieder stetig angestiegen und lag im Jahr 2013 bei 5,7% (79.756 Auszubildende) und damit erneut höher als im Vorjahr (2012: 5,5%) → [Tabelle A4.2-5](#). Der zwischenzeitliche Rückgang des Ausländeranteils unter den Auszubildenden des dualen Systems seit Mitte der 1990er-Jahre ist z. T. auch auf verstärkte Einbürgerungen zurückzuführen. In der Wohnbevölkerung ging der Anteil ebenfalls zurück. Für eine Einschätzung des Ausmaßes der Integration in die duale Berufsausbildung ist der Ausländeranteil unter den Auszubildenden hier aber nicht der geeignete Indikator. Um diese Frage zu beantworten muss der Ausländeranteil unter den Auszubildenden in Relation zum Ausländeranteil in der Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter gesetzt werden. Dies geschieht im Rahmen der Berechnungen zur Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen in [Kapitel A4.5](#). Der Ausländeranteil eignet sich allerdings für einen Vergleich der

Tabelle A 4.2-5: **Ausländeranteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen¹, Bundesgebiet 1992 bis 2013 (in %)**

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschifffahrt ²
1992	7,2	6,4	9,4	2,6	1,2	7,5	2,4	0,9
1993	7,8	6,9	9,8	3,0	1,2	8,3	2,7	1,6
1994	8,0	7,2	9,7	3,1	1,4	8,5	2,9	0,9
1995	7,7	7,0	9,0	3,1	1,8	8,6	3,6	1,0
1996	7,3	6,7	8,3	2,7	1,6	9,0	4,1	0,9
1997	6,8	6,3	7,6	2,4	1,4	8,8	4,5	0,9
1998	6,3	5,9	7,0	2,4	1,1	8,2	4,7	1,5
1999	5,9	5,6	6,6	2,3	0,9	8,0	3,9	1,7
2000	5,7	5,2	6,4	2,1	0,9	8,2	4,2	1,6
2001	5,5	5,0	6,2	2,2	0,8	7,9	4,3	0,0
2002	5,3	4,7	6,0	2,0	0,9	8,3	4,2	0,8
2003	5,0	4,4	5,7	2,1	0,8	8,3	4,1	2,3
2004	4,6	4,0	5,3	1,8	0,8	7,7	4,2	2,5
2005	4,4	3,8	5,1	1,7	0,8	7,3	4,0	2,4
2006	4,2	3,7	4,8	1,7	0,8	7,1	3,7	1,5
2007 ³	4,3	3,9	4,9	1,5	0,7	7,7	3,2	1,3
2008	4,5	4,1	5,2	1,5	0,7	8,1	3,6	–
2009	4,8	4,3	5,5	1,8	0,8	8,5	4,1	–
2010	5,1	4,5	5,9	1,7	0,7	9,1	4,6	–
2011	5,3	4,7	6,1	1,7	0,8	9,4	5,3	–
2012	5,5	4,9	6,3	1,9	0,9	10,0	5,8	–
2013	5,7	5,1	6,7	2,0	0,9	9,8	6,1	–

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. [E in Kapitel A1.2](#)). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

² Seit 2008 nimmt der Zuständigkeitsbereich Seeschifffahrt an der Berufsbildungsstatistik nicht mehr teil.

³ Die Daten sind seit 2007 aufgrund weitreichender meldetechnischer Umstellungen nicht uneingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1992 bis 2013

Zuständigkeitsbereiche bzw. auch für Analysen auf der Ebene der Einzelberufe.

Der im Vorjahresvergleich zu verzeichnende Anstieg des Ausländeranteils im Jahr 2013 zeigt sich in den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel, im Handwerk, in der Hauswirtschaft und im öffentlichen Dienst → [Tabelle A 4.2-5](#). Insgesamt ist der Ausländeranteil aber – auch in den großen Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel und im Handwerk – eher gering. Es finden sich nur sehr wenige staatlich anerkannte Ausbildungsberufe

(bzw. duale Ausbildungsberufe in Erprobung), die einen Ausländeranteil von 10% und mehr unter den Auszubildenden ausweisen.

Im größten Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel lag der Anteil an Ausländern 2013 insgesamt bei 5,1% und damit leicht über dem Wert vom Vorjahr (2012: 4,9%). Einzelne ausgewählte Berufe⁸⁰ mit einem

⁸⁰ Basis bilden hier Berufe mit einem Bestand von mehr als 100 Auszubildenden im Jahr 2013.

überproportionalen Ausländeranteil sind in diesem Zuständigkeitsbereich: Industrie-Isolierer/-in (24,4%), Fachkraft im Gastgewerbe (15,2%) und Industrieelektriker/-in (14,8%).

Im Handwerk liegt der Ausländeranteil im Jahr 2013 mit 6,7% zwar über dem Gesamtdurchschnitt, allerdings deutlich unter dem höchsten Anteil im Handwerk von 9,8% aus dem Jahr 1993. Beispiele für Berufe mit einem hohen Ausländeranteil unter den Auszubildenden im Bereich des Handwerks sind: Änderungsschneider/-in (22,1%), Friseur/-in (16,7%), Stuckateur/-in (15,5%). Bei den freien Berufen ist der Ausländeranteil zwar im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen (-0,2%), lag aber mit 9,8% im Jahr 2013 deutlich über den Anteilen in den anderen Zuständigkeitsbereichen. Ausschlaggebend hierfür sind die überproportional hohen Anteile an ausländischen Auszubildenden in den stark besetzten Berufen „Pharmazeutisch-kaufmännische/-r Angestellte/-r“ (3.795 Auszubildende; Ausländeranteil: 18,5%) und „Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r“ (30.435 Auszubildende; Ausländeranteil: 16,0%). Außerdem findet man in diesen beiden Berufen fast ausschließlich weibliche Auszubildende (96% bzw. 99,2%). Weitere Berechnungen belegen, dass sich somit rund ein Siebtel (14,2%) aller weiblichen Auszubildenden mit ausländischem Pass in der Ausbildung zur „Zahnmedizinischen Fachangestellten“ befand.

Auch in der Hauswirtschaft ist der Anteil an ausländischen Auszubildenden zwischen 2012 und 2013 leicht von 5,8% auf 6,1% gestiegen. Berufe mit einem Ausländeranteil über 10% findet man hier aber ebenso wenig wie im öffentlichen Dienst und im Zuständigkeitsbereich der Landwirtschaft. Auch wenn der Anteil im öffentlichen Dienst ebenfalls im Vergleich zum Vorjahr angestiegen ist, verbleibt er doch auf niedrigem Niveau (2,0%). In der Landwirtschaft ist der Anteil noch etwas niedriger und mit dem Vorjahresanteil identisch (0,9%).

Differenziertere Analysen zur Ausbildungssituation der ausländischen Jugendlichen bzw. der Jugendlichen mit Migrationshintergrund finden sich in [Kapitel A4.9](#).

(Stephan Kroll)

A4.3 Neuabschlüsse in der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember)

Die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder erfasst unter dem Begriff „neu abgeschlossene Ausbildungsverträge“ **E** die Ausbildungsverhältnisse, die im Kalenderjahr begonnen haben, angetreten wurden und bis zum 31. Dezember nicht gelöst wurden. Somit unterscheidet sich der Neuabschlussbegriff im Rahmen der Berufsbildungsstatistik von dem Begriff der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge der BIBB-Erhebung zum 30. September nicht nur hinsichtlich des Zeitbezugs, sondern u. a. auch darin, dass bei der Berufsbildungsstatistik nicht das Vertragsabschlussdatum, sondern der Antritt der Ausbildung maßgeblich ist. Mit der Revision der Berufsbildungsstatistik durch das Berufsbildungsreformgesetz (BerBiRefG) wurden neben der Umstellung auf eine vertragsbezogene Einzeldatenerfassung ab 2007 auch zusätzliche Merkmale eingeführt **E**. Dieses Kapitel gibt eine Übersicht über die Neuabschlüsse 2013 nach ausgewählten neuen Merkmalen und grenzt Ausbildungsanfänger/-innen von anderen Arten von Neuabschlüssen ab.

E Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (kurz: Neuabschlüsse)

Neuabschlüsse sind im Rahmen der Berufsbildungsstatistik definiert als die in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder Handwerksordnung (HwO) eingetragenen Berufsausbildungsverträge, die im jeweiligen Kalenderjahr begonnen haben und die am 31. Dezember noch bestehen (Definition bis 2006) bzw. die bis zum 31. Dezember nicht gelöst wurden (Definition seit 2007); dabei werden nur solche Ausbildungsverhältnisse erfasst, die auch angetreten wurden.

Die Definition der Neuabschlüsse im Rahmen der Berufsbildungsstatistik und der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September stimmen aufgrund konzeptioneller Unterschiede beider Erhebungen nicht überein; siehe zum Vergleich beider Erhebungen Uhly u. a. 2009.

Zudem ist zu beachten, dass Neuabschlüsse nicht mit Ausbildungsanfängern gleichzusetzen sind; auch bei Betriebs- oder Berufswechsel, bei Anschlussverträgen oder bei Mehrfachausbildungen werden Ausbildungsverträge neu abgeschlossen und neue Ausbildungsverhältnisse angetreten.⁸¹

Bevor die verschiedenen Arten von Neuabschlüssen betrachtet werden, werden die Neuabschlusszahlen nach Zuständigkeitsbereichen und im Vorjahresvergleich, wie sie sich im Rahmen der Berufsbildungsstatistik zeigen, skizziert. Die aktuelle Situation auf dem Ausbildungsmarkt wird nicht auf Basis der Berufsbildungsstatistik, sondern anhand der Neuabschlusszahlen der BIBB-Erhebung zum 30. September 2013 in **Kapitel A1.1** dargestellt.

Im Berichtsjahr 2013 wurden insgesamt⁸² 525.897 Ausbildungsverträge neu angetreten und bis zum 31. Dezember 2013 nicht wieder gelöst; die Neuabschlusszahl ist damit gegenüber dem Vorjahr (549.003) um gut 4% zurückgegangen → **Tabelle A4.3-1**. In den ostdeutschen Ländern – mit Ausnahme von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern – sind im Vorjahresvergleich Rückgänge von ca. 7% bis 9% zu verzeichnen. In den meisten westdeutschen Ländern ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 3% bis 5% zurückgegangen; mit fast 8% fällt nur der Rückgang im Saarland etwas stärker aus.

E Neue Merkmale der Berufsbildungsstatistik

Folgende neue Merkmale werden seit dem Berichtsjahr 2007 im Rahmen der Berufsbildungsstatistik erfasst:

- ▶ Teilzeitberufsausbildungsverhältnisse
- ▶ Finanzierungsart (überwiegend öffentliche vs. betriebliche Finanzierung)
- ▶ vorherige Berufsausbildung der Auszubildenden
- ▶ Anschlussverträge (werden aus den erhobenen Angaben zur vorherigen Berufsausbildung sowie zu Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages ermittelt)
- ▶ Monat und Jahr ausbildungsrelevanter Ereignisse (Beginn, Lösung, Prüfung, Ende)

81 Hierbei handelt es sich um einen altbekannten Sachverhalt (vgl. z. B. Uhly 2006; Althoff 1984), dennoch werden die Neuabschlüsse immer wieder als Indikator für Ausbildungsanfänger/-innen verwendet.

82 Alle Zahlen der Berufsbildungsstatistik sind aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Tabelle A 4.3-1: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen¹ sowie Ländern 2012 und 2013**

Land	Neuabschlüsse insgesamt		Industrie und Handel		Handwerk		Öffentlicher Dienst		Landwirtschaft		Freie Berufe		Hauswirtschaft	
	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013
Baden-Württemberg	77.466	74.475	47.883	45.693	20.052	19.383	1.971	1.935	1.545	1.509	5.541	5.493	477	459
Bayern	95.715	92.826	57.069	54.846	27.054	26.505	1.410	1.446	2.070	2.070	7.779	7.635	333	327
Berlin	17.853	16.173	10.908	9.657	4.233	3.906	630	696	264	216	1.704	1.608	114	90
Brandenburg	11.340	10.278	7.125	6.300	2.712	2.535	351	378	468	459	579	534	105	75
Bremen	5.967	5.724	4.068	3.882	1.167	1.158	120	114	60	57	495	456	54	57
Hamburg	13.425	12.855	9.516	9.114	2.523	2.307	132	252	138	111	1.065	1.056	57	15
Hessen	39.726	37.737	24.786	23.412	10.254	9.651	1.050	1.038	693	717	2.943	2.916	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	8.289	8.016	5.331	5.124	1.860	1.767	249	225	372	354	402	459	78	90
Niedersachsen	58.365	56.166	32.271	31.374	17.844	16.503	1.224	1.260	2.061	2.070	4.632	4.575	333	384
Nordrhein-Westfalen	124.008	120.144	76.482	74.169	32.019	30.189	2.475	2.655	2.388	2.505	10.026	10.092	618	531
Rheinland-Pfalz	28.008	26.514	15.999	15.138	8.388	7.860	558	567	687	696	2.172	2.052	201	201
Saarland	7.575	6.993	4.341	4.008	2.349	2.157	114	81	168	159	543	528	57	60
Sachsen	18.516	17.847	11.898	11.256	4.287	4.293	591	561	723	705	873	897	147	135
Sachsen-Anhalt	11.535	10.695	7.356	6.843	2.793	2.505	345	318	447	435	477	501	120	96
Schleswig-Holstein	20.280	19.299	11.055	10.341	6.474	6.162	318	396	777	837	1.656	1.563	-	-
Thüringen	10.932	10.152	7.095	6.540	2.586	2.436	249	249	414	378	435	423	156	129
Bundesgebiet insgesamt	549.003	525.897	333.183	317.694	146.592	139.320	11.787	12.174	13.275	13.278	41.319	40.782	2.847	2.649

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. [E in Kapitel A1.2](#)). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet. Für die Länder Hessen und Schleswig-Holstein meldet der Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel die Hauswirtschaftsberufe.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2012 und 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

BIBB-Datenreport 2015

- ▶ Abkürzung des Ausbildungsvertrages (als Variable gemeldet; kann aber auch aus dem Vergleich der nach Ausbildungsordnung vorgesehenen Dauer und den Variablen zu dem vereinbarten Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages berechnet werden)
- ▶ Wirtschaftszweig der Ausbildungsstätte*⁸³
- ▶ Ort der Ausbildungsstätte*

- ▶ Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst* (vgl. [Kapitel A4.2](#))
- ▶ höchster allgemeinbildender Schulabschluss* (vgl. [Kapitel A4.6.1](#))
- ▶ Maßnahmen der Berufsvorbereitung oder beruflichen Grundbildung* (vgl. [Kapitel A4.6.2](#))

Der allgemeinbildende Schulabschluss sowie vorherige Maßnahmen der Berufsvorbereitung und -grundbildung sind nicht gänzlich neue Merkmale der Berufsbildungsstatistik, sie stellen eine Modifikation und Erweiterung der früheren Erfassung der schulischen Vorbildung der Jugendlichen mit Neuabschluss dar.

Umsetzungsprobleme der Datenmeldungen nach der Revision der Berufsbildungsstatistik konnten reduziert werden, allerdings ist die Wirtschaftszweigszugehörigkeit

83 In diesem Kapitel werden die mit * gekennzeichneten Merkmale aus verschiedenen Gründen nicht dargestellt: Analysen differenziert nach Wirtschaftszweigen können aufgrund der fehlenden Angaben aus dem Handwerk noch nicht erfolgen. Auf tiefer gegliederte Regionalanalysen wird bei deskriptiven Analysen verzichtet (bei multivariaten Modellen werden Regionalvariablen aufgenommen). Die neuen bzw. modifizierten Merkmale zum allgemeinbildenden Schulabschluss sowie zur Berufsvorbereitung und Grundbildung der Auszubildenden (vor 2007 beides zusammen erfasst mit der schulischen Vorbildung) werden in [Kapitel A4.6.1](#) und [Kapitel A4.6.2](#) behandelt. Auf Befunde zur Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst wird in [Kapitel A4.2](#) eingegangen (vgl. auch [Kapitel A5.2](#)).

der Ausbildungsstätte noch nicht auswertbar, da für den Zuständigkeitsbereich Handwerk überwiegend fehlende Angaben hierzu vorliegen; außerdem gibt es weiterhin Hinweise darauf, dass folgende Merkmale noch untererfasst sind: vorherige Berufsausbildung, vorherige Teilnahme an beruflicher Grundbildung oder Berufsvorbereitung, Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst (www2.bibb.de/bibbtools/dokumente/pdf/a21_dazubi_berichtsjahre.pdf).

Zu Neuabschlüssen nach neuen Merkmalen siehe auch die Datenblätter im BIBB-Online-Datensystem DAZUBI, in dem die Daten nach einzelnen Ausbildungsberufen und Ländern abgerufen werden können: www.bibb.de/dazubi

→ **Tabelle A4.3-2** stellt für ausgewählte neue Merkmale die Zahl und den Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2013 nach Zuständigkeitsbereichen und Ländern dar.⁸⁴

Überwiegend öffentlich finanzierte Berufsausbildungsverhältnisse

Überwiegend öffentliche Finanzierung von Berufsausbildungsverhältnissen wird im Rahmen der Berufsbildungsstatistik analog zur BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September definiert (vgl. **Kapitel A1**). Überwiegend öffentlich finanzierte Berufsausbildungsverhältnisse dienen der Versorgung von Jugendlichen mit Marktbenachteiligung (wegen Lehrstellenmangels kann kein Ausbildungsplatz gefunden werden), mit sozialen Benachteiligungen, mit Lernschwäche sowie mit Behinderung. Im Rahmen der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der BIBB-Erhebung über die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gelten solche Ausbildungsverhältnisse, bei denen die öffentliche Förderung mehr als 50% der Gesamtkosten im ersten Jahr der Ausbildung beträgt, als überwiegend öffentlich finanziert.⁸⁵ Etwaige Erträge durch die Mitarbeit der Auszubildenden bleiben dabei unberücksichtigt.

Von allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wurden für das Berichtsjahr 2013 im Rahmen der Berufsbildungsstatistik 4,5% als überwiegend öffentlich finanziert gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr (5,1%) ist dieser Anteil somit nochmals zurückgegangen. Er variiert deutlich nach Bundesländern: In Ostdeutschland liegt der Anteil immer noch zwischen ca. 9% und 12% und fällt somit deutlich höher aus als in Westdeutschland, wo eine überwiegend öffentliche Finanzierung für maximal 6% der Neuabschlüsse (zum Teil auch deutlich geringer) gemeldet wurde. Zur Analyse der überwiegend öffentlichen Finanzierung von Ausbildungsverhältnissen im Zusammenhang mit der Ausbildungsmarktbilanz 2014 auf Basis der BIBB-Erhebung zum 30. September siehe **Kapitel A1**.

In Ausbildungsberufen des Zuständigkeitsbereichs der Hauswirtschaft machen überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverträge im Berichtsjahr 2013 bundesweit 60,1% aller Neuabschlüsse aus, in den Landwirtschaftsberufen 9,8%, im Handwerk 6,1% und im Bereich Industrie und Handel 3,8%. In Berufen der Zuständigkeitsbereiche freie Berufe und öffentlicher Dienst sind lediglich 0,3% als überwiegend öffentlich finanziert gemeldet.

Auf Basis der Einzeldaten der Berufsbildungsstatistik können darüber hinausgehende Analysen durchgeführt werden, wie z. B. die Differenzierung der Neuabschlüsse mit überwiegend öffentlicher Finanzierung und Personenmerkmalen der Auszubildenden; zu differenzierten Ergebnissen siehe BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.3.

Teilzeitberufsausbildung

Die Möglichkeit der Teilzeitberufsausbildung wurde 2005 im Berufsbildungsgesetz verankert. Teilzeitausbildungsverhältnisse sind Berufsausbildungsverhältnisse mit einer Verkürzung der täglichen oder wöchentlichen Ausbildungszeit nach § 8 Absatz 1 Satz 2 BBiG. Sie machen bislang einen sehr geringen Anteil aller Neuabschlüsse aus. Für das Berichtsjahr 2013 wurden nur 0,3% aller Neuabschlüsse bzw. 1.638 Neuabschlüsse als Teilzeitberufsausbildungsverhältnisse gemeldet; in keinem Bundesland ist dieser Anteil größer als 0,9%.

84 → **Tabelle A4.3-1** enthält ausschließlich Daten zu unmittelbar gemeldeten Variablen. Neue Merkmale der Berufsbildungsstatistik, die aus den Meldungen zu verschiedenen Variablen ermittelt werden, werden in → **Tabelle A4.3-2** dargestellt.

85 Zu den Gesamtkosten zählen die Ausbildungsvergütung und alle weiteren im Zusammenhang mit der Ausbildung anfallenden Personal- und Sachkosten sowie Gebühren.

Tabelle A 4.3-2: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen¹ und Ländern (absolut und in % der Neuabschlüsse)² 2013 (Teil 1)

Land	Neuabschlüsse mit jeweiligem Merkmal insgesamt		Industrie und Handel	Handwerk ³	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft
	absolut	in %						
überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverträge								
Baden-Württemberg	2.409	3,2	2,8	4,3	0,0	2,6	0,2	59,5
Bayern	2.535	2,7	1,9	4,4	0,0	6,4	0,1	52,3
Berlin	1.692	10,5	9,7	15,1	0,0	26,4	1,7	86,7
Brandenburg	1.017	9,9	10,6	7,2	0,0	19,6	0,0	100,0
Bremen	321	5,6	3,9	10,1	0,0	31,6	0,0	63,2
Hamburg	603	4,7	3,6	10,4	0,0	13,5	0,3	100,0
Hessen	1.911	5,1	4,3	8,2	0,3	12,1	1,2	-
Mecklenburg-Vorpommern	834	10,4	12,3	8,8	0,0	2,5	1,3	40,0
Niedersachsen	2.061	3,7	3,0	4,5	0,0	7,8	0,3	50,0
Nordrhein-Westfalen	4.161	3,5	2,2	6,7	0,2	9,9	0,1	40,7
Rheinland-Pfalz	1.248	4,7	3,7	6,3	0,5	9,9	0,3	61,2
Saarland	426	6,1	5,3	5,6	0,0	30,2	0,0	75,0
Sachsen	1.617	9,1	10,8	3,6	0,0	17,4	0,0	91,1
Sachsen-Anhalt	1.308	12,2	9,8	18,0	0,9	22,1	0,0	96,9
Schleswig-Holstein	684	3,5	3,2	4,8	0,0	6,5	0,2	-
Thüringen	900	8,9	8,0	7,4	6,0	15,1	0,7	93,0
Bundesgebiet insgesamt	23.730	4,5	3,8	6,1	0,3	9,8	0,3	60,1
Teilzeitberufsausbildung								
Baden-Württemberg	231	0,3	0,3	0,1	0,6	0,0	1,0	2,0
Bayern	228	0,2	0,2	0,2	0,0	0,1	0,6	0,9
Berlin	84	0,5	0,3	0,5	0,4	12,5	0,2	0,0
Brandenburg	9	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bremen	51	0,9	1,0	0,8	2,6	0,0	0,7	0,0
Hamburg	69	0,5	0,5	0,9	1,2	0,0	0,3	0,0
Hessen	135	0,4	0,4	0,0	0,6	0,0	1,1	-
Mecklenburg-Vorpommern	36	0,4	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	3,3
Niedersachsen	192	0,3	0,4	0,2	0,0	0,1	0,7	2,3
Nordrhein-Westfalen	303	0,3	0,3	0,0	2,3	0,0	0,4	1,7
Rheinland-Pfalz	36	0,1	0,2	0,0	0,0	0,0	0,4	0,0
Saarland	54	0,8	0,5	0,6	0,0	0,0	3,4	0,0
Sachsen	9	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,3	0,0
Sachsen-Anhalt	12	0,1	0,0	0,1	0,9	0,0	0,0	0,0
Schleswig-Holstein	180	0,9	1,0	0,8	2,3	0,4	1,0	-
Thüringen	9	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,7	2,3
Bundesgebiet insgesamt	1.638	0,3	0,3	0,2	0,8	0,3	0,6	1,5
Neuabschlüsse mit mindestens 6 Monaten Abkürzung – ohne Anschlussverträge²								
Baden-Württemberg	20.436	27,4	22,4	47,6	0,2	35,0	6,9	7,8
Bayern	22.284	24,0	24,5	25,4	4,1	51,0	11,5	26,6
Berlin	2.766	17,1	19,6	15,5	0,4	11,1	14,4	6,7
Brandenburg	1.182	11,5	12,5	13,4	1,6	9,8	1,1	0,0
Bremen	903	15,8	17,8	16,1	0,0	0,0	5,3	0,0
Hamburg	3.114	24,2	26,5	20,9	14,3	18,9	14,8	0,0
Hessen	7.545	20,0	22,0	20,5	6,1	23,8	6,4	-
Mecklenburg-Vorpommern	1.029	12,8	14,1	11,0	0,0	22,9	3,9	13,3
Niedersachsen	12.222	21,8	20,6	27,0	1,0	46,7	4,7	27,3
Nordrhein-Westfalen	22.698	18,9	22,7	15,0	9,2	18,0	6,3	4,0
Rheinland-Pfalz	5.406	20,4	22,4	21,1	1,1	23,3	8,2	10,4
Saarland	1.476	21,1	24,9	18,4	3,7	17,0	8,0	15,0
Sachsen	1.935	10,8	11,2	12,2	0,0	17,0	3,0	4,4
Sachsen-Anhalt	1.005	9,4	11,1	6,7	0,0	14,5	2,4	6,3
Schleswig-Holstein	3.237	16,8	16,7	19,6	0,8	27,6	4,4	-
Thüringen	1.302	12,8	13,3	13,2	9,6	13,5	6,4	7,0
Bundesgebiet insgesamt	108.540	20,6	21,3	23,7	3,8	30,1	7,5	12,0

Tabelle A4.3-2: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen¹ und Ländern (absolut und in % der Neuabschlüsse)² 2013 (Teil 2)

Land	Neuabschlüsse mit jeweiligem Merkmal insgesamt		Industrie und Handel	Handwerk ³	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft
	absolut	in %						
Neuabschlüsse mit vorheriger Berufsausbildung³								
Baden-Württemberg	8.754	11,8	11,3	15,4	4,2	7,6	6,0	12,4
Bayern	12.996	14,0	10,8	21,7	8,3	21,9	9,5	3,7
Berlin	2.820	17,4	14,0	28,0	14,7	11,1	15,1	6,7
Brandenburg	2.430	23,6	25,2	25,4	20,6	11,1	12,9	4,0
Bremen ³	384	6,7	8,9	0,0	18,4	5,3	3,3	0,0
Hamburg ³	621	4,8	6,3	0,0	11,9	2,7	1,1	0,0
Hessen	4.197	11,1	8,7	19,4	6,1	5,9	6,4	-
Mecklenburg-Vorpommern	1.431	17,9	15,9	22,2	24,0	11,9	26,1	10,0
Niedersachsen	5.325	9,5	7,7	14,5	6,9	4,5	6,9	4,7
Nordrhein-Westfalen	10.278	8,6	6,3	16,3	5,6	5,3	4,0	1,7
Rheinland-Pfalz	3.651	13,8	10,8	23,3	0,5	15,9	2,9	4,5
Saarland	858	12,3	3,9	28,0	7,4	5,7	13,6	10,0
Sachsen	3.840	21,5	23,2	21,4	3,2	19,1	14,4	17,8
Sachsen-Anhalt	1.053	9,8	4,2	18,8	17,0	18,6	28,7	15,6
Schleswig-Holstein	726	3,8	3,6	0,0	2,3	16,1	13,2	-
Thüringen	1.374	13,5	11,5	20,0	6,0	17,5	7,8	20,9
Bundesgebiet insgesamt	60.735	11,5	9,7	17,5	7,3	11,3	7,5	7,4
Neuabschlüsse mit vorheriger nicht erfolgreich absolvierter dualer Berufsausbildung³								
Baden-Württemberg	4.815	6,5	4,8	12,4	0,0	2,2	2,7	7,8
Bayern	7.107	7,7	5,2	15,5	0,4	0,0	1,7	0,0
Berlin	1.578	9,8	5,6	22,9	2,2	9,7	7,1	3,3
Brandenburg	1.335	13,0	13,1	17,9	1,6	5,9	3,9	4,0
Bremen ³	189	3,3	4,6	0,0	2,6	0,0	1,3	0,0
Hamburg ³	342	2,7	3,5	0,0	7,1	0,0	0,6	0,0
Hessen	2.514	6,7	4,3	14,6	1,2	0,8	2,9	-
Mecklenburg-Vorpommern	720	9,0	7,0	16,0	1,3	8,5	8,5	10,0
Niedersachsen	2.769	4,9	2,7	10,8	1,2	0,0	2,4	2,3
Nordrhein-Westfalen	5.322	4,4	1,8	12,5	1,7	0,4	1,6	0,0
Rheinland-Pfalz	2.937	11,1	8,7	19,4	0,0	5,6	2,2	4,5
Saarland	651	9,3	1,7	24,9	0,0	1,9	6,8	10,0
Sachsen	2.430	13,6	14,7	15,2	0,5	11,1	3,3	13,3
Sachsen-Anhalt	576	5,4	2,1	13,4	0,9	13,1	4,2	15,6
Schleswig-Holstein	399	2,1	1,9	0,0	0,0	7,2	9,0	-
Thüringen	681	6,7	7,2	5,3	2,4	13,5	0,7	18,6
Bundesgebiet insgesamt	34.368	6,5	4,5	13,1	1,1	3,1	2,7	4,9
Neuabschlüsse mit vorheriger erfolgreich absolvierter dualer Berufsausbildung³								
Baden-Württemberg	3.939	5,3	6,8	2,8	4,2	4,6	2,1	4,6
Bayern	5.721	6,2	6,2	5,8	0,4	12,0	7,0	2,8
Berlin	1.152	7,1	8,2	4,5	12,1	1,4	6,0	3,3
Brandenburg	1.608	15,6	20,7	6,7	18,3	4,6	7,9	0,0
Bremen ³	186	3,2	4,2	0,0	13,2	5,3	1,3	0,0
Hamburg ³	231	1,8	2,2	0,0	8,3	2,7	0,9	0,0
Hessen	1.374	3,6	3,4	4,7	2,0	5,0	2,1	-
Mecklenburg-Vorpommern	885	11,0	12,6	6,1	21,3	4,2	15,0	0,0
Niedersachsen	2.403	4,3	4,9	3,4	5,0	4,3	3,1	2,3
Nordrhein-Westfalen	4.788	4,0	4,5	3,6	3,3	4,9	1,7	1,7
Rheinland-Pfalz	636	2,4	1,8	3,6	0,5	9,1	0,6	0,0
Saarland	270	3,9	3,7	3,3	7,4	3,8	7,4	0,0
Sachsen	1.215	6,8	7,3	5,4	2,7	7,7	9,4	4,4
Sachsen-Anhalt	537	5,0	3,8	4,0	14,2	4,1	24,0	0,0
Schleswig-Holstein	315	1,6	1,9	0,0	1,5	7,9	3,3	-
Thüringen	663	6,5	4,2	13,8	3,6	4,8	6,4	2,3
Bundesgebiet insgesamt	25.926	4,9	5,4	4,0	4,7	6,3	3,9	2,2

Tabelle A4.3-2: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen¹ und Ländern (absolut und in % der Neuabschlüsse)² 2013 (Teil 3)**

Land	Neuabschlüsse mit jeweiligem Merkmal insgesamt		Industrie und Handel	Handwerk ³	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft
	absolut	in %						
Neuabschlüsse mit vorheriger schulischer Berufsausbildung³								
Baden-Württemberg	684	0,9	1,1	0,5	0,2	0,8	1,5	0,0
Bayern	1.437	1,5	1,6	0,6	7,5	9,9	0,9	0,9
Berlin	108	0,7	0,3	0,6	1,3	0,0	2,6	0,0
Brandenburg	330	3,2	4,7	0,9	0,8	0,7	1,1	0,0
Bremen ³	9	0,2	0,2	0,0	0,0	0,0	0,7	0,0
Hamburg ³	69	0,5	0,8	0,0	1,2	0,0	0,0	0,0
Hessen	483	1,3	1,6	0,3	2,9	0,0	1,5	–
Mecklenburg-Vorpommern	33	0,4	0,2	0,2	2,7	0,0	3,3	0,0
Niedersachsen	204	0,4	0,2	0,5	1,0	0,0	1,4	0,0
Nordrhein-Westfalen	414	0,3	0,3	0,4	1,0	0,0	0,7	0,0
Rheinland-Pfalz	123	0,5	0,5	0,5	0,0	1,3	0,3	0,0
Saarland	75	1,1	1,5	0,4	0,0	1,9	0,6	0,0
Sachsen	357	2,0	2,5	1,2	0,5	0,4	2,0	0,0
Sachsen-Anhalt	99	0,9	0,6	1,6	1,9	1,4	0,6	0,0
Schleswig-Holstein	33	0,2	0,0	0,0	0,0	1,1	1,5	–
Thüringen	39	0,4	0,1	0,9	1,2	0,0	0,7	0,0
Bundesgebiet insgesamt	4.497	0,9	0,9	0,5	1,7	1,9	1,1	0,2

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. [E in Kapitel A1.2](#)). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet. Für die Länder Hessen und Schleswig-Holstein meldet der Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel die Hauswirtschaftsberufe.

² Da Anschlussverträge keine Abkürzung im Sinne der §§ 7 und 8 BBiG darstellen, ohne Berücksichtigung der Anschlussverträge. Insbesondere im Bereich Industrie und Handel weichen die Meldungen zur Abkürzung bei den beiden Erhebungen „Berufsbildungsstatistik“ und „BIBB-Erhebung über die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30. September“ deutlich voneinander ab. Es kann davon ausgegangen werden, dass sie bei der BIBB-Erhebung zum 30. September untererfasst sind.

³ Für die Länder Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein liegt für das Handwerk offensichtlich ein Meldefehler hinsichtlich der vorherigen Berufsausbildung vor. Im Vorjahr wurden noch 17% bis 22% der Neuabschlüsse mit einer vorheriger Berufsausbildung gemeldet. Im Berichtsjahr 2013 ist selbst im Auszubildendenbestand kein Vertrag mit dieser Vorbildung gemeldet.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

BIBB-Datenreport 2015

Wie in den Vorjahren ist der Teilzeitanteil bei den weiblichen Auszubildenden (ca. 0,7%) höher als bei den männlichen, von denen nur sehr wenige mit einem Teilzeitausbildungsverhältnis gemeldet wurden (0,03% bzw. 102 Neuabschlüsse). Zur weiteren Charakterisierung der Teilzeitberufsausbildung auf Basis der Berufsbildungsstatistik siehe Gericke/Lissek 2013.

Neuabschlüsse mit einer Verkürzung der Ausbildungsdauer von mindestens 6 Monaten

Die reguläre Ausbildungsdauer (die gemäß der Ausbildungsordnung vorgesehene Dauer) und die tatsächliche Ausbildungszeit können aus verschiedenen Gründen abweichen. Mit der Variablen „Abkürzung der Ausbildungsdauer“ erhebt die Berufsbildungsstatistik solche

Verkürzungen der Ausbildungsdauer, die gemäß § 8 oder § 7 BBiG vereinbart und im Ausbildungsvertrag festgehalten werden. Auszubildende und Ausbildungsbetriebe können solche Abkürzungen gemeinsam beantragen, wenn ein nach Rechtsverordnung von den jeweiligen Landesregierungen anrechnungsfähiger Bildungsgang einer „berufsbildenden Schule oder die Berufsausbildung in einer sonstigen Einrichtung ganz oder teilweise auf die Ausbildungszeit angerechnet“ (§ 7 BBiG) werden soll oder wenn „zu erwarten ist, dass das Ausbildungsziel in der gekürzten Zeit erreicht wird“⁸⁶ (§ 8 BBiG). Nicht gemeint sind kürzere Ausbildungsdauern aufgrund vor-

⁸⁶ Siehe hierzu die „Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung zur Abkürzung und Verlängerung der Ausbildungszeit/zur Teilzeitausbildung“ vom 27. Juni 2008.

zeitiger Prüfungszulassung sowie sogenannte Anschlussverträge. Auch bei Anschlussverträgen wird bei Vertragsabschluss eine kürzere Ausbildungsdauer vereinbart, dies jedoch aufgrund der Anrechnung einer zweijährigen Berufsausbildung, die gemäß Ausbildungsordnung anzurechnen ist.

Auf Basis der Berufsbildungsstatistik lässt sich die Verkürzung des Ausbildungsvertrages direkt aus der Variable Verkürzung ermitteln oder indirekt über Berufsinformationen und die Meldungen zum vereinbarten Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages.⁸⁷ → **Tabelle A4.3-2** enthält die Werte auf Basis der unmittelbaren Meldungen zur Abkürzung der Ausbildungsdauer.

Von allen Neuabschlüssen werden im Rahmen der Berufsbildungsstatistik 20,6% mit einer Verkürzung von mindestens 6 Monaten gemeldet. Ein überdurchschnittlich hoher Anteil verkürzter Ausbildungsverträge wird aus Baden-Württemberg mit 27,4% sowie aus Hamburg und Bayern mit jeweils ca. 24% gemeldet. Insgesamt sind diese Verkürzungen überproportional häufig im Zuständigkeitsbereich Landwirtschaft (30,1%) zu verzeichnen.

Neuabschlüsse mit vorheriger Berufsausbildung

Neben der Teilnahme an vorheriger beruflicher Grundbildung oder Berufsvorbereitung (vgl. **Kapitel A4.6.2**) kann eine vorherige Berufsausbildung ein weiterer Grund für kürzere Ausbildungsverträge sein. Die Berufsbildungsstatistik unterscheidet 3 Ausprägungen einer vorherigen Berufsausbildung: eine vorherige duale Berufsausbildung, die erfolgreich abgeschlossen wurde, eine vorherige duale Berufsausbildung, die nicht abgeschlossen wurde, und eine erfolgreich abgeschlossene schulische Berufsausbildung. Insgesamt wurde für 11,5% der Neuabschlüsse mindestens eine Art dieser Vorbildung gemeldet (Mehrfachnennungen sind möglich)⁸⁸. Hierbei handelt es sich mehrheitlich um eine vorherige duale Berufsausbildung, und zwar sowohl zu-

vor nicht erfolgreich absolvierte (6,5% bzw. 34.368) als auch erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildungen im dualen System (4,9% bzw. 25.926); für vergleichsweise wenige Auszubildende mit Neuabschluss (0,9% bzw. 4.497) wurde eine vorherige abgeschlossene schulische Berufsausbildung⁸⁹ gemeldet.

Hinsichtlich der vorherigen Berufsausbildung ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen den Ländern sowie den Zuständigkeitsbereichen. Höhere Anteile ergeben sich für Ostdeutschland – mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt und Thüringen. Überdurchschnittlich hohe Anteile von Neuabschlüssen mit einer vorherigen Berufsausbildung werden im Handwerk gemeldet (Bundesdurchschnitt mit 17,5%). Für die Länder Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein liegt für das Handwerk offensichtlich ein Meldefehler vor, denn für 2013 wurden keine Ausbildungsverträge mit vorheriger Berufsausbildung gemeldet.

Insgesamt sind für höhere Anteile von Neuabschlüssen mit vorheriger Berufsausbildung vor allem vorherige nicht erfolgreich beendete duale Berufsausbildungen ausschlaggebend. Der Anteil an Neuabschlüssen, die mit einer vorherigen erfolgreich absolvierten dualen Berufsausbildung gemeldet wurden, fällt insgesamt lediglich in Brandenburg (15,6%) und Mecklenburg-Vorpommern (11,0%) relativ hoch aus. Hinsichtlich einer vorherigen absolvierten schulischen Berufsausbildung ergibt sich lediglich in Bayern für die dualen Ausbildungsberufe der Landwirtschaft (9,9%) sowie des öffentlichen Dienstes (7,5%) ein relativ hoher Anteil.

Es liegen jedoch Hinweise vor, dass nicht nur in den oben genannten Fällen die vorherige Berufsausbildung immer noch untererfasst ist. Die Auswertung der Einzeldaten hat ergeben, dass bei 10% der Neuabschlüsse eine Verkürzung⁹⁰ von mindestens 11 Monaten vorliegt, obwohl keine vorherige Berufsausbildung gemeldet wurde. Selbst wenn man das Alter, den Schulabschluss sowie berufliche Grundbildung als weitere potenzielle Abkürzungsgründe kontrolliert, bleiben gut 4% ungeklärte Verkürzungen.

87 Die Verkürzung kann auch auf Basis des Vergleichs von der nach Ausbildungsordnung vorgesehenen Dauer und der vereinbarten Dauer des Ausbildungsvertrages (errechnet aus den Meldungen zum vereinbarten Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages) ermittelt werden. Die gemeldete Variable der Abkürzung wurde erstmals im BIBB-Datenreport 2012, Tabelle A4.3-2 ausgewiesen.

88 Insgesamt liegen hier nur bei 0,7% der Neuabschlüsse Mehrfachnennungen vor.

89 Unter diejenigen mit vorheriger schulischer Berufsausbildung fallen nicht die „Externenprüfungen“ (nach § 43 Absatz 2 oder § 45 Absatz 2 und 3 BBiG), denn diese werden nicht mit den Auszubildendendaten, sondern als eine Gruppe der sonstigen Prüfungen erhoben.

90 Ermittelt aus dem Vergleich der nach Ausbildungsordnung vorgesehenen Dauer und dem vertraglich vereinbarten Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages.

Die Variablen vorheriger Berufsausbildungen, Abkürzungen des Ausbildungsvertrages bzw. die Erhebung der vereinbarten Dauer der Ausbildungsverträge wurden u. a. deshalb in die Berufsbildungsstatistik aufgenommen, um Erstanfänger und Erstanfängerinnen einer dualen Berufsausbildung (kurz: Ausbildungsanfänger/-innen bzw. Anfänger/-innen) von anderen Arten von Neuabschlüssen abgrenzen zu können. Da von einer Untererfassung vorheriger Berufsausbildungen ausgegangen wird, reicht es zur Abgrenzung der Anfänger/-innen sowie anderen Arten von Neuabschlüssen nicht aus, die vorherige Berufsausbildung zu berücksichtigen; es müssen zusätzlich Angaben zur vertraglich vereinbarten Ausbildungsdauer herangezogen werden.⁹¹

Ausbildungsanfänger/-innen und andere Arten von Neuabschlüssen

Fälschlicherweise werden Neuabschlüsse häufig mit Ausbildungsanfängern **E** gleichgesetzt. Nicht alle neuen Ausbildungsverträge werden aber von Ausbildungsanfängern/-anfängerinnen abgeschlossen. Der Neuabschluss stellt ein vertragsbezogenes Merkmal dar, das auch dann vorliegt, wenn:

- ▶ ein Ausbildungsvertrag vorzeitig gelöst wird und ein neuer Ausbildungsvertrag in einem anderen dualen Ausbildungsberuf (Berufswechsel innerhalb des dualen Systems) und/oder mit einem anderen Ausbildungsbetrieb (Ausbildungsbetriebswechsel innerhalb des dualen Systems) abgeschlossen wird;
- ▶ eine vorherige zweijährige duale Berufsausbildung (BBiG/HwO) in einem „Fortführungsberuf“ fortgeführt wird (Anschlussverträge innerhalb des dualen Systems);
- ▶ nach erfolgreichem Abschluss einer dualen Berufsausbildung erneut ein Ausbildungsvertrag in einem Beruf des dualen Systems abgeschlossen wird, der keinen Anschlussvertrag darstellt (Mehrfachausbildungen innerhalb des dualen Systems).

Insofern sind nicht alle Neuabschlüsse mit Anfängern im dualen System (nach BBiG bzw. HwO) gleichzusetzen. Zudem haben einige Auszubildende des dualen Systems

zuvor eine Ausbildung außerhalb des dualen Systems abgeschlossen (Mehrfachausbildungen).⁹²

E Ausbildungsanfänger/-innen

Ausbildungsverträge werden nicht nur von Anfänger/-innen, sondern auch bei Berufs- und/oder Betriebswechsel, bei sogenannten Anschlussverträgen sowie bei Mehrfachausbildungen abgeschlossen. Das BIBB ermittelt die Zahl der Anfänger/-innen im dualen System sowohl als Teilgruppe der Neuabschlüsse als auch der begonnenen Ausbildungsverträge insgesamt. Verwendet werden hierbei die Meldungen zur vorherigen Berufsausbildung, zur vertraglich vereinbarten Ausbildungsdauer, des Alters der Auszubildenden und weiterer Vorbildungsangaben (potenzielle Verkürzungsgründe) der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember).

Ausbildungsverträge, die mit einer vorherigen dualen Berufsausbildung (erfolgreich beendet oder nicht erfolgreich beendet) gemeldet werden, werden i. d. R. nicht als Anfänger/-innen gezählt; Ausnahmen sind solche Verträge mit sehr geringer Verkürzung, bei denen der erste Ausbildungsvertrag möglicherweise in das gleiche Kalenderjahr fiel. Diese Ausnahme wird nur bei der Abgrenzung bezüglich der Neuabschlüsse angewandt, da bei diesen aufgrund der Neuabschlussdefinition ansonsten manche Auszubildende des dualen Systems niemals als Anfänger/-innen gezählt würden.

Diejenigen ohne vorherige duale Berufsausbildung gelten i. d. R. als Anfänger/-innen. Ausnahmen sind Verträge mit einer starken Verkürzung ohne sonstigen offensichtlichen Verkürzungsgrund; denn dies lässt darauf schließen, dass die vorherige duale Berufsausbildung irrtümlicherweise nicht gemeldet wurde.

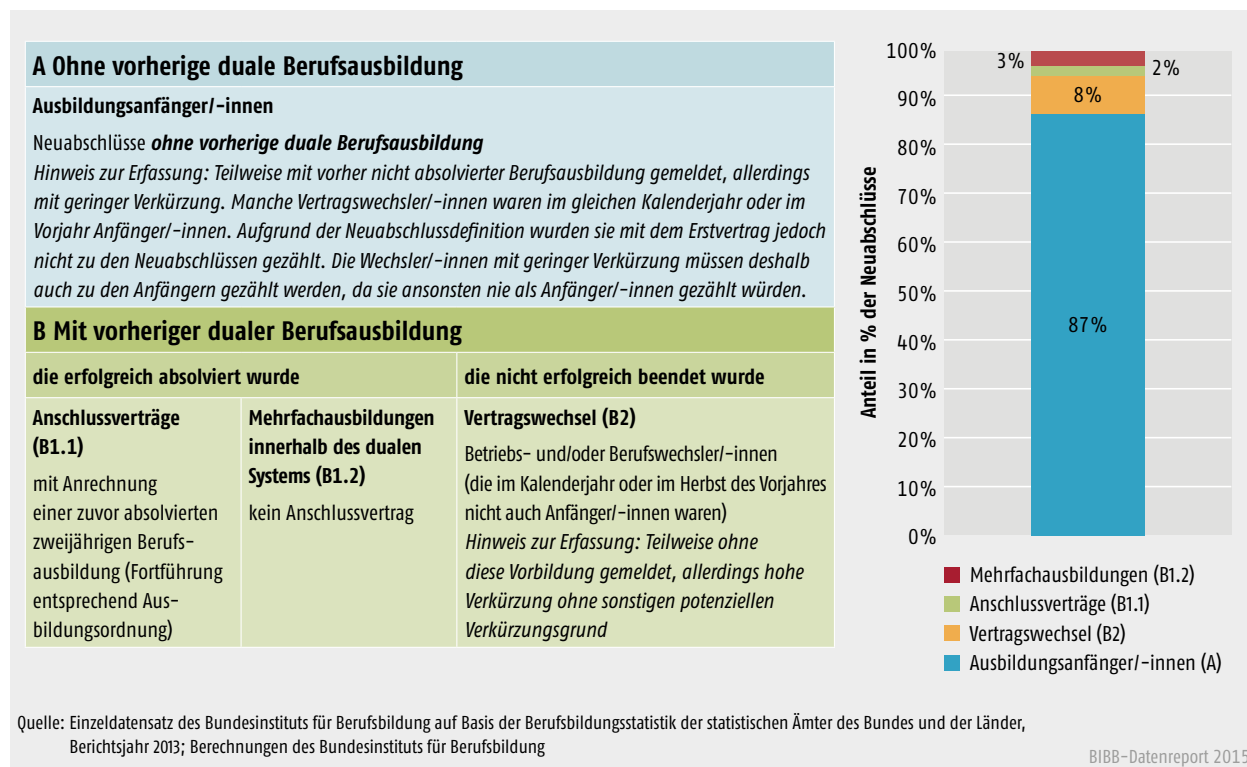
Zu Details der Abgrenzung siehe BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A4.3 oder Uhly 2012, S. 6 f.

Um eine Abgrenzung von wirklichen Ausbildungsanfängern vornehmen zu können, sind verschiedene Wege denkbar. Bezogen auf die Anfänger/-innen innerhalb des dualen Systems würde eine bundesweite (zuständigkeits- und regionenübergreifende) unveränderliche Personen-

⁹¹ Für die Abkürzung wird nicht die gemeldete Abkürzung verwendet, sondern die aus den Meldungen zum vereinbarten Vertragsbeginn und -ende berechnete Verkürzung herangezogen.

⁹² Außerhalb des dualen Systems begonnene und nicht abgeschlossene schulische Berufsausbildungen werden im Rahmen der Berufsbildungsstatistik nicht erhoben.

Schaubild A4.3-1: **Ausbildungsanfänger/-innen und andere Arten von Neuabschlüssen, Bundesgebiet 2013**



nummer für die Auszubildenden entsprechende Analysen erlauben.⁹³ Der Einführung einer solchen Personennummer standen jedoch datenschutzrechtliche Bedenken entgegen. Deshalb wurde in der Berufsbildungsstatistik der Weg der Erfassung der vorherigen Berufsausbildung sowie der Ausbildungsdauer gewählt, auch wenn die Erhebung von vorherigen Berufsausbildungen im Rahmen der Berufsbildungsstatistik nicht unproblematisch ist.⁹⁴

→ **Schaubild A4.3-1** gibt einen Überblick darüber, wie sich die Neuabschlüsse auf Ausbildungsanfänger/-innen und andere Arten (Nichtanfänger/-innen) aufteilen. Verwendet man zur Abgrenzung der *Ausbildungsanfänger/-innen* **E** nicht allein die Angaben zur vorherigen dualen Berufsausbildung, sondern auch die zur vereinbarten Vertragsdauer, so kann man rund 87% der Neuabschlüsse als Ausbildungsanfänger/-innen identifizieren → **Tabelle A4.3-3**. Die anderen 13% teilen sich auf in diejenigen mit einer zuvor bereits erfolgreich absolvierten dualen Berufsausbildung (rund 5%) und solchen mit Vertragswechsel (rund 8%). Letztere sind diejenigen, die zuvor bereits einen dualen Ausbildungsvertrag abgeschlossen und nach der Vertragslösung erneut einen Ausbildungsvertrag im gleichen oder in einem anderen Ausbildungsberuf (*Ausbildungs- oder Betriebswechsel* innerhalb des dualen Systems) neu abgeschlossen haben⁹⁵; dabei werden nur diejenigen mit einer längeren Verkürzung (mindestens 6 Monate) zu den Vertragswechslern gezählt; die anderen werden noch zu den Anfängern gezählt. Die rund 5% der Neuabschlüsse, die mit einer vorherigen absolvierten dualen Berufsausbildung gemeldet wurden, lassen sich weiterhin

93 Anhand dieser Personennummern könnten verschiedene Vertragsmeldungen für die gleiche Person bei der Datenanalyse verknüpft werden, und die Erfassung von vorherigen dualen Berufsausbildungen wäre nicht erforderlich. Neben der Vereinfachung der Abgrenzung von Anfängern/Anfängerinnen einer dualen Berufsausbildung würde eine Personennummer auch weitergehende Verlaufsanalysen ermöglichen.

94 Die Jugendlichen müssen dies dem Ausbildungsbetrieb mitteilen (auch wenn sie kein Eigeninteresse an dieser Informationsweitergabe haben oder dies ihren Interessen sogar entgegensteht), der Betrieb muss dies an die zuständige Stelle melden (auch dann, wenn er kein Eigeninteresse an dieser Information hat).

95 Möglicherweise befinden sich hierunter auch einige Auszubildende, die nach nicht bestandener Abschlussprüfung ohne Vertragslösung einen neuen Ausbildungsvertrag abschließen; i. d. R. dürfte es sich aber um solche Auszubildenden handeln, die zuvor eine Vertragslösung im dualen System hatten.

aufteilen: in Mehrfachausbildungen im dualen System und in sogenannte Anschlussverträge. Gemäß der hier verwendeten Abgrenzung handelt es sich bei weniger als 2% der Neuabschlüsse um *Anschlussverträge* **E**, also um die Fortführung einer zuvor abgeschlossenen zweijährigen Berufsausbildung im dualen System. Bei gut 3% der Neuabschlüsse handelt es sich folglich um *Mehrfachausbildungen* innerhalb des dualen Systems.

E Anschlussverträge (in Fortführungsberufen)

Als Anschlussverträge werden solche Neuabschlüsse bezeichnet, die eine **Fortführung einer bereits erfolgreich abgeschlossenen zweijährigen dualen Berufsausbildung** in einem (i. d. R. drei- oder dreieinhalbjährigen) dualen Ausbildungsberuf (BBiG/HwO) darstellen. Dabei werden nur solche Fortführungen zu Anschlussverträgen gezählt, bei denen die Ausbildungsordnung die Anrechnung der zweijährigen Berufsausbildung explizit vorsieht (§ 5 Absatz 2 Nr. 4 BBiG). Bislang sind solche Fortführungen ausschließlich in Berufen der Zuständigkeitsbereiche Industrie und Handel sowie Handwerk vorgesehen. In den Ausbildungsordnungen ist von Fortführung/Fortsetzung der Berufsausbildung, von aufbauenden Ausbildungsberufen, von Anrechnungsregelungen und in älteren Ausbildungsordnungen auch (noch) von Stufenausbildung⁹⁶ die Rede. Die dualen Ausbildungsberufe, auf die eine abgeschlossene zweijährige duale Berufsausbildung laut Ausbildungsordnung angerechnet werden kann, werden im Folgenden „Fortführungsberufe“ genannt.

Dieses Merkmal wird im Rahmen der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder nicht gemeldet, sondern auf Basis von Berufsinformationen und Meldungen zur Dauer des Ausbildungsvertrages sowie zur Vorbildung ermittelt.

96 Hinsichtlich des Begriffs der Stufenausbildung ist im Anschluss an die Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) vom 23. März 2005 eine Begriffsklärung erfolgt. Von der bislang üblichen Begriffsverwendung wird seither abgewichen. „Echte“ Stufenausbildung im Sinne des BBiG liegt derzeit nicht vor. Es handelt sich hierbei um eine Stufung, bei der nach der ersten Stufe kein Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf erworben wird. Bei dieser Stufenausbildung endet der Ausbildungsvertrag stets erst nach Abschluss der letzten Stufe (§ 21 Absatz 1 BBiG).

Anschlussverträge werden in der Berufsbildungsstatistik folgendermaßen abgegrenzt:⁹⁷

- ▶ Es handelt sich um einen Ausbildungsberuf, bei dem laut Ausbildungsordnung die Fortführung einer abgeschlossenen zweijährigen dualen Berufsausbildung vorgesehen ist („Fortführungsberuf“),
- ▶ es liegt eine zuvor abgeschlossene duale Berufsausbildung vor, und
- ▶ die Dauer des Ausbildungsvertrags liegt in einem Bereich +/- 3 Monate um die laut Ausbildungsordnung vorgesehene Restdauer⁹⁸ bei Anschlussverträgen.

Generell bleibt die Einschränkung zu beachten, dass die auf Basis der Berufsbildungsstatistik ermittelte Anschlussvertragszahl nur als Höchstwert zu interpretieren ist. Denn hinsichtlich des dritten Abgrenzungskriteriums wird angenommen, dass die kürzere Ausbildungsdauer aufgrund der Anrechnung einer vorherigen zweijährigen dualen Berufsausbildung erfolgt ist, die laut Ausbildungsordnung auf den „Fortführungsberuf“ angerechnet wurde; es ist jedoch nicht auszuschließen, dass hierbei auch Neuabschlüsse im Anschluss an eine zuvor abgeschlossene duale Berufsausbildung gezählt werden, die keine Anschlussverträge im engeren Sinne der Definition von „Anschlussverträgen“ sind (vgl. Uhly 2011).

Wie → **Tabelle A4.3-3** zeigt, ist der Anteil der Anschlussverträge in allen Bundesländern relativ gering; er variiert zwischen 0,5% und 2,7% der Neuabschlüsse. Bislang können Anschlussverträge ausschließlich in den beiden Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel sowie Handwerk abgeschlossen werden. Der Anteil an allen Neuabschlüssen fällt in den Berufen von Industrie und Handel mit 2,4% zwar relativ gering aus, er ist aber deutlich höher als bei den Handwerksberufen (0,5%)⁹⁹.

97 Nach einer detaillierten Auswertung der Einzeldaten hat sich gezeigt, dass die frühere Operationalisierung der Anschlussverträge, die im BIBB-Datenreport 2010 noch Anwendung fand, problematisch war. Deshalb wurde sie modifiziert (zu den Details siehe Uhly 2011).

98 Die Ausbildungsordnungen legen fest, in welches Ausbildungsjahr des jeweiligen Fortführungsberufs der Einstieg bei Anschlussverträgen erfolgt; aus dieser Angabe und der nach Ausbildungsordnung vorgesehenen regulären Dauer des „Fortführungsberufs“ kann man die maximale Restdauer ermitteln. Hierbei ist nicht die Verkürzung im Sinne des § 8 BBiG gemeint.

99 Im Handwerksbereich ist im Berichtsjahr 2013 ein starker Rückgang des Anteils der Anschlussverträge zu verzeichnen, allerdings zeigte sich hier im Berichtsjahr 2012 auch schon ein relativ geringer Anteil von Anschlussverträgen (1,2% der Neuabschlüsse). Im Rahmen der BIBB-Erhebung der neu abgeschlossenen Anschlussverträge zum 30. September war der Rückgang der Anschlussverträge im Handwerk nicht zu beobachten. Möglicherweise liegt hier im Rahmen der Berufsbildungsstatistik aufgrund eines Meldefehlers eine Unterefassung in 2013 vor.

Tabelle A4.3-3: **Ausbildungsanfänger/-innen, Anschlussverträge, Mehrfachausbildungen und Vertragswechsel nach Ländern bzw. Zuständigkeitsbereichen¹; als Teilgruppen der Neuabschlüsse und Teilgruppen der begonnenen Ausbildungsverträge (absolut und in % der Neuabschlüsse bzw. der begonnenen Verträge) 2013**

Land/Zuständigkeitsbereich	Ausbildungsanfänger/-innen		Anschlussverträge ²		Mehrfachausbildungen innerhalb des dualen Systems		Vertragswechsel		Neuabschlüsse insgesamt	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Teilgruppen der Neuabschlüsse³										
Baden-Württemberg	65.907	88,5	1.770	2,4	2.169	2,9	4.626	6,2	74.475	100,0
Bayern	79.827	86,0	1.641	1,8	4.077	4,4	7.281	7,8	92.826	100,0
Berlin	14.094	87,1	288	1,8	867	5,4	927	5,7	16.173	100,0
Brandenburg	8.073	78,5	183	1,8	1.425	13,9	597	5,8	10.278	100,0
Bremen	5.193	90,7	108	1,9	78	1,4	345	6,0	5.724	100,0
Hamburg	11.565	90,0	60	0,5	171	1,3	1.059	8,2	12.855	100,0
Hessen	33.621	89,1	498	1,3	876	2,3	2.742	7,3	37.737	100,0
Mecklenburg-Vorpommern	6.615	82,5	216	2,7	669	8,3	516	6,4	8.016	100,0
Niedersachsen	48.159	85,7	894	1,6	1.512	2,7	5.601	10,0	56.166	100,0
Nordrhein-Westfalen	106.653	88,8	1.713	1,4	3.075	2,6	8.703	7,2	120.144	100,0
Rheinland-Pfalz	23.247	87,7	174	0,7	462	1,7	2.634	9,9	26.514	100,0
Saarland	5.985	85,6	42	0,6	231	3,3	738	10,6	6.993	100,0
Sachsen	15.195	85,1	333	1,9	882	4,9	1.437	8,1	17.847	100,0
Sachsen-Anhalt	9.408	88,0	105	1,0	432	4,0	750	7,0	10.695	100,0
Schleswig-Holstein	16.833	87,2	126	0,7	189	1,0	2.154	11,2	19.299	100,0
Thüringen	8.910	87,8	198	2,0	465	4,6	579	5,7	10.152	100,0
Industrie und Handel	277.362	87,3	7.596	2,4	9.636	3,0	23.100	7,3	317.694	100,0
Handwerk	117.975	84,7	753	0,5	4.887	3,5	15.702	11,3	139.320	100,0
Öffentlicher Dienst	11.529	94,7	0	0,0	576	4,7	69	0,6	12.174	100,0
Landwirtschaft	11.712	88,2	0	0,0	840	6,3	729	5,5	13.278	100,0
Freie Berufe	38.250	93,8	0	0,0	1.581	3,9	954	2,3	40.782	100,0
Hauswirtschaft	2.454	92,6	0	0,0	57	2,2	138	5,2	2.649	100,0
Bundesgebiet insgesamt	459.279	87,3	8.349	1,6	17.577	3,3	40.692	7,7	525.897	100,0
Teilgruppen der begonnenen Ausbildungsverträge³										
Baden-Württemberg	69.210	85,9	1.863	2,3	2.388	3,0	7.077	8,8	80.535	100,0
Bayern	83.094	82,6	1.713	1,7	4.530	4,5	11.211	11,1	100.548	100,0
Berlin	15.591	83,0	309	1,6	966	5,1	1.929	10,3	18.795	100,0
Brandenburg	8.634	74,7	195	1,7	1.611	13,9	1.122	9,7	11.562	100,0
Bremen	5.595	89,1	114	1,8	87	1,4	486	7,7	6.282	100,0
Hamburg	12.972	88,6	63	0,4	192	1,3	1.422	9,7	14.649	100,0
Hessen	35.205	86,0	525	1,3	945	2,3	4.248	10,4	40.923	100,0
Mecklenburg-Vorpommern	7.155	79,6	231	2,6	729	8,1	876	9,7	8.994	100,0
Niedersachsen	52.782	84,5	927	1,5	1.626	2,6	7.134	11,4	62.466	100,0
Nordrhein-Westfalen	114.051	86,7	1.782	1,4	3.327	2,5	12.339	9,4	131.499	100,0
Rheinland-Pfalz	24.732	84,5	183	0,6	525	1,8	3.837	13,1	29.274	100,0
Saarland	6.309	81,0	45	0,6	258	3,3	1.179	15,1	7.788	100,0
Sachsen	15.348	77,7	345	1,7	990	5,0	3.072	15,6	19.755	100,0
Sachsen-Anhalt	10.383	85,9	111	0,9	501	4,1	1.095	9,1	12.093	100,0
Schleswig-Holstein	18.756	86,6	132	0,6	213	1,0	2.568	11,9	21.666	100,0
Thüringen	9.699	85,5	207	1,8	531	4,7	903	8,0	11.340	100,0
Industrie und Handel	297.429	85,9	7.929	2,3	10.614	3,1	30.159	8,7	346.134	100,0
Handwerk	123.777	79,1	813	0,5	5.427	3,5	26.475	16,9	156.492	100,0
Öffentlicher Dienst	11.598	93,7	0	0,0	588	4,7	198	1,6	12.381	100,0
Landwirtschaft	12.441	86,8	0	0,0	909	6,3	987	6,9	14.337	100,0
Freie Berufe	41.697	90,6	0	0,0	1.818	4,0	2.499	5,4	46.014	100,0
Hauswirtschaft	2.577	91,5	0	0,0	66	2,3	177	6,3	2.817	100,0
Bundesgebiet insgesamt	489.516	84,7	8.742	1,5	19.422	3,4	60.498	10,5	578.178	100,0

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. [§ 1 in Kapitel A1.2](#)). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet. Für die Länder Hessen und Schleswig-Holstein meldet der Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel die Hauswirtschaftsberufe.

² Hierbei werden nur solche Fortführungen zu Anschlussverträgen gezählt, bei denen die Ausbildungsordnung die Anrechnung der zweijährigen Berufsausbildung explizit vorsieht (§ 5 Absatz 2 Nr. 4 BBiG).

³ Begonnene Ausbildungsverträge sind alle im Berichtsjahr gemeldeten Ausbildungsverträge, die im Berichtsjahr begonnen haben; zu den Neuabschlüssen zählen nur die begonnenen Ausbildungsverträge des Berichtsjahres, die bis zum 31. Dezember des Jahres nicht vorzeitig gelöst wurden. Die Neuabschlusszählung vermeidet Doppelzählungen von Personen, die im Kalenderjahr mehrere Ausbildungsverträge abgeschlossen haben; sie erfasst allerdings nicht alle begonnenen Ausbildungsverträge.

Quelle: Einzeldatensatz des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Berichtsjahr 2013; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Mehrfachausbildungen innerhalb des dualen Systems liegen in Brandenburg mit 13,9% der Neuabschlüsse überproportional häufig vor. Nach Zuständigkeitsbereichen differenziert zeigen sich solche Mehrfachausbildungen überproportional häufig in den Berufen der Landwirtschaft (6,3%).

Der Anteil der Vertragswechsel liegt in den einzelnen Ländern zwischen 5,7% und 11,2%. Im Zuständigkeitsbereich Handwerk liegt er mit 11,3% deutlich höher als in den anderen Zuständigkeitsbereichen; am geringsten fällt dieser Anteil in den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes (0,6%) aus, mit 2,3% ist der Anteil der Vertragswechsel unter den Neuabschlüssen auch in den freien Berufen relativ gering.

Aufgrund dieser Abgrenzung von Neuabschlüssen, die Ausbildungsanfänger/-innen sind, lassen sich weitere Indikatoren zum dualen System verbessern. Beispielsweise kann statt der Ausbildungsbeteiligungsquote der Jugendlichen die Ausbildungsanfängerquote des dualen Systems berechnet werden; die Ausbildungsbeteiligungsquote hatte den Anteil der Jugendlichen, die einen dualen Ausbildungsvertrag abschließen, überschätzt [vgl. Kapitel A4.5](#)). Für verschiedene Fragestellungen ist es jedoch sinnvoll, nicht nur die Neuabschlüsse, sondern alle begonnenen Ausbildungsverträge eines Kalenderjahres heranzuziehen. Denn gemäß der Neuabschlussdefinition werden bei dieser Zählgröße Verträge nur dann berücksichtigt, wenn sie nicht bis zum 31. Dezember des Jahres gelöst wurden.¹⁰⁰ Deshalb wurde [Tabelle A4.3-3](#) erweitert; die Differenzierungen Anfänger und Anfängerinnen, Anschlussverträge, Mehrfachausbildungen und Vertragswechsel innerhalb des dualen Systems können auch für alle begonnenen Verträge des Kalenderjahres vorgenommen werden. Will man beispielsweise betrachten, bei wie vielen Fällen nach einer Vertragslösung wieder ein dualer Ausbildungsvertrag abgeschlossen wird, ist es sinnvoll, alle begonnenen Ausbildungsverträge

mit der entsprechenden Vorbildung zu betrachten.¹⁰¹ Demnach wurden 60.498 bzw. 10,5% der begonnenen Ausbildungsverträge 2013 mit einer vorherigen dualen Berufsausbildung, die nicht erfolgreich beendet wurde, gemeldet. Insgesamt liegt der Anteil der Vertragswechsel in der Größenordnung von ca. 42% der Lösungsquote ([vgl. Kapitel A4.7](#)).

(Alexandra Uhly)

¹⁰⁰ Was den Vorteil bietet, dass Personen, die mehrere Ausbildungsverträge im Laufe eines Kalenderjahres abschließen, nicht mehrfach gezählt werden; allerdings auch dazu führen kann, dass nicht alle Personen, die einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen hatten, gezählt werden.

¹⁰¹ Allerdings kann man auf Basis dieser Daten nicht genau ermitteln, wie viele derjenigen mit Vertragslösung erneut in ein Ausbildungsverhältnis des dualen Systems einmünden, da unbekannt ist, wann das vorherige Ausbildungsverhältnis vorzeitig gelöst wurde (die Berufsbildungsstatistik erhebt lediglich, ob eine vorherige Berufsausbildung vorliegt, nicht jedoch den Zeitpunkt der Vorbildung), und zudem ist davon auszugehen, dass die vorherige Berufsausbildung (und somit auch der Anteil der Vertragswechsel) untererfasst ist.

A4.4 Berufsstrukturelle Entwicklungen in der dualen Berufsausbildung

Im folgenden Kapitel werden berufsstrukturelle Entwicklungen innerhalb der dualen Berufsausbildung (nach BBiG und HwO) analysiert, wie sie im Rahmen von Dauerbeobachtungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) auf Basis der Berufsbildungsstatistik durchgeführt werden.¹⁰² Derartige Strukturentwicklungen sind zur Beurteilung der Entwicklungsperspektiven des dualen Systems von Interesse (vgl. Uhly/Troltsch 2009) und ermöglichen eine Abschätzung von Chancen für unterschiedliche Gruppen von Jugendlichen.¹⁰³

Das Kapitel beschäftigt sich mit folgenden Berufsgruppierungen: Produktions- und Dienstleistungsberufe, technische Ausbildungsberufe, neue Ausbildungsberufe, zweijährige Ausbildungsberufe und Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung. Basis für die Analysen bildet die Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember vgl. **E** in Kapitel A4.2), die sich besonders für die Betrachtung langfristiger Entwicklungen eignet. Außerdem erfasst die Berufsbildungsstatistik Merkmale, wie bspw. die allgemeinbildenden Schulabschlüsse der Auszubildenden, die mit den Daten zur Berufsstruktur verknüpft werden können. Es werden allerdings nicht – wie in Kapitel A4.2 – die Bestandszahlen verwendet, da hier die Berufe je nach Ausbildungsdauer unterschiedlich stark vertreten sind (zweijährige Ausbildungsberufe sind i. d. R. unterrepräsentiert, dreieinhalbjährige eher überrepräsentiert). Aus diesem Grund werden die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge als Basis herangezogen (vgl. **E** in Kapitel A4.3). Die Neuabschlusszahlen haben in diesem Kontext überdies den Vorteil, dass hiermit aktuelle Entwicklungen deutlicher nachgezeichnet werden können als mit den Bestandszahlen.

E Klassifizierung der Produktions- und Dienstleistungsberufe

Im Berichtsjahr 2012 wurde die Berufsbildungsstatistik auf die **Klassifikation der Berufe (KldB) 2010** der Bundesagentur für Arbeit umgestellt. Die Erhebungsberufe werden seither mit einer Berufskennziffer nach der „Klassifikation der Berufe 2010 (KldB 2010) der Bundesagentur für Arbeit (BA)“ gemeldet, die die bislang verwendete KldB 1992 des Statistischen Bundesamtes ablöst (<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Klassifikation-der-Berufe/KldB2010/KldB2010-Nav.html>).

Zum Zwecke der Fortführung der berufsstrukturellen Analysen in diesem Kapitel wurde die Gliederung nach Produktions- und Dienstleistungsberufen weiterhin auf Basis der Klassifikation der Berufe (KldB) des Jahres 1992 (Statistisches Bundesamt 1992) vorgenommen. Die oberste Gliederungseinheit unterscheidet neben der Kategorie „sonstige Arbeitskräfte“ 5 „Berufsbereiche“. Entsprechend der Konzeption des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)¹⁰⁴ werden in Anlehnung an Bells Konzept eines quartären Sektors (Informationsgesellschaft) nicht die 3 Bereiche Landwirtschaft, Produktion und Dienstleistung unterschieden, sondern die Produktionsberufe (Landwirtschaft, Bergbau und Fertigungsberufe) von den primären und sekundären Dienstleistungsberufen abgegrenzt (vgl. Wolff 1990, S. 64).

Auf der Basis der Berufskennziffern (KldB 1992) werden Produktions- von primären und sekundären Dienstleistungsberufen in diesem Kapitel wie folgt unterschieden:

Produktionsberufe

- ▶ I Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau
- ▶ II Bergleute, Mineralgewinner
- ▶ III Fertigungsberufe ohne Berufsgruppe 52 „Warenprüfer/Versandfertigmacher“

Primäre Dienstleistungsberufe

- ▶ Berufsgruppe 52 „Warenprüfer/Versandfertigmacher“
- ▶ aus V Dienstleistungsberufe: Berufsgruppen 66–68 (Warenkaufleute), 71–74 (Verkehrsberufe), 771–773 (Buchhalter; Kassenfachleute), 78–81 (Büroberufe; Ordnungs- und Sicherheitsberufe), 90–93 (Berufe der

¹⁰² Dieses Kapitel ist eine Fortschreibung des Kapitels A4.4 von Naomi Gericke im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2014.

¹⁰³ Zu Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Hauptschulabschluss im Kontext berufsstruktureller Entwicklungen siehe Uhly 2010.

¹⁰⁴ Siehe Berufsgliederung des IAB: <http://bisds.infosys.iab.de/bisds/erlaeuterungen.htm>

Körperpflege; Hotel- und Gaststättenberufe; Haus- und ernährungswirtschaftliche Berufe; Reinigungs- und Entsorgungsberufe)

Sekundäre Dienstleistungsberufe

- ▶ IV Technische Berufe
- ▶ aus V Dienstleistungsberufe: Berufsgruppen 69 und 70 (*Dienstleistungskaufleute*), 75 und 76 (*Berufe in der Unternehmensleitung, -beratung und -prüfung*), 774–776 (*Fachinformatiker/-in und Mathematisch-technischer Softwareentwickler/Mathematisch-technische Softwareentwicklerin*), 7791 (*IT-Kaufleute*), 82–89 (*Schriftwerkschaffende, -ordnende und künstlerische Berufe; Gesundheitsdienstberufe; Sozial- und Erziehungsberufe*)¹⁰⁵

Eine vollständige Liste der Produktions- und Dienstleistungsberufe findet sich unter http://www2.bibb.de/bibbtools/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufliste-p-dl_2013.pdf.

Als sekundäre Dienstleistungstätigkeiten werden Tätigkeiten zusammengefasst, die auch als „Kopf-“ oder „Wissensarbeit“ bezeichnet werden; es handelt sich um Berufe mit den Tätigkeitsschwerpunkten Forschen, Entwickeln, Organisieren, Managen, Betreuen, Pflegen, Beraten, Lehren und Publizieren (vgl. Kupka/Biersack 2005). Unter die primären Dienstleistungsberufe fallen Berufe mit den Tätigkeitsschwerpunkten: Handels- und Bürotätigkeiten sowie allgemeine Dienste wie Reinigen, Bewirten, Lagern, Transportieren. Aufgrund von Plausibilitätsüberlegungen, Analysen auf Basis der Berufsbildungsstatistik (Uhly 2007a) und Analysen der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2006 (Hall 2007), die eine Modifikation der Berufszuordnung ergeben haben, weicht die Abgrenzung teilweise von der IAB-Einteilung¹⁰⁶ ab (vgl. Uhly/Troltsch 2009). Diese Berufsgruppe entspricht nicht der Berufsgruppe der wissensintensiven Berufe nach Tiemann (2010), der sowohl unter den Dienstleistungsberufen als auch den Produktionsberufen wissensintensive Berufe abgrenzt.

Tertiarisierung der dualen Berufsausbildung

Der Dienstleistungssektor hat seit den 1980er-Jahren in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend die dominierende Rolle im Beschäftigungssystem übernommen (vgl. Walden 2007). Diese Entwicklung ist auch bei den Dienstleistungsberufen **E** der dualen Berufsausbildung zu beobachten. So steigt seit Mitte der 1990er-Jahre der Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den Dienstleistungsberufen nahezu stetig und erreichte im Berichtsjahr 2013 mit 59,5% den höchsten Anteilswert → **Tabelle A4.4-1**. Auch wenn die absoluten Zahlen bei den Neuabschlüssen in den Dienstleistungsberufen zuletzt zwischen 2011 und 2013 deutlich rückläufig waren (absolut: -21.903/relativ: -6,5%), stieg der relative Anteil dennoch an, da die Neuabschlüsse bei den Produktionsberufen noch stärker zurückgingen (absolut: -18.021/relativ: -7,8%). Damit lag der Dienstleistungsanteil in der dualen Berufsausbildung zwar immer noch unter dem auf dem Arbeitsmarkt, auf dem im Jahr 2013 beinahe drei Viertel der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich (73,8%) tätig waren. Nichtsdestotrotz zeigt auch die berufsstrukturelle Entwicklung in der dualen Berufsausbildung deutlich hin zur Dienstleistungs- und Wissensökonomie (vgl. Walden 2007), wobei primäre Dienstleistungsberufe im dualen System besonders stark vertreten sind. Unter den insgesamt 10 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen im dualen System finden sich 5 primäre Dienstleistungsberufe, 2 sekundäre Dienstleistungsberufe und 3 Produktionsberufe.¹⁰⁷

Im Berichtsjahr 2013 wurden im dualen System 313.062 neue Ausbildungsverträge in Dienstleistungsberufen abgeschlossen, 215.382 Ausbildungsverträge davon in primären und 97.680 in sekundären Dienstleistungsberufen. Auch wenn der Anteil der Neuabschlüsse in sekundären Dienstleistungsberufen mit 18,6% aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge noch vergleichsweise gering ist, so zeigt sich seit Mitte der 2000er-Jahre ein stetiger Anstieg (2005: 16,0%).

105 3 Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung werden trotz einer Berufskennziffer entsprechend den sekundären Dienstleistungsberufen aufgrund der Tätigkeitsbeschreibungen den primären Dienstleistungsberufen zugeordnet (Assistent/-in in sozialen Einrichtungen, Fachhelfer/-in für personale Dienstleistungen und Fachkraft für Medien- und Informationsdienste).

106 Dienstleistungskaufleute werden dort den primären Dienstleistungsberufen zugeordnet. Außerdem werden in der Zuordnung des IAB die Berufe der Körperpflege (Friseur/-in und Kosmetiker/-in) unter den sekundären und Datenverarbeitungsfachleute/Informatiker unter den primären Dienstleistungsberufen erfasst.

107 Primäre Dienstleistungsberufe: Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel, Verkäufer/-in, Industriekaufmann/-kauffrau, Bürokaufmann/-kauffrau, Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel
Sekundäre Dienstleistungsberufe: Medizinische/-r Fachangestellte/-r, Bankkaufmann/-kauffrau
Produktionsberufe: Kraftfahrzeugmechatroniker/-in, Industriemechaniker/-in, Elektroniker/-in

Tabelle A 4.4-1: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Produktions- und Dienstleistungsberufen¹, Bundesgebiet 1980² und 1993 bis 2013³**

Berufsgruppe	Jahr												
	1980	1993	1996	1999	2002	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Insgesamt, absolut													
Produktionsberufe	342.030	272.907	287.607	295.530	251.874	241.575	257.412	232.140	226.938	230.856	223.125	212.835	
Dienstleistungsberufe	328.827	298.299	291.768	340.029	316.209	317.487	350.154	329.028	332.094	334.965	325.878	313.062	
davon:													
primäre DL-Berufe	240.369	197.214	199.194	237.516	215.274	228.258	249.198	234.780	236.847	235.293	225.267	215.382	
sekundäre DL-Berufe	88.458	101.085	92.574	102.513	100.935	89.229	100.956	94.248	95.244	99.672	100.611	97.680	
Insgesamt	670.857	571.206	579.375	635.559	568.083	559.062	607.566	561.171	559.032	565.824	549.003	525.897	
Männer, absolut													
Produktionsberufe	-	241.230	254.049	260.253	222.300	214.209	225.834	202.584	198.726	203.061	195.777	186.591	
Dienstleistungsberufe	-	84.402	83.631	102.693	101.796	112.719	127.269	119.652	126.756	133.272	130.473	127.209	
davon:													
primäre DL-Berufe	-	56.109	57.891	69.438	68.433	80.583	89.478	85.230	90.966	94.134	91.101	88.899	
sekundäre DL-Berufe	-	28.293	25.740	33.255	33.366	32.136	37.791	34.419	35.787	39.138	39.372	38.313	
Insgesamt	-	325.629	337.680	362.946	324.099	326.928	353.103	322.236	325.482	336.333	326.253	313.803	
Frauen, absolut													
Produktionsberufe	-	31.677	33.555	35.277	29.571	27.363	31.578	29.556	28.212	27.795	27.348	26.244	
Dienstleistungsberufe	-	213.897	208.137	237.336	214.413	204.768	222.885	209.379	205.338	201.693	195.405	185.850	
davon:													
primäre DL-Berufe	-	141.105	141.303	168.075	146.841	147.675	159.720	149.550	145.881	141.159	134.166	126.483	
sekundäre DL-Berufe	-	72.792	66.834	69.258	67.569	57.093	63.165	59.829	59.457	60.534	61.239	59.367	
Insgesamt	-	245.577	241.695	272.613	243.984	232.134	254.463	238.935	233.550	229.488	222.753	212.094	
Insgesamt, in % aller Neuabschlüsse													
Produktionsberufe	51,0	47,8	49,6	46,5	44,3	43,2	42,4	41,4	40,6	40,8	40,6	40,5	
Dienstleistungsberufe	49,0	52,2	50,4	53,5	55,7	56,8	57,6	58,6	59,4	59,2	59,4	59,5	
davon:													
primäre DL-Berufe	35,8	34,5	34,4	37,4	37,9	40,8	41,0	41,8	42,4	41,6	41,0	41,0	
sekundäre DL-Berufe	13,2	17,7	16,0	16,1	17,8	16,0	16,6	16,8	17,0	17,6	18,3	18,6	
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	

¹ Berufsgruppendifferenzierung nach Tätigkeitsschwerpunkten durch das BIBB; in Anlehnung an Kupka/Biersack (IAB) 2005, modifiziert nach Hall 2007; siehe Uhly/Trotsch 2009 sowie www2.bibb.de/bibbtools/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-p-dl_2013.pdf.

² 1980 Westdeutschland und Berlin-West; Neuabschlusszahlen 1980 nicht nach Geschlecht differenziert gemeldet.

³ Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 bis 2008 vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4.

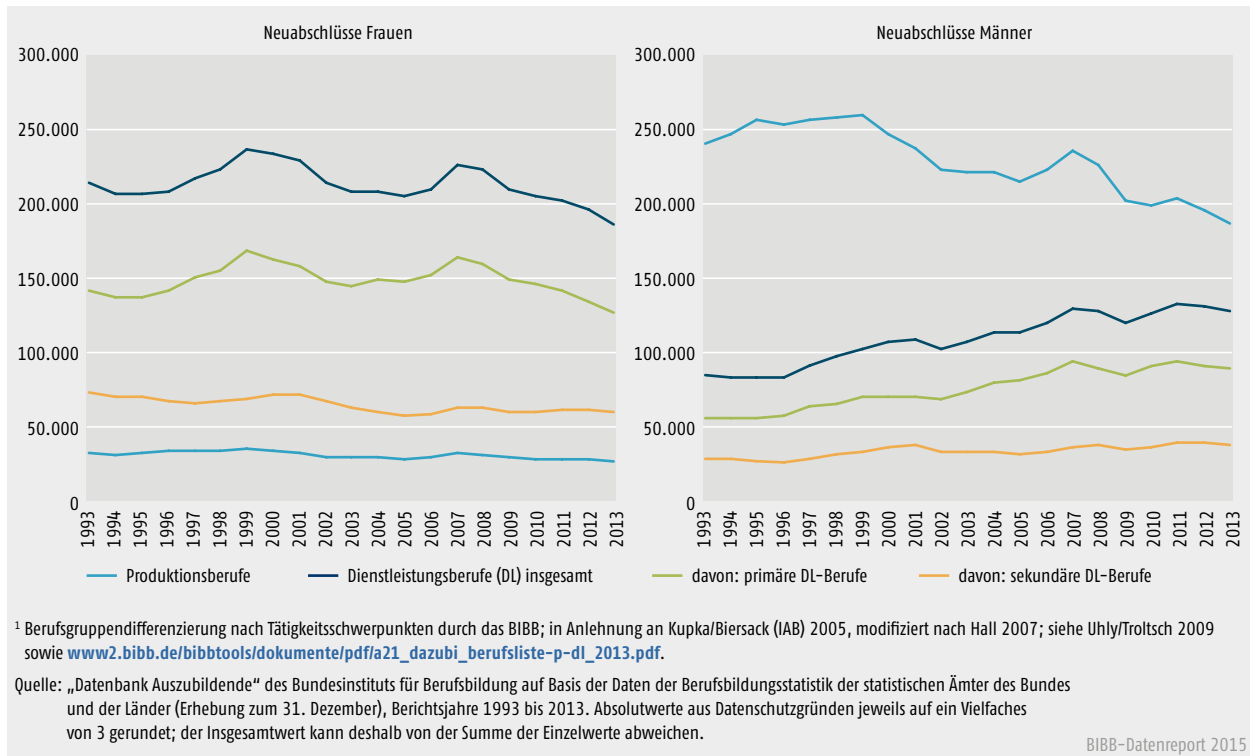
Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1980 (Westdeutschland) und 1993 bis 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

BIBB-Datenreport 2015

Entsprechend der Entwicklung bei den Dienstleistungsanteilen ist langfristig die Zahl der Neuabschlüsse in den Produktionsberufen zurückgegangen. 1993 machte diese Berufsgruppe mit 272.907 Verträgen noch fast die Hälfte aller Neuabschlüsse im dualen System aus (47,8%). Im Berichtsjahr 2013 waren es mehr als ein Fünftel weniger (-22,0%). Es wurden nur noch 212.835 Verträge abgeschlossen, was einem Rückgang im Vergleich zum Vorjahr von 4,6% entspricht. Insgesamt liegt der Anteil an Produktionsberufen an allen Neuabschlüssen im Jahr 2013 bei 40,5% → **Tabelle A4.4-1**.

Bei einer geschlechtsspezifischen Betrachtung zeigt sich, dass Frauen im Jahr 2013 in den Dienstleistungsberufen (Frauenanteil: 59,4%) überrepräsentiert waren. Gleiches galt noch ausgeprägter für den Männeranteil in den Produktionsberufen (Männeranteil: 87,7%). Betrachtet man die Entwicklung in den letzten rd. 20 Jahren, wird deutlich, dass die Tertiarisierung nicht zum Nachteil der Männer verlaufen ist. Vielmehr ist der Männeranteil zwischen 1993 und 2013 in den Dienstleistungsberufen von 28,3% auf 40,6% gestiegen. Ähnlich gestaltet sich die Entwicklung bei einer genaueren Betrachtung

Schaubild A4.4-1: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Produktions- und Dienstleistungsberufen¹ nach Geschlecht, Bundesgebiet 1993 bis 2013



der sekundären Dienstleistungsberufe. Langfristig ist hier bei den Frauen die Neuabschlusszahl rückläufig, bei den Männern ist dagegen eine deutliche Zunahme zu beobachten (Männeranteil 1993: 28,0% vs. 2013: 39,2%) → **Schaubild A4.4-1**. Insgesamt haben sich also in den vergangenen Jahren bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen im Bereich der Dienstleistungsberufe die Anteilsverhältnisse deutlich zugunsten der Männer verschoben. Eine vergleichbare Entwicklung einer Anteilsverschiebung ist bei den Produktionsberufen nicht zu erkennen. Der Männeranteil ist hier in den letzten Jahren nahezu unverändert hoch (Männeranteil 1993: 88,4% vs. 2013: 87,7%).

Duale Berufsausbildung in technischen Ausbildungsberufen

Von 1980 bis zur Mitte der 1990er-Jahre war der Anteil der Neuabschlüsse in den technischen Ausbildungsberufen **E** im dualen System stark zurückgegangen. Im weiteren Verlauf zeigte die Modernisierung der dualen Berufsausbildung Mitte der 1990er-Jahre – insbesondere

bei den Technikberufen – Erfolge, sodass bis zum Jahr 2001 steigende Anteile bei den technischen Ausbildungsberufen zu verzeichnen waren.

Die rückläufige Entwicklung bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen seit Beginn bis Mitte der 2000er-Jahre zeigte sich auch bei den Technikberufen. Dieser erneute Einbruch der Neuabschlusszahlen betraf die technischen Ausbildungsberufe sogar noch stärker als die dualen Ausbildungsberufe insgesamt (vgl. Uhly 2005 und 2007b). Nach einem Anstieg von 2006 bis 2008 waren die Neuabschlusszahlen in den Technikberufen in den darauffolgenden Jahren 2009 und 2010 erneut rückläufig. Im Jahr 2011 kam es dann zu einem starken Anstieg, auf den allerdings in den Jahren 2012 und 2013 ein deutlicher Rückgang folgte.¹⁰⁸

¹⁰⁸ Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 bis 2008 vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4.

E Technische Ausbildungsberufe

Hier wird eine breiter gefasste Abgrenzung von technischen Ausbildungsberufen als die des Berufsbereichs IV der Klassifikation der Berufe des Statistischen Bundesamtes (KlDB 1992) herangezogen, denn diese ist eng begrenzt auf Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker sowie Techniker und technische Sonderfachkräfte. Technische Berufe des Berufsbereichs der Fertigungsberufe sind dort nicht enthalten. Auch in der Fachliteratur findet sich keine konkrete Definition der technischen Berufe des gewerblich-technischen Bereichs. Die hier verwendete Berufsauswahl basiert auf der im Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit des Jahres 2002 (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2003, S. 12 ff.) zugrunde gelegten Abgrenzung (vgl. auch Troltsch 2004), die in 2 Einzelstudien (Uhly 2005 und 2007b) fortgeführt wurde. Technische Ausbildungsberufe sind demnach solche, deren Tätigkeits- und Kenntnisprofile hohe Technikanteile (z. B. hohe Anteile von Überwachen, Steuern von Maschinen, Anlagen, technischen Prozessen etc.) ergeben haben.

Eine vollständige Liste der technischen Ausbildungsberufe findet sich unter http://www2.bibb.de/bibbtools/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-t_2013.pdf.

Im Berichtsjahr 2013 wurden 138.675 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in technischen Ausbildungsberufen gemeldet und damit deutlich weniger als in den Vorjahren (2011: 145.686; 2012: 144.861). Da diese Entwicklung aber nicht allein bei den technischen Ausbildungsberufen zu beobachten war, sondern auch – sogar noch stärker – bei der Gesamtzahl aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, hat die Bedeutung der technischen Ausbildungsberufe – gemessen über die relativen Anteile – in dieser Zeit zugenommen. Das bedeutet: Obwohl die Zahl der Neuabschlüsse in technischen Berufen von 2012 zu 2013 um 4,3% zurückgegangen war, ist der Anteilswert für technische Ausbildungsberufe bezogen auf alle neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Jahr 2013 auf dem Höchstwert der letzten 20 Jahre von 26,4% verblieben → [Tabelle A4.4-2](#).

Tabelle A4.4-2: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in technischen Ausbildungsberufen¹, Bundesgebiet 1980² und 1993 bis 2013³

Jahr	absolut	in % aller Neuabschlüsse	darunter: Frauen	Frauenanteil in den Technikberufen, in %
1980	185.805	27,7	–	–
1993	136.392	23,9	16.953	12,4
1996	131.655	22,7	15.747	12,0
1999	151.908	23,9	17.904	11,8
2002	145.224	25,6	16.476	11,3
2005	136.251	24,4	13.731	10,1
2008	156.714	25,8	17.472	11,1
2009	135.411	24,1	15.927	11,8
2010	133.464	23,9	15.453	11,6
2011	145.686	25,7	16.764	11,5
2012	144.861	26,4	17.067	11,8
2013	138.675	26,4	16.482	11,9

¹ Zur Abgrenzung der technischen Ausbildungsberufe siehe auch Uhly 2007b sowie http://www2.bibb.de/bibbtools/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-t_2013.pdf.

² 1980 Westdeutschland und Berlin-West; Neuabschlüsse wurden 1980 noch nicht differenziert nach Geschlecht erhoben.

³ Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 bis 2008 vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1980 (Westdeutschland) und 1993 bis 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Unverändert blieb allerdings im Jahr 2013 auch der in den technischen Ausbildungsberufen niedrige Frauenanteil, der seit 1993 zwischen 10% und 12% schwankt (2013: 11,9%). Damit konnte der Frauenanteil in dieser Berufsgruppe trotz vielfältiger Maßnahmen zur Förderung der Ausbildung von Frauen in technischen Berufen nicht erhöht werden (vgl. hierzu auch Uhly 2007b, S. 22 ff.). Insgesamt scheinen hierfür individuelle Gründe, z. B. Berufswahlentscheidungen, aber auch betriebliche Gründe wie geschlechtsspezifisches Rekrutierungsverhalten eine Rolle zu spielen (Beicht/Walden 2014a).

Neue Berufe in der dualen Berufsausbildung

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit den seit 1996 neu geschaffenen dualen Ausbildungsberufen. Durch die Neuordnung von Ausbildungsberufen wurde seit 1996 die Modernisierung der dualen Berufsausbildung intensiviert. Diese Entwicklung wurde durch eine „Diskussion um die qualifikatorischen Konsequenzen aus den Entwicklungen in strategisch bedeutsamen Technologien, dem Sprung von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft, der Globalisierung des Wirtschaftens und der damit verbundenen Umgestaltung der Arbeitsorganisation“ (Bundesinstitut für Berufsbildung 1998, S. 1) angestoßen. Im Jahr 1999 haben sich die Sozialpartner auf eine Fortführung dieser Modernisierungsoffensive geeinigt (Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung 1999; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2002, S. 26 ff.).

Von 1996 bis 2013 wurden 84 Ausbildungsberufe neu geschaffen. In diesen Berufen wurden im Jahr 2013 insgesamt 62.085 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, was einem prozentualen Anteil von 11,8% an allen Neuabschlüssen entspricht → [Tabelle A4.4-3 Internet](#). Am stärksten besetzt war der 1997 neu eingeführte Beruf Fachinformatiker/-in mit 10.356 Neuabschlüssen, gefolgt von dem aus 1998 stammenden Beruf Mechatroniker/-in mit 7.560 Neuabschlüssen. Mit etwas Abstand folgen die Ausbildungsberufe Automobilkaufmann/-kauffrau aus 1998 (3.873 Neuabschlüsse), Maschinen- und Anlagenführer/-in aus 2004 (3.351 Neuabschlüsse), Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien aus 1998 (3.330 Neuabschlüsse) sowie der Technische Produktdesigner/die Technische Produktdesignerin aus 2005 (2.667 Neuabschlüsse).

Zu beobachten ist, dass unmittelbar nach Inkrafttreten der neuen Ausbildungsordnungen die Neuabschlusszahl-

len in der Regel vergleichsweise niedrig sind. Im weiteren Verlauf entwickeln sie sich dann in den einzelnen Berufen z. T. sehr unterschiedlich → [Tabelle A4.4-3 Internet](#). Beispielsweise wurden im Beruf Fachinformatiker/-in bei der Einführung 1997 zunächst 1.779 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, im Berichtsjahr 2001 waren es jedoch bereits 10.506 Verträge. In den folgenden Jahren waren die Neuabschlusszahlen in diesem Beruf massiven Schwankungen unterworfen, haben sich in den Jahren 2012 und 2013 aber auf dem hohen Niveau von 2001 eingependelt. Beim Beruf Mechatroniker/-in sind die Neuabschlusszahlen hingegen ohne derart starke Schwankungen relativ kontinuierlich seit der Einführung des Berufs im Jahr 1998 von 1.311 auf 7.560 Verträge im Berichtsjahr 2013 gestiegen. Dennoch waren auch hier – wie in vielen anderen Berufen auch – die Einflüsse der wirtschaftlichen Krisensituation um die Jahre 2009 und 2010 erkennbar. Andere Berufe wie z. B. der 1997 eingeführte Beruf Fertigungsmechaniker/-in wiesen nach einer ersten Phase des Vertragszuwachses über viele Jahre wieder rückläufige Neuabschlusszahlen auf.

Insgesamt bleibt ein Großteil der neuen Ausbildungsberufe auch nach einigen Jahren vergleichsweise gering besetzt. Diese Konzentration auf wenige Ausbildungsberufe ist jedoch kein Spezifikum der neuen Ausbildungsberufe, sondern im gesamten System der dualen Berufsausbildung zu beobachten. So findet sich im Jahr 2013 in den 20 am stärksten besetzten Berufen mehr als die Hälfte (53,2%) aller Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag.

Die Entwicklung zweijähriger Ausbildungsberufe

Die Anzahl der zweijährigen Ausbildungsberufe wurde seit den 50er-Jahren des 20. Jahrhunderts durch Aufhebung, Integration oder Umwandlung in dreijährige Berufe deutlich reduziert. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde allerdings wieder verstärkt versucht, über zweijährige¹⁰⁹ („theoriegeminderte“) Ausbildungsberufe

109 Innerhalb des dualen Systems machen die dreijährigen Ausbildungsberufe den größten Anteil aus (vgl. [Kapitel A4.1.2](#)). Neben den zweijährigen Ausbildungsberufen bestehen – insbesondere im Bereich der Metall- und Elektroberufe – auch Ausbildungsberufe, deren Ausbildungsordnungen eine Ausbildungsdauer von 42 Monaten vorsehen (dreieinhalbjährige Ausbildungsberufe). Das BIBB hat auch zu den dreieinhalbjährigen Ausbildungsberufen Sonderanalysen auf Basis verschiedener Statistiken und Erhebungen durchgeführt (vgl. Frank/Walden 2012).

Tabelle A 4.4-4: Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in zweijährigen Ausbildungsberufen¹ an allen Neuabschlüssen, Westdeutschland, Ostdeutschland und Bundesgebiet 1993 bis 2013²

Westdeutschland³	1993	1996	1999	2002	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Zweijährige Berufe	14.907	13.203	17.508	16.767	25.065	37.866	38.685	41.043	41.676	40.554	37.233
Alle staatlich anerkannten Berufe ⁴	449.007	429.636	477.378	434.409	429.231	486.033	454.107	461.646	474.801	463.278	445.464
Anteil in zweijährigen Berufen, in %	3,3	3,1	3,7	3,9	5,8	7,8	8,5	8,9	8,8	8,8	8,4
Ostdeutschland⁵	1993	1996	1999	2002	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Zweijährige Berufe	6.021	10.308	16.128	13.005	16.230	14.445	13.101	11.454	9.981	9.096	7.887
Alle staatlich anerkannten Berufe ⁴	114.387	138.924	146.397	119.556	114.930	106.695	92.886	85.047	79.398	75.348	70.209
Anteil in zweijährigen Berufen, in %	5,3	7,4	11,0	10,9	14,1	13,5	14,1	13,5	12,6	12,1	11,2
Bundesgebiet	1993	1996	1999	2002	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Zweijährige Berufe	20.928	23.514	33.636	29.769	41.295	52.311	51.786	52.497	51.660	49.650	45.120
Alle staatlich anerkannten Berufe ⁴	563.394	568.560	623.775	553.965	544.161	592.725	546.993	546.693	554.196	538.623	515.673
Anteil in zweijährigen Berufen, in %	3,7	4,1	5,4	5,4	7,6	8,8	9,5	9,6	9,3	9,2	8,7

¹ Berufe mit 24 oder mit 18 Monaten Ausbildungsdauer; bis 1999 inklusive Ausbildungsberuf Gerüstbauer/-in, der erst seit 2000 dreijährig ist, und bis 2000 inklusive Berufskraftfahrer/-in, der erst seit 2001 dreijährig ist; ohne Berufe für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO.

² Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 bis 2008 siehe BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4; im Datenreport 2010 fehlten jedoch noch die Neuabschlüsse des Berufs Berufskraftfahrer/-in, der bis einschließlich des Jahres 2000 zweijährig war und jährlich seit 1983 ca. 0,1% der Neuabschlüsse ausmachte.

³ Westdeutschland ohne Berlin.

⁴ Ohne Berufe für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO; inklusive Ausbildungsberufe in Erprobung nach § 6 BBiG bzw. § 27 HwO.

⁵ Ostdeutschland inklusive Berlin.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1993 bis 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

BIBB-Datenreport 2015

fe ein zusätzliches Ausbildungsplatzangebot zu schaffen und insbesondere die Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche mit schlechten Startchancen zu verbessern (Kath 2005; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2005). Das Potenzial dieser Berufe zur Verbesserung der Chancen von Jugendlichen wurde allerdings in der bildungspolitischen Debatte der letzten Jahre kontrovers diskutiert (vgl. Uhly/Kroll/Krekel 2011, S. 5 f.).

Im Berichtsjahr 2013 wurden in den staatlich anerkannten Ausbildungsberufen (bzw. Ausbildungsberufen in Erprobung) mit einer Ausbildungsdauer von maximal 24 Monaten insgesamt 45.120 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Damit war der Anteil der Neuabschlüsse in zweijährigen Ausbildungsberufen an allen Neuabschlüssen mit 8,7% erneut rückläufig (2012: 9,2%). Dieser Trend ist seit dem Jahr 2010 zu beobachten, in dem der Anteil bundesweit noch bei 9,6% lag → [Tabelle](#)

A4.4-4.¹¹⁰ Im Vergleich dazu lag der Anteil zweijähriger Ausbildung in den alten Ländern in den 1980er-Jahren mit 13,7% noch deutlich höher. Mit dem Wegfall von sogenannten gestuften Ausbildungen in den Elektroberufen im Jahr 1987 war deren Anteil bis Mitte der 1990er-Jahre auf rund 3% gesunken.

In Westdeutschland fiel der Anteil der zweijährigen Ausbildungsberufe mit 8,4% auch im Jahr 2013 wieder deutlich geringer aus als in Ostdeutschland mit 11,2%. Allerdings kam es hier in den letzten Jahren zu einer Annäherung. Während der Anteil zweijähriger Berufe in Westdeutschland seit 2009 (8,5%) kaum verändert ist, kommt es in Ostdeutschland in diesem Zeitraum zu

¹¹⁰ Alle Werte zu den zweijährigen Ausbildungsberufen beziehen sich ausschließlich auf die staatlich anerkannten dualen Ausbildungsberufe und die dualen Ausbildungsberufe in Erprobung; die Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO) sind nicht einbezogen.

einem stetigen Anteilrückgang von insgesamt beinahe 3 Prozentpunkten (2009: 14,1% vs. 2013: 11,2%). Ein Grund für diesen Rückgang könnte sein, dass gerade in Ostdeutschland zweijährige Ausbildungsgänge häufig überwiegend öffentlich finanziert wurden (vgl. Uhly/Kroll/Krekel 2011). Da im Rahmen der Ausbildungsplatzprogramme Ost seit Beginn der 1990er-Jahre außerbetriebliche Ausbildungsplatzprogramme für „marktbenachteiligte“ Jugendliche zum Kernstück der Ausbildungsförderung in Ostdeutschland gehören (Berger/Braun/Drinkhut/Schöngen 2007; Berger 2007), ist die regional unterschiedlich starke Ausprägung überwiegend öffentlich finanzierter Stellen nicht überraschend. Aber obwohl der Anteil außerbetrieblicher Förderangebote in den neuen Bundesländern nach wie vor hoch ist, ist die Bereitstellung solcher Plätze in den letzten Jahren rückläufig.

Der Ausbildungsberuf Verkäufer/-in ist mit 24.993 Neuabschlüssen auch im Jahr 2013 der am stärksten besetzte zweijährige Beruf. Über die Hälfte (55,4%) aller Neuabschlüsse in zweijährigen Berufen wurden in diesem Beruf abgeschlossen. Es folgen mit großem Abstand die Berufe Fachlagerist/-in (5.718 Neuabschlüsse), Maschinen- und Anlagenführer/-in (3.351 Neuabschlüsse), Fachkraft im Gastgewerbe (2.280 Neuabschlüsse) und Fachkraft für Kurier-, Express- und Postdienstleistungen (1.407 Neuabschlüsse).

Nahezu alle Jugendlichen, die im Jahr 2013 in einem zweijährigen Ausbildungsberuf einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, befanden sich in einem Beruf, dessen Ausbildungsordnung die Möglichkeit der Anrechnung der Ausbildung in einem i. d. R. drei- bzw. dreieinhalbjährigen Ausbildungsberuf vorsieht.¹¹¹ Allerdings erfasst die Berufsbildungsstatistik nicht, ob die Ausbildung nach Abschluss der zweijährigen Berufsausbildung auch wirklich fortgeführt wird. Um echte Ausbildungsverläufe zu ermitteln, wäre eine feste Personennummer notwendig. Seit dem Berichtsjahr 2008 wird aber die Zahl der Anschlussverträge

111 Nicht einbezogen sind die dualen Berufe für Menschen mit Behinderung und die Neuabschlüsse des Ausbildungsberufs Teilezurichter/-in, obwohl für diesen in der Praxis auch Fortführungsregelungen bestehen, z. B. das 1999 entwickelte Projekt Südwestmetall gemeinsam mit der Arbeitsagentur, dem DGB, der Industrie- und Handelskammer und der Jugendhilfe Ortenau e. V. (siehe www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/pa_fb_ausbildung.html). Für den aus dem Jahr 1939 stammenden Beruf liegt jedoch keine bundeseinheitliche Ausbildungsordnung vor. Es handelt sich hierbei um einen Beruf nach § 104 Absatz 1 BBiG bzw. § 122 Absatz 4 HwO.

ermittelt.¹¹² Setzt man die Zahl der Anschlussverträge mit den Absolventinnen und Absolventen einer zweijährigen Ausbildung in Beziehung, erhält man näherungsweise den Anteil derer, die eine zweijährige Ausbildung in einem dualen Ausbildungsberuf fortführen. Für das Jahr waren dies rd. ein Viertel der Absolventinnen und Absolventen einer zweijährigen Ausbildung. Weiterführende Analysen zu zweijährigen Berufen auf Basis der Berufsbildungsstatistik sowie der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September für das Berichtsjahr 2009 ergaben, dass der Fortführungsanteil innerhalb der einzelnen zweijährigen Berufe deutlich variiert, jedoch in keinem Beruf über 50% liegt.

Analysen zu den Strukturmerkmalen der Auszubildenden haben gezeigt, dass sich in zweijährigen Berufen überwiegend Auszubildende mit niedrigeren Schulabschlüssen – und damit die primäre Zielgruppe – befinden. Dies sind häufig Jugendliche, denen der Übergang in eine drei- bzw. dreieinhalbjährige Ausbildung nicht ohne Weiteres gelingt und denen der Einstieg ins berufliche Leben über eine theoriegeminderte zweijährige Ausbildung ermöglicht werden soll. Hinsichtlich der Potenziale zweijähriger Berufe zur Verbesserung der Chancen auf einen erfolgreichen Ausbildungsabschluss für Jugendliche mit geringeren Bildungsvoraussetzungen kann man auf Basis der Berufsbildungsstatistik keine Schlussfolgerung ziehen. Allerdings konnte festgestellt werden, dass der Ausbildungserfolg ungünstiger ausfällt als in den übrigen dualen Ausbildungsberufen. Eine systematische Aufbereitung der Daten zu den zweijährigen Ausbildungsberufen findet man in Uhly/Kroll/Krekel (2011). Der Beitrag enthält umfassendes Datenmaterial in tiefer regionaler und beruflicher Gliederung.

Die Entwicklung der Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung

In Berufen für Menschen mit Behinderung (§ 66 BBiG und § 42m HwO) **E** wurden im Jahr 2013 insgesamt 10.224 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Gegenüber dem Vorjahr kam es somit nur zu einem leichten Rückgang um

112 Sie wird als Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in potenziellen Fortführungsberufen mit einer entsprechend kürzeren Vertragsdauer und dem Vorliegen einer vorherigen abgeschlossenen dualen Berufsausbildung der Auszubildenden berechnet. Der ermittelte Wert kann lediglich als Höchstwert betrachtet werden und dabei eine Überschätzung darstellen (vgl. Uhly 2011). Zu den unterschiedlichen Arten von Neuabschlüssen vgl. Kapitel A4.3.

156 Neuabschlüsse (-1,5%). Der Anteil an allen Neuabschlüssen lag bundesweit bei 2,0% und damit leicht über dem Anteilswert des Vorjahres (2012: 1,9%).

Auch hier zeigen sich deutliche regionale Unterschiede. Verglichen mit Westdeutschland liegt der Anteil der Neuabschlüsse in den Berufen für Menschen mit Behinderung in Ostdeutschland im gesamten Beobachtungszeitraum mehr als doppelt so hoch, in einigen Berichtsjahren sogar mehr als dreimal so hoch wie in Westdeutschland (so z. B. im Jahr 2002 – Westdeutschland: 1,7% vs. Ostdeutschland: 5,3%) → [Tabelle A4.4-5](#).

E Duale Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung

Im Regelfall sollen „behinderte Menschen ... in anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet werden“ (§ 64 BBiG). Nur wenn aufgrund der Behinderung eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nicht infrage kommt, sollen Menschen mit Behinderung nach besonderen Regelungen ausgebildet werden. Bei diesen Ausbildungsberufen handelt es sich um Berufe mit speziellen Ausbildungsregelungen der zuständigen Stellen (§ 66 BBiG bzw. § 42m HwO) (vgl. [Kapitel D1.1](#)).

Bei den Daten der Berufsbildungsstatistik ist zu beachten, dass **kein personenbezogenes Merkmal** zur Behinderung erhoben wird. Erfasst wird lediglich, ob es sich bei den jeweiligen Meldungen der Ausbildungsverträge um staatlich anerkannte Ausbildungsberufe (bzw. duale Ausbildungsberufe in Erprobung) oder um Ausbildungsgänge gemäß einer Regelung der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderung handelt.

Auch wenn diese Ausbildungsregelungen ausschließlich für Menschen mit Behinderung vorgesehen sind, legen die zwischenzeitliche Bedeutungszunahme dieser Berufe sowie die erheblichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland die Vermutung nahe, dass solche Regelungen auch als Problemlösungsstrategien dienen, um Jugendliche trotz Ausbildungsplatzmangel mit Ausbildungsplätzen zu versorgen. Schon lange bekannt ist dieses Vorgehen auch bei Maßnahmen und Ausnahmeregelungen für Benachteiligte oder Lernbeeinträchtigte (vgl. Ulrich 1998).

Im Rahmen dieser Thematik ist zu beachten, dass die tatsächliche Ausbildungssituation von Menschen mit Behinderung im dualen System auf Basis der Berufsbildungsstatistik nicht abgebildet werden kann, denn

Tabelle A4.4-5: Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Berufen für Menschen mit Behinderung¹, Bundesgebiet, West- und Ostdeutschland 1993 bis 2013², in % der Neuabschlüsse

Jahr	Bundesgebiet	Westdeutschland	Ostdeutschland
1993	1,4	1,0	3,0
1996	1,9	1,2	4,0
1999	1,9	1,3	3,6
2002	2,5	1,7	5,3
2005	2,7	1,9	5,5
2008	2,4	1,8	5,2
2009	2,5	2,0	5,1
2010	2,2	1,8	4,6
2011	2,1	1,7	4,4
2012	1,9	1,5	4,0
2013	2,0	1,6	4,2

¹ Berufe für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO (bis April 2005 § 48b BBiG bzw. § 42b HwO); Neuabschlüsse in diesen Berufen wurden erst ab 1987 erfasst.

² Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 bis 2008 vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1993 bis 2013.

Tabelle A4.4-6: **Staatlich anerkannte Ausbildungsberufe und Ausbildungsregelungen der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderung (§ 66 BBiG/§ 42m HwO) nach Art der Förderung, Berichtsjahr 2013**

Neu abgeschlossene Verträge	Insgesamt	Überwiegend betrieblich finanziert	Überwiegend öffentlich finanziert	darunter:			
				Sonderprogramm des Bundes/Landes (i. d. R. für marktbenachteiligte Jugendliche)	Förderung nach SGB III ¹ (außerbetriebliche Ausbildung für sozial Benachteiligte bzw. Lernbeeinträchtigte)	Förderung nach SGB III ¹ (außerbetriebliche Ausbildung für Menschen mit Behinderung – Reha)	nur für Brandenburg: betriebsnahe Förderung
Verträge in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen	515.673	498.408	17.265	2.514	12.324	2.430	0
Verträge in Berufen nach Ausbildungsregelung der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderung (§ 66 BBiG/§ 42m HwO)	10.224	3.759	6.465	243	1.341	4.881	0
Duales System insgesamt	525.897	502.167	23.730	2.757	13.662	7.311	3

¹ Zu den relevanten Paragrafen siehe www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_daten.pdf.

Quelle: Einzeldatenerfassung der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

BIBB-Datenreport 2015

ein personenbezogenes Merkmal zu einer vorliegenden Behinderung von Auszubildenden ist in dieser Erhebung nicht vorhanden. Es können lediglich berufsbezogene Betrachtungen erfolgen oder Ausbildungsverhältnisse ausgewertet werden, die im ersten Jahr der Ausbildung eine spezielle Art der Förderung erfahren. Will man diese Angaben als Einschätzung für den Personenkreis der Auszubildenden mit Behinderung verwenden, stellen sich folgende Probleme: Die Angaben zu Verträgen, die nach Kammerregelungen der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderung abgeschlossen wurden, decken nicht alle Verträge behinderter Menschen im dualen System ab. Denn Menschen mit Behinderung besetzen auch – und dies in nicht geringem Maße – staatlich anerkannte Ausbildungsberufe. Das BBiG sieht dies sogar als Regelfall vor (§ 64 BBiG). Dass dies auch gängige Praxis ist, wird dadurch belegt, dass im Berichtsjahr 2013 rund 2.430 Ausbildungsverhältnisse in staatlich anerkannten Berufen außerbetrieblich „nach §§ 100 Nr. 3, 235a und 236 SGB III (außerbetriebliche Ausbildung für Menschen mit Behinderung – Reha)“ (vgl. Kapitel D1.1) gefördert wurden → **Tabelle A4.4-6**. Stark besetzte Berufe waren hier: Verkäufer/-in, Bürokaufmann/-kauffrau, Fachlagerist/-in oder Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation.

Ein weiteres Problem bei der Beschreibung der Ausbildungssituation von Menschen mit Behinderung im dualen System ist, dass auch die statistischen Angaben zur Art der Förderung nicht ausreichend sind, um den Personenkreis der Menschen mit Behinderung abzubilden. Denn nicht alle Ausbildungsverhältnisse von Auszubildenden mit Behinderung werden öffentlich gefördert. So waren mehr als ein Drittel (37,2%) der Verträge, die unter die Kammerregelung der zuständigen Stellen fielen, überwiegend betrieblich finanziert. Um wirklich belastbare Aussagen zur Situation von Auszubildenden mit Behinderung im dualen System treffen zu können, erscheint die Durchführung gesonderter Stichprobenerhebungen sinnvoll (vgl. Gericke/Flemming 2013).

(Stephan Kroll)

A4.5 Alter der Auszubildenden und Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen im dualen System

Im folgenden Kapitel wird die Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen im dualen System betrachtet. Zentrale Indikatoren hierfür sind die Ausbildungsanfänger- und Absolventenquoten, die angeben, wie viel Prozent der Jugendlichen (irgendwann im Laufe ihrer Biografie) eine duale Berufsausbildung beginnen bzw. mit Berufsabschluss absolvieren. Zur Berechnung dieser Indikatoren werden die Auszubildenden- bzw. Absolventendaten nach Altersjahrgängen differenziert. Deshalb wird hier zunächst eine knappe Analyse des Alters der Auszubildenden bzw. Absolventen des dualen Systems vorangestellt. Betrachtet wird das Alter der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag, das Alter der Ausbildungsanfänger und -anfängerinnen sowie der Absolventen bzw. Absolventinnen. Die Auszubildendendaten stammen aus der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (kurz: Berufsbildungsstatistik), die Bevölkerungsdaten aus der Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes. Da die Bevölkerungsdaten für die Berichtsjahre 2011 und 2012 auf Basis des Zensus 2011 korrigiert wurden, werden im Folgenden auch die Beteiligungsindikatoren für 2011 und 2012 korrigiert. Allerdings handelt es sich hierbei immer noch um vorläufige Daten der Bevölkerungsfortschreibung, endgültige Daten liegen nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes erst im Laufe von 2015 vor.

Alter der Auszubildenden

Die Berufsbildungsstatistik erhebt das Alter bzw. Geburtsjahr der Auszubildenden im dualen System (BBiG bzw. HwO) seit dem Berichtsjahr 1993; allerdings wird erst seit dem Berichtsjahr 2007 das Geburtsjahr für alle Auszubildenden bzw. Prüfungsteilnehmer/-innen des dualen Systems erhoben **E**. Im Folgenden werden die Anteile der verschiedenen Altersgruppen analog der früheren Differenzierung der Alterskategorien sowie das Durchschnittsalter dargestellt.

E Alter der Auszubildenden – Erfassung im Rahmen der Berufsbildungsstatistik

Aggregatdatenerhebung bis Berichtsjahr 2006

Von 1993 bis einschließlich 2006 hat die Berufsbildungsstatistik nur das Alter der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag erhoben. Für Prüfungsteilnehmer/-innen, Absolventen/Absolventinnen und den Auszubildendenbestand wurde das Alter nicht erhoben. Unterschieden wurden die einzelnen Altersjahrgänge zwischen 17 und 23 Jahren sowie als untere Altersgruppe die bis zu 16-Jährigen und als obere die 24-Jährigen und Älteren. Für die Ausbildungsberufe des Handwerks sowie von Industrie und Handel wurde das Alter zunächst verpflichtend nur für stark besetzte Berufe erhoben, weshalb zunächst relativ viele Angaben fehlten.

Einzeldatenerhebung seit dem Berichtsjahr 2007

Mit der Umstellung auf eine ausbildungsvertragsbezogene Einzeldatenerhebung ab dem Berichtsjahr 2007 wird für jeden Ausbildungsvertrag (nicht nur für Neuabschlüsse) bzw. für jeden/jede Prüfungsteilnehmer/-in das Geburtsjahr der Auszubildenden erhoben. Es können seither alle einzelnen Altersjahrgänge differenziert werden. In den ersten Jahren nach der Revision wurden in geringem Umfang auch sehr frühe Geburtsjahre gemeldet, die ein sehr hohes Alter ergaben. Teilweise muss hierbei von Erfassungsfehlern ausgegangen werden. Deshalb fließen bei den BIBB-Berechnungen des Durchschnittsalters der Auszubildenden ab dem Berichtsjahr 2007 die 40-Jährigen und Älteren (bei den Absolventen die 43-Jährigen und Älteren) nicht mit ein. Allerdings spielen aufgrund der relativ geringen Anzahl solcher Meldungen potenziell verzerrende Effekte nur bei einer nach einzelnen Berufen differenzierten Analyse eine Rolle, und dies auch nur bei kleineren Berufen.

Wie → **Tabelle A4.5-1** zeigt, ist das Durchschnittsalter der Auszubildenden mit Neuabschluss in den letzten 20 Jahren nahezu kontinuierlich angestiegen. Zwar sind die Werte bis und nach 2006 aufgrund der Unterschiede der Erhebung und Berechnungsweise nicht unmittelbar vergleichbar, doch zeigt sich der Anstieg des Durchschnittsalters sowohl von 1993 (18,5) bis 2006 (19,3) als auch von 2007 bis 2010. Seit 2010 liegt es nahezu konstant bei ca. 20 Jahren. 1993 waren noch mehr als die Hälfte der Auszubildenden mit Neuabschluss jünger als 18 Jahre. Im Berichtsjahr 2013 sind dies weniger als 30%. Der Anstieg des Durchschnittsalters der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag

Tabelle A 4.5-1: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Alter, Bundesgebiet 1993 bis 2013¹ (in %)**

Jahr	Altersjahrgang									Durchschnittsalter ²	Neuabschlüsse insgesamt	Fehlende Altersangaben	40-Jährige und älter (absolut) ²
	16-Jährige und jünger	17-Jährige	18-Jährige	19-Jährige	20-Jährige	21-Jährige	22-Jährige	23-Jährige	24-Jährige und älter				
1993	24,8	27,7	15,8	11,2	7,6	4,5	2,8	2,1	3,4	18,5	571.206	133.281	-
1994	23,1	27,3	16,8	11,3	8,3	4,7	2,7	1,6	4,2	18,6	567.438	135.837	-
1995	22,3	27,1	17,2	11,9	8,4	4,9	2,6	1,5	4,1	18,6	578.583	144.522	-
1996	22,5	26,2	16,9	12,2	8,8	5,2	2,8	1,5	3,8	18,7	579.375	112.011	-
1997	20,9	26,8	17,0	12,2	9,2	5,8	2,9	1,5	3,7	18,7	598.110	108.111	-
1998	20,1	25,8	17,8	12,3	9,5	6,0	3,2	1,6	3,7	18,8	611.820	110.793	-
1999	18,8	25,1	17,8	13,3	9,9	6,2	3,4	1,9	3,7	18,8	635.559	109.863	-
2000	18,2	24,5	18,4	13,4	10,3	6,3	3,4	1,9	3,7	18,9	622.968	102.948	-
2001	18,1	24,7	18,0	13,2	10,2	6,5	3,5	2,0	3,8	18,9	609.576	104.874	-
2002	17,5	23,7	18,0	13,2	10,4	6,7	3,9	2,2	4,4	19,0	568.083	97.920	-
2003	16,6	23,5	17,8	13,1	10,4	7,1	4,2	2,6	4,7	19,1	564.492	102.072	-
2004	15,2	22,4	17,7	13,4	11,0	7,4	4,6	2,9	5,5	19,2	571.977	267	-
2005	14,3	21,7	17,8	14,2	11,3	7,5	4,6	3,1	5,6	19,3	559.062	474	-
2006	14,4	20,0	17,8	14,6	11,8	7,6	4,7	3,1	5,8	19,3	581.181	855	-
2007	11,7	20,2	17,6	15,6	12,5	8,2	5,0	3,2	6,1	19,5	624.177	-	564
2008	11,4	17,9	18,1	15,5	13,1	8,6	5,4	3,4	6,5	19,7	607.566	-	729
2009	11,1	17,1	16,1	15,9	13,2	9,2	5,9	3,9	7,6	19,8	561.171	-	864
2010	10,4	16,7	15,7	14,8	13,9	9,4	6,4	4,3	8,5	20,0	559.032	-	969
2011	10,6	16,2	15,7	15,2	13,4	9,8	6,2	4,3	8,8	20,0	565.824	-	882
2012	11,1	16,1	15,2	15,2	12,9	9,0	6,5	4,4	9,7	20,0	549.003	-	1.086
2013	11,4	16,5	15,1	14,9	12,3	8,5	6,1	4,6	10,5	20,1	525.897	-	1.170

¹ Mit der Revision der Berufsbildungsstatistik ab dem Berichtsjahr 2007 haben sich Änderungen bei der Erhebung des Alters ergeben. Bis zum Berichtsjahr 2006 lagen auch fehlende Angaben zum Alter vor, außerdem wurden nicht alle Altersjahrgänge einzeln erhoben (untere und obere Altersgruppe).

Da für die meisten Jahre der im Rahmen der bis 2006 durchgeführten Aggregatdatenerhebung relativ viele fehlende Angaben zum Alter vorlagen, wurden hier die jeweiligen Neuabschlüsse je Alterskategorie bis zum Berichtsjahr 2006 hochgerechnet (Umlage der fehlenden Angaben), wobei die Hochrechnung getrennt je Bereich und Bundesland erfolgte, um unterschiedliche Altersverteilungen in den Bereichen und Ländern zu berücksichtigen.

² Bis 2006 erfolgt die Durchschnittsaltersberechnung auf den hochgerechneten Neuabschlusszahlen (siehe auch Fußnote 113). Ab dem Berichtsjahr 2007 liegen keine fehlenden Angaben zum Alter bzw. Geburtsjahr vor, sodass keine Hochrechnung erfolgt. Da jedoch bei sehr hohen Altersangaben (bzw. entsprechenden Angaben des Geburtsjahres) die Wahrscheinlichkeit einer fehlerhaften Datenmeldung größer ist, werden alle Auszubildenden mit Neuabschluss im Alter von 40 und älter nicht in die Berechnung des Durchschnittsalters einbezogen; ansonsten geht jeder Altersjahrgang einzeln in die Berechnung ein.

Für alle Berichtsjahre fließen die jeweiligen Altersjahrgänge mit +0,5 in die Berechnung ein, denn ein Ausbildungsvertrag beginnt i. d. R. im August oder September bzw. die Neuabschlusszahlen sind zum Stichtag 31. Dezember ermittelt und ein Teil der Auszubildenden erreicht dann schon bald (Beginn des folgenden Kalenderjahres) ein höheres Lebensalter. Bis zum Berichtsjahr 2006 gehen die untere bzw. obere Altersgruppe mit 16,5 bzw. 24,5 in die Durchschnittsaltersberechnung ein. Ab 2007 fließen alle Jahrgänge einzeln ein. Aufgrund der Unterschiede in der Erhebung sowie der Berechnung des Durchschnittsalters sind die Werte bis und nach 2006 nicht unmittelbar vergleichbar. Nach dem Berichtsjahr 2006 fällt das Durchschnittsalter auch deshalb höher aus, weil auch die Neuabschlüsse der 24-Jährigen und Älteren alle mit dem jeweiligen Alter (nicht mit 24,5) in die Berechnung einfließen; berechnet man für das Berichtsjahr 2007 analog den Vorjahren, so ergibt sich ein Durchschnittsalter von 19,4; für das Berichtsjahr 2013 19,9.

Die Neuabschlusszahlen für die „40-Jährigen und Älteren“ werden hier ab dem Berichtsjahr 2007 zusätzlich ausgewiesen, sind allerdings auch in der Kategorie „24-Jährige und Ältere“ enthalten.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1993 bis 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

Tabelle A 4.5-2: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag¹ nach Alter und Region 2013² (in %)

Bundesland	Altersjahrgang									40-Jährige und älter (absolut) ³	Durchschnittsalter	Neuabschlüsse insgesamt
	16-Jährige und jünger	17-Jährige	18-Jährige	19-Jährige	20-Jährige	21-Jährige	22-Jährige	23-Jährige	24-Jährige und älter			
Baden-Württemberg	12,2	18,2	16,0	14,2	11,6	8,2	5,8	4,1	9,7	243	19,9	74.475
Bayern	24,2	22,8	15,5	11,4	8,1	5,2	3,6	2,7	6,5	165	19,0	92.826
Berlin	4,6	11,0	12,5	14,0	13,0	11,0	8,3	7,3	18,4	24	21,3	16.173
Brandenburg	8,1	17,1	16,1	13,8	10,0	7,6	5,7	6,1	15,5	12	20,6	10.278
Bremen	4,3	10,4	15,1	16,9	15,8	11,1	8,3	6,5	11,7	15	20,7	5.724
Hamburg	4,9	10,4	12,5	15,9	15,4	11,4	8,6	6,3	14,5	30	21,0	12.855
Hessen	9,5	14,4	15,3	15,9	13,6	9,4	6,5	4,5	10,9	129	20,3	37.737
Mecklenburg-Vorpommern	9,7	19,5	15,2	12,3	9,3	6,7	5,3	6,1	15,8	12	20,5	8.016
Niedersachsen	6,9	15,5	18,5	17,0	13,4	8,9	6,1	4,2	9,6	114	20,2	56.166
Nordrhein-Westfalen	5,5	11,6	13,9	18,4	15,9	10,7	7,7	5,5	10,9	213	20,6	120.144
Rheinland-Pfalz	12,8	17,3	14,0	14,3	13,0	9,0	5,9	4,2	9,6	63	20,0	26.514
Saarland	10,3	11,8	14,0	16,0	12,7	9,7	7,1	5,6	12,7	33	20,5	6.993
Sachsen	14,2	23,0	13,7	11,1	7,9	6,5	5,1	5,2	13,4	18	20,0	17.847
Sachsen-Anhalt	10,7	19,8	15,1	12,1	8,4	6,7	5,4	6,4	15,4	48	20,4	10.695
Schleswig-Holstein	10,4	17,3	14,4	14,5	12,8	9,2	6,3	4,3	10,8	42	20,2	19.299
Thüringen	13,5	21,0	14,1	12,1	9,0	6,1	5,3	5,4	13,6	12	20,1	10.152
Westdeutschland	11,6	16,2	15,3	15,3	12,7	8,7	6,1	4,4	9,7	1.044	20,0	452.733
Ostdeutschland	10,1	18,4	14,2	12,5	9,7	7,6	6,0	6,1	15,4	123	20,5	73.164
Deutschland	11,4	16,5	15,1	14,9	12,3	8,5	6,1	4,6	10,5	1.170	20,1	525.897

¹ Hinweis: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag sind nicht alle Ausbildungsanfänger/-innen im dualen System; siehe hierzu auch Tab. A4.5-3 sowie Kapitel A4.3.

² Bei der Berechnung des Durchschnittsalters gingen alle einzelnen Altersjahre getrennt in die Durchschnittsalterberechnung ein, jeweils erhöht um +0,5; z. B. 16-Jährige mit 16,5, 17-Jährige mit 17,5 ..., 24-Jährige mit 24,5, 25-Jährige mit 25,5. Da bei sehr hohen Altersangaben die Wahrscheinlichkeit einer fehlerhaften Datenerfassung größer ist, wurden alle Neuabschlüsse der Auszubildenden mit einem gemeldeten Geburtsjahr von 1973 und früher (40-Jährige und älter) nicht in die Berechnung des Durchschnittsalters einbezogen.

³ Die Neuabschlusszahlen für die „40-Jährigen und Älteren“ werden hier ab dem Berichtsjahr 2007 zusätzlich ausgewiesen, sind allerdings auch in der Kategorie „24-Jährige und Ältere“ enthalten.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

BIBB-Datenreport 2015

wurde durch längere Schulzeiten im Sekundarbereich I bei zunehmend höheren allgemeinbildenden Schulabschlüssen¹¹³ der Auszubildenden und durch längere Über-

gangsdauern in die Berufsausbildung bedingt.¹¹⁴ Gravierende Änderungen bei der Erfassung der Vorbildung der Auszubildenden, insbesondere seit dem Berichtsjahr 2007, erschweren den längerfristigen Zeitvergleich. Betrachtet man lediglich die Jahre 2007 bis 2013, so ist der Anteil der Studienberechtigten (zum Teil auch aufgrund der doppelten Abiturjahrgänge) von 19,4% auf 25,3% gestiegen (vgl. Kapitel A4.6.1). Im gleichen Zeitraum schwankt der Anteil derer, die mit einer vorherigen Teil-

¹¹³ Der Anteil der Studienberechtigten im dualen System ist kontinuierlich gestiegen. Zum bundesweiten Durchschnittsalter der Schulabgänger/-innen allgemeinbildender Schulen liegen derzeit keine langfristigen Zeitreihen vor, sodass nicht klar differenziert werden kann, inwieweit auch für die einzelnen Schulabschlussarten ein höheres Berufsausbildungseintrittsalter durch ein höheres Schulabgangsalter hervorgerufen wird, weil z. B. das Durchschnittsalter beim Abgang von der allgemeinbildenden Schule bei denjenigen mit Hauptschulabschluss gestiegen ist. Für den Zeitraum 2007 bis 2012 ist jedoch bekannt, dass das Schulabgangsalter derjenigen mit Hauptschulabschluss (16,6 Jahre) und mittlerem Abschluss (17,1 Jahre) nicht gestiegen ist (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, Online-Zusatztable D7-9web).

¹¹⁴ Zu Determinanten der Übergangsdauer in die duale Berufsausbildung siehe die Analysen auf Basis der Daten der BIBB-Übergangsstudien 2006 und 2011 von Eberhard/Beicht/Krewerth/Ulrich 2013; Beicht/Friedrich/Ulrich 2007.

Tabelle A 4.5-3: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag, Ausbildungsanfänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen nach Alter, Bundesgebiet 2013**

Personen- gruppe	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag											
	absolut	Altersjahrgang (in %) ¹										Durch- schnitts- alter ²
		bis 16 Jahre	17 Jahre	18 Jahre	19 Jahre	20 Jahre	21 Jahre	22 Jahre	23 Jahre	24 Jahre bis unter 40 Jahre	40 Jahre und älter	
Insgesamt	525.897	11,4	16,5	15,1	14,9	12,3	8,5	6,1	4,6	10,3	0,2	20,1
Männer	313.803	12,7	18,3	15,1	13,6	11,2	8,1	6,0	4,7	10,4	0,1	20,0
Frauen	212.094	9,6	14,0	15,2	17,0	14,0	9,2	6,2	4,5	10,1	0,3	20,2
Deutsche	492.099	11,7	16,8	15,1	15,0	12,3	8,4	6,0	4,5	9,8	0,2	20,0
Ausländer/ -innen	33.798	7,4	12,2	14,6	14,2	12,3	10,0	7,0	5,3	16,4	0,5	21,0
Personen- gruppe	Ausbildungsanfänger/-innen											
	absolut	Altersjahrgang (in %) ¹										Durch- schnitts- alter ²
		bis 16 Jahre	17 Jahre	18 Jahre	19 Jahre	20 Jahre	21 Jahre	22 Jahre	23 Jahre	24 Jahre bis unter 40 Jahre	40 Jahre und älter	
Insgesamt	459.279	12,9	18,3	15,9	15,0	11,8	7,7	5,5	4,0	8,7	0,2	19,8
Männer	274.470	14,4	20,2	15,8	13,5	10,5	7,3	5,4	4,1	8,8	0,1	19,7
Frauen	184.812	10,8	15,5	16,0	17,3	13,7	8,4	5,5	3,9	8,6	0,2	20,0
Deutsche	430.026	13,2	18,6	15,9	15,1	11,8	7,6	5,4	4,0	8,3	0,1	19,8
Ausländer/ -innen	29.253	8,5	13,6	15,7	14,5	11,8	9,2	6,4	4,9	15,1	0,4	20,8
Personen- gruppe	Absolventen/Absolventinnen											
	absolut	Altersjahrgang (in %) ¹										Durch- schnitts- alter ³
		bis 19 Jahre	20 Jahre	21 Jahre	22 Jahre	23 Jahre	24 Jahre	25 Jahre	26 Jahre	27 Jahre bis unter 43 Jahre	43 Jahre und älter	
Insgesamt	430.275	10,5	17,2	18,1	15,9	13,5	8,6	5,6	3,6	6,8	0,1	22,2
Männer	249.672	10,3	18,0	19,0	14,9	12,3	8,5	5,9	3,9	7,2	0,1	22,3
Frauen	180.603	10,9	15,9	16,8	17,4	15,3	8,9	5,3	3,2	6,1	0,2	22,2
Deutsche	408.558	10,6	17,3	18,1	15,9	13,6	8,6	5,6	3,6	6,6	0,1	22,2
Ausländer/ -innen	21.717	8,8	13,8	17,2	16,1	13,1	9,5	6,4	4,3	10,4	0,2	22,8

¹ Im Gegensatz zur Darstellung der Jahrgänge 2010 bis 2014 des BIBB-Datenreports wurden hier auch die 40-Jährigen und Älteren in die Anteilsberechnung einbezogen; ausgeschlossen wurden sie lediglich bei der Durchschnittsaltersberechnung.

² Bei der Berechnung des Durchschnittsalters für die Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und der Ausbildungsanfänger/-innen wurden die einzelnen Altersjahrgänge jeweils um +0,5 erhöht; z. B. 16-Jährige mit 16,5, 17-Jährige mit 17,5. Das Alter wird mit dem Geburtsjahr nur jahresgenau erfasst; mit dem Korrekturfaktor wird berücksichtigt, dass ein Teil der Auszubildenden bald nach Abschluss des Ausbildungsvertrages (i. d. R. im August oder September) bzw. nach dem 31. Dezember (Stichtag der Zählung der Neuabschlüsse) das folgende Altersjahr erreicht. Da bei sehr hohen Altersangaben die Wahrscheinlichkeit einer fehlerhaften Datenerfassung größer ist, wurden alle Neuabschlüsse der Auszubildenden mit einem gemeldeten Geburtsjahr von 1973 und früher (40-Jährige und älter) nicht in die Berechnung des Durchschnittsalters einbezogen.

³ Ohne Korrekturfaktor, da der Zeitpunkt der Abschlussprüfungen eher variiert und zu größeren Teilen in früheren Kalendermonaten erfolgt. Aufgrund der Unterschiede in der Vorgehensweise zur Durchschnittsaltersberechnung der Ausbildungsanfänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen wird bei dem Vergleich des Durchschnittsalters dieser Gruppen die durchschnittliche Ausbildungsdauer leicht unterschätzt. Da bei sehr hohen Altersangaben die Wahrscheinlichkeit einer fehlerhaften Datenerfassung größer ist, wurden alle Absolventen mit einem gemeldeten Geburtsjahr von 1976 und früher (43-Jährige und älter) nicht in die Berechnung des Durchschnittsalters einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

BIBB-Datenreport 2015

nahme an einer Maßnahme der Berufsvorbereitung oder beruflichen Grundbildung gemeldet wurden, zwischen 9% und 12% (vgl. Kapitel A4.6.2).

Insgesamt variiert das Durchschnittsalter der Auszubildenden (Neuabschlüsse) in den Ländern zwischen Höchstwerten von 21,3 Jahren in Berlin und 19 Jahren in Bayern. Die ostdeutschen Auszubildenden mit Neuabschluss waren dabei mit 20,5 Jahren etwas älter als die Auszubildenden in Westdeutschland (20,0 Jahre) → [Tabelle A4.5-2](#).¹¹⁵

Bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen ist das Durchschnittsalter der Frauen im Berichtsjahr 2013 mit 20,2 Jahren etwas höher als das der Männer (20,0) → [Tabelle A4.5-3](#). Dies ist nicht alleine durch die höheren Anteile an Studienberechtigten unter den weiblichen Auszubildenden zu erklären. Denn auch wenn man die einzelnen Schulabschlussgruppen getrennt betrachtet, ist mit Ausnahme der Gruppe der Studienberechtigten das Durchschnittsalter der Frauen höher. Zu geschlechtsspezifischen Unterschieden hinsichtlich der höchsten allgemeinbildenden Schulabschlüsse wie auch der Teilnahme an vorheriger beruflicher Grundbildung und Berufsvorbereitung siehe [Kapitel A4.6.1 und Kapitel A4.6.2](#).

Hinsichtlich der Neuabschlüsse liegt das Durchschnittsalter der Auszubildenden ohne deutschen Pass bei 21 Jahren und damit um ein Jahr höher als bei den Auszubildenden mit deutschem Pass. Das Durchschnittsalter der ausländischen Auszubildenden fällt in jeder Schulabschlussgruppe höher aus.

Betrachtet man nicht alle Neuabschlüsse, sondern lediglich die Ausbildungsanfänger/-innen¹¹⁶, so ergibt sich jeweils ein etwas geringeres Durchschnittsalter; die Unterschiede zwischen Männern und Frauen und Ausbildungsanfängern mit bzw. ohne deutschen Pass bleiben bestehen → [Tabelle A4.5-3](#).

Bei den Absolventen/Absolventinnen einer dualen Berufsausbildung liegt das Durchschnittsalter bei 22,2.¹¹⁷ Es fällt auf, dass das Durchschnittsalter der Männer in 2013 mit 22,3 Jahren leicht über dem der Frauen (22,2) liegt, obwohl dies bei den Anfängern/Anfängerinnen (auch im Berichtsjahr 2010) umgekehrt war → [Tabelle A4.5-3](#). Das Durchschnittsalter der ausländischen Absolventen/Absolventinnen liegt mit 22,8 über dem der deutschen (22,2).

Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen im dualen System

Will man den Anteil der Jugendlichen ermitteln, die eine duale Berufsausbildung nach BBiG bzw. HwO beginnen oder erfolgreich absolvieren, so kann man rechnerische Quoten auf Basis der Berufsbildungsstatistik und der Bevölkerungsfortschreibung nach einem Quotensummenverfahren ermitteln [E](#). Diese Quoten können als Indikator für die quantitative Bedeutung des dualen Systems sowie als Maß der Integration verschiedener Personengruppen interpretiert werden.

Ausbildungsanfängerquote 2013

Die Ausbildungsanfängerquote [E](#) ist ein Indikator für den Anteil der Jugendlichen, die eine duale Berufsausbildung beginnen. In welchem Alter dies geschieht und wie lange der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung dauert, bleibt hierbei jedoch unberücksichtigt. Berechnet man solche Quoten mit dem Quotensummenverfahren, so sollten nur solche Ereignisse erfasst werden, die in den Biografien nur einmalig auftreten. Deshalb wird die Anfängerquote auf Basis der Anfänger/-innen¹¹⁸ und nicht der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge berechnet. Denn nicht alle Neuabschlüsse stellen Ausbildungsanfänge im dualen System dar (vgl. [Kapitel A4.3](#)). Im Gegensatz zur früheren Ausbildungsbeteiligungsquote der Jugendlichen wird mit der Berechnungsweise der Ausbildungsanfänger-

¹¹⁵ Zur langfristigen Altersentwicklung der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag siehe BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A4.5.

¹¹⁶ Nicht alle Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag sind Ausbildungsanfänger/-innen. Ausbildungsverträge werden u. a. auch bei Anschlussverträgen, Zweitausbildungen, erneuter Ausbildung nach vorzeitiger Lösung eines ersten Vertrags oder bei Wechsel von einer außerbetrieblichen in eine betriebliche Ausbildungsstelle abgeschlossen.

¹¹⁷ Da für die Absolventen/Absolventinnen kein Korrekturfaktor für die nur jahresgenaue Altersangabe erfolgt ist, fällt dieses Durchschnittsalter im Vergleich zum Alter der Anfänger/-innen relativ gering aus. Hieraus ist kein unmittelbarer Rückschluss auf die Ausbildungsdauer möglich.

¹¹⁸ Hierbei wurde die Abgrenzung der Anfänger und Anfängerinnen auf Basis der Neuabschlusszahlen gewählt, die zwar geringere Anfängerzahlen ergibt als die Abgrenzung auf Basis der begonnenen Ausbildungsverträge, aber den Vorteil bietet, dass Mehrfachzählungen von Personen eher vermieden werden und so die Anfängerquote nicht überschätzt wird.

quote die Überschätzung durch Mehrfachzählungen von Auszubildenden, die wiederholt Ausbildungsverträge neu abschließen, weitgehend vermieden.¹¹⁹ Für das Berichtsjahr 2013 ergibt sich ein rechnerischer Anteil von 54,5% der Wohnbevölkerung, die irgendwann im Laufe ihrer Biografie eine duale Berufsausbildung beginnen → **Tabelle A4.5-4**.

Da die Korrektur der Daten der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 rückwirkend nur bis 2011 vorliegt, wird hier ausschließlich die Entwicklung seit 2011 betrachtet. Zur Entwicklung vor 2011 siehe BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A4.5 und frühere Jahrgänge. Die Ausbildungsanfängerquote im dualen System ist seit 2011 rückläufig. Sie fällt für das Berichtsjahr 2013 um 2,3 Prozentpunkte geringer aus als im Vorjahr und um 3,8 Prozentpunkte geringer als im Jahr 2011. Allerdings beginnen immer noch mehr als die Hälfte der Jugendlichen eine duale Berufsausbildung.

Der längerfristige Rückgang der Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen im dualen System ging mit einer steigenden Studierneigung der Jugendlichen einher. Allerdings ist in dem Zeitraum 2011 bis 2013 die Studienanfängerquote nicht mehr bzw. kaum noch gestiegen. Für das Berichtsjahr 2013 ermittelt das Statistische Bundesamt für deutsche Studierende eine Studienanfängerquote von 52,6% der Wohnbevölkerung bzw. 47,9% bei einer Bereinigung um den Effekt der doppelten Abiturjahrgänge.¹²⁰ Im Jahr 2011 betrug diese Studienanfängerquote 52,1% bzw. um den G8-Effekt bereinigt 48,6% der Wohnbevölkerung.

Auf eine weitere regionale Differenzierung der Ausbildungsanfängerquote wird verzichtet, da die Berufsbildungsstatistik den Wohnort der Auszubildenden bzw. Pendlerbewegungen nicht erfasst. Hier erfolgt lediglich

119 Da die Berechnung der Anfängerzahlen nur einen Näherungswert darstellt und nicht ausgeschlossen werden kann, dass in geringem Maße noch Nichtanfänger enthalten sind, kann eine Überschätzung nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Außerdem ist die Anfängerquote leicht überschätzt, da die Ausbildungsanfängerzahlen nicht um doppelte Abiturjahrgänge (G8-Effekt) bereinigt wurde **E**.

120 Werden ausländische Studierende mit einbezogen, so beträgt im Jahr 2013 (2010) die Studienanfängerquote 57,4% (55,6%) bzw. um den G8-Effekt bereinigt 53,1% (52,4%); vgl. Statistisches Bundesamt 2014f, Tabelle 11.1–11.4. Allerdings kann bei diesen Quoten eine Überschätzung des Anteils der Studienanfänger/-innen nicht ausgeschlossen werden, da nicht alle ausländischen Auszubildenden den Erstwohnsitz in Deutschland haben und deshalb bei den Wohnbevölkerungszahlen (durch die dividiert wird) nicht enthalten sind.

eine Differenzierung nach Ost- und Westdeutschland. Die Ausbildungsanfängerquote fällt in Ostdeutschland (51,4%) geringer aus als die westdeutsche Quote; im Jahr 2013 liegt der Abstand bei 3,6 Prozentpunkten → **Tabelle A4.5-4**.

E Ausbildungsanfängerquote der Jugendlichen (AAQ)

Nicht alle Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag sind Ausbildungsanfänger/-innen (vgl. **Kapitel A4.3**). Die frühere, auf Basis der Neuabschlüsse berechnete Ausbildungsbeteiligungsquote (AQ) überschätzt den Anteil der Ausbildungsanfänger/-innen, weil u. a. auch bei Betriebs- oder Berufswechsel ein Neuabschluss erfolgt und manche Personen im Laufe ihrer Biografie wiederholt Ausbildungsverträge im dualen System abschließen (zu Einschränkungen bei der Berechnung vgl. Uhly 2006 und Althoff 1997). Die frühere AQ eignet sich vor allem für Vergleiche im längerfristigen Zeitverlauf (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A4.5).

Bei der Berechnung der AAQ werden anstelle der Neuabschlüsse nur die Ausbildungsverträge der Anfänger/-innen verwendet. Da Anfänger/-innen als Teilgruppe der Neuabschlüsse erst seit der Revision der Berufsbildungsstatistik abgegrenzt werden können und zunächst noch Umsetzungsprobleme bei den Datenmeldungen bestanden, kann die Anfängerquote erst seit dem Berichtsjahr 2009 ermittelt werden.

Nach dem Quotensummenverfahren (OECD-Standard; vgl. Kazemzadeh 2000, S. 68 f.) werden je Altersjahrgang Teilquoten aus Anfänger/-innen und Wohnbevölkerung berechnet und dann zur Anfängerquote summiert (vgl. Gericke/Uhly 2012; Gericke/Uhly/Ulrich 2011). Die AAQ gibt den rechnerischen Anteil einer synthetischen Alterskohorte in der Wohnbevölkerung wieder, der erstmals eine Ausbildung mit Ausbildungsvertrag im dualen System beginnt.

$$AAQ = \sum_{i=16}^{24} \frac{\text{Ausbildungsanfänger}_i}{\text{Wohnbevölkerung}_i} \times 100$$

i = Alter

[#] Aus Vereinfachungsgründen wird nur eine begrenzte Anzahl von Teilquoten gebildet. Für die Ausbildungsan-

Tabelle A 4.5-4: **Ausbildungsanfängerquote nach Personenmerkmal und Region¹, 2009 bis 2013 (in %)²**

Jahr	Ausbildungsanfängerquote								
	Gesamt	Deutsche davon:			Ausländer/-innen davon:			West-deutschland	Ost-deutschland
		Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen		
2009	53,5 ³	56,4	63,6	48,9	27,5	29,3	25,8	53,6	53,7
2010	54,9	57,8	66,1	49,0	29,5	32,1	26,8	55,1	54,4
2011	58,3	60,6	70,8	49,8	35,7	39,1	32,2	58,7	56,2
2012	56,8	59,2	69,1	48,8	34,1	36,7	31,2	57,2	54,7
2013	54,5	57,0	66,6	46,9	32,1	35,5	28,4	55,0	51,4

¹ Da die Berufsbildungsstatistik den Wohnort der Auszubildenden nicht erfasst, können Pendlerbewegungen nicht berücksichtigt werden. Diese können die berechneten Quoten für einzelne Regionen verzerren, da Pendler bei den Ausbildungsanfängerzahlen dem Ort der Ausbildungsstätte zugeordnet werden, während sie bei der Wohnbevölkerung am Ort ihres Hauptwohnsitzes erfasst sind.

² Seit der Umstellung auf eine Einzeldatenerfassung im Berichtsjahr 2007 kann unter den Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag die Personengruppe der Ausbildungsanfänger/-innen identifiziert werden; da somit Mehrfachzählungen des Vertragsabschlusses vermieden werden können, erfolgte die Einführung der Ausbildungsanfängerquote.

³ Die Berechnungsweise der Ausbildungsanfängerquote wurde im Laufe des Jahres 2011 verfeinert. Die für das Berichtsjahr 2009 wurde neu berechnet und weicht deshalb von der in Kapitel A4.5 des BIBB-Datenreports 2011 veröffentlichten Quote ab.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2009 bis 2013, und Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes, Berichtsjahre 2009 bis 2013 (bis einschließlich 2010 auf Grundlage der Volkszählung 1987 [Westdeutschland] bzw. 1990 [Ostdeutschland], ab 2011 auf Grundlage des Zensus 2011; siehe [E](#)); Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

fänger/-innen werden diejenigen im Alter von „16 und jünger“ als untere Altersgruppe und jene im Alter von „24 und älter“ als obere Altersgruppe zusammengefasst. Hinsichtlich der Wohnbevölkerung wird jeweils ein Altersjahrgang (16, 17 ... 24) herangezogen.

Die Höhe der AAQ ist aufgrund zweier Aspekte mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Es wurde zum einen keine Korrektur des Effektes der **doppelten Abiturjahrgänge** vorgenommen. Da Hochschul- und Fachhochschulzugangsberechtigung im Rahmen der Berufsbildungsstatistik nicht differenziert werden, ist eine Korrektur um den G8-Effekt für die duale Berufsausbildung problematisch. Allerdings ist der Effekt aufgrund des vergleichsweise geringen Studienberechtigtenanteils deutlich geringer als im Hochschulbereich. Die AAQ können aufgrund der fehlenden Korrektur geringfügig überhöht sein.

Außerdem sind die verwendeten Bevölkerungsdaten mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Daten der **Bevölkerungsfortschreibung** des Statistischen Bundesamtes basieren bis 2010 auf der Grundlage der Volkszählung 1987 (Westdeutschland) bzw. 1990 (Ostdeutschland) und ab 2011 auf dem Zensus 2011; allerdings sind die zensusbasierten Daten ab 2011 noch vorläufig.

Die Ausbildungsbeteiligung im dualen System variiert deutlich zwischen den verschiedenen Personengruppen. Für die männliche Wohnbevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit ergibt sich im Berichtsjahr 2013 ein Anteil von 66,6%, die eine duale Berufsausbildung nach BBiG bzw. HwO beginnen. Bei den deutschen Frauen lag die AAQ des dualen Systems bei 46,9% → **Tabelle A4.5-4**. Frauen findet man deutlich häufiger in sogenannten vollzeitschulischen Berufsausbildungsgängen (vgl. **Kapitel A5.1**). Die Studienanfängerquoten der Frauen fallen nur geringfügig höher aus als die der Männer (vgl. Statistisches Bundesamt 2014). Allerdings ist die geringere Ausbildungsanfängerquote der Frauen im dualen System nicht alleine mit deren Qualifizierungs- und Ausbildungspräferenzen zu erklären. Denn es zeigen sich auch geschlechtsspezifische Zugangschancen (vgl. Beicht/Walden 2014a).

Die Ausbildungsanfängerquoten der Jugendlichen ohne deutschen Pass liegen mit 32,1% deutlich unter den der deutschen Jugendlichen (57,0%). Dies gilt sowohl für die Männer als auch für die Frauen. Bei den ausländischen Männern beträgt die Ausbildungsanfängerquote lediglich 35,5%, bei den ausländischen Frauen nur 28,4%. Für alle Personengruppen ist die Quote im Vorjahresvergleich

gesunken. Das deutlich niedrigere Maß der Integration in die duale Berufsausbildung lässt sich nicht alleine durch geringere Schulabschlüsse erklären. Beicht/Walden (2014b) zeigen, dass die Einmündungschancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund auch bei gleicher Vorbildung, gleicher sozialer Herkunft, gleichem Suchverhalten und gleicher Ausbildungsmarktlage niedriger sind.

Ausbildungsabsolventenquote

Will man das Maß der Bildungsbeteiligung der Bevölkerung im dualen System betrachten, stellt sich nicht nur die Frage, wie viel Prozent eine Ausbildung beginnen. Von Interesse ist auch, wie viel Prozent die duale Berufsausbildung erfolgreich absolvieren und einen entsprechenden Berufsabschluss erreichen. Im Berichtsjahr 2013 bestanden 430.275 Auszubildende im dualen System ihre Abschlussprüfung (vgl. Kapitel A4.8), für 407.280 war dies der erste erfolgreiche Berufsabschluss im dualen System. Um Mehrfachzählungen bzw. eine Überschätzung des Anteils der Absolventen/Absolventinnen an

der Wohnbevölkerung zu vermeiden, werden nach dem Quotensummenverfahren nur die Erstabsolventendaten in Bezug zur Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter gesetzt. Daraus ergibt sich für das Berichtsjahr 2013 eine Ausbildungsabsolventenquote (AbsQ) **E** von 44,5% → **Tabelle A4.5-5**. Gegenüber dem Vorjahr (45,4%) ist der rechnerische Anteil der Wohnbevölkerung, der erfolgreich eine duale Ausbildung abschloss, um fast 1 Prozentpunkt leicht gesunken. Die Ausbildungsabsolventenquote des dualen Systems liegt deutlich über der Studienabsolventenquote 2013 (Deutsche 33,1%, vgl. Statistisches Bundesamt 2014f).

Die Ausbildungsabsolventenquote ist in Ostdeutschland 2013 um mehr als 7 Prozentpunkte geringer als in Westdeutschland. Auch in den Vorjahren gab es immer eine Differenz von über 5 Prozentpunkten. Bei den Absolventen weicht somit die ostdeutsche Quote stärker von der westdeutschen Quote ab als bei den Ausbildungsanfängern; dies weist auf ein größeres Ausmaß an Ausbildungsabbrüchen in Ostdeutschland hin.

Tabelle A4.5-5: Ausbildungsabsolventenquote¹ nach Personenmerkmal und Region², 2009 bis 2013 (in %)

Jahr	Ausbildungsabsolventenquote								
	Gesamt	Deutsche davon:			Ausländer/-innen davon:			West	Ost
		Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen		
2009	45,6	49,2	55,7	42,4	16,5	17,5	15,5	46,7	41,6
2010	46,3	50,0	56,3	43,4	17,1	18,0	16,2	47,4	42,0
2011	47,8	50,5	57,7	43,0	22,2	23,4	21,0	48,7	43,4
2012	45,4	48,5	55,7	40,9	19,8	20,6	18,8	46,4	40,0
2013	44,5	48,1	55,0	40,8	18,1	18,7	17,3	45,7	37,9

¹ Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik im Jahr 2007 und der Umstellung auf eine Einzeldatenerfassung liegen auf Basis der Berufsbildungsstatistik auch Altersangaben für die Ausbildungsabsolventen vor, und es können auch Erstabsolventen abgegrenzt werden. Aufgrund von anfänglichen Umsetzungsschwierigkeiten der Statistikneuerungen wird erst seit dem Berichtsjahr 2009 eine Ausbildungsabsolventenquote ermittelt. Die Berechnungsweise der Ausbildungsabsolventenquote wurde im Laufe des Jahres 2011 allerdings weiter verfeinert, sodass die im BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.5, ausgewiesene Ausbildungsabsolventenquote neu berechnet wurde. Aufgrund von Korrekturen der Daten der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 für die Jahre 2011 und 2012 wurden auch die Absolventenquoten 2011 und 2012 neu berechnet; sie weichen deshalb von den im Datenreport 2014, Kapitel A4.5, veröffentlichten Werten ab. Da die Daten der Bevölkerungsfortschreibung erst ab dem Berichtsjahr 2011 auf Basis des Zensus 2011 korrigiert wurden, können die Quoten bis und nach 2011 nicht unmittelbar miteinander verglichen werden.

² Da die Berufsbildungsstatistik den Wohnort der Auszubildenden nicht erfasst, können Pendlerbewegungen nicht berücksichtigt werden. Diese können die berechneten Quoten für einzelne Regionen verzerren, da Pendler bei den Ausbildungsabsolventen dem Ort der Ausbildungsstätte zugeordnet werden, während sie bei der Wohnbevölkerung am Ort ihres Hauptwohnsitzes erfasst sind. Deshalb werden hier keine weiter gehenden regionalen Differenzierungen vorgenommen. Selbst bei der Differenzierung von West- und Ostdeutschland können Verzerrungen aufgrund von Pendlerbewegungen vorliegen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2009 bis 2013, und Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes, Berichtsjahre 2009 bis 2010 auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westdeutschland) bzw. 1990 (Ostdeutschland); Berichtsjahre 2011 bis 2013 auf Grundlage des Zensus 2011; siehe **E**; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

E Ausbildungsabsolventenquote der Jugendlichen (AbsQ)

Auch bei der Berechnung der Absolventenquote im dualen System wird das Quotensummenverfahren angewandt. Um Mehrfachzählungen zu vermeiden, werden nicht alle Absolventen/Absolventinnen einer dualen Berufsausbildung in die Berechnung einbezogen, sondern nur die Erstabsolventen/-absolventinnen; also alle, die nicht zuvor schon einmal eine duale Berufsausbildung erfolgreich absolviert hatten. Auch die Absolventenquote kann aufgrund der Datenlage erst seit dem Berichtsjahr 2009 ermittelt werden (siehe auch Erläuterungen zur Ausbildungsanfängerquote).

Die AbsQ gibt den rechnerischen Anteil einer synthetischen Alterskohorte in der Wohnbevölkerung wieder, der eine duale Berufsausbildung nach Berufsbildungsgesetz bzw. Handwerksordnung erfolgreich absolviert hat. Die Quote berechnet sich auf Basis der Berufsbildungsstatistik und der Bevölkerungsfortschreibung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, jeweils zum Stichtag 31. Dezember. Auszubildende mit bestandener Abschlussprüfung, die zuvor noch keine duale Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, werden der Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter gegenübergestellt (vgl. Gericke/Uhly 2012).

$$AbsQ = \sum_{i=19\#}^{27\#} \frac{Erstabsolventen_i}{Wohnbevölkerung_i} \times 100$$

i = Alter

Aus Vereinfachungsgründen wird nur eine begrenzte Anzahl von Teilquoten gebildet. Für die Erstabsolventen/-absolventinnen werden diejenigen im Alter von „19 und jünger“ als untere Altersgruppe und jene im Alter von „27 und älter“ als obere Altersgruppe zusammengefasst. Hinsichtlich der Wohnbevölkerung wird jeweils ein Altersjahrgang (18, 19 ... 27) herangezogen.

Auch bei diesen Quoten sind die verwendeten Bevölkerungsdaten mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Siehe Erläuterungen zur Ausbildungsanfängerquote.

Vergleicht man die Absolventenquoten von Frauen und Männern, so zeigt sich für Jugendliche mit als auch ohne deutschen Pass, dass die Quoten der Frauen weniger stark von denen der Männer abweichen als bei den Ausbildungsanfängerquoten. Das heißt, einmal im dualen System angekommen, haben Frauen größere Chancen, eine duale Berufsausbildung erfolgreich abzuschließen. Für die deutschen Frauen ergibt sich für das Berichtsjahr 2013 ein rechnerischer Anteil von 40,8% der Wohnbevölkerung mit erfolgreichem Berufsabschluss im dualen System. Bei den deutschen Männern sind es 55%. Von den ausländischen Frauen erzielen nur 17,3% einen dualen Berufsabschluss, von den ausländischen Männern 18,7%.

(Alexandra Uhly)

A4.6 Vorbildung der Auszubildenden mit Neuabschluss

Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit der Vorbildung der Auszubildenden auf der Basis der Daten zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen (Erhebung zum 31. Dezember). In der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder werden hierunter Ausbildungsverhältnisse gezählt, die im aktuellen Berichtsjahr 2013 begonnen haben, angetreten und bis zum 31. Dezember nicht gelöst wurden. 3 Arten von Vorbildung werden für alle Auszubildenden abgebildet: Angaben zum höchsten allgemeinen Schulabschluss (**Kapitel A4.6.1**), zur Teilnahme an einer vorherigen Berufsvorbereitung und beruflichen Grundbildung (**Kapitel A4.6.2**) und zur vorherigen Berufsausbildung (**Kapitel A4.3**). Seit der Einführung der Erhebung vertragsbezogener Einzeldaten im Zuge der Revision der Berufsbildungsstatistik im Jahr 2007 können die erfassten Merkmale frei kombiniert und für die verschiedenen Personengruppen ausgewertet werden. Hierdurch wurden die Analysemöglichkeiten deutlich erweitert.

A4.6.1 Höchster allgemeinbildender Schulabschluss bei Auszubildenden mit Neuabschluss

Unter den Auszubildenden mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen sind die einzelnen Schulabschlussarten **E** unterschiedlich stark vertreten. Auch im Berichtsjahr 2013 bildeten die Auszubildenden mit Realschulabschluss mit 221.121 Neuabschlüssen die größte Gruppe. Im Vergleich zum Vorjahr ist damit die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in dieser Gruppe zwar zurückgegangen (-9.927), der Anteil an allen Neuabschlüssen ist mit 42,3% aber identisch mit dem Anteil des Jahres 2012. Die Zahl der Neuabschlüsse mit Auszubildenden mit Hauptschulabschluss ist seit dem Jahr 2009 rückläufig und hatte im Berichtsjahr 2013 mit 29,5% (153.966) den Tiefststand erreicht. Der Anteil derjenigen ohne Hauptschulabschluss war mit 2,9% (15.171) erneut gering und annähernd auf dem Vorjahresniveau → **Tabelle A4.6.1-1**.

Anders verlief die Entwicklung bei den Auszubildenden mit Studienberechtigung, deren Anteil seit 2009 stetig gestiegen ist und 2013 mit 25,3% (131.934) den Höchststand erreicht hat. Bei der Entwicklung in dieser

Gruppe sind die Einflüsse der in den letzten Jahren auftretenden doppelten Abiturjahrgänge zu beachten.¹²¹ Ein durch die doppelten Abiturjahrgänge initiiertes Verdrängungsprozess am Ausbildungsmarkt – insbesondere von Bewerberinnen und Bewerbern mit maximal Hauptschulabschluss – konnte, den Ergebnissen der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012 zufolge, allerdings nicht nachgewiesen werden. Es kam vielmehr zu einer verschärften Konkurrenz der studienberechtigten Bewerberinnen und Bewerber um die häufig knappen Plätze in den von ihnen besonders begehrten Berufen (vgl. Beicht 2013).

E Erfassung des höchsten allgemeinbildenden Schulabschlusses in der Berufsbildungsstatistik

Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik 2007¹²² wird der höchste allgemeinbildende Schulabschluss der Auszubildenden als eigenständiges Merkmal erfasst – neben den Informationen über eine vorangegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung (**Kapitel A4.6.2**) sowie einer vorherigen Berufsausbildung (**Kapitel A4.3**). Die Schulform, d. h. wo der Abschluss erworben wurde, ist dabei unerheblich. Unterschieden werden folgende Kategorien:

- ▶ ohne Hauptschulabschluss,
- ▶ Hauptschulabschluss,
- ▶ Realschulabschluss oder vergleichbarer Abschluss,
- ▶ Studienberechtigung,
- ▶ im Ausland erworbener Abschluss, der den obigen Kategorien nicht zugeordnet werden kann („Restkategorie“).

Da es bei den Angaben zu „im Ausland erworbener Abschluss, der nicht zuordenbar ist“ 2008 erhebliche Probleme bei der Datenerhebung gab und auch in den Folgejahren noch davon auszugehen ist, dass hier über die eigentliche Abschlussgruppe hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, wird diese Kategorie in den dargestellten Tabellen nicht in die Prozentuierung einbezogen.

121 So stieg beispielsweise die Zahl der Absolventinnen und Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife in Nordrhein-Westfalen bedingt durch den doppelten Abiturjahrgang von 77.679 im Jahr 2012 auf 117.895 im Jahr 2013 (+40.216) (vgl. Statistisches Bundesamt 2014b).

122 Mit Artikel 2a des Berufsbildungsreformgesetzes (BerBiRefG) vom 23. März 2005 (Bundesgesetzblatt 2005, S. 962 f.), der zum 1. April 2007 in Kraft getreten ist, sind weitreichende Änderungen der Berufsbildungsstatistik eingeleitet worden. Die Erhebung der statistischen Ämter ist in § 88 BBiG geregelt. Die frühere Aggregatdatenerhebung wurde in 2007 auf eine vertragsbezogene Einzeldatenerfassung umgestellt und erhielt einen ausgeweiteten Merkmalskatalog.

Tabelle A4.6.1-1: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Bundesland 2013

Region	Neuabschlüsse insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss									
		ohne Hauptschulabschluss		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss		Studienberechtigung		keine Angaben ¹	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Baden-Württemberg	74.475	1.695	2,3	21.984	29,6	34.545	46,6	15.930	21,5	318	-
Bayern	92.826	2.481	2,7	35.988	38,9	41.553	45,0	12.378	13,4	429	-
Berlin	16.173	684	4,2	4.113	25,5	6.081	37,7	5.244	32,5	48	-
Brandenburg	10.278	708	6,9	2.550	24,9	4.218	41,1	2.784	27,1	18	-
Bremen	5.724	159	2,8	1.218	21,5	2.337	41,2	1.962	34,5	48	-
Hamburg	12.855	357	2,8	3.105	24,2	4.401	34,4	4.947	38,6	45	-
Hessen	37.737	1.188	3,2	10.872	28,9	14.940	39,7	10.590	28,2	147	-
Mecklenburg-Vorpommern	8.016	468	5,9	1.953	24,8	3.969	50,4	1.491	18,9	135	-
Niedersachsen	56.166	1.224	2,2	14.889	26,8	27.135	48,9	12.261	22,1	657	-
Nordrhein-Westfalen	120.144	3.426	2,9	30.480	25,7	39.123	33,0	45.450	38,4	1.665	-
Rheinland-Pfalz	26.514	621	2,3	8.766	33,1	11.205	42,4	5.856	22,1	69	-
Saarland	6.993	276	3,9	2.430	34,8	2.106	30,1	2.175	31,1	9	-
Sachsen	17.847	567	3,2	4.113	23,1	9.804	55,0	3.351	18,8	9	-
Sachsen-Anhalt	10.695	597	5,6	2.412	22,6	5.871	54,9	1.815	17,0	3	-
Schleswig-Holstein	19.299	384	2,0	6.663	34,6	8.316	43,2	3.885	20,2	51	-
Thüringen	10.152	336	3,3	2.430	24,1	5.517	54,6	1.818	18,0	48	-
West	452.733	11.811	2,6	136.392	30,4	185.661	41,3	115.431	25,7	3.438	-
Ost	73.164	3.357	4,6	17.574	24,1	35.463	48,6	16.506	22,6	264	-
Bundesgebiet	525.897	15.171	2,9	153.966	29,5	221.121	42,3	131.934	25,3	3.702	-

¹ Unter „keine Angaben“ fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon auszugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Bis 2006 wurden Angaben zum allgemeinbildenden Schulabschluss nur alternativ zu Abschlüssen an der zuletzt besuchten beruflichen Schule gemeldet (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.5.1). Daten zur schulischen Vorbereitung bis 2006 und zum höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss ab 2007 können daher nur eingeschränkt miteinander verglichen werden. Ein Vergleich der Angaben im Zeitverlauf ist erst ab dem Berichtsjahr 2007 möglich,

wobei in den ersten Jahren nach der Revision der Berufsbildungsstatistik Veränderungen mit Vorsicht zu interpretieren sind.

Zeitreihen bis zum Berichtsjahr 2006 finden sich im BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4.1.

Tabelle A4.6.1-2: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, Bundesgebiet 2013**

Personengruppe	Neuabschlüsse insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss									
		ohne Hauptschulabschluss		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss		Studienberechtigung		keine Angaben ¹	
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Männer	313.803	10.356	3,3	104.712	33,6	130.485	41,8	66.291	21,3	1.959	–
Frauen	212.094	4.815	2,3	49.257	23,4	90.636	43,1	65.643	31,2	1.743	–
Deutsche	492.099	13.683	2,8	138.744	28,3	209.991	42,9	127.068	26,0	2.610	–
Ausländer/-innen	33.798	1.485	4,5	15.222	46,5	11.130	34,0	4.866	14,9	1.095	–
Insgesamt	525.897	15.171	2,9	153.966	29,5	221.121	42,3	131.934	25,3	3.702	–

¹ Unter „keine Angaben“ fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon auszugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

BIBB-Datenreport 2015

Betrachtet man die höchsten allgemeinbildenden Schulabschlüsse der Auszubildenden mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen im Berichtsjahr 2013 in regionaler Differenzierung, so sind teilweise deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern zu erkennen. Diese unterschiedlichen Verteilungen sind nicht nur mit der jeweiligen regionalen Ausbildungsmarktsituation zu begründen, sondern auch maßgeblich auf die unterschiedliche Verteilung der Schulabschlüsse unter den Schulabgängerinnen und Schulabgängern in den Bundesländern zurückzuführen. Während beispielsweise in Bayern knapp jeder vierte Absolvent bzw. jede vierte Absolventin die allgemeinbildende Schule im Jahr 2013 mit einem Hauptschulabschluss verließ, war es in Sachsen nur rund jede/-r zehnte. Andererseits gab es z. B. in Hamburg (57,9%) sehr hohe Anteile an Schulabsolventen und -absolventinnen mit Studienberechtigung, wohingegen dieser Anteil in Sachsen-Anhalt mit 26,7% deutlich niedriger lag (vgl. Statistisches Bundesamt 2014b). Diese regional stark unterschiedlichen Verteilungen beim allgemeinbildenden Schulabschluss der Schulabsolventinnen und -absolventen haben auch Auswirkungen auf die Zusammensetzung bei der allgemeinschulischen Vorbildung der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag.

Wie bereits in den Jahren zuvor zeigen sich auch im Jahr 2013 teilweise deutliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. In Ostdeutschland lag der Anteil der Neuabschlüsse ohne Hauptschulabschluss (4,6%) fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland (2,6%). Auch der Anteil der Auszubildenden mit Realschulabschluss lag im Osten mit 48,6% deutlich über dem Anteil im Westen (41,3%). Hingegen gab es in Westdeutschland einen höheren Anteil an Auszubildenden mit Hauptschulabschluss (30,4%) als in Ostdeutschland (24,1%), und auch der Anteil der Auszubildenden mit Studienberechtigung war hier mit 25,7% etwas stärker ausgeprägt (Ostdeutschland: 22,6%).

Zwischen den einzelnen Bundesländern schwankt die Verteilung der allgemeinschulischen Vorbildung bei den Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag im Jahr 2013 – bedingt auch durch die oben erwähnten Unterschiede bei den Absolventinnen und Absolventen – teilweise recht deutlich. So wurden in Brandenburg 6,9% der Neuabschlüsse mit Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss abgeschlossen, in Schleswig-Holstein nur mit 2,0%. Der Anteil für Neuabschlüsse mit Hauptschulabsolventinnen und -absolventen lag in Bayern mit 38,9% deutlich über dem Bundesdurchschnitt (29,5%), in Bremen mit 21,5% deutlich darunter. Stark unterschiedliche Ausprägungen

zeigen sich auch beim mittleren Abschluss. So wurde beispielsweise in Sachsen mehr als die Hälfte aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge mit Realschulabsolventinnen und -absolventen geschlossen, im Saarland mit weniger als einem Drittel (30,1%). Der Anteil der Studienberechtigten unter den Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag lag im Jahr 2013 in Hamburg mit 38,6% beinahe dreimal so hoch wie Bayern (13,4%) → [Tabelle A4.6.1-1](#).

Höchster allgemeinbildender Schulabschluss nach Personengruppen

Betrachtet man die Verteilung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge differenziert nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und dem Geschlecht der Auszubildenden, zeigen sich ähnliche Ausprägungen wie bei der Verteilung der Schulabschlüsse der Schulabsolventinnen und Schulabsolventen. Frauen verließen im Jahr 2013 die allgemeinbildende Schule seltener ohne und seltener mit Hauptschulabschluss und dafür deutlich häufiger mit allgemeiner Hochschulreife als Männer. Diese Ausprägung zeigt sich auch bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Während 31,2% der weiblichen Auszubildenden mit Neuabschluss im Jahr 2013 eine Studienberechtigung besaßen, waren es bei den männlichen Auszubildenden nur 21,3% → [Tabelle A4.6.1-2](#). Dahingegen hatten 33,6% der Männer einen Hauptschulabschluss, bei den Frauen waren es nur 23,4%. Die Realschulabschlussanteile lagen relativ nah beieinander (Männer: 41,8%; Frauen: 43,1%).

Mehr als die Hälfte der ausländischen Auszubildenden mit Neuabschluss (51,0%) verfügte über maximal einen Hauptschulabschluss. Bei den Deutschen lag dieser Anteil bei 31,1%. Demgegenüber hatten 26,0% der Auszubildenden mit deutschem Pass eine Studienberechtigung, dies traf bei den Auszubildenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit nur auf einen Anteil von 14,9% zu. Im Zeitverlauf ist jedoch auch bei den ausländischen Auszubildenden eine Erhöhung des Anteils der Studienberechtigten festzustellen. Im Folgenden werden die Entwicklungen differenziert nach den einzelnen Schulabschlüssen genauer betrachtet.

Auszubildende ohne Hauptschulabschluss

Im Berichtsjahr 2013 wurden insgesamt 15.171 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge mit Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss gemeldet → [Tabelle A4.6.1-1](#). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Anteil dieser Schulabschlussgruppe an allen Neuabschlüssen im dualen System mit 2,9% kaum verändert (2012: 2,8%). In den letzten Jahren war der Anteil insgesamt aber rückläufig (2009: 3,5%). Unter den ausländischen Auszubildenden gab es einen deutlich höheren Anteil an Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss (4,5%) als bei den deutschen (2,8%). Die Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss wiesen ein vergleichsweise hohes Durchschnittsalter von 20,5 Jahren¹²³ auf. Wie im folgenden Kapitel in → [Tabelle A4.6.2-4](#) dargestellt, haben mit 24,3% überdurchschnittlich viele Jugendliche ohne Hauptschulabschluss vor dem Neuabschluss bereits eine berufsvorbereitende Qualifizierung oder berufliche Grundbildung absolviert. Der hohe Altersdurchschnitt kann somit zumindest teilweise mit längeren Übergangswegen nach dem Schulabgang erklärt werden.

In den meisten Zuständigkeitsbereichen waren Auszubildende ohne Hauptschulabschluss nur selten vertreten → [Tabelle A4.6.1-3](#). Eine Ausnahme bildete hier der Zuständigkeitsbereich Hauswirtschaft, in den fast ein Drittel (30,3%) der Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag 2013 einmündeten.

Auch in der Berufsgruppe der Berufe für Menschen mit Behinderung waren die Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss stark überdurchschnittlich vertreten (40,3%) → [Tabelle A4.6.1-4](#). Dies gilt ebenfalls – wenn auch nicht so ausgeprägt – für die Gruppe der zweijährigen Berufe, die sich insbesondere an Jugendliche mit niedrigeren Schulabschlüssen richten. Mit 5,4% lag der Anteil hier deutlich über dem Anteil dieser Schulabschlussgruppe insgesamt (2,9%). Eher selten sind Jugendliche ohne Hauptschulabschluss im Bereich der sekundären Dienstleistungsberufe (1,1%) und in der Gruppe der Technikberufe (1,5%) zu finden.

¹²³ Bei der Berechnung des Durchschnittsalters erfolgt für die verschiedenen Altersjahrgänge jeweils eine Erhöhung um 0,5; dies ist dadurch begründet, dass der Beginn des Ausbildungsverhältnisses i. d. R. im Herbst stattfindet bzw. sich die Berufsbildungsstatistik auf den 31. Dezember eines Jahres bezieht, sodass zu diesen Zeitpunkten im Durchschnitt z. B. die 17-Jährigen 17,5 Jahre alt sind.

Tabelle A4.6.1-3: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Zuständigkeitsbereich¹, Bundesgebiet 2009 bis 2013**

Zuständigkeitsbereich ¹	Berichts-jahr	Neuab-schlüsse ins-gesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss									
			ohne Hauptschulabschluss		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss		Studienberechtigung		keine Angaben ²	
			absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	2013	317.694	7.500	2,4	72.498	23,0	136.812	43,4	98.268	31,2	2.613	-
	2012	333.183	7.887	2,4	79.335	24,0	144.291	43,6	99.210	30,0	2.457	-
	2011	342.912	7.869	2,3	84.210	24,8	148.278	43,6	99.486	29,3	3.069	-
	2010	332.571	8.163	2,5	84.591	25,7	147.882	44,9	88.965	27,0	2.970	-
	2009	332.232	8.436	2,6	82.701	25,6	145.926	45,3	85.389	26,5	9.780	-
Handwerk	2013	139.320	5.337	3,8	68.229	49,2	51.318	37,0	13.926	10,0	510	-
	2012	146.592	5.463	3,7	73.671	50,4	53.769	36,8	13.311	9,1	381	-
	2011	152.838	5.877	3,9	79.278	52,0	55.050	36,1	12.279	8,1	354	-
	2010	154.839	6.474	4,2	82.710	53,5	54.681	35,4	10.743	6,9	231	-
	2009	155.589	8.070	5,2	83.448	53,7	54.135	34,8	9.729	6,3	207	-
Öffentlicher Dienst	2013	12.174	42	0,4	411	3,4	5.559	45,7	6.150	50,6	9	-
	2012	11.787	33	0,3	366	3,1	5.586	47,4	5.793	49,2	9	-
	2011	12.195	30	0,2	483	4,0	5.976	49,0	5.697	46,8	9	-
	2010	12.960	36	0,3	561	4,3	6.783	52,4	5.577	43,0	3	-
	2009	13.500	15	0,1	618	4,6	7.239	53,7	5.619	41,7	12	-
Landwirtschaft	2013	13.278	1.143	8,7	4.692	35,5	4.977	37,7	2.391	18,1	75	-
	2012	13.275	1.065	8,1	5.934	45,0	4.251	32,2	1.935	14,7	90	-
	2011	13.602	1.218	9,0	6.180	45,7	4.224	31,2	1.896	14,0	84	-
	2010	14.253	1.251	8,8	6.369	45,0	4.848	34,3	1.683	11,9	102	-
	2009	15.006	1.548	10,4	6.897	46,2	4.842	32,5	1.635	11,0	87	-
Freie Berufe	2013	40.782	348	0,9	6.708	16,6	22.092	54,8	11.154	27,7	480	-
	2012	41.319	261	0,6	7.185	17,6	22.791	55,7	10.683	26,1	399	-
	2011	41.031	351	0,9	6.936	17,1	22.842	56,4	10.401	25,7	501	-
	2010	40.860	252	0,6	6.576	16,3	23.808	58,9	9.756	24,2	465	-
	2009	40.917	255	0,6	6.417	15,9	24.159	59,7	9.609	23,8	477	-
Hauswirtschaft	2013	2.649	798	30,3	1.425	54,1	363	13,8	48	1,8	15	-
	2012	2.847	807	28,4	1.635	57,6	357	12,6	36	1,3	9	-
	2011	3.246	936	28,9	1.890	58,3	372	11,5	45	1,4	6	-
	2010	3.546	1.029	29,1	2.016	57,0	444	12,6	45	1,3	9	-
	2009	3.924	1.122	29,2	2.211	57,5	462	12,0	51	1,3	81	-
Insgesamt	2013	525.897	15.171	2,9	153.966	29,5	221.121	42,3	131.934	25,3	3.702	-
	2012	549.003	15.516	2,8	168.126	30,8	231.048	42,3	130.968	24,0	3.345	-
	2011	565.824	16.281	2,9	178.980	31,9	236.739	42,1	129.804	23,1	4.020	-
	2010	559.032	17.208	3,1	182.823	32,9	238.449	42,9	116.769	21,0	3.783	-
	2009	561.171	19.443	3,5	182.286	33,1	236.763	43,0	112.032	20,3	10.644	-

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. [E in Kapitel A1.2](#)). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet. Seit 2008 werden Auszubildende der Seeschifffahrt in der Berufsbildungsstatistik nicht mehr gemeldet.

² Unter „keine Angaben“ fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon auszugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2009 bis 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Tabelle A 4.6.1-4: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Berufsgruppen¹, Bundesgebiet 2013**

Berufsgruppe ¹	Neuabschlüsse insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss									
		ohne Hauptschulabschluss		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss		Studienberechtigung		keine Angaben ²	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Produktionsberufe	212.835	7.827	3,7	80.133	37,9	93.900	44,4	29.844	14,1	1.134	-
Dienstleistungsberufe	313.062	7.341	2,4	73.836	23,8	127.224	41,0	102.093	32,9	2.568	-
Primäre Dienstleistungsberufe	215.382	6.252	2,9	65.229	30,5	87.522	41,0	54.555	25,5	1.824	-
Sekundäre Dienstleistungsberufe	97.680	1.089	1,1	8.607	8,9	39.702	41,0	47.535	49,0	744	-
Technikberufe	138.675	2.133	1,5	32.013	23,2	71.778	52,0	32.103	23,3	645	-
Neue Berufe	62.085	1.500	2,4	11.175	18,1	25.968	42,1	23.019	37,3	426	-
Zweijährige Berufe ³	45.126	2.403	5,4	26.007	58,2	14.142	31,7	2.133	4,8	441	-
Berufe für Menschen mit Behinderung	10.311	4.107	40,3	5.541	54,4	459	4,5	75	0,7	129	-
Ausbildungsberufe insgesamt	525.897	15.171	2,9	153.966	29,5	221.121	42,3	131.934	25,3	3.702	-

¹ Erläuterungen zur Untergliederung der Berufsgruppen siehe Kapitel A 4. 4.

² Unter „keine Angaben“ fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon auszugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.

³ Zweijährige Berufe ohne Berufe für Menschen mit Behinderung.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Ingesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Tabelle A 4.6.1-5: **Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und ohne Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2013**

Ausbildungsberufe ¹	Auszubildende ohne Hauptschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs ²
	Anzahl ³	in %	in %
Verkäufer/-in	1.005	6,6	4,0
Werker/-in im Gartenbau (36 Monate)/Gartenbauhelfer/-in (§ 66 BBiG)	552	3,6	51,4
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	543	3,6	1,7
Friseur/-in	459	3,0	4,1
Maler/-in und Lackierer/-in	453	3,0	6,4
Fachlagerist/-in	417	2,8	7,3
Koch/Köchin	393	2,6	4,0
Kraftfahrzeugmechatroniker/-in	348	2,3	1,8
Fachpraktiker/-in Hauswirtschaft (§ 66 BBiG) ⁴	345	2,3	48,9
Bau- und Metallmaler/-in (§ 42m HwO)	303	2,0	51,4

¹ Bei modernisierten Ausbildungsberufen ggf. einschließlich der Vorgängerberufe.

² Anteil an allen Auszubildenden des Berufs, bei denen Angaben zum Schulabschluss vorliegen.

³ Neuabschlüsse ohne Angaben zum Schulabschluss sind hier nicht berücksichtigt.

⁴ Die Ausbildung im Beruf „Fachpraktiker/-in Hauswirtschaft (§ 66 BBiG)“ orientiert sich an der Ausbildung zum Hauswirtschaftler/zur Hauswirtschaftlerin und kann als Nachfolgerberuf des Berufs „Hauswirtschaftshelfer/-in (§ 66 BBiG)“ betrachtet werden (vgl. „Empfehlung für eine Ausbildungsregelung Fachpraktiker Hauswirtschaft/Fachpraktikerin Hauswirtschaft gemäß § 66 BBiG/§ 42m HwO“, Bundesanzeiger-Beilage [2011] 120a, 11.08.2011).

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Ingesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Wie im Vorjahr war auch 2013 der Beruf „Verkäufer/-in“ (6,6%) unter den Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss am stärksten besetzt → [Tabelle A4.6.1-5](#). Wie zuvor bereits erwähnt, waren Jugendliche ohne Hauptschulabschluss in der Gruppe der Berufe für Menschen mit Behinderung sehr stark vertreten. So erklärt es sich auch, dass 3 Berufe in der Liste der 10 von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2013 zur Gruppe der Berufe für Menschen mit Behinderung zählen. Insgesamt zeigt sich bei den Neuabschlüssen mit Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss eine vergleichsweise breite Streuung. Nur 31,8% der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge mit Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss verteilen sich auf diese 10 am stärksten besetzten Berufe. Zum Vergleich liegt beispielsweise der analoge Wert für die Gruppe der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss bei 44,5%.

Auszubildende mit Hauptschulabschluss

153.966 neue Ausbildungsverträge wurden im Berichtsjahr 2013 mit Jugendlichen mit Hauptschulabschluss

gemeldet. Der Anteil dieser Schulabschlussgruppe an allen Neuabschlüssen ist damit im Vergleich zum Vorjahr auf 29,5% gesunken (2012: 30,8%) → [Tabelle A4.6.1-1](#). Das Durchschnittsalter der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss lag mit 19,8 Jahren deutlich niedriger als bei den Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss.

Bei der Verteilung auf die einzelnen Zuständigkeitsbereiche zeigt sich, dass Auszubildende mit Hauptschulabschluss überdurchschnittlich stark im Handwerk (49,2%), im Bereich der Hauswirtschaft (54,1%) und in der Landwirtschaft (35,5%) zu finden sind → [Tabelle A4.6.1-3](#). Im Bereich der freien Berufe wurden hingegen nur 16,6% und im öffentlichen Dienst nur 3,4% Jugendliche mit Hauptschulabschluss gemeldet. In den zweijährigen Berufen hatten knapp 58,2% der Auszubildenden einen Hauptschulabschluss → [Tabelle A4.6.1-4](#). Auch bei den Berufen für Menschen mit Behinderung lag der Wert ähnlich hoch (54,4%). Ein überdurchschnittlich hoher Anteil fand sich zudem in den Produktionsberufen (37,9%). Bei den Dienstleistungsberufen waren Auszubildende mit Hauptschulabschluss insgesamt zu knapp einem Viertel (23,8%) vertreten. Der bereits relativ

Tabelle A4.6.1-6: Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2013

Ausbildungsberufe ¹	Auszubildende mit Hauptschulabschluss		Anteil an allen Auszubildenden mit Hauptschulabschluss
	Anzahl ³	in %	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs ²
Verkäufer/-in	13.674	8,9	54,7
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	10.536	6,8	33,5
Kraftfahrzeugmechatiker/-in	7.596	4,9	38,5
Friseur/-in	6.918	4,5	62,4
Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	5.955	3,9	55,6
Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk	5.877	3,8	72,0
Maler/-in und Lackierer/-in	5.094	3,3	71,8
Koch/Köchin	4.731	3,1	47,8
Fachkraft für Lagerlogistik	4.149	2,7	41,1
Elektroniker/-in	4.059	2,6	35,1

¹ Bei modernisierten Ausbildungsberufen ggf. einschließlich der Vorgängerberufe.

² Anteil an allen Auszubildenden des Berufs, bei denen Angaben zum Schulabschluss vorliegen.

³ Neuabschlüsse ohne Angaben zum Schulabschluss sind hier nicht berücksichtigt.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

geringe Anteil der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss in den sekundären Dienstleistungsberufen war mit 8,9% im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr weiter gesunken (2012: 9,4%), bei den primären Dienstleistungsberufen belief er sich auf 30,5%.

Der zweijährige Beruf „Verkäufer/-in“ war auch bei den Auszubildenden mit Hauptschulabschluss – wie bei Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss – mit 13.674 Neuabschlüssen 2013 am stärksten besetzt (8,9%) → **Tabelle A4.6.1-6**. Auszubildende mit Hauptschulabschluss stellten mehr als die Hälfte (54,7%) aller Neuabschlüsse in diesem Beruf. Auffällig ist bei der Liste der 10 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe für diese Schulabschlussgruppe, dass die Auszubildenden mit Hauptschulabschluss mindestens ein Drittel der Auszubildenden des jeweiligen Berufs stellen, oftmals sogar deutlich mehr als die Hälfte, so z. B. bei den Berufen „Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk“ (72,0%), „Maler/-in und Lackierer/-in“ (71,8%), „Friseur/-in“ (62,4%) und „Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik“ (55,6%). Die Konzentration auf wenige Ausbildungsberufe (44,5% der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge verteilen sich auf die 10 am stärks-

ten besetzten Berufe) ist bei den Auszubildenden mit Hauptschulabschluss besonders ausgeprägt. Eine Ursache dafür könnte sein, dass sich das berufliche Spektrum für Jugendliche mit niedrigerem Schulbildungsniveau seit geraumer Zeit aufgrund steigender kognitiver Anforderungen verengt. Die Folge ist eine starke Verknüpfung zwischen unterschiedlichen Schulabschlüssen und den eingeschlagenen Bildungswegen und letztendlich eine starke berufliche Segmentierung des Berufsausbildungssystems. Die Gründe hierfür könnten sowohl bei den unterschiedlichen kognitiven Anforderungen der einzelnen Berufe als auch bei der betrieblichen Selektionspolitik liegen (vgl. Gerhards/Trotsch/Walden 2013).

Auszubildende mit Realschulabschluss

2013 wurden insgesamt 221.121 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge mit Auszubildenden mit Realschulabschluss gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr bleibt der Anteil dieser Schulabschlussgruppe an allen Neuabschlüssen im dualen System mit 42,3% unverändert hoch. Durchschnittlich waren die Auszubildenden mit Realschulabschluss bei Neuabschluss 19,4 Jahre alt. Da Jugendliche mit Realschulabschluss den größten

Tabelle A4.6.1-7: Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Realschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2013

Ausbildungsberufe ¹	Auszubildende mit Realschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden mit Realschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs ²
	Anzahl ³	in %	in %
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	15.141	6,8	48,1
Bürokaufmann/-kauffrau	10.035	4,5	54,1
Kraftfahrzeugmechatiker/-in	9.810	4,4	49,7
Medizinische/-r Fachangestellte/-r (ggf. mit Vorgänger)	8.811	4,0	64,1
Verkäufer/-in	8.643	3,9	34,6
Industriemechaniker/-in (ggf. mit Vorgänger)	8.640	3,9	63,8
Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel	6.330	2,9	43,1
Elektroniker/-in	6.216	2,8	53,7
Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r	6.210	2,8	55,1
Industriekaufmann/-kauffrau	5.886	2,7	31,3

¹ Bei modernisierten Ausbildungsberufen ggf. einschließlich der Vorgängerberufe.

² Anteil an allen Auszubildenden des Berufs, bei denen Angaben zum Schulabschluss vorliegen.

³ Neuabschlüsse ohne Angaben zum Schulabschluss sind hier nicht berücksichtigt.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Tabelle A 4.6.1-8: Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Studienberechtigung am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2013

Ausbildungsberufe ¹	Auszubildende mit Studienberechtigung	Anteil an allen Auszubildenden mit Studienberechtigung	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs ²
	Anzahl ³	in %	in %
Industriekaufmann/-kauffrau	12.411	9,4	66,1
Bankkaufmann/-kauffrau	9.249	7,0	70,9
Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel	7.359	5,6	50,1
Fachinformatiker/-in	6.042	4,6	58,3
Bürokaufmann/-kauffrau	5.841	4,4	31,5
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	4.950	3,8	15,7
Steuerfachangestellte/-r	4.152	3,1	60,7
Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation	3.891	2,9	35,9
Kaufmann/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen	3.582	2,7	67,4
Kaufmann/Kauffrau für Spedition und Logistikdienstleistung	2.907	2,2	55,4

¹ Bei modernisierten Ausbildungsberufen ggf. einschließlich der Vorgängerberufe.

² Anteil an allen Auszubildenden des Berufs, bei denen Angaben zum Schulabschluss vorliegen.

³ Neuabschlüsse ohne Angaben zum Schulabschluss sind hier nicht berücksichtigt.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

BIBB-Datenreport 2015

Anteil der Auszubildenden im dualen System stellen, sind sie auch in den einzelnen Zuständigkeitsbereichen stark vertreten. Eine Ausnahme bildet die Hauswirtschaft mit nur 13,8% im Berichtsjahr 2013 → **Tabelle A4.6.1-3**. Überdurchschnittlich hoch war mit 54,8% der Anteil an Jugendlichen mit Realschulabschluss in den freien Berufen.

Innerhalb der Berufsgruppen ist ein überdurchschnittlicher Anteil (52,0%) bei den Technikberufen zu verzeichnen → **Tabelle A4.6.1-4**. In den Produktionsberufen, primären und sekundären Dienstleistungsberufen lagen die Werte zwischen 41% und 44%. Auch in den zweijährigen Berufen war der Anteil mit 31,7% ungewöhnlich hoch.

Der am stärksten besetzte Beruf unter den Auszubildenden mit Realschulabschluss war „Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel“ (6,8%) → **Tabelle A4.6.1-7**. Diese Schulabschlussgruppe machte dort annähernd die Hälfte der Neuabschlüsse 2013 aus (48,1%). Auf dem zweiten Platz mit einem Anteil von 4,5% befindet sich der Beruf „Bürokaufmann/-kauffrau“, gefolgt vom „Kraftfahrzeugmechaniker/-in“ (4,4%). Auch die Berufe „Medizinische/-r Fachangestellte/-r“ (4,0%) und „Zahnmedizinische/-r“

Fachangestellte/-r“ (2,8%) aus dem Bereich der freien Berufe sind in der Liste der 10 am stärksten besetzten Berufe dieser Schulabschlussgruppe vertreten und stellten auch innerhalb dieser Berufe die deutliche Mehrheit. So sind z. B. 64,1% der Auszubildenden im Beruf „Medizinische/-r Fachangestellte/-r“ Jugendliche mit Realschulabschluss. Insgesamt verteilten sich im Jahr 2013 38,8% aller Auszubildenden mit Realschulabschluss auf die 10 am stärksten besetzten Berufe.

Auszubildende mit Studienberechtigung

Der Anteil der Auszubildenden mit Studienberechtigung ist im Berichtsjahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr (2012: 24,0%) erneut deutlich angestiegen und erreichte 25,3% (131.934 Neuabschlüsse) → **Tabelle A4.6.1-1**. Das Durchschnittsalter der Jugendlichen mit Studienberechtigung ist – aufgrund der längeren allgemeinschulischen Ausbildung – mit 21,4 Jahren deutlich höher als bei den anderen Schulabschlussgruppen.

Bei der Verteilung auf die Zuständigkeitsbereiche ist auffällig, dass die Hälfte der Neuabschlüsse im öffentlichen Dienst im Jahr 2013 mit studienberechtigten Auszubildenden abgeschlossen wurde. Auch der Bereich Industrie

und Handel erzielt noch leicht überdurchschnittliche Werte (31,2%). Deutlich unterdurchschnittlich mit Auszubildenden mit Studienberechtigung besetzt sind die Bereiche Hauswirtschaft (1,8%), Handwerk (10,0%) und Landwirtschaft (18,1%) → **Tabelle A4.6.1-3**. Die Anteile studienberechtigter Auszubildender im Zuständigkeitsbereich der Landwirtschaft sind allerdings in den letzten Jahren deutlich gestiegen (2009: 11,0%).

Knapp die Hälfte der Neuabschlüsse 2013 in sekundären Dienstleistungsberufen wurde mit Auszubildenden mit Studienberechtigung geschlossen (49,0%) → **Tabelle A4.6.1-4**. In den Produktionsberufen hingegen war deren Anteil mit 14,1% eher gering.

Bei den studienberechtigten Auszubildenden mit Neuabschluss waren auch im Jahr 2013 die kaufmännischen Ausbildungsberufe favorisiert. Von den 10 mit studienberechtigten Auszubildenden am stärksten besetzten Ausbildungsberufen waren 8 aus dem kaufmännischen Bereich. Der am stärksten besetzte Beruf war – wie im Vorjahr – „Industriekaufmann/-kauffrau“ (9,4% aller Auszubildenden mit Studienberechtigung) → **Tabelle A4.6.1-8**. Insgesamt waren zwei Drittel (66,1%) aller Auszubildenden in diesem Beruf studienberechtigt. Noch höher war der Anteil nur beim Beruf „Bankkaufmann/-kauffrau“ (70,9%). Außerhalb der kaufmännischen Berufe finden sich in den 10 am stärksten besetzten Berufen nur die Berufe „Fachinformatiker/-in“ und „Steuerefachangestellte/-r“. Wie bereits in den Vorjahren ist die Fokussierung der Auszubildenden mit Studienberechtigung auf bestimmte Berufe sehr stark. 2013 schlossen 45,8% aller studienberechtigten Auszubildenden einen neuen Ausbildungsvertrag in einem dieser 10 am stärksten besetzten Berufe ab.

(Stephan Kroll)

A4.6.2 Vorherige Berufsvorbereitung und berufliche Grundbildung bei Auszubildenden mit Neuabschluss

Im Übergangsbereich können Jugendliche, denen die Aufnahme einer Berufsausbildung nicht direkt nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule gelingt, ihre individuellen Kompetenzen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung verbessern (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008; Konsortium Bildungsberichterstattung 2006). Zu einem qualifizierten Berufsabschluss führen diese Bildungsgänge allerdings nicht. Seit Anfang der 1990er-Jahre hatten sich die Übergangsprozesse in eine Ausbildung deutlich erschwert (Beicht 2009). Dabei war zum einen problematisch, dass eine zunehmende Zahl von Schulabgängerinnen und Schulabgängern nicht unmittelbar, sondern erst nach Absolvierung von Maßnahmen des Übergangsbereichs eine Ausbildung aufnehmen konnte. Zum anderen war kritisch, dass für einen Großteil der Jugendlichen nicht eine mangelnde Ausbildungsreife der Grund für den Umweg über den Übergangsbereich war, sondern dass der Übergangsbereich hier teilweise die Funktion übernommen hatte, die Wartezeit erfolgloser Ausbildungsplatzbewerber/-innen zu überbrücken (Beicht 2009; Braun/Müller 2009; Baethge/Solga/Wieck 2007). Vom Anfang der 1990er- bis Mitte der 2000er-Jahre kam es somit zu einer beträchtlichen Ausweitung des Übergangsbereichs. Die Bedeutung und Wirksamkeit der Maßnahmen zur Verbesserung der Chancen für die Jugendlichen wurde dabei kontrovers diskutiert und fiel für verschiedene Personengruppen unterschiedlich aus. Anhand der BIBB-Übergangsstudie 2011 lassen sich jedoch durchaus günstige Bildungswege im Anschluss an die Teilnahme nachweisen, vor allem, wenn die Maßnahmen zu einem höherwertigen Schulabschluss führen (BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A3.3.1). Insgesamt ist in den letzten Jahren die Zahl der Neuzugänge in den Übergangsbereich wieder deutlich rückläufig. Im Vergleich zum Basisjahr 2005 ist die Anzahl der Anfängerinnen und Anfänger im Jahr 2013 um 39,5% zurückgegangen (Statistisches Bundesamt 2014j). Trotz dieser Trendwende und der veränderten Situation auf dem Ausbildungsmarkt mündeten auch im Jahr 2013 immer noch viele – zu einem bedeutenden Anteil gut vorgebildete (vgl. Dionisius/Illiger/Schier 2013) – Jugendliche in Maßnahmen des Übergangsbereichs ein (vgl. Kapitel A6.1).

Zur folgenden Analyse der vorherigen Berufsvorbereitung und beruflichen Grundbildung werden die Daten zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember) herangezogen. Seit 2007 wird in der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder erfasst, ob die Auszubildenden im dualen System zuvor eine berufsvorbereitende Qualifizierung und/oder berufliche Grundbildung **E** abgeschlossen haben und um welche Art der Maßnahme(n) es sich handelte. Veröffentlicht wurden die Daten erst für das Jahr 2008, da die Einführung der revidierten Berufsbildungsstatistik anfänglich noch von Meldeproblemen begleitet wurde. Wenngleich sich die Datenlage gebessert hat, kann eine weiterhin bestehende Untererfassung der Angaben zur vorherigen Teilnahme an Maßnahmen des Übergangsbereichs nicht ausgeschlossen werden. Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse sind vor diesem Hintergrund auch für das Berichtsjahr 2013 noch mit entsprechender Vorsicht und eher als Untergrenzen zu interpretieren.

E Berufsbildungsstatistik: Erfassung der berufsvorbereitenden Qualifizierung oder beruflichen Grundbildung seit 2007

Im Jahr 2007 wurde die Berufsbildungsstatistik neu konzipiert und auf eine vertragsbezogene Einzeldatenerfassung mit erweitertem Merkmalskatalog umgestellt. Seither werden 3 Vorbildungsarten getrennt voneinander erfasst: der höchste allgemeinbildende Schulabschluss (**Kapitel A4.6.1**), eine vorausgegangene berufsvorbereitende Qualifizierung oder berufliche Grundbildung sowie Angaben zu einer vorherigen Berufsausbildung (**Kapitel A4.3**). Auf diese Weise kann die Vorbildung für alle Auszubildenden mit Neuabschluss jeweils vollständig ausgewiesen werden.

Als berufsvorbereitende Qualifizierung und berufliche Grundbildung werden nur abgeschlossene berufsvorbereitende und grundbildende Qualifizierungen von mindestens 6 Monaten Dauer erfasst. Unterschieden werden:

- ▶ Betriebliche Qualifizierungsmaßnahme (Einstiegsqualifizierung [EQ], Qualifizierungsbaustein, Betriebspraktikum)
- ▶ Berufsvorbereitungsmaßnahme¹²⁴
- ▶ Schulisches Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)

¹²⁴ Berufsvorbereitungsmaßnahmen, die mindestens 6 Monate dauern und keiner der anderen genannten Kategorien zuzuordnen sind.

Tabelle A 4.6.2-1: **Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Zuständigkeitsbereichen¹, Bundesgebiet 2013**

Zuständigkeitsbereich	Neuabschlüsse insgesamt	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung (Mehrfachnennungen möglich)											
		insgesamt ²		darunter:									
				betriebliche Qualifizierungsmaßnahme		Berufsvorbereitungsmaßnahme		schulisches Berufs-vorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrundbildungsjahr		Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss	
absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
Industrie und Handel	317.694	18.984	6,0	1.941	0,6	3.507	1,1	2.820	0,9	1.266	0,4	10.293	3,2
Handwerk	139.320	21.618	15,5	2.961	2,1	4.365	3,1	2.613	1,9	3.723	2,7	8.781	6,3
Öffentlicher Dienst ³	12.174	276	2,3	27	0,2	45	0,4	45	0,4	45	0,4	129	1,1
Landwirtschaft	13.278	2.568	19,3	204	1,5	660	5,0	345	2,6	1.218	9,2	207	1,6
Freie Berufe	40.782	3.768	9,2	1.935	4,7	705	1,7	384	0,9	252	0,6	765	1,9
Hauswirtschaft	2.649	1.437	54,2	54	2,0	786	29,6	381	14,4	72	2,7	216	8,1
Insgesamt	525.897	48.651	9,3	7.119	1,4	10.068	1,9	6.588	1,3	6.576	1,3	20.388	3,9

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. [E in Kapitel A1.2](#)). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

² Aufgrund der Möglichkeit von Mehrfachnennungen liegen die Ingesamtwerte niedriger als die Zeilensummen der einzelnen Maßnahmenwerte.

³ Für den Zuständigkeitsbereich öffentlicher Dienst ist ein sehr starker Rückgang der Zahl der Neuabschlüsse, die mit der Vorbildung „betriebliche Qualifizierungsmaßnahme“ gemeldet wurden, zu beobachten. Dies betrifft insbesondere den Beruf Sozialversicherungsfachangestellte/-r. Vermutlich handelt es sich hierbei um einen Meldefehler der Vorjahre (2007 bis 2012); nach Auskunft der zuständigen Stelle lag diese Vorbildung auch in den Vorjahren bei nur wenigen Neuabschlüssen vor.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Ingesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

BIBB-Datenreport 2015

- ▶ Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) (damit ist nicht das BGJ in kooperativer Form [Teilzeit] gemeint)
- ▶ Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss (BFS)

Mehrfachnennungen sind möglich. Verlaufsdaten, die die Übergangsprozesse bis zum Einmünden in eine Ausbildungsstelle abbilden, liegen jedoch nicht vor, da die jeweiligen Zeitpunkte, zu denen die Qualifizierungen absolviert wurden, nicht mit erhoben werden.

Generell sind die neu eingeführten Merkmale der Berufsbildungsstatistik in den ersten Jahren noch mit Vorsicht zu interpretieren, da u. a. nicht ausgeschlossen werden kann, dass unter der Ausprägung „liegt nicht vor“ auch fehlende Angaben gemeldet wurden. Analysen auf Basis der BIBB-Übergangsstudie (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A3.3) sowie der Schulabgängerstatistik der statistischen Ämter geben Hinweise darauf, dass das Merkmal „berufsvorbereitende Qualifizierung und berufliche Grundbildung“ untererfasst ist.

Für Zeitreihen des früheren Merkmals „schulische Vorbildung“ bis 2006 und dessen Erfassung siehe BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4.

Auszubildende mit vorheriger Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung und beruflicher Grundbildung

Im Berichtsjahr 2013 wurden unter den Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag 48.651 (9,3%) mit vorheriger berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung gemeldet → [Tabelle A4.6.2-1](#). Im Vergleich zu den Vorjahren ist der Anteil damit weiter gesunken. Dieser anhaltende Rückgang korrespondiert mit der seit 2005 kontinuierlich sinkenden Anzahl an Anfängern/Anfängerinnen im Übergangsbereich.

Unterschiede nach Zuständigkeitsbereichen

Die Anteile berufsvorbereitender Qualifizierung und beruflicher Grundbildung unter den Auszubildenden

mit Neuabschluss waren je nach Zuständigkeitsbereich unterschiedlich stark ausgeprägt. Zudem erfolgte der insgesamt zu beobachtende Rückgang des Anteils berufsvorbereitender Qualifizierung und beruflicher Grundbildung nicht in allen Bereichen gleichermaßen, z. T. gab es auch Anstiege (zu den Vorjahreswerten siehe BIBB-Datenreport 2014, Tabelle A4.6.1-1).

So wurde beispielsweise im Bereich Hauswirtschaft mit 54,2% weiterhin der höchste Anteil gemeldet → [Tabelle A4.6.2-1](#), der zudem im Vergleich zum Vorjahr noch einmal deutlich angestiegen war (2012: 44,5%). Der hohe Anteilswert im Bereich Hauswirtschaft liegt u. a. darin begründet, dass sehr viele Auszubildende in diesem Bereich höchstens über den Hauptschulabschluss verfügten (vgl. [Kapitel A4.6.1](#)). Ein Anstieg zeigt sich ebenfalls im Zuständigkeitsbereich Landwirtschaft. Im Jahr 2013 hatten hier 19,3% der Jugendlichen mit Neuabschluss im Vorfeld an einer berufsvorbereitenden Maßnahme bzw. beruflichen Grundbildung teilgenommen (2012: 16,1%). In den übrigen Zuständigkeitsbereichen waren die Anteilswerte im Vorjahresvergleich gesunken. Im größten Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel lag der Anteil an Personen, die zuvor die beschriebenen Maßnahmen des Übergangsbereichs durchlaufen hatten, bei 6,0% und damit recht deutlich unter dem Vorjahresanteil (2012: 7,0%). Auch im Handwerk war der Anteil derjenigen, die zuvor eine berufsvorbereitende Maßnahme bzw. berufliche Grundbildung abgeschlossen hatten, deutlich rückläufig. Waren dies 2012 noch 18,0% der Jugendlichen mit Neuabschluss, so belief sich dieser Wert im Berichtsjahr 2013 nur noch auf 15,5%. In den freien Berufen hatte mit 9,2% etwa ein Zehntel der Auszubildenden derartige Maßnahmen durchlaufen. Den geringsten Anteilswert aller Zuständigkeitsbereiche hatte der öffentliche Dienst. Lediglich 2,3% der Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag im Jahr 2013 durchliefen zuvor eine berufsvorbereitende Maßnahme bzw. berufliche Grundbildung.¹²⁵

125 Für den Zuständigkeitsbereich öffentlicher Dienst ist ein sehr starker Rückgang der Zahl der Neuabschlüsse, die mit der Vorbildung „betriebliche Qualifizierungsmaßnahme“ gemeldet wurden, zu beobachten. Dies betrifft insbesondere den Beruf Sozialversicherungsfachangestellte/-r. Vermutlich handelt es sich hierbei um einen Meldefehler der Vorjahre (2007 bis 2012); nach Auskunft der zuständigen Stelle lag diese Vorbildung auch in den Vorjahren bei nur wenigen Neuabschlüssen vor.

Regionale Unterschiede

Bei der regionalen Differenzierung nach den einzelnen Bundesländern zeigen sich zum Teil deutliche Unterschiede beim Anteil der vorausgegangenen Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung → [Tabelle A4.6.2-2](#): So lag der Anteil in Schleswig-Holstein (3,3%), Hamburg (4,3%) und Bremen (4,4%) unter 5% oder – wie in Thüringen (5,4%) – nur unwesentlich darüber. In Baden-Württemberg (16,5%), Sachsen (14,1%) und Niedersachsen (12,7%) wurden hingegen Werte deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 9,3% erreicht.

Die Anteile für die Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung in Ost- und Westdeutschland hatten sich in den vergangenen Jahren bereits zunehmend angenähert. Im Berichtsjahr 2013 lagen beide Teile des Bundesgebiets nahezu gleichauf (Westdeutschland: 9,2% vs. Ostdeutschland: 9,3%) → [Tabelle A4.6.2-3](#). Noch vor wenigen Jahren wiesen die östlichen Bundesländer deutlich höhere Anteile auf (2010: 13,1%). Dies stand im Zusammenhang mit der im Osten entwickelten Förderstruktur. Aufgrund des starken Lehrstellenmangels waren in der Vergangenheit im östlichen Bundesgebiet stärker als im Westen außerbetriebliche Stellen eingerichtet worden. Überwiegend öffentlich finanzierte Stellen waren zudem an bestimmte Fördervoraussetzungen geknüpft (Eberhard/Ulrich 2010), die u. a. vorlagen, wenn die Auszubildenden zuvor an einer berufsvorbereitenden Maßnahme von mindestens 6 Monaten Dauer teilgenommen hatten.¹²⁶ Ein hoher Anteil öffentlich finanzierter Stellen ging somit einher mit einem hohen Anteil von Meldungen Auszubildender mit berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung.

Aus den genannten Gründen war der Anteil öffentlich finanzierter Ausbildungsstellen unter den Neuabschlüssen 2010 in den östlichen Bundesländern (19,4%) deutlich höher als im Westen (5,2%). Bis zum Berichtsjahr 2013

126 Die Förderungsfähigkeit aufgrund der Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Maßnahme mit mindestens 6-monatiger Dauer wurde mit der Aufhebung des § 242 SGB III zum 1. April 2012 ebenfalls aufgehoben. Seit dem 1. April 2012 ist die außerbetriebliche Ausbildung für sozial Benachteiligte bzw. Lernbeeinträchtigte geregelt durch § 74 Absatz 1 Ziffer 2 SGB III, § 76 SGB III und § 78 SGB III. Zu den Finanzierungsarten der Berufsausbildung siehe die Erläuterungen unter www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_daten.pdf.

Tabelle A 4.6.2-2: Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Bundesländern 2013 (Mehrfachnennungen möglich)

Region	Neu- abschlüsse insgesamt	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung (Mehrfachnennungen möglich)											
		insgesamt ¹		darunter:									
				betriebliche Qualifizierungs- maßnahme ²		Berufs- vorbereitungs- maßnahme		schulisches Berufs- vorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrund- bildungsjahr		Berufsfachschule ohne voll- qualifizierenden Berufsabschluss	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Baden- Württemberg	74.475	12.309	16,5	720	1,0	1.014	1,4	1.536	2,1	426	0,6	9.081	12,2
Bayern	92.826	5.637	6,1	1.119	1,2	1.209	1,3	702	0,8	2.469	2,7	279	0,3
Berlin	16.173	1.077	6,7	207	1,3	486	3,0	147	0,9	27	0,2	231	1,4
Brandenburg	10.278	1.101	10,7	219	2,1	696	6,8	120	1,2	24	0,2	57	0,6
Bremen	5.724	249	4,4	27	0,5	57	1,0	75	1,3	6	0,1	84	1,5
Hamburg	12.855	558	4,3	93	0,7	144	1,1	150	1,2	21	0,2	171	1,3
Hessen	37.737	2.310	6,1	525	1,4	657	1,7	417	1,1	198	0,5	597	1,6
Mecklenburg- Vorpommern	8.016	726	9,1	72	0,9	438	5,5	165	2,1	6	0,1	69	0,9
Niedersachsen	56.166	7.110	12,7	1.506	2,7	1.020	1,8	696	1,2	978	1,7	3.324	5,9
Nordrhein- Westfalen	120.144	10.155	8,5	1.284	1,1	1.800	1,5	612	0,5	1.188	1,0	5.517	4,6
Rheinland- Pfalz	26.514	2.235	8,4	582	2,2	588	2,2	408	1,5	321	1,2	492	1,9
Saarland	6.993	624	8,9	159	2,3	138	2,0	63	0,9	273	3,9	69	1,0
Sachsen	17.847	2.514	14,1	216	1,2	981	5,5	948	5,3	474	2,7	135	0,8
Sachsen- Anhalt	10.695	873	8,2	87	0,8	378	3,5	324	3,0	108	1,0	87	0,8
Schleswig- Holstein	19.299	633	3,3	225	1,2	237	1,2	75	0,4	12	0,1	123	0,6
Thüringen	10.152	546	5,4	81	0,8	219	2,2	153	1,5	45	0,4	75	0,7
West	452.733	41.814	9,2	6.240	1,4	6.867	1,5	4.737	1,0	5.895	1,3	19.737	4,4
Ost	73.164	6.834	9,3	882	1,2	3.198	4,4	1.851	2,5	681	0,9	651	0,9
Bundesgebiet	525.897	48.651	9,3	7.119	1,4	10.068	1,9	6.588	1,3	6.576	1,3	20.388	3,9

¹ Aufgrund der Möglichkeit von Mehrfachnennungen liegen die Ingesamtwerte niedriger als die Zeilensummen der einzelnen Maßnahmenwerte.
² Für den Zuständigkeitsbereich öffentlicher Dienst ist ein sehr starker Rückgang der Zahl der Neuabschlüsse, die mit der Vorbildung „betriebliche Qualifizierungsmaßnahme“ gemeldet wurden, zu beobachten. Dies betrifft insbesondere den Beruf Sozialversicherungsfachangestellte/-r. Vermutlich handelt es sich hierbei um einen Meldefehler der Vorjahre (2007 bis 2012); nach Auskunft der zuständigen Stelle lag diese Vorbildung auch in den Vorjahren bei nur wenigen Neuabschlüssen vor.
 Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Ingesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. BIBB-Datenreport 2015

sank der Anteil der öffentlich finanzierten Stellen im Osten auf 10,1% ab, im Westen ging der Anteil in diesem Zeitraum von 5,2% auf 3,6% zurück, der Bundesdurchschnitt lag bei 4,5%. Das starke Absinken des Anteils öffentlich finanzierter Neuabschlüsse ist darauf zurückzuführen, dass im Osten die Förderung von Ausbildungs-

plätzen für marktbenachteiligte Jugendliche in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgefahren wurde (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.2.2).

Tabelle A4.6.2-3: **Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung, Berichtsjahre 2010 bis 2013 (Mehrfachnennungen möglich)**

Region	Berichtsjahr	Neuabschlüsse insgesamt	darunter:			
			vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung		überwiegend öffentlich finanzierte Stellen	
			absolut	absolut	in %	absolut
West	2010	469.869	49.500	10,5	24.564	5,2
	2011	482.787	52.884	11,0	21.099	4,4
	2012	470.541	50.139	10,7	19.035	4,0
	2013	452.733	41.814	9,2	16.362	3,6
Ost	2010	89.163	11.703	13,1	17.301	19,4
	2011	83.037	9.495	11,4	11.430	13,8
	2012	78.465	8.304	10,6	8.940	11,4
	2013	73.164	6.834	9,3	7.371	10,1
Bundesgebiet	2010	559.032	61.203	10,9	41.865	7,5
	2011	565.824	62.382	11,0	32.529	5,7
	2012	549.003	58.443	10,6	27.978	5,1
	2013	525.897	48.651	9,3	23.730	4,5

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2010 bis 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

BIBB-Datenreport 2015

Unterschiede nach höchstem allgemeinbildendem Schulabschluss

Eine Betrachtung der Teilnahmeanteile an berufsvorbereitender Qualifizierung und beruflicher Grundbildung differenziert nach dem allgemeinbildenden Schulabschluss erscheint vor allem vor dem Hintergrund der häufig beklagten mangelnden Ausbildungsreife (vgl. Ulrich 2008) und dementsprechend notwendigen Nachqualifikation sinnvoll. Auch wenn Schulabschlüsse keine formellen Zugangsvoraussetzungen für eine Berufsausbildung nach BBiG/HwO darstellen, so hat sich doch gezeigt, dass insbesondere den Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss der Übergang in eine Ausbildung deutlich seltener unmittelbar nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule gelingt (vgl. Reißig/Gaupp/Lex 2008).

Und erwartungsgemäß zeigen sich deutliche Unterschiede bei der Betrachtung der Anteile berufsvorbereitender Qualifizierung und beruflicher Grundbildung differenziert nach allgemeinbildendem Schulabschluss → [Tabelle A4.6.2-4](#). Von den Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag

im Berichtsjahr 2013 hatte rund ein Viertel (24,3%) zuvor eine Maßnahme im Übergangsbereich durchlaufen, bei denjenigen mit Hauptschulabschluss waren es noch 14,6%. Von den Jugendlichen mit Realschulabschluss haben 7,6% zuvor eine berufsvorbereitende oder berufsprüfende Maßnahme besucht. Mit 4,0% fiel dieser Anteil bei den Auszubildenden mit Studienberechtigung im Vergleich dazu am geringsten aus. Insgesamt gingen die Anteile in allen Schulabschlussgruppen allerdings weiter zurück (vgl. BIBB-Datenreport 2014, Tabelle A4.6.1-4).

Am häufigsten nahmen die Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss an Berufsvorbereitungsmaßnahmen teil (13,0%). In der Gruppe der Auszubildenden mit Hauptschulabschluss gab es keine Einzelmaßnahmen mit derartig überdurchschnittlichen Anteilswerten. Die Auszubildenden mit Realschulabschluss hatten am häufigsten eine Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Abschluss absolviert (4,2%). Bei den Studienberechtigten waren die Maßnahmenanteile insgesamt sehr niedrig. Lediglich der Besuch einer Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss wurde bei einem nennenswerten Anteil der Studienberechtigten (3,1%) gemeldet.

Tabelle A 4.6.2-4: Auszubildende mit Neuabschluss und vorheriger Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach höchstem allgemeinbildendem Schulabschluss, Berichtsjahr 2013

Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	Neuabschlüsse insgesamt	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung (Mehrfachnennungen möglich)											
		insgesamt ¹		darunter:									
				betriebliche Qualifizierungsmaßnahme		Berufsvorbereitungsmaßnahme		schulisches Berufsvorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrundbildungsjahr		Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss	
absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
ohne Hauptschulabschluss	15.171	3.681	24,3	333	2,2	1.968	13,0	993	6,5	174	1,1	477	3,1
Hauptschulabschluss	153.966	22.443	14,6	3.366	2,2	5.853	3,8	4.350	2,8	3.696	2,4	6.387	4,1
Realschulabschluss	221.121	16.794	7,6	2.709	1,2	1.977	0,9	1.068	0,5	2.385	1,1	9.201	4,2
Studienberechtigung	131.934	5.334	4,0	687	0,5	252	0,2	129	0,1	267	0,2	4.062	3,1
keine Angabe ²	3.702	399		27		18		48		54		261	
Insgesamt	525.897	48.651	9,3	7.119	1,4	10.068	1,9	6.588	1,3	6.576	1,3	20.388	3,9

¹ Aufgrund der Möglichkeit von Mehrfachnennungen liegen die Ingesamtwerte niedriger als die Zeilensummen der einzelnen Maßnahmenwerte.

² Unter „keine Angaben“ fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon auszugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Ingesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Tabelle A 4.6.2-5: Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Personengruppen, Bundesgebiet 2013

Personengruppe	Neuabschlüsse insgesamt	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung (Mehrfachnennungen möglich)											
		insgesamt ¹		darunter:									
				betriebliche Qualifizierungsmaßnahme		Berufsvorbereitungsmaßnahme		schulisches Berufsvorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrundbildungsjahr		Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss	
absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
Männer	313.803	31.776	10,1	3.450	1,1	6.012	1,9	4.290	1,4	5.274	1,7	13.989	4,5
Frauen	212.094	16.872	8,0	3.672	1,7	4.056	1,9	2.301	1,1	1.302	0,6	6.399	3,0
Deutsche	492.099	44.619	9,1	6.483	1,3	9.210	1,9	5.781	1,2	6.258	1,3	18.753	3,8
Ausländer/-innen	33.798	4.029	11,9	639	1,9	858	2,5	810	2,4	318	0,9	1.638	4,8
Insgesamt	525.897	48.651	9,3	7.119	1,4	10.068	1,9	6.588	1,3	6.576	1,3	20.388	3,9

¹ Aufgrund der Möglichkeit von Mehrfachnennungen liegen die Ingesamtwerte niedriger als die Zeilensummen der einzelnen Maßnahmenwerte.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Ingesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Auszubildende nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Unterschiedlich große Anteile bei vorheriger berufsvorbereitender Qualifizierung und beruflicher Grundbildung unter den Neuabschlüssen zeigen sich auch bei einer geschlechtsspezifischen Differenzierung → [Tabelle A4.6.2-5](#). Unter den männlichen Auszubildenden waren die Anteile mit 10,1% höher als unter den weiblichen (8,0%). In beiden Geschlechtergruppen gingen die Anteile im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurück (Männer 2012: 11,5%; Frauen 2012: 9,3%). Bei den Anteilswerten für die einzelnen Maßnahmen wurde für Männer und Frauen mit Neuabschluss im Berichtsjahr 2013 am häufigsten die Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Abschluss (Männer: 4,5%; Frauen: 3,0%) gemeldet. Recht deutliche Unterschiede nach Geschlecht zeigen sich auch beim schulischen Berufsgrundbildungsjahr (Männer: 1,7%; Frauen: 0,6%).

Bezüglich der Staatsangehörigkeit (deutsch/ausländisch¹²⁷) zeigen sich ebenfalls Unterschiede hinsichtlich der vorausgegangenen Teilnahme an Maßnahmen des Übergangsbereichs → [Tabelle A4.6.2-5](#). Unter den Auszubildenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit hatten 11,9% zuvor berufsvorbereitende bzw. grundbildende Maßnahmen absolviert, unter den deutschen Auszubildenden waren es 9,1%. Auch hier hat sich bei beiden Gruppen der Anteil im Vergleich zum Vorjahr verringert. Bei den ausländischen Auszubildenden lag er im Berichtsjahr 2012 noch bei 13,7% und bei den deutschen Auszubildenden bei 10,4%. Auch bei dieser Differenzierung wurde für beide Gruppen der Besuch einer Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Abschluss am häufigsten gemeldet (deutsch: 3,8%; ausländisch: 4,8%). Unterschiede zeigen sich hinsichtlich des schulischen Berufsvorbereitungsjahres. Ausländische Auszubildende (2,4%) absolvierten dieses – wenn auch auf insgesamt niedrigem Niveau – deutlich häufiger als deutsche Auszubildende (1,2%).

(Stephan Kroll)

127 In der Berufsbildungsstatistik wird die Staatsangehörigkeit der Auszubildenden erfasst, ein möglicher Migrationshintergrund kann jedoch nicht ausgewiesen werden. Als ausländische Auszubildende werden alle Auszubildenden ohne deutschen Pass gezählt. Jugendliche, die sowohl über eine deutsche als auch eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, werden nicht als ausländische Auszubildende erfasst.

A4.7 Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen

Das Thema der vorzeitigen Vertragslösungen in der dualen Berufsausbildung wird bereits seit dem starken Anstieg der Lösungsquoten im Verlauf der 1980er-Jahre diskutiert. In den letzten Jahren war nicht nur eine außerordentliche mediale Präsenz zu beobachten; zahlreiche Studien und Sonderauswertungen (insbesondere von Vertragsdaten der zuständigen Stellen) sind erschienen (siehe dazu Uhly 2015). Die Reduktion von Vertragslösungen bzw. die Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen in der dualen Berufsausbildung stehen weiterhin auf der bildungspolitischen Agenda¹²⁸ und erhalten insbesondere auch vor dem Hintergrund des befürchteten Fachkräftemangels große Aufmerksamkeit.

Sowohl die vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen (vorzeitige Vertragslösungen **E**) als auch das Nichtbestehen der Abschlussprüfung kann zu einem gänzlichen Ausbildungsabbruch, also einem Ende des Ausbildungsverhältnisses ohne Berufsabschluss, führen. Dieses Kapitel hat vorzeitige Lösungen von Ausbildungsverträgen zum Gegenstand und basiert auf Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (kurz: Berufsbildungsstatistik, vgl. **E** in Kapitel A4.2.1 und **E** in Kapitel A4.3). Analysen zu nicht erfolgreichen Abschlussprüfungen werden hier nur knapp und zwar im Zusammenhang mit der Betrachtung des Ausbildungsverlaufes der Ausbildungsanfänger und Ausbildungsanfängerinnen 2008 skizziert (siehe hierzu ausführlicher Uhly 2015 und 2014b); Analysen zum Prüfungserfolg findet man in Kapitel A4.8. Eine Analyse vorzeitiger Vertragslösungen auf Basis des BIBB-Qualifizierungspanels erfolgt in Kapitel C2.5; unter anderem wird hier untersucht, wie sich die Problemlage für die einzelnen Ausbildungsbetriebe darstellt und ob die Erfahrungen mit vorzeitigen Vertragslösungen deren Ausbildungsbereitschaft beeinflussen.

Vorzeitige Vertragslösungen **E** in der dualen Berufsausbildung erfolgen i. d. R. durch Aufhebungsvertrag oder durch Kündigung. Nach § 22 BBiG kann ein Ausbildungsverhältnis während der Probezeit (maximal 4 Monate)

von beiden Seiten jederzeit und ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden. Nach der Probezeit ist eine ordentliche Kündigung mit einer Kündigungsfrist von 4 Wochen nur noch seitens der Auszubildenden möglich, und zwar aus den beiden Gründen „Ausbildung in einer anderen Berufstätigkeit“ oder „Aufgabe der Berufsausbildung“. Will der Ausbildungsbetrieb den Vertrag nach der Probezeit kündigen, muss dieser – in Anbetracht der besonderen Bedeutung des Ausbildungsverhältnisses für die berufliche Entwicklung – einen „wichtigen Grund“ angeben.

E Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge (kurz: Vertragslösungen)

Definition

Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge sind definiert als vor Ablauf der im Berufsausbildungsvertrag genannten Ausbildungszeit gelöste Ausbildungsverträge.

Kündigung

Eine Form der vorzeitigen Lösung eines Ausbildungsverhältnisses stellt dabei die Kündigung von Ausbildungsverträgen dar. Sie wird in § 22 Berufsbildungsgesetz geregelt. Weitere Fälle vorzeitiger Vertragslösung können sein: der Abschluss einer Aufhebungsvereinbarung; das Schließen eines gerichtlichen Vergleichs, der eine Aufhebung zum Gegenstand hat; die Anfechtung des Ausbildungsvertrags, z. B. wegen Irrtums oder wegen Täuschung nach §§ 119 ff. BGB; der Tod des/der Auszubildenden (nicht der Tod des Ausbildenden, da dann in der Regel dessen Rechtsnachfolger Ausbilder wird); die tatsächliche Beendigung wegen Fernbleibens von der Ausbildung oder wegen unterlassener Ausbildung.

In der **Berufsbildungsstatistik** (siehe **E** in Kapitel A4.2.1 und **E** in Kapitel A4.3) werden als Vertragslösungen grundsätzlich nur solche Verträge erfasst, die tatsächlich angetreten wurden. Bereits vor dem Beginn der Ausbildung gelöste Ausbildungsverträge gehen somit nicht in die Meldungen ein.

Die Berufsbildungsstatistik erhebt vorzeitige Vertragslösungen ab dem Berichtsjahr 1977 differenziert für die einzelnen Ausbildungsberufe (zunächst nur für Industrie und Handel sowie Handwerk, ab 1978 für alle Zuständigkeitsbereiche). Im Laufe der Zeit wurden die Meldungen schon im Rahmen der Aggregatdatenerhebung weiter ausdifferenziert (nach

¹²⁸ Siehe die Vereinbarung zur Allianz für Aus- und Weiterbildung 2014–2018 vom 12. Dezember 2014, URL: www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=675450.html.

Geschlecht und Berichtsjahren). Seit der Umstellung auf eine vertragsbezogene Einzeldatenerfassung können die Lösungsdaten prinzipiell nach allen erhobenen Merkmalen differenziert werden, wobei aufgrund von Meldeproblemen (noch) nicht alle Differenzierungen vorgenommen werden bzw. ermittelte Quoten verzerrt sein können (siehe hierzu Uhly 2014a).

Die Berufsbildungsstatistik erhebt den Verbleib nach Vertragslösung nicht. Monatsgenaue Ausbildungsverläufe innerhalb des dualen Systems (vertraglich vereinbarter Beginn und vereinbartes Ende des Vertrages, Vertragslösung, Prüfungsteilnahme und –ergebnis) werden nur bis zum Ende des jeweiligen Ausbildungsverhältnisses erhoben. Es liegen somit keine vollständigen Verlaufsdaten vor (Details hierzu siehe in Uhly 2015 und 2006).

Vertragslösung ≠ Abbruch

Nicht jede vorzeitige Vertragslösung stellt einen Abbruch der Ausbildung dar, und nicht jeder Abbruch geht mit einer Vertragslösung einher. Beide Begriffe haben eine gemeinsame Schnittmenge, sind jedoch nicht deckungsgleich (vgl. Uhly 2015 und 2013).

Verschiedene Studien kommen zu weitgehend übereinstimmenden Befunden hinsichtlich des Verbleibs der Auszubildenden mit vorzeitiger Vertragslösung. Demnach schließt ca. die Hälfte aller Auszubildenden mit vorzeitiger Vertragslösung erneut einen Ausbildungsvertrag ab (vgl. Uhly 2013). Sie stellen also Vertragswechsel innerhalb des Systems der dualen Berufsausbildung (mit und ohne Berufswechsel) dar.

Die Berufsbildungsstatistik erhebt vorzeitige Vertragslösungen seit dem Berichtsjahr 1977, wobei die Erhebung im Zeitverlauf weiter ausdifferenziert wurde **E**. Allerdings werden auch seit der Revision der Berufsbildungsstatistik ab 2007 keine vollständigen Ausbildungsverläufe erhoben. Da auch keine Personennummer für die Auszubildenden erfasst wird, lassen sich die vollständigen Ausbildungsverläufe im dualen System für diejenigen mit Vertragslösung auch nicht über eine Verknüpfung der Meldungen zu verschiedenen Ausbildungsverträgen ermitteln. Deshalb lassen sich Ausbildungsabbrüche im hier verwendeten Wortsinne (als Austritte aus der dualen Berufsausbildung ohne Abschluss) auf Basis der Berufsbildungsstatistik nicht identifizieren. Die hier dargestellten Befunde betreffen – mit Ausnahme der groben

Kalkulation der Abbruchquote – immer Vertragslösungen insgesamt und nicht Ausbildungsabbrüche im Speziellen.

Die Gründe für Vertragslösungen werden im Rahmen der Berufsbildungsstatistik nicht (mehr) erhoben (vgl. Uhly 2015, S. 25 f. und BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A4.7). Verschiedene Studien, die Auszubildende und Ausbildungsbetriebe (sowie teilweise auch Berufsschulen) direkt nach den Ursachen von vorzeitigen Vertragslösungen befragen, kommen zu dem Ergebnis, dass Auszubildende mit vorzeitig gelöstem Vertrag überwiegend Gründe wie Konflikte mit Ausbildern und Vorgesetzten, eine mangelnde Ausbildungsqualität und ungünstige Arbeitsbedingungen nennen. In geringerem Maße werden auch persönliche und gesundheitliche Gründe sowie falsche Berufsvorstellungen genannt. Betriebe nennen überwiegend mangelnde Ausbildungsleistungen der Auszubildenden und deren mangelnde Motivation oder Integration in das Betriebsgeschehen. Dieses Antwortverhalten zeigt sich relativ stabil im Vergleich der unterschiedlichen Studien. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass die direkte Frage nach Gründen noch keine Ursachenanalyse darstellt und – wie die Befunde zeigen – die Gefahr nachträglicher Rechtfertigungen sowie wechselseitiger Schuldzuschreibungen besteht (vgl. Uhly 2015).

Vorzeitige Vertragslösungen 2013

Im Berichtsjahr 2013 wurden bundesweit ca. 148.914 Ausbildungsverträge vor Ablauf der im Ausbildungsvertrag genannten Ausbildungszeit gelöst → **Tabelle A4.7-1**. Betrachtet man den Zeitraum zwischen Beginn der Ausbildungsverträge und der vorzeitigen Lösung, so zeigt sich, dass der größte Teil der gelösten Ausbildungsverträge innerhalb des ersten Jahres nach Beginn des Ausbildungsvertrages erfolgte. Wie auch in den Vorjahren fallen ca. zwei Drittel aller Vertragslösungen in den Zeitraum der ersten 12 Monate nach Vertragsbeginn; 33,6% aller Vertragslösungen erfolgten noch während der ersten 4 Monate (Probezeit¹²⁹) und 31,3% zwischen dem fünften und zwölften Monat. Auch in das zweite Jahr nach Vertragsbeginn fällt mit 24,5% noch

129 Nach § 20 BBiG muss sie mindestens einen Monat und kann bis zu 4 Monate dauern. Da die Vertreter der zuständigen Stellen im Arbeitskreis Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes jedoch angaben, dass 4 Monate i. d. R. voll ausgeschöpft werden, wurde auf die gesonderte Erfassung dieses Merkmals im Rahmen der Berufsbildungsstatistik verzichtet und die Probezeit immer mit 4 Monaten nach Vertragsbeginn kalkuliert.

Tabelle A 4.7-1: **Vorzeitige Vertragslösungen nach Zuständigkeitsbereichen¹ und Zeitpunkt der Vertragslösung² (absolut und in %³), Bundesgebiet 2013**

Zuständigkeitsbereich	Vorzeitige Vertragslösungen insgesamt		davon gelöst:									
			in der Probezeit		nach 5 bis 12 Monaten		nach 13 bis 24 Monaten		nach 25 bis 36 Monaten		nach mehr als 36 Monaten	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	77.286	100,0	27.162	35,1	25.176	32,6	18.363	23,8	5.547	7,2	1.038	1,3
Handwerk	54.774	100,0	16.497	30,1	16.533	30,2	14.325	26,2	6.378	11,6	1.044	1,9
Öffentlicher Dienst	795	100,0	207	26,0	213	26,8	234	29,4	120	15,1	24	3,0
Landwirtschaft	3.456	100,0	975	28,2	1.065	30,8	972	28,1	348	10,1	93	2,7
Freie Berufe	11.733	100,0	4.992	42,5	3.264	27,8	2.316	19,7	987	8,4	174	1,5
Hauswirtschaft	870	100,0	150	17,2	303	34,8	249	28,6	132	15,2	36	4,1
Insgesamt	148.914	100,0	49.983	33,6	46.551	31,3	36.462	24,5	13.512	9,1	2.406	1,6

¹ Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe (vgl. [E](#) in Kapitel A1.2).

² Zeitraum zwischen Beginn und Vertragslösung (in Monaten).

³ Anteil der Vertragslösungen, bei denen der Ausbildungsbeginn eine bestimmte Anzahl an Monaten zurückliegt, an allen Vertragslösungen (es handelt sich nicht um die Lösungsquote und auch nicht um echte Verlaufsdaten).

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

BIBB-Datenreport 2015

ein großer Anteil der Lösungen; bei 10,7% der Lösungen lag der Vertragsbeginn weiter als 24 Monate zurück. Der Anteil der Vertragslösungen, die innerhalb der Probezeit erfolgen, lag seit 1993 bei ca. 25%. Seit 2006 ist dieser Anteil bis 2011 nahezu stetig auf ca. ein Drittel angestiegen. Seit 2005 wurde die maximale Dauer der Probezeit mit dem Berufsbildungsreformgesetz von bis zu 3 auf bis zu 4 Monate ausgeweitet. Betrachtet man die Verteilung der Vertragslösung auf die Ausbildungsjahre (Ausbildungsstadien)¹³⁰, so wird jedoch deutlich, dass der Anteil der „frühen“ Vertragslösungen, die insgesamt im ersten Ausbildungsjahr erfolgen, seit 2005 zunehmen (vgl. Uhly 2015) und hier nicht nur ein Effekt der Ausweitung der Probezeit vorliegt.

In den Ausbildungsberufen des Zuständigkeitsbereichs freie Berufe finden vorzeitige Vertragslösungen mit 42,5% aller Vertragslösungen überproportional häufig in der Probezeit statt. In den Ausbildungsberufen der Hauswirtschaft treten Lösungen dagegen noch in vergleichsweise starkem Maße zu späteren Zeitpunkten der Ausbildung auf; fast 20% der Lösungen erfolgten in diesen Berufen später als 2 Jahre nach Beginn des Ausbildungsvertrages. Ansonsten zeigt sich jedoch insgesamt eine ähnliche Verteilung der Vertragslösungen über die Zeit nach Beginn des Ausbildungsverhältnisses im Vergleich der Zuständigkeitsbereiche.

¹³⁰ Also erfolgt keine Unterscheidung nach der Dauer seit Vertragsbeginn, sondern danach, in welchem Ausbildungsstadium (erstes, zweites ... Ausbildungsjahr) die Vertragslösung erfolgt. Bis 2006 wurden Vertragslösungen nur nach den Ausbildungsjahren differenziert erhoben; Monat und Jahr von Vertragsbeginn und Vertragslösung waren nicht erfasst.

E Vertragslösungsquote (kurz: Lösungsquote) – „Schichtenmodell“, neue Berechnungsweise

Die Lösungsquote nach dem Schichtenmodell wird entsprechend folgender Formel berechnet:

$$LQ_{\text{neu}} = \left(\frac{\text{Lösungen im Jahr}_0, \text{ die Beginn des Aus- bildungsvertrages im Jahr}_0 \text{ hatten}}{\text{Anzahl der im Jahr}_0 \text{ begonnenen Aus- bildungsverträge}} + \frac{\text{Lösungen im Jahr}_0, \text{ die Beginn des Aus- bildungsvertrages im Jahr}_{-1} \text{ hatten}}{\text{Anzahl der im Jahr}_{-1} \text{ begonnenen Aus- bildungsverträge}} + \frac{\text{Lösungen im Jahr}_0, \text{ die Beginn des Aus- bildungsvertrages im Jahr}_{-2} \text{ hatten}}{\text{Anzahl der im Jahr}_{-2} \text{ begonnenen Aus- bildungsverträge}} + \frac{\text{Lösungen im Jahr}_0, \text{ die Beginn des Aus- bildungsvertrages im Jahr}_{-3} \text{ oder früher hatten}}{\text{Anzahl der im Jahr}_{-3} \text{ begonnenen Aus- bildungsverträge}} \right) \times 100$$

LQ: Lösungsquote; Jahr₀: aktuelles Berichtsjahr; Jahr₋₁: Vorjahr; Jahr₋₂: Vorvorjahr; Jahr₋₃: Vorvorvorjahr

Wie ist diese Formel zu verstehen?

Sie kann als Näherungswert für den Anteil der im Berichtsjahr (BJ) begonnenen Ausbildungsverträge, die im Laufe der Ausbildung vorzeitig gelöst werden, interpretiert werden. Betrachtet man zunächst die erste Teilquote, so enthält diese für das BJ 2013 nur einen Teil der Verträge, die 2013 begonnen und vorzeitig gelöst wurden. Der Anteil gelöster Verträge wird sich noch erhöhen, da einige der 2013 begonnenen Verträge noch 2014 und später gelöst werden. Da mit Datenstand BJ 2013 noch unbekannt ist, wie viele der Verträge künftig noch gelöst werden, kann man Vergangenheitswerte verwenden. Die 2012 oder früher begonnenen Verträge, die 2013 gelöst wurden, können als stellvertretende Größen für die 2013 begonnenen Verträge, die in den kommenden Jahren gelöst werden, betrachtet werden. Die Differenzierung wird aus pragmatischen Gründen auf 4 Teilquoten begrenzt.

LQ_{neu} und LQ_{alt}

Das Quotensummenverfahren wurde auch schon vor der Revision der Berufsbildungsstatistik angewandt (LQ_{alt}), allerdings konnten hierbei für die einzelnen Bestandteile nur Näherungswerte verwendet werden. Bei LQ_{neu} wird im Vergleich zu LQ_{alt} eine verbesserte Berechnungsweise angewandt, sie kann jedoch erst ab dem Berichtsjahr 2009 berechnet werden. Zum Vergleich der neuen Berechnungsweise (LQ_{neu}) mit der früheren (LQ_{alt}) des Schichtenmodells siehe BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.8 und www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_daten.pdf.

Zu **weiteren Details zur Lösungsquotenberechnung** siehe www.bibb.de/de/4705.php und www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_daten.pdf.

Zur Abgrenzung gegenüber weiteren Größen und Indikatoren zum Thema (Befunde aus Studien, Ausbildungsabbruch-Indikator von Eurostat) siehe Uhly 2015.

Die Vertragslösungsquote **E** der dualen Berufsausbildung, die als Näherungswert für den Anteil der gelösten Ausbildungsverträge an begonnenen Ausbildungsverträgen interpretiert werden kann, beträgt im Berichtsjahr 2013 insgesamt 25,0% (LQ_{neu}); während der Probezeit beträgt die Lösungsquote 8,6%, nach der Probezeit 16,3% → **Tabelle A4.7-2**.

Die Vertragslösungsquote kann nicht mit der Studienabbruchquote verglichen werden, da Letztere Hochschul- und Studienfachwechsel nicht mit einbezieht.¹³¹ Kalkuliert man eine vergleichbare Abbruchquote für die duale Berufsausbildung, was aufgrund der Datenlage nur als grobe Einschätzung erfolgen kann, so ergibt sich ein Wert von ca. 16% für die Erstabsolventenkohorte 2012 (vgl. Uhly 2014b) und eine Abbruchquote von 17% für die Absolventenkohorte 2013. Die Abbruchquote im dualen System der Berufsausbildung liegt somit deutlich unterhalb der Lösungsquote im dualen System und auch unterhalb der Studienabbruchquote von Bachelorstudiengängen¹³² (vgl. Uhly 2015).¹³³

Vertragslösungsquote 1993 bis 2013

Mit 25,0% liegt auch die Lösungsquote des Berichtsjahres 2013 noch im üblichen Schwankungsbereich (20% bis 25%) seit Anfang der 1990er-Jahre → **Tabelle A4.7-2**. Im Zeitverlauf schwankt die Lösungsquote deutlich im Zusammenhang mit der Lage am Ausbildungsmarkt (vgl. BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A4.7 und Uhly 2015). Die zunehmende Aufmerksamkeit der letzten Jahre ist somit nicht durch Veränderungen der Lösungsquote selbst zu erklären, sondern eher vor dem Hintergrund der Risiken eines Fachkräftemangels infolge der demografischen Entwicklung und der Entwicklung der Studierneigung der Schulabgänger und Schulabgängerinnen.

Lösungsquoten nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit der Auszubildenden

Im Gesamtdurchschnitt des dualen Systems zeigt sich auch für das Berichtsjahr 2013 eine ähnlich hohe Lösungsquote für Frauen (25,4%) wie für Männer (24,7%) → **Tabelle A4.7-3**. Während der Probezeit liegt die Lösungsquote der Frauen bei 9,7% und damit fast 2 Prozentpunkte über der Quote der Männer. Nach der Probezeit fällt die Lösungsquote der Frauen um ca. 1 Prozentpunkt geringer aus als die der Männer → **Tabelle A4.7-4**.

Relativ hohe Lösungsquoten der Frauen ergeben sich im Durchschnitt in den Ausbildungsberufen des Handwerks (38,8%) und der Landwirtschaft (27,9%) → **Tabelle A4.7-3**. In den Ausbildungsberufen der freien Berufe, der Hauswirtschaft und des öffentlichen Dienstes fallen die Lösungsquoten der Frauen deutlich niedriger aus als die der Männer. Auffallend ist, dass die Lösungsquoten der Frauen in den Zuständigkeitsbereichen besonders hoch ausfallen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Umgekehrt fallen die Lösungsquoten der Männer in den Zuständigkeitsbereichen vergleichsweise hoch aus, in denen der Männeranteil an den Auszubildenden geringer ausfällt. Zum Frauenanteil in den Zuständigkeitsbereichen vgl. **Kapitel A4.2.1**

Deutliche Unterschiede in den Lösungsquoten zeigen sich auch bei den Verträgen der Auszubildenden mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit. Von den Ausbildungsverträgen der ausländischen Auszubildenden werden im Durchschnitt 31,9% vorzeitig gelöst, von den Ausbildungsverträgen der Auszubildenden mit deutschem Pass nur 24,5% → **Tabelle A4.7-3**. Diese Relation zeigt sich gleichermaßen bei den Probezeitlösungen und den Lösungen nach der Probezeit → **Tabelle A4.7-4**. Höhere Lösungsquoten bei den ausländischen Auszubildenden ergeben sich mit Ausnahme der Hauswirtschaft in allen Zuständigkeitsbereichen → **Tabelle A4.7-3**. Teilweise sind die Unterschiede in den Lösungsquoten zwischen deutschen und ausländischen Auszubildenden auch auf Unterschiede hinsichtlich des höchsten allgemeinbildenden Schulabschlusses zurückzuführen.

¹³¹ Fach- und Hochschulwechsel, die zu einem Abschluss führen, bedeuten also keinen Studienabbruch.

¹³² Das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH (DZHW) ermittelt für die Bachelorstudiengänge der Absolventenkohorte 2012 eine Abbruchquote von 28% (an Fachhochschulen: 23%, an Universitäten: 33%); hierbei wird die Zahl der Erstabsolventen mit der Anfängerzahl verglichen, vgl. Heublein u. a. 2014, S. 3.

¹³³ Diese Kalkulation der Abbruchquote im dualen System ist aufgrund der Datenlage jedoch mit Unsicherheit behaftet und könnte eine leichte Überschätzung darstellen; eine Differenzierung nach Berufen ist derzeit nicht möglich.

Tabelle A 4.7-2: **Vertragslösungsquote¹ in % der begonnenen Ausbildungsverträge, Bundesgebiet 1993 bis 2013**

Jahr	LQ _{alt}	LQ _{neu}	LQ _{neu_Probezeit}	LQ _{neu_nach Probezeit}
1993	23,2	-	-	-
1994	23,6	-	-	-
1995	22,7	-	-	-
1996	21,3	-	-	-
1997	20,5	-	-	-
1998	21,3	-	-	-
1999	22,1	-	-	-
2000	23,7	-	-	-
2001	23,7	-	-	-
2002	24,1	-	-	-
2003	21,9	-	-	-
2004	21,0	-	-	-
2005	19,9	-	-	-
2006	19,8	-	-	-
2007 ²	-	-	-	-
2008	21,5	-	-	-
2009	22,6	22,1	7,0	15,1
2010	23,3	23,0	7,5	15,5
2011	24,5	24,4	8,2	16,2
2012	24,6	24,4	8,4	16,0
2013	25,3	25,0	8,6	16,3

¹ 1993: einfache Lösungsquote, ab 1994 berechnet nach dem sogenannten Schichtenmodell des BIBB. Im Zuge der Revision der Berufsbildungsstatistik konnte die Berechnungsweise der Lösungsquote verbessert werden; die neue Berechnungsweise (LQ_{neu}) sowie die Differenzierung der Lösungsquote innerhalb und nach der Probezeit ist erst ab 2009 möglich.

² Für 2007 wurden aufgrund erheblicher Meldeprobleme keine Lösungsdaten veröffentlicht. Werte vor und nach 2007 können aufgrund weitreichender Umstellungen in der Berufsbildungsstatistik nicht unmittelbar miteinander verglichen werden.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1991 bis 2013; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

Tabelle A 4.7-3: **Vertragslösungsquoten (LQ_{neu} in %) nach Personenmerkmalen und Zuständigkeitsbereichen², Bundesgebiet 2013**

Personenmerkmal	Insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft
Geschlecht							
männlich	24,7	21,0	31,9	8,0	22,7	28,0	36,6
weiblich	25,4	22,5	38,8	5,6	27,9	25,3	26,9
Staatsangehörigkeit							
deutsche Staatsangehörigkeit	24,5	21,2	33,2	6,4	23,8	25,3	27,8
ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Ausländer/-innen)	31,9	29,2	39,1	8,2	39,8	27,0	26,0
Höchster allgemeinbildender Schulabschluss							
ohne Hauptschulabschluss	38,3	35,7	43,6	7,5	35,5	33,3	32,1
mit Hauptschulabschluss	35,9	34,0	39,0	15,5	27,1	34,2	26,2
mit Realschulabschluss	21,8	19,8	27,6	6,7	19,9	24,4	23,6
mit Studienberechtigung	13,9	12,3	22,3	5,4	17,4	21,7	27,0
Insgesamt	25,0	21,6	33,6	6,4	23,9	25,5	27,7

¹ Schichtenmodell des BIBB nach neuer Berechnungsweise; in % der begonnenen Ausbildungsverträge.

² Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe (vgl. [B](#) in Kapitel A1.2).

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2010 bis 2013; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

Lösungsquoten nach allgemeinbildendem Schulabschluss

Bei der Betrachtung der Lösungsquoten nach dem zuvor erworbenen allgemeinbildenden Schulabschluss → **Tabelle A4.7-3** zeigt sich deutlich, dass die Lösungsquote umso höher ausfällt, je niedriger der allgemeinbildende Schulabschluss der Auszubildenden ist (**vgl. Kapitel A4.6.1**). So weisen Auszubildende ohne Hauptschulabschluss mit 38,3% eine fast dreimal höhere Lösungsquote auf als Studienberechtigte (13,9%). Bei den Verträgen der Auszubildenden mit Hauptschulabschluss ergibt sich für das Berichtsjahr 2013 eine Lösungsquote von 35,9%. Die Verträge von Auszubildenden mit Realschulabschluss werden zu 21,8% vorzeitig gelöst. Diese Rangfolge der Abschlussgruppen ergibt sich in fast allen Zuständigkeitsbereichen. In den Ausbildungsberufen des öffentlichen

Dienstes fällt die Lösungsquote bei den Ausbildungsverträgen derjenigen ohne Hauptschulabschluss relativ gering aus; allerdings ist hier die Zahl der Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss (Neuabschlüsse) extrem niedrig. In den Ausbildungsberufen der freien Berufe und des Handwerks und der Hauswirtschaft fallen die Lösungsquoten der Studienberechtigten mit über 20% vergleichsweise hoch aus.

Dabei finden sich über alle Schulabschlüsse hinweg ähnliche Relationen von Lösungsquoten während und nach der Probezeit → **Tabelle A4.7-4**. Allerdings ist der Anteil der Probezeitlösungsquote an der Gesamtlösungsquote der jeweiligen Vorbildungsgruppe umso höher, je höher der allgemeinbildende Schulabschluss ist. Die vorbildungsspezifischen Unterschiede in der Höhe der Lösungsquoten fallen somit nach der Probezeit stärker aus.

Tabelle A4.7-4: **Vertragslösungsquoten (LQ_{neu} in %)¹ während und nach der Probezeit nach Personenmerkmalen sowie Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 2013**

Personenmerkmal	Insgesamt	Nach der Probezeit	Während der Probezeit (4 Monate)
Geschlecht			
männlich	24,7	16,8	7,9
weiblich	25,4	15,7	9,7
Staatsangehörigkeit			
deutsche Staatsangehörigkeit	24,5	16,0	8,5
ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Ausländer/-innen)	31,9	21,0	10,9
Höchster allgemeinbildender Schulabschluss			
ohne Hauptschulabschluss	38,3	27,1	11,2
mit Hauptschulabschluss	35,9	23,8	12,1
mit Realschulabschluss	21,8	14,1	7,7
mit Studienberechtigung	13,9	8,5	5,4
Zuständigkeitsbereich²			
Industrie und Handel	21,6	13,8	7,8
Handwerk	33,6	23,1	10,5
Öffentlicher Dienst	6,4	4,8	1,7
Landwirtschaft	23,9	17,1	6,8
Freie Berufe	25,5	14,6	10,8
Hauswirtschaft	27,7	22,3	5,3
Insgesamt	25,0	16,3	8,6

¹ Schichtenmodell des BIBB nach neuer Berechnungsweise; in % der begonnenen Ausbildungsverträge.

² Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe (vgl. **E** in Kapitel A1.2).

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2010 bis 2013; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A4.7-5: **Vertragslösungsquoten in % der begonnenen Ausbildungsverträge (LQ_{neu})¹ nach Zuständigkeitsbereichen² und Ländern 2013**

Land	Insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft ³	Freie Berufe	Hauswirtschaft ³
Baden-Württemberg	21,2	18,1	27,9	5,5	20,8	27,4	23,9
Bayern	22,0	18,4	29,6	4,1	14,3	25,3	19,6
Berlin	33,9	29,5	46,5	11,4	37,9	34,9	41,2
Brandenburg	29,7	27,3	39,1	8,0	28,2	29,4	27,8
Bremen ³	23,7	20,3	37,4	8,2	0,0	22,7	21,7
Hamburg ³	28,8	24,1	39,4	13,5	19,7	50,5	5,1
Hessen	23,1	20,5	30,9	8,6	26,9	22,0	–
Mecklenburg-Vorpommern	32,9	32,4	39,7	6,3	31,0	22,9	37,5
Niedersachsen	25,2	23,2	31,2	4,3	20,5	23,3	25,9
Nordrhein-Westfalen	24,7	20,4	36,6	6,5	25,1	22,5	24,7
Rheinland-Pfalz	26,4	21,7	36,9	7,4	25,9	22,2	36,2
Saarland	27,8	21,2	40,7	3,8	31,4	25,0	34,0
Sachsen	27,8	25,5	35,7	6,1	30,8	27,9	33,4
Sachsen-Anhalt	32,7	30,5	42,3	3,5	32,5	29,4	30,7
Schleswig-Holstein	27,9	25,5	33,3	8,1	32,9	25,0	–
Thüringen	30,3	28,1	38,7	6,3	25,8	28,2	39,2
Bundesgebiet	25,0	21,6	33,6	6,4	23,9	25,5	27,7

¹ Schichtenmodell des BIBB nach neuer Berechnungsweise; in % der begonnenen Ausbildungsverträge; zur Berechnung des Anteils fließen Daten aus den 4 letzten Berichtsjahren ein.

² Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. **IE** in Kapitel A1.2). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

Für die Länder Hessen und Schleswig-Holstein meldet der Zuständigkeitsbereich IH die Hauswirtschaftsberufe.

³ Die auffallend niedrigen Werte in der Landwirtschaft in Bremen und der Hauswirtschaft in Hamburg sind mit großer Wahrscheinlichkeit auf Meldefehler zurückzuführen und stellen vermutlich eine deutliche Untererfassung dar. Für beide Bereiche lag für die entsprechenden Länder bis 2006 eine deutlich höhere Lösungsquote vor. Für Hamburgs Hauswirtschaft werden seit 2013 allerdings nur noch extrem wenige Ausbildungsverträge gemeldet, sodass bei der Interpretation von Quoten Vorsicht geboten ist. Da beide Bereiche gemessen an allen begonnenen Ausbildungsverträgen vergleichsweise klein ausfallen, verzerren diese Fehlmeldungen die Lösungsdaten insgesamt nur in sehr geringem Maße.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2010 bis 2013; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

Vertragslösungsquoten nach Ländern, Zuständigkeitsbereichen und Ausbildungsberufen

Die Lösungsquoten unterscheiden sich deutlich zwischen den Ländern, sie reichen von durchschnittlich 21,2% in Baden-Württemberg sowie 22% in Bayern bis über 32% in Sachsen-Anhalt (32,7%), Mecklenburg-Vorpommern (32,9%) und Berlin (33,9%) → **Tabelle A4.7-5**. Insgesamt sind die Lösungsquoten in Ostdeutschland eher

höher¹³⁴; aber auch in Hamburg (28,8%), Schleswig-Holstein (27,9%) und im Saarland (27,8%) fallen sie relativ hoch aus.

¹³⁴ Hierbei ist allerdings zu beachten, dass in Ostdeutschland der Anteil der öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnisse höher ausfällt und Vertragslösungen auch bei einem Wechsel von solchen Ausbildungsplätzen in ein betrieblich finanziertes Berufsausbildungsverhältnis auftreten können; solche Vertragswechsel können als Erfolge betrachtet werden.

Tabelle A 4.7-6: Ausbildungsberufe¹ mit den höchsten und niedrigsten Vertragslösungsquoten in %, Bundesgebiet 2013

Ausbildungsberufe mit den höchsten Lösungsquoten	Zuständigkeitsbereich ³	Neuabschlüsse	Lösungsquote (LQ _{neu})	Ausbildungsberufe mit den niedrigsten Lösungsquoten	Zuständigkeitsbereich ³	Neuabschlüsse	Lösungsquote (LQ _{neu})
Gebäudereiniger/-in	Hw	1.194	50,7	Verwaltungsfachangestellte/-r	ÖD/HwEx	5.364	3,9
Servicekraft für Schutz und Sicherheit	IH	276	50,6	Elektroniker/-in für Automatisierungstechnik	IH/HwEx	1.971	5,5
Friseur/-in	Hw	11.085	49,0	Bankkaufmann/-kauffrau	IH/ÖD	13.044	5,8
Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice	IH/HwEx	465	48,4	Fluggerätmechaniker/-in	IH/HwEx	672	6,2
Fachkraft für Schutz und Sicherheit	IH	960	48,3	Fachangestellte/-r für Medien- und Informationsdienste	IH/ÖD	561	6,5
Koch/Köchin	IH/HwEx	9.894	48,0	Verfahrensmechaniker/-in in der Hütten- und Halbzeugindustrie	IH/HwEx	510	6,8
Restaurantfachmann/-fachfrau	IH/HwEx	3.513	47,6	Biologielaborant/-in	IH	501	6,8
Gerüstbauer/-in	IH/Hw	369	47,5	Sozialversicherungsfachangestellte/-r	ÖD	2.922	7,0
Bauten- und Objektbeschichter/-in	Hw	858	45,7	Industriekaufmann/-kauffrau	IH/HwEx	18.789	7,3
Berufskraftfahrer/-in	IH/HwEx	3.225	45,5	Schiffahrtskaufmann/-kauffrau	alleFR-IH	318	7,6
Fachkraft im Gastgewerbe	IH/HwEx	2.280	45,3	Chemielaborant/-in	IH/HwEx	1.629	7,7
Kosmetiker/-in	IH/HwEx	294	44,7	Industriemechaniker/-in	IH/HwEx	13.536	7,8
Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk	IH/HwEx	8.157	43,1	Justizfachangestellte/-r	ÖD	582	8,0
Maler/-in und Lackierer/-in	Hw	7.092	41,7	Forstwirt/-in	Lw	615	8,2
Dachdecker/-in	Hw	3.228	41,4	Chemikant/-in	IH/HwEx	1.989	8,3
Fachmann/Fachfrau für Systemgastronomie	IH/HwEx	1.989	41,4	Elektroniker/-in für Betriebstechnik	IH/HwEx	6.210	8,4
Pferdewirt/-in	Lw	741	41,4	Mechatroniker/-in	IH/HwEx	7.560	8,4
Bäcker/-in	IH/Hw	2.937	40,9	Fachangestellte/-r für Bürokommunikation	ÖD	597	8,7
Fleischer/-in	IH/Hw	1.614	39,6	Werkzeugmechaniker/-in	IH/HwEx	3.405	8,9
Hotelfachmann/-fachfrau	IH/HwEx	9.765	39,4	Vermessungstechniker/-in	IH/ÖD/HwEx	642	9,6

¹ Ausbildungsberufe, in denen mindestens 300 Ausbildungsverträge im Jahr 2013 begonnen hatten; ohne Berufe für Menschen mit Behinderung; Berufe jeweils ggf. inklusive Vorgänger

² Schichtenmodell des BIBB nach neuer Berechnungsweise; in % der begonnenen Ausbildungsverträge; zur Berechnung des Anteils fließen Daten aus den 4 letzten Berichtsjahren ein.

³ IH = Industrie und Handel; Hw = Handwerk; HwEx = IH-Beruf im Handwerk ausgebildet; ÖD = Öffentlicher Dienst; Lw = Landwirtschaft.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2010 bis 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

BIBB-Datenreport 2015

Ebenso deutlich variieren die Lösungsquoten zwischen den Zuständigkeitsbereichen → [Tabelle A4.7-5](#). In den Berufen des Handwerks zeigt sich mit 33,6% im Bundesdurchschnitt die höchste Lösungsquote, gefolgt von den Berufen der Hauswirtschaft mit 27,7%. In den Ausbildungsberufen der freien Berufe¹³⁵ liegt sie mit

25,5% nahe beim Durchschnittswert, und in den beiden Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel sowie Landwirtschaft fällt sie mit 21,6% und 23,9% leicht unterdurchschnittlich aus. Eine sehr niedrige durchschnittliche Lösungsquote von 6,4% ergibt sich für die Berufe des Zuständigkeitsbereichs öffentlicher Dienst. Differenziert man die Quote nach Lösungen während und nach der Probezeit, so fällt auf, dass bei dem Zuständigkeitsbereich freie Berufe die Lösungsquote während der

135 Mit über 50% ist die Lösungsquote im Zuständigkeitsbereich freie Berufe in Hamburg auffallend hoch.

Probezeit in Relation zur Quote nach der Probezeit relativ hoch und bei der Hauswirtschaft relativ gering ausfällt
→ [Tabelle A4.7-4](#).

Die Lösungsquoten variieren noch deutlicher zwischen den einzelnen dualen Ausbildungsberufen → [Tabelle A4.7-6](#). Betrachtet man die 20 Berufe¹³⁶ mit den jeweils höchsten und niedrigsten Lösungsquoten, reichen die Lösungsquoten von unter 5% bis über 50%. Es zeigen sich weitgehend übereinstimmende Ergebnisse gegenüber den Vorjahren. Unter den Berufen mit sehr hohen Lösungsquoten von ca. 40% bis ca. 50% sind vor allem die Berufe des Hotel- und Gaststättengewerbes (z. B. Koch/Köchin, Restaurantfachleute, Fachkraft im Gastgewerbe und Hotelfachleute), Dienstleistungsberufe aus den Tätigkeitsbereichen Reinigung, Transport, Körperpflege sowie weitere primäre Dienstleistungsberufe¹³⁷ (z. B. Servicekraft für Schutz und Sicherheit, Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice, Fachkraft für Schutz und Sicherheit); außerdem weisen einige Bauberufe (Gerüstbauer/-in, Bauten- und Objektbeschichter/-in, Maler und Lackierer/Malerin und Lackiererin sowie Dachdecker/-in) und Lebensmittelberufe des Handwerks (Bäcker/-in und Fleischer/-in) sehr hohe Lösungsquoten auf.

Auch wenn im Durchschnitt im Handwerk die Lösungsquote höher ausfällt, findet man sehr hohe Lösungsquoten nicht in besonderer Weise in Handwerksberufen (siehe hierzu auch Uhly 2015); die Hälfte der 20 Berufe mit den höchsten Lösungsquoten sind IH-Berufe. Allerdings gibt es kaum größere Handwerksberufe mit sehr niedrigen Lösungsquoten. Niedrige Lösungsquoten von (z. T. deutlich) unter 8% weisen neben den Ausbildungsberufen des Zuständigkeitsbereichs öffentlicher Dienst (z. B. Verwaltungsfachangestellte/-r, Sozialversicherungsfachangestellte/-r, Justizfachangestellte/-r) vor allem sekundäre Dienstleistungsberufe (z. B. Bankkaufmann/-kauffrau, Industriekaufmann/-kauffrau), aber auch technische Produktionsberufe der Industrie auf (Elektroniker/-in für Automatisierungstechnik, Fluggerätmechaniker/-in, Chemielaborant/-in, Industriemechaniker/-in).

¹³⁶ Einbezogen wurden duale Ausbildungsberufe mit mindestens 300 neu abgeschlossenen Verträgen im Jahre 2013.

¹³⁷ Zur Unterscheidung von primären und sekundären Dienstleistungsberufen sowie Fertigungsberufen vgl. [Kapitel A4.4](#).

Der Ausbildungsverlauf der Anfängerkohorte 2008

Die Einführung der Einzeldatenerhebung und die Erfassung von Monat und Jahr von ausbildungsrelevanten Ereignissen (vereinbarter Vertragsbeginn und Ende, Abschlussprüfung und Wiederholungsprüfungen sowie vorzeitige Vertragslösung) durch Artikel 2a des Berufsbildungsreformgesetzes von 2005 haben die Möglichkeit eröffnet, aus den Meldungen zu mehreren Berichtsjahren Datensätze zu bilden, die eine Analyse des Ausbildungsverlaufs von Anfängern und Anfängerinnen eines Jahres (Kohortendatensätze) erlauben.¹³⁸ Da im ersten Jahr der Revision (2007 in Kraft getreten) noch erhebliche Meldeprobleme bestanden, sind die Kohorte der in 2008 begonnenen Ausbildungsverträge und die Anfängerkohorte 2008 die ersten Jahrgangskohorten, für die ein solcher Datensatz gebildet werden kann. Für diese kann der Ausbildungsverlauf nach Beginn der Ausbildung monatsgenau analysiert werden. Allerdings kann der Verlauf auf Basis dieser Datensätze jeweils nur bis zum Ende eines Ausbildungsvertrages bzw. bis zur Abschlussprüfung¹³⁹ betrachtet werden. Wenn Ausbildungsverträge gelöst werden, bleibt also unbekannt, ob die Auszubildenden erneut eine duale Berufsausbildung antreten (mit oder ohne Berufswechsel; mit oder ohne Betriebswechsel) oder ob der Ausbildungsbetrieb die Ausbildungsstelle wieder besetzt.¹⁴⁰ Trotz dieser Einschränkungen liefert der Kohortendatensatz erweiterte Analysemöglichkeiten.¹⁴¹

Für die aktualisierten Kohortendatensätze des BIBB, die die Meldungen zur Berufsbildungsstatistik der Berichtsjahre 2008 bis 2013 enthalten, liegen erste Ergebnisse vor. Auf Basis der Kohortendatensätze kann der Anteil gelöster Verträge ex post ermittelt werden, ohne auf die relativ komplexe Berechnungsformel des „Schichtenmo-

¹³⁸ Eine ausführliche Darstellung der Konstruktion dieser Datensätze findet man in Uhly 2015.

¹³⁹ In manchen Fällen wird eine Abschluss- bzw. Wiederholungsprüfung noch nach Ablauf des Ausbildungsvertrages abgelegt, dies sind die einzigen Fälle, in denen der Ausbildungsverlauf mit der Berufsbildungsstatistik über das Vertragsende hinaus abgebildet werden kann.

¹⁴⁰ Da es in der Berufsbildungsstatistik keine über die Jahre unveränderliche Personennummer für die einzelnen Auszubildenden gibt, anhand derer man die Meldungen aus verschiedenen Verträgen für eine Person verknüpfen könnte. Auch für die Ausbildungsbetriebe werden keine vergleichbaren Nummern erhoben.

¹⁴¹ Siehe dazu ausführlich Uhly 2015; hier wird nur kurz auf den Vertragslösungsanteil der in 2008 begonnenen Verträge sowie den Prüfungserfolg der Ausbildungsanfänger 2008 ohne Vertragslösung eingegangen.

Tabelle A 4.7-7: **Vorzeitige Vertragslösungen und Prüfungsteilnahme der Anfängerkohorte 2008 bis zum 31. Dezember 2013, absolut und Zeilenprozente**

Ausbildungsvertrag bis zum 31. Dezember 2013 vorzeitig gelöst?	Bis spätestens 31.12.2013 erzielt Ergebnis der Abschlussprüfung im ersten Ausbildungsverhältnis der Anfänger/-innen einer dualen Berufsausbildung 2008 ¹									
	Erfolgreich absolviert		Nicht bestanden		Endgültig nicht bestanden		Im ersten Ausbildungsvertrag (noch) keine Abschlussprüfung angetreten		Insgesamt	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Nicht vorzeitig gelöster Vertrag	394.371	99,3	462	0,1	1.998	0,5	396	0,1	397.227	100
Vorzeitig gelöster Vertrag ²	735	0,6	2.517	2,1	84	0,1	119.016	97,3	122.349	100
Alle Anfänger bzw. Anfängerinnen 2008	395.106	76,0	2.979	0,6	2.082	0,4	119.409	23,0	519.576	100

¹ Im Vergleich zur Anfängerzahl des Berichtsjahrs 2008 fällt die Anfängerzahl im Kohortendatensatz (auf Basis der Meldungen der Berichtsjahre 2008 bis 2013) um ca. 8% geringer aus. Zum einen wurden vermutlich im Berichtsjahr 2008 aufgrund der Meldeprobleme hinsichtlich der vorherigen Berufsausbildung zu viele Verträge den Anfängern bzw. Anfängerinnen zugerechnet. Zum anderen wurden Verträge der Berichtsjahre 2008 bis 2012 mit Vertragsende im jeweiligen Jahr ohne Meldung einer Vertragslösung, bestandener sowie endgültig nicht bestandener Abschlussprüfung nicht in den Kohortendatensatz aufgenommen. Da es sich hierbei vor allem auch um Fälle mit verspätet eingetragenen Prüfungsergebnis oder verspätet eingetragener Vertragslösung handeln kann und kein systematischer Beendigungsgrund bekannt ist, werden diese als Verträge mit fehlenden Angaben behandelt. Eine leichte Verzerrung der dargestellten Ergebnisse kann jedoch nicht ausgeschlossen werden.

² Da hier der Ausbildungsverlauf ausschließlich mit Bezug zum ersten Ausbildungsverhältnis erfasst wurde, ist in dieser Zeile lediglich dargestellt, wie viele derjenigen mit Vertragslösung noch im Rahmen des ersten (gelösten) Vertragsverhältnisses an einer Abschlussprüfung teilgenommen haben; bei sehr wenigen erfolgt die Prüfungsteilnahme noch nach der Vertragslösung auf Basis des gelösten Vertragsverhältnisses. Wie viele derer mit Vertragslösung in einem neuen Vertragsverhältnis an einer Abschlussprüfung des dualen Systems teilnehmen, ist nicht erfasst.

Quelle: BIBB-Kohortendatensatz Ausbildungsanfänger/-innen 2008 auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Berichtsjahre 2008 bis 2013. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

dells“ zurückgreifen zu müssen. Danach wurden bis zum 31. Dezember 2013 von den im Jahr 2008 begonnenen Ausbildungsverträgen 22,9% gelöst. Der im Jahr 2009¹⁴² für das Berichtsjahr 2008 berechnete Näherungswert (Lösungsquote nach dem Schichtenmodell) betrug 21,5%¹⁴³ → **Tabelle A 4.7-2**. Die BIBB-Berechnungsformel der Lösungsquote liefert also einen sehr guten Näherungswert. Berechnet man diesen Anteil nur für die Anfänger und Anfängerinnen 2008 (also ohne die, die zuvor bereits eine duale Berufsausbildung begonnen hatten), so ergibt sich ein Lösungsanteil von 23,5%. Die Entwicklung dieser Anteile lässt sich monatsgenau betrachten, siehe hierzu Uhly 2015.¹⁴⁴

Betrachtet man den Ausbildungsverlauf der im Jahr 2008 begonnenen Verträge, ist es aus Vergleichbarkeitsgründen sinnvoll, die Analyse auf die Ausbildungsanfänger und -anfängerinnen 2008 zu begrenzen. Denn diejenigen, die 2008 nach einem Vertragswechsel begannen, befanden sich zu diesem Zeitpunkt bereits in ganz unterschiedlichen Ausbildungsphasen. Manche standen schon kurz vor der Abschlussprüfung. Deshalb wird im Folgenden ausschließlich die Anfängerkohorte betrachtet. Interessiert man sich für den Anteil derer, die die Abschlussprüfung bestanden haben, sowie für die Dauer bis zum Prüfungserfolg, muss man sich zudem auf die Anfänger/-innen beschränken, die keine Vertragslösung hatten, da für diejenigen mit Vertragslösung der Verbleib nicht erfasst ist und somit unbekannt bleibt, ob sie (im gleichen oder einem anderen Beruf) an einer Abschlussprüfung im dualen System teilgenommen haben.

Von den 519.576 Ausbildungsverträgen der Anfänger/-innen 2008, die im Kohortendatensatz enthalten

¹⁴² Das BIBB erhält die Daten der Berufsbildungsstatistik eines Berichtsjahres i. d. R. im Sommer/Herbst des Folgejahres.

¹⁴³ Er fällt niedriger aus als der ex post ermittelte Wert, da die Lösungsquote in den 3 Jahren nach 2008 angestiegen ist.

¹⁴⁴ Die differenzierteren Analysen des Kohortendatensatzes in Uhly 2015 sind noch auf Basis des Kohortendatensatzes, der die Berichtsjahre 2008 bis 2012 umfasst, erfolgt. Was jedoch zu ähnlichen Ergebnissen führt, da für nahezu alle in 2008 begonnenen Verträge im vierten Jahr nach Vertragsbeginn (also mit den Meldungen bis zum Berichtsjahr 2012) die Ausbildung (zumindest insofern sie sich auf das erste Vertragsverhältnis bezieht) beendet ist.

sind,¹⁴⁵ wurden 122.349 (23,5%) bis zum 31. Dezember 2013 vorzeitig gelöst; von diesen hatten 97,3% in dem ersten Ausbildungsverhältnis an keiner Abschlussprüfung teilgenommen, nur 0,1% waren als endgültig durchgefallen gemeldet. Für 0,6% wurde noch für das gelöste Vertragsverhältnis eine bestandene Abschlussprüfung gemeldet; in diesen Fällen erfolgte die Abschlussprüfung im gleichen Monat oder in den Monaten nach der Vertragslösung.

Insgesamt wurden von den Anfängern und Anfängerinnen 2008 bis zum 31. Dezember 2013 76% mit bestandener Abschlussprüfung im ersten Ausbildungsverhältnis gemeldet. Dies bedeutet jedoch nicht, dass von den restlichen 24% nicht noch ein Teil die Abschlussprüfung (im gleichen oder anderen Ausbildungsberuf) bis zum 31. Dezember 2013 bestanden hat oder später noch besteht. Die Darstellungen des nationalen Bildungsberichtes 2014 sind diesbezüglich irreführend und beruhen vermutlich auf einem Missverständnis hinsichtlich der Verlaufsdaten.¹⁴⁶ Abgesehen von den vereinzelten Fällen, bei denen nach einer vorzeitigen Vertragslösung für das Vertragsverhältnis noch eine Abschluss- bzw. Wiederholungsprüfung gemeldet wurde, ist der Prüfungserfolg von denjenigen mit Vertragslösung mit Bezug zum ersten Vertragsverhältnis nicht erfasst. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass in den Berufen, die hohe Vertragslösungsanteile aufweisen, auch der (erfasste) Anteil der erfolgreichen Abschlussprüfungen gering ausfällt (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, S. 112). Dies lässt sich anhand der Tatsache erklären, dass bei denjenigen mit Vertragslösung der Prüfungserfolg (bis auf sehr wenige Ausnahmen) nicht erfasst ist. Wenn Auszubildende nach einer Vertragslösung erneut einen Ausbildungsvertrag im dualen System abschließen, wird zwar auch dieser Vertrag erfasst, die Meldungen zu den

verschiedenen Verträgen können jedoch nicht verknüpft werden. Erhebungseinheit der Berufsbildungsstatistik sind die Verträge und nicht die Personen.

Da die Berufsbildungsstatistik die vorherige duale Berufsausbildung erhebt, kann man auch für die Gruppe derer, die im Jahr 2008 als Vertragswechsler eine duale Berufsausbildung begonnen haben, einen Kohortendatensatz bilden und für diese Gruppe den Ausbildungsverlauf in dem Ausbildungsverhältnis, in das sie gewechselt sind, bis zum Vertragsende analysieren (vgl. Uhly 2015, S. 68 f.). Die Analysen zeigen, dass ca. 30% von ihnen erneut eine Vertragslösung erfahren. Insgesamt bestehen jedoch knapp 69% die Abschlussprüfung innerhalb des neuen Vertragsverhältnisses; von denen ohne erneute Vertragslösung sind es gut 98%. Da mit dem Merkmal „Vorbildung“ nicht der vorherige Beruf erhoben wird, bleibt allerdings unbekannt, ob der erfolgreiche Abschluss im ursprünglichen Beruf erfolgt. Mit der Analyse des Ausbildungsverlaufs derjenigen mit Vertragswechsel kann zwar auch nicht der vollständige Ausbildungsverlauf abgebildet werden, allerdings verdeutlichen die Befunde, dass die Prüfungserfolgswahrscheinlichkeiten derer, die nach einer Vertragslösung erneut einen Ausbildungsvertrag im dualen System abschließen, immer noch relativ hoch sind und dass Erfolgsquoten, die ausschließlich auf Basis eines (des ersten) Vertragsverhältnisses ermittelt werden – wie dies im nationalen Bildungsbericht 2014 erfolgt (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, S. 110 ff.) –, den Prüfungserfolg erheblich unterschätzen.

Ursachen und Maßnahmen

Die hier dargestellten deskriptiven Ergebnisse dürfen nicht kausal interpretiert werden. Wenn die Lösungsquoten beispielsweise bei Jugendlichen mit Hauptschulabschluss oder in Berufen des Handwerks im Durchschnitt sehr hoch ausfallen, dann ist nicht allein der Hauptschulabschluss oder das Handwerk an sich die Ursache für das höhere Lösungsrisiko. Die Ursachen für Vertragslösungen sind vielfältig und komplex (vgl. Uhly 2015). Jugendliche mit Hauptschulabschluss findet man eher in Berufen mit einem höheren Lösungsrisiko und weniger wahrscheinlich in ihrem Wunschberuf, was auch zu einem höheren Lösungsrisiko führt. Im Handwerk findet man zum einen deutlich höhere Anteile an Auszubildenden mit geringeren Schulabschlüssen als im Bereich Industrie und

¹⁴⁵ Eine leichte Verzerrung der Ergebnisse ist nicht auszuschließen. Die Zahl der Anfänger/-innen im Berichtsjahr 2008 fiel um ca. 8% höher aus als die Anfängerzahl im Kohortendatensatz. Vermutlich wurde in 2008 die Anfängerzahl aufgrund von Meldeproblemen bzgl. der vorherigen dualen Berufsausbildung jedoch überschätzt. Außerdem fehlen einige Verträge, da vermutlich Vertragslösung oder Prüfungsergebnis teilweise verspätet eingetragen wurde. Zu Problemen der Konstruktion der Kohortendatensätze siehe Uhly 2015.

¹⁴⁶ „Mit dem Ausbildungsjahrgang 2008 steht zum ersten Mal ein Jahrgang zur Verfügung, dessen Ausbildungsverlauf über 48 Monate komplett verfolgt werden und für den der Ausbildungsabschluss auf die Neuzugänge bezogen werden kann (nicht nur, wie bisher, auf die sich zur Prüfung meldenden Auszubildenden)“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, S. 110). Dies ist nicht korrekt, denn der Verlauf wird nicht komplett erhoben. Zwar sind prinzipiell mit dem Datenstand Berichtsjahr 2012 für die Anfängerkohorte 2008 maximal 48 Monate bzw. 49 Monate erfasst, allerdings immer nur bis zum Ende des im Jahr 2008 begonnenen Ausbildungsvertrages. Siehe dazu auch BIBB-Datenreport 2014 und 2013, Kapitel A4.7.

Handel, zudem eher kleinbetriebliche Strukturen. Beides erhöht das Lösungsrisiko (Rohrbach-Schmidt/Uhly 2015).

Insgesamt ist trotz einer gewissen Öffnung hin zu Fragen der Ausbildungsqualität und der Attraktivität der Berufe die Problemwahrnehmung noch zu stark auf die Auszubildenden fokussiert. Vertragslösungen werden überwiegend als ein Phänomen des Scheiterns von Auszubildenden betrachtet.¹⁴⁷ Neuere Analysen zeigen, dass neben dem Schulabschluss der Auszubildenden auch betriebliche und berufliche Merkmale einen signifikanten Effekt auf das Vertragslösungsrisiko haben. Analysen auf Basis eines erweiterten Kohortendatensatzes der Berufsbildungsstatistik¹⁴⁸ sprechen für die Bedeutung von Ausbildungsmarktsegmenten und für einen systematischen, von den Merkmalen der Auszubildenden unabhängigen Einfluss der betrieblichen Ausbildungsbedingungen, des Ausbildungsmodells und der Attraktivität des Ausbildungsberufs für die Vertragslösungswahrscheinlichkeit (Rohrbach-Schmidt/Uhly 2015).

Auch Kropp u. a. (2014, S. 21) zeigen, neben dem Effekt des Schulabschlusses, einen signifikanten Effekt der Ausbildungsvergütung. Eine Verbesserung der Berufsorientierung, die Begleitung der Jugendlichen beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung sind sinnvolle Maßnahmen, die Jugendliche bei ihrem Weg zum Berufsabschluss unterstützen können. Allerdings reichen Maßnahmen zur Senkung von Vertragslösungen in der dualen Berufsausbildung, die allein an den Auszubildenden selbst ansetzen, nicht aus. Auf Basis der Analysen der Berufsbildungsstatistik alleine lassen sich erforderliche Maßnahmen nicht eindeutig ableiten. Allerdings machen die Befunde auf Basis der Statistik sowie der vorliegenden Studien deutlich, dass erfolgreiche Maßnahmen auch bei der Attraktivität der Ausbildung, den Betrieben, der Ausbildungsqualität und insbesondere dem Umgang mit Konflikten ansetzen sollten (vgl. hierzu auch Uhly 2015).

(Alexandra Uhly)

¹⁴⁷ Zum Forschungsstand siehe Uhly 2015 und Rohrbach-Schmidt/Uhly 2015.

¹⁴⁸ Leider enthalten die Daten der Berufsbildungsstatistik nahezu keine betrieblichen Merkmale, sodass deren Einfluss nicht unmittelbar geprüft werden kann. Bei der Analyse von Rohrbach-Schmidt/Uhly (2015) wurde der Kohortendatensatz erweitert, indem Betriebs- und Berufsmerkmale – wie die Betriebsgröße oder die Nettokosten der Ausbildung – als Durchschnittsgrößen in den Ausbildungsberufen (auf Basis der BIBB-Erhebung der Kosten und des Nutzens der betrieblichen Ausbildung 2007 ermittelt) und Variablen zur Ausbildungsmarktlage aufgenommen wurden.

A4.8 Teilnahmen an Abschlussprüfungen sowie Berufsabschlüsse

In allen anerkannten Ausbildungsberufen finden am Ende der Ausbildungszeit Abschlussprüfungen (Gesellenprüfungen) statt. Sie dienen dem Nachweis der erreichten beruflichen Qualifikation, indem festgestellt wird, ob der/die Prüfungsteilnehmende die für den Berufsabschluss und die qualifizierte Ausübung des erlernten Berufes erforderlichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten (berufliche Handlungsfähigkeit) erworben hat (§ 38 BBiG/§ 32 HwO). Eine nicht bestandene Abschlussprüfung kann maximal zweimal wiederholt werden (§ 37 BBiG Abs. 1/§ 31 Abs. 1 HwO) (Wiederholungsprüfungen).

Zur Abschlussprüfung werden Auszubildende zugelassen, die die reguläre bzw. vertraglich festgelegte Ausbildungszeit zurückgelegt haben („fristgemäße Zulassung“; § 43 Abs. 1 BBiG/§ 36 Abs. 1 HwO). Die Zulassung kann aber auch vor Ablauf der regulären Ausbildungszeit erfolgen, wenn die Leistungen der Auszubildenden besonders gut sind („vorzeitige Zulassung“; § 45 Abs. 1 BBiG/§ 37 Abs. 1 HwO). Wird die Ausbildungszeit verlängert, um das Ausbildungsziel zu erreichen (§ 8 Abs. 2 BBiG/§ 27b Abs. 2 HwO), erfolgt auch die Zulassung zur Abschlussprüfung entsprechend später („Zulassung nach Verlängerung“).

Auch Personen, die in keinem Ausbildungsverhältnis stehen, können zur Abschlussprüfung zugelassen werden: Zugelassen werden können Personen, die über eine Mindestdauer praktischer Erfahrungen in dem Beruf verfügen, in dem sie die Prüfung ablegen wollen, oder auf andere Weise nachweisen können, dass sie die beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten erworben haben, die die Zulassung zur Prüfung rechtfertigen (§ 45 Abs. 2 und 3 BBiG/§ 37 Abs. 2 HwO). Außerdem können Personen zur Abschlussprüfung zugelassen werden, die einen schulischen Bildungsgang abgeschlossen haben, der einem anerkannten Ausbildungsberuf gleichgestellt ist (§ 43 Abs. 2 BBiG/§ 36 Abs. 2 HwO). Über den Weg dieser sogenannten Externenprüfung können sich Personen die erworbenen beruflichen Qualifikationen auf eine in der Arbeitswelt anerkannte Weise zertifizieren lassen und so ihre beruflichen Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten verbessern.

Die folgenden Ergebnisse zu den im Berichtsjahr 2013 durchgeführten Abschlussprüfungen Auszubildender und Externer basieren auf Daten aus der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (nachfolgend als Berufsbildungsstatistik bezeichnet)¹⁴⁹ **E**.

E Statistik über Abschlussprüfungen

Bis 2006 wurden mit der Aggregatdatenerfassung der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember) ausschließlich die während des Kalenderjahres (= Berichtszeitraum) in den dualen Ausbildungsberufen abgelegten Abschlussprüfungen und damit die Zahl der *Prüfungsteilnahmen* und nicht die Zahl der *Prüfungsteilnehmer/-innen* erhoben. Seit der Umstellung auf Einzeldaten im Jahr 2007 lassen sich sowohl Teilnahmen als auch Teilnehmer/-innen ausweisen.

Die Zahl der Prüfungsteilnahmen setzt sich wie folgt zusammen:

- ▶ Teilnahmen von Prüflingen, die im Berichtsjahr zum ersten Mal an der Abschlussprüfung teilnehmen (Erstprüfung),
- ▶ Teilnahmen von Prüflingen, die an Wiederholungsprüfungen zu der im Berichtsjahr nicht bestandenen Abschlussprüfung teilnehmen (Wiederholungsprüfung),
- ▶ Teilnahmen von Prüflingen, die im Berichtsjahr an Wiederholungsprüfungen zu einer in einem früheren Jahr nicht bestandenen Abschlussprüfung teilnehmen (ebenfalls Wiederholungsprüfung).

Damit werden Teilnehmer/-innen, die eine im Berichtsjahr durchgeführte Abschlussprüfung nicht bestanden haben und im Berichtsjahr an Wiederholungsprüfungen zu dieser nicht bestandenen Prüfung teilnehmen, bei den Prüfungsteilnahmen mehrfach gezählt; das wird für die Berechnung und Beurteilung der Erfolgsquoten berücksichtigt (vgl. Werner 1998). Allerdings wurde für die Jahre 2007 bis 2009

¹⁴⁹ Von 1993 bis 2006 erfolgten die Erhebungen auf Grundlage der §§ 4 und 5 des Berufsbildungsförderungsgesetzes. Seit dem 1. April 2007 bildet die revidierte Fassung des § 88 des Berufsbildungsgesetzes die Rechtsgrundlage. Damit erfolgte eine Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf Einzeldaten. Für den betrachteten Zeitraum liegen bis 2006 somit vergleichbare Daten zu Abschlussprüfungen vor; ab 2007 ist ein Vergleich mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich, wobei umstellungsbedingt für das Berichtsjahr 2007 keine Angaben zu Abschlussprüfungen veröffentlicht wurden (Statistisches Bundesamt 2008; Schmidt 2008).

bei den Wiederholungsprüfungen nur maximal eine (die letzte) Wiederholungsprüfung im Kalenderjahr erfasst. Seit 2010 werden – wie dies auch bis 2006 erfolgte – alle in einem Kalenderjahr durchgeführten Wiederholungsprüfungen gezählt. Damit fällt die Zahl aller Prüfungsteilnahmen sowie die der Teilnahmen an Wiederholungsprüfungen für die Jahre 2007 bis 2009 tendenziell geringer aus als für die Jahre bis 2006 bzw. ab 2010.

Bei der Zahl der *Prüfungsteilnehmer/-innen* handelt es sich um eine personenbezogene Größe, wohingegen die Zahl der Prüfungsteilnahmen eine fallbezogene Größe ist. Entsprechend wird jede Person, die sich im Berichtsjahr prüfen lässt, unabhängig von der Anzahl ihrer Prüfungsteilnahmen, nur einmal gezählt. Somit ist die Zahl der Prüfungsteilnehmer/-innen in der Regel kleiner als die der Prüfungsteilnahmen in einem Kalenderjahr. Eine Ausnahme besteht bei alleiniger Betrachtung der Erstprüfungen: Hier ist die Zahl der Teilnehmer/-innen identisch mit der der Teilnahmen.

Mit der Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf Einzeldaten hat sich auch die Erfassung der sogenannten *Externenprüfung* geändert. Bis zum Jahr 2006 sind Teilnahmen an der Externenprüfung in der Statistik der Abschlussprüfungen enthalten (für den Bereich Handwerk auch die Umschulungsprüfungen). Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an Externenprüfungen sind jedoch keine Auszubildenden; sie werden daher nicht bei den Auszubildenden nachgewiesen. Für einzelne Ausbildungsberufe kann deshalb die Zahl der Teilnahmen an Prüfungen ggf. die der Auszubildenden übersteigen. Die Meldung zu Externenprüfungen erfolgt differenziert nach der Art der Zulassung (abgeschlossener einschlägiger schulischer Bildungsgang oder Mindestdauer einschlägiger Berufspraxis).

Bis zum Berichtsjahr 2006 meldete der Bereich Handwerk im Gegensatz zu den anderen Zuständigkeitsbereichen die Externenprüfungen nicht gesondert, sodass sie aus den Abschlussprüfungsdaten nicht extrahiert werden können. Seit 2007 werden Umschulungsprüfungen und Externenprüfungen generell gesondert erfasst; bei Externenprüfungen werden jedoch nach wie vor nur Teilnahmen gezählt.

Die Umstellung der Berufsbildungsstatistik von einer Aggregatdatenerhebung zu einer Einzeldatenerfassung bietet grundsätzlich erweiterte Analysemöglichkeiten. Beispielsweise können Erfolgsquoten differenziert nach höchstem allgemeinbildendem Schulabschluss der Auszubildenden

betrachtet werden. Zudem kann die Berechnung des Indikators Erfolgsquote auf Basis von Einzeldaten grundsätzlich verbessert werden. So kann die Erfolgsquote nicht nur wie bisher bezogen auf die Prüfungsteilnahmen (fallbezogene Erfolgsquote: EQ I), sondern jetzt auch exakt – statt wie bislang nur näherungsweise – bezogen auf die Prüfungsteilnehmer/-innen (personenbezogene Erfolgsquote: EQ II_{neu}) berechnet werden. Ferner lässt sich als neuer Indikator die Erfolgsquote bei Erstprüfungen (EQ_{ep}) bestimmen, welche den Anteil derer ausweist, die die Abschlussprüfung im ersten Versuch bestehen.¹⁵⁰ Bei Zeitreihen wird aus Vergleichsgründen die bisherige Berechnungsweise auf Basis der Prüfungsfälle beibehalten. Die fallbezogene Erfolgsquote liegt dabei in der Regel etwas niedriger als die personenbezogene Erfolgsquote.

Abschlussprüfungen Auszubildender und Berufsabschluss

→ **Tabelle A4.8-1** zeigt die Entwicklung der Prüfungsteilnahmen an Abschlussprüfungen in der dualen Berufsausbildung anhand ausgewählter Zeitpunkte seit Beginn dieses Jahrtausends.¹⁵¹ Zwischen 2000 und 2006 bewegte sich die Anzahl der durchgeführten Abschlussprüfungen zwischen knapp 560.000 und rund 600.000. Seit dem Jahr 2008 wurden deutlich weniger Prüfungsfälle gezählt, da seit der Umstellung der Berufsbildungsstatistik im Jahr 2007 die durchgeführten Externen- und zum Teil auch Umschulungsprüfungen nicht mehr in den Teilnahmen an Abschlussprüfungen enthalten sind. Für das Jahr 2009 ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg der durchgeführten Abschlussprüfungen um rund 15.000 Fälle (+3,0%) auf annähernd 520.000 Teilnahmen zu verzeichnen. 2010 stieg die Zahl der Prüfungsteilnahmen abermals um rund 15.000 Fälle (+3,1%). Dieser Anstieg ist in Teilen auf die veränderte Erfassung bei den Wiederholungsprüfungen zurückzuführen. Für die Jahre 2008 und 2009 wurde jeweils nur eine (die letzte) Wiederholungsprüfung gezählt, seit 2010 werden – wie auch in den Jahren bis 2006 – alle (d. h. bis zu 2) Wiederholungsprüfungen erfasst. Seit 2011 ist ein Rückgang bei den jährlich abgenommenen Abschlussprüfungen zu verzeichnen. Dieser fiel im Jahr 2011 mit einem

¹⁵⁰ Detaillierte Ausführungen zu den einzelnen Erfolgsquoten finden sich bei Dionisius/Lissek/Schier 2012.

¹⁵¹ Für eine umfassende jahresbezogene Darstellung seit 1993 vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

Tabelle A4.8-1: **Teilnahmen an Abschlussprüfungen in der beruflichen Ausbildung und Prüfungserfolg 2000 bis 2013, Deutschland**

Jahr	Prüfungsteilnahmen						
	Männer	Frauen	insgesamt	darunter:			
				bestandene Prüfungen		Wiederholungsprüfungen ¹	
	Anzahl			Anzahl	in % ²	Anzahl	in %
2000	341.499	247.104	588.603	502.578	85,4	57.468	9,8
2002	346.467	255.864	602.331	513.444	85,2	60.267	10,0
2004	329.379	245.583	574.962	492.837	85,7	61.422	10,7
2006	327.651	231.648	559.299	479.574	85,7	54.825	9,8
2007 ³	–	–	–	–	–	–	–
2008	296.883	207.558	504.438	454.851	90,2	29.184	5,8
2009	304.176	215.433	519.609	468.852	90,2	30.804	5,9
2010	310.686	225.105	535.791	479.031	89,4	32.850	6,1
2011	311.415	220.086	531.501	476.580	89,7	38.523	7,2
2012	290.889	204.324	495.213	445.443	89,9	34.731	7,0
2013	280.845	197.529	478.374	430.275	89,9	32.700	6,8

¹ In den Jahren 2008 und 2009 wurde jeweils nur eine – die letzte – Wiederholungsprüfung erfasst, bis zum Jahr 2006 und ab dem Jahr 2010 sind alle Wiederholungsprüfungen erfasst.

² Anteil bestandener Prüfungen an allen durchgeführten Prüfungen (Erfolgsquote I).

³ Durch die Neukonzeption und Umstellung der Berufsbildungsstatistik im Jahr 2007 ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse vor und nach der Umstellung eingeschränkt. Für das Jahr 2007 wurden infolge der methodischen Umstellung der Statistik keine Teilnahmen an Abschlussprüfungen ausgewiesen. Bis 2006 einschließlich der Teilnehmer/-innen an Externenprüfungen, ab dem Berichtsjahr 2008 ohne Externenprüfungen. Bis 2007 einschließlich Teilnahmen an Abschlussprüfungen im Zuständigkeitsbereich Seeschifffahrt.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte sind aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

BIBB-Datenreport 2015

Minus von rund 4.000 Fällen (-0,8%) gegenüber dem Vorjahr geringfügig aus, in den Jahren 2012 und 2013 kam es zu deutlicheren Rückgängen. Im Vergleich zum Jahr 2010, dem Jahr mit der höchsten Anzahl durchgeführter Abschlussprüfungen seit der Umstellung der Berufsbildungsstatistik, wurden im Jahr 2012 rund 40.500 (-7,6%) und im 2013 rund 57.400 (-10,7%) weniger Abschlussprüfungen gezählt. Das Verhältnis zwischen Prüfungsteilnahmen von Männern und solchen von Frauen ist indes während des Beobachtungszeitraumes relativ stabil geblieben. Im Jahr 2013 entfiel mit rund 41% ein ähnlich hoher Anteil an Abschlussprüfungen auf Frauen wie in den Vorjahren.

Im Berichtsjahr 2013 haben gut 430.000 Männer und Frauen die Abschlussprüfung bestanden und damit ihre Berufsausbildung mit einem qualifizierten Berufsabschluss beendet. Bezogen auf die insgesamt rund 478.000 im Berichtsjahr durchgeführten Abschlussprüfungen liegt die Erfolgsquote I (EQ I) bei 89,9%, was dem Vorjahresniveau entspricht. Die Erfolgsquote I liegt damit erneut über den bis 2006 beobachteten Erfolgsquoten I. Hierin kommt der allgemein geringere Prüfungserfolg

der Teilnehmer/-innen an den Externenprüfungen zum Ausdruck, die bis zur Umstellung der Berufsbildungsstatistik im Jahr 2007 in die Berechnung der Erfolgsquote I mit eingingen.¹⁵² Zugleich bleibt die Erfolgsquote I im Berichtsjahr leicht hinter den für die Jahre 2008 und 2009 beobachteten Erfolgsquoten I zurück, was auf die unterschiedliche Erfassung der Wiederholungsprüfungen bis 2006 bzw. ab 2010 zurückgeht **E**.

Legt man nicht die Anzahl der Prüfungsteilnahmen, sondern die der Prüfungsteilnehmer/-innen als Bezugsgröße zugrunde, beläuft sich der Prüfungserfolg (Erfolgsquote II_{neu}) im Jahr 2013 auf 92,4% und verbleibt damit auf dem Niveau des Vorjahres **E**.

→ **Tabelle A4.8-2** zeigt, dass die Anzahl der durchgeführten Abschlussprüfungen in allen Zuständigkeitsbereichen gegenüber dem Vorjahr abgesunken ist. Im Bereich

¹⁵² Die Erfolgsquote der extern zur Abschlussprüfung Zugelassenen bewegte sich in der Zeit von 1993 bis 2006 zwischen 70% und 81%, vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

Tabelle A 4.8-2: **Teilnahmen an Abschlussprüfungen 2013 und Prüfungserfolg nach Zuständigkeitsbereichen¹, Deutschland**

Zuständigkeitsbereich ¹	Prüfungsteilnahmen							
	Männer	Frauen	insgesamt	Veränderung gegenüber 2012 in %	darunter:			
					bestandene Prüfungen		Wiederholungen	
	Anzahl				Anzahl	in % ²	Anzahl	in %
Industrie und Handel ³	173.760	121.557	295.317	-2,8	269.397	91,2	17.709	6,0
Handwerk	90.639	28.440	119.079	-5,2	102.375	86,0	11.301	9,5
Öffentlicher Dienst	4.512	8.337	12.846	-0,9	12.123	94,4	423	3,3
Landwirtschaft	9.714	2.724	12.438	-5,4	10.746	86,4	1.056	8,5
Freie Berufe	2.001	33.987	35.988	-1,6	33.174	92,2	2.055	5,7
Hauswirtschaft	216	2.484	2.703	-12,9	2.460	91,0	153	5,7
Alle Bereiche	280.845	197.529	478.374	-3,4	430.275	89,9	32.700	6,8

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. [E in Kapitel A1.2](#)). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

² Anteil bestandener Prüfungen an allen durchgeführten Prüfungen (Erfolgsquote I); die Berechnung erfolgt auf Basis der gerundeten Absolutwerte (s. Quellenangabe).

³ Einschließlich Banken, Versicherungen, Verkehrs- und Gastgewerbe.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte sind aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

BIBB-Datenreport 2015

Hauswirtschaft ist mit einem Minus von knapp 13% der deutlichste, im Bereich des öffentlichen Dienstes mit einem Minus von knapp 1% der geringste Rückgang zu verzeichnen.

In den einzelnen Zuständigkeitsbereichen haben sich die teilnahmebezogenen Erfolgsquoten (EQ I: Anteil bestandener Prüfungen an allen durchgeführten Prüfungen) gegenüber dem Vorjahr nur leicht verändert. In den Bereichen Industrie und Handel, Handwerk sowie im öffentlichen Dienst liegen sie jeweils um 0,1 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert. In den 3 übrigen Zuständigkeitsbereichen haben sie sich hingegen verbessert, und zwar um 0,3 Prozentpunkte in den freien Berufen, um 0,6 Prozentpunkte in der Hauswirtschaft und um 1,3 Prozentpunkte in der Landwirtschaft. Dennoch fiel die Erfolgsquote I im Bereich der Landwirtschaft mit einem Wert von 86,4% im Berichtsjahr 2013 – wie auch im Vorjahr – am niedrigsten aus. Die höchste Erfolgsquote I konnte erneut im Bereich öffentlicher Dienst beobachtet werden; hier erreicht sie im Berichtsjahr einen Wert von 94,4% → [Tabelle A4.8-2](#).

Viele Prüfungsteilnehmer/-innen, die nicht erfolgreich waren, wiederholen die Abschlussprüfung, um den gewünschten Berufsabschluss zu erlangen. Im Berichtsjahr

2013 betrug der Anteil der Wiederholungsprüfungen an allen durchgeführten Abschlussprüfungen 6,8% → [Tabelle A4.8-1](#), ein geringfügiger Rückgang um 0,2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr.¹⁵³ Allerdings tritt nur ein Teil der erfolglosen Prüfungsteilnehmer/-innen in dem Jahr zur Wiederholungsprüfung an, in dem die erste Abschlussprüfung (Erstprüfung) nicht bestanden wurde. Im Jahr 2013 nahmen knapp 9.700 Prüflinge, denen die Erstprüfung im Berichtsjahr misslang, an der ersten Wiederholungsprüfung teil, gut 6.300 davon mit Erfolg (65%). Von den rund 3.400 erneut erfolglosen Kandidaten und Kandidatinnen traten rund 130 noch im selben Jahr zur zweiten Wiederholungsprüfung an. Knapp 40% von ihnen gelang es, den Berufsabschluss zu erwerben.

Erste Teilnahme an der Abschlussprüfung und Berufsabschluss

Seit der Umstellung der Berufsbildungsstatistik lässt sich nicht nur abbilden, wie viele Ausbildungsabschlussprüfungen in einem Berichtsjahr insgesamt durchgeführt werden, sondern es kann auch in den Blick genommen werden,

¹⁵³ Vgl. hierzu BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A4.8.

bei wie vielen dieser Prüfungen es sich um Erstprüfungen handelt und zu welchem Anteil sie unmittelbar bestanden werden.

Im Berichtsjahr 2013 unterzogen sich annähernd 260.000 junge Männer und etwas weniger als 186.000 junge Frauen zum ersten Mal der Abschlussprüfung im erlernten Ausbildungsberuf → **Tabelle A4.8-3**. Wie bei den Teilnahmen an Abschlussprüfungen insgesamt ist auch bei den Teilnahmen an Erstprüfungen gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang zu verzeichnen; er beträgt hier 3,2%.

Mit 91,1% wurde die große Mehrheit aller Erstprüfungsteilnehmer/-innen fristgemäß nach Ablauf der regulären bzw. vertraglich vereinbarten Ausbildungsdauer zur Abschlussprüfung zugelassen. 6,8% nahmen aufgrund besonderer Ausbildungsleistungen vorzeitig an der Erstprüfung teil, ein Anstieg um 1,1 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Gut 2% der Erstprüfungen erfolgten nach einer Verlängerung der Ausbildungszeit; der Anteil dieser Prüfungsteilnahmen lag damit um 0,3 Prozentpunkte höher als im Vorjahr. 91,8% der an Erstprüfungen Teilnehmenden gelang es, direkt im ersten Versuch einen qualifizierten Berufsabschluss zu erwerben, was dem Vorjahresniveau entspricht.

Aus → **Tabelle A4.8-3** lässt sich ferner entnehmen, dass zwischen den Zuständigkeitsbereichen leichte Unterschiede beim Anteil der Erstprüfungsteilnehmer/-innen mit vorzeitiger Prüfungszulassung resp. Prüfungszulassung nach Verlängerung der Ausbildungszeit bestehen. Am höchsten ist der Anteil vorzeitig zur Abschlussprüfung Zugelassener im Bereich Industrie und Handel, er liegt hier bei 9,0%. Auch im Vorjahr konnte für den Bereich Industrie und Handel der höchste Anteil vorzeitiger Prüfungszulassungen festgestellt werden, wenngleich er um 1,8 Prozentpunkte unter dem diesjährigen Niveau lag. Ebenfalls wie im Vorjahr findet sich der geringste Anteil vorzeitiger Prüfungszulassungen mit 0,2% im Bereich Hauswirtschaft (2012: 0,4%). Der Anteil der nach Verlängerung der Ausbildungszeit an der Abschlussprüfung Teilnehmenden ist – ebenfalls wie im Vorjahr – im Bereich Industrie und Handel am geringsten, liegt jedoch mit 1,5% um 0,8 Prozentpunkte über dem Vorjahresniveau. Der höchste Anteil entfällt auf den Bereich der freien Berufe mit 3,7%, was annähernd dem Vorjahreswert (3,8%) entspricht. Auch in Bezug auf die Erfolgsquote bei Erstprüfungen lassen sich Unterschiede zwischen den Zuständigkeitsbereichen ausmachen. In den Bereichen von Industrie und Handel, des öffentlichen Dienstes, der freien Berufe und der Hauswirtschaft liegt die Erfolgsquote

Tabelle A4.8-3: Erste Teilnahme an Abschlussprüfungen in 2013 und Prüfungserfolg nach Zuständigkeitsbereichen¹, Deutschland

Zuständigkeitsbereich ¹	Teilnehmende										
	Männer	Frauen	insgesamt	darunter:							
				Art der Zulassung						Prüfungserfolg	
	Anzahl			fristgemäß		vorzeitig		nach Verlängerung		bestanden	
			Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in % ²	
Industrie und Handel ³	163.125	114.483	277.608	248.529	89,5	24.867	9,0	4.212	1,5	258.420	93,1
Handwerk	81.501	26.277	107.778	102.363	95,0	2.250	2,1	3.165	2,9	94.758	87,9
Öffentlicher Dienst	4.308	8.115	12.423	11.382	91,6	837	6,7	204	1,6	11.874	95,6
Landwirtschaft	8.883	2.499	11.382	10.839	95,2	201	1,8	342	3,0	10.023	88,1
Freie Berufe	1.917	32.016	33.933	30.372	89,5	2.316	6,8	1.245	3,7	31.764	93,6
Hauswirtschaft	195	2.352	2.547	2.472	97,1	6	0,2	69	2,7	2.382	93,5
Alle Bereiche	259.929	185.742	445.671	405.954	91,1	30.480	6,8	9.240	2,1	409.221	91,8

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. **§ in Kapitel A1.2**). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

² Erfolgsquote bei Erstprüfungen (EQ_{ep}): Anteil erfolgreicher Erstprüfungen an allen Erstprüfungen.

³ Einschließlich Banken, Versicherungen, Verkehrs- und Gastgewerbe.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte sind aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Ingesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

bei Erstprüfungen (EQ_{EP}) über dem Gesamtdurchschnitt, in den Bereichen Handwerk und Landwirtschaft bleibt sie hinter dem Durchschnitt zurück. In den Bereichen öffentlicher Dienst, Landwirtschaft, freie Berufe und Hauswirtschaft fällt die EQ_{EP} im Berichtsjahr 2013 um zwischen 0,2 und 1,3 Prozentpunkte günstiger aus als im Vorjahr, in den beiden übrigen Zuständigkeitsbereichen (Industrie und Handel, Handwerk) erreicht die EQ_{EP} bei einem geringfügigen Rückgang um jeweils 0,1 Prozentpunkte in etwa das Vorjahresniveau.¹⁵⁴

Bei einer nach Bundesländern differenzierten Betrachtung fällt auf, dass sich die Erfolgsquoten bei Erstprüfungen (EQ_{EP}) um bis zu annähernd 9 Prozentpunkte unterscheiden. Den mit 95,1% höchsten Wert erreicht die EQ_{EP} in Baden-Württemberg, der mit 86,3% niedrigste Wert findet sich in Sachsen-Anhalt. Gleichzeitig zeigt sich, dass die EQ_{EP} in allen ostdeutschen Bundesländern (einschließlich Berlin) unterhalb des gesamtdeutschen Durchschnitts verbleibt. Bezogen auf die westdeutschen Bundesländer trifft dies auf 5 Länder zu (Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland), in den übrigen 6 westdeutschen Bundesländern wird der Gesamtdurchschnitt überschritten → **Tabelle A4.8-4 Internet**.

Externe Prüfungsteilnahmen und Berufsabschluss

Neben der Abschlussprüfung nach einer regulären Ausbildung eröffnet das Berufsbildungsgesetz/die Handwerksordnung auch die Möglichkeit, als externer Prüfungsteilnehmer/externe Prüfungsteilnehmerin zur Abschlussprüfung vor der zuständigen Stelle zugelassen zu werden. Diese Möglichkeit steht vor allem Absolventen und Absolventinnen vollzeitschulischer Bildungsgänge und ausbildungslosen Personen mit Berufserfahrung offen (§ 45 Abs. 2 und 3 BBiG bzw. § 43 Abs. 2 BBiG/ § 37 Abs. 2 HwO bzw. § 36 Abs. 2 HwO).

→ **Tabelle A4.8-5** weist die Teilnahmen an Externenprüfungen im Berichtsjahr 2013 insgesamt sowie differenziert nach Zuständigkeitsbereichen aus.¹⁵⁵ Wie im Jahr zuvor war die Anzahl der Teilnahmen an Externenprüfungen (einschließlich Wiederholungsprüfungen) auch im Be-

richtsjahr 2013 rückläufig. Mit rund 31.400 durchgeführten Externenprüfungen unterschritt die Zahl der Teilnahmen das Vorjahresniveau um 1.600 Fälle bzw. 4,9%.¹⁵⁶ Eine niedrigere Teilnahmezahl gab es zuletzt 2008 mit knapp 29.000 durchgeführten Externenprüfungen, wobei hier noch Einschränkungen aufgrund der seit 2006 veränderten Erfassung externer Prüfungsteilnahmen in der Berufsbildungsstatistik in Rechnung zu stellen sind **E**.

Der im Jahr 2013 beobachtete Rückgang bei den Teilnahmen an Externenprüfungen geht auf beide Formen der Zulassung zur Externenprüfung zurück. Allerdings sind die Rückgänge bei Teilnahmen, die auf einer Zulassung aufgrund eines abgeschlossenen schulischen Bildungsganges basieren, mit einem Minus von 10,2% gegenüber dem Vorjahr erneut deutlich ausgeprägter als die Rückgänge bei den Teilnahmen, denen eine Zulassung aufgrund von Berufserfahrung zugrunde liegt. Das Minus gegenüber dem Vorjahr beträgt hier 3,3%. Die Veränderungsrate fällt bei dieser Zulassungsform damit gleich der im Berichtsjahr 2012 aus.

Der Anteil der Externenprüfungen an allen im Jahr 2013 erfolgten Abschlussprüfungen¹⁵⁷ beträgt wie im Vorjahr 6,2%. Zwischen den einzelnen Zuständigkeitsbereichen variieren die Anteilswerte der Externenprüfung allerdings erheblich. Mit Abstand die größte Bedeutung für den Erwerb eines Berufsabschlusses kommt der Externenprüfung im Bereich Hauswirtschaft zu. Hier belief sich der Anteil der Teilnahmen externer Prüfungskandidaten und -kandidatinnen an allen durchgeführten Abschlussprüfungen im Berichtsjahr auf 46%. Dagegen fiel die Externenprüfung im Bereich der freien Berufe mit 1% so gut wie gar nicht ins Gewicht. Zwischen diesen beiden Extremen liegen die übrigen Bereiche mit Anteilen von 1,6% im Handwerk, 3,4% im öffentlichen Dienst, 7,8% im Bereich Industrie und Handel und 9% in der Landwirtschaft. Änderungen gegenüber dem Vorjahr haben sich damit kaum ergeben. Ferner verdeutlicht → **Tabelle A4.8-5**, dass die beiden Formen der Zulassung zur Externenprüfung eine unterschiedliche Rolle spielen. Bei 77,8% der externen Prüfungsfälle erfolgte die Zulassung aufgrund der gesetzlich geforderten Mindestdauer einschlägiger berufspraktischer Erfahrung (Vorjahr: 76,5%), in den übrigen Fällen (22,2%; Vorjahr 23,5%) hatten die Prüfungskan-

¹⁵⁴ Vgl. hierzu BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A4.8.

¹⁵⁵ Für eine Darstellung der Entwicklung der Teilnahmen an Externenprüfungen zwischen 1993 und 2006 vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

¹⁵⁶ Vgl. hierzu BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A4.8.

¹⁵⁷ D.h. einschließlich der Externenprüfungen.

Tabelle A4.8-5: **Teilnahmen an Externenprüfungen 2013 nach Zuständigkeitsbereichen¹, Deutschland**

Zuständigkeitsbereich ¹	Teilnahmen						Prüfungserfolg				
	Männer	Frauen	insgesamt	darunter:				bestandene Prüfungen bei Zulassungsart		bestandene Prüfungen insgesamt	
				Zulassungsart		abgeschlossener schulischer Bildungsgang	Berufserfahrung	abgeschlossener schulischer Bildungsgang	Berufserfahrung		
	Anzahl		Anzahl	in % ³	Anzahl					in % ³	in % ³
Industrie und Handel ²	14.901	10.227	25.125	4.632	18,4	20.493	81,6	80,7	78,5	19.815	78,9
Handwerk	1.323	594	1.917	807	42,1	1.110	57,9	82,5	89,2	1.656	86,4
Öffentlicher Dienst	201	249	450	132	29,3	318	70,7	81,8	92,5	399	88,7
Landwirtschaft	762	468	1.227	132	10,8	1.098	89,5	84,1	89,9	1.098	89,5
Freie Berufe	42	330	372	186	50,0	183	49,2	77,4	78,7	288	77,4
Hauswirtschaft	75	2.220	2.295	1.071	46,7	1.224	53,3	89,6	85,0	2.001	87,2
Alle Bereiche	17.301	14.088	31.386	6.960	22,2	24.429	77,8	82,2	80,0	25.257	80,5

¹ Maßgeblich für die Zuordnung zu den Zuständigkeitsbereichen ist die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. [E](#) in Kapitel A1.2).

² Einschließlich Banken, Versicherungen, Verkehrs- und Gastgewerbe.

³ Die Berechnung erfolgt auf Basis der gerundeten Absolutwerte (s. Quellenangabe).

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte sind auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Ingesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

BIBB-Datenreport 2015

didaten einen anerkannten Ausbildungsberuf gleichgestellten schulischen Bildungsgang absolviert. In den einzelnen Zuständigkeitsbereichen kommt den beiden Zulassungsformen allerdings unterschiedliche Bedeutung zu. In Industrie und Handel, im öffentlichen Dienst sowie in der Landwirtschaft dominiert die Berufserfahrung als Zulassungsvoraussetzung. Im Handwerk, in den freien Berufen und in der Hauswirtschaft haben die beiden Zulassungsformen ähnliche Gewichte, mit einem leichten Überhang der Berufserfahrung als Zulassungsart im Handwerk und – anders als im Vorjahr – auch in der Hauswirtschaft. Losgelöst vom Verhältnis zwischen den beiden Zulassungsarten zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr in den Bereichen Handwerk und Hauswirtschaft ein erkennbarer Anstieg des Anteils der aufgrund von Berufserfahrung zur Externenprüfung Zugelassenen (von 53,2% auf 57,9% bzw. von 45,5% auf 53,3%). Im Bereich öffentlicher Dienst hat sich der Anteil der sich auf Berufserfahrung gründenden Externenprüfungen gegenüber dem Vorjahr hingegen verringert (von 78,1% auf 70,7%). In den übrigen 3 Zuständigkeitsbereichen zeigen sich nur geringfügige Veränderungen.

Gut 25.200 extern zugelassene Prüfungsteilnehmer/-innen haben im Jahr 2013 die Prüfung bestanden und somit auf diesem Wege einen qualifizierten Berufsabschluss erworben. Das sind rund 1.100 über die Exter-

nenprüfung erworbene Berufsabschlüsse weniger als im Vorjahr. Die Erfolgsquote (Anteil bestandener Prüfungen an allen durchgeführten Prüfungen) fiel mit 80,5% leicht höher aus als im Vorjahr (79,8%). Zwischen den Zuständigkeitsbereichen bestehen gewisse Unterschiede in Bezug auf die Erfolgsquote: Wie im Vorjahr gingen auch 2013 im Handwerk, im öffentlichen Dienst, in der Landwirtschaft sowie in der Hauswirtschaft überdurchschnittlich viele extern zugelassene Prüfungsteilnehmende erfolgreich aus der Prüfung, in den freien Berufen und im Bereich Industrie und Handel lag die Erfolgsquote erneut unter dem Durchschnitt. Ferner zeigen sich auch Unterschiede in der Erfolgsquote in Abhängigkeit der Zulassungsart. In den Bereichen Handwerk, öffentlicher Dienst und Landwirtschaft lagen die Erfolgsquoten der berufserfahrenen externen Prüfungsteilnehmer im Berichtsjahr – und damit wie auch im Vorjahr – über denen der schulisch qualifizierten Prüfungskandidaten und -kandidatinnen. Umgekehrt erreichte in den Bereichen Industrie und Handel sowie Hauswirtschaft ein höherer Anteil der schulisch als der beruflich qualifizierten Prüfungsteilnehmenden auf dem Wege der Externenprüfung einen Berufsabschluss. Allein im Bereich der freien Berufe fallen die Erfolgsquoten in beiden Gruppen annähernd gleich aus.

(Margit Ebbinghaus)

A4.9 Jugendliche mit Migrationshintergrund: Zugang zu einer betrieblichen Ausbildung und Anforderungen, Ressourcen und Ausbildungszufriedenheit im betrieblichen Alltag

Die berufliche Ausbildung ist eine entscheidende Etappe für den beruflichen Werdegang junger Menschen. Potenzialen und Ressourcen junger Menschen mit Migrationshintergrund sowie ihren Schwierigkeiten gerade beim Zugang in eine berufliche Ausbildung gilt weiterhin eine große bildungspolitische Aufmerksamkeit. Seltener hingegen werden bisher die berufliche Ausbildung selbst und ihr Verlauf in den Blick genommen. Zu beachten ist, dass der Begriff „Migrationshintergrund“ in Erhebungen und Studien mitunter unterschiedlich definiert wird **E**.

E Migrationshintergrund

„Migrationshintergrund“ ist in der Regel ein Konstrukt aus mehreren Merkmalen, das in verschiedenen Erhebungen und Studien auf unterschiedliche Weise operationalisiert wird. In den empirischen Untersuchungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) werden meist die aktuelle Staatsangehörigkeit und die Muttersprache (bzw. die als Erste erlernte/-n Sprache/-n), teilweise auch das Geburtsland und in Deutschland verbrachte Zeiten, verwendet (Settlemeyer/Erbe 2010; vgl. z. B. **E** in Kapitel A3.2). Darüber hinausgehend unterscheidet der Mikrozensus zwischen Personen mit eigener Migrationserfahrung (Ausländer, Deutsche [Spät-] Aussiedler und Eingebürgerte) sowie Personen ohne eigene Migrationserfahrung (Ausländer der 2. und 3. Generation, Deutsche, d. h. Eingebürgerte, Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil; Statistisches Bundesamt 2013a).

Unterschiedliche Definitionen und in der Folge uneinheitliche Kategorisierungen von Personen als solche mit bzw. ohne Migrationshintergrund führen nicht nur zu erheblichen quantitativen Unterschieden der so bestimmten Gruppe, sondern können auch die Ergebnisse von Studien und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen beeinflussen. Es ist daher erforderlich, die für die Definition von Migrationshintergrund jeweils verwendeten Kriterien und die Begründung ihrer Auswahl offenzulegen (Settlemeyer/Erbe 2010).

Zugang von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in eine berufliche Ausbildung

Der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine Berufsausbildung ist insbesondere für nicht-studienberechtigte Jugendliche mit Migrationshintergrund auch weiterhin oft besonders schwierig und langwierig (vgl. Kapitel A3.2; BIBB-Datenreport 2014, 2013, 2011 und 2009, jeweils Kapitel A3; Beicht 2012; Beicht/Walden 2014b, c).

Nach der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014 sind etwas mehr als ein Drittel der bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) registrierten Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund am Jahresende in einer dualen Berufsausbildung nach BBiG/HwO verblieben (36%), und zwar 29% in einer betrieblichen und 7% in einer nicht betrieblichen Ausbildung. Von denjenigen ohne Migrationshintergrund sind es dagegen 51% (45% in betrieblicher und 6% in nicht betrieblicher Ausbildung) → Tabelle A3.1.1-4.¹⁵⁸ Demgegenüber befanden sich Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu denjenigen ohne häufiger in einem/einer teilqualifizierenden Bildungsgang/Maßnahme (20% vs. 15%). Auch unter Berücksichtigung des Schulabschlusses sind Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund Ende 2014 seltener in einer betrieblichen Ausbildung. Besonders deutlich sind die Unterschiede bei einem Realschulabschluss: Während sich bei einem mittleren Abschluss (knapp) die Hälfte der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund (48%) am Ende des Jahres in einer betrieblichen Ausbildung befindet, sind dies bei denjenigen mit Migrationshintergrund nur 30%. Bei einem mittleren Abschluss beträgt die Differenz zwischen Bewerbern/Bewerberinnen mit und ohne Migrationshintergrund demnach 18 Prozentpunkte und liegt damit doppelt so hoch wie die Differenz bei einem Hauptschulabschluss → Schaubild A3.1.2-1.

Werden in die Analysen alle Schulabgänger/-innen einbezogen, unabhängig davon, ob sie bei der BA als Bewerber/-innen registriert sind, so weisen die Ergebnisse in die gleiche Richtung. Nach der BIBB-Übergangsstudie

¹⁵⁸ In den BA/BIBB-Bewerberbefragungen gelten alle Jugendlichen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die in Deutschland geboren wurden und mit Deutsch als alleiniger Muttersprache aufwuchsen, als Personen ohne Migrationshintergrund. Alle anderen Personen werden als Bewerber/-innen mit einem Migrationshintergrund betrachtet (vgl. **E** in Kapitel A3.1).

2011 münden Jugendliche mit Migrationshintergrund¹⁵⁹, die am Ende der Schulzeit einen betrieblichen Ausbildungsplatz suchten, schätzungsweise mit 39% innerhalb von 3 Monaten bzw. mit 69% nach 3 Jahren in eine betriebliche Ausbildung ein und damit seltener als Jugendliche ohne Migrationshintergrund (ohne MH: Einmündung innerhalb 3 Monate 54%, innerhalb von 3 Jahren 80%, vgl. [Kapitel A3.2](#)).

Dies betrifft insbesondere nicht-studienberechtigte Jugendliche: Bei maximal mittlerer Reife und entsprechenden Suchaktivitäten münden 66% der Jugendlichen mit Migrationshintergrund innerhalb von 3 Jahren in eine betriebliche Ausbildung ein, 79% sind es bei denjenigen ohne Migrationshintergrund (vgl. [Kapitel A3.2](#)). Werden bei der Suche alle Formen vollqualifizierender Ausbildung einbezogen – betriebliche Ausbildung, Schulberufssystem und Beamtenlaufbahn –, dann steigt die Einmündungsquote für Nichtstudienberechtigte mit Migrationshintergrund auf 77% und bei denjenigen ohne Migrationshintergrund auf 89%, d. h., die Unterschiede zwischen beiden Gruppen bleiben bestehen. Bei einer Studienberechtigung existieren hingegen keine substantiellen Unterschiede zwischen beiden Gruppen: Studienberechtigte Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund haben – mit und ohne Suchaktivitäten – ähnliche Einmündungswahrscheinlichkeiten in eine betriebliche bzw. vollqualifizierende Ausbildung → [Schaubild A3.2.1-3](#).

Differenziert nach Geschlecht bestätigen sich für den Übergang in eine betriebliche Ausbildung die Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudie 2006 (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.9) – demnach sind junge Männer ohne Migrationshintergrund am häufigsten erfolgreich und junge Frauen mit Migrationshintergrund am seltensten: Bei Suchaktivitäten münden 84% der nicht-studienberechtigten jungen Männer ohne Migrationshintergrund innerhalb von 3 Jahren in eine betriebliche Ausbildung. Erheblich seltener gelingt jungen Männern mit Migrationshintergrund bzw. jungen Frauen ohne Migrationshintergrund mit maximal mittlerer Reife im Verlauf von 3 Jahren der Übergang in eine betriebliche Ausbildung

(nicht-studienberechtigte junge Männer mit Migrationshintergrund 70%, nicht-studienberechtigte junge Frauen ohne Migrationshintergrund 71%). Am seltensten münden nicht-studienberechtigte junge Frauen mit Migrationshintergrund, die einen Ausbildungsplatz suchen, im Zeitraum von 3 Jahren in eine betriebliche Ausbildung (60%) ein. Bei der Einmündung in alle Formen vollqualifizierender Ausbildung sind nicht-studienberechtigte junge Frauen (75%) und junge Männer mit Migrationshintergrund (78%) bei entsprechender Suche seltener erfolgreich als nicht-studienberechtigte junge Frauen (88%) bzw. Männer ohne Migrationshintergrund (89%) → [Schaubild A3.2.1-2](#).

Auf Basis der Berufsbildungsstatistik sowie der durch den Zensus 2011 korrigierten Daten der Bevölkerungsfortschreibung kann die Ausbildungsanfängerquote ausländischer und deutscher Jugendlicher berechnet werden (vgl. [Kapitel A4.5](#)). Demnach lag die Ausbildungsanfängerquote ausländischer Jugendlicher 2013 mit 32,1% rund 25 Prozentpunkte unter der Quote deutscher Jugendlicher (57,0%). Die Ausbildungsanfängerquote ist damit gegenüber 2011 sowohl bei ausländischen Jugendlichen (2011: 35,7%) als auch bei deutschen Jugendlichen (2011: 60,6%) leicht gesunken → [Tabelle A4.5-4](#), wobei der Abstand zwischen beiden Gruppen ungefähr gleich geblieben ist (2011: 24,9 Prozentpunkte, 2013: 24,5 Prozentpunkte). Weitere Unterschiede zeigen sich bei der Differenzierung nach Geschlecht: 2013 betrug die Ausbildungsanfängerquote junger Frauen ausländischer Nationalität 28,4%, die junger Männer ausländischer Nationalität 35,5%. Die Ausbildungsanfängerquote deutscher Frauen lag 2013 mit 46,9% rund 19 Prozentpunkte höher als die ausländischer Frauen, die der männlichen deutschen Jugendlichen mit 66,6% sogar rund 31 Prozentpunkte über derjenigen männlicher Jugendlicher ausländischer Nationalität → [Tabelle A4.5-4](#). Zu beachten ist, dass die hier berücksichtigte Staatsangehörigkeit von Personen nicht mit dem Merkmal Migrationshintergrund gleichgesetzt werden kann. Aus der Ausbildungsanfängerquote abgeleitete Aussagen zur Teilhabe junger Menschen mit Migrationshintergrund an beruflicher Ausbildung können sich nur auf die Teilgruppe der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit beziehen.

Auf die Fragen, wie es zu den Unterschieden zwischen (nicht-studienberechtigten) Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund beim Zugang in berufliche Aus-

¹⁵⁹ In der BIBB-Übergangsstudie gelten alle Jugendlichen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die mit Deutsch als alleiniger Muttersprache aufwuchsen und deren beide Eltern in Deutschland geboren sind, als Personen ohne Migrationshintergrund. Alle anderen Personen werden als Personen mit einem Migrationshintergrund betrachtet (vgl. [E](#) in [Kapitel A3.2](#)).

bildung kommt und welche Folgen diese Unterschiede für Verlauf und Abschluss einer beruflichen Ausbildung sowie für ihren weiteren beruflichen Werdegang haben, können die amtlichen Statistiken (z. B. Berufsbildungsstatistik, Schulstatistik, integrierte Ausbildungsberichterstattung, vgl. Kapitel A6) keine Antworten geben. Hierzu muss auf Stichprobenerhebungen zurückgegriffen werden. Auf der Grundlage von Stichprobenuntersuchungen des BIBB hatte das Forschungsprojekt „Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund – Übergangsprozesse und Einmündungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund“ in eine berufliche Ausbildung untersucht (Granato u. a. 2011). Über zentrale Ergebnisse dieses Projekts wurde in den Ausgaben 2009 bis 2014 des Datenreports zum Berufsbildungsbericht berichtet. Dabei zeigte sich – vergleichbar zu aktuellen Untersuchungen –, dass junge Menschen mit maximal Hauptschulabschluss oder einem mittleren Schulabschluss bei einem Migrationshintergrund trotz engagierter Suchaktivitäten erheblich häufiger längere Übergangsprozesse auf dem Weg in eine berufliche Ausbildung durchlaufen und seltener in eine betriebliche bzw. alle Formen vollqualifizierender Ausbildung einmünden (vgl. Kapitel A3.2).

Weder ungünstigere schulische Voraussetzungen bzw. Schulleistungen oder metakognitive Fähigkeiten bzw. Berufspräferenzen oder Suchstrategien noch die bisher untersuchten kulturellen und sozialen Ressourcen und die soziale Herkunft bzw. Unterstützungsangebote im Übergangsprozess oder die regionale Ausbildungsmarktlage können bei einem Migrationshintergrund die geringeren Einmündungschancen junger Menschen mit Hauptschul- oder mittlerem Schulabschluss bzw. bestimmter Herkunftsgruppen in eine nicht-akademische berufliche Ausbildung abschließend erklären (vgl. Kapitel A3.2; Beicht 2015; Beicht 2012; Beicht/Walden 2014b; Seeber 2011).

Auszubildende mit und ohne Migrationshintergrund im betrieblichen Alltag: Anforderungen, Ressourcen und Ausbildungszufriedenheit

Konzentrierte sich die Forschung bisher auf den Übergang Schule – Ausbildung, liegen inzwischen (erste) empirisch belastbare Ergebnisse zur Platzierung in beruflicher Ausbildung, den Rahmenbedingungen der

Ausbildung und dem Ausbildungsgeschehen (Gei/Granato 2015) sowie zum Erfolg am Ausbildungsende differenziert nach dem Migrationshintergrund vor (Beicht/Granato/Ulrich 2011; Beicht/Walden 2014a; Hunkler 2010). Studien, die untersuchen, in welche Ausbildungsgänge Jugendliche eingemündet sind, weisen darauf hin, dass Auszubildende mit Migrationshintergrund, die einen Ausbildungsplatz finden, signifikant seltener im Wunschberuf ausgebildet werden als Auszubildende ohne Migrationshintergrund (Diehl/Friedrich/Hall 2009; Beicht/Granato/Ulrich 2011; Hupka-Brunner/Kriesi 2013). Auch andere Indikatoren deuten darauf hin, dass Auszubildende mit Migrationshintergrund auf ungünstigere Rahmenbedingungen in der Ausbildung treffen: Sie werden signifikant häufiger als Nichtmigranten/Nichtmigrantinnen in dualen Ausbildungsberufen ausgebildet, für die sie schulisch höher qualifiziert sind als der Durchschnitt der Auszubildenden in diesen Berufen, und sie erhalten häufiger Ausbildungsplätze in Ausbildungsberufen, die eine höhere Vertragslösungsquote aufweisen (vgl. BIBB-Datenreport 2014, Kapitel 4.9; Beicht/Walden 2014a; Beicht/Ulrich/Granato 2011; Krewerth 2011).

Im Hinblick auf den Ausbildungsprozess selbst liegen unterschiedliche Forschungsergebnisse vor. Nach einer Studie im Bremer Handwerk haben Auszubildende mit Migrationshintergrund, selbst unter Kontrolle zentraler individueller und betrieblicher Einflussgrößen, seltener als Nichtmigranten/Nichtmigrantinnen die Möglichkeit, im betrieblichen Lern- und Ausbildungsprozess Selbstständigkeit zu entwickeln, und erfahren eine geringere Fehlertoleranz durch die Auszubildenden (Quante-Brandt/Grabow 2009). In eine andere Richtung weisen die Resultate der repräsentativen Untersuchung des BIBB „Ausbildung aus Sicht der Auszubildenden“ in 15 stark besetzten Ausbildungsberufen (Krewerth 2011; Krewerth/Beicht 2011). Zwar werden Auszubildende mit Migrationshintergrund häufiger in Ausbildungsberufen mit ungünstigeren Rahmenbedingungen ausgebildet (Krewerth 2011). Dennoch schätzen Auszubildende mit und ohne Migrationshintergrund die Bedeutsamkeit der Arbeit bzw. Aufgaben für den Betrieb, die Vielseitigkeit der Aufgaben und die Fehlertoleranz der Auszubildenden ihnen gegenüber ähnlich ein. Bedeutsame Unterschiede zwischen Auszubildenden mit und ohne Migrationshintergrund bestehen vor allem beim Lob für gute Leistungen, der Möglichkeit, im betrieblichen Alltag selbstständig zu arbeiten bzw. zu lernen, und der Lernprozessplanung – zugunsten

von Auszubildenden mit Migrationshintergrund – sowie beim fachlichen Feedback, beim Arbeitsdruck und den Überstunden – zuungunsten von Auszubildenden mit Migrationshintergrund (Gei/Granato 2015). In den 15 untersuchten Ausbildungsberufen lässt sich demnach im betrieblichen Alltag keine generelle Benachteiligung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund feststellen: Bei einigen für den Ausbildungsprozess als wichtig erachteten Qualitätsdimensionen (Dietzen u. a. 2014) sind Auszubildende mit Migrationshintergrund stärker benachteiligt, bei anderen Auszubildende ohne Migrationshintergrund (Gei/Granato 2015).

Es stellt sich nunmehr die Frage, welche Bedeutung einem Migrationshintergrund im betrieblichen Ausbildungsalltag zukommt, wenn eine Vielzahl von Ausbildungsberufen berücksichtigt wird. Auf der Grundlage der BIBB/BAuA-Jugenderwerbstätigenbefragung 2011/2012 **E** werden nachfolgend zentrale Aspekte des betrieblichen Alltags von Auszubildenden betrachtet (zu weiteren Ergebnissen der Befragung vgl. [Kapitel A4.11](#)): Welchen Anforderungen stehen duale Auszubildende mit und ohne Migrationshintergrund im betrieblichen Alltag gegenüber, inwieweit fühlen sie sich dadurch belastet und welche Ressourcen in Form von Autonomie und sozialer Unterstützung erhalten sie? Neben der Ausbildungszufriedenheit dieser Auszubildenden wird auch beleuchtet, inwieweit sich die Auszubildenden den Anforderungen im Ausbildungsalltag gewachsen fühlen.

E BIBB/BAuA-Jugenderwerbstätigenbefragung 2011/2012

Bei der BIBB/BAuA-Jugenderwerbstätigenbefragung 2011/2012 handelt es sich um eine telefonische Repräsentativbefragung von 3.214 jungen Erwerbstätigen und Auszubildenden im Alter von 15 bis 24 Jahren (vgl. **E** in [Kapitel A4.11](#)). Von allen befragten jungen Erwerbstätigen und Auszubildenden wurden anhand mehrerer Angaben (u. a. zum Ausbildungsberuf) 1.119 Jugendliche in dualer Berufsausbildung identifiziert. Die Stichprobe ist repräsentativ für Auszubildende im Alter von 15 bis 24 Jahren mit einer Ausbildungszeit von mindestens zehn Stunden pro Woche (vgl. Schmiederer 2014). Zentrale Merkmale der Auszubildenden sind ähnlich verteilt wie unter allen Jugendlichen, die sich 2011 in dualer Ausbildung befinden → [Tabelle A4.11-1 Internet](#).

Definition des Migrationshintergrunds

Ein Migrationshintergrund liegt vor, wenn die Befragten eine ausländische Staatsangehörigkeit haben oder (auch) eine andere Muttersprache als Deutsch im Kindesalter erlernt haben. Auszubildende ohne Migrationshintergrund haben die deutsche Staatsangehörigkeit und zudem Deutsch als erste und einzige Muttersprache erlernt. In der BIBB/BAuA-Jugenderwerbstätigenbefragung 2011/2012 liegt nach dieser Definition der Anteil an Auszubildenden mit Migrationshintergrund bei 20,4% (n = 182).

Im Rahmen der BIBB/BAuA-Jugenderwerbstätigenbefragung 2011/2012 wurden u. a. 1.119 Jugendliche in dualer Berufsausbildung befragt, 937 Jugendliche ohne und 182 Jugendliche mit Migrationshintergrund **E** (20,4%). Das Alter der befragten Auszubildenden liegt unabhängig von einem Migrationshintergrund bei rund 20 Jahren. Der Frauenanteil ist bei Auszubildenden mit Migrationshintergrund höher als ohne Migrationshintergrund (48% vs. 35%). Auszubildende mit Migrationshintergrund erlernen im Vergleich zu Auszubildenden ohne Migrationshintergrund deutlich häufiger einen Dienstleistungsberuf (68% vs. 51%). Auszubildende mit Migrationshintergrund haben in der Stichprobe seltener als diejenigen ohne Migrationshintergrund einen weiterführenden Schulabschluss erreicht, sei es einen Realschulabschluss (35% vs. 43%) oder die Hochschulreife (21% vs. 27%), hingegen häufiger einen Hauptschulabschluss (44% vs. 30%) → [Tabelle A4.9-1 Internet](#). Der monatliche Bruttoverdienst liegt in den alten Ländern bei Auszubildenden ohne Migrationshintergrund im Schnitt bei 652 € und damit höher als bei Auszubildenden mit Migrationshintergrund (609 €).

Anforderungen und Belastungen im betrieblichen Alltag

Bei Anforderungen und Belastungen im betrieblichen Alltag bestehen zwischen Auszubildenden mit und ohne Migrationshintergrund eine Reihe von Übereinstimmungen, aber auch einige statistisch signifikante Unterschiede → [Tabelle A4.9-2](#).

In der betrieblichen Ausbildung wird von Auszubildenden unabhängig von einem Migrationshintergrund (MH) ähnlich häufig erwartet, verschiedene Arbeiten oder Vorgänge gleichzeitig im Auge zu behalten (mit MH 40,9% vs. ohne MH 36,5%). Die Anforderung, schnell zu

Tabelle A 4.9-2: **Häufig auftretende psychische Anforderungen und damit verbundene Belastungen bei Auszubildenden ohne und mit Migrationshintergrund (in %)**

	Auszubildende ohne Migrationshintergrund	davon belastet:	Auszubildende mit Migrationshintergrund	davon belastet:
Derselbe Arbeitsgang wiederholt sich bis in alle Einzelheiten	47,4	14,1	55,6	22,7
Neue Aufgaben, in die man sich hineindenken und einarbeiten muss	46,5	7,8	39,4	11,4
Verschiedene Arbeiten oder Vorgänge sind gleichzeitig im Auge zu behalten	36,5	19,4	40,9	21,0
Sehr schnelles Arbeiten	34,5	32,8	40,2	30,0
Starker Termin- oder Leistungsdruck	32,6	48,2	36,2	54,2
Stückzahl, Mindestleistung oder Zeit vorgeschrieben	31,3	28,0	34,8	30,9
Störungen oder Unterbrechungen bei der Arbeit	30,7	40,9	33,2	53,0
Kleiner Fehler ist mit großem finanziellen Verlust verbunden	23,0	33,1	19,6	27,5
Bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit gehen zu müssen	11,5	59,6	17,7	62,9
Dinge verlangt, die nicht gelernt oder nicht beherrscht werden	8,5	40,9	12,6	52,0

Quelle: BIBB/BAuA-Jugenderwerbstätigenbefragung 2011/2012

BIBB-Datenreport 2015

arbeiten, trifft Auszubildende bei einem Migrationshintergrund mit 40,2% ähnlich häufig wie Auszubildende ohne Migrationshintergrund (34,5%). Dies gilt auch für starken Termin- bzw. Leistungsdruck (mit MH 36,2% vs. ohne MH 32,6%). Knapp jedem bzw. jeder dritten Auszubildenden wird im betrieblichen Alltag eine bestimmte Stückzahl, Mindestleistung oder Zeit vorgeschrieben – ohne signifikante Unterschiede nach dem Migrationshintergrund (mit MH 34,8% vs. ohne MH 31,3%). Ohne bedeutsame Differenzen nach dem Migrationshintergrund ist knapp jede bzw. jeder dritte Auszubildende mit Störungen oder Unterbrechungen bei der Arbeit konfrontiert, z. B. durch Kollegen/Kolleginnen, schlechtes Material, Defekte an Maschinen oder Telefonate (mit MH 33,2% vs. ohne MH 30,7%) → [Tabelle A4.9-2](#).

Neben diesen im betrieblichen Alltag unabhängig von einem Migrationshintergrund ähnlich ausgeprägten Anforderungen gibt es auch signifikante Unterschiede zwischen beiden Gruppen: Auszubildende mit Migrationshintergrund werden signifikant häufiger in Berufen ausgebildet, in denen sich in der betrieblichen Ausbildung ein und derselbe Arbeitsgang häufig bis in alle Einzelheiten wiederholt (mit MH 55,6% vs. ohne MH 47,4%). Entsprechend geringer ist der Anteil Auszubildender mit Migrationshintergrund, die häufig vor neue Aufgaben gestellt werden, in die sie sich erst mal hineindenken und einarbeiten müssen (39,4% vs. 46,5%).

Auszubildende mit Migrationshintergrund gehen im betrieblichen Alltag zudem signifikant häufiger bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit (mit MH 17,7% vs. ohne MH 11,5%), und es kommt häufiger als bei Auszubildenden ohne Migrationshintergrund vor, dass von ihnen Dinge verlangt werden, die sie nicht gelernt haben oder die sie nicht beherrschen (mit MH 12,6% vs. ohne MH 8,5%) → [Tabelle A4.9-2](#).

Diese Anforderungen im Betrieb werden in unterschiedlichem Maße als belastend empfunden (vgl. [Kapitel A4.11](#)). Knapp die Hälfte (49,5%) der Auszubildenden, bei denen häufig starker Termin- oder Leistungsdruck herrscht, und 43,6% derjenigen, bei denen häufig Störungen oder Unterbrechungen auftreten, sind davon belastet. Besonders belastend ist es für Auszubildende, wenn die Grenze der Leistungsfähigkeit häufig erreicht wird oder häufig Dinge erwartet werden, die nicht gelernt oder nicht beherrscht werden (mit MH 62,9% vs. ohne MH 59,6% bzw. mit MH 52,0% vs. ohne MH 40,9%). Bei vielen Anforderungen wird die Belastung von Auszubildenden unabhängig vom Migrationshintergrund ähnlich empfunden → [Tabelle A4.9-2](#). Signifikante Unterschiede zwischen Auszubildenden mit und ohne Migrationshintergrund zeigen sich allerdings bei der Belastung durch die ständige Wiederholung von Arbeitsaufgaben. Auszubildende mit Migrationshintergrund fühlen sich dadurch häufiger belastet (mit MH 22,7% vs. ohne MH 14,1%).

Handlungsspielräume und soziale Unterstützung im betrieblichen Alltag

Auszubildende benötigen Handlungsspielräume und soziale bzw. fachliche Unterstützung, um die Ausbildung und die Anforderungen im betrieblichen Alltag erfolgreich bewältigen zu können (Dietzen u. a. 2014). Auszubildende fühlen sich in hohem Maße als Teil der sozialen Gemeinschaft in ihrer betrieblichen Umgebung und erhalten dort in hohem Maße Unterstützung: Die große Mehrheit, d. h. 82,7% der Auszubildenden, fühlen sich an ihrem Arbeitsplatz häufig als Teil einer Gemeinschaft, und 87,2% der Auszubildenden empfinden die Zusammenarbeit mit Kollegen häufig als gut. 87,6% geben des Weiteren an, dass sie häufig von ihren Kollegen/Kolleginnen Hilfe und Unterstützung bei ihrer Arbeit erhalten, wenn sie diese benötigen, seltener ist dies bei direkten Vorgesetzten der Fall (56,8%) → [Tabelle A4.9-3](#). Handlungsspielräume im Ausbildungsalltag erfahren Auszubildende dagegen erheblich seltener: Nach der BIBB/BAuA-Jugenderwerbstätigenbefragung 2011/2012 kann rund ein Drittel der Auszubildenden die eigene Arbeit häufig selbst planen und einteilen (34,8%), jede bzw. jeder Fünfte hat häufig Einfluss auf die zugewiesene Arbeitsmenge (19,6%). Bei den zur Verfügung stehenden Ressourcen in Form von Handlungsspielräumen oder sozialer Unterstützung zeigen sich zwischen Auszubildenden mit und ohne Migrationshintergrund keine signifikanten Unterschiede → [Tabelle A4.9-3](#).

Über- und Unterforderung durch fachliche Anforderung und Arbeitsmenge

Ein weiterer zentraler Aspekt ist die Frage, in welchem Ausmaß sich die Auszubildenden den Anforderungen im Betrieb gewachsen fühlen oder ob Anzeichen für eine Über- oder Unterforderung bestehen. Hierfür wurde nach der Passung mit den fachlichen Anforderungen und der Arbeitsmenge gefragt.

Die überwiegende Mehrheit der Auszubildenden fühlt sich den fachlichen (78,3%) und mengenmäßigen Anforderungen im Betrieb gewachsen (75,8%). Auszubildende mit Migrationshintergrund fühlen sich signifikant häufiger als Auszubildende ohne Migrationshintergrund von den Anforderungen durch die Arbeitsmenge überfordert (mit MH 19,2% vs. ohne MH 11,2%) oder unterfordert (mit MH 17,7% vs. ohne MH 9,8%) → [Tabelle A4.9-4](#). Von den fachlichen Anforderungen fühlen sich Auszubildende mit Migrationshintergrund häufiger unterfordert (mit MH 20,1 vs. ohne MH 15,1%), was sich durch ihren höheren Anteil an primären Dienstleistungsberufen erklärt (vgl. [Kapitel A4.11](#)).

Ausbildungszufriedenheit

Aufgrund der aufgezeigten geringeren Passung und der geringeren Chance, eine Ausbildung im Wunschberuf

Tabelle A4.9-3: Häufig vorliegende Handlungsspielräume und soziale Unterstützung bei Auszubildenden ohne und mit Migrationshintergrund (in %)

	Auszubildende ohne Migrationshintergrund	Auszubildende mit Migrationshintergrund	Alle Auszubildenden
Handlungsspielräume			
Eigene Arbeit selbst zu planen und einzuteilen	34,3	36,7	34,8
Einfluss auf die zugewiesene Arbeitsmenge	20,5	16,2	19,6
Soziale Unterstützung			
Am Arbeitsplatz Teil einer Gemeinschaft	83,8	78,9	82,7
Zusammenarbeit mit Kollegen als gut empfunden	87,5	85,4	87,2
Hilfe und Unterstützung von Kollegen, wenn benötigt	86,7	90,5	87,6
Hilfe und Unterstützung von Vorgesetzten, wenn benötigt	56,8	56,6	56,8

Quelle: BIBB/BAuA/Jugenderwerbstätigenbefragung 2011/2012

BIBB-Datenreport 2015

Tabelle A 4.9-4: Über- und Unterforderung bei Auszubildenden ohne und mit Migrationshintergrund (in %)

	Auszubildende ohne Migrationshintergrund	Auszubildende mit Migrationshintergrund	Alle Auszubildenden
Den fachlichen Anforderungen			
in der Regel gewachsen	79,5	73,4	78,3
eher überfordert	5,4	6,5	5,5
eher unterfordert	15,1	20,1	16,1
Den Anforderungen an die Arbeitsmenge			
in der Regel gewachsen	79,0	63,1	75,8
eher überfordert	11,2	19,2	12,9
eher unterfordert	9,8	17,7	11,3

Quelle: BIBB/BAuA-Jugenderwerbstätigenbefragung 2011/2012

BIBB-Datenreport 2015

Tabelle A 4.9-5: Zufriedenheit bei Auszubildenden ohne und mit Migrationshintergrund (Anteil sehr zufrieden in %)

	Auszubildende ohne Migrationshintergrund	Auszubildende mit Migrationshintergrund	Alle Auszubildenden
Einkommen	17,8	13,6	17,0
Arbeitsmittel	25,9	26,9	26,1
Arbeitszeit	25,1	17,1	23,5
Körperliche Arbeitsbedingungen	23,8	18,1	22,7
Art/Inhalt der Tätigkeit	30,5	26,3	29,7
Möglichkeit, Fähigkeiten einzusetzen	32,6	31,2	32,3
Möglichkeit hinzuzulernen	36,2	42,2	37,4
Betriebsklima	50,4	49,7	50,3
Direkter Vorgesetzter	39,7	41,7	40,1
Zufriedenheit insgesamt	38,2	38,2	38,2

Quelle: BIBB/BAuA-Jugenderwerbstätigenbefragung 2011/2012

BIBB-Datenreport 2015

aufzunehmen (mit MH 73,0% vs. ohne MH 80,8%)¹⁶⁰, wäre zu erwarten, dass die Zufriedenheit mit der Ausbildung bei einem Migrationshintergrund geringer ausgeprägt ist.¹⁶¹ Dies zeigt sich jedoch lediglich in Bezug auf die Zufriedenheit mit der Arbeitszeit, mit der Auszubildende mit Migrationshintergrund signifikant seltener sehr zufrieden sind als Auszubildende ohne Migrationshintergrund (mit MH 17,1% vs. ohne MH 25,1%) → **Tabelle A 4.9-5**. Die Antworten auf die Frage „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Arbeit insgesamt?“ unterscheiden sich nicht zwischen Auszubildenden mit und ohne Migrationshintergrund. Dies bestätigt sich hinsichtlich der Arbeitszufriedenheit von Erwerbstätigen: Migranten/

Migrantinnen unterscheiden sich nicht signifikant von Nichtmigranten/-Nichtmigrantinnen (vgl. Derfler/Besic 2013).

Fazit

Im betrieblichen Alltag erfahren Auszubildende unabhängig von einem Migrationshintergrund ähnliche Anforderungen, die sie zumeist auch ähnlich häufig als belastend empfinden. Dies trifft auf starken Termin- und Arbeitsdruck, die vorgeschriebene Arbeitsmenge bzw. Arbeitsgeschwindigkeit, das Multitasking und die Störungen im Arbeitsablauf zu. Auszubildende fühlen sich in der betrieblichen Ausbildung in hohem Maße als Teil einer sozialen Gemeinschaft und erhalten in hohem Maße Unterstützung durch ihr betriebliches Umfeld – ohne Unterschiede nach dem Migrationshintergrund. Deutlich seltener haben Auszubildende unabhängig von einem Migrationshintergrund

160 Gefragt wurde: „Arbeiten Sie zurzeit in Ihrem Wunschberuf oder würden Sie lieber in einem anderen Beruf arbeiten?“

161 „Sagen Sie mir bitte für Ihre Tätigkeit als <...>, ob Sie damit sehr zufrieden, zufrieden, weniger zufrieden oder nicht zufrieden sind.“

hingegen Handlungsspielräume bei der Planung bzw. bei der Menge der eigenen Arbeit im Betrieb. Die große Mehrheit der Auszubildenden sieht sich den mengenmäßigen und fachlichen Anforderungen gewachsen, unabhängig von einem Migrationshintergrund. Wenngleich Auszubildende mit Migrationshintergrund seltener im Wunschberuf eine Ausbildung erhalten, sind sie dennoch mit ihrem betrieblichen Alltag insgesamt sowie mit den meisten einzelnen Aspekten ähnlich oft sehr zufrieden wie Auszubildende ohne Migrationshintergrund.

In der Einschätzung der betrieblichen Ausbildungsrealität zeigen sich jedoch auch einige bedeutsame Unterschiede zwischen beiden Gruppen. Auszubildende mit Migrationshintergrund sehen sich seltener neuen Aufgaben gegenüber. Häufiger hingegen sind sie bei den Arbeitsaufgaben von Monotonie betroffen und fühlen sich davon auch stärker belastet. Zudem geben Auszubildende mit Migrationshintergrund häufiger an, im betrieblichen Alltag an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit zu kommen.

Wenngleich die einzelnen Antworten – aufgrund des unterschiedlichen Studiendesigns und unterschiedlicher Fragevorgaben – zum Teil verschieden ausfallen, lässt sich auf Grundlage der BIBB/BAuA-Jugenderwerbstitelbefragung 2011/2012 ähnlich wie bei der BIBB-Untersuchung „Ausbildung aus Sicht von Auszubildenden“, in welcher 15 Ausbildungsberufe einbezogen waren (Krewerth/Beicht 2011), ebenfalls ein hohes Maß an Übereinstimmungen in der Einschätzung der betrieblichen Ausbildungsrealität zwischen Auszubildenden mit und ohne Migrationshintergrund aufzeigen (Gei/Granato 2015). Eine grundlegende Benachteiligung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund im betrieblichen Ausbildungsalltag ist in beiden Studien nicht feststellbar. Wenngleich Auszubildende mit Migrationshintergrund ebenso oft wie Auszubildende ohne Migrationshintergrund ein hohes Maß an Integration im Betrieb und Unterstützung im Kollegenkreis erfahren und ebenso oft wie diejenigen ohne Migrationshintergrund angeben, mit dem betrieblichen Alltag in ihrer Ausbildung sehr zufrieden zu sein, weist gerade die Monotonie der Aufgaben, die Auszubildende mit Migrationshintergrund signifikant häufiger als Auszubildende ohne Migrationshintergrund erfahren, darauf hin, dass es ihnen an einer Vielfalt an Arbeitsaufgaben und damit an einer breiten Palette an lernförderlichen Aufgaben fehlt. Lernförderliche Aufgaben gelten jedoch nicht nur als eine sehr wichtige Voraussetzung, um den

Ausbildungsprozess erfolgreich zu meistern, sondern wirken sich – neben der Fachkompetenz und der Fürsorglichkeit der Auszubildenden – am stärksten auf die betriebliche Motivation von Auszubildenden aus (Dietzen u. a. 2014). Arbeitsaufgaben und betriebliche Tätigkeiten, die die Auszubildenden als vielseitig, abwechslungsreich und lernhaltig erleben, können daher, gerade bei Auszubildenden mit Migrationshintergrund, nicht nur dazu beitragen, ihre betriebliche Motivation und ihre Ausbildungszufriedenheit (Stalder 2003) zu stärken, sondern möglicherweise auch einen positiven Einfluss auf ihre Fachkompetenz und damit auf das Gelingen der Ausbildung haben.

Beim Abschluss der beruflichen Ausbildung ist die große Mehrheit der Auszubildenden mit Migrationshintergrund zwar erfolgreich. Auf der Grundlage der BIBB-Übergangsstudie 2011 zeigt sich jedoch, dass Auszubildende mit Migrationshintergrund innerhalb von 36 Monaten mit 15% signifikant häufiger ihre Ausbildung ohne Abschluss beenden als Auszubildende ohne Migrationshintergrund mit 11% (Beicht/Walden 2014a). Werden die ungünstigeren Bildungsvoraussetzungen von Auszubildenden mit Migrationshintergrund, ihre ungünstigere soziale Herkunft sowie die weniger günstigen Rahmenbedingungen ihrer Ausbildung berücksichtigt, so zeigen sich beim Erreichen eines Ausbildungsabschlusses keine Unterschiede mehr zwischen Auszubildenden mit und ohne Migrationshintergrund, so die Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudien 2006 und 2011 (Beicht/Granato/Ulrich 2011; Beicht/Walden 2014a). Diese Ergebnisse weisen auf die Bedeutung der Rahmenbedingungen der Ausbildung für einen erfolgreichen Ausbildungsabschluss hin.

Ein Ausbildungs- bzw. Berufsabschluss hat gerade im Hinblick auf eine dauerhafte Integration in das Erwerbsleben eine herausragende Bedeutung (vgl. Kapitel C1.3). Gerade junge Erwachsene mit Migrationshintergrund erlangen deutlich seltener einen Berufsabschluss, was u. a. mit ihren signifikant geringeren Chancen des Übergangs in eine betriebliche Ausbildung in Zusammenhang steht. Der Anteil junger Erwachsener (20 bis 34 Jahre) mit Migrationshintergrund, der in Deutschland aufgewachsen ist und keinen Berufsabschluss hat, liegt 2012 mit 21,7% rund doppelt so hoch wie bei der Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund (9,4%, vgl. Kapitel A8.3).

(Mona Granato, Anja Hall)

A4.10 Betriebliche Ausbildungs- beteiligung

A4.10.1 Ergebnisse der Beschäftigungs- statistik zur Ausbildungsbeteiligung

In diesem Kapitel wird dargestellt, wie sich die Beteiligung von Betrieben an der beruflichen Ausbildung von Jugendlichen entwickelt hat. Hierzu werden neben den absoluten Veränderungen in zentralen Bestandsgrößen 2 Indikatoren verwendet, die insbesondere zur Untersuchung der Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung in der Grundgesamtheit aller Betriebe und aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geeignet sind: Die Ausbildungsbetriebs- und die Ausbildungsquote **E** (vgl. Troltsch/Walden 2014; Hucker/Troltsch 2012).

Beteiligung der Betriebe in Deutschland

Nach Angaben der revidierten Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit **E** beteiligten sich zum 31. Dezember 2013 von den bundesweit etwas über 2,1 Mio. Betrieben mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten **E** rund 438.000 Betriebe an der beruflichen Ausbildung Jugendlicher. Damit schrumpfte die Zahl der Ausbildungsbetriebe im Vorjahresvergleich um 9.000 bzw. um 2,0%. Gleichzeitig nahm der betriebliche Gesamtbestand zu und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 4.000 Betriebe (+0,2%). Gegenüber den drei Vorjahren sind die Verluste bei den Ausbildungsbetrieben und die Zugewinne bei den Betrieben konstant ausgefallen, wodurch sich der Rückgang der Ausbildungsbetriebsquote kontinuierlich fortgesetzt hat → **Schaubild A4.10.1-1**.¹⁶² Mit einem Minus von 0,5 Prozentpunkten sank die Ausbildungsbetriebsquote gegenüber 2012 und erreichte einen neuen Tiefststand von 20,7% → **Tabelle A4.10.1-1 Internet**.

Weiter gesunken ist 2012 auch die Ausbildungsquote **E**. Anders als in den Vorjahren war für den Quotenrückgang allerdings hauptsächlich das anhaltende Beschäftigungswachstum und weniger die rückläufige Zahl der Auszu-

bildenden verantwortlich. Aber auch die Revision der Beschäftigungsstatistik führt zu einem marginalen Effekt auf den Rückgang der Ausbildungsbeteiligung.¹⁶³ Während der Bestand der Auszubildenden bundesweit um 23.500 auf rund 1,612 Mio. zurückging (-1,4%), konnte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 356.000 auf 29,9 Mio. zulegen (+1,2%) → **Tabelle A4.10.1-2 Internet**. Die Ausbildungsquote verzeichnete mit 5,4% einen erneuten Rückgang, nochmals mit 0,1% unter dem Vorjahreswert.

Beteiligung der Betriebe in den alten und neuen Bundesländern

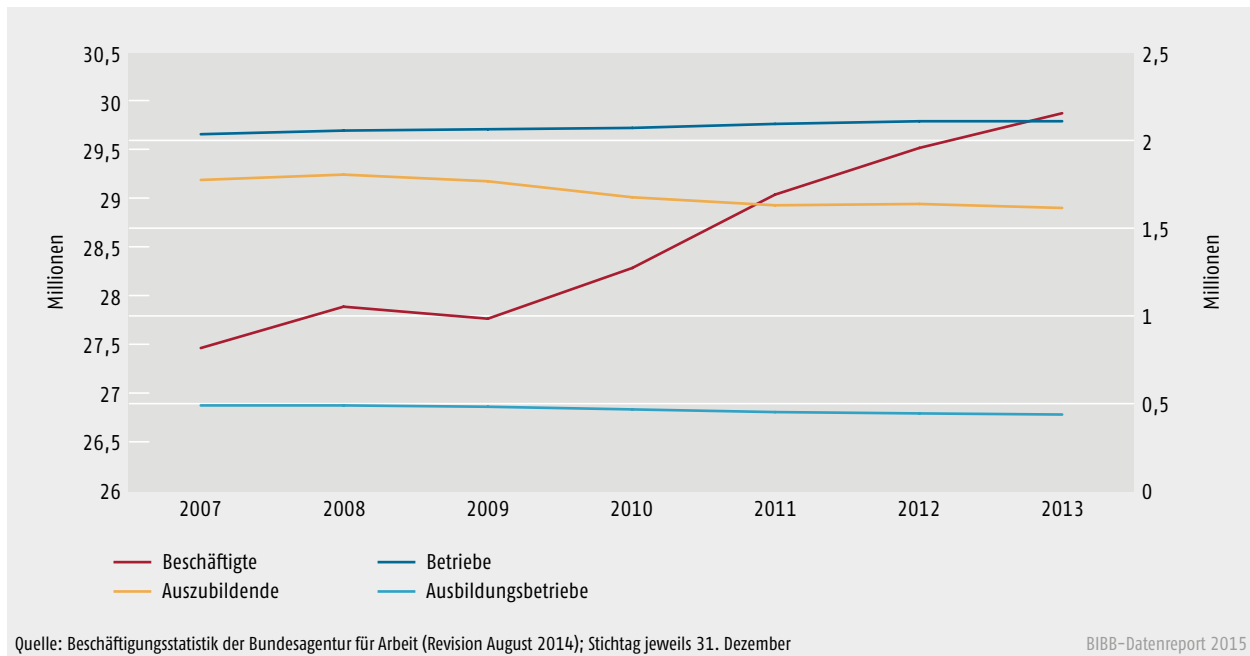
Wie in den vergangenen Jahren waren grundsätzlich sowohl die neuen als auch die alten Bundesländer von der rückläufigen Ausbildungsbeteiligung der Betriebe betroffen. In den alten Ländern sank die Zahl der Ausbildungsbetriebe um rund 7.000 auf 377.500 (-1,8%), während der betriebliche Gesamtbestand um 4.000 (+0,2%) stieg. Die Ausbildungsbetriebsquote im Westen nahm um 0,5 Prozentpunkte ab und betrug zuletzt 22,5% → **Tabelle A4.10.1-3 Internet**. Bei der Entwicklung des Auszubildendenbestands zeigt sich weiterhin eine deutliche Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Beschäftigung und der Ausbildung. Im Westen nahm die Zahl der Auszubildenden um 10.600 auf 1,4 Mio. (-0,8%) ab, gleichzeitig stieg die Zahl der Beschäftigten um 301.200 auf 24,3 Mio. (+1,3%) an. In der Folge sank die Ausbildungsquote von 5,8 auf 5,7% → **Tabelle A4.10.1-4 Internet**.

In den neuen Bundesländern ging die Zahl der Ausbildungsbetriebe mit einem Minus von 2.100 Betrieben (-3,4%) weniger stark zurück als in den Vorjahren, sank aber noch immer schneller als in den alten Bundesländern. Die betriebliche Gesamtzahl legte dagegen geringfügig zu und erhöhte sich um 50 auf 433.000 Betriebe.

162 Die Zeitreihen konnten im Vergleich zu früheren Auswertungen der Beschäftigtenstatistik nicht mehr auf das Jahr 1999 bezogen werden, sondern mussten für die aktuellen Auswertungen auf das Jahr 2007 fixiert werden, da erst ab diesem Zeitpunkt revidierte Beschäftigtenangaben nach Wirtschaftszweigen in der 2008er-Klassifikation verwendet werden können (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2014, S. 30 f., S. 43).

163 Der Effekt auf die betriebliche Ausbildungsbeteiligung ist insofern marginal, als sich durch die Aufnahme neuer Personengruppen als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte **E** um ca. 400.000 Personen der Nenner bei der Berechnung der Ausbildungsquote vergrößert hat, die Ausbildungsquote z. B. zum Stichtag 31. Dezember 2013 im Bundesdurchschnitt zwar von 5,5% auf 5,4% sinkt, aber lediglich um 0,1 Prozentpunkte niedriger liegt als vor der Revision. Allerdings können sich Effekte durch Rundungen ergeben. Keine Effekte der Revision ergeben sich aufgrund unveränderter Personengruppenschlüssel auf die Bestände an Auszubildenden (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2014, S. 43). Effekte der Revision auf die Ausbildungsbetriebsquote werden noch marginaler als bei der Ausbildungsquote ausfallen.

Schaubild A4.10.1-1: **Beschäftigte (linke Skala), Betriebe, Ausbildungsbetriebe und Auszubildende (rechte Skala) zwischen 2007 und 2013 in Deutschland (in Mio.)**



Die Ausbildungsbetriebsquote im Osten verringerte sich um 0,5 Prozentpunkte auf einen Wert in Höhe von 13,9% → [Tabelle A4.10.1-5 Internet](#). Ähnlich wie im Westen ging die Zahl der Auszubildenden im Osten weiter zurück und schrumpfte um rund 12.800 auf 222.000. Mit einem Minus von 5,4% hielt das Negativwachstum des Auszubildendenbestands weiter an. Bei der Beschäftigung setzte sich der bisherige Wachstumstrend in abgeschwächter Form fort. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kletterte um 56.500 auf 5,61 Mio., was einem Anstieg von 1,0% entspricht.¹⁶⁴ Beide Entwicklungen ließen die Ausbildungsquote in den neuen Ländern erneut sinken, die binnen Jahresfrist um 0,3 Prozentpunkte auf 4,0% fiel → [Tabelle A4.10.1-6 Internet](#).

E Definitionen zur betrieblichen Ausbildungs-beteiligung

Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (Revision vom 28. August 2014)

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit hat am 28. August 2014 eine Revision der Beschäftigungsstatistik durchgeführt (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2014). Die Revision wurde rückwirkend bis 1999 vorgenommen. Sie ist das Ergebnis einer modernisierten Datenaufbereitung mit genaueren Ergebnissen und zusätzlichen Inhalten für diese Statistik und beinhaltet u. a. eine umfassendere Abgrenzung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie eine verbesserte Zuordnung zur Beschäftigungsart. Infolge dieser Revision hat sich durch die Aufnahme neuer Personengruppen als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der Bestand an Beschäftigten deutlich erhöht. Zum Stichtag Juni 2013 sind dies insgesamt 414.000 Personen (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2014, S. 20). Dazu gehören behinderte Menschen in anerkannten Werkstätten oder gleichartigen Einrichtungen (ca. 300.000 Personen) oder Personen, die ein freiwilliges soziales, ein freiwilliges ökologisches Jahr oder einen Bundesfreiwilligendienst (ca. 80.000 Personen) leisten.

¹⁶⁴ In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Revision der Beschäftigungsstatistik durch die Aufnahme neuer Personengruppen insbesondere in den neuen Bundesländern zu einer Erhöhung der Beschäftigtenbestände geführt hat. Dies ist bei der Interpretation der Ergebnisse zu beachten (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2014, S. 35 f.).

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich Auszubildender, die kranken-, renten- oder pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die der Arbeitgeber Beitragsanteile zu entrichten hat.

Auszubildende

Als Auszubildende zählen alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Ausbildung, die der Bundesagentur für Arbeit über die Personengruppenschlüssel 102, 121, 122, 141 und 144 gemeldet wurden. Dies sind in der Regel Auszubildende, deren Ausbildungsverhältnis den Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) bzw. der Handwerksordnung (HwO) unterliegt oder die eine Berufsausbildung auf unter Bundesflagge fahrenden Seeschiffen der Kauffahrteischiffahrt absolvieren. Aufgrund relativ weit gefasster Zuordnungskriterien fallen darunter auch Auszubildende im Gesundheitswesen, deren Ausbildung nicht durch BBiG/HwO geregelt ist.

Ausbildungsbetriebsquote

Die Ausbildungsbetriebsquote bezeichnet den Anteil der Betriebe mit Auszubildenden an allen Betrieben mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einschließlich der Ausbildungsbetriebe. Bei der Berechnung der Ausbildungsbetriebsquote wird nicht zwischen Betrieben mit und ohne Ausbildungsberechtigung differenziert. Insofern unterscheidet sich die Ausbildungsbetriebsquote von der sogenannten Ausbildungsaktivität, die den Anteil der ausbildenden Betriebe an allen ausbildungsberechtigten Betrieben ausweist (vgl. BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A 4.10.2).

Ausbildungsquote

Die Ausbildungsquote bezeichnet den Anteil der Auszubildenden an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einschließlich Auszubildender.

Betriebliche Ausbildungsbeteiligung nach Bundesländern

Die betriebliche Ausbildungsbeteiligung variierte im Berichtsjahr erheblich zwischen den einzelnen Bundesländern, wie ein Vergleich der länderspezifischen Ausbildungsbetriebsquoten zeigt → [Tabelle A4.10.1-7 Internet](#). Den mit 26,5% höchsten Anteil ausbildender

Betriebe hatte wie im Vorjahr das Saarland, gefolgt von Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, die auf Anteilswerte von 24,6% bzw. 23,9% kamen. Das Schlusslicht bildete Berlin, wo sich lediglich 12,5% der Betriebe an der Ausbildung Jugendlicher beteiligten. Gegenüber dem Vorjahr war bis auf Thüringen die Ausbildungsbetriebsquote in sämtlichen Bundesländern rückläufig. Die Verlustspanne reichte von 0,3 Prozentpunkten in Sachsen bis zu 0,7 Prozentpunkten in Sachsen-Anhalt.

Größere Abweichungen zeigen sich auch beim Vergleich der länderbezogenen Ausbildungsquoten, die sich mit Werten von 3,9% (in Thüringen, Sachsen und Brandenburg) bis zu 6,4% (in Niedersachsen und Schleswig-Holstein) deutlich zwischen den einzelnen Bundesländern unterschieden → [Tabelle A4.10.1-8 Internet](#). Auffällig ist, dass die Ausbildungsquote analog zur Ausbildungsbetriebsquote in allen Ländern zurückging und sich in dieser Frage keine Varianz erkennen lässt.

Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung im Einzelnen**Veränderung nach Betriebsgröße***Deutschland*

Wie schon im Vorjahr ging der gesunkene Bestand an Ausbildungsbetrieben fast ausschließlich auf Verluste im kleinstbetrieblichen Bereich zurück. Die Zahl der ausbildenden Betriebe sank in diesem Größensegment um 4,3% bzw. rund 10.000 Ausbildungsbetriebe, während sie in allen anderen Betriebsgrößenklassen leicht anstieg. Den prozentual stärksten Zuwachs an Ausbildungsbetrieben verzeichneten die mittleren Betriebe mit einem Plus von 0,8%, gefolgt von den Großbetrieben und der Gruppe der Kleinbetriebe mit Wachstumsraten von 0,6% und 0,1%. Grundsätzlich stieg die Zahl der Betriebe schneller als die Gesamtzahl der ausbildenden Betriebe, sodass die Ausbildungsbetriebsquote hier jeweils zurückgegangen ist → [Tabelle A4.10.1-1 Internet](#).

Besonders auffällige Unterschiede zwischen den betrachteten Betriebsgrößenklassen gab es bei der bundesweiten Bestandsentwicklung der Auszubildenden nicht. In nahezu allen Betriebsgrößenklassen entwickelten sich die Auszubildendenzahlen negativ. Während die Kleinbetriebe etwa 14.000 Personen weniger ausbildeten als im

Vorjahr (-4,7%), konnten die Großbetriebe im Durchschnitt die Zahl ihrer Auszubildenden zumindest auf dem Vorjahresniveau halten. Anders als beim Auszubildendenbestand nahm die Gesamtzahl der Beschäftigten in allen 4 Betriebsgrößenklassen zum Teil deutlich zu. Die Wachstumsspanne reichte von 0,1% bei den Kleinstbetrieben bis zu 1,5% bei den Großbetrieben und den Kleinbetrieben. Die Ausbildungsquote entwickelte sich über die einzelnen Betriebsgrößenklassen durchgängig negativ. Quotenverluste lagen zwischen von 0,7 bei den Großbetrieben und 0,3 Prozentpunkten bei den Kleinstbetrieben → [Tabelle A4.10.1-2 Internet](#).

Alte Bundesländer

In den alten Bundesländern zeigte sich ein ähnliches Bild wie in Deutschland. Auch hier beschränkte sich der Bestandsverlust der Ausbildungsbetriebe auf die Klasse der Kleinstbetriebe, in der 4,1% weniger Betriebe ausbildeten als im Vorjahr. In den übrigen Betriebsgrößenklassen stieg die Zahl der Ausbildungsbetriebe um 0,8 bis 1,3%, was aber nicht verhindern konnte, dass die Gesamtzahl der ausbildenden Betriebe im Westen insgesamt um 1,8% abnahm. Die Ausbildungsbetriebsquote entwickelte sich in den einzelnen Betriebsgrößenklassen unterschiedlich stark rückläufig, weil die Zunahme in den Bestandszahlen an Betrieben insgesamt zum Teil überproportional hoch ausfiel → [Tabelle A4.10.1-3 Internet](#).

In den alten Bundesländern nahm die Zahl der Auszubildenden nicht nur bei den Kleinstbetrieben ab und verringerte sich dort um durchschnittlich 4,5%. Auch die anderen Größenklassen verzeichneten bis auf die Großbetriebe Rückgänge zwischen 0,4% und 0,1% und ließen die Gesamtzahl der Auszubildenden im Westen leicht abnehmen. Im Gegensatz zu den Auszubildenden nahmen die Beschäftigten in allen Größenklassen – mit Ausnahme der Kleinstbetriebe – mit 0,1% bis 1,6% zahlenmäßig zu → [Tabelle A4.10.1-4 Internet](#).

Neue Bundesländer

Wie aufgrund der bisherigen Auswertungen nicht anders zu erwarten war, ging die Anzahl der Ausbildungsbetriebe in den neuen Bundesländern über alle Betriebsgrößenklassen hinweg deutlich zurück. Mit einem Minus von 5,9% waren die Kleinstbetriebe besonders stark von diesem Rückgang betroffen, während die Verluste bei den ausbildenden Großbetrieben mit 0,5% wesentlich geringer ausfielen. Bei generell steigenden Betriebszahlen

(Ausnahme: Kleinstbetriebe mit bis zu 4 Beschäftigten) entwickelte sich im Osten auch die Ausbildungsbetriebsquote einheitlich rückläufig, die in keiner Betriebsgrößenklasse zulegen konnte → [Tabelle A4.10.2-5 Internet](#).

Trotz der insgesamt positiven Beschäftigungsentwicklung (Ausnahme wiederum Kleinstbetriebe) ging die Zahl der Auszubildenden in allen Betriebsgrößenklassen deutlich zurück. Die Rückgänge variierten zwischen 6,1% bei den Kleinstbetrieben und 5,6% bei den Großbetrieben. Die Ausbildungsbetriebsquote sank dadurch klassenübergreifend und gab im Durchschnitt um etwa 0,3 Prozentpunkte in allen Betriebsgrößenklassen nach → [Tabelle A4.10.1-6 Internet](#).

Veränderung nach Wirtschaftszweigen

Deutschland

Prinzipiell weist die Entwicklung sowohl der Ausbildungsbetriebs- als auch der Ausbildungsquote nach Wirtschaftssektoren ein bestimmtes Muster auf: Insbesondere Wirtschaftsabschnitte mit einfachen Dienstleistungstätigkeiten sind von Rückgängen bei den Auszubildenden und Ausbildungsbetrieben besonders betroffen → [Tabelle A4.10.1-9 Internet](#). Hierzu zählen das Beherbergungs- und Gastronomiegewerbe, der Einzelhandel und die sogenannten sonstigen persönlichen Dienstleistungen wie z. B. das Friseurgewerbe. Hier kommt es im Bestand an Auszubildenden zwischen 2012 und 2013 zu Rückgängen von bis zu 6,4% in den Auszubildendenbeständen. Aus dem verarbeitenden Gewerbe gehört noch der Bereich der Nahrungsmittel-, Holz- und Papierindustrie mit einem durchschnittlichen Rückgang von 4,5% dazu. 2 weitere Bereiche sind in diesem Zusammenhang ebenso zu nennen: mit -9,8% der Bereich „Erziehung, Unterricht“, unter den Betriebe fallen, die außerbetriebliche Ausbildungsstellen anbieten, und mit -6,1% der Bereich „Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung“. Eine positive Entwicklung weisen nur die Bereiche „Forschung, Entwicklung“, „Informations-, Kommunikationsgewerbe“, „Chemie, Pharmazie“, „Maschinen-, Automobilbau“ und „Verkehrsgewerbe“ auf, können im Gesamtergebnis den Rückgang in den Auszubildendenbeständen und in der Ausbildungsquote aber nicht ausgleichen. Bei der Entwicklung der Ausbildungsbetriebe zeigen sich ähnliche Entwicklungen → [Tabelle A4.10.1-10 Internet](#).

Alte und neue Bundesländer

In den alten Bundesländern zeigte sich ein sehr ähnliches Bild. Auch hier schrumpfte die Zahl der Ausbildungsbetriebe am stärksten im Beherbergungs- und Gastronomiegewerbe (-6,3%), im Bereich der sonstigen personenbezogenen Dienstleistungen (-4,4%) und bei der Herstellung sonstiger Güter (-5,1%) → [Tabelle A4.10.1-11 Internet](#). Auch die wirtschaftszweigbezogenen Auszubildendenbestände entwickelten sich im Westen ähnlich wie in Gesamtdeutschland, Verluste fielen hier allerdings geringer und Zuwächse höher aus → [Tabelle A4.10.1-12 Internet](#). In den neuen Bundesländern verzeichneten fast alle Wirtschaftssektoren Rückgänge in der Anzahl an Ausbildungsbetrieben. Hier fielen die Verluste unter den Ausbildungsbetrieben und bei den Auszubildendenbeständen nochmals deutlich höher aus als im Westen → [Tabellen A4.10.1-13 Internet und A4.10.1-14 Internet](#).

Fazit

Der Abwärtstrend in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung scheint sich etwas abgeschwächt zu haben. Darauf weisen Entwicklungen sowohl in der Ausbildungsbetriebs- als auch in der Ausbildungsquote hin. Zudem ist weiterhin auf Sonderentwicklungen auf den Ausbildungsstellenmärkten hinzuweisen, die den rückläufigen Trend bisher maßgeblich beeinflusst haben. Dazu zählt beispielsweise die generell rückläufige Entwicklung in den neuen Bundesländern, bei den Kleinstbetrieben mit bis zu 9 Beschäftigten, beim Angebot an außerbetrieblichen Ausbildungsstellen sowie die Entwicklung in Wirtschaftssektoren mit einfachen Dienstleistungstätigkeiten. Zu den Sondereffekten ist zudem die Revision der Beschäftigungsstatistik zu zählen, die bei der Untersuchung der Entwicklung allerdings keine ausschlaggebende Rolle spielt.

(Klaus Troltsch)

A4.10.2 Ausbildungsberechtigung, Ausbildungsaktivität und Übernahmeverhalten von Betrieben

Mit den Daten des Betriebspanels des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) können Aussagen dazu getroffen werden, wie viele Betriebe in Deutschland die gesetzlichen Voraussetzungen zur Berufsausbildung erfüllen, also ausbildungsberechtigt sind, wie hoch der Anteil der Betriebe ist, die tatsächlich ausbilden, und wie viele der Ausbildungsabsolventen vom Ausbildungsbetrieb in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen werden.

Ergebnisse des IAB-Betriebspanels für den Zeitraum 2000 bis 2012 zu den Indikatoren Ausbildungsberechtigung, Ausbildungsaktivität und Übernahmeverhalten von Betrieben wurden im BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A4.10.2 dargestellt. Über die Ergebnisse wird im Turnus von 2 Jahren im BIBB-Datenreport berichtet; eine Aktualisierung ist für den BIBB-Datenreport 2016 geplant. Anlässlich der diesjährigen Schwerpunktsetzung wird in [Kapitel C2.6](#) der Zusammenhang von Passungsproblemen an der ersten Schwelle und dem Übernahmeverhalten von Betrieben untersucht; hierzu werden u. a. die Daten aus dem IAB-Betriebspanel 2000 bis 2013 betrachtet.

A4.10.3 Betriebliche Ausbildungs- beteiligung und deren Entwicklung – Ergebnisse aus dem BIBB-Qualifi- zierungspanel

Das BIBB-Betriebspanel zu Qualifizierung und Kompetenzentwicklung ist eine jährlich durchgeführte Wiederholungsbefragung, mit der repräsentative Längsschnittdaten zum Qualifizierungsgeschehen von Betrieben in Deutschland erhoben werden.

Anhand der Daten des BIBB-Qualifizierungspanels können Veränderungen im Ausbildungsverhalten von Betrieben aufgezeigt und beispielsweise untersucht werden:

- ▶ welche Betriebe Ausbildungsstellen neu angeboten und bei der Deckung ihres Bedarfs an Nachwuchskräften besondere Probleme hatten und
- ▶ welche Betriebe besonders von vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen betroffen waren.

- ▶ wie sich die Beteiligung von Betrieben an der Ausbildung von Jugendlichen entwickelt hat,
- ▶ wie sich das Ausbildungsverhalten der Betriebe strukturell verändert hat,

Ergebnisse zu den Indikatoren: Ausbildungsbetriebsquote, Konstanz und Wechsel in der Ausbildungsbeteiligung, Anteil an Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten, Anteil an Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen und Anteil an Betrieben mit vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen wurden im BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A4.10.3 dargestellt. Im diesjährigen Schwerpunktthema werden in [Kapitel C2.6](#) verschiedene Indikatoren für Passungsprobleme auf Betriebsebene untersucht; dies erfolgt u. a. auf der Basis der Daten des BIBB-Qualifizierungspanels 2012 bis 2013.

Ergebnisse des BIBB-Qualifizierungspanels 2013 zum betrieblichen Weiterbildungsverhalten und anderer Strategien zur Deckung des Personalbedarfs finden sich in [Kapitel B1.2.3](#).

A4.10.4 Ausbildungspersonal in der betrieblichen Ausbildung

Ausbilderinnen und Ausbilder im dualen System benötigen neben den jeweiligen beruflichen Kompetenzen zusätzlich berufs- und arbeitspädagogische Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten, um die Ausbildungsinhalte erfolgreich vermitteln zu können. Nach den gesetzlichen Bestimmungen müssen die in den Betrieben für die Ausbildung verantwortlichen Personen ihre fachliche und persönliche Eignung nachweisen. Dies geschieht in der Regel durch eine Prüfung nach der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) **E**. Die Betriebe melden das qualifizierte Ausbildungspersonal dann den zuständigen Stellen. Die Mehrheit der registrierten Ausbilder/-innen bildet nebenberuflich aus. Nur ein kleiner Teil geht dieser Tätigkeit hauptberuflich nach. Mit dem Internetportal www.foraus.de bietet das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) dem Ausbildungspersonal eine Informations- und Kommunikationsplattform zur Unterstützung der täglichen Ausbildungspraxis an.

E **Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO)**

Geltungsbereich (§ 1)¹⁶⁵
 Ausbilder und Ausbilderinnen haben für die Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) den Erwerb der berufs- und arbeitspädagogischen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten nach dieser Verordnung nachzuweisen. Dies gilt nicht für die Ausbildung im Bereich der Angehörigen der freien Berufe.

Berufs- und arbeitspädagogische Eignung (§ 2)
 Die berufs- und arbeitspädagogische Eignung umfasst die Kompetenz zum selbstständigen Planen, Durchführen und Kontrollieren der Berufsausbildung in den Handlungsfeldern:

1. Ausbildungsvoraussetzungen prüfen und Ausbildung planen,
2. Ausbildung vorbereiten und bei der Einstellung von Auszubildenden mitwirken,
3. Ausbildung durchführen und
4. Ausbildung abschließen.

Prüfung (§ 4)
 Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem praktischen Teil. Im schriftlichen Teil sind fallbezogene Aufgaben aus allen Handlungsfeldern innerhalb von 180 Minuten zu bearbeiten. Der praktische Teil der Prüfung ist in zwei Teile aufgeteilt, bestehend aus der Präsentation einer Ausbildungssituation und einem Fachgespräch mit einer Dauer von insgesamt maximal 30 Minuten. Hierfür wählt der/die Prüfungsteilnehmer/-in eine berufstypische Ausbildungssituation aus.

Historie
 Die AEVO wurde 1972 erlassen und 1999 erstmals novelliert. Für den Zeitraum vom 1. August 2003 bis zum 31. Juli 2009 wurde sie ausgesetzt und nach einer zweiten Novellierung 2009 wieder eingesetzt.

Ausbildereignungsprüfungen

Im Jahr 2013 wurden insgesamt 90.948 Ausbildungereignungsprüfungen in den Ausbildungsbereichen Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst und Hauswirtschaft durchgeführt.¹⁶⁶ 65,4% der Prüfungsteilnehmer waren männlich, 34,6% weiblich. Insgesamt haben 85.548 Personen die Prüfung bestanden. Die Erfolgsquote lag damit bei 94,1%. In den neuen Ländern wurden 14.253 Prüfungen bestanden → **Tabelle A4.10.4-1**. Der Frauenanteil bei den bestandenen AEVO-Prüfungen lag bei 35% (neue Länder: 36,6%; alte Länder: 34,7%). Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Prüfungen leicht angestiegen.

Insgesamt 45.360 der registrierten Ausbilder/-innen hatten ihre fachliche Eignung nicht durch eine Prüfung nach der AEVO nachweisen müssen; 35.733 dieser von der Eignungsprüfung befreiten Personen entfielen auf den Ausbildungsbereich Industrie und Handel.

165 Siehe www.bibb.de/dokumente/pdf/ausbilder_eignungsverordnung.pdf.

166 Die Angaben basieren, sofern nicht anders angegeben, auf den Daten des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 11, Reihe 3.

Tabelle A4.10.4-1: **Bestandene Ausbildereignungsprüfungen 2011, 2012 und 2013 nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder**

Ausbildungsbereich	Bundesgebiet						Alte Länder						Neue Länder					
	2011		2012		2013		2011		2012		2013		2011		2012		2013	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	57.516	71,6	60.780	71,3	61.161	71,5	46.434	72,1	50.445	71,7	51.123	71,7	11.082	69,8	10.335	69,5	10.038	70,4
Handwerk	21.111	26,3	22.779	26,7	22.623	26,4	16.815	26,1	18.768	26,7	18.909	26,5	4.296	27,0	4.011	27,0	3.714	26,1
Landwirtschaft	639	0,8	666	0,8	705	0,8	411	0,6	369	0,5	402	0,6	228	1,4	297	2,0	306	2,1
Öffentlicher Dienst	963	1,2	996	1,2	1.011	1,2	684	1,1	774	1,1	816	1,1	279	1,8	222	1,5	195	1,4
Hauswirtschaft	51	0,1	48	0,1	48	0,1	51	0,1	48	0,1	48	0,1	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	80.280	100,0	85.269	100,0	85.548	100,0	64.392	100,0	70.404	100,0	71.295	100,0	15.888	100,0	14.865	100,0	14.253	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

BIBB-Datenreport 2015

Meisterprüfungen

Insgesamt 39.681 Personen haben 2013 an Meisterprüfungen in den Bereichen Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst und Hauswirtschaft teilgenommen. Davon waren 85,4% Männer und

14,6% Frauen. 36.591 der Teilnehmenden haben die Prüfung bestanden, was einer Erfolgsquote von 92,2% entspricht → [Tabelle A4.10.4-2](#). Der Bereich Hauswirtschaft hatte mit 100% erneut den höchsten Frauenanteil bei den bestandenen Meisterprüfungen. Danach folgten die Bereiche Handwerk mit 18,3% und Landwirtschaft

Tabelle A4.10.4-2: **Bestandene Meisterprüfungen 2011, 2012 und 2013 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht**

Ausbildungsbereich	Insgesamt						Geschlecht											
	2011		2012		2013		2011				2012				2013			
							männlich		weiblich		männlich		weiblich		männlich		weiblich	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	11.325	32,1	12.015	32,7	11.853	32,4	10.671	94,2	654	5,8	11.250	93,6	765	6,4	11.115	93,8	741	6,3
Handwerk	22.236	63,1	22.674	61,7	22.749	62,2	17.910	80,5	4.326	19,5	18.303	80,7	4.371	19,3	18.594	81,7	4.155	18,3
Landwirtschaft	1.482	4,2	1.743	4,7	1.593	4,4	1.029	69,4	453	30,6	1.326	76,1	417	23,9	1.311	82,3	285	17,9
Öffentlicher Dienst	93	0,3	210	0,6	192	0,5	84	90,3	9	9,7	195	92,9	15	7,1	168	87,5	21	10,9
Hauswirtschaft	114	0,3	135	0,4	204	0,6	3	2,6	111	97,4	-	-	132	97,8	3	1,5	204	100
Insgesamt	35.247	100,0	36.777	100,0	36.591	100,0	29.697	84,2	5.553	15,8	31.074	84,5	5.700	15,5	31.191	85,2	5.406	14,8

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

BIBB-Datenreport 2015

mit 17,9%. 10,9% der neuen Meisterinnen legten ihre Prüfung erfolgreich im öffentlichen Dienst ab, 4,6% in Industrie und Handel.

Zahl der bei den zuständigen Stellen registrierten Ausbilder/-innen

Die Gesamtzahl der in Deutschland registrierten Ausbilderinnen und Ausbilder in den Bereichen Industrie und

Handel, Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst, freie Berufe und Hauswirtschaft lag 2013 bei 662.148. In den alten Ländern betrug sie 570.540 (86,2%), in den neuen Ländern 91.608 (13,8%). 43,8% entfielen auf den Bereich Industrie und Handel, 35,3% auf das Handwerk und weitere 13,8% auf die freien Berufe. Im Bereich Landwirtschaft lag der Anteil bei 3,5%, im öffentlichen Dienst bei 3,1% und in der Hauswirtschaft bei 0,5%. Gegenüber dem Vorjahr hat die Gesamtzahl des gemeldeten

Tabelle A4.10.4-3: Zahl der Ausbilder/-innen 2011, 2012 und 2013 nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder

Ausbildungsbereich	Bundesgebiet						Alte Länder						Neue Länder					
	2011		2012		2013		2011		2012		2013		2011		2012		2013	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	276.789	41,6	290.763	43,3	290.136	43,8	231.990	40,9	247.185	42,8	247.689	43,4	44.799	45,6	43.578	46,1	42.447	46,3
Handwerk	250.260	37,6	241.956	36,0	233.682	35,3	216.081	38,1	211.449	36,6	204.735	35,9	34.179	34,8	30.507	32,2	28.947	31,6
Landwirtschaft	22.344	3,4	23.226	3,5	23.337	3,5	18.639	3,3	18.351	3,2	18.327	3,2	3.705	3,8	4.875	5,2	5.010	5,5
Öffentlicher Dienst	19.029	2,9	20.709	3,1	20.349	3,1	16.074	2,8	17.541	3,0	17.379	3,0	2.955	3,0	3.168	3,3	2.970	3,2
Freie Berufe	93.930	14,1	92.160	13,7	91.554	13,8	81.750	14,4	80.241	13,9	79.866	14,0	12.183	12,4	11.919	12,6	11.688	12,8
Hauswirtschaft	3.153	0,5	3.168	0,5	3.090	0,5	2.679	0,5	2.622	0,5	2.541	0,4	474	0,5	546	0,6	549	0,6
Insgesamt	665.508	100,0	671.985	100,0	662.148	100,0	567.213	100,0	577.389	100,0	570.540	100,0	98.295	100,0	94.596	100,0	91.608	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Ingesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

BIBB-Datenreport 2015

Tabelle A4.10.4-4: Zahl der Ausbilder/-innen 2011, 2012 und 2013 nach Geschlecht, alte und neue Länder

Geschlecht	Bundesgebiet						Alte Länder						Neue Länder					
	2011		2012		2013		2011		2012		2013		2011		2012		2013	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Weiblich	158.136	23,8	162.447	24,2	162.123	24,5	125.622	22,1	130.815	22,7	131.373	23,0	32.511	33,1	31.632	33,4	30.753	33,6
Männlich	507.372	76,2	509.538	75,8	500.022	75,5	441.591	77,9	446.574	77,3	439.167	77,0	65.784	66,9	62.961	66,6	60.855	66,4
Insgesamt	665.508	100,0	671.985	100,0	662.148	100,0	567.213	100,0	577.389	100,0	570.540	100,0	98.295	100,0	94.596	100,0	91.608	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Ingesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

BIBB-Datenreport 2015

Tabelle A4.10.4-5: Alter des Ausbildungspersonals 2011, 2012 und 2013 nach Geschlecht

Altersgruppe	Insgesamt						Geschlecht											
	2011		2012		2013		2011				2012				2013			
							männlich		weiblich		männlich		weiblich		männlich		weiblich	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
29 Jahre und jünger	30.594	4,6	32.373	4,8	32.523	4,9	15.822	3,1	14.772	9,3	16.881	3,3	15.495	9,5	16.980	3,4	15.543	9,6
30 bis 39 Jahre	115.344	17,3	116.061	17,3	114.876	17,3	78.252	15,4	37.092	23,5	77.961	15,3	38.100	23,5	77.001	15,4	37.875	23,4
40 bis 49 Jahre	255.111	38,3	247.791	36,9	232.230	35,1	196.083	38,6	59.028	37,3	189.417	37,2	58.371	35,9	176.673	35,3	55.557	34,2
50 Jahre und älter	264.459	39,7	275.760	41,0	282.519	42,7	217.218	42,8	47.241	29,9	225.279	44,2	50.481	31,1	229.368	45,9	53.148	32,8
Insgesamt	665.508	100,0	671.985	100,0	662.148	100,0	507.372	100,0	158.136	100,0	509.538	100,0	162.447	100,0	500.022	100,0	162.123	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

BIBB-Datenreport 2015

Ausbildungspersonals um 9.837 abgenommen → [Tabelle A4.10.4-3](#).

Der Anteil der gemeldeten Ausbilderinnen lag 2013 im gesamten Bundesgebiet bei 24,5%. In den neuen Ländern war er mit 33,6% wie auch in den Vorjahren deutlich höher als in den alten Ländern (23%) → [Tabelle A4.10.4-4](#).

Die größte Altersgruppe beim Ausbildungspersonal stellten die über 50-Jährigen (42,7%), gefolgt von den 40- bis 49-Jährigen (35,1%) und den 30- bis 39-Jährigen (17,3%). 4,9% der ausbildenden Personen waren jünger als 30 Jahre → [Tabelle A4.10.4-5](#).

(Thomas Neuhaus, Michael Härtel)

A4.11 Anforderungen und Passung in der dualen Berufsausbildung

Erwerbstätige sind unterschiedlichen Anforderungen und Belastungen ausgesetzt, die je nach Berufsfeld stark variieren (vgl. Lohmann-Haislah 2012). Empirische Studien zu den Arbeitsbedingungen in der Erwerbsarbeit zeigen dabei, dass „vollständige, beeinflussbare und zumutbare Arbeitsvollzüge, welche die Menschen weder über- noch unterfordern und die neben der Arbeitsausführung auch Partizipation und Planung, Transparenz, Rückmeldungen und Unterstützung einschließen, gesundheits- und lernfördernde Handlungsstrukturen erzeugen“ (Struck 2013, S. 22). Für Auszubildende, die zum großen Teil „echte Arbeit“ leisten, wie eine BIBB-Studie zur Ausbildungsqualität mit rund 6.000 befragten Auszubildenden aus 15 dualen Ausbildungsberufen ergeben hat (vgl. Beicht/Krewerth 2008)¹⁶⁷, liegen Informationen zu Anforderungen und Belastungen bisher noch nicht vor.

Um die Situation für Auszubildende zu beschreiben, wird nachfolgend die BIBB/BAuA-Jugenderwerbstatigenbefragung 2011/2012 **E** herangezogen, in der u. a. 1.119 Jugendliche in dualer Berufsausbildung befragt wurden. Die Stichprobe ist repräsentativ für Auszubildende im Alter von 15 bis 24 Jahren mit einer Ausbildungszeit von mindestens 10 Stunden pro Woche. Es wird betrachtet, welche Anforderungen in der dualen Ausbildung gestellt werden, ob sich die Auszubildenden dadurch subjektiv belastet fühlen und welche Ressourcen in Form von Autonomie und sozialer Unterstützung ihnen zur Verfügung stehen. Im Hinblick auf die Anforderungen an das fachliche Wissen und die Arbeitsmenge stellt sich des Weiteren die Frage, ob die Auszubildenden den Anforderungen gewachsen sind oder ob sie sich eher über- oder unterfordert fühlen.

E BIBB/BAuA-Jugenderwerbstatigenbefragung 2011/2012

Bei der BIBB/BAuA-Jugenderwerbstatigenbefragung 2011/2012 handelt es sich um eine telefonische Repräsentativbefragung von 3.214 jungen Erwerbstätigen und Auszubildenden im Alter von 15 bis 24 Jahren mit einer Arbeits- bzw. Ausbildungszeit von mindestens 10 Stunden

pro Woche (vgl. Schmiederer 2014). Die Interviews wurden von Oktober 2011 bis März 2012 von TNS Infratest im Rahmen der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012 durchgeführt. Neben den 590 jungen Erwerbstätigen aus der Haupterhebung wurden weitere 2.624 junge Erwerbstätige und Auszubildende befragt. Von allen befragten jungen Erwerbstätigen und Auszubildenden wurden anhand mehrerer Angaben (u. a. zum Ausbildungsberuf) 1.119 Jugendliche mit dualer Berufsausbildung identifiziert. Es wurden die gleichen Fragen gestellt wie in der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012.

Zentrale Merkmale der Auszubildenden in der BIBB/BAuA-Jugenderwerbstatigenbefragung 2011/2012 sind ähnlich verteilt wie unter allen Jugendlichen, die sich 2011 in Ausbildung befanden → **Tabelle A4.11-1 Internet**. Zum Vergleich wurden die Bestandszahlen 2011 der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember) herangezogen (vgl. **Kapitel A4.2.1**). Mehr als die Hälfte der Auszubildenden der BIBB/BAuA-Jugenderwerbstatigenbefragung 2011/2012 haben ihre Ausbildung 2011 und 2010 begonnen (37% bzw. 31%); fast jeder dritte Auszubildende hat 2009 begonnen (27%). In der Erhebung zum 31. Dezember liegen die entsprechenden Werte 2011 bei 38%, 31% und 24%. Das Durchschnittsalter (20 Jahre) und der Frauenanteil (38%) liegen ähnlich hoch wie im Gesamtbestand der Auszubildenden 2011. Gleiches gilt für den Anteil Jugendlicher, die einen Dienstleistungsberuf erlernen (54%). 24 der 25 am stärksten besetzten Berufe auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Bestandszahlen 2011) sind auch in der Stichprobe in der TOP 25 Liste vertreten. Auch die Schulabschlüsse sind ähnlich verteilt wie in der Grundgesamtheit aller Auszubildenden im Jahr 2011: 26% der Auszubildenden in der Stichprobe haben eine Hochschulzugangsberechtigung, 41% einen Realschulabschluss und 33% einen Hauptschulabschluss als höchsten Schulabschluss. Der monatliche Bruttoverdienst liegt im Schnitt bei 642 € in den alten Ländern und 580 € in den neuen Ländern und entspricht rund 90% der tariflichen Ausbildungsvergütung (vgl. **Kapitel A8.1**).

Anforderungen und Belastungen

Häufig auftretende psychische Anforderungen und damit verbundene Belastungen variieren mit dem Berufsfeld

¹⁶⁷ 72% der Auszubildenden beantworteten die Frage, wie stark es zutrifft, dass in der Ausbildung auch „echte Arbeit“ für den Betrieb geleistet wird, mit stark oder sehr stark (Skala von 1 = „trifft sehr stark zu“ bis 6 = „trifft gar nicht zu“).

der Ausbildung → **Tabelle A4.11-2**.¹⁶⁸ Frauen werden häufiger als Männer in Berufen ausgebildet, in denen sich ein und derselbe Arbeitsgang bis in alle Einzelheiten wiederholt (55,2% vs. 45,3%). Generell wiederholt sich für Auszubildende in primären Dienstleistungsberufen derselbe Arbeitsgang bis in alle Einzelheiten signifikant häufiger (60,6%) als für Auszubildende in Produktionsberufen (39,6%) oder sekundären Dienstleistungsberufen (48,9%).¹⁶⁹ Entsprechend gering ist der Anteil der Auszubildenden in primären Dienstleistungsberufen, die häufig vor neue Aufgaben gestellt werden, in die sie sich erst einmal hineindenken und einarbeiten müssen (37,9% vs. Produktionsberufe: 49,8% bzw. sekundäre Dienstleistungsberufe: 47,4%). 37,4% der Auszubildenden müssen häufig „Multitasking“ leisten, d. h., sie müssen verschiedenartige Arbeiten oder Vorgänge gleichzeitig im Auge behalten. Dies betrifft signifikant mehr Auszubildende in primären und sekundären Dienstleistungsberufen (41,3% bzw. 49,4%) als Auszubildende in Produktionsberufen (29,5%) und demzufolge auch häufiger Frauen als Männer (47,1% vs. 31,5%).

Eine hohe Arbeitsintensität, d. h. „sehr schnelles Arbeiten“ und „starker Termin- oder Leistungsdruck“, kommen in Dienstleistungs- und Produktionsberufen gleichermaßen häufig vor: Insgesamt 35,7% der Auszubildenden müssen häufig sehr schnell arbeiten, und 33,3% berichten von starkem Termin- oder Leistungsdruck. Mit einer vorgeschriebenen Stückzahl, einer bestimmten Mindestleistung oder einer vorgeschriebenen Zeit haben Auszubildende in Produktionsberufen (40,1%) hingegen häufiger zu tun als Auszubildende in Dienstleistungsberufen (23,1% bzw. 29,3%).

Störungen oder Unterbrechungen bei der Arbeit z. B. durch Kollegen, schlechtes Material, Maschinenstörungen oder Telefonate kommen in Dienstleistungsberufen

168 Die Auszubildenden wurden u. a. gefragt, wie häufig sie verschiedenen psychischen Anforderungen ausgesetzt sind, ob häufig, manchmal, selten oder nie. Für Arbeitsanforderungen, die häufig auftreten, sollte zusätzlich eingeschätzt werden, ob dies als belastend empfunden wird oder nicht. Die Frageformulierungen entsprechen den Fragen, die an Erwerbstätige gerichtet wurden, sind also tätigkeitsbezogen formuliert.

169 Unter die primären Dienstleistungsberufe fallen Berufe mit den Tätigkeitsschwerpunkten Handels- und Bürotätigkeiten sowie allgemeine Dienste wie Reinigen, Bewirten, Lagern, Transportieren. Unter die sekundären Dienstleistungsberufe fallen z. B. technische Berufe, IT-Berufe, Bank- und Versicherungskaufleute, Steuerfachangestellte, (Zahn-)Medizinische Fachangestellte. Eine genaue Zuordnung der Einzelberufe zu diesen Gruppen findet sich unter www2.bibb.de/bibbtools/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-p-dl_2013.pdf (vgl. Kapitel A4.4).

signifikant häufiger vor (37,6% bzw. 41,5%) als in Produktionsberufen (21,7%); Frauen sind demzufolge davon stärker betroffen als Männer (37,7% vs. 27,2%). In Produktionsberufen kommt es dafür häufiger als in Dienstleistungsberufen vor, dass schon ein kleiner Fehler oder eine geringe Unaufmerksamkeit größere finanzielle Verluste zur Folge hat (28,3% vs. 15,2% bzw. 22,2%). Männer sind hiervon demzufolge häufiger betroffen als Frauen (26,8% vs. 15,2%).

Die Grenzen der Leistungsfähigkeit werden von rund jedem/jeder achten Auszubildenden häufig erreicht (12,7%). Auszubildende in sekundären Dienstleistungsberufen sind davon seltener betroffen als Auszubildende in anderen Berufen; signifikante Geschlechterunterschiede zeigen sich keine. Bei jedem/jeder elften Auszubildenden (9,3%) kommt es häufig vor, dass Dinge verlangt werden, die nicht gelernt oder die nicht beherrscht werden; signifikante Unterschiede nach Geschlecht oder Beruf gibt es auch diesbezüglich nicht.

Die aufgeführten psychischen Anforderungen in der Ausbildung werden in unterschiedlichem Maße als belastend empfunden → **Tabelle A4.11-2**. Sehr viele Auszubildende empfinden es als belastend, wenn häufig starker Termin- oder Leistungsdruck herrscht (49,5%) oder häufig Störungen oder Unterbrechungen auftreten (43,6%). Da diese beiden Anforderungen auch relativ häufig auftreten (33,3% bzw. 31,2%), sind es letztlich 16,5% bzw. 13,5% aller Auszubildenden, die einer solchen Belastungssituation ausgesetzt sind. Sehr belastend für Auszubildende ist es auch, wenn häufig die Grenze der Leistungsfähigkeit erreicht oder Dinge verlangt werden, die nicht gelernt oder die nicht beherrscht werden (60,5% bzw. 44,5%). Da diese beiden Anforderungen selten vorkommen (12,7% bzw. 9,3%), sind nur relativ wenige Auszubildende solchen Belastungssituationen ausgesetzt (7,7% bzw. 4,2%). Gleiches gilt für häufiges Multitasking, das zwar von 37,4% der Auszubildenden berichtet wird, aber nur von jedem/jeder fünften dieser Auszubildenden (19,9%) auch als belastend empfunden wird. Einer solchen Belastungssituation stehen daher nur 7,4% der Auszubildenden gegenüber.

Handlungsspielräume und soziale Unterstützung

Um die Anforderungen in der Arbeit bewältigen zu können, ist es wichtig, ausreichend Ressourcen z. B. in Form von sozialer Unterstützung oder Handlungsspielräumen

Tabelle A 4.11-2: Häufig auftretende psychische Anforderungen bei Auszubildenden nach Berufsfeld und Geschlecht und damit verbundene Belastungen (in %)

	Produktionsberufe	Primäre DL-Berufe	Sekundäre DL-Berufe	Männliche Auszubildende	Weibliche Auszubildende	Alle Auszubildenden	Belastet von Anforderung	Auszubildende mit Belastung
Derselbe Arbeitsgang wiederholt sich bis in alle Einzelheiten	39,9	60,4	48,9	45,3	55,2	49,0	16,2	7,9
Neue Aufgaben, in die man sich hinein-denken und einarbeiten muss	49,8	37,9	47,4	45,6	44,0	45,0	8,3	3,7
Verschiedene Arbeiten oder Vorgänge sind gleichzeitig im Auge zu behalten	29,5	41,3	49,9	31,5	47,1	37,4	19,9	7,4
Sehr schnelles Arbeiten	33,9	37,9	35,8	33,3	39,8	35,7	32,3	11,5
Starker Termin- oder Leistungsdruck	32,2	32,0	38,6	32,0	35,5	33,3	49,5	16,5
Stückzahl, Mindestleistung oder Zeit vorgeschrieben	40,1	23,1	29,3	34,2	28,3	32,0	28,7	9,2
Störungen oder Unterbrechungen bei der Arbeit	21,7	37,6	41,5	27,2	37,7	31,2	43,6	13,5
Kleiner Fehler ist mit großem finanziellen Verlust verbunden	28,3	15,2	22,2	26,8	15,2	22,4	31,9	7,1
Bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit gehen zu müssen	13,7	14,0	7,4	14,2	10,3	12,7	60,5	7,7
Dinge verlangt, die nicht gelernt oder nicht beherrscht werden	11,5	7,6	7,4	10,0	8,1	9,3	44,5	4,2

Quelle: BIBB/BAuA-Jugenderwerbstätigenbefragung 2011/2012

BIBB-Datenreport 2015

zur Verfügung zu haben (vgl. Lohmann-Haislah 2012). Rund ein Drittel der Auszubildenden kann die eigene Arbeit häufig selbst planen und einteilen (34,8%) → **Tabelle A4.11-3**. Auszubildende in Dienstleistungsberufen haben diesbezüglich mehr Freiräume als Auszubildende in Produktionsberufen (43,5% bzw. 42,3% vs. 24,6%); Frauen haben demzufolge häufiger Planungsfreiheit als Männer (43,6% vs. 29,4%). Auch die Einflussnahme auf die zugewiesene Arbeitsmenge ist für Auszubildende in Dienstleistungsberufen (23% bzw. 21,7%) größer als für Auszubildende in Produktionsberufen (16,3%). Frauen

können die Arbeitsmenge demzufolge etwas häufiger selbst steuern als Männer (21,2% vs. 18,7%). Autonomie und Handlungsspielräume sind in Dienstleistungsberufen insgesamt höher als in Produktionsberufen.

Insgesamt bekommen Auszubildende in hohem Maße eine soziale Unterstützung in der Arbeit. So fühlen sich 82,7% der Auszubildenden an ihrem Arbeitsplatz häufig als Teil einer Gemeinschaft, und 87,2% der Auszubildenden empfinden die Zusammenarbeit mit Kollegen als gut. 87,6% geben des Weiteren an, dass sie häufig von ihren

Tabelle A 4.11-3: Häufig vorliegende Handlungsspielräume und soziale Unterstützung bei Auszubildenden nach Berufsfeld und Geschlecht (in %)

	Produktionsberufe	Primäre DL-Berufe	Sekundäre DL-Berufe	Männliche Auszubildende	Weibliche Auszubildende	Alle Auszubildenden
Handlungsspielräume						
Eigene Arbeit selbst zu planen und einzuteilen	24,6	43,5	42,3	29,4	43,6	34,8
Einfluss auf die zugewiesene Arbeitsmenge	16,3	23,0	21,7	18,7	21,2	19,6
Soziale Unterstützung						
Am Arbeitsplatz Teil einer Gemeinschaft	82,7	80,3	87,9	82,5	82,9	82,7
Zusammenarbeit mit Kollegen als gut empfunden	88,5	83,4	90,9	88,6	84,8	87,2
Hilfe und Unterstützung von Kollegen, wenn benötigt	88,7	85,7	88,1	88,6	85,9	87,6
Hilfe und Unterstützung von Vorgesetzten, wenn benötigt	55,7	54,2	64,6	55,0	59,9	56,8

Quelle: BIBB/BAuA-Jugenderwerbstätigenbefragung 2011/2012

BIBB-Datenreport 2015

Tabelle A 4.11-4: **Über- und Unterforderung bei Auszubildenden nach Berufsfeld und Geschlecht (in %)**

	Produktionsberufe	Primäre DL-Berufe	Sekundäre DL-Berufe	Männliche Auszubildende	Weibliche Auszubildende	Alle Auszubildenden
Den fachlichen Anforderungen						
in der Regel gewachsen	80,8	73,2	82,3	78,5	77,9	78,3
eher überfordert	5,2	7,3	2,9	5,8	5,2	5,5
eher unterfordert	14,0	19,4	14,9	15,7	16,9	16,1
Den Anforderungen an die Arbeitsmenge						
in der Regel gewachsen	79,5	68,5	81,1	76,8	74,3	75,8
eher überfordert	9,7	17,2	12,0	12,4	13,6	12,9
eher unterfordert	10,8	14,4	6,9	10,8	12,2	11,3

Quelle: BIBB/BAuA-Jugenderwerbstätigenbefragung 2011/2012 BIBB-Datenreport 2015

Kollegen Hilfe und Unterstützung bei ihrer Arbeit bekommen, wenn sie diese benötigen. Die Unterstützung durch den direkten Vorgesetzten liegt mit 56,8% hingegen auf einem etwas niedrigeren Niveau. Signifikante Unterschiede nach Geschlecht oder Berufsfeld zeigen sich bezüglich dieser Ressourcen nicht; mit Ausnahme der Auszubildenden in sekundären Dienstleistungsberufen, die signifikant häufiger als Auszubildende in Produktionsberufen Hilfe und Unterstützung von Vorgesetzten erhalten (64,6% vs. 55,7%).

Über- und Unterforderung durch fachliche Anforderung und Arbeitsmenge

Neben ausreichenden Ressourcen zur Bewältigung der Anforderungen ist die Übereinstimmung zwischen den Anforderungen in der Arbeit und den eingebrachten Kompetenzen (Passung) eine Voraussetzung für produktives Arbeiten und Arbeitszufriedenheit. Konkret wurde gefragt, ob sich die Auszubildenden den fachlichen Anforderungen bzw. den Anforderungen durch die Arbeitsmenge bzw. das Arbeitspensum in der Regel gewachsen fühlen oder ob sie sich eher überfordert oder eher unterfordert fühlen.

Wie aus → **Tabelle A4.11-4** hervorgeht, fühlt sich die Mehrheit der Auszubildenden den fachlichen Anforderungen gewachsen (78,3%), 16,1% fühlen sich unterfordert, und 5,5% fühlen sich überfordert. Die Passung zwischen fachlichen Anforderungen und eingebrachten Kompetenzen ist in primären Dienstleistungsberufen jedoch geringer (73,2%) als in Produktionsberufen (80,8%) bzw. sekundären Dienstleistungsberufen (82,3%). Zurückzuführen ist dies auf den signifikant

höheren Anteil an Auszubildenden in primären Dienstleistungsberufen, die sich häufiger unterfordert fühlen (19,4%). Dies gilt insbesondere für Verkäufer/-innen und Fachverkäufer/-innen im Lebensmittelhandwerk (28,9%). Signifikante Geschlechtsunterschiede bestehen hinsichtlich der fachlichen Passung nicht. Den Anforderungen an die Arbeitsmenge bzw. das Arbeitspensum fühlen sich 3 von 4 Auszubildenden gewachsen (75,8%), wobei sich die Anteile derer, die sich über- und unterfordert fühlen, in etwa die Waage halten (12,9% bzw. 11,3%). Auch hier sind es wieder Auszubildende in primären Dienstleistungsberufen, die sich den Anforderungen an die Arbeitsmenge seltener gewachsen fühlen, als Auszubildende in anderen Berufen. Grund hierfür ist, dass sich Auszubildende in primären Dienstleistungsberufen signifikant häufiger durch die Arbeitsmenge überfordert fühlen (17,2%) als Auszubildende in Produktionsberufen (9,7%) bzw. sekundären Dienstleistungsberufen (12,0%).

Die geringe Passung in primären Dienstleistungsberufen kommt auch in der Zufriedenheit mit der Ausbildung zum Ausdruck: Auszubildende in primären Dienstleistungsberufen sind mit den Möglichkeiten, die eigenen Fähigkeiten anzuwenden, seltener sehr zufrieden (27,0%) als Auszubildende in Produktionsberufen (36,0%) oder Auszubildende in sekundären Dienstleistungsberufen (33,5%). Auch mit Art und Inhalt der Tätigkeit sind sie seltener sehr zufrieden (23,6%) als Auszubildende in Produktionsberufen oder Auszubildende in sekundären Dienstleistungsberufen (31,3% bzw. 38,1%).

(Anja Hall)

A5 Schulische Berufsausbildung, Ausbildung im öffentlichen Dienst und duale Studiengänge an Hochschulen und Akademien

In diesem Kapitel werden Ausbildungsgänge behandelt, die neben der klassischen dualen Berufsausbildung nach BBiG/HwO an den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule angeboten werden.¹⁷⁰ Einige dieser Ausbildungsgänge haben in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen und einen Zuwachs erfahren.

Die schulische Berufsausbildung außerhalb BBiG/HwO umfasst insbesondere Ausbildungen in Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufen nach Bundes- oder Landesrecht sowie landesrechtlich geregelte „Assistentenausbildungen“. Daneben gibt es auch Berufsausbildungen nach BBiG/HwO, die an Berufsfachschulen angeboten werden (vgl. Kapitel A5.1.1, A5.1.2 und A5.1.3). Neue strukturelle Entwicklungen in der Ausbildung außerhalb BBiG/HwO werden in Kapitel A5.1.4 dargestellt.

Im öffentlichen Dienst werden sowohl spezielle Berufe für den öffentlichen Dienst, Beamte/Beamtinnen im Vorbereitungsdienst, Anwärter/-innen sowie Referendare und Referendarinnen ausgebildet als auch Berufe des Gesundheitswesens, und es gibt duale Ausbildungsgänge. Letztere werden, wenn sie in einen anderen Zuständigkeitsbereich fallen, nicht der Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes zugerechnet. Über die gesamte Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes gibt die Personalstandstatistik des Statistischen Bundesamtes Auskunft (vgl. Kapitel A5.2).

Duale Studiengänge haben in den letzten Jahren einen starken Zuwachs erfahren. Kernmerkmal dualer Studiengänge sind die beiden Lernorte Hochschule/Akademie und Betrieb. Bei ausbildungsintegrierenden dualen Studiengängen wird das Studium mit einer Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nach BBiG/HwO verknüpft, darüber hinaus gibt es praxisintegrierende, berufsintegrierende und berufs begleitende duale Studiengänge, die sich hinsichtlich ihrer Organisationsformen unterscheiden (vgl. Kapitel A5.3).

¹⁷⁰ Zur dualen Ausbildung nach BBiG/HwO zählen auch öffentlich finanzierte Ausbildungsverhältnisse, die mit einem Ausbildungsvertrag verbunden sind (vgl. [Kapitel A1.2](#)).

A5.1 Schulische Berufsausbildung

A5.1.1 Grundlagen

Die Berufsausbildung an berufsbildenden Schulen oder kurz die „schulische Berufsausbildung“¹⁷¹ beschreibt ein sehr heterogenes Feld. Dahinter verbergen sich verschiedene Formen von Ausbildungen, deren Gemeinsamkeit darin besteht, dass sie nicht im dualen System nach BBiG/HwO ausgebildet werden. Die Mehrheit der schulischen Berufsausbildungen unterliegt der Kultushoheit der Länder und ist entsprechend landesrechtlich geregelt. Für viele der landesrechtlich geregelten Ausbildungen liegen bundesweite Rahmenvereinbarungen der Kultusministerkonferenz (KMK) vor (vgl. u. a. Kultusministerkonferenz 2014, S. 1). Neben den landesrechtlich geregelten Ausbildungen gibt es aber auch bundesrechtlich (außerhalb BBiG/HwO) geregelte Ausbildungen. So gibt es 17 Berufe im Gesundheitswesen und in der Altenpflege (Kultusministerkonferenz 2013, S. 10), die auf Bundesgesetzen beruhen. Viele der – sowohl bundes- als auch landesrechtlich geregelten – Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufe (GES-Berufe) werden sowohl im Betrieb (z. B. Krankenhaus) als auch am Lernort Schule (z. B. Schule für Gesundheits- und Krankenpflege) unterrichtet. Der Begriff „schulische“ Berufsausbildung für diese eher „dual“ strukturierten Bildungsgänge ist daher irreführend, aber durchaus etabliert. Darüber hinaus gibt es einige wenige anerkannte Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, die über Ausnahmeregelungen an Berufsfachschulen ausgebildet werden können.

Vermittelt werden die schulischen Ausbildungen an unterschiedlichen Schularten: an Berufsfachschulen, Fachakademien, Fachgymnasien, Fachschulen, Schulen des Gesundheitswesens und Teilzeit-Berufsschulen.¹⁷² Diese schulartenspezifische Differenzierung ist geschichtlich gewachsen und landesrechtlich geregelt.

¹⁷¹ In der Literatur wird dieses Bildungssegment vielfältig bezeichnet: „Schulberufssystem“, „vollzeitschulische Berufsausbildung“, „Schulausbildung“ oder „Schulberufe“. „Das berufliche Bildungswesen wird in der öffentlichen Diskussion im Allgemeinen als ‚System‘ bezeichnet. Tatsächlich jedoch handelt es sich bei ihm nicht um ein einheitlich nach Prinzipien geordnetes Ganzes, sondern um ein Konglomerat von Institutionen, die durch die [...] Berufsidee nur lose miteinander verbunden sind“ (Zabek 2009, S. 385).

¹⁷² Eine ausführliche Beschreibung der verschiedenen Schularten findet sich in den Erläuterungen der Fachserie 11, Reihe 2 „Berufliche Schulen“ (Statistisches Bundesamt 2014e, S. 6–8).

E Amtliche Statistiken zur schulischen Berufsausbildung

Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE)

Die iABE bündelt („integriert“) ab dem Berichtsjahr 2005 Daten aus verschiedenen amtlichen Statistiken zu den Bildungsstationen von Jugendlichen. Diese werden in 4 „Bildungssektoren des Ausbildungsgeschehens“ systematisiert: „Berufsausbildung“, „Integration in Berufsausbildung (Übergangsbereich)“, „Erwerb der Hochschulreife (Sek II)“ und „Studium“ (vgl. Kapitel A6). Für den Sektor „Berufsausbildung“ werden Zahlen zur schulischen und dualen Ausbildung in 6 „Bildungskonten“ nachgewiesen → Tabelle A5.1.1-1. Die iABE bietet Zahlen zu Anfängern und Anfängerinnen, Beständen/Schülern und Absolventen/Abgängern nach verschiedenen Merkmalen. Für die Anfänger/-innen liegen z. B. die Merkmale Bundesland, Geschlecht, Staatsangehörigkeit (deutsch/nicht deutsch), Alter und schulische Vorbildung vor. Analysen nach berufsstrukturellen Merkmalen sind nicht möglich (Statistisches Bundesamt, verschiedene Jahrgänge b).

Fachserie „Berufliche Schulen“

Die Fachserie „Berufliche Schulen“ stellt ab dem Berichtsjahr 1992 detaillierte Daten für die beruflichen Schulen zur Verfügung. Neben Zahlen zu den Schülern – u. a. im 1. Schuljahrgang – und Absolventen/Abgängern in den unterschiedlichen Schularten finden sich auch Daten zu Klassen, Anfängern/Anfängerinnen¹⁷³, Lehrkräften und Unterrichtsstunden. So liegen z. B. für die Schüler nach Schularten die Merkmale: Schuljahrgang, Berufsbezeichnung, Geschlecht und Bundesland vor. Für die Klassifikation der Berufe (KldB) wird seit dem Schuljahr 2012/2013 die „KldB 2010“¹⁷⁴ genutzt (Statistisches Bundesamt, verschiedene Jahrgänge a).

Um das Feld der schulischen Berufsausbildung umfassend statistisch zu beschreiben, können 2 Datenquellen herangezogen werden: die integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE) und die Fachserie 11, Reihe 2 „Berufliche Schulen“ **E**. Zwar finden sich in der iABE und der Fachserie ähnliche Konten- bzw. Tabellenüberschriften, jedoch verbergen sich hinter diesen Überschriften

nicht immer dieselben Erhebungseinheiten. Während die iABE Daten zu Anfängern und Anfängerinnen¹⁷⁵ ausweist, liefert die Fachserie „Berufliche Schulen“ Zahlen zu Schülern und Schülerinnen im 1. Schuljahrgang. Zudem werden für die Erhebungseinheiten unterschiedliche Merkmale zur Verfügung gestellt.

Bislang wurden die Daten der Quellen nebeneinander berichtet, jetzt erfolgt der Versuch, diese in Einklang zu bringen: Die → Tabelle A5.1.1-1 zeigt für die in diesem Beitrag verwendeten Anfängergrößen exemplarisch, wie sich die Konten und Tabellen der beiden Statistiken einander zuordnen lassen. Während in der iABE jeder Bildungsgang nur einmal ausgewiesen wird und zudem nur Anfänger/-innen in Erstausbildungen gezählt werden, ist die Fachserie „Berufliche Schulen“ weniger trennscharf. Hier werden auch Weiterbildungen erfasst. Des Weiteren werden bestimmte Bildungsgänge mehrfach ausgewiesen, d. h., sie finden sich unter verschiedenen Tabellenüberschriften. Daher sind die Zahlen in der Fachserie deutlich höher.

Die Gegenüberstellung zeigt, dass die Daten beider Quellen derzeit nur bedingt miteinander in Einklang zu bringen sind. Beide Quellen haben jeweils unterschiedlichen Stärken und Schwächen:

- ▶ Die iABE-Daten haben ihren besonderen Mehrwert bei „systemischen“ Betrachtungen. So helfen die iABE-Daten, die Bedeutung der schulischen Berufsausbildung innerhalb des Ausbildungsgeschehens sowie im Vergleich zur dualen Ausbildung nach BBiG/HwO einzuordnen. Darüber hinaus stehen Daten seit dem Berichtsjahr 2005 zur Verfügung, sodass inzwischen eine Zeitreihe über eine Dekade zur Verfügung steht. Auf Basis verschiedener Merkmale und Merkmalskombinationen können die Anfänger/-innen in den Bildungskonten beschrieben werden (Geschlecht, Staatsangehörigkeit, schulische Vorbildung und Alter) (vgl. Kapitel A6).
- ▶ Die Daten der Fachserie sind insbesondere notwendig, um die „berufsstrukturelle“ Bedeutung und

173 Daten zu den Anfängern und Anfängerinnen finden sich in der Statistik „Berufliche Schulen“ in Tabelle 2.3. Hier liegen die Daten nur nach Schularten und nicht nach Berufen vor.

174 Die Berichtsjahre davor werden auf Basis der Klassifikation der Berufe von 1992 ausgewiesen.

175 Anfänger/-innen in der iABE: Als Anfänger/-innen werden Bildungsteilnehmer bezeichnet, die im Berichtsjahr erstmalig in einem Bildungsgang unterrichtet wurden. Es werden auch Bildungsteilnehmer als Anfänger/-innen gezählt, die direkt in die zweite Jahrgangsstufe eintreten (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2011, S. 70). Die Fachserie „Berufliche Schulen“ nutzt hingegen die Definition der Schüler im 1. Schuljahrgang. Der Schuljahrgang kennzeichnet lediglich das klassenspezifische Bildungsniveau.

Tabelle A5.1.1-1: **Schulische Berufsausbildung – Zuordnung der iABE-Konten 2013 zu den entsprechenden Tabellen der Fachserie 2013/2014**

iABE		Fachserie „Berufliche Schulen“	
Kontenüberschrift	Anfänger/-innen	Schüler/-innen 1. Schuljahrgang	Tabellenüberschrift
Konto I 02: Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	4.792 ¹	8.487	Tab. 2.11 BFS gem. (I) Berufsfachschulen, die einen beruflichen Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf gemäß BBiG/HwO vermitteln
Konto I 03: Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO <i>Hinweis:</i> Ohne landes- und bundesrechtlich geregelte GES-Ausbildungen; diese werden in Konto I 05 gezählt.	15.437	109.228	Tab. 2.11 BFS auß. (I) Berufsfachschulen, die einen beruflichen Abschluss in einem Beruf vermitteln, der kein Ausbildungsberuf ist (außerhalb BBiG/HwO) <i>Hinweise:</i> ▶ Inklusive der landes- und bundesrechtlich geregelten GES-Ausbildungen an Berufsfachschulen ▶ Ohne GES-Ausbildungen, die an anderen Schularten unterrichtet werden (z. B. Schulen des Gesundheitswesens)
Konto I 04: Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine Hochschulzugangsberechtigung vermitteln <i>Hinweis:</i> Ohne landes- und bundesrechtlich geregelte GES-Ausbildungen; diese werden in Konto I 05 gezählt.	24.292		
Konto I 05: Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildung in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens <i>Hinweise:</i> ▶ Ohne GES-Ausbildungen nach BBiG/HwO; diese werden in Konto 01 „Berufsausbildung im dualen System nach BBiG/HwO“ gezählt. ▶ Ohne Weiterbildungen in GES-Berufen ▶ Keine Differenzierung nach bundes- und landesrechtlich geregelten Berufen möglich	171.081	210.149	Tab. 2.9 Schüler/-innen in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen <i>Hinweise:</i> ▶ Inklusive GES-Ausbildungen nach BBiG/HwO ▶ Inklusive Weiterbildungen in GES-Berufen ▶ Differenzierung nach bundes- und landesrechtlich geregelten Berufen möglich

¹ Die Überschriften von Konto I 02 und Tabelle 2.11 BFS gem. (I) suggerieren eine vergleichsweise hohe Übereinstimmung der Datenlage. Jedoch weichen die Zahlen hier überproportional voneinander ab. Dies ist insbesondere auf eine große Datendifferenz in Baden-Württemberg zurückzuführen (ca. 3.000). Derzeit wird geprüft, wie sich diese Unterschiede erklären lassen.

Quelle: Darstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung – Daten: „Integrierte Ausbildungsberichterstattung“ auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit, Datenstand: 4. Dezember 2014 und Fachserie 11, Reihe 2 Schuljahr 2013/2014 BIBB-Datenreport 2015

Entwicklung nachzuzeichnen. Zeitreihen für die Schüler im 1. Schuljahrgang nach Berufen stehen im Standardlieferprogramm der Fachserie nicht zur Verfügung. Ein zeitlicher Vergleich ist insbesondere deshalb schwierig, weil sich sowohl die Klassifi-

kation der Berufe (KldB) als auch die Tabellen im Zeitverlauf verändert haben. Für die Schüler/-innen im 1. Schuljahrgang stehen folgende Merkmale zur Verfügung: Beruf, Schulart und Geschlecht.

A5.1.2 Bedeutung und Entwicklung – Systemische Betrachtung

Im Folgenden wird die Bedeutung und Entwicklung der schulischen Berufsausbildung auf Basis der iABE-Daten skizziert (Statistisches Bundesamt 2015b). Die Darstellung erfolgt differenziert nach den Bildungskonten¹⁷⁶ → **Schaubild A5.1.2-1**. Im Fokus dieses Kapitels stehen die länderspezifischen Unterschiede. Darüber hinaus werden in **Kapitel A6.3** die schulischen Bildungskonten mit der dualen Ausbildung (Konto I 01) sowie den weiteren Sektoren des Ausbildungsgeschehens verglichen. Diese werden dort im Hinblick auf Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Vorbildung einander gegenübergestellt.

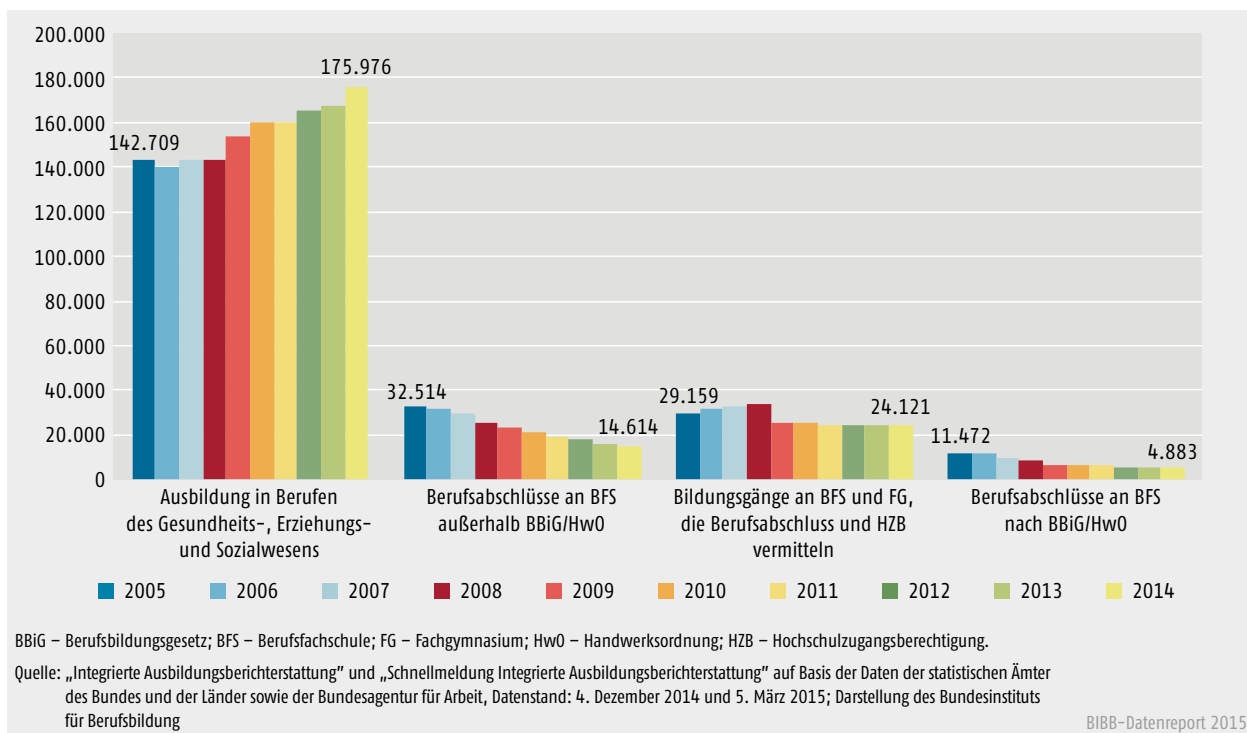
Die Summe der Anfänger/-innen in schulischen Berufsausbildungen ist seit dem Jahr 2005 nahezu konstant (-1,7%). Hingegen haben sich die einzelnen Bildungskonten sehr unterschiedlich entwickelt:

- ▶ Die Ausbildungen im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen (Konto I 05) stellen mit rund 176.000

Anfängern und Anfängerinnen im Jahr 2014 das mit Abstand bedeutendste Konto. Sie weisen gegenüber dem Vergleichsjahr 2005 rund 33.000 Anfänger/-innen mehr aus und verzeichnen als einziges Bildungskonto eine positive Entwicklung der Anfängerzahlen (+23,3%).

- ▶ Mit rund 24.000 Anfängern und Anfängerinnen sind die doppelqualifizierenden Bildungsgänge („Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine Hochschulzugangsberechtigung vermitteln“, Konto I 04) am zweitstärksten besetzt. Im Vergleich zum Jahr 2005 ist die Zahl um 5.000 Anfänger/-innen gesunken (-17,3%).
- ▶ Die Zahl der Anfänger/-innen in „Bildungsgängen an Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO“ (Konto I 03) hat sich im Betrachtungszeitraum von rund 33.000 auf rund 15.000 reduziert und damit mehr als halbiert (-55,1%).
- ▶ Auch die „Berufsausbildung an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO“ hat sich im gleichen Zeitraum

Schaubild A5.1.2-1: **Anfänger/-innen in Konten der schulischen Berufsausbildung 2005 bis 2014**



¹⁷⁶ Nicht berücksichtigt wird die Beamtenausbildung im mittleren Dienst (Konto I 06). Die Beamtenausbildung wird in **Kapitel A5.2** gesondert betrachtet.

Schaubild A5.1.2-2: **Schulische Berufsausbildung in den Ländern 2014**
(100% = Anfänger/-innen im Sektor „Berufsausbildung“)



mehr als halbiert (-57,4%). Mit rund 5.000 Anfängern und Anfängerinnen spielt sie eine vergleichsweise kleine Rolle.

In Kapitel **A5.1.3** werden die Konten I 03 „Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO“ und I 04 „Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine Hochschulzugangsberechtigung vermitteln“ für die berufsstrukturellen Analysen unter der Überschrift „Ausbildungen

nach Landesrecht (außerhalb BBiG/HwO)“ gemeinsam betrachtet, da sie in der Fachserie nicht getrennt ausgewiesen werden. In der Literatur werden die hier zusammengefassten Bildungsgänge häufig auch als sogenannte „Assistentenausbildungen“ bezeichnet.

Das → **Schaubild A5.1.2-2** stellt den Anteil der Anfänger/-innen in schulischer Ausbildung an allen Anfängern und Anfängerinnen am Sektor „Berufsausbildung“ dar. Der Anteil spiegelt das Verhältnis von schulischer

Tabelle A5.1.2-1: Anteil Konten an schulischer Berufsausbildung nach Bundesländern 2005 und 2014 (in %)

(100% = Summe der Anfänger/-innen in Konten der schulischen Berufsausbildung)

	Schulische Berufsausbildung											
	Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an BFS nach BBiG/HwO			BFS vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO			Bildungsgänge an BFS und FG, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln			Ausbildung in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens		
	2005	2014	Veränderung in Prozentpunkten	2005	2014	Veränderung in Prozentpunkten	2005	2014	Veränderung in Prozentpunkten	2005	2014	Veränderung in Prozentpunkten
Baden-Württemberg	2,6	2,1	-0,5	6,0	3,9	-2,1	34,6	15,4	-19,2	56,8	78,5	21,7
Bayern	4,2	4,6	0,5	26,1	15,8	-10,4		0,2	0,2	69,7	79,5	9,8
Berlin	25,9	11,8	-14,1	16,5	8,2	-8,3	12,8	11,2	-1,6	44,7	68,8	24,1
Brandenburg	30,0		-30,0	20,7	6,3	-14,5	0,9		-0,9	48,4	93,7	45,4
Bremen	0,5	2,0	1,5	36,3	35,4	-0,9				63,2	62,6	-0,6
Hamburg	6,2		-6,2	41,7	18,7	-23,1	0,6	0,4	-0,1	51,5	80,9	29,4
Hessen	2,2	2,5	0,3	23,5	15,2	-8,3				74,3	82,4	8,0
Mecklenburg-Vorpommern	17,4	1,3	-16,1	16,2	6,1	-10,0	2,4	0,6	-1,8	64,0	92,0	27,9
Niedersachsen	3,1	2,1	-1,0	14,2	10,3	-3,8				82,8	87,6	4,9
Nordrhein-Westfalen	0,1	0,4	0,3	2,8	1,5	-1,3	25,4	23,3	-2,1	71,7	74,8	3,1
Rheinland-Pfalz		1,5	1,5				45,6	33,3	-12,3	54,4	65,2	10,8
Saarland				12,6	2,6	-10,0				87,4	97,4	10,0
Sachsen	7,0	0,8	-6,2	29,5	1,5	-28,0				63,6	97,7	34,2
Sachsen-Anhalt	2,6		-2,6	34,6	9,2	-25,4				62,8	90,8	28,0
Schleswig-Holstein	0,3	0,2	-0,1				27,7	27,0	-0,7	72,0	72,8	0,8
Thüringen	11,0	2,6	-8,4	16,0	0,7	-15,3	0,3	3,3	3,1	72,8	93,4	20,6
Deutschland	5,3	2,2	-3,1	15,1	6,7	-8,4	13,5	11,0	-2,5	66,1	80,1	14,0
West	2,0	1,8	-0,2	11,6	7,1	-4,5	17,8	13,1	-4,7	68,6	78,0	9,4
Ost	13,8	3,7	-10,2	24,0	5,1	-18,9	2,4	3,3	0,9	59,7	87,9	28,2

BBiG – Berufsbildungsgesetz; BFS – Berufsfachschule; FG – Fachgymnasium; HwO – Handwerksordnung; HZB – Hochschulzugangsberechtigung.

Quelle: „Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung“ auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit, Datenstand: 5. März 2015; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

Berufsausbildung¹⁷⁷ zu dualer Ausbildung nach BBiG/HwO wider. Das Verhältnis ist seit 2005 weitgehend stabil (rund 30% zu 70% im Bundesdurchschnitt) (vgl. auch Kapitel A6.3), jedoch variiert es zwischen den Bundesländern erheblich. Die Farbgebung macht 3 Gruppen von Bundesländern deutlich:

- Dunkelblau markiert sind Bundesländer, deren schulischer Ausbildungsanteil über 35,3% – und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 30,8% – liegt. Hierzu gehören die östlichen Bundesländer Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.

- In Bayern, Hamburg und Bremen (hellblau) liegt der Anteil der schulischen Berufsausbildung hingegen unter 26,3% und somit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.
- In den übrigen Bundesländern (mittelblau) streut der schulische Ausbildungsanteil maximal 4,4 Prozentpunkte um den Bundesdurchschnitt.

Insgesamt variieren die Anteile der Anfänger/-innen in schulischer Berufsausbildung zwischen 17,7% in Bremen und 44,2% in Sachsen. Die vergleichsweise hohen Anteile in den östlichen Bundesländern lassen sich vermutlich auf die stärker schulisch ausgerichtete Ausbildungstradition im Osten zurückführen. Fehlende betriebliche Ausbildungsplätze wurden dort mithilfe des Ausbildungs-

177 Die Beamtenausbildung bleibt hier unberücksichtigt.

platzprogramms Ost (APO) häufiger auch durch schulische Ausbildungsplätze kompensiert als im Westen (vgl. Berger/Braun/Schöngen 2007). Eine Ausnahme bildet Mecklenburg-Vorpommern mit einem schulischen Anteil von nur 31,8%.

In → **Tabelle A5.1.2-1** wird die relative Bedeutung der Bildungskonten sowie deren Veränderung im Zeitverlauf für die einzelnen Bundesländer dargestellt. Die Bedeutung wird gemessen anhand der Anteile der Anfänger/-innen in den Konten an allen Anfängern und Anfängerinnen in schulischer Ausbildung:

Die Ausbildungen in GES-Berufen bilden in allen Ländern den Schwerpunkt der schulischen Berufsausbildung. Allerdings schwanken die Anteile (2014) von 62,6% in Bremen bis zu 97,7% in Sachsen.

Die doppelqualifizierenden Bildungsgänge werden nur in 9 der 16 Bundesländer angeboten. Schwerpunkte mit Anteilen über 20% finden sich in Rheinland-Pfalz (33,3%), Nordrhein-Westfalen (23,3%) und Schleswig-Holstein (27,0%).

„Bildungsgänge an Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO“, die lediglich einen Berufsabschluss nach Landesrecht vermitteln, werden nach der iABE in allen Bundesländern angeboten, außer Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. In diesen Ländern kann eine „Assistentenausbildung“ nur in Verbindung mit dem Erwerb einer Fachhochschulreife absolviert werden. Den mit Abstand größten Anteil verzeichnet Bremen (35,4%). Generell zeigt sich, dass die „Bildungsgänge an Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO“ nach Landesrecht im Westen eine höhere Bedeutung haben als im Osten. Allerdings gibt es im Westen eine Zweiteilung: So bewegt sich der Anteil in Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen und Niedersachsen über 10%. In den anderen westlichen Bundesländern ist er hingegen sehr niedrig. Diese Länder zeichnen sich jedoch durch einen höheren Anteil an doppelqualifizierenden Bildungsgängen aus. Somit haben die „Ausbildungen nach Landesrecht (außerhalb BBiG/HwO)“ im Westen insgesamt eine höhere Bedeutung als im Osten.

Die Ausbildung in „Bildungsgängen an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO“ wird in nennenswertem Umfang nur in Berlin (11,8%) angeboten. Während in vier Bundes-

ländern (Brandenburg, Hamburg, Saarland und Sachsen-Anhalt) keine schulische Ausbildung nach BBiG/HwO möglich ist, ist der Anteil in den restlichen Ländern sehr gering und variiert zwischen 0,4% in Nordrhein-Westfalen und 4,6% in Bayern.

Seit 2005 haben sich die Anteile der Bildungskonten – insbesondere im Osten – stark verändert: So haben sich hier die Anteile der Berufsausbildung nach BBiG/HwO (-10,2 Prozentpunkte) und außerhalb BBiG/HwO (-18,9 Prozentpunkte) verhältnismäßig stark reduziert. Dies hängt insbesondere mit dem Auslaufen des bereits genannten Ausbildungsplatzprogramms Ost (APO) zusammen. Außerdem wurden Assistentenausbildungen zugunsten dualer Ausbildungsplätze reduziert oder ganz eingestellt (Zöllner 2015, S. 14–15).

Für die Ausbildungen in GES-Berufen steigt die relative Bedeutung im selben Zeitraum sowohl in Ost (+28,2 Prozentpunkte) als auch in Westdeutschland (+9,4 Prozentpunkte). Dies ist auf das insgesamt wachsende Beschäftigungsfeld zurückzuführen.

Eine weiterführende Erklärung des unterschiedlichen Engagements der Bundesländer kann nur unter Berücksichtigung von zusätzlichen länderspezifischen Informationen – sogenannten Metadaten – erfolgen. Hierzu gehören beispielsweise Daten zu den institutionellen Besonderheiten der Bundesländer, zum regionalen Ausbildungsstellenmarkt oder der demografischen Entwicklung (vgl. **E** in Kapitel A6.2).

A5.1.3 Bedeutung und Entwicklung – Berufsstrukturelle Betrachtung

Die folgende Darstellung basiert auf den Daten der Fachserie „Berufliche Schulen“ (Statistisches Bundesamt, verschiedene Jahrgänge). Jedoch werden die Daten zu den berufsstrukturellen Entwicklungen entsprechend der iABE-Systematik gegliedert. So werden im Kapitel zu den Ausbildungen in Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufen (GES-Berufen) nur die Entwicklungen der bundes- und landesrechtlich geregelten Ausbildungen vorgestellt. Die im dualen System nach BBiG/HwO ausgebildeten Berufe (z. B. Medizinische/-r Fachangestellte/-r) werden nicht berücksichtigt. Für die Assistentenausbildungen kann auf Basis der Fachserie nicht wie in der iABE zwischen einfachen (Konto I 03: nur Berufsabschluss) und doppelqualifizierenden (Konto I 04: Berufsabschluss + HZB) Ausbildungen unterschieden werden. Sie werden daher gemeinsam unter der Überschrift „Ausbildungen nach Landesrecht (außerhalb BBiG/HwO)“ geführt.

Im Folgenden steht die Bedeutung und Entwicklung der Berufe in den verschiedenen Bildungskonten im Fokus. Zunächst werden die Schüler/-innen in den GES-Berufen im 1. Schuljahrgang, die bedeutendste Gruppe innerhalb der schulischen Berufsausbildungen, betrachtet. Dargestellt werden die Entwicklungen der am stärksten besetzten Berufe. Für schulische „Ausbildungen nach Landesrecht (außerhalb BBiG/HwO)“ sowie „Ausbildungen nach BBiG/HwO an Berufsfachschulen“ können keine berufsstrukturellen Entwicklungen im Zeitverlauf dargestellt werden, weil eine Zuordnung der Berufe/Berufsbezeichnungen über die Zeit nicht möglich ist.¹⁷⁸

178 Für die Ausbildungen nach BBiG/HwO an Berufsfachschulen liegen in der Fachserie erst seit 2013/2014 Daten nach Berufsbezeichnung vor. 2005/2006 werden, bis auf wenige Ausnahmen, nur die Berufsgruppen ausgewiesen. Für die Ausbildungen nach Landesrecht fehlen 2005/2006 Daten für viele Berufe wie z. B. Fremdsprachenkorrespondent/-in. Auch die Umstellung von KldB 1992 auf 2010 verhindert für diese Ausbildungen einen sinnvollen Vergleich über die Zeit (vgl. Zöllner 2015, Anhang).

Ausbildungen in Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufen (GES-Berufen)¹⁷⁹

Eine Ausbildung in den GES-Berufen^{180, 181} erfolgt i. d. R. an Schulen des Gesundheitswesens sowie an Berufsfachschulen und Fachschulen.¹⁸² Rund die Hälfte der Schüler/-innen wird in circa 50 Berufen nach landesrechtlichen Regelungen ausgebildet. Rechtsgrundlage bilden die Schulgesetze der Länder. Für einige dieser Berufe liegen bundesweite Rahmenvereinbarungen der KMK (vgl. z. B. Kultusministerkonferenz 2014c) vor. Diese sollen die Qualität der Abschlüsse durch gemeinsam vereinbarte Kriterien und Bildungsstandards sichern und damit die Voraussetzung für die gegenseitige Anerkennung in den Ländern schaffen. Darüber hinaus gibt es 17 Berufe¹⁸³, die auf bundesrechtlichen Regelungen basieren, für die die Bundesministerien zuständig sind. So werden alle Berufe außer dem/der Altenpfleger/-in vom Bundesministerium für Gesundheit geregelt. Für den/die Altenpfleger/-in ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zuständig. Die bundesrechtlichen Bildungsgänge dauern in der Mehrzahl 36 Monate, die landesrechtlichen variieren zwischen 12 und 36 Monaten (Bundesinstitut für Berufsbildung 2014, S. 214–226).

Der Schwerpunkt der Ausbildungen liegt in den Bereichen Pflege und Erziehung → [Tabelle A5.1.3-1](#). Die mit Abstand bedeutendsten Ausbildungen im Jahr 2013 sind die zum/zur Altenpfleger/-in, Erzieher/-in und Gesundheits- und Krankenpfleger/-in mit jeweils über 20.000 Schüler/-innen im 1. Schuljahrgang. Über 10.000 Schüler/-innen befinden sich in den Ausbildungen

179 Ohne Ausbildungen in GES-Berufen nach BBiG/HwO (z. B. Medizinische/-r Fachangestellte/-r)

180 Die Zuordnung von Berufen unter die Kategorie „GES-Berufe“ ist nicht klar definiert. In diesem Beitrag erfolgt eine Zuordnung der GES-Berufe (außerhalb BBiG/HwO) auf Basis der Tabelle 2.9 der Fachserie 11, Reihe 2 „Berufliche Schulen“.

181 Für die bundesrechtlich geregelten Gesundheitsfachberufe liegt bis heute keine vollständige Datenbasis vor (vgl. Zöllner 2015, S. 5), „da einige Länder keine Statistik vorhalten, andere Länder die Daten nicht oder nicht vollständig übermitteln“ (Bund-Länder-Arbeitsgruppe 2012, S. 44).

182 In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen gibt es keine Schulen des Gesundheitswesens. Hier werden die Jugendlichen an Teilzeit-Berufsschulen, Berufsfachschulen und Fachschulen unterrichtet (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2011 S. 24).

183 Altenpfleger, Diätassistent, Ergotherapeut, Entbindungspfleger, Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger, Gesundheits- und Krankenpfleger, Logopäde, Masseur/ Medizinischer Bademeister, Medizinisch-technischer Assistent für Funktionsdiagnostik, Medizinisch-technischer Laboratoriumsassistent, Medizinisch-technischer Radiologieassistent, Notfallsanitäter (ehemals Rettungsassistent), Orthoptist, Pharmazeutisch-technischer Assistent, Physiotherapeut, Podologe, Veterinärmedizinisch-technischer Assistent (vgl. Kultusministerkonferenz 2013a).

Tabelle A5.1.3-1: Stark besetzte Ausbildungen in GES-Berufen nach Bundes- und Landesrecht¹ – Schüler/-innen im 1. Schuljahrgang

2005/2006	2013/2014		2005/2006 ²	2013/2014 ³		Veränderung 2013/2014 zu 2005/2006 in %	Anteil an GES-Ausbildungen in %		Veränderung des GES-Anteils (Prozent- punkte)
	KiDB 1992	KiDB 2010 (StBA- Zusatz)		Berufsbezeichnung	Absolut		Anteil weiblich in %	2005/2006 (Insgesamt: 142.709)	
Nach Bundesrecht									
Altenpfleger/-in	8640	82102 (01)	13.869	24.060	77,6	73,5	9,7	14,1	4,3
Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	8530	81302 (02)	19.782	23.689	78,5	19,8	13,9	13,8	0,0
Physiotherapeut/-in (Krankengymnast/-in)	8520	81713 (03)	9.442	7.931	62,9	-16,0	6,6	4,6	-2,0
Rettungsassistent/-in	8542	81342 (02)	4.179	4.659	28,1	11,5	2,9	2,7	-0,2
Ergotherapeut/-in	8594	81723 (02)	5.114	3.744	88,2	-26,8	3,6	2,2	-14,0
Nach Landesrecht									
Erzieher/-in ⁶	8630	83112 (01)	14.615	23.708	81,7	62,2	10,2	13,9	3,6
Sozialhelfer/-in ⁷	8617	83142 (05)	3.244 12.995 9.751	17.075	79,0	31,3	9,1	10,0	0,9
Sozialassistent/-in ⁷	8697								
Sozialpädagogische(r) Assistent/-in ⁷	8617	83112 (05)	2.373 15.125 12.752	12.167	85,0	-19,6	10,6	7,1	-3,5
Kinderpfleger/-in ⁷	8670								
Altenpflegehelfer/-in	8647	82101 (01)	4.654	7.577	79,4	62,8	3,3	4,4	1,2
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	8660	83132 (01)	6.693	3.892	72,5	-41,8	4,7	2,3	-2,4

¹ Hier werden nur die Schüler/-innen abgebildet, die keine Ausbildung nach BBiG/HwO machen.
² Für das Saarland liegen in der Fachserie 2013/2014 nur Zahlen für die Schulen des Gesundheitswesens vor, für andere Schularten liegt die Aufteilung nach Berufen nicht vor. Die Bundeszahl wird daher unterschätzt.
³ Für das Jahr 2005/2006 weist die Tabelle Sozial_Gesund_DE nur Schüler/-innen an Berufsfachschulen, Fachschulen und Schulen des Gesundheitswesens aus. In 2013/2014 sind in der Tabelle 2.9 auch Schüler an Teilzeit-Berufsschulen und Fachakademien enthalten.
⁴ Für Baden-Württemberg liegen in der Fachserie 2013/2014 hier keine Zahlen nach Berufsbezeichnung vor, weshalb die Bundeszahl unterschätzt wird.
⁵ Der/Die Rettungsassistent/-in ist eine zweijährige Ausbildung, jedoch werden die Schüler/-innen in der Fachserie nur im ersten Schuljahrgang statistisch nachgewiesen. Die Gesamtzahl in der Fachserie wird daher unterschätzt.
⁶ Für 2005/2006 müssen die Zahlen der Tabellen BFS_4_7_4, FS_8_7 und FAK_9_6 summiert werden.
⁷ Für 2005/2006 aus der Tabelle BFS_4_7_4.
 Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2. Für 2013/2014: Tabelle 2.9. Für 2005/2006: Tabellen Sozial_Gesund_DE, BFS_4_7_4, FS_8_7 und FAK_9_6, Integrierte Ausbildungsberichterstattung (Datenstand: 4. Dezember 2014, und 5. März 2015)
 BIBB-Datenreport 2015

gen zum/zur Sozialhelfer/-in bzw. Sozialassistent/-in und Sozialpädagogische/-n Assistent/-in bzw. Kinderpfleger/-in.

Betrachtet man die GES-Berufe im Hinblick auf den Geschlechteranteil, so zeigt sich durchgängig eine starke weibliche Präsenz. Sie variiert zwischen einem Anteil von 62,9% bei den Physiotherapeuten und -therapeutinnen bis zu 88,2% bei den Ergotherapeuten und -therapeutinnen. Eine Ausnahme bilden die Rettungsassistenten und -assistentinnen mit einem Anteil von nur 28,1%.

Die → **Tabelle A5.1.3-1** weist die absoluten Zahlen (Schüler/-innen im 1. Schuljahrgang) für die wichtigsten Ausbildungen in GES-Berufen¹⁸⁴ für die Schuljahre 2005/2006¹⁸⁵ und 2013/2014 sowie deren Veränderungen aus. Darüber hinaus liefert die Tabelle Informationen über die relative Bedeutung der Berufe innerhalb der GES-Gruppe. Betrachtet man zunächst die absoluten Zahlen, so zeigen sich starke Veränderungen: Von den aufgeführten Berufen verzeichnen 4 einen Rückgang der Schüler/-innen im 1. Schuljahrgang. Die stärksten Rückgänge weisen der/die Heilerziehungspfleger/-in (-41,8%) und der/die Ergotherapeut/-in (-26,8%) vor. Deutlich steigende Zahlen verzeichnen hingegen insbesondere der/die Altenpfleger/-in (+73,5%), der/die Altenpflegehelfer/-in (+62,8%) und der/die Erzieher/-in (+62,2%). Die relative Bedeutung der einzelnen Berufe – also der Anteil an allen GES-Berufen – hat sich für viele Berufe verändert. So ist beispielsweise der Anteil der Altenpfleger/-innen von 9,7% auf 14,1% (+4,3 Prozentpunkte) gestiegen. Hingegen ist der Anteil der Heilerziehungspfleger/-innen um 2,4 Prozentpunkte gesunken.

Ausbildungen nach Landesrecht (außerhalb BBiG/HwO)¹⁸⁶

Im Folgenden werden nur die Ausbildungen mit Abschluss nach Landesrecht betrachtet, die nicht zu den oben beschriebenen GES-Berufen zählen. Diese landesrechtlichen Ausbildungen führen meist zum Ab-

schluss „Staatlich geprüfter Assistent/Staatlich geprüfte Assistentin“ (manchmal: „Staatlich anerkannt“) und werden entsprechend häufig als sogenannte „Assistentenausbildungen“ bezeichnet. In der Regel handelt es sich um Ausbildungen, die sich an Realschulabsolventen bzw. Schüler/-innen mit einem mittleren Schulabschluss richten. Das Feld ist durch eine Vielzahl verschiedener Ausbildungen gekennzeichnet. Die Bereiche Labortechnik, Kommunikations- und Gestaltungstechnik sowie Sekretariat und Fremdsprachen sind klassische Angebotsfelder (vgl. Kultusministerkonferenz 2014b, S. 1).

Die genaue Anzahl der Ausbildungsberufe nach Landesrecht ist nicht eindeutig zu identifizieren, da sich die Abschlussbezeichnungen der KMK (2014) für die landesrechtlichen Berufsabschlüsse nicht eindeutig in der Fachserie „Berufliche Schulen“ des Statistischen Bundesamtes wiederfinden (vgl. Zöller 2015, S. 5). Bereinigt man die Liste der landesrechtlich geregelten Ausbildungen der Fachserie (Tabelle 2.11 – BFS auß. [I]) um die GES-Berufe an Berufsfachschulen (Tabelle 2.9), bleiben rund 90 Berufe übrig.

Die Berufsausbildungen sind oft landestypisch ausgelegt (z. B. staatlich geprüfte Keramiker/-in nur in Bayern) und nur dort vertreten. Es gibt jedoch auch Ausbildungen, die in mehreren Ländern gleichermaßen angeboten werden wie z. B. der/die staatlich geprüfte biologisch-technische/-r Assistent/-in (außer Mecklenburg-Vorpommern, Saarland und Sachsen) (vgl. Statistisches Bundesamt 2014e).

In → **Tabelle A5.1.3-2** werden die zehn am stärksten besetzten Berufe ausgewiesen. Der/Die „Kaufmännische Assistent/-in/Wirtschaftsassistent/-in – Fremdsprachen“ ist mit rund 3.267 Schülern und Schülerinnen im ersten Schuljahrgang und einem Anteil von 8,1% die bedeutendste Ausbildung unter den landesrechtlich geregelten Ausbildungen. Mehr als 2.000 Schüler/-innen beginnen die Ausbildungen zum/zur „Gestaltungstechnischen Assistenten/Assistentin“ und zum/zur „Kaufmännischen Assistenten/Assistentin/Wirtschaftsassistenten/-assistentin – Informationsverarbeitung“.

Die landesrechtlich geregelten Assistentenausbildungen werden im Zuge der Maßnahmen zur Fachkräftesicherung häufig kritisch diskutiert, da sie eine Konkurrenz zur dualen Ausbildung darstellen und scheinbar schlechtere Arbeitsmarktchancen für Jugendliche bieten. Daher

184 Zöller (2015, S. 16, 17 und 22) ermittelt die wichtigsten GES-Berufe über die Schüler/-innenzahlen insgesamt (Summe der Schüler/-innen in allen Schuljahrgängen). Hierdurch kommt es zu einer leicht unterschiedlichen Rangfolge.

185 2005 wird als Referenzjahr gewählt, da es im Kapitel der systemischen Betrachtung als Referenzjahr genutzt wird und die IABE ab dem Berichtsjahr 2005 Daten zur Verfügung stellt.

186 Ohne Ausbildungen in GES-Berufen.

Tabelle A5.1.3-2: Stark besetzte Ausbildungen nach Landesrecht¹ – Schüler/-innen im 1. Schuljahrgang 2013/2014

KldB 2010 (StBA-Zusatz)	Berufsbezeichnung	Insgesamt ²	Anteil weiblich in %	Anteil an LR-Berufen 2013 in % (Summe = 39.729)	Länder (Anzahl)
71412 (02)	Kaufmännische/-r Assistent/-in/ Wirtschaftsassistent/-in – Fremdsprachen ³	3.267	70,8	8,1	BE, BB, HB, HH, HE, MV, NI, NRW, RP, SN, ST, SH, TH (13)
23212 (06)	Gestaltungstechnische/-r Assistent/-in	2.644	63,7	6,6	BE, BB, HB, MV, NI, NRW, SN, ST, SH, TH (10)
43112 (05)	Kaufmännische/-r Assistent/-in/ Wirtschaftsassistent/-in – Informationsverarbeitung ³	2.495	37,2	6,2	BE, BB, HB, HE, MV, NI, NRW, SN, ST, SH, TH (11)
41212 (02)	Biologisch-technische/-r Assistent/-in	1.450	57,8	3,6	BW, BY, BE, BB, HB, HH, HE, NI, NRW, RP, ST, SH, TH (13)
41322 (03)	Chemisch-technische/-r Assistent/-in	1.437	39,3	3,6	BW, BY, BE, HB, HH, HE, NI, NRW, RP, ST, SH, SN, TH (13)
71402 (16)	Kaufmännische/-r Assistent/-in/ Wirtschaftsassistent/-in – Büro/Sekretariat ³	1.309	52,7	3,3	BY, BE, BB, RP, SN, ST, TH (7)
71413 (01)	Fremdsprachenkorrespondent/-in ³	1.197	77,1	3,0	BY, SN (2)
71302 (03)	Kaufmännische/-r Assistent/-in/ Wirtschaftsassistent/-in ³	1.037	41,1	2,6	BY, RP (2)
43122 (02)	Assistent/-in – Informatik (technische Informatik)	994	10,7	2,5	BY, HE, MV, RP, SH, TH (6)
82322 (02)	Kosmetiker/-in (staatlich geprüft/Lehrgänge)	879	99,5	2,2	BY, NRW, SN (3)

¹ Hier werden nur die Schüler/-innen abgebildet, die keine Ausbildung in GES-Berufen machen.

² Ohne Saarland, da keine Zuordnung nach Beruf möglich.

³ Ohne Baden-Württemberg, da keine Zuordnung nach Beruf möglich ist.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2. Für 2013/2014: „Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung“ (Datenstand 5. März 2015)

BIBB-Datenreport 2015

wird unter anderem gefordert, vor allem die Assistentenausbildungen einzustellen, für die es ein ausreichendes regionales Angebot an affinen dualen Ausbildungen gibt (Wirtschaftsministerkonferenz 2012, Punkt 5.4). Die Zuordnung dualer zu schulischer Berufsabschlüsse ist jedoch nur in sehr wenigen Fällen eindeutig möglich (Zöllner 2015, S. 11–13).

Ausbildungen nach BBiG/HwO an Berufsfachschulen

Die Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nach BBiG/HwO wird normalerweise dual, also im Betrieb und in der Teilzeit-Berufsschule, durchgeführt. Darüber hinaus sind im BBiG bzw. der HwO Ausnahmen geregelt, die eine vollzeitschulische Ausbildung an Berufsfachschulen ermöglichen. Dort werden die Inhalte der Ausbildungen laut den anerkannten Ausbildungsrah-

menplänen umgesetzt. Eine vollzeitschulische Ausbildung nach BBiG/HwO ist nach zwei Regelungen möglich:

- Gleichstellung von Prüfungszeugnissen (§ 50 Abs. 1 BBiG bzw. § 40 Abs. 1 HwO)

Das an der Berufsfachschule erworbene Prüfungszeugnis wird dem Zeugnis über das Bestehen der Abschluss-/Gesellenprüfung in einem anerkannten Ausbildungsberuf gleichgestellt. Die Gleichstellung von Prüfungszeugnissen erfolgt durch Rechtsverordnung über das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie oder das sonst zuständige Fachministerium im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung nach Anhörung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung. Voraussetzung ist, dass die Berufsausbildung und die in der Prüfung nachzuweisenden beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten gleichwertig sind. Die Bewilligung

Tabelle A5.1.3-3: **Stark besetzte Ausbildung nach BBiG/HwO an Berufsfachschulen – Schüler/-innen im 1. Schuljahrgang 2013/2014**

KIdB 2010 (StBA-Zusatz)	Berufsbezeichnung	Insgesamt ¹	Anteil weiblich in %	Anteil an allen schulischen BBiG/HwO-Berufen 2013 in % (Summe = 8.487)	Länder (Anzahl)
82322 (01)	Kosmetiker/-in	1.183	99,3	13,9	BW, MV, NI, NRW, SN, ST, TH (7)
71402 (15)	Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation	580	54,5	6,8	BY, BE, NRW (3)
71402 (05)	Bürokaufmann/-kauffrau	441	55,1	5,2	BY, BE, TH (3)
71302 (02)	Industriekaufmann/-kauffrau	399	69,7	4,7	BW, BE (2)
28222 (14)	Maßschneider/-in	282	95,0	3,3	HE, NRW, RP (3)
26302 (02)	Elektromechaniker/-in	259	8,1	3,1	BW, BE (2)
24512 (03)	Feinwerkmechaniker/-in	171	7,0	2,0	BY, RP (2)
28222 (15)	Modenäher/-in	169	89,9	2,0	BY, BE (2)
61212 (12)	Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel (ohne FR-Angabe)	155	29,0	1,8	BE (1)
22342 (09)	Tischler/-in	127	25,2	1,5	BY, BE, HE, RP (4)

¹ Für das Saarland liegen in der Fachserie keine Daten vor. Für Baden-Württemberg liegt das Merkmal Berufsbezeichnung nicht durchgängig vor. Die Bundeszahlen werden daher unterschätzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, 2013/2014

BIBB-Datenreport 2015

wird befristet erteilt und ist zurzeit für 7 berufsbildende Schulen (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2014, S. 195–198) in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ausgesprochen (vgl. Zöllner 2015, S. 10–11).

- ▶ **Zulassung zur Abschlussprüfung (§ 43 Abs. 2 BBiG)**
Die Berufsausbildung wird mit einer externen Abschlussprüfung abgeschlossen, die vor einer Handwerks-/Handelskammer abgelegt wird. Zur Abschlussprüfung wird zugelassen, wer in einer berufsbildenden Schule ausgebildet worden ist, wenn dieser Bildungsgang der Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf entspricht. Dies ist der Fall, wenn Inhalt, Anforderung und zeitlicher Umfang der jeweiligen Ausbildungsordnung gleichwertig sind sowie die systematische Durchführung und ein angemessener Anteil fachpraktischer Ausbildung gewährleistet wird.

Die Berufsausbildung an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO ist durch die in → **Tabelle A5.1.3-3** dargestellten Berufe geprägt. Die Schüler/-innen in den aufgeführten Berufen repräsentieren knapp die Hälfte aller Schüler/-innen im 1. Schuljahrgang. Mit einem Anteil von 13,9% an allen schulischen BBiG/HwO-Berufen ist der/die Kosmetiker/-in der mit Abstand bedeutendste Beruf. Die fast ausschließlich von Frauen absolvierte Ausbildung wird in 7 der 16 Bundesländer angeboten. Die anderen Berufe werden nur in 1 bis 4 Bundesländern angeboten und spielen auf der Bundesebene eine vergleichsweise unbedeutende Rolle. So wird beispielsweise der/die Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel mit 155 Schülern und Schülerinnen nur an Berufsfachschulen in Berlin angeboten. Der Beruf Tischler/-in kann zwar in 4 Ländern erlernt werden, allerdings beginnen nur insgesamt 127 Schüler/-innen diese Ausbildung.

(Amelie Illiger, Friedel Schier, Regina Dionisius)

A5.1.4 Strukturelle Entwicklungen in Ausbildungsgängen außerhalb BBiG/HwO: Themenschwerpunkt nicht-akademische Gesundheitsberufe

Ausbildungsgänge außerhalb des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) bzw. der Handwerksordnung (HwO) findet man in Deutschland vor allem im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen. Angesichts der demografischen Entwicklungen und der gestiegenen Anforderungen an die Fachkräfte sind zukunftsorientierte Ausbildungsgänge für die Qualifizierung der Fachkräfte wichtiger denn je. Die strukturellen Entwicklungen der Ausbildungen außerhalb BBiG/HwO werden im Rahmen des BIBB-Datenreports fortschreibend betrachtet. Der Fokus des diesjährigen Beitrags liegt auf den nicht-akademischen Gesundheitsberufen. Fachkräfte in den unterschiedlichsten Berufen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in Deutschland. Im Folgenden werden die aktuellen Entwicklungen sowohl der landesrechtlich geregelten Assistenz- und Pflegehelferausbildungen als auch der bundesrechtlich geregelten Gesundheitsfachberufe wie z. B. die Gesundheits- und Krankenpflege, Altenpflege, Physiotherapie, Logopädie und Ergotherapie in den Blick genommen.

Berufsausbildung in landesrechtlich geregelten Gesundheitsberufen

Die Ausbildungen in den landesrechtlich geregelten Helferausbildungen, die insbesondere an Schulen des Gesundheitswesens angeboten werden, sind nicht einheitlich in den Bundesländern geregelt und differieren auch hinsichtlich der Abschlussbezeichnung (u. a. Gesundheits- und Krankenpflegehelfer/-in, Kranken- und Altenpflegehelfer/-in, Gesundheits- und Pflegeassistent/-in, Staatlich geprüfte/-r Pflegeassistent/-in). Nach dem Beschluss der 89. Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) soll ein länderübergreifendes transparentes sowie durchlässiges Aus- und Weiterbildungsangebot von Assistenz- und Helferberufen bis zu Pflegefachkraftberufen und akademischen Aus- und Weiterbildungen entstehen. Die nachfolgenden Eckpunkte stellen zwischen den Bundesländern vereinbarte Mindestanforderungen an Ausbildungen zu Assistenz- und Helferberufen in der Pflege dar. In vielen Fällen und bei einzelnen Anforderungen werden sie von den geltenden Länderregelungen

überschritten. Bis zum Inkrafttreten des neuen Pflegeberufegesetzes (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A5.4) sollen die Mindestanforderungen in allen Bundesländern umgesetzt sein (vgl. Arbeits- und Sozialministerkonferenz 2012, Anlage zu TOP 7.1, S. 1 f.). Eckpunkte für die in Länderzuständigkeit liegenden Ausbildungen zu Assistenz- und Helferberufen in der Pflege sind demnach:

1. Berufsbild: Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten:

Assistenzkräfte und Pflegehelfer arbeiten im Team mit Pflegefachkräften in der ambulanten Pflege, der stationären Akutpflege und der stationären Langzeitpflege. Sie betreuen und pflegen Menschen insbesondere im häuslichen Umfeld, in Wohngruppen, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern. Sie führen die Maßnahmen selbstständig durch (Durchführungsverantwortung), die von einer Pflegefachkraft geplant, überwacht und gesteuert werden (Steuerungsverantwortung). Die länderrechtlich geregelten Ausbildungen zu Assistenz- und Helferberufen in der Pflege vermitteln

- ▶ mindestens diejenigen Kompetenzen, die in diesem Sinne zur selbstständigen Wahrnehmung insbesondere folgender Tätigkeiten befähigen: grundpflegerische Maßnahmen in stabilen Pflegesituationen sicher durchführen, Ressourcen erkennen und aktivierend in die Pflegehandlung einbeziehen, pflegebedürftige Menschen bei der Lebensgestaltung im Alltag unter Beachtung der Lebensgeschichte, der Kultur und der Religion unterstützen etc.,
- ▶ mindestens diejenigen Kompetenzen, die dazu befähigen, unter Anleitung und Überwachung von Pflegefachkräften insbesondere folgende Tätigkeiten durchzuführen: bei der Durchführung ärztlich veranlasster therapeutischer und diagnostischer Verrichtung mitwirken, Menschen in der Endphase des Lebens unterstützend begleiten und pflegen.

2. *Ausbildungsdauer:* Die Ausbildung dauert mindestens 1 Jahr. Sie umfasst mindestens 700 Stunden berufsbezogenen schulischen Unterricht und 850 Stunden praktische Ausbildung unter Anleitung einer Pflegefachkraft.

3. *Praxisereignisse:* Die Auszubildenden lernen mindestens 2 Praxisbereiche kennen: ambulante Pflege und stationäre Akut- oder Langzeitversorgung.

4. *Zugangsvoraussetzung:* Die Ausbildungsgänge setzen einen Hauptschulabschluss voraus.

5. *Prüfung und Berufsabschluss*: Die Ausbildung schließt mit einer Prüfung ab, die mindestens einen schriftlichen und einen praktischen Teil umfasst. Die praktische Prüfung erfolgt in der Regel am Klienten. Leistungen aus der Ausbildungsphase (Vornoten) können in das Prüfungsergebnis einfließen (vgl. Arbeits- und Sozialministerkonferenz 2012, Anlage zu TOP 7.1, S. 2 f.).

Berufsausbildung in bundesrechtlich geregelten Gesundheitsfachberufen¹⁸⁷

Im Hinblick auf den Fachkräftemangel und die gestiegenen Anforderungen aufgrund veränderter Versorgungsbedarfe steht die Qualifizierung der Fachkräfte in Gesundheitsfachberufen nach Bundesrecht vor vielfältigen Herausforderungen. In Anknüpfung an die Ausführungen der vergangenen Datenreportbeiträge werden aus der Vielzahl relevanter Entwicklungsprozesse 3 zentrale Aspekte nachfolgend in den Blick genommen: die Akademisierung, die Übertragung ärztlicher Tätigkeiten auf Pflegefachkräfte sowie die Evaluierung der Modellstudiengänge in Gesundheitsfachberufen (vgl. BIBB-Datenreport 2013 und 2014, jeweils Kapitel A5.4).

Akademisierung der Pflege- und Therapieberufe sowie des Hebammenwesens

Auf der Grundlage von Modellklauseln in den entsprechenden Berufsgesetzen für Berufsangehörige der Kranken- und Altenpflege, der Logopädie, Ergotherapie, Physiotherapie sowie des Hebammenwesens wurden in den vergangenen Jahren die Voraussetzungen für eine zeitlich befristete Erprobung von Ausbildungsangeboten geschaffen, die der Weiterentwicklung der genannten Berufe dienen sollen. Dabei sollen berufsfeldspezifische Anforderungen sowie moderne berufspädagogische Erkenntnisse berücksichtigt werden (vgl. Bundesministerium für Gesundheit 2009, S. 4052).

Die Weiterentwicklung der bundesrechtlich geregelten Pflegeberufe sieht im Eckwerteentwurf vom 1. März 2012 im Bereich der *nicht-akademischen* Qualifizierung die Zusammenführung der Ausbildungen in der Gesund-

heits- und Krankenpflege, der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sowie der Altenpflege zu einem neuen Pflegegesetz vor (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A5.4). Im Hinblick auf die strukturelle und inhaltliche Ausrichtung der *akademischen* Pflegeausbildung nennt die Bund-Länder-Arbeitsgruppe im Eckwerteentwurf die Verbesserung der Qualität beruflichen Handelns und die Verbesserung der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung als zentrale Ziele der akademischen Ausbildung. Die Hochschulbildung soll einen wichtigen Beitrag zur Evidenzbasierung des beruflichen Handelns leisten und die Attraktivität des Berufsfeldes Pflege erhöhen. Absolventen und Absolventinnen entsprechender Studiengänge sollen insbesondere in der Pflege und Betreuung bei hochkomplexen Pflegebedarfen sowie in Beratung und Anleitung von Angehörigen tätig sein. Darüber hinaus sollen akademisch ausgebildete Fachkräfte übergeordnete hochkomplexe Prozesse eigenverantwortlich steuern und koordinieren, Leitungsverantwortung übernehmen und über die interprofessionelle Arbeit mit unterschiedlichen Berufsgruppen die Weiterentwicklung der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung maßgeblich mitgestalten (vgl. Bund-Länder-Arbeitsgruppe 2012, S. 27 f.).

In seinen „Empfehlungen zu hochschulischen Qualifikationen für das Gesundheitswesen“ empfiehlt der Wissenschaftsrat, ausgehend von der Kritik an der aktuellen Ausbildungssituation, den Ausbau von grundständigen Studiengängen insbesondere für die Ausbildung von Fachkräften, die in komplexen Aufgabenbereichen der Pflege, Therapie und des Hebammenwesens tätig sind, mit dem Ziel eines zur unmittelbaren Tätigkeit am Patienten befähigenden pflege-, therapie- oder hebammenwissenschaftlichen Bachelorabschlusses. Darüber hinaus empfiehlt der Wissenschaftsrat für die Bildung wissenschaftlicher Disziplinen im Bereich der Gesundheitsberufe den Auf- und Ausbau genuiner Forschung sowie die Schaffung wissenschaftlicher Karrierewege (vgl. Wissenschaftsrat 2012).

Übertragung ärztlicher Tätigkeiten auf Pflegefachkräfte

Insbesondere akademisch ausgebildete Fachkräfte sollen künftig Qualifikationen erwerben, die, auf der Grundlage der Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) über die Festlegung der ärztlichen Tätigkeiten

¹⁸⁷ Eine vollständige Auflistung der bundesrechtlich geregelten Gesundheitsfachberufe mit Informationen zur Ausbildung sowie zur Entwicklung der Auszubildendenzahlen ist der Publikation „Gesundheitsfachberufe im Überblick. Neues Serviceangebot des BIBB“ aus der Schriftenreihe Wissenschaftliche Diskussionspapiere, Heft 153, zu entnehmen (Zöllner 2014).

zur Übertragung auf Berufsangehörige der Alten- und Krankenpflege nach § 63 Absatz 3c SGB V, zur selbstständigen Ausübung von Heilkunde befähigen (vgl. Bund-Länder-Arbeitsgruppe 2012, S. 28). In der Richtlinie des G-BA werden die an Pflegekräfte übertragbaren Tätigkeiten aufgelistet. Sie beschränken sich auf bestimmte Tätigkeiten bei den Diagnosen „Diabetes mellitus (Typ 1 und 2), Chronische Wunden, Demenz (ausgenommen die Palliativversorgung) sowie Verdacht auf Hypertonus (außerhalb von Schwangerschaften)“ (vgl. Gemeinsamer Bundesausschuss 2012). „Der Gesetzgeber hat in Abhängigkeit von den übertragenen Aufgabenbereichen zu entscheiden, auf welcher Qualifikationsstufe der erforderliche Kompetenzerwerb zu erfolgen hat. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass eine dreijährige Pflegeausbildung den Erwerb entsprechender Zusatzqualifikationen nicht abdecken kann. Deshalb wird im Grundsatz davon ausgegangen, dass die entsprechenden Zusatzqualifikationen auf Hochschulebene erworben werden sollten“ (Bund-Länder-Arbeitsgruppe 2012, S. 25).

Evaluierung der Modellstudiengänge in Pflege- und Therapieberufen sowie des Hebammenwesens bis 2015

Auf der Grundlage der Modellklauseln in den entsprechenden Berufsgesetzen für Berufsangehörige der Kranken- und Altenpflege, der Logopädie, Ergotherapie, Physiotherapie sowie des Hebammenwesens können die Bundesländer Ziele, Dauer, Art und allgemeine Vorgaben zur Ausgestaltung der Modellvorhaben festlegen. Die Erprobung umfasst auch die Möglichkeit einer akademischen Erstausbildung (s. o.). Im Bereich der Logopädie, Ergotherapie, Physiotherapie sowie des Hebammenwesens ist eine wissenschaftliche Begleitung und Auswertung sicherzustellen. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hat in diesem Zusammenhang Evaluationsrichtlinien festgelegt (vgl. Bundesanzeiger Nummer 180 – Seite 4052 f.). Insbesondere Fragen zu Ausbildungsstätten (u. a. Voraussetzungen, sachliche und personelle Ausstattung), Struktur und Organisation der Ausbildung (Lehr- und Lernmethoden, Organisation der praktischen Ausbildung, Praxisbegleitung etc.), Organisation der staatlichen Prüfung und Fragen zu Ausbildungskosten sollen untersucht werden und im Hinblick auf Machbarkeit, Kosten, Bedarf sowie Vor- und Nachteile von akademischen Erstausbildungen bewertet werden (vgl. ebd.). „Das Bundesministerium für Gesundheit er-

stattet dem Deutschen Bundestag bis zum 31. Dezember 2015 über die Ergebnisse der Modellvorhaben Bericht. Die Länder übermitteln dem Bundesministerium für Gesundheit die für die Erstellung dieses Berichtes erforderlichen Ergebnisse der Auswertung“ (Deutscher Bundestag 2009, Drucksache 16/13652).

(Maria Zöller)

A5.2 Ausbildung im öffentlichen Dienst

Im öffentlichen Dienst werden nicht nur spezielle Berufe für den öffentlichen Dienst, sondern auch Berufe, die bei den Industrie- und Handels- oder Handwerkskammern eingetragen werden, und Berufe des Gesundheitswesens ausgebildet. In der Personalstandstatistik des Statistischen Bundesamtes zählen darüber hinaus auch Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst, Anwärterinnen und Anwärter sowie Referendarinnen und Referendare zum Personal in Ausbildung.

Nach dieser erweiterten Abgrenzung befanden sich am Stichtag 30. Juni 2013 rund 201.100 Personen in einer Ausbildung im öffentlichen Dienst (Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit sowie rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform). 103.100 Personen absolvierten ihre Ausbildung in einem Beamtenverhältnis. 20.400 hatten einen Ausbildungsvertrag im Rahmen eines Hochschulstudiums oder im Anschluss an ein solches abgeschlossen, ohne in ein Beamtenverhältnis übernommen zu werden. Für die übrigen Ausbildungsberufe wurden 77.600 Auszubildende gemeldet. Dabei handelt es sich überwiegend um Ausbildungen nach dem BBiG sowie für Gesundheitsfachberufe.

Bei den folgenden Ausführungen wird unter dem Begriff „Auszubildende“ nur der zuletzt genannte Personenkreis berücksichtigt **E**.

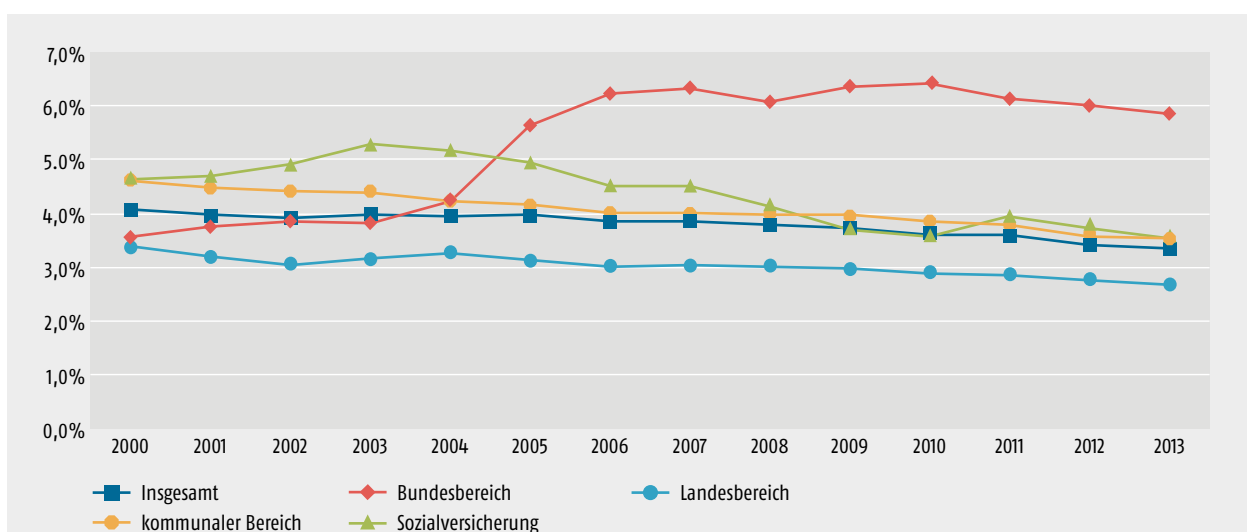
E Ausbildung im öffentlichen Dienst

Die Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes ist nicht mit den gemeldeten Zählergebnissen nach Zuständigkeitsbereichen vergleichbar (vgl. Kapitel A4.2), da Ausbildungsverträge, die der öffentliche Dienst in Ausbildungsberufen von Industrie, Handel oder Handwerk abschließt, diesen Zuständigkeitsbereichen zugerechnet werden.

Hinsichtlich der Ausbildungsquoten ist zu berücksichtigen, dass aufgrund des Erhebungsstichtages der Personalstandstatistik zum 30. Juni die Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes nur unvollständig wiedergegeben wird. Zu diesem Stichtag können bereits ganze Ausbildungsjahrgänge die Ausbildung beendet haben, während neue Ausbildungsjahrgänge erst zu einem späteren Zeitpunkt des Jahres die Ausbildung antreten.

Aus der Statistik des Bundesministeriums des Innern zur Ausbildungsleistung des Bundes ergibt sich für den Stichtag 15. Oktober 2013 eine Ausbildungsquote von 7,2%.

Schaubild A5.2-1: Entwicklung der Ausbildungsquoten¹ im öffentlichen Dienst



¹ Auszubildende ohne Beamtenausbildung und Ausbildung im Rahmen oder im Anschluss an ein Hochschulstudium im Verhältnis zum Vollzeitäquivalent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Setzt man die 77.600 Auszubildenden ins Verhältnis zum Vollzeitäquivalent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im öffentlichen Dienst, erhält man zum Stichtag 30. Juni 2013 eine Ausbildungsquote von 3,3%. Relativ viele Ausbildungsverhältnisse gab es im Bundesbereich mit einer Quote von 5,9%. Im Landesbereich lag die Quote bei nur 2,7%, im kommunalen Bereich sowie bei der Sozialversicherung bei 3,5%.

Insgesamt ist die Ausbildungsquote im öffentlichen Dienst seit dem Jahr 2000 gesunken → **Schaubild A5.2-1**. Dabei war die Entwicklung in den einzelnen Beschäftigungsbereichen unterschiedlich. Während bei den Ländern und bei den Kommunen ein Rückgang zu verzeichnen war, hat die Ausbildungsoffensive beim Bund zu einem erheblichen Anstieg der Ausbildungsquote geführt. Seit 2000 hatte sich die Quote bis im Jahr 2010 hier nahezu verdoppelt und ist seitdem wieder rückläufig. Bei der Sozialversicherung war die Quote in den Jahren 2004 bis 2010 rückläufig. Das lag vor allem an weniger Ausbildungsverhältnissen bei der Kranken- und Rentenversicherung sowie an der steigenden Zahl der Beschäftigten bei der Bundesagentur für Arbeit in diesem Zeitabschnitt. Der Rückgang im kommunalen Bereich ist nicht zuletzt auf die Ausgliederung kommunaler Krankenhäuser aus dem öffentlichen Dienst zurückzuführen, da diese einen relativ hohen Ausbildungsanteil aufweisen. Mitte 2013 befanden sich 14.400 Ausbildungsplätze des öffentlichen Dienstes in Krankenhäusern und Hochschulkliniken und Pflegeeinrichtungen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Krankenhäuser, die in privater Rechtsform z. B. als GmbH betrieben werden, nicht zum öffentlichen Dienst zählen, selbst wenn sie sich vollständig im Eigentum der öffentlichen Hand befinden. So gab es weitere 19.400 Auszubildende in privatrechtlichen Krankenhäusern, die mehrheitlich öffentlichen Arbeitgebern gehörten.

Mit einem Anteil von 61,8% waren weibliche Auszubildende im öffentlichen Dienst deutlich in der Mehrheit. Dieser Anteil ist seit dem Jahr 2006 nahezu konstant. Davor gab es einen leichten Rückgang, der ebenfalls teilweise auf die Ausgliederung von Krankenhäusern zurückzuführen ist. Im Jahr 2000 hatte der Frauenanteil noch bei 66,5% gelegen.

Mitte 2013 gab es in den neuen Ländern einschließlich Berlin 14.400 Ausbildungsplätze des öffentlichen Diens-

tes; 63.200 befanden sich im früheren Bundesgebiet. Damit ist die Ausbildungsplatzquote in den neuen Ländern mit nur 2,4% deutlich niedriger als in den alten Ländern, wo die Quote bei 3,7% lag.

(Alexandros Altis, Statistisches Bundesamt)

A5.3 Duale Studiengänge an Hochschulen und Akademien

Das duale Studium ist ein sich immer weiter differenzierendes und expandierendes Feld. Das große Interesse bei Jugendlichen, Betrieben sowie (Fach-)Hochschulen und Berufsakademien an dieser speziellen Ausbildungsform ist weiterhin ungebrochen. Seit ihrer Einführung in den 1970er-Jahren erfreut sich diese Studienform stetig wachsender Beliebtheit, da sie den Beteiligten eine Reihe von Vorteilen bieten: Für Unternehmen stellt sie eine Möglichkeit dar, ihren Fachkräftenachwuchs besonders praxistgerecht auszubilden. Zudem können sie Bewerberinnen und Bewerber durch diese Ausbildungsform frühzeitig an das Unternehmen binden. Jugendliche wiederum schätzen neben der Praxisnähe dualer Studiengänge zum einen besonders die Möglichkeit, während des Studiums ein Einkommen zu erzielen, und zum anderen die guten Übernahmechancen in den Unternehmen. Die Praxisnähe und der gute Kontakt zu den Unternehmen bietet den Hochschulen die Möglichkeit zur Abgrenzung gegenüber anderen Studienformaten.

E Datenbank AusbildungPlus

AusbildungPlus ist ein bis Ende 2014 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördertes Projekt des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB). Das Projekt bietet seit 2001 einen Überblick über bundesweite Ausbildungsangebote mit Zusatzqualifikation und über duale Studiengänge (www.ausbildungplus.de). Es werden duale Studiengänge für die Erstausbildung und für die berufliche Weiterbildung erfasst und interessierten Jugendlichen, Unternehmen, Bildungsanbietern und der Wissenschaft zugänglich gemacht.

Der Datenbestand von AusbildungPlus umfasst neben staatlichen Hochschulen auch private Hochschulen und Berufsakademien, die in anderen Statistiken nicht erfasst werden. Die Daten basieren auf freiwilligen Angaben der Ausbildungsinstitutionen, des Statistischen Bundesamtes, Netzwerken wie hochschule dual in Bayern, Duales Studium Hessen, Duale Hochschule Rheinland-Pfalz und der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) sowie Recherchen des AusbildungPlus-Teams und bilden demnach das Angebot nicht im Sinne einer statistischen Vollerhebung ab.

Die quantitative Entwicklung dualer Studiengänge in der AusbildungPlus-Datenbank hat im Vergleich zum Vorjahr einen gewaltigen Sprung gemacht, der nicht allein auf die stetig wachsende Beliebtheit dualer Studiengänge bei Studierenden, Unternehmen und Hochschulen zurückzuführen ist. Vielmehr wurde in Zusammenarbeit mit einigen bundeslandweiten Netzwerken eine große Anzahl von Studiengängen neu erfasst und nicht wie in der Vergangenheit nur Studiengänge angelegt, die von den Hochschulen selbst gemeldet wurden. Der Stichtag wurde von Mai auf Oktober verlegt, um die Angaben der Kooperationspartner integrieren zu können, die diesen erst zum späteren Zeitpunkt vollständig vorliegen. Die in der Datenbank AusbildungPlus zum Stichtag Oktober 2014 erfassten Daten beruhen demnach auf den Angaben der Hochschulen für das Wintersemester 2013/2014.

Die aktuellen Zahlen lassen sich aufgrund dieser veränderten Erhebungsmethodik und der daraus resultierenden größeren Anzahl von in die Datenbank aufgenommenen Studiengängen nicht direkt mit Zahlenreihen der vergangenen Jahre vergleichen, weswegen auf prozentuelle Angaben zur Veränderung im Vergleich zu den Vorjahren verzichtet wurde.

E Duale Studiengänge

Als dualer Studiengang wird ein Studium an einer Hochschule oder Berufsakademie mit integrierter Berufsausbildung bzw. Praxisphasen in einem Unternehmen bezeichnet. Neben dem Begriff des dualen Studiums werden für diese Studienform auch Bezeichnungen wie „Verbundstudium“, „kooperatives Studium“, „Studium mit vertiefter Praxis“ u. v. m. verwendet. Von klassischen Studiengängen unterscheidet sich ein dualer Studiengang durch einen höheren Praxisbezug, der abhängig von Studiengang und Hochschule variiert. Kennzeichnend für duale Studiengänge sind außerdem immer die beiden Lernorte Hochschule bzw. Akademie und Betrieb, an denen sie stattfinden. Berufspraxis und Studium sind organisatorisch und curricular miteinander verzahnt. In der Literatur werden verschiedene Typen von dualen Studiengängen unterschieden:

- ▶ **Ausbildungsintegrierende duale Studiengänge** verbinden das Studium mit einer Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf. Dabei werden die Studienphasen und die Berufsausbildung sowohl zeitlich

als auch inhaltlich miteinander verzahnt. Es wird neben dem Studienabschluss, mittlerweile ist das im Regelfall der Bachelor, noch ein zweiter anerkannter Abschluss in einem Ausbildungsberuf erworben.

- ▶ **Praxisintegrierende duale Studiengänge** verbinden das Studium mit längeren Praxisphasen im Unternehmen. Zwischen den Lehrveranstaltungen an der Hochschule und der praktischen Ausbildung besteht ein inhaltlicher Bezug. Voraussetzung für eine Immatrikulation in einen praxisintegrierenden Studiengang ist eine vertragliche Bindung an ein Unternehmen, häufig in Form eines Arbeitsvertrags oder auch Praktikanten- oder Volontariatsvertrags.
- ▶ **Berufsintegrierende und/oder berufsbegleitende duale Studiengänge** sind Studiengänge für die berufliche Weiterbildung. Das Studium wird mit einer beruflichen Tätigkeit kombiniert. Ein wechselseitiger inhaltlicher Bezug zwischen der beruflichen Tätigkeit und dem Studium sind auch bei diesen Modellen vorgesehen. Die berufsbegleitende Variante ähnelt stärker den Fernstudiengängen. Das Studium wird neben einer Vollzeitberufstätigkeit hauptsächlich im Selbststudium mit Begleitseminaren absolviert. Im Unterschied zu normalen Fernstudiengängen leistet aber auch bei diesem Modell der Betrieb einen speziellen, dem Studium förderlichen Beitrag. Das kann beispielsweise die Freistellung von der Arbeit für die Präsenzphasen oder das Bereitstellen von betrieblichen Arbeitsmitteln sein. In 2011 wurde begonnen, neben den dualen Studiengängen der Erstausbildung gesondert die berufsintegrierenden und berufsbegleitenden Studiengänge in der Datenbank AusbildungPlus zu erfassen. Nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates 2013, der vorschlägt, einige dieser Studienformen nicht mehr als duale Studiengangformen zu deklarieren, bedarf es noch einer weiteren Klärung von Kriterien zur Abgrenzung von dualen Studiengangsformaten im Weiterbildungsbereich von den anderen Angeboten. Aus diesem Grund beziehen sich alle statistischen Auswertungen des diesjährigen Berichtes auf die 1.505 dualen ausbildungsintegrierenden und praxisintegrierenden Studiengänge in der Erstausbildung.

Modelle

Zum Oktober 2014 verzeichnet die AusbildungPlus-Datenbank 1.505 duale Studiengänge für die Erstausbildung. Interessante Entwicklungen seitens der Anbieter dualer

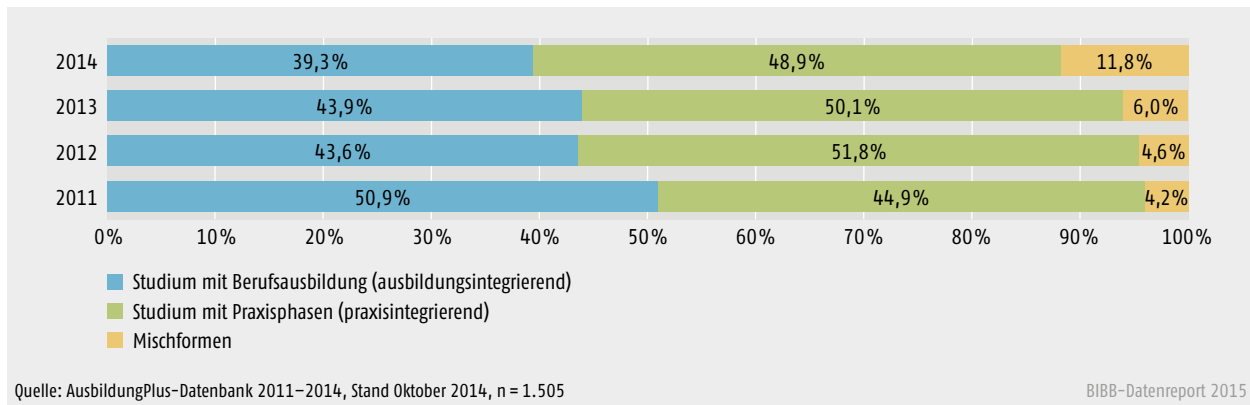
Studiengänge zeichnen sich in verschiedenen Bereichen ab → **Schaubild A5.3-1**:

- ▶ Es werden mehr praxisintegrierende Studiengänge als ausbildungsintegrierende Studiengänge gemeldet. Mittlerweile überwiegt das Angebot an praxisintegrierenden Studiengängen, und der Bereich scheint schneller zu wachsen.
- ▶ Auffällig ist auch der wachsende Bereich „klassischer“ Studiengänge, in denen besonders leistungsstarke Studierende nach Absolvieren einiger Semester in ein Stipendienmodell nach dem dualen Ausbildungsprinzip aufgenommen werden. Diese sogenannten kooperativen Studiengänge werden, sofern die Hochschulen dieses Modell regelmäßig anbieten, in der Datenbank als duale Studiengänge erfasst. In der Studierendenzahl werden dabei nur die tatsächlich dual Studierenden gezählt.
- ▶ Weiterhin werden von den Hochschulen verstärkt Studiengänge angeboten, die in verschiedenen Varianten studiert werden können, sogenannte Mischformen, die sich nicht ausschließlich einem Bereich zuordnen lassen. Die Anzahl dieser Studiengänge der Erstausbildung in der Datenbank beträgt mittlerweile fast 12%. Besonders häufig ist dabei die Variante, entweder ausbildungsintegriert oder praxisintegriert zu studieren. Die Studierenden in diesen Studiengängen unterscheiden sich dabei nur darin, welche Art von Vertrag sie mit dem Unternehmen haben (Ausbildungs- oder Praktikumsvertrag) oder ob sie am Schluss den Berufsabschluss im Rahmen der sogenannten Externenprüfung¹⁸⁸ erwerben.

Es gibt auch eine wachsende Anzahl von Studiengängen, in denen z. B. in der ausbildungsintegrierten oder alternativ in der berufsbegleitenden Variante studiert werden kann. Alle anderen Mischformen stellen immer noch Einzelvarianten dar.

¹⁸⁸ Die Externenprüfung bzw. Externenregelung ermöglicht den Erwerb eines Berufsabschlusses, ohne zuvor eine Berufsausbildung absolviert zu haben. Es handelt sich dabei um ein Zulassungsverfahren von den zuständigen Stellen, in der Regel der Kammern, mit dem Ziel der Teilnahme an der regulären Abschlussprüfung. Üblicherweise nutzen Externe Vorbereitungsmaßnahmen, um ggf. fehlendes Wissen und Kompetenzen für die Abschlussprüfung im Rahmen von speziellen Vorbereitungskursen zu erwerben, da neben praktischen Fähigkeiten auch theoretische Inhalte der Ausbildung geprüft werden.

Schaubild A5.3-1: Modelle dualer Studiengänge für die Erstausbildung in der AusbildungPlus-Datenbank 2011 bis 2014 (in %)



Ein Praxisbeispiel für einen solchen Studiengang, der in zwei Varianten studiert werden kann, findet sich in der BIBB-Publikation „Duales Studium in Zahlen 2014“ oder im Portal AusbildungPlus unter www.ausbildungplus.de → Datenbanksuche.

Anbieter

Von den insgesamt 1.505 dualen Studiengängen der Erstausbildung in der AusbildungPlus-Datenbank werden einige auch von Universitäten angeboten; im Jahr 2014 sind es insgesamt 71 Modelle. Dennoch bleiben duale Studiengänge für die Erstausbildung eine Domäne der Fachhochschulen. 2014 sind insgesamt 1.014 und damit

die meisten dualen Studiengänge der AusbildungPlus-Datenbank den Fachhochschulen zugeordnet. In der Kategorie „sonstige Hochschulen“ wurden bis letztes Jahr auch die Angebote der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) gezählt, die mittlerweile als eigene Hochschulform ausgewiesen wird und nach den Fachhochschulen die meisten dualen Studiengänge anbietet. Die Berufsakademien stehen mit 188 Studienangeboten an dritter Stelle.

Die Wirtschafts- und Verwaltungsakademien (VWA) werden zwar in der Datenbank erfasst, in den dualen Studiengängen jedoch nicht ausgewiesen. Sie sind privatrechtliche Bildungseinrichtungen, die eine duale

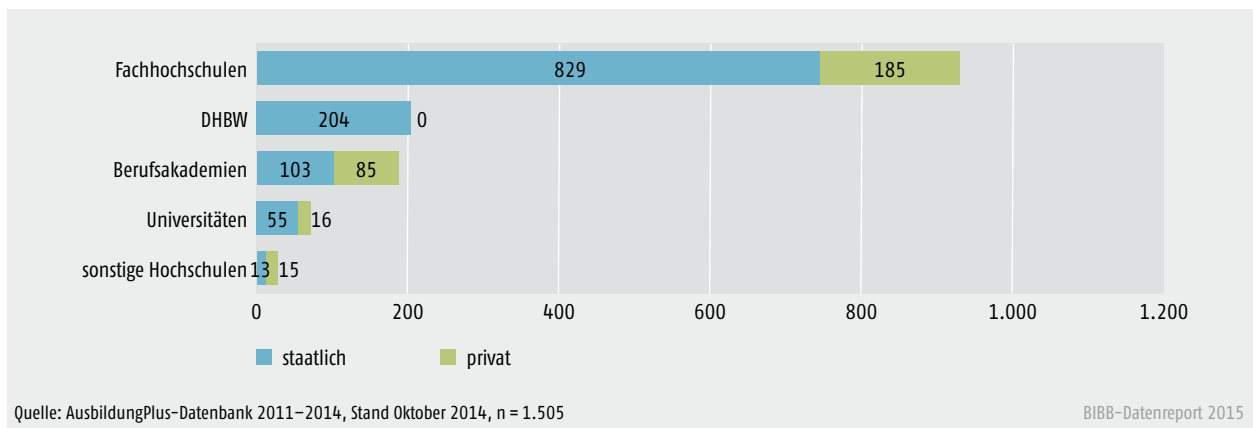
Tabelle A5.3-1: Anbieter dualer Studiengänge in der AusbildungPlus-Datenbank 2004 bis 2014

Jahr	Fachhochschulen	Berufsakademien	Universitäten	DHBW	Sonstige Hochschulen	Summe
2004	278	184	13	k.A.	k.A.	512
2005	213	279	15	k.A.	k.A.	545
2006	280	279	15	k.A.	k.A.	608
2007	292	322	23	k.A.	k.A.	666
2008	311	324	23	k.A.	k.A.	687
2009	328	333	24	k.A.	k.A.	712
2010	394	164	29	k.A.	189	776
2011 ¹	510	142	28	k.A.	199	879
2012 ¹	537	137	30	k.A.	206	910
2013 ¹	584	155	57	k.A.	218	1.014
2014 ¹	1.014	188	71	204	28	1.505

¹ Werte beziehen sich ausschließlich auf Studiengänge für die Erstausbildung, Stand Oktober 2014.

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank 2004–2014

Schaubild A5.3-2: Anbieter dualer Studiengänge in der AusbildungPlus-Datenbank 2014



Abiturientenausbildung anbieten. Die Absolventinnen und Absolventen dieser Ausbildung erwerben in der Regel erst durch Kooperationen mit staatlich anerkannten Hochschulen oder Akademien einen akademischen Abschluss nach der Abiturientenausbildung und werden in der Auswertung der AusbildungPlus-Datenbank nur in diesen Fällen und dann bei den prüfenden Hochschulen oder Akademien mitgezählt → [Tabelle A5.3-1](#).

Betrachtet man die Organisationsform der Hochschule in → [Schaubild A5.3-2](#), so werden duale Studiengänge in

der Erstausbildung überwiegend an staatlichen Hochschulen und Akademien angeboten, private Anbieter sind jedoch ebenfalls ein wichtiger Faktor.

Fachrichtungen

Das Angebot dualer Studiengänge für die Erstausbildung in der AusbildungPlus-Datenbank konzentriert sich vor allem auf die Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften sowie auf die Informatik. Verstärkt entwickeln sich aber auch Angebote im Bereich Soziales, Pflege, Erziehung

Tabelle A5.3-2: Fachrichtung von dualen Studiengängen in der AusbildungPlus-Datenbank 2004 bis 2014

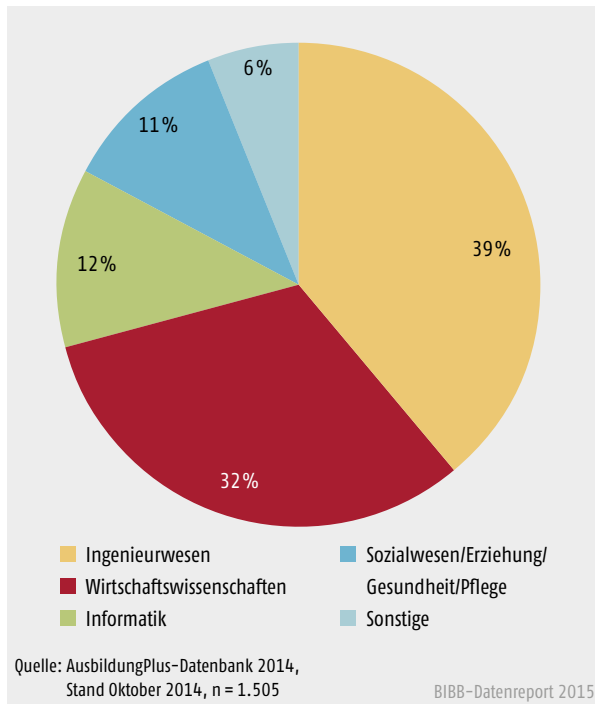
Anzahl dualer Studiengänge nach Fachrichtung und Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹	2013 ¹	2014 ¹
Architektur	0	0	1	1	1	1	1	0	0	0	2
Bauingenieurwesen	15	17	24	25	27	25	29	37	43	46	58
Elektrotechnik	47	48	51	56	60	65	77	87	91	98	127
Informatik	72	83	93	97	103	108	113	122	111	124	182
Ingenieurwesen	34	33	34	35	31	34	42	58	75	78	91
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	84	89	98	97	104	106	120	140	150	169	232
Mathematik	1	1	1	1	1	1	1	2	3	3	3
Sozialwesen/Erziehung/Gesundheit/Pflege	0	0	0	23	23	23	23	25	31	41	158
Verkehrstechnik/Nautik	5	5	7	10	10	10	11	13	13	15	27
Wirtschafts- und Gesellschaftslehre	15	24	21	14	14	13	12	16	8	7	51
Wirtschaftsingenieurwesen	16	19	24	24	26	26	28	35	42	46	75
Wirtschaftswissenschaften	223	226	254	282	286	300	319	344	343	385	487
Sonstiges	0	0	0	1	1	0	0	0	0	2	12
Summe	512	545	608	666	687	712	776	879	910	1.014	1.505

¹ Werte beziehen sich ausschließlich auf Studiengänge für die Erstausbildung, Stand Oktober 2014.

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank 2004–2014

BIBB-Datenreport 2015

Schaubild A5.3-3: Fachrichtung dualer Studiengänge zur Erstausbildung in der AusbildungPlus-Datenbank, Stand Oktober 2014 (in %)



und Gesundheit. Dieser Bereich umfasst mittlerweile 11% der dualen Studienangebote in der Erstausbildung. → [Tabelle A5.3-2](#) und → [Schaubild A5.3-3](#) zeigen das Fächerspektrum dualer Studiengänge.

Bemerkenswert sind weiterhin duale Studiengänge, die mit Fort- und Weiterbildungsabschlüssen kombiniert werden und in denen neben dem Bachelor und dem Berufsabschluss beispielsweise auch der Meistertitel oder andere Fortbildungsabschlüsse erworben werden.

Praxisbeispiele für Studiengänge im Gesundheitswesen oder in Kombination mit einem Fortbildungsabschluss finden sich in der BIBB-Publikation „Duales Studium in Zahlen 2014“ oder im Portal AusbildungPlus unter www.ausbildungplus.de → Datenbanksuche.

Regionale Verteilung

Die Bundesländer mit den meisten dualen Studiengängen für die Erstausbildung in der AusbildungPlus-Datenbank waren 2014 Bayern (303), Nordrhein-Westfalen (287) und Baden-Württemberg (268), wie → [Tabelle A.5-3](#) und → [Schaubild A5.3-4](#) zeigen.

Tabelle A5.3-3: Regionale Verteilung dualer Studiengänge in der AusbildungPlus-Datenbank 2004 bis 2014

Bundesland	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹	2013 ¹	2014 ¹
Baden-Württemberg	141	152	167	192	194	201	214	228	237	245	268
Bayern	21	24	28	48	55	62	67	125	154	172	303
Berlin	21	22	23	21	21	23	24	25	20	25	48
Brandenburg	4	4	3	3	3	4	3	2	4	7	14
Bremen	2	2	4	6	6	6	8	8	7	7	12
Hamburg	8	13	12	13	13	14	15	16	12	15	38
Hessen	40	45	50	66	70	74	68	65	66	75	125
Mecklenburg-Vorpommern	2	2	5	5	7	6	6	7	7	7	14
Niedersachsen	68	71	72	62	61	59	60	64	70	73	98
Nordrhein-Westfalen	86	93	112	112	114	113	156	171	157	183	287
Rheinland-Pfalz	8	9	12	12	12	13	12	21	25	31	69
Saarland	6	6	8	9	9	9	11	9	9	10	17
Sachsen	52	51	58	65	69	71	72	77	79	82	98
Sachsen-Anhalt	2	2	5	9	10	10	11	13	14	24	35
Schleswig-Holstein	21	19	19	14	14	15	16	15	15	25	32
Thüringen	30	30	30	29	29	32	33	33	34	33	47
Summe	512	545	608	666	687	712	776	879	910	1.014	1.505

¹ Werte beziehen sich ausschließlich auf Studiengänge für die Erstausbildung, Stand Oktober 2014.

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank 2004–2014

BIBB-Datenreport 2015

Schaubild A5.3-4: Regionale Verteilung dualer Studiengänge in der AusbildungPlus-Datenbank 2004 bis 2014



Studienplätze und Kooperationspartner

Die Zahl der in AusbildungPlus erfassten dualen Studienplätze in der Erstausbildung liegt mittlerweile bei rund 95.000. Diese Angabe ist jedoch freiwillig für die Anbieter, und es liegen nicht für alle Studiengänge Angaben darüber vor.

Die allen dualen Studiengängen der Erstausbildung zugeordneten Unternehmen in der AusbildungPlus-Datenbank liegen bei 9.220, wobei jeder Standort eines Konzerns als separater Anbieter gezählt wird. Für einen Teil der Studiengänge sind keine konkreten Unternehmen benannt, oder es wurde nur eine durchschnittliche Anzahl der Kooperationspartner genannt, z. B. weil diese

Tabelle A5.3-4: **Duale Studiengänge in der AusbildungPlus-Datenbank 2004 bis 2014**

Jahr	Anzahl dualer Studiengänge	Angebote von Unternehmen	Studierende
2004	512	18.168	40.982
2005	545	18.911	42.467
2006	608	22.003	43.536
2007	666	24.246	43.220
2008	687	24.572	43.991
2009	712	26.121	48.796
2010	776	27.900	50.764
2011 ¹	879	40.555	59.628
2012 ¹	910	45.630	64.093
2013 ¹	1.014	39.622	64.358
2014 ^{1,2}	1.505	41.466	94.723

¹ Werte beziehen sich ausschließlich auf Studiengänge für die Erstausbildung, Stand Oktober 2014.

² Die aktuellen Zahlen lassen sich aufgrund einer veränderten Erhebungsmethodik und der daraus resultierenden größeren Anzahl von in die Datenbank aufgenommen Studiengängen nicht direkt mit den Zahlenreihen der vergangenen Jahre vergleichen.

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank 2004–2014

BIBB-Datenreport 2015

jährlich variieren. Insgesamt geben die Hochschulen an, mit rund 41.000 Einrichtungen der betrieblichen Praxis zu kooperieren, wobei in dieser Zahl Mehrfachzählungen eines Anbieters möglich sind, da sie mit mehreren Hochschulen oder im Rahmen mehrerer Studiengänge kooperieren. In → **Tabelle A.5-4** wird die Entwicklung des Angebots von dualen Studiengängen von 2004 bis 2014 auf Basis der AusbildungPlus-Datenbank dargestellt.

Duale Studiengänge für die Weiterbildung

Wie oben beschrieben, bedarf es nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum dualen Studium der Erarbeitung von klaren Kriterien zur Abgrenzung der Formate dualer Studiengänge im Weiterbildungsbereich von den anderen weiterbildenden Studienangeboten, die auch Auswirkungen auf den Datenbestand von AusbildungPlus haben werden. Eine statistische Auswertung der berufsbegleitenden und berufsintegrierenden sowie gegebenenfalls weiterbildenden praxisintegrierenden Studiengänge für Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung kann deshalb derzeit nicht vorgenommen werden.

Der Datenbankbestand von AusbildungPlus im Bereich der weiterbildenden dualen Studienangebote verteilt sich auf die gleichen Fachgebiete wie der Erstausbildung, das heißt Wirtschaftswissenschaften, MINT-Studiengänge und Studiengänge aus dem Bereich Sozialwesen/Erziehung/Gesundheit/Pflege. Der überwiegende Teil der weiterbildenden dualen Studiengänge endet mit dem

Bachelor. Einige der dualen Studiengänge im Weiterbildungsbereich sind aber als Masterstudiengang angelegt.

Praxisbeispiele für einen berufsbegleitenden Studiengang finden sich in der BIBB-Publikation „Duales Studium in Zahlen 2014“ oder im Portal AusbildungPlus unter www.ausbildungplus.de → Datenbanksuche.

Ausblick

Die Förderung von AusbildungPlus durch das BMBF endete im Dezember 2014. Ab 2015 wird die Datenbank AusbildungPlus mit Eigenmitteln des BIBB durch den Arbeitsbereich 3.3 „Qualität, Nachhaltigkeit, Durchlässigkeit“ weiterbetreut. Schwerpunkt der Arbeit für 2015 wird die Weiterentwicklung von Kriterien zur Systematisierung und Kategorisierung der dualen Studiengänge und die damit zusammenhängende Anpassung der Datenbank sein. Es werden auch weiterhin neue Studienangebote von Hochschulen und Firmen erfasst und die schon bestehenden Einträge regelmäßig aktualisiert, um auch zukünftig Analysen des Datenbankbestandes von AusbildungPlus zur Verfügung stellen zu können.

(Antje Leichsenring)

A 6 Die integrierte Ausbildungsberichterstattung im Überblick

Die integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE) ist ein bundesweites Berichtssystem, mit dessen Hilfe Strukturen und Entwicklungen des beruflichen Ausbildungsgeschehens abgebildet werden können. Im Mittelpunkt des Systems von (Bildungs-)Sektoren und Konten stehen die formalisierten, quantitativ erfassbaren Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote **E**.

E Grundlagen der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE)

Die iABE stellt Daten bereit zur Nutzung von Bildungsangeboten

- ▶ im „Ausbildungsgeschehen“ und
- ▶ zu „Sonstigen Wegen“¹⁸⁹ der beruflichen Bildung.

Das Ausbildungsgeschehen – nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule (Sekundarstufe I) – wird in 4 Sektoren („Berufsausbildung“, „Integration in Berufsausbildung [Übergangsbereich]“, „Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung [HZB] [Sek II]“ und „Studium“) erfasst, welche sich durch ihre Zielsetzungen unterscheiden (vgl. www.bibb.de/iABE). Im nächsten Schritt werden Bildungsprogramme mit vergleichbarem berufspädagogischen Inhalt zu Konten zusammengefasst und entsprechend ihren Zielen den Sektoren zugeordnet. Der Sektor „Integration in Berufsausbildung (Übergangsbereich)“ besteht z. B. aus 10 Konten, die sich zum Teil aus mehreren Bildungsprogrammen zusammensetzen. Das Ausbildungsgeschehen umfasst im Kernbereich jene Konten, die mittels amtlicher Statistiken quantitativ abgebildet werden können. Die iABE integriert Daten aus unterschiedlichen amtlichen Statistiken, die nach dem Bildungsgangprinzip erhoben wurden (z. B. Statistik zu allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, Förderstatistik der BA).

A 6.1 Das Ausbildungsgeschehen auf der Bundesebene

Für die Sektoren und Konten der iABE liegen Daten zu Anfängerinnen und Anfängern, zu Bildungsteilnehmenden – sogenannte „Bestandsdaten“ – und zu Absolventen/Abgängern vor.¹⁹⁰ Die Bestandsdaten bilden alle Schüler/-innen bzw. Teilnehmende eines Bildungsganges zu einem Stichtag ab, während die Anfängerdaten nur die Neuzugänge darstellen. Die Zahl der Absolventen/Abgänger setzt sich zusammen aus der Zahl der „erfolgreichen“ Absolventen und den „erfolglosen“ Abgänger/-innen eines Bildungsganges.¹⁹¹

Die Anfänger-, Bestands- und Absolventen-/Abgängerdaten unterscheiden sich erheblich, insbesondere bei mehrjährigen Bildungsgängen. So befanden sich im Jahr 2013 rund 1,9 Mio. Jugendliche in einer vollqualifizierenden Berufsausbildung (Bestand), während nur rund 720.000 (Anfänger/-innen) eine solche begannen und 670.000 (Absolventen/Abgänger) aus einer solchen entlassen wurden.

Um die Bedeutung der Bildungssektoren bzw. -konten des Ausbildungsgeschehens einordnen zu können, ist es erforderlich, diese an Referenzgrößen zu spiegeln. Je nach Fragestellung müssen unterschiedliche Datentypen (Anfänger/-innen, Bestände, Absolventen/Abgänger) und Bezugsgrößen (z. B. die Wohnbevölkerung einer Altersgruppe oder die Summe aller Anfänger/-innen) ins Verhältnis gesetzt werden: So sind z. B. für die Frage, in welchen Bildungssektoren sich die Jugendlichen eines bestimmten Alters befinden, die Jugendlichen der Altersgruppe (Bestandsdaten) in Relation zur Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter zu setzen (z. B. Jugendliche in Bildung im Alter von 15 bis 19 Jahren – Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 19 Jahren). Geht es um die Bedeutung der einzelnen Sektoren des Ausbildungsgeschehens, so werden die Anfänger/-innen eines Sektors ins Verhältnis zu allen Anfängern und Anfängerinnen des Ausbildungsgeschehens gesetzt (z. B. Anfänger/-innen im Sektor

189 In den „Sonstigen Sektoren“ werden weitere Werdegänge von Jugendlichen erfasst: „Beschäftigung mit Qualifizierung“, „Gesellschaftliche Dienste“, „Sonstige Wege mit und ohne abgeschlossene Berufsausbildung“. Die Quantifizierung der „Sonstigen“ dient dem Ziel, den Verbleib aller jungen Menschen vollständig zu dokumentieren.

190 Zur genauen Definition der Anfänger-, Bestands- und Absolventen-/Abgängerdaten sowie zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden der unterschiedlichen Indikatoren vgl. Dionisius/Lissek/Schier 2012.

191 Vorzeitige Aussteiger, d. h. Jugendliche, die einen Bildungsgang während des Schuljahres verlassen, werden weder als Absolventen noch als Abgänger erfasst.

„Berufsausbildung“ ÷ alle Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen) **E**¹⁹²

Zur Einschätzung der Bildungssituation können auch weitere Bezugsgrößen hinzugezogen werden, wie beispielsweise die Absolventen/Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen, das Ausbildungsplatzangebot, die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30. September (nach BBiG/HwO) oder die arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren → **Tabelle A6.1-1**.

E Indikatoren der iABE und des Berichts „Bildung in Deutschland“ im Vergleich

Auch der Bericht „Bildung in Deutschland“ nutzt Daten der iABE. Obwohl beide Berichtssysteme die gleichen Daten referieren, haben die Indikatoren einen anderen Fokus: Die Bezugsgrößen bilden unterschiedliche Grundgesamtheiten ab.

Die Anfänger/-innen im Sektor „Berufsausbildung“ ergeben in Bezug zu den Anfängern und Anfängerinnen in den 4 iABE-Bildungssektoren den Indikator „Relative Bedeutung des Bildungssektors Berufsausbildung“; dieser beträgt 35,5% (2013).

Die Autorengruppe Bildungsberichterstattung fokussiert auf das „berufliche Ausbildungssystem“ und unterscheidet dort 3 Sektoren: duales System, Schulberufssystem, Übergangssystem. Der Bericht „Bildung in Deutschland“ weist eine Quote der Neuzugänge ins duale System mit 51,4% aus (2013), als Anteil der Neuzugänge ins duale System an der Summe aller Neuzugänge ins Ausbildungssystem (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, S. 98).

Indikatoren zur Bildungsbeteiligung von Jugendlichen

Setzt man die jungen Menschen im Alter von 15 bis 19 Jahren im Ausbildungsgeschehen ins Verhältnis zur gleichaltrigen Wohnbevölkerung, so befanden sich im Jahr 2013 in Deutschland ca. 64% im Ausbildungsgeschehen. Wenn man die Jugendlichen hinzurechnet, die die Sekundarstufe I besuchten (26,6%) oder sich bereits in Weiterbildung befanden (0,4%), besuchten insgesamt

91,0% der jungen Menschen unter 20 Jahren¹⁹³ ein Bildungsangebot beruflicher oder allgemeinbildender Art.

Das → **Schaubild A6.1-1** stellt die Veränderung des Anteils der Jugendlichen dar, die sich in formaler Bildung befanden. Während sich der Anteil der Jugendlichen in formaler Bildung in der Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen zwischen 2006 und 2013 kaum verändert hat (+1,7 Prozentpunkte), stieg der Anteil der 20- bis 24-Jährigen um rund 7,4 Prozentpunkte. Steigende Anteile von Jugendlichen in formaler Bildung sind aber nicht per se als positiv zu bewerten, genauso wenig wie fallende Anteile grundsätzlich negativ eingeschätzt werden sollten.¹⁹⁴ Um eine angemessene Einschätzung vornehmen zu können, ist es wichtig, den Bereich der „Sonstigen/Rest“ möglichst vollständig aufzuklären. So wäre beispielsweise ein sinkender Anteil von jungen Erwachsenen in formaler Bildung nicht als negativ zu bewerten, wenn gleichzeitig der Anteil der Erwerbstätigen mit abgeschlossener Berufsausbildung steigen würde.

Nach den Sektoren des Ausbildungsgeschehens geordnet zeigt → **Schaubild A6.1-2**, welche Qualifizierungsangebote junge Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren besuchten. Das Schaubild zeigt eine deutliche qualifikationsspezifische Prägung der jeweiligen Altersgruppe:

- ▶ In der Altersgruppe der 15-Jährigen befanden sich noch 79,2% der Jugendlichen in der „Sekundarstufe I“.
- ▶ Der Anteil der Jugendlichen im Übergangsbereich war im Alter von 17 Jahren vergleichsweise hoch (11,6%).
- ▶ Unter den 19-Jährigen waren die meisten Jugendlichen in „Berufsausbildung“ (37,5%).
- ▶ Der Anteil der „Sonstigen/Rest“ nahm bei den Älteren erwartungsgemäß zu und hatte in der Altersklasse der 24-Jährigen einen Anteil von 64,1%.¹⁹⁵

¹⁹² Detaillierte Indikatorenbeschreibungen finden sich unter www.bibb.de/de/11566.php.

¹⁹³ Nach der Berechnung der OECD liegt die Bildungsbeteiligung der Altersgruppe im Jahr 2011 bei 92%. Dieser Wert liegt oberhalb des OECD-Durchschnitts (84%) und auch über dem Durchschnitt der EU21 (87%) (vgl. Organisation for Economic Cooperation and Development [OECD] 2013, S. 330).

¹⁹⁴ Es kann sein, dass die jüngere Altersgruppe nach der Schule stärker in nonformale Angebote wie Freiwilligendienste einmündet; ältere Jugendliche können wieder stärker an formaler Bildung partizipieren, wenn sie z. B. Angebote der Zweit- oder Weiterbildung stärker nutzen.

¹⁹⁵ Unter den „Sonstigen/Rest“ werden sowohl junge Menschen erfasst, die sich in nonformalen Ausbildungs- und Qualifizierungsangeboten befinden, als auch Personen, die sich bereits im Erwerbsleben befinden. Die Quantifizierung dieses Bereiches dient dem Ziel, den Verbleib einer Altersklasse vollständig zu dokumentieren.

Schaubild A 6.1-1: **Junge Menschen in formaler Bildung nach Altersgruppen 2006 bis 2013 (in %)**
(Bestandsdaten; 100% = Wohnbevölkerung im jeweiligen Alter)

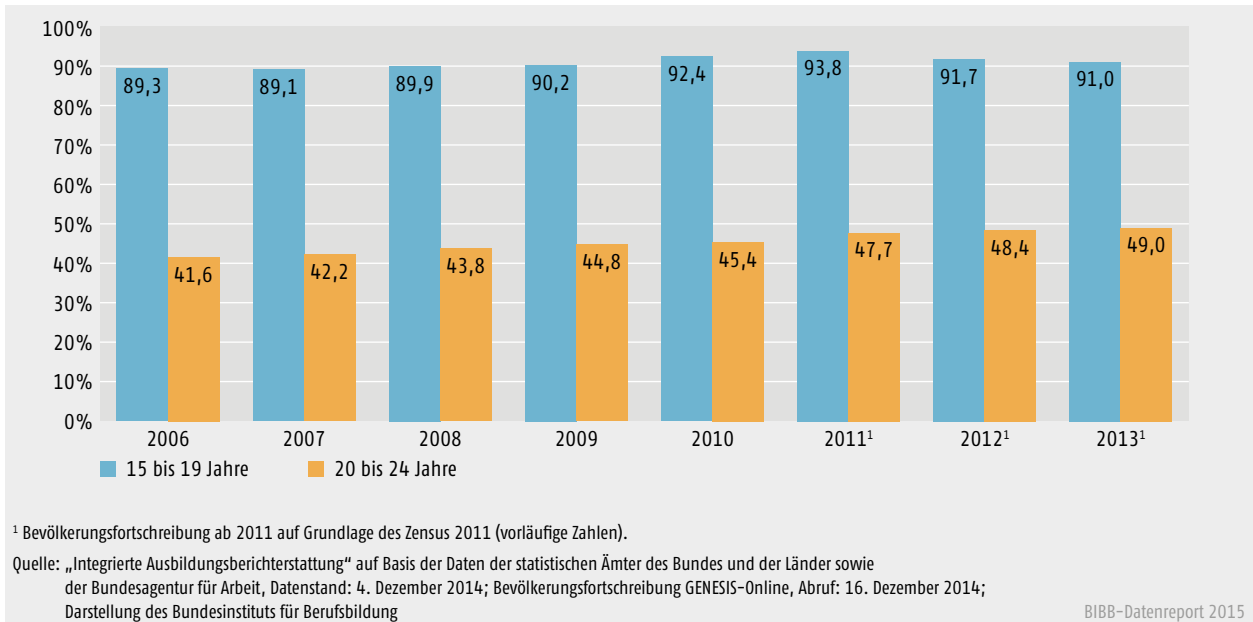


Schaubild A 6.1-2: **Jugendliche in den Sektoren der iABE nach Alter 2013 (in %)**
(Bestandsdaten; 100% = Wohnbevölkerung im jeweiligen Alter)

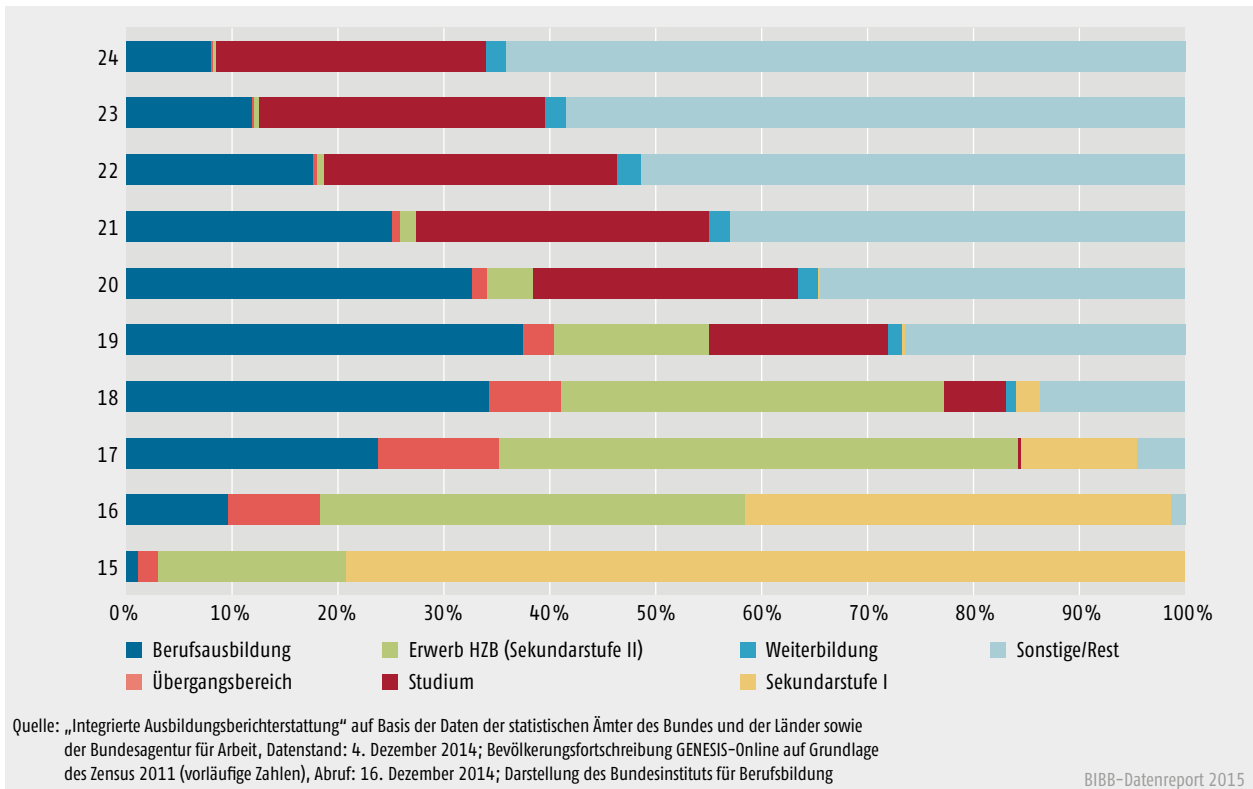


Tabelle A.6.1-1: Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) sowie ausgewählte Referenzgrößen – Bundesübersicht 2005 bis 2014 (Teil 1)

Sektoren/konten der iABE**	Anfänger/-innen (absolut)	2014*		2010	2009	2008	2007	2006	2005
		Veränderung zu 2013 (in %)	Veränderung zu 2005 (in %)						
I Sektor: Berufsausbildung	712.853	-0,4	-3,6	729.577	728.484	776.047	788.956	751.562	739.168
I 01 Berufsausbildung im dualen System nach BBiG/HwO <i>darunter: Kooperatives BiG im Teilzeit¹</i>	484.195	-1,5	-6,4	509.900	512.518	559.324	569.460	531.471	517.342
I 02 Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	19.517	-1,6	-45,0	20.860	21.307	32.605	33.504	32.874	35.488
I 03 Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	4.883	1,9	-57,4	6.118	6.709	8.780	9.813	11.903	11.472
I 04 Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln	14.614	-5,3	-55,1	20.677	23.352	25.693	29.683	31.341	32.514
I 05 Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildung in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens ²	24.121	-0,7	-17,3	25.718	25.623	34.209	32.189	31.495	29.177
I 06 Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildung in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens ²	175.976	2,9	23,3	159.850	153.840	142.407	143.144	140.484	142.710
I 06 Berufsausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Auszubildendenverhältnis (Beamtenausbildung mittlerer Dienst) ³	9.064	0,0	52,3	7.314	6.442	5.634	4.667	4.868	5.953
II Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)	256.110	0,3	-38,7	316.494	344.515	358.969	386.864	412.083	417.647
II 01 Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss der Sekundarstufe I vermitteln	47.750	-3,3	-29,9	54.180	59.812	59.940	63.976	67.949	68.095
II 02a Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, die angerechnet werden kann	35.619	-1,4	-39,3	47.479	49.821	51.776	55.548	59.341	58.706
II 02b Berufsgrundbildungsjahr (Vollzeitschulisch)	28.592	4,6	-41,1	30.620	32.473	42.688	44.337	46.446	48.581
II 03a Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, ohne Anrechnung	21.314	0,8	-26,8	24.790	28.226	29.841	31.947	27.811	29.106
II 03b Berufsvorbereitungsjahr inkl. einjähriger Berufseinstiegsklassen ⁴	45.232	9,4	-22,6	40.661	41.973	42.571	46.841	55.339	58.431
II 03c Bildungsgänge an Berufsschulen für erwerbstätigerwerbende Schüler ohne Ausbildungsvertrag ⁵	14.716	-4,0	-45,6	19.186	20.875	21.364	25.789	28.671	27.035
II 03d Bildungsgänge an Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeine Abschlüsse der Sekundarstufe I anstreben ⁶	2.331	0,3	-82,7	6.808	8.968	9.958	11.498	13.192	13.477
II 04 Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen	3.835	-1,4	8,8	3.854	3.724	3.531	3.391	3.561	3.524
II 05 Berufsvorbereitende Bildungsgänge der Bundesagentur für Arbeit	46.354	-1,9	-49,5	69.933	77.934	78.080	80.193	86.171	91.811
II 06 Einstiegsqualifizierung (Bundesagentur für Arbeit)	10.367	-7,9	-45,1	18.983	20.709	19.220	23.344	23.602	18.881
Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeitsverwaltung an beruflichen Schulen ⁷	22.566	-5,2	-49,2	32.448	34.712	36.715	39.727	41.703	44.444

Tabelle A6.1-1: Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) sowie ausgewählte Referenzgrößen – Bundesübersicht 2005 bis 2014 (Teil 2)

Sektoren/Konten der iABE**	Anfänger/-innen (absolut)	2014*		2010	2009	2008	2007	2006	2005
		Veränderung zu 2013 (in %)	Veränderung zu 2005 (in %)						
III Sektor: Erwerb HZB (Sekundarstufe II)	533.445	-0,8	17,4	554.704	526.684	514.603	463.464	466.700	454.423
III 01 Bildungsgänge an Fachoberschulen, die eine HZB vermitteln, ohne vorhergehende Berufsausbildung	72.575	1,9	19,2	68.846	67.975	65.969	62.560	63.861	60.898
III 02 Bildungsgänge an Fachgymnasien (Berufliche Gymnasien), die eine HZB vermitteln	67.762	3,7	31,0	57.203	56.468	52.737	52.692	52.546	51.715
III 03 Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine HZB vermitteln	42.129	-1,4	22,5	42.897	43.464	32.649	32.158	34.050	34.395
III 04 Sekundarstufe II an allgemeinbildenden Schulen	350.979	-2,1	14,2	385.758	358.777	363.248	316.054	316.243	307.415
IV Sektor: Studium^{1, 2}	503.888	-1,6	37,6	447.890	428.000	400.600	373.510	355.472	366.242
Insgesamt ^{3, 4}	2.006.296	-0,7	1,5	2.048.665	2.027.683	2.050.219	2.012.794	1.985.817	1.977.482
Ausgewählte Referenzgrößen	2014	Veränderung zu 2013 (in %)	Veränderung zu 2005 (in %)	2010	2009	2008	2007	2006	2005
Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 19 Jahren	3.998.000	-0,8	-17,3	4.140.394	4.317.072	4.479.630	4.642.964	4.762.364	4.835.789
Absolventen/Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen	710.235	-7,0	-2,9	731.472	738.878	749.947	757.174	746.100	731.621
Altbewerber/-innen	235.268	1,7	-31,2	260.942	259.064	320.393	384.878	385.248	342.060
Ausbildungsplatzangebot	559.332	-0,7	-0,6	579.564	581.562	635.850	644.244	591.555	562.815
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September (BBiG/HwO) insgesamt	522.231	-1,4	-5,1	559.959	564.306	616.341	625.884	576.153	550.179
Arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren (Jahresdurchschnitt)	45.715	-1,7	-63,1	55.268	65.476	66.646	82.821	109.158	124.055

* Vorläufige Ergebnisse. ** Aufgrund von Datenrevisionen kommt es zu Abweichungen von vorherigen Darstellungen. Für Hinweise/Metadaten zu den Jahren 2005 bis 2014 vgl. Statistisches Bundesamt: Schnellmeldungen Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern; Qualitäts- und Ergebnisbericht – Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wiesbaden 2011.

¹ Eine abweichende Zuordnung des BG kooperativ führt zu geringfügigen Unterschieden für die Sektoren Berufsausbildung und Übergangsbereich mit den Ergebnissen des Landesprojektes zur integrierten Ausbildungsberichterstattung in Hessen. – ² Zu den Schulen des Gesundheitswesens in Hessen besteht keine gesetzliche Auskunftspflicht; daher kein vollständiger Nachweis. – ³ Anfängerdefinition teilweise landesspezifisch, teilweise 1. Jahrgangsstufe (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen). – ⁴ Für das Berichtsjahr 2014 zum Teil Vorjahresdaten in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland. – ⁵ Beamtenausbildung: ohne Beamtenanwärter des Bundes, deren Dienstort im Ausland ist (Vorjahresdaten). – ⁶ Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltungen, soweit möglich (nicht in Baden-Württemberg). – ⁷ Wegen möglicher Doppelzählungen werden Anfänger nur nachrichtlich ausgewiesen. – ⁸ Inkl. Studierenden der im 1. Studienjahr an Berufsakademien (Vorjahresdaten). – ⁹ In Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen in Nordrhein-Westfalen 2013 doppelter Abiturientenjahrgang; in Hessen 2012–2014 teilweise doppelte Abiturientenjahrgänge durch die verteilte Einführung von G8 über 3 Jahre.

Quelle: Integrierte Ausbildungsberichterstattung auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit (Schnellmeldung 5. März 2015 und Arbeitsunterlage 4. Dezember 2014); Bevölkerungsfortschreibung (2013–2011, rückwirkend korrigiert auf Grundlage des Zensus 2011 – vorläufige Zahlen), Genesis-Online Datenbank (Abruf: 17. Dezember 2015); Bevölkerungsvorausberechnung 2014 (mittlere Bevölkerung Untergrenze), Genesis-Online Datenbank (Abruf: 5. Januar 2015); Abgänger/Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen (Kultusministerkonferenz, Statistisches Bundesamt und Berechnungen des BIBB); BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Verbindung mit der Ausbildungsstatistik der BA (vgl. BIBB-Datenreport 2015, Kapitel A3); Bundesagentur für Arbeit (2014); Arbeitsmarktstatistik – Arbeitslose nach Rechtskreisen

BIBB-Datenreport 2015

Indikatoren zur Bedeutung der Bildungssektoren

Im Jahr 2014 beginnen 35,5% der Anfänger/-innen des Ausbildungsgeschehens eine vollqualifizierende Berufsausbildung (712.853), während 12,8% in den Übergangsbereich (256.110) einmünden. 26,6% streben eine Hochschulzugangsberechtigung (533.445) an. Zugleich beginnen 25,1% ein Studium (503.888) → **Schaubild A6.1-3**.

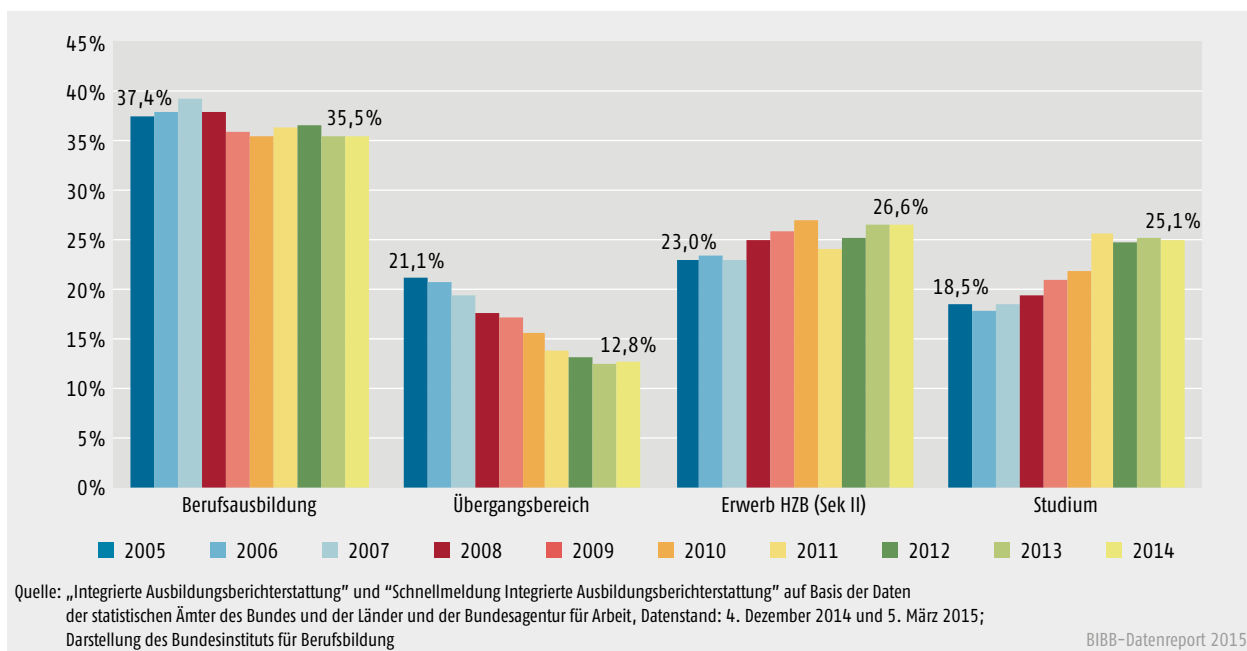
Betrachtet man die Anfängerzahlen 2014, so sind im Vergleich zu 2005 (417.647) knapp 160.000 Jugendliche (-38,7%) weniger in die Maßnahmen des Übergangsbereichs eingemündet. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Anfänger/-innen im größten Sektor, der „Berufsausbildung“, um 3,6% gefallen. Die Zahl der jungen Menschen, die eine Hochschulzugangsberechtigung (HZB) erwerben wollen, ist seit 2005 um 17,4% gestiegen. Auch die Zahl

der Studienanfänger/-innen hat sich um 37,6% erhöht → **Tabelle A6.1-1**.

Das → **Schaubild A6.1-3** zeigt ergänzend die Entwicklung der Bedeutung der Bildungssektoren. Hier wird der Anfängeranteil des jeweiligen Sektors an der Summe aller Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen abgebildet. Die Entwicklung der Anteile entspricht der Entwicklung der Absolutwerte: Auch relativ betrachtet gehen seit 2005 die Sektoren „Berufsausbildung“ (-1,9 Prozentpunkte) und „Integration in Berufsausbildung“ (-8,3 Prozentpunkte) zurück, während die Sektoren „Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung (HZB) (Sek II)“ (+3,6 Prozentpunkte) und „Studium“ (+6,6 Prozentpunkte) angestiegen sind.

Insgesamt muss berücksichtigt werden, dass in den letzten Jahren die Umstellung auf das 8-jährige Gymnasium (G8) – zeitversetzt in den einzelnen Bundesländern¹⁹⁶ –

Schaubild A6.1-3: **Entwicklung der Sektorenanteile am Ausbildungsgeschehen 2005 bis 2014**
(100% = alle Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen)



196 Doppelte Abiturjahrgänge: 2007 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt; 2008 Mecklenburg-Vorpommern; 2009 Saarland; 2010 Hamburg; 2011 Bayern, Niedersachsen; 2012 Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen; 2013 Hessen (1,5-facher Jahrgang), Nordrhein-Westfalen; 2016 Schleswig-Holstein (vgl. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland 2011, S. 65)

doppelte Entlassjahrgänge nach der Sekundarstufe I bzw. nach dem Abitur hervorgebracht hat. Im Ausbildungsgeschehen stiegen in den entsprechenden Jahren die Anfänger/-innen im Sektor „Erwerb der HZB (Sek II)“ (verkürzte Mittelstufe) und im Sektor „Studium“ (doppelte Abiturjahrgänge). Im Jahr 2010 zeigte sich beispielsweise deutlich der Ausschlag des bevölkerungsreichsten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen im Sektor „Erwerb der HZB (Sek II)“ sowie 3 Jahre später im Sektor „Studium“.

A6.2 Das Ausbildungsgeschehen in den Bundesländern

Die Bedeutung der Bildungssektoren in den Bundesländern stellt sich unterschiedlich dar: In den Sektoren „Berufsausbildung“ und „Integration in Berufsausbildung (Übergangsbereich)“ zeigen sich z. B. deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland → **Schaubild A6.2-1**. So beträgt der Anteil des Sektors „Berufsausbildung“ am Ausbildungsgeschehen im Osten rund 38,5%, während er im Westen bei 35,0% liegt. Die niedrigsten Werte verzeichnet das Land Baden-Württemberg (31,0%), die höchsten Werte das Land Sachsen-Anhalt (44,6%). Auch der Übergangsbereich zeigt eine große Varianz zwischen den einzelnen Bundesländern mit einem generellen Unterschied von Ost und West: Der Anteil des Übergangsbereichs ist im Westen (13,7%) stärker ausgeprägt als im Osten (7,7%). Den höchsten Wert erreicht Schleswig-Holstein (20,3%), den niedrigsten Brandenburg (6,5%).

Wie bedeutsam die Bildungssektoren und Konten im jeweiligen Land sind, ist insbesondere abhängig vom Umgang mit erfolglosen Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen, der demografischen Entwicklung sowie der Situation am Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt.

So können die im → **Schaubild A6.2-1** deutlich hervortretenden Ost-West-Unterschiede zum Teil auf den unterschiedlichen „institutionellen Umgang“ mit erfolglosen Ausbildungsplatzbewerbern (Eberhard/Ulrich 2011) zurückgeführt werden: Jugendliche, die keinen dualen Ausbildungsplatz bekommen haben, münden in Ostdeutschland vor allem in vollqualifizierende schulische oder außerbetriebliche Berufsausbildungen ein. Sie wer-

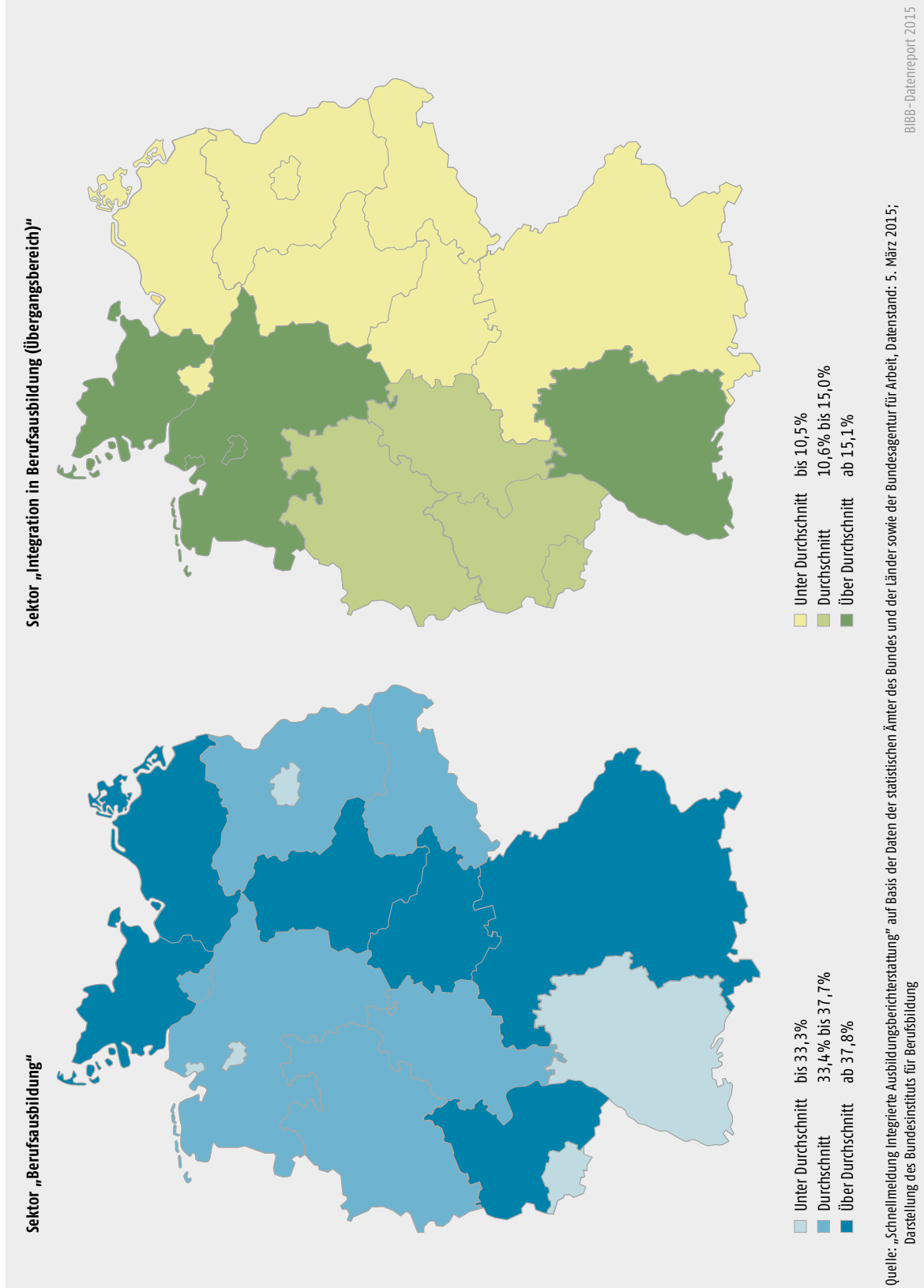
den entsprechend im Sektor „Berufsausbildung“ gezählt. Betrachtet man den Übergangsbereich in den einzelnen Bundesländern genauer, so finden sich auch innerhalb desselben Sektors beträchtliche Unterschiede in der Angebotspalette: So wird beispielsweise das Berufsgrundbildungsjahr nur in rund der Hälfte der Länder angeboten; Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen sind nur in 2 Bundesländern etabliert. Lediglich die von der Bundesagentur für Arbeit (BA) finanzierten Maßnahmen (Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen [BvB], Einstiegsqualifizierung [EQ]) werden in allen 16 Bundesländern angeboten (vgl. Dionisius/Lissek/Schier 2011, S. 5).

Ein Teil der Ost-West-Unterschiede kann auch auf die unterschiedlichen demografischen Entwicklungen zurückgeführt werden: So ist der Rückgang der Geburten- wie der Schülerzahlen in den östlichen Ländern schon weit fortgeschritten und hat zu einer stärkeren Entlastung der Ausbildungsnachfrage geführt, als dies im Westen der Fall ist. Zwischen 2005 und 2013 verzeichneten die neuen Bundesländer 47,8% weniger Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren; im gleichen Zeitraum ist die Anzahl der Jugendlichen in den westlichen Ländern nur um 7,9% gesunken (Statistisches Bundesamt 2015a).

Auch die Lage am Arbeitsmarkt bestimmt die Bedeutung der Bildungssektoren: In Ländern mit guter Beschäftigungslage münden überdurchschnittlich viele Jugendliche in duale Berufsausbildung ein (vgl. **Kapitel A2**). Dies gilt auch für die Stadtstaaten. Allerdings steigt bei den Ländern mit einem überdurchschnittlich günstigen und aussichtsreichen Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen auch die Zahl der Einpendler. So ist zum Beispiel in ländlichen Regionen mit geringer Einwohnerdichte eine ausgeprägte Bereitschaft zur regionalen Mobilität zu erkennen.¹⁹⁷ Unter Druck geraten in diesem Fall besonders ansässige Schulabgänger/-innen, die sich – trotz günstigen Ausbildungsplatzangebots – mit einer starken Konkurrenz auseinandersetzen müssen. Die schulischen Bildungsange-

¹⁹⁷ In der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2006 gaben 47% der Bewerber/-innen aus den Regionen mit weniger als 100 Einwohnern je qkm an, sich auch auf Lehrstellen beworben zu haben, die mehr als 100 km vom Heimatort entfernt lagen. In den Großstädten mit einer Einwohnerdichte von 1.000 und mehr waren es dagegen nur 19%. Die unterschiedliche Mobilitätsneigung bei den Land- und Großstadtjugendlichen führt dazu, dass die Nettobewegungen in die Ballungszentren nahezu allesamt positiv ausfallen: Es finden mehr Jugendliche aus dem regionalen Umfeld ihren Ausbildungsplatz in den Großstädten als Großstadtjugendliche außerhalb ihrer Heimatregion (vgl. dazu Ulrich/Eberhard/Krekel 2007).

Schaubild A.6.2-1: **Anteile der Sektoren am Ausbildungsgeschehen in den Bundesländern 2014**
 (100% = alle Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen)



bote sind hingegen eher beschäftigungsunabhängig. Dass bei der Interpretation der Daten immer die landesspezifischen Besonderheiten und Rahmenbedingungen – sogenannte Metadaten **E** – berücksichtigt werden müssen, verdeutlicht folgendes Beispiel:

Das Land Baden-Württemberg verzeichnet einen relativ hohen Anteil von Anfängern und Anfängerinnen im Übergangsbereich (18,6%). Auf Basis dieser Daten könnte vermutet werden, dass ausbildungsinteressierte Jugend-

liche in Baden-Württemberg entweder zu großen Teilen als nicht „ausbildungsreif“ eingestuft werden oder als sogenannte „Marktbenachteiligte“ in den Übergangsbereich gedrängt werden. Die wirtschaftliche Situation des Landes sowie die Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Jugendlichen (EQI) in die duale Berufsausbildung war 2014 in Baden-Württemberg (69,4) jedoch besser als im Bundesdurchschnitt (64,4). Eine Erklärung für diese widersprüchlichen Daten findet sich unter anderem in den Besonderheiten der baden-württem-

Tabelle A 6.2-1: **Anfänger/-innen in den Sektoren 2005 und 2014 nach Bundesländern**

	Sektor „Berufsausbildung“			Sektor „Integration in Berufsausbildung (Übergangsbereich)“		
	2005	2014	Veränderung zu 2005 in %	2005	2014	Veränderung zu 2005 in %
Deutschland	739.149	712.853	-3,6	417.647	256.110	-38,7
Baden-Württemberg	99.364	95.482	-3,9	78.606	57.358	-27,0
Bayern	105.467	108.672	3,0	37.756	20.295	-46,2
Berlin	28.779	29.212	1,5	12.252	6.212	-49,3
Brandenburg	24.343	13.876	-43,0	6.374	2.523	-60,4
Bremen	6.988	7.050	0,9	3.894	3.418	-12,2
Hamburg	15.375	18.538	20,6	8.522	3.829	-55,1
Hessen	50.557	52.002	2,9	28.860	16.953	-41,3
Mecklenburg-Vorpommern	20.069	10.733	-46,5	5.477	1.852	-66,2
Niedersachsen	73.359	76.695	4,5	65.290	38.692	-40,7
Nordrhein-Westfalen	149.862	162.289	8,3	88.614	60.191	-32,1
Rheinland-Pfalz	34.313	38.942	13,5	24.845	14.123	-43,2
Saarland	7.364	8.376	13,7	5.332	3.728	-30,1
Sachsen	47.336	32.197	-32,0	16.775	6.147	-63,4
Sachsen-Anhalt	26.841	16.970	-36,8	9.890	3.592	-63,7
Schleswig-Holstein ¹	23.457	26.534	13,1	14.949	14.034	-6,1
Thüringen	25.675	15.285	-40,5	10.211	3.163	-69,0
Ost	173.043	118.273	-31,7	60.979	23.489	-61,5
West	566.106	594.580	5,0	356.668	232.621	-34,8

¹ Die Entwicklung der Anfängerdaten in Schleswig-Holstein ist zu einem Großteil auf geänderte Zuordnungen von Bildungsgängen zurückzuführen und daher im Zeitverlauf nicht vergleichbar.

Quelle: „Integrierte Ausbildungsberichterstattung“ und „Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung“ auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit, Datenstand: 4. Dezember 2014 und 5. März 2015; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

bergischen Ausbildungstradition: Ein Teil der Jugendlichen absolviert zunächst einen Bildungsgang an einer Berufsfachschule, der formal dem Übergangsbereich zugerechnet wird – obwohl Ausbildungs(vor)-verträge mit Betrieben vorliegen (siehe auch Landesinstitut für Schulentwicklung und Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011, S. 158 ff.).

E Metadaten

Ländervergleiche sind insbesondere dann aussagekräftig, wenn auch die Vergleichseinheiten unter ähnlichen Bedingungen stehen – das kann bei den Bundesländern nicht ohne Weiteres unterstellt werden. Eine Vergleichbarkeit der Quoten wäre nur bei gleichen (Rahmen-)Bedingungen in allen Bundesländern gegeben. Hierzu sind jedoch Informationen (Metadaten) zu Bildungsgängen, bildungspolitischen Angeboten und wirtschaftlichen sowie demografischen Strukturen erforderlich, die weit über die Darstellung der Daten hinausreichen. Das Bundesinstitut für Berufsbildung versucht derzeit, solche Metadaten in Kooperation mit den Landesauschüssen für Berufsbildung für den Übergangsbereich zusammenzutragen.

Betrachtet man die Veränderung der Bildungssektoren in den verschiedenen Bundesländern über die Zeit, so zeigen sich auch hier deutliche Unterschiede: Beispielsweise sank die Zahl der Anfänger/-innen im Sektor „Berufsausbildung“ in Mecklenburg-Vorpommern um 46,5%, während sie in Hamburg um rund 20,6% anstieg.

Im Übergangsbereich ist die Tendenz in allen Bundesländern rückläufig; die Größenordnungen unterscheiden sich jedoch erheblich: Während die Anzahl der Anfänger/-innen in Thüringen um mehr als 69,0% zurückging, waren es in Bremen nur 12,2% weniger, in Schleswig-Holstein nur 6,1%. Für Erklärungen müssen auch hier wieder die institutionellen Angebote der Länder, die unterschiedlichen demografischen Entwicklungen sowie die Lage am Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt herangezogen werden. Am Beispiel von Thüringen und Bremen soll dies kurz skizziert werden:

- ▶ Für Thüringen zeigen die Daten der iABE, dass die Anfänger/-innen sowohl im Übergangsbereich als auch im Sektor „Berufsausbildung“ seit dem Jahr 2005 stark sinken. Dies ist insbesondere auf die demografische Entwicklung zurückzuführen: Im Zeitraum von 2005 bis 2013 sank die Anzahl der 15- bis 19-Jährigen um 52,1% von ca. 152.000 auf 73.000. Diese deutlich geringere Zahl von Jugendlichen konnte auf dem Ausbildungsstellenmarkt besser versorgt werden. Dies zeigt auch die steigende Angebots-Nachfrage-Relation (2007¹⁹⁸ = 88% und 2013 = 103,4%) sowie die im gleichen Zeitraum um rund 65% sinkende Anzahl von Arbeitslosen unter 20 Jahren (Rückgang von 2.872 auf 1.003). Entsprechend ist im Vergleich zu anderen Bundesländern der Anteil von Jugendlichen im Übergangsbereich, die bereits über einen Realschulabschluss verfügen – sich also vermutlich in sogenannten „Warteschleifen“ befinden – mit 8,6% vergleichsweise niedrig (Bundesdurchschnitt = 26,0%). Über ein Drittel (33,8%) nutzt den Übergangsbereich zum Erwerb eines höheren allgemeinbildenden Abschlusses.
- ▶ Für Bremen zeigen die Daten ein anderes Bild: Während die Anzahl der Anfänger/-innen im Sektor „Berufsausbildung“ nahezu konstant ist (-0,9%), sinken die Einmündungen in den Übergangsbereich um 12,2%. Der demografische Effekt ist in Bremen mit einem Rückgang der 15- bis 19-Jährigen von 2005 bis 2013 um 7,7% vergleichsweise moderat. Entsprechend wird der Ausbildungsstellenmarkt zwar entlastet, jedoch weniger stark. Auch sinkt der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren um 17,7%; doch bleibt die Angebots-Nachfrage-Relation (2007 = 85,1% und 2013 = 90,1%) unter 100. Entsprechend finden sich im Bremer Übergangsbereich mehr Jugendliche in „Warteschleifen“; 28,1% verfügen bereits über einen Realschulabschluss. Gleichzeitig nutzen 23,4% der Jugendlichen die Übergangsangebote des Bundeslandes¹⁹⁹ zum Erwerb eines höheren allgemeinbildenden Abschlusses (vgl. Kapitel A6.3).

198 Zahlen zur erweiterten ANR sowie zu den Arbeitslosen liegen erst ab dem Jahr 2007 vor.

199 Ohne Maßnahmen der BA (vgl. Kapitel A6.3).

A 6.3 Sektor „Berufsausbildung“

Im Folgenden wird der Sektor „Berufsausbildung“ näher beschrieben. In einem ersten Schritt wird er mit den anderen Bildungssektoren des Ausbildungsgeschehens verglichen (systemische Betrachtung). Im Fokus stehen hierbei die der iABE zur Verfügung stehenden Merkmale Jahr, Geschlecht, Nationalität und schulische Vorbildung. In einem zweiten Schritt werden die Bildungskonten innerhalb des Sektors einander gegenübergestellt sowie deren Entwicklung erläutert.

Systemische Betrachtung

Im Ausbildungsgeschehen zeigt sich insgesamt ein Trend zur Höherqualifizierung. Während sich die Anteile in

den Sektoren „Studium“ und „Erwerb der HZB (Sek II)“ erhöhen, sinken die Anteile im „Übergangsbereich“. Die relative Bedeutung des Sektors „Berufsausbildung“ ist hingegen im Zeitverlauf recht stabil → **Schaubild A6.1-3**. Im Jahr 2014 begannen 35,5% der Anfänger/-innen des Ausbildungsgeschehens eine vollqualifizierende Berufsausbildung, 2005 waren es 37,4%. Auch absolut hat sich die Zahl der Anfänger/-innen in diesem Sektor vergleichsweise wenig verändert: 2005 begannen 739.149 Jugendliche eine Ausbildung, 2014 waren es rund 26.000 weniger (712.853).

Im Hinblick auf die Geschlechteranteile zeichnet sich der Sektor „Berufsausbildung“ – ähnlich wie der Sektor „Studium“ – durch ein ausgeglichenes Verhältnis aus. Der „Übergangsbereich“ hingegen ist eher männlich geprägt (59,4% Männer). Der Sektor „Erwerb der HZB (Sek II)“

Tabelle A 6.3-1: Bildungssektoren und Konten im Vergleich

Sektor/ Konto		2014 ¹		2013					
		Anfänger/ -innen	Anteil weiblich	Anteil Auslän- der/-innen	Anteil ohne Hauptschul- abschluss	Anteil mit Hauptschul- abschluss	Anteil mit mittlerem Abschluss	Anteil mit (Fach-) Hochschul- reife	o. A./ Sonstige
Sektor I	Berufsausbildung	712.853	50,2%	6,8%	2,6%	23,9%	51,6%	20,8%	1,1%
Konto I 01	Duale Berufsausbildung nach BBiG/HwO	484.195	40,4%	7,3%	3,7%	26,9%	47,7%	20,4%	1,2%
Schulische Berufsausbildung									
Konto I 02	Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	4.883	59,0%	15,4%	0,2%	45,1%	44,8%	8,9%	1,1%
Konto I 03	Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	14.614	56,6%	9,8%	0,6%	13,4%	60,5%	24,7%	0,9%
Konto I 04	Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln	24.121	45,0%	7,9%	0,8%	0,2%	95,6%	3,4%	0,0%
Konto I 05	Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildung in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens	175.976	77,9%	5,0%	0,2%	20,2%	53,3%	25,5%	0,8%
Konto I 06	Berufsausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis (Beamtenausbildung mittlerer Dienst)	9.064	35,9%	0,0%	0,0%	0,0%	100,0%	0,0%	0,0%
Sektor II	Übergangsbereich	256.110	40,6%	14,2%	21,1%	48,5%	25,7%	1,7%	2,0%
Sektor III	Erwerb HZB (Sek II)	533.445	52,5%	5,9%	0,1%	1,1%	98,5%	0,1%	0,2%
Sektor IV	Studium	503.888	50,0%	20,0%	0,0%	0,0%	0,0%	98,3%	1,7%
Insgesamt	Ausbildungsgeschehen	2.006.296	49,6	10,8%	3,6%	14,9%	47,8%	32,5%	1,1%

¹ Differenzierte Daten liegen für das Jahr 2014 noch nicht vor.

Quelle: „Integrierte Ausbildungsberichterstattung“ und „Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung“ auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit, Datenstand: 4. Dezember 2014 und 5. März 2015; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

weist mit 52,5% einen leicht höheren Frauenanteil auf
→ [Tabelle A6.3-1](#).

Deutlicher unterscheiden sich die Sektoren in Bezug auf ihre Ausländeranteile. So weisen die Sektoren „Berufsausbildung“ (6,8%) und „Erwerb der HZB (Sek II)“ (5,9%) vergleichsweise niedrige Anteile auf. Hingegen sind 20,0% der Studienanfänger ausländischer Nationalität, im Übergangsbereich haben 14,2% keine deutsche Staatsangehörigkeit. Für den Sektor „Studium“ ist allerdings zu berücksichtigen, dass unter den ausländischen Studierenden 83,8% sogenannte Bildungsausländer sind – also ausländische Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben.

Mit dem Merkmal „schulische Vorbildung“ erfasst die iABE den höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss der Anfänger/-innen in den Sektoren des Ausbildungsgeschehens.

Da sich die Sektoren entsprechend ihren Bildungszielen voneinander abgrenzen, unterscheiden sie sich auch bezüglich der „Vorbildung“ der Anfänger/-innen. Für die Aufnahme einer dualen Berufsausbildung müssen junge Menschen keinen formalen Schulabschluss mitbringen, in den schulischen Berufsausbildungen sieht das z. T. anders aus. Entsprechend finden sich alle Arten von Vorbildung im Sektor „Berufsausbildung“. Dominiert wird der Sektor von Jugendlichen, die einen mittleren Abschluss mitbringen (51,6%). Rund ein Viertel (23,9%) verfügt über einen Hauptschulabschluss, 20,8% bringen sogar die (Fach-) Hochschulreife mit. Nur 2,6% verfügen über keinen Hauptschulabschluss. Auch im „Übergangsbereich“ beginnen Jugendliche mit unterschiedlichen Schulabschlüssen. Hier ist das Bildungsniveau jedoch erwartungsgemäß niedriger. Dennoch verfügen 25,7% der Anfänger/-innen dieses Sektors über einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss. Der Großteil dieser Jugendlichen kann vorsichtig der Gruppe der sogenannten Marktbenachteiligten zugerechnet werden, die im Sektor „Berufsausbildung“ keinen Ausbildungsplatz gefunden haben.

Beschreibung der Bildungskonten

Der Sektor „Berufsausbildung“ setzt sich aus 6 Konten zusammen. Die → [Tabelle A6.3-1](#) verdeutlicht, dass die „Duale Ausbildung nach BBiG/HwO“ das quantitativ bedeutendste Konto innerhalb dieses Sektors darstellt:

67,9% beginnen eine duale Ausbildung, während 32,1% der Anfänger/-innen sich für eine der unterschiedlichen Varianten einer schulischen Berufsausbildung²⁰⁰ entscheiden. Zur dualen Berufsausbildung nach BBiG/HwO finden sich bereits ausführliche Beschreibungen auf Grundlage der Berufsbildungsstatistik in [Kapitel A4](#). Die nachfolgende Beschreibung konzentriert sich daher auf die Konten der sogenannten „schulischen Berufsausbildung“, die ihrerseits eine unterschiedliche quantitative Bedeutung hat. In [Kapitel A5.1.2](#) werden ergänzende berufsstrukturelle Analysen auf Basis der Fachserie 11, Berufliche Schulen durchgeführt.

Ausbildungen in Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialberufen (GES-Berufen)

Die rund 176.000 Anfänger/-innen in „Landes- und bundesrechtlich geregelten Ausbildungen in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens“ bilden den Schwerpunkt innerhalb der schulischen Berufsausbildung. Gemessen an der Zahl der Anfänger/-innen im Sektor „Berufsausbildung“ werden knapp ein Viertel (24,7%) aller vollqualifizierenden Berufsausbildungen in diesem Bereich begonnen. Einige Berufe des Gesundheitswesens werden im dualen System nach BBiG/HwO ausgebildet (z. B. Medizinische/-r Fachangestellte/-r). Diese werden nicht im Konto der GES-Berufe erfasst. Der Großteil der GES-Berufe wird an Schulen des Gesundheitswesens, Fachschulen und Berufsfachschulen sowie an Fachakademien erlernt. Die Ausbildung ist entweder bundes- oder landesrechtlich geregelt.

Die GES-Ausbildungen sind im Vergleich mit den anderen Konten der schulischen Berufsausbildung stark weiblich geprägt (77,9% der Anfänger/-innen). Gleichzeitig weisen sie mit nur 5,0% den niedrigsten Ausländeranteil aus. Gut die Hälfte aller Anfänger/-innen (53,3%) verfügt vor Beginn der Ausbildung über einen mittleren Abschluss (Realschule), rund ein Viertel (25,5%) verfügt sogar über die (Fach-)Hochschulreife. Nur knapp ein Fünftel aller Anfänger/-innen hatte einen Hauptschulabschluss (20,2%).

²⁰⁰ Der Bericht Bildung in Deutschland hat den Begriff „Schulberufssystem“ etabliert, welches die Beamtenausbildung nicht berücksichtigt.

Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine Hochschulzulassungsberechtigung (HZB) vermitteln

Im Rahmen der schulischen Berufsausbildung stellen die „Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln“, mit rund 24.000 Anfängerinnen und Anfängern im Jahr 2014 das zweitgrößte Konto dar. Gemessen am Sektor „Berufsausbildung“ entspricht dies einem Anteil von 3,4% an allen vollqualifizierenden Berufsausbildungen. Das Konto bündelt die sogenannten doppelqualifizierenden Bildungsgänge. Hier werden landesrechtlich geregelte Bildungsgänge – i. d. R. die sogenannten „Assistentenausbildungen“ – angeboten, welche gleichzeitig die Hochschulreife vermitteln. Da der Berufsabschluss als primäres Bildungsziel definiert ist, werden diese Bildungsgänge im Sektor „Berufsausbildung“ und nicht im Sektor „Erwerb der HZB (Sek II)“ verbucht.

Der Frauenanteil in diesem Konto ist mit 45,0% im Vergleich zu den anderen Konten der schulischen Berufsausbildung eher gering. Auch der Ausländeranteil weist mit knapp 7,9% den zweitniedrigsten Wert auf. Entsprechend dem Bildungsziel verfügen 95,6% der Anfänger/-innen bereits über einen mittleren Schulabschluss, 3,4% bringen sogar die (Fach-)Hochschulreife mit. Sie nutzen diese Bildungsgänge in erster Linie zum Erwerb von beruflichen Qualifikationen.

Bildungsgänge an Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO

Die „Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO“ sind mit rund 15.000 im Jahr 2014 das am drittstärksten besetzte Bildungskonto innerhalb der schulischen Berufsausbildung. Gemessen an der Zahl aller Anfänger/-innen im Sektor „Berufsausbildung“ stellen sie lediglich einen Anteil von 2,1% an allen vollqualifizierenden Berufsausbildungen. Bei den Bildungsgängen handelt es sich vorwiegend um landesrechtlich geregelte „Assistentenausbildungen“, wie beispielsweise zum/zur „staatlich geprüften kaufmännischen Assistenten/Assistentin“ oder „staatlich geprüften umweltschutztechnischen Assistenten/Assistentin“. Das Konto ist mit 56,6% Frauen eher weiblich geprägt. Mit 9,8% ist der Ausländeranteil in diesen Bildungsgängen außerhalb BBiG/HwO höher als in der dualen Ausbildung

nach BBiG/HwO. Im Hinblick auf die schulische Vorbildung weisen sie einen vergleichsweise niedrigen Anteil mit Hauptschulabschluss vor. 60,5% verfügen über einen Realschulabschluss, rund ein Viertel (24,7%) bringt die (Fach-)/Hochschulreife mit.

Beamtenausbildungen im mittleren Dienst

Mit rund 9.000 Anfängern und Anfängerinnen im Jahr 2014 ist das Konto „Berufsausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Auszubildendenverhältnis (Beamtenausbildung mittlerer Dienst)“ gemessen an allen Anfängern und Anfängerinnen des Sektors „Berufsausbildung“ vergleichsweise klein (1,3%). Ausgebildet wird in der öffentlichen Verwaltung (vgl. Kapitel A5.2). Es gibt darüber hinaus einige wenige Beamte in Ausbildung, deren Dienort im Ausland liegt, welche im Rahmen der iABE nicht erfasst werden. Die Beamtenausbildung weist den größten Männeranteil auf (64,1%). Gleichzeitig finden sich unter den Beamten aus rechtlichen Gründen nur Auszubildende mit deutschem Pass. Alle Anfänger/-innen haben einen mittleren Schulabschluss.

Bildungsgänge an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO

Das Konto „Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO“ ist mit nur rund 5.000 Anfängern und Anfängerinnen im Jahr 2014 das am schwächsten besetzte Konto. Mit einem Frauenanteil von 59,0% liegt es im Mittelfeld der schulischen Berufsausbildung. Der Ausländeranteil ist mit 15,4% am höchsten. Gleichzeitig bringen die Jugendlichen eine vergleichsweise niedrigere schulische Vorbildung mit. 45,1% verfügen über einen Hauptschulabschluss, 44,8% über einen mittleren Abschluss. Nur 8,9% der Anfänger/-innen verfügen über eine (Fach-)Hochschulreife.

Entwicklung der Bildungskonten

Das → **Schaubild A6.3-1** stellt die Entwicklung der Bildungskonten gegenüber dem Basisjahr 2005 dar:

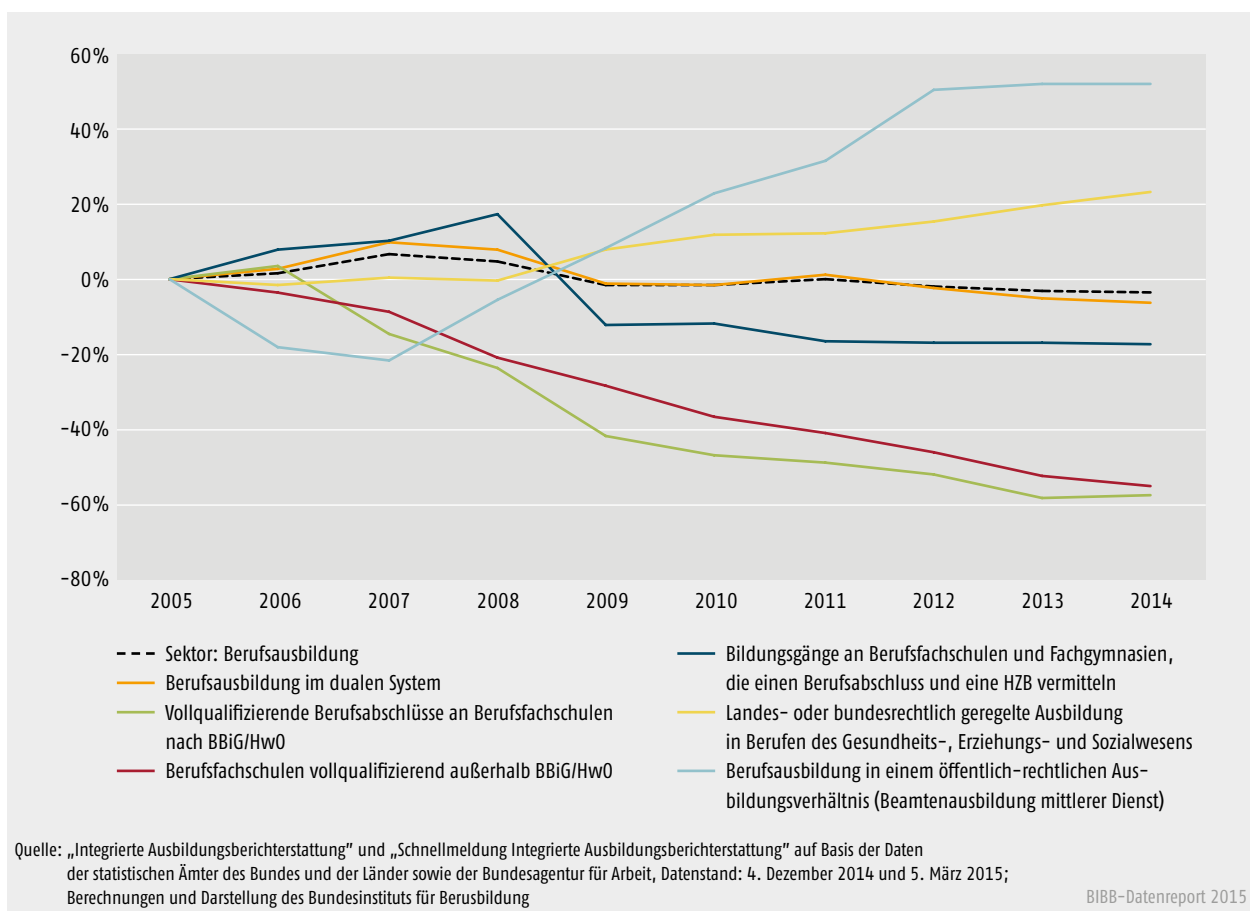
Während die Anzahl der Anfänger/-innen in dualer und schulischer Berufsausbildung insgesamt konstant ist, zeigen die Konten innerhalb der schulischen Berufsausbildung ungleiche Entwicklungen. So stiegen die Anhängerkzahlen für die „Beamtenausbildungen“ (+52,3%)

sowie die „Ausbildungen im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen“ (+23,3%). Gleichzeitig sanken sie in „Bildungsgängen an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln“ (-17,3%), in „Bildungsgängen an Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO“ (-52,5%) sowie in „Bildungsgängen an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO“ (-55,1%). Die positive Entwicklung der Anfängerzahlen in den GES-Berufen beruht insbesondere auf einer Zunahme in den Berufen Gesundheits- und Krankenpfleger/-in und Altenpfleger/-in. Aufgrund des demografischen Wandels gibt es in diesem Sektor einen steigenden Fachkräftebedarf, den es zu decken gilt. Auch verzeichnen die Erzieher/-innen einen deutlichen Zulauf, der in Zusammenhang mit dem neuen gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz gebracht werden kann (vgl. Kapitel A5.1.2).

Während die Beamtenausbildung zwischen 2005 und 2007 um 21,6% gesunken ist, verzeichnet sie seitdem auf der Bundesebene einen kontinuierlichen Anstieg. Außer Brandenburg, Hessen und Rheinland-Pfalz zeigen alle Länder einen Anstieg der Anfänger/-innen. In den Ländern Bayern, Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt hat sich die Anzahl gegenüber dem Jahr 2007 mehr als verdoppelt. Für eine Erklärung müssen die länderspezifischen Besonderheiten detailliert betrachtet werden (siehe E-Kasten A6.2).

Bei den Rückgängen der Anfängerzahlen in den doppelqualifizierenden Bildungsgängen fällt der Knick ab dem Jahr 2008 ins Auge. Während im Jahr 2008 noch rund 34.000 Anfänger/-innen gezählt wurden, sind es ein Jahr später nur noch rund 26.000. Dies ist insbesondere auf eine Umwidmung der doppelqualifizierenden Bildungs-

Schaubild A6.3-1: Entwicklung der Bildungskonten gegenüber dem Basisjahr 2005



gänge in Baden-Württemberg zurückzuführen: Im Jahr 2008 wurden sie noch im Sektor „Berufsausbildung“ gezählt (als primäres Bildungsziel wird hier noch der Berufsabschluss angegeben), ab dem Jahr 2009 im Sektor „Erwerb der HZB (Sek II)“ als „Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine HZB vermitteln“ ausgewiesen (ab diesem Zeitpunkt ist die HZB als primäres Ziel benannt). Die Anfängerzahlen für dieses Konto stiegen im gleichen Zeitraum von 6.000 auf 17.000.

Über die Gründe für den Rückgang der sogenannten „Assistentenausbildungen“ in „Bildungsgängen an Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO“ muss spekuliert werden. So kann vermutet werden, dass dies auf ihren kompensatorischen Charakter zurückzuführen ist. Insbesondere aufgrund des demografischen Wandels gibt es einen deutlichen Rückgang der Jugendlichen. Hierdurch verbessern sich zum einen die Chancen der jungen Menschen, einen Ausbildungsplatz im dualen System nach BBiG/HwO zu finden, wodurch weniger kompensatorische Angebote – seien es Assistentenausbildungen oder Maßnahmen des Übergangsbereichs – benötigt werden. Eine weitere Ursache, die einen Rückgang der „Assistentenausbildung“ verursacht, ist vermutlich der Trend hin zu einer stärkeren allgemeinbildenden Höherqualifizierung, sowohl über doppelqualifizierende Bildungsgänge im Sektor „Berufsausbildung“ als auch über die primär allgemeinbildenden Bildungsgänge im Sektor „Erwerb der HZB (Sek II)“. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass die angebotenen Assistentenausbildungen an den beruflichen Schulen auch institutionellen Logiken folgen. So kann eine Landesregierung Ausbildungsplätze anbieten oder diese aufgrund veränderter Bedingungen zurückfahren. Entsprechend sinkt dann auch die Zahl der Anfänger/-innen in diesen Ausbildungen.

Für den Rückgang der „Bildungsgänge an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO“ können ähnliche Gründe vermutet werden.

(Regina Dionisius, Amelie Illiger, Friedel Schier)

A7 Kosten und finanzielle Förderung der beruflichen Ausbildung

A7.1 Entwicklung der Ausbildungsvergütungen

In der dualen Berufsausbildung hat jede/-r Auszubildende gegenüber seinem Ausbildungsbetrieb einen rechtlichen Anspruch auf eine angemessene Vergütung (§ 17 Berufsbildungsgesetz). Die Ausbildungsvergütungen sind für die Auszubildenden und die ausbildenden Betriebe von erheblicher finanzieller Bedeutung. Sie tragen zur Deckung der Lebenshaltungskosten der Auszubildenden bei und sind gleichzeitig eine Entlohnung für die während der Ausbildung im Betrieb geleistete produktive Arbeit. Für die Betriebe stellen die Ausbildungsvergütungen den größten Kostenfaktor bei der eigenen Durchführung von Berufsausbildung dar. Auf die Personalkosten der Auszubildenden, die Ausbildungsvergütungen einschließlich der gesetzlichen, tariflichen und freiwilligen Sozialleistungen, entfallen durchschnittlich 61% der Bruttoausbildungskosten (vgl. Kapitel A7.3).

In den meisten Wirtschaftszweigen schließen die Tarifpartner (Arbeitgeber und Gewerkschaften) Vereinbarungen über die Höhe der Ausbildungsvergütungen ab.²⁰¹ Tarifgebundene Betriebe²⁰² dieser Wirtschaftszweige müssen ihren Auszubildenden mindestens die tariflich festgelegten Vergütungssätze zahlen; niedrigere Vergütungsbeträge sind dann nicht zulässig, übertarifliche Zuschläge aber möglich. Betriebe ohne Tarifbindung können hingegen die in ihrem Wirtschaftszweig und ihrer Region geltenden tariflichen Ausbildungsvergütungen deutlich unterschreiten, und zwar nach derzeitiger Rechtsprechung um bis zu 20%. Allerdings zahlen auch nicht tarifgebundene Betriebe häufig freiwillig die tariflichen Vergütungssätze. Obwohl die Tarifbindung der Betriebe seit Mitte der 1990er-Jahre deutlich abgenommen hat (vgl. Ellguth/Kohaut 2014), werden die Vergütungszahlungen in der betrieblichen Berufsausbildung nach wie vor stark

durch die tariflichen Regelungen geprägt. Der Anteil der Betriebe, die tarifgebunden sind oder sich an einem Tarif orientieren und in denen die Vergütungshöhe somit dem Tarifniveau entspricht, ist allerdings in Ostdeutschland deutlich geringer als in Westdeutschland (vgl. Beicht/Walden 2012). Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) beobachtet und analysiert seit 1976 die Entwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen in den alten Ländern und seit 1992 auch in den neuen Ländern **E**.

E Tarifliche Ausbildungsvergütungen

Tarifliche Vereinbarungen zu den Ausbildungsvergütungen werden meistens für einen bestimmten Wirtschaftszweig in einer bestimmten Region (Tarifbereich) geschlossen. Innerhalb eines Tarifbereichs werden in der Regel für *alle* Auszubildenden – unabhängig vom Ausbildungsberuf – einheitliche monatliche Vergütungssätze für die einzelnen Ausbildungsjahre festgelegt. Ist ein Wirtschaftszweig in mehrere Tarifregionen untergliedert, so variieren die Vergütungssätze oft zwischen den betreffenden Regionen, wobei größere Abweichungen meistens nur zwischen den alten und neuen Ländern auftreten. Sehr stark unterscheidet sich die Höhe der tariflichen Ausbildungsvergütungen jedoch zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen.

Jährlich zum Stand 1. Oktober wird im BIBB eine Auswertung tariflicher Ausbildungsvergütungen durchgeführt. Die Grundlage bilden dabei rund 500 Vergütungsvereinbarungen aus den gemessen an den Beschäftigtenzahlen größten Tarifbereichen Deutschlands. Die Angaben werden jeweils vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales zur Verfügung gestellt. Getrennt nach alten und neuen Ländern werden die Vergütungsdurchschnitte für stärker besetzte Ausbildungsberufe ermittelt. Derzeit sind 179 Berufe in den alten und 156 Berufe in den neuen Ländern einbezogen. In diesen Berufen werden 89% aller Auszubildenden in den alten und 83% in den neuen Ländern ausgebildet. Bei den Auswertungen wird zunächst pro Ausbildungsberuf ein Durchschnitt über die tariflichen Vergütungssätze der Wirtschaftszweige bzw. Tarifbereiche berechnet, in denen der betreffende Beruf schwerpunktmäßig bzw. typischerweise ausgebildet wird (zur Methode vgl. Beicht 2011). Anschließend werden auf Basis der ermittelten berufsspezifischen Vergütungsdurchschnitte weitere Durchschnittswerte, z. B. für die einzelnen Ausbildungsberufe, gebildet, wobei die jeweiligen Berufe immer mit dem Gewicht ihrer Auszubildendenzahlen berücksichtigt werden.

201 Insbesondere im Dienstleistungssektor und im Handwerk gibt es auch Bereiche, in denen tarifliche Vereinbarungen zu den Ausbildungsvergütungen nur für bestimmte Regionen bestehen oder in denen überhaupt keine entsprechenden tariflichen Regelungen getroffen werden.

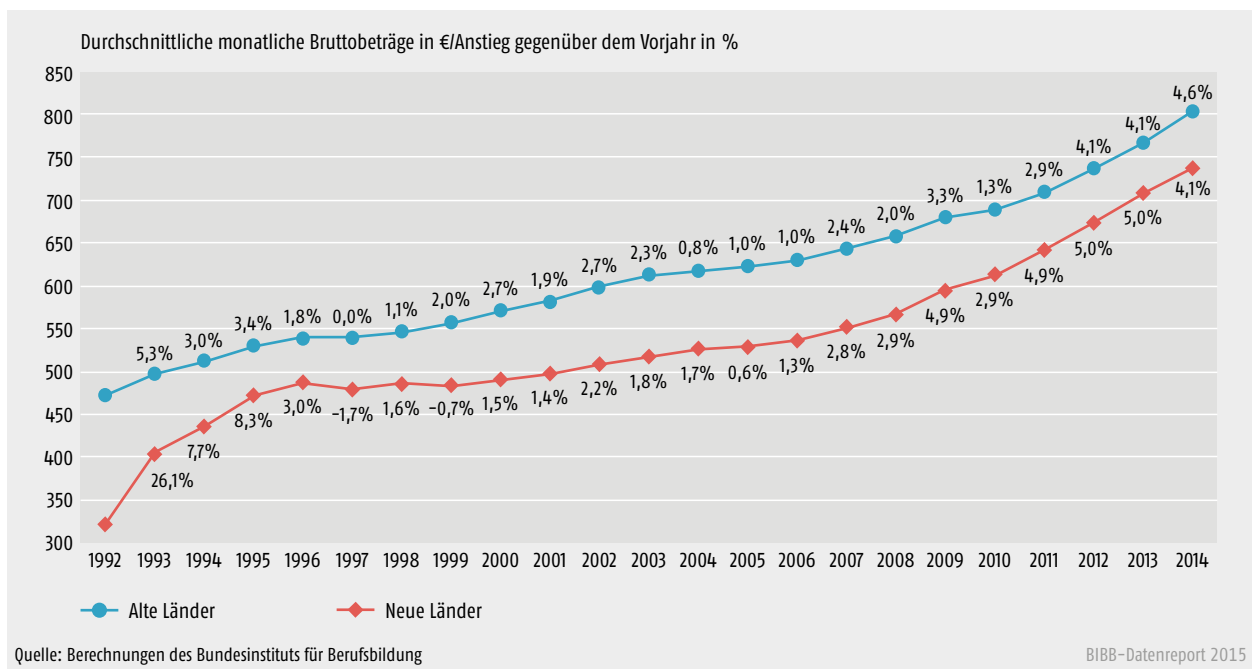
202 Eine Tarifbindung liegt in der Regel dann vor, wenn der Betrieb dem tarifschließenden Arbeitgeberverband eines Wirtschaftszweigs angehört oder wenn ein gesonderter Firmentarifvertrag geschlossen wurde. In eher seltenen Fällen werden Tarifvereinbarungen für allgemein verbindlich erklärt, dann gelten die Regelungen ohne Ausnahme für alle Betriebe des betreffenden Wirtschaftszweigs.

Vergütungsstrukturen 2014

In den alten Ländern betragen die tariflichen Ausbildungsvergütungen 2014 im Durchschnitt 802 € pro Monat.²⁰³ Sie erhöhten sich damit um 4,6% gegenüber dem Vorjahreswert von 767 €.²⁰⁴ In den neuen Ländern stieg der monatliche Vergütungsdurchschnitt auf 737 € an, also um 4,1% im Vergleich zum Vorjahr (708 €). Die Vergütungserhöhung fiel damit im Jahr 2014 in den alten Ländern prozentual etwas stärker aus als 2013 (4,1%), in den neuen Ländern war sie dagegen etwas schwächer als im Jahr zuvor (5,0%). Bezogen auf das gesamte Bundesgebiet lag der Durchschnitt der tariflichen Ausbildungsvergütungen 2014 bei 795 € pro Monat. Dies bedeutete eine Zunahme um 4,5% gegenüber dem Vorjahr (761 €).

Bei Betrachtung der längerfristigen Entwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen zeigt sich, dass es in Westdeutschland seit dem Jahr 2012 relativ hohe Steigerungsraten von jeweils über 4% gab; in den vorherigen Jahren – seit 1994 – war der Anstieg immer deutlich schwächer gewesen → **Schaubild A7.1-1**. In Ostdeutschland wurden in den Jahren 2009 sowie 2011 bis 2013 Erhöhungen von jeweils rund 5% erreicht. Hier hatte es zuvor seit 1996 keinen ähnlich hohen Zuwachs mehr gegeben, in einzelnen Jahren war der Vergütungsdurchschnitt sogar zurückgegangen. Der Abstand zum westdeutschen Tarifniveau, der sich ab 1997 wieder vergrößert hatte, verringerte sich in den letzten Jahren deutlich: 2014 wurden im Osten 92% der westlichen Vergütungshöhe erreicht, 2006 waren es z. B. erst 85% gewesen.

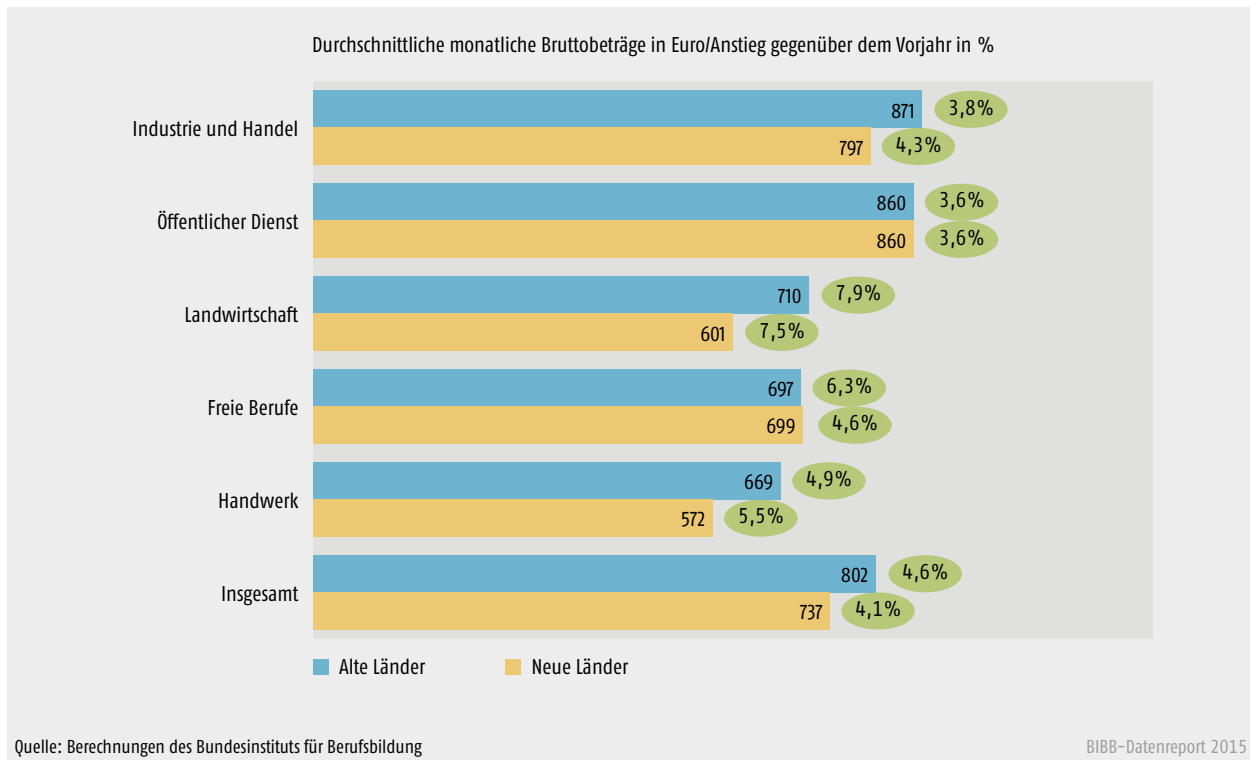
Schaubild A7.1-1: Entwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 1992 bis 2014



203 Die tariflichen Ausbildungsvergütungen gelten nicht in der aus öffentlichen Mitteln finanzierten außerbetrieblichen Ausbildung. Dort erhalten die Auszubildenden in der Regel wesentlich niedrigere Vergütungen, die gesetzlich bzw. durch Verordnung festgelegt sind.

204 Die tariflichen Ausbildungsvergütungen stellen Bruttobeträge dar. Liegt die monatliche Vergütung über der Geringverdienergrenze von 325 €, so erfolgt ein Abzug des Arbeitnehmerbeitrags zur Sozialversicherung, andernfalls muss der Ausbildungsbetrieb die gesamten Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) übernehmen. Gegebenenfalls erfolgt auch noch ein Lohnsteuerabzug von der Ausbildungsvergütung.

Schaubild A7.1-2: Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2014 nach Ausbildungsbereichen



Nach Ausbildungsbereichen unterschied sich das Niveau der tariflichen Ausbildungsvergütungen 2014 erheblich. In den alten Ländern wurde in Industrie und Handel mit 871 € pro Monat ein hoher Durchschnittswert erreicht, ebenso im öffentlichen Dienst mit 860 €. Der Vergütungsanstieg fiel 2014 allerdings in beiden Bereichen mit 3,8% bzw. 3,6% unterdurchschnittlich aus → **Schaubild A7.1-2**. Relativ niedrig lagen in den alten Ländern die durchschnittlichen Vergütungsbeträge im Handwerk (669 €), bei den freien Berufen (697 €) und in der Landwirtschaft (710 €). Die Steigerungsraten bewegten sich in diesen Bereichen jedoch über dem Durchschnitt, in der Landwirtschaft und bei den freien Berufen mit 7,9% bzw. 6,3% sogar deutlich. Noch größere Unterschiede im Vergütungsniveau der Ausbildungsbereiche gab es 2014 in den neuen Ländern: Hier war der Vergütungsdurchschnitt im öffentlichen Dienst mit 860 € am höchsten, gefolgt von Industrie und Handel mit 797 €. Erheblich niedriger fielen auch hier die Durchschnittswerte im Handwerk (572 €), in der Landwirtschaft (601 €) und bei den freien Berufen (669 €)

aus.²⁰⁵ In den neuen Ländern stiegen die Vergütungen in der Landwirtschaft mit 7,5% und im Handwerk mit 5,5% am stärksten, im öffentlichen Dienst mit 3,6% am wenigsten an. Bei den Durchschnittswerten für die Ausbildungsbereiche ist zu berücksichtigen, dass vor allem innerhalb von Industrie und Handel sowie Handwerk die Vergütungen der einzelnen Berufe stark differierten.

Insgesamt bestanden 2014 zwischen den Ausbildungsberufen beträchtliche Vergütungsunterschiede.²⁰⁶ In den alten Ländern waren in den Berufen des Bauhauptgewerbes (zum Beispiel Maurer/Maurerin) mit durchschnitt-

205 Für den Ausbildungsbereich der freien Berufe wurde 2014 in den alten Ländern ein etwas niedrigerer Vergütungsdurchschnitt als in den neuen Ländern ermittelt. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der Beruf „Zahnmedizinischer Fachangestellter/Zahnmedizinische Fachangestellte“, der in Westdeutschland eine geringere Vergütung als der Beruf „Medizinischer Fachangestellter/Medizinische Fachangestellte“ aufwies, in den neuen Ländern aufgrund fehlender tariflicher Vereinbarungen nicht einbezogen war.

206 Eine Gesamtübersicht mit den Ergebnissen für alle erfassten Ausbildungsberufe 2014 ist abrufbar unter http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dav_Gesamtuebersicht_Ausbildungsverguetungen_2014.pdf.

lich 1.030 € sehr hohe Ausbildungsvergütungen tariflich vereinbart, in den neuen Ländern fielen sie allerdings mit 834 € geringer aus. Sehr hoch lagen die tariflichen Vergütungsdurchschnitte beispielsweise auch in den Berufen Mechatroniker/Mechatronikerin (alte Länder: 964 €, neue Länder: 943 €), Kaufmann/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen (alte und neue Länder: 961 €) sowie Medientechnologe/Medientechnologin Druck (alte und neue Länder: 933 €). Eher niedrig waren die tariflichen Vergütungsdurchschnitte zum Beispiel in den Berufen Friseur/Friseurin (alte Länder: 474 €, neue Länder: 269 €), Bäcker/Bäckerin (alte und neue Länder: 570 €), Florist/Floristin (alte Länder: 572 €, neue Länder: 312 €) sowie Maler und Lackierer/Malerin und Lackiererin (alte und neue Länder: 583 €).

Die Auszubildenden verteilten sich 2014 wie folgt nach Höhe der berufsspezifischen Ausbildungsvergütungen: In den alten Ländern kamen 32% der Auszubildenden auf hohe monatliche Beträge von 900 € und mehr. Für 61% bewegten sich die Vergütungen zwischen 600 € und unter 900 €. Relativ gering waren die Beträge für 7% der Auszubildenden mit weniger als 600 €. In den neuen Ländern gab es für 22% der Auszubildenden eine Vergütung von 900 € und mehr. Für 49% der Auszubildenden lagen die Vergütungen zwischen 600 € und unter 900 €. 29% der Auszubildenden erhielten Vergütungen von weniger als 600 €.

Deutliche Vergütungsunterschiede gab es 2014 auch zwischen männlichen und weiblichen Auszubildenden. In den alten Ländern betrug der durchschnittliche Monatsbetrag für männliche Auszubildende 815 € und für weibliche 781 €. In den neuen Ländern kamen männliche Auszubildende auf 752 € und weibliche auf 708 €. Die abweichenden Vergütungsdurchschnitte resultierten ausschließlich aus der unterschiedlichen Verteilung von männlichen und weiblichen Auszubildenden auf die Berufe. In Berufen, in denen weit überwiegend junge Männer ausgebildet werden, waren die tariflichen Ausbildungsvergütungen teilweise sehr hoch. Umgekehrt waren in den Berufen, in denen sehr stark junge Frauen vertreten sind, häufiger relativ niedrige Vergütungen vereinbart.

Bei den bisherigen Angaben handelte es sich immer um Durchschnittswerte über die gesamte Ausbildungsdauer der Berufe. Für die einzelnen Ausbildungsjahre wur-

den 2014 folgende durchschnittlichen Monatsbeträge ermittelt: In den alten Ländern betragen sie im 1. Ausbildungsjahr 723 €, im 2. Jahr 799 €, im 3. Jahr 884 € und im 4. Jahr 903 €. In den neuen Ländern ergaben sich im 1. Ausbildungsjahr durchschnittlich 661 €, im 2. Jahr 737 €, im 3. Jahr 807 € und im 4. Jahr 865 € pro Monat.²⁰⁷

Der Vergütungsanstieg 2005 bis 2013 vor dem Hintergrund der Preissteigerung sowie der Lohn- und Gehaltsentwicklung

In den alten Ländern erhöhten sich die tariflichen Ausbildungsvergütungen von 2005 bis 2013 durchschnittlich um insgesamt 23,1% → **Tabelle A7.1-1**.²⁰⁸ In den neuen Ländern lag der entsprechende Gesamtanstieg bei 33,8%. Hierbei handelt es sich um die nominalen Vergütungssteigerungen. Der reale Zuwachs, d. h. der tatsächliche Zugewinn an Kaufkraft, ergibt sich erst nach Berücksichtigung der Preissteigerung. Hierfür wird der vom Statistischen Bundesamt ermittelte Verbraucherpreisindex (Gesamtindex für Deutschland) herangezogen. Danach stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland von 2005 bis 2013²⁰⁹ um insgesamt 14,3% an. In den alten Ländern betrug die reale Erhöhung der tariflichen Ausbildungsvergütungen in diesem Zeitraum somit lediglich 8,8%. In den neuen Ländern ist mit einem Plus von 19,5% ein deutlich stärkerer prozentualer Realanstieg festzustellen, allerdings basierend auf einem erheblich niedrigeren Ausgangsniveau als in den alten Ländern.

Inwieweit die Anhebung der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 2005 bis 2013 der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung entsprach, lässt sich anhand der vom Statistischen Bundesamt ermittelten Indizes der tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmer²¹⁰ beurteilen. In den alten Ländern war demnach der prozentuale Gesamtanstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen im betreffenden Zeitraum mit 23,1% höher als bei den Verdiensten der Arbeitnehmer mit 18,6%

²⁰⁷ Beim 4. Ausbildungsjahr ist zu beachten, dass in den Vergütungsdurchschnitt bei Weitem nicht alle erfassten Berufe eingingen, sondern nur diejenigen mit einer dreieinhalbjährigen Ausbildungsdauer.

²⁰⁸ Zur Langzeitentwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 1976 bis 2010 vgl. Beicht 2011.

²⁰⁹ Für 2014 lagen diese Angaben noch nicht vor.

²¹⁰ Für 2014 lagen diese Angaben ebenfalls noch nicht vor.

Tabelle A7.1-1: **Nominaler und realer Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen (AV) sowie nominaler Anstieg der Tarifverdienste von 2005 bis 2013**

Jahr	Durchschnittliche AV pro Monat in €	Gesamtanstieg seit 2005 in %				Anstieg gegenüber dem Vorjahr in %			
		nominaler Anstieg der AV	Preisanstieg ¹	realer Anstieg der AV	nominaler Anstieg der Tarifverdienste ²	nominaler Anstieg der AV	Preisanstieg ¹	realer Anstieg der AV	nominaler Anstieg der Tarifverdienste ²
Alte Länder									
2005	623								
2006	629	1,0	1,5	- 0,5	1,0	1,0	1,5	-0,5	1,0
2007	644	3,4	3,9	- 0,5	2,6	2,4	2,3	0,1	1,6
2008	657	5,5	6,6	- 1,1	6,0	2,0	2,6	-0,6	3,3
2009	679	9,0	6,9	2,1	9,0	3,3	0,3	3,0	2,8
2010	688	10,4	8,1	2,3	10,7	1,3	1,1	0,2	1,6
2011	708	13,6	10,4	3,2	12,4	2,9	2,1	0,8	1,5
2012	737	18,3	12,5	5,8	15,7	4,1	2,0	2,1	3,0
2013	767	23,1	14,3	8,8	18,6	4,1	1,5	2,6	2,5
Neue Länder									
2005	529								
2006	536	1,3	1,5	- 0,2	0,8	1,3	1,5	- 0,2	0,8
2007	551	4,2	3,9	0,3	2,1	2,8	2,3	0,5	1,3
2008	567	7,2	6,6	0,6	7,4	2,9	2,6	0,3	5,2
2009	595	12,5	6,9	5,6	10,6	4,9	0,3	4,6	3,0
2010	612	15,7	8,1	7,6	12,7	2,9	1,1	1,8	1,9
2011	642	21,4	10,4	11,0	14,4	4,9	2,1	2,8	1,5
2012	674	27,4	12,5	14,9	18,0	5,0	2,0	3,0	3,2
2013	708	33,8	14,3	19,5	20,8	5,0	1,5	3,5	2,5

¹ Basiert auf dem vom Statistischen Bundesamt ermittelten Verbraucherpreis-Gesamtindex.

² Basiert auf dem vom Statistischen Bundesamt ermittelten Index der tariflichen Monatsverdienste im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich ohne Sonderzahlungen.

Quelle: Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

→ **Tabelle A7.1-1.** Vor allem ab 2011 wurden hier die Ausbildungsvergütungen jährlich stärker als die Arbeitnehmerverdienste angehoben. In den neuen Ländern nahmen die tariflichen Vergütungen der Auszubildenden mit 33,8% erheblich stärker zu als die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmer mit 20,8%. Hier war in fast allen Jahren seit 2005 eine günstigere Entwicklung der Ausbildungsvergütungen festzustellen, die sich ab 2011 noch verstärkte.

(Ursula Beicht)

A7.2 Ausgaben der öffentlichen Hand für die berufliche Ausbildung

→ **Tabelle A7.2-1** dokumentiert die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für die berufliche Ausbildung von 2001 bis 2014. Es finden alle Aufwendungen Berücksichtigung, welche verursachungsgerecht in Zusammenhang mit der Entwicklung, Verbesserung, Durchführung und Förderung von Ausbildungsgängen nach § 1 Abs. 1 und 2 BBiG stehen. Ausgaben, die zwar einen Bezug zur beruflichen Bildung aufweisen, aber nach dem Verursacherprinzip nicht eindeutig dem Berufsbildungssystem zugerechnet werden können, sind nicht enthalten. Dies betrifft z. B. die Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe des Bundesministeriums für Familie, Senioren und Jugend (BMFSFJ), die teilweise zwar den Übergang in den Arbeitsmarkt erleichtern sollen, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit so oder ähnlich auch durchgeführt würden, wenn ein Berufsbildungssystem nicht existierte.

Durch Kreuze wird in → **Tabelle A7.2-1** angegeben, ob eine Ausgabenposition eher durch die anerkannten Berufsausbildungen des dualen Systems (DS), durch die Maßnahmen des Übergangssystems (ÜS) und/oder durch das Schulberufssystem (SBS) verursacht wird. Die Einteilung ist allerdings nicht exakt; eine Position kann Ausgaben für einen oder mehrere Bereiche enthalten. Zudem existiert keine eindeutige definitorische Abgrenzung des ÜS.²¹¹ Weiterhin schließen einige Einzelpositionen Aufwendungen für Weiterbildung in teilweise beträchtlichem Umfang ein (vgl. **Kapitel B3.5**). Durch Summierung der entsprechend markierten Zeilen der Tabelle erhält man infolge dieser Abgrenzungsschwierigkeiten jeweils lediglich eine Obergrenze der öffentlichen Gesamtausgaben für die berufliche Ausbildung in DS, ÜS und SBS. Die tatsächlich den jeweiligen Sektoren zurechenbaren Ausgabenvolumina liegen vermutlich niedriger.

211 Die Elemente des Übergangsbereichs bilden nach Meinung vieler Experten und Expertinnen keine abgestimmte, zweckgebundene Einheit, sodass auch der Begriff „Übergangssystem“ umstritten ist. Die Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014, S. 100) versteht unter dem Übergangssektor alle Maßnahmen, die keinen vollqualifizierenden beruflichen Abschluss vermitteln, sondern auf die Aufnahme einer Ausbildung vorbereiten. Die Förderung der außerbetrieblichen Ausbildung wird in diesem Beitrag zu den durch das duale System verursachten Ausgaben gerechnet, da sie ein Substitut für die betriebliche Ausbildung darstellt und das duale System ergänzt.

Folgende weitere Hinweise sind bei der Interpretation der Tabelle sowie bei Vergleichen mit Vorjahren zu berücksichtigen:

Für die Bundesministerien sind alle Aufwendungen erfasst, die nach sachlichen Erwägungen der beruflichen Bildung zuzuordnen sind. Aufgrund des Funktionenplans werden sie in der Jahresrechnungsstatistik und im Bildungsfinanzbericht des Statistischen Bundesamtes zwar meist den Bereichen Weiterbildung und Arbeitsmarktpolitik zugerechnet. Faktisch dienen die in → **Tabelle A7.2-1** ausgewiesenen Positionen aber auch in signifikantem Umfang der Ausbildungsförderung. Sie sind an den Haushaltstiteln der Ministerien orientiert und fassen teilweise mehrere Förderprogramme und Maßnahmen zusammen.²¹² Da es regelmäßig zu Abgrenzungsänderungen kommt, kann die Entwicklung einzelner Haushaltstitel nur schwer im Zeitablauf interpretiert werden. Unterhaltsleistungen an berufliche Vollzeitschüler/-innen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) bilden die mit Abstand größte Ausgabenposition auf Bundesebene. Sie werden zu 100% als Zuschuss gewährt und bis Ende 2014 zu 65% vom Bund bzw. zu 35% von den Ländern getragen. Zu beachten ist, dass Darlehensrückzahlungen in → **Tabelle A7.2-1** noch nicht mit den BAföG-Leistungen verrechnet sind.

Die Ausgaben der Länder und Kommunen für berufliche Schulen (Teilzeit- und Vollzeitberufsschulen, Berufsaufbauschulen, Berufsfachschulen, Fachoberschulen, Berufsoberschulen, berufliche Gymnasien) sind der Jahresrechnungsstatistik des Statistischen Bundesamtes entnommen. Da die Belastung der öffentlichen Haushalte dargestellt werden soll, ist das Konzept der Grundmittel anzuwenden. Hier werden die Nettoausgaben mit den unmittelbaren Einnahmen der öffentlichen Hand verrechnet. Die vorläufigen Ist-Ausgaben im Jahr 2013 betragen gut 7,7 Mrd. €. ²¹³ Für das Jahr 2014 wurden in den öffentlichen Haushalten gut 7,6 Mrd. € veranschlagt. Seit wenigen Jahren sind die Ausgaben sowohl nominal als auch real rückläufig, wobei die Jahre 2010 und 2011 den Wendepunkt darstellen.

212 Detailliertere Informationen zu einzelnen Programmen oder Fördermaßnahmen, die einen Bezug zur beruflichen Ausbildung aufweisen, finden sich in **Kapitel D1**.

213 Dieser Wert beinhaltet auch die Fachschulen, die eher der Weiterbildung als der Ausbildung zuzurechnen sind (vgl. **Kapitel B3.5**). Zum Vergleich: Die in der Finanzstatistik für das Jahr 2013 ausgewiesenen Grundmittel für das gesamte Bildungswesen lagen bei ca. 116,3 Mrd. €, wobei es sich hierbei aber noch um vorläufige Ist-Angaben handelt (siehe Statistisches Bundesamt 2014g, S. 39).

Tabelle A7.2-1: Öffentliche Aufwendungen für die berufliche Ausbildung (Teil 1)

	2001	2010 ¹⁷	2011	2012	2013	2014	DS	SBS	üs	Enthält WB ¹⁸
	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €				
BMBF¹										
Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten ²	0,043	0,043	0,040	0,040	0,040	0,040	X		X	
Sonderprogramme des Bundes, der neuen Länder und Berlin zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern ³	0,095	0,032	0,016	0,006	0,001	0,002	X	X		
Schüler-BAföG für berufliche Vollzeitschüler (BFS, BAS, FS sowie FOS ohne BB) ⁴	0,148	0,253	0,301	0,311	0,309	k.A.		X	X	
Internationaler Austausch und Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung	0,007	0,010	0,011	0,012	0,013	0,011	X	X		X
Innovationen und Strukturentwicklung der beruflichen Bildung	k.A.	0,050	0,101	0,091	0,086	0,087	X	X	X	X
BIBB (Betrieb und Investitionen)	0,028	0,030	0,028	0,030	0,034	0,040	X	X	X	X
Begabtenförderung in der beruflichen Bildung ⁵	0,014	0,035	0,039	0,042	0,044	0,046				X
Sonderprogramm Lehrstellentwickler und Regionalverbände Berufsbildung in den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost)	0,021	-	-	-	-	-	X			
Zukunftsinitiative für Berufliche Schulen (ZIBS)	0,175	-	-	-	-	-	X	X		X
Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung	-	0,019	0,035	0,060	0,066	0,075			X	
BMWi¹										
Berufliche Bildung für den Mittelstand – Lehrlingsunterweisung ⁶	0,042	0,047	0,046	0,043	0,042	0,045	X			
Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen ⁷	-	0,003	-	0,003	0,003	0,003	X		X	
BMAS⁸										
spezielle Maßnahmen für Jüngere im Rechtskreis SGB II										
▶ Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Auszubildender	k.A.	0,378	0,331	0,222	0,169	0,137	X		X	
▶ Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung	k.A.	0,001	0,001	0,000	0,000	-			X	
▶ Einstiegsqualifizierung ⁹	k.A.	0,017	0,016	0,012	0,011	0,009			X	
Länder, Gemeinden, Zweckverbände¹⁰										
Berufliche Schulen ¹¹										
▶ Teilzeitberufsschule	3,080	3,079	3,030	2,995	2,921	2,852	X			
▶ Berufsfachschulen	1,848	2,355	2,307	2,274	2,175	2,119		X	X	
▶ Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr	0,515	0,454	0,438	0,439	0,424	0,411			X	
▶ Andere berufsbildende Schulen (außer Fachschulen)	0,865	1,404	1,462	1,527	1,537	1,555		X		
Schüler-BAföG für berufliche Vollzeitschüler (BFS, BAS sowie FOS ohne BB) ⁴	0,079	0,136	0,162	0,167	0,166	k.A.		X	X	
Ausbildungsprogramme der Länder ¹²										
▶ Westdeutschland ¹²	0,053	ca. 0,5	ca. 0,5	ca. 0,5	k.A.	ca. 0,6	X	X	X	
▶ Ostdeutschland	0,120						X	X	X	

Tabelle A7.2-1: Öffentliche Aufwendungen für die berufliche Ausbildung (Teil 2)

	2001	2010 ¹⁷	2011	2012	2013	2014	DS	SBS	üs	Enthält WB ¹⁸
	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €				
Bundesagentur für Arbeit⁸										
Berufsausbildungsbeihilfen (BAB, betriebliche Berufsausbildung, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen) einschließlich BAB-Zweitausbildung	0,405	0,579	0,540	0,454	0,390	0,356	X		X	
Lehrgangskosten für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	0,388	0,326	0,293	0,241	0,221	0,209			X	
Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher ¹³	0,811	0,672	0,587	0,493	0,416	0,342	X		X	
Ausbildungsbonus ¹⁴	–	0,036	0,032	0,021	0,012	0,001	X			
Einstiegsqualifizierung ⁹	–	0,055	0,049	0,039	0,031	0,028			X	
Maßnahmen zur vertieften Berufsorientierung ¹⁵	k.A.	0,066	0,061	0,059	0,005	0,036			X	
Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit	0,862	–	–	–	–	–			X	
Berufseinstiegsbegleitung für Jugendliche	–	0,055	0,060	0,053	0,066	0,078			X	
Förderung von Jugendwohnheimen ¹⁶	0,044	–	–	–	0,001	0,001	X	X	X	X

¹ Ist-Werte gemäß Haushaltsrechnungen des Bundes. Haushaltsansätze für 2014.

² Die Angaben enthalten die Ausgaben für Investitionen und laufende Zwecke.

³ Der Bund trägt 50% der Gesamtförderung von Bund und Ländern.

⁴ Förderung für Schüler an Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen und in Fachoberschulklassen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen. Ist-Werte für alle angegebenen Kalenderjahre gemäß BAföG-Statistik des Statistischen Bundesamtes ohne Verrechnung von Darlehensrückzahlungen. Die Angaben wurden zu 65% dem Bund und zu 35% den Ländern zugerechnet. Bis zum Datenreport 2012 wurde der Länderanteil nicht separat ausgewiesen. Rückwirkende Änderung: Ab 2011 sind Leistungen für Schüler in Fachschulklassen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen, berücksichtigt (Bruch der Reihe ab 2011).

⁵ Dem Zweck nach enthält diese Position eher Ausgaben für die berufliche Weiterbildung (Weiterbildungstipendium) und die Förderung akademischer Bildung (Aufstiegsstipendium).

⁶ Bis zum Jahr 2011 weist diese Tabellenzeile die im entfallenen Titel „Förderung von Lehrgängen der überbetrieblichen beruflichen Bildung im Handwerk“ zusammengefassten Ausgaben des BMWi aus.

⁷ Die Programmausgaben werden seit 2012 nicht mehr in einem eigenen Titel ausgewiesen, sondern sind in den Titel „Fachkräftesicherung für kleine und mittlere Unternehmen“ integriert.

⁸ Ist-Ausgaben für das jeweilige Haushaltsjahr.

⁹ Seit 1. Oktober 2008 als Regelleistung im Rahmen des SGB III. Vorher als Sonderprogramm aus dem BMAS-Haushalt finanziert.

¹⁰ Ist-Werte für 2001, 2010 und 2011. Vorläufige Ist-Werte für 2012 bis 2014.

¹¹ Grundlage für die Schätzung der Ausgaben in den Kalenderjahren 2001, 2010 bis 2013: Zahl der unterrichteten Stunden je Schulart in den im jeweiligen Kalenderjahr endenden und beginnenden Schuljahren sowie Ausgaben für die beruflichen Schulen. Grundlage der Schätzung für das Jahr 2014: Zahl der unterrichteten Stunden je Schulart im Schuljahr 2013/2014 sowie Ausgaben für die beruflichen Schulen im Kalenderjahr 2014. Bis zum Datenreport 2014 erfolgte die Schätzung auf Basis von Schülertagen. Ab sofort werden jedoch auch rückwirkend nur noch die auf Basis von Unterrichtsstunden geschätzten Werte ausgewiesen.

¹² Die ab dem Jahr 2010 ausgewiesenen Werte basieren auf einer BIBB-Erhebung, die Hinweise im Text sind zu beachten.

¹³ Bis zum Jahr 2013 beinhaltet dieser Position auch Ausgaben für die Benachteiligtenförderung behinderter Menschen (2013 rd. 0,013 Mio. €). Ab 2014 nicht mehr enthalten.

¹⁴ Entfallen seit dem 1. April 2012.

¹⁵ Voraussetzung für die Förderung ist gemäß § 33 SGB III die Beteiligung Dritter in Höhe von mindestens 50%. Zum Anteil öffentlicher und privater Mittel im Rahmen dieser Kofinanzierung liegen jedoch keine Zahlen vor.

¹⁶ Die institutionelle Förderung im Bereich der Aus- und Weiterbildung wurde 2009 abgeschafft. Seit April 2012 können jedoch wieder Leistungen für den Aufbau, die Erweiterung, den Umbau und die Ausstattung von Jugendwohnheimen erbracht werden.

¹⁷ Für Angaben zu den Jahren 2006 bis 2009 siehe Datenreporte 2012 und 2013.

¹⁸ Positionen, die in signifikantem Umfang auch Weiterbildungsausgaben enthalten, sind mit einem Kreuz gekennzeichnet.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Bundeshaushaltspläne

Bundesministerium der Finanzen, Haushaltsrechnung des Bundes

Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2 – Berufliche Schulen

Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 7 – BAföG

Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.1 – Rechnungserg GesamTHH

Bundesagentur für Arbeit, Quartalsberichte

Bundesagentur für Arbeit, Monatliche Abrechnungsergebnisse (SGB II und SGB III)

Auskünfte des Statistischen Bundesamtes (Dezember 2014) und der Bundesagentur für Arbeit (November 2014)

BIBB-Datenreport 2015

In den Ausgaben spiegeln sich mit etwa dreijähriger Verzögerung die zurückgehenden Schülerzahlen wider. Von 2010 bis 2013 sanken die öffentlichen Ausgaben nominal um 2,0%. In den Pro-Kopf-Ausgaben je Schüler/-in an beruflichen Schulen (inkl. Fachschulen) ist allerdings ein Anstieg um 4,6% auf 4.959 € zu verzeichnen.²¹⁴ Dies ändert sich in der realen Betrachtung: Bezogen auf den vom Statistischen Bundesamt ermittelten Verbraucherpreisindex für Deutschland beträgt der Rückgang der Gesamtausgaben 7,2%; und auch die Pro-Kopf-Ausgaben sanken, wenn auch nur um 1,1%. Zieht man die Zahl der unterrichteten Stunden je Schulart im Ausbildungsjahr 2013/2014 als Verteilungsschlüssel heran, so entfallen geschätzte 2,9 Mrd. € von den für das Jahr 2014 eingestellten Haushaltsmitteln auf die Teilzeitberufsschulen. Mit den verbleibenden 4,0 Mrd. € werden weitere Schularten im beruflichen Bildungswesen finanziert, wie z. B. Berufsfachschulen, Fachgymnasien, Fachoberschulen, das Berufsvorbereitungsjahr und das Berufsgrundbildungsjahr.

Die landeseigenen Ausbildungsförderungsprogramme können nicht genau quantifiziert werden. Wie die Bundesprogramme werden sie in der Jahresrechnungsstatistik möglicherweise größtenteils zum Bereich der Weiterbildung oder der Arbeitsmarktpolitik gezählt. Einen Überblick über die Förderprogramme zur Berufsausbildung sowie Informationen zu Fördergegenstand, -berechtigten und -bedingungen gibt → [Kapitel D1.2](#). Die Fördermittel in den einzelnen Programmen wurden durch eine vom BIBB beauftragte Erhebung bei den zuständigen Ministerien für das Jahr 2013 ermittelt. Das gesamte Volumen kann allerdings nur sehr grob abgeschätzt werden. Einerseits liegen nicht für alle Programme Informationen vor. Andererseits sind auch Programme erfasst, die zwar einen Bezug zur Berufsbildung aufweisen, aber nicht ursächlich durch das Berufsausbildungssystem bedingt sein müssen. Das Fördervolumen der Länder im Jahr 2013 lag bei ungefähr 0,6 Mrd. €. Hierin dürften auch Mittel des Europäischen Sozialfonds enthalten sein.²¹⁵

Die berufsbildungsbezogenen Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) betreffen neben der Berufsausbildung

auch Berufsorientierung und -vorbereitung (vgl. [Kapitel D1.1](#)). Nicht berücksichtigt ist in → [Tabelle A7.2-1](#) die Förderung der Integration an der zweiten Schwelle, welche eine beschäftigungspolitische Maßnahme darstellt. Ein Großteil der BA-Mittel dient der Unterstützung besonders benachteiligter Auszubildender (und hier wiederum der außerbetrieblichen Ausbildung) (vgl. [Kapitel D1.1](#)).

Nicht in → [Tabelle A7.2-1](#) berücksichtigt sind die Leistungen der BA für Menschen mit Behinderung (vgl. [Kapitel D1.1](#)). Sie stehen zwar teilweise im Zusammenhang mit Ausbildungsaktivitäten, dürften aber zum größten Teil nicht ursächlich dem Berufsausbildungssystem zuzurechnen sein. Gleiches gilt für die Leistungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) für Menschen mit Behinderung im Rechtskreis SGB II sowie für das ab 2014 geltende BMAS-Programm zur intensivierten Eingliederung und Beratung von schwerbehinderten Menschen.

Änderungen im Instrumentarium der BA ergaben sich durch die am 1. April 2012 in Kraft getretene Instrumentenreform. So ist z. B. nun wieder die institutionelle Förderung von Jugendwohnheimen möglich. Entfallen ist hingegen der Ausbildungsbonus (weitere Details siehe Pressemitteilung 012/2012 der BA zur Instrumentenreform).

Der Finanzierungsbeitrag der öffentlichen Hand wird durch den Beitrag der ausbildenden Betriebe in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst ergänzt. Deren Aufwendungen werden traditionell durch das BIBB geschätzt. Nach Berechnungen, welche auf einer repräsentativen Erhebung für das Ausbildungsjahr 2012/2013 basieren (vgl. [Kapitel A7.3](#)), betragen die Bruttokosten, d. h. die Ausbildungskosten, ohne Berücksichtigung der Ausbildungserträge rd. 25,6 Mrd. €. Die Nettokosten der Betriebe für die Ausbildung im dualen System lagen bei rd. 7,7 Mrd. €. Dabei ist zu bedenken, dass die Betriebe neben den gemessenen Ausbildungserträgen noch weiteren Nutzen generieren können, der allerdings schwer zu quantifizieren ist, z. B. durch die Einsparung von Personalgewinnungskosten oder durch einen mit dem Ausbildungsengagement einhergehenden Imagegewinn. Im Vergleich zur letzten Erhebung für das Jahr 2007 sind die Brutto- und Nettokosten um jeweils etwa 2 Mrd. € gestiegen (vgl. Schönfeld u. a. 2010). Teilweise kann dies durch methodische Änderungen und die allgemeine Preisentwicklung erklärt werden (vgl. [Kapitel A7.3](#)).

(Normann Müller)

²¹⁴ Diese Rechnung basiert jeweils auf den gewichteten Schülerzahlen aus beiden für das jeweilige Kalenderjahr relevanten Ausbildungsjahren (vgl. auch die entsprechende Fußnote in → [Tabelle A7.2-1](#)). Zudem wurden die Teilzeitschülerzahlen in Vollzeitäquivalente umgerechnet.

²¹⁵ Vgl. auch die in [Kapitel B3.5](#) beschriebene Problematik bei der Berücksichtigung von ESF-Mitteln.

A7.3 Kosten und Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung – Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Erhebung 2012/2013

Die betriebliche Berufsausbildung hat in Deutschland einen hohen Stellenwert und leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Betriebe. Trotz eines starken Anstiegs der Studierendenzahlen in den letzten Jahren wird sie weiterhin von einem großen Teil der jungen Menschen für den Einstieg in den Arbeitsmarkt genutzt (vgl. Kapitel A4.5). Die Durchführung einer qualitativ hochwertigen Ausbildung ist zunächst mit Kosten für die Betriebe verbunden, denen aber auch ein Nutzen gegenübersteht. Bereits während der Ausbildung erwirtschaften die Auszubildenden durch ihren produktiven Arbeitseinsatz einen Ertrag. Mittel- und langfristig können die Betriebe bei Übernahme ihrer Auszubildenden weiteren Nutzen generieren, z. B. durch die Einsparung von Kosten, die bei einer Rekrutierung von Fachkräften vom externen Arbeitsmarkt anfallen würden, oder durch die Unabhängigkeit von Entwicklungen auf dem externen Arbeitsmarkt. Auch Ausfallkosten aufgrund unbesetzter Fachkräftestellen können vermieden werden.

Unterstellt man den Betrieben ein (ökonomisch) rationales Verhalten, sollte bei ausbildenden Betrieben der Gesamtnutzen der Ausbildung die Kosten übersteigen, bei nicht ausbildenden Betrieben sollten jedoch die potenziellen Kosten höher als der Nutzen sein. Das BIBB hat seit 1980 in mehreren Erhebungen das Kosten-Nutzen-Verhältnis der betrieblichen Ausbildung untersucht, zuletzt für das Ausbildungsjahr 2012/2013 **E**.

E Befragung zu Kosten und Nutzen der Ausbildung, Rekrutierung und Weiterbildung von Fachkräften 2012/2013 (BIBB-CBS [Cost-Benefit-Survey] 2012/2013)

Das BIBB hat in insgesamt 5 Erhebungen (für die Jahre 1980, 1991, 2000, 2007 und das Ausbildungsjahr 2012/2013) die Kosten und den Nutzen der dualen Berufsausbildung für Betriebe ermittelt. Die konzeptionelle Grundlage, auf der alle nachfolgenden Untersuchungen aufbauten, lieferte die Sachverständigenkommission Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung in den frühen 1970er-Jahren (vgl.

Sachverständigenkommission Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung 1974).

In der Erhebung 2012/2013 wurden Personal- und Ausbildungsverantwortliche in 3.032 ausbildenden Betrieben aller Branchen und Betriebsgrößenklassen in persönlichen Interviews befragt. Themen waren, neben den Kosten und dem Nutzen der Ausbildung und allgemeinen Angaben zum Betrieb, die Ausgaben für die Personalgewinnung von Fachkräften vom externen Arbeitsmarkt, die Übernahme von Auszubildenden und die Weiterbildung der im Betrieb beschäftigten Fachkräfte.

Die Basis für die empirische Untersuchung bildete eine Bruttostichprobe von 45.481 Betrieben, die aus der Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit zum Stichtag 31. März 2012 gezogen wurde. Neben den Ausbildungsbetrieben wurden 913 nicht ausbildende Betriebe befragt, denen die Fragen zu den Ausbildungskosten nicht gestellt wurden. 24.000 Adressen wurden eingesetzt, um die gewünschte Anzahl an Interviews zu realisieren. Geschichtet wurde nach Ausbildungsbetrieb (ja/nein), Region (Gemeinden) und Betriebsgrößenklassen.

Bruttokosten, Erträge und Nettokosten der Ausbildung

Die Ausbildungskosten und -erträge wurden in den Betrieben in detaillierter Form für jeweils einen bestimmten Ausbildungsberuf im dualen System, der nach den Regeln des Berufsbildungsgesetzes bzw. der Handwerksordnung ausgebildet wird, erfasst. Bildete ein Ausbildungsbetrieb in mehreren Berufen aus, wurde dieser Beruf aus den bis zu 6 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen – bei gleicher Ziehungswahrscheinlichkeit – zufällig ausgewählt. Die verschiedenen Kostenwerte wurden jeweils für einen Auszubildenden/eine Auszubildende im Ausbildungsjahr 2012/2013 berechnet. Insgesamt wurden 11.206 Auszubildende aus den 3.032 Ausbildungsbetrieben einbezogen. Um für Deutschland repräsentative Ergebnisse zu erhalten, wurde für jeden Auszubildenden/ jede Auszubildende (maximal jedoch 10 Auszubildende pro Betrieb und Ausbildungsjahr) ein Gewicht entsprechend der Randverteilung der Auszubildenden nach Ausbildungsjahr, Betriebsgrößenklasse und Ausbildungsbereich bestimmt. Alle nachfolgend dargestellten Werte sind Durchschnittswerte, für die eine hohe Varianz zwischen den Betrieben zu beobachten ist.

Im Ausbildungsjahr 2012/2013 entstanden den Betrieben Bruttokosten **E** in Höhe von 17.933 € pro Auszubildenden/Auszubildende und Jahr → [Tabelle A7.3-1](#). Mit 11.018 € entfallen 62% der Bruttokosten auf die Personalkosten der Auszubildenden (vgl. zur Entwicklung der Ausbildungsvergütungen [Kapitel A7.1](#)). Die Personalkosten des Ausbildungspersonals machen mit 4.125 € 23% der Bruttokosten aus. Anlage- und Sachkosten fallen mit einem Anteil von 5% an den Bruttokosten und einer Höhe von 925 € weniger ins Gewicht. An sonstigen Kosten entstanden dem Betrieb im Durchschnitt eines Ausbildungsjahres 1.866 €. Dies entspricht 10% der Bruttokosten.

E Bruttokosten der Ausbildung

Die Bruttokosten umfassen alle Sach- und Personalkosten, die ein Betrieb für die Ausbildung aufbringt. Sie werden in 4 Kostenarten unterteilt:

- ▶ Personalkosten der Auszubildenden: Bruttoausbildungsvergütungen der Auszubildenden zuzüglich der gesetzlichen, tariflichen und freiwilligen Sozialleistungen.
- ▶ Personalkosten des Ausbildungspersonals: Bei internem Ausbildungspersonal wird der Bruttolohn zuzüglich der gesetzlichen, tariflichen und freiwilligen Sozialleistungen entsprechend dem Zeitaufwand für Ausbildungsaufgaben berücksichtigt. Zeiten, in denen das Ausbildungspersonal zwar ausbildet, aber nicht in der Produktivität der eigentlichen Aufgaben gemindert ist, werden dabei nicht einbezogen. Bei externem Ausbildungspersonal werden die Kosten für Honorare, Reisen und Übernachtungen erfasst.
- ▶ Anlage- und Sachkosten: Anschaffungskosten für die Werkzeug- und Geräteausstattung der Auszubildenden, Kosten für die Lehrwerkstatt und den innerbetrieblichen Unterricht und Kosten für Verbrauchsmaterialien, die für Übungszwecke verwendet werden.
- ▶ Sonstige Kosten: Kammergebühren, Kosten für Lehr- und Lernmaterialien, für Berufs- und Schutzkleidung, für externe Kurse, für die Ausbildungsverwaltung und die Rekrutierung der Auszubildenden.

Die Bruttokosten sind in Westdeutschland knapp 2.600 € höher als in Ostdeutschland. Auch bei den einzelnen Kostenarten werden für Westdeutschland höhere Werte ausgewiesen mit Ausnahme der sonstigen Kosten, die in Ostdeutschland leicht höher sind und mit 14% (zu 10%

in Westdeutschland) auch einen größeren Prozentsatz der Bruttokosten ausmachen. Die Unterschiede bei den Personalkosten für Auszubildende und Ausbilder/-innen hängen mit den niedrigeren Löhnen in Ostdeutschland zusammen.

Mit über 19.500 € sind die Bruttokosten in den Ausbildungsbereichen Industrie und Handel und öffentlicher Dienst deutlich höher als in den anderen Ausbildungsbereichen, in denen die Betriebe pro Jahr zwischen 14.043 € (Landwirtschaft) und 16.474 € (freie Berufe) für die Ausbildung aufwenden. Im Ausbildungsbereich öffentlicher Dienst werden mit Abstand die höchsten Ausbildungsvergütungen gezahlt. Auch im Bereich Industrie und Handel liegen sie über dem nationalen Durchschnittswert, im Handwerk sind sie am niedrigsten. Überdurchschnittlich hoch sind die Personalkosten für das Ausbildungspersonal im Ausbildungsbereich Industrie und Handel sowie den freien Berufen, in den anderen Bereichen hingegen sind sie unterdurchschnittlich. Mit knapp 2.200 € sind sie in der Landwirtschaft besonders niedrig. Zum einen ist hier die durchschnittliche Stundenzahl, die sich die Ausbilder/-innen mit den Auszubildenden beschäftigen, niedriger als in den anderen Ausbildungsbereichen, zum anderen werden geringere Löhne gezahlt. Anlage- und Sachkosten fallen in den Ausbildungsbereichen öffentlicher Dienst, freie Berufe und Hauswirtschaft mit einem Anteil an den Bruttokosten von 2% oder weniger kaum an.

Die Bruttokosten der Ausbildung nehmen mit der Betriebsgröße zu. Dies trifft auch auf die Personalkosten der Auszubildenden zu, allerdings nicht auf die Personalkosten des Ausbildungspersonals. Diese sind in kleinen Betrieben mit 1 bis 9 Beschäftigten am höchsten, in Betrieben mit 50 bis 499 Beschäftigten am niedrigsten. Während die Löhne im Durchschnitt mit der Betriebsgröße steigen, nimmt die durchschnittliche Stundenzahl, die das Ausbildungspersonal pro Auszubildenden für die Ausbildung aufbringt, mit der Betriebsgröße ab.

Die Auszubildenden sind während ihrer Ausbildung auch produktiv tätig. Sie erstellen Produkte und Dienstleistungen, die für den Betrieb einen monetär bewertbaren Ertrag **E** bringen. Insgesamt ergaben sich im Ausbildungsjahr 2012/2013 pro Auszubildenden/Auszubildende Erträge durch die produktiven Leistungen in Höhe von 12.535 € → [Tabelle A7.3-2](#). Die Hälfte

Tabelle A7.3-1: Aufteilung der Bruttokosten nach Kostenarten pro Auszubildenden im Ausbildungsjahr 2012/2013 nach verschiedenen Merkmalen (in € und % der Bruttokosten)

	Bruttokosten in €	Personalkosten der Auszubildenden		Personalkosten des Ausbildungspersonals		Anlage- und Sachkosten		Sonstige Kosten		Un-gewichtete Fallzahl
		in €	in % der Bruttokosten	in €	in % der Bruttokosten	in €	in % der Bruttokosten	in €	in % der Bruttokosten	
Insgesamt	17.933	11.018	62	4.125	23	925	5	1.866	10	11.206
Region										
Westdeutschland	18.309	11.296	62	4.242	23	953	5	1.818	10	9.171
Ostdeutschland	15.726	9.382	60	3.441	22	759	5	2.144	14	2.035
Ausbildungsbereich										
Industrie und Handel	19.535	11.952	61	4.470	23	1.186	6	1.927	10	7.319
Handwerk	15.187	9.018	59	3.553	23	688	5	1.929	13	1.992
Öffentlicher Dienst	19.801	13.495	68	3.667	19	400	2	2.239	11	1.052
Landwirtschaft	14.043	9.753	69	2.198	16	419	3	1.673	12	238
Freie Berufe	16.474	10.791	66	4.352	26	174	1	1.158	7	550
Hauswirtschaft ¹	15.329	10.207	67	3.756	24	162	1	1.205	8	55
Betriebsgrößenklasse										
1-9 Beschäftigte	15.911	9.017	57	4.829	30	438	3	1.626	10	1.008
10-49 Beschäftigte	16.452	10.127	62	4.071	25	539	3	1.716	10	2.551
50-499 Beschäftigte	18.111	11.513	64	3.575	20	1.000	6	2.023	11	4.468
500 und mehr Beschäftigte	21.757	13.329	61	4.600	21	1.822	8	2.005	9	3.179

Aufgrund von Rundungen ergibt die Summe nicht immer 100%.

¹ Eingeschränkter Aussagewert aufgrund der geringen Fallzahl

Quelle: BIBB-CBS 2012/2013

BIBB-Datenreport 2015

der Erträge (6.210 €) wird durch einfache Tätigkeiten am Arbeitsplatz erwirtschaftet, 47% (5.875 €) durch Fachkräftetätigkeiten. Rund ein Fünftel der Auszubildenden werden in einer Lehrwerkstatt ausgebildet. Die dort anfallenden Erträge machen 2% (209 €) der gesamten Erträge aus. 12% der Betriebe erhalten Zuschüsse aus Förderprogrammen von Bund, Ländern, dem Europäischen Sozialfonds, der Bundesagentur für Arbeit oder Berufs- und Branchenverbänden. Pro Auszubildenden/Auszubildende ergeben sich hierdurch im Durchschnitt Einnahmen von 241 €.

E Erträge der Ausbildung

Die Erträge am Arbeitsplatz und in der Lehrwerkstatt werden mittels des Äquivalenzprinzips errechnet, d. h., die Erträge entsprechen den Kosten, die einem Betrieb entstehen würden, wenn die Tätigkeiten des/der Auszubildenden von normalen Beschäftigten durchgeführt worden wären. Dabei wird zwischen den folgenden Ertragsarten unterschieden:

- ▶ Erträge durch einfache produktive Tätigkeiten, die ersatzweise auch von un- und angeleiteten Arbeitskräften durchgeführt werden können. Die Zeiten, die für

diese Aufgaben aufgewendet werden, werden mit den durchschnittlichen Lohnkosten für Un- und Angelernte im Betrieb bewertet.

- ▶ Erträge durch Fachkräftetätigkeiten, die normalerweise von Fachkräften durchgeführt werden. Die Zeiteile werden mit Fachkräftelöhnen bewertet. Da die Auszubildenden diese Tätigkeiten unter Umständen noch nicht auf dem Niveau einer ausgebildeten Fachkraft ausführen können, wird zusätzlich der Leistungsgrad im Vergleich zu einer durchschnittlichen Fachkraft im Ausbildungsberuf im Betrieb berücksichtigt. Beträgt der Leistungsgrad z. B. 50%, werden von jeder Stunde nur 30 Minuten in die Bewertung einbezogen.
- ▶ Erträge in der Lehrwerkstatt. Die dort produktiv verbrachten Zeiten werden mit Fachkräftelöhnen unter Berücksichtigung des Leistungsgrads der Auszubildenden bei der Ausübung von Fachkräftetätigkeiten bewertet.

Zuschüsse aus Förderprogrammen von Bund, Ländern, dem Europäischen Sozialfonds, der Bundesagentur für Arbeit oder Berufs- und Branchenverbänden werden ebenfalls zu den Erträgen der Ausbildung gerechnet.

Tabelle A7.3-2: **Aufteilung der Erträge nach Ertragsarten pro Auszubildenden im Ausbildungsjahr 2012/2013 nach verschiedenen Merkmalen (in € und % der Erträge)**

	Erträge in €	Erträge durch einfache Tätigkeiten		Erträge durch Fachkräftetätigkeiten		Erträge in der Lehrwerkstatt		Mittel aus Förderprogrammen		Un- gewichtete Fallzahl
		in €	in % der Erträge	in €	in % der Erträge	in €	in % der Erträge	in €	in % der Erträge	
Insgesamt	12.535	6.210	50	5.875	47	209	2	241	2	11.206
Region										
Westdeutschland	13.067	6.469	50	6.118	47	228	2	252	2	9.171
Ostdeutschland	9.412	4.689	50	4.445	47	98	1	180	2	2.035
Ausbildungsbereich										
Industrie und Handel	13.389	6.243	47	6.715	50	220	2	211	2	7.319
Handwerk	10.798	6.199	57	4.015	37	269	2	314	3	1.992
Öffentlicher Dienst	11.768	4.719	40	6.852	58	46	0	152	1	1.052
Landwirtschaft	12.750	6.910	54	5.559	44	102	1	180	1	238
Freie Berufe	12.769	6.330	50	6.206	49	0	0	233	2	550
Hauswirtschaft ¹	8.945	5.286	59	3.001	34	95	1	563	6	55
Betriebsgrößenklasse										
1–9 Beschäftigte	10.807	5.390	50	5.005	46	182	2	230	2	1.008
10–49 Beschäftigte	12.199	6.226	51	5.647	46	117	1	208	2	2.551
50–499 Beschäftigte	12.720	6.417	50	5.789	46	151	1	363	3	4.468
500 und mehr Beschäftigte	14.403	6.603	46	7.259	50	487	3	54	0	3.179

Aufgrund von Rundungen ergibt die Summe nicht immer 100%.

¹ Eingeschränkter Aussagewert aufgrund der geringen Fallzahl

Quelle: BIBB-CBS 2012/2013

BIBB-Datenreport 2015

Wie die Bruttokosten sind auch die Erträge in Westdeutschland wesentlich höher als in Ostdeutschland. Die Verteilung auf die einzelnen Ertragsarten unterscheidet sich jedoch nicht. Hohe Erträge von mehr als 12.700 € werden in den Ausbildungsbereichen Industrie und Handel, freie Berufe und Landwirtschaft erzielt, deutlich niedrigere im Handwerk und in der Hauswirtschaft. Differenziert nach Ertragsarten fällt auf, dass im öffentlichen Dienst ein besonders hoher Anteil der Erträge durch Fachkräftetätigkeiten erwirtschaftet wird, im Handwerk und der Hauswirtschaft jedoch vor allem durch einfache Tätigkeiten. Für die Höhe der Erträge sind neben dem Zeitanteil, der auf die einzelnen Tätigkeiten entfällt, auch das allgemeine Lohnniveau und der Leistungsgrad bei der Ausübung der Fachkräftetätigkeiten von Bedeutung. Im Handwerk (39 Tage) und der Hauswirtschaft (30 Tage) verbringen die Auszubildenden deutlich weniger Zeit am Arbeitsplatz mit schwierigeren Tätigkeiten als in den anderen Ausbildungsbereichen (dort zwischen 50 und 59 Tagen). In der Hauswirtschaft spielen die Einnahmen aus Förderprogrammen mit einem Anteil von 6% an den gesamten Erträgen eine größere Rolle als in den anderen Ausbildungsbereichen. Die Gesamterträge steigen mit der Betriebsgröße an. Dies trifft sowohl auf die Erträge durch

einfache als auch auf die Erträge durch schwierigere Tätigkeiten zu.

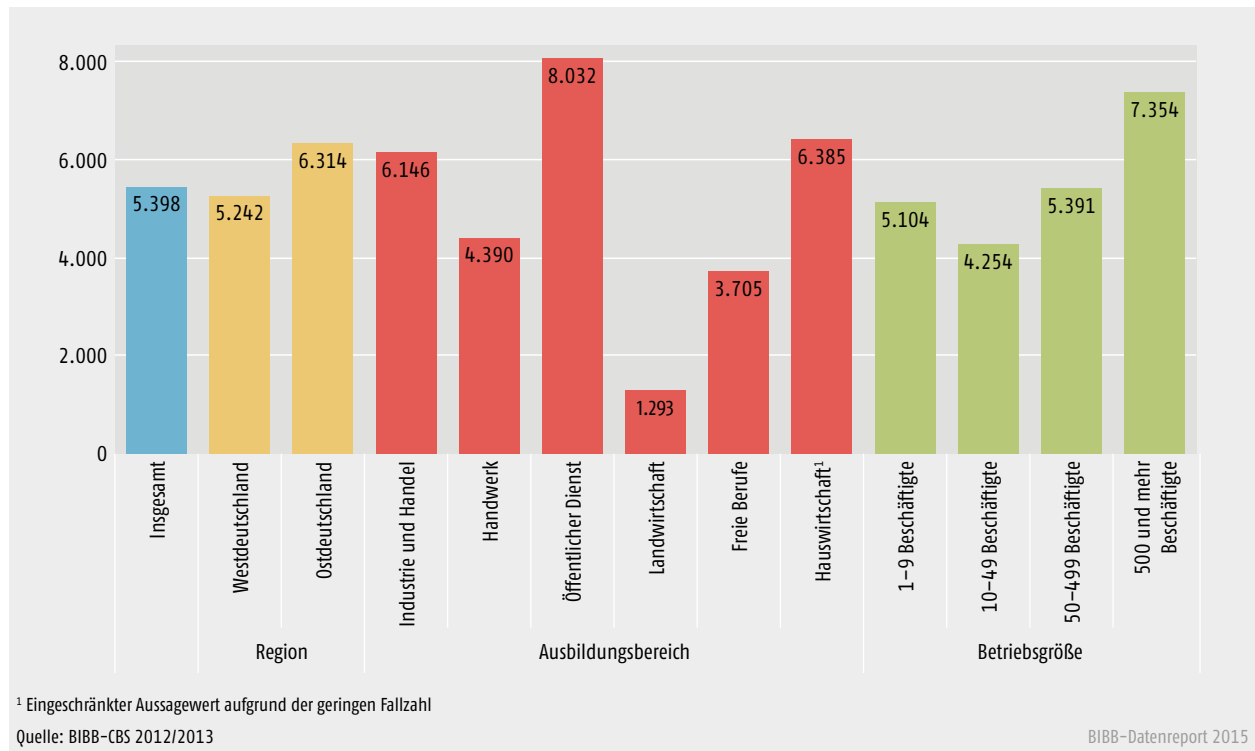
Die Auszubildenden leisten einen nicht unerheblichen Beitrag zur Produktion und den Dienstleistungen des Betriebs. Diese produktiven Leistungen senken die Kosten für den Betrieb und werden deshalb als Ausbildungserträge von den Bruttokosten abgezogen. Die so ermittelten Nettokosten **E** der Ausbildung geben die tatsächliche Investition in die Ausbildung wieder. Diese hängt also nicht nur von der Höhe der Kosten ab, sondern ebenso vom Umfang des produktiven Einsatzes der Auszubildenden. Im Ausbildungsjahr 2012/2013 betragen die Nettokosten der Ausbildung 5.398 € pro Auszubildenden → **Schaubild A7.3-1**.

E Nettokosten der Ausbildung

Zur Ermittlung der Nettokosten der Ausbildung werden die Erträge von den Bruttokosten abgezogen.

Die Nettokosten streuen breit über die befragten Betriebe hinweg. Knapp 30% der Auszubildenden erwirtschaften

Schaubild A7.3-1: Nettokosten pro Auszubildenden im Ausbildungsjahr 2012/2013 nach verschiedenen Merkmalen (in €)



bereits während der Ausbildung Nettoerträge für ihren Betrieb, d. h., die Erträge aus den produktiven Leistungen übersteigen bei diesen Auszubildenden die Bruttokosten. Auf der anderen Seite werden für etwa 25% der Auszubildenden Kosten von mehr als 10.000 € aufgewendet.

In Ostdeutschland sind die Nettokosten der Ausbildung etwa 20% höher als in Westdeutschland. Die Bruttokosten sind in Ostdeutschland zwar niedriger, die Erträge sind allerdings ebenfalls deutlich niedriger. Der Ausbildungsbereich öffentlicher Dienst hat mit 8.032 € die höchsten Nettokosten zu tragen. Hier fallen die höchsten Bruttokosten an, während die Erträge leicht unterdurchschnittlich sind. Mit über 6.000 € sind die Nettokosten in den Ausbildungsbereichen Hauswirtschaft und Industrie und Handel ebenfalls recht hoch. Deutlich geringere Nettokosten ergeben sich im Handwerk (4.390 €), in den freien Berufen (3.705 €) und insbesondere in der Landwirtschaft (1.293 €). Mit Abstand die höchsten Nettokosten haben die Großbetriebe mit 500 und mehr Beschäftigten zu tragen, die geringsten Nettokosten die Betriebe mit 10 bis 49 Beschäftigten. Knapp unter dem Gesamtdurchschnitt liegen die Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten.

Große Unterschiede bei Bruttokosten, Erträgen und Nettokosten gibt es zwischen den einzelnen Ausbildungsjahren und zwischen Berufen unterschiedlicher Ausbildungsdauer → [Tabelle A7.3-3](#). Die jährlichen Bruttokosten sind in den dreieinhalbjährigen Berufen am höchsten, die Erträge hingegen am niedrigsten. Daher sind auch die Nettokosten deutlich höher als in den zwei- und dreijährigen Berufen. Die Ausbildung in dreieinhalbjährigen Berufen, zu denen viele technische Berufe gehören, ist also besonders kostenintensiv. Dies hat verschiedene Gründe. Zunächst wird in den dreieinhalbjährigen Berufen ein besonders hoher Anteil der Auszubildenden in Lehrwerkstätten ausgebildet. Die Ausbildung in einer Lehrwerkstatt verteuert die Ausbildungskosten erheblich, da Unterhaltskosten für Maschinen und Räume anfallen und auch mehr Ausbildungspersonal benötigt wird. So sind die Nettokosten in Betrieben mit Lehrwerkstatt mit 12.942 € pro Jahr und Auszubildenden/Auszubildende fast viermal so hoch wie in Betrieben ohne Lehrwerkstatt (3.396 €). Außerdem werden Auszubildende in dreieinhalbjährigen Berufen seltener für produktive Tätigkeiten eingesetzt. Dies gilt sowohl für einfache als auch für schwierigere Tätigkeiten, vor allem in den ersten Ausbildungsjahren. Auch der Leistungsgrad, den die Auszubildenden bei den

Tabelle A7.3-3: **Bruttokosten, Erträge und Nettokosten pro Auszubildenden nach Ausbildungsjahren und Ausbildungsdauer im Ausbildungsjahr 2012/2013 (in €)**

Berufe	Ausbildungsjahr	Bruttokosten	Erträge	Nettokosten	Ungewichtete Fallzahl
Zweijährige Berufe	1. Ausbildungsjahr	15.823	10.561	5.262	132
	2. Ausbildungsjahr	17.713	12.358	5.355	160
	Insgesamt	16.970	11.652	5.318	292
Dreijährige Berufe	1. Ausbildungsjahr	16.827	11.367	5.460	3.040
	2. Ausbildungsjahr	17.686	13.757	3.928	2.933
	3. Ausbildungsjahr	18.528	16.564	1.963	2.670
	Insgesamt	17.666	13.853	3.814	8.643
Dreieinhalbjährige Berufe	1. Ausbildungsjahr	19.612	6.866	12.746	665
	2. Ausbildungsjahr	19.742	9.636	10.105	683
	3. Ausbildungsjahr	20.528	13.139	7.389	618
	4. Ausbildungsjahr ¹	12.700	7.594	5.106	305
	Insgesamt	18.636	9.543	9.093	2.271

¹ Zu beachten ist, dass das 4. Ausbildungsjahr lediglich ein halbes Jahr dauert.

Quelle: BIBB-CBS 2012/2013

BIBB-Datenreport 2015

Fachkräftetätigkeiten in Relation zu einer ausgebildeten Fachkraft erreichen, ist in den dreieinhalbjährigen Berufen in den ersten Ausbildungsjahren vergleichsweise niedrig. Auszubildende in diesen Berufen müssen zunächst in größerem Maße als bei zwei- und dreijährigen Berufen den Umgang mit Materialien und Maschinen erlernen, bevor sie produktiv eingesetzt werden können.

In den dreijährigen Berufen sind die Auszubildenden am produktivsten; sie erwirtschaften durchschnittlich Erträge in Höhe von fast 14.000 € pro Jahr. Wie bei den dreieinhalbjährigen Berufen steigen die Bruttokosten und Erträge im Verlauf der Ausbildung an, die Nettokosten sinken.²¹⁶ Bei den zweijährigen Berufen fällt auf, dass es keinen Rückgang der Nettokosten vom ersten zum zweiten Jahr gibt. Die Erträge steigen nur im selben Umfang wie die Bruttokosten, die Nettokosten liegen daher in beiden Jahren in etwa auf demselben Niveau.

Entwicklung der Kosten und Erträge der betrieblichen Ausbildung

Der Berechnung der bisher dargestellten Ergebnisse zu den Ausbildungskosten und -erträgen liegt ein Gewicht-

tungsmodell zugrunde, das von der Zahl der Auszubildenden ausgegangen ist. Alle nachfolgenden Ergebnisse zur Entwicklung der Kosten und Erträge, zum Nutzen der Ausbildung, zur Fachkräfterekrutierung und zur Übernahme von Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen werden jedoch mit Betriebsgewichten gewichtet. Hierfür werden die Randverteilungen der Betriebe (und nicht die der Auszubildenden) nach der Betriebsgrößenklasse, der Region, dem Wirtschaftszweig und der Ausbildungstätigkeit genutzt.

Im Folgenden werden die Ausbildungskosten und -erträge aus dem Ausbildungsjahr 2012/2013 mit denen der Vorgängererhebung, die im Jahr 2008 durchgeführt worden ist und Ergebnisse für das Jahr 2007 (vgl. Schönfeld u. a. 2010; BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A9.3) lieferte, deskriptiv verglichen **E**. In beiden Erhebungen wurden repräsentative Ergebnisse für Deutschland ermittelt.

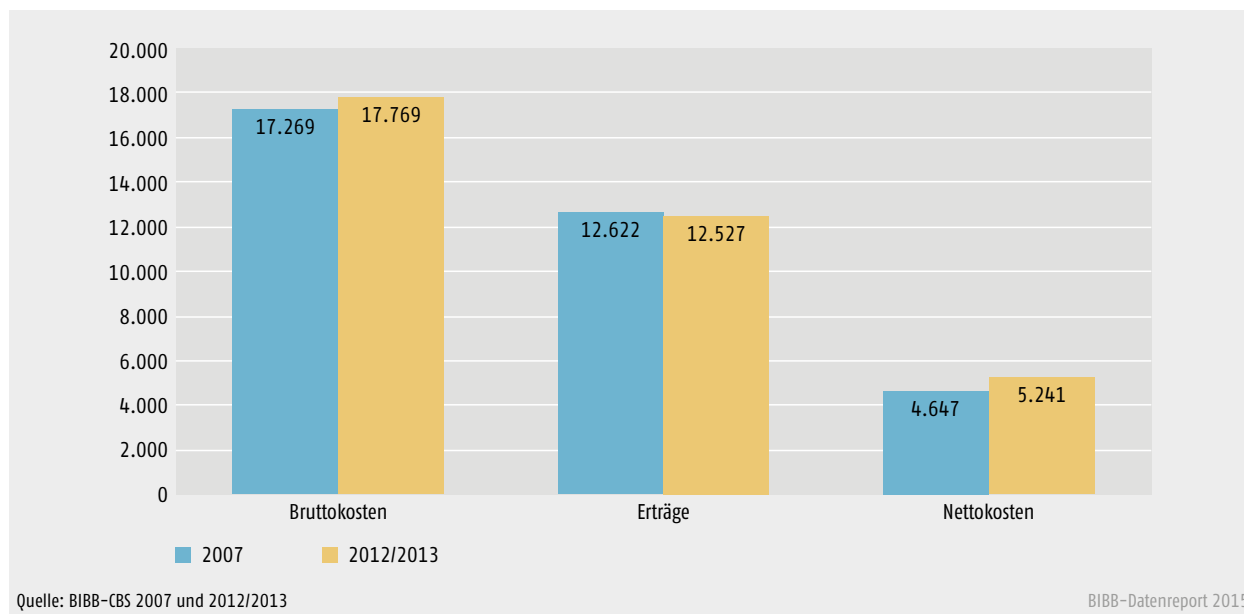


Methodische Erläuterungen zum Vergleich der Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Erhebungen 2007 und 2012/2013

Die Abfrage der Kosten und Erträge im Interview und die Berechnung der verschiedenen Kostenwerte blieben in den Erhebungen 2007 und 2012/2013 weitgehend unverändert. Umgestellt wurde jedoch die Methode der Stichprobenziehung. Im Jahr 2007 wurden nur Betriebe gezogen, die in einem der 51 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe

²¹⁶ Das 4. Ausbildungsjahr bei den dreieinhalbjährigen Berufen ist bei der Beurteilung der Entwicklung auszuklammern, da es nur ein halbes Jahr beträgt und die Ergebnisse nur schwer mit den vorhergehenden Ausbildungsjahren zu vergleichen sind. So fallen z. B. Prüfungsvorbereitungen stärker ins Gewicht.

Schaubild A7.3-2: **Bruttokosten, Erträge und Nettokosten pro Auszubildenden und Jahr in 51 ausgewählten Berufen 2007 und 2012/2013 (in € in Preisen von 2012)**



auszubildeten. Die Stichprobe der Erhebung 2012/2013 enthielt stattdessen alle Betriebe, die in einem Ausbildungsberuf gemäß dem Berufsbildungsgesetz bzw. der Handwerksordnung auszubildeten. Da die Kosten und der Nutzen der Ausbildung immer für einen bestimmten Beruf ermittelt werden, liegen Informationen zu 211 verschiedenen Berufen vor. Für den Vergleich werden jedoch nur die Betriebe der Erhebung 2012/2013 berücksichtigt, die zu einem der im Jahr 2007 ausgewählten 51 Berufe befragt wurden. Alle 51 Berufe waren auch in der Erhebung 2012/2013 enthalten. Für den Vergleich werden Informationen von 2.044 Betrieben aus dem Ausbildungsjahr 2012/2013 genutzt; im Jahr 2007 wurden 2.986 Betriebe befragt.

Da das allgemeine Preisniveau von Waren und Dienstleistungen zwischen 2007 und 2012 angestiegen ist, muss auch dessen Veränderung bei einem Vergleich berücksichtigt werden. Hierfür wird die Entwicklung des Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes verwendet, der in den entsprechenden Jahren um 8% gestiegen ist. Daraus ergibt sich für den Zeitraum von 2007 bis 2012 ein Korrekturfaktor von 1,08, mit dem alle Werte aus dem Jahr 2007 multipliziert werden.

→ **Schaubild A7.3-2** zeigt in Preisen von 2012 die Bruttokosten, Erträge und Nettokosten der Jahre 2007 und

2012/2013.²¹⁷ Die durchschnittlichen Nettokosten sind nur leicht gestiegen. Im Jahr 2007 investierte ein Betrieb pro Jahr im Durchschnitt 4.647 € in einen Auszubildenden. Im Ausbildungsjahr 2012/2013 stieg dieser Betrag auf 5.241 €. Real ist die durchschnittliche Investition also um 594 € angestiegen. Der Anstieg geht hauptsächlich auf die Erhöhung der Bruttokosten um 500 € zurück. Die Erträge sind im Durchschnitt leicht um 95 € gesunken.²¹⁸ Die Betriebe konnten die moderat gestiegenen Bruttokosten also nicht durch höhere Erträge ausgleichen. Insgesamt hat sich der Aufwand der Betriebe in den letzten Jahren nicht wesentlich erhöht.

Nutzen der betrieblichen Ausbildung nach Abschluss der Ausbildung

Bisher wurden nur die Kosten und Erträge behandelt, die während der Ausbildung anfallen. Dabei zeigte

²¹⁷ Die Werte weichen jeweils leicht von den zuvor dargestellten Werten ab, da für die Berechnung nur die Berufe berücksichtigt wurden, die auch im Jahr 2007 Teil der Erhebung gewesen waren, und die betriebliche Ebene betrachtet wird.

²¹⁸ Auch in OLS-Regressionsanalysen mit den Bruttokosten, Erträgen und Nettokosten als abhängige Variablen und unter Einbeziehung verschiedener Kontrollvariablen (Ausbildungsberuf, Betriebsgrößenklasse, West- oder Ostdeutschland, Nutzung einer Lehrwerkstatt) zeigt sich ein Anstieg der Nettokosten (um 462 €, vgl. Jansen u. a. 2015).

sich, dass im Ausbildungsjahr 2012/2013 ein Großteil der Betriebe eine Investition in die Ausbildung getätigt hat. Betriebe können jedoch auch nach Abschluss der Ausbildung von dieser profitieren. Dieser zusätzliche Nutzen wird wirksam, wenn Betriebe ihre erfolgreichen Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen als Fachkräfte weiterbeschäftigen. Ausbildende Betriebe müssen im Fall der Übernahme nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt nach Fachkräften suchen und zusätzliche Weiterbildungs- und Einarbeitungsmaßnahmen durchführen, um die extern rekrutierten Fachkräfte zu integrieren. Durch die Übernahme von Ausgebildeten kann ein Betrieb also Such- und Anpassungskosten von Fachkräften einsparen. Zusätzlich macht er sich unabhängig vom Arbeitsmarkt und kann eventuelle Ausfallkosten verhindern. Das Fehlbesetzungsrisiko ist bei im eigenen Betrieb ausgebildeten Fachkräften geringer, auch weil der Betrieb bereits während der Ausbildung betriebspezifische Kenntnisse vermitteln konnte und für die Übernahme die besten Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen auswählen konnte.

Für die Rekrutierung von Fachkräften vom externen Arbeitsmarkt fallen in den meisten Fällen Kosten an. Die Höhe dieser Personalgewinnungskosten **E** wurde in der BIBB-Kosten-Nutzen-Erhebung ermittelt. Insgesamt wendet ein Ausbildungsbetrieb durchschnittlich 9.382 € für die Personalgewinnung einer neuen Fachkraft auf → [Tabelle A7.3-4](#). Dieser recht hohe Wert zeigt, dass Ausbildungsbetriebe, die Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen übernehmen, einen erheblichen Betrag einsparen können. Bei einer dreijährigen Ausbildung entsprechen z. B. die durchschnittlichen Personalgewinnungskosten mehr als drei Viertel der gesamten Nettokosten.

E Personalgewinnungskosten

Die Berechnung der Personalgewinnungskosten erfolgt auf betrieblicher Ebene. Die Kosten werden jeweils für die Rekrutierung einer Fachkraft für den Beruf erhoben, für den auch die Kosten der Ausbildung ermittelt wurden. Berücksichtigt werden nur die 1.605 Betriebe, die in den letzten drei Jahren Fachkräfte vom externen Arbeitsmarkt rekrutiert haben.

Die Personalgewinnungskosten setzen sich aus den folgenden Komponenten zusammen:

- ▶ Kosten für das Bewerbungsverfahren (Inserierungskosten, Personalkosten für das Bewerbungsverfahren, Kosten für externe Berater/-innen)
- ▶ Kosten für Weiterbildung während der Einarbeitungszeit (Kosten für Weiterbildungsveranstaltungen, Arbeitsausfallkosten)
- ▶ Einarbeitungskosten (Leistungs- und Lohnunterschiede zwischen einer neu eingestellten Fachkraft und einer im Betrieb tätigen Fachkraft auf einer vergleichbaren Arbeitsstelle, Personalkosten der Einarbeitung)

Die Personalkosten der Einarbeitung wurden in den früheren Kosten-Nutzen-Erhebungen nicht ermittelt. Hierbei wird der Aufwand der Beschäftigten im Betrieb berücksichtigt, der bei der Einarbeitung einer neuen Fachkraft entsteht, ohne dass die Beschäftigten ihre eigentlichen Tätigkeiten wahrnehmen.

Betrachtet man die einzelnen Komponenten der Personalgewinnungskosten, so wird deutlich, dass insbesondere die Einarbeitung von neuen Fachkräften mit hohen Kosten verbunden ist. Die Personalkosten der Beschäftigten, die an der Einarbeitung der neuen Fachkraft beteiligt sind und daher nicht ihre eigentlichen Aufgaben im Betrieb wahrnehmen können, machen mit 4.757 € mehr als die Hälfte der gesamten Personalgewinnungskosten aus. Ebenfalls von großer Bedeutung sind die Kosten durch Leistungs- und Lohnunterschiede während der Einarbeitungszeit. Die neue Fachkraft erreicht zunächst noch nicht den vollen Leistungsgrad im Vergleich zu einer schon länger im Betrieb tätigen Fachkraft, da ihr z. B. betriebspezifisches Wissen (über Maschinen, Kunden, Produkte) fehlt. Diese Minderleistung schlägt mit 3.000 € zu Buche. Das Bewerbungsverfahren verursacht im Vergleich hierzu mit 1.057 € wesentlich geringere Kosten. Auch die durchschnittlichen Kosten für die Weiterbildung der neuen Fachkraft während der Einarbeitungszeit fallen mit 568 € kaum ins Gewicht.

Die Personalgewinnungskosten insgesamt wie auch die einzelnen Kostenkomponenten steigen mit der Betriebsgröße an → [Tabelle A7.3-4](#). Einzige Ausnahme sind die Kosten, die durch Leistungs- und Lohnunterschiede während der Einarbeitung entstehen. Diese sind in Betrieben mit 50 bis 499 Beschäftigten minimal höher als in Betrieben mit 500 und mehr Beschäftigten. Im Vergleich

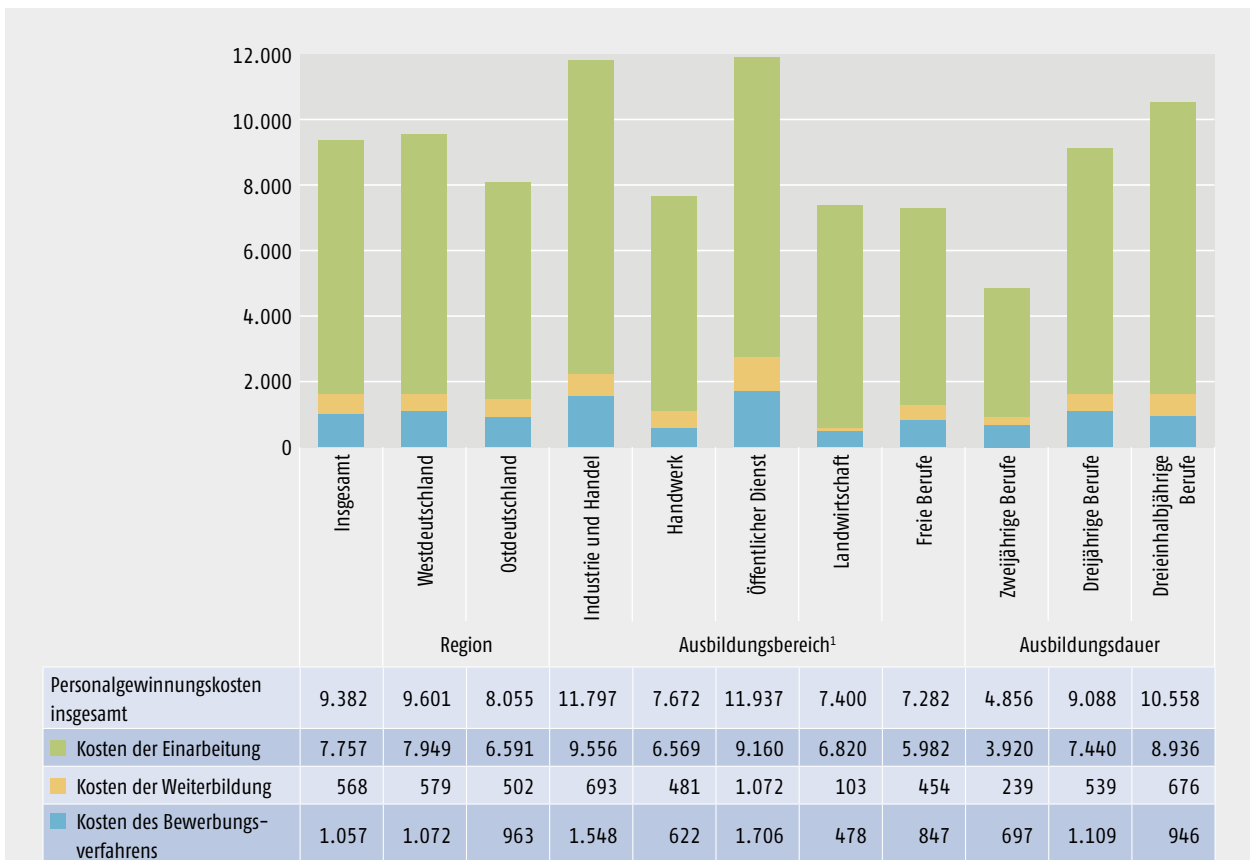
Tabelle A7.3-4: **Personalgewinnungskosten je neue Fachkraft nach Kostenarten insgesamt und nach Betriebsgrößenklasse (in €)**

	Insgesamt	Betriebsgrößenklasse			
		1-9 Beschäftigte	10-49 Beschäftigte	50-499 Beschäftigte	500 und mehr Beschäftigte
Kosten des Bewerbungsverfahrens, davon:	1.057	565	1.168	1.888	2.616
Inserierungskosten	394	163	464	756	966
Personalkosten Bewerbungsverfahren	504	373	526	724	1.111
Kosten externe Berater/-innen	159	29	177	408	539
Kosten der Weiterbildung, davon:	568	416	563	920	1.089
Kosten der Weiterbildungsveranstaltungen	291	212	285	487	504
Arbeitsausfallkosten durch Weiterbildung	278	204	279	433	585
Kosten der Einarbeitung, davon:	7.757	5.657	8.474	11.025	11.474
Leistungs- und Lohnunterschiede während der Einarbeitung	3.000	2.348	3.257	3.961	3.886
Personalkosten der Einarbeitung	4.757	3.309	5.217	7.063	7.589
Personalgewinnungskosten insgesamt	9.382	6.638	10.205	13.833	15.179
Ungewichtete Fallzahl	1.605	290	677	516	122

Quelle: BIBB-CBS 2012/2013

BIBB-Datenreport 2015

Schaubild A7.3-3: **Personalgewinnungskosten je neue Fachkraft nach Kostenarten nach verschiedenen Merkmalen (in €)**



¹ Wegen der geringen Fallzahl sind Auswertungen für den Ausbildungsbereich Hauswirtschaft nicht möglich.

Quelle: BIBB-CBS 2012/2013

BIBB-Datenreport 2015

zu kleinen Betrieben mit weniger als 10 Beschäftigten sind die Personalgewinnungskosten in großen Betrieben mit 500 und mehr Beschäftigten mehr als 8.500 € höher. In den Großbetrieben mit 500 und mehr Beschäftigten hat das Bewerbungsverfahren mit 17% einen größeren Anteil an den gesamten Personalgewinnungskosten als in kleineren Betrieben; der Durchschnitt über alle Betriebe liegt bei 11%. Von geringerer prozentualer Bedeutung sind hingegen die Kosten für die Einarbeitung, die bei den großen Betrieben einen Anteil von 76% haben im Vergleich zu 83% bei allen Betrieben.

Die Personalgewinnungskosten sind in Ostdeutschland knapp 1.500 € niedriger als in Westdeutschland, wobei die Unterschiede vor allem bei den Kosten für die Einarbeitung auftreten, weniger bei den Kosten für die Weiterbildung und bei den Kosten für das Bewerbungsverfahren → **Schaubild A7.3-3**. Bei den Ausbildungsbereichen²¹⁹ zeigen sich zwei Gruppen: In Industrie und Handel sowie im öffentlichen Dienst sind die Personalgewinnungskosten mit über 11.700 € deutlich höher als in den drei anderen Ausbildungsbereichen. Dort liegen sie zwischen 7.282 € in den freien Berufen und 7.672 € im Handwerk. In der Landwirtschaft fallen kaum Kosten für Weiterbildung an, im öffentlichen Dienst sind sie mit 1.072 € deutlich höher als in den anderen Ausbildungsbereichen. Für die Personalgewinnung von Fachkräften, die einen dreieinhalbjährigen Beruf ausüben, müssen wesentlich höhere Kosten eingeplant werden als für Fachkräfte eines Berufs mit einer zwei- oder dreijährigen Ausbildungsdauer. Im Vergleich zu zweijährigen Berufen sind die Personalgewinnungskosten mehr als doppelt so hoch, gegenüber den dreijährigen Berufen sind sie rund 1.500 € höher. Insbesondere die höheren Einarbeitungskosten sind für die Unterschiede verantwortlich. Das Bewerbungsverfahren hingegen ist bei dreijährigen Berufen sogar etwas teurer als bei dreieinhalbjährigen Berufen.

Die Vorteile, die mit der Übernahme von Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen verbunden sind, wurden bereits geschildert. Nicht immer ist allerdings eine Übernahme möglich, da sowohl der Betrieb als auch der Ausbildungsabsolvent/die Ausbildungsabsolventin an einer weiteren Zusammenarbeit interessiert sein müssen. Das Interesse des Betriebes hängt zum einen davon ab,

ob dieser überhaupt zukünftig Bedarf an Fachkräften hat. Zum anderen sollte der Ausbildungsabsolvent/die Ausbildungsabsolventin den betrieblichen Anforderungen entsprechen. Das Interesse der Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen auf der anderen Seite ist von dem Angebot des Ausbildungsbetriebs im Vergleich zu den Angeboten anderer Betriebe bestimmt. Doch selbst bei einem guten Angebot bevorzugen manche Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen, zunächst ein Studium anzuschließen.

→ **Schaubild A7.3-4** zeigt die durchschnittliche betriebliche Übernahmequote aller erfolgreich Ausgebildeten im Zeitraum von 2011 bis 2013. Ein Betrieb übernimmt im Durchschnitt 59%²²⁰ seiner erfolgreich Ausgebildeten. Zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es kaum Unterschiede. Bei den Ausbildungsbereichen²²¹ stechen der öffentliche Dienst mit einem sehr hohen Anteil von durchschnittlich 83% übernommenen Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen und die Landwirtschaft mit nur 35% übernommenen Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen hervor. In Industrie und Handel werden im Schnitt zwei von drei Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen übernommen, im Handwerk 57% und in den freien Berufen 53%. In kleineren Betrieben werden die Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen wesentlich seltener übernommen als in größeren Betrieben. So übernimmt ein Betrieb mit weniger als 10 Beschäftigten rund die Hälfte seiner Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen, ein Großbetrieb mit 500 und mehr Beschäftigten jedoch 82%. Etwas überraschend ist der relativ hohe Anteil übernommener Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen in den zweijährigen Berufen, während vor allem bei den dreieinhalbjährigen Berufen aufgrund der hohen Nettokosten eine höhere Übernahmequote zu erwarten gewesen wäre.²²²

219 Wegen der geringen Fallzahl sind Auswertungen für den Ausbildungsbereich Hauswirtschaft nicht möglich.

220 Statt des betrieblichen Durchschnitts kann auch die Summe aller übernommenen Auszubildenden durch die Summe der erfolgreich Ausgebildeten geteilt werden. Der Anteil aller übernommenen Auszubildenden an allen erfolgreich Ausgebildeten liegt bei 67%. Diese Quote deckt sich mit der vom IAB auf Basis des IAB-Betriebspanels ermittelten Übernahmequote für das Jahr 2013 (vgl. Dummert u. a. 2014).

221 Siehe Fußnote 219.

222 Oft können zweijährige Berufe auf dreijährige Berufe angerechnet werden, sodass Auszubildende nach Abschluss in einen dreijährigen Ausbildungsberuf übernommen werden können. Dies könnte zwar auch die höhere Übernahmequote der zweijährigen Berufe erklären, lässt sich aber mit den vorhandenen Daten nicht prüfen.

Schaubild A7.3-4: Durchschnittliche Übernahmequote je Betrieb (2011 bis 2013, in % aller erfolgreichen Auszubildenden)

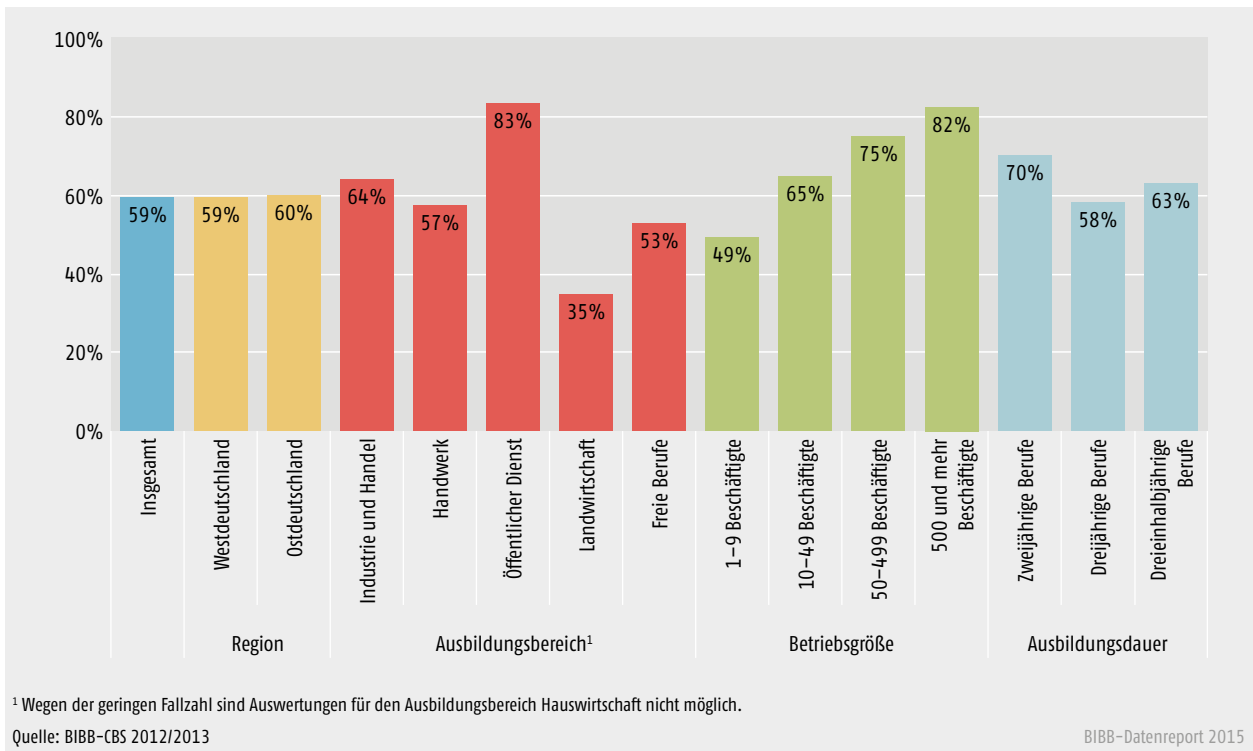
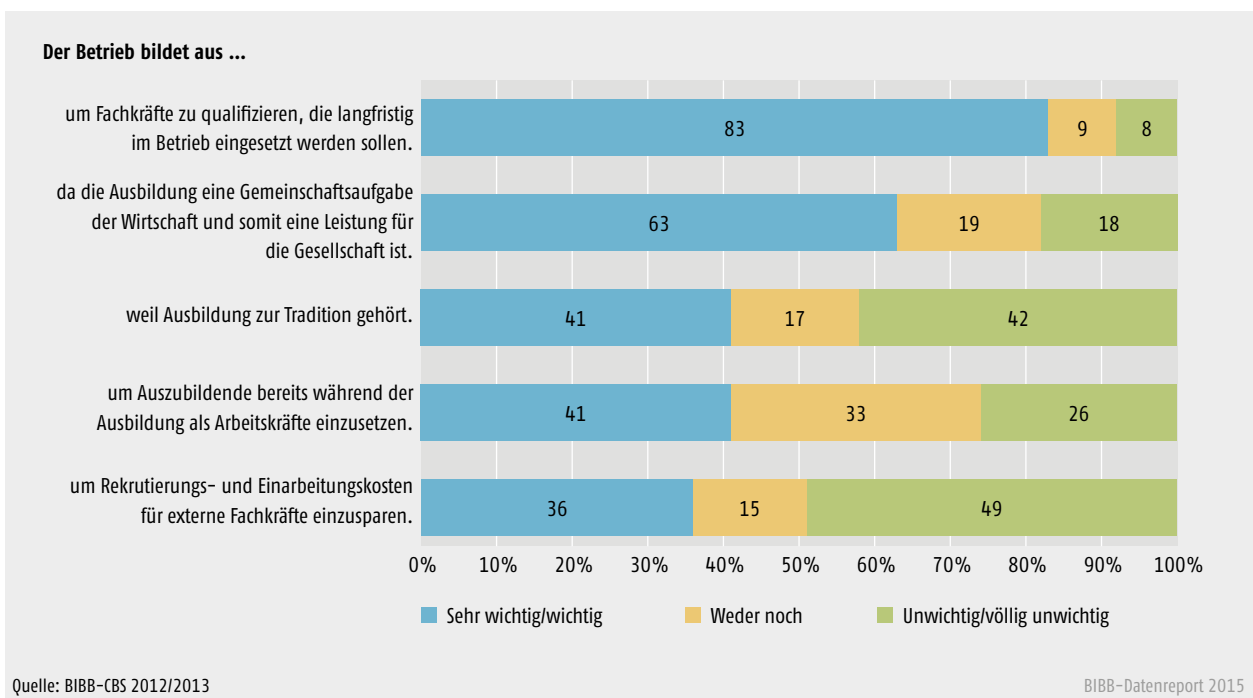


Schaubild A7.3-5: Wichtigkeit von Gründen für die eigene Ausbildung (in %)



Fragt man die Betriebe direkt nach den Gründen, die für eine eigene Ausbildung sprechen → [Schaubild A7.3-5](#), wird dem zukünftigen Einsatz als Fachkraft die größte Wichtigkeit zugesprochen. Für 83% der ausbildenden Betriebe ist die Qualifizierung von Fachkräften, die langfristig im Betrieb eingesetzt werden sollen, ein wichtiger bzw. sehr wichtiger Grund für die Ausbildung. Da die Betriebe im Durchschnitt drei Jahre Zeit haben, die Auszubildenden kennenzulernen, können sie bei einer Übernahme davon ausgehen, dass diese den Bedürfnissen des Betriebs entsprechen. Außerdem können die Betriebe betriebspezifische Kenntnisse und Kompetenzen, die über die in der Ausbildungsordnung festgelegten Inhalte hinausgehen, vermitteln. Der Betrieb kann also durch die Ausbildung auch langfristig produktive und verlässliche Mitarbeitende erwarten. Für diese Betriebe stellt die Ausbildung eine Investition in die Zukunft dar, durch die der Fachkräftebedarf gesichert werden kann.

Viele Betriebe verstehen ihr Engagement in die Ausbildung auch als eine Gemeinschaftsaufgabe der Wirtschaft und somit als eine Leistung für die Gesellschaft. Bei der Ausbildungsentscheidung berücksichtigen diese Betriebe also nicht allein betriebliche Kosten- und Nutzenüberlegungen, sondern auch die gesellschaftliche Verantwortung. Von geringerer Bedeutung ist der Arbeitseinsatz der Auszubildenden während der Ausbildung als Arbeitskräfte; 41% der befragten Betriebe sehen ihn als wichtig oder sehr wichtig an. Die Aussagen der Betriebe spiegeln zwei wesentliche in der Literatur diskutierte Ausbildungsmotive wider: Beim größeren Teil der Betriebe in Deutschland wird die Ausbildung als Investition in zukünftige Fachkräfte gesehen (Investitionsmotiv, vgl. Merrilees 1983), aber auch das Produktionsmotiv (vgl. Lindley 1975), bei dem die produktiven Leistungen der Auszubildenden während der Ausbildung im Vordergrund stehen, ist bei einem Teil der Betriebe vertreten.

Die hier präsentierten Ergebnisse der BIBB-Kosten-Nutzen-Studie 2012/2013 zeigen, dass ein Großteil der ausbildenden Betriebe bereit ist, Investitionen in ihre Auszubildenden zu tätigen. Diesen Investitionen steht eine Reihe von mittel- und langfristig wirkenden Vorteilen gegenüber. Durch die Übernahme von Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen kann der Betrieb seinen Bedarf an Fachkräften sichern und sich so unabhängig von den Entwicklungen auf dem externen Arbeitsmarkt machen. Ausfallkosten und Fehlbesetzungen können

minimiert werden. Eine Bestenauswahl ist möglich. Hohe Kosten, die bei der Rekrutierung und Einarbeitung von Fachkräften vom externen Arbeitsmarkt anfallen, können eingespart werden. Solche Rekrutierungs- und Einarbeitungskosten machen bereits einen großen Teil der gesamten Ausbildungskosten aus. Die Betriebe selbst schätzen das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Ausbildung überwiegend positiv ein.

59% der Betriebe sind grundsätzlich mit dem Kosten-Nutzen-Verhältnis zufrieden oder sehr zufrieden, nur 11% sind unzufrieden oder völlig unzufrieden.

(Anika Jansen, Gudrun Schönfeld, Harald Pfeifer, Felix Wenzelmann)

A8 Übergang von Ausbildung in Beschäftigung

A8.1 Arbeitslosenzugänge nach abgeschlossener dualer Ausbildung

Berufliche Ausbildung leistet einen wesentlichen Beitrag zur Integration ins Erwerbsleben und zur Sicherung der Zukunftschancen junger Menschen. Ein erfolgreicher Einstieg in die Arbeitswelt ist eine grundlegende Voraussetzung zur Realisierung individueller Berufs- und Arbeitschancen. Diese „zweite Schwelle“ markiert die Schnittstelle zwischen Berufsausbildung und Arbeitsmarkt, an der entscheidende Weichen für den späteren Berufsverlauf gestellt werden. Die Phase des Übergangs vom Ausbildungs- in das Beschäftigungssystem verläuft jedoch nicht für alle Ausbildungsabsolventinnen und Ausbildungsabsolventen reibungslos. Vielmehr kann sie von Brüchen und Unwägbarkeiten begleitet sein.

Der folgende Abschnitt analysiert aus der Perspektive der Ausbildungsabsolventinnen und Ausbildungsabsolventen die berufliche Übergangsphase junger Menschen mit dualer Ausbildung. Anhand von Daten aus der amtlichen Statistik wird dargestellt, wie groß der Anteil der erfassten Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen ist, die sich unmittelbar nach der Ausbildung arbeitslos melden. Im Gegensatz dazu steht bei der Analyse mit dem IAB-Betriebspanel (vgl. BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A4.10.2) die Sicht der Betriebe im Mittelpunkt. Erneut gab es Datenrevisionen in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA), diesmal für die Jahre 2009 bis 2012. Daraus ergeben sich Korrekturen gegenüber den in den BIBB-Datenreporten 2011 bis 2014 ausgewiesenen Werten **E**.

E Datenrevisionen²²³ in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) für 2009 bis 2012

In den Statistiken der BA für die Jahre 2009 bis 2012 gab es nochmals nachträgliche Datenrevisionen, die auch Veränderungen für die Arbeitslosenquote nach erfolgreich abgeschlossener dualer Ausbildung zur Folge hatten. Dabei ist die Auswirkung der Revisionen auf die Jahre 2011 und 2012 gering, deutlichere Unterschiede zeigen sich aber für 2009 und 2010. Die Angaben in den BIBB-Datenreporten 2011 bis 2014 (Kapitel A9.1 bzw. A9.1.1) sind wie folgt zu korrigieren:

Die Arbeitslosenquote lag 2009 bei 38,7% (statt 34,5%) und 2010 bei 36,5% (statt 33,9%). 2010 und vor allem 2009 war die Arbeitslosenquote nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung daher deutlich höher als angegeben. Vermutlich war der Einfluss der Wirtschaftskrise in diesen Jahren größer als angenommen. 2011 lag die Arbeitslosenquote bei 31,4% (statt 31,5%), und 2012 blieb sie unverändert bei 29,5%. Da sich für 2011 und 2012 kaum Änderungen ergeben, fiel der Rückgang von 2010 auf 2011 größer aus (5 statt 2 Prozentpunkte). In Ostdeutschland betrug der Arbeitslosenanteil 2009 55,3% (statt 48,4%) und 2010 51,9% (statt 47,3%), in Westdeutschland waren es 2009 34,6% (statt 31,1%) und 2010 33,0% (statt 30,8%). Die revidierten Daten legen daher gerade für Ostdeutschland in diesen beiden Jahren eine noch schlechtere Situation nahe, da die Korrektur der Arbeitslosenquote dort doppelt so hoch ausfällt wie in Westdeutschland. Die Differenz des Arbeitslosenanteils für Ost- und Westdeutschland lag 2009 bei 21 und 2010 bei 19 Prozentpunkten. Für 2011 und 2012 zeigen sich in beiden Teilen des Landes keine nennenswerten Unterschiede zu den angegebenen Werten.

Auch bei jungen Männern (2009: 38,3% statt 34,6%, 2010: 36,2% statt 33,9%) und jungen Frauen (2009: 39,4% statt

223 „Die Generalüberholung des Verfahrens zur Arbeitslosen-Statistik wurde notwendig, nachdem sich über die letzten Jahre seit Einführung der Datenquellen der Statistik, des Vermittlungs-, Beratungs- und Informationssystems (VerBIS) der BA (2006) und des Datenübermittlungsstandards XSozial der zugelassenen kommunalen Träger (2005), laufend Verfahrensverbesserungen ergeben haben. Diese Verbesserungen konnten in der Arbeitslosen-Statistik bisher nicht für die Vergangenheit, sondern immer nur ab Einsatzzeitpunkt der Verbesserung, also für die Zukunft, umgesetzt werden. Nun werden alle Verfahrensverbesserungen in einem Zuge ab 2007 eingesetzt und ermöglichen eine bruchfreie Berichterstattung“ (<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Arbeitsmarktstatistik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Neuaufbereitung-Arbeitslosenstatistik.pdf>).

Tabelle A 8.1-1: **Arbeitslosenzugänge nach erfolgreich beendeter dualer Ausbildung in Deutschland nach Geschlecht 2009 bis 2013**

	Jahr	Männer			Frauen			Insgesamt		
		West	Ost	Bundesgebiet	West	Ost	Bundesgebiet	West	Ost	Bundesgebiet
Zugang an Arbeitslosen nach abgeschlossener (außer-)betrieblicher Ausbildung	2013	60.765	14.269	75.034	46.901	11.502	58.403	107.666	25.771	133.437
	2012 ¹	55.123	16.822	71.945	46.359	12.916	59.275	101.482	29.738	131.220
	2011 ¹	60.765	21.490	82.255	51.208	16.176	67.384	111.973	37.666	149.639
	2010 ¹	71.624	27.438	99.062	56.644	19.193	75.837	128.268	46.631	174.899
	2009 ¹	72.812	30.766	103.578	57.105	20.915	78.020	129.917	51.681	181.598
Erfolgreiche Teilnehmer mit vorausgegangener Ausbildung ²	2013	213.183	36.492	249.672	155.172	25.428	180.603	368.355	61.920	430.275
	2012 ¹	216.633	41.997	258.630	158.148	28.665	186.813	374.781	70.662	445.443
	2011 ¹	225.843	49.410	275.253	167.625	33.702	201.327	393.468	83.112	476.580
	2010 ¹	220.845	53.070	273.915	168.405	36.711	205.116	389.250	89.781	479.031
	2009 ¹	214.634	55.953	270.587	160.771	37.493	198.264	375.405	93.446	468.851
Quote: arbeitslos nach erfolgreich abgeschlossener dualer Ausbildung	2013	28,5%	39,1%	30,1%	30,2%	45,2%	32,3%	29,2%	41,6%	31,0%
	2012 ¹	25,4%	40,1%	27,8%	29,3%	45,1%	31,7%	27,1%	42,1%	29,5%
	2011 ¹	26,9%	43,5%	29,9%	30,5%	48,0%	33,5%	28,5%	45,3%	31,4%
	2010 ¹	32,4%	51,7%	36,2%	33,6%	52,3%	37,0%	33,0%	51,9%	36,5%
	2009 ¹	33,9%	55,0%	38,3%	35,5%	55,8%	39,4%	34,6%	55,3%	38,7%

¹ Revidierte Angaben der Bundesagentur für Arbeit für die Jahre 2009 bis 2012. Hierdurch ergeben sich Abweichungen zu den im BIBB-Datenreport 2014 dargestellten Werten.

² Aus Datenschutzgründen sind die Absolventenzahlen der Berufsbildungsstatistik jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

34,4%, 2010: 37,0% statt 33,8%) lassen sich nur für 2009 und 2010 deutlich höhere Arbeitslosenquoten erkennen. Für diese Jahre muss die Arbeitslosenquote für die jungen Frauen etwas stärker nach oben korrigiert werden als für die jungen Männer. Dies bedeutet, dass 2009 und 2010 Arbeitslosigkeit bei weiblichen Fachkräften, anders als angegeben, geringfügig häufiger auftrat als bei männlichen Fachkräften.

Über die Zahl der Personen, die sich direkt nach einer betrieblichen Ausbildung arbeitslos meldeten, wird jährlich Bericht erstattet. Dabei beziehen sich die Angaben zur Arbeitslosigkeit auf den Zeitpunkt unmittelbar nach der Ausbildung, unabhängig von der Dauer der Arbeitslosigkeit.

Im Jahr 2013 meldeten sich nach Hochrechnungen, die auf Angaben der BA basieren, 133.000 Personen nach abgeschlossener (außer-)betrieblicher Ausbildung arbeitslos → **Tabelle A 8.1-1**. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der

Absolventen/Absolventinnen einer dualen Ausbildung (430.000 Personen) ergibt sich eine Arbeitslosenquote von 31,0%. Das bedeutet einen leichten Anstieg in Höhe von 1,5 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr (29,5%). In den Jahren zuvor war die Arbeitslosenquote gesunken.

Die Arbeitslosenquote im unmittelbaren Anschluss an die Ausbildung variiert weiterhin zwischen alten und neuen Ländern. Diese Quote, die Sucharbeitslosigkeit einschließt²²⁴, ist in den neuen Ländern über 12 Prozentpunkte höher als in den alten (41,6% zu 29,2%). Die Differenz zwischen alten und neuen Ländern ist gegenüber 2012 um 3 Prozentpunkte zurückgegangen. Denn während der Anteil der Arbeitslosen 2013 in den alten Ländern im Vergleich zu 2012 um mehr als 2 Prozentpunkte stieg, ging er in den neuen Ländern sogar um einen halben Prozentpunkt zurück (2012: Ost 42,1%,

²²⁴ Daher ist davon auszugehen, dass die Arbeitslosenquote im ersten Jahr nach der Ausbildung stark sinkt (vgl. auch Dorau/Höhns 2006).

West 27,1%). Seit 2009, als diese Differenz 21 Prozentpunkte betrug, ist der Unterschied zwischen west- und ostdeutscher Arbeitslosenquote kontinuierlich gesunken, verbleibt aber auf hohem Niveau.

Im Vergleich mit dem Vorjahr zeigt sich sowohl bei jungen Männern als auch bei jungen Frauen ein Anstieg der Arbeitslosenquote. Dieser fällt bei den jungen männlichen Fachkräften mit gut 2 Prozentpunkten (2012: 27,8%, 2013: 30,1%) stärker aus als bei den jungen Frauen mit gut einem halben Prozentpunkt (2012: 31,7%, 2013: 32,3%). Damit haben sich die Arbeitslosenquoten 2013 bei den jungen Frauen und Männern wieder angenähert, sie ist bei den weiblichen Fachkräften 2 Prozentpunkte höher als bei den männlichen, ein Jahr zuvor waren es 4 Prozentpunkte Unterschied.

In den alten Ländern waren 28,5% (2012: 25,4%) der jungen Männer und 30,2% (2012: 29,3%) der jungen Frauen nach dem dualen Ausbildungsabschluss arbeitslos. In den neuen Ländern waren es 39,1% (2012: 40,1%) der jungen Männer und 45,2% der jungen Frauen (2012: 45,1%). Damit zeigen sich bei den weiblichen Fachkräften nur relativ geringfügige Änderungen, während für die männlichen Fachkräfte in Westdeutschland die Arbeitslosenquote um über 3 Prozentpunkte steigt und in Ostdeutschland um einen Prozentpunkt zurückgeht. Insgesamt hat sich die Situation 2013 im Vergleich zum Vorjahr leicht verschlechtert. Dies gilt vor allem für junge Männer, weshalb die Arbeitslosenquote der weiblichen Fachkräfte sich der männlichen etwas angenähert hat. In Ostdeutschland ist die Arbeitslosigkeit geringfügig zurückgegangen, während sie in Westdeutschland gestiegen ist. Daher haben sich die Anteile der Arbeitslosigkeit junger Fachkräfte in Ost und West weiter angenähert, verbleiben allerdings in den neuen Ländern weiterhin auf einem wesentlich höheren Niveau. Gerade westdeutsche junge Männer, die besonders von der Wirtschaftskrise 2009/2010 betroffen waren, deren Situation sich 2011 und 2012 aber wieder verbessert hat, sind vom Anstieg der Arbeitslosenquote betroffen, auch wenn diese Quote im Vergleich immer noch niedrig ist. Eventuell ist in den von der Wirtschaftskrise betroffenen Branchen bei der Nachfrage nach Fachkräften mittlerweile eine gewisse Sättigung eingetreten.

(Ralf Dorau)

A8.2 Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen

Die BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen (QuBe-Projekt) (vgl. **E** in **Kapitel C3.2**) zeigen anhand von Modellrechnungen auf, wie sich das Angebot und die Nachfrage nach Qualifikationen und Berufen langfristig entwickeln können. Datengrundlage ist hierbei der Mikrozensus: eine amtliche Repräsentativstatistik des Statistischen Bundesamtes über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, an der jährlich ein Prozent aller Haushalte in Deutschland beteiligt ist, angepasst an die Eckwerte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die Lohninformationen stammen aus der Beschäftigtenhistorik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Für die Berufsdifferenzierung hat das BIBB eine einheitliche Berufsfeldsystematik entwickelt, welche die Berufe auf der Dreistellerebene der Klassifikation der Berufe entsprechend ihren Tätigkeiten gruppiert.

Die Projektionen werden im Abstand von ca. 2 Jahren durchgeführt. Über die Ergebnisse wird jeweils zeitnah im BIBB-Datenreport berichtet. Die Veröffentlichung der Ergebnisse der 4. Projektionswelle ist für das Frühjahr 2016 geplant.

Ergebnisse der dritten Projektionswelle der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen sind im BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A9.2 dargestellt. Aktuelle Analysen auf Grundlage der 3. Projektionswelle von 2014 finden sich im Schwerpunktkapitel in den **Kapiteln C1.2, C3.2, C3.3 und C3.4**.

A8.3 Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung

Der Rückgang der Ungelerntenquote junger Erwachsener im Alter von 20 bis 34 Jahren hat sich fortgesetzt. 2012 wurde mit 13,8% erstmals wieder der Wert von 14% unterschritten. Im Jahr 2000 betrug er zuletzt 13,9%; in den letzten 10 Jahren lag der Wert meist über 14,6% → **Tabelle A8.3-1**. Eine Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes weist für das Jahr 2013²²⁵ einen weiterhin gesunkenen Anteilswert von 13,5% aus.²²⁶

Die nachfolgenden Ergebnisse beruhen auf den Daten des Mikrozensus 2012. Sie beziehen sich auf die 20- bis 34-Jährigen, die in 3 Kohorten von je 5 Jahrgängen (20 bis 24, 25 bis 29 und 30 bis 34 Jahre) betrachtet werden.

Im Jahr 2012 waren 2.042.000 junge Menschen im Alter von 20 bis unter 35 Jahren ohne formale Qualifikation (nicht formal Qualifizierte, nfQ **E**). Das waren 40.000 weniger als 2011, was einem Rückgang des Anteils von 14,1% auf 13,8% an dieser Alterskohorte entspricht. Dieser Rückgang erfolgte bei allen drei Altersgruppen → **Tabelle A8.3-1**. Von 2011 auf 2012 fiel die Quote der nfQ in der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen von 13,1% auf 12,6%, bei den 25- bis 29-Jährigen von 13,9% auf 13,6% und in der Gruppe der 30- bis 34-Jährigen von 15,3% auf 15,1%. In der Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen ist ein Rückgang von 13,5% auf 13,1% zu verzeichnen. Der Anteil junger Menschen ohne Berufsabschluss steigt also von der jüngsten bis zur ältesten Teilkohorte an. Gut 100.000

225 Der Mikrozensus 2013 ist derzeit noch nicht für die Wissenschaft frei zugänglich. Begrenzte Berechnungen sind als Sonderauswertungen möglich. Daher beschränken sich die Auswertungen für das Jahr 2013 auf die in → **Tabelle A8.3-1** dargestellten Ergebnisse.

226 Die → **Tabelle A8.3-1** weist für das Jahr 2013 zwei Zeilen auf: Eine für die Hochrechnung auf Basis der alten Bevölkerungsfortschreibung und eine auf der Basis des Zensus 2011. Der Zensus 2011 hat ergeben, dass in Deutschland 2011 rund 1,5 Millionen Menschen weniger lebten, als aufgrund der Bevölkerungsfortschreibung angenommen wurde, darunter waren 1,1 Millionen Ausländer. In der Altersgruppe der 20- bis 34-Jährigen fehlten 469.000 Personen, darunter 220.000 Ausländer. Die Bevölkerungszahl und -struktur bestimmen den Hochrechnungs- und Gewichtungsfaktor des Mikrozensus und wirken sich dadurch auch auf die Quote formal nicht Qualifizierter (nfQ) aus. Die bessere Schätzung der Anzahl Ausbildungsloser (1,91 Millionen) ermöglicht der Zensus, zur Beurteilung der Entwicklung des Anteils der nfQ sollte besser auf die Bevölkerungsfortschreibung ohne Berücksichtigung des Zensus zurückgegriffen werden. Der Vergleich der beiden Zeilen zeigt, dass die Anzahl der nfQ nach beiden Berechnungen zurückgegangen ist. Der Anteil Ausbildungsloser ist nach der herkömmlichen Bevölkerungsfortschreibung von 13,8% (2012) auf 13,5% (2013) gefallen, auf Basis des Zensus liegt er mit 13,3% noch niedriger. Für den letzteren Wert gibt es derzeit aber noch keine Vergleichswerte.

Tabelle A 8.3-1: Junge Erwachsene ohne Berufsausbildung von 1996 bis 2013

Jahr	20- bis 24-Jährige	20- bis 29-Jährige		20- bis 34-Jährige	
	Ungelerntenquote (in %)	Ungelerntenquote (in %)	absolut (in Mio., hochgerechnet)	Ungelerntenquote (in %)	absolut (in Mio., hochgerechnet)
1996	14,8	14,6	1,57	14,7	2,59
1997	15,0	14,6	1,50	14,3	2,45
1998	15,1	14,7	1,45	14,1	2,34
1999	14,8	14,7	1,40	14,6	2,37
2000	14,4	14,4	1,32	13,9	2,17
2001	14,3	14,5	1,32	14,1	2,15
2002	15,1	15,2	1,37	14,6	2,20
2003	14,6	14,9	1,36	14,6	2,15
2004 ¹	14,5	14,9	1,37	14,3	2,05
2005	16,5	16,5	1,57	16,9	2,40
2007	14,5	15,2	1,45	15,3	2,24
2008	15,3	14,9	1,46	14,9	2,16
2009	14,1	14,6	1,44	15,2	2,21
2010	13,9	14,1	1,39	14,7	2,15
2011	13,1	13,5	1,33	14,1	2,08
2012	12,6	13,1	1,29	13,8	2,04
2013 (auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung)	11,8	12,7	1,24	13,5	1,99
2013 (auf Basis des Zensus 2011)	11,7	12,6	1,18	13,3	1,91

¹ Aufgrund einer veränderten Erhebungsmethode sind die Ergebnisse des Mikrozensus ab 2005 nur unter Vorbehalt mit denen der Vorjahre vergleichbar (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A8).

Quelle: Forschungsdatenzentrum der statistischen Ämter, Mikrozensus 1996 bis 2013, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

der 30- bis 34-Jährigen – davon über 80% mit Hochschulzugangsberechtigung – befinden sich noch in einer Ausbildung oder im Studium, und nicht alle schließen mit Erfolg ab. Ändert sich in den kommenden Jahren an dem derzeitigen Qualifikationsverhalten junger Menschen in Deutschland und der Qualifikationsstruktur der Zuwandernden nichts, wird die Quote junger Menschen ohne berufliche Qualifikation wahrscheinlich weiter sinken.

E Nicht formal Qualifizierte (nfQ)

Unter nfQ bzw. „Ungelernte“ werden alle (erwerbsfähigen) Personen zusammengefasst, die keine „erfolgreiche, zertifizierte Teilnahme an formalen (standardisierten, staatlich geregelten oder anerkannten) Bildungsgängen (Gottleben 1987, S. 1) vorweisen können, also keinen Abschluss einer dualen oder rein schulischen Berufsausbildung oder eines

Fachhochschul- oder Hochschulstudiums (oder gleichwertigen Abschlusses) haben. Personen mit Anlernausbildung bzw. mit einem Praktikum gelten als nicht formal qualifiziert. Da sich unter den nfQ vor allem in den untersuchten Altersjahrgängen eine erhebliche Anzahl an Personen befindet, die ihre berufliche Ausbildung noch nicht beendet haben oder ihren freiwilligen Wehrdienst, Bundesfreiwilligendienste oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr leisten, wurden bei der Auswertung der Mikrozensusdaten folgende Personen nicht zu denjenigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung gezählt: Schüler/-innen, Studierende, Auszubildende²²⁷, Freiwilligendienstleistende.

²²⁷ Zur Abgrenzung der Auszubildenden wird neben der Angabe zum gegenwärtigen Schulbesuch (EF 287) auch die Angabe zur gegenwärtigen beruflichen Stellung (EF 117) berücksichtigt (Mikrozensus 2012 und 2013).

Unterschiede nach Geschlecht, Schulabschlüssen und Region

Bis 2010 waren junge Frauen häufiger von Ausbildungslosigkeit betroffen als gleichaltrige Männer. Nachdem sich die Anteile in den letzten Jahren immer weiter angenähert hatten, unterschritten Frauen 2011 mit 14,0% zum ersten Mal die Quote der Männer von 14,2%. Auch 2012 setzte sich dieser Trend fort, ohne dass sich die

Differenz vergrößerte (Frauen 13,7%, Männer 13,9%) → [Tabelle A8.3-2](#). Ausbildungslosigkeit hängt sehr stark mit den erreichten Schulabschlüssen zusammen, und die Quote der nfQ nach Schulabschlüssen hat sich in den letzten Jahren auch wenig verändert. Von den Personen, die über keinen Schulabschluss verfügen, sind 63% ohne einen Berufsabschluss. 2009 waren es noch 70%. Bei denjenigen mit Hauptschulabschluss sind es knapp 32%, und bei denjenigen mit Realschulabschluss

Tabelle A 8.3-2: **Junge Erwachsene ohne beruflichen Abschluss im Alter von 20 bis 34 Jahren 2012**

	Mit beruflichem Abschluss oder in Ausbildung		Ohne beruflichen Abschluss		Zusammen		Anteil nicht formal Qualifizierte
	abs. (in Tsd.)	in %	abs. (in Tsd.)	in %	abs. (in Tsd.)	in %	
männlich	6.498	50,9	1.047	51,3	7.545	51,0	13,9
weiblich	6.263	49,1	994	48,7	7.257	49,0	13,7
alle	12.761	100,0	2.041	100,0	14.802	100,0	13,8
20 bis 24 Jahre	4.249	33,3	614	30,1	4.863	32,9	12,6
25 bis 29 Jahre	4.294	33,7	676	33,1	4.970	33,6	13,6
30 bis 34 Jahre	4.215	33,0	751	36,8	4.966	33,6	15,1
alle	12.758	100,0	2.041	100,0	14.799	100,0	13,8
darunter							
20–29 Jahre	8.543	67,0	1.291	63,2	9.833	66,4	13,1
Hauptschulabschluss	1.969	15,4	914	44,8	2.883	19,5	31,7
Realschulabschluss	4.284	33,6	415	20,3	4.699	31,8	8,8
Studienberechtigung	6.264	49,1	314	15,4	6.578	44,5	4,8
kein Abschluss	237	1,9	398	19,5	635	4,3	62,7
alle	12.754	100,0	2.041	100,0	14.795	100,0	13,8
Deutsche	11.218	87,9	1.309	64,1	12.527	84,7	10,4
Ausländer ¹	1.537	12,1	733	35,9	2.270	15,3	32,3
alle	12.755	100,0	2.042	100,0	14.797	100,0	13,8
Ostdeutschland	2.659	20,8	332	16,3	2.991	20,2	11,1
Westdeutschland	10.103	79,2	1.709	83,7	11.812	79,8	14,5
Insgesamt	12.762	100,1	2.041	100,0	14.803	100,0	13,8

¹ Auch doppelte Staatsangehörigkeit.

sind es 9%. Von den Personen mit Hochschulzugangsberechtigung sind knapp 5% ohne Berufsabschluss²²⁸
 → **Tabelle A8.3-2.**

Der Rückgang des Anteils nicht formal Qualifizierter beschränkt sich fast ausschließlich auf Westdeutschland. Hier fiel die Quote von 14,9% auf 14,5%, während sie in Ostdeutschland, wo der Anteil nFQ immer niedriger lag, mit 11,1% praktisch gleich blieb. Allerdings sind es die ostdeutschen Frauen, die den Anteil nicht formal qualifizierter Frauen unter den der Männer drücken. Obwohl in Ostdeutschland nur 22% der 20- bis 34-jährigen Bevölkerung leben, reicht die Differenz zwischen Männern und Frauen von 2,2 Prozentpunkten aus, um bundesweit das Vorzeichen umzukehren. Die Schere zwischen Frauen und Männern hat sich in Ostdeutschland von 2011 auf 2012 weiter geöffnet → **Tabelle A8.3-3.**

Tabelle A 8.3-3: Anteil der 20- bis 34-Jährigen ohne Berufsabschluss, West- und Ostdeutschland 2012 (in %)

	Männer	Frauen	Insgesamt
Deutschland	13,9	13,7	13,8
Westdeutschland	14,3	14,6	14,5
Ostdeutschland	12,2	10,0	11,1

Quelle: Forschungsdatenzentrum der statistischen Ämter, Mikrozensus 2012, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung BIBB-Datenreport 2015

Staatsangehörigkeit/Migrationshintergrund

Von den 20- bis 24-Jährigen mit deutscher Staatsangehörigkeit haben 45% ihre Ausbildung abgeschlossen, und fast genauso viele befinden sich noch in Ausbildung. Die Quote steigt auf 80% bei den 25- bis 29-Jährigen und

²²⁸ Bei den Schulabschlüssen handelt es sich nicht nur um die Abschlüsse, mit denen die allgemeinbildende Schule verlassen wurde. Hauptschul- und Realschulabschlüsse können auch im Berufsvorbereitungsjahr und bei Vorliegen bestimmter Bedingungen im Rahmen einer erfolgreich abgeschlossenen Berufsausbildung erworben werden. Der mit 3,9% außerordentlich niedrig erscheinende Anteil derer ohne Schulabschluss an allen Schulabschlüssen gibt einen Eindruck davon, in welchem Maße nach Verlassen der Schule noch allgemeine Schulabschlüsse erworben werden. Vgl. Vereinbarung über den Abschluss der Berufsschule (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 1. Juni 1979 i. d. F. vom 4. Juni 1997); siehe www.kmk.org/dokumentation/veroeffentlichungen-beschluesse/bildung-schule/berufliche-bildung.html.

88% bei den 30- bis 34-Jährigen. Von den jungen Menschen ohne deutschen Pass (dazu zählen auch diejenigen mit doppelter Staatsbürgerschaft) der jüngsten Kohorte haben erst 30% eine abgeschlossene Ausbildung. Der Anteil, der sich in Ausbildung befindet, liegt ebenso hoch wie bei den Deutschen. Allerdings gelten schon 28% als nicht formal qualifiziert, und dieser Anteil steigt in den beiden älteren Kohorten auf 31% bzw. 36%. Die 25- bis 34-jährigen ausländischen Frauen sind gegen den Gesamttrend häufiger ohne Berufsabschluss als die Männer
 → **Tabelle A8.3-4.**

Tabelle A 8.3-4: Anteil der 20- bis 34-Jährigen ohne Berufsabschluss nach Migrationsstatus 2012 (in %)

	Männer	Frauen	Insgesamt
Deutsche	10,8	10,0	10,5
Ausländer ¹	31,1	33,5	32,3
Türken ¹	43,9	54,7	48,9
Deutsche ohne Migrationshintergrund	9,9	9,0	9,4
Migranten mit eigener Migrationserfahrung	27,7	30,1	28,9
Türkischstämmige Migranten mit eigener Migrationserfahrung	43,0	51,7	47,5
Migranten ohne eigene Migrationserfahrung	23,0	20,1	21,7
Türkischstämmige Migranten ohne eigene Migrationserfahrung	32,3	30,8	31,6

¹ Auch doppelte Staatsangehörigkeit.
 Quelle: Forschungsdatenzentrum der statistischen Ämter, Mikrozensus 2012, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung BIBB-Datenreport 2015

Das Konzept des Migrationshintergrundes ist gegenüber der Staatsangehörigkeit aussagekräftiger, weil es erlaubt, zwischen Personen mit eigener und ohne eigene Migrationserfahrung zu unterscheiden, und weil es die Zuwanderung von Eingebürgerten sichtbar macht. Hinter dieser Differenzierung steht die Annahme, dass Personen ohne eigenen Migrationshintergrund bzw. Eingebürgerte stärker in das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem integriert sind und daher geringere Quoten an nicht formal Qualifizierten aufweisen.

Tabelle A8.3-5: **Anzahl und Anteil der 20- bis 34-Jährigen ohne Berufsabschluss mit türkischem Migrationshintergrund 2012 (in %)**

	20 bis 24 Jahre			25 bis 29 Jahre			30 bis 34 Jahre			20 bis 34 Jahre		
	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen
insgesamt	37.000	31.000	68.000	37.000	50.000	88.000	75.000	81.000	156.000	136.000	145.000	281.000
Anteil nicht formal Qualifizierter (in %)	28,4	27,0	27,8	37,8	47,6	42,9	47,5	56,5	51,7	37,9	43,5	40,6
Deutsche	11.000	8.000	19.000	8.000	9.000	17.000	19.000	18.000	36.000	29.000	29.000	59.000
Anteil nicht formal Qualifizierter (in %)	22,1	17,5	19,8	25,1	24,4	24,7	29,7	32,6	31,2	25,3	24,1	24,7
Ausländer	26.000	23.000	49.000	30.000	41.000	71.000	56.000	64.000	120.000	107.000	116.000	223.000
Anteil nicht formal Qualifizierter (in %)	32,2	33,7	32,9	43,6	60,9	52,2	54,4	67,7	60,4	43,9	54,7	48,9
türkischer Migrationshintergrund ohne eigene Migrationserfahrung	23.000	16.000	39.000	15.000	12.000	27.000	39.000	28.000	67.000	55.000	40.000	95.000
Anteil nicht formal Qualifizierter (in %)	26,9	23,3	25,3	35,0	36,4	35,6	40,6	43,1	41,6	32,3	30,8	31,6
türkischer Migrationshintergrund und eigene Migrationserfahrung	14.000	15.000	29.000	22.000	38.000	61.000	36.000	53.000	89.000	81.000	105.000	186.000
Anteil nicht formal Qualifizierter (in %)	31,2	32,8	32,0	40,0	52,8	47,2	50,8	60,8	55,7	43,0	51,7	47,5

Quelle: Forschungsdatenzentrum der statistischen Ämter, Mikrozensus 2012, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

Die Ergebnisse stützen diese Annahme: 20- bis 34-jährige Deutsche ohne Migrationserfahrung bleiben zu 9,4% ohne Berufsabschluss, zugewanderte Migranten mit knapp 29% dreimal so häufig. In Deutschland Geborene mit Migrationshintergrund, aber ohne eigene Migrationserfahrung liegen mit 21,7% dazwischen → [Tabelle A8.3-4](#). Frauen weisen im Vergleich zu Männern noch niedrigere Werte auf. Nur bei Migrantinnen mit eigener Migrationserfahrung liegt die Quote mit 30,1% erkennbar über der Quote der Männer mit 27,7%.

2012 lebten in Deutschland 693.000 junge Erwachsene im Alter von 20 bis 34 Jahren, die türkischer Herkunft waren. Von ihnen waren 281.000 (40,6%) ohne Berufsabschluss → [Tabelle A8.3-5](#). Der außerordentlich hohe Anteil an nfQ unter den jungen Erwachsenen mit türkischem Migrationshintergrund bereitet seit Jahren Sorge. In der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen mit türkischem Migrationshintergrund sind bereits 27% der Frauen und 28,4% der Männer nicht formal qualifiziert. In der nächstälteren Teilgruppe der 25- bis 29-Jährigen steigt der Anteil bei den Frauen auf 47,6% und bei den Männern auf 37,8%. In der ältesten Teilgruppe (30 bis 34 Jahre) sind 47,5% der Männer und 56,5% der Frauen ohne abgeschlossene Ausbildung.

Der Anteil türkischstämmiger junger Erwachsener ohne Berufsabschluss liegt noch erheblich höher, wenn keine deutsche Staatsangehörigkeit vorliegt: 32,9% der 20- bis 24-jährigen Ausländer mit türkischem Migrationshintergrund haben keine Ausbildung. Von den 25- bis 29-Jährigen sind es bereits mehr als die Hälfte (52,2%) und bei den 30- bis 34-Jährigen 60,4%.

Betrachtet man die Anteile nach dem Migrationsstatus, also unter dem Gesichtspunkt, ob jemand selbst zugewandert ist oder nicht, liegt die Quote der in Deutschland geborenen türkischstämmigen Personen ohne Berufsabschluss mit 31,6% deutlich unter dem Gesamtwert aller jungen Erwachsenen mit türkischem Migrationshintergrund (40,6%). Frauen sind in jeder Altersgruppe häufiger ausbildungslos, aber die Differenz liegt in allen Gruppen unter 4%. Von den Zugewanderten türkischer Herkunft sind 32% der 20- bis 24-Jährigen ohne Ausbildung, der Anteil springt auf 47,2% bei den 25- bis 29-Jährigen und auf 55,7% bei den 30- bis 34-Jährigen. In den beiden älteren Gruppen zeigt sich eine Differenz von 12,8 bzw. 10 Prozentpunkten zum Nachteil der Frauen.

(Uta Braun, Manuel Schandock)

B Indikatoren zur beruflichen Weiterbildung

Das Wichtigste in Kürze

Zusammenfassend ist vor allem auf folgende Ergebnisse hinzuweisen:

- ▶ Nach den Ergebnissen des **Adult Education Survey (AES) 2014** ist die Weiterbildungsbeteiligung weiter angestiegen und lag bei den 18- bis 64-Jährigen im Jahr 2014 bei 51%. Hierbei gab es eine Reihe von Unterschieden nach verschiedenen Merkmalen. So nahmen z. B. Ältere, Arbeitslose und An- und Ungelernte seltener an Weiterbildung teil.
- ▶ Nach Ergebnissen des **BIBB-Qualifizierungspanels** hat jeder zehnte Betrieb in Deutschland im Jahr 2012 mindestens eine/-n Beschäftigte/-n im Rahmen einer Aufstiegsfortbildung gefördert; insgesamt haben 70% der Betriebe die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter/-innen gefördert.
- ▶ Die **wbmonitor Umfrage 2014** zeigt, dass das **Geschäftsklima** in der Weiterbildung weiter angestiegen ist und mit +41 annähernd den Höchstwert aus dem Jahr 2008 erreichte. Auswertungen zum Themenschwerpunkt Personal zeigen, dass Weiterbildungsanbieter häufig Honorarkräfte rekrutieren.
- ▶ Das **Kursangebot der Volkshochschulen** an beruflicher Weiterbildung umfasste im Jahr 2013 bundesweit 62.750 Veranstaltungen und war im Vergleich zum Vorjahr rückläufig.
- ▶ Für 2013 werden insgesamt 177.342 Teilnahmen an staatlich zugelassenen **Fernlehrgängen** ausgewiesen. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl um 2,9%.
- ▶ Im Jahr 2013 gab es 318.436 Eintritte in **Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung** nach SGB III und SGB II. Nach den starken Rückgängen in den vergangenen Jahren ist die Zahl erneut gestiegen.
- ▶ Im Jahr 2013 wurden im Rahmen des **Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes** 171.396 Personen gefördert. Die Teilnehmezahlen sind gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen.
- ▶ Über das **Programm Bildungsprämie** wurden bisher rd. 275.000 Prämiegutscheine und 28.000 Spargutscheine ausgegeben.

- ▶ Insgesamt gibt es zurzeit 221 **Regelungen des Bundes** für die berufliche Fortbildung und Umschulung.
- ▶ Im Schuljahr 2012/2013 gab es an **Fachschulen** 59.346 Absolventen und Absolventinnen mit bestandener Abschlussprüfung.

(Elisabeth M. Krekel)

B1 Beteiligungsstrukturen

B1.1 Beteiligung der Bevölkerung an berufsbezogener Weiterbildung – Ergebnisse des AES 2014

Der Adult Education Survey (AES) ist ein europäisches Instrument zum Monitoring Lebenslangen Lernens (Bilger/Behringer/Kuper 2013, S. 14; Europäische Kommission 2001, S. 9) in der erwerbsfähigen Bevölkerung **E**. Am ersten europäisch verpflichtenden AES 2011 (Europäische Union 2008) beteiligten sich 30 Länder, darunter auch Deutschland mit dem deutschen AES 2012. Letzterer passt sich in die Trendbeobachtung *Weiterbildungsverhalten in Deutschland* ein, die seit dem Jahr 1979 alle 2 bis 3 Jahre im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) bzw. seinem Vorgänger durchgeführt wurde.²²⁹ Die europäische Pflichtstatistik sieht einen Erhebungsturnus von 5 Jahren vor.²³⁰ Die Abstände in Deutschland sind bisher kürzer. Bereits mit dem deutschen AES 2010 wurde eine rein deutsche Erhebung durchgeführt. Dies gilt nun auch für den AES 2014.²³¹

E Adult Education Survey (AES): Methoden, erfasste Lernformen und Weiterbildungssegmente

Im AES 2014 wurden 3.100 computergestützte mündlich-persönliche Interviews in deutscher Sprache (CAPI: Computer Assisted Personal Interview) durchgeführt.²³² Die Befragungspersonen wurden per Zufallsverfahren²³³ aus der erwerbsfähigen Wohnbevölkerung Deutschlands im Alter von 18 bis 64 Jahren ausgewählt. Beobachtungszeitraum

des AES sind die letzten 12 Monate gerechnet ab dem Zeitpunkt des Interviews.²³⁴

In Anlehnung an die *Classification of Learning Activities* (CLA; European Commission/Eurostat 2006) werden im AES 3 Lernformen erfasst: a) formal education/reguläre Bildungsgänge, b) non-formal education/Weiterbildung und c) informal learning/informelles Lernen. Sie werden vor allem nach Grad der Organisiertheit unterschieden. Reguläre Bildungsgänge sind durch den höchsten Organisationsgrad gekennzeichnet. Sie müssen in einem Zeitraum von wenigstens 6 Monaten im Rahmen einer „Lehrende-Lernende-Beziehung“ so gestaltet sein, dass sie zu einem Abschluss führen, der im jeweiligen nationalen Qualifikationsrahmen verankert ist. In Deutschland ist das der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR). Lernaktivitäten, die keine regulären Bildungsgänge sind, sind dann Weiterbildungsaktivitäten, wenn sie ebenfalls durch eine Lehrperson inhaltlich und didaktisch vorstrukturiert sind. Informelle Lernaktivitäten werden dann im AES erfasst, wenn sie intentional erfolgen. Zufälliges, nicht intentionales Lernen wird im AES, der im Wesentlichen für ein Monitoring per Teilnahmequoten erhoben wird, nicht erfasst.²³⁵

Erfragt werden im AES nicht nur, ob sich eine Person an den o. g. Lernaktivitäten beteiligt, sondern auch Informationen über die wahrgenommenen Lernaktivitäten. Dies ermöglicht einerseits eine Darstellung des Bildungsverhaltens in Form von Teilnahmequoten insgesamt und getrennt nach verschiedenen Personengruppen und andererseits einen Überblick über die Strukturen der Lernformen bzw. verschiedener Segmente der Lernformen auf Ebene der Aktivitäten.

Der AES fokussiert auf Weiterbildungsaktivitäten, welche hier ausschließlicher Berichtsgegenstand sind. Die Frage zur Erfassung der Weiterbildungsbeteiligung ist gestützt²³⁶ konzipiert (vgl. Bundesministerium für Bildung und

229 Deutschland beteiligte sich mit dem deutschen AES 2007 bereits an der freiwilligen europäischen Erhebung. Die Erhebungen davor erfolgten nach dem Konzept des Berichtssystems Weiterbildung (BSW), das Weiterbildung nach Verständnis des deutschen Bildungsrates (1970) als vierter Bildungssäule nach Abschluss einer Erstausbildung erhob.

230 Damit erfolgt mit dem europäischen AES 2016 die nächste Erhebung (European Commission 2014).

231 Seine Ergebnisse sind im AES 2014 Trendbericht (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2015), der vom BMBF herausgegeben und beauftragt und von den beiden Autorinnen erstellt wurde, näher beschrieben.

232 In den deutschen Erhebungen davor lag die Fallzahl mit jeweils rund 7.000 Interviews deutlich darüber.

233 Angewendet wurde das Random-Route-Verfahren nach ADM-Standard (ADM: Arbeitskreis deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V.). Zu den methodischen Einzelheiten vgl. Materialband 1 des AES 2014, der nach Projektschluss (ca. Mai 2015) im Datenarchiv von gesis gemeinsam mit den AES-Daten für die interessierte Fachöffentlichkeit erhältlich sein wird.

234 Weil der AES in einem Zeitraum von 2 Monaten erhoben wurde (Mitte Mai bis Mitte Juli 2014), kann der Beobachtungszeitraum von 12 Monaten in einem Zeitraum von 14 Monaten verortet sein. Wenngleich damit nur 5 bis 7 Monate des Beobachtungszeitraums von 12 Monaten tatsächlich im Kalenderjahr 2014 liegen, wird der Einfachheit halber im AES 2014 auch vom Jahr 2014 gesprochen.

235 Es ist davon auszugehen, dass jeder Mensch im Verlauf von 12 Monaten zufällig etwas lernt. Gemessen in Teilnahmequoten würde dies wegen des anzunehmenden Deckeneffekts zu keinen sinnvollen Maßzahlen für ein Monitoring führen.

236 Die gestützte Frageform hilft einerseits, ggf. Erinnerungsprobleme aufseiten der Befragten zu reduzieren, und umreißt andererseits das Spektrum dessen, was im AES unter Weiterbildungsaktivitäten zu verstehen ist. Eingeschlossen sind demnach verkürzt formuliert a) Kurse oder Lehrgänge in der Arbeits- oder Freizeit, b) kurzzeitige Bildungs- oder Weiterbildungsveranstaltungen, c) Schulungen am Arbeitsplatz und d) Privatunterricht in der Freizeit.

Forschung 2015, Kapitel 2). Sie werden im Nachhinein in 3 Weiterbildungssegmente untergliedert: a) betriebliches, b) individuelles berufsbezogenes und c) nicht berufsbezogenes Segment. Eine Weiterbildungsaktivität wird dann dem betrieblichen Segment zugeordnet, wenn sie a) zumindest überwiegend während der bezahlten Arbeitszeit oder b) während einer bezahlten Freistellung für Bildungszwecke erfolgte oder c) die direkten Kosten zumindest teilweise durch den Arbeitgeber finanziert wurden. Die verbleibenden Weiterbildungsaktivitäten werden nach dem Grund der Weiterbildung klassifiziert. Individuelle berufsbezogene Weiterbildungsaktivitäten erfolgen aus beruflichen und nicht berufsbezogene aus privaten Gründen. Eurostat änderte die zur Definition der Segmente herangezogenen Instrumente so, dass zwischen den AES-Erhebungen der Jahre 2010 und 2012 ein Trendbruch vorliegt (vgl. Bilger/Kuper 2013).

Beteiligung an Weiterbildung

Die Teilnahme an Weiterbildung insgesamt kann nach dem Konzept des AES seit dem Jahr 2007 im Trend dargestellt werden → **Tabelle B1.1-1** (Spalten 2 bis 5), diejenige an den 3 Weiterbildungssegmenten aufgrund des oben beschriebenen Trendbruchs seit dem Jahr 2012 → **Tabelle B1.1-1** (Spalten 6 bis 11). Eine Person geht dann in die Teilnahmequote von Weiterbildung insgesamt ein, wenn sie zumindest eine Weiterbildungsaktivität, in den letzten 12 Monaten wahrgenommen hat. Analog wird bei den Teilnahmequoten der Weiterbildungssegmente vorgegangen: Eine Person muss mindestens eine Aktivität aus dem jeweiligen Bereich in den letzten 12 Monaten durchgeführt haben.

Die Teilnahme an Weiterbildung ist zwischen den Jahren 2010 (42%) und 2012 (49%) deutlich angestiegen. Im Jahr 2014 liegt die Weiterbildungsbeteiligung der 18- bis 64-Jährigen bei 51%; der beobachtete starke Anstieg der Teilnahmequote zwischen 2010 und 2012 war demnach keine Ausnahmeerscheinung, sondern wird durch das Ergebnis des AES 2014 bestätigt. Der seit 2010 vorliegende Trend ist sowohl in West- als auch Ostdeutschland ersichtlich, wenngleich der Anstieg zwischen den Jahren 2010 und 2012 in Ostdeutschland deutlicher stärker ausfiel als in Westdeutschland (12 vs. 5 Prozentpunkte). Dennoch sind die ostdeutsche (54%) und die westdeutsche (50%) Teilnahmequote im Jahr 2014 als statistisch nicht verschieden zu bewerten.

Getrennt nach den Weiterbildungssegmenten ist im Jahr 2014 die Teilnahmequote an betrieblicher Weiterbildung am höchsten (37%), gefolgt von der nicht berufsbezogenen (12%) und der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung (9%). Diese Quoten haben sich seit dem Jahr 2012 nicht nennenswert verändert. Wenngleich der Ost-West-Vergleich auf Ebene der Teilnahmequoten an Weiterbildung insgesamt keine nennenswerten Unterschiede zeigt, ist bei der betrieblichen Weiterbildung ein Niveauunterschied im Jahr 2014 zu erkennen: Personen aus Ostdeutschland (42%) beteiligen sich häufiger an betrieblicher Weiterbildung als Personen aus Westdeutschland (36%). Ein ähnliches Bild hatte sich bereits im Jahr 2012 gezeigt.

Getrennt nach Erwerbsstatusgruppen variieren die Teilnahmequoten an Weiterbildung auch im Jahr 2014 stark. Erwerbstätige (58%) beteiligen sich am häufigsten an Weiterbildung, gefolgt von Personen in einer schulischen oder beruflichen Bildungsphase (54%) sowie Arbeitslosen (32%) und sonstigen Nichterwerbstätigen (25%). Die starken Teilnahmeunterschiede sind vor allem geprägt von den Zugangsmöglichkeiten zum betrieblichen Weiterbildungssegment (s. u.). Erwerbstätige beteiligen sich etwa zur Hälfte (49%) an betrieblicher Weiterbildung. Die verbleibenden 3 Gruppen der Personen in einer Bildungsphase (17%), der Arbeitslosen (11%) und der sonstigen Nichterwerbstätigen (5%) sind dagegen hiervon nahezu ausgeschlossen (vgl. Fußnote 4 in → **Tabelle B1.1-1**). Individuelle berufsbezogene Weiterbildung wird im Jahr 2014 dagegen am häufigsten von Arbeitslosen (17%) und von Personen in einer schulischen oder beruflichen Bildungsphase wahrgenommen (14%).

Getrennt nach Stellung im Beruf beteiligen sich unter den Erwerbstätigen Angestellte/Beamte (64%) am häufigsten an Weiterbildung, gefolgt von Selbstständigen (53%) und Arbeitern (44%). Im Vergleich zu 2012 zeigt sich einzig in der Gruppe der Arbeiter ein nennenswerter Beteiligungszuwachs von 6 Prozentpunkten. Dieser Anstieg ist vor allem auf die betriebliche Weiterbildung zurückzuführen (2012: 32%; 2014: 39%). Dennoch liegt im Jahr 2014 die Teilnahmequote an betrieblicher Weiterbildung unter den Beamten/Angestellten (57%) deutlich über der der Arbeiter. Auffällig ist die sehr niedrige Teilnahmequote an betrieblicher Weiterbildung unter Selbstständigen (28%). Die Teilnahmequote der Selbstständigen liegt dagegen im Segment der individuellen berufsbezogenen

Tabelle B1.1-1: **Teilnahmequoten an Weiterbildung insgesamt und getrennt nach Weiterbildungssegmenten für ausgewählte Personengruppen**

Basis: alle 18- bis 64-Jährigen	Teilnahmequoten in %									
	Weiterbildung insgesamt				Betriebliche Weiterbildung		Individuelle berufsbezogene Weiterbildung		Nicht berufsbezogene Weiterbildung	
	2007 ¹	2010	2012	2014	2012	2014	2012	2014	2012	2014
	(n = 7.043)	(n = 7.035)	(n = 7.099)	(n = 3.100)	(n = 7.099)	(n = 3.100)	(n = 7.099)	(n = 3.100)	(n = 7.099)	(n = 3.100)
Alle 18- bis 64-Jährigen	44	42	49	51	35	37	9	9	13	12
Regionen										
Westdeutschland	43	43	48	50	34	36	9	9	13	13
Ostdeutschland	47	41	53	54	39	42	10	9	12	10
Gender										
Männlich	46	43	51	52	39	40	8	9	10	10
Weiblich	42	42	47	50	31	34	10	10	15	15
Alter										
18 bis 24 Jahre	49	40	49	50	23	27	12	9	22	24
25 bis 34 Jahre	47	41	51	58	38	40	10	14	12	13
35 bis 44 Jahre	49	47	52	53	40	45	9	9	11	10
45 bis 54 Jahre	46	47	51	53	40	42	9	7	10	10
55 bis 64 Jahre	27	34	38	39	27	25	6	8	12	12
Bildungsniveau nach ISCED-Level (1997)²										
Kein Abschluss bis Level 2	- ³	- ³	31	33	18	23	7	6	9	9
Level 3 und 4	- ³	- ³	45	47	31	33	8	8	12	12
Level 5 und 6	- ³	- ³	67	67	52	52	13	13	16	15
Erwerbsstatus⁴										
Erwerbstätige	52	49	56	58	46	49	8	9	10	10
Arbeitslose	26	28	29	32	6	11	17	17	8	7
Personen in schulischer/ beruflicher Bildung	50	44	51	54	16	17	16	14	28	31
Sonstige Nichterwerbstätige	19	20	24	25	7	5	4	5	16	16
Neue Basis: Erwerbstätige	(n = 4.696)	(n = 3.869)	(n = 4.636)	(n = 1.855)	(n = 4.636)	(n = 1.855)	(n = 4.636)	(n = 1.855)	(n = 4.636)	(n = 1.855)
Stellung im Beruf										
Arbeiter ⁵	33	29	38	44	32	39	3	4	6	5
Angestellte/Beamte ⁶	61	57	63	64	55	57	7	8	12	10
Selbstständige	51	46	52	53	29	28	23	20	9	15
Neue Basis: Arbeiter/Angestellte	(n = 3.702)	(n = 3.048)	(n = 3.668)	(n = 1.517)	(n = 3.668)	(n = 1.517)	(n = 3.668)	(n = 1.517)	(n = 3.668)	(n = 1.517)
Berufliche Position										
Un-/Angelernte	34	33	37	44	30	37	4	5	8	7
Fachkräfte	55	54	62	64	54	58	7	7	11	10
Führungsebene	72	70	77	75	70	69	8	13	13	8

¹ Im AES 2007 wurde die Gruppe der 18-Jährigen nicht befragt. Zielpersonen des AES 2007 waren demnach 19- bis 64-Jährige.

² Wenngleich eine neue Klassifikation des ISCED-Levels vorliegt (UNESCO 2011), wurde im AES 2014 wie bereits zuvor die Klassifikation des Jahres 1997 (Institut for Statistics UNESCO 1997, 2006) angewendet. Der ISCED 1997 unterscheidet insgesamt 6 Levels, wobei die höchste Zahl dem höchsten Niveau entspricht. Einbezogen werden alle schulischen und beruflichen Abschlüsse. In der Darstellung wurden verschiedene Levels aggregiert (genauer vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2015, Kapitel 4).

³ Die Klassifikation wurde für die Jahre 2007 und 2010 nicht ausgewiesen.

⁴ Ausgewiesen ist hier der Erwerbsstatus zum Zeitpunkt des Interviews, nicht derjenige zum Zeitpunkt der Weiterbildungsbeteiligung. Es kann sein, dass eine Person im Verlauf von 12 Monaten ihren Erwerbsstatus wechselt, was vor allem bei der Interpretation der Teilnahmequoten an betrieblicher Weiterbildung zu berücksichtigen ist. Dies kann am besten auf Ebene der Weiterbildungsaktivitäten gezeigt werden. Betriebliche Weiterbildung wurde nahezu vollständig von Personen, die zum Zeitpunkt der Weiterbildungsaktivitäten erwerbstätig waren (97%), wahrgenommen. Ein deutlich kleinerer Anteil entfällt auf Personen, die während der Teilnahme Auszubildende waren (2%).

⁵ Die Unterscheidung von Angestellten und Arbeitern wird offiziell nicht mehr vorgenommen. Die getrennte Abfrage wurde dennoch beibehalten, um den Befragten eine bekannte Zuordnungsmöglichkeit während der Befragung einzuräumen. In den Strukturen zeigt sich, dass dies eine richtige Entscheidung war.

⁶ Die ungewichtete Fallzahl von erwerbstätigen Beamten ist niedrig. Daher werden die Ergebnisse der Beamten und die Angestellten gemeinsam ausgewiesen.

nen Weiterbildung mit Abstand am höchsten (20%). Dies dürfte zugleich auch eine (Teil-)Erklärung für ihre niedrige Quote an betrieblicher Weiterbildung sein. Möglicherweise haben die Selbstständigen bei den Fragen Zuordnungsprobleme, die in die Definition betrieblicher Weiterbildung einbezogen werden (s. o.), nämlich ob eine Weiterbildungsaktivität während der Arbeitszeit erfolgte oder ob die hierzu anfallenden direkten Weiterbildungskosten vom eigenen Arbeitgeber finanziert wurden.

Für erwerbstätige Arbeiter und Angestellte ist mit dem AES zudem eine Zuordnung nach beruflicher Position möglich. Mit zunehmender beruflicher Position steigt die Beteiligung an Weiterbildung (Un-/Angelernte: 44%, Fachkräfte: 64%, Führungsebene: 75%). Dies ist vor allem auf die betriebliche Weiterbildung zurückzuführen (37%, 58%, 69%). Seit dem Jahr 2012 ist unter den Un- und Angelernten eine deutliche Zunahme in der Teilnahmequote (plus 7 Prozentpunkte) und unter den Fachkräften eine leichte (plus 4 Prozentpunkte) zu erkennen. Dabei ist der Anstieg unter den Fachkräften vor allem auf diejenigen aus Ostdeutschland zurückzuführen (nicht tabelliert) und der unter den Un- und Angelernten vor allem auf diejenigen aus Westdeutschland (nicht tabelliert, vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2015, Kapitel 4).

Auch im Jahr 2014 beteiligen sich Personen mit zunehmendem Bildungsniveau zunehmend an Weiterbildung. Dieses Muster zeigt sich auch getrennt nach den 3 Weiterbildungssegmenten.

Männer und Frauen nehmen im Jahr 2014 wieder etwa gleich häufig an Weiterbildung teil (52% vs. 50%). Dieses Bild hatte sich bereits im Jahr 2010 gezeigt. Im Jahr 2012 lag die Teilnahmequote der Männer etwas höher als die der Frauen. Im Jahr 2014 haben die Frauen wieder aufgeholt.

Getrennt nach 5 Altersgruppen weichen die Ergebnisse im Jahr 2014 erstmals von den bisher bekannten Weiterbildungsquoten im Muster etwas ab. Bislang zeigte sich eine Gipfelkurve. Die niedrigsten Quoten fanden sich jeweils in der jüngsten und der ältesten Gruppe. Dieses Phänomen liegt auch im Jahr 2014 vor und ist auf die schlechteren Zugangsmöglichkeiten zu betrieblicher Weiterbildung vor/zu Beginn bzw. nach/am Ende der beruflichen Karriere zu erklären. Das Muster wird im Jahr 2014 durch den deutlichen Anstieg der Teilnahmequote

unter den 25- bis 34-Jährigen gebrochen (2012: 51%, 2014: 58%). Dies wird – zumindest teilweise – durch den Anstieg an individueller berufsbezogener Weiterbildung erklärt (2012: 10%, 2014: 14%).²³⁷

Zahl der wahrgenommenen Weiterbildungsaktivitäten und darin investierte Zeit

Wenn es um ein Monitoring lebenslangen Lernens geht, in der eine Überprüfung des Lernzuwachses im Rahmen unterschiedlicher Lernformen bzw. -aktivitäten in der breiten Bevölkerung aufgrund der starken Heterogenität von Lernaktivitäten nicht möglich ist, ist die Teilnahmequote, also die Tatsache, ob sich eine erwerbsfähige Person im Verlauf von 12 Monaten überhaupt an einer Weiterbildungsaktivität beteiligte, nicht die einzige „Maßeinheit“, die betrachtet werden kann. Hinzuzuziehen sind Informationen über die Intensität, mit der eine Person Weiterbildung betreibt: Wie viele Aktivitäten nimmt eine Person im Verlauf von 12 Monaten wahr und wie viel Zeit investiert sie darin?

51% der 18- bis 64-Jährigen haben nach dem AES 2014 wenigstens eine Weiterbildungsaktivität wahrgenommen → **Tabelle B1.1-2**. Die Teilnehmer/-innen an Weiterbildung haben durchschnittlich 2,0 Weiterbildungsaktivitäten besucht, in die sie durchschnittlich 70 Stunden investiert haben (wahrgenommene Unterrichtsstunden, umgerechnet in Zeitstunden). Der Median zeigt, dass der Mittelwert deutlich von wenigen sehr zeitintensiven Weiterbildungsaktivitäten beeinflusst wird. Pro Kopf in der erwerbsfähigen Bevölkerung wurden in durchschnittlich 1,0 Weiterbildungsaktivitäten durchschnittlich 36 Stunden investiert, also rund 90% einer Vollzeitarbeitswoche.

Getrennt nach Weiterbildungssegmenten zeigen sich unterschiedliche Strukturen:

- ▶ 37% der 18- bis 64-Jährigen haben sich im Jahr 2014 an betrieblicher Weiterbildung beteiligt. Durchschnittlich haben die Teilnehmenden 1,8 Aktivitäten wahrgenommen und dafür 48 Stunden aufgewendet. Betrachtet man ausschließlich erwerbstätige Teilnehmende, zeigt sich ein Besuch von durchschnittlich 1,9 betrieblichen Weiterbildungsaktivitäten mit einer dafür durchschnittlich aufgewendeten Zeit von

²³⁷ Ob dieser Effekt durch das Förderinstrument der Bildungsprämie (vgl. **Kapitel B3.7**) hervorgerufen wurde, kann mit dem AES nicht beantwortet werden.

Tabelle B1.1-2: Weiterbildung insgesamt und Weiterbildungssegmente nach Teilnahmequoten, Weiterbildungsvolumen und Zahl der wahrgenommenen Weiterbildungsaktivitäten im Jahr 2014

	Weiterbildung insgesamt	Betriebliche Weiterbildung	Individuelle berufsbezogene Weiterbildung	Nicht berufsbezogene Weiterbildung
Basis: alle 18- bis 64-Jährigen	(n = 3.100)	(n = 3.100)	(n = 3.100)	(n = 3.100)
Teilnahmequoten	51%	37%	9%	12%
Durchschnittliche Zahl der wahrgenommenen Weiterbildungsaktivitäten (pro Kopf in der Bevölkerung)	1,0 Akt.	0,7 Akt.	0,1 Akt.	0,2 Akt.
Durchschnittlich investierte Zeit in Stunden (pro Kopf in der Bevölkerung)	36 Std.	18 Std.	10 Std.	8 Std.
Anteilswert am Weiterbildungsvolumen	100%	49%	27%	24%
Basis: Erwerbstätige	(n = 1.855)	(n = 1.855)	(n = 1.855)	(n = 1.855)
Teilnahmequoten	58%	49%	9%	10%
Durchschnittliche Zahl der wahrgenommenen Weiterbildungsaktivitäten	1,2 Akt.	0,9 Akt.	0,1 Akt.	0,1 Akt.
Durchschnittlich investierte Zeit in Stunden	37 Std.	23 Std.	7 Std.	6 Std.
Anteilswert am Weiterbildungsvolumen	100%	63%	19%	18%
Basis: alle Nichterwerbstätige (einschließlich Personen in Bildungsphase und Arbeitslosen)	(n = 1.245)	(n = 1.245)	(n = 1.245)	(n = 1.245)
Teilnahmequoten	35%	10%	10%	19%
Durchschnittliche Zahl der wahrgenommenen Weiterbildungsaktivitäten	0,6 Akt.	0,1 Akt.	0,1 Akt.	0,3 Akt.
Durchschnittlich investierte Zeit in Stunden	33 Std.	5 Std.	15 Std.	13 Std.
Anteilswert am Weiterbildungsvolumen	100%	15%	46%	39%
Basis: jeweilige Teilnehmende	(n = 1.552)	(n = 1.034)	(n = 314)	(n = 465)
Durchschnittliche Zahl der wahrgenommenen Weiterbildungsaktivitäten im jeweiligen Segment	2,0	1,8	1,4	1,4
Durchschnittlich investierte Zeit in Stunden				
Mittelwert	70 Std.	48 Std.	104 Std.	68 Std.
Median	30 Std.	20 Std.	48 Std.	30 Std.
Basis: jeweilige Teilnehmende, die erwerbstätig sind	(n = 1.108)	(n = 924)	(n = 177)	(n = 214)
Durchschnittliche Zahl der wahrgenommenen Weiterbildungsaktivitäten im jeweiligen Segment	2,1 Akt.	1,9 Akt.	1,4 Akt.	1,3 Akt.
Durchschnittlich investierte Zeit in Stunden				
Mittelwert	64 Std.	47 Std.	80 Std.	66 Std.
Median	28 Std.	20 Std.	43 Std.	27 Std.
Basis: jeweilige Teilnehmende, die nicht erwerbstätig sind	(n = 444)	(n = 110)	(n = 137)	(n = 251)
Durchschnittliche Zahl der wahrgenommenen Weiterbildungsaktivitäten im jeweiligen Segment	1,7 Akt.	1,5 Akt.	1,4 Akt.	1,5 Akt.
Durchschnittlich investierte Zeit in Stunden				
Mittelwert	96 Std.	52 Std.	151 Std.	69 Std.
Median	40 Std.	14 Std.	58 Std.	30 Std.
Basis: Weiterbildungsaktivitäten	(n = 2.986)	(n = 1.904)	(n = 447)	(n = 635)
Verteilung der Segmente auf alle Weiterbildungsaktivitäten	100%	70%	13%	17%
Durchschnittlich aufgewendete Zeit pro Weiterbildungsaktivität				
Mittelwert	36 Std.	26 Std.	75 Std.	50 Std.
Median	14 Std.	10 Std.	30 Std.	20 Std.
Verteilung der für Weiterbildung insgesamt aufgewendeten Zeit (Weiterbildungsvolumen)	100%	49%	27%	24%

Akt. = Weiterbildungsaktivitäten

Quelle: AES 2014/TNS Infratest Sozialforschung

BIBB-Datenreport 2015

47 Stunden. Grob geschätzt finanzieren die Arbeitgeber pro Jahr eine von 46 Arbeitswochen eines Arbeitnehmers (mit) für betriebliche Weiterbildung.

- ▶ Unter den AES-Befragten im Alter von 18 bis 64 Jahren unternahmen 9% Aktivitäten im individuellen berufsbezogenen Weiterbildungssegment. Die Teilnehmenden nahmen durchschnittlich 1,4 Aktivitäten in diesem Segment wahr und wendeten durchschnittlich 104 Stunden dafür auf. Die Aktivitäten individueller berufsbezogener Weiterbildung scheinen in 2 Bereichen besonders stark genutzt zu werden: a) als Positivsanktion für Erwerbstätige bzw. zur Fortbildung Selbstständiger und b) als Maßnahme zur (Wieder-)Eingliederung in das Berufsleben (vgl. Bilger/Gnahn 2011, S. 141 f.; Kuper/Unger/Gnahn 2013, S. 165 f.). Insofern ist auch hier die Unterscheidung der Teilnehmenden nach Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen²³⁸ interessant. Beide Teilnehmergruppen nehmen durchschnittlich 1,4 Aktivitäten im Bereich der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung wahr. Die Durchschnittswerte der darin investierten Zeit unterscheiden sich enorm: Erwerbstätige wenden durchschnittlich für 1,4 individuelle berufsbezogene Weiterbildungsaktivitäten 80 Stunden auf, Nichterwerbstätige investieren mit durchschnittlich 151 Stunden knapp die doppelte Zeit. Ob dahinter die vergleichsweise zeitintensiven Maßnahmen des Arbeitsamts oder Integrationskurse stehen, kann anhand der Daten nicht geklärt werden.
- ▶ 12% aller Befragungspersonen befassten sich mit nicht berufsbezogener Weiterbildung. Die Teilnehmenden besuchten durchschnittlich ebenfalls 1,4 Aktivitäten nicht berufsbezogener Weiterbildung und brachten dafür durchschnittlich 68 Stunden auf.

Das Segment der betrieblichen Weiterbildung ist gerechnet in Weiterbildungsaktivitäten am größten (70%). Pro betriebliche Weiterbildungsaktivität werden durchschnittlich 26 Stunden aufgewendet. Den Gegenpol bildet das kleinste Segment. 13% aller Weiterbildungsaktivitäten entfallen auf die individuelle berufsbezogene Weiterbildung. Allerdings wird pro individuelle berufsbezogene Weiterbildungsaktivität mit durchschnittlich 75 Stunden die meiste Zeit aufgewendet.

Noch deutlicher wird dieses Bild, wenn zusätzlich zur Weiterbildungsaktivität die Verteilung des Weiterbildungsvolumens (Summe aller für Weiterbildung aufgewendeten Stunden) auf die 3 Weiterbildungssegmente betrachtet wird. Dieser Vergleich zeigt für das Jahr 2014, dass zwar 70% der Weiterbildungsaktivitäten auf das Segment der betrieblichen Weiterbildung entfallen, aber nur 49% des Weiterbildungsvolumens diesem Segment zugeordnet werden können. Bei der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung ist hingegen ein umgekehrtes Muster zu erkennen: Wenngleich nur ein Achtel (13%) aller Weiterbildungsaktivitäten auf dieses Segment entfällt, nimmt es beim Weiterbildungsvolumen einen Anteil von gut einem Viertel (27%) ein.

(Frauke Bilger, Alexandra Strauß, TNS Infratest Sozialforschung)

B1.2 Betriebliche Weiterbildung

B1.2.1 Betriebliche Weiterbildung und Weiterbildungsquote

Mit den Daten des Betriebspanels des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) kann die Beteiligung der Betriebe an Weiterbildungsmaßnahmen und der Anteil der in Weiterbildung einbezogenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ausgewiesen werden.

Ergebnisse des IAB-Betriebspanels für den Zeitraum 2001 bis 2012 zu den Indikatoren Weiterbildungsbeteiligung und Weiterbildungsquote wurden im BIBB-Datenreport 2014, Kapitel B1.2.1 dargestellt. Über die Ergebnisse wird im Turnus von 2 Jahren im BIBB-Datenreport berichtet; eine Aktualisierung ist für den BIBB-Datenreport 2016 geplant.

²³⁸ Eine getrennte Betrachtung der Nichterwerbstätigen nach Personen in einer Bildungsphase, Arbeitslosen und sonstigen Nichterwerbstätigen ist fallzahlbedingte nicht sinnvoll.

B1.2.2 Betriebliche Weiterbildung aus Sicht der Erwerbstätigen im europäischen Vergleich

Die betriebliche Weiterbildung ist ein wichtiger Teil des lebenslangen Lernens. Die europäischen Unternehmensbefragungen zur betrieblichen Weiterbildung (Continuing Vocational Training Survey, CVTS) stellen wichtige Kennziffern zum betrieblichen Weiterbildungsangebot zur Verfügung. An der letzten Erhebung mit dem Bezugsjahr 2010 (CVTS4) beteiligten sich 29 Länder: neben den EU-Mitgliedstaaten, die zur Teilnahme verpflichtet sind, weitere interessierte Staaten wie Kroatien als damaliger Beitrittskandidat und Norwegen. Die zentralen Ergebnisse aus CVTS4 wurden im BIBB-Datenreport 2013, Kapitel B1.2.2 dargestellt. Weitere Auswertungen finden sich im BIBB-Datenreport 2014, Kapitel B1.2.2 und Kapitel C.

CVTS ist eine Unternehmensbefragung in Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten in den Wirtschaftsbereichen B bis N sowie R und S der NACE Rev. 2.²³⁹ In Unternehmensbefragungen können verschiedene Aspekte des betrieblichen Weiterbildungsverhaltens erfragt werden, z. B. das Angebot an verschiedenen Formen der Weiterbildung, die Weiterbildungspolitik der Unternehmen oder die Organisation der Bildungsaktivitäten. Auch die Weiterbildungsbeteiligung der Beschäftigten (Teilnahme, Stundenvolumen) kann ermittelt werden. Hier zeigen sich allerdings die Grenzen von Unternehmensbefragungen. Anders als in Personenbefragungen können in Unternehmensbefragungen Informationen zur Teilnahme nach verschiedenen Personengruppen nicht sehr detailliert erhoben werden.²⁴⁰ Personenbefragungen erfassen üblicherweise die verschiedensten soziodemografischen Merkmale der Befragten und ermöglichen damit differen-

ziertere Auswertungen der Weiterbildungsbeteiligung der befragten Personen – und zwar nicht nur an betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen. Sie sind auch besser geeignet, um die Beteiligung an nicht formalisierten Lernformen abzubilden. Allerdings haben Personenbefragungen auch Schwächen, insbesondere mit Blick auf die betriebliche Weiterbildung: So können Individuen normalerweise keine Auskunft über die Weiterbildungspolitik ihres Arbeitgebers geben. Auch ist ihnen in der Regel nicht bekannt, in welcher Höhe Kosten beim Arbeitgeber für die betriebliche Weiterbildung angefallen sind. Grundsätzlich werden unternehmensbezogene Merkmale wie die Beschäftigtenzahl oder die Branche in Personenbefragungen weniger verlässlich erhoben (vgl. zu den Vor- und Nachteilen von Unternehmensbefragungen im Vergleich zu Personenbefragungen Behringer/Käpplinger/Moraal 2008).

Unternehmens- und Personenbefragungen sind als komplementär zueinander zu sehen. Sie haben hinsichtlich der Erfassung der Weiterbildung jeweils spezifische Stärken und Schwächen. Der Adult Education Survey (AES) **E** als europäische Personenbefragung zu den Lernaktivitäten im Erwachsenenalter ermöglicht es, die Beteiligung an betrieblicher Weiterbildung aus Sicht der Erwerbstätigen zu analysieren. Hierdurch können Aspekte der betrieblichen Weiterbildung erfasst werden, die durch CVTS bisher nicht abgedeckt wurden.

E Adult Education Survey (AES)

Der AES als „Datenerhebung über die Beteiligung und Nichtbeteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen“ wurde in den Jahren 2011/2012 erstmals verpflichtend für die EU-Mitgliedstaaten auf der Grundlage von Verordnungen des europäischen Parlaments und des Rates, die u. a. den europäischen Standardfragebogen und Leitlinien zur Methodik enthalten, durchgeführt. Die Verordnungen sehen vor, die Befragung alle 5 Jahre zu wiederholen. Da sich auch Norwegen, Schweiz und Serbien beteiligten, liegen Ergebnisse für 30 Länder vor. Zwischen 2005 und 2009 gab es auf freiwilliger Basis in 29 Ländern eine AES-Piloterhebung. Eurostat veröffentlicht ausgewählte Ergebnisse beider Erhebungen in seiner Datenbank (<http://ec.europa.eu/eurostat/data/database>, Abrufdatum: 25. Februar 2015).

239 B–E: Verarbeitendes Gewerbe/Herstellung von Waren, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, sonstige Industrie; F: Baugewerbe/Bau; G–I: Handel, Verkehr und Lagerei; J–K: Information und Kommunikation, Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; L–N: Grundstücks- und Wohnungswesen, Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen; R–S: Kunst, Unterhaltung und Erholung, sonstige Dienstleistungen. In CVTS1 mit dem Bezugsjahr 1993 wurden nicht in allen Ländern alle vorgesehenen Wirtschaftsbereiche in die Befragung einbezogen.

240 So wurde in CVTS4 nur eine Differenzierung der Teilnehmenden an Kursen nach Geschlecht vorgenommen, jedoch nicht nach weiteren soziodemografischen Merkmalen wie Alter oder Bildungsstand – auch weil sich ihre Erfassung in früheren Erhebungen als schwierig herausgestellt hat.

In den einzelnen Ländern wurde jeweils eine repräsentative Stichprobe der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung²⁴¹ zu ihren Lernaktivitäten in den letzten 12 Monaten vor der Erhebung befragt. Die Erfassung der Lernaktivitäten erfolgt nach der „Classification of Learning Activities“ (Eurostat 2006) getrennt nach formaler Bildung, nonformaler Bildung und informellem Lernen. Die Lernaktivitäten werden gestützt abgefragt, den Befragten werden zur Veranschaulichung und Erinnerungsanregung Beispiele genannt. Darüber hinaus werden soziodemografische Daten der befragten Personen erhoben und weitere Themen angesprochen, die das Weiterbildungsverhalten in einen breiteren Kontext stellen.

Insgesamt beteiligten sich 2011/2012 mehr als 220.000 Personen an der Befragung (in Deutschland 7.099). In einigen Ländern besteht Auskunftspflicht der Befragten; in Deutschland ist die Befragung für die Zielpersonen freiwillig. Die Antwortquote lag 2011/2012 mit Ausnahme Belgiens, Luxemburgs und Österreichs bei mindestens 50% (in Deutschland bei 51%). In den meisten Staaten wurde der AES 2011/2012 als eigenständige Befragung durchgeführt, in Belgien und Irland war er in die Arbeitskräfteerhebung (Labour Force Survey, LFS) integriert, was die Vergleichbarkeit mit den anderen Ländern einschränkt (vgl. dazu ausführlicher BIBB-Datenreport 2014, Kapitel C).

Beteiligung an betrieblicher Weiterbildung aus Sicht der Erwerbstätigen

Im AES wird das Lernen Erwachsener differenziert nach formalem, nonformalem und informellem Lernen erfasst. Für den europäischen Vergleich werden bei der Ermittlung der Teilnahmequoten an betrieblicher Weiterbildung von Eurostat nur die nonformalen Lernaktivitäten berücksichtigt.²⁴² Im AES geben die Befragten detailliert

Auskunft über bis zu 3 nonformale Lernaktivitäten.²⁴³ Für den europäischen Vergleich werden sie dann als Teilnehmende an betrieblicher Weiterbildung gezählt, wenn mindestens eine Lernaktivität aus Sicht der Befragten berufliche Bezüge aufweist und zugleich (mindestens) eine der folgenden Bedingungen erfüllt:

- ▶ Die Lernaktivität findet ganz oder überwiegend in der bezahlten Arbeitszeit bzw. einer bezahlten Freistellung statt.
- ▶ Der Arbeitgeber übernimmt ganz oder teilweise direkte Kosten wie Teilnahme- oder Prüfungsgebühren oder Kosten für Bücher und Lernmaterialien.
- ▶ Vorausgeplantes Training und Schulungen am Arbeitsplatz mit einer/einem Vorgesetzten, Kollegin/Kollegen oder Trainer/-in als Tutor/-in sind betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen.²⁴⁴
- ▶ Bei Selbstständigen zählen Lernaktivitäten auch dann zur betrieblichen Weiterbildung, wenn die Kosten selbst bezahlt werden.

Die Anzahl der nonformalen Lernaktivitäten, über die im Eurostat-Datenbestand detaillierte Information vorliegen, unterscheidet sich in den Ländern: So wurden in Irland nur Auskünfte über eine Weiterbildung eingeholt, in 14 Ländern über 2 Maßnahmen und in 15 Ländern über 3 Maßnahmen. Darüber hinaus konnten die Befragten noch weitere nonformale Lernaktivitäten besuchen, über die jedoch keine weiteren Informationen vorliegen. Diese Vorgehensweise impliziert, dass ein gewisses Risiko der Unterschätzung der Teilnahmequote an betrieblicher Weiterbildung besteht.

Nach den Ergebnissen des AES 2011/2012 haben sich in den letzten 12 Monaten vor der jeweiligen Befragung im EU-Durchschnitt 38% der Erwerbstätigen im Alter von 25 bis 64 Jahren an betrieblicher Weiterbildung beteiligt → [Schaubild B1.2.2-1](#). Deutschland²⁴⁵ liegt mit einer

241 In einzelnen Ländern wurde die Stichprobe auf die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen (z. B. in Deutschland) bzw. der 65-Jährigen und Älteren ausgeweitet. Eurostat veröffentlicht jedoch nur Ergebnisse für die 25- bis 64-Jährigen.

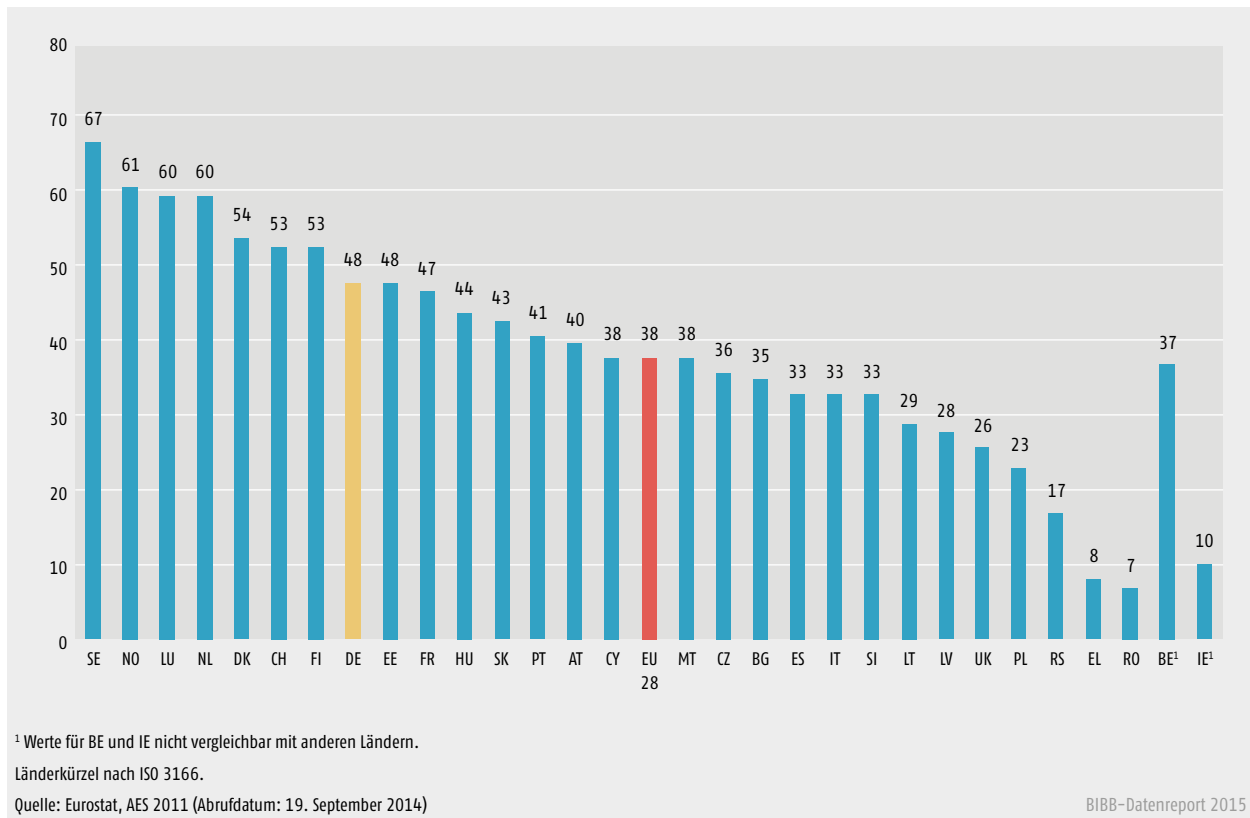
242 Auch formale Lernaktivitäten können von Betrieben (mit-)finanziert werden (durch Zeit oder Geld). Die Teilnahmequote an diesen Maßnahmen ist in den Ländern unterschiedlich; d. h., in den einzelnen Ländern wird ein unterschiedlich großer Anteil von Beschäftigten per Definition nicht als Teilnehmende an betrieblich finanzierten Maßnahmen berücksichtigt. Zu beachten ist auch, dass die Abgrenzung zwischen formalen und nonformalen Lernaktivitäten in den einzelnen Ländern nicht einheitlich ist. Das wichtigste Kriterium zur Unterscheidung von formalen und nonformalen Lernaktivitäten ist nach der „Classification of Learning Activities“ (Eurostat 2006) die Verortung im nationalen Qualifikationsrahmen (NQR). Da die NQR der Länder sich aber danach unterscheiden, wie ausführlich sie konkrete einzelne Bildungsmaßnahmen benennen, ist eine unterschiedliche Zuordnung identischer Maßnahmen im AES auch bei korrekter Anwendung der Klassifikation nicht ausgeschlossen.

243 Insgesamt wurden bis zu 10 nonformale Lernaktivitäten eines Befragten erfasst. Detaillierte Informationen liegen aber nur über bis zu 3 nonformale Lernaktivitäten vor. Nur diese werden bei der Zuordnung der Lernaktivitäten zur betrieblichen Weiterbildung berücksichtigt.

244 Im Unterschied zum LFS wird im AES das angeleitete Lernen am Arbeitsplatz als nonformale Lernaktivität betrachtet, im LFS als informelles Lernen.

245 Abweichungen zur nationalen Berichterstattung in Deutschland ergeben sich aus einer leicht unterschiedlichen Definition der betrieblichen Weiterbildung. Zudem wurden in Deutschland für die nationale Berichterstattung Informationen von bis zu 4 nonformalen Lernaktivitäten berücksichtigt, im europäischen Vergleich jedoch nur bis zu 2 (vgl. Bilger/Kuper 2013). Zu beachten ist auch die unterschiedliche Altersabgrenzung (Europa: 25- bis 64-Jährige, Deutschland: 18- bis 64-Jährige).

Schaubild B1.2.2-1: **Beteiligung der Erwerbstätigen im Alter von 25 bis 64 Jahren an betrieblicher Weiterbildung, AES 2011/2012 (in %)**

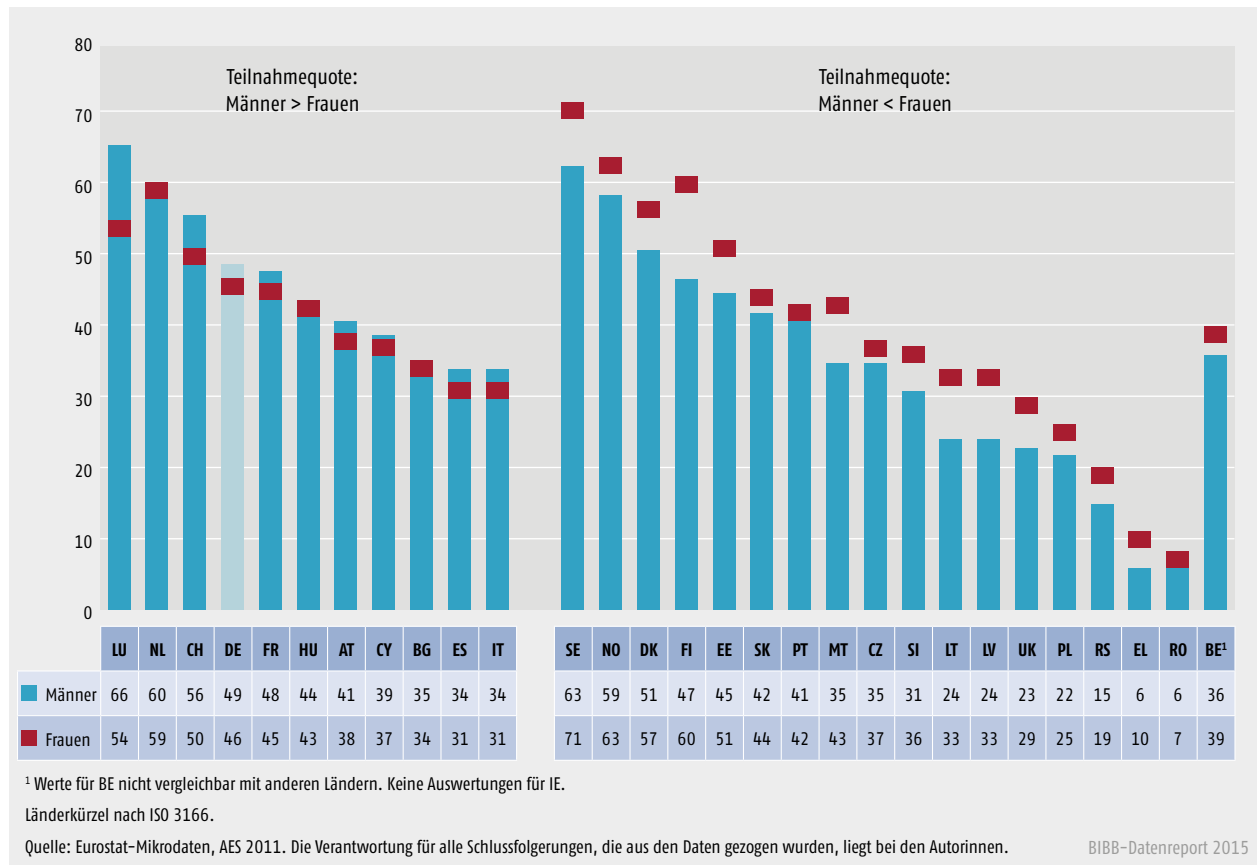


Teilnahmequote von 48% deutlich über dem EU-Durchschnitt und erreicht gemeinsam mit Estland Rangplatz 8. Die nordeuropäischen Länder, aber auch Luxemburg, die Niederlande und die Schweiz weisen deutlich höhere Teilnahmequoten auf. Insgesamt finden sich mit Ausnahme Estlands nur nord- und westeuropäische Länder im oberen Drittel. Geringe Anteile (von 33% oder weniger) werden vor allem in ost- und südeuropäischen Ländern gemessen. Mit dem Vereinigten Königreich und Irland liegen aber auch 2 westeuropäische Länder im unteren Bereich. Insgesamt beteiligen sich die Erwerbstätigen in Europa sehr unterschiedlich an betrieblicher Weiterbildung. In Schweden wurden zwei Drittel der Erwerbstätigen in die betriebliche Weiterbildung einbezogen, in Rumänien und Griechenland jedoch nicht einmal jede/-r zehnte Erwerbstätige.

Zwischen CVTS und AES bestehen konzeptionelle Unterschiede in der Operationalisierung von betrieblicher Weiterbildung, die einen Vergleich der Ergebnisse erschweren

(vgl. Behringer/Käpplinger/Moraal 2008; BIBB-Datenreport 2014, Kapitel C): Betriebliche Weiterbildung wird in den beiden Erhebungen unterschiedlich definiert. Hinzu kommen unterschiedliche Abgrenzungen der Erwerbstätigengruppen, auf die sich die Teilnahmequoten beziehen (nach Größe und Branche des Arbeitgebers und den berücksichtigten Altersgruppen). Empirisch zeigt sich, dass in den meisten Ländern die Teilnahmequoten im AES höher sind als in CVTS. Jedoch ergeben sich nur wenige Veränderungen, wenn man die Rangfolge der Länder in beiden Erhebungen vergleicht: Länder, die im AES eine hohe Teilnahmequote aufweisen, liegen meist, aber nicht immer auch im CVTS vorne und umgekehrt (vgl. zu weiteren Details BIBB-Datenreport 2014, Kapitel C).

Schaubild B1.2.2-2: **Beteiligung der Erwerbstätigen im Alter von 25 bis 64 Jahren an betrieblicher Weiterbildung nach Geschlecht, AES 2011/2012 (in %)**



B 1

Beteiligung an betrieblicher Weiterbildung in verschiedenen Erwerbstätigengruppen²⁴⁶

Die Frage, wie sich die Zugangschancen zu betrieblicher Weiterbildung zwischen verschiedenen Erwerbstätigengruppen unterscheiden, steht schon lange im Blickfeld von Politik und Forschung. Der AES ermöglicht es, in vergleichender Perspektive zu analysieren, wie ausgeprägt die ungleiche Beteiligung innerhalb der einzelnen

europäischen Länder ist. Nachfolgend werden Teilnahmequoten an betrieblicher Weiterbildung nach den Merkmalen Geschlecht, Alter und Bildungsstand dargestellt.

Über viele Jahre hinweg wurde in Deutschland in der empirischen Weiterbildungsforschung eine geringere Weiterbildungsbeteiligung von Frauen festgestellt, die sich allerdings merklich an die Weiterbildungsbeteiligung der Männer angleicht, wenn verschiedene Merkmale der Lebenssituation – insbesondere der Erwerbsstatus – berücksichtigt werden. Auch wenn auf deskriptiver Ebene teilweise noch Unterschiede in der Weiterbildungsbeteiligung von Männern und Frauen vorhanden sind (vgl. z. B. BIBB-Datenreport 2014, Kapitel B1.1; Leven u. a. 2013), so wurde doch in multivariaten Analysen seit Ende der 1970er-Jahre immer wieder gezeigt, dass dies auf andere Faktoren als die Geschlechtszugehörigkeit zurückzuführen

²⁴⁶ Die folgenden Auswertungen stützen sich auf die AES-Mikrodaten von Eurostat (Referenzjahr 2011). Die Verantwortung für alle Schlussfolgerungen, die aus den Daten gezogen wurden, liegt bei den Autorinnen. EU-28-Durchschnitte konnten nicht berechnet werden, da die Gewichtungsfaktoren zur Berechnung des EU-Durchschnitts nicht von Eurostat weitergegeben wurden. Irland wird in den nachfolgenden Auswertungen nicht berücksichtigt, da die Abfrage der Erwerbstätigkeit dort nicht in gleicher Form wie in den anderen Ländern erfolgte und die Werte nicht vergleichbar sind.

ren ist, wenn verschiedene soziodemografische Merkmale (wie Erwerbstätigkeit, Arbeitsvolumen, Branche, Unternehmensgröße, Qualifikation und Einkommen) berücksichtigt werden (vgl. z. B. Behringer 1980; Behringer 1999; Leber 2002; Hubert/Wolf 2007; Krekel/Walden 2007; Leber/Möller 2008).

Nach den europäischen Vergleichsdaten des AES 2011/2012 zeigt sich in Deutschland zwar eine leicht höhere Teilnahmequote der männlichen Erwerbstätigen an betrieblicher Weiterbildung gegenüber den Frauen (+3 Prozentpunkte) → **Schaubild B1.2.2-2**. Kuper/Unger/Hartmann (2013, S. 100 ff.)²⁴⁷ konnten jedoch zeigen, dass unter Kontrolle verschiedener soziodemografischer und tätigkeits- und organisationsbezogener Merkmale kein eigenständiger Geschlechtereffekt zu verzeichnen ist. In vielen europäischen Staaten gibt es nur geringe geschlechtsspezifische Unterschiede in der Beteiligung an betrieblicher Weiterbildung, und zumeist zeigen sich Vorteile für die Frauen. In der Mehrzahl der Länder weisen sie eine höhere Teilnahmequote auf. Insbesondere in den nordeuropäischen und baltischen Staaten beteiligen sich deutlich mehr Frauen als Männer an betrieblicher Weiterbildung. Auch in Griechenland, Malta, Serbien, Slowenien und dem Vereinigten Königreich haben die Frauen eine um mehr als 3 Prozentpunkte höhere Teilnahmequote. Umgekehrt gibt es mit Luxemburg (+12 Prozentpunkte) und der Schweiz (+6 Prozentpunkte) nur 2 Länder, in denen die Teilnahmequote der Männer deutlich höher als die der Frauen ist. In beiden Ländern arbeitet eine hohe Prozentzahl der Frauen in Teilzeit, aber auch in anderen Ländern wie in den Niederlanden oder dem Vereinigten Königreich sind viele Frauen in Teilzeit erwerbstätig, ohne dass sich dies in einer niedrigen Teilnahmequote niederschlägt. Allerdings liegt auch in Deutschland die Teilnahmequote der Frauen 3 Prozentpunkte niedriger als die der Männer, und viele Frauen sind in Teilzeit erwerbstätig. Vergleicht man nur die Teilnahmequoten der in Vollzeit erwerbstätigen Männer und Frauen in Deutschland, gibt es kaum noch einen Unterschied. Die Frauen liegen mit 51% zu 50% sogar leicht vorne.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Erhöhung des regulären Renteneintrittsalters steht in vielen Ländern eine stärkere Beteiligung Älterer an Weiterbildung auf der bildungspolitischen Agenda. Dabei geht es sowohl um die Vermeidung oder Reduzierung eines prognostizierten Fachkräftemangels als auch um die Notwendigkeit, Ältere länger zu beschäftigen und ihre Qualifikationen durch Weiterbildung aktuell zu halten. Nachfolgend werden sowohl die absoluten als auch die relativen Teilnahmequoten²⁴⁸ an betrieblicher Weiterbildung nach 3 Altersgruppen analysiert → **Tabelle B1.2.2-1**. In den verschiedenen europäischen Ländern ist keine eindeutige Richtung bei der Verteilung der Teilnahmequoten nach Altersgruppen festzustellen. Zwar weisen in den meisten Ländern die älteren Erwerbstätigen die niedrigsten Teilnahmequoten auf und die jüngste Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen die höchsten. Einige Länder weichen aber von diesem Schema ab. So haben in Slowenien die Älteren mit 36% die höchste und die Jüngeren mit 31% die niedrigste Teilnahmequote. Auch in Österreich liegen die Jüngeren gegenüber den anderen Altersgruppen leicht zurück. In Bulgarien, Dänemark, Finnland, Italien, Lettland (gleiche Quote wie die Jüngeren), Litauen, Malta, Österreich, Schweden, Slowakei, Spanien und Zypern wurden die höchsten relativen Teilnahmequoten für die mittlere Altersgruppe ermittelt.

In vielen Ländern unterscheiden sich die Teilnahmequoten der verschiedenen Altersgruppen jedoch nur wenig. In 8 Ländern, unter ihnen Deutschland, beträgt die Spannweite zwischen der höchsten und niedrigsten relativen Teilnahmequote höchstens 10 Prozentpunkte, in weiteren 9 Ländern höchstens 20 Prozentpunkte (vgl. letzte Spalte der → **Tabelle B1.2.2-1**). Auch in einigen der 12 Länder, in denen größere Unterschiede bestehen, sind die Älteren dennoch relativ stark in die betriebliche Weiterbildung eingebunden: In Belgien, Estland, Polen und Rumänien erzielen die Älteren eine relative Teilnahmequote von mindestens 80% der Referenzgruppe, in Finnland, Frankreich, den Niederlanden, Norwegen und Spanien von mindestens 70%. Im Vergleich zu den anderen Altersgruppen werden die Älteren in den süd-europäischen Ländern Griechenland, Malta und Portugal

²⁴⁷ Vgl. Fußnote 245.

²⁴⁸ Bei den relativen Teilnahmequoten werden die Beteiligungsquoten der einzelnen Gruppen nicht in absoluter Höhe, sondern jeweils in Relation zu einer Referenzgruppe verwendet. Die Teilnahmequote der mittleren Altersgruppe (35 bis 54 Jahre) ist dabei die Bezugsgröße, die auf 100% gesetzt wird (vgl. Behringer/Kuwan/Schönfeld 2013).

Tabelle B1.2.2-1: **Beteiligung der Erwerbstätigen im Alter von 25 bis 64 Jahren an betrieblicher Weiterbildung nach Altersgruppen, AES 2011/2012**

Land	Teilnahmequote in %			Relative Teilnahmequote in % (Index, 35 bis 54 Jahre = 100) ¹			Spannweite ²
	25 bis 34 Jahre	35 bis 54 Jahre	55 bis 64 Jahre	25 bis 34 Jahre	35 bis 54 Jahre	55 bis 64 Jahre	
UK	26	25	26	104	100	101	4
LV	29	29	27	100	100	93	7
SE	64	69	64	93	100	92	8
AT	37	41	40	91	100	98	9
RS	17	17	15	102	100	92	10
DK	52	56	50	93	100	90	10
DE	49	48	45	103	100	93	10
LT	29	30	27	97	100	90	10
CH	54	54	49	101	100	90	11
BG	34	36	32	97	100	89	11
CY	38	39	35	97	100	88	12
LU	62	61	53	101	100	87	14
SI	31	34	36	91	100	107	15
HU	45	44	38	103	100	87	16
CZ	38	36	32	104	100	88	16
SK	42	44	37	95	100	83	17
IT	30	34	28	86	100	83	17
FI	55	57	43	97	100	76	24
NO	65	62	50	105	100	79	25
ES	33	34	25	98	100	72	28
NL	64	61	47	105	100	78	28
PL	26	23	19	113	100	85	28
BE ³	41	37	30	111	100	80	31
EE	56	46	41	120	100	88	32
RO	8	6	5	117	100	82	35
MT	38	41	26	93	100	65	35
FR	52	48	34	108	100	72	37
EL	8	8	5	101	100	62	39
PT	47	42	29	114	100	69	45

¹ Die relativen Teilnahmequoten wurden aus absoluten Teilnahmequoten mit 2 Nachkommastellen berechnet.

² Differenz zwischen der höchsten und niedrigsten relativen Teilnahmequote. Abweichungen in der Differenz sind auf Rundungseffekte zurückzuführen.

³ Werte für BE nicht vergleichbar mit anderen Ländern. Keine Auswertungen für IE.

Länderkürzel nach ISO 3166.

Quelle: Eurostat-Mikrodaten, AES 2011. Die Verantwortung für alle Schlussfolgerungen, die aus den Daten gezogen wurden, liegt bei den Autorinnen.

BIBB-Datenreport 2015

deutlich seltener an betrieblicher Weiterbildung beteiligt. Nur in wenigen Ländern haben die jüngeren Erwerbstätigen eine deutlich höhere Beteiligungsquote als die Referenzgruppe der 35- bis 54-Jährigen. Der größte Abstand besteht mit einer um 20 Prozentpunkte höheren relativen Teilnahmequote in Estland; darüber hinaus sind Differenzen von 10 und mehr Prozentpunkten noch in Belgien, Polen, Portugal und Rumänien anzutreffen. In Deutsch-

land gibt es relativ geringe Unterschiede zwischen den Altersgruppen. In absoluten Teilnahmequoten beträgt die Differenz 4 Prozentpunkte, bei der relativen Teilnahmequote liegt die Spannweite bei 10 Prozentpunkten.

Insgesamt unterscheidet sich die Einbeziehung in die betriebliche Weiterbildung in den meisten Ländern nur wenig nach der Altersgruppe der Erwerbstätigen. Leicht-

ten Vorteilen der Jüngeren steht eine insgesamt nur etwas geringere Berücksichtigung der Älteren gegenüber. Relativ unabhängig vom Alter der Erwerbstätigen investieren Unternehmen in die Qualifizierung der Erwerbstätigen.²⁴⁹

Anders sieht das Bild hingegen aus, wenn man die Beteiligung an betrieblicher Weiterbildung nach dem zum Zeitpunkt der Befragung erzielten Bildungsniveau betrachtet. Hier zeigt sich, dass diese stark durch den Bildungshintergrund bestimmt wird. Es treten große Unterschiede zwischen den Erwerbstätigen unterschiedlichen Bildungsstands auf. Dabei gilt: Je niedriger dieser ist, desto seltener werden Erwerbstätige an betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen beteiligt. Gerade die stärkere Beteiligung bildungsbenachteiligter Personen steht jedoch in vielen Ländern und in der Europäischen Union auf der politischen Agenda. Hintergrund ist, dass Geringqualifizierte überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind und ihre Arbeitsmarktchancen deutlich schlechter sind als jene von besser qualifizierten Personen. In der Weiterbildungsforschung wird als Erklärung für die ungleiche Verteilung u. a. auf die Nutzenerwartungen von Individuen und Unternehmen, die Lernerfahrungen der Individuen, die Weiterbildungserfordernisse der Arbeitsplätze, die Segmentierung der Arbeitsmärkte und die Weiterbildungsangebote, die sich für Personen unterschiedlicher Bildung jeweils unterschiedlich darstellen, hingewiesen (vgl. Käßlinger/Kulmus/Haberzeth 2013, S. 32 ff.).

Wie bei der Betrachtung nach Altersgruppen werden auch für das Bildungsniveau in → **Tabelle B1.2.2-2** sowohl die absoluten als auch die relativen Teilnahmequoten²⁵⁰ an betrieblicher Weiterbildung dargestellt. Das Bildungsniveau wird nach der ISCED-Klassifikation (ISCED 1997)²⁵¹ kategorisiert: Geringqualifizierte (ISCED 0–2), Personen

mit mittlerer Qualifikation (ISCED 3–4) und Personen mit hoher Qualifikation (ISCED 5–6).

In allen europäischen Ländern mit Ausnahme Ungarns²⁵² sind Erwerbstätige mit einer geringen Qualifikation seltener an betrieblicher Weiterbildung beteiligt als Erwerbstätige mit mittlerer Qualifikation. Diese wiederum weisen niedrigere Teilnahmequoten als Hochqualifizierte auf. Die Einbeziehung der Geringqualifizierten gelingt in einigen Ländern jedoch besser als in anderen: Relativ erfolgreich sind mit einer relativen Teilnahmequote der Geringqualifizierten von mehr als 90% neben Ungarn auch Bulgarien und Luxemburg, mit deutlichem Abstand und relativen Teilnahmequoten von mindestens 70% noch Finnland und Dänemark. Besonders schlechte Teilnahmechancen haben die gering qualifizierten Erwerbstätigen mit einer relativen Teilnahmequote von weniger als 50% in Lettland, Polen, Rumänien, der Schweiz, Serbien, Slowenien, Tschechien und Zypern. Mit Ausnahme der Schweiz und Zyperns sind dies alle Länder, in denen auch die Gesamtteilnahmequote aller Erwerbstätigen niedrig ist. In absoluten Quoten nimmt in 11 Ländern nicht einmal jede/-r fünfte Erwerbstätige mit niedriger Qualifikation an betrieblicher Weiterbildung teil. Luxemburg liegt mit einer Teilnahmequote von 55% an der Spitze, darüber hinaus wird mindestens jede/-r dritte Erwerbstätige mit geringer Qualifikation in den nordeuropäischen Ländern, den Niederlanden, Portugal und Ungarn in betriebliche Weiterbildung einbezogen. Deutschland platziert sich mit einer Teilnahmequote von 25% im Mittelfeld.

Wie bereits gesagt, sind die hoch qualifizierten Erwerbstätigen in allen Ländern am häufigsten an betrieblicher Weiterbildung beteiligt. Dabei ist der Abstand zur Referenzgruppe meist sehr groß. Mit Bulgarien, Luxemburg, Portugal, den Niederlanden, Schweden und Ungarn liegt in nur 6 Ländern die relative Teilnahmequote höchstens 25 Prozentpunkte über der Gruppe mit mittlerer Qualifikation. Auf der anderen Seite ist die betriebliche Weiterbildung mit relativen Teilnahmequoten von über 200% in Griechenland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und Serbien besonders stark auf die hoch qualifizierten Erwerbstätigen konzentriert. Die absoluten Teilnahmequoten zeigen, dass in 18 Ländern mindestens 50%

249 Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn statt der betrieblichen Weiterbildung die berufsbezogene Weiterbildung insgesamt betrachtet wird; dies ist auf die auch quantitativ große Bedeutung der betrieblichen Weiterbildung zurückzuführen. Die in den einzelnen Staaten unterschiedliche Erwerbsbeteiligung, insbesondere der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen, spielt für die hier vorgestellten Ergebnisse keine Rolle. In bevölkerungsbezogenen Teilnahmequoten (vgl. BIBB-Datenreport 2014, Kapitel C) zeigt sich in vielen Ländern ein starkes Altersgefälle, das mit der Erwerbsbeteiligung zusammenhängt.

250 Die Beschäftigten mit mittlerer Qualifikation bilden die Referenzgruppe, die auf 100% gesetzt wird.

251 Die „Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen“ (ISCED) ist ein Instrument zur Erstellung international vergleichbarer Bildungsstatistiken. In der hier verwendeten Version (ISCED 1997) werden 7 Bildungsebenen unterschieden: 0-2: Elementar-, Primar- und Sekundarbereich I; 3-4: Sekundarbereich II und nicht tertiäre Bildung nach dem Sekundarbereich; 5-6: Tertiärbereich.

252 In Ungarn ist die Teilnahmequote der Beschäftigten mit mittlerer Qualifikation am niedrigsten.

Tabelle B1.2.2-2: **Beteiligung der Erwerbstätigen im Alter von 25 bis 64 Jahren an betrieblicher Weiterbildung nach Bildungsniveau, AES 2011/2012**

Land	Teilnahmequote in %			Relative Teilnahmequote in % (Index, ISCED 3–4 = 100) ¹			Spannweite ²
	ISCED 0–2	ISCED 3–4	ISCED 5–6	ISCED 0–2	ISCED 3–4	ISCED 5–6	
LU	55	60	64	93	100	108	15
HU	44	41	48	106	100	116	16
BG	32	33	39	99	100	121	22
PT	33	50	59	65	100	119	54
SE	42	63	79	67	100	125	58
NL	38	58	73	65	100	125	59
FI	37	47	65	79	100	140	61
NO	36	55	71	65	100	130	64
DK	35	49	68	70	100	138	68
UK	15	23	31	67	100	137	70
ES	22	31	44	69	100	140	71
FR	28	45	61	62	100	136	75
IT	21	35	49	59	100	139	80
MT	25	45	62	56	100	138	83
CH	24	50	66	49	100	132	83
AT	21	38	53	55	100	140	85
SK	21	38	55	54	100	144	90
DE	25	42	63	59	100	149	91
EE	26	38	62	69	100	162	93
CZ	16	33	53	49	100	159	110
CY	14	32	53	44	100	164	120
BE ³	16	29	55	56	100	190	134
SI	14	29	52	47	100	183	135
LV	9	20	43	47	100	213	166
PL	6	16	41	40	100	255	215
RS	0	12	27	0	100	225	225
RO	2	5	15	31	100	288	257
LT	9	15	47	58	100	321	263
EL	3	4	16	63	100	369	306

¹ Die relativen Teilnahmequoten wurden aus absoluten Teilnahmequoten mit 2 Nachkommastellen berechnet.

² Differenz zwischen der höchsten und niedrigsten relativen Teilnahmequote. Abweichungen in der Differenz sind auf Rundungseffekte zurückzuführen.

³ Werte für BE nicht vergleichbar mit anderen Ländern. Keine Auswertungen für IE. Länderkürzel nach ISO 3166.

Quelle: Eurostat-Mikrodaten, AES 2011. Die Verantwortung für alle Schlussfolgerungen, die aus den Daten gezogen wurden, liegt bei den Autorinnen.

BIBB-Datenreport 2015

der hoch qualifizierten Erwerbstätigen an betrieblicher Weiterbildung teilnehmen. Schweden weist mit 79% die höchste absolute Teilnahmequote auf, Deutschland liegt mit 63% im vorderen Bereich. Es gibt allerdings auch einige Länder, in denen die Hochqualifizierten zwar deutlich größere Teilnahmekancen als Erwerbstätige mit

niedrigerer Qualifikation haben, aber dennoch weniger als 40% der Hochqualifizierten eine betriebliche Weiterbildung besuchen. Hierzu gehören Bulgarien, Serbien und das Vereinigte Königreich sowie Griechenland und Rumänien, die mit 16% bzw. 15% besonders niedrige Teilnahmequoten aufweisen.

Die ungleiche Beteiligung von Erwerbstätigen verschiedener Qualifikationsstufen ist in allen europäischen Ländern vorhanden, ihre Ausprägung fällt aber unterschiedlich stark aus. In der Tendenz ist sie in den Ländern weniger stark, in denen die Gesamtteilnahmequote (→ **Schaubild B1.2.2-1**) hoch ist.²⁵³ In Ländern mit niedrigen Gesamtteilnahmequoten ist das Bildungsgefälle bei den Zugangschancen zur betrieblichen Weiterbildung hingegen groß. Deutschland weicht jedoch von diesem Schema ab, da es bei einer überdurchschnittlichen Gesamtteilnahmequote an betrieblicher Weiterbildung ein relativ großes Bildungsgefälle aufweist – in 17 Ländern ist es geringer.

Fazit: Flaches Altersgefälle bei der Beteiligung an betrieblicher Weiterbildung, aber ausgeprägte Unterschiede nach dem Bildungsniveau

Ein erheblicher Teil der Erwerbstätigen in Europa nimmt an betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen teil. Im EU-Durchschnitt sind es fast 4 von 10 Erwerbstätigen, in Deutschland knapp die Hälfte der Erwerbstätigen. Dabei zeigt sich ein deutliches Gefälle innerhalb Europas: Insbesondere in den nord- und westeuropäischen Ländern werden viele Erwerbstätige in die betriebliche Weiterbildung einbezogen, die ost- und südeuropäischen Länder liegen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zurück.

Betrachtet man verschiedene Erwerbstätigengruppen, ergibt sich folgendes Bild:

- ▶ Frauen haben in den meisten Ländern gleich gute oder sogar bessere Teilnahmechancen an betrieblicher Weiterbildung als Männer. In Deutschland haben jedoch die Männer eine leicht höhere Teilnahmequote, der Unterschied ist aber nicht signifikant (vgl. Kuper/Unger/Hartmann 2013, S. 100 ff.).
- ▶ Zwischen den verschiedenen Altersgruppen bestehen in den meisten Ländern nur relativ geringe Unterschiede. Die Teilnahmequoten der älteren Erwerbstätigen sind in der Regel nur leicht geringer als die der Jüngeren. In Deutschland nimmt die Teilnahmequote zwar mit dem Alter ab, aber die Unterschiede sind mit 4 Prozentpunkten niedrig.
- ▶ Große Unterschiede bestehen allerdings in fast allen Ländern nach dem Bildungshintergrund der Erwerbstätigen. Nur wenige gering qualifizierte Erwerbstätige nehmen an betrieblicher Weiterbildung teil, Hochqualifizierte jedoch zu einem großen Teil. Auch in Deutschland ist das Bildungsgefälle beim Zugang zur betrieblichen Weiterbildung sehr ausgeprägt.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Teilnahmechancen der Erwerbstätigen stark von ihrem Bildungshintergrund abhängen, weniger stark von ihrem Alter oder Geschlecht. Gerade bei den Frauen und Älteren sieht die Arbeitsmarktpolitik noch Potenziale, durch eine stärkere Erwerbsbeteiligung den prognostizierten und in einigen Berufen schon bestehenden Fachkräftemangel abfedern zu können (vgl. Kapitel C3). Die Einbindung in die betriebliche Weiterbildung könnte ein Hinweis sein, dass dieses Arbeitskräftereservoir von den Betrieben bereits genutzt wird.

(Gudrun Schönfeld, Friederike Behringer)

²⁵³ Korrelationskoeffizient (Bravais-Pearson) -0,77.

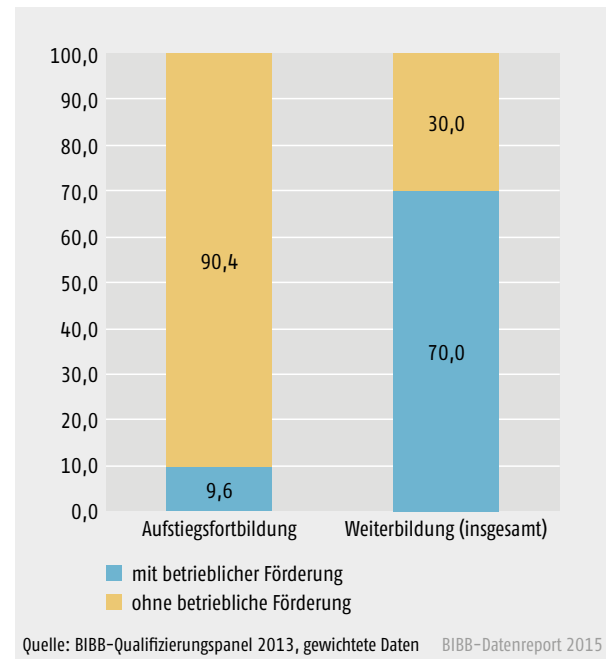
B1.2.3 Betriebliche Weiterbildung und andere Strategien zur Deckung des Personalbedarfs

Die betrieblich geförderte Fort- und Weiterbildung von Beschäftigten spielt bei der Deckung des Fachkräftebedarfs eine wichtige Rolle. Weiterbildungsmaßnahmen unterscheiden sich in ihren Formen und Formalisierungsgraden. Die Palette reicht von der Teilnahme an Kursen oder Seminaren über die Weiterbildung am Arbeitsplatz bis hin zu selbstgesteuertem Lernen mit speziellen Computerprogrammen. Eine für das duale Berufsausbildungssystem besonders wichtige Form der Weiterbildung sind Aufstiegsfortbildungen, die zu anerkannten Fortbildungsabschlüssen führen und die Beschäftigten mit einer Berufsausbildung Perspektiven für den beruflichen Aufstieg sowie für die Übernahme von verantwortlichen Fach- und Führungsaufgaben bieten (Weiß 2014). Der folgende Beitrag untersucht anhand der Daten des BIBB-Qualifizierungspanels aus dem Jahr 2013 (vgl. BIBB-Datenreport 2014, Kapitel B1.2.3), in welchem Umfang Betriebe in Deutschland Aufstiegsfortbildungen ihrer Beschäftigten förderten und wie sich die Förderung nach unterschiedlichen Betriebsmerkmalen unterscheidet. Zudem wird darauf eingegangen, ob die Förderung mit anderen Maßnahmen zur Personalbedarfsdeckung zusammenhängt.

Betrieblich geförderte Aufstiegsfortbildungen und allgemeine Weiterbildung

Für die im BIBB-Qualifizierungspanel verwendete Definition von betrieblicher Weiterbildung ist ausschlaggebend, dass Betriebe ihre Beschäftigten für die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen ganz oder teilweise freistellen oder die Kosten für die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen ganz oder teilweise übernehmen. Zu den Weiterbildungsaktivitäten zählt sowohl die Teilnahme von Beschäftigten an Kursen sowie an nicht kursförmiger Weiterbildung wie beispielsweise die Teilnahme an geförderten Qualitätszirkeln, Informationsveranstaltungen, Weiterbildung am Arbeitsplatz über Unterweisungen oder reguläre Einarbeitung oder selbstgesteuertes Lernen mit speziellen Computerprogrammen. Weiterbildungsmaßnahmen von Auszubildenden, Praktikanten oder Volontären werden nicht berücksichtigt. Aufstiegsfortbildungen sind eine spezielle Form der Weiterbildung. Im Gegensatz zur betrieblichen Weiterbildung im Allgemeinen sind Aufstiegsfortbildungen geregelte Fortbildungen,

Schaubild B1.2.3-1: Anteil Betriebe mit/ohne Weiterbildungs-/Aufstiegsfortbildungsbeteiligung im Jahr 2012 (in %)



die zu einem anerkannten Fortbildungsabschluss, beispielsweise Meister oder Techniker, führen (vgl. Kapitel B4.1, B4.4 und B4.5). Mit einer Aufstiegsfortbildung können Beschäftigte ihr formales Qualifikationsniveau erhöhen (vgl. BIBB-Datenreport 2014, Kapitel B4.4). In der Erhebungswelle 2013 wurde im BIBB-Qualifizierungspanel erstmalig erhoben, ob Betriebe im Referenzjahr 2012 Aufstiegsfortbildungen ihrer Beschäftigten durch Kostenübernahme oder Freistellung gefördert haben und wie viele Beschäftigte ein Betrieb auf diese Weise gefördert hat.²⁵⁴ Da der Beitrag die Aufstiegsfortbildung im Rahmen der betrieblich geförderten Fort- und Weiterbildung behandelt, beschränken sich die Aussagen auf Teilnehmer/-innen, die während der Fortbildungsdauer zumindest in Teilzeit in einem Betrieb beschäftigt sind.²⁵⁵

²⁵⁴ Im BIBB-Qualifizierungspanel werden nicht nur Aufstiegsfortbildungen nach BBlG oder HwO erfasst, die durch Regelungen des Bundes oder der Kammern festgelegt werden, sondern auch Aufstiegsfortbildungen, die landesrechtlich geregelt sind.

²⁵⁵ Ferner sind auch keine Aussagen dazu möglich, ob Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Aufstiegsfortbildungen eine Unterstützung über andere Förderinstrumente (z. B. Meister-BaFöG) erhalten.

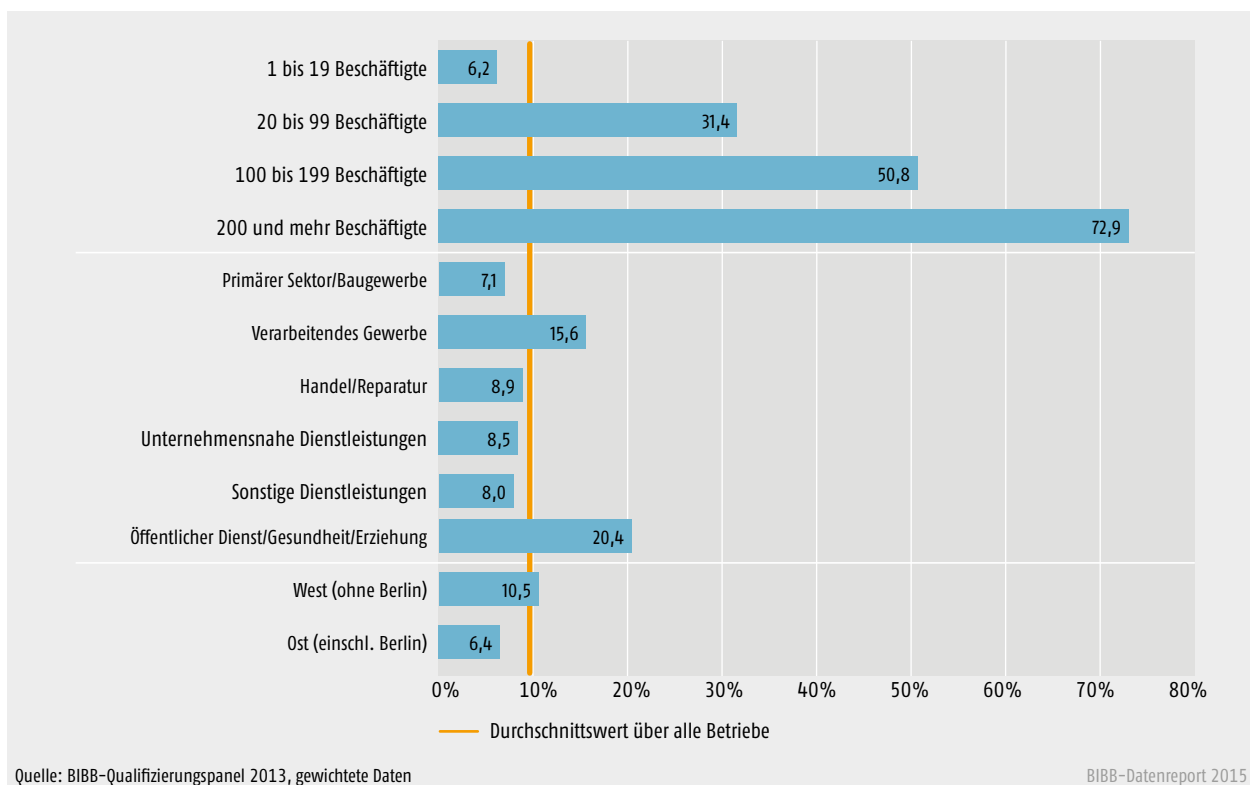
Nach den Ergebnissen des BIBB-Qualifizierungspanels → **Schaubild B1.2.3-1** hat jeder zehnte Betrieb (9,6%) in Deutschland im Jahr 2012 mindestens eine/-n Beschäftigte/-n im Rahmen einer Aufstiegsfortbildung gefördert. Im Vergleich dazu liegt die allgemeine Weiterbildungsbeteiligung, wenn also sämtliche Weiterbildungsmaßnahmen (einschließlich Aufstiegsfortbildung) betrachtet werden, mit 70% aller Betriebe deutlich höher.²⁵⁶ Etwa ein Drittel der Betriebe (30,0%) hat im Jahr 2012 keinerlei Weiterbildungsmaßnahmen für Beschäftigte unterstützt.

Beteiligung von Betrieben an Aufstiegsfortbildungen nach Strukturmerkmalen

In → **Schaubild B1.2.3-2** wird der Anteil der Betriebe, in denen Aufstiegsfortbildungen im Jahr 2012 gefördert

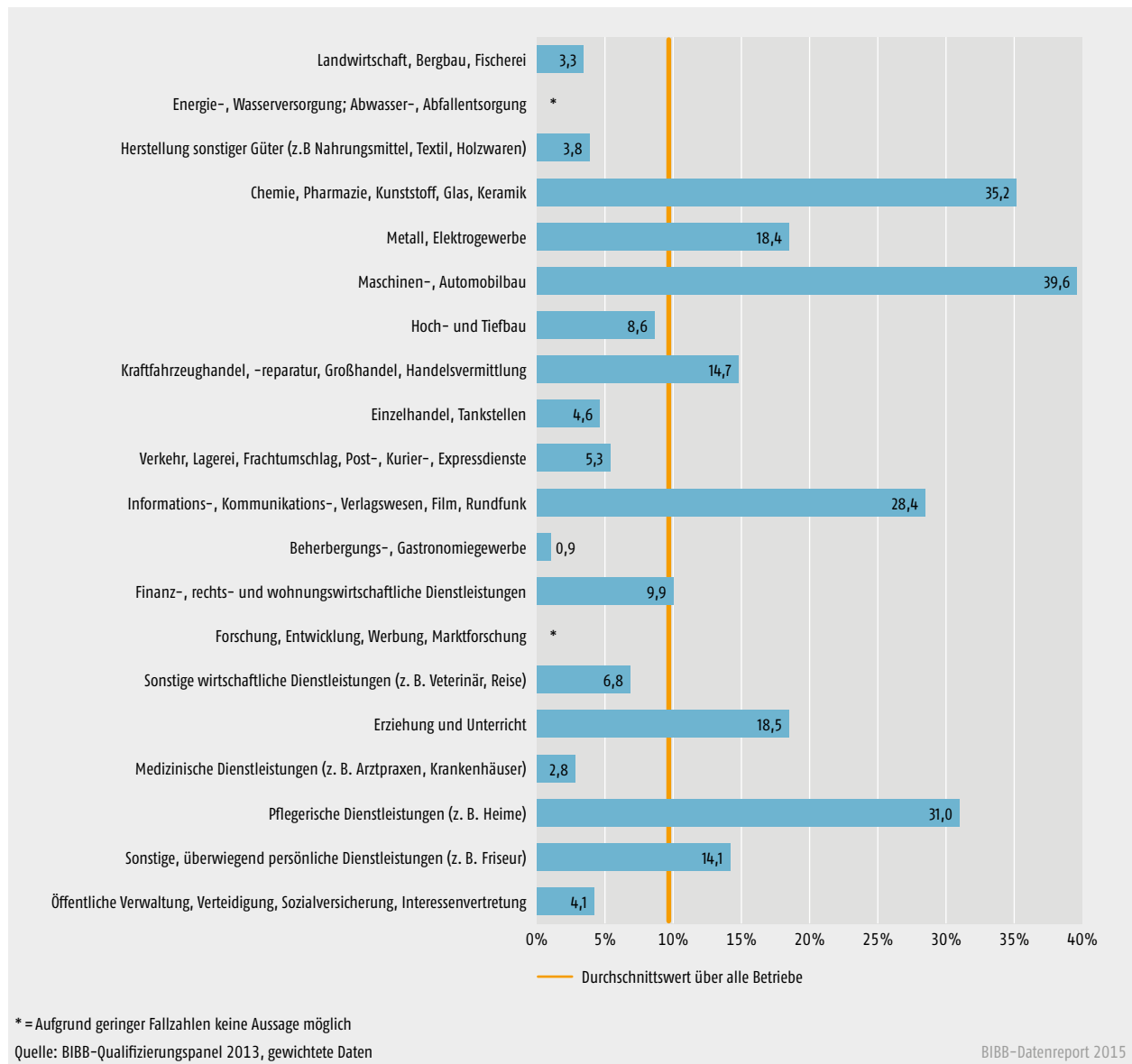
wurden, nach ausgewählten Strukturmerkmalen dargestellt. Der Anteil der Betriebe mit Aufstiegsfortbildungen nimmt mit der Betriebsgröße deutlich zu. Während fast drei Viertel der Großbetriebe Aufstiegsfortbildungen förderten, lag der entsprechende Anteil bei Klein- und Kleinbetrieben nur bei rund 6%. Dieses Ergebnis lässt sich damit erklären, dass dieser Indikator lediglich misst, ob eine Aufstiegsfortbildung von mindestens einer Beschäftigten/einem Beschäftigten vonseiten des Betriebes gefördert wird. Nicht erfasst wird dabei, in welchem Umfang Beschäftigte an Aufstiegsfortbildungen teilnehmen. Je höher die Beschäftigtenzahl, desto wahrscheinlicher ist es folglich auch, dass eine solche Förderung für wenigstens eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter stattfindet.

Schaubild B1.2.3-2: Anteil Betriebe mit Förderung von Aufstiegsfortbildungen im Jahr 2012 nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %)



256 Das IAB-Betriebspanel und das BIBB-Qualifizierungspanel weisen unterschiedliche Ergebnisse zur Weiterbildungsbeteiligung aus, die in erster Linie auf Unterschiede im Erhebungsdesign zurückzuführen sind (vgl. BIBB-Datenreport 2014, Kapitel B1.2.3).

Schaubild B1.2.3-3: Anteil Betriebe mit Förderung von Aufstiegsfortbildungen im Jahr 2012 nach Wirtschaftszweigen (in %)



Der Vergleich über die Wirtschaftszweige zeigt bei Betrieben aus den Bereichen „Verarbeitendes Gewerbe“ und „Öffentlicher Dienst, Gesundheit und Erziehung“ eine überdurchschnittlich hohe Förderung an Aufstiegsfortbildungen.

Dabei lässt die differenzierte Auswertung der Wirtschaftszweige → [Schaubild B1.2.3-3](#) erkennen, dass der hohe Anteil bei den Betrieben aus dem verarbeitenden Gewerbe vor allem auf die Beteiligung der Betriebe im Maschinen-/

Automobilbau, der Chemie/Pharmazie sowie im Metall-/Elektrogewerbe zurückzuführen ist. Im Bereich der Herstellung sonstiger Güter fällt der Anteil der Betriebe, in denen die Aufstiegsfortbildung mindestens eines Beschäftigten oder einer Beschäftigten gefördert wurde, dagegen unterdurchschnittlich hoch aus. Zudem wird bei der differenzierten Darstellung deutlich, dass der auffallend hohe Anteil an Betrieben mit Förderung von Aufstiegsfortbildungen innerhalb des Wirtschaftszweigs „Öffentlicher Dienst/Gesundheit/Erziehung“ mit der hohen Beteiligung

der Betriebe mit pflegerischen Dienstleistungen zu begründen ist. Dass auch regionale Unterschiede bestehen, zeigt sich daran, dass im Westen Deutschlands 10,5% der Betriebe Aufstiegsfortbildungen fördern, während diese Form der Weiterbildungsförderung nur in 6,4% aller Betriebe in Ostdeutschland stattfindet.

Teilnahmequoten an betrieblich geförderten Aufstiegsfortbildungen

Um Aussagen über die Intensität der betrieblichen Förderung von Aufstiegsfortbildungen treffen zu können, wird als zweiter Indikator die Teilnahmequote an betrieblich geförderten Aufstiegsfortbildungen ermittelt. Zur Berechnung dieses Indikators wird der Quotient aus der Summe aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer an betrieblich geförderten Aufstiegsfortbildungen im Jahr 2012 (Zähler) und der Summe aller Beschäftigten (ohne Auszubildende und ohne Beschäftigte, die über keinen Berufsabschluss oder [Fach-] Hochschulabschluss verfügen) zum Stichtag 31. Dezember 2012 (Nenner) gebildet. Auszubildende sowie Beschäftigte ohne Berufsabschluss oder ohne (Fach-) Hochschulabschluss erfüllen nicht die Voraussetzungen für das Absolvieren einer Aufstiegsfortbildung. Deshalb werden diese Beschäftigtengruppen bei der Berechnung der Quote nicht berücksichtigt und von der Gesamtbeschäftigtenzahl abgezogen.

→ **Schaubild B1.2.3-4** stellt die Teilnehmerquote differenziert nach Betriebsgröße, Region und Wirtschaftszweigen dar. Insgesamt wird eine Teilnehmerquote von 1,5% ermittelt, d. h., von allen Beschäftigten, die als höchsten Abschluss mindestens einen Berufsabschluss erworben haben, absolvieren 1,5% eine Aufstiegsfortbildung, bei der sie von ihrem Betrieb finanziell oder durch Freistellung gefördert werden. Bei diesem insgesamt eher niedrigen Wert muss berücksichtigt werden, dass Aufstiegsfortbildungen wegen der in der Regel mehrjährigen Dauer eine besondere Form der Weiterbildung darstellen, bei der ein formaler Qualifikationsabschluss erworben wird. Deshalb lässt sich diese Quote auch nicht mit der Teilnehmerquote für die Weiterbildung im Allgemeinen (vgl. BIBB-Datenreport 2014, Kapitel B1.2.1) vergleichen.

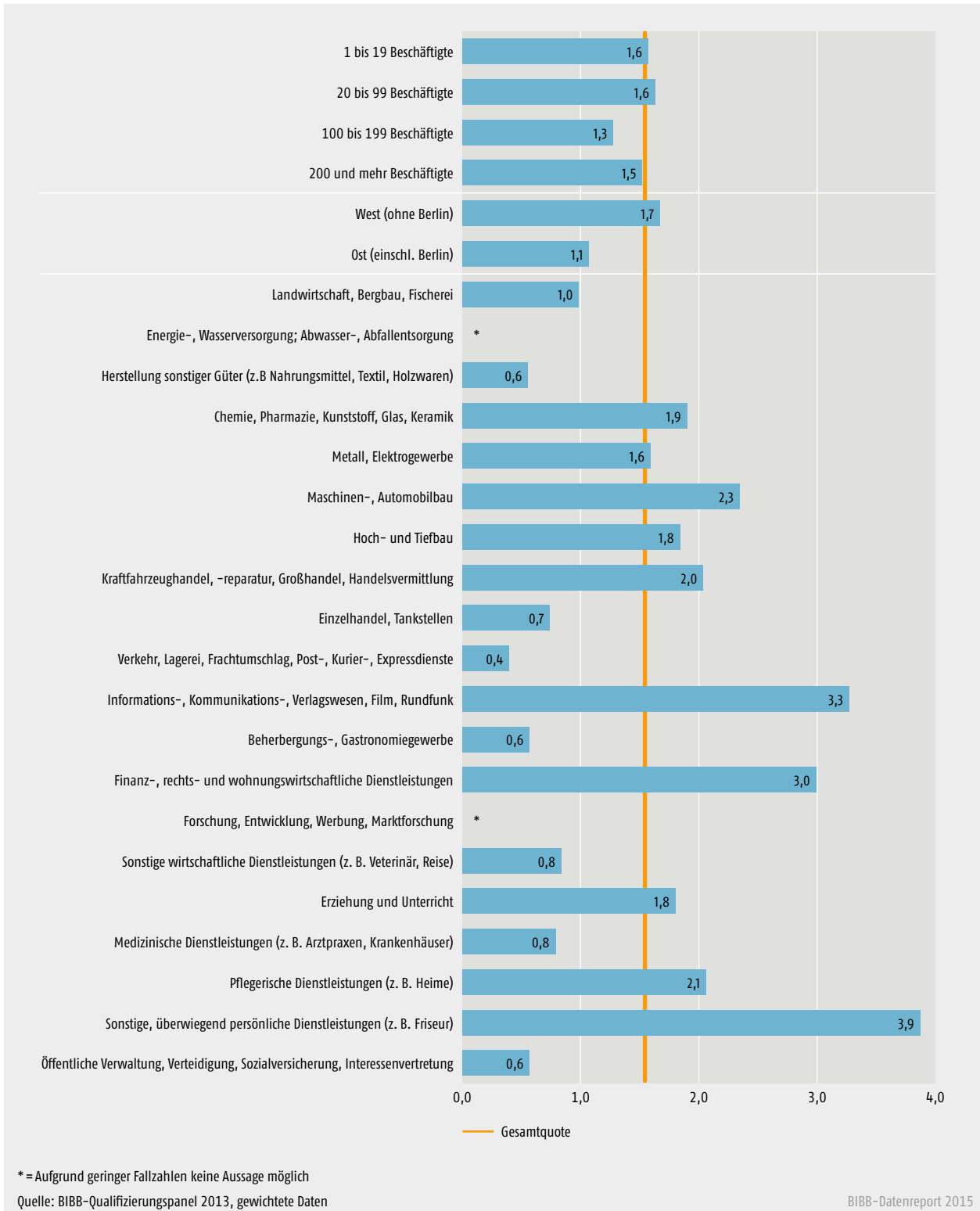
Angesichts des niedrigen Wertes der Quote fallen auch die Unterschiede zwischen Betrieben nach unterschied-

lichen Strukturmerkmalen absolut betrachtet gering aus. Sie geben dennoch einige Hinweise darauf, in welchen Bereichen besonders viele bzw. wenige Beschäftigte an einer betrieblich geförderten Aufstiegsfortbildung teilnehmen.

Die Betriebsgröße hat kaum Auswirkungen auf die Höhe der Teilnehmerquoten. Damit zeigt sich, dass die betriebliche Beteiligung an Aufstiegsfortbildungen (s. o.) bei größeren Betrieben zwar höher ausfällt als bei kleineren Betrieben, dennoch werden, ausgehend von den Gesamtbeschäftigten, etwa gleich große Anteile der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in kleinen wie auch in großen Betrieben gefördert. Regionale Unterschiede, die sich hinsichtlich der Beteiligung von Betrieben an Aufstiegsfortbildungen zeigen, sind auch bei Betrachtung der Teilnehmerquoten zur erkennen: Im westlichen Bundesgebiet nimmt ein höherer Anteil der Beschäftigten an betrieblich geförderten Aufstiegsfortbildungen teil als im östlichen.

Starke Unterschiede zeigt auch die Differenzierung nach Wirtschaftszweigen. Die höchsten Teilnahmequoten gibt es bei Beschäftigten in den Bereichen „Sonstige, überwiegend persönliche Dienstleistungen (z. B. Friseur)“, dem „Informations-, Kommunikations-, Verlagswesen, Film, Rundfunk“ sowie bei Beschäftigten in Betrieben, die finanz-, rechts- und wohnungswirtschaftliche Dienstleistungen anbieten. Im verarbeitenden Gewerbe zeigt sich erneut ein heterogenes Bild. Während im Bereich „Maschinen-, Automobilbau“ und „Chemie, Pharmazie, Kunststoff, Glas, Keramik“ überdurchschnittliche Teilnahmequoten zu verzeichnen sind, nehmen unterdurchschnittlich viele Beschäftigte von Betrieben aus dem Bereich „Herstellung sonstiger Güter (z. B. Nahrungsmittel, Textil, Holzwaren)“ an betrieblich geförderten Aufstiegsfortbildungen teil. Ebenfalls geringe Teilnahmequoten zeigen sich in den Bereichen „Verkehr, Lagerei, Frachttumschlag, Post-, Kurier-, Expressdienste“, dem Gastronomiegewerbe sowie im Bereich „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Interessenvertretung“.

Schaubild B1.2.3-4: **Teilnehmerquote an betrieblich geförderten Aufstiegsfortbildungen im Jahr 2012 nach Strukturmerkmalen (in %)**



Aufstiegsfortbildungen und andere Strategien zur Personalbedarfsdeckung

Gibt es nun einen Zusammenhang zwischen der Förderung von Aufstiegsfortbildungen und anderen Strategien der Personalbedarfsdeckung wie der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung sowie der Rekrutierung von Fachkräften über den externen Arbeitsmarkt?

Betriebliche Investitionen in die Aus- und Weiterbildungsbeteiligung werden häufig als komplementäre Strategien zur Sicherung des Fachkräftebedarfs eingesetzt (vgl. Bellmann/Krekel/Stegmaier 2010; BIBB-Datenreport 2014, Kapitel B1.2.3), d. h., Betriebe, die in die betriebliche Ausbildung investieren, unterstützen in der Regel häufiger Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Folgenden wird anhand von deskriptiven Auswertungen untersucht, ob sich dieser Zusammenhang auch hinsichtlich der Aufstiegsfortbildung, also einer spezifischen Form der Weiterbildung, abzeichnet. Nach den Ergebnissen in → **Schaubild B1.2.3-5** hat etwa jeder fünfte Ausbildungsbetrieb (21,7%) im Jahr 2012 Aufstiegsfortbildungen gefördert, bei nicht ausbildenden Betrieben waren es dagegen nur 6,5%. Dieser deutliche Unterschied zwischen nicht ausbildenden und ausbildenden Betrieben kann auch bei der differenzierten Betrachtung über Betriebsgrößenklassen durchgängig beobachtet werden. Dass die betriebliche Beteiligung an der Ausbildung und der Förderung von Aufstiegsfortbildungen

zusammenhängen, ist zunächst wenig überraschend. Die Fortbildung zum/zur Meister/-in, Techniker/-in oder Fachwirt/-in stellt schließlich einen wichtigen Karrierepfad für Beschäftigte mit Berufsausbildung dar. Gleichwohl ist das Ergebnis ein Hinweis dafür, dass Betriebe, die im dualen Ausbildungssystem verankert sind, in hohem Maße daran interessiert sind, Beschäftigten mit Berufsausbildung diese Form des beruflichen Aufstiegs und der Höherqualifikation zu ermöglichen.

Mit Blick auf die allgemeine Weiterbildungsbeteiligung zeigt sich, dass neben der betrieblichen Ausbildung auch die Rekrutierung externer Fachkräfte eine komplementäre Strategie darstellt (BIBB-Datenreport 2014, Kapitel B1.2.3). Ob sich dieser Zusammenhang auch bezogen auf die Weiterbildung in der Form von Aufstiegsfortbildungen nachweisen lässt, wird im Folgenden untersucht. → **Schaubild B1.2.3-6** gibt den Anteil der Betriebe mit Förderung von Aufstiegsbeteiligung für 3 Betriebsgruppen an: (1) Betriebe ohne Stellenangebot im Jahr 2012, (2) Betriebe mit Stellenangebot im Jahr 2012 für Beschäftigte bis zu einem mittleren Qualifikationsniveau und (3) Betriebe mit Stellenangebot im Jahr 2012 für hoch qualifizierte Fachkräfte, zu denen neben Beschäftigten mit Fortbildungsabschluss insbesondere Beschäftigte mit einer akademischen Ausbildung zählen.

Die Unterscheidung zwischen Betrieben mit und ohne Stellenangebot für hoch qualifizierte Fachkräfte wird

Schaubild B1.2.3-5: **Beteiligung an Aufstiegsfortbildung der ausbildenden und nicht ausbildenden Betriebe nach Betriebsgröße (in %)**

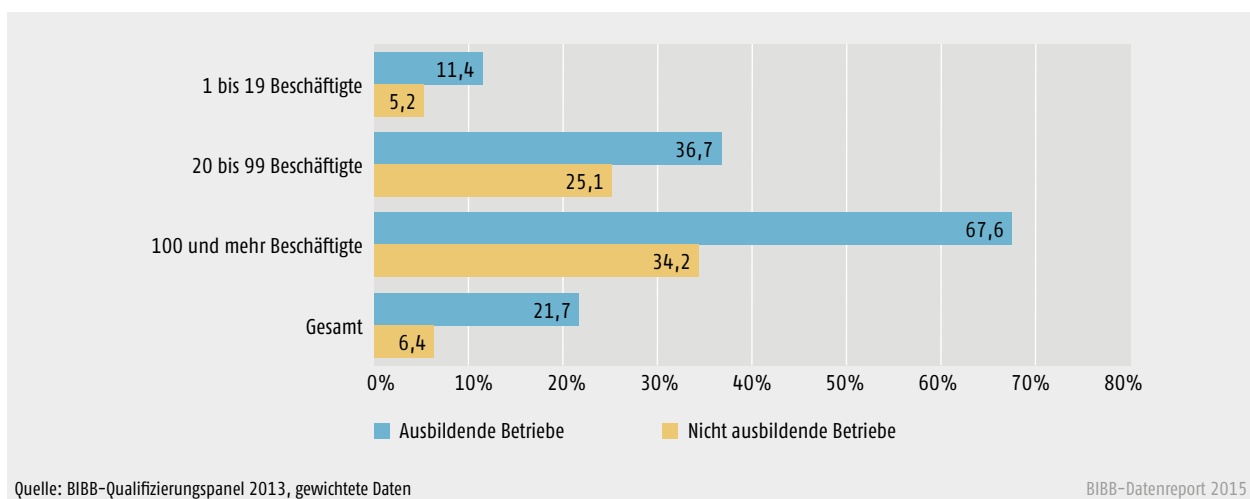
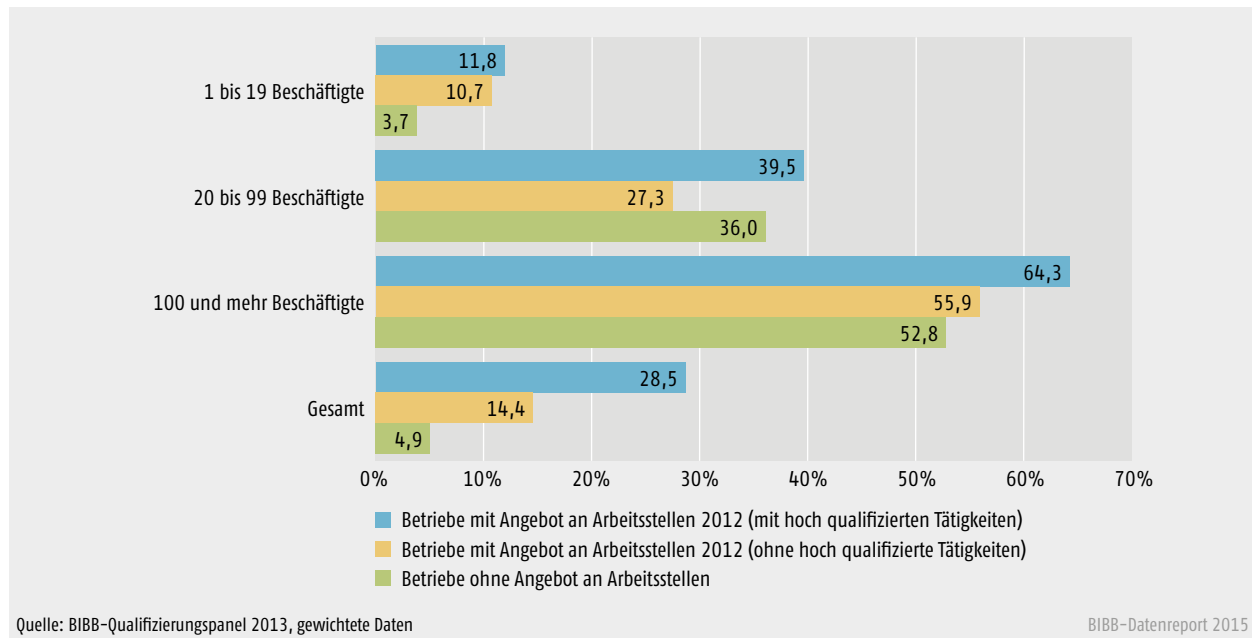


Schaubild B1.2.3-6: **Beteiligung an Aufstiegsfortbildung von Betrieben mit und ohne Stellenangebote nach Betriebsgröße (in %)**



vorgenommen, da speziell die externe Rekrutierung hoch qualifizierter Fachkräfte eine Alternative zur Förderung von Aufstiegsfortbildungen darstellen könnte.

Wie die Ergebnisse zeigen, ist die Suche nach Fachkräften auf dem externen Arbeitsmarkt nicht als Alternative zur Förderung von Aufstiegsfortbildungen zu sehen. Fast jeder vierte Betrieb (28,5%), der beabsichtigt, hoch qualifiziertes Personal zu rekrutieren, hat im Jahr 2012 zudem Aufstiegsfortbildungen seiner Beschäftigten gefördert. Bei Betrieben, die zwar Stellen anbieten, aber keinen Bedarf an der Rekrutierung hoch qualifizierter Arbeitskräfte haben, investiert nur jeder siebte Betrieb (14,4%) in die Aufstiegsfortbildung seiner Beschäftigten und bei Betrieben ohne Stellenangebot sogar nur jeder zwanzigste (4,9%).

Der Vergleich über die Betriebsgrößenklassen bekräftigt dieses Ergebnis weitgehend. Die Unterschiede zwischen den Betriebstypen innerhalb einzelner Betriebsgrößenklassen fallen jedoch weniger stark aus. Zudem zeigt sich bei kleinen und mittelständischen Betrieben mit 20 bis 99 Beschäftigten, dass die Beteiligung an der Förderung von Aufstiegsfortbildungen deutlich geringer ausfällt, wenn zwar ein Bedarf an externer Rekrutierung besteht,

dieser jedoch hoch qualifizierte Fachkräfte ausnimmt (27,3% im Vergleich zu 39,5%). Der vergleichsweise hohe Anteil an Betrieben mit Förderung von Aufstiegsfortbildungen, die keine Arbeitsstellen anbieten (36%), könnte zudem ein Hinweis darauf sein, dass ein Teil der Betriebe innerhalb dieser Betriebsgrößenklasse die Höherqualifikation der eigenen Beschäftigten der externen Rekrutierung von Fachkräften vorzieht.

Insgesamt legen die Ergebnisse nahe, dass zwischen den verschiedenen Strategien keine Konkurrenz besteht, sondern vielmehr eine Kombination dieser Strategien verwendet wird, die sich offensichtlich am Fachkräftebedarf eines Betriebes insgesamt orientiert.

(Sabine Mohr)

B2 Weiterbildungsanbieter

B2.1 Weiterbildungsanbieter: Ergebnisse der wbmonitor Umfrage 2014

Im Fokus der wbmonitor Umfrage 2014 **E** stand die Personalgewinnung von Weiterbildungsanbietern (vgl. Kapitel B.2.1.2). Zudem wurde, wie in jedem Jahr, das Wirtschaftsklima in der Weiterbildung ermittelt sowie Strukturdaten der Anbieterlandschaft erhoben (vgl. Kapitel B.2.1.1). Die Ergebnisse basieren auf den gewichteten und hochgerechneten Angaben von 2.040 Einrichtungen.

E **wbmonitor Umfragen**

wbmonitor ist ein Kooperationsprojekt des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e. V. (DIE). Jährlich im Mai werden alle dem wbmonitor bekannten Anbieter beruflicher und/oder allgemeiner Weiterbildung dazu aufgerufen, den Fragebogen zu wechselnden Themenschwerpunkten, Wirtschaftsklima, Leistungen und Strukturen online zu beantworten. Zur Umfrage 2014 wurde die Adressbasis des wbmonitor durch die Aufnahme von rund 8.000 neu geprüften Betriebsstätten aktualisiert (vgl. Koscheck/Ohly 2014). Insgesamt wurden 21.251 Anbieter eingeladen, sich an der Erhebung zu beteiligen. Für weitere Informationen und Definitionen siehe www.wbmonitor.de.

B2.1.1 Wirtschaftsklima und Anbieterstrukturen im Fokus des wbmonitor

Der wbmonitor Klimawert **E** für alle Anbieter erreicht 2014 mit +41 annähernd den bisherigen Höchstwert aus dem Jahr 2008 (+42) und ist gegenüber dem Vorjahr um 13 Punkte gestiegen → [Schaubild B2.1.1-1](#). Die Weiterbildungsbranche hat sich seit 2011 wirtschaftlich günstiger entwickelt als das gesamte Dienstleistungsgewerbe (vgl. ifo Institut für Wirtschaftsforschung 2014). Während deren Klimawerte in den Jahren 2011 und 2012 noch annähernd gleichauf lagen, beträgt die Differenz im Jahr 2014 20 Punkte.

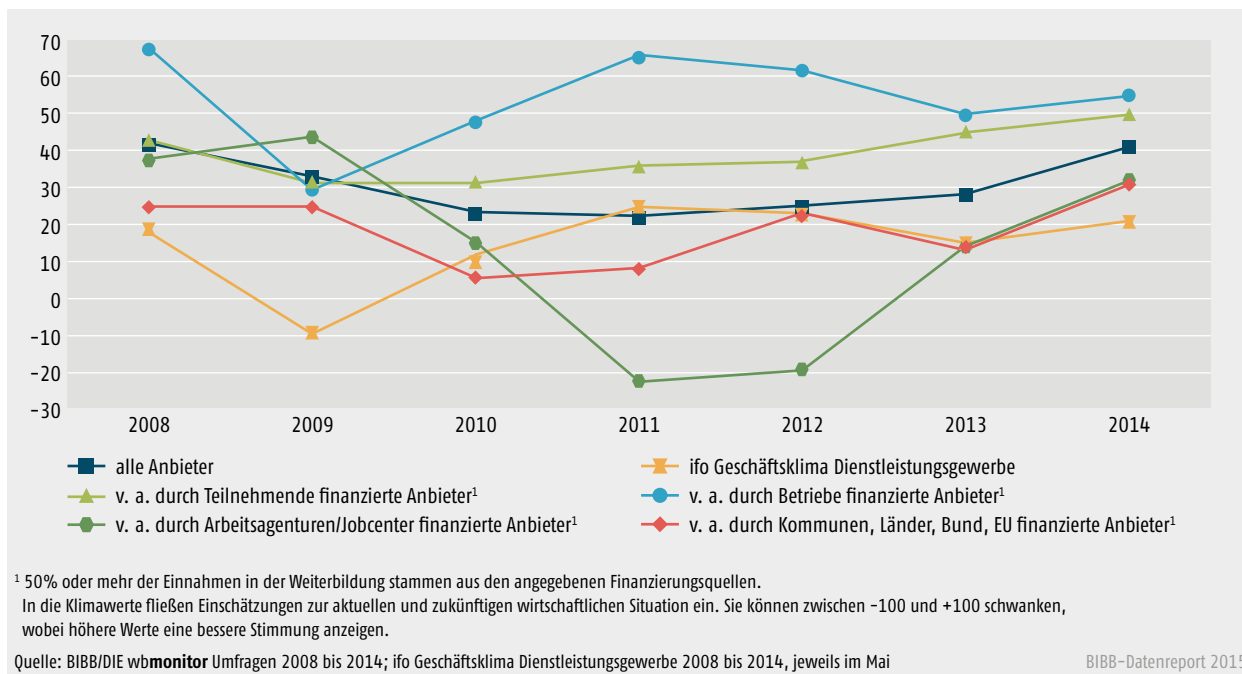
E **wbmonitor Klimawert**

Der wbmonitor Klimawert bildet die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation durch die Weiterbildungsanbieter ab. Er berechnet sich aus dem geometrischen Mittel der Differenzen zwischen den positiven und negativen Urteilen über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage sowie die Erwartung in einem Jahr. Die Anbieterangaben werden anhand des Dozentenstundenvolumens des Vorjahres gewichtet. Die Werte liegen zwischen -100 und +100. Der wbmonitor Klimawert ist eine konzeptionelle Adaption des ifo Geschäftsklimas.

Die in den vergangenen Jahren teilweise sehr konträr verlaufene wirtschaftliche Entwicklung der nach Hauptfinanzierungsquellen unterschiedenen Teilsegmente der Weiterbildung setzt sich 2014 nicht fort. Sowohl überwiegend privat als auch überwiegend öffentlich finanzierte Anbieter melden 2014 verglichen mit dem Vorjahr eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Stimmungslage. Damit befanden sich im Zeitraum von Mai 2013 bis Mai 2014 weite Bereiche der Weiterbildungsbranche wirtschaftlich im Aufwind.

Überraschend ist der bei annähernd stagnierender Weiterbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu beobachtende wirtschaftliche Aufschwung der überwiegend von den Arbeitsagenturen/Jobcentern finanzierten Anbieter (50% und mehr Finanzierungsanteil). Der Klimawert dieser meist privat kommerziell oder privat gemeinnützig ausgerichteten Einrichtungen hat sich von +14 auf +32 mehr als verdoppelt, obwohl im Mai 2014 der Bestand an Teilnehmenden in Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung mit 164.000 gegenüber dem Vorjahresmonat lediglich um 2% gestiegen ist, der Bestand in Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung im gleichen Zeitraum sogar um 5% auf 162.000 gesunken ist (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2014a) und nur in dem quantitativ geringeren Bereich der WeGebAU-Förderungen für Beschäftigte eine deutliche Zunahme um 19% auf 19.000 verzeichnet werden kann (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2014b). Bei Differenzierung dieser Gruppe zeigt sich, dass Anbieter mit ergänzenden andersartigen Finanzierungsquellen offensichtlich von deren positiver Entwicklung profitieren konnten bzw. anders finanzierte Teilnehmende erfolgreich mit von den Arbeitsagenturen/Jobcentern

Schaubild B2.1.1-1: Entwicklung der wbmonitor Klimawerte von 2008 bis 2014



finanzierten Personen kombinieren. Nahezu vollständig von den Arbeitsagenturen/Jobcentern abhängige Einrichtungen (90% und mehr Finanzierungsanteil) weisen hingegen mit +4 nur einen minimal positiven Klimawert auf und sind somit von der guten Stimmungslage der gesamten Branche ausgeschlossen.

Überwiegend betrieblich finanzierte Anbieter, darunter fallen vor allem private, betriebliche und wirtschaftsnahe Einrichtungen, vermelden wie in den Vorjahren die beste wirtschaftliche Stimmung aller Teilsegmente (+55). In Analogie sowohl zur wirtschaftlichen Entwicklung des gesamten Dienstleistungsgewerbes als auch zum Wachstum der gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftsleistung im Vorjahreszeitraum (vgl. Statistisches Bundesamt 2014a) konnte diese Anbietergruppe den Abwärtstrend der letzten beiden Jahre stoppen. Auch für den weiteren Jahresverlauf zeigen sich betrieblich finanzierte Anbieter mit einem Erwartungswert von +56 sehr optimistisch.

Sowohl vor allem durch Teilnehmende als auch überwiegend öffentlich (jenseits der Arbeitsagenturen/Jobcentern) durch Mittel von Kommunen, Ländern, Bund und Europäischer Union (EU) finanzierte Anbieter erreichen mit +50 bzw. +31 jeweils ihren bisherigen

Höchstwert seit Initiierung des wbmonitor Klimawertes im Jahr 2007. Bei den überwiegend von Teilnehmenden finanzierten Anbietern setzt sich die 2010 begonnene positive Entwicklung des Wirtschaftsklimas fort. Hinsichtlich der vertretenen Einrichtungstypen ist diese Gruppe sehr heterogen: Neben privat kommerziellen und privat gemeinnützigen Anbietern befinden sich in dieser Gruppe Volkshochschulen, Einrichtungen in der Trägerschaft gesellschaftlicher Großgruppen, wirtschaftsnahe Bildungszentren von Kammerorganisationen und weitere Arten von Einrichtungen. In der Gruppe der mehrheitlich öffentlich finanzierten Anbieter sind es vor allem Einrichtungen mit einem sehr hohen Einnahmenanteil dieser Financiers im Bereich der Weiterbildung (90% und mehr), die von einer guten Wirtschaftsstimmung berichten (Klimawert +53). Dies sind mehrheitlich berufliche Schulen sowie (Fach-)Hochschulen und Akademien. Anbieter mit 50% bis 69% öffentlichem Finanzierungsanteil, darunter fallen vor allem Volkshochschulen sowie Einrichtungen gesellschaftlicher Großgruppen, weisen demgegenüber mit +19 einen deutlich niedrigeren Klimawert auf.

Zwischen Einrichtungen mit Standort in den alten Bundesländern sowie in den neuen Ländern ansässigen Anbietern besteht 2014 fast kein Unterschied mehr in der

Tabelle B2.1.1-1: Klimawert, wirtschaftliche Lage und Erwartung für ausgewählte Teilgruppen von Weiterbildungsanbietern 2014

		Klimawert	Lagebeurteilung	Erwartung in einem Jahr	Anzahl Anbieter (Lage)
		gemittelt aus Lage und Erwartung	Saldo ¹ positiv/negativ	Saldo ¹ besser/schlechter	Hochrechnung auf Basis von n Anbietern
Alle Anbieter		41	44	38	1.581
Einnahmen/Zuwendungen von Teilnehmenden	schwerpunktfinanziert 50% bis 100%	50	54	46	515
	keine Einnahmen	37	38	35	247
	1 bis 49%	37	40	34	746
	50% bis 69%	50	57	43	209
	70% bis 89%	45	47	42	158
	90% bis 100%	59	56	62	148
Einnahmen/Zuwendungen von Betrieben	schwerpunktfinanziert 50% bis 100%	55	53	56	316
	keine Einnahmen	30	33	27	
	1 bis 49%	44	49	40	639
	50% bis 69%	58	60	57	80
	70% bis 89%	49	46	52	108
	90% bis 100%	58	55	60	128
Einnahmen/Zuwendungen von Arbeitsagenturen	schwerpunktfinanziert 50% bis 100%	32	31	32	210
	keine Einnahmen	42	44	39	835
	1 bis 49%	45	51	40	463
	50% bis 69%	32	26	37	62
	70% bis 89%	51	55	46	87
	90% bis 100%	4	2	5	61
Einnahmen/Zuwendungen von Kommunen, Ländern, Bund, EU	schwerpunktfinanziert 50% bis 100%	31	39	24	301
	keine Einnahmen	51	51	52	626
	1 bis 49%	39	43	35	581
	50% bis 69%	19	30	8	137
	70% bis 89%	34	39	29	69
	90% bis 100%	53	57	50	95
Art der Einrichtung	kommerziell privat	54	52	57	468
	gemeinnützig privat	40	41	38	241
	Bildungseinrichtung eines Betriebes	49	44	54	60
	Volkshochschule	26	35	18	210
	berufliche Schule, (Fach-)Hochschule, Akademie	53	57	48	175
	wirtschaftsnah (Kammer, Innung, Berufsverband u. Ä.)	49	58	40	120
	Einrichtung einer Kirche, Partei, Gewerkschaft, Stiftung, eines Verbandes, Vereins	30	31	28	279
Standort	alte Länder	41	44	38	1.279
	neue Länder mit Berlin	42	46	38	302
Gesamtumsatz 2013	1 bis 10 Tsd. Euro	33	27	40	74
	10 bis 100 Tsd. Euro	36	37	35	336
	100 Tsd. bis 1 Mio. Euro	35	37	33	624
	1 bis 10 Mio. Euro	49	55	44	338
	10 Mio. Euro und mehr	51	59	43	36
Zum Vergleich	ifo Dienstleistungsgewerbe	21	31	13	

¹ Der Saldo ist die Differenz der positiven und negativen Anteilswerte mit einer theoretischen Spanne von +100 bis -100.

Quelle: BIBB/DIE wbmmonitor Umfrage 2014; hochgerechnete Werte auf Basis von n = 1.581 gültigen Angaben

BIBB-Datenreport 2015

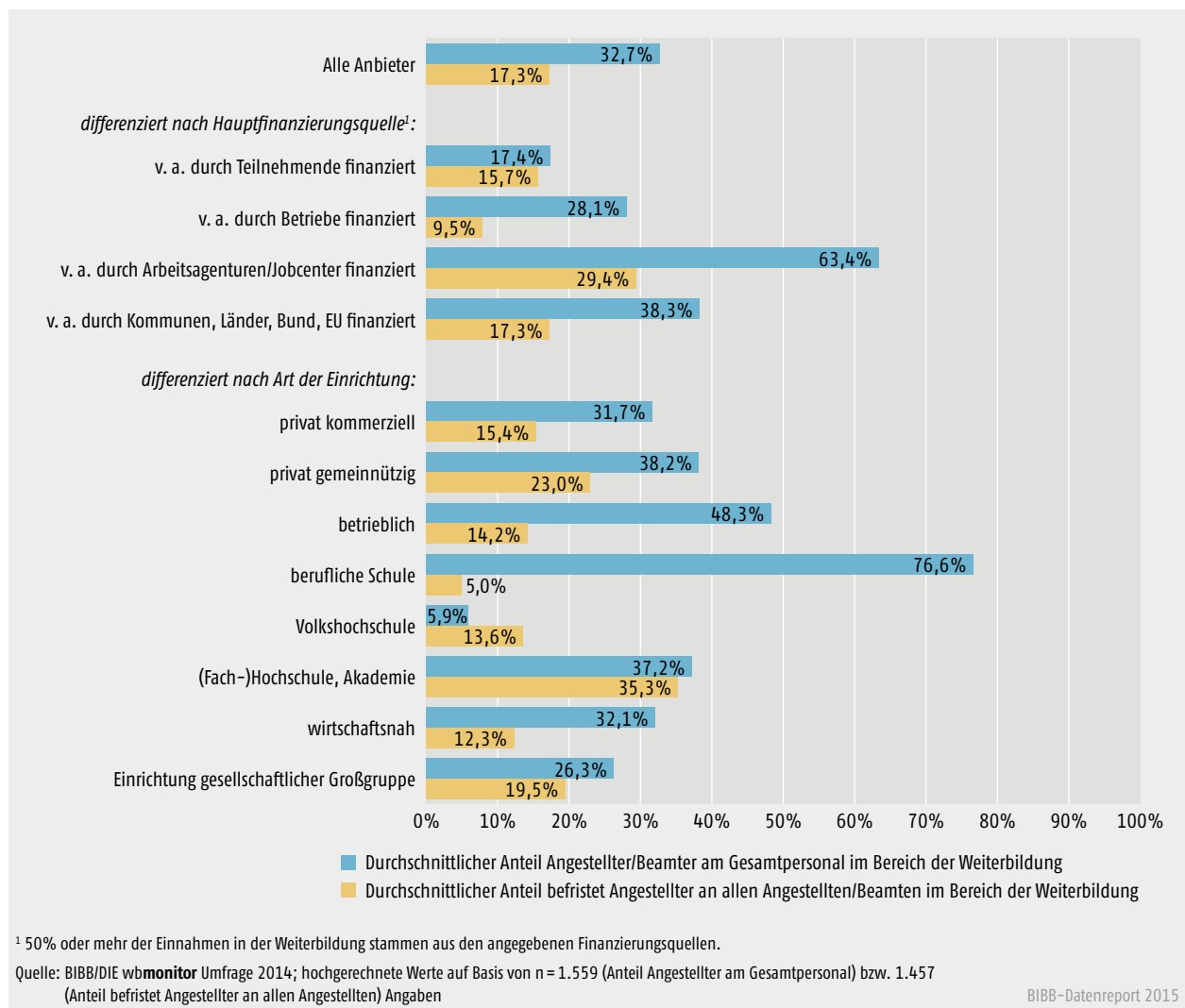
Einschätzung der wirtschaftlichen Situation. Ostdeutsche Einrichtungen melden mit einem Zugewinn von 21 Punkten zwischen 2013 und 2014 eine fast doppelt so hohe Verbesserung wie westdeutsche Anbieter, deren Klimawert im selben Zeitraum um 11 Punkte gestiegen ist.

Strukturinformationen aus der wbmonitor Umfrage 2014

Gut ein Drittel aller Einrichtungen (34,2%) bezogen im Jahr 2013 mindestens die Hälfte ihrer Einnahmen im Bereich der Weiterbildung von den Teilnehmenden selbst.

Am zweithäufigsten waren die Anbieter überwiegend von Betrieben finanziert (21,1%). Einen öffentlichen Finanzierungsschwerpunkt durch Mittel von der Kommune, dem Land, dem Bund und/oder der EU hatten im Jahr 2013 18,4% aller Einrichtungen. Überwiegend von den Arbeitsagenturen/Jobcentern finanzierten sich 15,9% der Anbieter und überwiegend vom nicht öffentlichen Träger der Einrichtung oder sonstigen Financiers zusammengekommen 3,5%. Etwa ein Zehntel aller Anbieter (8,9%) kombinierte unterschiedliche Kundensegmente derart, dass keine der genannten Hauptfinanzierungsquellen mindestens die Hälfte der Einnahmen stellte.

Schaubild B2.1.1-2: Personalstrukturen in der Weiterbildung, differenziert nach Hauptfinanzierungsquellen und Art der Einrichtung (Mittelwerte)



Knapp die Hälfte aller Einrichtungen sind privatwirtschaftliche Betriebe (46,8%), wobei 30,1% gewinnorientiert und 15,9% gemeinnützig ausgerichtet sind. Einen Träger in Form einer Kirche, einer Gewerkschaft, eines Verbandes, einer Stiftung, einer Partei oder einer anderen gesellschaftlichen Großgruppe weisen 16,8% der Einrichtungen auf. 11,3% sind Volkshochschulen. Anbietertypen mit weniger als 10% Anteil an allen Weiterbildungsanbietern sind betriebliche Bildungseinrichtungen (4,0%), wirtschaftsnahe Bildungszentren von Kammern, Innungen, Berufsverbänden o. Ä. (7,9%) sowie Einrichtungen meist öffentlicher Art wie berufliche Schulen (6,9%), Fachhochschulen und Hochschulen (4,3%) sowie sonstige staatliche Einrichtungen, die vom Bund, von Bundesländern, von Kommunen oder ausländischen Staaten unterhalten werden (1,9%).

In ihrem Personaleinsatz ist die Weiterbildungsbranche von atypischer Beschäftigung geprägt. Während das Normalarbeitsverhältnis, d. h. unbefristete und in Vollzeit ausgeübte abhängige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, in Deutschland nach wie vor die vorherrschende Erwerbsform ist (vgl. Statistisches Bundesamt 2014b), sind bei den Weiterbildungsanbietern im Durchschnitt nur 32,7% des gesamten Personals im Bereich der Weiterbildung (d. h. Angestellte, Beamte, Honorarkräfte, Ehrenamtliche) angestellt oder verbeamtet → **Schaubild B2.1.1-2**. Die größte Gruppe des Weiterbildungspersonals der Einrichtungen stellen Honorarkräfte mit einem durchschnittlichen Anteil von 61,3% (ohne Abbildung). Zwischen den unterschiedlichen Finanzierungssegmenten und Anbietertypen bestehen erhebliche Unterschiede in der Zusammensetzung des Personals.

Differenziert nach Hauptfinanzierungssegmenten liegt der Anteil an angestellten bzw. verbeamteten Personen am Gesamtpersonal im Bereich der Weiterbildung bei überwiegend durch die Teilnehmenden finanzierten Einrichtungen mit durchschnittlich 17,4% am niedrigen und ist somit nur etwa halb so hoch wie bei allen Anbietern. Diese Einrichtungen benötigen bei häufig breitem thematischem Angebot und teilweise kurzer Veranstaltungsdauer offensichtlich insbesondere im Bereich der Lehre einen flexiblen Personaleinsatz, der vor allem mit dem Einsatz von Honorarkräften verwirklicht wird: Diese stellen durchschnittlich fast zwei Drittel des Personals (72,2%, ohne Abbildung), weitere 8,2% entfallen auf Ehrenamtliche. Demgegenüber weisen die

überwiegend durch die Arbeitsagenturen/Jobcenter finanzierten Einrichtungen mit im Durchschnitt 63,4% den höchsten Angestelltenanteil auf. Mit dem Einsatz von angestelltem Personal entsprechen diese Anbieter dem in den Vergabeunterlagen für Arbeitsmarktdienstleistungen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) geforderten Grundsatz der Personalkontinuität. Jedoch ist bei dieser Anbietergruppe der Anteil befristet beschäftigter Angestellter mit durchschnittlich 29,4% deutlich höher als in den anderen Marktsegmenten. Somit scheinen überwiegend durch Arbeitsagentur/Jobcenter finanzierte Anbieter die Personalflexibilität, die andere Einrichtungen vor allem mit dem Einsatz von Honorarkräften realisieren, zumindest teilweise durch befristete Beschäftigung zu substituieren.

Differenziert nach der Art der Einrichtung stellen sich die Personalstrukturen noch gegensätzlicher dar. Laut dem **wbmonitor 2014** sind im Durchschnitt nur 5,9% der für Volkshochschulen tätigen Personen angestellt bzw. verbeamtet, davon sind durchschnittlich 13,6% befristet beschäftigt. Die überwiegende Mehrheit des Personals von Volkshochschulen wird auf Honorarbasis beschäftigt (90,4%, ohne Abbildung). Auch Einrichtungen in der Trägerschaft gesellschaftlicher Großgruppen (s. o.) weisen im Mittel mit 26,3% einen unterdurchschnittlichen Anteil an angestelltem Stammpersonal auf. Neben Honorarkräften (59,1%, ohne Abbildung) sind für Einrichtungen dieses Typs häufig auch Ehrenamtliche tätig (14,6%, ohne Abbildung). In beruflichen Schulen hingegen sind durchschnittlich 76,6% des in der Weiterbildung eingesetzten Personals angestellt oder sogar verbeamtet. Offensichtlich werden die Weiterbildungsangebote der beruflichen Schulen überwiegend durch ihre Lehrerschaft realisiert. Zudem sind im Durchschnitt nur 5% dieser Personen befristet beschäftigt. Damit sind die beruflichen Schulen der einzige Anbietertyp in der Weiterbildung, deren Befristungsanteil niedriger liegt als bei allen Erwerbstätigen (7,1%, vgl. Statistisches Bundesamt 2014b). Bei Fachhochschulen, Hochschulen und Akademien ist der Befristungsanteil von angestellten Personen, die (auch) Weiterbildungsleistungen erbringen, mit 35,3% so hoch wie bei keinem anderen Anbietertyp und doppelt so hoch wie bei allen Anbietern. Die an Hochschulen grundsätzlich weitverbreitete befristete Beschäftigung (vgl. Kucera/Grau 2013) erstreckt sich somit auch auf den Bereich der wissenschaftlichen Weiterbildung.

(Stefan Koscheck)

B2.1.2 Personalgewinnung von Weiterbildungsanbietern

Mit dem Themenschwerpunkt der **wbmonitor** Umfrage 2014 wurden repräsentative empirische Daten zur Personalgewinnung von Weiterbildungsanbietern gewonnen. Zur Verwirklichung einer hohen Weiterbildungsqualität kommt dem Personal der Einrichtungen eine zentrale Stellung zu. Insbesondere die Kompetenzen der Lehrenden sind zentrale Ressourcen für eine zielgerichtete und erfolgreiche Wissensvermittlung. Trotz der hohen Bedeutung des Faktors Personal ist der Zugang zu Lehrertätigkeiten im Bereich der Weiterbildung verglichen mit anderen Bildungsbereichen nicht systematisch reglementiert, in manchen Sektoren sogar gar nicht (vgl. Nuissl 2005). Vor dem Hintergrund dieser strukturellen Offenheit werden Fragen der Professionalität und Professionalisierung des Personals in der Weiterbildung häufig diskutiert (vgl. Dobischat/Hufer 2014; Kraft/Seitter/Kollewe 2009). Der offene Zugang zu Beschäftigungen im Weiterbildungssektor ist für die Einrichtungen mit Chancen und Risiken verbunden: Da die Personalauswahl nicht unmittelbar an das Vorhandensein bestimmter formaler Zertifikate gekoppelt ist, bestehen relativ große Entscheidungsspielräume. Andererseits kann es für die Einrichtungen schwierig sein, auf der Grundlage der vorliegenden Informationen die Passung der angebotenen Qualifikationen zu den Tätigkeitsanforderungen zu beurteilen und eine Vergleichbarkeit von unterschiedlichen Bewerberprofilen herzustellen.

Der Personaleinsatz in der Weiterbildung ist dadurch gekennzeichnet, dass neben Stammpersonal in Anstellung oder mit Beamtenstatus, das in verschiedenen Aufgabenbereichen tätig sein kann, vorrangig im Bereich der Lehre verbreitet auch Honorarkräfte beschäftigt werden. Darüber hinaus spielt bei bestimmten Einrichtungstypen auch ehrenamtliches Personal eine bedeutende Rolle, z. B. bei konfessionell gebundenen Anbietern. Aufgrund dieser strukturellen Besonderheiten der Weiterbildungsbranche kann die Personalgewinnung der Einrichtungen sowohl die Suche nach bislang unbekanntem Personal als auch den wiederholten Einsatz bewährter externer Mitarbeitender beinhalten. In der **wbmonitor** Umfrage 2014 wurde einerseits die Personalgewinnung der Einrichtungen insgesamt thematisiert, wobei die verschiedenen Beschäftigungsformen in der Weiterbildung Berücksichtigung fanden. Andererseits wurden Fragen unabhängig

von der Beschäftigungsform auf die Lehrenden beschränkt, um der hohen Relevanz dieser Beschäftigtengruppe für die Leistungserbringung der Einrichtungen Rechnung zu tragen. Zunächst wurde, bezogen auf das Gesamtpersonal im Bereich der Weiterbildung, erhoben, in welchen Beschäftigungsformen im Jahr 2013 Personal rekrutiert wurde, und die Einrichtungen wurden um die Beurteilung verschiedener Aussagen zur Personalsituation und Personalgewinnung gebeten. Ebenfalls auf das Gesamtpersonal bezogen sich Wege der Personalrekrutierung. Nur in Bezug auf die Lehrenden, bei denen es sich vielfach, jedoch nicht ausschließlich um Honorarkräfte handelt, wurden die Einrichtungen gefragt, welche Auswahlverfahren sie im Jahr 2013 eingesetzt und welchen Anforderungskriterien sie bei deren Auswahl besondere Bedeutung beigemessen haben.

Insgesamt gaben drei Viertel (75,7%) der Anbieter an, im Jahr 2013 Honorarkräfte rekrutiert zu haben. Angestellte haben weniger als die Hälfte (45,9%) aller Einrichtungen gewonnen und Ehrenamtliche 22,2%. In weiteren Beschäftigungsformen wie z. B. dem Beamtenstatus haben 2013 insgesamt nur 11,5% der Anbieter Personal gewonnen. Differenziert nach der Art der Einrichtung wurden Honorarkräfte überdurchschnittlich häufig von Volkshochschulen rekrutiert (93,7%), deren Personalstruktur durch einen sehr geringen Anteil an Stammpersonal gekennzeichnet ist (vgl. **Kapitel B2.1.1**), wohingegen neue Arbeitsverträge für Angestelltenverhältnisse besonders häufig von privat gemeinnützigen Anbietern abgeschlossen wurden (64,8%). Letzteres dürfte auch darauf zurückzuführen sein, dass Anbieter dieses Typs häufiger als andere Einrichtungsarten für Arbeitsagenturen/Jobcenter tätig und von daher verpflichtet sind, auch in der Lehre angestelltes Personal einzusetzen.

In der Einschätzung der Schwierigkeit der Personalgewinnung insgesamt ist die Weiterbildungsbranche zweigeteilt: 51,1% geben an, dass es ihnen (eher) leicht falle, passendes Personal zu finden. In den alten Bundesländern stellt sich die Suche etwas einfacher dar (52,7% Zustimmung) als in den neuen Ländern (44,7% Zustimmung). Die Gewinnung von Honorarkräften hängt offensichtlich stark vom Thema der geplanten Veranstaltung ab. Zwei Drittel (65,9%) der Anbieter geben an, dass es bei bestimmten Seminarthemen (eher) schwierig sei, geeignete Honorardozentinnen und -dozenten zu

engagieren. Dass dies besonders auf Volkshochschulen zutrifft (83,1%), dürfte auch mit der Höhe der gezahlten Honorare zusammenhängen. So geben Volkshochschulen seltener als alle Anbieter an, Vergütungen über dem regionalen Branchenniveau zu zahlen, um geeignete Honorarkräfte zu finden (27,4%; alle Anbieter: 41,5%). Privat kommerzielle Anbieter scheinen demgegenüber größere finanzielle Spielräume zu besitzen, in den Honorar- bzw. Lohnverhandlungen den Marktwert bestimmter Qualifikationen zu berücksichtigen. 61,3% dieser Anbieter können bei Vergütungen für Honorarkräfte und 56,3% bei den Löhnen für Angestellte das regionale Branchenniveau überschreiten. Trotz der offensichtlich bestehenden Honorarunterschiede sind die Arbeitsbeziehungen zwischen den Einrichtungen und den freien Dozentinnen und Dozenten bei den meisten Einrichtungen von längerfristiger Natur. Lediglich 15,8% aller Anbieter gelingt es (eher) nicht, Honorarkräfte langfristig an die Einrichtung zu binden. Die Unterschiede in der Einschät-

zung zwischen den verschiedenen Anbietertypen sind diesbezüglich vergleichsweise gering (12,4% [wirtschaftsnahe Anbieter] bis 20,3% [Volkshochschulen] Zustimmung).

Wege der Personalgewinnung abhängig von der Beschäftigungsform

Zur Gewinnung von Angestellten und Honorarkräften, den beiden Hauptbeschäftigungsformen in der Weiterbildung, beschreiten die Einrichtungen teilweise unterschiedliche Wege. Während Positionen in Anstellung unabhängig von den auszuübenden Tätigkeiten in der Regel intern und/oder extern ausgeschrieben werden und damit grundsätzlich ein offener Zugang besteht → [Schaubild B2.1.2-1](#), sprechen die Einrichtungen zur Vergabe von Honorartätigkeiten geeignete Personen häufig auch unter Einsatz ihres Netzwerks direkt an → [Schaubild B2.1.2-2](#).

Schaubild B2.1.2-1: **Rekrutierungswege, die von Weiterbildungsanbietern 2013 zur Gewinnung von Angestellten genutzt wurden (in %)**

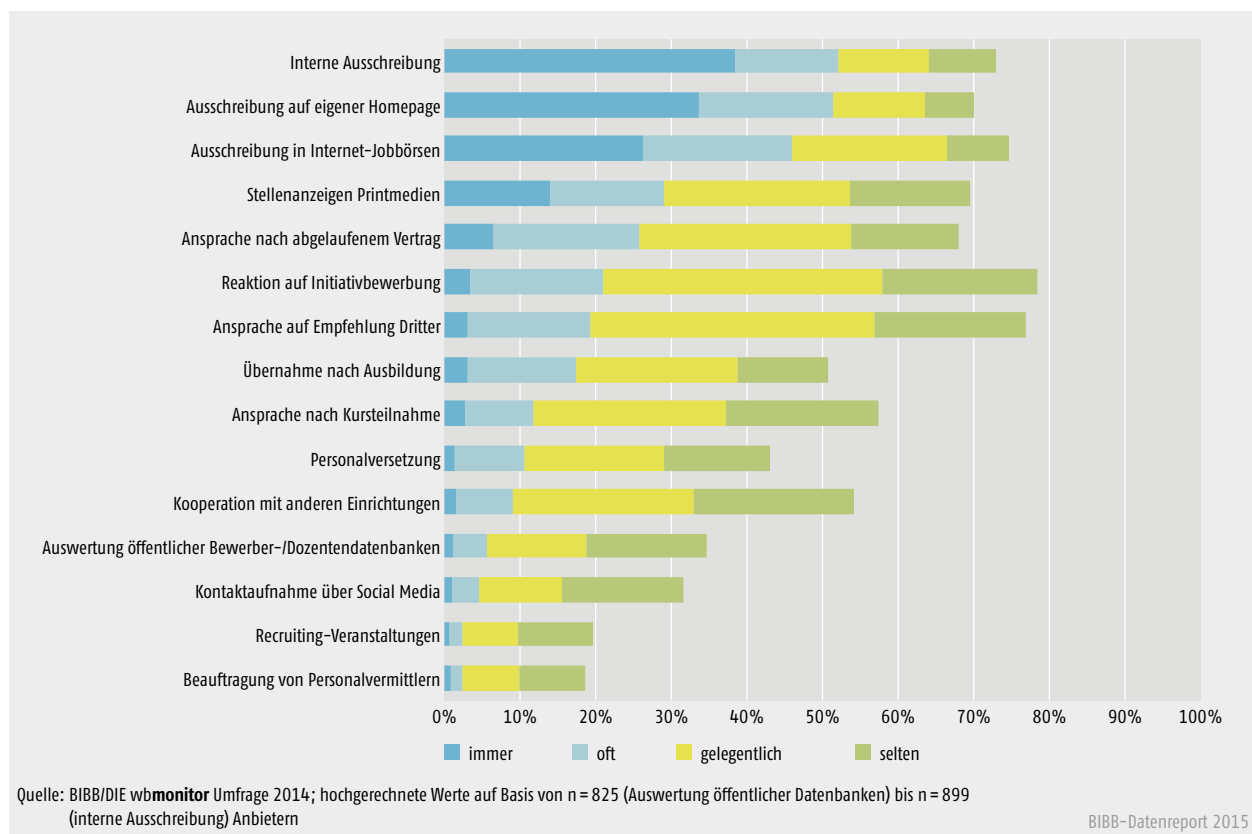
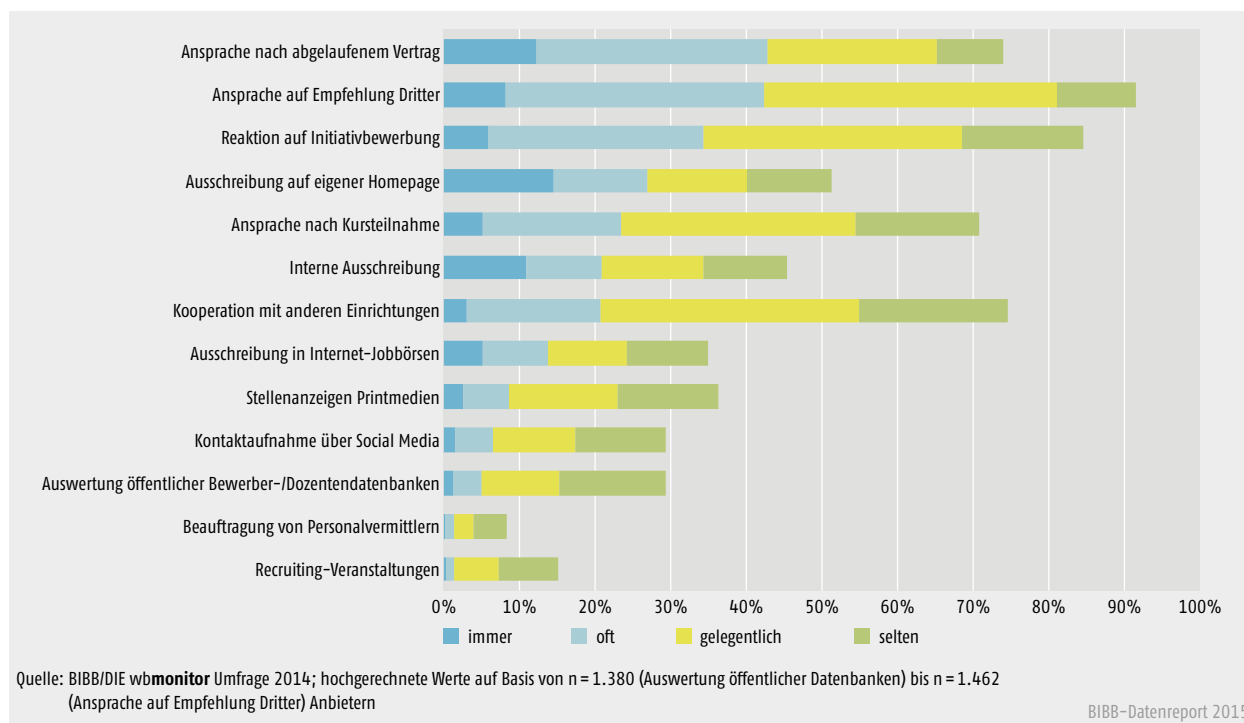


Schaubild B2.1.2-2: **Rekrutierungswege, die von Weiterbildungsanbietern 2013 zur Gewinnung von Honorarkräften genutzt wurden (in %)**

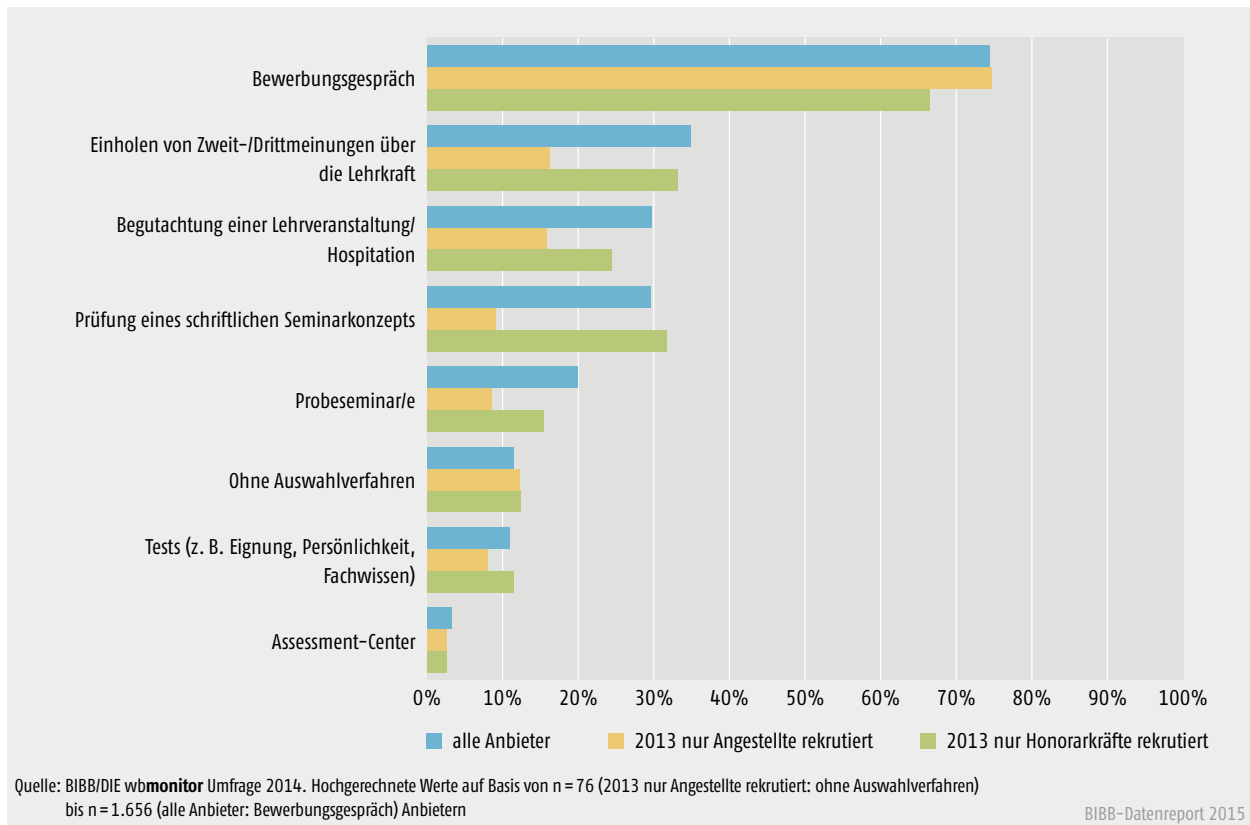


Etwa 4 von 5 Anbietern (78,4%), die im Jahr 2013 Angestellte rekrutiert haben, schrieben die offene(n) Stelle(n) immer bzw. oft aus, entweder intern, auf ihrer Homepage, in Internet-Jobbörsen und/oder via Stellenanzeigen in Printmedien. Während die beiden erstgenannten Veröffentlichungswege von etwas mehr als der Hälfte der Anbieter im Regelfall genutzt wurden (interne Ausschreibung: immer/oft 52,2%; Ausschreibung auf Homepage: immer/oft 51,4%) und auch die Nutzung von Jobbörsen im Internet verbreitet ist (immer/oft 45,9%), gehören Stellenanzeigen in Printmedien nur bei weniger als einem Drittel der Einrichtungen zum Standardrepertoire bei Stellenausschreibungen (immer/oft 29,1%). Dass Letztere von einem höheren Anteil der Einrichtungen nur sporadisch genutzt werden (gelegentlich/selten 40,5%), ist ein Hinweis darauf, dass die damit verbundenen Kosten vermutlich nur bei besonders relevanten Stellenbesetzungen in Kauf genommen werden. Weitere Rekrutierungswege, die bei der Suche nach Angestellten eher unregelmäßig angewandt wurden, sind Reaktionen auf Initiativbewerbungen (gelegentlich/selten 57,7%; immer/oft 21,1%), direkte Kontaktaufnahmen, die auf Empfehlungen Dritter basieren (gelegentlich/selten

57,6%; immer/oft 19,3%), die Ansprache geeignet erscheinender Teilnehmender in Kursen (gelegentlich/selten 45,5%; immer/oft 11,6%) oder die Ansprache bei Ablaufen eines befristeten Arbeitsvertrags (gelegentlich/selten 42,2%; immer/oft 25,7%). Letzteres wird überdurchschnittlich häufig von vor allem durch Arbeitsagenturen/Jobcenter finanzierte Einrichtungen praktiziert (immer/oft 34,4%), indem Verträge vermutlich für die Laufzeit von Maßnahmen verlängert werden.

Im Unterschied zur Suche nach Angestellten wurden mit Honorar vergütete Tätigkeiten von einem deutlich geringeren Anteil der Einrichtungen ausgeschrieben. Nur etwas mehr als die Hälfte (56,8%) aller Einrichtungen, die im Jahr 2013 Honorarkräfte rekrutierten, nutzten im Normalfall mindestens einen Weg der Bekanntmachung per Ausschreibung (interne Ausschreibung, Ausschreibung auf der eigenen Homepage, in Jobbörsen im Internet und/oder Stellenausschreibung in Printmedien). Am häufigsten wurde dabei die Veröffentlichung auf der eigenen Website genutzt (immer/oft 27,0%). Der seltenere Gebrauch von Ausschreibungen bei der Suche nach Honorarkräften dürfte zum einen darin begründet

Schaubild B.2.1.2-3: **Auswahlverfahren, die von Weiterbildungsanbietern 2013 bei Lehrenden immer bzw. oft eingesetzt wurden (in %)**



sein, dass geeignete externe Dozentinnen und Dozenten häufig bereits bekannt sind und eine offene Suche somit nicht erforderlich ist. Zum anderen bestehen bei der Besetzung von Stellen, insbesondere in größeren Betrieben sowie in öffentlichen Einrichtungen, häufig reglementierte und institutionalisierte Verfahren, bei denen die Ausschreibung ein unumgänglicher Bestandteil ist. Die Vergabe von Dienstleistungen bzw. Werkverträgen an Dritte kann hingegen zumeist mit höheren Freiheitsgraden vorgenommen werden. Öfter als Honorartätigkeiten auszuschreiben fragten die Einrichtungen geeignete Personen direkt an, nach einem vorherigen Auftrag für die Einrichtung, auf Empfehlung Dritter und/oder nach einer Kursteilnahme. 61,8% der Einrichtungen gingen bei der Vergabe von Honorartätigkeiten immer bzw. oft so vor, wobei die Rekrutierung von Teilnehmenden aus Kursen (immer/oft 23,4%) gegenüber der wiederholten Ansprache nach einer vorherigen Tätigkeit (immer/oft 42,8%) und der Kontaktaufnahme auf Empfehlung Dritter (immer/oft 42,3%) von einem deutlich niedrigeren

Anteil der Einrichtungen regulär praktiziert wurde. Dass eine auf Empfehlung basierende Ansprache bei weiteren 49,1% der Anbieter zumindest gelegentlich oder selten erfolgte, verdeutlicht den hohen Stellenwert einer guten Reputation für freiberufliche Dozentinnen und Dozenten. Auch die Kooperation mit anderen Einrichtungen und die Reaktion auf Initiativbewerbungen werden zur Gewinnung von Honorarkräften genutzt, stellen jedoch meist nicht den Regelfall dar.

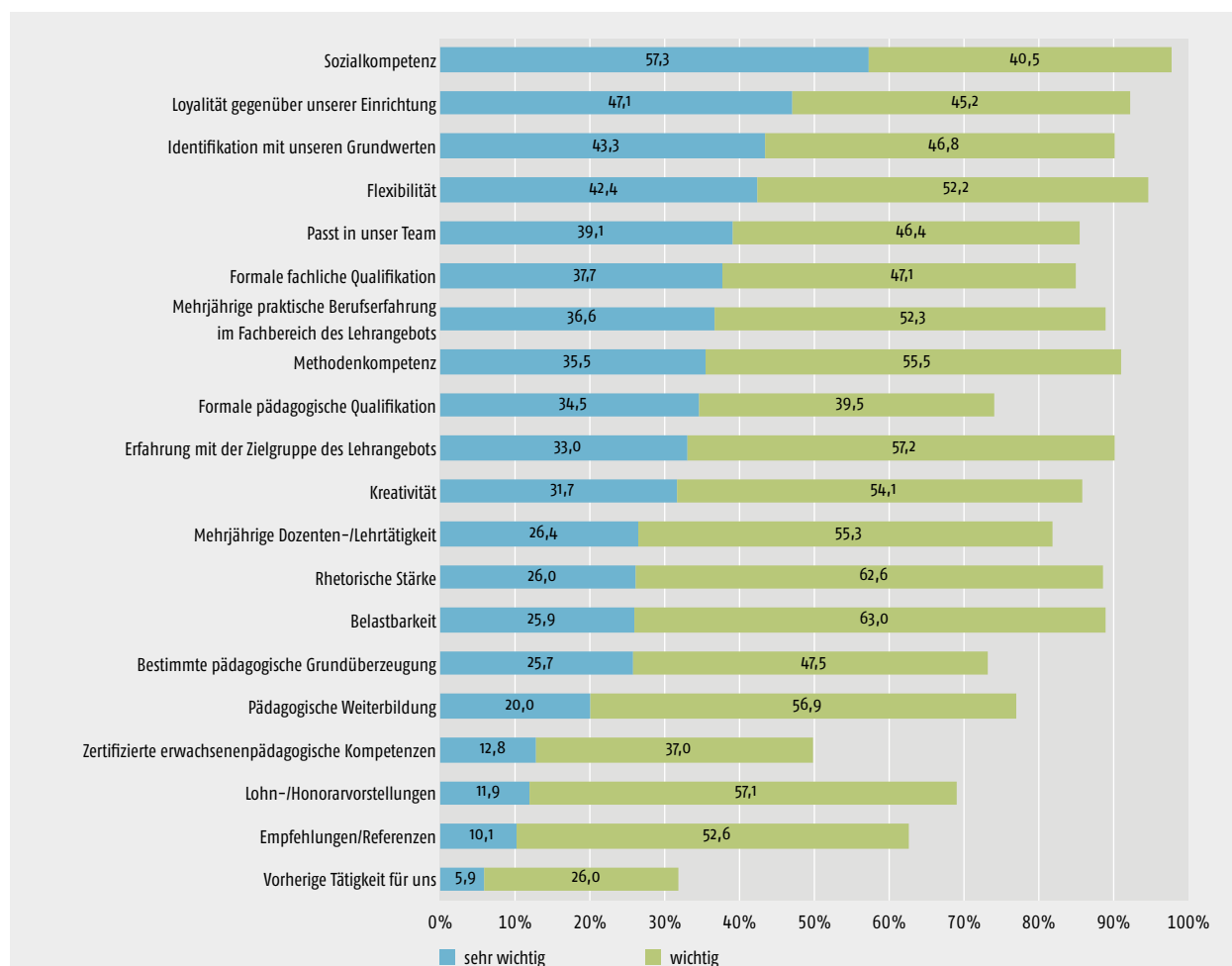
Von nur geringer Bedeutung für die Gewinnung sowohl von Angestellten als auch von Honorarkräften sind Auswertungen von öffentlichen Bewerber- bzw. Dozentendatenbanken, die Beauftragung von Personalvermittlern und Recruiting-Veranstaltungen wie z. B. Jobmessen. Auch soziale Netzwerke wie beispielsweise Xing oder Facebook werden seitens der Einrichtungen bislang kaum genutzt, um potenziell geeignetes Personal anzusprechen.

Auswahlverfahren bei Lehrenden

Ist der Suchprozess abgeschlossen, stellt sich die Frage nach geeigneten Instrumenten der Personalauswahl. Da die Durchführung der Weiterbildungsveranstaltungen die zentrale Leistung der Einrichtungen darstellt, ist von besonderem Interesse, mit welchen Verfahren die Einrichtungen die Qualität von Bewerberinnen und Bewerbern für den Bereich der Lehre beurteilen. Ging es um die Auswahl von Lehrenden, setzten 2013 drei Viertel der Einrichtungen, die in diesem Jahr Personal gewonnen haben, auf Bewerbungsgespräche (immer/oft 74,4%) → **Schaubild B2.1.2-3**. Die Differenzierung der Anbieter danach, ob nur Angestellte oder nur Honorarkräfte re-

krutiert wurden, zeigt, dass das Bewerbungsgespräch bei beiden Beschäftigtengruppen üblich ist. Das Einholen von Zweit- oder Drittmeinungen über die Lehrkraft (immer/oft 34,9%), die Begutachtung der Durchführung einer Lehrveranstaltung (Hospitation) (immer/oft 29,8%), die Prüfung eines schriftlichen Seminarkonzeptes (immer/oft 29,6%) und Probeseminar(e) (immer/oft 19,9%) wurden meist zusätzlich zum Bewerbungsgespräch angewandt: Zwei Drittel (66,9%) der Einrichtungen, die regulär Bewerbungsgespräche durchführten, nutzten parallel mindestens eines der genannten ergänzenden Auswahlverfahren, und zwar vor allem bei der Auswahl von Honorarkräften (2013 nur Honorarkräfte rekrutiert: 67,6%; 2013 nur Angestellte rekrutiert: 36,7%). Dies verdeut-

Schaubild B2.1.2-4: **Relevanz von Auswahlkriterien bei der Rekrutierung von Lehrenden im Bereich der Weiterbildung (in %)**



Quelle: BIBB/DIE **wbmonitor** Umfrage 2014; hochgerechnete Werte auf Basis von n = 1.895 (Lohn-/Honorarvorstellungen) bis n = 1.979 (Sozialkompetenz) Anbietern

BIBB-Datenreport 2015

licht, dass Arbeitgeber versuchen, die besonderen Risiken, die mit der Beschäftigung externer Personen ohne formale Organisationsmitgliedschaft in Kernaufgaben der Einrichtung verbunden sind, durch zusätzliche Prüfungen zu reduzieren. Völlig ohne Auswahlverfahren setzte dagegen nur eine Minderheit der Anbieter im Bereich der Lehre regelmäßig Personal ein (immer/oft 11,5%), vermutlich in Fällen, in denen mit Lehrenden bereits längerfristige Kooperationsbeziehungen bestanden.

Anforderungskriterien an Lehrende

Da der Zugang zu Lehrtätigkeiten in der Weiterbildung kaum reglementiert ist, stellt sich die Frage, welchen Auswahlkriterien die Einrichtungen besondere Bedeutung beimessen. Zentraler Bestandteil des **wbmonitor** Themenschwerpunktes 2014 waren daher auch Anforderungserwartungen der Arbeitgeber an Lehrende. Die Weiterbildungsanbieter wurden gebeten, 20 Kriterien, die unterschiedliche Dimensionen erfassen, hinsichtlich ihrer Relevanz für die Rekrutierung von Lehrenden auf einer 4-stufigen Skala (sehr wichtig – wichtig – eher unwichtig – unwichtig) zu bewerten.

18 der 20 abgefragten Anforderungskriterien werden von den Weiterbildungsanbietern mehrheitlich als „wichtig“ oder „sehr wichtig“ eingeschätzt → **Schaubild B2.1.2-4**. Die starke Zustimmungstendenz verdeutlicht einerseits eine insgesamt sehr hohe Erwartungshaltung der Anbieter an potenziell Lehrende sowohl hinsichtlich ihrer formalen Qualifikationen als auch nonformalen Kompetenzen und nicht zuletzt in Bezug auf Aspekte, die die Passung von Anbieter und Lehrkraft fokussieren. Andererseits lassen sich keine Kriterien identifizieren, die das Anforderungsprofil in der Weiterbildungsbranche eindeutig dominieren. Die für Lehrtätigkeiten in der Weiterbildung nicht einheitlich reglementierten Qualifikations- und Kompetenzstandards dürften hierfür mit ausschlaggebend sein (vgl. Lattke/Strauch 2011). Bemerkenswert ist, dass Anforderungskriterien, die viele Anbieter als „sehr wichtig“ erachten, vornehmlich den Bereichen Soft Skills und dem Verhältnis der Einrichtung zu ihren Beschäftigten zuzuordnen sind. Der Sozialkompetenz wird als einzigem Kriterium von mehr als der Hälfte aller Anbieter (57,3%) eine besondere Relevanz bei der Auswahl von Lehrenden zugesprochen. Nur wenige Arbeitgeber halten diese Kompetenz für verzichtbar, was vor allem der ausgeprägten Interaktion in Lehr-/Lernsituationen geschuldet

sein dürfte. Auch einer loyalen Haltung gegenüber dem potenziellen Arbeit- bzw. Auftraggeber (47,1%) und der Identifikation mit dessen Grundwerten (43,3%) wird sehr hohe Bedeutung beigemessen.

Vor dem Hintergrund der Diskussion um Professionalität in der Weiterbildung und Sichtbarmachung entsprechender Kompetenzen (vgl. Gruber/Wiesner 2012; Fuchs/von Hippel/Tippelt 2010) ist auffällig, dass formale pädagogische Qualifikationen nur für gut jeden dritten Anbieter (34,5%) und zertifizierte erwachsenenpädagogische Kompetenzen sogar nur für etwa jede zehnte Einrichtung (12,8%) von zentraler Bedeutung sind. Pädagogischer Professionalität scheint somit in der Erwartungshaltung der meisten Einrichtungen derzeit kein entscheidender Stellenwert zuzukommen. Wichtiger als pädagogische Kompetenzen werden für eine Lehrtätigkeit das Vorhandensein formaler fachlicher Qualifikation im Fachbereich des Lehrangebots (37,7%) sowie mehrjährige praktische Berufserfahrung darin (36,6%) eingeschätzt.

Zwischen den unterschiedlichen Anbietertypen in der Weiterbildung sind, mit Ausnahme formaler Qualifikationen, vergleichsweise geringe Unterschiede in der Bewertung der Auswahlkriterien von Lehrenden zu beobachten. Formale pädagogische Qualifikationen fallen, ebenso wie formale fachliche Qualifikationen, in erster Linie bei beruflichen Schulen ins Gewicht (pädagogisch: „sehr wichtig“ 57,0%; fachlich: „sehr wichtig“ 68,9%). Bei den formal pädagogischen Qualifikationen trifft dies auch auf privatwirtschaftlich gemeinnützige Einrichtungen zu (pädagogisch: „sehr wichtig“ 51,0%). Da diese Einrichtungen häufiger als alle anderen Anbietertypen Lehrende als Angestellte bzw. Beamte (berufliche Schulen) beschäftigen²⁵⁷, kommt formalen Kriterien bei Stellenbesetzungen offensichtlich eine höhere Bedeutung zu als bei der Vergabe von Honorartätigkeiten. Dass Volkshochschulen, die in der Lehre fast ausschließlich freie Dozentinnen und Dozenten einsetzen, formale pädagogische bzw. formale fachliche Qualifikationen bei der Auswahl geeigneter Lehrkräfte nur zu jeweils einem Viertel (23,5% bzw. 25,3%) als sehr wichtig ansehen, stützt diese Annahme.

(Stefan Koscheck, Nadja Schmitz)

²⁵⁷ In beruflichen Schulen sind insgesamt 35% der Lehrenden angestellt und 42,0% in sonstiger Beschäftigungsform, d.h. in der Regel verbeamtet. Honorarkräfte stellen nur 21,6% der Lehrenden. In gemeinnützig privaten Einrichtungen sind 42,1% der Lehrenden angestellt und 53,2% auf Honorarbasis beschäftigt.

B2.2 Angebote der Träger der Erwachsenenbildung zur beruflichen Weiterbildung

B2.2.1 Berufliche Weiterbildung an Volkshochschulen

Den Volkshochschulen wird in vielen Bundesländern durch ein entsprechendes Landesgesetz eine besondere Rolle bei der Versorgung der Bevölkerung mit Weiterbildung zugewiesen. In manchen Bundesländern hat die Bereitstellung einer Volkshochschule durch die Kommunen die Funktion der Grundversorgung mit einwohnerbezogener Förderung durch das Land (z. B. Niedersachsen), in anderen stehen die Volkshochschulen neben freien Trägern, die von Land und Kommunen gefördert werden (z. B. Bayern, Brandenburg). Grundsätzlich ist der Bund für die berufliche Weiterbildung zuständig, während die Länder die Verantwortung für allgemeine und politische Weiterbildung innehaben (vgl. Deutscher Bildungsrat 1970, S. 51). Dennoch sehen die Weiterbildungsgesetze der Länder in der Regel die Förderung sowohl allgemeiner und politischer Weiterbildung als auch beruflicher Weiterbildung vor (für einen Überblick über die Landesgesetze siehe Grotlischen/Haberzeth/Krug 2011, S. 358; zur Einordnung der Landesregelungen in das Gesamtsystem der Erwachsenenbildung siehe Nuissl 2011). Volkshochschulen bestehen in allen Bundesländern als öffentlich geförderte Weiterbildungseinrichtungen und bieten ein thematisch breit gefächertes Bildungsangebot, das in großen Teilen ohne Zugangsbeschränkungen für die gesamte Bevölkerung offensteht (vgl. Süßmuth/Sprink 2011, S. 473 ff.).

Die Volkshochschul-Statistik **E** erfasst als bundesweite Statistik des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV) und seiner Mitgliedseinrichtungen seit 1962 die personelle und finanzielle Ausstattung der Volkshochschulen sowie das Angebot in verschiedenen Veranstaltungsarten, Unterrichtsstunden und Belegungen; die statistische Erhebung wird jährlich vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) durchgeführt.²⁵⁸ Seit 1998 besteht folgende Systematik, in der die thematische Zuordnung der erfassten Veranstaltungen stattfindet. Es gibt 6 sogenannte Programmbereiche: (1) Politik – Gesellschaft – Umwelt, (2)

Kultur – Gestalten, (3) Gesundheit, (4) Sprachen, (5) Arbeit – Beruf, (6) Grundbildung – Schulabschlüsse. Der Programmbereich Arbeit – Beruf umfasst unter anderem Lehrgänge zu den Themen IuK-Anwendungen²⁵⁹, Büropraxis, Rechnungswesen, berufsqualifizierende Grund- und Fachlehrgänge sowie Angebote zum Themenfeld Organisation/Management (siehe für die einzelnen Fachgebiete Huntemann/Reichart 2014, Tabelle 10). Auch in anderen Programmbereichen finden Angebote statt, die beruflich verwertbare Kenntnisse und Qualifikationen vermitteln bzw. sich an bestimmte Berufsgruppen wenden, z. B. die Erzieherfortbildung (Programmbereich 1) oder Sprachkurse mit Zertifikatserwerb (Programmbereich 4). Sie sind dort allerdings aufgrund der Erhebungsmethodik nicht identifizierbar **E**.

E Volkshochschul-Statistik

In **→ Tabelle B2.2.1-1** sind **Kursveranstaltungen** sowie die dazugehörigen Unterrichtsstunden und Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf ausgewiesen. Die dargestellten Summen beziehen sich jeweils auf das zugehörige Kalenderjahr. Ein Kurs ist definiert als eine Weiterbildungsveranstaltung mit mindestens 3 Unterrichtsstunden, die am Sitzort der Volkshochschule stattfindet. Eine Unterrichtsstunde umfasst 45 Minuten. Unter einer Belegung wird ein Teilnahmefall an einer Veranstaltung verstanden. Wenn dieselbe Person in einem Beobachtungszeitraum an mehreren Veranstaltungen teilnimmt, wird sie mehrfach als Belegung gezählt; die Anzahl der Belegungen ist also höher als die Anzahl der Personen, die an den Veranstaltungen teilnehmen. Außer im Programmbereich Arbeit – Beruf findet berufliche Weiterbildung auch in anderen Programmbereichen statt (z. B. im Programmbereich Sprachen: „Wirtschaftsenglisch“). Da die Erfassung der Veranstaltungen jedoch nach inhaltlichen Aspekten und nicht nach dem Zweck erfolgt, den die Teilnehmenden mit ihrem Besuch verfolgen, ist eine Ausdifferenzierung berufsbezogener Veranstaltungen hier nicht möglich. Daher sind die berichteten Werte als Mindestzahlen des Angebots beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen zu interpretieren.²⁶⁰

258 Vgl. die online verfügbaren Jahressbände www.die-bonn.de/publikationen/recherche.aspx?schlagwort=volkshochschul-statistik+arbeitsjahr und Pehl/Reitz.

259 „Informations- und Kommunikationstechnik“: PC-Kurse oder Kurse zum Umgang mit (teils fachspezifischer) Software.

260 Seit 2014 findet, gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), eine große Revision der VHS-Statistik im Rahmen des Verbunds Weiterbildungsstatistik statt (vgl. **Kapitel B2.2.3**). Ziel dieser Revision ist unter anderem, berufsbezogene Veranstaltungen und Angebote in einem neuen Kategoriensystem explizit auszuweisen. Die erste Erhebung nach dem neuen System wird voraussichtlich zum Berichtsjahr 2017 erfolgen.

Dargestellt sind jeweils die in den Volkshochschulen im Berichtsjahr durchgeführten Kurse sowie die zugehörigen Unterrichtsstunden und Belegungen. In der Regel sind die Angebote der Volkshochschulen öffentlich ausgeschrieben (z. B. über das Programmheft, die Website) und allen Interessierten (ggf. verbunden mit der Anforderung von Vorkenntnissen) zugänglich. Auftrags- und Vertragsmaßnahmen sind Veranstaltungen für einen geschlossenen Teilnehmerkreis, die die Volkshochschule im Auftrag eines Dritten (z. B. lokale Arbeitsgemeinschaft als Träger [ARGE] für Leistungen nach dem SGB II, Bundesagentur für Arbeit, andere staatliche Instanz oder privatwirtschaftliches Unternehmen) durchführt. Diese werden seit 1998 getrennt erfasst. Vor 1998 sind diese Veranstaltungen in der Gesamtsumme enthalten. Neben den Kursen gibt es an den Volkshochschulen noch andere Veranstaltungsarten (Einzelveranstaltungen, Studienfahrten, Studienreisen), die in der Tabelle nicht eingeschlossen sind; im Programmbereich Arbeit – Beruf machen diese weniger als 1% der Unterrichtsstunden aus.

Die in → **Tabelle B2.2.1-2** ausgewiesene **VHS-Weiterbildungsdichte** ist definiert als die Unterrichtsstunden in Kursen an VHS pro 1.000 Einwohner/-innen des jeweiligen Versorgungsgebiets auf Länderebene (Datenbasis für Bevölkerungsstand auf Landesebene bis einschließlich Berichtsjahr 2008: 30. Juni des Berichtsjahres; ab Berichtsjahr 2009: 31. Dezember des dem Berichtsjahr vorhergehenden Jahres). In der Tabelle ist diese Kennzahl jeweils nur auf die Veranstaltungen im Programmbereich Arbeit – Beruf bezogen und nach Landesteilen (alte/neue Bundesländer) differenziert.

Bei der **Erhebung der Teilnahmefälle nach Geschlecht** wird nicht zwischen offenen Kursen und Auftrags- und Vertragsmaßnahmen differenziert; die Angaben beziehen sich auf die Teilnehmenden in den Kursangeboten im Programmbereich Arbeit – Beruf insgesamt. Nicht für alle Teilnahmefälle liegt die Information zum Geschlecht vor. Die Erfassungsquote betrug im Berichtsjahr 2013 82,3% der Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf.

Angebot beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen

Gemäß der Statistik umfasst das Kursangebot der Volkshochschulen an beruflicher Weiterbildung im Jahr 2013 bundesweit knapp 62.800 Veranstaltungen → **Tabelle B2.2.1-1**. Die Gesamtzahl der Kurse war damit, wie alle anderen Indikatoren auch, gegenüber dem Vorjahr rückläufig (zur langfristigen Entwicklung in den Jahren seit 1991 siehe BIBB-Datenreport 2010, Kapitel B2.2.1). Während die Anzahl der Kurse nur um 0,7% sank, gingen Unterrichtsstunden (-7,4%) und Belegungen (-3,1%) stärker zurück. Wenige Fachgebiete verzeichneten dagegen eine positive Entwicklung, z. B. „technische IuK-Anwendungen“ mit einem Zuwachs von 16,3% bei Kursen und „branchenspezifische Fachlehrgänge“ mit einem entsprechenden Zuwachs von 13,7%.

Bei den Auftrags- und Vertragsmaßnahmen stieg die Anzahl der Kurse (+9,2%) und Belegungen (+3,9%), während die Unterrichtsstunden gegenüber 2012 zurückgingen (-12,1%). Inzwischen sind 14,2% der Kursveranstaltungen, 32,5% der Unterrichtsstunden und 18,8% der Belegungen dem Segment der Auftrags- und Vertragsmaßnahmen zuzuordnen – der Anteil ist gegenüber 2012 bei Kursen und Belegungen gesunken, bei Unterrichtsstunden jedoch gestiegen.

Auftrags- und Vertragsmaßnahmen umfassen in der Regel deutlich mehr Stunden als offene Angebote; 2013 beinhaltete eine Auftrags- und Vertragsmaßnahme in der beruflichen Weiterbildung 62,3 Unterrichtsstunden, ein Kurs im offenen Angebot hingegen nur 21,4 Unterrichtsstunden. Der Tendenz nach ist die durchschnittliche Dauer beider Kursformen in den letzten Jahren zurückgegangen, bei den Auftrags- und Vertragsmaßnahmen war der Rückgang im letzten Jahr auffällig (der Wert betrug 2012 noch 77,3 Unterrichtsstunden/Kurs).

Im Jahr 2013 umfasste der Programmbereich Arbeit – Beruf 10,8% der Kurse an Volkshochschulen, mit 11,3% der Unterrichtsstunden und 8,7% der Belegungen (vgl. Huntemann/Reichart 2014, Tabelle 9).

Tabelle B2.2.1-1: Kursveranstaltungen im Programmbereich Arbeit – Beruf an Volkshochschulen 1991 bis 2013¹

Jahr	Kurse	davon in Auftrags- und Vertragsmaßnahmen ²	Unterrichtsstunden	davon in Auftrags- und Vertragsmaßnahmen	Belegungen	davon in Auftrags- und Vertragsmaßnahmen
1991	57.305		2.488.042		776.436	
1992	61.165		2.627.921		819.944	
1993	62.709		2.511.608		824.698	
1994	64.931		2.454.588		831.082	
1995	70.606		2.754.100		869.417	
1996	76.357		2.877.652		912.512	
1997	80.965		2.776.602		934.566	
1998	85.188	4.397	3.061.012	651.734	964.542	58.369
1999	91.123	6.311	3.181.715	831.049	1.011.132	81.062
2000	103.783	7.001	3.384.369	857.737	1.141.382	87.758
2001	102.402	7.823	3.281.324	868.904	1.076.983	90.395
2002	90.075	7.321	3.197.180	978.760	913.724	89.158
2003	82.473	6.807	2.902.186	946.622	823.996	85.159
2004	78.809	7.325	2.587.382	819.748	761.649	75.495
2005	73.736	6.436	2.307.864	690.382	709.790	79.013
2006	73.482	6.922	2.342.569	776.598	711.772	88.690
2007	74.171	7.691	2.326.551	772.029	719.025	96.782
2008 ³	74.248	8.499	2.260.828	708.435	713.115	106.312
2009	72.480	9.286	2.277.573	743.589	693.740	115.600
2010	70.794	9.089	2.298.725	870.572	667.924	117.205
2011	67.570	8.235	2.086.992	760.502	617.806	103.140
2012 ³	63.165	8.160	1.841.504	630.977	570.028	99.794
2013	62.750	8.907	1.704.533	554.695	552.379	103.673

¹ Bis einschließlich 1997 wurden die Themen der Angebote an Volkshochschulen nach sog. „Stoffgebieten“ gegliedert. Die bis zu diesem Jahr dargestellten Zahlen wurden aus den Stoffgebieten Verwaltung und Kaufmännische Praxis (vollständig) sowie anteilig aus Mathematik – Naturwissenschaften – Technik, Stoffgebietenübergreifende und sonstige Kurse und Haushaltsführung zusammengestellt.

² Bis einschließlich 1997 sind die Auftrags- und Vertragsmaßnahmen in den Gesamtsummen für Kurse, Unterrichtsstunden und Belegungen enthalten.

³ Zahlen nachträglich korrigiert.

Quelle: Datenbasis Volkshochschul-Statistik (DIE)

BIBB-Datenreport 2015

Weiterbildungsichte beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen

Wie → [Tabelle B2.2.1-2](#) zeigt, ist das Angebot an beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen in den alten Ländern sowohl absolut als auch auf die Einwohnerzahl bezogen deutlich größer als in den neuen Ländern (zur Entwicklung seit 1991 siehe BIBB-Datenreport 2010, Kapitel B2.2.1).

Im Jahr 2013 sind die Unterrichtsstunden in beiden Landesteilen etwa gleich stark zurückgegangen (West: -7,4%; Ost: -7,3%). Allerdings ist der langfristige Rück-

gang in den neuen Ländern deutlich größer – er beträgt seit dem Jahr 2000 in den neuen Ländern 66,2% und in den alten Ländern 47,3%.

Die VHS-Weiterbildungsichte im Programmbereich Arbeit – Beruf **E** betrug 2013 noch 8,9 Unterrichtsstunden pro 1.000 Einwohner/Einwohnerinnen der neuen Länder und 24,2 Unterrichtsstunden pro 1.000 Einwohner/-innen in den alten Ländern. Dort entfiel 2013 mit 34,7% ein deutlich höherer Anteil der Unterrichtsstunden auf Auftrags- und Vertragsmaßnahmen als in den neuen Ländern (9,0%).

Tabelle B2.2.1-2: Umfang beruflicher Weiterbildung in den alten und neuen Ländern 1991 bis 2013

Jahr	Unterrichtsstunden im Programmbereich Arbeit – Beruf		VHS-Weiterbildungsdichte im Programmbereich Arbeit – Beruf	
	Alte Länder	Neue Länder	Alte Länder	Neue Länder
1991	2.076.114	411.928	33,7	22,7
1992	2.118.474	509.447	33,8	28,5
1993	2.012.506	499.102	31,8	28,0
1994	2.011.693	442.895	31,6	25,0
1995	2.312.364	441.736	36,1	25,0
1996	2.443.463	434.189	37,9	24,7
1997	2.365.970	410.632	36,7	23,4
1998	2.637.742	423.270	40,9	24,2
1999	2.787.144	394.571	43,1	22,7
2000	2.965.697	418.672	45,7	24,2
2001	2.888.080	393.244	44,3	22,9
2002	2.861.131	336.049	43,7	19,7
2003	2.611.431	290.755	39,8	17,1
2004	2.335.414	251.968	35,6	14,9
2005	2.080.288	227.576	31,7	13,6
2006	2.121.535	221.034	32,3	13,2
2007	2.101.481	225.070	32,0	13,6
2008 ¹	2.045.805	215.023	31,2	13,0
2009	2.088.543	189.030	31,8	11,5
2010	2.116.519	182.206	32,4	11,1
2011	1.920.277	166.715	29,4	10,2
2012 ¹	1.688.875	152.629	26,2	9,6
2013	1.563.081	141.452	24,2	8,9

¹ Zahlen nachträglich korrigiert.

Quelle: Datenbasis Volkshochschul-Statistik (DIE)

BIBB-Datenreport 2015

Verteilung der Teilnahmefälle an beruflicher Weiterbildung in Volkshochschulen nach Geschlecht

Der Frauenanteil liegt im Kursbereich insgesamt bei etwa drei Viertel der Teilnahmefälle (seit 1991 zwischen 73,1% und 75,8%; vgl. Huntemann/Reichart; Pehl/Reitz; Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes [PAS]). Im Programmbereich Arbeit – Beruf fällt der Frauenanteil bei den Teilnahmefällen etwas geringer aus als insgesamt. 2013 erreichte er mit 65,1% einen Höchstwert seit Erfassung dieses Merkmals. Seit 1997 lag der Wert über der 60%-Marke, mit seitdem steigender Tendenz bei leichten Schwankungen.

Die Volkshochschulen sind ein Anbieter, der niedrigschwellige berufsbildende Angebote für die breite Bevölkerung (z. B. im Bereich der EDV-Kenntnisse) vorhält, aber auch an berufsfachlichen Qualifizierungen beteiligt ist. Auch für Frauen, die durch ihre im Durchschnitt geringere Beteiligung am Erwerbsleben seltener Gelegenheit zu beruflicher Weiterbildung haben, öffnen die Volkshochschulen einen Zugang zu beruflicher Weiterbildung. Darüber hinaus wird an den Volkshochschulen im Rahmen von Auftrags- und Vertragsmaßnahmen zielgruppenspezifische Weiterbildung durchgeführt, etwa für Arbeitssuchende (vgl. Kapitel B3.1) oder für Beschäftigte von Betrieben (vgl. Kapitel B1.2).

(Elisabeth Reichart, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

B2.2.2 Berufliche Weiterbildung durch gewerkschafts- und arbeitgebernahe Institutionen

In Deutschland bietet eine Vielzahl von Institutionen berufliche Weiterbildung an. Gewerkschafts- und arbeitgebernahe Anbieter machen nach einer im Jahr 2008 durchgeführten Anbieterbefragung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) zusammen rund 7% der Weiterbildungsorganisationen aus (Einrichtungen der Gewerkschaft: 1,9%; Einrichtungen der Wirtschaft: 5,2%; siehe Dietrich/Schade/Behrendorf 2008, S. 26). Für arbeitgebernahe Institutionen ergibt die jährliche **wbmonitor** Umfrage (vgl. Kapitel B2.1) des BIBB und des DIE stets höhere Werte. 2013 fallen 8,4% der Weiterbildungsanbieter in diese Kategorie.²⁶¹

E Datenbasis zu Angeboten gewerkschafts- und arbeitgebernaher Institutionen

Die in diesem Abschnitt dargestellten Daten stammen aus Veröffentlichungen der gewerkschafts- bzw. arbeitgebernahen Anbieter. Es handelt sich um Angaben zur Anzahl der Veranstaltungen und Anzahl der Teilnehmenden; teilweise liegen auch Angaben zu den Unterrichtsstunden und zum Umfang einzelner Themenbereiche vor.

Angebot an beruflicher Weiterbildung in gewerkschaftsnahen Institutionen

Im Vordergrund der Bildungsarbeit gewerkschaftsnaher Institutionen steht die politische und gewerkschaftliche Bildung, die sich in der Regel an Mitglieder betrieblicher Interessenvertretungen und Mitglieder der eigenen Organisationen richtet. Teilnehmen können allerdings auch Personen, die nicht Mitglieder einer Gewerkschaft sind. Darüber hinaus wird ein breites Spektrum an Maßnahmen beruflicher Weiterbildung (Umschulung, Fortbildung) angeboten.

Alle großen Gewerkschaften unterhalten Bildungsabteilungen oder Bildungswerke, in denen unterschiedliche Themenschwerpunkte angeboten werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat eine eigene Organisation für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung gegründet, das Berufsbildungswerk des DGB (bfw). Die Deutsche Angestellten Akademie (DAA) und ver.di Bildung und Beratung GmbH (ver.di b+b) führen neben anderen Angeboten auch Maßnahmen beruflicher Weiterbildung durch. Auch der gewerkschaftsnahe Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben bietet auf Bundes- und auf Länderebene Maßnahmen beruflicher Weiterbildung an. Er wird vom Deutschen Volkshochschul-Verband und dem DGB getragen (vgl. Kapitel B2.2.3).

Die Anzahl der Veranstaltungen und Teilnehmenden in den Berufsbildungswerken des Deutschen Gewerkschaftsbundes zeigt → **Tabelle B2.2.2-1**. Im Jahr 2013 wurden bundesweit 2.474 Veranstaltungen mit 42.917 Teilnehmenden durchgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Veranstaltungen um 0,4%, die Zahl der Teilnehmenden um 0,1%. Diese leichte Zunahme ist auf die Entwicklung in Bundesländern im Osten zurückzuführen. Die Zahl der Maßnahmen stieg um 4%, die Zahl der Teilnehmenden um 6%. In den westlichen Bundesländern gingen das Angebot und die Nachfrage dagegen zurück. Die Zahl der Veranstaltungen sank um 0,3%, die Zahl der Teilnehmenden um 1%.

Im längerfristigen Verlauf von 2003 bis 2013 zeigt sich beim Berufsbildungswerk sowohl bei den Veranstaltungen beruflicher Weiterbildung als auch der Zahl der Teilnehmenden ein deutlicher Rückgang. Die Anzahl der Veranstaltungen sank insgesamt um 27%, die Anzahl der Teilnehmenden um 24%.

Im Vergleich zu den Berufsbildungswerken in den Bundesländern im Westen zeigen sich in den Bundesländern im Osten stärker ausgeprägte Rückgänge. Die Veranstaltungen gingen in der Zeit von 2003 bis 2013 um 30%, die Zahl der Teilnehmenden um 35% zurück. In den alten Bundesländern sank die Zahl der Veranstaltungen um 27%, die Zahl der Teilnehmenden um 22%.

Die DAA bietet bundesweit Fortbildungen, Umschulungen und Weiterbildungen zu den Bereichen berufliche Integration, Wirtschaft und Verwaltung an. Die Teilnehmenden sind sowohl Arbeitssuchende als auch

²⁶¹ Gewerkschaftsnahe Einrichtungen werden nicht als Einzelkategorie ausgewiesen. S. Bundesinstitut für Berufsbildung/Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Hochgerechnete und gewichtete Grundauszählung der **wbmonitor**-Umfrage 2013, S. 40.

Tabelle B2.2.2-1: **Veranstaltungen und Teilnehmende der Berufsbildungswerke des DGB, 2002 bis 2013**

Jahr	Alte Länder		Neue Länder	
	Veranstaltungen	Teilnehmende	Veranstaltungen	Teilnehmende
2002	3.181	58.539	790	15.569
2003	2.779	46.075	628	10.681
2004	2.561	33.868	499	8.506
2005	2.334	31.889	444	7.579
2006	2.610	44.597	449	9.082
2007	2.575	45.925	490	9.294
2008	2.687	50.591	487	9.406
2009	2.865	56.026	606	9.973
2010	2.511	49.496	480	8.779
2011	1.996	40.795	339	6.767
2012	2.040	36.320	423	6.533
2013	2.033	35.963	441	6.954

Quelle: Berufsbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw)

BIBB-Datenreport 2015

Beschäftigte aus Firmen und Behörden. Teilweise wird die Teilnahme öffentlich gefördert, teilweise tragen die Teilnehmenden die Kosten für die Weiterbildung selbst. Hauptfinanziert im öffentlich geförderten Sektor sind die Arbeitsverwaltung, die Arbeitsgemeinschaften (ARGen) und Optionskommunen (SGB II und SGB III), Berufsgenossenschaften und die Deutsche Rentenversicherung, die Bundeswehr, der Bund, die Länder und die Europäische Union.

Daten zu Veranstaltungen und Teilnehmern liegen für die Berichtsjahre 2004 bis 2011 vor (siehe Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013, Kapitel B2.2.2), für die Jahre 2012 und 2013 konnten von der DAA keine Daten eingeworben werden.

Angebot an beruflicher Weiterbildung in arbeitgebernahen Institutionen

Der „Wuppertaler Kreis e. V. – Bundesverband betriebliche Weiterbildung“ versteht sich als Zusammenschluss von großen Weiterbildungseinrichtungen der Wirtschaft. Der Wuppertaler Kreis hatte im Jahr 2013 50 Mitglieder. Darunter sind neben branchen- und firmenbezogenen Einrichtungen einige Bildungswerke der Wirtschaft in großen Bundesländern (z. B. Bildungswerk der Bayeri-

schen, Niedersächsischen und Nordrhein-Westfälischen Wirtschaft).²⁶²

→ **Tabelle B2.2.2-2** zeigt Daten aus der jährlichen Verbandsumfrage des Wuppertaler Kreises „Trends der Weiterbildung“. Von 2004 bis 2010 steigt die Zahl der von den Mitgliedseinrichtungen durchgeführten Veranstaltungen kontinuierlich auf knapp 140.000 an (+75%); seit 2011 geht die Zahl der Veranstaltungen zurück, auf 131.400 im Jahr 2013. Die Anzahl der Teilnehmenden steigt seit Beginn der Zählung (2006) tendenziell an und liegt 2013 bei 1,3 Millionen.

Die meisten Mitgliedseinrichtungen des Wuppertaler Kreises bieten mehrere unterschiedliche Bildungsdienst-

262 Der Schwerpunkt der Aktivitäten der Mitglieder liegt auf der betrieblichen Weiterbildung in offenen und firmeninternen Veranstaltungen, die in enger Kooperation mit Unternehmen, teilweise bezogen auf deren spezifischen Bedarf, durchgeführt werden. Einzelne Mitglieder bieten auch andere Bildungsdienstleistungen an, z. B. als Träger der freien Jugendhilfe berufsorientierende Maßnahmen für Jugendliche oder Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitssuchende in Zusammenarbeit mit Arbeitsagenturen. Die hier verwendete Einordnung als „arbeitgebernahe Institutionen“ stützt sich einerseits auf die Geschichte vieler Mitgliedsinstitute des Wuppertaler Kreises, die von Arbeitgeberverbänden (mit-)gegründet wurden, andererseits auf die Tatsache der Mitgliedschaft im Wuppertaler Kreis, der sich laut Selbstdarstellung als Sprachrohr der Unternehmen in Fragen der Weiterbildung versteht (vgl. www.wkr-ev.de/t_mitgli.html).

Tabelle B2.2.2-2: **Veranstaltungen, Teilnehmende, Standorte und Mitglieder des Wuppertaler Kreises, 2002 bis 2013**

Jahr	Veranstaltungen ¹	Teilnehmende	Standorte ²	Erfasste Mitglieds-einrichtungen	Mitgliedseinrichtungen insgesamt
2002	53.000	–	950	41	–
2003	110.000	–	800	46	–
2004	80.000	–	860	47	–
2005	90.000	–	780	47	–
2006	95.402	1.060.000	786	51	51
2007	105.900	1.050.000	844	51	51
2008	117.300	1.200.000	814	49	49
2009	121.000	1.100.000	849	46	50
2010	139.900	1.250.000	892	46	50
2011	139.600	1.250.000	890	49	50
2012	131.400	1.300.000	872	49	50
2013	131.400	1.320.000	910	45	50

¹ 2000 bis 2005: ca.-Angaben.² 2000 bis 2003: ca.-Angaben.

Quelle: Wuppertaler Kreis 2002–2013, je S. 2; persönliche Mitteilung

BIBB-Datenreport 2015

leistungen an. Durchschnittlich wurde mehr als ein Drittel des Umsatzes mit offen zugänglichen Seminaren erzielt, die sich vor allem an Mitarbeitende mittelständischer Unternehmen richten. Weitere wichtige Geschäftsfelder sind firmenintern durchgeführte Seminare mit 19,9% und öffentlich geförderte Maßnahmen mit 16,5% Umsatzanteil (vgl. Wuppertaler Kreis 2014, S. 4). Es gibt neben den im Wuppertaler Kreis vertretenen Bildungswerken noch andere regional strukturierte Bildungswerke der Wirtschaft, zu deren Angebot jedoch keine Daten vorliegen.

Angebot an beruflicher Weiterbildung bei den Kammern

Die Industrie- und Handelskammern (IHK) bieten an ihren lokalen und regionalen Standorten berufliche Weiterbildung an, häufig in Zusammenarbeit mit eigenen Bildungszentren. Bei den Veranstaltungen handelt es sich in der Regel um berufsbegleitende Seminare und Lehrgänge, von denen ein Teil direkt auf IHK-Prüfungen vorbereitet. Das Themenspektrum der Lehrgänge umfasst die Bereiche aller Wirtschaftsunternehmen, die Mitglied der jeweiligen

Tabelle B2.2.2-3: **Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmende der Industrie- und Handelskammern, 2002 bis 2013**

Jahr	Veranstaltungen	Unterrichtsstunden	Teilnehmende
2002	21.819	–	295.425
2003	22.605	–	316.883
2004	21.668	1.530.658	302.926
2005	22.315	1.501.373	330.499
2006	23.522	1.619.813	341.630
2007	24.110	1.773.012	341.047
2008	24.746	1.823.561	342.794
2009	24.360	1.912.196	342.163
2010	23.927	1.836.462	323.888
2011	24.063	1.905.455	327.221
2012	24.273	1.785.075	337.033
2013	24.071	2.061.975	335.769

Quelle: Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) 2008, S. 66–69; DIHK 2009, S. 70–73; DIHK 2010, S. 70–73; DIHK 2011, S. 72–75; persönliche Mitteilung 2012; DIHK 2013, S. 11; DIHK 2014c, S. 11

BIBB-Datenreport 2015

Tabelle B2.2.2-4: **Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmende der Industrie- und Handelskammern nach Themenbereichen, 2013**

Themenbereich		2013					
		Veranstaltungen	Anteil (in %)	Unterrichtsstunden	Anteil (in %)	Teilnehmende	Anteil (in %)
Aufstiegsbildung	Kaufmännisch	2.221	9,2%	611.962	29,7%	38.937	11,6%
	Industriell-technisch	1.358	5,6%	457.756	22,2%	23.051	6,9%
	IT und Medien	82	0,3%	21.077	1,0%	941	0,3%
	AEVO	1.594	6,6%	109.770	5,3%	26.740	8,0%
	Querschnittsthemen	83	0,3%	12.834	0,6%	1.179	0,4%
Zwischensumme		5.338	22,2%	1.213.399	58,8%	90.848	27,1%
Anpassungs- bildung	Kaufmännisch	6.186	25,7%	262.681	12,7%	75.633	22,5%
	Industriell-technisch	1.272	5,3%	133.470	6,5%	11.318	3,4%
	IT und Medien	992	4,1%	26.721	1,3%	8.027	2,4%
	Querschnittsthemen	4.646	19,3%	152.230	7,4%	51.180	15,2%
Zwischensumme		13.096	54,4%	575.102	27,9%	146.158	43,5%
Vorbereitung auf neue Berufstätigkeit		388	1,6%	196.937	9,6%	3.844	1,1%
Firmenseminare		3.216	13,4%	67.799	3,3%	36.685	10,9%
Sonstige ¹		2.033	8,4%	8.738	0,4%	58.234	17,3%
Insgesamt		24.071	100,0%	2.061.975	100,0%	335.769	100,0%

¹ Fachvorträge und -tagungen, Weiterbildungsseminare für Ausbilder, sonstige Vorträge und Tagungen sowie Dozenten- und Prüferseminare.

Quelle: Deutscher Industrie- und Handelskammertag 2014: DIHK Fortbildungsstatistik 2013, S. 11

BIBB-Datenreport 2015

IHK sind. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag veröffentlicht in seinem Bildungsbericht jährlich Daten zur Anzahl der Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmenden.²⁶³ Die Daten der Industrie- und Handelskammern sind in → [Tabelle B2.2.2-3](#) dargestellt.²⁶⁴

Im Jahr 2013 wurden von den Industrie- und Handelskammern 24.071 Veranstaltungen mit 2,06 Millionen Unterrichtsstunden und 335.769 Teilnehmenden durchgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Anzahl der Veranstaltungen um 0,8% und die Anzahl der Teilnehmenden um 0,4%. Die Zahl der Unterrichtsstunden stieg um 15,5%.

Hohe Zuwächse im Vergleich zu 2012 sind beim Themenbereich „Vorbereitung auf eine neue Berufstätigkeit“ zu sehen. Die Veranstaltungen nahmen um 20,1% zu, die Unterrichtsstunden um 20,8%, die Zahl der Teilnehmenden um 14,6%. Der industriell-technische Themenbereich

weist ebenfalls überdurchschnittlich Zuwächse auf. Die Veranstaltungen stiegen um 9,4%, Unterrichtsstunden um 24,5%, die Zahl der Teilnehmenden ging dagegen leicht zurück (-2,2%). Im Bereich IT und Medien gab es nach einem hohen Zuwachs von 2011 auf 2012 bei den Veranstaltungen (+9%) und Teilnehmenden (+21%) im Jahr 2013 einen starken Rückgang bei den Veranstaltungen (-16,6%), Unterrichtsstunden (-11,1%) und Teilnehmenden (-22,1%).

Eine differenzierte Darstellung der Aufstiegs- und Anpassungsbildungen der Industrie- und Handelskammern für das Jahr 2013 zeigt → [Tabelle B2.2.2-4](#).

Mit jeweils der Hälfte aller Veranstaltungen und Teilnehmenden entfällt der größte Teil des Angebots und der Nachfrage auf den Bereich der Anpassungsfortbildung.

Die Aufstiegsbildungen sind demgegenüber zeitintensiver. 59% aller Unterrichtsstunden entfallen auf diesen Bereich, jedoch nur 22% der Veranstaltungen und 27% aller Teilnahmen.

(Christina Weiß, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

²⁶³ Auch die Handwerkskammern bieten berufliche Weiterbildung an. Bundesweite Daten zum Angebot und den Teilnehmenden der über 500 Bildungszentren liegen nicht vor.

²⁶⁴ 2010 wurden die Erhebungsmodalitäten der Daten geändert. Langzeitvergleiche sind somit nur mit Zahlen ab 2010 möglich.

B2.2.3 Weiterbildungsstatistik im Verbund

In der Weiterbildungsstatistik im Verbund **E** werden seit dem Berichtsjahr 2002 jährlich Daten zu Personal, Finanzierung und Veranstaltungsprofilen der im Verbund zusammengeschlossenen Weiterbildungsorganisationen veröffentlicht. Die statistische Erhebung wird vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e. V. (DIE) durchgeführt. Zu den im Verbund zusammengeschlossenen Organisationen gehören der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (BAK AL), die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) und die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE). Der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) ist assoziiertes Mitglied im Verbund. Die Daten des DVV werden in → **Kapitel B2.2.1** gesondert aufgeführt. Die folgenden Darstellungen beziehen sich auf die Verbände AdB, AL, DEAE und KBE. Der AdB hatte sich 2009 einmalig nicht an der jährlichen Erhebung beteiligt, bei der Interpretation der Daten und einem Vergleich mit Vorjahreszahlen ist dies zu berücksichtigen.

Die im Verbund zusammengeschlossenen Einrichtungen bieten ein breites thematisches Spektrum an Weiterbildung an, die berufliche Weiterbildung stellt einen Teil des Angebotes dar. Die thematische Zuordnung der durchgeführten Veranstaltungen erfolgt anhand der Systematik Politik – Gesellschaft, Familie – Gender – Generationen, Religion – Ethik, Umwelt, Kultur – Gestalten, Gesundheit, Sprachen, Arbeit – Beruf, Grundbildung – Schulabschlüsse. Die Veranstaltungen des im Folgenden dargestellten Themenbereichs Arbeit – Beruf werden anhand verschiedener thematischer Oberkategorien erfasst, wie Arbeitstechniken, Interessenvertretung, kaufmännische Praxis, Management, Wirtschaft. Neben den Veranstaltungen des Bereichs Arbeit – Beruf können auch die Veranstaltungen der anderen Themenbereiche für die Teilnehmenden von beruflichem Interesse sein und für eine berufliche Weiterbildung genutzt werden. Da die Veranstaltungen jedoch nach inhaltlichen Kriterien erfasst werden und anders als im *Adult Education Survey* (vgl. **Kapitel B1.1**) nicht der Zweck der Teilnahmen erfragt wird, ist hier eine vollständige Abbildung von berufsbezogenen Veranstaltungen nicht möglich. Die dargestellten Daten können somit als Mindestwerte für berufliche Weiterbildung interpretiert werden.

E Weiterbildungsstatistik im Verbund (Verbundstatistik)

Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich ausschließlich auf die durchgeführten Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Belegungen eines Kalenderjahres aus dem Themenbereich Arbeit – Beruf der Verbände AdB, BAK AL, DEAE und KBE. Als Veranstaltung gezählt werden durchgeführte Kurse, Seminare und Lehrgänge, Studienfahrten und -reisen sowie Vorträge und andere Kurzformen mit bis zu 3 Unterrichtsstunden. Eine Unterrichtsstunde umfasst 45 Minuten. Unter einer Belegung wird ein Teilnahmefall an einer Veranstaltung verstanden. Eine Person, die mehrere Veranstaltungen belegt, wird mehrfach gezählt. Die Anzahl der Belegungen kann daher höher sein als die Anzahl der teilnehmenden Personen.

2012 bilden 2.198 Einrichtungen die Grundgesamtheit der Mitgliedseinrichtungen der im Verbund zusammengeschlossenen Träger von Weiterbildung (2011: 2.218). Die Erfassungsquoten fallen bei den Verbänden unterschiedlich aus, sie variieren zwischen 33% und 98%. Erfasst wurden die Daten von Einrichtungen, die dargestellten Ergebnisse wurden auf Basis der Erfassungsquoten auf die Grundgesamtheit hochgerechnet (vgl. Horn/Ambos 2014).

Nicht für alle Teilnahmefälle liegen Informationen zum Geschlecht vor. Die in → **Tabelle B2.2.3-2** dargestellten Prozentangaben beziehen sich auf die jeweils gültigen Nennungen. Für insgesamt 78% der Belegungen in Veranstaltungen mit mehr als 3 Unterrichtsstunden im Bereich Arbeit – Beruf wurden Angaben zum Geschlecht gemacht.

Angebot beruflicher Weiterbildung

Das im Themenbereich Arbeit – Beruf abgebildete Angebot von AdB, BAK AL, DEAE und KBE umfasste im Jahr 2012 mehr als 25.000 Veranstaltungen, die mit rund 834.000 Unterrichtsstunden durchgeführt wurden und 426.000 Belegungen verzeichneten → **Tabelle B2.2.3-1**. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies für die 2012 an der Statistik beteiligten Organisationen einen Zuwachs bei den Veranstaltungen und Belegungen sowie einen Rückgang bei den Unterrichtsstunden. Die Zahl der durchgeführten Veranstaltungen stieg um 2%, die Zahl der Belegungen an den Veranstaltungen um 1,6%. Die Unterrichtsstunden gingen um 12,8% zurück.

Tabelle B2.2.3-1: **Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Belegungen im Themenbereich „Arbeit und Beruf“ 2012**

Themenbereich „Arbeit und Beruf“ (Hochrechnung)						
Bundes- organisationen	Veranstaltungen	Anteil an allen Veranstaltungen in %	Unterrichts- stunden	Anteil an allen Unterrichts- stunden in %	Belegungen	Anteil an allen Belegungen in %
AdB	3.133	12,5%	52.872	12,1%	58.797	10,6%
BAK AL	3.778	42,9%	236.916	53,4%	56.683	38,1%
DEAE	5.144	2,9%	70.439	4,7%	92.313	2,6%
KBE	13.431	5,2%	474.574	12,8%	218.471	3,8%
Insgesamt	25.486	5,4%	834.801	13,7%	426.264	4,3%

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Weiterbildungsstatistik im Verbund 2012 BIBB-Datenreport 2015

Bei den einzelnen Organisationen zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten verzeichnete einen Zuwachs bei den Veranstaltungen (+26,2%), Unterrichtsstunden (+14,1%) und Belegungen (+28,8%). Beim Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben nahm die Zahl der Veranstaltungen (+4,3%) und der Belegungen (+8,5%) zu, die Zahl der Unterrichtsstunden dagegen ab (-29,7%). Zurückzuführen ist dieses Ergebnis insbesondere auf einen Rückgang der von der EU geförderten Auslandsmaßnahmen in Hamburg sowie den starken Rückgang der Arbeitsmaßnahmen in Niedersachsen.

Die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung verzeichnete 2012 gegenüber 2011 eine geringere Anzahl durchgeführter Veranstaltungen (-5,7%), weniger Unterrichtsstunden (-8,6%) sowie eine geringere Anzahl an Belegungen (-4,5%). Bei der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung blieb die Anzahl der Veranstaltungen stabil (+0,0%). Rückläufig waren dagegen die Anzahl der durchgeführten Unterrichtsstunden (-4,5%) sowie die Anzahl der Belegungen (-3,0%).

Für den Verbund insgesamt betrachtet nimmt die berufliche Weiterbildung eine eher nachrangige Rolle ein. Der Bereich Arbeit – Beruf umfasste 5% der insgesamt durchgeführten Veranstaltungen, der Anteil der Teilnahmen an der Summe aller Belegungen lag bei 4%. Der Anteil der Unterrichtsstunden am Gesamtvolumen lag deutlich höher, er erreichte 14%. Dieser höhere Anteil ist erklärbar durch die im Rahmen beruflicher Weiterbildungsangebote durchgeführten Auftrags- und Vertragsmaßnahmen

für geschlossene Gruppen, die durchschnittlich länger dauern als offene Angebote.

Ein differenzierterer Blick auf die einzelnen Verbände zeigt, dass die berufliche Weiterbildung in unterschiedlichem Ausmaß das jeweilige inhaltliche Programmprofil prägt. Ein Vergleich zwischen den Organisationen des Verbundes weist deutliche Unterschiede in der thematischen Schwerpunktsetzung auf. Beim Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben stellt die berufliche Weiterbildung einen relevanten Teil des Angebots dar, wobei hier die Verbindung zwischen politischer und beruflicher Weiterbildung im Fokus steht. Zu den Themen Interessenvertretung, Mitbestimmung und Tarifrecht wurden 3.800 Veranstaltungen mit 237.000 Unterrichtsstunden durchgeführt. Der Anteil der Veranstaltungen mit beruflichen Themen lag bei 43% des Gesamtprogramms, der Anteil am gesamten Unterrichtsstundenvolumen betrug 53%.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten bot 3.100 Veranstaltungen mit mehr als 52.800 Unterrichtsstunden zu den Themen Wirtschaft, Arbeit, Management und Arbeitstechniken an. Der Anteil der Veranstaltungen mit beruflichen Themen am Gesamtprogramm lag bei 13%, der Anteil der Unterrichtsstunden am Gesamtvolumen bei 12%.

Bei den konfessionell getragenen Bildungsstätten zeigt sich ein etwas anderes Bild. Das inhaltliche Profil wird nicht durch berufliche Weiterbildung geprägt. Dennoch ist das Angebotsvolumen an beruflicher Weiterbildung, gemessen an der Anzahl der Veranstaltungen, größer als beim BAK AL.

Tabelle B2.2.3-2: **Belegungen differenziert nach Geschlecht der Teilnehmenden im Themenbereich „Arbeit und Beruf“ 2012**

Themenbereich „Arbeit und Beruf“							
Veranstaltungen mit mehr als 3 Unterrichtsstunden (Hochrechnung)							
Bundes-organisationen	Veranstaltungen	Unterrichtsstunden	Belegungen	davon Frauen	Anteil von Frauen in %	davon Männer	Anteil von Männern in %
AdB	3.035	52.460	55.410	28.479	53,4%	24.886	46,6%
BAK AL	3.745	236.829	56.188	23.346	41,6%	32.841	58,4%
DEAE	3.242	66.094	46.542	21.111	65,2%	11.274	34,8%
KBE	7.763	453.097	103.411	45.279	70%	19.313	30%
Insgesamt	14.749	756.021	206.140	89.735	59%	63.429	41%

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Weiterbildungsstatistik im Verbund 2012 BIBB-Datenreport 2015

Die KBE stellte mit 13.400 Veranstaltungen und mehr als 474.000 Unterrichtsstunden das größte Angebotsvolumen im Bereich Arbeit – Beruf. Nach Anzahl der Unterrichtsstunden und durchgeführter Veranstaltungen ist sie, unter den in diesem Kontext dargestellten Organisationen, auch die größte Anbieterin von Weiterbildung. Im Gesamtangebot spielt die berufliche Weiterbildung allerdings eine nachrangige Rolle – die KBE versteht sich primär als Anbieterin religiöser und kultureller Weiterbildung. Deutlich sichtbar wird dies an dem Verhältnis des Themenbereichs Arbeit – Beruf zum Gesamtangebot: Der Anteil dieser Veranstaltungen lag bei 5%, der Anteil am Unterrichtsstundenvolumen bei 13%. Der andere konfessionelle Trägerverband, der DEAE, bot knapp 5.200 Veranstaltungen mit rund 70.500 Unterrichtsstunden an. Die Themenbereiche religiöse Bildung, Lebensformen und politische Bildung werden von der DEAE als Aufgabenschwerpunkte erachtet, berufliche Weiterbildung hat einen eher untergeordneten Stellenwert. Der Anteil der Veranstaltungen im Themenbereich Arbeit – Beruf lag bei 3%, der Anteil am gesamten Unterrichtsstundenvolumen bei knapp 5%.

Teilnehmende an beruflicher Weiterbildung nach Geschlecht

Laut Adult Education Survey 2010 und 2012 beteiligen sich Frauen im Vergleich zu Männern etwas häufiger an individueller beruflicher Weiterbildung (vgl. Kapitel B1.1). Dieses Bild zeigt sich bei den Mitgliedseinrichtungen des Verbundes in ähnlicher Weise. Der Anteil an Belegungen durch Frauen im Bereich Arbeit – Beruf lag bei 59%, der Männeranteil lag bei 41%.

Deutliche Unterschiede gab es zwischen den einzelnen Verbänden. Beim BAK AL war der Anteil der männlichen Teilnehmer im Themenbereich Arbeit – Beruf mit 58% am höchsten, auch im Gesamtprogramm des Verbandes überwogen mit einem Anteil von 52% die Männer bei den Belegungen. Während der BAK AL mit seinem Fokus auf politisch orientierte berufliche Weiterbildung eher männliche Teilnehmer erreicht, sind bei den konfessionellen Trägern KBE und DEAE mehr als zwei Drittel der Teilnehmenden an beruflicher Weiterbildung Frauen. Bei der KBE wurden 70% der Belegungen von beruflicher Weiterbildung durch Teilnehmerinnen gebucht. Der Frauenanteil an den Belegungen im Bereich Arbeit – Beruf lag damit über dem durchschnittlichen Anteil weiblicher Belegungen von 59% an beruflicher Weiterbildung im Verbund, allerdings überwog mit 74% auch der Frauenanteil an den Belegungen im Gesamtprogramm der KBE. Bei der DEAE lag der Anteil der Frauen an beruflichen Veranstaltungen bei 62% und damit unter dem Frauenanteil von 70% im Gesamtprogramm der KBE. Der AdB spricht beide Geschlechter gleichermaßen an. Der Anteil an Belegungen durch Frauen im Bereich Arbeit – Beruf lag bei 53%, der Männeranteil bei 47%. Die Verteilung der Teilnahmen nach Geschlecht zeigt → [Tabelle B2.2.3-2](#).

(Christina Weiß, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

B2.3 Fernlernen

Die Fernunterrichtsstatistik gibt seit nunmehr 30 Jahren Auskunft zur Angebots-, Anbieter- und Teilnahmeentwicklung bei Fernlehr- bzw. Fernstudiengängen. Dazu werden die Anbieter dieser Bildungsangebote jährlich auf freiwilliger Basis befragt. Seit 2009 zeichnet der Branchenverband „Forum DistancE-Learning (FDL)“ für die Erhebung verantwortlich. Darüber hinaus kann für die vorliegende Aufbereitung ergänzendes Datenmaterial der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) und des Gemeinnützigen Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) herangezogen werden.

Anbieter von Fernlehrgängen

Die Zahl der bei der ZFU registrierten Anbieter hat sich im Vergleich zum Vorjahr wieder deutlich erhöht, und zwar von 400 (Stichtag 1. August 2013) auf 412 (Stichtag 1. September 2014). Dies entspricht einer Zunahme um 3%.

Aussagen über die Anbieterstruktur ermöglicht die Fernunterrichtsstatistik 2013 des FDL. Im Rahmen dieser Erhebung wurden 2014 383 Fernlehrinstitute angeschrieben. Im Vergleich zum Vorjahr (352 angeschriebene Institute) stieg damit die Zahl der einbezogenen Anbieter deutlich um ca. 8,8%. An der Erhebung beteiligten sich 84 Institute (21,9%), sodass die Beteiligungsbereitschaft tendenziell rückläufig bleibt (Beteiligung an der Fernunterrichtsstatistik 2012: 29,8%; 2011: 34,8% der angeschriebenen Institute).

Der Markt wird von einigen wenigen großen Anbietern dominiert: Nur jeweils ca. 1% bieten zwischen 51 und 100 bzw. mehr als 100 Fernlehrgänge an, während 92% der vom FDL befragten 383 Anbieter relativ spezialisiert sind und weniger als 11 Lehrgänge anbieten.

Teilnehmende an Fernlehrgängen

Für den Untersuchungszeitraum im Jahre 2013 erhob der FDL bei den an der Erhebung beteiligten Instituten insgesamt 177.342 Teilnahmen an staatlich zugelassenen Fernlehrgängen. Im Vergleich zum Vorjahr (172.353 Teil-

nahmen) stieg ihre Zahl damit wieder leicht um 2,9%.²⁶⁵ Der Frauenanteil stieg geringfügig auf 52,5% an (2012: 52,2%), wobei leicht höhere Frauenanteile in (nicht-akademisch ausgerichteten) Fernlehrgängen seit einigen Jahren zu beobachten sind. In Bezug auf die Beteiligung nach Alter ergibt sich ein ähnliches Bild wie in den Vorjahren: Ca. zwei Drittel (65,7%) der Teilnehmenden sind zwischen 21 und 40 Jahre alt (2012: 65,2%). Beobachten lassen sich zugleich aber auch Zuwächse bei den 41- bis 50-Jährigen (17,6% gegenüber 16,8% in 2012) und den über 51-Jährigen (7,7% gegenüber 6,7% in 2012).²⁶⁶

Fernlehrgänge – Angebot

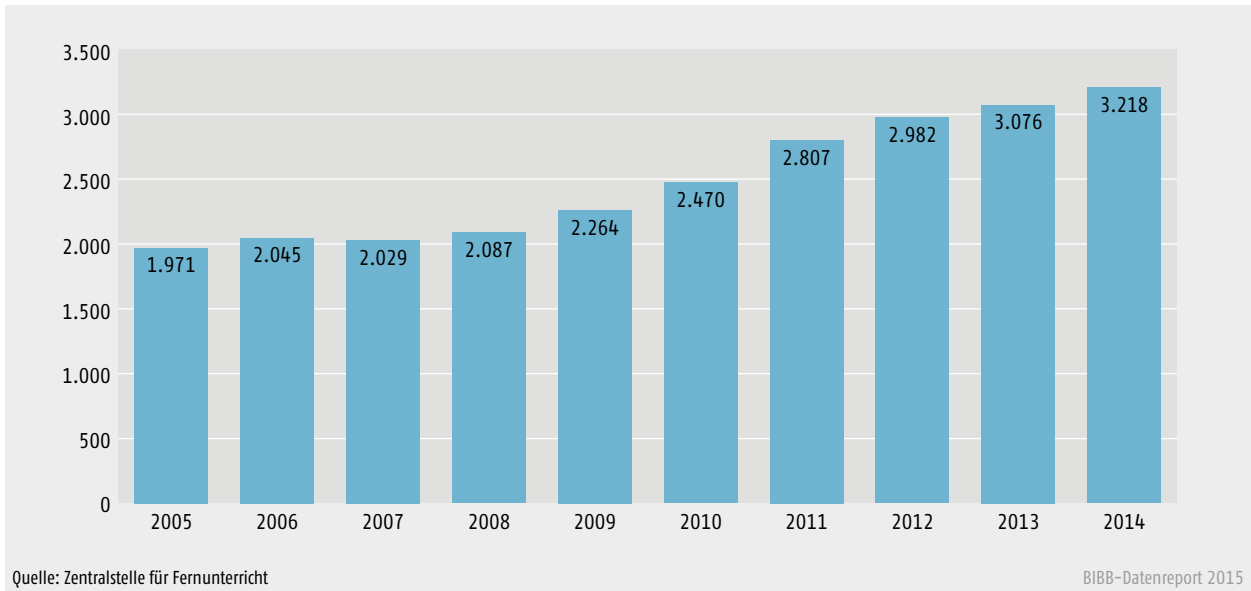
Die kontinuierliche Zunahme von Anbietern verweist zugleich auch auf die anhaltende Zunahme der staatlich zugelassenen Bildungsangebote. Zum Stichtag 1. September 2014 verzeichnete die ZFU 3.218 Bildungsmaßnahmen, von denen sie 276 als „Hobbylehrgänge“ klassifiziert. Im Vergleich zu 2013 (insgesamt 3.076 registrierte Bildungsangebote) stieg das Gesamtangebot damit um ca. 4,6% an. Während sich der Anstieg bei den allgemein- und berufsbildenden Themen dabei auf ca. 4,7% belief (absolut: 131 zusätzliche zulassungspflichtige Angebote im Vergleich zu 2013), nahmen Angebote zur Freizeitgestaltung im Vergleich zum Vorjahr um ca. 0,4% zu (absolut: 11 zusätzliche Kurse). Einen Überblick über die Entwicklung der Gesamtzahl der staatlich zugelassenen Bildungsangebote im Fernlernen im Zeitraum 2005 bis 2014 gibt → [Schaubild B2.3-1](#).

Von den 3.218 staatlich zugelassenen Bildungsangeboten bereiten 2.018 (ca. 62,7%) auf eine Prüfung vor. Zieht man die absoluten Zahlen heran, ist ihre Zahl zwar geringfügig gestiegen (2013 verzeichnete die ZFU 1.984 solcher

²⁶⁵ Zusätzlich ergänzt der FDL die für 2013 erhobenen Daten durch Schätzungen, die auf seiner Marktkenntnis beruhen. Hier kommt er auf weitere 72.036 Teilnahmen und geht somit von insgesamt 249.378 Teilnehmenden aus. Berücksichtigt man diese Schätzungen, so nahm im Vergleich zu 2012 (insgesamt 240.753 Teilnahmen, davon 172.353 erhobene und 68.400 geschätzte) die Teilnahmequote um 3,5% zu.

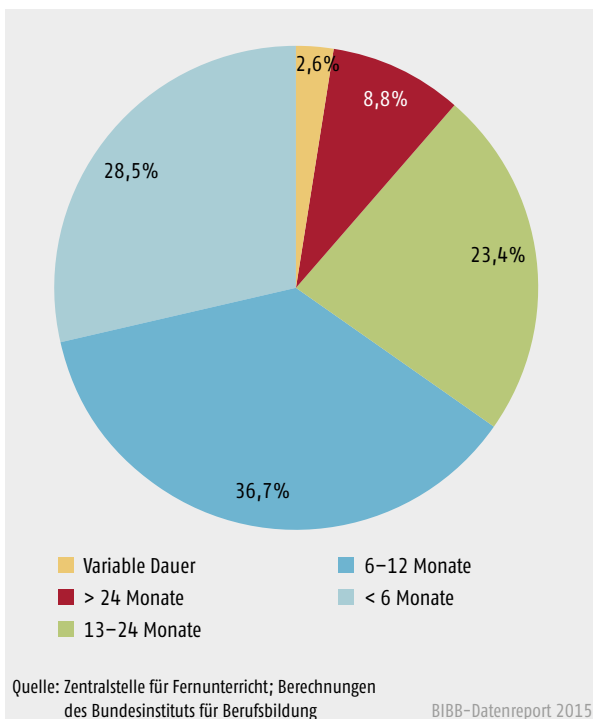
²⁶⁶ Im Vergleich dazu beobachtet der Adult Education Survey (AES) 2012, der eine andere Systematik zugrunde legt und beim Fernunterricht zwischen einer „modernisiert[en]“, d. h. digitalisierten, und „traditionell[en]“ (Papier-)Form unterscheidet, dass sich „im Vergleich zum AES 2010 [...] der höhere Anteilswert von Frauen unter den Teilnehmenden an der traditionellen Form von Fernunterricht eher verstärkt“ habe. Hingegen setze sich „die Teilnehmergruppe an der modernisierten Form von Fernunterricht [...] zu knapp zwei Dritteln aus Männern, zu gut zwei Dritteln aus [...] jüngeren Altersgruppen und zu gut vier Fünfteln aus Personen mit hohem schulischen Bildungsniveau zusammen“. Damit, so Bilger/Gnahn, „grenzt [sie] sich in diesen Merkmalen der Zusammensetzung recht deutlich von den anderen Bevölkerungsgruppen ab“ (Bilger/Gnahn 2013, S. 297 f.).

Schaubild B2.3-1: Staatlich zugelassene Bildungsangebote im Fernlernen im Zeitraum 2005 bis 2014 (absolut)



Bildungsangebote); prozentual betrachtet sank ihr Anteil jedoch geringfügig (2013 ca. 64,5%). Deutlich zurückgegangen scheint offenbar der Anteil der Bildungsangebote,

Schaubild B2.3-2: Durchschnittliche Dauer (in %, n = 3.218)



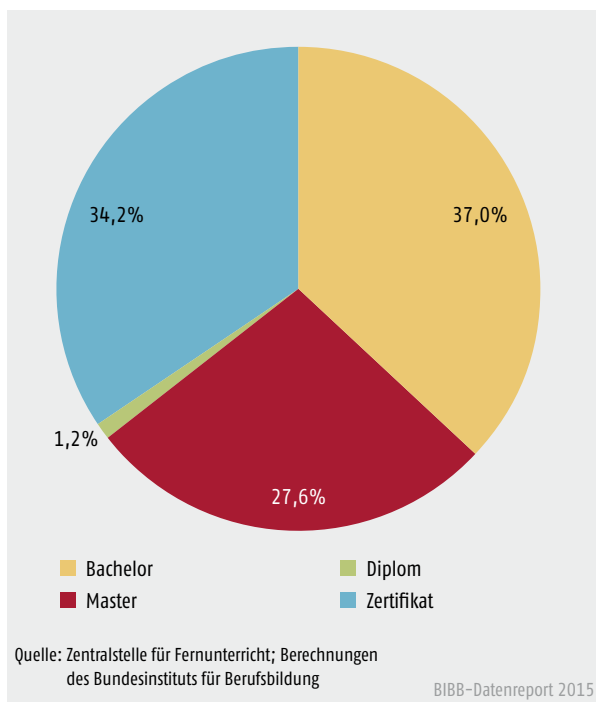
die auf einen nonformalen Abschluss in Form eines Teilnahmezertifikats des Anbieters abzielen (2014: 56,7% im Vergleich zu 67,2% im Vorjahr). Eine öffentlich-rechtliche Prüfung ermöglichen 19,9% (2013: 20,5%), einen allgemeinbildenden Schulabschluss 10,2% (2013: 11,5%) und eine verbandsinterne Prüfung 1,3% (2013: 0,8%) der von der ZFU zugelassenen Fernlehrgänge. Dabei beobachtet die ZFU den Trend, dass Anbieter verstärkt Kooperationen mit örtlichen Kammern eingehen, um diese in den entsprechenden Fernlehrgängen Abschlussprüfungen durchführen zu lassen (IHK-Abschluss bzw. -Zertifikat). Wie im Vorjahr haben rund zwei Drittel der zugelassenen Fernlehrgänge eine Laufzeit von bis zu 12 Monaten → **Schaubild B2.3-2**.

Hinsichtlich der bevorzugten Lerninhalte dominierte in der Erhebung des FDL auch im Jahr 2013 „Wirtschaft und kaufmännische Praxis“ mit 26,6% aller Belegungen; im Vergleich zum Vorjahr (27,5%) waren die Teilnahmen jedoch leicht rückläufig. Gefragt waren zudem Fernlehrgänge, die einen schulischen Abschluss ermöglichen (14,2%, 2012: 15,5%), Aufstiegsfortbildungen (z. B. zum/zur Betriebswirt/-in, Techniker/-in) mit 13,9% (2012: 13,7%) und Angebote zur Freizeitgestaltung im Bereich Gesundheit, Gymnastik, Körperpflege und Haushaltsführung (10,0%, 2012: 12,8%). Relativ wenig Beachtung fanden hingegen EDV-Lehrgänge mit einer Beteiligung von 8,0% (2012: 8,2%) und Sprachlehrgänge (5,3%, 2012: 5,8%).

Entwicklung bei Fernstudiengängen

Wie in den vergangenen Jahren nahm auch 2013 die Zahl der Fernstudierenden weiter zu: So weisen die auf Daten des Statistischen Bundesamtes beruhenden Berechnungen des FDL insgesamt 152.881 Fernstudierende aus, von denen 120.195 an einer Fernhochschule und 32.686 an einer Präsenzhochschule studierten. Im Vergleich zu 2012, in dem 142.468 Fernstudierende ausgewiesen worden waren, ist dies eine erneute Steigerung um 6,8%. Einen besonders hohen Anstieg verzeichnen dabei Präsenzhochschulen, die im sog. „dual mode“ zusätzlich auch Fernstudiengänge anbieten: Bei ihnen erhöhte sich die Zahl der Fernstudierenden um ca. 13,5%.

Schaubild B.2.3-3: Von der ZFU zugelassene Fernstudiengänge (in %, n = 254)



Mit einem Gesamtdurchschnitt von 44,5% blieb der Frauenanteil im Vergleich zu 2012 konstant (ebenfalls 44,5%), sodass im hochschulischen Sektor auch weiterhin Fernstudenten dominieren.

Sofern Fernstudiengänge privatwirtschaftlich organisiert sind, müssen sie auch von der ZFU zugelassen werden. Von den oben erwähnten, zum Stichtag 1. Septem-

ber 2014 bei ihr registrierten 3.218 Bildungsangeboten waren 254 (7,9%) akademisch ausgerichtet. Diese ermöglichten folgende Abschlüsse → **Schaubild B.2.3-3**.

Für das CHE untersuchten Duong und Püttmann 2014 das Immatrikulationsverhalten von Studierenden ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung. Ihnen zufolge haben „von den insgesamt 12.464 Studienanfängern/ Studienanfängerinnen ohne allgemeine Hochschulreife und Fachhochschulreife im Jahr 2012 [...] die Fachhochschulen mit 6.581 Personen den größten Anteil aufgenommen. Die Universitäten ließen 5.759 und die Kunst- und Musikhochschulen 124 OA-Studienanfänger/-innen zu. [...] Eine Besonderheit im universitären Bereich ist zudem, dass sich von den dort verzeichneten knapp 5.800 beruflich qualifizierten Studienanfängern/ Studienanfängerinnen ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung (HZB) mehr als die Hälfte an einer einzigen Hochschule eingeschrieben hat, und zwar an der Fern-Universität in Hagen“ (Duong/Püttmann 2014, S. 17 f.). Eine Literaturanalyse lässt sie zudem vermuten, dass vor allem (private) Fachhochschulen flexible Studienformen ermöglichen und diese damit „besonders gut auf die spezifischen Qualifikationsbedarfe und Kompetenzprofile der Studierenden ohne Abitur und Fachhochschulreife eingehen“ (Duong/Püttmann 2014, S. 29).

(Angela Fogolin)

B3 Öffentlich geförderte Weiterbildung

B3.1 SGB-III- und SGB-II-geförderte Weiterbildungsmaßnahmen

Die Agenturen für Arbeit fördern die Qualifizierung im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Instrumente nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III). Die Förderung hilfebedürftiger erwerbsfähiger Personen durch die Jobcenter erfolgt nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) **E**. Zu den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, die Personen in den Rechtskreisen SGB II und SGB III Qualifizierung ermöglichen, zählen die berufliche Weiterbildung, die berufliche Weiterbildung für behinderte Menschen sowie die ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit → [Tabelle B3.1-1](#).

E Fördervoraussetzungen

Die Förderung der beruflichen Weiterbildung ist mit Wirkung vom 1. April 2012 in den §§ 81 ff. SGB III geregelt. Voraussetzung für eine Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) ist die Feststellung, dass durch eine Weiterbildung eine berufliche Eingliederung erreicht oder drohende Arbeitslosigkeit abgewendet werden kann oder dass sie wegen fehlenden Berufsabschlusses notwendig ist. Außerdem muss eine Beratung durch die Agentur für Arbeit stattgefunden haben, und Maßnahme und Träger müssen für die Förderung zugelassen sein.

Liegen die Voraussetzungen für eine Förderung vor, wird grundsätzlich ein Bildungsgutschein ausgestellt, mit dem die Übernahme der Weiterbildungskosten zugesichert wird. Der Bildungsgutschein kann zeitlich befristet sowie

regional und auf bestimmte Bildungsziele beschränkt werden.

Zu den förderfähigen Personen gehören neben den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die durch die Agenturen für Arbeit nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) gefördert werden, auch hilfebedürftige erwerbsfähige Personen, die nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) gefördert werden. Im Rechtskreis SGB II können abweichend von dem üblichen Bildungsgutscheinverfahren Weiterbildungsmaßnahmen vergeben werden, wenn die Eignung und die persönlichen Lebensverhältnisse des Arbeitssuchenden dies erfordern und keine geeignete Maßnahme verfügbar ist. Dadurch soll die Weiterbildungsteilnahme arbeitsmarktfremder Personengruppen erleichtert werden (§ 16 Abs. 3a SGB II).

Für Sonderprogramme der Bundesagentur für Arbeit gelten spezielle Förderbedingungen.

Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit

In der Förderstatistik werden Förderungen bzw. Teilnahmen von Personen an Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung erfasst. Gezählt werden nicht Personen, sondern Förderfälle bzw. Teilnahmen; eine Person, die in einem Zeitraum oder an einem Zeitpunkt mehrere Förderleistungen erhält, wird daher mehrfach gezählt.

Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW)

Die Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung nach SGB III (Arbeitsförderung) und seit 2005 auch nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) ist eines der wesentlichen Elemente der aktiven Arbeitsförderung. Sie soll die individuellen Chancen von Men-

Tabelle B3.1-1: Teilnahme an beruflicher Weiterbildung in den Rechtskreisen SGB III und SGB II im Jahr 2013

	Teilnehmerbestand (Jahresdurchschnitt)			Zugänge/Eintritte/Bewilligungen (Jahressumme)		
	insgesamt	SGB III	SGB II	insgesamt	SGB III	SGB II
Berufliche Weiterbildung 2013	155.481	87.677	67.804	336.913	187.806	149.107
Förderung der beruflichen Weiterbildung	140.311	75.050	65.261	318.436	172.625	145.811
allgemeine Maßnahmen zur Weiterbildung Reha	7.326	4.849	2.476	8.013	4.825	3.188
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	7.463	7.396	67	7.489	7.381	108
ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit	381	381	-	2.975	2.975	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2014i: Arbeitsmarkt 2013; Datenstand: September 2014

schen am Arbeitsmarkt und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessern. Dazu können Qualifikationen an geänderte Anforderungen angepasst oder bislang fehlende Berufsabschlüsse erworben werden.

Seit 2011 hat sich die Zahl der Eintritte in berufliche Weiterbildung weitgehend stabilisiert. 2013 erhöhte sich die Förderung mit 318.436 Eintritten gegenüber dem Vorjahr leicht um 6,3%. → [Schaubilder B3.1-1 und B3.1-2](#).

Die Anzahl der Eintritte von Frauen in FbW-Maßnahmen ist im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr fast unverändert. Ihr Anteil an allen Zugängen betrug 45,7%. Der Anteil der unter 25-Jährigen bei den Eintritten ist 2013 weiter gesunken und betrug 8,7%. Der Anteil der Ausländer/-innen an den Eintritten in Weiterbildung blieb mit 13,7% nahezu unverändert; ebenso der Anteil von Langzeitarbeitslosen mit 12,5%. Der Anteil von Teilnahmen mit Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf hat sich seit 2008 mehr als verdoppelt. Von den

Schaubild B3.1-1: Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und SGB III von 2001 bis 2013

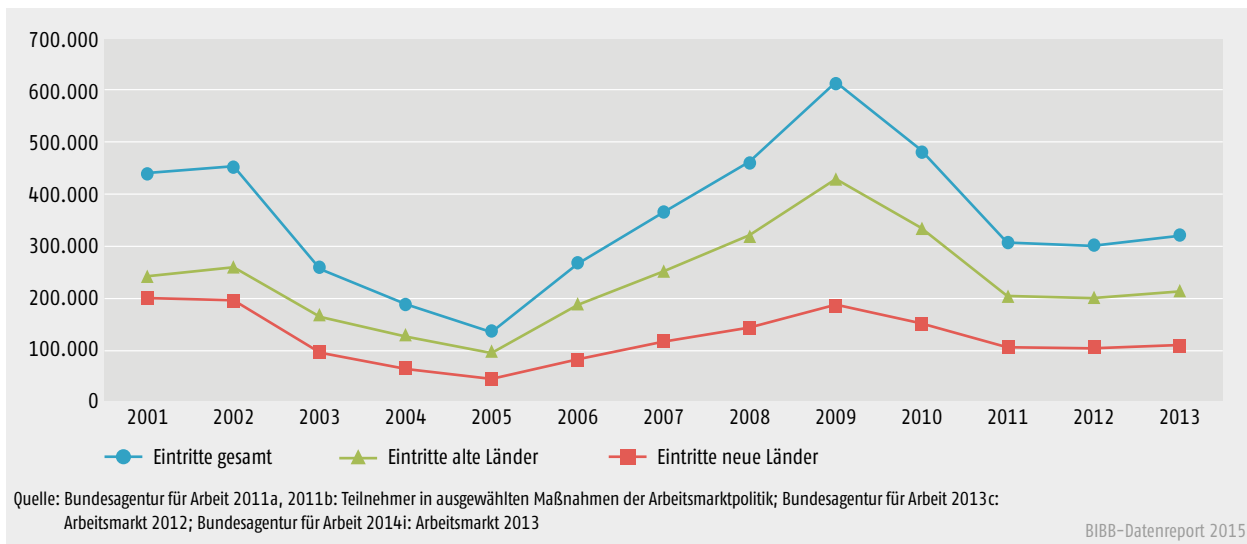


Schaubild B3.1-2: Durchschnittlicher Jahresbestand in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und SGB III von 2001 bis 2013

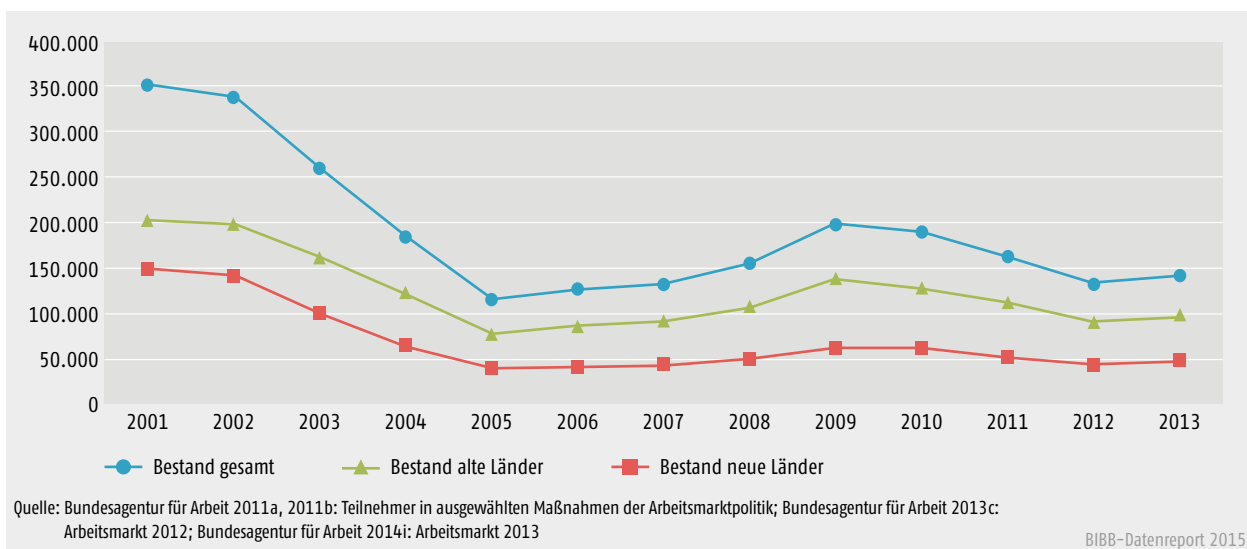


Tabelle B3.1-2: Eintritte in FbW nach ausgewählten Merkmalen

Eintritte in FbW nach ausgewählten Merkmalen	2009	2010	2011	2012	2013
Frauenanteil an Eintritten in FbW	41,1%	42,3%	45,3%	46,3%	45,7%
Anteil von Maßnahmen mit Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf	7,3%	10,7%	11,4%	13,2%	15,7%
Anteil von Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung	30,5%	30,7%	33,2%	35,4%	34,0%
Anteil von unter 25-Jährigern	12,0%	10,1%	10,6%	9,7%	8,7%
Anteil von Ausländern	11,0%	10,8%	12,3%	13,7%	13,5%
Anteil von Langzeitarbeitslosen	7,8%	11,4%	12,7%	12,6%	12,5%

Quelle: Statistisches Bundesamt 2010, 2011, 2012, 2013b, 2014k, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung BIBB-Datenreport 2015

318.436 Eintritten im Jahr 2013 entfielen 50.048 auf Maßnahmen mit Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf; das entspricht einem Anteil von 15,7% (vgl. Kapitel B3.4). Viele Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung nehmen jedoch an Weiterbildungen teil, die nicht abschlussbezogen sind. Von den Eintritten in berufliche Weiterbildung entfielen 2013 34% auf Personen ohne Berufsabschluss (Statistisches Bundesamt 2014k) → [Tabelle B3.1-2](#).

Die Gesamtausgabemittel im Rechtskreis SGB III für die Förderung der Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung betragen 2013 rund 1,79 Mrd. € gegenüber 1,44 Mrd. € im Vorjahr. Diese Ausgaben setzen sich aus den Weiterbildungskosten aus dem Eingliederungstitel (Lehrgangskosten, Fahrtkosten, Kinderbetreuungskosten, Kosten für auswärtige Unterkunft und Verpflegung) in Höhe von 856,55 Mio. € und den Ausgaben für die Gewährung von Arbeitslosengeld bei Weiterbildung in Höhe von 935,4 Mio. € zusammen. In der Grundsicherung gingen die Gesamtausgaben für die Förderung der beruflichen Weiterbildung ebenfalls zurück und betragen 2013 558,2 Mio. € (2012: 571,62 Mio. €) (Bundesagentur für Arbeit 2014j, 2013d).

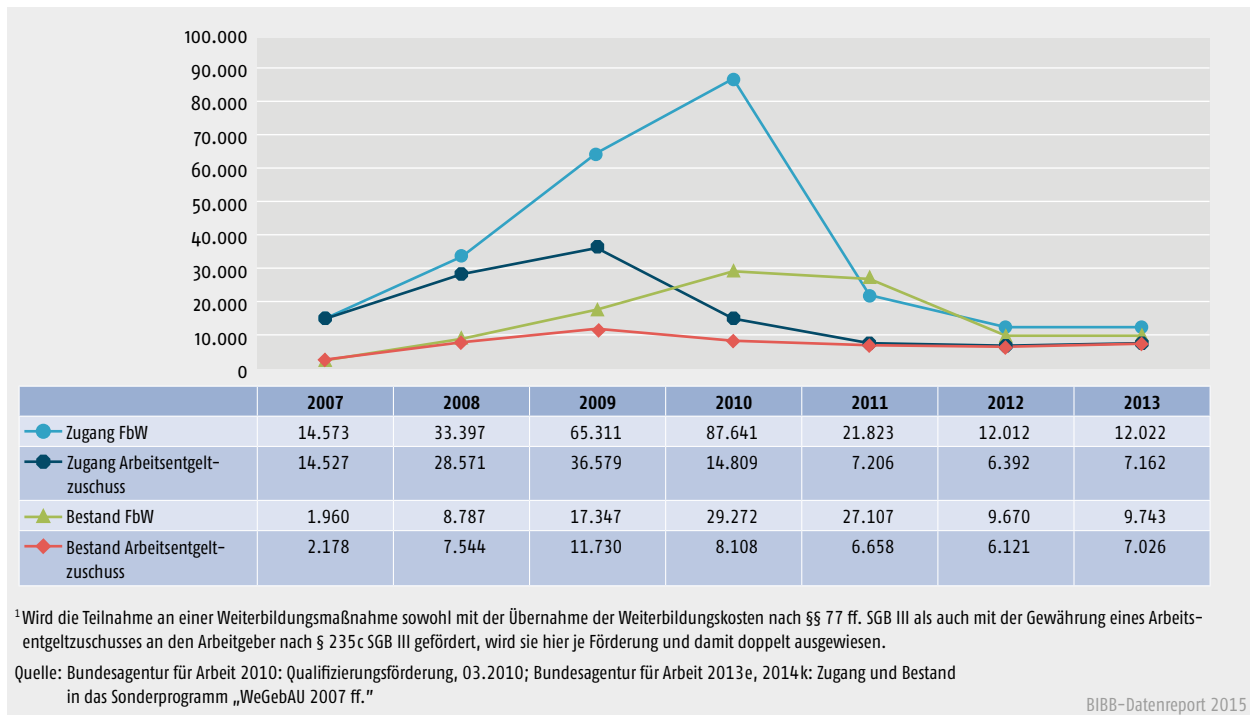
WeGebAU (Förderung der Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer/-innen in Unternehmen)

Im Fokus des erstmals 2006 aufgelegten, seit April 2012 entfristeten Programms steht eine Anschubfinanzierung für die Weiterbildung von Geringqualifizierten und von beschäftigten Älteren, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, um ihnen zusätzliche Qualifikationen für den Arbeitsmarkt zu verschaffen und ihre Beschäftigungschancen und Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten bzw. zu

erweitern. Im Rahmen des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland (Konjunkturpaket II) wurden die Förderungsmöglichkeiten befristet bis 31. Dezember 2010 um die Personengruppe der Arbeitnehmer/-innen erweitert, deren Berufsabschluss mit einer Ausbildungsdauer von mindestens 2 Jahren mindestens 4 Jahre zurückliegt und die in den letzten 4 Jahren nicht an einer mit öffentlichen Mitteln geförderten beruflichen Weiterbildung teilgenommen haben.

Das Sonderprogramm WeGebAU bietet 2 Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung:

- ▶ **Zuschüsse zu Weiterbildungskosten**
Für gering qualifizierte Beschäftigte (§ 81 Abs. 2 SGB III) oder für ältere Beschäftigte in Betrieben mit weniger als 250 Beschäftigten, die das 45. Lebensjahr vollendet haben (§ 82 SGB III), erstatten die Agenturen für Arbeit die Lehrgangskosten für Maßnahmen, die außerhalb des Betriebs durchgeführt werden, voll oder teilweise und geben einen Zuschuss zu den notwendigen übrigen Weiterbildungskosten. Neu aufgenommen wurde eine bis 2014 befristete Regelung zur Weiterbildungsförderung von jüngeren Beschäftigten (unter 45 Jahren) in KMU. Sie können unter der Voraussetzung gefördert werden, dass sich der Arbeitgeber mit mindestens 50% an den Lehrgangskosten beteiligt (§ 131a SGB III). Diese Förderungen sind nicht begrenzt auf Weiterbildungen, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führen; auch Teilqualifikationen können erworben werden → [Schaubild B3.1-3](#).
- ▶ **Förderung mit Arbeitsentgeltzuschuss**
Für die Qualifizierung ungelerner oder gering qualifizierter Arbeitnehmer/-innen kann der Arbeitgeber einen Zuschuss zum Arbeitsentgelt für weiterbildungsbedingte Ausfallzeiten sowie eine Pauschale zu

Schaubild B3.1-3: Sonderprogramm „WeGebAU“ – Zugang und Bestand 2007 bis 2013¹

den Sozialversicherungsbeiträgen erhalten (Rechtsgrundlage: § 81 Abs. 5 SGB III).

Nach einem Rückgang der Eintritte um ca. 70% von 102.450 im Jahr 2010 auf 29.029 im Jahr 2011 und weiter auf 18.404 Förderungen im Jahr 2012, der insbesondere auf den Wegfall der Fördergrundlage für qualifizierte Beschäftigte zurückzuführen war, blieb die Zahl der Eintritte in das Programm im Jahr 2013 ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres. → **Schaubild B3.1-3**.

Initiative zur Flankierung des Strukturwandels

Da Geringqualifizierte auch weiterhin schlechtere Arbeitsmarktchancen haben und gleichzeitig ein Fachkräftemangel prognostiziert wird, unterstützt die Bundesagentur für Arbeit seit 2010 mit der „Initiative zur Flankierung des Strukturwandels“ (IFlaS) den in einzelnen Bereichen und Regionen erkennbaren Strukturwandel durch geeignete, auch längerfristige Qualifizierungen. Geringqualifizierten wird im Rahmen von IFlaS ermöglicht, einen anerkannten Berufsabschluss oder eine zertifizierte Teilqualifikation zu erwerben. Im Jahr 2013 betrug der Jahresdurchschnittsbestand rd. 33.000 Personen, davon haben rd. 26.000 an Weiterbildungen mit Abschluss teilgenommen. Das

waren insbesondere Qualifizierungen in der Altenpflege, in Sekretariats- und Büroberufen sowie im Bereich der Verkehrs- und Logistikberufe (Bundesagentur für Arbeit, 2014c).

Initiative „AusBILDUNG wird was – Spätstarter gesucht“

Mit dieser Initiative zur Erstausbildung junger Erwachsener (Laufzeit 2013 bis 2015) sollen insbesondere junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren ohne Berufsabschluss angesprochen werden. Angesichts steigender Qualifikationsanforderungen, Fachkräftengpässen und der demografischen Entwicklung sollen sie für eine abschlussorientierte Qualifizierung im Rahmen einer Ausbildung, einer Umschulung, einer Externenprüfung oder durch Absolvieren von berufsanschlussfähigen Teilqualifizierungen gewonnen werden. Im Jahr 2013 haben rd. 32.800 junge Erwachsene in den Bereichen der Arbeitslosenversicherung und der Grundsicherung eine entsprechende Qualifizierung aufgenommen (Bundesagentur für Arbeit, 2014c)

(Katrin Gutschow)

B3.2 Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Das seit 1996 existierende, von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)²⁶⁷ – sog. „Meister-BAföG“ – begründet einen individuellen Rechtsanspruch auf Förderung von beruflichen Aufstiegsfortbildungen, d. h. von Meisterkursen oder anderen auf einen vergleichbaren Fortbildungsabschluss vorbereitenden Lehrgängen **E**.

E Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Das AFBG unterstützt die Erweiterung und den Ausbau beruflicher Qualifizierungen, um durch Höherqualifizierung dem Fachkräftemangel zu begegnen und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu sichern. Für die berufliche Fortbildung ist das AFBG ein umfassendes Förderinstrument in grundsätzlich allen Berufsbereichen – unabhängig davon, in welcher Form die Fortbildung durchgeführt wird (vollzeitlich/teilzeitlich/schulisch/außerschulisch/mediengestützt/Fernunterricht). Über Darlehensteilerlasse hinaus werden Anreize geschaffen, nach erfolgreichem Abschluss der Fortbildung den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Die Förderung ist an bestimmte persönliche, qualitative und zeitliche Anforderungen geknüpft. Nicht gefördert werden Fortbildungsabschlüsse, die über dem angestrebten Fortbildungsabschluss liegen, wie z. B. ein Hochschulabschluss bzw. Bachelor.

Durch das Erste und das Zweite Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes wurden die Leistungen des AFBG deutlich verbessert (vgl. **E** im BIBB-Datenreport 2012). Die Förderung beinhaltet den sogenannten Maßnahmenbeitrag, der unabhängig vom Einkommen und Vermögen gewährt wird. Bei Vollzeitmaßnahmen kann ein Beitrag zum Lebensunterhalt beantragt werden. Unterhaltsbeiträge sind einkommens- und vermögensabhängig. Für Familien gibt es besondere Förderkonditionen. Die Darlehen zum „Meister-BAföG“ werden bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Bonn beantragt und von ihr gewährt. Sie sind während der Fortbildung und während einer Karenzzeit von 2 Jahren – maximal bis zu 6 Jahren – zins- und tilgungsfrei. Ob und in welcher Höhe sie ein Darlehen

in Anspruch nehmen wollen, entscheiden die Geförderten selbst. Die Förderungshöchstdauer bei Vollzeitmaßnahmen liegt bei 24, bei Teilzeitmaßnahmen bei 48 Monaten. Gliedert sich der Kurs oder Lehrgang in mehrere Teile (Maßnahmenabschnitte), müssen diese innerhalb eines bestimmten Zeitraums absolviert werden (bei Vollzeit innerhalb von 36 Monaten, bei Teilzeit innerhalb von 48 Monaten). Für weitere Informationen siehe www.meister-bafog.info/.

Nach der im August 2014 erschienenen AFBG-Statistik (Statistisches Bundesamt 2014a) wurden Förderungen im Jahr 2013 für 171.396 Personen bewilligt. Dies entspricht einer Steigerung im Vergleich zum Vorjahr um 1,8%. In Anspruch genommen wurde die Förderung von 159.611 Personen. Insgesamt absolvierten 72.242 (42,1%) Personen eine Vollzeit-, 99.154 (57,9%) Personen eine Teilzeitmaßnahme → **Schaubild B3.2-1**. Gegenüber dem Vorjahr betrug die Veränderungsrate bei den geförderten Personen in Vollzeit +4,9%, in Teilzeit -0,25%.

Der Frauenanteil (55.084) an den insgesamt geförderten Personen lag bei 32,1% → **Schaubild B3.2-2**. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl um 1,7%. Bei den Vollzeitmaßnahmen waren 28,5% der Teilnehmenden weiblich. Der Frauenanteil in Teilzeitmaßnahmen betrug 34,8%. Wie in den Jahren zuvor waren die meisten Geförderten im Alter von 20 bis unter 35 Jahren (83,4%). Den größten Anteil der Teilnehmenden unter den Geförderten stellte wie im Vorjahr die Gruppe der 20- bis unter 25-Jährigen (34,8%), gefolgt von den 25- bis unter 30-Jährigen (33,7%). Die Gruppe der 30- bis unter 35-Jährigen (14,9%) lag an dritter Stelle, danach folgten die 35- bis unter 40-Jährigen (7,5%). Differenziert man bei der Gruppe der insgesamt Geförderten nach Frauen und Männern, war bei den Frauen die Gruppe von 20 bis unter 25 Jahren wiederum an erster Stelle, bei den Männern die Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen. In Teilzeitfortbildungen war wie im Vorjahr die stärkste Gruppe die der 25- bis unter 30-Jährigen, gefolgt von den 20- bis unter 25-Jährigen. In Vollzeitmaßnahmen waren die Altersgruppen umgekehrt.

Die Förderungen im Bereich Industrie und Handel nahmen mit 84.307 (49,2%) wie in den Vorjahren die Spitzenposition ein, gefolgt vom Handwerksbereich mit 47.807 Förderbewilligungen (27,9%). Bei den Vollzeitfällen ist der Handwerksbereich mit 24.771 Förderbewil-

267 Siehe www.meister-bafog.info/.

Schaubild B 3.2-1: **Bewilligungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Vollzeit und Teilzeit von 2003 bis 2013**

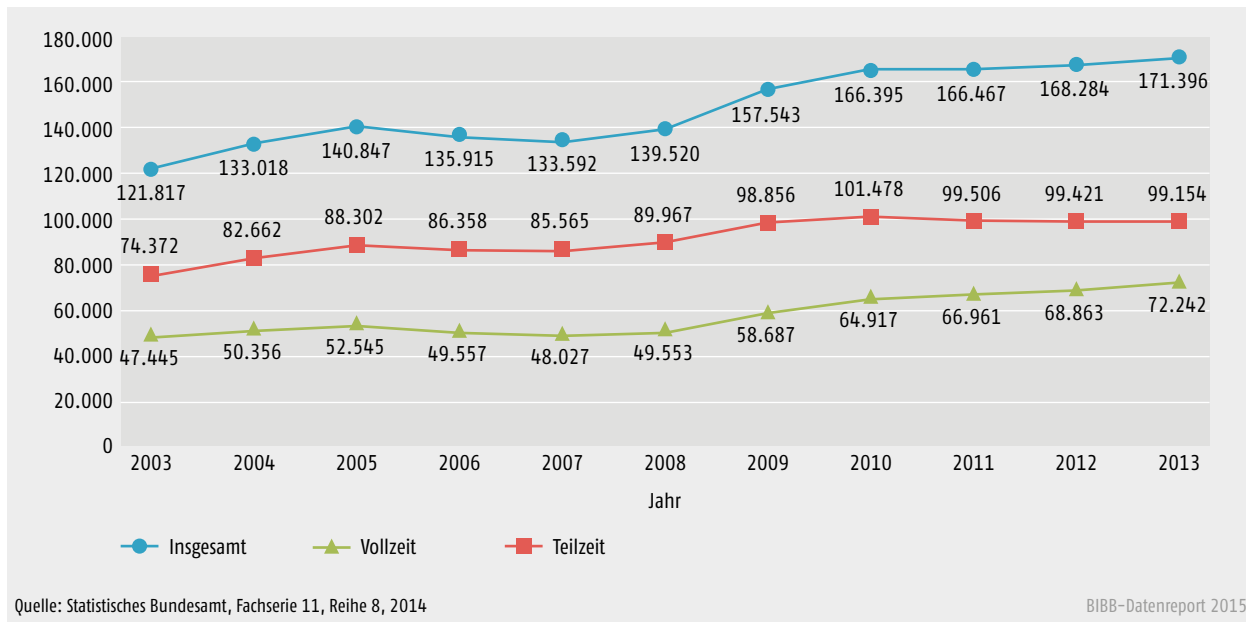
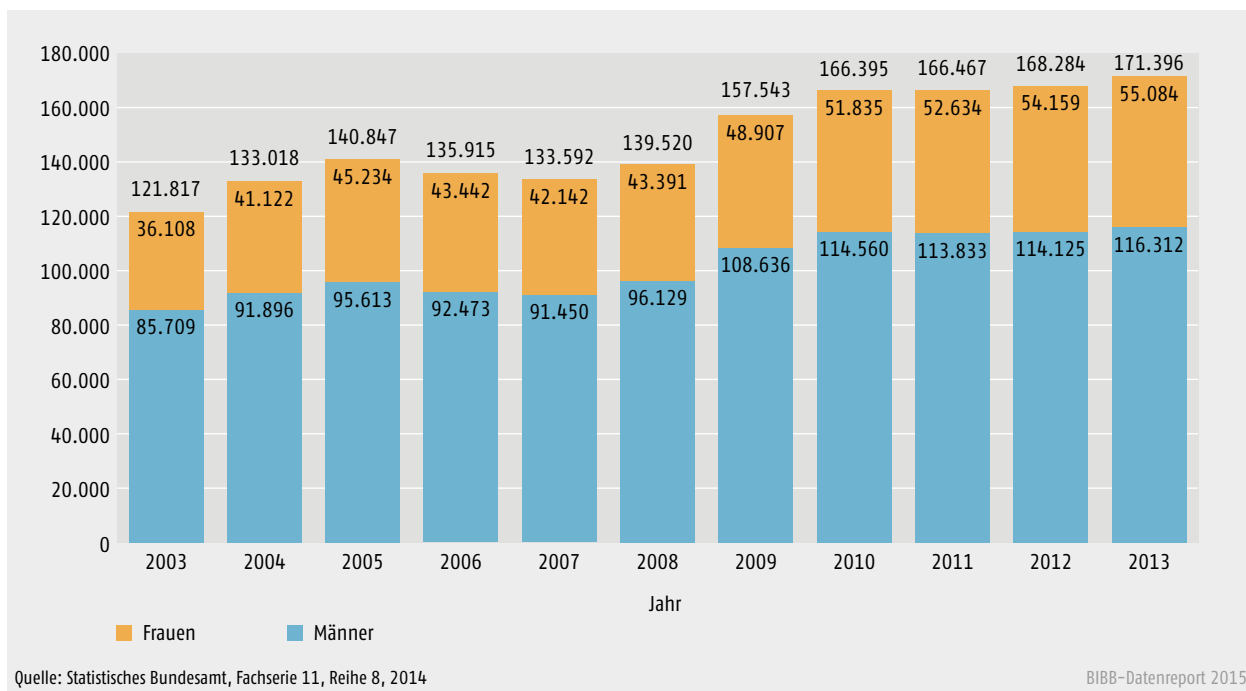


Schaubild B 3.2-2: **Geförderte Personen (Bewilligung) nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Frauen und Männer von 2003 bis 2013**



ligungen bei den Männern an erster Stelle, danach folgen 23.210 männliche Personen im Bereich Industrie und Handel.

An Förderleistungen wurden im Jahr 2013 insgesamt 575,949 Mio. € bewilligt (Statistisches Bundesamt 2014b). Darin enthalten sind Zuschüsse in Höhe von 185,795 Mio. € und Darlehen in Höhe von 390,154 Mio. €. Die Veränderungsrate beim finanziellen Aufwand insgesamt gegenüber dem Vorjahr betrug +5,2%. Der bewilligte durchschnittliche monatliche Förderungsbetrag pro Person im Jahr 2013 lag bei 1.163 €; der Betrag, der durchschnittlich monatlich gefördert wurde, betrug pro Person 1.161 €.

Nach erfolgreichem Abschluss der Weiterbildungsmaßnahme erhalten geförderte Personen auf Antrag einen Erlass von 25% von ihrem Restdarlehen zum Maßnahmenbeitrag. 2013 wurden nach bestandener Prüfung („Bestehenserlass“) insgesamt 20,566 Mio. € bei 27.656 Geförderten erlassen.

Im Jahr 2014 bewilligte die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Rahmen des AFBG ein Darlehen von 59.630 (2013: 61.078) mit einem Zusagevolumen von 291 Mio. €. Dies ist ein leichter Rückgang von 1,7% gegenüber dem Vorjahr mit einem Fördervolumen von 296 Mio. €. Die Ausgaben nach § 28 AFBG, einschließlich der Erstattung an die Kreditanstalt für Wiederaufbau nach § 14 Abs. 2, übernehmen der Bund zu 78% und die Länder zu 22%. Der Bundesanteil am AFBG wird vollständig vom Bundesministerium für Bildung und Forschung getragen.

(Brigitte Seyfried)

B3.3 Programm Weiterbildungsstipendium und Aufstiegsstipendium

B3.3.1 Programm Weiterbildungsstipendium

Das Programm Weiterbildungsstipendium des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt talentierte Berufseinsteiger/-innen bei der weiteren Qualifizierung im Anschluss an den erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung. Das Stipendium fördert fachliche Weiterbildungen, zum Beispiel zum/zur Techniker/-in, zum/zur Handwerksmeister/-in oder zum/zur Fachwirt/-in, aber auch fachübergreifende Weiterbildungen, wie EDV-Kurse oder Intensivsprachkurse, sowie berufsbegleitende Studiengänge. Gefördert werden Maßnahme-, Fahrt- und Aufenthaltskosten, zudem die Aufwendungen für notwendige Arbeitsmittel. Stipendiatinnen und Stipendiaten können Zuschüsse von insgesamt 6.000 € für beliebig viele förderfähige Weiterbildungen innerhalb des dreijährigen Förderzeitraums

beantragen. Die Stipendiatin/Der Stipendiat trägt einen Eigenanteil in Höhe von 10% der förderfähigen Kosten pro Maßnahme.

Voraussetzung für die Aufnahme in das Programm Weiterbildungsstipendium ist eine überdurchschnittliche berufliche Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft. Diese kann nachgewiesen werden durch ein sehr gutes Ergebnis der Berufsabschlussprüfung (mindestens 87 Prozentpunkte) oder durch eine besonders erfolgreiche Teilnahme an einem überregionalen beruflichen Leistungswettbewerb oder durch einen begründeten Vorschlag des Arbeitgebers oder der Berufsschule. Die für die Berufsausbildung zuständigen Stellen/Kammern führen das Förderprogramm weitgehend eigenverantwortlich und ohne Kostenersatz vor Ort durch. Vom BMBF mit der zentralen Administration des Programms beauftragt ist die SBB – Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung. Der Deutsche Industrie und Handelskammertag (DIHK), der Deutsche Handwerkskammertag (DHKT) und der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) unterstützen als Gesellschafter der SBB das Programm.

Schaubild B3.3.1-1: Verteilung der Aufnahmen nach Ausbildungsbereichen 2012 bis 2014 im Vergleich zu den Berufsabsolventen 2013 (Angabe in Prozent)

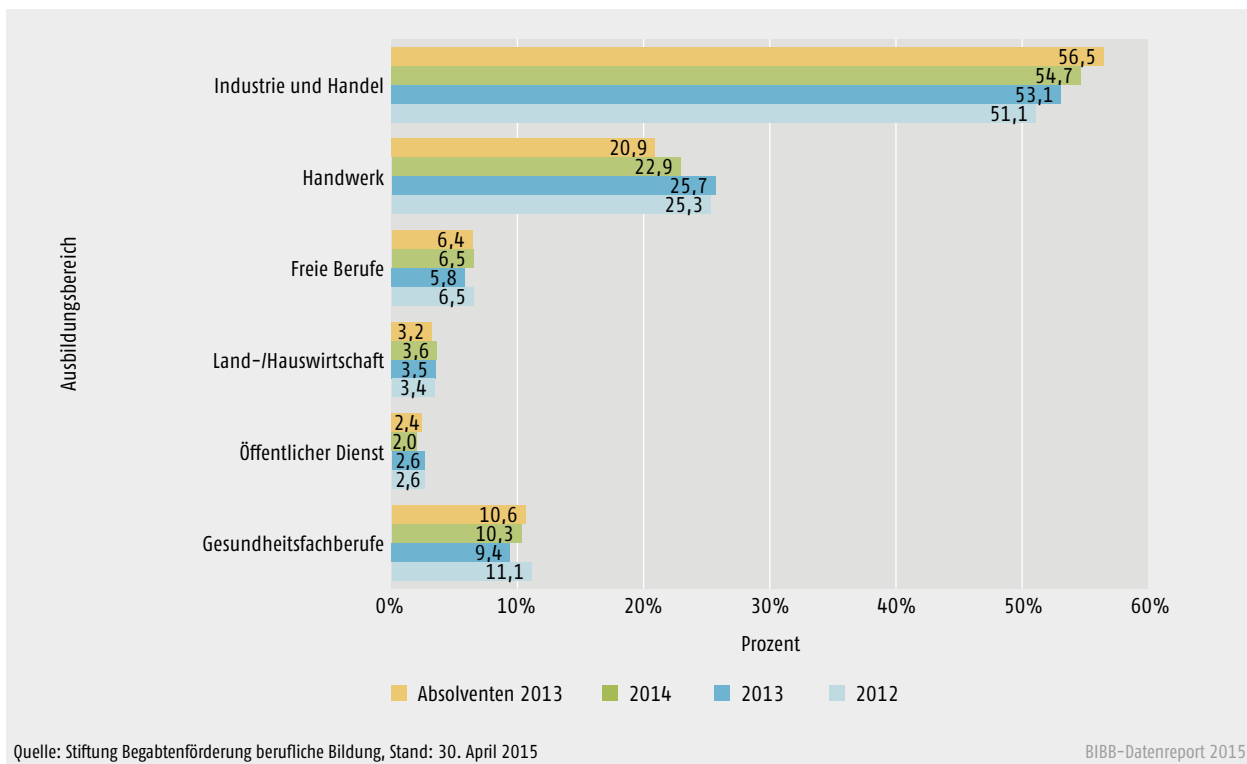
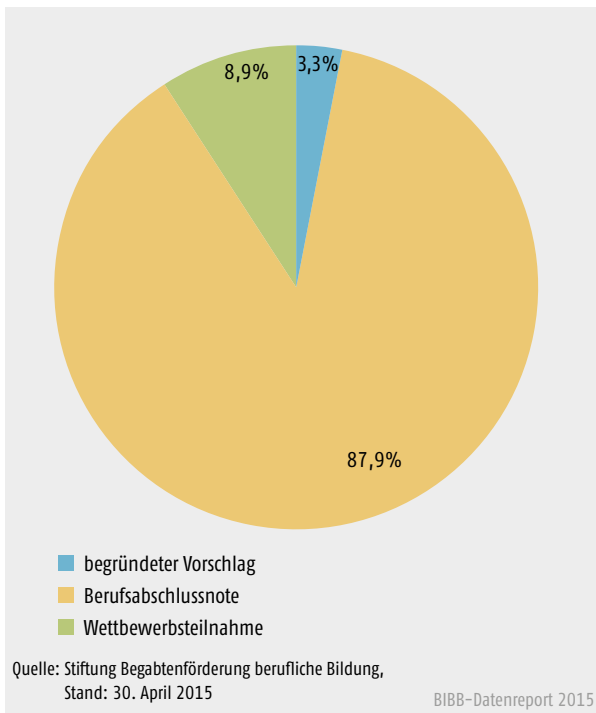


Schaubild B3.3.1-2: Zugangswege zum Stipendium 2014

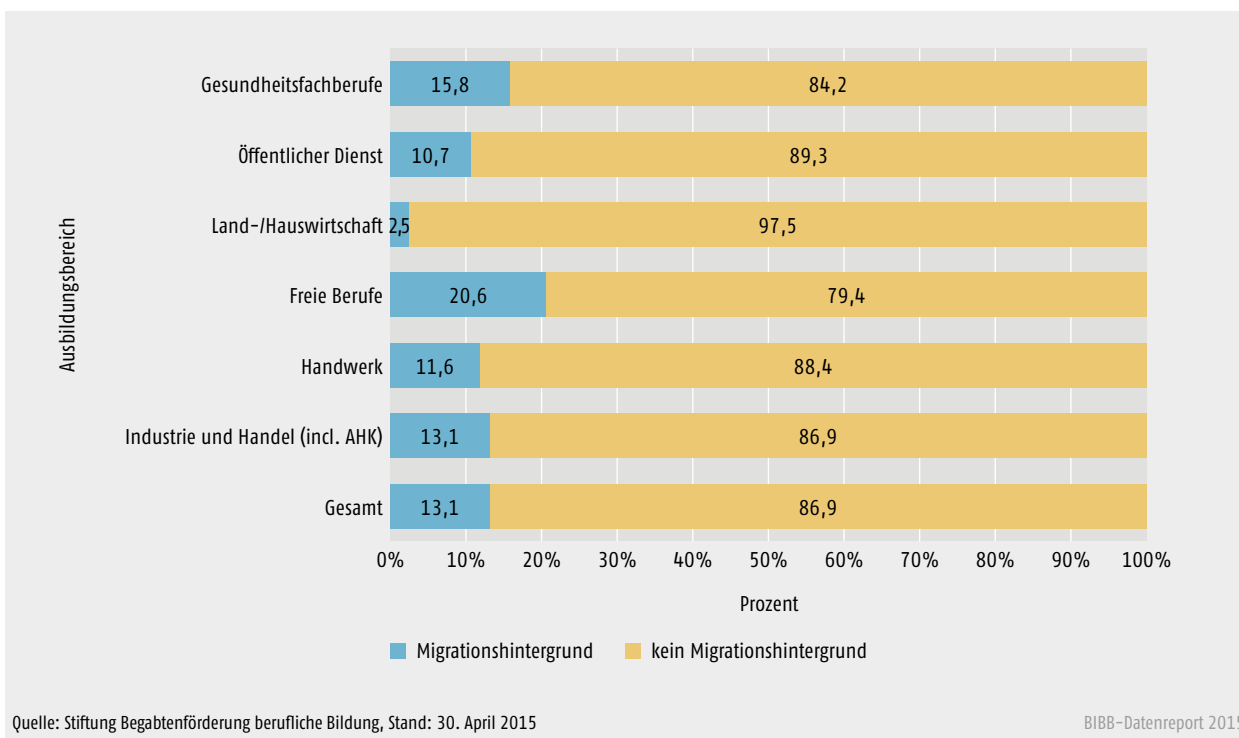


Im Jahr 1991 startete das Programm unter dem Titel „Begabtenförderung berufliche Bildung“ mit der Aufnahme von 1.713 dual ausgebildeten, besonders leistungsfähigen jungen Berufstätigen. Seither haben über 114.570 junge Menschen ein Weiterbildungsstipendium erhalten. Beteiligt sich anfangs 192 für die Berufsbildung zuständige Stellen, sind es mittlerweile fast 300 Kammern und andere zuständige Stellen. Von 1991 bis heute stellte die Bundesregierung über 377 Mio. € für das Weiterbildungsstipendium zur Verfügung. Im Jahr 2014 wurden insgesamt 5.487 Absolventinnen und Absolventen aus 272 verschiedenen Berufen in das Förderprogramm aufgenommen.

Bei der Auswahl der Neustipendiatinnen und Neustipendiaten sind die verschiedenen Berufsbereiche entsprechend ihrem Anteil an den Ausbildungsabschlüssen zu berücksichtigen. Diesem Ziel sind die am Förderprogramm beteiligten Stellen 2014 näher gekommen. Kam in der Vergangenheit gut ein Viertel der Neuaufnahmen aus dem Bereich Handwerk, hatten 2014 nur noch 22,9%

B3

Schaubild B3.3.1-3: Migrationshintergrund der Stipendiatinnen und Stipendiaten nach Ausbildungsbereichen



einen handwerklichen Beruf. Gleichzeitig stieg der Anteil der Absolventen/Absolventinnen aus dem Bereich Industrie und Handel von 51,1% auf 54,7%. Diese Verteilung entspricht in etwa dem Anteil der Ausbildungsabschlüsse aus den entsprechenden Bereichen (Handwerk ca. 21%, Industrie und Handel rund 57%). In den anderen Berufsbereichen spiegeln die Neuaufnahmen recht genau den jeweiligen Anteil an allen Absolventinnen und Absolventen einer Berufsausbildung wider → [Schaubild B3.3.1-1](#).

Fast 9 von 10 Stipendien wurden 2014 aufgrund des Ausbildungsergebnisses vergeben. 3% der Neuaufnahmen kamen über einen begründeten Vorschlag zu einem Stipendium. Die erfolgreiche Wettbewerbsteilnahme ebnete 9% der Neuaufnahmen den Weg. Berufliche Leistungswettbewerbe sind fast ausschließlich im Handwerk anzutreffen, in anderen Berufsbereichen spielen sie eine untergeordnete oder keine Rolle. Zu einem großen Teil erfüllen die Bewerbungen über diesen Zugangsweg gleichzeitig das Notenkriterium → [Schaubild B3.3.1-2](#).

13,1% der Neuaufnahmen 2014 haben ausländische Wurzeln.

In den Bereichen Land- und Hauswirtschaft sind traditionell wenige Auszubildende mit Migrationshintergrund anzutreffen. Freie Berufe dagegen gehören zu den bevorzugten Ausbildungsbereichen für Menschen mit Migrationshintergrund → [Schaubild B3.3.1-3](#).

(Bundesministerium für Bildung und Forschung)

B3.3.2 Programm Aufstiegsstipendium

Das BMBF-Förderprogramm „Aufstiegsstipendium“ schafft Studienanreize für Berufserfahrene mit oder ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung. Als einziges Begabtenförderprogramm unterstützt es sowohl berufsbegleitend Studierende als auch Vollzeitstudierende für die Dauer ihres Studiums (Regelstudienzeit). Vollzeitstudierende erhalten monatliche Zuschüsse in Höhe von 750 € sowie ggf. eine Betreuungspauschale für eigene Kinder und eine Auslandspauschale in Höhe von 200 € für die Dauer von maximal einem Studienjahr. Für einen berufsbegleitenden Studiengang werden 2.000 € pro Jahr zur Verfügung gestellt. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten erhalten die Förderung ausschließlich für ein erstes Studium an staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen. Herausragende Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums können die Weiterförderung für einen Masterabschluss beantragen. 334 Stipendiatinnen und Stipendiaten werden weitergefördert, knapp 120 haben das Masterstudium erfolgreich beendet.

Mit der Durchführung des Programms ist die SBB – Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung beauftragt. Das Aufstiegsstipendium startete im Jahr 2008. Seitdem wurden 6.845 Stipendiatinnen und Stipendiaten

aufgenommen, alleine 2014 gab es 964 Neuaufnahmen. Seit Beginn des Programms konnte insgesamt gut einem Viertel aller Bewerberinnen und Bewerber ein Stipendium zugesprochen werden.

Förderberechtigt sind besonders leistungsfähige Berufstätige, die eine abgeschlossene Berufsausbildung oder Aufstiegsfortbildung, Berufserfahrung von mindestens zwei Jahren und noch keinen Hochschulabschluss haben. Bereits Studierende müssen sich vor dem Ende des zweiten Studienseesters bewerben. Die besondere Leistungsfähigkeit in Ausbildung und Beruf kann durch die Note der Berufsabschlussprüfung oder durch die besonders erfolgreiche Teilnahme an einem überregionalen beruflichen Leistungswettbewerb oder durch einen begründeten Vorschlag des Arbeitgebers nachgewiesen werden. Jeder/Jede fünfte Bewerber/-in reicht einen Arbeitgebervorschlag ein.

Die am Aufstiegsstipendium Interessierten bewerben sich selbst und durchlaufen ein dreistufiges Auswahlverfahren. Die ersten beiden Auswahlstufen werden online am PC absolviert, in der letzten Stufe führen sie ein strukturiertes Auswahlgespräch mit Jurorinnen und Juroren aus Wirtschaft oder Wissenschaft → [Schaubild B.3.3.2-1](#).

Schaubild B3.3.2-1: **Aufnahmeverfahren Aufstiegsstipendium**

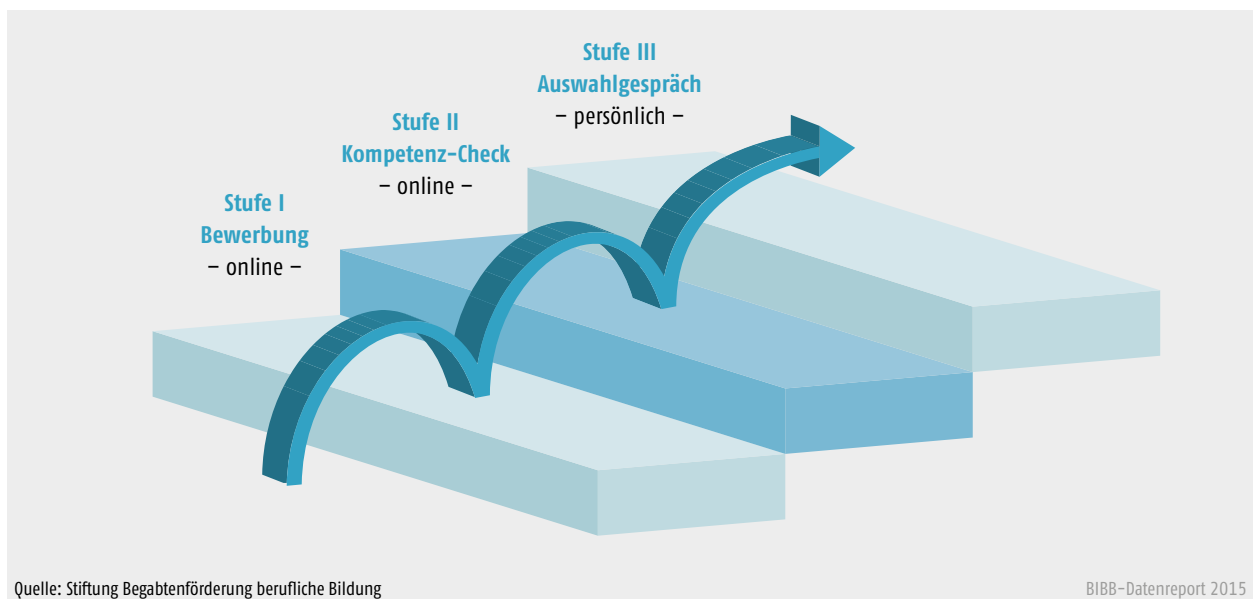
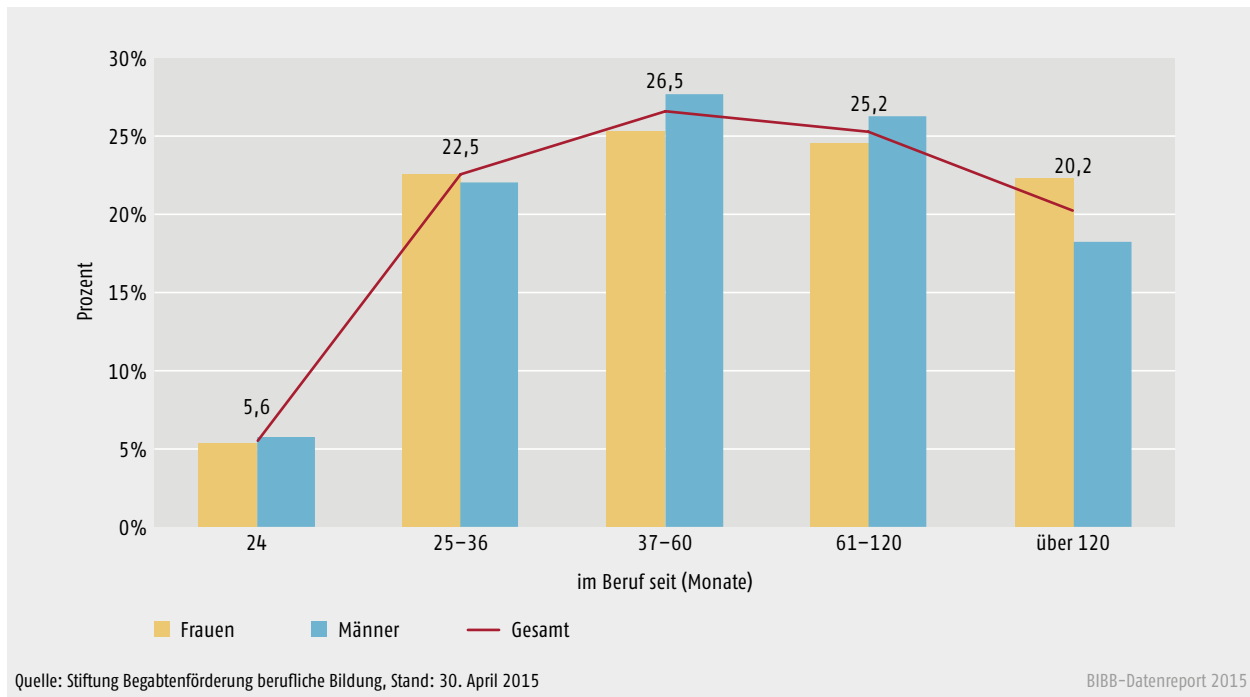


Schaubild B3.3.2-2: **Berufserfahrung zum Bewerbungszeitpunkt (n = 6.845)**

Die durchschnittliche Dauer der Berufstätigkeit vor dem Studium belegt, dass ein wichtiges bildungspolitisches Ziel des Förderprogramms erreicht wird, d. h., auch langjährig Berufstätigen ein Erststudium zu ermöglichen. Auf mehr als 3 Jahre Berufstätigkeit können fast drei Viertel aller Geförderten zurückblicken. Jede fünfte Stipendiatin und jeder sechste Stipendiat hat mehr als 10 Jahre gearbeitet → [Schaubild B3.3.2-2](#).

Die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung, ein bildungspolitisches Ziel des Programms, wird nachweislich verbessert, indem die Nachfrageseite, nämlich im Beruf stehende Qualifizierte, angeregt wird, neue Hochschulangebote und Studienformen anzunehmen (Buhr/Cleuvers 2014): gut 40% der Geförderten im Aufstiegsstipendium studieren berufsbegleitend, davon knapp zwei Drittel an privaten, staatlich anerkannten Hochschulen. Ein erklärtes Programmziel des Aufstiegsstipendiums ist es, zusätzliche Potenziale für den Arbeitsmarkt zu erschließen. Seit dem Start des Programms bis Ende 2014 konnten 2.014 beruflich Begabte das Studium erfolgreich beenden. Die durchschnittliche Studiendauer betrug 42 Monate.

(Bundesministerium für Bildung und Forschung)

B3.4 Förderung des nachträglichen Erwerbs eines Berufsabschlusses

Gering qualifizierte Personen tragen in Deutschland – auch unabhängig von ihren tatsächlichen Kompetenzen (vgl. Heisig/Solga 2015) – erhöhte Risiken auf dem Arbeitsmarkt. „Mehr als zwei Fünftel der Arbeitslosen verfügen über keine abgeschlossene Berufsausbildung – im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind es sogar mehr als die Hälfte“ (Bundesagentur für Arbeit 2014c, S. 31).

Berufsabschlüsse können nachträglich im Rahmen einer Umschulung gem. §§ 58 ff. BBiG, § 42e–42i HwO oder über die Zulassung zur Prüfung nach § 45 Abs. 2 BBiG oder § 37 Abs. 2 HwO (Externenprüfung) erworben werden. Mit **Umschulungen** werden Erwerbstätige, die ihre bisherige Tätigkeit aufgeben müssen oder wollen, auf eine neue berufliche Tätigkeit vorbereitet. Geförderte Umschulungen sind im Vergleich zur Regelausbildung im Allgemeinen um mindestens ein Drittel der Ausbildungszeit gekürzt (vgl. **Kapitel B4.1**). Mit der sogenannten **Externenprüfung** können Personen für einen Beruf, in dem sie tätig sind, ein anerkanntes Zertifikat erwerben. Die Vorbereitung auf die Abschlussprüfung kann auf unterschiedliche Art erfolgen: Die benötigten Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten können parallel zur Berufstätigkeit autodidaktisch angeeignet werden oder im Rahmen betrieblicher Weiterbildungsangebote oder in speziellen Kursen erworben werden. Maßnahmen zur Vorbereitung auf die Externenprüfung werden von der Bundesagentur für Arbeit (BA) in der Regel in einem zeitlichen Umfang von 6 Monaten gefördert.

Weil eine große Anzahl junger Erwachsener noch keine abgeschlossene Berufsausbildung hat (vgl. **Kapitel A8.3**) und die Einmündungs- und Erfolgsaussichten bei – gegenüber der normalen Ausbildungszeit verkürzten – Umschulungen gering sind, wurde Mitte der 1990er-Jahre das Konzept der abschlussorientierten **Nachqualifizierung** entwickelt. Darunter werden Weiterbildungsmaßnahmen verstanden, die auf den nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses vorbereiten und die sich insbesondere an Personen richten, deren berufliche Integration durch das Fehlen beruflicher Qualifikationen erschwert ist. Im Rahmen der abschlussorientierten Nachqualifizierung werden – wie in einer dualen Ausbildung – Arbeiten und Lernen

verknüpft. Durch den modularen Aufbau können erworbene Kompetenzen, z. B. aus Arbeitserfahrungen, absolvierten Qualifizierungen des sogenannten Übergangssystems oder abgebrochenen Ausbildungen, berücksichtigt werden. Ein Berufsabschluss kann über die sogenannte Externenprüfung erreicht werden. Nachqualifizierung, die diesem Konzept folgt, ist bisher kein Regelangebot.

Die Datenlage **E** zum nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses ist heterogen und unvollständig.

E Datenlage zu abschlussorientierten Nachqualifizierungen

Abschlussorientierte Nachqualifizierungen stellen eine nicht präzise zu quantifizierende Teilmenge der Teilnehmenden an der Externenprüfung (zzgl. Berufe nach landesrechtlichen Regelungen) und der Förderzahlen abschlussorientierter Maßnahmen der BA dar:

Die Berufsbildungsstatistik erfasst die jährliche Anzahl der externen Teilnehmenden an Abschlussprüfungen in nach BBiG und HwO geordneten Berufen (vgl. **Kapitel A4.8**). Hierbei wird danach unterschieden, ob die Zulassung aufgrund einschlägiger berufspraktischer Erfahrung oder aufgrund eines einem anerkannten Ausbildungsberuf gleichgestellten schulischen Bildungsgangs erfolgte. Daten über die Anzahl der Nachqualifizierungen liegen nicht vor.

Die Teilnahmest Statistik der BA (vgl. **Kapitel B3.1**) weist Zugänge und Jahresdurchschnittsbestände für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung mit Abschluss eines anerkannten Ausbildungsberufes aus. Darin sind Umschulungen, Vorbereitungen auf die Externenprüfung und abschlussbezogene Nachqualifizierungen zusammengefasst. Diese Daten liegen nach Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus und Rechtskreis differenziert vor.

Ansätze zur Förderung des nachträglichen Erwerbs eines Berufsabschlusses

Zurzeit stehen Qualifizierungen, die entweder direkt zu Berufsabschlüssen führen oder durch den Erwerb von Teilqualifikationen abschlussorientiert angelegt sind, im Mittelpunkt einiger Programme und Initiativen der BA:

- ▶ Grundsätzlich kann die (zum Teil abschlussbezogene) Weiterbildung gering qualifizierter (beschäftigter oder arbeitsloser) Arbeitnehmer/-innen nach § 81 SGB III gefördert werden.
- ▶ Im verstetigten BA-Programm WeGebAU (Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen) werden u. a. abschlussbezogene Maßnahmen für gering qualifizierte Beschäftigte finanziert.
- ▶ Des Weiteren fördert die BA den Erwerb von anerkannten Berufsabschlüssen bzw. Teilqualifikationen im Rahmen der Initiative zur Flankierung des Strukturwandels.
- ▶ Mit der Initiative „Erstausbildung junger Erwachsener“ vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und der BA, die im Februar 2013 gestartet wurde, wird das Ziel verfolgt, insbesondere junge Erwachsene (25- bis unter 35-Jährige) ohne Berufsabschluss für eine abschlussorientierte Qualifizierung zu gewinnen. Diese Qualifizierungen können insbesondere als betriebliche Einzelumschulungen, Lehrgänge zur Vorbereitung auf die Externenprüfung oder in den o. g. Teilqualifikationen erfolgen.

Darüber hinaus werden im Programm JOBSTARTER CONNECT, das vom BMBF gefördert wird, seit 2009 bundeseinheitliche Ausbildungsbausteine erprobt, um Teilbereiche der beruflichen Bildung – vom sogenannten Übergangsbereich bis hin zur Nachqualifizierung – effizienter und tragfähiger zu gestalten. In der Nachqualifizierung werden Feststellungsverfahren erprobt, die es ermöglichen, bereits vorhandene berufliche Handlungskompetenzen zu ermitteln und darauf aufbauend Nachqualifizierungsangebote für jene Ausbildungsbausteine zu konzipieren, für die noch keine ausreichenden Handlungskompetenzen vorliegen. Durch die Bescheinigung erworbener beruflicher Handlungskompetenz soll insbesondere die Zulassung zur externen Berufsabschlussprüfung über die Glaubhaftmachung beruflicher Handlungsfähigkeit nach § 45 Abs. 2 Satz 2 BBiG bzw. § 36 Abs. 2 Satz 2 HwO erleichtert werden.

Die Befunde der PIAAC-Studie zeigen, dass es sinnvoll ist, bei beruflichen Nachqualifizierungen ggf. Grundkompetenzen zu vermitteln. Auch eine stärkere Einbeziehung formal Geringqualifizierter in die betriebliche Weiterbildung erscheint notwendig, um ihre bisher niedrige Weiterbildungsbeteiligung zu erhöhen (vgl. Heisig/Solga 2015).

(Katrin Gutschow)

B3.5 Ausgaben der öffentlichen Hand für berufliche Weiterbildung

→ **Tabelle B3.5-1** dokumentiert die Ausgaben aus öffentlichen Haushalten für berufliche Weiterbildung von 2001 bis 2014. Die Aufwendungen für allgemeine, politische, kulturelle und wissenschaftliche Weiterbildung werden nicht dargestellt.

Der Bund beteiligt sich vor allem durch die Lebensunterhaltsförderung für Weiterbildungsteilnehmende an der Weiterbildungsfinanzierung. Hierzu gehören die Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz sowie BAföG-Leistungen für Schüler/-innen in Fachschulklassen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen. Hinzu kommen die Förderprogramme verschiedener Ministerien. Die Ausgaben für diese Programme werden in den Haushalten zu Titeln zusammengefasst. Gemäß Funktionenplan nach § 14 Bundeshaushaltsordnung (BHO) kennzeichnen die Funktionskennziffern (FKZ) 144, 152, 153 und 155 die Titel, welche in der Jahresrechnungsstatistik des Statistischen Bundesamtes (StBA) dem Bereich Weiterbildungsförderung zugerechnet werden. Einige dieser Titel stehen allerdings schwerpunktmäßig in Zusammenhang mit dem allgemeinen oder tertiären Bildungswesen bzw. enthalten auch Ausgabenpositionen, die einen stärkeren Bezug zur Förderung der beruflichen Ausbildung aufweisen (vgl. **Kapitel A7.2**). Umgekehrt gibt es Titel, die laut Funktionskennziffer eigentlich nicht den Weiterbildungsausgaben zugeordnet sind, aber dennoch eindeutig der Weiterbildungsförderung dienen. Dies betrifft etwa die speziellen Maßnahmen für Jüngere des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) im Bereich des SGB II. Daher greift → **Tabelle B3.5-1** nicht auf die Jahresrechnungsstatistik zurück, sondern weist jene Haushaltstitel aus, die verursachungsgerecht der Weiterbildung zuzurechnen sind. Haushaltstitel des Bundes (sowie die zu Ländern, Gemeinden und BA gehörigen Tabellenpositionen), die in bedeutendem Umfang auch Ausbildungsausgaben enthalten, sind durch ein Kreuz am Ende der Zeile gekennzeichnet.

Ähnlich wie der Bund sind auch die Länder durch Programme verschiedener Ministerien an der Weiterbildungsförderung beteiligt. Die beschriebene Abgrenzungsproblematik besteht auch hier. Angesichts der

Vielzahl an Länderhaushalten ist es aber praktisch kaum möglich, alle Haushaltstitel zu identifizieren, welche tatsächlich den Weiterbildungsausgaben hinzugerechnet werden sollten. Aus diesem Grund wird auf die Jahresrechnungsstatistik des StBA zurückgegriffen. Sie weist für sonstige Weiterbildungszwecke (FKZ 153) einen geplanten Beitrag der Länder in Höhe von 286 Mio. € im Jahr 2014 aus. Hinzu kommt der Beitrag von Zweckverbänden und Gemeinden in Höhe von 68 Mio. €. Förderprogramme sind dort – wie zuvor beschrieben – aber nur dann enthalten, wenn sie per Funktionskennziffer explizit dem Bereich Weiterbildung des Funktionenplans zugeordnet sind. Viele Programme mit Weiterbildungsbezug dürften aber auch zum Bereich Arbeitsmarktpolitik gezählt werden, weswegen der tatsächliche Beitrag der Länder zur Weiterbildungsförderung durch die Jahresrechnungsstatistik vermutlich unterschätzt wird. Eine BIBB-Erhebung zur Höhe der Fördermittel in Weiterbildungsprogrammen kommt zu dem Ergebnis, dass die (geplanten) Ausgaben der Länder im Jahr 2010 größenordnungsmäßig im Bereich von 0,5 Mrd. € lagen. Hierbei handelt es sich allerdings um eine sehr grobe Schätzung, die mit erheblichen Unsicherheiten belastet ist (vgl. Müller/Koscheck 2011); für die Folgejahre liegen keine Informationen vor. Über die Größe der Schnittmenge zwischen dem in der Jahresrechnungsstatistik ausgewiesenen Betrag für Weiterbildungsausgaben und der BIBB-Schätzung des Programmolumens ist keine Aussage möglich.

Weiterhin finanzieren die Länder – teilweise gemeinsam mit Gemeinden und Zweckverbänden – die Volkshochschulen (VHS) und Einrichtungen der Lehrerfortbildung. Die entsprechenden Ausgaben können ebenfalls der Jahresrechnungsstatistik entnommen werden. Da die tatsächliche Belastung der öffentlichen Haushalte dargestellt werden soll, ist bei der Nutzung der Jahresrechnungsstatistik das Konzept der Grundmittel anzuwenden. Hier werden die Nettoausgaben mit den unmittelbaren Einnahmen der öffentlichen Hand – wie etwa Teilnehmergebühren bei VHS-Kursen – verrechnet. Die Ausgaben für VHS sind jedoch anhand der Jahresrechnungsstatistik nicht nach beruflicher und nicht-beruflicher Weiterbildung differenzierbar. Näherungsweise wurde daher der Anteil des VHS-Programmbereichs „Arbeit – Beruf“ aus den Gesamtausgaben der Länder und Gemeinden für VHS sowie dem in der Volkshochschulstatistik ausgewiesenen

Anteil des Programmbereichs am Gesamtvolumen der unterrichteten Stunden geschätzt. Es sei aber darauf hingewiesen, dass auch die anderen Programmbereiche „Politik – Gesellschaft – Umwelt“, „Kultur – Gestalten“, „Gesundheit“, „Sprachen“ und „Grundbildung – Schulabschlüsse“ in weiten Teilen berufsrelevante Qualifikationen vermitteln.

Darüber hinaus sind die Länder an der Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung beteiligt (vgl. Kapitel B3.2). Ihr Anteil ist gesetzlich auf 22% festgelegt und kann aus den Angaben im Haushalt des BMBF berechnet werden, welches den gesamten Bundesanteil von 78% trägt. Der BMBF-Haushaltstitel verrechnet die Rückzahlung von Darlehen aus vergangenen Perioden mit den in der jeweiligen Periode an Geförderte ausgezahlten Mitteln. Daher gibt er keinen Aufschluss über die tatsächliche Höhe der Förderung in der jeweiligen Periode (siehe hierzu Fachserie 11 Reihe 8 des Statistischen Bundesamtes). Im Mittelpunkt dieses Beitrages steht allerdings ohnehin die tatsächliche Belastung der öffentlichen Haushalte. Nicht zu vergessen ist auch der Länderbeitrag zu den Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) für Schüler/-innen in Fachschulklassen mit abgeschlossener Berufsausbildung. Diese Förderung wird zu 100% als Zuschuss gewährt und noch bis Ende 2014 gemeinsam von Bund und Ländern getragen → Tabelle B3.5-1. Zu beachten ist, dass zurückfließende Mittel mit den BAföG-Leistungen noch nicht verrechnet sind, das Grundmittelprinzip also an dieser Stelle durchbrochen wird.

Schließlich finanzieren die Länder Fachschulen und Hochschulen. Die Ausgaben der Hochschulen für Weiterbildungszwecke sind allerdings bei den in → Tabelle B3.5-1 aufgeführten Länderausgaben nicht berücksichtigt. Eine vom BMBF geförderte Studie zur Struktur und Organisation der Weiterbildung an Hochschulen kommt zu dem Ergebnis, dass ein großer Teil der Kosten durch Teilnahmeentgelte gedeckt wird (vgl. Hanft/Knust 2007).

Zur Förderung der beruflichen Weiterbildung auf Basis des SGB III durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) (vgl. Kapitel B3.1) zählen im Wesentlichen die Kosten der Weiterbildung, das Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung sowie die Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei beruflicher Weiterbildung. Arbeitslosengeld wird

nach Auskunft der BA als „Arbeitslosengeld bei Weiterbildung“ ausgewiesen, sobald es während der Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme gewährt wird. In der Regel besteht aber ohnehin ein Anspruch auf Arbeitslosengeld aufgrund von Arbeitslosigkeit, sodass die Ausgaben nach dem Verursacherprinzip genau genommen nicht in voller Höhe als Bildungsausgaben interpretiert werden dürfen. Da sich der Anspruch auf Arbeitslosengeld wegen Arbeitslosigkeit bei Teilnahme an einer Weiterbildung um die Hälfte der Weiterbildungsdauer erhöht, dürfte der den Bildungsausgaben zuzurechnende Anteil aber bei mindestens 50% liegen. Nicht in → Tabelle B3.5-1 berücksichtigt sind die Leistungen der BA für Menschen mit Behinderung (vgl. Kapitel D1.1). Die damit verbundenen Ausgaben sind ihrem Zweck nach vermutlich größtenteils nicht als Bildungsausgaben zu interpretieren, auch wenn sie teilweise im Zusammenhang mit Weiterbildungsaktivitäten entstehen.

Aufgrund einer Verschlechterung der arbeitsmarktpolitischen Handlungsspielräume sind die Ausgaben der BA seit 2001 stark zurückgegangen, in den letzten Jahren aber einigermaßen stabil gewesen. Im Zuge der am 1. April 2012 in Kraft getretenen Instrumentenreform wurden die Voraussetzungen zur Förderung einer beruflichen Weiterbildung – wenn auch zeitlich befristet – leicht erweitert (vgl. Pressemitteilung 012/2012 der BA zur Instrumentenreform).

Neben der Aus- und Weiterbildungsförderung auf Basis des SGB III ist die BA auch für die Durchführung der durch das BMAS finanzierten Maßnahmen auf Basis des SGB II zuständig. Das Kriterium für die Förderung nach SGB II ist eine Phase der Arbeitslosigkeit, die länger als ein Jahr andauert; deshalb finden sich im Rechtskreis SGB III ähnliche berufsfördernde Bildungsmaßnahmen wie im Rechtskreis SGB II.

Die von Bundesministerien, BA und Ländern bereitgestellten Mittel werden in einigen Fällen durch EU-Mittel ergänzt. Die entsprechenden Programme werden durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert. In der Förderperiode 2014 bis 2020 stehen hierfür insgesamt ca. 7,5 Mrd. € für Bund und Länder zur Verfügung. Die geplanten Investitionen in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen (Förderschwerpunkt C) betragen dabei rund

Tabelle B3.5-1: Öffentliche Aufwendungen für die berufliche Weiterbildung

	2001	2010 ¹⁴	2011	2012	2013	2014	Aus- bildung ¹⁵
	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	
BMBF¹							
Internationaler Austausch und Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung	0,007	0,010	0,011	0,012	0,013	0,011	X
Innovationen und Strukturentwicklung der beruflichen Bildung	k.A.	0,050	0,101	0,091	0,086	0,087	X
BIBB (Betrieb und Investitionen)	0,028	0,030	0,028	0,030	0,034	0,040	X
Begabtenförderung in der beruflichen Bildung	0,014	0,035	0,039	0,042	0,044	0,046	X
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) ²	0,045	0,149	0,170	0,167	0,174	0,187	
Weiterbildung und lebenslanges Lernen	k.A.	0,048	0,060	0,077	0,060	0,044	
BAföG für Schüler in Fachschulklassen mit abgeschlossener BB ³	0,053	0,080	0,083	0,081	0,081	k.A.	
BMWi¹							
Berufliche Bildung für den Mittelstand – Fortbildungseinrichtungen ⁴	0,027	0,024	0,024	0,028	0,029	0,029	
BMAS⁵							
Förderung der beruflichen Weiterbildung im Rechtskreis SGB II ⁶	k.A.	0,827	0,645	0,572	0,558	0,558	X
Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei beruflicher Weiterbildung ungelerner und von Arbeitslosigkeit bedrohter Arbeitnehmer (AEZ-WB)	k.A.	0,001	0,001	0,000	0,000	0,001	X
Länder⁶							
Fachschulen ⁷	0,566	0,608	0,636	0,675	0,688	0,695	X
BAföG für Schüler in Fachschulklassen mit abgeschlossener BB ³	0,029	0,043	0,045	0,044	0,044	k.A.	
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) ²	0,013	0,051	0,048	0,047	0,049	0,053	
Volkshochschulen (FKZ 152), Programmbereich „Arbeit und Beruf“ ⁸	0,038	0,021	0,021	0,019	0,018	k.A.	
Sonstige Weiterbildung (FKZ 153) ⁹	0,432	0,271	0,286	0,256	0,256	0,286	X
Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte (FKZ 155)	0,130	0,091	0,105	0,116	0,114	0,130	
Weiterbildungsprogramme der Länder ⁹	k.A.	ca. 0.5	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
Gemeinden und Zweckverbände⁶							
Volkshochschulen (FKZ 152), Programmbereich „Arbeit und Beruf“ ⁸	0,050	0,029	0,028	0,026	0,024	k.A.	
Sonstige Weiterbildung (FKZ 153) ⁹	0,053	0,062	0,062	0,063	0,065	0,068	X
Bundesagentur für Arbeit⁵							
Berufliche Weiterbildung ¹⁰		0,958	0,824	0,674	0,857	1,023	
Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei der beruflichen Weiterbildung Beschäftigter ¹⁰	6,982	0,106	0,073	0,066	0,077		
Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung ¹¹		0,962	0,877	0,771	0,935	1,034	
Förderung von Jugendwohnheimen ¹²	0,044	–	–	–	0,001	0,001	X
Aus Mitteln des ESF mitfinanzierte ergänzende Qualifizierungsangebote bei Bezug von Kurzarbeitergeld, Saison-Kurzarbeitergeld oder Transferkurzarbeitergeld ¹³	–	0,043	0,011	0,004	0,003	0,003	

¹ Ist-Werte gemäß Haushaltsrechnungen des Bundes. Haushaltsansätze für 2014.

² Die ausgewiesenen Werte geben keinen Aufschluss über die in der jeweiligen Periode tatsächlich an Geförderte ausgezahlten Mittel, vgl. Anmerkung im Text.

³ Förderung für Schüler in Fachschulklassen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen. Ist-Werte für alle angegebenen Kalenderjahre gemäß BAföG-Statistik des Statistischen Bundesamtes ohne Verrechnung von Darlehensrückzahlungen. Die Angaben wurden zu 65% dem Bund und zu 35% den Ländern zugerechnet. Bis zum Datenreport 2012 nicht berücksichtigt.

⁴ Bis zum Jahr 2011 wurden diese Ausgaben unter dem Haushaltstitel „Förderung überbetrieblicher Fortbildungseinrichtungen“ geführt. Erfasst ist die Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten mit Schwerpunktsetzung auf Fort- und Weiterbildungsaktivitäten.

⁵ Ist-Ausgaben für das jeweilige Haushaltsjahr.

⁶ Ist-Werte für 2001, 2010 und 2011. Vorläufige Ist-Werte für 2012 und 2013. Soll-Werte für 2014.

⁷ Grundlage für die Schätzung der Ausgaben in den Kalenderjahren 2001 und 2010 bis 2013: Zahl der unterrichteten Stunden je Schularat in den im jeweiligen Kalenderjahr endenden und beginnenden Schuljahren sowie Ausgaben für die beruflichen Schulen. Grundlage der Schätzung für das Jahr 2014: Zahl der unterrichteten Stunden je Schularat im Schuljahr 2013/2014 sowie Ausgaben für die beruflichen Schulen im Kalenderjahr 2014. Bis zum Datenreport 2014 erfolgte die Schätzung auf Basis von Schülertagen. Ab sofort werden jedoch auch rückwirkend nur noch die auf Basis von Unterrichtsstunden geschätzten Werte ausgewiesen.

⁸ Geschätzt mithilfe der öffentlichen Ausgaben für Volkshochschulen laut Statistischem Bundesamt sowie dem anteiligen Unterrichtsvolumen im Programmbereich „Arbeit – Beruf“ laut VHS-Statistik (2006: 15,7%, 2007: 15,5%, 2008: 14,9%, 2009: 14,9%, 2010: 15,0%, 2011: 13,9%, 2012: 12,5%, 2013: 11,3%).

⁹ Die Funktion 153 fasst die ehemaligen Funktionen 151 (Förderung der Weiterbildung) und 153 (Andere Einrichtungen der Weiterbildung) zusammen. Der in der Jahresrechnungsstatistik unter Funktion 153 geführte Betrag weist unter Umständen eine in ihrer Höhe unbekannte Schnittmenge mit der BIBB-Schätzung des Mittelvolumens in Weiterbildungsprogrammen der Länder auf, vgl. Anmerkungen im Text. Darüber hinaus sind in der Position Ausgaben für allgemeine und politische Weiterbildung enthalten.

¹⁰ Diese Position fasst ab dem Jahr 2014 Ausgaben der BA zur Förderung beruflicher Weiterbildung (FbW) sowie die Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei der beruflichen Weiterbildung Beschäftigter (AEZ-WB) zusammen. Enthält u. a. auch Ausgaben zur „Flankierung des Strukturwandels (IFlaS)“ und „Qualifizierung Beschäftigter (WeGebAU)“. Aufgrund von Änderungen in der Ausgabenaggregation werden FbW und AEZ-WB nicht mehr separat ausgewiesen.

¹¹ Siehe Anmerkungen im Text.

¹² Die institutionelle Förderung im Bereich der Aus- und Weiterbildung wurde 2009 abgeschafft. Seit April 2012 können jedoch wieder Leistungen für den Aufbau, die Erweiterung, den Umbau und die Ausstattung von Jugendwohnheimen erbracht werden.

¹³ Gefördert werden gering qualifizierte Arbeitnehmer, die keine berufliche Ausbildung vorweisen können oder seit mindestens 4 Jahren anstatt der gelernten Tätigkeit einer anderen an- oder ungelerten Tätigkeit nachgehen.

¹⁴ Für Angaben zu den Jahren 2006 bis 2009 siehe Datenreporte 2012 und 2013.

¹⁵ Positionen, die in signifikantem Umfang auch Ausgaben für die berufliche Erstausbildung enthalten, sind mit einem Kreuz gekennzeichnet.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Bundeshaushaltspläne
 Bundesministerium der Finanzen, Haushaltsrechnung des Bundes
 Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2 – Berufliche Schulen
 Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.1 – Rechnungserg GesamtHH
 Bundesagentur für Arbeit, Quartalsberichte
 Bundesagentur für Arbeit, Monatliche Abrechnungsergebnisse (SGB II und SGB III)
 Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Volkshochschulstatistik
 Auskünfte des Statistischen Bundesamtes (Dezember 2014) und der Bundesagentur für Arbeit (November 2014)

2,4 Mrd. €. ²⁶⁸ Die jährlich der Aus- und Weiterbildung zugutekommenden ESF-Mittel dürften sich somit maximal auf 0,3 bis 0,4 Mrd. € belaufen. Der Rückgang im Vergleich zur Vorperiode hängt mit dem allgemeinen Rückgang der deutschen EU-Strukturmittel zusammen und impliziert nicht, dass Aus- und Weiterbildungsinvestitionen in der aktuellen Förderperiode geringeres Gewicht zukommt. Die ESF-Mittel für Weiterbildung sind nicht gesondert in → [Tabelle B3.5-1](#) aufgeführt, da sie zumindest teilweise bereits in den dort aufgeführten Haushaltstiteln der Ministerien berücksichtigt sind. Denn nicht alle Ministerien weisen die verwendeten ESF-Mittel separat aus. Eine Aussage darüber, wie stark sich der Finanzierungsbeitrag der öffentlichen Hand durch ESF-Zuschüsse im Vergleich zu den Angaben in der Tabelle noch erhöht, ist daher nicht ohne Weiteres möglich.

(Normann Müller)

268 A: Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte; B: Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung; C: Investitionen in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen; D: Verbesserung der institutionellen Kapazitäten von öffentlichen Behörden und Interessenträgern und der effizienten öffentlichen Verwaltung.

B3.6 Tarifvertraglich geregelte Finanzierung der beruflichen Weiterbildung

Neue Überlegungen zur finanziellen Förderung der Weiterbildung gehörten im Jahr 2015 mit zum Themenkatalog, den die Tarifparteien der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg verhandelten. Analog zu tariflichen Altersteilzeitvereinbarungen (ATZ) regelt der am 24. Februar 2015 geschlossene Tarifvertrag zum Thema Weiterbildung u. a.: „Vereinbaren die Betriebsparteien, dass ein Teil des ATZ-Volumens für Bildungsteilzeit verwendet wird, werden persönliche Weiterbildungsmaßnahmen analog zum ATZ-Modell mit den entsprechenden monatlichen Aufstockungsbeträgen gefördert. Beschäftigte können so in Weiterbildungen während der Dauer der Bildungsteilzeit zwischen 75 und 79 Prozent ihres Nettoeinkommens erhalten. Die Betriebsparteien können davon abweichende Modelle vereinbaren.“²⁶⁹

Diese Regelung ist insofern bemerkenswert, als die Tarifparteien sich im Normalfall auf „Kostenregelungen mit drei Abstufungen“ (Heidemann/Busse 2015, S. 90) einigen: „Betrieblich notwendige“ Bildungsmaßnahmen finden während der Arbeitszeit statt. Die Kosten trägt der Arbeitgeber. Ebenso trägt der Arbeitgeber für „betrieblich zweckmäßige“ Weiterbildung die Kosten, jedoch müssen die Beschäftigten hier auch Freizeitanteile einbringen. Bei „persönlicher beruflicher Weiterbildung“ ist es mit Zustimmung des Arbeitgebers möglich, sich ohne Lohnfortzahlung freistellen zu lassen, die Maßnahmekosten müssen die Beschäftigten selbst tragen“ (Heidemann/Busse 2015, S. 90). Unberührt hiervon sind die Regelungen zur bezahlten Freistellung in den Bildungsurlaubsgesetzen der Bundesländer. Durch den neuen Tarifvertrag können Mittel, die für die Altersteilzeitregelung nicht abgerufen bzw. zurückgehalten wurden, zur Finanzierung einer Bildungsteilzeit genutzt werden. Für Beschäftigte, die ihre Arbeitszeit auf die Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit reduziert haben, um an einer „persönlichen beruflichen Weiterbildung“ teilzunehmen, wäre dann der Einkommensverlust auf maximal 25% des Nettoeinkommens beschränkt. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Bildungsteilzeit ist, dass die für die Altersteilzeit bereitstehenden Mittel nicht ausgeschöpft

wurden und der Arbeitgeber mit der Umwidmung dieser Mittel für Bildungsteilzeit einverstanden ist.

Auch wenn mit diesem Tarifabschluss wiederum keine verbindlichen Weiterbildungsansprüche vereinbart wurden, trug die Tarifrunde in der Elektro- und Metallindustrie dazu bei, dass Weiterbildung und Weiterbildungsfinanzierung in einem tarifpolitisch bedeutenden Tarifbereich thematisiert und über eine tarifliche Regelung die Möglichkeit für ein neues Konzept der Weiterbildungsfinanzierung eröffnet wurde.

Tarifliche Regelungen zur Weiterbildung im Betrieb

Insgesamt hat die Zahl der Tarifverträge mit Qualifizierungsregelungen im Laufe der 2000er-Jahre deutlich zugenommen. Bahn Müller (2015) schätzt, dass mittlerweile für ein Viertel aller Arbeitnehmer/-innen tarifliche Qualifizierungsregelungen bestehen. In der Mehrzahl regeln sie die Ermittlung des betrieblichen Weiterbildungsbedarfs und Ansprüche der Beschäftigten auf Qualifizierungsgespräche. Nur selten beinhalten sie verbindliche und zeitlich quantifizierbare Ansprüche der Beschäftigten auf Weiterbildung, die dann jedoch auf einzelne Berufsgruppen wie Vorarbeiter im Gerüstbaugewerbe oder in der Textil- und Bekleidungsindustrie auf einen Belegschaftsanteil von 2% begrenzt sind (Bahn Müller 2015). Bahn Müller verweist auf eine weitere Ausnahme, bei der für die Erziehungsberufe im öffentlichen Dienst ein Anspruch auf fünf Tage Weiterbildung pro Jahr geregelt wurde. Im Gegenzug setzten sich die Arbeitgeber mit ihrer Forderung nach Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit durch.

Ein weiterer zentraler Regelungsgegenstand ist die Weiterbildungsfinanzierung. Dabei tragen die Arbeitgeber grundsätzlich die Kosten für betrieblich notwendige oder zweckmäßige Qualifizierungsmaßnahmen. Je nach Art der Qualifizierungsmaßnahme kann jedoch auch ein Eigenbeitrag der Beschäftigten vereinbart werden. In den Tarifvereinbarungen der chemischen Industrie oder des öffentlichen Dienstes werden die Betriebsparteien aufgefordert, hierbei „die Grundsätze einer fairen Kostenverteilung unter Berücksichtigung des betrieblichen und individuellen Nutzens“ zu wahren. Die Mehrzahl der tariflichen Qualifizierungsvereinbarungen schreibt eine einzelbetriebliche Finanzierung der Weiterbildung fest. Nur weni-

269 IG Metall, Pressemitteilung 24/2015.

ge Tarifverträge beteiligen alle Betriebe des Tarifbereichs über ein Fondssystem an der Weiterbildungsfinanzierung und begreifen damit die Qualifizierung von Fachkräften nicht mehr als einzelbetriebliches Problem, sondern als Herausforderung für die gesamte Branche (Berger/Moraal 2012).

Tariffonds zur Weiterbildungsfinanzierung

Der zentrale Ansatz eines tariflichen Branchenfonds zur Finanzierung betrieblicher Weiterbildung beruht auf der Entkopplung der betrieblichen Weiterbildungsentscheidung von der betrieblichen Weiterbildungsfinanzierung. So zahlen alle Betriebe, die einem solchen Tarifvertrag unterliegen, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Brutto-lohnsumme oder einen festen Beitrag pro Beschäftigten in einen meist von beiden Tarifparteien paritätisch verwalteten Fonds ein. Aus diesem Fonds können Betriebe, die in die Weiterbildung ihrer Beschäftigten investieren, ihre Kosten refinanzieren.

Bahn Müller (2009) hebt drei Vorteile der tariflichen Fondsfinanzierung hervor. So ermöglichen Tariffonds eine Weiterbildungsfinanzierung unabhängig von konjunkturellen Schwankungen und der aktuellen wirtschaftlichen Lage eines Betriebes, wenngleich die Beitragszahlung an die Beschäftigtenzahlen in der jeweiligen Branche gekoppelt ist und die Höhe der zur Verfügung stehenden Fondsmittel somit auch von der aktuellen Wirtschaftslage abhängig ist. Durch die paritätische Beteiligung von Arbeitgebern und Gewerkschaften orientieren sich Finanzierungsentscheidungen weniger an betrieblichen Einzelinteressen, sondern mehr am Bedarf der gesamten Branche. In eher klein- und mittelbetrieblich geprägten Branchen entlasten Tariffonds gerade kleinere Einzelbetriebe nicht nur finanziell, sondern auch bei der Organisation von Weiterbildungsmaßnahmen. Darüber hinaus wird der Vorteil von Weiterbildungsfonds darin gesehen, dass mit einer überbetrieblichen umlagegestützten Finanzierung einer Unterinvestition in Weiterbildung entgegengesteuert werden kann (Bosch 2010).

Tariffonds beruhen auf „Kompensationstarifverträgen“ in eher kleinen Branchen

Trotz der hier genannten Vorteile haben tarifliche Fondslösungen auch bei den Gewerkschaften keine uneingeschränkte tarifpolitische Priorität (Zitzelsberger

2015, S. 105), zumal die Arbeitgeberverbände einer Fondslösung zur Weiterbildungsfinanzierung oft erst dann zustimmen, wenn die Gewerkschaften ihrerseits auf andere Forderungen verzichten. Insofern handelt es sich bei Qualifizierungstarifverträgen immer um sogenannte „Kompensationstarifverträge“, da der Finanzierungsbeitrag der Arbeitgeber meist durch Verzicht der Arbeitnehmer/-innen kompensiert wird. Beim Tariffonds der Textil- und Bekleidungsindustrie nahmen diese z. B. eine geringere Steigerung ihres Urlaubsgeldes in Kauf. Auch bei dem erstmals für Leiharbeiter/-innen vereinbarten Qualifizierungstarifvertrag werden zwar die Weiterbildungskosten über den Tariffonds bzw. vom Arbeitgeber getragen. Den Zeitaufwand für die Weiterbildung bestreiten alleine die Leiharbeiter/-innen über die auf einem Arbeitszeitkonto angesammelten Mehrarbeitszeiten.

Bisher einigten sich die Tarifparteien vorrangig kleinerer Branchen mit meist klein- und mittelbetrieblicher Struktur auf die Einrichtung eines überbetrieblichen Tariffonds zur Weiterbildungsfinanzierung. Entsprechend liegt die Zahl der Beschäftigten, die insgesamt in den Geltungsbereich eines Tariffonds fallen, bei rd. 100.000. Wie schon im Vorjahr wurde die betriebliche Weiterbildung in der Miederindustrie auch im Jahr 2014 bei mehr als einem Drittel (35%) der gut 1.700 Beschäftigten mit durchschnittlich gut 1.800 € pro Teilnahme über den Tariffonds finanziert. In der Textil- und Bekleidungsindustrie mit rd. 51.000 Beschäftigten war die Inanspruchnahme des Tariffonds jeweils auf 2% der Belegschaft begrenzt. Diese 2% schöpften die Beschäftigten jedoch voll aus. Die fondsfinanzierte Weiterbildungsförderung betrug in der Textil- und Bekleidungsindustrie durchschnittlich 383 € pro Teilnehmer. Damit stiegen die fondsfinanzierten Weiterbildungsteilnahmen in der Textil- und Bekleidungsindustrie gegenüber den Vorjahren 2011 bis 2013 leicht an. Im Gerüstbaugewerbe lag der Anteil der Beschäftigten, deren Weiterbildung über die Sozialkasse im Zeitraum 2010 bis 2013 finanziert wurde, bei 1,5% der im Jahresdurchschnitt rd. 21.200 beschäftigten Arbeitnehmer. Hierbei wurden schätzungsweise durchschnittlich 6.000 € z. B. für eine Fortbildung zum Geprüften Gerüstbau-Kolonnenführer oder Gerüstbau-Fachmonteur aus der Sozialkasse erstattet.

Das derzeit von tariflichen Weiterbildungsfonds verwaltete Mittelvolumen lässt sich nicht genau beziffern, da es nicht immer ausschließlich für Weiterbildung, sondern

auch für Ausbildung, Altersvorsorge und Gesundheitsförderung der Arbeitnehmer/-innen verwendet wird. Schätzungsweise standen im Kalenderjahr 2012 bzw. 2013 für die Finanzierung der beruflichen Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern tarifliche Fondsmittel in Höhe von jeweils ca. 4,9 Mio. € zur Verfügung. Hiervon wurden in den betreffenden Branchen rund 3,9 Mio. € zur Finanzierung der Weiterbildungsteilnahme der Beschäftigten ausgezahlt.

Tarifliche Fonds zur Finanzierung der Weiterbildungsteilnahme bestehen derzeit in den folgenden Branchen:

Textil- und Bekleidungsindustrie

Im Wirtschaftsbereich Textil und Bekleidung haben sich die Tarifparteien von drei kleinen Branchen auf überbetriebliche Fondslösungen zur Weiterbildungsfinanzierung geeinigt. Zu Beginn des Jahres 2012 trat die neu verhandelte Tarifvereinbarung zur überbetrieblichen Fondsfiananzierung der Weiterbildung in der *Miederindustrie* in Kraft. Erstmals wurde dieser Tariffonds im Jahr 1963 ausgehandelt und seitdem immer wieder verlängert. In der aktuellen Vereinbarung verpflichten sich die Arbeitgeber, 3,4% der Bruttolohn- und Gehaltssumme in einen Fonds zur Altersversorgung, Bildung und Gesundheitsförderung der Arbeitnehmer/-innen einzuzahlen.

In der *Branche Textil Service* trat im Jahr 2009 ein Tarifvertrag in Kraft, bei dem der Industrieverband Textil Service – intex – e.V. und die IG Metall übereinkamen, „die Aus-, Fort-, Weiterbildung, präventiven Gesundheitsschutz sowie die Altersversorgung der Beschäftigten zu fördern“. Die intex-Mitgliedsbetriebe verpflichten sich zu diesem Zweck, jährlich 35 € je Beschäftigten an einen Verein zur Verwaltung des Tariffonds abzuführen.

Im Jahr 1997 vereinbarten die Tarifparteien der *Textil- und der Bekleidungsindustrie* den Tarifvertrag zur Förderung von Aus-, Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten in diesem Industriezweig. Zentrale Elemente dieses Tarifvertrags waren die Regelung eines individuellen Weiterbildungsanspruchs für die Beschäftigten bei gleichzeitiger Begrenzung des jährlichen Anspruchs auf maximal 2% der Belegschaft und die Einführung eines paritätisch verwalteten Bildungsfonds. Die Fondsmittel stehen jeweils zur Hälfte für arbeitgeberseitig und für arbeitnehmerseitig veranlasste Weiterbildung zur Verfügung.

Land- und Forstwirtschaft

Die Entstehungsgeschichte der tariflichen Qualifizierungsfonds in der Land- und Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hessen reicht zurück in die unmittelbare Nachwendezeit auf dem Gebiet der früheren DDR (Koch 2013). Die Mitgliedsverbände des Gesamtverbandes der Deutschen Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände e.V. und der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft schlossen im Jahr 1991 den „Tarifvertrag zur Qualifizierung der Arbeitnehmer aus der Land- und Forstwirtschaft und über Maßnahmen zur Erschließung und Sicherung wettbewerbsfähiger Voll- oder Teilzeitarbeitsplätze der Land- und Forstwirtschaft“ und verpflichteten sich, einen „Qualifizierungsfonds Land- und Forstwirtschaft e. V.“ (QLF) als gemeinsame Einrichtung zu gründen. In der ersten Hälfte der 1990er-Jahre wurden in Ostdeutschland über diesen Fonds pro Jahr ca. 5.000 bis 7.000 der vom radikalen Strukturwandel betroffenen Arbeitnehmer/-innen aus der Land- und Forstwirtschaft in Beschäftigungsgesellschaften für neue Tätigkeiten am ersten Arbeitsmarkt qualifiziert bzw. umgeschult. Die Besonderheit dieses Fonds bestand darin, dass über ihn Qualifizierungsmaßnahmen gefördert wurden, die sich auch an ehemalige Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft richteten, die eine Wiederaufnahme der land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeit anstrebten. Im Jahr 2001 wurde der operative Betrieb des Qualifizierungsfonds der Land- und Forstwirtschaft e.V. (QLF) eingestellt und der Tariffonds mit Datum vom 10. November 2006 schließlich liquidiert. Die Modalitäten des eingestellten Qualifizierungsfonds waren im Jahr 2001 jedoch Vorbild für die Errichtung von tarifvertraglich geregelten Qualifizierungsfonds der Land- und Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein und Hessen. Ähnlich einigten sich auch die Tarifparteien der Forstwirtschaft in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt im Jahr 2001 auf eine gemeinsame Qualifizierungsregelung mit Fondslösung. Kurz darauf zog sich die Arbeitsgemeinschaft forstlicher Lohnunternehmen Sachsen-Anhalt jedoch aus diesem Qualifizierungstarifvertrag zurück. Mit dem Änderungstarifvertrag vom 1. Januar 2002 besteht der tarifliche Qualifizierungsfonds nur noch für die Forstwirtschaft Niedersachsen.

Gerüstbaugewerbe

Der finanziell bedeutendste Tariffonds mit langer Tradition ist die *Sozialkasse im Gerüstbaugewerbe* (Berger/Häusele/Moraal 2012). Die Tarifvertragsparteien des

Tabelle B3.6-1: Beispiele für tarifliche Branchenfonds zur Weiterbildungsfinanzierung für das Jahr 2014

	Textilbranche				Gerüstbaugewerbe
	Tarifvertrag zur Förderung von Aus-, Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten der Textilindustrie und der Bekleidungsindustrie ¹		Tarifvertrag zur Sicherung und Förderung der Beschäftigung, der Wettbewerbsfähigkeit und zur tarifpolitischen Zusammenarbeit in der Branche Textil Service ³	Tarifvereinbarung über die Errichtung eines Vereins und einer Stiftung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Niederindustrie ³	Sozialkasse des Gerüstbaugewerbes (Angaben für 2013)
	Arbeitgeberseitig ²	Arbeitnehmerseitig ³			
Anzahl der tarifgebundenen Betriebe	339		11	3	2.900
Anzahl der Arbeitnehmer im Tarifbereich	50.995		12.000	1.716	21.217 ⁴
Beitragseinnahmen in €	308.750	308.750	k.A.	k.A.	119,94 Mio. ⁵
Tarifliche Beitragsregelung	12,50 € p. a. je Vollzeit-Mitarbeiter Für Teilzeit-MA 6,25 € bzw. anteilig nach Arbeitszeit		35 € je Beschäftigten/Jahr	3,4% der jährlichen Bruttolohn- und Gehaltssumme	2,5% der Bruttolohnsumme für Aus- und Weiterbildung
Weiterbildungsbudget 2014 gesamt in € (inkl. Mittel aus Vorjahren)	520.850	k.A.	715.807	1.100.000 €	-
Genutzte Mittel in €	385.300	k.A.	368.476	1.100.000 €	1.915.500 € ⁶
Anzahl der Betriebe, die Fondsmittel beansprucht haben	127	Nicht registriert	9	3	184
Anzahl der Arbeitnehmer, die den Fonds beansprucht haben	1.007	394	446	604	324

¹ Auskunft: Verein zur Aus-, Fort- und Weiterbildung Aschaffenburg.

² Zeitraum: 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2014.

³ Auskunft: Stiftung zur Förderung von Bildung, Erholung und Gesundheitshilfe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Kritische Akademie Inzell.

⁴ Gewerbliche Beschäftigte im Jahresdurchschnitt.

⁵ Gesamtbeitragseinnahmen zur Finanzierung tariflicher Leistungen inkl. Berufsbildung.

⁶ Keine explizite Trennung des Budgets für die Aus- und die Weiterbildung.

Quelle: Verein zur Aus-, Fort- und Weiterbildung Aschaffenburg, Stiftung zur Förderung von Bildung, Erholung und Gesundheitshilfe von Arbeitnehmern Kritische Akademie Inzell

BIBB-Datenreport 2015

Gerüstbaugewerbes vereinbarten dieses tarifliche Fondsmodell im Jahr 1981. Aus dieser Sozialkasse werden die tarifvertraglich geregelten Sozialleistungen einschließlich der Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung finanziert. Förderfähig sind nach Tarifvertrag dieser Branche nur die Fortbildungslehrgänge zum geprüften Gerüstbau-Kolonnenführer, zur Vorbereitung auf die Ausbildereignungsprüfung und zur Abschlussprüfung Gerüstbauer/Gerüstbauerin gemäß § 45 Abs. 2 Berufsbildungsgesetz. Die Teilnahmen an diesen Lehrgängen wurden in den Jahren 2011 bis 2013²⁷⁰ mit jährlich 1,9 Mio. € aus der Sozialkasse bezuschusst.

Feinstblechpackungsindustrie

Die Einrichtung von Weiterbildungsfonds wurde auch in der Feinstblechpackungsindustrie im Jahr 2002/2004 mit dem Qualifizierungstarifvertrag vereinbart. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um einen überbetrieblichen Qualifizierungsfonds, vielmehr verpflichtet der Tarifvertrag die Mitgliedsbetriebe, einen Fonds „auf betrieblicher Ebene“ einzurichten. Vereinbart wurde, dass in diesen jeweils vom Arbeitgeber und Betriebsrat gemeinsam verwalteten Qualifizierungsfonds „1,3645% der jährlichen Entgeltssumme (...) der unter den persönlichen Geltungsbereich fallenden Beschäftigten“ abgeführt werden. Direkte Weiterbildungskosten wie z. B. Lehrgangskosten werden über diesen Fonds erstattet, während der Arbeitgeber alle „indirekten oder Folgekosten“, z. B. Vertretungskosten, trägt.

²⁷⁰ Die Angaben der Sozialkasse für das Gerüstbaugewerbe aus dem Jahr 2014 liegen noch nicht vor.

Weiterbildungsfonds Zeitarbeit

Eine weitere Ausnahme stellt die tarifliche Fondsregelung zur Finanzierung beruflicher Weiterbildung von Leiharbeitern dar, die zwischen der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und dem Zeitarbeitsunternehmen Technicum GmbH (Tochter der USG People Germany) im Dezember 2011 vereinbart wurde (BIBB-Datenreprot 2013, Kapitel B3.6). Seit Oktober 2013 fließen monatlich 0,8% der Bruttolohnsumme des Mitgliedsunternehmens Technicum in diesen Fonds ein. Der Tarifvertrag legt weiter fest, dass „zusätzliche Mittel für den ‚Weiterbildungsfonds Zeitarbeit‘ (...) auf freiwilliger Basis durch die Entleihkunden der Zeitarbeitsunternehmen erbracht werden“ können. Den Zeitaufwand für die Weiterbildung müssen die Leiharbeiter/-innen allerdings „durch Abbau von Zeitguthaben aus dem Arbeitszeitkonto“ bestreiten. Im Frühjahr 2014 waren erste fondsfinanzierte Qualifizierungsmaßnahmen für Leiharbeitnehmer/-innen geplant.

Die für Weiterbildung zur Verfügung stehenden Fondsmittel werden oft nur zum Teil ausgeschöpft. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Tariffonds weder im Gerüstbaugewerbe noch in den Textilbranchen ausschließlich auf die alleinige Weiterbildungsfinanzierung fokussiert sind. Sie dienen teilweise ebenso der Ausbildungsfinanzierung wie auch der Förderung anderer tariflich festgelegter Sozialleistungen. In diesem Zusammenhang ist auch der im Jahr 2008 in der chemischen Industrie aufgelegte Demografiefonds zu erwähnen. Er dient in erster Linie der Schaffung alters- und leistungsgerechter Arbeitsbedingungen und flexibler Übergänge in den Ruhestand. In der Verbindung mit Langzeitkonten ist allerdings auch hier eine Fondsnutzung für Qualifizierungszwecke nicht ausgeschlossen. Das Beispiel des Demografietarifvertrags in der chemischen Industrie zeigt, dass derartige tarifliche Fondsmodelle zur Berufsbildungsfinanzierung nicht auf kleine Branchen begrenzt bleiben müssen. Dies verdeutlicht auch ein Blick in die Niederlande. Im Jahr 2007 wurden hier 140 Aus- und Weiterbildungsfonds (O&O Fonds) in 116 Wirtschaftszweigen gezählt. 86% der 6,9 Mio. Arbeitnehmer/-innen in den Niederlanden fielen dabei in den Geltungsbereich dieser O&O Fonds (Donker van Heel et al. 2008, S. 10).

(Klaus Berger)

B3.7 Programm Bildungsprämie

Im Rahmen des Programms Bildungsprämie wird seit dem 1. Dezember 2008 die Beteiligung Erwerbstätiger mit niedrigem und mittlerem Einkommen an individueller beruflicher Weiterbildung unterstützt. Die Bildungsprämie wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) der Europäischen Union gefördert.

Seit dem 1. Juli 2014 befindet sich das Programm in der 3. Förderphase. Neu ist in der aktuellen Phase, dass die Gutscheineempfängerinnen und -empfänger das 25. Lebensjahr vollendet haben müssen und die geförderte Weiterbildungsmaßnahme maximal 1.000 € kosten darf. Insgesamt wurden bisher rund 275.000 Prämiegutscheine und 28.000 Spargutscheine ausgegeben. Den Erfahrungen der beiden vorangegangenen Förderperioden nach werden knapp 80% der Prämiegutscheine auch eingelöst.

Tabelle B3.7-1: Programm Bildungsprämie – Kernindikatoren im Zeitverlauf (relative Anteile in %)

	1. Förderphase (12/2008–11/2011)	2. Förderphase (12/2012–06/2014)	3. Förderphase (07/2014–12/2017) Stand: 28.02.2015
Geschlecht			
männlich	26	25	24
weiblich	74	75	76
Alter			
unter 25	12	11	entfällt
25 bis unter 35	32	33	36
35 bis unter 45	30	27	28
45 bis unter 55	22	23	28
55 und älter	4	5	8
Bildung			
ISCED 1 & 2	3	3	3
ISCED 3 & 4	66	64	65
ISCED 5 & 6	31	33	13
ISCED 7 & 8	entfällt	entfällt	19
Migrationshintergrund			
ohne Migrationshintergrund	85	82	82
mit Migrationshintergrund	15	18	18
Beschäftigungsstatus			
Beschäftigte Vollzeit	40	34	28
Beschäftigte Teilzeit	36	41	46
Selbstständige	19	22	24
förderfähige Nichterwerbstätige	4	3	3
Betriebsgröße			
in KMU beschäftigt (0–250 Beschäftigte)	89	89	90
nicht in KMU beschäftigt (über 250 Beschäftigte)	11	11	10

Quelle: Verwaltungsdaten des Programms Bildungsprämie, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

E Programm „Bildungsprämie“

Mit der Bildungsprämie können Weiterbildungsmaßnahmen unterstützt werden, die berufsspezifische Kenntnisse bzw. Fertigkeiten vermitteln, sowie Weiterbildungen, die der Stärkung der allgemeinen Beschäftigungsfähigkeit dienen.

Die Bildungsprämie umfasst 2 Finanzierungsinstrumente, die kumulativ anwendbar sind:

- ▶ **Prämiengutschein:** Mit dem Prämiengutschein unterstützt der Bund Erwerbstätige in ihrem Fortbildungsinteresse, indem 50% der Veranstaltungsgebühren übernommen werden, maximal jedoch 500 €. Den Gutschein können Personen erhalten, die mindestens 15 Stunden pro Woche erwerbstätig sind und deren zu versteuerndes Jahreseinkommen 20.000 € bei Alleinstehenden (bzw. 40.000 € bei gemeinsamer Veranlagung) nicht übersteigt.
- ▶ **Spargutschein:** Das Weiterbildungssparen (den Spargutschein) können alle diejenigen nutzen, die über ein mit der Arbeitnehmer-Sparzulage gefördertes Anspargutha-

ben nach dem Vermögensbildungsgesetz (VermBG) verfügen. Der Spargutschein der Bildungsprämie ermöglicht es, vorzeitig auf das angesparte Guthaben zuzugreifen, ohne dass dadurch die Arbeitnehmersparzulage verloren geht. Er kann unabhängig vom Jahreseinkommen in Anspruch genommen und auch als Ergänzung des Prämiengutscheins für den verbleibenden finanziellen Eigenanteil genutzt werden. Durch das Weiterbildungssparen können aufwendige und oftmals langfristige Weiterbildungen leichter finanziert werden.

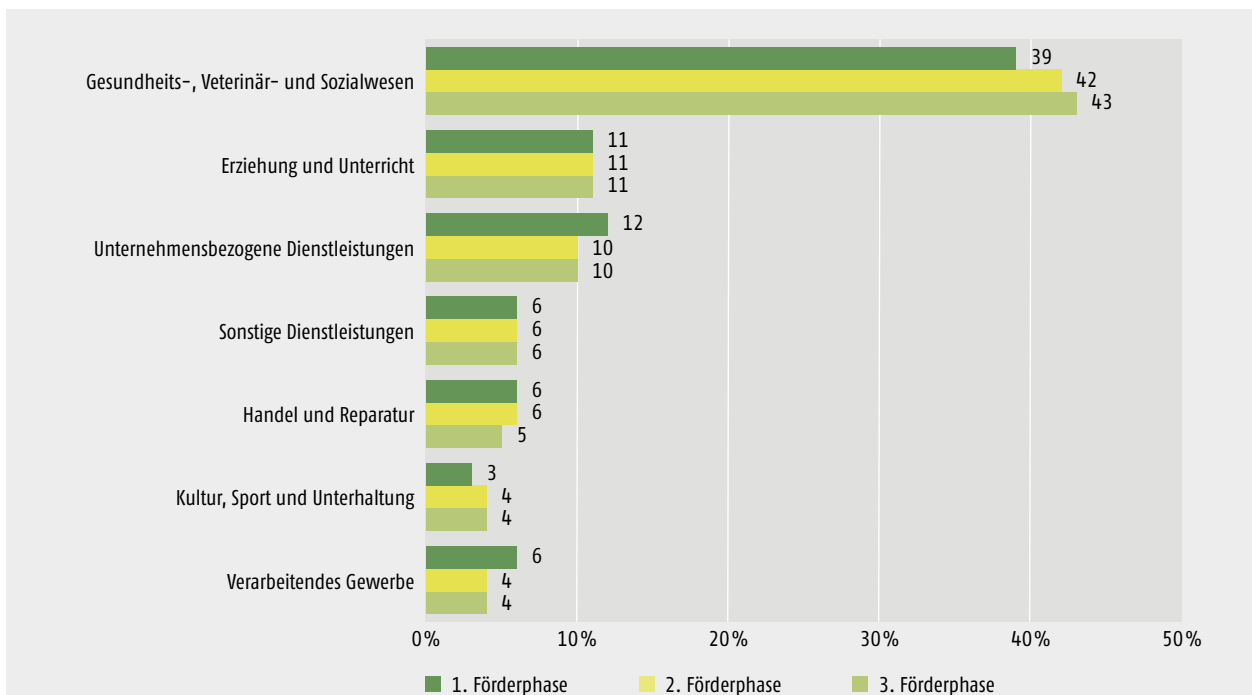
Für den Erhalt eines Prämien- und/oder Spargutscheins ist die Teilnahme an einem Beratungsgespräch in einer der bundesweit etwa 530 Beratungsstellen obligatorisch. Der Prämiengutschein kann alle 2 Kalenderjahre beantragt werden.

B3

Struktur der Programmteilnehmer/-innen

Bei einer Betrachtung der Teilnehmerstruktur zeigt sich, dass über alle Förderperioden der überproportional

Schaubild B3.7-1: **Programmtteilnehmer/-innen nach Wirtschaftsbereichen im Zeitverlauf (in %) (nach den 7 am stärksten besetzten Wirtschaftsbereichen)**



Quelle: Verwaltungsdaten des Programms Bildungsprämie, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

hohe Frauenanteil stabil bleibt → [Tabelle B3.7-1](#). Mit 76% sind auch in der 3. Förderphase rund drei Viertel der Beratenden weiblich. Analysen auf der Basis des Adult Education Survey (AES) 2012 zeigen ebenfalls, dass Frauen häufiger an individueller berufsbezogener Weiterbildung teilnehmen als Männer (Kuper/Unger/Hartmann 2013).

Der relativ hohe Anteil der Frauen im Programm spiegelt sich in allen Förderphasen in der Branchenstruktur: So waren über die Hälfte der Beratenden im „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“ und im Bereich „Erziehung und Unterricht“ beschäftigt → [Schaubild B3.7-1](#). Dieser Teil des Arbeitsmarktes wird auch in seiner Beschäftigungsstruktur allgemein eindeutig von Frauen geprägt, wie die Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten belegt (Bundesagentur für Arbeit 2013).

Bei der Herkunft nach Wirtschaftsbereichen zeigt sich ein beinahe unverändertes Bild → [Schaubild B3.7-1](#). Die Aufteilung der Teilnehmenden des Programms Bildungsprämie auf die 7 am stärksten besetzten Wirtschaftsbereiche verändert sich im Laufe der Programmzeit nur marginal. Mit großem Abstand ist nach wie vor das „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“ der am stärksten vertretene Wirtschaftsbereich. Während sich hier über die 3 Förderphasen eine leichte, jedoch beständige Zunahme des Anteilswertes abzeichnet, ist im Bereich „unternehmensbezogene Dienstleistungen“ und im „verarbeitenden Gewerbe“ ein geringerer Anteil der Teilnehmenden beschäftigt als in der ersten Förderphase → [Schaubild B3.7-1](#).

Beschäftigungsstatus und Bildungshintergrund

Betrachtet man den Beschäftigungsstatus der Teilnehmer/-innen → [Tabelle B3.7-1](#), so fällt auf, dass der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Teilnehmenden der Bildungsprämie zugenommen hat (aktuell 46% im Vergleich zu 36% in der 1. Förderphase). Gleichzeitig hat der Anteil der vollzeitbeschäftigten Teilnehmer/-innen deutlich abgenommen. Eine Erklärung für die auffällige Zunahme der Teilzeitbeschäftigten im Programm steht jedoch noch aus. Für einen direkten Zusammenhang mit der Veränderung der Förderkonditionen lässt sich nach ersten Berechnungen kein Anhaltspunkt finden: Die Ver-

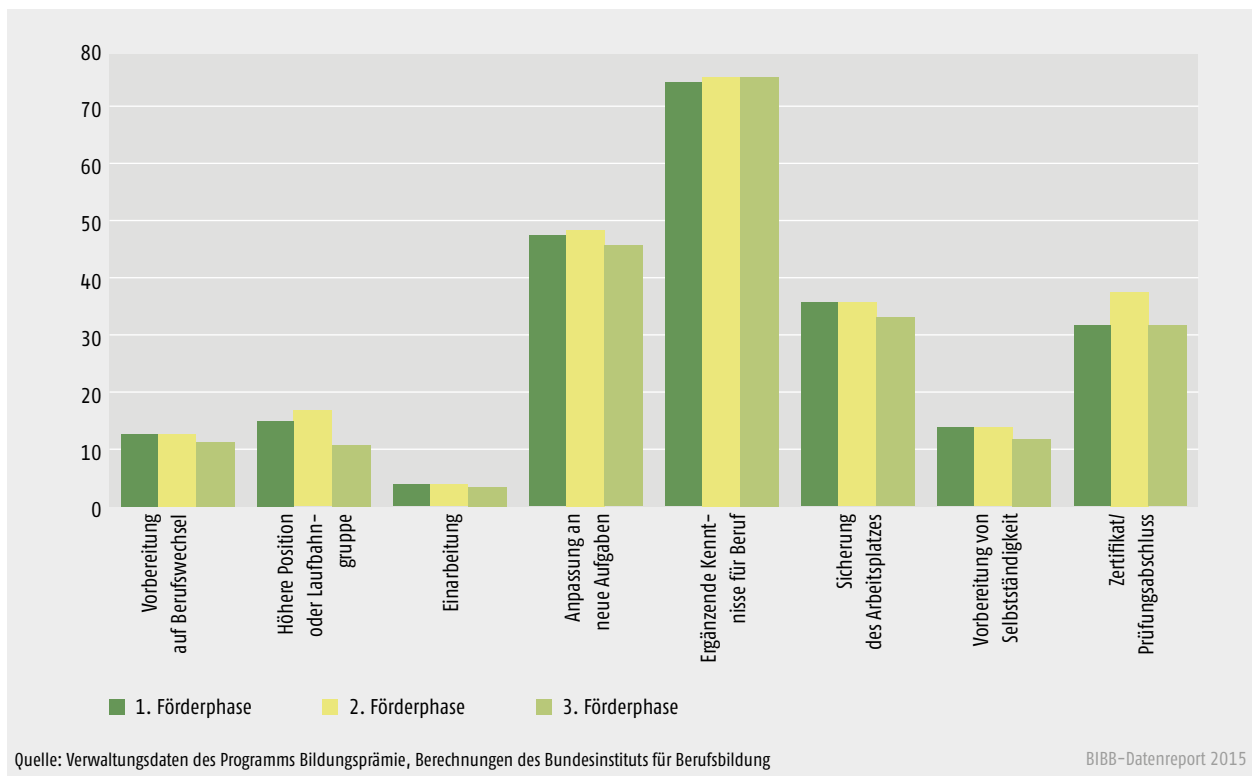
mutung, dass Beschäftigte in Teilzeit auch vor Veränderung der Förderkonditionen Weiterbildungsmaßnahmen mit geringeren Kosten besuchten als Vollzeitbeschäftigte, hat sich nach ersten Analysen nicht bestätigt. Somit kann die neu eingeführte Begrenzung auf die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen mit maximal 1.000 € Gesamtkosten nicht als Grund für die genannte Entwicklung herangezogen werden.

In Bezug auf das Bildungsniveau ergeben sich zwischen den verschiedenen Förderphasen kaum prozentuale Verschiebungen. Personen mit mittlerem (ISCED 3 & 4) und hohem Qualifikationsniveau (ISCED 5–8) haben unter den Teilnehmenden des Programms Bildungsprämie einen deutlich höheren Anteil als formal gering qualifizierte Personen (ISCED 1 & 2). Deren Anteil liegt in allen Förderphasen bei rund 3% → [Tabelle B3.7-1](#).

Motive und Ziele für die Weiterbildung

→ [Schaubild B3.7-2](#) stellt dar, welche Motive und Ziele zu einer Weiterbildungsteilnahme im Programm Bildungsprämie geführt haben. In der aktuellen Förderphase der Bildungsprämie ist die Erlangung von ergänzenden Kenntnissen für den Beruf (76%) das am häufigsten genannte Weiterbildungsziel, gefolgt von der Anpassung an neue Aufgaben (46%). Diese Tendenz stimmt mit den vorangehenden Förderphasen überein. Nach wie vor steht somit eine Anpassung und Verbesserung der beruflichen Kompetenzen im Vordergrund und nicht ein beruflicher Aufstieg. Letzteres Ziel hat in der aktuellen Förderphase an Bedeutung verloren: Lediglich 11% streben mithilfe der Weiterbildungsteilnahme eine höhere Position oder Laufbahngruppe an. In der 1. Förderphase waren es 15%, in der 2. Förderphase 17%. Auch das Motiv, ein Zertifikat oder einen Prüfungsabschluss zu erhalten, wird aktuell (32%) sichtbar seltener genannt als noch in der vorausgehenden Förderphase (38%). Interessant ist auch, dass in der neuen Förderphase generell weniger Motive und Ziele der Weiterbildung angegeben wurden als zuvor. Die berichteten Rückgänge der Nennung einzelner Motive sind daher mit Vorsicht zu interpretieren. Bemerkenswerter ist die gleichbleibende Häufigkeit, mit der das Ziel „ergänzende Kenntnisse für den Beruf“ genannt wird.

Schaubild B3.7-2: **Motive und Ziele der Weiterbildung im Zeitverlauf (in %)**



B3

Umfang der geförderten Maßnahmen

Im Kontext der genannten Neuerungen in der 3. Förderphase ist ebenfalls auffällig, dass der Umfang der geförderten Maßnahmen abnimmt. Während in der 2. Förderphase noch rund 31% der Maßnahmen 101 bis 400 Stunden umfassten, sind es aktuell nur noch rund 9%. Umgekehrt wächst momentan die Anzahl der geförderten Maßnahmen mit geringem Zeitumfang (bis zu 20 Stunden) von 14% in der 2. Förderphase auf aktuell 21%.

Abweichungen in der 3. Förderphase

Eine Untersuchung, inwiefern die neuen Förderkonditionen zu den genannten Abweichungen in der 3. Förderphase geführt haben, steht noch aus. Ein Zusammenhang zwischen den Veränderungen (in Bezug auf Ziele/Motive der Teilnahme bzw. Umfang der geförderten Maßnahmen) und der Begrenzung der Förderung auf Weiterbildungsmaßnahmen, die höchstens 1.000 € kosten, scheint jedoch naheliegend.

(Julia Jörgens, Alexander Christ)

B4 Geregelte Fortbildungsabschlüsse

B4.1 Regelungen des Bundes, der Länder und der zuständigen Stellen für die berufliche Fortbildung und Umschulung

„Die berufliche Fortbildung soll es ermöglichen, die berufliche Handlungsfähigkeit zu erhalten und anzupassen oder zu erweitern und beruflich aufzusteigen. Die berufliche Umschulung soll zu einer anderen beruflichen Tätigkeit befähigen“ (§ 1 Absatz 4 und 5 Berufsbildungsgesetz [BBiG]). Rechtsgrundlagen für Fortbildungs- und Umschulungsverordnungen **E** sind das BBiG, die Handwerksordnung (HwO), das Searbeitsgesetz²⁷¹ und das Bundesbeamtengesetz.

E Fortbildungsordnungen des Bundes

Im Gegensatz zu Ausbildungsordnungen, in denen u. a. die zu vermittelnden beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten, sachlich und zeitlich gegliedert, festgeschrieben werden, definieren die als Rechtsverordnungen erlassenen Fortbildungsregelungen im Wesentlichen die Prüfungsanforderungen. Nach den Regelungen des BBiG und der HwO sind in den Fortbildungsordnungen festzulegen (§ 53 Absatz 2 BBiG bzw. § 42 Absatz 2 HwO):

- ▶ die Bezeichnung des Fortbildungsabschlusses,
- ▶ das Ziel, der Inhalt und die Anforderungen der Prüfung,
- ▶ die Zulassungsvoraussetzungen sowie
- ▶ das Prüfungsverfahren.

Umschulungsordnungen des Bundes

Bei den Umschulungsordnungen (§ 58 BBiG bzw. § 42e HwO) wird eine geordnete und einheitliche Regelung festgelegt. Bestandteil der Rechtsverordnungen sind folgende Sachverhalte:

- ▶ die Bezeichnung des Umschulungsabschlusses,
- ▶ das Ziel, der Inhalt, die Art und Dauer der Umschulung,
- ▶ die Anforderungen der Umschulungsprüfung und die Zulassungsvoraussetzungen sowie
- ▶ das Prüfungsverfahren der Umschulung unter Berücksichtigung der besonderen Erfordernisse der beruflichen Erwachsenenbildung.

Es gibt 221 Rechtsverordnungen und Regelungen des Bundes für die berufliche Fortbildung und Umschulung:

- ▶ 94 Rechtsverordnungen über handwerkliche Meisterprüfungen → [Tabelle B4.1-1 Internet](#)
- ▶ 7 fortgeltende Regelungen bei handwerklichen Meisterprüfungen → [Tabelle B4.1-2 Internet](#)
- ▶ 48 Rechtsverordnungen über die Anforderungen in Meisterprüfungen → [Tabelle B4.1-3 Internet](#)
- ▶ 70 Rechtsverordnungen zur beruflichen Fortbildung → [Tabelle B4.1-4 Internet](#)
- ▶ 1 Rechtsverordnung zur Regelung der beruflichen Umschulung → [Tabelle B4.1-5 Internet](#)
- ▶ 1 Rechtsverordnung über die Eignung der Ausbilder → [Tabelle B4.1-6 Internet](#)

Im Jahr 2014 wurden 7 Rechtsverordnungen des Bundes für die berufliche Fortbildung erlassen:

- ▶ Schuhmachermeister/-in (3. März 2014)
- ▶ Geprüfte/-r Fachwirt/-in für Vertrieb im Einzelhandel (13. Mai 2014)
- ▶ Geprüfte/-r Industriemeister/-in Fachrichtung Kunststoff und Kautschuk (13. Mai 2014)
- ▶ Geprüfte/-r Handelsfachwirt/-in (13. Mai 2014)
- ▶ Geprüfte/-r Fachwirt/-in für Marketing (21. August 2014)
- ▶ Geprüfte/-r Fachwirt/-in für Einkauf (21. August 2014)
- ▶ Galvaniseurmeister/-in (12. September 2014)²⁷²

Regelungen der zuständigen Stellen für die berufliche Fortbildung und Umschulung

Die zuständigen Stellen (siehe Teil 4 des Verzeichnisses der anerkannten Ausbildungsberufe) können Rechtsvorschriften zu den Themen Fortbildung (§ 54 BBiG bzw. § 42a HwO) und Umschulung (§ 59 BBiG bzw. § 42f HwO) erlassen. Gegenwärtig gibt es 2.889 Rechtsvorschriften zu 767 Fortbildungsberufen und 33 Rechtsvorschriften von zuständigen Stellen zu 20 Umschulungsberufen.

Die landesrechtlichen Weiterbildungsregelungen für Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen können → [Tabelle B4.1-7 Internet](#) entnommen werden.

(Joachim von Hagen)

²⁷² Zwei Fortbildungsabschlüsse wurden in Fachwirt/-in umbenannt: Geprüfte/-r Fachkaufmann/-kauffrau für Büro- und Projektorganisation und Geprüfte/-r Fachkaufmann/-kauffrau für Logistiksysteme. Der Fortbildungsabschluss Geprüfte/-r Wirtschaftsassistent/-in – Industrie wurde aufgehoben.

²⁷¹ Es liegen keine Rechtsverordnungen vor.

B4.2 Neuere Entwicklungen in Fortbildungsordnungen

Eckpunkte zur Struktur und Qualitätssicherung der beruflichen Fortbildung

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung hat Eckpunkte zur Struktur und Qualitätssicherung der beruflichen Fortbildung nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Handwerksordnung (HwO) verabschiedet. Darin sind oberhalb der drei- und dreieinhalbjährigen Berufsausbildung drei Niveaus der bundesgesetzlich geregelten beruflichen Fortbildung im Sinne von Qualifikationsstufen definiert, die Entwicklungsmöglichkeiten bieten, die einem Hochschulstudium gleichwertig sind.

Das erste Fortbildungsniveau umfasst Fortbildungen, mit denen sich Absolventen einer anerkannten Berufsausbildung für spezielle Funktionen im erlernten Berufsfeld wie Berater/-in, Betreuer/-in, Entwickler/-in, Projektleiter/-in, Tester/-in oder Trainer/-in qualifizieren. Diese Fortbildung führt zu Abschlussbezeichnungen wie zum Beispiel Geprüfte/-r Fachberater/-in, Geprüfte/-r Servicetechniker/-in. Das erste Fortbildungsniveau ist dem Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) auf Niveau 5 zugeordnet.

Das zweite Fortbildungsniveau umfasst Fortbildungen, die zu anerkannten Abschlüssen wie Geprüfte/-r Meister/-in, Geprüfte/-r Fachwirt/-in, Geprüfte/-r Prozessmanager/-in, Geprüfte/-r Aus- und Weiterbildungspädagoge/-in oder Geprüfte/-r Operative Professional führen. Diese Fortbildungen qualifizieren u. a. für die Übernahme von Führungsfunktionen. Das Fortbildungsniveau ist dem Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) auf Niveau 6 und damit dem Hochschulabschluss Bachelor als gleichwertig zugeordnet.

Das dritte Fortbildungsniveau umfasst Fortbildungen, die für die verantwortliche Führung von Organisationen sowie Entwicklung von Innovationen qualifizieren. Zu diesem Fortbildungsniveau zählen die Fortbildungsabschlüsse Geprüfte/-r Betriebswirt/-in, Geprüfte/-r Informatiker/-in, Geprüfte/-r Wirtschaftsinformatiker/-in und Geprüfte/-r Berufspädagoge/-in. Dieses Fortbildungsniveau ist dem Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) auf Niveau 7 und damit dem Hochschulabschluss Master als gleichwertig zugeordnet.

Zur Sicherung der Qualität dieses Fortbildungssystems sind gesetzlich geregelte Verfahren zur Ordnung der Fortbildungen und zur Durchführung der Qualifikationsprüfungen bereits langjährige Praxis. Wesentliche Eckpunkte der Qualitätssicherung sind kompetente und zugleich unabhängige sowie paritätisch besetzte Erarbeitungs- und Prüfungsausschüsse sowie verbindliche Festlegungen zu Zulassungsvoraussetzungen und zu Inhalt und Durchführung der Prüfung.

Die Funktionsfähigkeit und Weiterentwicklung des Fortbildungssystems und seiner Qualitätssicherung wird in regelmäßigen Gesprächen der verantwortlichen Bundesministerien gemeinsam mit den Sozialpartnern und Wirtschaftsorganisationen überprüft.

Vereinheitlichung von Abschlussbezeichnungen

Die zuständigen Bundesministerien und die Sozialpartner haben vereinbart, die bislang verwendete Abschlussbezeichnung Geprüfter Fachkaufmann/Geprüfte Fachkauffrau durch die Bezeichnung Geprüfter Fachwirt/Geprüfte Fachwirtin zu ersetzen. Damit sind die Abschlussbezeichnungen für die bundesgesetzlich geregelten kaufmännisch-verwaltenden Fortbildungen vereinheitlicht. Hintergrund dieser Vereinbarung ist das Bemühen, die BBiG-geregelte Aufstiegsfortbildung und das Qualifikationsniveau, welches sie repräsentiert (siehe oben), erkennbarer zu gestalten und deutlicher gegenüber der Berufsausbildung abzuheben. In diesem Zusammenhang werden zurzeit vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) Möglichkeiten einer weiteren Vereinheitlichung von Abschlussbezeichnungen erarbeitet, um damit die internationale Verständlichkeit der Bezeichnungen zu erhöhen.

Modernisierung von Fortbildungsordnungen

2014 wurden im BIBB folgende Fortbildungsordnungen mit den Sachverständigen der Spitzenorganisationen der Sozial- und Wirtschaftspartner erarbeitet/modernisiert:

- ▶ Geprüfter Handelsfachwirt und Geprüfte Handelsfachwirtin (trat am 1. Januar 2015 in Kraft)
- ▶ Geprüfter Fachwirt für Vertrieb im Einzelhandel und Geprüfte Fachwirtin für Vertrieb im Einzelhandel (trat am 1. Januar 2015 in Kraft)

- ▶ Geprüfter Industriemeister FR Kunststoff und Kautschuk und Geprüfte Industriemeisterin FR Kunststoff und Kautschuk (trat am 1. Juli 2014 in Kraft)
- ▶ Geprüfter Fachwirt für Marketing und Geprüfte Fachwirtin für Marketing (tritt am 1. April 2015 in Kraft)
- ▶ Geprüfter Fachwirt für Einkauf und Geprüfte Fachwirtin für Einkauf (trat am 1. Januar 2015 in Kraft).

Voruntersuchung Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen

Mit Blick auf veränderte Anforderungen an das Fachkräftepersonal in den Werkstätten für behinderte Menschen wird derzeit die entsprechende Fortbildungsordnung „Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen“ diskutiert. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat diese Diskussion aufgegriffen und mit allen relevanten Akteuren einen Beratungsprozess eingeleitet. Diesen Beratungsprozess zu unterstützen war das Ziel einer Voruntersuchung zur etwaigen Novellierung der Fortbildungsordnung, die das BIBB auf Weisung des BMBF durchgeführt hat. Die Untersuchung durch den Auftragnehmer erfolgte in enger fachlicher Abstimmung mit dem BIBB, das in diese kontinuierlich seine fachliche Expertise und entsprechende Kontakte eingebracht hat. Zentrale Untersuchungsgegenstände waren die Veränderung der Zusammensetzung der Werkstattbeschäftigungen und die daraus folgenden Auswirkungen für das Anforderungsprofil der Fachkräfte als auch Art und Weise des Qualifikationserwerbs der Fachkräfte. Dabei lag der Fokus vor allem auf einer Gegenüberstellung von Sonderpädagogischer Zusatzqualifikation (SPZ) und der Fortbildungsordnung.

(Ulrich Blötz, Herbert Tutschner, Kirsten Vollmer)

B4.3 Berufliche Weiterbildung an Fachschulen

Berufliche Weiterbildungen an Fachschulen qualifizieren für die Übernahme von Führungsaufgaben und fördern die Bereitschaft zur beruflichen Selbstständigkeit. Fachschulen bieten Bildungsgänge in den Fachbereichen Agrarwirtschaft, Gestaltung, Technik, Wirtschaft und Sozialwesen an, die an eine berufliche Erstausbildung und an Berufserfahrung anschließen. Fachschulen können darüber hinaus Ergänzungs- und Aufbaubildungsgänge sowie Maßnahmen der Anpassungsweiterbildung anbieten (vgl. Kultusministerkonferenz 2014a, S. 2). Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat durch gemeinsam vereinbarte Kriterien und Bildungsstandards die Qualität der staatlichen postsekundären Berufsabschlüsse nach Landesrecht gesichert. Damit ist die Voraussetzung für die gegenseitige Anerkennung in den Ländern geschaffen. Maßgeblich ist die Rahmenvereinbarung über die

Fachschulen vom 7. November 2002 in der jeweils geltenden Fassung. Rechtsgrundlage für die Berufsabschlüsse bilden die Schulgesetze der Länder (vgl. Kultusministerkonferenz 2014b, S. 1).

Fachschulen, Klassen und Schüler/-innen nach Bundesländern 2013/2014

Bundesweit gibt es im Schuljahr 2013/2014 in Deutschland 1.454 Fachschulen (+2,7% zum Vorjahr). Insgesamt befanden sich 190.965 Schüler/-innen und damit 3,1% mehr im Vergleich zum Vorjahr in Bildungsgängen an Fachschulen. Der Ausländeranteil liegt bundesweit bei 3,6%. Wie in den beiden vergangenen Schuljahren hat Hessen prozentual den höchsten Anteil ausländischer Teilnehmender an Fachschulen (7,1%). Ein Ausländeranteil unter 1,0% ist in den Bundesländern Thüringen (0,4%), Sachsen-Anhalt (0,4%), Mecklenburg-Vorpommern (0,4%) und Brandenburg (0,6%) zu verzeichnen → [Tabelle B4.3-1](#).

Tabelle B 4.3-1: **Fachschulen 2013/2014: Schulen, Klassen und Schüler/-innen nach Ländern**

Land	Schulen	Klassen	Schüler/-innen	
			insgesamt	darunter Ausländer/-innen
Baden-Württemberg	235	1.020	21.301	5,1%
Bayern	232	807	17.024	2,3%
Berlin	56	512	10.688	6,2%
Brandenburg	37	315	6.269	0,6%
Bremen	4	35	792	5,9%
Hamburg	19	228	5.246	6,6%
Hessen	123	803	15.989	7,1%
Mecklenburg-Vorpommern	22	120	2.330	0,4%
Niedersachsen	124	730	15.076	1,3%
Nordrhein-Westfalen	269	2.324	50.956	3,9%
Rheinland-Pfalz	70	607	13.703	4,7%
Saarland	14	128	2.882	2,3%
Sachsen	103	604	11.973	1,0%
Sachsen-Anhalt	50	221	4.245	0,4%
Schleswig-Holstein	52	291	5.991	1,9%
Thüringen	44	360	6.500	0,4%
Deutschland	1.454	9.105	190.965	3,6%

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, Schuljahr 2013/2014; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

Entwicklung der Schüler/-innenzahlen an Fachschulen 2008/2009 bis 2013/2014

Für Deutschland insgesamt zeigt sich in den letzten Jahren ein kontinuierlicher Anstieg der Zahl der Schüler/-innen an Fachschulen. Sie stieg von 152.268 im Schuljahr 2008/2009 auf 190.965 im Schuljahr 2013/2014, mit einem ausgewogenen Verhältnis im Hinblick auf den Männer- und Frauenanteil im gesamten Betrachtungszeitraum → [Schaubild B4.3-1](#).

Die Weiterbildungsgänge an Fachschulen führen in Vollzeit- oder Teilzeitform zu einem staatlichen postsekundären Berufsabschluss nach Landesrecht (vgl. Kultusministerkonferenz 2014, S. 2). Mit 125.744 Schülern und Schülerinnen liegt der Anteil der Fachschüler/-innen, die ihren Bildungsgang in Vollzeit absolvieren, bei 65,8%.



Datenbasis zu Fachschulen

„Für die Daten zu Schülern und Absolventen/Abgängern erfolgte mit dem Schuljahr 2012/13 die Umstellung von der Klassifikation der Berufe (KldB) 1992 auf die KldB 2010. Die Ergebnisse des Schuljahres 2013/2014 für Teilzeitberufsschulen, Berufsfachschulen (beruflicher Abschluss außerhalb und

gemäß BBiG/HwO), Fachschulen, Fachakademien und für Schulen des Gesundheitswesens werden nach Berufsbezeichnung nachgewiesen“ (Statistisches Bundesamt 2014, S. 4).

Da für das Schuljahr 2012/13 die Ergebnisse nach Berufsgattungen (5-steller der KldB 2010) nachgewiesen wurden, erfolgt die Darstellung der Entwicklung der Absolventen/Absolventinnen weiterhin nach Berufsgattung (siehe [Schaubild B4.3-2](#) und [Tabelle B4.3-2](#)). In Bezug auf die Berufsgattung „Nicht medizinische Gesundheits-, Körperpflege- und Wellnessberufe“ ist zu beachten, dass statistisch auch Altenpflegehelfer/-innen und Altenpfleger/-innen (KldB 2010: 82.101 bzw. 82.102) mit insgesamt 1.019 Absolventen/Absolventinnen hier erfasst sind.

Absolventen und Absolventinnen 2013 nach Berufsgattung

Insgesamt sind im Schuljahr 2013 an Fachschulen 59.346 Absolventen/Absolventinnen (+0,2% zum Vorjahr) zu verzeichnen. Die Anzahl der Abschlüsse ist in den einzelnen Berufsgattungen sehr unterschiedlich. Mit 49.250 Absolventen/Absolventinnen haben insgesamt 83% ihren Bildungsgang an Fachschulen als Einrichtung beruflicher Weiterbildung in einem der 10 am stärksten

Schaubild B4.3-1: Entwicklung der Zahl der Schüler/-innen an Fachschulen 2008/2009 bis 2013/2014

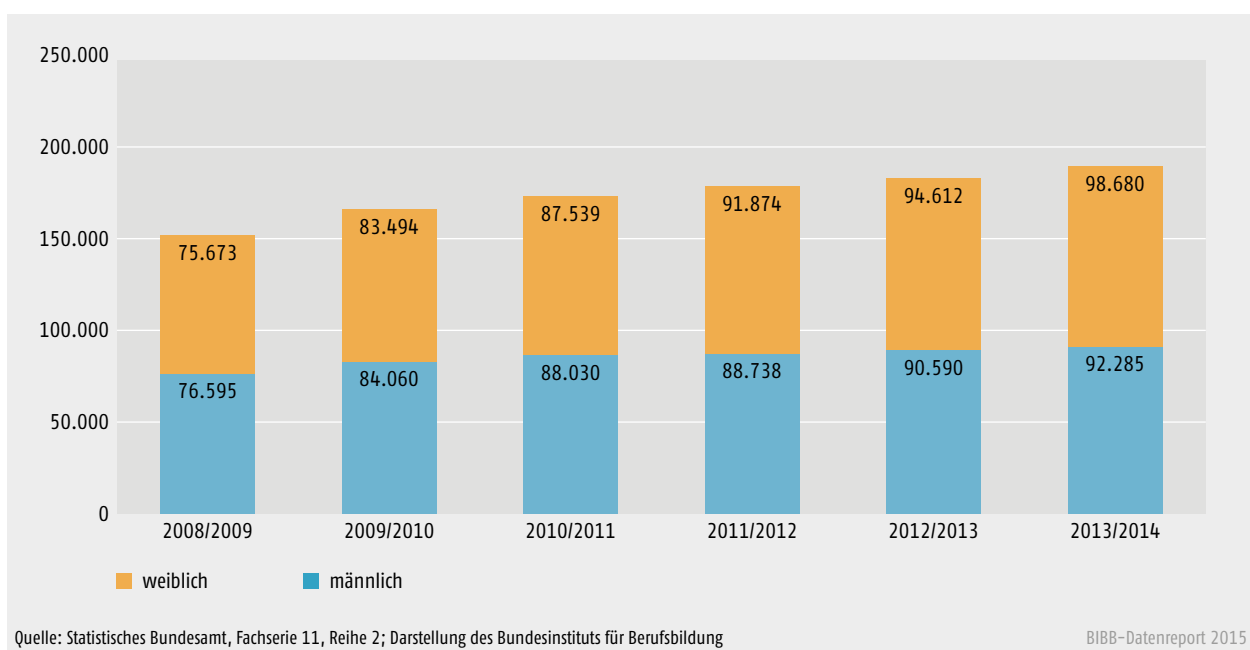
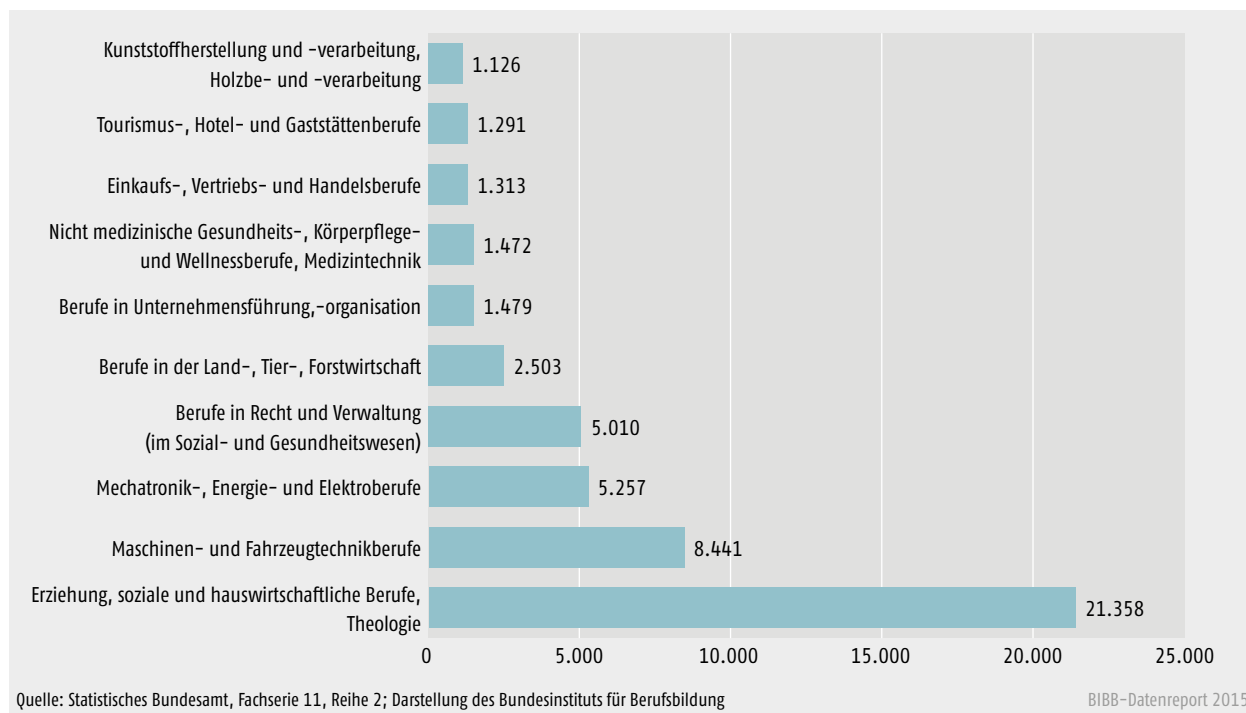


Schaubild B 4.3-2: **Absolventen/Absolventinnen 2013 in den 10 stärksten Berufsgattungen**Tabelle B 4.3-2: **Absolventinnen/Absolventen an Fachschulen nach Berufsgattungen, rechtlichem Status der Schulen und Geschlecht 2013 (Auswahl: 10 stärkste Berufsgattungen)**

Berufsgattungen	Absolventen		davon aus			
	insgesamt	weiblich in %	öffentlichen Schulen		privaten Schulen	
			zusammen	weiblich in %	zusammen	weiblich in %
Erziehung, soziale und hauswirtschaftliche Berufe, Theologie	21.358	81,2%	10.041	85,1%	11.317	77,7%
Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe	8.441	3,8%	6.873	4,0%	1.569	3,0%
Mechatronik-, Energie- und Elektroberufe	5.257	1,9%	4.554	1,8%	703	2,3%
Berufe in Recht und Verwaltung (im Sozial- und Gesundheitswesen)	5.010	88,5%	3.067	90,0%	1.943	86,3%
Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft	2.503	11,9%	2.503	11,9%	0	0,0%
Berufe in Unternehmensführung, -organisation	1.479	57,3%	1.122	56,0%	357	61,3%
Nicht medizinische Gesundheits-, Körperpflege- und Wellnessberufe, Medizintechnik	1.472	73,6%	1.032	75,1%	440	70,0%
Einkaufs-, Vertriebs- und Handelsberufe	1.313	51,6%	1.147	52,5%	166	45,8%
Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe	1.291	56,9%	909	58,9%	382	52,4%
Kunststoffherstellung und -verarbeitung, Holzbe- und -verarbeitung	1.126	6,7%	1.069	6,5%	57	10,5%

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

Land	E-Mail	Homepage
Baden-Württemberg	poststelle@stala.bwl.de	www.statistik-bw.de
Bayern	poststelle@lfstad.bayern.de	www.statistik-bayern.de
Berlin	Bildung@statistik-bbb.de	www.statistik.berlin-brandenburg.de
Brandenburg	statistik.schuldaten@statistik-bbb.de	www.statistik-berlin-brandenburg.de
Bremen	office@statistik.bremen.de	www.statistik.bremen.de
Hamburg	schulen.ausbildung@statistik-nord.de	www.statistik-nord.de
Hessen	schulen@statistik-hessen.de	www.statistik-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	statistik.auskunft@statistik-mv.de	www.statistik-mv.de
Niedersachsen	schulstatistik@lskn.niedersachsen.de	www.statistik.niedersachsen.de
Nordrhein-Westfalen	auskunft-schulstatistik@it.nrw.de	www.it.nrw.de
Rheinland-Pfalz	info@statistik.rlp.de	www.statistik.rlp.de
Saarland	bildung@lzd.saarland.de	www.statistik.saarland.de
Sachsen	info@statistik.sachsen.de	www.statistik.sachsen.de
Sachsen-Anhalt	info@stala.mi.sachsen-anhalt.de	www.statistik.sachsen-anhalt.de
Schleswig-Holstein	schulen.ausbildung@statistik-nord.de	www.statistik-nord.de
Thüringen	auskunft@statistik.thueringen.de	www.statistik.thueringen.de

besetzten Berufsgattungen beendet → **Schaubild B4.3-2**. Mit 28.647 Absolventinnen im Abgangsjahr 2013 liegt der prozentuale Frauenanteil bei 48,3%. Betrachtet man den Anteil differenziert nach Berufsgattungen, zeigen sich deutliche Unterschiede: So liegt der Frauenanteil in Berufen der Berufsgattung „Recht und Verwaltung“ im Sozial- und Gesundheitswesen mit 88,5% am höchsten. Auch in der Berufsgattung „Erziehung, soziale und hauswirtschaftliche Berufe, Theologie“ ist der Anteil der Frauen mit 81,2% überproportional hoch. In der Berufsgattung „Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe“ liegt ihr Anteil dagegen lediglich bei 3,8% und im Bereich der Mechatronik-, Energie- und Elektroberufe nur bei 1,9% → **Tabelle B4.3-2**.

Für die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung gibt es je nach individueller Voraussetzung unterschiedliche finanzielle Fördermöglichkeiten von Bund und Ländern wie z. B. das Meister-BaföG, das Weiterbildungsstipendium oder die Förderung nach SGB III. Bildungsurlaub oder Bildungsfreistellung sind weitere Unterstützungsmaßnahmen, die in den meisten Bundesländern gesetzlich geregelt sind.

Für fachlich tiefer untergliederte länderspezifische Angaben sei an dieser Stelle auf die Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter für den Bereich Schulen verwiesen.

(Maria Zöller)

B4.4 Fortbildungsprüfungen nach BBiG/HwO

Die berufliche Fortbildung gehört zur Berufsbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes (BBiG). Aufgabe der beruflichen Fortbildung ist nach § 1 Abs. 4 BBiG, die beruflichen Kenntnisse und Fertigkeiten zu erhalten, zu erweitern, der technischen Entwicklung anzupassen (Anpassungsfortbildung) oder den beruflichen Aufstieg zu ermöglichen (Aufstiegsfortbildung).²⁷³ Eine Aufstiegsfortbildung nach BBiG bzw. Handwerksordnung (HwO) wird in der Regel nach einer Berufsausbildung und einschlägiger, meist mehrjähriger Berufserfahrung abgelegt und erhöht im Gegensatz zur beruflichen Weiterbildung das formale Qualifikationsniveau. Aufstiegsfortbildungen nach BBiG/HwO sind durch Regelungen des Bundes oder der Kammern festgelegt.²⁷⁴ Der Bund kann nach § 53 BBiG bzw. § 42 HwO für die berufliche Aufstiegsfortbildung sogenannte Fortbildungsordnungen erlassen. Sie schaffen eine bundesweit einheitliche Grundlage hinsichtlich der zu vermittelnden Inhalte sowie der Prüfungsbestimmungen für staatlich anerkannte Fortbildungsabschlüsse. Sind bundeseinheitliche Regelungen nicht erlassen, können die zuständigen Stellen (Kammern) nach § 54 BBiG bzw. § 42a HwO selbst Fortbildungsprüfungsregelungen für ihren regionalen Zuständigkeitsbereich festlegen. Derzeit bestehen 219 Rechtsverordnungen des Bundes und ca. 2.889 Rechtsvorschriften einzelner Kammern zu 767 von ihnen geregelten Fortbildungsberufen (vgl. [Kapitel B4.1](#)). Zu den quantitativ bedeutsamsten nach BBiG/HwO geregelten Fortbildungsberufen zählen Meister/-in, Betriebswirt/-in, Fachwirt/-in oder Fachkaufmann/-frau. Berichtet werden nachfolgend ausgewählte Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes [E](#).

273 Die Teilnahme an einer Aufstiegsfortbildung kann durch staatliche Förderinstrumente wie das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (vgl. [Kapitel B3.2](#)), die Bildungsprämie (vgl. [Kapitel B3.7](#)) sowie das Aufstiegs- oder Weiterbildungsstipendium (vgl. [Kapitel B3.3](#)) unterstützt werden (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2013, S. 65 f.).

274 Neben den auf Bundes- oder Kammerebene geregelten Berufen nach BBiG/HwO gibt es Fortbildungen z. B. zum/zur Techniker/-in, die in Fachschulen auf Landesebene durchgeführt werden. Diese werden in der Schulstatistik des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 11, Reihe 2) ausgewiesen (vgl. [Kapitel B4.3](#)).

E Berufsbildungsstatistik (Erhebung des Statistischen Bundesamtes zum 31. Dezember)

Die Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes erhebt jährlich u. a. die Teilnahmen und den Prüfungserfolg an Fortbildungsprüfungen nach BBiG/HwO. Die Statistik ist eine Vollerhebung, für die Auskunftspflicht besteht. Differenzierungsmerkmale sind Geschlecht, Ausbildungsbereich, Prüfungserfolg, Fortbildungsberuf, Geburtsjahr der Teilnehmer/-innen und regionale Merkmale. Die zuständigen Stellen melden die während des Kalenderjahres (Berichtsjahr ist Kalenderjahr) bei ihnen abgelegten Fortbildungsprüfungen (inkl. Meisterprüfungen). Bei Fortbildungsprüfungen, die aus mehreren Teilen (z. B. Kursen, Modulen) bestehen, werden Prüfungen und Teilnehmer/-innen erst erfasst, wenn es sich um die letzte Stufe handelt, nach deren erfolgreichem Abschluss die neue Berufsbezeichnung geführt werden darf. Gezählt werden auch jene Prüfungen, die nicht erfolgreich bestanden wurden, sofern keine weitere Wiederholungsmöglichkeit mehr besteht. Es wird zudem erfasst, ob es sich bei der jeweiligen Prüfung um eine Wiederholungsprüfung handelt oder nicht. Der Prüfungserfolg wird danach unterschieden, ob die Prüfung bestanden oder nicht bestanden wurde bzw. endgültig nicht bestanden worden ist.

Im Berichtsjahr 2013 wurden insgesamt 115.872 Teilnahmen an Fortbildungsprüfungen erfasst; das waren 2.625 Teilnahmen weniger als 2012. Der kontinuierliche Anstieg seit 2009 hat sich somit auf hohem Niveau eingependelt → [Tabelle B4.4-1](#).²⁷⁵ Durchgeführt wurden die meisten dieser Prüfungen wie auch in den Jahren zuvor in den beiden Ausbildungsbereichen Industrie und Handel (58.092 Prüfungen) und Handwerk (47.898 Prüfungen). Im Handwerk verringerte sich die Zahl der Fortbildungsprüfungen gegenüber dem Vorjahr um rund 1.917, im Bereich Industrie und Handel um 975 Prüfungen. Die Zahl der insgesamt bestandenen Fortbildungsprüfungen war mit 100.524 Prüfungen im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls leicht rückläufig (-2.463 Prüfungen). Die Prüfungserfolgsquote lag mit 86,8% ähnlich hoch wie 2012 mit 86,9%, wobei Männer etwas erfolgreicher abschnitten (88,6%) als Frauen (83,4%). Dies erklärt sich durch die sehr hohen Erfolgsquoten bei den Fortbildungsprüfungen im Handwerk (97,0%). Im Bereich

275 Für eine lange Zeitreihe siehe [Tabelle B4.4-2 Internet](#) sowie BIBB-Datenreport 2014, Kapitel B4.4.

Tabelle B 4.4-1: **Teilnahmen an Fortbildungsprüfungen nach BBiG/HwO 2009 bis 2013 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht¹**

	Teilnehmer/-innen absolut			... mit bestandener Prüfung			Prüfungserfolgsquote in %		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
Fortbildungsprüfungen insgesamt									
2009	106.341	68.502	37.839	83.949	55.386	28.566	78,9	80,9	75,5
2010	110.043	70.758	39.285	93.357	61.497	31.860	84,8	86,9	81,1
2011	118.335	76.884	41.451	102.159	67.545	34.614	86,3	87,9	83,5
2012	118.497	78.123	40.371	102.987	69.012	33.975	86,9	88,3	84,2
2013	115.872	75.333	40.539	100.524	66.720	33.807	86,8	88,6	83,4
Industrie und Handel^{2,3}									
2009	61.734	37.062	24.672	42.348	25.929	16.419	68,6	70,0	66,5
2010	56.442	32.562	23.880	42.843	25.353	17.490	75,9	77,9	73,2
2011	60.033	35.409	24.624	46.728	27.957	18.771	77,8	79,0	76,2
2012	59.067	35.580	23.487	46.497	28.410	18.087	78,7	79,8	77,0
2013	58.092	34.284	23.808	45.495	27.288	18.207	78,3	79,6	76,5
Handwerk									
2009	36.114	29.076	7.038	34.131	27.459	6.672	94,5	94,4	94,8
2010	44.685	35.604	9.081	42.741	33.993	8.748	95,6	95,5	96,3
2011	49.029	38.670	10.359	47.496	37.431	10.065	96,9	96,8	97,2
2012	49.815	39.327	10.491	48.087	37.974	10.113	96,5	96,6	96,4
2013	47.898	37.920	9.978	46.482	36.804	9.681	97,0	97,1	97,0
Öffentlicher Dienst⁴									
2009	1.977	762	1.215	1.815	702	1.113	91,8	92,1	91,6
2010	1.725	687	1.038	1.623	648	978	94,1	94,3	94,2
2011	1.896	738	1.155	1.698	654	1.044	89,6	88,6	90,4
2012	2.064	831	1.233	1.875	744	1.131	90,8	89,5	91,7
2013	2.292	906	1.383	2.103	831	1.275	91,8	91,7	92,2
Landwirtschaft									
2009	1.659	1.260	399	1.362	1.029	333	82,1	81,7	83,5
2010	1.935	1.566	369	1.542	1.248	291	79,7	79,7	78,9
2011	2.274	1.698	579	1.662	1.200	462	73,1	70,7	79,8
2012	2.412	1.887	525	1.917	1.476	444	79,5	78,2	84,6
2013	2.229	1.857	372	1.797	1.497	300	80,6	80,6	80,6
Freie Berufe⁴									
2009	4.644	342	4.302	4.131	267	3.864	89,0	78,1	89,8
2010	4.854	333	4.521	4.326	252	4.074	89,1	75,7	90,1
2011	4.941	366	4.575	4.440	300	4.140	89,9	82,0	90,5
2012	4.935	495	4.440	4.476	411	4.065	90,7	83,0	91,6
2013	5.085	363	4.725	4.431	297	4.134	87,1	81,8	87,5
Hauswirtschaft									
2009	213	–	213	165	–	165	77,5	–	77,5
2010	405	9	396	282	3	279	69,6	33,3	70,5
2011	162	3	156	135	3	129	83,3	100,0	82,7
2012	201	3	198	135	0	132	67,2	0,0	66,7
2013	276	3	273	213	3	210	77,2	100,0	76,9

¹ Für die Berichtsjahre 2007 und 2008 wurden keine Daten zu Fortbildungs-/Meisterprüfungen veröffentlicht.

² Die Zahl der Teilnahmen des Bereichs ist für 2009 überhöht, da von einigen Kammern auch Teilprüfungen (als nicht bestanden) gemeldet wurden. Zudem liegt für 2009 keine vollständige Erfassung vor, da verschiedene Kammern hierzu keine Meldungen abgegeben haben.

³ Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.

⁴ Ohne Prüfungen, die nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen (Kammern) außerhalb dieses Ausbildungsbereichs registriert werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3; Zusammenstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

Tabelle B 4.4-3: Teilnehmer/-innen mit bestandener Fortbildungsprüfung nach BBiG/HwO nach Fachrichtungen und Geschlecht 2013

	Insgesamt		Anteil Frauen
	absolut	in %	in %
Kaufmännische Fortbildungsprüfungen	53.070	52,8	47,0
Fachkaufmann/Fachkauffrau	8.946	8,9	52,8
Fachwirt/Fachwirtin	28.842	28,7	43,6
Betriebswirt/Betriebswirtin	3.282	3,3	29,0
Sonstige kaufmännische Fortbildungsprüfungen	11.997	11,9	54,5
Gewerblich-technische Fortbildungsprüfungen	44.280	44,0	13,9
Industriemeister/Industriemeisterin	10.071	10,0	4,6
Fachmeister/Fachmeisterin	1.782	1,8	15,3
Handwerksmeister/Handwerksmeisterin	22.749	22,6	18,3
Sonstige Meisterprüfungen	1.989	2,0	25,6
Sonstige gewerblich-technische Fortbildungsprüfungen	7.686	7,6	9,8
Sonstige Fortbildungsprüfungen	3.177	3,2	84,9
Fachhelfer im Gesundheitswesen	2.565	2,6	99,9
Andere Fortbildungsprüfungen	612	0,6	22,1
Insgesamt	100.524	100,0	33,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3; Zusammenstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

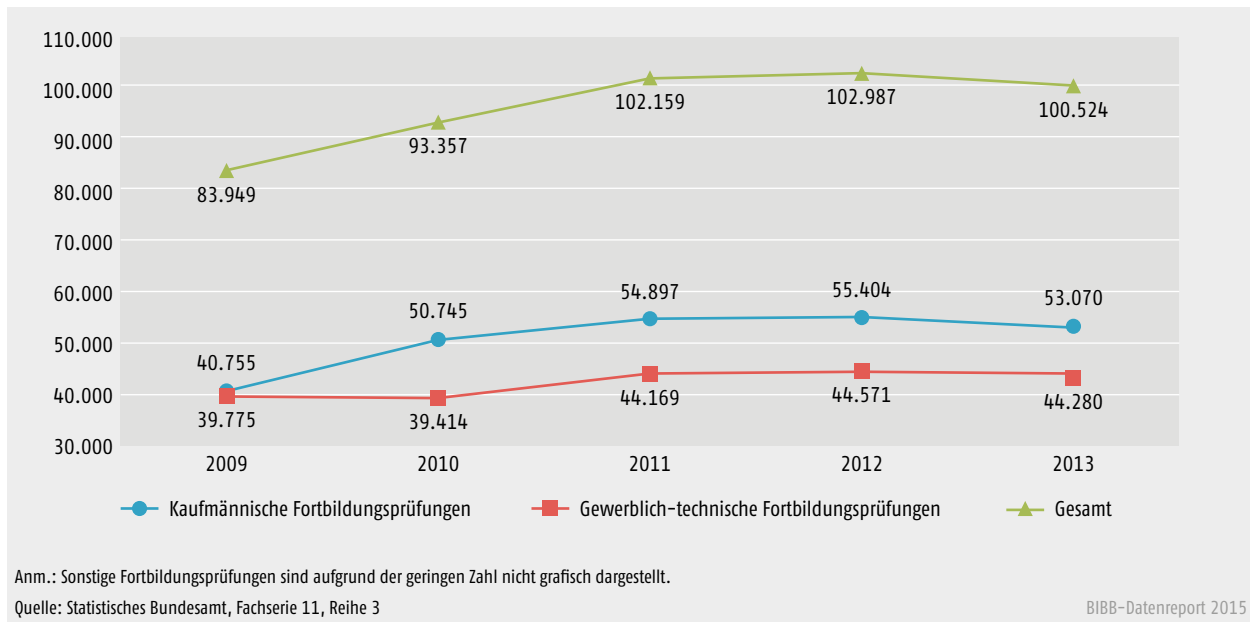
Industrie und Handel lag die Erfolgsquote bei nur 78,3% → **Tabelle B4.4-1**. Auch auf der Berufsebene zeigt sich für 2013, dass der Prüfungserfolg bei gewerblich-technischen Fortbildungsprüfungen (91,5%) höher lag als bei kaufmännischen Fortbildungsprüfungen (82,9%).

Eine Differenzierung der bestandenen Prüfungen nach Geschlecht zeigt, dass der Frauenanteil bei den kaufmännischen Fortbildungsprüfungen mit 47,0% weit über dem durchschnittlichen Frauenanteil (33,6%) lag → **Tabelle B4.4-3**. Bedeutende Fachrichtungen waren mit 28.842 Prüflingen die Fortbildungen zum Fachwirt/zur Fachwirtin mit einem Frauenanteil von 43,6%, zum Fachkaufmann/zur Fachkauffrau mit 8.946 Prüflingen und einem Frauenanteil von 52,8% sowie zum Betriebswirt/zur Betriebswirtin mit 3.282 Prüflingen und einem Frauenanteil von 29,0%. Unter den 44.280 gewerblich-technischen Fortbildungsprüfungen befanden sich hingegen nur 13,9% Frauen. Bedeutende Fachrichtungen waren hier Handwerksmeister/-in mit 22.749 Prüflingen

und einem Frauenanteil von 18,3%, Industriemeister/-in (10.071 Prüflinge, Frauenanteil 4,6%) und Fachmeister/-in (1.782 Prüflinge, Frauenanteil 15,3%). Mehr als die Hälfte der absolvierten Prüfungen (52,8%) qualifizierte mittlerweile für einen kaufmännischen Beruf. 2013 wurden mehr Prüfungen für den Beruf „Fachwirt/-in“ abgelegt (28.842 Prüfungen) als für den Beruf „Handwerksmeister/-in“ (22.749 Prüfungen).

Wie in → **Tabelle B4.4-1** dargestellt, ist seit 2009 ist ein kontinuierlicher Anstieg der Prüfungszahlen zu verzeichnen. Betrachtet man das Verhältnis von bestandenen kaufmännischen Fortbildungsprüfungen zu gewerblich-technischen Fortbildungsprüfungen in diesem Zeitraum, dann zeigt sich ein deutlicher Zuwachs zugunsten der kaufmännischen Fortbildungsprüfungen im Jahr 2010 → **Schaubild B4.4-1**. Der Anteil kaufmännischer Fortbildungsprüfungen an allen bestandenen Prüfungen ist zwischen 1992 und 2010 von 40% auf 54% angestiegen

Schaubild B 4.4-1: Entwicklung der bestandenen Fortbildungsprüfungen nach Fachrichtung 2009 bis 2013



→ **Tabelle B4.4-2 Internet.**²⁷⁶ Nach Fachrichtungen differenziert geht der Anstieg in erster Linie auf einen Zuwachs bei den Fachwirtprüfungen zurück (von 2009 auf 2010 um +8.516 Abschlüsse bzw. 46%). Auch der leichte Rückgang bei den kaufmännischen Fortbildungsprüfungen seit 2012 geht auf eine Veränderung bei den Fachwirtprüfungen zurück (-2.511 Abschlüsse). Der Anstieg bei den gewerblich-technischen Fortbildungsprüfungen zwischen 2009 und 2011 (+11%) ist größtenteils auf die zunehmende Zahl an Prüfungen für Handwerksmeister/-innen zurückzuführen (von 2009 auf 2011: +3.151 Abschlüsse bzw. 17%).

(Anja Hall)

²⁷⁶ Dies erklärt sich hauptsächlich durch den Rückgang der bestandenen Prüfungen von Handwerksmeistern und Handwerksmeisterinnen (Rückgang zwischen 1992 und 2013 um 49%, - 21.656) sowie Industriemeistern und Industriemeisterinnen (Rückgang zwischen 1992 und 2013 um 33%, -4.976).

B4.5 Ziele, Nutzen und Aufwand beruflicher Fortbildung

Fortbildungsabschlüsse z. B. zum/zur Meister/-in, Techniker/-in, Betriebswirt/-in, Fachwirt/-in oder Fachkaufmann/-frau (sogenannte „Aufstiegsfortbildungen“) erhöhen das formale Qualifikationsniveau und damit auch die Chancen für einen beruflichen Aufstieg.²⁷⁷ Mit welchem Ziel eine Fortbildung begonnen wird, welchen subjektiven und objektiven Nutzen sie hat und welcher zeitliche und finanzielle Aufwand besteht, ist für die Gesamtheit der geregelten Fortbildungsabschlüsse bisher nicht bekannt.²⁷⁸ Bisherige Analysen zum subjektiven Nutzen basieren lediglich auf den Angaben von Absolventen und Absolventinnen einer Fortbildung der Industrie- und Handelskammern (IHK), die nur rund die Hälfte aller Fortbildungsprüfungen ausmachen → **Tabelle B4.4-1**; Abschlüsse des Handwerks (z. B. Handwerksmeister/-in) sind hier nicht vertreten. Die wichtigsten Motive für Teilnehmer/-innen einer IHK-Fortbildungsprüfung waren beruflicher Aufstieg bzw. finanzielle Verbesserungen. Für 62% der Absolventen/Absolventinnen der Jahrgänge 2005 bis 2010 hatte die IHK-Fortbildung positive Auswirkungen auf ihre berufliche Karriere, wobei der Anteil bei Absolventen/Absolventinnen aus dem Jahr 2008 bei 72% lag (vgl. Deutscher Industrie- und Handelskammertag 2014b, S. 18). Analysen auf Basis der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012 zum objektiven Nutzen einer Fortbildung zeigen des Weiteren, dass Erwerbstätige mit Fortbildungsabschluss deutlich häufiger einen hoch qualifizierten Beruf ausüben als dual Ausgebildete ohne berufliche Höherqualifizierung (60% vs. 24%); der Einkommensvorteil lag bei rund 25% (vgl. Hall 2014). Ein Ursache-Wirkungs-Verhältnis ist in solchen Querschnitterhebungen allerdings nicht eindeutig nachzuweisen.

Datenbasis für die folgenden Analysen ist eine an die BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012 angegliederte, Ende 2012 vom BIBB durchgeführte Zusatzbefragung von Personen mit Aufstiegsfortbildung **E**. Die Analyse

basiert auf den Angaben von 650 Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, darunter 178 Frauen, deren höchster Abschluss ein Fortbildungsabschluss ist. Der Anteil der Erwerbstätigen unter den Personen mit Aufstiegsfortbildung liegt bei 86,3%.²⁷⁹ Ein Drittel der Abschlüsse wurde nach dem Jahr 2000 erworben, im Durchschnitt wurde die Ausbildung 1995 abgeschlossen. Die Abschlüsse verteilen sich wie folgt: Meister/-in (46,8%)²⁸⁰, Techniker/-in (19,9%), Fach-, Betriebswirte (21,6%) und Fachkaufleute (11,6%). Die Verteilung der Abschlüsse unter den Erwerbstätigen der Zusatzbefragung entspricht dabei mit geringer Abweichung der Verteilung in der Haupterhebung → **Tabelle B4.5-1 Internet**. Auch der durchschnittliche Bruttostundenlohn (Median) von Erwerbstätigen mit Fortbildungsabschluss ist in der Zusatzbefragung mit 16,5 € ähnlich hoch wie in der Haupterhebung (16,9 €). Dies spricht gegen selektive Ausfälle aufgrund der wiederholten Befragung. Da Frauen andere Fortbildungsabschlüsse wählen als Männer (vgl. **Kapitel B4.4, Tabelle B4.4-2**), werden die Analysen durchgängig nach Geschlecht differenziert (vgl. Hall 2014).

E BIBB-Zusatzbefragung Aufstiegsfortbildung 2012

Ausgangsbasis der Ende 2012 durchgeführten Befragung von Personen mit Aufstiegsfortbildung im Alter von 15 bis 64 Jahren (vgl. Hall 2015) waren befragungswillige Personen der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012, einer Repräsentativbefragung von 20.000 Erwerbstätigen in Deutschland (siehe www.bibb.de/arbeits-im-wandel). Befragt wurden in dieser Zusatzbefragung auch erwerbslose Personen, deren Angaben zum Ausbildungsabschluss während des Screenings der Haupterhebung erhoben wurden. Die Interviews wurden von November 2012 bis Dezember 2012 vom Umfragezentrum Bonn (uzbonn GmbH) erhoben; die durchschnittliche Interviewdauer betrug 25 Minuten. 846 Interviews wurden realisiert. In die Analyse gingen letztlich 650 Personen mit Fortbildung als höchstem Abschluss ein: 307 Meister/-innen, 129 Techniker/-innen,

277 Aufstiegsfortbildungen nach BBiG/HwO sind durch Regelungen des Bundes (§ 53 des Berufsbildungsgesetzes [BBiG] bzw. § 42 der Handwerksordnung [HwO]) oder der Kammern (§ 54 BBiG bzw. § 42a HwO) festgelegt (vgl. **Kapitel B4.4**). Daneben gibt es auf Landesebene die Fortbildungen zum/zur Techniker/-in, die in Fachschulen angeboten werden (vgl. **Kapitel B4.3**).

278 Für Informationen zu Kosten, Nutzen und Finanzierung beruflicher Weiterbildung siehe www.bibb.de/de/716.php, zu Kosten und Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung vgl. **Kapitel A8.3**.

279 Im Mikrozensus 2011 liegt der Erwerbstätigenanteil unter Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren mit Fortbildungsabschluss in Privathaushalten am Hauptwohnsitz bei 86,7%, 2,2% sind erwerbslos, und 10,8% sind Nichterwerbspersonen (Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes).

280 Darunter 26,4% Handwerksmeister/-innen, 13,1% Industriemeister/-innen und 7,3% sonstige Meister/-innen.

129 Betriebs- oder Fachwirte und 85 Fachkaufleute.²⁸¹ Die Daten wurden durch Gewichtung auf Basis des Mikrozensus 2011 an zentrale Merkmale der Grundgesamtheit (Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren mit Fortbildungsabschluss als höchstem Abschluss) angepasst.

Ziele einer Aufstiegsfortbildung

Der gebräuchliche Begriff „Aufstiegsfortbildung“ vermittelt den Eindruck, dass eine berufliche Höherqualifizierung ausschließlich mit dem Ziel begonnen wird, beruflich aufzusteigen. Empirisch ist dies jedoch nicht immer der Fall. Auf die Frage, ob die Fortbildung in erster Linie dem beruflichen Aufstieg, der Übernahme einer neuen Tätigkeit oder einem anderen Zweck diene, gaben zwar zwei Drittel der Befragten „Beruflicher Aufstieg“ als primäres Ziel der Fortbildung an. Ein Drittel der Befragten hatten jedoch ein anderes Ziel: Die Übernahme einer neuen Tätigkeit nannten 14,6%, einen anderen Zweck gaben 17,7% an, darunter 3,7% das Ziel „Selbstständige Tätigkeit“. Das Hauptziel der Fortbildung variiert auch stark mit der Art der Fortbildung → [Tabelle B4.5-2](#). Insbesondere die Fortbildung zum/zur Techniker/-in wurde mit dem Ziel begonnen, beruflich aufzusteigen (76,0%). Fortbildungen im kaufmännischen Bereich haben häufiger als im Durchschnitt den Zweck, eine neue Tätigkeit

übernehmen zu können. Sich selbstständig zu machen, gaben insbesondere Meister/-innen als primäres Ziel an (6,9%), unter den Handwerksmeister/-meisterinnen lag der Anteil mit 9,2% dabei am höchsten. Über alle Fortbildungsberufe hinweg unterscheiden sich Männer und Frauen nicht im Fortbildungsziel: 68,2% der Männer und 66,7% der Frauen gaben „beruflichen Aufstieg“ als primäres Ziel der Fortbildung an.

Betrachtet man die Fortbildungsziele im Einzelnen, lassen sich insbesondere auf der Zieldimension „Berufliches Weiterkommen und Karriere“ deutliche Geschlechterunterschiede erkennen.²⁸² Vorgegeben wurden 10 Items auf einer Skala von 1 „überhaupt nicht wichtig“ bis 7 „sehr wichtig“ → [Schaubild B4.5-1](#). Signifikante Unterschiede zeigen sich insbesondere hinsichtlich der Ziele „Übernahme einer Führungsposition“ (männlich: 39,3%, weiblich: 22,1%), „Berufliche Karriere“ (49,1% vs. 40,3%) und „Erreichen einer höheren beruflichen Position“ (54,1% vs. 45,9%). Ein „deutlich höheres Einkommen“ strebten hingegen beide Geschlechter gleichermaßen an (49,8% bzw. 47,8%). Bezogen auf die Dimensionen „Absicherung der beruflichen Situation“ und „Kompetenzerweiterung und Persönlichkeitsentwicklung“ zeigen sich keine signifikanten Geschlechterunterschiede.

Tabelle B4.5-2: Hauptziel von Fortbildungsteilnehmern/-innen (in %)

	Beruflicher Aufstieg	Übernahme einer neuen Tätigkeit	Anderer Zweck
Männer	68,2	14,7	17,1
Frauen	66,7	14,2	20,1
Gesamt	67,7	14,6	17,7
Meister/-innen	65,9	13,4	20,7
Techniker/-innen	76,0	10,9	13,2
Fach-, Betriebswirte	67,1	18,6	14,3
Fachkaufleute	63,2	17,1	19,7

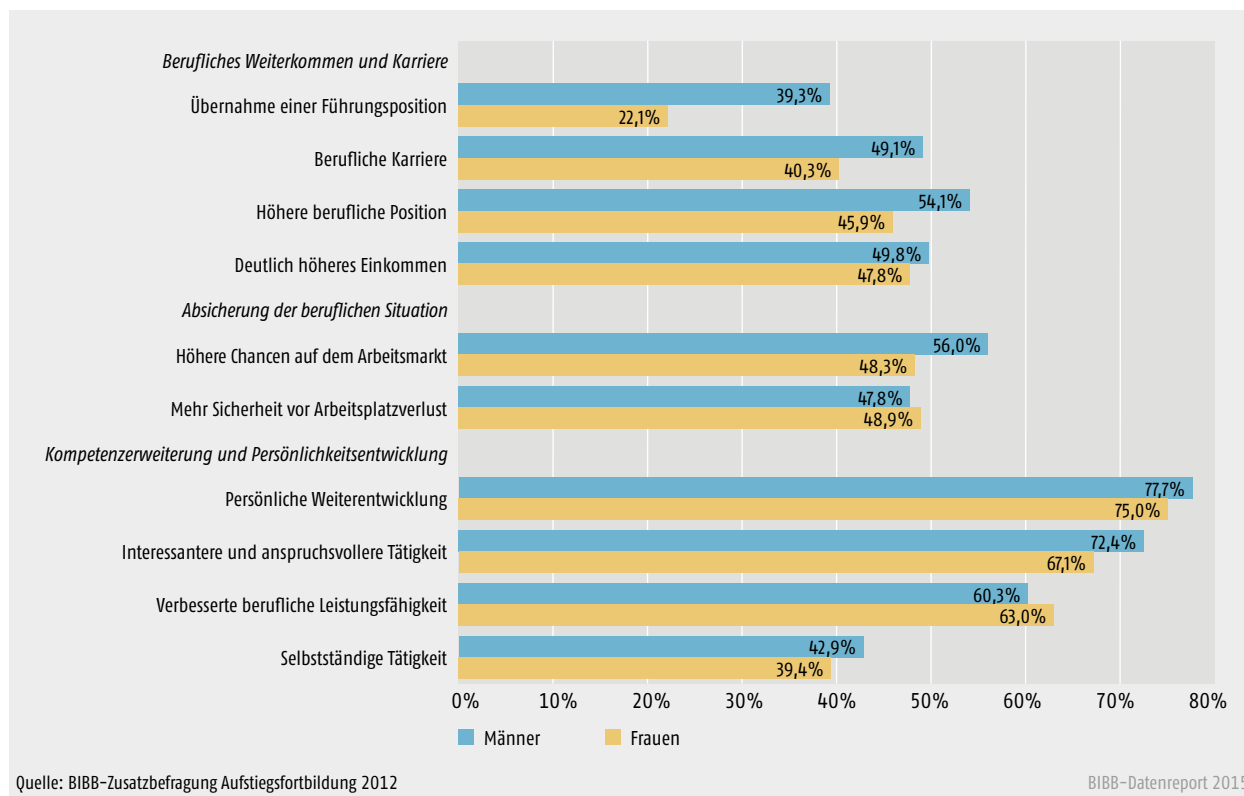
Quelle: BIBB-Zusatzbefragung Aufstiegsfortbildung 2012

BIBB-Datenreport 2015

281 Die um die neutralen Ausfälle korrigierte Brutto-Stichprobe (n=1.609) umfasste 1.100 Personen mit Fortbildungsabschluss im Alter von 15 bis 65 Jahren; die Ausschöpfungsquote lag somit bei 77%. Von den 846 realisierten Interviews wurden 196 Personen nicht berücksichtigt, da sie entweder einen Hochschulabschluss oder einen sonstigen Fortbildungsabschluss hatten.

282 Die einzelnen Aspekte wurden in einer Hauptkomponentenanalyse (mit anschließender Varimax-Rotation) zu 3 Faktoren verdichtet: „Berufliches Weiterkommen und Karriere“, „Absicherung der beruflichen Situation“ sowie „Kompetenzerweiterung und Persönlichkeitsentwicklung“.

Schaubild B 4.5-1: Einzelne Fortbildungsziele nach Geschlecht (Mehrfachnennung, in %)



Nutzen von Aufstiegsfortbildung

In der wissenschaftlichen Literatur werden objektive und subjektive Nutzenmessungen **E** unterschieden. Da objektive und subjektive Nutzenindikatoren nur moderat miteinander zusammenhängen (vgl. Ng u. a. 2005), werden hier beide Nutzenmessungen herangezogen.

E Nutzenmessung

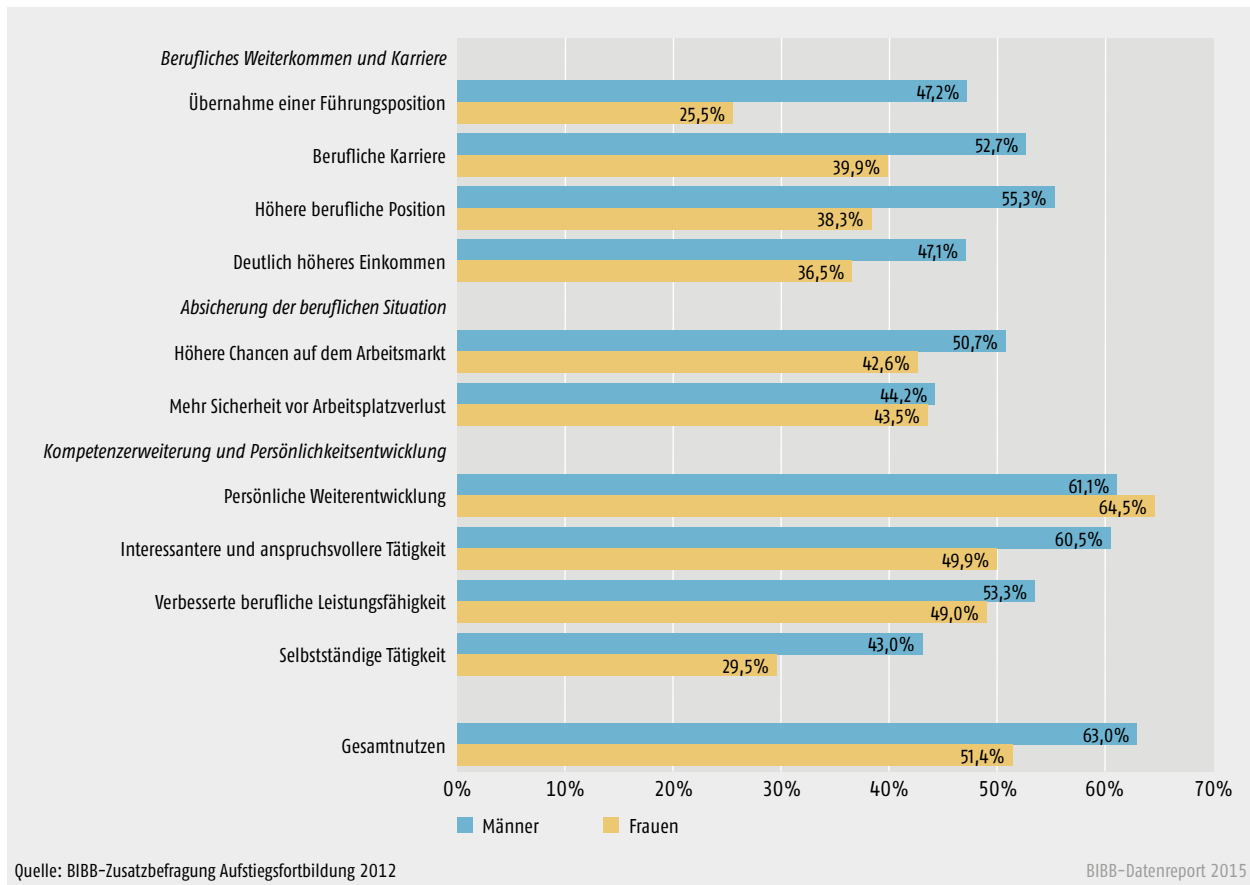
Der Nutzen einer Fortbildung kann auf unterschiedliche Art und Weise gemessen werden: erstens anhand der Veränderung objektiver (intersubjektiv nachvollziehbarer) Indikatoren wie berufliche Position, Einkommen etc. (objektiver Nutzen). Zweitens kann der Nutzen einer Weiterbildung als rein subjektive Größe verstanden werden; die subjektive Nutzenbeurteilung erfolgte dann durch den Befragten selbst. So wird in der wirtschaftspädagogischen Forschung der Nutzen beruflicher Weiterbildung als ein relativer Ausdruck für zielbezogene und als subjektiv positiv bewertete Wirkungen definiert, die durch die Weiterbildung realisiert

werden (vgl. Timmermann 1998). Vorteile dieses Ansatzes sind, dass mögliche Kausalzusammenhänge zwischen der Teilnahme an Aufstiegsfortbildung und einem dadurch entstandenen Nutzen explizit abgefragt werden und auch Nutzenarten zu erfassen sind, die sich einer objektiven Messung entziehen, wie z. B. die persönliche Weiterentwicklung (Beicht/Krekel/Walden 2004, S. 6).

► Subjektiver Nutzen

Um der Vielschichtigkeit des Konstrukts Nutzen gerecht zu werden, werden wieder verschiedene Indikatoren zur subjektiven Nutzenmessung herangezogen, die unmittelbar an die entsprechenden Zieldimensionen anschließen.²⁸³ Auf der Dimension „Berufliches Weiterkommen und Karriere“ sahen Männer bei allen 4 Items deutlich häufiger einen sehr hohen Nutzen als Frauen → **Schaubild B 4.5-2**. Eine besonders große Diskrepanz zwischen Männern und Frauen zeigt sich beim Nutzen für eine Führungsposition (47,2% vs. 25,5%) und eine „höhere

283 Gefragt wurde: „Und welchen Nutzen hatte Ihre Fortbildung im Hinblick auf ...?“ Die Skala reicht von 1 „überhaupt kein Nutzen“ bis 7 „sehr hoher Nutzen“.

Schaubild B 4.5-2: **Subjektiver Fortbildungsnutzen nach Geschlecht (Mehrfachnennung, in %)**

berufliche Position“ (55,3% vs. 38,3%). Auch bezogen auf die „berufliche Karriere“ und ein „deutlich höheres Einkommen“ wurde der Nutzen von Männern signifikant höher eingeschätzt als von Frauen (52,7% vs. 39,9% und 47,1% vs. 36,5%). Die Geschlechtsunterschiede auf den Dimensionen „Absicherung der beruflichen Situation“ und „Kompetenzerweiterung und Persönlichkeitsentwicklung“ sind nicht signifikant, mit 2 Ausnahmen: Männer sehen einen höheren Nutzen für eine „selbstständige Tätigkeit“ und eine „interessantere und anspruchsvollere Tätigkeit“.

63,0% der Männer und 51,6% der Frauen (Durchschnitt 59,8%) beurteilen den bisherigen Gesamtnutzen als hoch bis sehr hoch (Skalenwerte 6 und 7); weitere 21,4% der Männer und 24,0% der Frauen (Durchschnitt 22,1%) gaben den Skalenwert 5 an, sehen also immer noch einen recht positiven Nutzen in der Fortbildung. So verwundert es auch nicht, dass 87,4% der Männer und 78,3% der

Frauen aus heutiger Sicht nochmals dieselbe Fortbildung machen würden (Durchschnitt 84,8%).

Ein hoher subjektiver Nutzen sagt allerdings noch nichts darüber aus, ob die mit der Fortbildung verfolgten Ziele letztlich auch erreicht wurden, die Fortbildung also den erhofften Nutzen hatte. Unter diesem Blickwinkel wird die Realisierung des Fortbildungszieles²⁸⁴ zum entscheidenden Kriterium für den Nutzen der Fortbildung. Bei 9 von 10 Items zeigen sich diesbezüglich keine signifikanten Geschlechtsunterschiede. So sahen zwar 47,2% der Männer und nur 25,5% der Frauen einen sehr hohen Nutzen der Fortbildung für die Übernahme einer Führungsposition; Frauen hatten dieses Ziel jedoch weniger stark verfolgt, sodass der Anteil der Frauen, die ihr Ziel erreicht haben, ähnlich hoch liegt wie bei den Männern

284 Eine Zielerreichung liegt hier vor, wenn der Skalenwert der Nutzeneinschätzung gleich oder größer ist als der Skalenwert für die Wichtigkeit des Ziels.

Tabelle B4.5-3: Fortbildungsadäquate Tätigkeit nach Geschlecht und Fachrichtung (in %)

	Nein	Ja, bereits vor der Fortbildung	Ja, nach der Fortbildung	Erste adäquate Tätigkeit nach der Fortbildung			
				Einkommensverbesserung		Führungsfunktion	Budgetverantwortung
				deutlich	etwas		
Männer	16,3	16,6	67,1	44,1	43,8	77,2	46,5
Frauen	25,8	18,1	56,0	41,7	47,9	62,9	40,0
Gesamt	19,0	17,0	64,0	43,5	44,8	73,6	44,8
Meister/-innen	19,1	14,8	66,1	38,3	46,8	86,2	52,5
Techniker/-innen	13,1	16,2	70,8	61,9	29,8	60,7	36,7
Fach-/Betriebswirte	19,3	20,7	60,0	40,0	53,3	64,5	39,2
Fachkaufleute	29,7	21,6	48,6	33,3	50,0	58,3	38,7

Quelle: BIBB-Zusatzbefragung Aufstiegsfortbildung 2012

BIBB-Datenreport 2015

(75,8% vs. 73,9%). Je nach Fortbildungsziel können zwei Drittel bis drei Viertel der Befragten ihre Ziele erreichen; im Schnitt über alle Items sind dies 70%; 71% der Männer und 69% der Frauen. Einzig beim „Erreichen einer höheren Position“ zeigen sich signifikante Unterschiede in der Realisierung des Fortbildungszieles zwischen Männern (76,1%) und Frauen (67,8%). Ob dies objektiv auch so ist, d. h., ob eine fortbildungsadäquate (höhere) Position tatsächlich erreicht wurde („objektiver Nutzen“), zeigt der nächste Abschnitt.

► Objektiver Nutzen

Als entscheidendes Kriterium für den objektiven Nutzen der Fortbildung wurde in der Befragung eine dem Qualifikationsniveau der Fortbildung entsprechende Tätigkeit gewertet. Gefragt wurde: „Haben Sie nach Ihrer Fortbildung als ... jemals eine berufliche Tätigkeit ausgeübt, für die in der Regel ein Fortbildungsabschluss erforderlich ist?“ (Antwortvorgaben: ja, nein oder hatte eine solche Position schon vorher inne). Rund jede/-r zweite Befragte war nach der Fortbildung fortbildungsadäquat beschäftigt; 17% der Befragten hatten eine solche Position bereits vorher inne.²⁸⁵ Rund jede/-r fünfte Befragte (19%) hat bis zum Befragungszeitpunkt keine dem Fortbildungsniveau adäquate Tätigkeit ausgeübt. Dabei zeigen sich auch hier die bei der subjektiven Nutzeinschätzung sichtbaren Geschlechtsunterschiede: Männer (67,1%) sind nach der Fortbildung deutlich häufiger als Frauen (56,0%) niveauadäquat erwerbstätig

→ **Tabelle B4.5-3.** Für die erste adäquate Tätigkeit nach der Fortbildung wurde weiterhin erfasst, ob eine Führungsfunktion (als Vorgesetzte/-r für Mitarbeiter/-innen oder als Projekt-, Gruppen- oder Teamleiter/-in) ausgeübt wurde, ob Budgetverantwortung vorlag und ob es im Vergleich zur Tätigkeit, die vor der Fortbildung ausgeübt wurde, zu einer Einkommensverbesserung²⁸⁶ gekommen ist → **Tabelle B4.5-3.** Letzteres trifft für die Mehrheit der Befragten zu, wobei Männer etwas häufiger eine deutliche Einkommensverbesserung erreichen konnten als Frauen. Auch eine Führungsfunktion wird von Männern häufiger ausgeübt als von Frauen (77,2% vs. 62,9%); Männer haben auf einer fortbildungsadäquaten Tätigkeit auch häufiger als Frauen Budgetverantwortung (46,5% vs. 40,0%) bei ihrer Tätigkeit.

Welchen Zusammenhang gibt es zwischen subjektivem und objektivem Nutzen? Von jenen Personen, die der Fortbildung einen hohen Nutzen (Skalenwerte 6 und 7) für das Erreichen einer höheren beruflichen Position bescheinigt haben, hatten 72,3% nach der Fortbildung eine niveauadäquate Tätigkeit ausgeübt, und 12,5% hatten diese schon vorher inne. Nur 15,2% gaben an, bislang keine solche Position erreicht zu haben. Jene Personen, die keinen hohen Nutzen durch die Fortbildung sahen, übten nach der Fortbildung nur zu 39,8% eine niveauadäquate Tätigkeit aus. Fast jeder Dritte (29,5%) hatte eine

285 Offen ist hierbei allerdings die Frage, ob solch eine Stelle langfristig auch ohne die sich anschließende Fortbildung hätte ausgeübt werden können.

286 Gefragt wurde: „Im Vergleich zu der Tätigkeit, die Sie vor Ihrem Fortbildungsabschluss innehatten, hat sich Ihr monatliches Bruttoeinkommen da deutlich verbessert, etwas verbessert oder ist es in etwa gleich geblieben? Bitte berücksichtigen Sie bei Ihrer Einschätzung auch veränderte Arbeitszeiten.“

solche Position bereits vorher inne. 30,7% gaben an, bis zum Befragungszeitpunkt auch keine niveauadaquate Position erreicht zu haben, was die geringe Nutzeinschätzung plausibilisiert. Für den Bereich der geregelten Fortbildung zeigt sich somit eine relativ hohe Übereinstimmung zwischen dem „subjektiven“ und dem „objektiven“ Nutzen einer Fortbildung.²⁸⁷ Welcher zeitliche und finanzielle Aufwand mit einer geregelten Fortbildung verbunden ist, wird im nächsten Abschnitt aufgezeigt.

Zeitlicher und finanzieller Aufwand

Eine berufliche Fortbildung dauert im Schnitt 1.298 Stunden, umgerechnet auf eine 20-Stunden-Woche sind dies rund 65 Wochen → **Tabelle B4.5-4**. Der zeitliche Aufwand²⁸⁸ für eine Aufstiegsfortbildung variiert erwartungsgemäß stark mit der Art der Fortbildung. Die längste Dauer weisen die Technikerfortbildungen mit rund 2.061 Stunden auf, gefolgt von den Meisterfortbildungen mit einer durchschnittlichen Dauer von rund 1.157 Stunden (Handwerksmeister/-innen: 1.273 Stunden). Betriebs- und Fachwirte gaben eine durchschnittliche Dauer von 1.191 Stunden an (Fachwirte 1.050 Stunden, Betriebswirte 1.354 Stunden), gefolgt von den Fortbildungen für Fachkaufleute, die mit 811 Stunden zu den kürzesten Fortbildungen zählen.²⁸⁹ Der durchschnittliche zeitliche Aufwand für das Selbstlernen (Vor- bzw. Nachbereitung und Prüfungsvorbereitung) lag bei 625 Stunden. Auch hier zeigen sich bei Technikern und Technikerinnen die höchsten und bei Fachkaufleuten die geringsten Werte.

Welcher finanzielle Aufwand²⁹⁰ mit einer geregelten Fortbildung verbunden ist, kann ebenfalls → **Tabelle B4.5-4** entnommen werden. Im Durchschnitt war eine Aufstiegs-

fortbildung mit Kosten in Höhe von 2.397 € verbunden.²⁹¹ Die Kosten variieren auch hier stark mit der Art der Fortbildung. Die teuersten Fortbildungen sind jene für Meister/-innen mit Kosten im Schnitt von 2.935 € (Handwerksmeister/-innen: 3.924 €), gefolgt von den Technikerfortbildungen (2.143 €) und den Fortbildungen zum/zur Fach- und Betriebswirt/-in, die mit Kosten in Höhe von 2.046 € (Fachwirte: 1.797 €, Betriebswirte: 2.335 €) verbunden sind.

An der Finanzierung beruflicher Fortbildung sind neben den Teilnehmern und Teilnehmerinnen u. a. auch die Betriebe und die öffentliche Hand beteiligt (vgl. BMBF 2013, S. 65 f.). Rund jede/-r zweite Befragte (53,5%) erhielt für die Fortbildung eine finanzielle Förderung → **Tabelle B4.5-5**. Jede/-r fünfte Befragte bekam eine finanzielle Förderung vom Arbeitgeber²⁹², und 15,9% erhielten das sogenannte Meister-BAföG nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (vgl. **Kapitel B3.2**), wobei Männer davon stärker profitierten (17,8%) als Frauen (11,1%). Weitere 15,9% erhielten eine Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit und 5,5% eine Förderung von anderer Stelle. Techniker/-innen und Fach-/Betriebswirte erhielten häufiger eine finanzielle Förderung (59,2% bzw. 59%) als der Durchschnitt (53,4%), da Fach- und Betriebswirte häufiger durch den Arbeitgeber (30,5%) und Techniker/-innen häufiger im Rahmen einer SGB-III-Förderung (25,7%) unterstützt wurden. Von den Meistern und Meisterinnen wurden 49,2% finanziell gefördert, wobei sich hier Unterschiede zwischen Handwerks- und Industriemeisterabschlüssen zeigen: Handwerksmeister/-innen erhielten überdurchschnittlich häufig eine SGB-III-Förderung und Industriemeister/-innen überdurchschnittlich häufig eine Förderung vom Arbeitgeber (31,4%). Neben einer finanziellen Förderung wurde fast jede/-r zweite Befragte (45,7%) vom (damaligen) Arbeitgeber freigestellt; für Industriemeister/-innen gilt dies in besonderem Maße (71,8%). Geschlechtsunterschiede zeigen sich diesbezüglich keine.

287 Für den Bereich der beruflichen Weiterbildung, die auch sehr kurze Kurse umfasst, führt der Vergleich subjektiver und objektiver Nutzenindikatoren zum Teil zu widersprüchlichen Ergebnissen (vgl. Behringer 1996, S. 103).

288 Gefragt wurde: „Geben Sie bitte an, wie viele Wochen die Fortbildung insgesamt ungefähr dauerte“ sowie: „Wie viele Unterrichtsstunden waren das durchschnittlich pro Woche ungefähr? Bitte berücksichtigen Sie nur die Kursdauer pro Woche und nicht Zeiten zum Selbstlernen.“

289 In der Rahmenvereinbarung über Fachschulen werden für die Fachschule für Technik 2.400 Unterrichtsstunden als Zeitrictwert genannt (vgl. Kultusministerkonferenz 2013, S. 17). Die Dauer einzelner Fortbildungsabschlüsse variiert ansonsten stark zwischen Anbietern und Branchen.

290 Gefragt wurde: „Wie hoch waren die Kosten für die Fortbildungsmaßnahme, die Sie selbst getragen haben ungefähr? Bitte berücksichtigen Sie auch Teilnehmer- und Prüfungsgebühren und Kosten für Arbeitsmittel, jedoch nicht Fahrt- und Übernachtungskosten.“

291 Aus einer BIBB-Studie aus dem Jahr 2002 ist bekannt, dass die selbst getragenen direkten Kosten für längere Weiterbildungsmaßnahmen (500 Stunden und mehr) bei 1.447 € lagen; die direkten Kosten vor Refinanzierung betragen 1.941 € (vgl. Beicht/Krekel/Walden 2006, S. 91). In einer exemplarischen Studie auf Basis von 6 Fortbildungsberufen (allerdings ohne Handwerksmeister/-innen und Techniker/-innen) wurden direkte Kosten für Teilnahme- und Prüfungsgebühren sowie Lernmittel mit 4.270 € vor und mit 3.373 € nach Refinanzierung angegeben (vgl. Götzhaber/Jablonka/Metje 2011, S. 46).

292 Davon hatte jede/-r dritte Befragte (32,6%) eine Rückzahlungsvereinbarung im Falle des Verlassens des Betriebs mit dem Arbeitgeber vereinbart.

Tabelle B 4.5-4: Zeitlicher und finanzieller Aufwand für eine Fortbildung nach Geschlecht und Fachrichtung (in %)

	Fortbildungsdauer in Stunden	Dauer für Selbstlernen in Stunden	Direkte Kosten in €
Männer	1.264	585	2.630
Frauen	1.386	727	1.796
Gesamt	1.298	625	2.397
Meister/-innen	1.157	529	2.935
Techniker/-innen	2.061	920	2.143
Fach-, Betriebswirte	1.191	742	2.046
Fachkaufleute	811	318	1.293

Quelle: BIBB-Zusatzbefragung Aufstiegsfortbildung 2012 BIBB-Datenreport 2015

Tabelle B 4.5-5: Förderung von Fortbildung nach Geschlecht und Fachrichtung (in %)

	Finanzielle Förderung	Darunter (Mehrfachnennung):				Freistellung durch Arbeitgeber
		Arbeitgeber	Meister-BAföG	SGB-III-Förderung	Andere Stelle	
Männer	53,8	20,9	17,8	16,4	4,8	45,9
Frauen	52,2	23,6	11,1	14,6	7,2	45,1
Gesamt	53,5	21,7	15,9	15,9	5,5	45,6
Meister/-innen	49,2	20,9	17,9	12,8	4,2	57,2
Techniker/-innen	59,2	16,0	16,8	25,7	5,7	33,8
Fach-/Betriebswirte	59,0	30,5	19,0	7,2	4,9	36,2
Fachkaufleute	51,3	18,0	0,8	28,0	11,5	36,8

Quelle: BIBB-Zusatzbefragung Aufstiegsfortbildung 2012 BIBB-Datenreport 2015

Fazit

Geregelte Fortbildungen zum/zur Meister/-in, Betriebswirt/-in, Fachwirt/-in oder Fachkaufmann/-frau nach BBiG/HwO und die von den Ländern geregelten Technikerfortbildungen ermöglichen sowohl Personen mit als auch ohne Hochschulzugangsberechtigung einen beruflichen Aufstieg. Der gängige Begriff „Aufstiegsfortbildung“ ist insofern irreführend, als eine berufliche Höherqualifizierung nicht immer mit dem Ziel eines Aufstiegs begonnen wird: „Nur“ zwei von drei Personen geben als primäres Ziel einen beruflichen Aufstieg an. Männer verfolgen dabei stärker als Frauen Ziele im Bereich „Berufliches Weiterkommen und Karriere“, und sie beurteilen den Nutzen deutlich häufiger als Frauen als sehr hoch. Unter dem Blickwinkel der Zielerreichung zeigen sich keine Geschlechtsunterschiede, Ausnahme ist die höhere Nutzeneinschätzung von Männern bei der Realisierung des Ziels „Erreichen einer höheren Position“. Dies bestätigt sich auch im objektiven Sinne: 67,1% der Männer und 56,0% der Frauen haben nach der Fortbildung eine

fortbildungsadäquate Position erreicht; 16,6% der Männer und 18,1% der Frauen hatten eine solche Position bereits vorher inne. Somit haben mehr Frauen als Männer (25,8% vs. 16,3%) bis zum Befragungszeitpunkt noch keine fortbildungsadäquate Position erreicht. 84,4% der Männer und 75,6% der Frauen schätzen den Nutzen einer beruflichen Höherqualifizierung subjektiv als hoch ein (Skalenwerte 5 bis 7). 87,4% der Männer und 78,3% der Frauen würden aus heutiger Sicht nochmals dieselbe Fortbildung machen. Eine geregelte Fortbildung dauert im Schnitt 1.298 Stunden und kostet 2.397 €.

(Anja Hall)

C Schwerpunktthema: Ausbildungs-Mismatch heute – Fachkräfteengpässe morgen und übermorgen

Das Schwerpunktthema des diesjährigen Datenreports zum Berufsbildungsbericht der Bundesregierung behandelt aktuelle und künftige Passungsprobleme auf dem deutschen Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt. Passungsprobleme werden im Folgenden verstanden als eine mangelnde Korrespondenz bzw. als Missverhältnis zwischen der Nachfrage nach geeigneten beruflichen Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten und dem Angebot an Ausbildungsstellen und Arbeitsplätzen. Unterschieden werden können Passungsprobleme unter qualifikatorischen, beruflichen, regionalen, sektoralen oder informationellen Aspekten. Diese Passungsprobleme haben in den letzten Jahren zugenommen; einem zunehmenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften steht eine rückläufige Entwicklung bei den Auszubildenden gegenüber. Angesichts dieser aktuellen Situation wird in der öffentlichen Diskussion davon ausgegangen, dass sich in nur wenigen Jahren diese Probleme auf dem deutschen Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt nochmals verschärfen werden.

Um detaillierte Einblicke in die aktuelle Situation auf dem Ausbildungsmarkt zu erhalten (vgl. [Kapitel A1.2](#)), wird im ersten Kapitel ([C1](#)) ein Überblick über die Entwicklung der angebots- und nachfrageseitigen Rahmenbedingungen des Ausbildungsmarktes auf Grundlage amtlicher Statistiken gegeben. Dazu zählen die demografische Entwicklung, das Bildungsverhalten junger Menschen, deren Bildungsbeteiligung und Bildungserfolge sowie die Ausbildungsbeteiligung der Wirtschaft.

Im zweiten Kapitel ([C2](#)) geht es dann auf Grundlage von Betriebsbefragungen um die Darstellung von Passungsproblemen auf Betriebsebene sowie um zentrale Mechanismen, die zum Mismatch auf dem Ausbildungsmarkt führen. Anhand dieser Betriebsdaten werden wichtige Indikatoren, die im Zusammenhang mit Passungsproblemen stehen könnten, wie z. B. Vertragslösungsquoten, Bestand an unbesetzten Ausbildungsstellen, Rekrutierungsprobleme u. a., untersucht. Ziel dieser Einzelanalysen ist es, mögliche Einwirkungsparameter aufzuzeigen, um

den drohenden Fachkräfteengpässen in den kommenden Jahren entgegenwirken zu können.

Wie künftige Fachkräfteengpässe im Einzelnen aussehen könnten, wenn die derzeitigen Rahmenbedingungen unverändert fortgeschrieben würden, ist Thema des dritten Kapitels ([C3](#)). Hier werden in Fortführung früherer Analysen kurz- und langfristige Entwicklungsperspektiven des beruflichen Bereichs präsentiert, die schon jetzt einen dringenden Handlungsbedarf aufzeigen.

Eine **Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse** des Schwerpunktkapitels findet sich in [Kapitel C4](#).

(Robert Helmrich, Klaus Troltsch)

C1 Bildungsbeteiligung junger Menschen, demografische Entwicklung und Bildungsbeteiligung der Wirtschaft

Das berufliche Ausbildungssystem hat seit der Jahrtausendwende mit einem Rückgang der ausbildungsinteressierten Jugendlichen und seit einigen Jahren mit einem Rückgang der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung zu kämpfen. Nachdem zunächst infolge der demografischen Entwicklung die Zahl der Jugendlichen im Übergangsbereich (vgl. Kapitel A6) zurückging, legen die aktuellsten Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt den Schluss nahe, dass der demografische Rückgang der Jugendlichen die Passungsproblematik zwischen freien Ausbildungsstellen und gewünschten Ausbildungsplätzen verstärkt hat (vgl. Kapitel A1).

In diesem Kapitel wird zunächst das schulische und berufliche Bildungsverhalten junger Menschen im Zeitverlauf nachgezeichnet (Kapitel C1.1). In Kapitel C1.2 geht es dann um den demografischen Wandel und dessen möglichen Einfluss auf die langfristige Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland nach Qualifikationen. In Kapitel C1.3 wird das Qualifikations- und Arbeitskräftepotenzial von jungen Menschen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren näher beleuchtet. Den Abschluss des ersten Kapitels bildet eine Darstellung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung und ihrer Entwicklung (Kapitel C1.4).

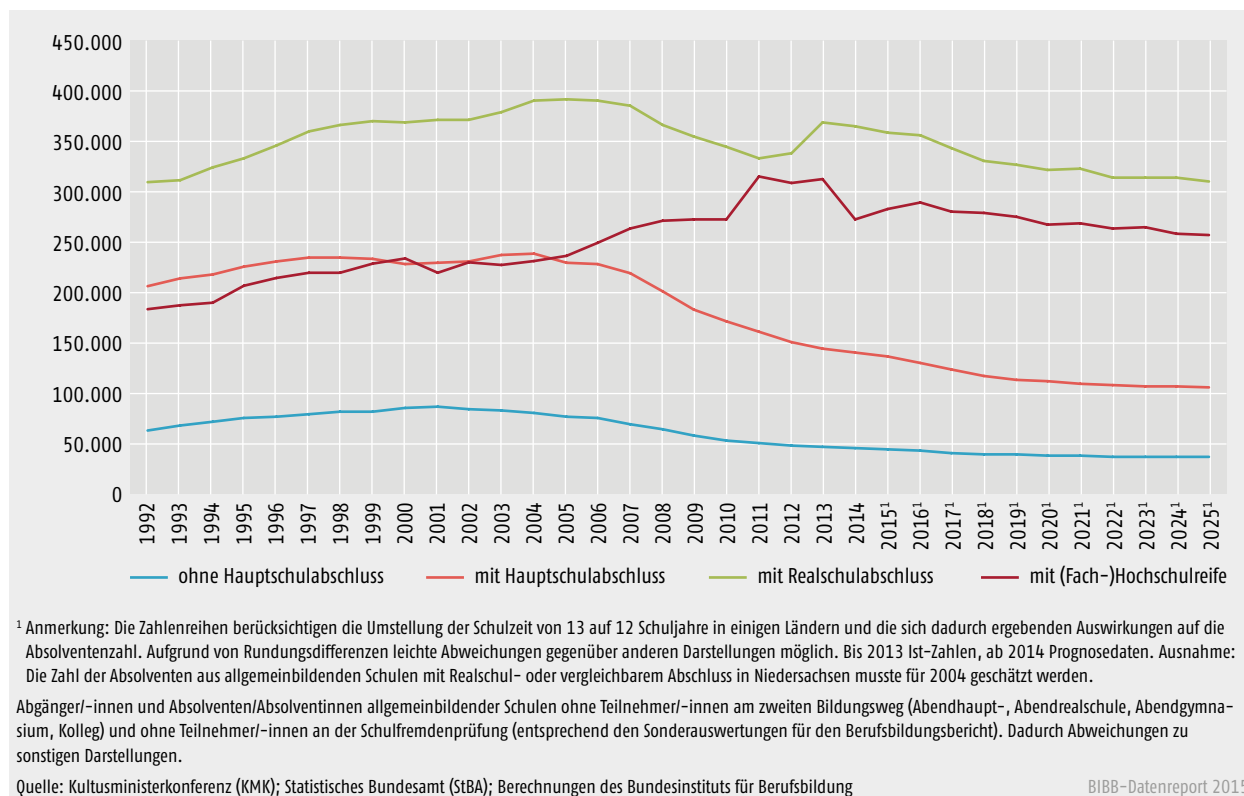
C1.1 Schulisches und berufliches Bildungsverhalten und Bildungsentscheidungen junger Menschen im Zeitverlauf

Seit Mitte der 2000er-Jahre nimmt die Anzahl der Schulabgänger/-innen aus den allgemeinbildenden Schulen ab → **Schaubild C1.1-1**. Während zum Höchststand nach der Wiedervereinigung im Jahr 2006 noch rund 947.000 Jugendliche die Schule verließen, waren es 2013 nur noch 873.000. Lediglich die doppelten Abiturjahrgänge in einigen Bundesländern sorgten zwischen 2007 und 2013 für eine kurzfristige Entspannung. Neben dem allgemeinen demografischen Rückgang lässt sich zudem eine Tendenz hin zu höheren allgemeinbildenden Schulabschlüssen beobachten, die entsprechend

der Vorhersagen der Kultusministerkonferenz (KMK) (Kultusministerkonferenz 2013) auch für die Zukunft Bestand haben wird. Besonders deutlich wird dies beim Anstieg der Abgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife, der von 2005 bis 2013 bei knapp 33% lag, und im starken Rückgang der Schulabgänger/-innen mit Hauptschulabschluss, der sich im selben Zeitraum um rund 38% verringert hat. Berechnet man auch Studienberechtigte aus den beruflichen Schulen mit ein, so betrug der Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung im Jahr 2013 rund 57,1%. Zum Vergleich: Im Jahr 1992 waren es noch 30,8% und 2005 42,5%. Ein Teil der Zunahme an Hochschulzugangsberechtigten ist zwar auch den doppelten Abiturjahrgängen zuzuschreiben, allerdings gehen die Projektionen der KMK auch von einer weiteren anteilmäßigen Zunahme der Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Hochschulreife an allen Schulabgängern aus allgemeinbildenden Schulen aus, sodass der Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung auch zukünftig über 50% liegen wird. Die Zahl der Schulabgänger/-innen mit mittlerer Reife wird langfristig entsprechend dem allgemeinen demografischen Trend zurückgehen.

Mit dem Niveau des allgemeinbildenden Schulabschlusses eröffnen sich für die Jugendlichen unterschiedliche Perspektiven bei der Wahl des Ausbildungsberufes. Während Jugendliche mit Hochschulzugangsberechtigung theoretisch zwischen Studium und Ausbildung wählen können, stehen Schulabgängern und Schulabgängerinnen ohne bzw. mit Hauptschulabschluss oder mit mittlerer Reife zunächst nur Ausbildungsmöglichkeiten im sogenannten „mittleren Qualifikationsbereich“ offen. Möchte man den jüngsten Passungsproblemen auf dem Ausbildungsmarkt, der steigenden Zahl unbesetzter Ausbildungsstellen bei anhaltend hohen Zahlen an noch suchenden Bewerbern (vgl. Kapitel A1), auf den Grund gehen, so ist zum einen zu erörtern, welche Anforderungen Betriebe an die Jugendlichen stellen (vgl. Kapitel C2), zum anderen sind auch die Möglichkeiten und Alternativen der jungen Generationen außerhalb des dualen Bereichs darzulegen. Für das zukünftige Potenzial an ausbildungsinteressierten Jugendlichen ist es deshalb entscheidend, inwieweit von den Jugendlichen gewünschte Karrierewege überhaupt durch das duale Ausbildungssystem realisierbar sind und vor allem inwieweit Personen mit einer Hochschulzugangsberechtigung ein Interesse an einer dualen Ausbildung zeigen.

Schaubild C1.1-1: **Entwicklung der Zahl der Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen aus allgemeinbildenden Schulen von 1990 bis 2025 in Deutschland**



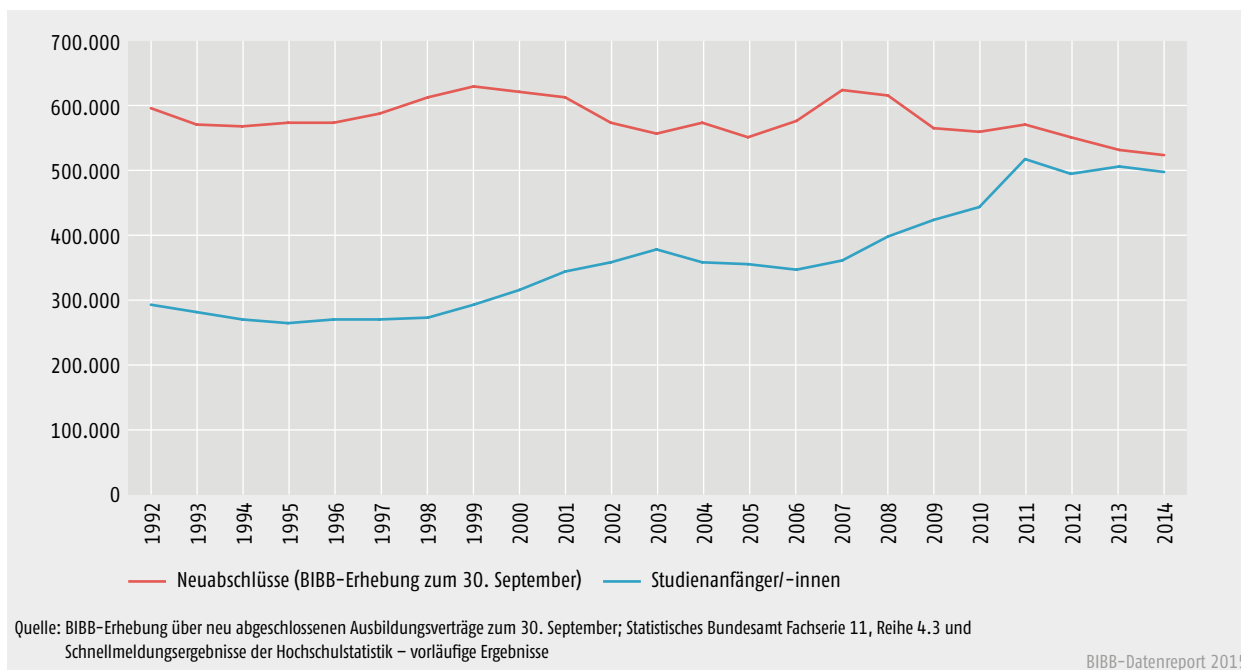
Betrachtet man zunächst die Entwicklung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und die Zahl der Studienanfänger/-innen, so fällt auf, dass sich die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und die Zahl der Studienanfänger/-innen seit Beginn des neuen Jahrtausends stark angenähert haben → **Schaubild C1.1-2**. Während im Jahr 2014 mit 522.231 neuen Ausbildungsverträgen ein neuer historischer Tiefstand erreicht wurde, lag die vorläufige Zahl der Studienanfänger/-innen im Studienjahr 2014 bei 499.000 Personen (vgl. Matthes u. a. 2015). Nimmt man das Verhältnis der studienberechtigten Schulabgänger/-innen zu den Studienanfängern und -anfängerinnen im selben Jahr, so kann man in den letzten Jahren sogar eine Steigerung der Übergänge an die (Fach-)Hochschulen von 37,4% im Jahr 2010 auf 45,8% im Jahr 2014 beobachten. Dies legt den Schluss nahe, dass Jugendliche die Hochschulzugangsberechtigung erwerben, um anschließend auch zu studieren. Die steigende Zahl an Schulabgängern und -abgängerinnen mit Hochschulzugangsberechtigung verringert somit die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen, auch

wenn gleichzeitig die Zahl der Abiturienten und Abiturientinnen unter den Auszubildenden etwas zugenommen hat (vgl. **Kapitel C2.3**).

Doch auch für Schulabgänger/-innen mit Hauptschulabschluss und insbesondere mit mittlerer Reife eröffnen sich alternative Karrierepfade abseits der traditionellen dualen Ausbildung. → **Schaubild C1.1-3** verdeutlicht die Entwicklung der Schülerbestände an berufsbildenden Schulen, die Personen ohne Hochschulzugangsberechtigung oder abgeschlossener Berufsausbildung direkt nach Beendigung einer allgemeinbildenden Schule offenstehen.²⁹³ Zwar befinden sich trotz des erkennbaren Rückgangs der Schülerbestände seit 2008 die meisten Schüler/-innen nach wie vor in den Teilzeit-Berufsschulen (vor allem Schüler/-innen mit einem Ausbildungsvertrag im dualen System), jedoch ist auch die Zahl der Schüler/-innen an alternativen beruflichen

²⁹³ Die Aufnahme an einer Fachoberschule oder einem Fachgymnasien setzt den Erhalt der mittleren Reife voraus.

Schaubild C1.1-2: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im dualen System und Studienanfänger/-innen 1992 bis 2014

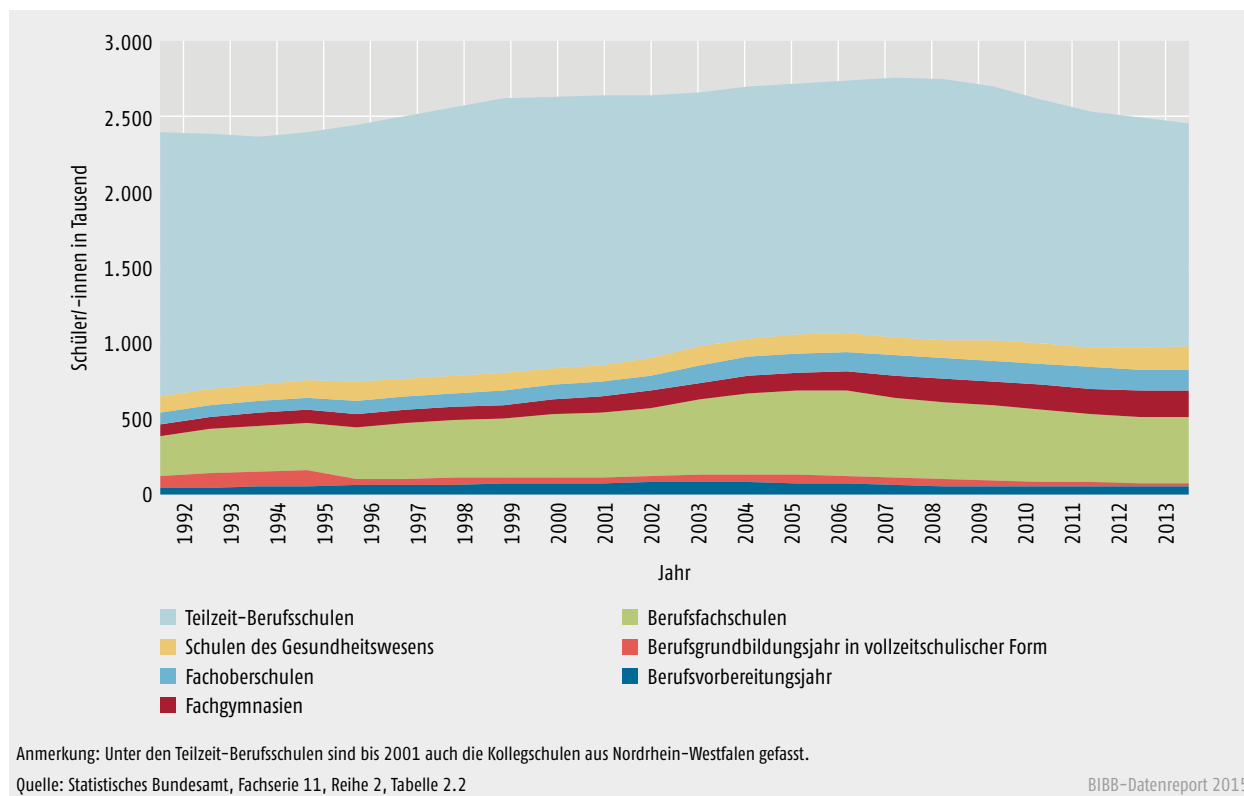


Schulen substanziell seit 1992 gewachsen. Berufsfachschulen (vgl. Kapitel A5.1 und Kapitel A6), an denen vor allem Berufe, die nicht unter BBiG/HwO fallen, ausgebildet werden, stellen gemessen an der Schülerzahl weiterhin die zweitgrößte Ausbildungsstätte des mittleren Qualifikationsbereichs dar. Jedoch sind auch hier die Schülerzahlen rückläufig, wie → **Schaubild C1.1-3** zeigt. Rückgänge sind auch im Übergangsbereich (Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form und Berufsvorbereitungsjahr) zu erkennen, welcher trotz des demografischen Rückgangs nicht vollständig zurückgehen wird (vgl. Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012, Kapitel C). Zuwächse können hingegen die Schulen des Gesundheitswesens verzeichnen, an denen Abschlüsse in nicht-akademischen, bundesrechtlich geregelten Gesundheitsfachberufen und weiteren landesrechtlich geregelten Berufen des Gesundheitswesens erworben werden können (vgl. Kapitel A5.1 und A6). Hierbei handelt es sich um Ausbildungsfelder in einem wachsenden Beschäftigungssegment, das nur zu einem kleinen Teil über BBiG/HwO geregelt ist. Des Weiteren können Fachoberschulen und Fachgymnasien konstante Zuwächse verzeichnen. Beide Ausbildungsstätten ermöglichen neben dem Erwerb fachpraktischer Kenntnisse auch den Erwerb einer Hochschulreife (vgl. Kapitel A6).

Die aggregierten Entwicklungen der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, der Studienanfänger/-innen und der Schüler an den beruflichen Schulen verdeutlichen, dass der duale Ausbildungsbereich neben einer demografiebedingt zurückgehenden Anzahl an Ausbildungsinteressierten (vgl. Kapitel C1.2) auch zunehmende Konkurrenz von alternativen Bildungswegen erfährt. Dies ist zum einen der tertiäre Bereich mit einem wachsenden Ausbildungsangebot. Zum anderen aber auch der Gesundheitsbereich, der Abschlüsse in einem wachsenden Beschäftigungsfeld vermittelt und nur zu kleinen Teilen über BBiG/HwO geregelt ist.

Die aufgezeigten Entwicklungen führen zu der Frage, ob die im Vergleich zu anderen Ausbildungsformen zurückgehende quantitative Bedeutung der dualen Ausbildung langfristig Probleme in der Fachkräftesicherung der Unternehmen aufwirft bzw. für die Jugendlichen in den alternativen Bildungsformen auch die Karrierechancen eröffnet, von denen sie zu Beginn der Ausbildung bzw. des Studiums ausgegangen sind. Um dies zu beantworten, muss der Blick von der Ausbildungsstätte gelöst und auf die Entwicklung der in der Vergangenheit erworbenen Befähigungen nach Tätigkeitsfeldern gerichtet werden. Denn zum einen sind die Ausbildungsberufe im

Schaubild C1.1-3: Schüler/-innen an beruflichen Schulen 1992 bis 2013



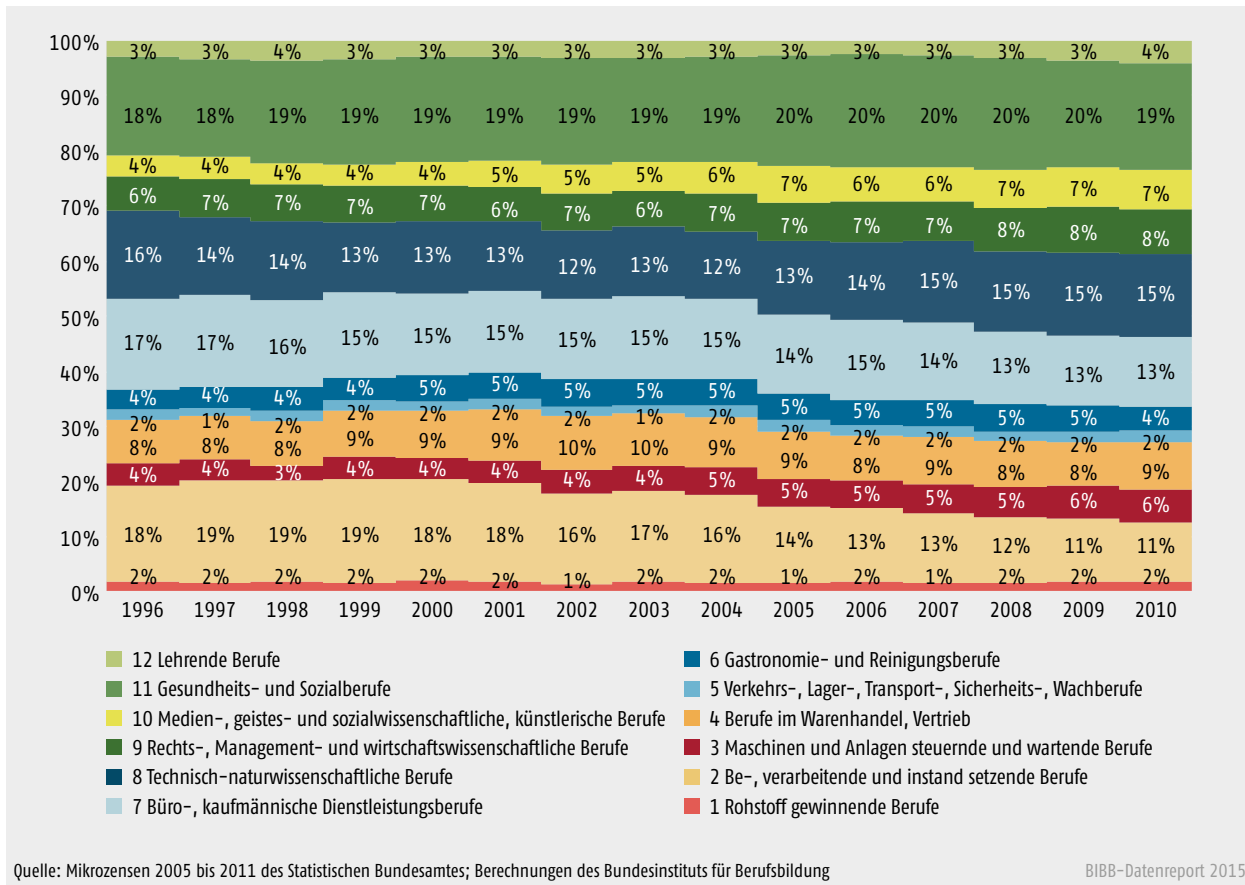
dualen System mit ihren jeweiligen Schwerpunkten breit gefächert, zum anderen bieten die unterschiedlichen Ausbildungsstätten des mittleren Qualifikationsbereichs, aber auch der (Fach-)Hochschulen die Befähigung zur Qualifizierung in teilweise überlappenden Tätigkeitsfeldern. Diese Entwicklung kann dann mit der Arbeitskräftenachfrage in diesen Tätigkeitsfeldern verglichen werden (vgl. Kapitel C3). So besteht z. B. die Möglichkeit, dass ein Unternehmen zwar einen ausgeschriebenen Ausbildungsplatz nicht entsprechend besetzen kann, langfristig aber durch die Rekrutierung vollschulisch oder akademisch ausgebildeter Personen dennoch die eigene Fachkräftenachfrage stillen kann.

Tätigkeitsfelder sind hier die BIBB-Berufsfelder (Tiemann u. a. 2008), in denen die Berufsordnungen der Klassifikation der Berufe 1992 nach ihren jeweiligen Tätigkeits- und Branchenschwerpunkten gruppiert wurden. Ausgehend von den Mikrozensusserhebungen 2005 bis 2011 wird ein gepoolter Datensatz erstellt, der Absolventen und Absolventinnen der Abschlussjahre 1996 bis 2010 enthält.

→ [Schaubild C1.1-4](#) zeigt die Verteilung der Absolventen/

Absolventinnen aus dem berufsbildenden und dem Hochschulbereich nach 12 aggregierten Berufshauptfeldern (Bott u. a. 2010) der Abschlussjahre 1996 bis 2010. Der größte anteilmäßige Rückgang ist demnach in den „Be-, verarbeitenden und instand setzenden Berufen“ von rund 19% zum Ende der 1990er-Jahre auf knapp 11% im Jahr 2010 zu verzeichnen. Auch die „Büro-, kaufmännischen Dienstleistungsberufe“ gehen in diesem Zeitraum um rund 4 Prozentpunkte von 17% auf 13% zurück. Zuwächse verzeichnen vor allem die „Medien-, geistes- und sozialwissenschaftlichen, künstlerischen Berufe“ sowie die „Rechts-, Management und wirtschaftlichen Berufe“. Berufe in diesen Berufshauptfeldern werden vor allem im akademischen Bereich erlangt. Auch in den „Technisch-naturwissenschaftlichen Berufen“ ist nach einem Rückgang bis zum Beginn des neuen Jahrtausends wieder ein Anstieg ersichtlich. Leichte Zugewinne haben auch die Gesundheitsberufe (sowohl akademische als auch nicht-akademische) zu verzeichnen. In den Berufen des mittleren Qualifikationsbereichs zählen die „Berufe im Warenhandel, Vertrieb“ und in den „Maschinen und Anlagen steuernden und wartenden Berufen“ zu den wachsenden Feldern.

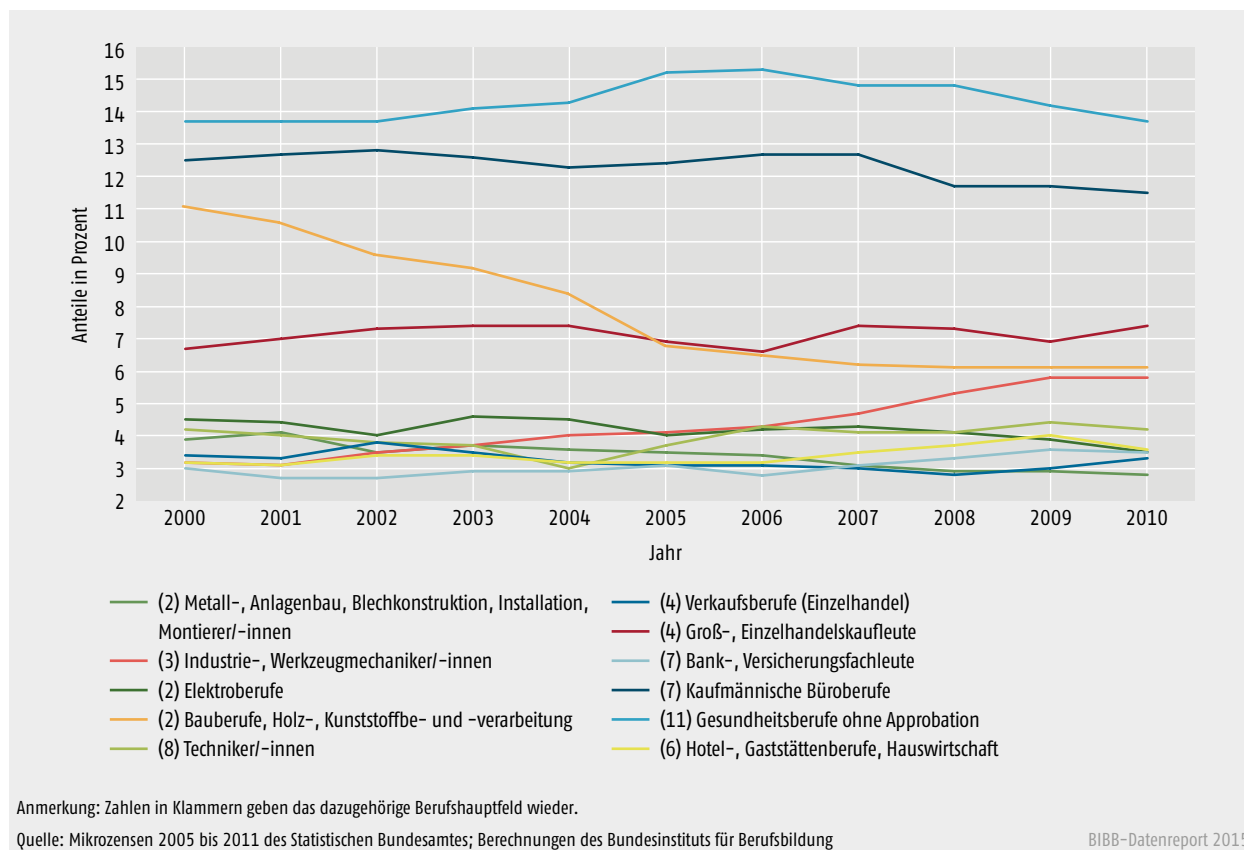
Schaubild C1.1-4: Anteile der erlernten 12 BIBB-Berufshauptfelder von 1996 bis 2010



Obwohl in unterschiedlichen Ausbildungsstätten Fähigkeiten und Fertigkeiten in ähnlichen Sachgebieten erworben werden können, wird deutlich, dass der Aufwuchs des tertiären Bereichs für ein größeres Angebot in den sekundären Dienstleistungsberufen gesorgt hat und der Rückgang der Absolventenanteile verstärkt die handwerkstypischen Berufe und damit duale Ausbildungsberufe getroffen hat. Eine Einzelbetrachtung der für den berufsbildenden Bereich relevanten Berufsfelder mit den größten anteilmäßigen Veränderungen macht dies noch einmal deutlich → **Schaubild C1.1-5**. So haben z. B. die „Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung“, welche zu den „Be-, verarbeitenden und instanz setzenden Berufen“ gezählt werden, den mit Abstand größten Rückgang von 11% im Jahr 2000 auf knapp 6% im Jahr 2010 zu verzeichnen. Im Gegenzug sind allerdings Berufe insbesondere im Bereich des primären Dienstleistungsgewerbes entweder relativ konstant geblieben oder haben anteilmäßig sogar zugenommen.

Zusammenfassend gesagt unterliegt insbesondere der mittlere Qualifikationsbereich Veränderungen. Der demografische Wandel sowie eine höhere Studierneigung und eine stetige Nachfrage nach alternativen beruflichen Bildungswegen bewirken einen Rückgang der Anzahl neuer Ausbildungsverträge. Weiterhin hat sich das Berufswahlverhalten Jugendlicher innerhalb der unterschiedlichen Bildungsstätten verändert. Dieser Wandel im Bildungsverhalten wird langfristig auch den Arbeitsmarkt der Zukunft anders strukturieren. Der folgende Abschnitt skizziert die Auswirkungen des demografischen Wandels und der erhöhten Studierneigung Jugendlicher für die künftige Qualifikationsstruktur der Bevölkerung. Die Auswirkungen des veränderten Berufswahlverhaltens von Jugendlichen im dualen Ausbildungssystem wiederum werden im **Kapitel C3** näher beleuchtet.

Schaubild C1.1-5: Anteile der 10 größten erlernten Berufsfelder innerhalb des nicht-akademischen (beruflichen) Bereichs von 2000 bis 2010



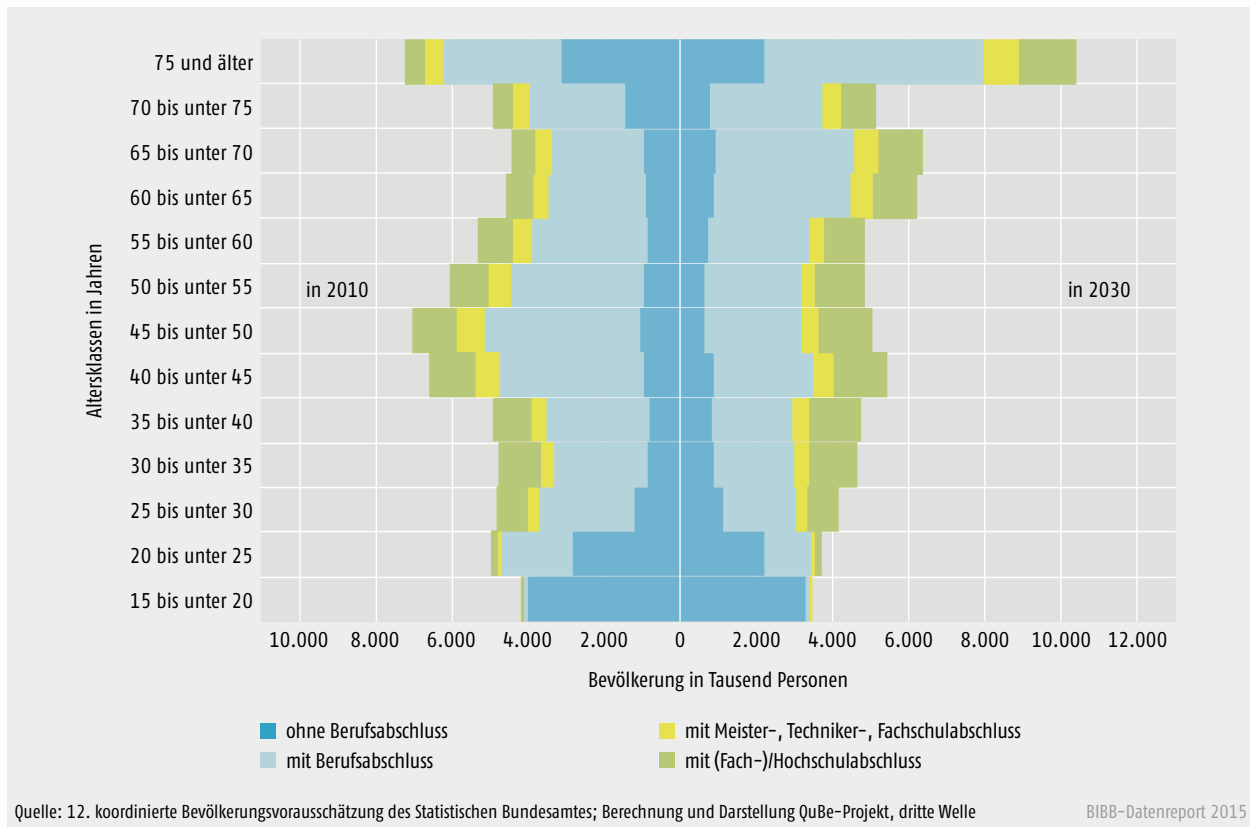
C1.2 Demografische Entwicklung zwischen 2010 und 2030

Wenn die Zahl der Geburten nicht auf dem Stand der letzten Jahre gehalten werden kann, führt dies langfristig zu einer Schrumpfung und Alterung der deutschen Bevölkerung. Bereits seit der Jahrtausendwende ist die Bevölkerung Deutschlands rückläufig. Dieser Alterungsprozess überträgt sich auch auf die erwerbsfähige Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 65 Jahren. In einem Zeithorizont von bis zu 15 Jahren werden nur höhere Wanderungsgewinne Abhilfe schaffen können. Im Zuge der europäischen Wirtschaftskrise hat sich die Zuwanderung nach Deutschland auch stark erhöht, doch selbst bei einem langfristig unterstellten Nettowanderungsgewinn von 200.000 Personen jährlich muss im Vergleich zu 2010 mit einem Bevölkerungsrückgang von knapp 1,9% bis 2030 gerechnet werden (Maier u. a. 2014a). Zeitgleich nimmt der Anteil der über 65-Jährigen

an der Gesamtbevölkerung zu. 2030 wird diese Gruppe schätzungsweise 26,6% an der Gesamtbevölkerung ausmachen, während sie 2010 nur 19,7% der Bevölkerung darstellte. Der Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung nimmt aufgrund dieses Alterungsprozesses ab (2010: 66,9%; 2030: 61%).

Die Alterung der Bevölkerung wird nicht nur die Summe der zur Verfügung stehenden Erwerbspersonen beeinflussen, sondern auch die Qualifikationsstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung verändern. Geht man von den durch die Kultusministerkonferenzen projizierten Entwicklungen im Schul- und Hochschulbereich aus (Kultusministerkonferenz 2012, 2013) und berücksichtigt die derzeitigen Übergänge von den allgemeinbildenden an die berufsbildenden Schulen und (Fach-) Hochschulen sowie die Erfolgsquoten in den verschiedenen Ausbildungsstätten (Maier u. a. 2014b), so zeichnet sich Folgendes ab: Aufgrund der zunehmenden Studier-

Schaubild C1.2-1: Bevölkerung nach Alter und Berufsabschluss im Jahr 2010 im Vergleich zu 2030



neigung der jungen Generationen wird sich der Anteil der 15- bis 65-jährigen Personen mit beruflicher Ausbildung als höchstem erworbenen Abschluss bis 2030 verringern (2010: 50,0%; 2030: 45,5%) und der Anteil mit absolviertem Fach- oder Hochschulstudium zunehmen (2010: 14,8%; 2030: 20,5%). Der Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung mit einem Meister-, Techniker- oder Fachschulabschluss wird sich hingegen nahezu konstant bei 7,6% halten.

→ **Schaubild C1.2-1** veranschaulicht, wie beide Beobachtungen miteinander zusammenhängen. 2010 waren die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre zwischen 40 und 50 Jahre alt. Diese werden 2030 zwischen 60 und 70 Jahre alt sein. Die stärksten Alterskohorten werden somit über 60 Jahre alt sein und deshalb dem Arbeitsmarkt von Jahr zu Jahr immer weniger zur Verfügung stehen. Mit diesen Altersgruppen nimmt zum einen der Anteil der Bevölkerung ohne Berufsabschluss ab. Zum anderen bewirkt ein insgesamt niedrigeres Neuangebot an Erwerbspersonen, dass nicht mehr so viele Personen

mit Berufsausbildung in das Erwerbsalter eintreten, wie Personen es verlassen werden. Daher sinkt die Anzahl der Personen mit Berufsausbildung insgesamt. Gleichzeitig lässt sich erkennen, dass sich die jeweiligen Anteile in den Altersklassen an Personen mit abgeschlossenem (Fach-) Hochschulstudium halten bzw. leicht zunehmen. Gerade auch in den jüngeren Kohorten (unter 35 Jahren) wird bis 2030 die Anzahl der (Fach-)Hochschulabsolventen/-absolventinnen ansteigen. So verschiebt sich die Qualifikationsstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung dahin, dass insgesamt der Anteil der Bevölkerung mit akademischem Grad steigt, während die erwerbsfähige Bevölkerung mit und ohne Berufsabschluss zurückgeht.

(Robert Helmrich, Tobias Maier, Caroline Neuber-Pohl)

C1.3 Qualifikations- und Arbeitskräftepotenzial von jungen Menschen

Zur Einschätzung von Passungsproblemen auf dem Ausbildungsmarkt ist es naheliegend, die schulischen und beruflichen Qualifikationsstrukturen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren und damit das Arbeitskräftepotenzial dieser Alterskohorte genauer zu betrachten.²⁹⁴

Nach Angaben des Mikrozensus 2011 haben in Deutschland 95,3% der rund 14,8 Mio. jungen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren einen *Schulabschluss*, davon verfügen 51,6% über einen Abschluss des Sekundarbereichs I und 43,5% über eine Hochschulzugangsberechtigung → **Tabelle C1.3-1**. Ohne einen schulischen Abschluss verbleiben rund 470.000 bzw. 3,2% aller jungen Menschen in dieser Altersgruppe.²⁹⁵ Was die *beruflichen Abschlüsse* der Altersgruppe anbelangt, so gehören 2,1 Mio. bzw. 14,0% zur Gruppe derjenigen ohne formale berufliche Qualifikation (vgl. **Kapitel A8.3**). Dem stehen rund 9,9 Mio. Personen mit einer formalen Qualifikation gegenüber (66,7%). 18% bzw. 2,6 Mio. befinden sich in dieser Alterskohorte noch in einer beruflichen Ausbildung. Damit liegt das schulische Qualifikationspotenzial bei rund 0,5 Mio. Personen und das berufliche Qualifikationspotenzial bei rund 2,1 Mio.

Um das Arbeitskräftepotenzial dieser Altersgruppe genauer einschätzen zu können, kann als Nächstes untersucht werden, welche Personen erwerbstätig sind, welche sich nicht in einer Erwerbstätigkeit befinden und damit nach entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen als qualifizierte Arbeitskräfte infrage kommen. Im Ergebnis sind von den *Personen ohne beruflichen Abschluss* mit 1,1 Mio. knapp über die Hälfte erwerbstätig (52,4%)²⁹⁶,

unter den *Personen mit einem beruflichen Abschluss* sind dies rund 8,4 Mio. (84,8%) → **Tabelle C1.3-1**.²⁹⁷ Daraus ergibt sich ein Erwerbspersonenpotenzial von insgesamt 2,4 Mio. Personen unter den 20- bis 34-Jährigen, von denen 1,1 Mio. Personen ohne Berufsabschluss bedarfsadäquat nachträglich zu qualifizieren wären.

Eine Einschätzung des Qualifikations- und Arbeitskräftepotenzials auf Basis des Mikrozensus 2011 lässt sich auch noch stärker gruppenspezifisch betrachten, eine Information, die insbesondere für eine Nachqualifizierung dieser Personengruppen von Relevanz ist. So sind z. B. von den 472.000 *Personen ohne schulischen Abschluss* 87,3% auch ohne eine formale Berufsqualifikation geblieben → **Tabelle C1.3-1** (Teil 2) und von diesen bleiben wiederum 53,6% erwerbslos → **Tabelle C1.3-1** (Teil 3). Immerhin haben im Gegensatz dazu 5,1% bzw. 24.000 junge Erwachsene eine formale berufliche Qualifikation erreicht, befinden sich mit 29,2% aber in keiner Erwerbstätigkeit. 36.000 Personen absolvieren noch eine Ausbildung. Von denjenigen, die einen *schulischen Abschluss im Sekundarbereich I* vorweisen können, blieben mit 1,3 Mio. Personen rund 17% ohne einen formalen beruflichen Abschluss → **Tabelle C1.3-1** (Teil 2) und sind zu 44,2% erwerbslos → **Tabelle C1.3-1** (Teil 3). 5,7 Mio. Personen im Alter zwischen 20 und 35 Jahren und damit insgesamt 74,6% erreichen mit diesem Schulabschluss zwar auch einen formal anerkannten Berufsabschluss, sind aber dennoch zu 14,6% erwerbslos gemeldet. 8,4% befinden sich zum Erhebungszeitpunkt noch in einer Ausbildung. Bei Jugendlichen bzw. *jungen Erwachsenen mit einer Hochschulzugangsberechtigung* liegt der Anteil der Personen, die keine formale Qualifikation erhalten haben, nur bei 5,4%, sie sind dann aber zu 38,2% erwerbslos. Die Erwerbschancen von Personen mit Hochschulzugangsberechtigung sind ähnlich hoch wie bei denjenigen mit einem mittleren Schulabschluss. Hier befinden sich nur 14,6% in keiner Erwerbstätigkeit. In Ausbildung befinden sich insgesamt 30,2%. Insgesamt könnten rund 2,2 Mio. Jugendliche angesprochen werden, die zwar nicht erwerbstätig sind, aber zumindest über einen Schulabschluss verfügen. Von diesen wiederum müssten 33% beruflich qualifiziert werden.

294 Hinsichtlich der Erwerbschancen lässt sich dies für junge Menschen bis zum Alter von 34 Jahren hinreichend beschreiben, da ab diesem Zeitpunkt keine nennenswerten weitere formale Höherqualifizierung mehr zu erwarten ist.

295 Zu rund 26.000 Personen (1,7%) liegen keine Informationen vor.

296 Als zusätzliche Informationen sind noch folgende Hinweise wichtig: (1) Personen, denen trotz fehlenden Berufsabschlusses der Zugang zum Arbeitsmarkt gelungen ist, haben ebenso häufig einen unbefristeten Arbeitsvertrag wie Fachkräfte (beide knapp 70%), sind aber häufig unterbeschäftigt. (2) Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von nicht formal Qualifizierten liegt bei rund 3 Stunden unter der Wochenarbeitszeit der Ausgebildeten, sie tragen daher – auf eine Arbeitswoche berechnet – 10% der gesamten Arbeitsstunden dieser Altersgruppe bei. (3) Nur 65% der Ungelernten sind vollzeitbeschäftigt, von den Gelernten sind es 80%. 18% der ungelerten Teilzeitbeschäftigten würden gern mehr arbeiten, von den Teilzeitbeschäftigten mit Abschluss sagen das nur 8%. (4) 72,3% der Erwerbstätigen ohne formale Qualifizierung waren sozialversicherungspflichtig beschäftigt (Teil 4), 17,8% geringfügig beschäftigt, 5,2% selbstständig und 2,1% hatten einen sogenannten Ein-Euro-Job.

297 Erwerbstätigkeit wird nach dem ILO-Konzept (International Labor Organisation) erfasst, nachdem Personen als erwerbstätig gelten, wenn sie mindestens eine Stunde in der Woche gegen Bezahlung arbeiten bzw. selbstständig sind oder als unbezahltes mithelfendes Familienmitglied arbeiten. Erwerbspersonen dagegen sind Personen, die ihren Erwerbwunsch (Erwerbstätige) realisiert haben, und Personen, denen dies noch nicht gelungen ist (Erwerbslose). Vgl. dazu: Bundesagentur für Arbeit 2009.

Tabelle C1.3-1: **Verbleib der Erwerbspersonen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren (absolut und Prozentanteil an der jeweiligen Teilgruppe) 2011**

Alle 20- bis 34-Jährigen in Deutschland 14.813.000															
darunter: noch Schüler oder keine Angabe zum Schulabschluss 221.000															
(1)	Schulabschluss														
	ohne Schulabschluss 472.000			mit Sek-I-Abschluss 7.646.000			mit HZB ¹ 6.447.000								
I.	alle 20- bis 34-Jährigen			3,2	alle 20- bis 34-Jährigen			51,6	alle 20- bis 34-Jährigen			43,5			
II.	Deutsche ohne Migrationshintergrund			2,0	Deutsche ohne Migrationshintergrund			52,1	Deutsche ohne Migrationshintergrund			45,8			
III.	Migranten			7,1	Migranten			53,5	Migranten			39,0			
(2)	Berufsabschluss oder in Ausbildung														
	nein 412.000	in Ausb. 36.000	ja 24.000	nein 1.303.000	in Ausb. 640.000	ja 5.703.000	nein 351.000	in Ausb. 1.944.000	ja 4.152.000						
I.	87,3	7,6	5,1	17,0	8,4	74,6	5,4	30,2	64,4						
II.	83,6	9,5	6,9	11,8	7,7	80,5	3,8	8,4	87,8						
III.	90,7	5,8	5,1	33,0	10,5	56,4	10,6	14,1	75,4						
(3)	erwerbstätig														
	nein 221.000	ja 191.000		nein 7.000	ja 17.000	nein 576.000	ja 727.000		nein 832.000	ja 4.871.000	nein 134.000	ja 217.000		nein 608.000	ja 3.544.000
I.	53,6	46,4		29,2	70,8	44,2	55,8		14,6	85,4	38,2	61,8		14,6	85,4
II.	50,2	49,8		73,4	26,6	53,0	47,0		13,6	86,4	64,9	35,1		12,4	87,6
III.	43,5	56,5		65,9	34,1	58,9	41,1		18,9	81,1	57,8	42,2		75,9	24,1
(4)															
alle	SVB ²	138.000		SVB ²	14.000	SVB ²	535.000		SVB ²	4.314.000	SVB ²	144.000		SVB ²	3.033.000
	geringf. Besch.	34.000		geringf. Besch.	2.000	geringf. Besch.	129.000		geringf. Besch.	228.000	geringf. Besch.	43.000		geringf. Besch.	214.000
	Selbst.	10.000		Selbst.	0	Selbst.	50.000		Selbst.	230.000	Selbst.	26.000		Selbst.	238.000
	1-€-Job	4.000		1-€-Job	0	1-€-Job	14.000		1-€-Job	12.000	1-€-Job	2.000		1-€-Job	1.000
	NEP ³	160.000		NEP ³	3.000	NEP ³	328.000		NEP ³	456.000	NEP ³	99.000		NEP ³	460.000
	arbeitslos	61.000		arbeitslos	4.000	Arbeitslos	249.000		arbeitslos	375.000	Arbeitslos	34.000		arbeitslos	148.000

¹ HZB: Hochschulzugangsberechtigung
² SVB: sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
³ NEP: Nichterwerbspersonen

Quelle: Forschungsdatenzentrum des Bundes und der Länder; Mikrozensus 2011 suf; Berechnungen des des Bundesinstituts für Berufsbildung BIBB-Datenreport 2015

Von den 2,6 Mio. Personen in dieser Altersgruppe, die eine eigene Migrationserfahrung²⁹⁸ besitzen, haben rund 8,1% keinen schulischen Abschluss und davon wiederum 92,5% auch keinen beruflichen Abschluss → [Tabelle](#)

298 Personen mit eigener Migrationserfahrung sind i. d. R. aus dem Ausland zugezogene Personen.

C1.3-1 (Teil 3). In dieser Gruppe ist auch die Erwerbslosigkeit mit 57,1% höher als bei allen anderen jungen Menschen in Deutschland. Absolventen/Absolventinnen mit einem Schulabschluss der Sekundarstufe I und eigener Migrationserfahrung (49,8%) bleiben zu 35,9% ohne beruflichen Abschluss und sind in der Folge zu 41,1% erwerbslos. Personen mit eigener Migrationserfahrung und

einer Hochschulzugangsberechtigung kommen auf einen Prozentsatz von 39,9%. Davon bleiben rund 12% ohne Berufsabschluss, 25,6% befinden sich noch im Studium, 62,4% haben ähnlich wie die jungen Erwachsenen ohne eigene Migrationserfahrung ihren (Fach-)Hochschulabschluss erreicht.

Insgesamt ist der Personenkreis der nicht formal Qualifizierten und damit diejenigen, die für Nachqualifizierungsmaßnahmen infrage kämen, sehr heterogen und hat unterschiedliche Vorqualifikationen. Wie oben erwähnt, sind mit rund 351.000 Personen unter den Personen mit Hochschulzugangsberechtigung fast genauso viele ohne formale Qualifizierung wie unter denjenigen ohne Schulabschluss. Dieses Potenzial könnte durch entsprechende Qualifikation für den Arbeitsmarkt genutzt werden. Besonderes Augenmerk sollte aber auch auf diejenigen gelegt werden, die zwar einen Schulabschluss der Sekundarstufe I haben, die aber ohne formale Qualifikation bleiben und auch nicht in Ausbildung sind. Diese Gruppe bietet ein großes Qualifikations- und künftiges Arbeitskräftepotenzial. Darunter befinden sich viele junge Menschen mit eigenem Migrationshintergrund, die arbeitslos bzw. erwerbslos sind.

Hervorzuheben ist, dass das derzeit ungenutzte Qualifikations- und Arbeitskräftepotenzial an jungen Menschen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren, das zwar eine schulische Qualifikation, aber keine berufliche Qualifikation aufweist, bei rund 0,7 Mio. liegt. Dazu kommen noch rund 1,4 Mio. Personen, die zwar formal qualifiziert, aber erwerbs- oder arbeitslos gemeldet sind, sowie weitere 221.000 beschäftigungslose Personen, die weder eine schulische noch eine berufliche Qualifikation haben.

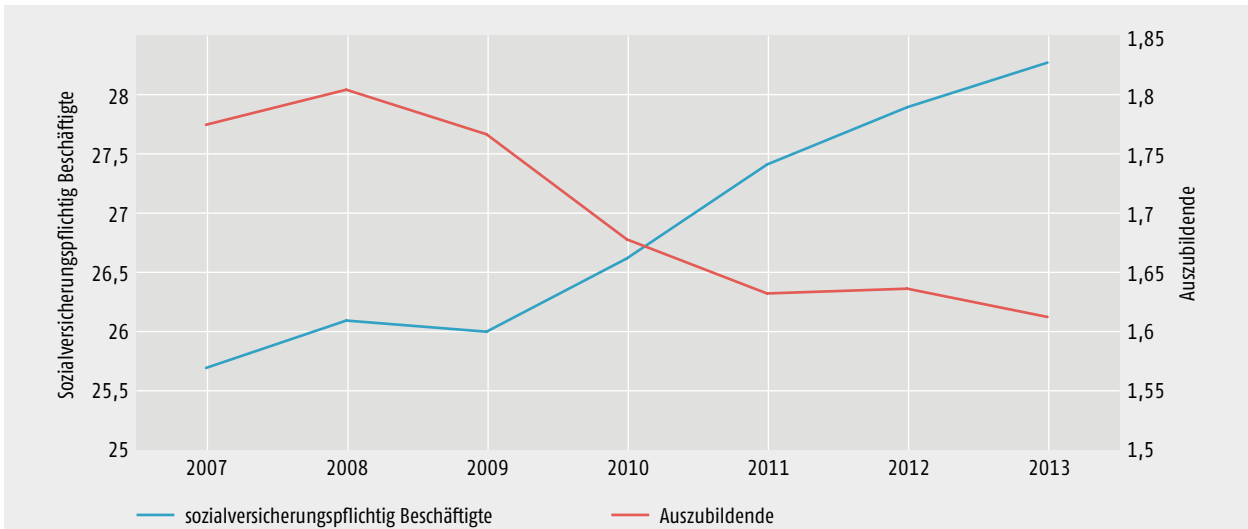
(Robert Helmrich, Klaus Troltsch)

C1.4 Entwicklung der Bildungs- beteiligung der Wirtschaft

Auch auf der Angebotsseite des Ausbildungsmarktes haben sich aufgrund der Entwicklungen in der Demografie (vgl. Kapitel C1.2) und im Bildungsverhalten der Schulabsolventen/-absolventinnen (vgl. Kapitel C1.1) Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur und im Zusammenhang zwischen Beschäftigung und Ausbildung ergeben. Neben den Entwicklungen in der Gesellschaft bzw. im Bildungssystem und ihren Einflüssen auf Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt muss auch auf ökonomische Entwicklungen hingewiesen werden, die sich auf die Beteiligung von Betrieben an der Ausbildung Jugendlicher ausgewirkt haben. So haben der starke Anstieg der Beschäftigung, der nochmals gestiegene Anteil der Exportwirtschaft am Wirtschaftswachstum und der in manchen Branchen bestehende Fachkräftemangel zu spezifischen Qualifikationsanforderungen und einem großen Bedarf an Fachkräften geführt (vgl. Kapitel C3). Anhand von Daten der amtlichen Beschäftigungsstatistik kann im Folgenden gezeigt werden, dass sich Beschäftigung und Ausbildung in den letzten Jahren zu einem großen Teil gegenläufig entwickelt haben (vgl. Kapitel A4.10.1). Hier ist zu vermuten, dass nicht nur Veränderungen im Bildungssystem und im Bildungsverhalten von Jugendlichen, sondern auch ökonomische Trends zum Rückgang in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung geführt haben und Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt immer auch eine Mischung aus beiden Bereichen darstellen.

Ausgehend von der mehrfach untersuchten Hypothese, dass die Entwicklung der Ausbildung immer eng an die Entwicklungen in der Beschäftigung von qualifizierten Fachkräften (Troltsch/Walden 2010; Walden/Troltsch 2012) gebunden war, zeigen sich in den letzten Jahren Erosionserscheinungen im Verhältnis zwischen Fachkräftebedarf und Fachkräftezuwachs auf der einen Seite und der betrieblichen Ausbildung von Nachwuchskräften auf der anderen Seite (Bellmann u. a. 2014a; Bellmann u. a. 2014b). In → **Schaubild C1.4-1** ist dargestellt, wie sich trotz guter Verhältnisse auf den Arbeitsmärkten mit einer extrem günstigen Beschäftigtenentwicklung der Anteil an Auszubildenden seit 2007 immer weiter verringert hat.

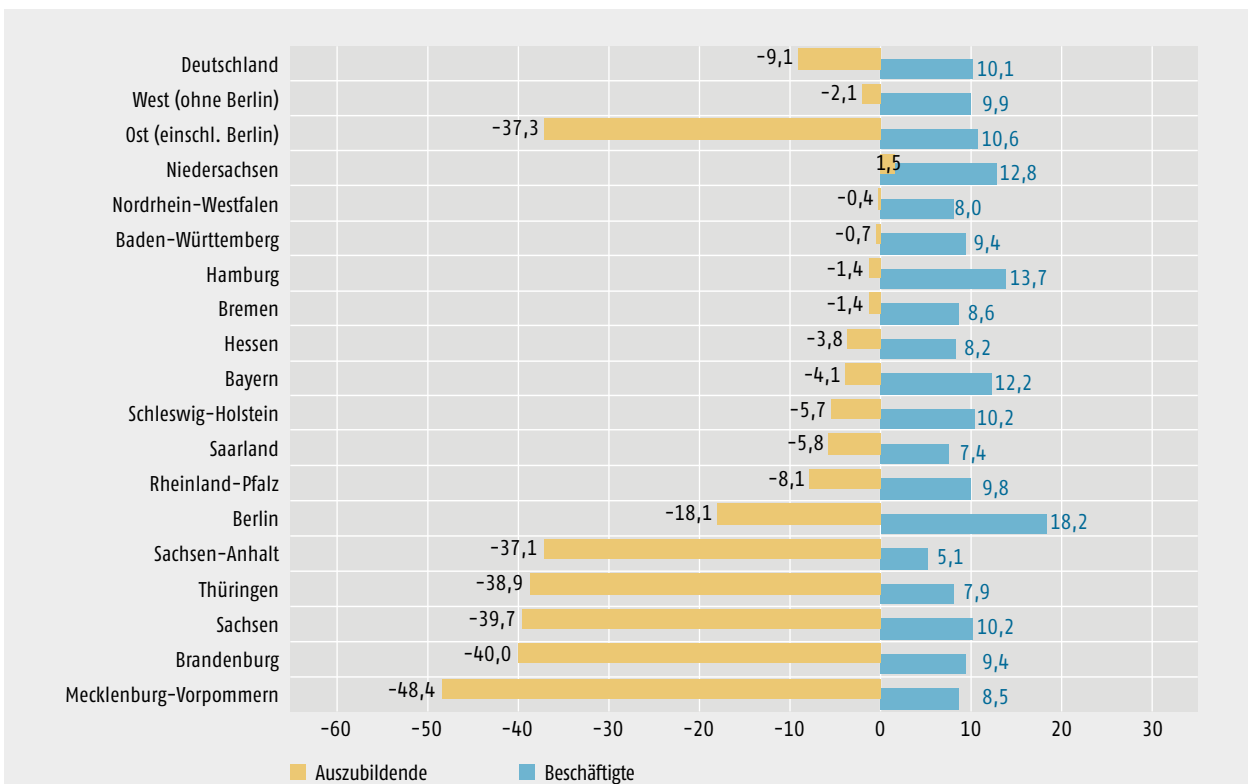
Schaubild C1.4-1: **Entwicklung der Bestände an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Auszubildende) und Auszubildenden 2007 bis 2013 (in Mio.)**



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (Stichtag jeweils 31. Dezember); Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

Schaubild C1.4-2: **Entwicklung der Auszubildenden- und Beschäftigtenbestände (ohne Auszubildende) 2013 im Vergleich zu 2007 nach Bundesländern (in %)**



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (Stichtag jeweils 31. Dezember); Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

Diese Entwicklung der Zahl der Auszubildenden ist umso erstaunlicher, als nicht nur die Zahl der offiziell registrierten Bewerber/-innen im Untersuchungszeitraum relativ konstant geblieben ist, die schulische Vorbildung der Ausbildungsstellenbewerber/-innen relativ unverändert geblieben ist (vgl. Kapitel C2.3) und die Gesamtzahl an Ausbildungsinteressierten innerhalb von 4 Jahren auch nur um 5% zurückgegangen ist (vgl. Kapitel A1). Auch das Angebot an ungelerten jungen Erwachsenen ist mit über 1,3 Mio. Personen ein immer noch ausschöpfbares Potenzial für nachträgliche berufliche Qualifizierungen (vgl. Kapitel C1.3).

Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen stehen Passungsprobleme zwischen Beschäftigung und Ausbildung in regionaler, sektoraler und beruflicher Hinsicht. Wie sich an den Ergebnissen zur regionalen Entwicklung von Ausbildung und Beschäftigung nach Bundesländern ablesen lässt (→ Schaubild C1.4-2), kann ein nicht unbeträchtlicher Teil der rückläufigen Entwicklung in der

Ausbildung in Deutschland auf die hohen Rückgänge in den neuen Bundesländern zurückgeführt werden (vgl. Kapitel A4.10.1). Bis auf Berlin verlieren die meisten ostdeutschen Länder weit mehr als ein Drittel ihrer Auszubildendenbestände, seit 2007 insgesamt 132.000. Das westliche Bundesgebiet kommt auf einen durchschnittlichen Rückgang von etwa 2%, ein Rückgang um etwa 30.000 Auszubildende. Was die Beschäftigung im Untersuchungszeitraum betrifft, so zeigen sich analog zum Westen vergleichbar günstige Entwicklungen in den neuen Bundesländern. Es liegt nahe, dass die Entwicklung im östlichen Bundesgebiet insbesondere folgende Ursachen hat: die demografische Entwicklung, eine besondere Verteilung in der schulischen Qualifikation von Schulabgängern und -abgängerinnen mit sehr hohen Anteilen an Realschulabsolventen (vgl. Kapitel A1.1), ein verändertes Bildungsverhalten der Jugendlichen (vgl. Kapitel C1.1) sowie eine hohe Mobilität von Jugendlichen (vgl. Kapitel A1.4.1).

Schaubild C1.4-3: Entwicklung der Auszubildenden und Beschäftigten (ohne Auszubildende) 2013 im Vergleich zu 2007 nach Wirtschaftssektoren (in %)

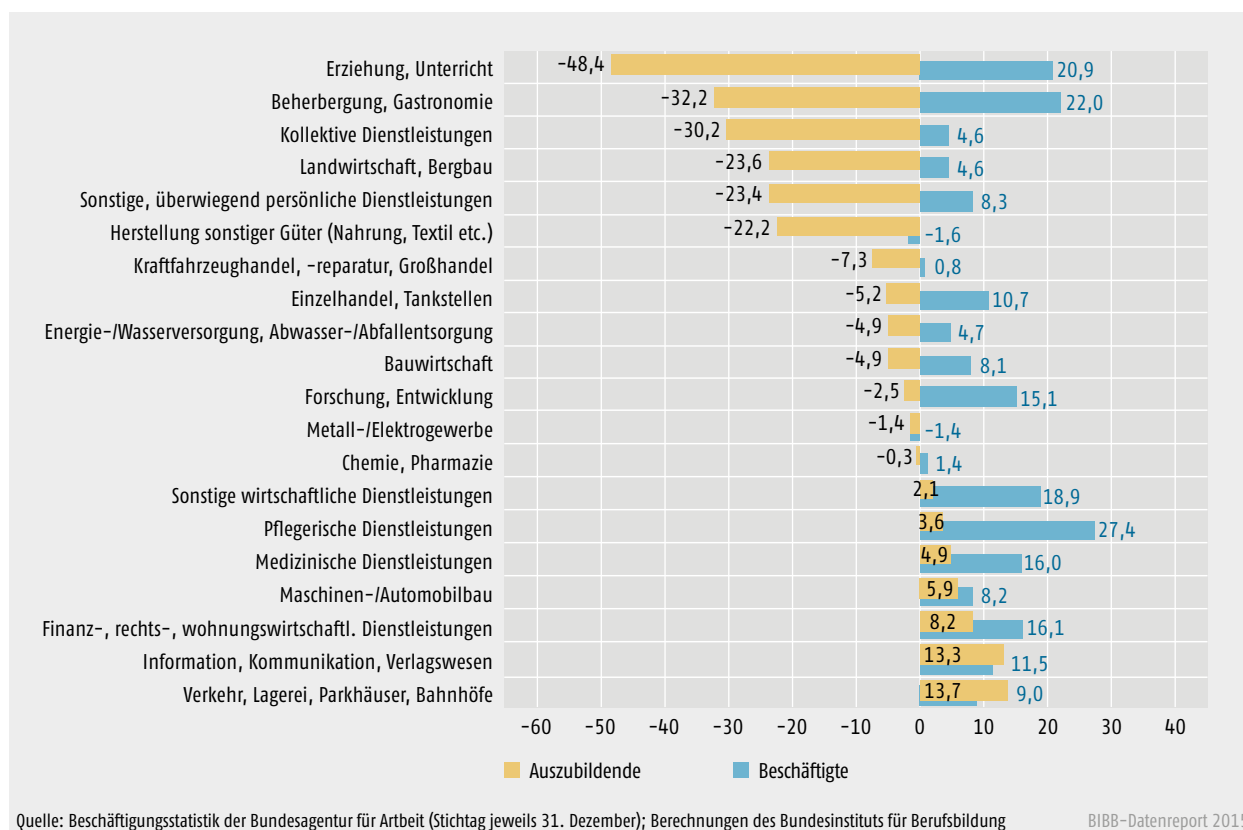
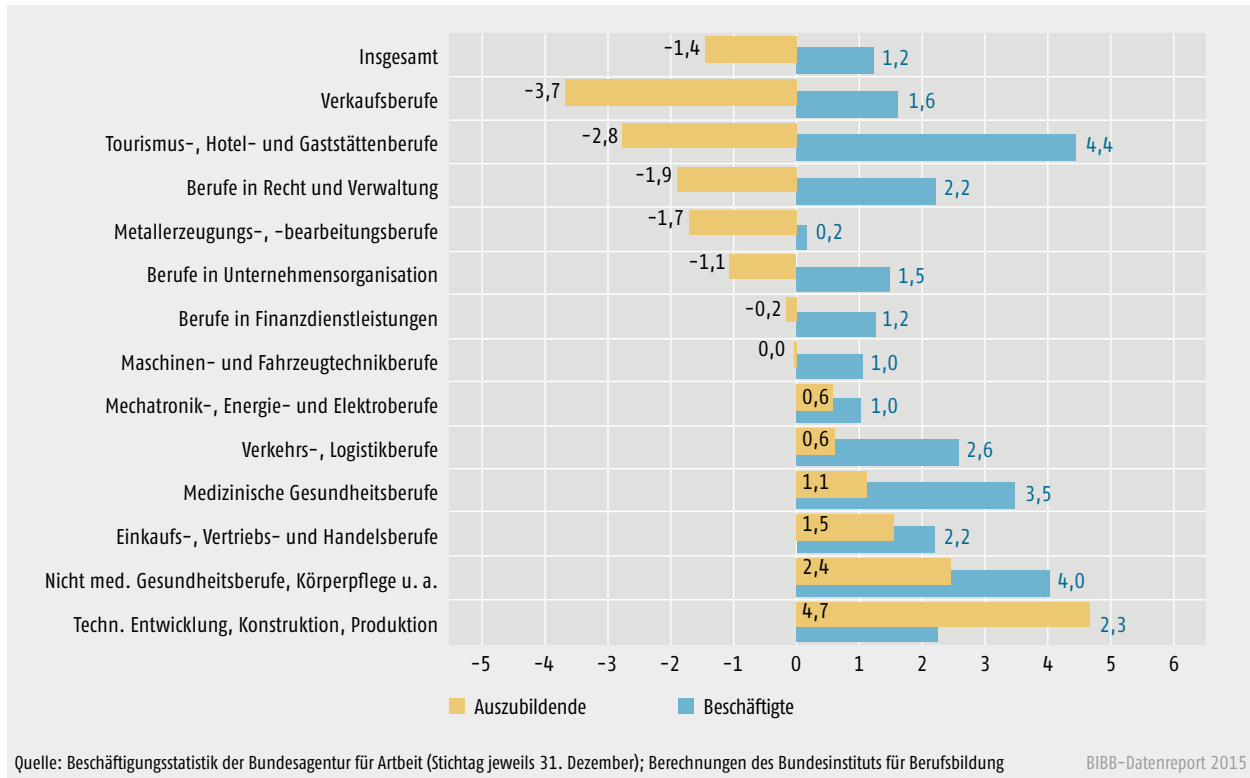


Schaubild C1.4-4: Entwicklung der Auszubildenden und Beschäftigten (ohne Auszubildende) zwischen 2012 und 2013 nach Berufssectoren (in %)



Nicht nur unter regionalen Aspekten lassen sich disparate Entwicklungen feststellen. Eine Auswertung nach sektoralen Unterschieden in der Entwicklung von Ausbildung und Beschäftigung lässt erkennen, dass es sich hier eher um wirtschaftlich bedingte Trends auf dem Ausbildungsmarkt und zum Teil um Sondereffekte in speziellen Einzelbranchen zu handeln scheint → [Schaubild C1.4-3](#). Als Erstes ist hier der starke Abbau außerbetrieblicher Ausbildungsstellen im Sektor „Erziehung und Unterricht“ und der Rückgang von Ausbildungsstellen im öffentlichen Sektor („kollektive Dienstleistungen“) zu nennen.

Weiterhin lassen sich im privatwirtschaftlichen Bereich 3 unterschiedliche Entwicklungsmuster in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung identifizieren:

- Sektoren mit überdurchschnittlich steigenden Beschäftigten- und etwas weniger steigenden Auszubildendenzahlen. Hierunter fallen z. B. Bereiche wie das Informationsgewerbe und unternehmensnahe Dienstleistungen, aber auch der Maschinen- und Automobilbau. Dies sind Bereiche, die in beson-

derer Weise von der generellen wirtschaftlichen Entwicklung und vom Export profitiert haben, zum großen Teil aber nicht zu den ausbildungsintensiven Sektoren gehören. Auch der Sektor der pflegerischen und medizinischen Dienstleistungen verzeichnet aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland eine steigende Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften, von denen auch die Ausbildung in etwas geringerem Maße profitieren konnte ([vgl. Kapitel C1.2](#)).

- Bereiche mit teilweise stark steigenden Beschäftigten-, aber stagnierenden oder etwas rückläufigen Auszubildendenbeständen. Dazu zählen u. a. die Bauwirtschaft, der Einzelhandel sowie der Bereich des Kraftfahrzeug- und Großhandels. Hier kann nicht zuletzt aufgrund der insgesamt nur durchschnittlichen Beschäftigungsentwicklung zwischen 2007 und 2013 vermutet werden, dass diese Bereiche aufgrund ihrer Abhängigkeit von der Binnenkonjunktur und -nachfrage auch nur einen geringeren Bedarf an neuen Auszubildenden hatten.

- ▶ Im dritten Bereich an Wirtschaftszweigen kommt es trotz passabler Beschäftigungsentwicklungen zu einem am Durchschnitt gemessenen überproportionalen Abbau von Auszubildendenbeständen. Das Beherbergungs- und Gastronomiegewerbe sowie der Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen sind hierfür Beispiele. Hier zeigen sich vermutlich sowohl die Folgen eines veränderten Bildungsverhaltens von Jugendlichen wie auch die in diesem Untersuchungszeitraum schwieriger gewordenen Wirtschaftsbedingungen für die Branchen.

Als Ursachen für diese verschiedenen Entwicklungsmuster sind neben Passungsproblemen zwischen den Ausbildungswünschen von Jugendlichen und dem Angebot an Ausbildungsberufen auch Entwicklungen in den einzelnen Branchen aufgrund von ökonomischen Rahmenbedingungen zu vermuten.

Abschließend soll noch kurz auf die Entwicklung nach Berufssektoren eingegangen werden.²⁹⁹ In → **Schaubild C1.4-4** sind ausgewählte Berufssektoren dargestellt, die im Jahr 2013 über mindestens einen Anteil von 3% aller Auszubildenden verfügen. Insgesamt sind hier drei Viertel aller Auszubildenden in insgesamt 13 Berufssektoren zu finden. Dabei zeigt sich – anders als in der sektoralen Auswertung – kein einheitlich negativer Trend bei den Dienstleistungsberufen. Zwar sind auf der einen Seite z. B. die Bestandszahlen bei den Verkaufsberufen und den Hotel- und Gastronomieberufen zwischen 2012 und 2013 rückläufig, auf der anderen Seite weisen Dienstleistungsberufe wie die Gruppe der Einkaufs-, Vertriebs- und Handelsberufe im Vorjahresvergleich einen positiven Trend auf. Gewerblich-technische Berufe halten sich in etwa auf dem Vorjahresniveau.

(Klaus Troltsch)

299 Durch die Revision der Beschäftigtenstatistik und die Überarbeitung der Klassifikation der Berufe können berufsbezogene Auswertungen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit erst ab 2012 durchgeführt werden.

C2 Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung aufgrund von ausgewählten Passungsproblemen auf Betriebsebene

In **Kapitel C1** wurden zentrale Entwicklungen in den Rahmenbedingungen des Ausbildungsmarktes sowohl auf Angebots- wie auf Nachfrageseite dargestellt. Im folgenden Kapitel geht es nun darum, auf Einzelbetriebsebene zu untersuchen, wie Passungsprobleme im Einzelnen aussehen und wie es zu einem Mismatch zwischen Angebot und Nachfrage auf Einzelbetriebsebene kommt. Verwendet werden hierzu die Betriebsdaten der Erhebungswellen 2011 bis 2013 des BIBB-Qualifizierungspanels (vgl. **E** in **Kapitel C2.6**), der Kosten-Nutzen-Erhebung (BIBB-CBS) 2012/2013 (vgl. **E** in **Kapitel A7.3**) und des Betriebspanels des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (vgl. **E** in **Kapitel C2.6**).

Wichtige Indikatoren für mögliche Passungsprobleme auf Betriebsebene sind

- ▶ eine über längere Zeit rückläufige Ausbildungsbeteiligung und damit zusammenhängende Probleme bei der Besetzung von Ausbildungsstellen (vgl. **Kapitel C2.1**),
- ▶ unangemessene Rekrutierungsverfahren der Betriebe bei der Besetzung ihrer Ausbildungsstellen angesichts von Angebotsüberhängen auf dem Ausbildungsmarkt (mit einer Vielzahl an unbesetzten Ausbildungsstellen bei gleichzeitig hohen Beständen an unversorgten Bewerberinnen und Bewerbern) (vgl. **Kapitel C2.2**),
- ▶ qualifikatorische Passungsprobleme zwischen den schulischen Vorbildungen der Schulabsolventen und den Qualifikations- und Kompetenzanforderungen von Betrieben an Ausbildungsstellenbewerbern (vgl. **Kapitel C2.3**),
- ▶ regionale und berufliche Passungsprobleme zwischen Angebot und Nachfrage und den Möglichkeiten der Betriebe, über eine höhere Investitionsbereitschaft Passungsproblemen zu begegnen (vgl. **Kapitel C2.4**),
- ▶ ein überdurchschnittlicher oder zunehmender Anteil an vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen (vgl. **Kapitel C2.5**),

- niedrige oder rückläufige Übernahmequoten von Auszubildenden in Beschäftigung (Passungsprobleme an der sogenannten zweiten Schwelle) (vgl. Kapitel C2.6).

Als weitere Indikatoren für Mismatchprozesse können z. B. die Entwicklungen in den relativen Beständen an unbesetzten betrieblichen Ausbildungsstellen herangezogen werden.³⁰⁰ Ebenso dazu gehören Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt, die durch Mismatchprozesse auf dem Arbeitsmarkt ausgelöst werden. Zu diesen Problem-bereichen sind bereits an anderer Stelle einschlägige Analyseergebnisse veröffentlicht worden.³⁰¹

Folgende Schwerpunkte werden nachfolgend behandelt: Zunächst wird in Kapitel C2.1 untersucht, ob die rückläufige betriebliche Ausbildungsentwicklung alle Betriebe in gleichem Ausmaß betrifft oder ob sich in den letzten Jahren spezifische Passungsprobleme in bestimmten Betriebsgrößenklassen ergeben haben und welche Gründe für diesen qualifikatorischen Mismatch bestehen. Vermutet wird, dass die in vielen Ausbildungsmarktregionen (vgl. Kapitel A1 und A1.2) vorhandenen Passungsprobleme zwischen der Angebots- und der Nachfrageseite darin bestehen, dass Informationen über Ausbildungsstellenangebote nur unzureichend vermittelt werden. Diese Art von informationellem Mismatch wird in Kapitel C2.2 untersucht. Dort werden Ergebnisse einer empirischen Analyse zu den Rekrutierungsmöglichkeiten und -problemen von Betrieben präsentiert. In Kapitel 2.3 steht der qualifikatorische Mismatch zwischen den Anforderungen der Betriebe und den schulischen Qualifikationen der Ausbildungsstellenbewerber/-innen im Vordergrund. Hier geht es um die Frage, inwieweit diese Form von Passungsproblemen zu einer rückläufigen Entwicklung in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung geführt hat.

In den Kapiteln C2.4 bis C2.6 werden neben den betrieblichen Passungsproblemen auch mögliche Lösungsstrategien der Betriebe aufgezeigt. In Kapitel C2.4 wird zunächst dargestellt, wie Betriebe mit Passungsproblemen an der ersten Schwelle umgehen, wenn sie auf den regionalen Ausbildungsstellenmärkten zu wenige Ausbildungsstellenbewerber/-innen finden oder

die angebotenen Ausbildungsberufe bei den Ausbildungsstellenbewerbern keinen Anklang finden. Es wird untersucht, ob hier schon erste Ansätze für eine erhöhte Investitionsbereitschaft vorliegen. In Kapitel C2.5 geht es um Passungsprobleme, die erst nach Beginn einer Ausbildung auftreten und zu einer vorzeitigen Lösung von Ausbildungsverträgen führen. Hier geht es um in die Ausbildung verlagerte Passungsprobleme an der ersten Schwelle und um die Frage, ob in Betrieben Maßnahmen ergriffen werden, um diese Form von Passungsproblemen zu beheben. In Kapitel C2.6 wird untersucht, wie sich die Übernahme von Auszubildenden in eine Beschäftigung über einen längeren Zeitraum hinweg entwickelt hat und ob sich Passungsprobleme an der ersten Schwelle auf betriebliche Entscheidungen an der zweiten Schwelle beim Übergang von der Ausbildung in eine Beschäftigung auswirken.

C2.1 Zur Ausbildungsbeteiligung von kleinen und mittleren Betrieben – betriebsstrukturelle Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt

Betriebe scheinen sich zunehmend aus der betrieblichen Berufsausbildung zurückzuziehen (vgl. Kapitel A4.10.1). Nach mehreren Jahren mit einer überwiegend konstanten, zeitweise steigenden Ausbildungsbeteiligung der Wirtschaft ist im Zeitraum 2007 bis 2013 sowohl die Ausbildungsbetriebs- als auch die Ausbildungsquote (siehe **E** in Kapitel A4.10.1) kontinuierlich von 24,1% bzw. 6,5% auf 20,7% bzw. 5,4% gesunken. Dahinter verbergen sich 2 gegenläufige Entwicklungen: Einerseits sind die Anzahl der ausbildenden Betriebe und die der Auszubildenden ununterbrochen zurückgegangen. Sie haben aktuell den jeweils niedrigsten Wert der letzten 10 Jahre erreicht. Andererseits sind gleichzeitig die Anzahl der Betriebe sowie die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt gestiegen. Diese gegenläufigen Entwicklungen wirken sich (rein rechnerisch) negativ auf die Ausbildungsbetriebs- bzw. Ausbildungsquote aus und liefern damit eine erste Erklärung für die relativ auffälligen Veränderungen der letzten Jahre → Tabelle A4.10.1-1 Internet und A4.10.1-2 Internet.

³⁰⁰ Dieser Zusammenhang wird im Schwerpunktkapitel nicht näher untersucht, sondern auf die Auswertungen in Troltsch/Gerhards/Mohr 2012 verwiesen.

³⁰¹ Vgl. Bellmann u. a. 2014; Troltsch u. a. 2014.

Eine betriebsgrößen-spezifische Differenzierung zeigt, dass im betrachteten Zeitraum die Gesamtzahl der Betriebe in allen Größenklassen gestiegen ist, der Rückgang bei den Ausbildungsbetrieben aber nahezu ausschließlich die Betriebsgrößenklasse der Kleinstbetriebe mit bis zu 9 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrifft → [Tabelle A4.10.1-1 Internet](#). Zum Beispiel sank die Anzahl der ausbildenden Kleinstbetriebe um 21,8%, während die Anzahl der ausbildenden Kleinbetriebe (10 bis 49 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) nach einem zeitweisen Rückgang wieder das frühere Niveau erreichte. Unter den mittleren und großen Betrieben ist hingegen eine Zunahme der Ausbildungsbetriebe zu beobachten, die weniger stark gestiegen ist als die Anzahl der mittleren und großen Betrieben insgesamt, sodass im Ergebnis die Ausbildungsbetriebsquote zwischen 2007 und 2013 in allen Betriebsgrößenklassen, wenn auch unterschiedlich stark, gesunken ist → [Tabelle A4.10.1-1 Internet](#).

Ebenso wie die Ausbildungsbetriebsquote ist die Ausbildungsquote in allen Größenklassen seit 2007 rückläufig → [Tabelle A4.10.1-2 Internet](#). Dies ist unter anderem eine Folge der zurückgehenden Nachfrage nach Ausbil-

dungsplätzen, die sich in einer sinkenden Anzahl von Auszubildenden (-9,1%) ausdrückt. Auch wenn die Ausbildungsquote der Kleinstbetriebe immer noch höher ist als die der mittleren und großen Betriebe, liegt sie mit einem Wert von 6,0% im Jahr 2013 doch erstmals seit 2004 knapp unterhalb der Ausbildungsquote der kleinen Betriebe (6,1%). Schließlich ist die Ausbildungsquote der Kleinstbetriebe im Zeitraum 2008 bis 2013 am stärksten zurückgegangen (-25,2%).

Der Rückgang der Ausbildungsbetriebs- und Ausbildungsquote – beides wichtige Indikatoren für die Beteiligung der Wirtschaft an der beruflichen Ausbildung (Hucker/Troltsch 2012, S. 39) – steht im Ergebnis also in einem engen Zusammenhang mit den aufgezeigten Entwicklungen bei den Kleinstbetrieben. Dabei ist zu beachten, dass die häufiger unregelmäßige Ausbildungsbeteiligung von Kleinstbetrieben zusammen mit der im Durchschnitt geringeren Anzahl von Auszubildenden in Kleinstbetrieben und der stichtagsbezogenen Berechnungsmethode zu einer Unterschätzung der Ausbildungsbetriebsquote dieser Betriebsgrößenklasse führt (Althoff 2004, S. 40 f.; Troltsch/Walden 2014, S. 4). Gerade die Ausbildungsbe-

Schaubild C2.1-1: Anteil der Neueinstellungen an allen angebotenen Ausbildungsplätzen, 2011 bis 2013 (in %)

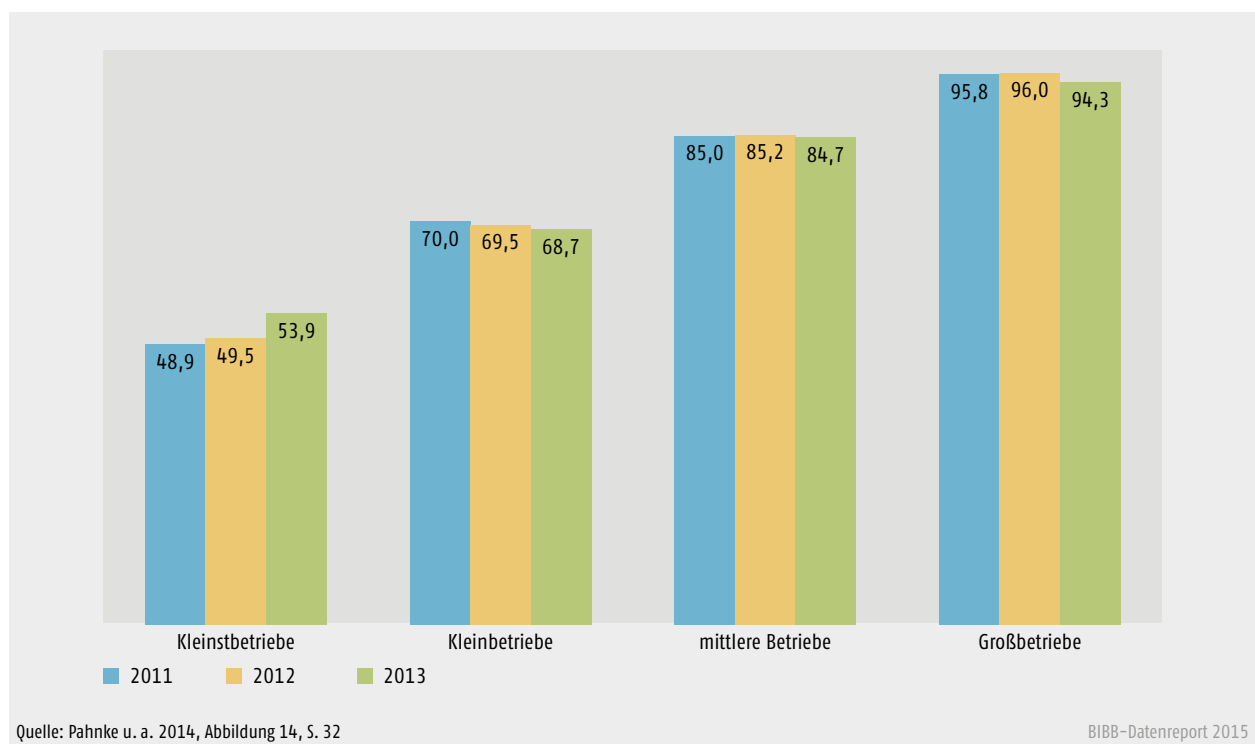
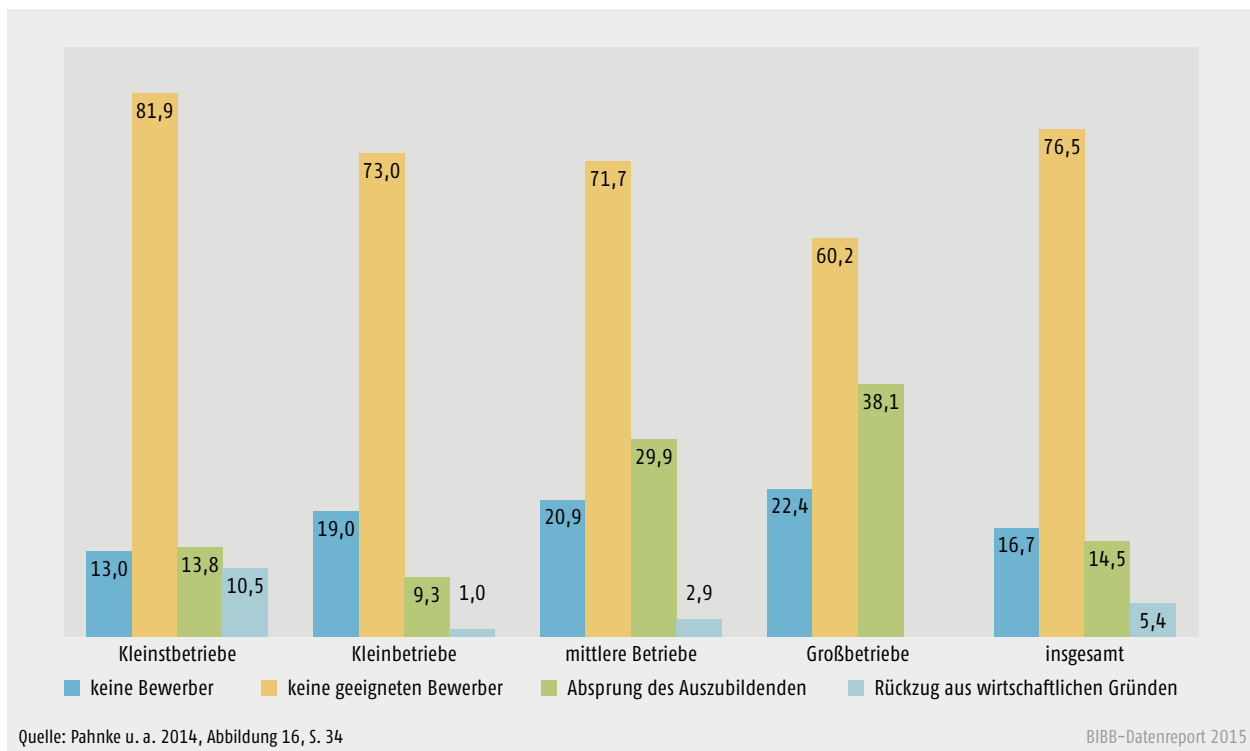


Schaubild C2.1-2: Von Betrieben selbst genannte Gründe für unbesetzte Stellen, 2011 (in %)



etriebsquote ist demnach für Kleinstbetriebe ein weniger gut geeigneter Indikator für deren Ausbildungs-beteiligung bzw. -bereitschaft. Diese Messprobleme liefern insofern implizit eine weitere Erklärung für die niedrige Ausbildungs-beteiligung von Kleinstbetrieben (Fischer u. a. 2007, S. 66 ff.; BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A4.11.2; Hartung 2013, S. 31 ff.), nicht aber für den Rückgang der ausbildenden Kleinstbetriebe selbst. Hierfür kommen grundsätzlich 2 Erklärungen infrage: Entweder ziehen sich Betriebe längerfristig oder dauerhaft aus der dualen Berufsausbildung zurück, oder sie haben zunehmende Schwierigkeiten, Ausbildungsstellen zu besetzen.

Die aktuellen Entwicklungen am Ausbildungsmarkt legen die Vermutung nahe, dass vor allem zunehmende Besetzungsprobleme eine Rolle bei der rückläufigen Ausbildungs-beteiligung der (Kleinst-)Betriebe spielen. Einerseits zeigen Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel, dass die Ausbildungsaktivität (siehe hierzu **E** im BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A4.11.2) von Kleinst- und Kleinbetrieben in den Jahren 2000 bis 2012 nahezu unverändert geblieben ist, während sie in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten gestiegen ist (Hartung 2013, Tabelle 8,

S. 27). Andererseits zeigt eine aktuelle Studie des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn auf Grundlage des BIBB-Qualifizierungspanels (Pahnke u. a. 2014, S. 31 ff.), dass Betriebe umso häufiger von Stellenbesetzungsproblemen betroffen sind, je kleiner sie sind → **Schaubild C2.1-1**.

Ist aufgrund der Angaben der befragten Betriebe bei den Großbetrieben in den Jahren 2011 bis 2013 nur etwa jede fünfte angebotene Ausbildungsstelle unbesetzt geblieben, war es bei den Kleinstbetrieben gut jede zweite. Kleine und mittlere Betriebe konnten durch Neueinstellungen ca. 70% bzw. 85% ihrer angebotenen Ausbildungsstellen besetzen. Diese Befunde zeigen, dass die sinkende Ausbildungs-betriebsquote weniger auf einen Rückzug der Betriebe aus der dualen Berufsausbildung, als auf (zunehmende) Besetzungsprobleme am Ausbildungsmarkt zurückzuführen ist.

Mit Blick auf die Ursachen dieser Besetzungsprobleme lässt sich zumindest für 2011 feststellen, dass ein allgemeiner Bewerbermangel weder für Kleinstbetriebe noch für Betriebe anderer Größenklassen der ausschlaggebende Grund für unbesetzte Ausbildungsstellen gewesen ist

→ **Schaubild C2.1-2.** Etwas überraschend wird dieser Grund umso häufiger genannt, je größer ein Betrieb ist.

Dass Betriebe aufgrund einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage angebotene Ausbildungsstellen zurückziehen, ist nahezu ausschließlich bei Kleinstbetrieben der Fall. Eine schlechte Wirtschaftslage führt bei diesen Betrieben aufgrund ihrer geringen Größe und geringerer Rücklagen schneller zu einer existenziellen Bedrohung, sodass die mit der eigenen betrieblichen Ausbildung verbundenen Kosten bei Kleinstbetrieben offenbar stärker ins Gewicht fallen. Möglicherweise entfällt aber auch aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung der Bedarf an (zukünftigen) Fachkräften (Pahnke u. a. 2014, S. 33 ff.).

Der bedeutendste Grund für unbesetzte Ausbildungsstellen ist allerdings ein Mangel an geeigneten Bewerbern und Bewerberinnen, von dem die Kleinstbetriebe stärker betroffen sind als größere. In Einklang mit den Befunden anderer Studien zur „Ausbildungsreife“ (siehe z. B. Deutscher Industrie- und Handelskammertag 2014; Niedersächsischer Industrie- und Handelskammertag 2014; Institut der deutschen Wirtschaft 2010) verdeutlicht dieses Ergebnis die gegenwärtigen Passungsprobleme am Ausbildungsmarkt: Es gibt zwar Bewerber/-innen, diese werden aber von den Betrieben nicht immer für geeignet gehalten. Gerade bei Kleinstbetrieben besteht zwischen Angebot und Nachfrage hinsichtlich der Schulbildung der Bewerber/-innen eine stärkere Diskrepanz als bei größeren Betrieben (Pahnke u. a. 2014, S. 38).

Die Entwicklung der Ausbildungsbetriebs- und Ausbildungsquote scheint zu Unrecht auf einen Rückzug der Betriebe aus der betrieblichen Berufsausbildung hinzuweisen. Eine nach Betriebsgrößen differenzierte Betrachtung zeigt, dass sich besonders kleinere Betriebe vielmehr mit Schwierigkeiten konfrontiert sehen, angebotene Ausbildungsstellen zu besetzen, als dass sie sich aus dem betrieblichen Ausbildungsgeschehen zurückziehen. Gerade bei der insgesamt rückläufigen Ausbildungsbetriebsquote handelt es sich damit eher um ein dem Passungsproblem am Ausbildungsmarkt nachgelagertes Phänomen, das sich durch Besonderheiten des Ausbildungsverhaltens von Kleinstbetrieben erklären lässt und dem etablierte Ausbildungsmarktindikatoren nur bedingt Rechnung tragen.

(André Pahnke, Institut für Mittelstandsforschung [IfM] Bonn)

C2.2 Gewinnung von Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerbern

Viele Betriebe klagen über zunehmende Probleme, Jugendliche für die eigene Ausbildung gewinnen und die angebotenen Ausbildungsplätze besetzen zu können (Ebbinghaus/Gerhards 2014; Trotsch/Gerhards/Mohr 2012). Unter diesen Bedingungen kommt der Platzierung des Ausbildungsangebotes am Ausbildungsmarkt erhöhte Bedeutung zu, also der Art und Weise, wie Betriebe ihr Ausbildungsangebot bekannt machen und versuchen, Bewerber und Bewerberinnen für die angebotenen Ausbildungsstellen zu gewinnen.

Im folgenden Beitrag wird untersucht, welche Instrumente Betriebe mit Ausbildungsplatzangeboten für das Ausbildungsjahr 2012/2013 eingeschlagen haben, um für diese Stellen Bewerber und Bewerberinnen zu gewinnen, und inwieweit sich hierbei Unterschiede zeigen zwischen Betrieben, die alle Ausbildungsplätze besetzen konnten, und solchen, bei denen dies nicht der Fall war. Grundlage hierfür bilden Daten aus der dritten Erhebungswelle des BIBB-Qualifizierungspanels (vgl. **E** im BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A4.10.3) aus dem Jahr 2013. In dieser Erhebungswelle wurden Betriebe mit Ausbildungsplatzangeboten für das Jahr 2012/2013 zu insgesamt acht Instrumenten jeweils danach gefragt, ob sie es für die Gewinnung von Bewerbern und Bewerberinnen für diese Ausbildungsplätze genutzt haben oder nicht. Unter den acht abgefragten Instrumenten waren sowohl indirekte als auch direkte Instrumente **E**.

Im Einzelnen wurden in die Befragung einbezogen: aus der Gruppe der *indirekten* Instrumente

- ▶ die Meldung offener Stellen bei der örtlichen Arbeitsagentur,
 - ▶ die Meldung offener Stellen bei der Kammer, der Innung oder einem Verband,
 - ▶ Stellenanzeigen in Zeitungen oder Online-Stellenbörsen sowie
 - ▶ Stellenanzeigen auf der Website des Betriebes oder in sozialen Netzwerken
- und aus der Gruppe der *direkten* Instrumente
- ▶ die Durchführung von Betriebspraktika,
 - ▶ die Beteiligung an Informationsveranstaltungen in Schulen oder Ausbildungsmessen,

- ▶ das Informieren der eigenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und
- ▶ die Durchführung von Einstiegsqualifizierungen.

E Instrumente zur Gewinnung von Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerbern

Betrieben stehen für die Gewinnung von Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerbern unterschiedliche Instrumente (auch als Wege oder Kanäle der Bergewinnung bezeichnet) zur Verfügung. Diese lassen sich in indirekte und direkte Instrumente einteilen (Rees 1966; Mouw 2003).

Indirekte Instrumente

Mit indirekten Instrumenten werden potenzielle Bewerber/-innen mittelbar über sogenannte Akquisemittel (z. B. Anzeigen) kontaktiert, um sie über angebotene Ausbildungsstellen zu informieren und zu einer Bewerbung zu motivieren. Indirekte Instrumente haben den Vorzug, die Informationen über das jeweilige Ausbildungsangebot relativ aufwandsarm breit streuen zu können.

Direkte Instrumente

Mit direkten Instrumenten werden potenzielle Bewerber/-innen unmittelbar und persönlich auf im Betrieb bestehende Ausbildungsmöglichkeiten angesprochen (z. B. bei Ausbildungsmessen). Der direkt zu erreichende Personenkreis ist dabei zumeist eng umgrenzt; vorteilhaft ist jedoch, dass der unmittelbare Kontakt es ermöglicht, einen persönlichen Eindruck von der Person zu gewinnen.

Nutzung indirekter Instrumente

→ **Tabelle C2.2-1** weist für jedes der 4 indirekten Instrumente aus, welcher Anteil der Betriebe mit Ausbildungsplatzangeboten für das Ausbildungsjahr 2012/2013 das jeweilige Instrument eingesetzt hat, um über das Ausbildungsplatzangebot zu informieren und Bewerber/-innen hierfür zu gewinnen. Es zeigt sich, dass die einzelnen indirekten Instrumente der Bergewinnung unterschiedlich intensiv von den Betrieben genutzt wurden. Am häufigsten schlugen die Betriebe den Weg über die örtliche Arbeitsagentur ein. Annähernd 3 von 4 Betrieben haben diesen Vermittlungsdienst bei der Suche nach Ausbildungsplatzbewerbern eingeschaltet. Deutlich zurückhaltender waren Betriebe bei den 3 übrigen indirekten Akquisewegen, d. h. der Veröffentlichung von

Stellenanzeigen in Zeitungen oder Online-Stellenbörsen, auf der eigenen Homepage oder in sozialen Netzwerken sowie der Einschaltung von Kammern, Innungen oder Verbänden.

Bei einer Aufschlüsselung nach ausgewählten betrieblichen Struktur- und Ausbildungsmerkmalen bleibt die Vorrangstellung der örtlichen Arbeitsagenturen unter den indirekten Instrumenten der Bergewinnung nahezu unverändert. Allein Betriebe des öffentlichen Dienstes gaben Zeitungs- und (anderen) Online-Anzeigen den Vorrang; bei Großbetrieben lag der Weg über die Arbeitsagentur etwa gleichauf mit der Ausschreibung auf der eigenen Homepage → **Tabelle C2.2-1** (jeweils die Spalten mit der Überschrift *insgesamt*). Es ist aber auch zu erkennen, dass mit den einzelnen Struktur- und Ausbildungsmerkmalen Unterschiede in der Nutzung der einzelnen indirekten Instrumente einhergehen. So zeigt sich mit Blick auf die Strukturmerkmale, dass der Nutzungsgrad mit der Betriebsgröße steigt. Ferner war der Nutzungsgrad bei Betrieben mit Sitz in Ostdeutschland deutlich höher als bei Betrieben mit Sitz in Westdeutschland. Handwerksbetriebe haben sich wesentlich häufiger als Betriebe, die nicht dem Handwerk angehören, an die Kammer, Innung oder einen Verband gewandt, um Ausbildungsplatzbewerber zu finden, waren bei den 3 anderen indirekten Instrumenten aber erkennbar zurückhaltender. Schließlich deutet die Auswertung nach Branchen auf einen tendenziell zurückhaltenden Einsatz indirekter Instrumente bei Betrieben aus dem Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen hin.

Nach Ausbildungsmerkmalen betrachtet, gingen folgende Merkmale mit einem intensiveren Einsatz der indirekten Instrumente einher: sowohl eine höhere Anzahl der für das Jahr 2012/2013 zu besetzenden Ausbildungsstellen als auch die Höhe der schulischen Qualifikation, über die die zukünftigen Auszubildenden verfügen sollten, ferner die Breite des Berufsspektrums, für die es Bewerber/-innen zu finden galt.

Neben den Struktur- und Ausbildungsmerkmalen scheint vor allem auch das Problem unbesetzter Ausbildungsplätze ein wesentlicher Treiber dafür zu sein, indirekte Instrumente für die Gewinnung von Bewerbern und Bewerberinnen für die angebotenen Ausbildungsplätze einzusetzen. Darauf verweist der Vergleich zwischen Betrieben, die alle für das Ausbildungsjahr 2012/2013

Tabelle C2.2-1: Nutzung *indirekter* Akquiseinstrumente nach betrieblichen Struktur- und Ausbildungsmerkmalen insgesamt sowie nach Betrieben mit und ohne Ausbildungsplatzvakanz (in %)

	Örtliche Arbeitsagentur			Zeitung, Online-Stellenbörse			Betriebs-Website, soziale Netzwerke			Kammer, Innung, Verband		
	insgesamt	ohne Vakanz	mit Vakanz	insgesamt	ohne Vakanz	mit Vakanz	insgesamt	ohne Vakanz	mit Vakanz	insgesamt	ohne Vakanz	mit Vakanz
Region												
Ost (mit Berlin)	68	57	73	52	37	58	56	55	60	53	35	63
West (ohne Berlin)	71	64	86	39	32	57	36	33	47	30	26	40
Betriebsgröße												
Kleinstbetriebe (1–19 Beschäftigte)	68	57	81	35	22	56	27	21	39	32	21	49
Kleinbetriebe (20–99 Beschäftigte)	74	69	85	47	41	59	55	46	73	34	32	39
Mittelbetriebe (100–199 Beschäftigte)	80	76	87	56	58	53	74	73	78	42	38	48
Großbetriebe (200+ Beschäftigte)	84	83	87	75	76	72	86	86	84	48	46	57
Branche												
produzierendes und verarbeitendes Gewerbe ¹	73	61	91	36	24	51	30	25	38	39	31	52
Handel und Reparatur	72	62	92	48	39	66	42	33	59	30	27	34
unternehmensnahe Dienstleistungen	59	69	44	33	32	35	50	53	47	28	17	45
sonstige Dienstleistungen	78	69	88	42	27	69	40	34	55	36	29	53
öffentlicher Dienst, Erziehung, Unterricht	50	46	70	66	63	83	59	51	90	19	15	32
Handwerksbetrieb												
ja	66	57	78	33	22	48	30	20	43	42	31	58
nein	75	67	86	48	40	65	47	45	55	27	23	37
Ausbildungsbereich												
nur gewerblich-technisch	64	57	84	20	16	33	29	19	54	35	27	58
nur kaufmännisch-verwaltend	67	67	73	51	45	71	48	47	51	18	17	19
beide Bereiche	75	70	90	49	47	60	52	47	71	45	39	65
Zielgruppe												
vorwiegend Hauptschüler/-innen	66	63	100	23	20	49	21	17	71	26	25	42
vorwiegend Realschüler/-innen	65	61	89	36	33	53	42	38	76	27	23	51
vorwiegend Studienberechtigte	68	69	62	52	48	80	55	54	62	37	37	42
Lehrstellenvolumen												
1–2 Lehrstellen	68	59	81	37	26	55	34	27	44	32	23	46
3–5 Lehrstellen	81	77	88	56	50	68	63	57	76	40	33	51
6 und mehr Lehrstellen	86	87	84	68	70	64	81	80	83	56	53	65
Alle Betriebe	71	63	82	41	32	57	40	35	50	34	26	47

Leisebeispiel: Von allen Kleinstbetrieben mit Ausbildungsplatzangeboten für 2012/2013 haben 68% die Ausbildungsstellen bei der örtlichen Arbeitsagentur gemeldet. Von den Kleinstbetrieben, die alle für das Jahr 2012/2013 angebotenen Ausbildungsplätze besetzen konnten, haben 57% die örtliche Arbeitsagentur eingeschaltet, von den Kleinstbetrieben, die im Jahr 2012/2013 unbesetzte Ausbildungsplätze zu verzeichnen hatten, waren es 81%.

¹ Einschließlich Land- und Forstwirtschaft.

Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel, Welle 2013; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

Tabelle C2.2-2: Nutzung direkter Akquiseinstrumente nach betrieblichen Struktur- und Ausbildungsmerkmalen insgesamt sowie nach Betrieben mit und ohne Ausbildungsplatzvakanz (in %)

	Betriebspraktika			Information der Mitarbeitenden			Schul-, Messeveranstaltungen			Einstiegsqualifizierung		
	insgesamt	ohne Vakanzen	mit Vakanzen	insgesamt	ohne Vakanzen	mit Vakanzen	insgesamt	ohne Vakanzen	mit Vakanzen	insgesamt	ohne Vakanzen	mit Vakanzen
Region												
Ost (mit Berlin)	68	70	69	68	55	73	44	36	50	21	22	21
West (ohne Berlin)	71	72	69	50	48	57	26	26	28	20	21	15
Betriebsgröße												
Kleinstbetriebe (1–19 Beschäftigte)	69	70	66	52	47	61	19	14	27	19	22	14
Kleinbetriebe (20–99 Beschäftigte)	73	72	74	52	47	61	42	40	45	23	22	25
Mittelbetriebe (100–199 Beschäftigte)	78	76	80	62	63	58	54	52	61	14	12	17
Großbetriebe (200+ Beschäftigte)	82	83	81	70	69	76	81	80	82	19	17	25
Branche												
produzierendes und verarbeitendes Gewerbe ¹	75	78	71	50	49	51	26	27	24	16	17	14
Handel und Reparatur	73	68	83	51	48	57	31	23	47	29	25	38
unternehmensnahe Dienstleistungen	54	69	33	51	47	56	32	31	34	15	22	6
sonstige Dienstleistungen	75	73	77	63	53	86	29	28	36	18	21	8
öffentlicher Dienst, Erziehung, Unterricht	67	59	87	45	42	53	37	30	56	23	19	34
Handwerksbetrieb												
ja	69	74	62	53	43	67	26	21	34	19	27	10
nein	72	70	75	54	54	56	32	32	34	20	18	22
Ausbildungsbereich												
nur gewerblich-technisch	74	72	80	53	47	69	24	16	48	19	20	17
nur kaufmännisch-verwaltend	71	70	75	46	51	34	28	31	18	21	21	21
beide Bereiche	78	74	92	51	49	58	47	44	60	23	22	27
Zielgruppe												
vorwiegend Hauptschüler/-innen	73	72	89	44	41	76	19	17	44	19	17	39
vorwiegend Realschüler/-innen	74	73	85	55	55	53	32	28	65	24	23	28
vorwiegend Studienberechtigte	68	68	65	48	46	62	42	42	42	23	21	32
Lehrstellenvolumen												
1–2 Lehrstellen	68	69	67	54	49	62	23	19	28	17	19	15
3–5 Lehrstellen	79	80	76	49	42	60	50	46	57	26	30	20
6 und mehr Lehrstellen	84	83	86	65	64	66	86	86	87	32	25	49
Alle Betriebe	71	72	69	53	49	62	29	27	34	20	21	17

Lesebeispiel: Von allen Kleinstbetrieben mit Ausbildungsplatzangeboten für 2012/2013 haben 69% Betriebspraktika angeboten. Von den Kleinstbetrieben, die alle für das Jahr 2012/2013 angebotenen Ausbildungsplätze besetzen konnten, boten 70% Betriebspraktika an, von den Kleinstbetrieben, die im Jahr 2012/2013 unbesetzte Ausbildungsplätze zu verzeichnen hatten, waren es 66%.

¹ Einschließlich Land- und Forstwirtschaft.

angebotenen Ausbildungsplätze besetzen konnten, mit den Betrieben, denen dies nicht gelungen ist. Hieraus geht hervor, dass jedes der 4 indirekten Instrumente von einem deutlich höheren Anteil der Betriebe mit unbesetzten Ausbildungsplätzen als von denen ohne unbesetzte Ausbildungsstellen genutzt wurde, wobei dieses Bild auch weitgehend dann erhalten bleibt, wenn zusätzlich noch nach einzelnen Struktur- und Ausbildungsmerkmalen differenziert wird.

Nutzung direkter Instrumente

Betriebe haben auch bei der Nutzung direkter Instrumente für die Platzierung ihrer für das Ausbildungsjahr 2012/2013 bestehenden Ausbildungsangebote deutliche Prioritäten gesetzt. Wie aus → **Tabelle C2.2-2** ersichtlich wird, haben Betriebe hier in erster Linie versucht, über Betriebspraktika Ausbildungsplatzbewerber/-innen zu finden. Den anderen direkten Akquisewege kam ein erkennbar geringerer Stellenwert zu, der dem jeweils erforderlichen Aufwand zu folgen scheint: So informierte zwar jeder zweite Betrieb seine Mitarbeiter/-innen über sein für das Jahr 2012/2013 bestehendes Ausbildungsangebot, aber nur ein knappes Drittel präsentierte dieses Angebot auf – in der Regel eintägigen – Schul- und Messeveranstaltungen. Die Möglichkeit, potenzielle Auszubildende über 6- bis 12-monatige Einstiegsqualifizierungen kennenlernen und einschätzen zu können, nutzte einer von 5 Betrieben → **Tabelle C2.2-2** (jeweils die Spalten mit der Überschrift *insgesamt*).

Ähnlich wie bei den indirekten Wegen variiert auch die Nutzung der direkten Wege mit betrieblichen Strukturmerkmalen. So wurden die einzelnen direkten Instrumente häufiger von größeren als von kleineren Betrieben, aber auch häufiger von Betrieben aus Ostdeutschland als von Betrieben aus Westdeutschland angewandt. Vergleichsweise selten nutzten zudem Betriebe aus dem Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen und des öffentlichen Dienstes die verschiedenen direkten Instrumente der Werbergewinnung. Zwischen Handwerksbetrieben und Nichthandwerksbetrieben bestanden allerdings kaum Unterschiede. Bei einer Differenzierung nach Ausbildungsmerkmalen fallen die Unterschiede insgesamt eher gering aus. Eine gewisse Ausnahme bildet die Anzahl der zu besetzenden Ausbildungsplätze. Hier lässt sich für jedes einzelne Instrument erkennen,

dass Betriebe, die mehrere Ausbildungsstellen zu vergeben hatten, häufiger darauf zurückgriffen als Betriebe mit wenigen Ausbildungsplatzangeboten.

Zudem ist zu erkennen, dass das Problem unbesetzter Ausbildungsstellen zwar auch die Nutzung der direkten Instrumente zu fördern scheint, allerdings nicht in der Deutlichkeit wie bei den indirekten Instrumenten. Teilweise zeigt sich sogar ein gegenteiliger Befund, also dass im Vergleich mit Betrieben ohne Besetzungsprobleme weniger Betriebe mit unbesetzten Ausbildungsplätzen auf ein direktes Instrument der Werbergewinnung zurückgreifen. Dies trifft besonders auf die Durchführung von Betriebspraktika und das Angebot von Einstiegsqualifizierungen zu.

Fazit

Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass Betriebe auf Schwierigkeiten bei der Besetzung angebotener Ausbildungsplätze eher mit einer vermehrten Nutzung indirekter als direkter Instrumente der Werbergewinnung reagieren. Eine Erklärung hierfür dürfte darin bestehen, dass sich mit indirekten Instrumenten bei einem vergleichsweise geringen Aufwand ein erheblich größerer Kreis potenzieller Ausbildungsinteressenten erreichen lässt als bei einem direkten Vorgehen. Allerdings lässt sich bei indirekten Instrumenten nur bedingt steuern, inwieweit die anvisierte Zielgruppe auch tatsächlich erreicht wird. Diese Möglichkeit ist bei direkten Instrumenten wesentlich besser gegeben. Sie erlauben es, eine bestimmte Klientel gezielt anzusprechen, was oft schneller und unkomplizierter zum Vertragsabschluss führt als der indirekte Weg (Zimmermann 2009, S. 203). Das kann gerade bei Nachfrageproblemen von Vorteil sein. Angesichts der zu erwartenden Entwicklung eines sich für Betriebe weiter verengenden Ausbildungsmarktes sollten Betriebe daher die Potenziale direkter Instrumente der Werbergewinnung stärker nutzen.

(Christian Gerhards, Margit Ebbinghaus)

C2.3 Qualifikatorische Passungsprobleme – Einfluss schulischer Qualifikationen von Ausbildungsstellenbewerbern auf die betriebliche Ausbildungsbeteiligung

Im folgenden Beitrag geht es um die Frage, ob die Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung, die seit einigen Jahren rückläufig ist (vgl. Kapitel A4.10.1 und C1.4), durch einen sogenannten qualifikatorischen Mismatch bedingt ist (vgl. Niederalt 2004). In der Forschungsliteratur wird seit Längerem die These vertreten, dass einer der Gründe für den Rückzug von Betrieben aus der Ausbildung darin besteht, dass sich Jugendliche um die angebotenen Ausbildungsstellen bewerben, die aus Sicht der Betriebe nicht den Qualifikations- und Kompetenzerwartungen und -erfordernissen entsprechen (vgl. Kapitel C2.1) (z. B. Baethge/Solga/Wieck 2007; Autorengruppe Bildungsberichtserstattung 2012). Als Beispiel wird immer wieder die Gruppe der Hauptschüler/-innen genannt, die den aktuellen Anforderungen der Betriebe nicht mehr entsprechen würden und für die Betriebe zunehmend nicht mehr als Auszubildende infrage kämen (vgl. Gaupp u. a. 2008; Bos/Müller/Stubbe 2010; Protsch 2014).³⁰² Hinzu käme, dass ihre Zahl aufgrund von strukturellen Veränderungen im Schulbereich immer weiter abnehmen würde.

Als weiterer Grund für die rückläufige Ausbildungsbeteiligung wird aber auch auf die Schulabsolventen/-absolventinnen mit Fachhoch- oder Hochschulreife verwiesen, die sich aufgrund der Bildungsexpansion vermehrt für höhere berufliche Bildungsabschlüsse interessieren würden und im Vergleich zu früher eine betriebliche Ausbildung nicht mehr in Betracht zögen (vgl. Kapitel C1.1). Auch dies wäre für das duale Ausbildungssystem insgesamt eine Form des qualifikatorischen Mismatches. In diesem Falle würden Passungsprobleme dadurch entstehen, dass die duale Ausbildung nicht mehr den Berufs-, Aufstiegs- und Einkommensvorstellungen von Abiturienten und Abiturientinnen entspricht.

Allein ein Blick in amtliche Statistiken lässt erkennen, dass es sich beim qualifikatorischen Mismatch auf dem Ausbildungsmarkt um ein sehr spezielles Passungspro-

blem handeln muss → **Schaubild C2.3-1**. Angesichts der Verteilungen der offiziell registrierten Ausbildungsstellenbewerber/-innen lässt sich keineswegs behaupten, dass unter den Jugendlichen mit höheren Schulabschlüssen das Interesse an einer betrieblichen Ausbildung zurückgegangen ist. Trotz insgesamt rückläufiger Zahlen an Schulabsolventen bewerben sich im Jahr 2013 knapp 140.000 Jugendliche mit Hochschulreife um eine Ausbildungsstelle, das sind 36.000 Abiturienten/Abiturientinnen mehr als 2006.³⁰³ Auch die Zahlen für die Hauptschüler/-innen sprechen für ein ausreichendes Potenzial für betrieblich auszubildende Nachwuchskräfte.

Oberflächlich betrachtet dürften angesichts dieser Zahlenverhältnisse auf dem deutschen Ausbildungsmarkt keine größeren qualifikatorischen Passungsprobleme zwischen Angebot und Nachfrage bestehen. Wie in **Kapitel C2.1** näher untersucht, könnte dies allerdings nicht für alle Betriebe in gleichem Maße gelten.

Um hier zu besseren Einschätzungen zum qualifikatorischen Mismatch auf dem deutschen Ausbildungsmarkt zu kommen, wurden für die folgenden Ausführungen Auswertungen der zweiten und dritten Erhebungswelle des BIBB-Qualifizierungspanels aus den Jahren 2012 und 2013 erstellt (vgl. **E** im BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A4.10.3).³⁰⁴ Die zu untersuchende These lautet, dass qualifikatorische Passungsprobleme – und in der Folge ein Rückgang in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung – dann entstehen, wenn entweder der Anteil an schwächer qualifizierten Schulabgängern und -abgängerinnen unter den Ausbildungsstellenbewerbern hoch bzw. überdurchschnittlich ausfällt und/oder der Anteil an höher qualifizierten Schulabsolventen/-absolventinnen unter den Bewerbern um Ausbildungsstellen niedrig oder unterdurchschnittlich ausfällt.³⁰⁵

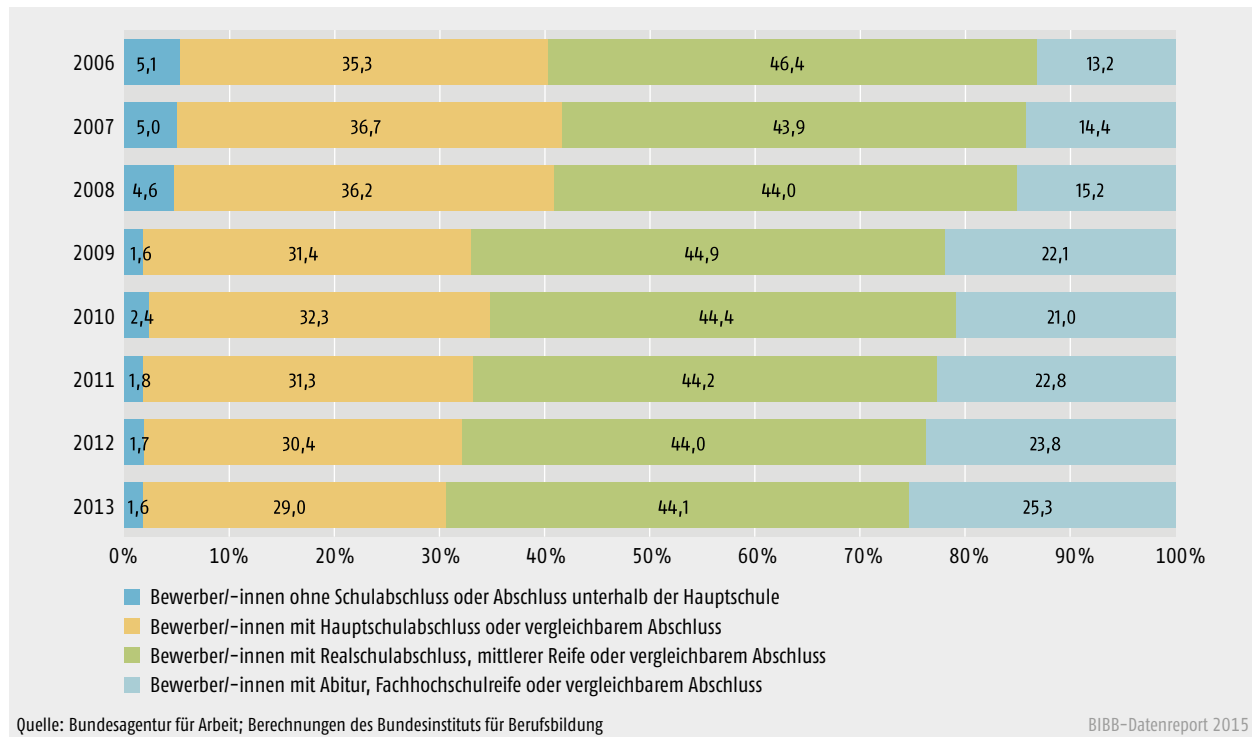
303 Zuwächse unter den Abiturienten sind auch durch die doppelten Abiturientenjahrgänge bedingt.

304 Der Datensatz für die Erhebungswelle 2012 steht über das BIBB-FDZ unter doi:10.7803/371.12.1.2.10 für externe Wissenschaftler und Studierende zur Verfügung. Der Datensatz für die Erhebungswelle 2013 wird im Mai 2015 freigegeben.

305 In der Erhebungswelle 2012 des BIBB-Qualifizierungspanels wurden 2.000 auszubildende und nicht auszubildende Betriebe gefragt, wie viele Jugendliche sich um die neu angebotenen Ausbildungsstellen beworben haben und über welche höchsten Schulabschlüsse diese Bewerber verfügt haben. Dabei wurden 4 Schulabschlüsse vorgegeben: ohne Schulabschluss oder vergleichbar, mit Hauptschulabschluss oder vergleichbar, mit Realschulabschluss oder vergleichbar und mit Fachhoch- oder Hochschulreife. Zusätzlich wurden die Betriebe gefragt, über welche Schulabschlüsse diejenigen Jugendlichen verfügten, mit denen sie einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen hatten.

302 Zu etwas anderen Schlussfolgerungen kommen Uhly 2010, Walden/Troltsch 2012 und Gerhards/Troltsch/Walden 2013.

Schaubild C2.3-1: **Offiziell registrierte Bewerber/-innen um Berufsausbildungsstellen nach schulischer Vorbildung zwischen 2006 und 2013 in Deutschland (in %)**



Um die Ausbildungsbeteiligung der Betriebe zu messen, wurde anstelle der Ausbildungsbetriebsquote, die den Anteil ausbildender Betriebe an allen Betrieben mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten misst (vgl. [Kapitel C2.1](#)), die Ausbildungsquote als alternativer Indikator für die Ausbildungsleistung der Wirtschaft verwendet (vgl. Troltsch/Walden 2014). Für die folgende Auswertung wurden 4 Gruppen an Betrieben zusammengefasst: Betriebe, die zwischen 2012 und 2013

- ▶ den Anteil ihrer Auszubildenden insgesamt erhöht haben,
- ▶ den Anteil ihrer Auszubildenden insgesamt konstant gehalten haben,
- ▶ den Anteil ihrer Auszubildenden insgesamt verringert haben oder
- ▶ sich (zumindest temporär) aus der Ausbildung zurückgezogen haben.

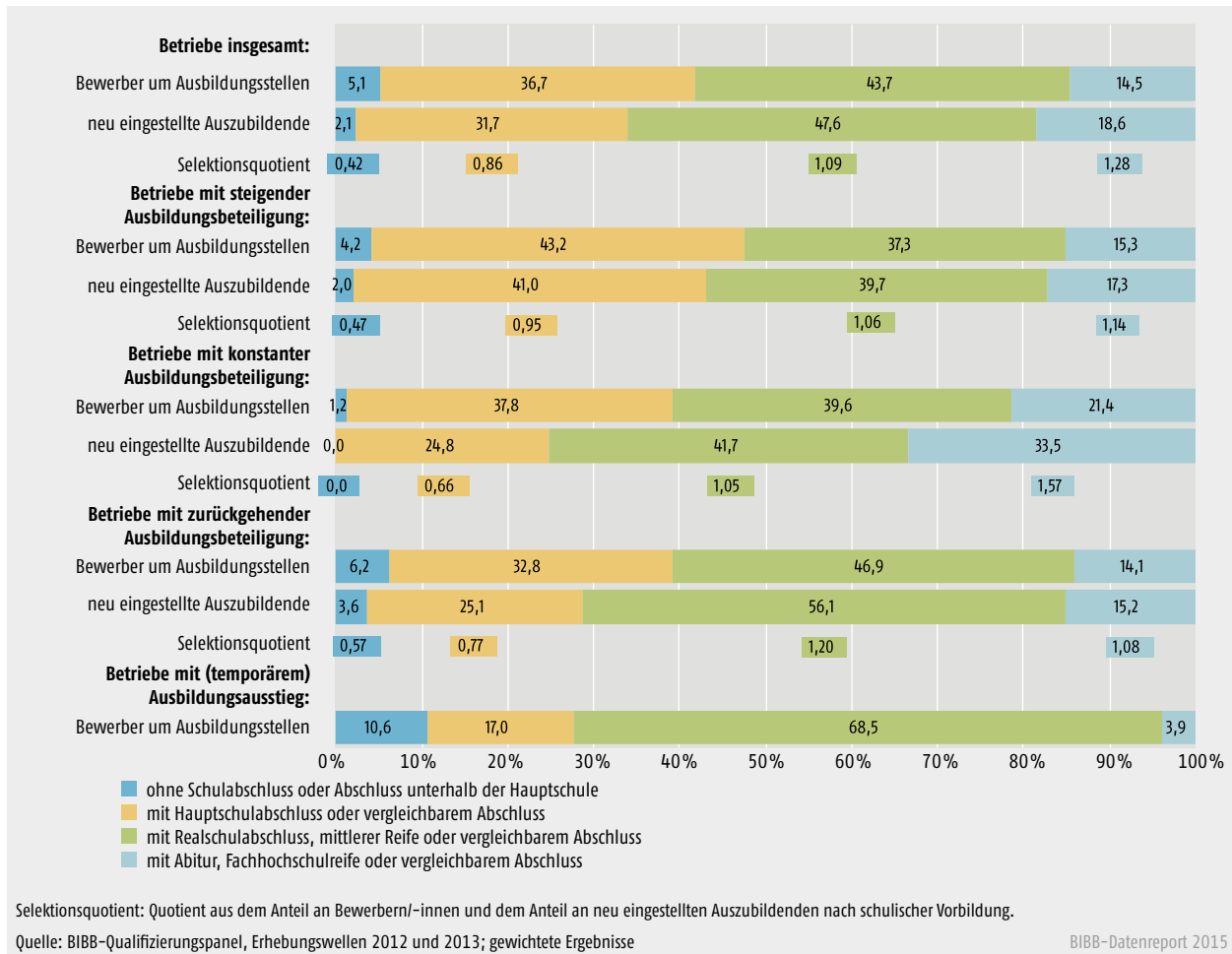
Zur Messung der qualifikatorisch bedingten Passungsprobleme wurden auf Grundlage der Angaben der Betriebe folgende 3 Indikatoren gebildet:

- ▶ Anteile an Ausbildungsstellenbewerbern nach schulischer Vorbildung,

- ▶ Anteile an neu eingestellten Auszubildenden nach schulischer Vorbildung,
- ▶ Quotient aus dem Anteil an Bewerbern/-innen und dem Anteil an neu eingestellten Auszubildenden nach schulischer Vorbildung (Selektionsquotient).

Die Auswertungen führen zu folgenden Ergebnissen → [Schaubild C2.3-2](#): Verglichen mit den offiziellen Statistiken zu den bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Bewerbern/-innen um Berufsausbildungsstellen (29%) bewerben sich Schulabgänger/-innen mit Hauptschulabschluss mit durchschnittlich 36,7% zu einem deutlich höheren Anteil bei den befragten Betrieben um einen Ausbildungsplatz → [Schaubild C2.3-1](#). Diese Unterschiede hängen u. a. damit zusammen, dass sich nicht alle Ausbildungsstellenbewerber bei den Arbeitsagenturen registrieren lassen, es unter den Jugendlichen auch Mehrfachbewerbungen bei verschiedenen Betrieben und für unterschiedliche Ausbildungsberufe gibt und es sich bei den Daten um eine repräsentative Stichprobe an Betrieben handelt.

Schaubild C.2.3-2: **Durchschnittliche Anteile an Bewerbern/-innen um Berufsausbildungsstellen, an neu eingestellten Auszubildenden und Auswahlchancen, jeweils nach schulischer Vorbildung und nach Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung zwischen 2012 und 2013 (in %)**



Der Anteil an Bewerbern/Bewerberinnen mit einem Realschulabschluss liegt mit etwa 44% dagegen vergleichbar hoch. Jeder/Jede zwanzigste Bewerber/-in verfügt nach Angaben der befragten Betriebe über keine abgeschlossene Schulausbildung, jede/-r siebte besitzt die Hochschul- oder Fachhochschulreife. Daraus ergeben sich unterschiedliche Möglichkeiten für die Jugendlichen, eine Ausbildungsstelle zu bekommen. Gute Chancen haben Bewerber/-innen mit Realschulabschluss oder Abitur. Verglichen mit ihrem Anteil unter den Bewerbern/Bewerberinnen werden mit diesen beiden Gruppen mehr neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Etwas schlechter sieht es bei den Hauptschülern/-schülerinnen aus, obwohl hier von 10 Bewerbern/Bewerberinnen im Durchschnitt fast 9 Bewerber/-innen einen Ausbildungs-

platz erhalten. Über die schlechtesten Chancen verfügen Jugendliche ohne Schulabschluss.³⁰⁶

Bei Betrieben, deren Ausbildungsbeteiligung zwischen 2012 und 2013 gestiegen ist, bewerben sich überdurchschnittlich viele Schulabsolventen mit Hauptschulabschluss, unterdurchschnittlich viele Schulabgänger/-innen mit Realschulabschluss und ein genau im Durchschnitt liegender Anteil an Abiturienten/Abiturientinnen. In dieser Gruppe an Betrieben mit steigender

³⁰⁶ Verglichen mit der Berufsbildungsstatistik zum selben Stichtag (31. Dezember 2012) haben die befragten Betriebe mehr Ausbildungsverträge mit Realschulabsolventen und weniger mit Abiturienten abgeschlossen. Die Anteile von neu eingestellten Auszubildenden ohne Schulabschluss und mit Hauptschulabschluss entsprechen dagegen exakt den offiziellen Angaben (vgl. BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A4.6).

Ausbildungsbeteiligung spiegelt die Struktur der neu eingestellten Auszubildenden in hohem Maße die Bewerberstrukturen wider. Und das heißt, dass es zumindest im Untersuchungszeitraum zu einer Art Chancengleichverteilung für Ausbildungsstellenbewerber/-innen gekommen ist und dass ein breit gefächertes Angebot an unterschiedlich qualifizierten Schulabgängern/-abgängerinnen offensichtlich zu einer günstigen Entwicklung in der Ausbildungsbeteiligung von Betrieben führt.

Konstant ausbildende Betriebe haben sich im Gegensatz dazu in überproportionaler Weise für Bewerber/-innen mit höheren Schulabschlüssen und entsprechend ihrem Bewerberanteil für Jugendliche mit Realschulabschluss entschieden. Dies führt in dieser Betriebsgruppe zu negativen Konsequenzen für die Bewerber/-innen mit Hauptschulabschluss. Hier kommen nur 2 von 3 Bewerbern/Bewerberinnen mit Hauptschulabschluss zum Zuge. Bewerber/-innen ohne schulische Vorbildung bekommen in diesen Betrieben überhaupt keine Chance auf eine betriebliche Ausbildungsstelle.

Bei Betrieben, deren Ausbildungsbeteiligung zwischen 2012 und 2013 zurückgeht, bewerben sich überdurchschnittlich viele Schulabsolventen/-absolventinnen mit Realschulabschluss und unterdurchschnittlich viele Hauptschüler/-innen. Von diesen Betrieben werden für die Ausbildung besonders viele Realschulabsolventen/-absolventinnen und – dies als Besonderheit – überdurchschnittlich viele Jugendliche ohne Schulabschluss aufgenommen. Hauptschüler/-innen haben dagegen geringere Chancen.

In Betrieben, die im Gegensatz zum Vorjahr im Berichtsjahr 2013 keine Auszubildenden mehr unter ihren Beschäftigten hatten, zeigen sich in den Bewerberstrukturen ein deutliches Überangebot an Realschulabsolventen und ausgesprochen niedrige Anteile an Hauptschülern/Hauptschülerinnen und Abiturienten/Abiturientinnen.

Es gibt Indizien dafür – wenn die formale Schulbildung der Bewerber/-innen als alleiniger Indikator für Passungsprobleme verwendet wird –, dass qualifikatorisch bedingte Passungsprobleme in aller Deutlichkeit nur in Betrieben vorliegen, die zwischen 2012 und 2013 zumindest zeitweise aus der betrieblichen Ausbildung ausgestiegen sind. In Betrieben mit zurückgehender Ausbildungsbeteiligung ist schon weniger klar, warum diese Betriebe weniger Jugendliche ausbilden, obwohl

sich überdurchschnittlich viele Realschüler/-innen und durchschnittlich viele Abiturienten/Abiturientinnen bewerben. Hier ist zu vermuten – und müsste als Hypothese weiter untersucht werden –, dass es in diesen Betrieben noch andere, z. B. eher ökonomische Gründe gibt, weniger auszubilden. Dennoch muss wohl auch in diesen Fällen von qualifikatorischen Passungsproblemen ausgegangen werden, da gerade diese Betriebe am meisten auf Jugendliche ohne Schulabschluss zurückgegriffen haben. Bei Betrieben mit steigender, aber auch mit konstanter Ausbildungsbeteiligung lassen sich auf den ersten Blick keine Passungsprobleme aufgrund betrieblicher Qualifikationseinschätzungen identifizieren. Hier weist das Verhältnis zwischen Bewerber- und Neueinstellungsanteilen für alle Bewerbergruppen relativ ähnliche Chancen auf.

Insgesamt kann als Trend zusammenfassend gesagt werden, dass die Ausbildungsbeteiligung umso stärker zurückgeht, wenn

- ▶ der Anteil an Hauptschülern/Hauptschülerinnen unter den Bewerbern/Bewerberinnen auf 17% deutlich zurückgeht,
- ▶ der Anteil an Realschulschulabsolventen/-absolventinnen bis auf einen Wert von knapp 70% steigt,
- ▶ der Anteil an Abiturienten/Abiturientinnen bis zu einem Prozentsatz von 3,9 abnimmt.

Außerdem scheint zu gelten, dass zwar

- ▶ je höher der Anteil einer Bewerbergruppe ausfällt, desto höher auch deren Chancen auf einen Ausbildungsplatz ausfallen, dass sich aber
- ▶ ein extremes Übergewicht einer Bewerbergruppe negativ auf die betriebliche Ausbildungsbeteiligung auswirkt.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass sich derzeit noch keine generellen qualifikatorischen Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt durch ein rückläufiges Interesse von Abiturienten/Abiturientinnen an einer dualen Ausbildung zeigen und dass Betriebe je nach Bedarf durchaus noch über ausreichende Auswahlmöglichkeiten unter den schulisch unterschiedlich vorgebildeten Bewerbern/Bewerberinnen verfügen. Dies schließt nicht aus, dass sich für spezielle Betriebsgruppen wie den Kleinstbetrieben die qualifikatorischen Passungsprobleme verschärft haben (vgl. Kapitel C2.1), zumal sich in der Betriebsgruppe mit (temporären) Ausbildungsausstiegen fast zu 90% Kleinstbetriebe befinden.

(Klaus Troltsch)

C2.4 Regionaler und beruflicher Ausbildungs-Mismatch und Investitionsbereitschaft der Betriebe

Geht man davon aus, dass ein aktueller Ausbildungs-Mismatch in Zukunft auch zu einem Mismatch auf dem Fachkräftemarkt führt, so sollten Betriebe, die in einer Region mit generellem Bewerbermangel tätig sind (regionale Passungsprobleme) oder einen Beruf ausbilden möchten, in dem das Stellenangebot die Nachfrage übersteigt (berufliche Passungsprobleme), daran interessiert sein, ihre Attraktivität als Ausbildungsbetrieb zu erhöhen. Dies ist in der Regel mit höheren betrieblichen Kosten verbunden. Um einen zukünftigen innerbetrieblichen Fachkräftemangel zu vermeiden, sollten die Betriebe bereit sein, diese höheren Ausbildungsinvestitionen zu tragen. Anhand der BIBB-Kosten-Nutzen-Erhebung (BIBB-CBS) 2012/13 (vgl. Kapitel A7.3)³⁰⁷ und von Auswertungen zur regionalen und beruflichen Angebots-Nachfrage-Relation in der erweiterten Fassung (siehe E in Kapitel A1) für das Jahr 2012 wird in diesem Kapitel der Zusammenhang zwischen der Angebots-Nachfrage-Relation auf

dem Ausbildungsmarkt und den Nettoausbildungskosten der Betriebe untersucht.

Die Nettokosten der Ausbildung spiegeln die Bereitschaft der Betriebe, in die Ausbildung von Fachkräften zu investieren, wider. Betriebe sollten bereit sein auszubilden, wenn entweder die Nettokosten bereits kleiner oder gleich null sind oder der Nutzen, der nach der Ausbildung z. B. durch die Übernahme der Ausgebildeten entsteht, die angefallenen Nettokosten übersteigt.

Die erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation (eANR) gibt das Verhältnis von angebotenen Ausbildungsplätzen und Nachfragern/Nachfragerinnen nach diesen Plätzen an. Ein niedriger Wert der eANR zeigt an, dass die Betriebe aus vielen Interessenten wählen können. Die Chancen für die Jugendlichen, einen Ausbildungsplatz zu finden, sind in diesem Fall geringer. Bei einer hohen eANR wird es für die Betriebe schwieriger, passende Auszubildende zu finden. Im Folgenden wird die eANR zum einen auf der Ebene der Arbeitsagenturbezirke und zum anderen auf Berufsebene (3-Steller der Bundesagentur für Arbeit) verwendet.

Tabelle C2.4-1: Nettoausbildungskosten in € nach regionaler und berufsbezogener eANR¹

	Nettoausbildungskosten in €		
	Mittelwert	Standardabweichung	Fallzahl
Betriebe in Arbeitsagenturbezirken mit eANR			
≤ 87,2	5.144	8.215	734
> 87,2 bis ≤ 97,4	5.769	8.689	1.349
> 97,4	6.017	8.802	650
Total	5.732	8.641	2.733²
Betriebe, die Berufe mit eANR ... ausbilden			
≤ 88,85	5.444	8.216	760
> 88,85 bis ≤ 97,18	5.729	9.177	1.496
> 97,18	5.576	8.012	649
Total	5.619	8.653	2.905

¹ Für Hinweise zur eANR siehe E in Kapitel A1.

² Einige Betriebe können keinem Arbeitsagenturbezirk eindeutig zugewiesen werden, daher fällt die Gesamtzahl kleiner aus.

Quelle: BIBB-CBS 2012/13; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

307 Erste Ergebnisse der BIBB-Kosten-Nutzen-Erhebung sowie Informationen zur Erhebung und Berechnung der Nettokosten finden sich in Kapitel A7.3. Die hier dargestellten Durchschnitte basieren auf den durchschnittlichen Nettokosten der gesamten Ausbildung je Betrieb. Sie werden auf Betriebsebene gewichtet und weichen von den in Kapitel A7.3 dargestellten Durchschnitten ab.

Tabelle C2.4-2: Nettoausbildungskosten in € nach regionaler und berufsbezogener eANR¹ (Ost- und Westdeutschland)

	Nettoausbildungskosten in €		
	Ostdeutschland	Westdeutschland	Total
Betriebe in Arbeitsagenturbezirken mit eANR			
≤ 87,2	6.005	4.899	5.144
> 87,2 bis ≤ 97,4	5.904	5.760	5.769
> 97,4	6.658	5.866	6.017
Betriebe, die Berufe mit eANR ... ausbilden			
≤ 88,85	6.113	5.330	5.444
> 88,85 bis ≤ 97,18	6.661	5.550	5.729
> 97,18	5.977	5.533	5.576
Total	6.400	5.491	5.619

¹ Für Hinweise zur eANR siehe [E](#) in Kapitel A1.

Quelle: BIBB-CBS 2012/13; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

→ **Tabelle C2.4-1** zeigt die durchschnittlichen Nettoausbildungskosten von Betrieben in Arbeitsagenturbezirken mit unterschiedlichen Angebots-Nachfrage-Relationen und von Betrieben, die Berufe mit unterschiedlichen Angebots-Nachfrage-Relationen ausbilden. Die Betriebe wurden anhand der Verteilung der jeweiligen regionalen oder beruflichen eANR in 3 Klassen eingeteilt.³⁰⁸

Bei den Regionalauswertungen zu Passungsproblemen nach Arbeitsagenturbezirken zeigt sich, dass in Bezirken mit einer niedrigen Relation, also einem Nachfrageüberschuss, die Nettoausbildungskosten geringer ausfallen. Am geringsten sind sie mit durchschnittlich 5.144 € in den Bezirken mit einer eANR kleiner 87,2 und am höchsten in den Arbeitsagenturbezirken mit einer eANR größer 97,4 mit 6.017 €. In Bezirken mit einer mittleren eANR liegen die Nettoausbildungskosten bei durchschnittlich 5.769 €.

Da sich die demografische Ausgangssituation zwischen Ost- und Westdeutschland immer noch recht deutlich unterscheidet und dementsprechend auch die eANR, empfiehlt sich eine getrennte Betrachtung für die beiden Landesteile. Es zeigt sich, dass im Westen ein vergleichbares Bild wie für Gesamtdeutschland besteht. Im Osten sind die Nettokosten in Betrieben aus Bezirken mit niedriger eANR zwar niedriger (6.005 €) als in Bezirken mit hoher eANR (6.658 €). In den Betrieben aus Regionen mit mittlerer eANR liegen sie mit 5.904 € aber noch leicht un-

terhalb des Durchschnitts der Betriebe aus den Bezirken mit starkem Nachfrageüberhang → **Tabelle C2.4-2**. Ein eindeutiger Zusammenhang lässt sich folglich in Ostdeutschland nicht erkennen.

Auf der Berufsebene kann weder für Deutschland insgesamt noch für Ost- und Westdeutschland getrennt ein Zusammenhang festgestellt werden → **Tabellen C2.4-1 und C2.4-2**. Insgesamt fallen die höchsten Nettokosten mit durchschnittlich über 5.700 € bei Berufen der mittleren Klasse (eANR 88,85 bis 97,18) an. Der Unterschied zu den anderen Klassen ist mit weniger als 300 € aber nur gering. Auch in Ost- und Westdeutschland sind keine eindeutigen Zusammenhänge auf Basis dieser deskriptiven Analyse feststellbar. Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass in den bei Jugendlichen beliebten Berufen häufig höhere Ausbildungsvergütungen gezahlt werden und/oder eher investitionsorientiert ausgebildet wird. Beides führt zu höheren Nettoausbildungskosten, die Beliebtheit bei den Jugendlichen aber zu einer niedrigen eANR für diesen Beruf. Der möglicherweise vorhandene Effekt, dass Betriebe bereit sind, höhere Nettokosten zu tragen, wenn sie Schwierigkeiten haben, die richtigen Auszubildenden zu finden (also bei hoher eANR), könnte daher bei dieser deskriptiven Betrachtung überlagert sein.

Auf Basis dieser deskriptiven Betrachtung konnte gezeigt werden, dass ein Mismatch am regionalen Ausbildungsmarkt zu einer höheren Investitionsbereitschaft der Betriebe in Ausbildung führt. Auf Berufsebene kann dieser Zusammenhang aber nicht festgestellt werden.

(Felix Wenzelmann)

308 In Klasse 1 werden jeweils 25% der Betriebe mit der kleinsten regionalen bzw. beruflichen eANR zusammengefasst, in Klasse 2 die mittleren 50% und in Klasse 3 die 25% mit der höchsten eANR.

C2.5 Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge als Passungsproblem – betriebliche Problemwahrnehmung und Maßnahmen

Die Diskussion um vorzeitige Lösungen von Ausbildungsverträgen konzentriert sich auf die Auszubildenden, obwohl die Probleme von beiden Parteien – Auszubildenden und Betrieben – verursacht werden können (Uhly 2013). Zudem werden diese Vertragslösungen häufig mit einem Abbruch der Ausbildung gleichgesetzt, obwohl ein großer Teil der Auszubildenden eine duale Ausbildung in einem anderen Betrieb oder eine duale Ausbildung in einem anderen Beruf aufnimmt (Uhly 2014b; vgl. auch Ergebnisse der amtlichen Statistik in [Kapitel A4.7](#)). Vertragslösungen können eine Folge von Passungsproblemen sein, die sich erst im Laufe der Ausbildung zeigen. Auch wenn sich hinter vorzeitigen Vertragslösungen in der dualen Berufsausbildung unterschiedliche Phänomene verbergen, stellen sie in der Regel ein Problem für die betroffenen Auszubildenden (vgl. Beicht/Walden 2013) und einen Ressourcenverlust für Betriebe dar (Wenzelmann/Lemmermann 2012).

Gute betriebliche Ausbildungsbedingungen und hohe betriebliche Investitionen in die Ausbildung können Ausbildungsverhältnisse stabilisieren und somit das Risiko für Vertragslösungen senken. Das ergibt eine Analyse auf Basis eines Kohortendatensatzes der Berufsbildungsstatistik zu Ausbildungsverträgen der Ausbildungsanfänger/-innen 2008 des dualen Systems (Rohrbach-Schmidt/Uhly 2015).

Inwieweit stellen vorzeitige Vertragslösungen für die Ausbildungsbetriebe ein Problem dar? Wie häufig und welche Maßnahmen zum Umgang mit oder zur Vermeidung von Vertragslösungen ergreifen sie? Bislang lag keine für deutsche Betriebe repräsentative Erhebung zur Problemwahrnehmung der Vertragslösungen vonseiten der Betriebe vor. In der dritten Erhebungswelle des BIBB-Betriebspanels zu Qualifizierung und Kompetenzentwicklung (BIBB-Qualifizierungspanel)³⁰⁹ wurden deshalb im Frühjahr 2013 Betriebsangaben

zur Anzahl und zum Zeitpunkt der Lösungen sowie zur Problemwahrnehmung und entsprechenden Maßnahmen in den letzten 3 Jahren (2010 bis 2012) erhoben **E**. Auf Basis der Angaben von Panelbetrieben (Betriebe mit Teilnahme an allen 3 Erhebungswellen) wird die Sicht auf Vertragslösungen von deutschen Betrieben beschrieben, die hiervon unterschiedlich stark betroffen sind.

E Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge im BIBB-Qualifizierungspanel 2013

Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge wurden im Rahmen des BIBB-Qualifizierungspanels 2013 (kurz: QP) für einen Zeitraum von 3 Jahren (2010 bis 2012) erhoben, um im Rahmen des Querschnittsdesigns eine möglichst große Anzahl v. a. kleinerer, aber auch größerer Betriebe mit entsprechenden Erfahrungen zu befragen. Anders als in der Berufsbildungsstatistik, die grundsätzlich nur Daten zu Ausbildungsverträgen von auch angetretenen Auszubildenden erhebt, sollten Betriebe bei ihren Antworten auch Lösungen einbeziehen, die bereits vor Antritt der Ausbildung erfolgten.

Einige Angaben zu Vertragslösungen im QP 2013 können zunächst nur für 2013 teilnehmende Betriebe ausgewertet werden. Damit lässt sich die Zahl der Betriebe mit mindestens einer vorzeitigen Lösung untersuchen (vgl. BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A4.10.3). Hinter Vertragslösungen verbergen sich jedoch verschiedene Phänomene; Lösungen können nicht nur als ein Scheitern von Auszubildenden oder Ausbildungsbetrieben betrachtet werden, sondern stellen u. U. auch sinnvolle Korrekturen von Berufs-, Betriebs- oder Rekrutierungsentscheidungen dar (vgl. Uhly 2015). Es ist dabei anzunehmen, dass Betriebe unterschiedlich stark von diesen Phänomenen betroffen sind. Daher setzen die Analysen die Anzahl der Lösungen im Betrieb in den letzten 3 Jahren ins Verhältnis zu den in diesem Zeitraum neu abgeschlossenen Auszubildenden im Betrieb (diese Informationen liegen aber nur für Panelbetriebe vor). Damit kann der Anteil der Lösungen an den zwischen 2010 und 2012 neu abgeschlossenen Auszubildenden im Betrieb bestimmt und Betriebe in solche mit geringem, durchschnittlichem oder hohem Lösungsanteil unterteilt werden. Die Auswertungen auf Basis der unterschiedlichen Auswahl von Betrieben (Betriebe 2013 oder Panelbetriebe 2011 bis 2013) führen im Hinblick auf den Anteil der Betriebe mit mindestens einer Vertragslösung nur

309 Das BIBB-FZD stellt Forschungsdaten des BIBB-Qualifizierungspanels für wissenschaftliche Auswertungszwecke zur Verfügung.

zu leichten Unterschieden in den gewichteten Ergebnissen (18,7% vs. 21,5%).

Der Anteil der gelösten Verträge an den in diesem Zeitraum neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnissen kann mit dem QP näherungsweise als Quotient aus der Anzahl der Lösungen 2010 bis 2012 (QP 2013) zur Summe aus den Neueinstellungen 2010 (QP 2011), 2011 (QP 2012) und 2012 (QP 2013) und Lösungen berechnet werden.³¹⁰

Da bei den Neueinstellungen Verträge, die bis zum Befragungszeitpunkt wieder aufgelöst wurden, nicht berücksichtigt sind, müssen diese bei der Quotientenbildung hinzu addiert werden.

Hinsichtlich der in dieser Weise ermittelbaren Lösungsanteile auf Betriebsebene bestehen Unschärfen, deshalb ist der genaue Anteil mit Vorsicht zu interpretieren. Im Folgenden werden deshalb nicht die genau ermittelten Anteile analysiert, sondern die Betriebe hinsichtlich von Bandbreiten dieses Anteils klassifiziert und Betriebe mit geringen, durchschnittlichen sowie hohen Lösungsanteilen unterschieden.

Der so berechnete Durchschnittsanteil der Lösungen in den letzten 3 Jahren auf Betriebsebene (22,1%) kann nicht mit dem Anteil der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge an den im Berichtsjahr begonnenen Verträgen in der Berufsbildungsstatistik (Berichtsjahr 2012: 24,4%, vgl. BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A4.7; Berichtsjahr 2013: 25,0%, vgl. Kapitel A4.7) verglichen werden; die Bezugsräume und zentralen Bezugsgrößen unterscheiden sich zwischen beiden Datenquellen (im QP werden Lösungen vor Antritt berücksichtigt; Lösungen aufgrund von Betriebsschließungen und Berufswechseln werden hier möglicherweise unterschätzt).

Betriebe mit geringen, durchschnittlichen und hohen Lösungsanteilen

Im Durchschnitt der in den letzten 3 Jahren auszubildenden Betriebe beträgt der Anteil der Lösungen **E** rund 22,1%. Für den überwiegenden Teil der Ausbildungsbetriebe (65,3%) stellen Vertragslösungen in den letzten 3 Jahren rein quantitativ betrachtet ein eher geringeres Problem dar

(88% von ihnen haben keine Lösungen, 12% einen maximalen Lösungsanteil von 20%). Dagegen weisen 12,2% der Betriebe einen durchschnittlichen Lösungsanteil (>20% bis 40%) und weitere 22,5% der Betriebe einen hohen Lösungsanteil von über 40% auf → **Tabelle C2.5-1**.

Mehr als die Hälfte (53,9%) der untersuchten Ausbildungsbetriebe gibt an, dass der Anteil der Lösungen an den abgeschlossenen Verträgen in ihrem Betrieb in den letzten 3 Jahren in etwa gleich geblieben ist. Deutlich häufiger trifft dies für Betriebe mit geringem Lösungsanteil zu: In 75,1% dieser Betriebe ist der Anteil in etwa gleich geblieben. Zunahmen sind bei Betrieben mit mittlerem und hohem Lösungsanteil häufiger zu verzeichnen als bei Betrieben mit geringem Lösungsanteil → **Tabelle C2.5-1**. Vermutlich auch aufgrund von „Deckeneffekten“ hat der Anteil bei 20,3% der Betriebe mit hohem Lösungsanteil abgenommen.

Unterscheiden sich die Betriebe mit unterschiedlich hohen Lösungsanteilen im Hinblick auf zentrale betriebliche Merkmale?³¹¹ Betriebe mit einer hohen Lösungsquote sind leicht häufiger im Bereich von unternehmensnahen und sonstigen Dienstleistungen und seltener im Bereich von Handel/Reparatur zu finden als Betriebe mit geringem Lösungsanteil bzw. ohne Lösungen. Sie haben ihren Standort relativ häufiger in den neuen Bundesländern und sind außerdem häufiger unter Kleinbetrieben vertreten → **Schaubild C2.5-1**. Unter wechselseitiger Kontrolle dieser 3 Variablen zeigen sich in multivariaten Analysen keine statistisch signifikanten Branchenunterschiede mehr, wohl aber Standort- und Größenklassenunterschiede.

Wann werden Verträge typischerweise gelöst? Bei den Betrieben mit Lösungen in den letzten 3 Jahren entfallen durchschnittlich nur wenige (4,4%) Lösungen auf den Zeitraum vor Antritt der Ausbildung, etwa die Hälfte auf Lösungen in der Probezeit (50,6%) und ein etwas kleinerer Anteil (45%) auf Lösungen nach der Probezeit. Betriebe mit geringem Lösungsanteil haben gegenüber diesem Durchschnitt deutlich höhere relative Lösungsanteile nach der Probezeit (sie machen hier knapp 70,3% aller Lösungen aus). Bei Betrieben mit mittlerem und hohem Lösungsanteil treten Lösungen dagegen häufiger als im Durchschnitt in der Probezeit

³¹⁰ Da bei den Neueinstellungen Verträge, die bis zum Befragungszeitpunkt wieder aufgelöst wurden, nicht berücksichtigt sind, müssen diese bei der Quotientenbildung hinzu addiert werden.

³¹¹ Betrachtet werden hier die Branche, die Betriebsgröße und der Betriebsstandort zum Zeitpunkt der Befragung 2013.

Tabelle C2.5-1: Ausbildungsbetriebe nach Vertragslösungsanteilen (in %)

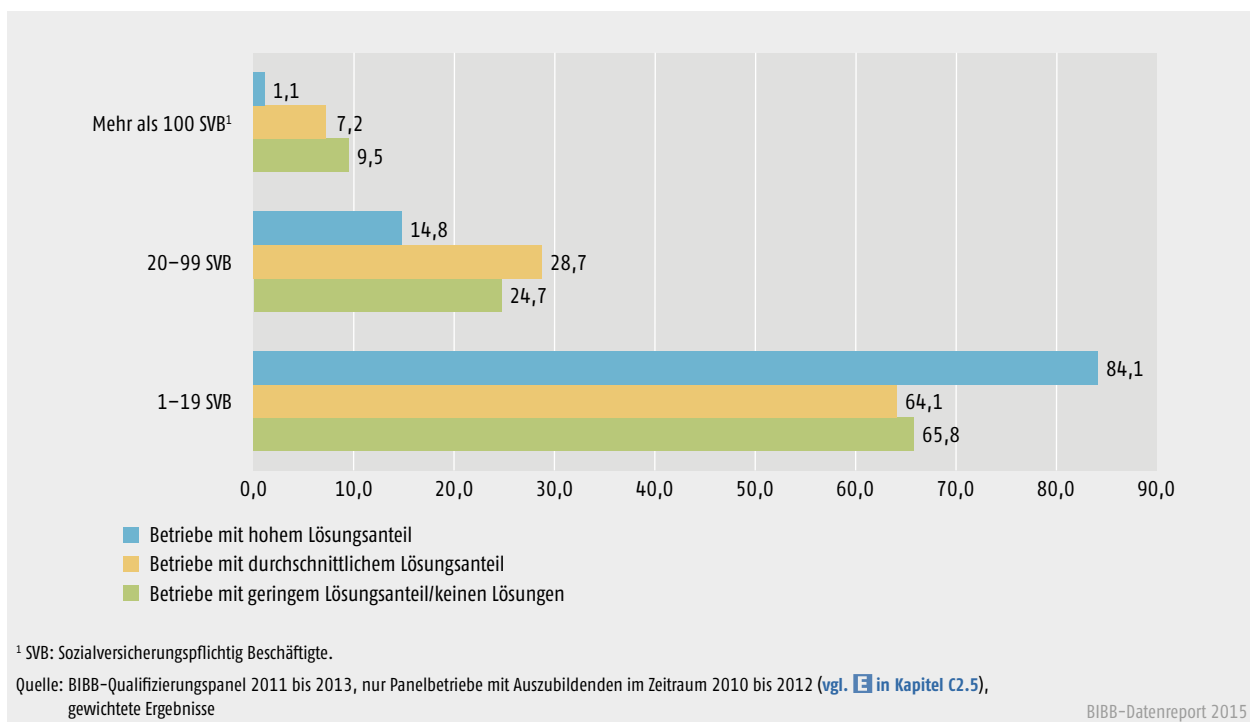
Lösungsanteil	Insgesamt	Unter Betrieben mit Lösungen ¹ ist der Anteil in den letzten 3 Jahren ...		
		in etwa gleich geblieben	größer geworden	kleiner geworden
	in %	in %	in %	in %
Keine Lösungen/Geringer Lösungsanteil (< 20%)	65,3	75,1	21,0	3,9
Durchschnittlicher Lösungsanteil (20% bis 40%)	12,2	63,9	31,6	4,5
Hoher Lösungsanteil (> 40%)	22,5	41,5	38,2	20,3
Insgesamt	100,0	53,9	33,2	13,0

¹ In Spalten 3 bis 5 sind diejenigen Betriebe ohne Lösungen nicht enthalten.

Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel 2011 bis 2013, nur Panelbetriebe mit Auszubildenden im Zeitraum 2010 bis 2012 (vgl. [E](#) in Kapitel C2.5), gewichtete Ergebnisse

BIBB-Datenreport 2015

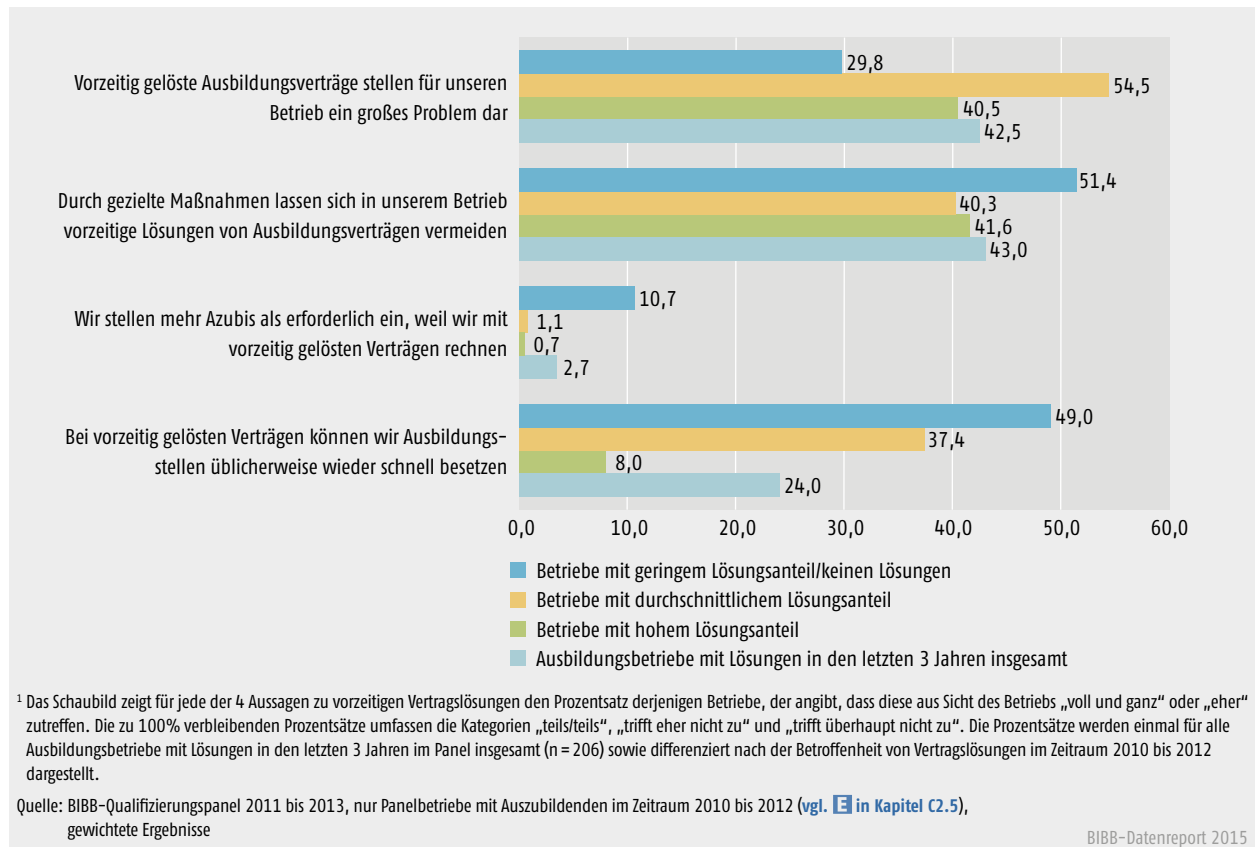
Schaubild C2.5-1: Betriebe mit geringen, durchschnittlichen und hohen Vertragslösungsanteilen nach Betriebsgrößenklassen (in %)



auf (rund 52% bzw. 61% aller Lösungen). Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass in diesen Betrieben Vertragslösungen als Phänomen von Korrekturen der betrieblichen Rekrutierungsentscheidungen und der Berufswahlentscheidungen der Azubis – die vermutlich

in der Probezeit dominieren (Rohrbach-Schmidt/Uhly 2015) – eine größere Bedeutung zukommt. Lösungen nach der Probezeit haben hier mit Abstand weniger Relevanz als in Betrieben mit geringen Lösungsanteilen (44,7% bzw. 36,2%).

Schaubild C2.5-2: **Problemwahrnehmung von vorzeitigen Vertragslösungen aus Sicht von Ausbildungsbetrieben (Prozentsatz der Betriebe, für die die Aussage zutrifft)¹**



Problemwahrnehmung und Einsatz von Maßnahmen zur Vermeidung von vorzeitigen Vertragslösungen

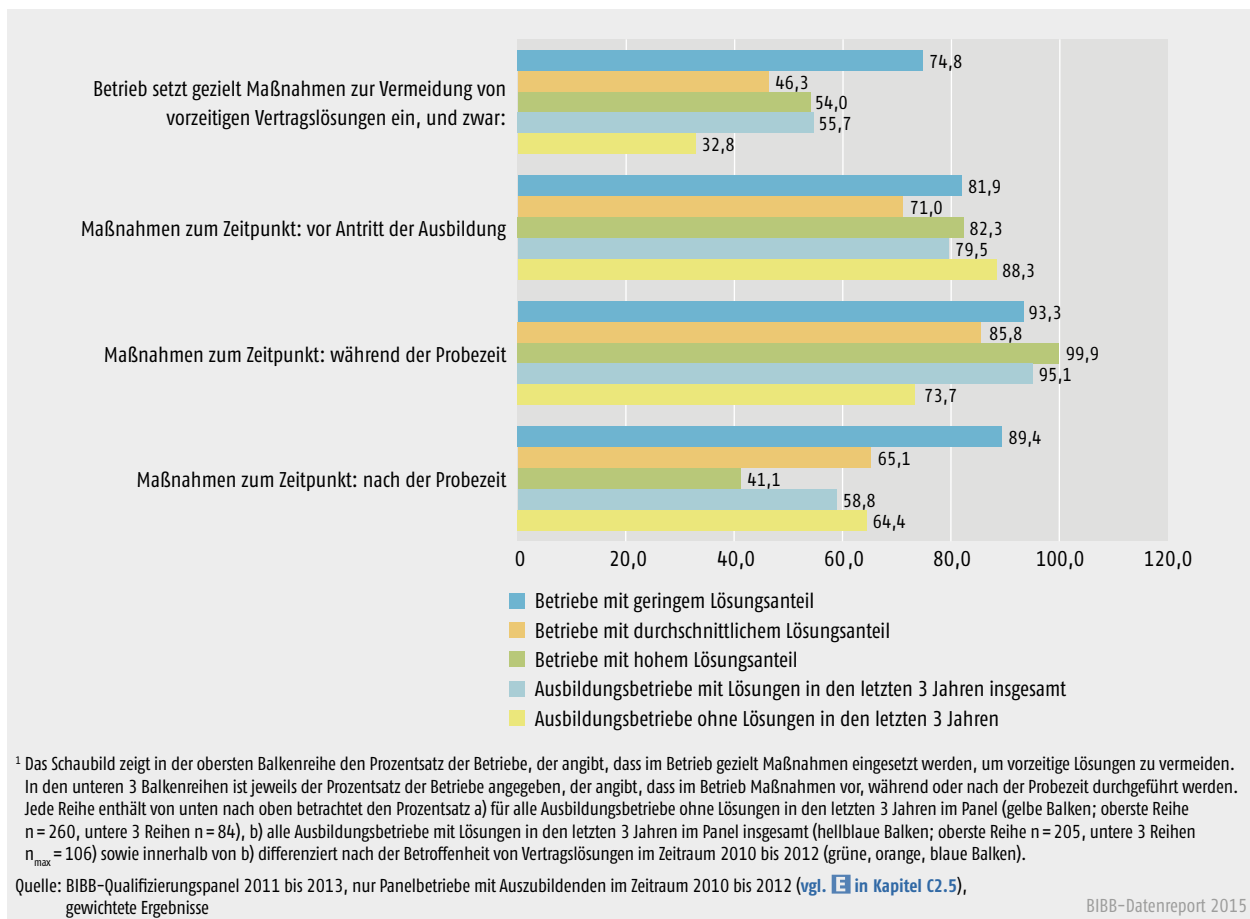
Ausbildungsvertragslösungen stellen für verschiedene Ausbildungsbetriebe nicht nur quantitativ betrachtet ein unterschiedlich bedeutsames Phänomen dar. Auch im Hinblick darauf, wie sehr sie als ein vonseiten des Betriebs (unvermeidbares) Problem eingeschätzt werden bzw. ob Maßnahmen dagegen ergriffen werden, unterscheidet sich recht deutlich zwischen Ausbildungsbetrieben mit hohem bzw. durchschnittlichem oder niedrigem Lösungsanteil → [Schaubild C2.5-2](#).

Bei Betrieben mit geringem Lösungsanteil stellen Vertragslösungen weniger häufig ein großes Problem dar; sie lassen sich bei der Mehrheit dieser Betriebe durch gezielte Maßnahmen vermeiden, diese Betriebe stellen häufiger mehr Azubis als erforderlich ein und können

häufiger frei werdende Ausbildungsstellen üblicherweise schnell wieder besetzen. Im Gegensatz dazu zeigt sich bei Betrieben mit mittleren und hohen Lösungsanteilen eher eine Kumulation von Problemlagen: Vertragslösungen stellen häufiger ein Problem dar, das sich aus Sicht der Betriebe weniger oft durch gezielte Maßnahmen vermeiden lässt und das insbesondere in Betrieben mit hohem Lösungsanteil nicht so leicht durch Neubesetzungen von Azubis abgemildert werden kann.

Bivariate Zusammenhangsanalysen bestätigen, dass Vertragslösungen besonders dann ein großes Problem darstellen, wenn Ausbildungsstellen üblicherweise nicht schnell wieder besetzt werden können.

Wie häufig und zu welchen Zeitpunkten setzen Betriebe gezielte Maßnahmen ein, um vorzeitige Vertragslösungen zu vermeiden? Nur etwa die Hälfte (55,7%) aller Ausbildungsbetriebe mit Lösungen in den letzten 3 Jahren, aber

Schaubild C2.5-3: Einsatz betrieblicher Maßnahmen zur Vermeidung von vorzeitigen Vertragslösungen¹ (in %)

BIBB-Datenreport 2015

nahezu drei Viertel (74,8%) der Betriebe mit geringem Lösungsanteil setzen gezielte Maßnahmen ein → **Schaubild C2.5-3**. Als möglicher Ansatzpunkt für die Verbesserung der Situation von besonders stark betroffenen Betrieben könnte das Ergebnis dienen, dass es besonders die Maßnahmen nach der Probezeit sind, die überdurchschnittlich häufig von Betrieben mit geringen Lösungsanteilen, aber vergleichsweise selten von Betrieben mit hohen Lösungsanteilen ergriffen werden. Im Hinblick auf die Wirkung lässt sich mithilfe von Matchinganalysen zeigen, dass die gezielte Durchführung von Maßnahmen zu einem signifikant geringerem Lösungsanteil führt.³¹²

Wirken sich hohe Lösungsanteile negativ auf die Ausbildungsbereitschaft aus? Nur ein sehr kleiner Teil der in den letzten 3 Jahren von Lösungen besonders stark betroffenen Betriebe (unter 5%) will sein Ausbildungsangebot in den nächsten Jahren wahrscheinlich senken oder einstellen. Der Großteil will das Angebot relativ unverändert lassen (85,5%) oder sogar erhöhen (9,5%). Vor diesem Hintergrund könnte der Ausbau von betrieblichen Maßnahmen ein wichtiges Instrument für die Vermeidung von Vertragslösungen und die damit verbundenen Folgeprobleme darstellen. Welche betrieblichen Maßnahmen und Rahmenbedingungen besonders effektiv sind, muss in weiteren Untersuchungen genauer in den Blick genommen werden.

(Daniela Rohrbach-Schmidt)

³¹² Bei Matchingverfahren wird eine statistische „Kontrollgruppe“ gebildet, die mit Ausnahme des Treatments (hier: der Einsatz gezielter Maßnahmen zur Vermeidung von Vertragslösungen) in Bezug auf alle relevanten Hintergrundvariablen (hier: Betriebsgröße, Branche usw.) nahezu identisch zur „Experimentalgruppe“ ist. Der kausale Effekt des Treatments ist dann der Unterschied in der Ergebnisvariable (hier: Lösungsanteil) zwischen beiden Gruppen.

C2.6 Passungsprobleme an der ersten Schwelle und Übernahmeverhalten von Betrieben

Für den Erfolg des dualen Ausbildungssystems ist es von Bedeutung, ob nach Beendigung der Ausbildung der Übergang der Ausbildungsabsolventinnen und Ausbildungsabsolventen in reguläre Beschäftigungsverhältnisse gelingt. Der folgende Beitrag untersucht anhand aktueller Daten des IAB-Betriebspanels **E** und des BIBB-Qualifizierungspanels **E**, welche Entwicklungen sich beim Übernahmegeschehen von Betrieben in Deutschland abzeichnen, und geht der Frage nach, ob das Übernahmeverhalten von Betrieben und die Probleme bei der Suche nach Jugendlichen für die betriebliche Ausbildung zusammenhängen.

Entwicklung der Übernahmequote

In der jüngeren Vergangenheit hat sich die Situation an der zweiten Schwelle, dem Schritt von der beruflichen Erstausbildung in das Arbeitsleben, merklich verbessert. Auswertungen der Daten des IAB-Betriebspanels machen deutlich, dass die Übernahmequote von Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen **E** durch den Ausbildungsbetrieb in Deutschland seit dem Jahr 2004 – mit Ausnahme der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 – stetig angestiegen ist → **Tabelle C2.6-1**. Im Jahr 2013 wurden zwei Drittel der Absolventinnen und Absolventen im Anschluss an ihre Ausbildung weiterbeschäftigt. Damit ist die Wahrscheinlichkeit für die erfolgreichen Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen, nach der Ausbildung von ihrem Ausbildungsbetrieb übernommen zu werden, so gut wie nie zuvor seit Beginn der Erhebung im IAB-Betriebspanel im Jahr 1996. In den westdeut-

Tabelle C2.6-1: Übernahmequote nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Alte Länder														
1–9 Beschäftigte	46	43	47	50	40	50	45	49	51	43	47	59	49	56
10–49 Beschäftigte	60	50	52	54	53	51	58	57	62	57	58	60	65	64
50–499 Beschäftigte	65	66	61	58	60	58	58	69	70	64	67	71	73	70
500+ Beschäftigte	74	77	72	68	68	69	73	75	78	74	77	81	79	79
Gesamt	61	59	57	57	55	57	58	63	66	60	63	68	67	68
Neue Länder														
1–9 Beschäftigte	49	41	41	31	41	34	45	45	35	45	50	61	58	48
10–49 Beschäftigte	49	46	50	44	50	51	49	54	51	53	54	60	59	66
50–499 Beschäftigte	41	44	42	39	43	36	43	44	53	47	51	57	57	61
500+ Beschäftigte	48	36	43	37	33	34	46	46	41	58	64	73	77	79
Gesamt	46	43	44	39	43	40	45	47	47	50	53	60	60	63
Bundesgebiet														
1–9 Beschäftigte	46	43	46	47	40	48	45	48	48	44	47	59	50	55
10–49 Beschäftigte	57	50	51	52	53	51	56	56	60	56	57	60	64	65
50–499 Beschäftigte	60	61	57	54	57	54	55	63	67	60	64	68	70	69
500+ Beschäftigte	70	70	68	63	62	64	69	70	72	73	76	80	79	79
Gesamt	58	55	55	53	53	54	56	60	62	58	61	66	66	67

Übernahmequote: Anteil der in ein Beschäftigungsverhältnis im ausbildenden Betrieb übernommenen Auszubildenden an allen Ausbildungsabsolventen.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000 bis 2013, hochgerechnete Angaben

BIBB-Datenreport 2015

schen Bundesländern war die Übernahmequote zuletzt mit 68% etwas höher als in Ostdeutschland mit 63%, wobei sich der Unterschied zwischen den beiden Regionen immer weiter verringert.

Die Übernahmequote ist dabei stark von der Größe des Betriebs abhängig → **Tabelle C2.6-1**. Wurden 2013 in den Großbetrieben mit 500 und mehr Mitarbeitern rund 80% der erfolgreichen Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen übernommen, waren es in den Kleinstbetrieben mit bis zu 9 Beschäftigten rund die Hälfte. Eine Ursache der zunehmenden Übernahmequote mit steigender Betriebsgröße könnte womöglich in der höheren Tarifbindung der größeren Betriebe liegen. Tarifgebundene Betriebe sind zumeist dazu verpflichtet – je nach Vereinbarung –, ihre Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen zumindest befristet für 6 bis 24 Monate oder unbefristet zu übernehmen. Anzumerken ist jedoch, dass die Daten des IAB-Betriebspanels nichts darüber aussagen, ob die Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen ein etwaiges Übernahmeangebot des Betriebs möglicherweise nicht angenommen und den Betrieb auf eigenen Wunsch verlassen haben.

E IAB-Betriebspanel

Bei dem IAB-Betriebspanel handelt es sich um eine seit 1993 für West- und seit 1996 für Ostdeutschland jährlich wiederholte Mehrthemenbefragung von nahezu 16.000 Betrieben aller Wirtschaftszweige und Größenklassen. Im IAB-Betriebspanel stellt der Betrieb, d. h. die örtliche Einheit, in der die Tätigkeiten eines Unternehmens konkret durchgeführt werden, die Untersuchungseinheit dar. Die Stichprobe wird anhand einer disproportional geschichteten Zufallsauswahl aus der Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gezogen, welche alle Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten enthält. Die Befragung zu verschiedenen Bereichen der betrieblichen Geschäfts- und Personalpolitik erfolgt jährlich anhand persönlich-mündlicher Interviews durch TNS Infratest Sozialforschung. Neben jährlich wiederkehrenden Fragen, wie beispielsweise zur betrieblichen Ausbildung, enthält der Fragebogen auch wechselnde Schwerpunktt Themen (zu näheren Informationen vgl. Ellguth u. a. 2014). Auf Basis der Daten des IAB-Betriebspanels wird im Turnus von 2 Jahren über die Indikatoren Ausbildungsberechtigung, Ausbildungsaktivität und Übernahmeverhalten von Betrie-

ben sowie Weiterbildungsbeteiligung und Weiterbildungsquote im BIBB-Datenreport berichtet (vgl. BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A4.10.2 und B1.2.1).

BIBB-Qualifizierungspanel

Das BIBB-Betriebspanel zu Qualifizierung und Kompetenzentwicklung ist eine jährlich durchgeführte Wiederholungsbefragung von etwa 2.000 Betrieben, mit der repräsentative Längsschnittdaten zum Qualifizierungsgeschehen von Betrieben in Deutschland erhoben werden. Das BIBB-Qualifizierungspanel wird seit 2010 vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in Zusammenarbeit mit TNS Infratest Sozialforschung durchgeführt. Die Auswahl der Betriebe erfolgt über eine disproportional geschichtete Zufallsstichprobe aus der Grundgesamtheit aller Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Daten werden über computergestützte persönlich-mündliche Interviews (CAPI) erhoben (vgl. für weitere Informationen www.bibb.de/qp).

Übernahmequote

Der Indikator Übernahmequote ist ein Quotient mit der Anzahl der in ein Beschäftigungsverhältnis übernommenen Auszubildenden als Zähler und der Anzahl der Ausbildungsabsolventen und -absolventinnen des Betriebs als Nenner. Der Referenzzeitraum ist das Kalenderjahr.

In beiden Datenquellen wird dieselbe Berechnungsmethode verwendet, allerdings ist darauf zu verweisen, dass sich das BIBB-Qualifizierungspanel auf Auszubildende in einem Ausbildungsberuf, der nach BBiG oder HwO geregelt ist, konzentriert, während im IAB-Betriebspanel eine breite Definition von Auszubildenden verwendet wird, die beispielsweise auch Beamtenanwärter/-innen einschließt.

Übernahmequote und Mismatch an der ersten Schwelle

Der Anstieg der Übernahmequote ist ein Hinweis darauf, dass sich die Angebots-Nachfrage-Situation an der zweiten Schwelle, also beim Übergang von der Ausbildung in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis, in den letzten Jahren deutlich verbessert hat. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass ausbildende Betriebe ihre Übernahmeangebote erhöht haben und sich gleichzeitig auch die Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen vermehrt für die Weiterbeschäftigung im Ausbildungs-

betrieb entschieden und entsprechende Übernahmeangebote angenommen haben. Ganz anders ist die Situation an der ersten Schwelle, also beim Übergang von der Schule in die Ausbildung. Immer mehr Betriebe haben Probleme bei der Rekrutierung von Jugendlichen für die betriebliche Ausbildung oder bleiben ganz erfolglos (vgl. zum Beispiel Seibert/Kleinert 2009; Troltsch/Gerhards/Mohr 2012a; Dummert/Frei/Leber 2014). Dazu trägt nicht nur der demografisch bedingte Rückgang der Anzahl der Ausbildungsstellenbewerber/-innen bei, sondern auch die zunehmenden Passungsprobleme (Mismatch) auf dem Ausbildungsmarkt. So zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, dass trotz guter Konjunktur viele Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz erfolglos bleiben, während gleichzeitig die Zahl unbesetzter Ausbildungsstellen in Betrieben steigt (BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A1, Seite 11).

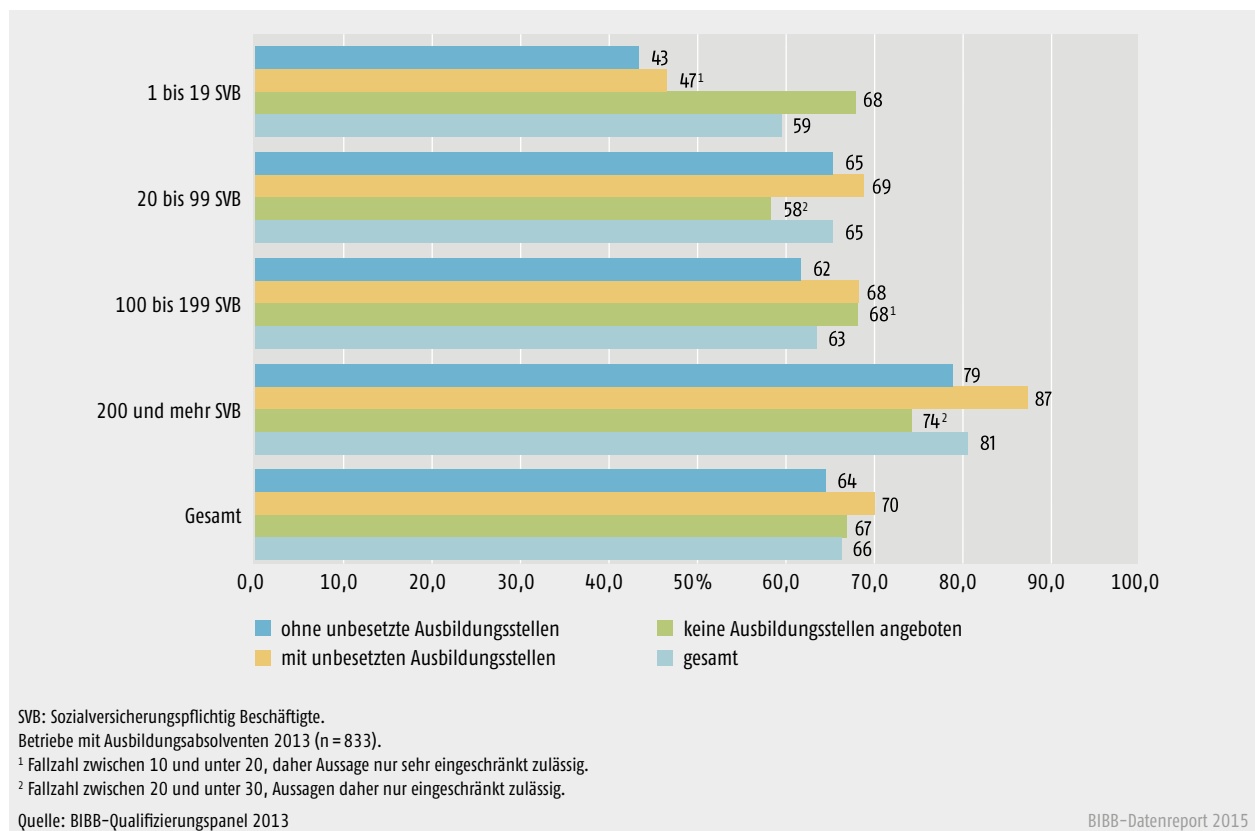
Im Folgenden wird untersucht, ob sich ein Zusammenhang zwischen Problemen bei der Besetzung von Ausbildungsstellen und dem Übernahmeverhalten von

Betrieben aufzeigen lässt. Dahinter steht die Annahme, dass Betriebe mit Rekrutierungsproblemen an der ersten Schwelle verstärkte Fachkräfteengpässe erwarten und deshalb einen höheren Anteil ihrer Ausbildungsabsolventen übernehmen als Betriebe, die geringe Schwierigkeiten haben, Jugendliche für die Ausbildung in ihrem Betrieb zu gewinnen.

→ **Schaubild C2.6-1** gibt für das Jahr 2012 die Übernahmequote differenziert nach der Betriebsgröße und dem Besetzungserfolg der angebotenen Ausbildungsstellen an. Anders als im ersten Teil des Beitrags werden hier die Daten des BIBB-Qualifizierungspanels verwendet (siehe **E**). Die ermittelte Übernahmequote über alle Betriebe in Höhe von 66% im Jahr 2012 entspricht den Ergebnissen des entsprechenden Bezugsjahres im IAB-Betriebspanel (66%).

Die Auswertungen zeigen, dass Betriebe, die ihre angebotenen Ausbildungsstellen für das Ausbildungsjahr 2012/2013 zumindest teilweise nicht besetzen konnten,

Schaubild C2.6-1: **Übernahmequote 2012 nach Betriebsgröße und Besetzungserfolg der Ausbildungsstellen (in %)**



mit 70% eine höhere Übernahmequote aufweisen als Betriebe der entsprechenden Vergleichsgruppen. Betriebe, die im Ausbildungsjahr 2012/2013 für alle angebotenen Ausbildungsstellen Jugendliche rekrutieren konnten, übernehmen nur 64% der Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen, bei Betrieben ohne Ausbildungsstellenangebote liegt die Übernahmequote bei 67%.

Bei der Unterscheidung nach Betriebsgrößenklassen bestätigt sich zunächst, dass die Übernahmequote mit der Betriebsgröße steigt. Kleinst- und Kleinbetriebe mit bis zu 19 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten übernehmen 59% ihrer Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen. Bei Großbetrieben fällt die Übernahmequote mit 81% dagegen um 22 Prozentpunkte höher aus. Gleichwohl lässt sich über alle Betriebsgrößenklassen zeigen, dass Betriebe, die Probleme bei der Besetzung ihrer Ausbildungsstellen hatten, eine höhere Übernahmequote aufweisen als Betriebe, die alle angebotenen Ausbildungsstellen für das Ausbildungsjahr 2012/2013 besetzen konnten.

Mit der Betriebsgröße scheint der Unterschied hinsichtlich der Höhe der Übernahmequote zuzunehmen. Großbetriebe mit 200 und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Rekrutierungsproblemen bei Stellen für Auszubildende haben 87% der Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen übernommen. Im Vergleich dazu wurden in Großbetrieben ohne Besetzungsschwierigkeiten nur 79% der Absolventinnen und Absolventen weiterbeschäftigt. Eine Besonderheit ergibt sich bei den Kleinst- und Kleinbetrieben, da in dieser Betriebsgruppe mit 68% der Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen der höchste Übernahmeanteil bei Betrieben zu verzeichnen ist, die überhaupt keine Ausbildungsstellen im Ausbildungsjahr 2012/2013 angeboten haben. Hierfür gibt es jedoch eine naheliegende Erklärung: Zunächst muss berücksichtigt werden, dass diese Betriebe angesichts ihrer Größe oft nicht die Kapazitäten haben, um jedes Jahr Ausbildungsstellen anzubieten. Stattdessen erfolgt die Ausbildung in solchen Betrieben in regelmäßigen Abständen. Zudem spricht vieles dafür, dass sie mit der im Jahr 2012 erfolgten Übernahme von Ausbildungsabsolventen und -absolventinnen ihren Fachkräftebedarf zunächst gedeckt haben.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der deskriptiven Analyse, dass Rekrutierungsschwierigkeiten an der ersten

Schwelle – aufgrund von zu wenigen oder aus der Sicht der Betriebe nicht passenden Bewerberinnen und Bewerbern – mit einer erhöhten Übernahmebereitschaft von Betrieben einhergehen. Weitere Analysen müssten der Frage nachgehen, warum gerade Betriebe mit hohen Übernahmequoten, die offensichtlich gute berufliche Perspektiven bieten und für Bewerberinnen und Bewerber als attraktiv gelten müssten, Probleme haben, angebotene Ausbildungsstellen zu besetzen. Denkbar ist beispielsweise, dass diese Betriebe kaum Bewerbungen erhalten, weil sie in Berufen ausbilden, die aus Sicht von Jugendlichen als unattraktiv gelten und folglich kaum nachgefragt werden. Es könnte aber auch sein, dass solche Betriebe strengere Selektionskriterien bei der Einstellung von Auszubildenden anwenden, da sie bereits das Übernahmeziel vor Augen haben. Dies könnte zu einer geringeren Bereitschaft führen, in die Ausbildung von Jugendlichen zu investieren, die zum Zeitpunkt der Bewerbung dem betrieblichen Anforderungsprofil nicht vollständig entsprechen.

(Sandra Dummert, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Sabine Mohr)

C3 Engpass bei beruflich Qualifizierten in der mittel- und langfristigen Perspektive

Die vorherigen Kapitel haben die Übergänge von Jugendlichen in eine Berufsausbildung beleuchtet (vgl. Kapitel C1) und erörtert, inwieweit Betriebe in unterschiedlichem Maße von einer Passungsproblematik am Ausbildungsmarkt betroffen sind bzw. welche Maßnahmen sie ergreifen, um Auszubildende zu erhalten (vgl. Kapitel C2). In diesem Kapitel geht es um die Frage, ob und inwieweit derzeitige Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt möglicherweise mittel- und langfristige Auswirkungen auf die Passung von Fachkräftenachfrage und -angebot haben. Dabei ist vor allem interessant, ob in Berufen, in denen Betriebe heute Schwierigkeiten haben, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen, die langfristige Fachkräftenachfrage gestillt werden kann. Daran anknüpfend wird untersucht, ob dort, wo Fachkräftemangel mittelfristig entsteht, unvermittelten Bewerbern langfristig die Möglichkeit eines vollqualifizierenden beruflichen Abschlusses eröffnet werden kann.

Im Folgenden wird zunächst die derzeitige Rekrutierungssituation auf dem Arbeitsmarkt beleuchtet und zu der Situation auf dem Ausbildungsmarkt in Beziehung gesetzt (**Kapitel C3.1**). Anschließend werden die voraussichtlichen langfristigen Entwicklungen des Arbeitsmarktes aufgezeigt (**Kapitel C3.2**) und 2 mögliche Entwicklungspfade des berufsspezifischen Arbeitsangebotes im mittleren Qualifikationsbereich dargestellt (**Kapitel C3.3**). Aus den Ergebnissen werden Schlussfolgerungen für die langfristigen Entwicklungen des beruflichen Bereichs abgeleitet (**Kapitel C3.4**).

C3.1 Derzeitige Rekrutierungsschwierigkeiten am Arbeitsmarkt

Die Bundesagentur für Arbeit (BA)³¹³ verfasst jährlich eine Engpassanalyse, basierend auf den Zahlen der gemeldeten vakanten Arbeitsstellen. Hierbei wird die Vakanzzeit als Indikator für Arbeitskräfteengpässe gewählt. Sie gibt die Zeit zwischen gewünschtem Besetzungstermin einer Stelle und dem Abgang des Besetzungswunsches aus der Statistik der bei der BA gemeldeten Stellen an und indiziert die Zeitspanne, in der eine Beschäftigungsmöglichkeit nicht genutzt wird (Bundesagentur für Arbeit 2014, S. 1). Der Durchschnittswert über alle gemeldeten Vakanzzeiten in einem Jahr spiegelt in etwa die konjunkturelle Lage auf den Arbeitsmärkten wider. Nimmt dieser Durchschnittswert zu, weist dies auf zunehmende Besetzungsprobleme bei der Besetzung von Arbeitsstellen hin. In den letzten Jahren lag dieser Durchschnittswert bei ca. 80 Tagen (2014: 81 Tage; 2013: 82 Tage; 2012: 80 Tage), ist jedoch in den letzten 10 Jahren insgesamt deutlich angestiegen. 2004 betrug er durchschnittlich „nur“ 46 Tage.

Setzt man die Vakanzzeiten in einzelnen Berufen in Bezug zur durchschnittlichen Vakanzzeit im jeweiligen Jahr, so können Berufe mit relativ gesehen häufigeren Rekrutierungsschwierigkeiten bestimmt werden. Zu beachten ist allerdings, dass nur knapp die Hälfte aller Stellen bei der BA gemeldet werden.³¹⁴ Im Jahresdurchschnitt

2014 lagen unter den Berufen im vorwiegend mittleren Qualifikationsbereich „Fertigungstechnische Berufe“ (durchschnittlich 95 Vakanztage), „Sicherheitsberufe“ (93 Vakanztage), „Medizinische und nicht medizinische Gesundheitsberufe“ (91 Vakanztage), „Bau- und Ausbauberufe“ (91 Vakanztage) sowie „Fertigungsberufe“ (90 Vakanztage) über der durchschnittlichen Vakanzzeit von 81 Tagen. „Verkehrs- und Logistikberufe“ (73 Vakanztage) sowie „Reinigungsberufe“ (66 Vakanztage) hatten vergleichsweise geringe Vakanzzeiten (Bundesagentur für Arbeit 2014, S. 11).

Betrachtet man die durchschnittlichen Vakanzzeiten der letzten 3 Jahre auf der tiefer disaggregierten Ebene der Berufsgruppen, so wird deutlich, dass es vor allem Berufe mit pflegenden („Altenpflege“, „Gesundheits- und Krankenpfleger/-in“) und technischen Tätigkeiten im Metall- und Elektrogewerbe sind („Klempnerei, Sanitär, Heizung, Klimatechnik“, „Mechatronik und Automatisierungstechnik“, „Metallerzeugung“, Elektrotechnik“, „Metallbearbeitung“, „Metallbau und Schweißtechnik“), in denen Stellenbesetzungsverfahren länger gedauert haben als im Durchschnitt. Stellen mit einem stärkeren Fokus auf nicht pflegende Dienstleistungstätigkeiten sind hingegen entsprechend dem Durchschnitt bzw. schneller als im Durchschnitt besetzt worden (Bundesagentur für Arbeit 2012; Bundesagentur für Arbeit 2013; Bundesagentur für Arbeit 2014).

Ein Vergleich zwischen den Engpassanalysen der BA und den Auswertungen zu Passungsproblemen am Ausbildungsmarkt zeigt in beruflicher Hinsicht, dass der Mismatch im Ausbildungsbereich nicht immer deckungsgleich zu den Rekrutierungsproblemen am Arbeitsmarkt ausfällt. Ein einheitliches Bild zeichnet sich bei den „Metallerzeugungs-, Bearbeitungsberufen“. Hier ist der Ausbildungsbestand rückläufig (**vgl. Kapitel C1.1**), und die Vakanzzeiten der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstellen liegen über dem Durchschnitt. Bei Berufen der „Maschinen- und Fahrzeugtechnik“ sowie den „Mechatronik-, Energie- und Elektroberufen“ ist die relative Situation am Ausbildungsmarkt (**vgl. Kapitel A1.3**) entspannter als bei den offenen Stellen, bei den Gesundheitsberufen ist sogar eine Zunahme der Schüler/-innen in den Schulen des Gesundheitswesens bemerkbar (**vgl. Kapitel C1.1**), während auf dem Arbeitsmarkt Rekrutierungsschwierigkeiten bestehen. Dies zeigt, dass Passungsprobleme am Ausbildungsmarkt

313 Siehe <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Fachkraeftebedarf-Stellen/Fachkraefte/BA-FK-Engpassanalyse-2013-06.pdf>.

314 IAB-Stellenerhebung: Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots im dritten Quartal 2014.

mit berufsspezifischen Rekrutierungsschwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt einhergehen können, allerdings ist dies kein verlässlicher Indikator für kurzfristige Fachkräftengpässe.

Insgesamt zeigen die Analysen jedoch, dass bereits jetzt in Berufsbereichen, die einen mittleren Qualifikationsabschluss erfordern, in stärkerem Maße Rekrutierungsschwierigkeiten zu verzeichnen sind (siehe auch Bußmann/Seyda 2014). Dies legt den Schluss nahe, dass der Rückgang der Schülerzahlen im beruflichen Bereich möglicherweise bereits jetzt zu Rekrutierungsschwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt in Berufen des mittleren Qualifikationsbereichs führt. Angesichts der jeweiligen Dauer, die Jugendliche im beruflichen Bildungssystem verweilen, muss zu einer mittel- und langfristigen Folgenabschätzung von Passungsproblemen am Ausbildungsmarkt auch eine langfristige Projektion des Angebots und Bedarfs an berufsspezifischen Arbeitskräften erfolgen (vgl. Kapitel C3.2).

C3.2 Langfristige Entwicklung des Fachkräfteangebotes und der -nachfrage im mittleren Qualifikationsbereich

Um mögliche langfristige Engpässe im mittleren Qualifikationsbereich identifizieren zu können, müssen sowohl das Arbeitsangebot als auch der Arbeitskräftebedarf in einer beruflichen und qualifikatorischen Differenziertheit entsprechend bisherigen Entwicklungen fortgeschrieben werden. Mit den BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen **E** (Maier u. a. 2014a; BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A9.2) wurden umfangreiche Modellrechnungen konzipiert, die eine Fortschreibung bisheriger Entwicklungen des Arbeitsmarktes und des Bildungssystems unter Berücksichtigung zahlreicher Interdependenzen erlauben. So werden in der dritten Projektionswelle die Erhöhung der Erwerbsquoten,³¹⁵ insbesondere bei Frauen und Älteren, die fortschreitende Bildungsexpansion und die zunehmenden Wanderungsgewinne Deutschlands berücksichtigt (Maier u. a. 2014b). So wird

unterstellt, dass bis 2030 jährlich rund 200.000 Personen mehr nach Deutschland zuwandern als abwandern. Trotz dieser Zuwanderungsannahme kann der demografische Bevölkerungsrückgang in diesem Zeitraum nicht aufgefangen werden. Die Zahl der Erwerbspersonen wird verglichen mit 2012 bis zum Jahre 2030 um rund 2,10 Mio. auf 41,78 Mio. sinken. Die gestiegene Nettozuwanderung hat aber nicht nur Auswirkungen auf das Angebot an Erwerbspersonen, sondern auch auf den Bedarf an Erwerbstätigen, da die Zuwanderung auch positiv auf Binnennachfrage nach Gütern und Dienstleistungen wirkt. Dennoch wird auch der Bedarf an Arbeitskräften in absoluten Größen langfristig rückläufig sein und im Jahr 2030 bei etwa 40,36 Mio. erwerbstätigen Personen liegen.

E BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen

Die BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen (QuBe-Projekt), die in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS) und dem Fraunhofer Institut für Angewandte Informationstechnik (FIT) entstanden sind, zeigen anhand von Modellrechnungen auf, wie sich das Angebot und die Nachfrage nach Qualifikationen und Berufen langfristig entwickeln können. Datengrundlage ist hierbei der Mikrozensus (in der vorliegenden Projektion bis zum Jahre 2011): eine amtliche Repräsentativstatistik des Statistischen Bundesamtes über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, an der jährlich ein Prozent aller Haushalte in Deutschland beteiligt ist, angepasst an die Eckwerte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (in der vorliegenden Projektion bis zum Jahre 2012). Die Lohninformationen stammen aus der Beschäftigtenhistorik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (in der vorliegenden Projektion bis zum Jahre 2011). Für die Berufsdifferenzierung wurde seitens des BIBB eine einheitliche Berufsfeldsystematik entwickelt, welche die Berufe auf der Drei-Steller-Ebene der Klassifikation der Berufe entsprechend ihren Tätigkeiten gruppiert (Tiemann u. a. 2008). Zur einfacheren Darstellung werden diese 54 Berufsfelder auf 12 Berufshauptfelder aggregiert (siehe Tabelle 4 in Maier u. a. 2014b).

Die vorliegenden Ergebnisse basieren auf der Basisprojektion der dritten Projektionswelle. Diese basiert auf den Methodiken der ersten (Helmrich/Zika 2010) und zweiten Welle (Helmrich u. a. 2012; Zika u. a. 2012) und nimmt zudem weitere Erneuerungen mit auf. So wird auf der Bedarfsseite

³¹⁵ Dies beinhaltet die schrittweise Einführung der Rente mit 67, jedoch noch nicht die Möglichkeit des vorzeitigen Verlassens des Arbeitsmarktes nach 45 Beitragsjahren (Maier u. a. 2014b).

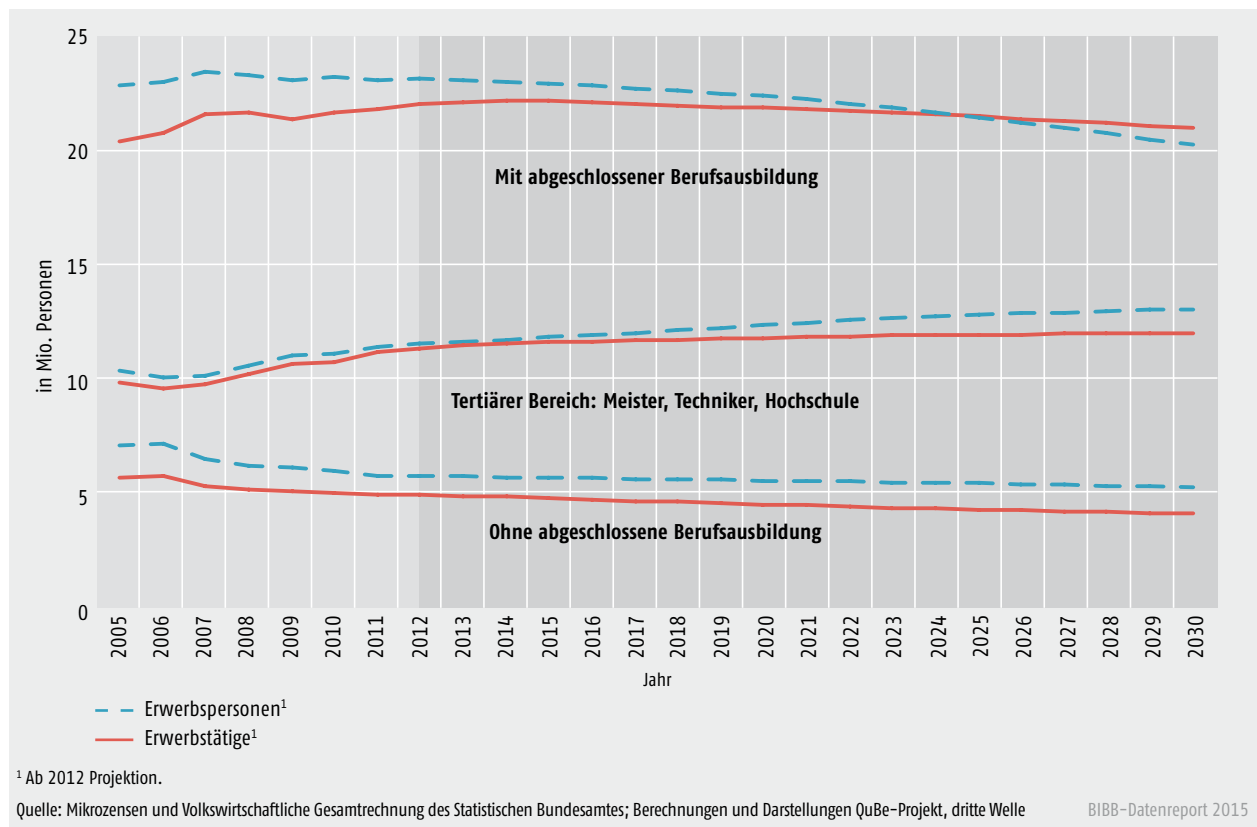
das bisherige IAB/INFORGE-Modell (Hummel/Thein/Zika 2010; Schnur/Zika 2009) erweitert, indem das berufsspezifisch zur Verfügung stehende Arbeitskräfteangebot in Köpfen und Stunden bei der Lohnbestimmung für die Berufsfelder mit berücksichtigt wird (QINFORGE). Auf der Angebotsseite werden die Vorteile der bisherigen beiden Angebotsmodelle BIBB-FIT (Kalinowski/Quinke 2010) und BIBB-DEMOS (Drosowski/Wolter 2010) in einem Angebotsmodell vereint und zugleich Lohnabhängigkeiten der beruflichen Flexibilitäten modelliert. Das Arbeitsangebot reagiert hierdurch auf die sich veränderten Löhne in den Berufsfeldern. Jedoch wird mit dem QuBe-Projekt in der Basisprojektion ein empiriebasiertes Konzept verfolgt: Es werden nur die bislang nachweisbaren Verhaltensweisen in die Zukunft projiziert. In der Vergangenheit nicht feststellbare Verhaltensänderungen sind somit nicht Teil der Basisprojektion. Dies gilt auch für die modellierten Markt Anpassungsmechanismen. Alle Erneuerungen in der Modellierung sind ausführlich in Maier u. a. (2014b) beschrieben.

Weitere Informationen unter www.QuBe-Projekt.de.

In Kapitel C1.2 wurde bereits ein Ausblick auf die Bevölkerungsentwicklung nach Qualifikationen entsprechend den BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen gegeben. Hier wurde deutlich, dass mit der demografischen Alterung die erwerbsfähige Bevölkerung (zwischen 15 und 69 Jahren) mit einem mittleren Qualifikationsniveau langfristig zurückgeht. Da eine schrumpfende Bevölkerung (trotz Zuwanderung und deren positiver Effekte auf die Binnennachfrage) allerdings auch eine zurückgehende Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen nach sich zieht, ist zur Identifikation möglicher langfristiger qualifikatorischer Passungsprobleme auch die Nachfrage nach Erwerbstätigen eines bestimmten Qualifikationsniveaus zu berücksichtigen.

→ **Schaubild C3.2-1** gibt die Entwicklung des voraussichtlichen Arbeitsangebots und -bedarfs nach 3 Qualifikationsstufen bis 2030 wieder. So wird deutlich, dass gerade im tertiären Bereich (Meister-, Techniker-, [Fach-]Hochschulabschlüsse) das zunehmende Angebot an Arbeitskräften zwar in den ersten Jahren von der

Schaubild C3.2-1: Erwerbstätige und Erwerbspersonen nach Qualifikationsniveaus (ISCED)



Nachfrageseite aufgenommen wird, nach den derzeitigen Entwicklungen langfristig allerdings nicht absehbar ist, dass dieses Arbeitskräfteangebot entsprechend seinen beruflichen Qualifikationen auch im oberen Qualifikationssegment beschäftigt wird. Denn die bisherige Entwicklung der Nachfrage spiegelt einen solchen Anstieg nicht wider. Ursächlich für den Angebotsanstieg sind vor allem die zunehmenden Übergänge der jungen Generationen an die (Fach-)Hochschulen, während das langfristige Angebot an Erwerbspersonen mit einem Meister-, Techniker-, Fachschulabschluss im Projektionszeitraum – wie die Nachfrage nach diesen Qualifikationen – leicht rückläufig ist.

Betrachtet man die Personen mit abgeschlossener Berufsbildung,³¹⁶ so wird ersichtlich, dass zwar auch die Nachfrage nach dieser Qualifikationsstufe zurückgeht, jedoch nicht in dem ausgeprägten Maß wie das Arbeitsangebot. Hier wird es trotz einer erhöhten Zuwanderung von Arbeitskräften nach Deutschland durch das beginnende altersbedingte Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Erwerbsleben („Babyboomer-Generation“) voraussichtlich zu Engpässen ab Mitte der 2020er-Jahre kommen.

Der Bedarf an Arbeitskräften ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung wird zwischen 2011 und 2030 um rund 0,9 Mio. Personen sinken. Auch das Angebot geht in diesem Zeitraum zurück, allerdings nicht im selben Maße, sodass bis zum Jahr 2030 die Unterbeschäftigung der Personen ohne Berufsabschluss auf rund 1,2 Mio. ansteigen wird. Aktuelle Entwicklungen deuten zwar darauf hin, dass sich der Anteil der nicht formal Qualifizierten in der Gruppe der 20- bis 29-Jährigen seit 2005 kontinuierlich verringert (vgl. Kapitel C1.3). Um eine langfristige Reduzierung dieser Personengruppe zu erreichen, müssten aber auch ältere Erwerbspersonen nachqualifiziert werden (Maier u. a. 2012, S. 17–23). Dies wäre auch aus einer gesamtwirtschaftlichen Perspektive sinnvoll, um die entstehende Fachkräftelücke im mittleren Qualifikationsbereich zu schließen.

C3.3 Zwei Szenarien zur zukünftigen Berufsstruktur des beruflich qualifizierten Arbeitsangebots

Der vorherige Abschnitt hat gezeigt, dass unter der Annahme langfristiger Wanderungsgewinne und trotz eines leicht zurückgehenden Bedarfs an Personen mit einem vollqualifizierenden Berufsabschluss massive Engpässe im mittleren Qualifikationsbereich auftreten werden. Diese Entwicklung ist bereits bei der Betrachtung der Rekrutierungsschwierigkeiten für sozialversicherungspflichtige Stellen sichtbar (vgl. Kapitel C3.1). Neben der Erkenntnis, dass sich das Angebot an qualifizierten Fachkräften bis 2030 insgesamt stark verknappen wird, stellt sich jedoch die Frage, welche unterschiedlichen Auswirkungen dies auf die Deckung des Arbeitskräftebedarfs in den Berufen hat, die in verstärktem Maße von Personen mit einem vollqualifizierenden Berufsabschluss bzw. mit einem Fortbildungsabschluss erlernt und ausgeübt werden.³¹⁷ Schließlich könnten langfristig auch akademische oder nicht formal qualifizierte Arbeitskräfte die Tätigkeiten in diesen Berufen ausüben.

Geht man von der vereinfachten Annahme aus, dass eine Passung immer dann besteht bzw. bestand, wenn ein Ausbildungsverhältnis eingegangen und auch erfolgreich beendet wurde, so kann durch die Fortschreibung der erreichten Berufsqualifikationen ein Trend im Berufswahlverhalten nachgezeichnet werden. Inwieweit diese Fortschreibung der erfolgreichen Passungen im Bildungssystem langfristig auch eine Passung innerhalb des beruflichen Bereichs am Arbeitsmarkt bedeutet, zeigt sich, wenn unter Berücksichtigung von Nachfrageentwicklung und Austauschprozessen (hierzu gehören die Lohnanpassungen und die berufliche Flexibilität am Arbeitsmarkt) eine entsprechende Entwicklung von Angebot und Nachfrage in den ausgewählten Berufsfeldern zu beobachten ist.

Im Folgenden werden 2 langfristige Szenarien berechnet, welche beide eine Konstanz der derzeitigen Erfolgsquoten an den verschiedenen Bildungsstätten der beruflichen Bildung und an den (Fach-)Hochschulen sowie der

³¹⁶ Damit ist ein vollqualifizierender Berufsabschluss entsprechend der ISCED-Kategorie 3b und 4 gemeint.

³¹⁷ Während akademisch erlernbare Berufe zumeist in gut abgrenzbaren Berufsfeldern stattfinden, haben Personen mit einem vollqualifizierenden Berufsabschluss und Fortbildungsabschlüssen eher überlappende Tätigkeitsfelder (Tiemann u. a. 2008).

derzeitigen Übergänge zwischen den allgemeinbildenden Schulen und den genannten Bildungsstätten unterstellen (Maier u. a. 2014b). Beide Szenarien projizieren somit eine Angebots- und Bedarfsentwicklung nach Qualifikationsstufen wie in → **Schaubild C3.2-1** dargestellt. Sie unterscheiden sich jedoch in der Berufswahl innerhalb der Bildungsstätten des berufsbildenden und des akademischen Bereichs. Während die *Basisprojektion von einer konstanten Berufswahl* innerhalb der verschiedenen Bildungsstätten entsprechend den Verteilungen im Jahr 2011 ausgeht, berücksichtigt das *Alternativszenario* die bereits in **Kapitel C1.1** aufgezeigten *berufsspezifischen Trends im Bildungsverhalten*. Dabei wird unterstellt, dass sich die zwischen 2000 und 2011 auftretende durchschnittliche jährliche Veränderung der Berufsstruktur in den Qualifikationen in verlangsamtem Maße fortsetzt (siehe auch → **Schaubild C1.2-5**). Das heißt, beide Szenarien gehen von einer weiteren Ausweitung des akademischen Bereichs und einer insgesamt zurückgehenden Bedeutung des beruflichen Bereichs aus. Jedoch berücksichtigt das Alternativszenario im Gegensatz zum Basisszenario auch den strukturellen Wandel im Bildungsverhalten innerhalb der beruflichen und akademischen Bildungsstätten.

→ **Tabelle C3.3-1** stellt das kumulierte Neuangebot an Arbeitskräften nach Berufsfeldern für die Jahre 2012 bis 2030 beider Szenarien gegenüber und vergleicht dies mit den im selben Zeitraum aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Erwerbspersonen. Dabei werden nur die Berufsfelder für die Darstellung ausgewählt, in denen die berufliche Qualifikation zu mindestens zwei Dritteln im nicht-akademischen Bereich erlangt wird und die innerhalb des beruflichen Bereichs zu den 15 größten Berufsfeldern zählen.³¹⁸ Knapp 80% aller nicht-akademisch ausgebildeten Personen haben einen Beruf in einem der nachfolgend aufgeführten 15 Berufsfelder gelernt.

Den Annahmen entsprechend setzt sich im Alternativszenario die Verschiebung innerhalb des beruflichen Bereichs fort (vgl. **Kapitel C1.2**). Die Erwerbstätigenbestände im Bereich der „Elektroberufe“ und im Berufsbereich „Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung“ werden gemäß dem Alternativszenario relativ die stärksten Rückgänge im Neuangebot an Arbeitskräften

zu verzeichnen haben → **Tabelle C3.3-1**. Die stärksten Zugewinne im produzierenden Bereich werden bei den „Industrie- und Werkzeugmechaniker/-innen“ zu finden sein. Hier liegt das kumulierte Neuangebot an Arbeitskräften auch über der im selben Zeitraum ausscheidenden Zahl an Erwerbspersonen, die den entsprechenden Beruf gelernt haben. Der Großteil der Berufsfelder wird in beiden Szenarien mehr qualifizierte Arbeitskräfte durch die aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Personen verlieren als neu über das Bildungssystem hinzukommen werden. Dies ist dem bereits dargestellten demografischen Wandel und der zurückgehenden Bedeutung des nicht-akademischen Berufsbildungssystems geschuldet. Ein Anwachsen des Fachkräftebestandes ist neben den „Industrie- und Werkzeugmechanikern“ nur noch in den „sonstigen kaufmännischen Berufen“, den „Gesundheitsberufen ohne Approbation“ und in den „Hotel-, Gaststättenberufen, Hauswirtschaft“ festzustellen. Alle 3 Berufsfelder haben eine starke Fokussierung auf den Dienstleistungsbereich.

Aufgrund des veränderten Berufswahlverhaltens in den verschiedenen Ausbildungsstätten ändert sich im Vergleich von Basisprojektion und Alternativszenario auch das jeweilige Durchschnittsalter im Neuangebot in den Berufsfeldern, da z. B. eine akademische Ausbildung i. d. R. längere Ausbildungszeiten bedeutet und somit das entsprechende Neuangebot an qualifizierten Arbeitskräften tendenziell erst später zur Verfügung steht. Berufe, die in der Ausbildung von Nachwuchskräften im Alternativszenario anteilmäßig verlieren, werden im Vergleich zur Basisprojektion im Schnitt auch etwas ältere Personen aufweisen. Der höhere Altersdurchschnitt führt dann dazu, dass insgesamt etwas weniger Personen am Erwerbsleben teilnehmen.³¹⁹ In den Spalten zu den „Erwerbspersonen erlernter Beruf 2030“ in → **Tabelle C3.3-1** wird dies berücksichtigt. Trotz dieser indirekten Effekte (bedingt durch die aufgrund des Bildungsverhaltens veränderte Altersstruktur der Erwerbspersonen) ist die Veränderung des Erwerbspersonenbestandes im Vergleich von Alternativszenario und Basisprojektion etwas geringer als beim ursprünglichen Vergleich des Neuangebots aus dem Bildungssystem. Denn der größere Teil

318 In → **Schaubild C1.2-5** wurden aus Darstellungsgründen nur die 10 am häufigsten besetzten Berufsfelder des beruflichen Bereichs ausgewählt. Diese bildeten rund zwei Drittel aller erlernten Fachkräfte dieses Qualifikationsbereiches ab.

319 Aufgrund dieser indirekten Effekte der altersspezifischen Erwerbsquoten lassen sich die absoluten Differenzen des Neuangebotes zwischen der Basisprojektion und dem Alternativszenario nicht auf die Gesamtzahl der Erwerbspersonen zwischen beiden Berechnungen übertragen.

Tabelle C3.3-1: Veränderte Berufsstruktur: Basisprojektion und Alternativszenario für 2030 in den 15 relevantesten Berufsfeldern des beruflichen Bereichs

Berufshauptfeld	Berufsfeld des erlernten Berufs	Neuangebot im Zeitraum 2012–2030			Im Zeitraum 2012 bis 2030 aus dem Erwerbsleben ausscheidend (in 1.000 Personen)	Erwerbspersonen erformter Beruf 2030			Erwerbspersonen 2030 unter Berücksichtigung beruflicher Austauschprozesse		Benötigte Erwerbstätige 2030	Differenz Erwerbspersonen – Erwerbstätige 2030	
		Basisprojektion (in 1.000 Personen)	Alternativszenario (in 1.000 Personen)	Prozentuale Abweichung Alternativszenario zu Basisprojektion		Basisprojektion (in 1.000 Personen)	Alternativszenario (in 1.000 Personen)	Prozentuale Abweichung Alternativszenario zu Basisprojektion	Basisprojektion (in 1.000 Personen)	Alternativszenario (in 1.000 Personen)		Basisprojektion (in 1.000 Personen)	Alternativszenario (in 1.000 Personen)
1	1: Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau	233	231	-0,8%	417	698	694	-0,6%	873	872	866	7	6
2	7: Metall-, Anlagenbau, Blechkonstruktion, Installation, Montierer/-innen	268	263	-1,7%	726	945	939	-0,6%	898	897	886	12	11
3	8: Industrie-, Werkzeugmechaniker/-innen	547	562	2,8%	415	1.130	1.158	2,5%	944	948	899	45	49
2	11: Elektroberufe	350	341	-2,6%	648	1.025	1.005	-2,0%	706	702	691	15	11
2	18: Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung	571	556	-2,6%	1.082	1.774	1.751	-1,3%	1.442	1.439	1.451	-9	-12
8	23: Techniker/-innen	340	342	0,5%	621	855	862	0,8%	942	941	994	-52	-53
4	27: Verkaufsberufe (Einzelhandel)	268	270	0,8%	534	854	861	0,8%	2.057	2.057	2.060	-3	-3
4	28: Groß-, Einzelhandelskauffeude	652	663	1,6%	753	1.718	1.747	1,6%	1.192	1.197	1.153	39	44
7	29: Bank-, Versicherungsfachleute	336	337	0,3%	400	786	791	0,7%	796	800	676	120	124
4	30: Sonstige kaufmännische Berufe (ohne Groß-, Einzelhandel, Kreditgewerbe)	211	212	0,7%	133	482	484	0,4%	962	963	872	90	91
7	36: Verwaltungsberufe im öffentlichen Dienst	311	304	-2,2%	425	797	788	-1,1%	1.215	1.207	988	227	219
7	39: Kaufmännische Büroberufe	1.073	1.064	-0,9%	1.328	2.884	2.862	-0,8%	3.366	3.358	2.959	407	399
11	48: Gesundheitsberufe ohne Approbation	1.192	1.194	0,2%	1.039	2.823	2.824	0,0%	2.972	2.973	3.127	-155	-154
11	52: Berufe in der Körperpflege	240	237	-1,2%	270	650	642	-1,2%	327	325	357	-30	-32
6	53: Hotel-, Gaststättenberufe, Hauswirtschaft	330	332	0,5%	244	862	863	0,1%	1.336	1.335	1.341	-5	-6

Quelle: Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes, Berechnungen des QuBe-Projektes, 3. Welle

BIBB-Datenreport 2015

der bereits heute Erwerbstätigen wird bis 2030 nicht aus dem Erwerbsleben ausscheiden, sondern auch noch in 15 Jahren dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Inwieweit langfristig der Bedarf an Erwerbstätigen durch das berufsfeldspezifische Arbeitsangebot aber auch tatsächlich gestillt werden kann, hängt nicht nur vom Angebot an Erwerbspersonen ab, die den gewünschten Beruf gelernt haben, sondern auch von der beruflichen Flexibilität dieser Fachkräfte und der Substituierbarkeit des Berufsfeldes durch anders qualifizierte Arbeitskräfte. Berücksichtigt man die voraussichtlichen Abwanderungen von Fachkräften aus einem Berufsfeld und Zuwanderungen von Arbeitskräften in das Berufsfeld, so verschwinden die Unterschiede des berufsfeldspezifischen Arbeitsangebots nach Basisprojektion und Alternativszenario → **Tabelle C3.3-1**.³²⁰ Die Grundtendenzen eines strukturell gewinnenden oder verlierenden Berufsfeldes bleiben jedoch erhalten.

Vergleicht man das jeweils spezifische Arbeitsangebot der beiden Berechnungen unter Berücksichtigung der beruflichen Austauschprozesse mit der Zahl der im Jahr 2030 voraussichtlich benötigten Erwerbstätigen, so fällt auf, dass die alternativ aufgezeigte Entwicklung zu keinen dramatischeren Arbeitskräfteengpässen oder -überhängen führt als die Basisprojektion → **Tabelle C3.3-1**. Dies bedeutet, dass die Fortschreibung bisheriger struktureller Verschiebungen innerhalb des beruflichen Ausbildungsbereichs bis 2030 kaum Auswirkungen auf das tatsächlich zur Verfügung stehende Angebot an Erwerbspersonen für einen Beruf haben wird. Problematisch ist hingegen das allgemein zurückgehende Interesse bzw. Angebot am beruflichen Bereich und das gleichzeitige Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Erwerbsleben (vgl. **Kapitel C3.2**). Langfristig wird dies insbesondere in den „Bauberufen, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung“, in den „Verkaufsberufen (Einzelhandel)“, in den „Gesundheitsberufen ohne Approbation“, „Berufen in der Körperpflege“ und in den „Hotel-, Gaststättenberufen, Hauswirtschaft“ zu spüren sein.

³²⁰ Die BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen berücksichtigen berufliche Flexibilitäten in Abhängigkeit von Alter, Geschlecht und Qualifikationsniveau der Erwerbspersonen und in Abhängigkeit von Lohnentwicklungen in den Berufsfeldern (siehe Maier u. a. 2014a).

C3.4 Entwicklungsperspektiven des beruflichen Bereichs bis 2030

In **Kapitel C3.2** wurde dargestellt, wie sich das Angebot von und die Nachfrage nach Fachkräften im beruflichen Bereich langfristig entwickeln. Hier konnte als Ergebnis festgehalten werden, dass das Angebot an Erwerbspersonen – aufgrund des Ausscheidens der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Arbeitsmarkt und der geringeren Bedeutung einer vollqualifizierenden Berufsausbildung im Vergleich zu einer akademischen Ausbildung unter den jüngeren Generationen – weitaus stärker zurückgehen wird als die Nachfrage an Erwerbstätigen dieser Qualifikationsstufe. Dabei wurden bereits Nettowanderungsgewinne von rund 200.000 Personen pro Jahr berücksichtigt.

Im vorherigen Abschnitt (vgl. **Kapitel C3.3**) wurde aufgezeigt, wie sich – unter Berücksichtigung des zurückgehenden Arbeitsangebots im nicht-akademischen Bereich – das Fachkräfteangebot im beruflichen Bereich in den 15 größten Berufsfeldern bis 2030 entwickeln kann. Hierfür wurde eine konstante Berufsstruktur des Neuangebotes aus dem Bildungssystem unterstellt (Basisprojektion) und dies einem Alternativszenario gegenübergestellt, das die berufsstrukturellen Verschiebungen innerhalb der jeweiligen Bildungsstätten seit dem Jahr 2000 berücksichtigt. Dabei stellte sich heraus, dass trotz erkennbarer Unterschiede in der Entwicklung der gelernten Fachkräfte langfristig beide Berechnungsweisen zu keinen unterschiedlichen Einschätzungen in der Beurteilung von berufsfeldspezifischen Arbeitskräfteengpässen kommen. Der Hauptgrund für die geringen langfristig sichtbar werdenden Unterschiede in der Entwicklung der beiden Vorausberechnungen ist in den Austauschprozessen des Arbeitsmarktes zu suchen: Erlernte Fachkräfte arbeiten nicht ihr ganzes Erwerbsleben in ihrem erlernten Beruf (berufliche Flexibilität), gleichzeitig haben Arbeitgeber auch die Möglichkeit, für bestimmte Tätigkeiten aus unterschiedlichen Berufen zu wählen (Substituierbarkeit).

Die langfristigen qualifikationsspezifischen Entwicklungen und die beiden Szenarien zur Berufsstruktur führen somit zu folgender Erkenntnis: Es ist für die zukünftige Fachkräftesicherung weniger bedeutsam, ob Jugendliche in einer voll- oder teilzeitschulischen Berufsausbildung oder Fortbildung Beruf A oder Beruf B erlernen, sondern

Tabelle C3.4-1: Engpässe auf Personen und Stundenebene der 15 relevantesten Berufsfelder des beruflichen Bereichs in 2030

Berufshauptfeld	Berufsfeld des erlernten Berufs	Prozentuale Abweichung von Erwerbspersonen zu Erwerbstätigen in 2030 (in Personen)	Prozentuale Abweichung von Erwerbspersonen zu Erwerbstätigen in 2030 (in Stunden)
1	1: Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau	0,8%	12,1%
2	7: Metall-, Anlagenbau, Blechkonstruktion, Installation, Montierer/-innen	1,3%	5,2%
3	8: Industrie-, Werkzeugmechaniker/-innen	5,0%	10,4%
2	11: Elektroberufe	2,2%	6,2%
2	18: Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung	-0,6%	3,9%
8	23: Techniker/-innen	-5,3%	-2,6%
4	27: Verkaufsberufe (Einzelhandel)	-0,2%	15,5%
4	28: Groß-, Einzelhandelskaufleute	3,4%	13,2%
7	29: Bank-, Versicherungsfachleute	17,7%	27,3%
4	30: Sonstige kaufmännische Berufe (ohne Groß-, Einzelhandel, Kreditgewerbe)	10,3%	17,9%
7	36: Verwaltungsberufe im öffentlichen Dienst	23,0%	30,4%
7	39: Kaufmännische Büroberufe	13,7%	21,7%
11	48: Gesundheitsberufe ohne Approbation	-4,9%	-0,9%
11	52: Berufe in der Körperpflege	-8,5%	-1,5%
6	53: Hotel-, Gaststättenberufe, Hauswirtschaft	-0,4%	19,1%

Quelle: Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes, Berechnungen des QuBe-Projektes, 3. Welle BIBB-Datenreport 2015

vielmehr, dass überhaupt Jugendliche für eine Ausbildung im beruflichen Bereich zur Verfügung stehen. Können sie nicht für diesen Ausbildungsbereich gewonnen werden, werden auch Attraktivitätsgewinne oder -verluste einzelner Berufe innerhalb des beruflichen Bereichs die langfristigen beruflichen Arbeitsmarktentwicklungen kaum beeinflussen.

Wenn sich ein langfristiger Entwicklungspfad des beruflichen Bereichs wie in [Kapitel C3.3](#) darstellt, dann bleibt die Frage offen, welche Handlungsoptionen bestehen, um langfristige Engpässe in folgenden Berufen zu vermeiden: „Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung“, „Techniker/-innen“, „Verkaufsberufe (Einzelhandel)“, „Gesundheitsberufe ohne Approbation“, „Berufe in der Körperpflege“ und „Hotel-, Gaststättenberufe, Hauswirtschaft“. In [Tabelle C3.4-1](#) ist das vorhandene Arbeitsvolumenpotenzial in den 15 häufigsten Berufsfeldern des

beruflichen Bereichs in der Basisprojektion dargestellt.³²¹ Dabei sind die bereits in absoluten Termen aufgezeigten Differenzen zwischen Arbeitsangebot und -bedarf (vgl. [Tabelle C3.3-1](#)) nochmals in einer relativen Betrachtungsweise wiedergegeben. Neben einer Betrachtungsweise auf Personenebene wird nun aber auch das von den Erwerbspersonen bereitgestellte Arbeitsvolumenpotenzial [E](#) (Zika u. a. 2012, S. 8) berücksichtigt.

Rechnet man das Arbeitsangebot in Stunden mit ein, so zeigt sich, dass die Engpässe auf Personenebene in den „Bauberufen, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung“, in den „Verkaufsberufen (Einzelhandel)“ und in den „Berufen in der Körperpflege“ zu relativieren sind. Würden die Erwerbspersonen in diesen Berufen die von ihnen gewünschte Stundenanzahl arbeiten können, wäre ein Arbeitskräftemangel in diesen Berufen theoretisch vermeidbar.

³²¹ Die aufgezeigten Werte unterscheiden sich im Alternativszenario nur geringfügig von der Basisprojektion.

E Arbeitsvolumenpotenzial

Das Arbeitsvolumenpotenzial ist ein hypothetisches Konstrukt, das angibt, wie groß das Arbeitsangebot, gemessen in Stunden, tatsächlich ist. Zur Berechnung dieses Konstrukts wird im Mikrozensus, einer 1-Prozent-Stichprobe der Wohnbevölkerung Deutschlands, auf die Zahl der gewünschten wöchentlichen Arbeitsstunden zurückgegriffen, sofern diese über den regelmäßig tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden liegen (Zika u. a. 2012, S. 8).

Wie bereits zuvor geschildert, spielt die Berücksichtigung von beruflichen Flexibilitäten und Substituierbarkeiten auf dem Arbeitsmarkt eine große Rolle, wenn das berufsfeldspezifische Arbeitsangebot mit dem -bedarf verglichen werden soll. Die Gründe für berufliche Substituierbarkeiten und Wechsel sind mannigfaltig. Zum einen spielen die tatsächlichen Artverwandtschaften der Tätigkeiten und die institutionellen Zugangsbarrieren zur Ausübung eines bestimmten Berufs eine Rolle. Zum anderen können

Erwerbspersonen an besseren Arbeitsbedingungen oder einkommenssichernden Beschäftigungen interessiert sein (Maier u. a. 2014b). In der langfristigen Modellierung der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen hängt die berufliche Flexibilität von den relativen Lohnentwicklungen in den Berufsfeldern, vom Lebensalter der Personen, ihrer beruflichen Qualifikation und vom Geschlecht ab.

→ **Tabelle C3.4-2** gibt einen Überblick über die veränderte qualifikatorische Zusammensetzung der Berufsfeldprojektionen aufgrund von Alterung, Lohnanpassungen und beruflichen Flexibilitäten zwischen 2010 und 2030. In allen ausgewählten Berufsfeldern ist sowohl im Jahr 2010 als auch 2030 der Anteil der gelernten Fachkräfte im Berufsfeld relativ gering. Eine Ausnahme bilden lediglich die „Verwaltungsberufe im öffentlichen Dienst“ und die „Gesundheitsberufe ohne Approbation“. Hier liegt der Anteil der gelernten Fachkräfte im Beruf bei knapp zwei Dritteln bzw. über 70%. Der Austausch zwischen den Berufsfeldern des beruflichen Bereichs ist somit relativ hoch.

Tabelle C3.4-2: Qualifikatorische Zusammensetzung der 15 relevantesten Berufsfelder des beruflichen Bereichs 2010 und 2030 (in %)

Berufshauptfeld	Berufsfeld des erlernten Berufs	Anteil gelernter Fachkräfte im Berufsfeld in 2010	Anteil gelernter Fachkräfte im Berufsfeld in 2030	Anteil fachfremder Fachkräfte im Berufsfeld 2010	Anteil fachfremder Fachkräfte im Berufsfeld 2030	Anteil nicht formal Qualifizierter in 2010	Anteil nicht formal Qualifizierter in 2030
1	1: Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau	53%	56%	30%	30%	17%	15%
2	7: Metall-, Anlagenbau, Blechkonstruktion, Installation, Montierer/-innen	34%	32%	50%	49%	16%	19%
3	8: Industrie-, Werkzeugmechaniker/-innen	34%	34%	52%	57%	14%	9%
2	11: Elektroberufe	35%	36%	60%	61%	4%	4%
2	18: Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung	47%	43%	39%	39%	14%	18%
8	23: Techniker/-innen	28%	27%	67%	64%	5%	9%
4	27: Verkaufsberufe (Einzelhandel)	50%	49%	31%	31%	19%	20%
4	28: Groß-, Einzelhandelskaufleute	28%	26%	62%	66%	9%	7%
7	29: Bank-, Versicherungsfachleute	59%	56%	37%	43%	4%	1%
4	30: Sonstige kaufmännische Berufe (ohne Groß-, Einzelhandel, Kreditgewerbe)	48%	43%	43%	53%	9%	3%
7	36: Verwaltungsberufe im öffentlichen Dienst	66%	63%	29%	37%	5%	1%
7	39: Kaufmännische Büroberufe	52%	49%	41%	48%	7%	2%
11	48: Gesundheitsberufe ohne Approbation	72%	70%	21%	20%	7%	10%
11	52: Berufe in der Körperpflege	50%	31%	43%	64%	6%	6%
6	53: Hotel-, Gaststättenberufe, Hauswirtschaft	42%	38%	34%	37%	24%	25%

Quelle: Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes, Berechnungen des QuBe-Projektes, 3. Welle



Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Veränderung des Anteils der nicht formal Qualifizierten im Beruf gelegt werden. In allen Berufsfeldern, in denen sowohl auf Personen als auch auf Stundenebene ein Engpass feststellbar ist, steigt der Anteil der beruflich nicht formal Qualifizierten. Eine Ausnahme bilden lediglich die „Berufe in der Körperpflege“. Hier findet vor allem eine Fachkräftezuwanderung aus anderen Berufsfeldern statt. Vergleicht man die Veränderung des Anteils der beruflich nicht formal Qualifizierten von 2010 bis 2030 mit den berufsstrukturellen Verschiebungen innerhalb des beruflichen Bereichs → **Tabelle C3.4-2**, so fällt zudem auf, dass der Anteil der nicht formal Qualifizierten tendenziell eher dort zunehmen wird, wo innerhalb des beruflichen Bereichs ein relativer Rückgang stattfindet.

Die Erkenntnisse des **Kapitels C3** können im Hinblick auf die Entwicklungsperspektiven des beruflichen Bereichs bis 2030 auf folgende Kernaussagen verdichtet werden:

- ▶ Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt werden bereits jetzt von relativen Rekrutierungsschwierigkeiten bei der Besetzung von sozialversicherungspflichtigen Stellen im vorwiegend mittleren Qualifikationsbereich begleitet. In berufsspezifischer Hinsicht sind die Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt und die Rekrutierungsschwierigkeiten auf dem Facharbeitermarkt jedoch nicht deckungsgleich.
- ▶ Das Angebot an Erwerbspersonen im beruflichen Bereich wird – aufgrund des Ausscheidens der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Arbeitsmarkt und der geringeren Bedeutung einer vollqualifizierenden Berufsausbildung im Vergleich zu einer akademischen Ausbildung unter den jüngeren Generationen – weitaus stärker zurückgehen als die Nachfrage nach Erwerbstätigen dieser Qualifikationsstufe. Das Arbeitsangebot im akademischen Bereich wird langfristig den Bedarf übersteigen. Erwerbspersonen ohne formal qualifizierenden Berufsabschluss werden weiterhin unterbeschäftigt sein.
- ▶ Die zurückgehende Bedeutung des beruflichen Bereichs wird alle Berufe dieser Qualifikationsstufe – wenn auch in unterschiedlichem Maße – treffen. Berufsstrukturelle Verschiebungen innerhalb des beruflichen Bereichs, die möglicherweise aufgrund von Attraktivitätsgewinnen oder -verlusten einzelner Berufe hervorgerufen werden, beeinflussen diese qualifikationsspezifischen Entwicklungen nur geringfügig, da hierdurch entstehende Veränderungen über berufliche Flexibilitäten und Substituierbarkeiten der bereits im Erwerbsleben stehenden Arbeitskräfte relativiert werden.
- ▶ Trotz berufsfeldspezifischer Arbeitskräfteengpässe auf Personenebene könnte der wirtschaftliche Bedarf an Arbeitskräften in vielen Berufen befriedigt werden, wenn die von den Erwerbspersonen zur Verfügung gestellten Arbeitsstunden auch abgerufen würden. Dies ist vor allem in Berufen mit größerer Teilzeitbeschäftigung wie in den „Verkaufsberufen (Einzelhandel)“ und in den „Berufen in der Körperpflege“ der Fall. Aber auch in den „Bauberufen, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung“ könnte der Arbeitskräfteengpass bis 2030 hierdurch zumindest theoretisch gelöst werden.
- ▶ In Berufsfeldern, in denen bereits jetzt keine Ausbildungsplätze besetzt werden können, droht langfristig eine Dequalifizierung der entsprechenden Arbeiten einzutreten, um die entsprechende Arbeitskräftenachfrage befriedigen zu können. Substitutionsmöglichkeiten durch anders (beruflich oder akademisch) qualifizierte Fachkräfte sind hier eher unwahrscheinlich. Sofern diese Entwicklungen unerwünscht sind, müssten insbesondere für die „Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung“, aber auch für die „Techniker/-innen“, „Verkaufsberufe (Einzelhandel)“ und in den „Gesundheitsberufen ohne Approbation“, hier vor allem für die Pflegeberufe, attraktivitätssteigernde Maßnahmen in der Ausbildung und in der Erwerbsarbeit vorgenommen bzw. Zugangswege für ausländische Arbeitskräfte erleichtert werden (**vgl. Kapitel E4**).

(Tobias Maier, Michael Kalinowski, Fraunhofer Institut für Angewandte Informationstechnik, Gerd Zika, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

C4 Aktuelle Passungsprobleme auf den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmärkten und künftige Fachkräfteengpässe – Zusammenfassung

Schwerpunktthema des diesjährigen Datenreports zum Berufsbildungsbericht sind aktuelle und künftige Passungsprobleme auf dem deutschen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und deren Gründe. Im Rahmen verschiedener Analysen wurde versucht, die in den letzten Jahren zunehmende Disparität zwischen dem Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsstellen und der Nachfrage von Jugendlichen und jungen Erwachsenen nach einer beruflichen Ausbildung oder Beschäftigung genauer zu untersuchen und nach den generellen Rahmenbedingungen und spezifischen Ursachen zu fragen.

Die lange Zeit von der Bildungspolitik und von internationalen Organisationen wie der OECD geforderte Erhöhung der Studierendenzahlen ist infolge der Bildungsexpansion mit steigenden höheren schulischen Abschlüssen auch in Deutschland erreicht worden. Während 1992 nur 30% der Schulabgänger/-innen die allgemeinbildende oder berufliche Schule mit einer Studienberechtigung verließen, ist der Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung im Jahr 2013 auf fast 60% gestiegen (vgl. Kapitel C1.1). Infolge der Bildungsexpansion wird sich auch die Qualifikationsstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung dahin gehend verändern, dass der Anteil der Bevölkerung mit akademischem Grad insgesamt steigt, während die erwerbsfähige Bevölkerung mit einem Berufsabschluss im mittleren Qualifikationssegment vor allem in den gewerblich-technischen Berufen zurückgeht; ein Berufsbereich, der aber insbesondere für die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft insgesamt und insbesondere für den Export einen hohen Stellenwert besitzt.

Verstärkt werden diese Veränderungen in der beruflichen Qualifikationsstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung durch die Rückgänge in der Bevölkerungszahl insgesamt und durch die zunehmende Alterung der deutschen Bevölkerung; beide Entwicklungen werden sich weiter negativ auf die erwerbsfähige Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 65 Jahren auswirken (vgl. Kapitel C1.2). In der nächsten Dekade werden die geburtenstarken Jahrgänge den Arbeitsmarkt verlassen und weder in der Anzahl noch mit ihrem Qualifikationsprofil durch junge

Menschen ersetzt werden können. In einem Zeithorizont von bis zu 15 Jahren werden ausschließlich nur höhere Wanderungsgewinne dem Bevölkerungsrückgang entgegenwirken können. Bei einem langfristig unterstellten jährlichen Nettowanderungsgewinn von 200.000 Personen muss von einem Bevölkerungsrückgang von knapp 1,9% bis 2030 ausgegangen werden.

Qualifikationsspezifisch sind aber noch Potenziale zur Gewinnung von zusätzlichen Fachkräften erkennbar. Junge Menschen ohne Schulabschluss erreichen auch zu mehr als 87% keinen Berufsabschluss und sind nur zu 47% erwerbstätig (vgl. Kapitel C1.3). Dies trifft noch stärker bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu, die viermal so häufig ohne Schulabschluss bleiben und ohne Berufsabschluss nur zu 43% eine Erwerbstätigkeit ausüben. Auf der betrieblichen Seite hat sich auch die Beteiligung der Wirtschaft an der betrieblichen Ausbildung Jugendlicher grundlegend verändert (vgl. Kapitel C1.4): Die früher bestandene enge Verbindung zwischen der Rekrutierung von qualifizierten Fachkräften und der Ausbildung eigener Nachwuchskräfte hat sich deutlich abgeschwächt. Trotz der ökonomisch bedingt stark steigenden Beschäftigtenzahlen nimmt der Bestand an Auszubildenden unter den Beschäftigten seit einigen Jahren immer weiter ab.

Insgesamt hat sich, wie in Kapitel C1 dargestellt, nicht nur das Angebot an Schulabsolventen und -absolventinnen mit höheren Schulabschlüssen – wie es vonseiten der Betriebe und der Wirtschaft seit Jahren gefordert wurde – deutlich erhöht; es existiert auch immer noch ein relativ unverändert hoher Bestand an formal nicht qualifizierten jungen Erwachsenen mit oder ohne Migrationshintergrund, die nach Absolvieren geeigneter Maßnahmen auch für eine betriebliche Ausbildung oder eine qualifizierte Beschäftigung infrage kommen. Gleichzeitig muss aber festgestellt werden, dass trotz stark steigender Beschäftigtenzahlen der Anteil ausbildender Betriebe und der Anteil der Auszubildenden an den Beschäftigten kontinuierlich abnimmt.

Welche Folgen diese Ausgangssituation für die betriebliche Seite des dualen Ausbildungssystems hat und wie sich Passungsprobleme auswirken, wurde im zweiten Kapitel untersucht (vgl. Kapitel C2). Ein wichtiges Ergebnis der Analysen ist, dass die Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung zu Unrecht allein auf einen generellen Rückzug der Betriebe aus der betrieblichen Berufsausbildung hinzudeuten scheint. Eine nach Betriebsgrößen

differenzierte Betrachtung zeigt z. B., dass sich besonders kleinere Betriebe mit Schwierigkeiten und Passungsproblemen konfrontiert sehen, angebotene Ausbildungsstellen zu besetzen, und zumindest derzeit noch nicht beabsichtigen, sich aus dem betrieblichen Ausbildungsgeschehen zurückzuziehen (vgl. Kapitel C2.1). Für andere Betriebsgrößenklassen ergeben sich zwar auch erste Hinweise auf Passungsprobleme, die zumindest im Jahresvergleich zwischen 2012 und 2013 nicht so gravierend wie bei den Kleinstbetrieben ausfallen (vgl. Kapitel A4.10.1).

Trotz unterschiedlich zunehmender Passungsprobleme scheinen Betriebe derzeit aber noch nicht ausreichend bereit zu sein, nachhaltigere Lösungsansätze bei der Rekrutierung neuer Auszubildender in Betracht zu ziehen. Besonders in Bezug auf informationell verursachte Mismatchprobleme praktizieren Betriebe bei Besetzungsschwierigkeiten eher traditionelle Rekrutierungsstrategien und greifen auf vorhandene Informationsnetzwerke und Vermittlungsinstitutionen zurück, anstatt Verfahren zu nutzen, mit denen potenzielle Ausbildungsinteressenten und spezielle Bewerbergruppen gezielter angesprochen und deren Qualifikationen und Kompetenzen besser eingeschätzt werden könnten (vgl. Kapitel C2.2). Allerdings scheint ein Teil der Betriebe die Zeichen der Zeit verstanden zu haben und ihre Strategien zur Lösung von Mismatchproblemen allmählich neu auszurichten. Hierzu gehört – wenn auch noch nicht im erforderlichen Maße – die Öffnung der Ausbildung für Bewerbergruppen, die relativ gesehen in der Vergangenheit aufgrund ihrer schulischen Vorbildung deutlich schlechtere Chancen auf einen Ausbildungsplatz hatten (vgl. Kapitel C2.3).

Eine erhöhte betriebliche Bereitschaft, in Ausbildung zu investieren, könnte regionale und berufliche Passungsprobleme zumindest abschwächen. Derzeit ist ein Teil der Betriebe noch immer nicht bereit, bei schwierigen regionalen Ausgangsbedingungen (d. h. Angebotsüberhänge oder betriebliche Ausbildungsangebote, die nicht die beruflichen Interessen der Ausbildungsstellenbewerber/-innen vor Ort zu treffen scheinen) signifikant stärkere investive und finanzielle Anreize für Jugendliche zu setzen (vgl. Kapitel C2.4). Aber nicht nur auf Probleme bei der Besetzung von Ausbildungsstellen reagieren Betriebe mittlerweile anders als früher, auch bei den vorzeitigen Lösungen von Ausbildungsverträgen, die angesichts der hohen Lösungsquoten für Betriebe ein zentrales Passungsproblem und Investitionsrisiko darstellen, ergeben sich Verände-

rungen im betrieblichen Handeln (vgl. Kapitel C2.5). Der Ausbau von unterstützenden Maßnahmen kann für Betriebe und Jugendliche ein wichtiges Instrument zur Vermeidung von vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen und damit verbundenen Folgeproblemen darstellen. Ein weiteres Beispiel für gelungene Lösungsstrategien sind die erhöhten betrieblichen Übernahmequoten von Auszubildenden (vgl. Kapitel C2.6), um künftige Fachkräfteengpässe zu verhindern oder abzumildern.

Diese aktuellen Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt haben möglicherweise auch mittel- und langfristige Auswirkungen auf die Passung von Fachkräftenachfrage und -angebot. So ist zu vermuten, dass gegenwärtige Schwierigkeiten bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen in bestimmten Berufen mittelfristig zu Fachkräfteengpässen auf dem Arbeitsmarkt in genau diesen Berufen führen können (vgl. Kapitel C3.1). Qualifikationsspezifisch gibt es bereits jetzt eine Kongruenz zwischen Passungsproblemen auf dem Ausbildungsmarkt und Rekrutierungsschwierigkeiten bei der Besetzung von sozialversicherungspflichtigen Stellen. Dies gilt allgemein für den mittleren Qualifikationsbereich, ist aber nicht für alle Berufe gleich bedeutsam (vgl. Kapitel C3.2).

Verstärkt wird diese Entwicklung, wenn die geburtenstarken Jahrgänge aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden und sich die geringere Bedeutung einer vollqualifizierenden Berufsausbildung im Vergleich zu einer akademischen Ausbildung unter den jüngeren Generationen fortsetzt. Während das akademische Arbeitskräfteangebot langfristig den Bedarf zu übersteigen droht, wird auf dem mittleren Qualifikationsbereich der Rückgang in nahezu allen Berufen auftreten. Erwerbspersonen ohne formal qualifizierenden Berufsabschluss werden eher unterbeschäftigt sein (vgl. Kapitel C3.3).

Wenn die von den Erwerbspersonen zur Verfügung gestellten Arbeitsstunden auch tatsächlich abgerufen und weiterhin ein positives Zuwanderungssaldo bestehen würden dann könnte der wirtschaftliche Bedarf an Arbeitskräften in vielen Berufen noch bis zum Jahr 2030 befriedigt werden. Möglich ist dies in den „Verkaufsberufen (Einzelhandel)“, in den „Berufen in der Körperpflege“, und sogar in den „Bauberufen, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung“ gibt es noch Potenziale. Aber dort, wo bereits jetzt keine Ausbildungsplätze besetzt werden können, werden die Engpässe nur durch fachfremde Erwerbsperso-

nen zu decken sein. Und dies gilt auch für die „Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung“, aber auch für die „Techniker/-innen“, „Verkaufsberufe (Einzelhandel)“ und in den „Gesundheitsberufen ohne Approbation“, hier vor allem für die Pflegeberufe (vgl. [Kapitel C3.4](#)).

(Robert Helmrich, Klaus Troltsch)

D Förderung von Berufsbildungsinnovationen durch Programme, Modellversuche und Kompetenzzentren

Das Wichtigste in Kürze

Berufliche Bildung ist einem stetigen Veränderungs- und Modernisierungsprozess unterworfen. Dies gilt für die Übergänge zwischen Schule und Ausbildungssystem, zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem und für die berufliche Weiterbildung. Zahlreiche Programme und Modellinitiativen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und anderer Akteure (z. B. weitere Bundes- und Länderministerien, die Europäische Kommission, BA) unterstützen diesen Veränderungsprozess. Eine wesentliche Bedeutung gewinnt im Rahmen des Modernisierungsprozesses auch der Ausbau von überbetrieblichen Berufsbildungszentren hin zu Kompetenzzentren.

Zunächst gibt **Kapitel D1.1** einen Überblick über die Regelangebote und Programme im Übergang Schule – Beruf. Die Handlungsfelder reichen von der Berufsorientierung bis hin zur Nachqualifizierung, wobei ein besonderer Akzent auf die Entwicklung der Teilnehmendenzahlen gelegt wird. Sie alle tragen dazu bei, den Übergang von der Schule zum Beruf zu erleichtern.

Im zweiten Teil (**Kapitel D1.2**) folgt ein umfassender Überblick aller Programme zur Förderung der Berufsausbildung von Bundes- und Länderministerien, der BA und der Integrationsämter. Dabei handelt es sich um zeitlich begrenzte Programme und um Programme im Bereich gesetzlicher Aufgaben nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG). Die Finanzierung erfolgt aus Haushaltsmitteln des Bundes, der Länder und der Kommunen, aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und der BA sowie aus Eigenmitteln der Träger. Die im Internet zum BIBB-Datenreport angebotenen Übersichten verdeutlichen, wie vielfältig die Förderlandschaft ist. Allerdings gibt es in den letzten Jahren auch zahlreiche Initiativen zur besseren Abstimmung und Koordinierung der einzelnen Maßnahmen. Dies gilt sowohl für den Bund als auch die Länder, wo jeweils unterschiedliche Instrumente im

Übergangsbereich zu aufeinander abgestimmten Konzepten zusammengefasst wurden (etwa in Hamburg oder Nordrhein-Westfalen).

Das **Kapitel D2** liefert einen Überblick über Modellversuche in der beruflichen Bildung. Modellversuche nehmen innovative Trends auf und leiten beispielhaft praktische Schritte für bildungspolitische Neuentwicklungen sowohl in inhaltlicher als auch methodischer und struktureller Perspektive ein. Im Zeitraum von 2011 bis 2014 gab es insgesamt 3 Förderschwerpunkte mit insgesamt 34 Modellprojekten: „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“, „Qualitätsentwicklung und -sicherung in der betrieblichen Berufsausbildung“ sowie „Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“.

Das Nationalkomitee der Deutschen UNESCO-Kommission für die UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (2005–2014) hat den zuletzt genannten Modellversuchs-Förderschwerpunkt als deutsche Dekademaßnahme ausgezeichnet. Im Bereich der beruflichen Bildung kann, nach Auffassung der Jury, die Maßnahme als Impulsgeber betrachtet werden, dem andere Branchen und Gewerke folgen sollten. Zurzeit erfolgt in allen Förderschwerpunkten der Transfer der Ergebnisse in Berufsbildungswissenschaft und -praxis. Hier gibt es eine ganze Reihe beeindruckender Beispiele, die in **Kapitel D2** näher erläutert werden.

Ergänzend findet sich in diesem Kapitel eine Darstellung der zu Ende gegangenen zweiten Förderphase der BMBF-Initiative „ANKOM – Förderung von Maßnahmen für den Übergang von der beruflichen in die hochschulische Bildung“. Die zwanzig teilnehmenden Projekte erarbeiteten hier u. a. zielgruppenspezifische Informations- und Beratungskonzepte, umfassende Mentoring- und Coachingangebote sowie berufsbegleitende und berufsintegrierende Studiengänge, die inhaltlich, didaktisch-methodisch und lernorganisatorisch den

Lebensbedingungen, Kompetenzen, Berufserfahrungen und Lernstrategien beruflich Qualifizierter Rechnung tragen. Auch wurden Anrechnungsverfahren aus der ersten Runde verfeinert und verstetigt.

Das **Kapitel D3** beschreibt das Instrument der überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) und deren Entwicklung hin zu Kompetenzzentren. Sie verfolgen Neuentwicklungen in Forschung und Technik, bewerten deren Nutzen für mittelständische Unternehmen und unterstützen die Umsetzung in die betriebliche Praxis durch passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen. Diese Kompetenzzentren tragen dadurch erheblich zur Implementierung neuer Technologien und damit zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei. Auch im aktuellen Datenreport wird dabei im Bereich der ÜBS ein spezieller Fokus auf den Bereich der Elektromobilität gelegt. Zum einen gilt dies für das 2013 gestartete Programm „Spannende Ausbildung! – E-Mobilität in überbetrieblichen Berufsbildungszentren“, das seine Wirkung 2014 entfaltet. Hier wurden aus dem Energie- und Klimafonds der Bundesregierung 5 Mio. Euro zur Entwicklung neuer Qualifizierungsangebote für Auszubildende sowie die zur Vermittlung des Themas erforderliche Ausstattung in ÜBS zur Verfügung gestellt. Außerdem wurde zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Elektromobilität das Projekt NQuE (Netzwerk Qualifizierung Elektromobilität) etabliert, das gemeinsam von der RWTH Aachen, der TH Ingolstadt und dem BIBB durchgeführt wird. In diesem Zusammenhang spielen Qualifizierungsmaßnahmen in ÜBS eine wichtige Rolle.

(Michael Heister)

D1 Regelangebote und Programme zur Förderung der Berufsausbildung

D1.1 Inhaltlicher Überblick und Entwicklung der Teilnehmendenzahlen für die Regelangebote und Programme im Übergang Schule – Beruf

Die zunehmenden Passungsprobleme am Ausbildungsmarkt stellen die Akteure in den Handlungsfeldern am Übergang von der Schule in den Beruf vor neue Herausforderungen. Die lang gehegte Vorstellung, dass die demografische Entwicklung den Übergangsbereich weitestgehend überflüssig macht, hat sich als Illusion herausgestellt. Die zunehmende Zahl von unbesetzten Ausbildungsstellen sowie eine gleichbleibend hohe Zahl an unversorgten Bewerberinnen und Bewerbern verdeutlichen strukturelle Probleme auf unterschiedlichen Ebenen. Betroffen sind hiervon vor allem bestimmte Branchen und Ausbildungsberufe. Unter den verschiedenen Interessengruppen herrscht Konsens, dass jungen Menschen möglichst im regulären System Angebote unterbreitet werden sollten, statt Sonderwege und -maßnahmen zu installieren, die nicht zielgerichtet zum ersten Ausbildungsmarkt führen. Zugangsbarrieren abzubauen sowie Teilhabechancen und Karrierewege zu eröffnen – dies entspricht auch dem Leitgedanken der Inklusion, die gerade vor dem Hintergrund der Fachkräftesicherung Modernisierungsprozesse und Strukturveränderungen am Übergang mit sich bringen wird. Daraus ergibt sich die Aufgabe, die Kluft zu verringern, die zwischen den Voraussetzungen der Jugendlichen und den Anforderungen/Erwartungen der Ausbildungsbetriebe besteht. Viele Dienstleistungen am Übergang Schule – Beruf enthalten daher Angebote für beide Seiten. Bei der altersgemäßen Heranführung an die Berufs- und Arbeitswelt gilt es die Lebensbedingungen und -vorstellungen von Jugendlichen zu erfassen, ihre Neigungen und Vorlieben vorbehaltlos zu berücksichtigen und sie darin zu unterstützen, möglichst selbstständig persönliche und berufliche Perspektiven zu entwickeln.

Mit der Initiative „Betriebliche Ausbildung hat Vorfahrt“ versucht die Bundesagentur für Arbeit (BA), mehr jungen Menschen die Aufnahme einer betrieblichen regulären Berufsausbildung zu ermöglichen. Die Initiative besteht aus drei Elementen: 160 bei der BA angesiedelte Ausbildungsakquisiteure sollen durch eine gezielte Ansprache von Betrieben zusätzliche Ausbildungsplätze erschließen. Darüber hinaus werden über eine Gesetzesänderung die ausbildungsbegleitenden Hilfen ausgebaut und die assistierte Ausbildung als neues Förderinstrument für das Ausbildungsjahr 2015/2016 eingeführt, die dann im Rahmen der zentralen Vergabe der BA in Auftrag gegeben wird. Bei der Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) sind Verschiebungen zugunsten der kooperativen Variante gegenüber der integrativen Form angestrebt. Die Verzahnung der außerbetrieblichen Ausbildung mit den Betrieben soll durch die Gewinnung weiterer Betriebe gestärkt werden.

Zunehmend in den Fokus gerät das Gefüge unterschiedlicher institutioneller Zuständigkeiten und Rechtskreise bei der Begleitung von jungen Erwachsenen. Je komplexer die Problemlagen junger Menschen sind, desto unüberschaubarer werden organisatorische und finanzielle Zuständigkeiten. So kommt es häufiger zu Brüchen oder Reibungsverlusten im Laufe des Integrationsprozesses. In diesem Kontext gewinnt die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit der zuständigen Stellen an Bedeutung. Ein Beispiel für die institutionelle Neuordnung unter einem Dach ist das Modell der Hamburger Jugendberufsagentur. Bundesweit gibt es derzeit 186 Arbeitsbündnisse Jugend und Beruf oder Jugendberufsagenturen. Diese werden sich sicherlich auch im nächsten Jahr qualitativ und quantitativ weiterentwickeln.

Maßnahmen für junge Menschen im Übergang von der Schule in den Beruf umfassen verschiedene Handlungsfelder:

► Berufsorientierung

Eine frühzeitige, an den Potenzialen und Interessen des Einzelnen ausgerichtete Berufsorientierung ist ein wichtiger Baustein für den gelingenden Übergang von der Schule in den Beruf. Berufsorientierung ist ein Prozess mit zwei Seiten: Auf der einen stehen Jugendliche, die sich selbst orientieren, ihre eigenen Interessen, Kompetenzen und Ziele kennenlernen. Auf der anderen stehen

die Anforderungen der Arbeitswelt, auf die hin junge Menschen orientiert werden. Angebote der Berufsorientierung unterstützen junge Menschen, diesen Prozess zu meistern, sich mit eigenen Interessen und Kompetenzen auseinanderzusetzen sowie Anforderungen von Berufen, Branchen und der Arbeitswelt kennenzulernen. Die einzelnen Bausteine der Berufsorientierung sollen konzeptionell verbunden sein und möglichst aufeinander aufbauen. So setzen Verfahren der Kompetenzfeststellung bereits ab der 7. Klasse an und schaffen Gelegenheiten, eigene Stärken zu erleben. Zeigt sich dabei Förderbedarf, sollen die Ergebnisse Anhaltspunkte für eine individuelle Förderung im Anschluss liefern. Praktika in Betrieben oder Berufsbildungsstätten ermöglichen Jugendlichen, Berufsfelder kennenzulernen und ihre Erfahrungen in Hinblick auf die eigene Person sowie die eigenen Ziele und Aufgaben zu reflektieren.

Berufsorientierungsmaßnahmen werden bisher von ganz verschiedenen Fördergebern finanziert: vom Bund (z. B. BA, BMBF), den Ländern (z. B. Kultusministerien, teilweise mit ESF-Mitteln kofinanziert) und der Jugendhilfe (Angebote für spezifische Zielgruppen). In vielen Bundesländern bemüht man sich derzeit, die Gestaltung der Berufsorientierung und der Angebote des Übergangsbereiches in Konzepten zu definieren, die mit den Bundesaktivitäten abgeglichen und in so genannten Bundesländer-Vereinbarungen festgeschrieben werden. So soll eine möglichst kohärente Förderpolitik in Abstimmung von Bund und Ländern umgesetzt werden.

► Hilfen beim Übergang

Zahlreiche Maßnahmen sollen junge Menschen insbesondere an den kritischen Übergängen absichern und Anschlüsse gewährleisten, um Bildungsketten bis zum erfolgreichen Ausbildungsabschluss sicherzustellen. Vor allem junge Menschen mit ungünstigen Startchancen oder besonderem Förderbedarf müssen in ihren Bildungs- und Erwerbsbiografien viele Schwellen und Hürden überwinden.

Hilfen beim Übergang wurden im Berichtsjahr 2013 von unterschiedlichen Seiten finanziert: So wurde z. B. das Instrument der Berufseinstiegsbegleitung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und das BMBF (über die Initiative Bildungsketten) gefördert. Mit dem Programm „Jugend stärken“ förderte das Bundes-

ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die soziale, schulische und berufliche Integration junger Menschen mit schwierigen Startchancen. Darüber hinaus fördert das stadt- und ortsteilbezogene ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ des Bundesverkehrsministeriums Projekte am Übergang Schule – Beruf.

► Berufs(ausbildungs)vorbereitung

Die Berufs(ausbildungs)vorbereitung (BBiG §§ 1, 68 ff.) umfasst qualifizierende Angebote für junge Menschen, die die allgemeine Schulpflicht erfüllt, aber auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt keinen Platz gefunden haben. Sie vermittelt Grundlagen für den Erwerb beruflicher Handlungsfähigkeit und soll an eine Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf heranführen. Berufs(ausbildungs)vorbereitung wird von unterschiedlichen Trägern angeboten:

- als berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der BA (Grundlage: Sozialgesetzbuch [SGB] III), die bei Trägern stattfindet, aber auch betriebliche Phasen integriert;
- in Form von Aktivierungshilfen für Jüngere als niedrigschwelliges Angebot, finanziert durch die BA, zur Heranführung und Eingliederung in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem;
- als Einstiegsqualifizierung in Betrieben, finanziert durch die BA;
- als schulische Berufsvorbereitung, in berufsbildenden Schulen auf der Grundlage der Schulgesetze der Länder und je nach Bundesland sehr unterschiedlich ausgestaltet (z. B. als Berufsvorbereitungsjahr);
- als ergänzende Angebote der Jugendhilfe (SGB VIII), z. B. in Jugendwerkstätten.

► Berufsausbildung

Die Angebote zur Ausbildungsbegleitung und Unterstützung der Berufsausbildung adressieren sowohl die jungen Erwachsenen, die Betriebe und das ausbildende Personal wie auch die berufsbildenden Schulen und deren Lehrkräfte. Das Ziel ist immer die Hinführung zum erfolgreichen Ausbildungsabschluss bzw. die Absolvierung einer regulären Ausbildung. Häufig kommt ein weiterer Partner, beispielsweise eine Bildungsorganisation, hinzu, um an verschiedenen Stellen zu begleiten und zu unterstützen.

Zu den Regelangeboten in der Förderung der Ausbildung gehören die ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH) und die Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung (BaE, in integrativer und kooperativer Form). Das Angebot wird von Bildungsträgern im Auftrag der BA erbracht. Zukünftig, ab dem Ausbildungsjahr 2015/2016, wird auch das Modell der assistierten Ausbildung von der BA als Dienstleistung ausgeschrieben. Hier sollen Bildungsorganisationen Dienstleistungen für Auszubildende und Betriebe anbieten, um verstärkt die Regelausbildung im Betrieb für leistungsschwächere oder beeinträchtigte Jugendliche zu ermöglichen.³²² Neben diesen Regelinstrumenten existieren Angebote über Programme oder auf Landes- bzw. kommunaler Ebene, z. B. zur Vermeidung von Vertragslösungen bzw. Ausbildungsabbrüchen. So betreiben im Programm VerA Ehrenamtliche solche Jugendliche, deren Ausbildung vom Abbruch bedroht ist.

► **Nachqualifizierung**

Qualifizierungsangebote und Nachqualifizierungsprogramme wenden sich an junge Erwachsene, die über Arbeitserfahrung verfügen, aber noch keinen Berufsabschluss erworben haben. Qualifizierung und Beschäftigung werden dabei kombiniert. Der modulare Aufbau ermöglicht differenzierte und individualisierte Qualifizierungswege. Je nach gesetzlicher Grundlage können sie in Betrieben, bei Bildungsträgern oder Einrichtungen der öffentlichen Hand stattfinden.

Darstellung der Maßnahmen

Das Spektrum der Fördermaßnahmen in diesen Handlungsfeldern ist sehr umfangreich und heterogen. In der Darstellung sind Programme erfasst, die zur Förderung von Projekten dienen und die als gesetzliche Förderinstrumente des SGB verankert sind. Nicht berücksichtigt wurden steuerliche Hilfen, reine Informations- und Beratungsangebote oder Sachleistungen sowie Programme im Bereich der Investitions- bzw. Regionalförderung. Programme im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit wurden nur berücksichtigt, wenn sie einen direkten Bezug zu den Handlungsfeldern aufwiesen, Bildungsgänge der allgemein- oder berufsbildenden Schulen wurden nicht berücksichtigt. Insgesamt wurden demnach 255 Pro-

gramme und Maßnahmen am Übergang Schule – Beruf erhoben. Das entspricht einer Rücklaufquote (bezogen auf die identifizierten Förderprogramme) von 98,6%, also annähernd einer Vollerhebung.

Knapp drei Viertel der untersuchten Förderprogramme lassen sich eindeutig einem Handlungsfeld zuordnen, weitere 16% sind in zwei Feldern aktiv. Förderprogramme, die kein eindeutiges Förderfeld bedienen, sind eher die Ausnahme. In welchen Handlungsfeldern verstärkt gefördert wird, zeigt → **Tabelle D1.1-1**.

Tabelle D1.1-1: Programme nach Handlungsfeldern (in %)

Handlungsfeld	Prozent der Programme (Mehrfachantworten)
Ausbildung	67,5%
Berufsorientierung	20,8%
Berufsvorbereitung	25,5%
Nachqualifizierung	6,3%
Übergänge	23,5%
Insgesamt	143,5%

Quelle: Befragung der Bundes- und Landesministerien durch Wolters Kluwer Deutschland 2013/2014 im Auftrag des Bundesinstituts für Berufsbildung; n = 255 BIBB-Datenreport 2015

Zwei Drittel und damit der größte Teil der Förderprogramme dient dem Handlungsfeld Ausbildung. Ein Viertel der Förderprogramme hat die Berufsvorbereitung zum Ziel, jedes fünfte Programm die Berufsorientierung. Die geringste Rolle spielen derzeit Maßnahmen, die die Nachqualifizierung fördern. Knapp ein Viertel der Programme ist im Bereich Übergänge aktiv, was nicht weiter überrascht, weil dieses Handlungsfeld naturgemäß viele Überschneidungen zu anderen aufweist (von den 60 Programmen zu Übergängen wurden 40% einem zweiten, 25% einem dritten Handlungsfeld zugeordnet).

Der quantitativ größte Teil der Regelangebote, bezogen auf die Teilnahme von jungen Menschen an Maßnahmen, liegt in der Zuständigkeit der BA³²³ → **Schaubild D1.1-1**.

In der folgenden Darstellung werden Neuerungen, Veränderungen und Ergänzungen in den Vordergrund gestellt.

³²³ Das nachfolgend verwendete Zahlenmaterial stammt, soweit nicht anders angegeben, aus den Förderstatistiken der BA. Diese sind teilweise frei über das Statistikportal der BA zugänglich: <http://statistik.arbeitsagentur.de>, hier „Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen“ → „Förderung der Berufsausbildung“, teilweise sind Sonderauswertungen für das BIBB erstellt worden.

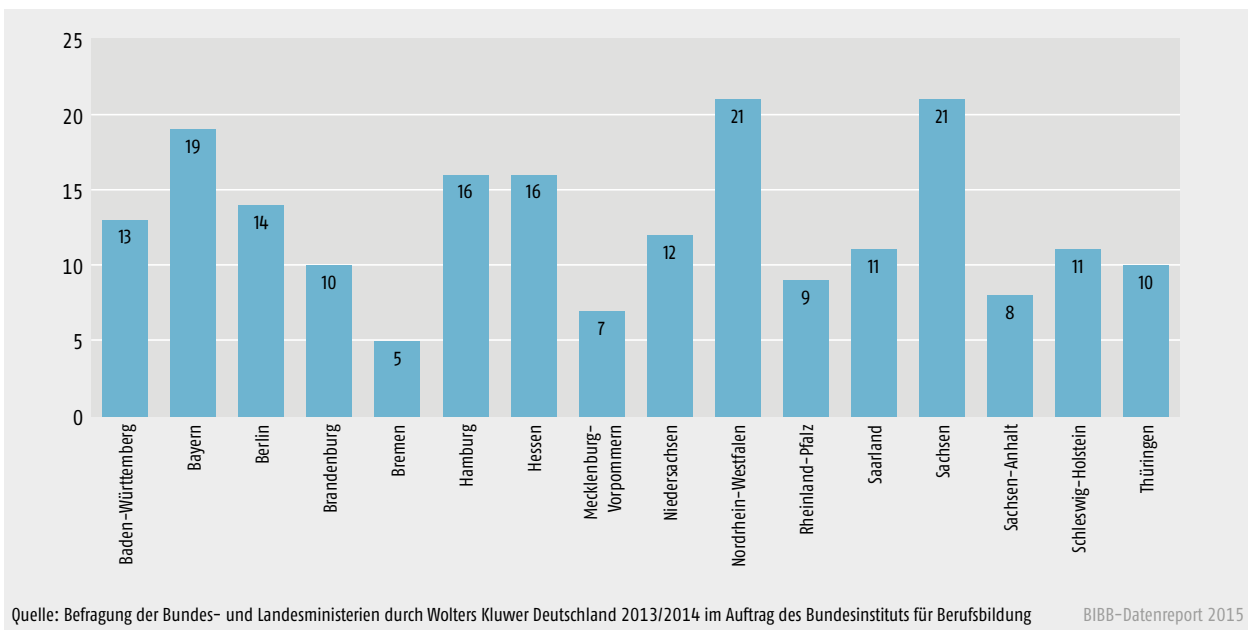
³²² Informationen und Beispiele zur assistierten Ausbildung im Good Practice Center: www.good-practice.de/infoangebote_beitrag4931.php.

Schaubild D1.1-1: **Regelangebote der Bundesagentur für Arbeit**

Berufsorientierung	Berufs- und Ausbildungsvorbereitung	Berufsausbildung	Nachqualifizierung,
Maßnahmen zur vertieften Berufsorientierung	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB, BvB-Reha, BvB-Pro)	Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE integrativ, BaE kooperativ)	Arbeitsgelegenheiten
	Einstiegsqualifizierung (EQ, EQ Plus)	Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH)	
	Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung		
Berufseinstiegsbegleitung			

Quelle: Zusammenstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung BIBB-Datenreport 2015

Schaubild D1.1-2: **Anzahl aktueller Förderprogramme 2013 pro Bundesland**



Neben den Bildungs-, Förder- und Qualifizierungsangeboten, die im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt derzeit als Regelangebote durchgeführt werden, bieten verschiedene Bundesministerien Sonder- und Modellprogramme an, die für den Übergang Schule – Beruf relevant sind. Programmrichtlinien beschreiben die Konzeption und Durchführung dieser zeitlich begrenzten Programme → [Tabelle D1.1-2](#).

Von den 255 Förderprogrammen, die in der Datenerhebung 2013/2014 erfasst wurden, lag der Großteil von 51 Programmen in der Zuständigkeit des Bundes, ein EU-Programm war aktuell, die restlichen 203 Förder-

programme verteilen sich wie in der obigen Abbildung gezeigt auf die Bundesländer. Im Ländervergleich stammen die meisten Programme aus Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Bayern. Die wenigsten Förderprogramme wurden aktuell in Bremen ins Leben gerufen → [Schaubild D1.1-2](#).

Im Folgenden werden beispielhaft einige der Regelangebote und Förderprogramme des Bundes näher dargestellt. Eine Übersicht über die Landesprogramme folgt in [Kapitel D1.2](#). Die Darstellung gliedert die Angebote nach Handlungsfeldern. Hinweise auf Akteure, gesetzliche Grundlagen und Verantwortungsebenen sind jeweils enthalten.

Tabelle D.1.1-2: Auswahl relevanter Förderinitiativen und Sonderprogramme des Bundes für den Förderbereich Übergang Schule – Beruf 2013/2014 (Teil 1)

Fördergeber/Titel	Förderzeitraum	Ziel	Zielgruppe ¹	Informationen im Internet
BMWF: JOBSTARTER CONNECT – Einsatz von Ausbildungsbausteinen zur Ausbildungs- und Berufsintegration	2008 – 2015	Sicherung des Fachkräftebedarfs und Verbesserung des Übergangs in das duale System	Altbewerber/-innen, Ausbildungsabbrecher/-innen, sozial Benachteiligte	www.jobstarter-connect.de
BMWF: JOBSTARTER – Für die Zukunft ausbilden	2008 – 2017	Nachhaltige Sicherung von Fachkräften durch betriebliche Ausbildung; Verbesserung des Übergangs von der allgemeinbildenden Schule in eine betriebliche Ausbildung; Erhöhung der Attraktivität der dualen Ausbildung	Alleinerziehende, Altbewerber/-innen, Ausbildungsabbrecher/-innen, Auszubildende allgemein, Lernbeeinträchtigte, Personen mit Migrationshintergrund, sozial Benachteiligte	www.foerderdatenbank.de/jump/79306 www.jobstarter.de
BMWi: Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen	2007 – 2014	Sicherstellung passgenauer Beratungs- und Vermittlungsleistung für KMU, insbesondere im Handwerks- und Dienstleistungsbereich als Beitrag zur Befriedigung des zukünftigen Fachkräftebedarfs	Auszubildende allgemein, Betriebe, ausländische Fachkräfte	www.foerderdatenbank.de/jump/79547 www.bafa.de/bafa/de/wirtschaftsfoerderung/passgenaue_vermittlung/index.html
BMWF: Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten	unbefristet	Etablierung einer systematischen individuellen Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten; Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung	Schüler/-innen	www.foerderdatenbank.de/jump/710068 www.berufsorientierungsprogramm.de/html/de/1.3.php
BMWF: JOBSTARTER – Initiative VerA – Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen und Stärkung Jugendlicher in der Berufsausbildung durch SES-Ausbildungsbegleiter	2008 – 2014	Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen und Stärkung Jugendlicher in der Berufsausbildung	Auszubildende allgemein	www.vera.ses-bonn.de
BMFSFJ: JUGEND STÄRKEN – Aktiv in der Region	2010 – 2013	Schaffung eines passgenauen FörderSystems für benachteiligte junge Menschen am Übergang von der Schule in Ausbildung und Beschäftigung	Ausbildungsabbrecher/-innen, Lernbeeinträchtigte, Personen mit Migrationshintergrund, sozial Benachteiligte	www.jugend-staerken.de/
BMFSFJ: JUGEND STÄRKEN – Jugendmigrationsdienste	unbefristet	Verbesserung der Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund	Eltern/Erziehungsberechtigte, Personen mit Migrationshintergrund, sozial Benachteiligte	www.jugend-staerken.de
BMFSFJ: Jugend stärken – Kompetenzagenturen	2011 – 2014	Unterstützung besonders benachteiligter Jugendlicher bei der beruflichen und gesellschaftlichen Integration	Ausbildungsabbrecher/-innen, Lernbeeinträchtigte, Personen mit Migrationshintergrund, sozial Benachteiligte	www.kompetenzagenturen.de/

Tabelle D1.1-2: Auswahl relevanter Förderinitiativen und Sonderprogramme des Bundes für den Förderbereich Übergang Schule – Beruf 2013/2014 (Teil 2)

Fördergeber/Titel	Förderzeitraum	Ziel	Zielgruppe ¹	Informationen im Internet
BMAS: Initiative Inklusion – HF1 – Berufsorientierung schwerbehinderter Schülerinnen und Schüler	2011–2018	Verbesserung der Berufsorientierung für Schüler/-innen mit schwerer Behinderung	Lernbeeinträchtigte, Personen mit Behinderung, Schüler/-innen	www.foerderdatenbank.de/jump/711536 https://www.bmas.de/DE/Themen/Teilhaber-behinderter-Menschen/Meldungen/initiative-inklusion-richtlinie.html
BMAS: Initiative Inklusion – HF2 – Schaffung neuer betrieblicher Ausbildungsplätze für schwerbehinderte junge Menschen	2011–2018	Erhöhung der Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze für Menschen mit Schwerbehinderung	Personen mit Behinderung, Betriebe	www.foerderdatenbank.de/jump/711536 https://www.bmas.de/DE/Themen/Teilhaber-behinderter-Menschen/Meldungen/initiative-inklusion-richtlinie.html
BMAS: Initiative Inklusion – HF4 – Förderung von Inklusionskompetenz bei den Kammern	2011–2018	Zusätzliche Bereitstellung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Menschen mit Schwerbehinderung	Lernbeeinträchtigte, Personen mit Behinderung, Beratungseinrichtungen	www.foerderdatenbank.de/jump/711536
BMUB: Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIMAQ)	2008–2015	Verbesserung der Qualifikation und sozialen Situation von Bewohner/-innen benachteiligter Quartiere und damit Verbesserung ihrer Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt	Alleinerziehende, Altbewerber/-innen, Ausbildungsabrecher/-innen, Personen mit Migrationshintergrund, sozial Benachteiligte	www.biwaq.de
BMAS: Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsterrierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa (MobiPro-EU)	2013–2016	Beitrag zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der EU; Deckung des Fachkräftebedarfs in Deutschland	Auszubildende, ausbildungsinteressierte Jugendliche und arbeitslose jungen Fachkräfte aus den Mitgliedstaaten der EU	www.foerderdatenbank.de/jump/711828 www.thejobofmylife.de
BMAS: XENOS – Integration und Vielfalt	2008–2014	Unterstützung der individuellen Beschäftigungsfähigkeit; Stärkung von Demokratiebewusstsein und Toleranz; Abbau von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus	Ausbilder/-innen, Auszubildende allgemein, Personen mit Migrationshintergrund, sozial Benachteiligte	www.foerderdatenbank.de/jump/78029 http://www.esf.de/portal/DE/ueber-den-esf/Geschichte-des-ESF/Foerderperiode-2007-2013/ESF-Programme/Programme/programm_xenos.html

¹ Angaben gemäß Selbstauskunft der befragten zuständigen im betreffenden Ministerium.

Quelle: Datenerhebung von Wolters Kluwer Deutschland GmbH im Auftrag des Bundesinstituts für Berufsbildung. Die Tabelle stellt eine Auswahl der bei den betreffenden Ministerien erhobenen Programmendaten dar; vorrangig sind jene Programme dargestellt, deren Laufzeit bis in das Jahr 2015 hineinreicht.

BIBB-Datenreport 2015

1. Handlungsfeld Berufsorientierung

Die Berufsorientierung soll junge Menschen befähigen, eigene Kompetenzen und Interessen in Bezug zu setzen zu beruflichen Anforderungen; sie soll gleichzeitig dazu beitragen, Abschlüsse und Anschlüsse zu sichern. Zum Handlungsfeld Berufsorientierung gehören Regelangebote und Programme, die vorwiegend im Rahmen der allgemeinbildenden Schule bis zum Ende der Sekundarstufe I durchgeführt werden und Jugendlichen Möglichkeiten eröffnen, die eigenen Fähigkeiten und Interessen kennenzulernen und mit den Anforderungen und Angeboten der Berufswelt in Verbindung zu bringen. Ziel ist die Befähigung der Jugendlichen zu einer erfolgreichen Berufswahlentscheidung.

Berufsorientierung ist eine gesetzliche Aufgabe der BA, die zum einen in Form von BA-eigenen Angeboten im § 33 SGB III geregelt ist; zum anderen können auch externe Maßnahmenträger mit finanziellen Mitteln der BA ergänzende Maßnahmen für Jugendliche anbieten (geregelt im § 48 SGB III). Zusätzlich fördern einige Bundesministerien die Berufsorientierung durch zeitlich befristete Programme. Auch die Berufseinstiegsbegleitung zielt auf Berufsorientierung, geht aber darüber hinaus und bildet somit eine Schnittstelle zu den Handlungsfeldern Übergang und Berufsausbildung; sie ist daher im Handlungsfeld „Übergang von der Schule in den Beruf“ beschrieben.

BA: Berufsorientierung (§ 33 SGB III)

Die BA bietet eine Reihe von Leistungen im Rahmen ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Berufsorientierung an (§ 33 SGB III). Dazu gehören unter anderem Informations- und Vortragsveranstaltungen, Workshops zu Berufswahlthemen sowie eine Reihe von Medienangeboten. Die vorrangigen Adressaten sind Schüler/-innen, allgemein alle Ausbildungssuchenden.

BA: Berufsorientierungsmaßnahmen (§ 48 SGB III)

Ergänzend zur im § 33 SGB III geregelten Pflichtaufgabe der BA regelt der § 48 SGB III die Möglichkeit zusätzlicher Berufsorientierungsangebote, die von Berufsbildungseinrichtungen und sonstigen Maßnahmenträgern an den allgemeinbildenden Schulen für verschiedene Adressaten angeboten werden. Dazu zählen Schüler/-innen im Allgemeinen; es werden aber auch Maßnahmen mit

Fokus auf ganz bestimmte Förderbedarfe bezuschusst. Zu den Kernelementen dieser Maßnahmen gehören umfassende Informationen zu Berufsfeldern, Interessenerkundung, Eignungsfeststellung/Kompetenzfeststellung, Strategien zur Berufswahl- und Entscheidungsfindung, Hilfen zur Selbsteinschätzung von Neigungen und Fähigkeiten, Realisierungsstrategien sowie sozialpädagogische Begleitung und Unterstützung. Der Zuschuss an die antragstellenden Maßnahmenträger umfasst bis zu 50% der förderfähigen Kosten. Die BA verzeichnet für das Berichtsjahr 2013 einen Zugang zu den Maßnahmen von knapp 60.000 Teilnehmenden. Damit setzt sich der zu beobachtende Rückgang an Zugängen der letzten Jahre fort; er ist zu einem Großteil möglicherweise jedoch auch ein Artefakt der Instrumentenreform vom 31. März 2012.

BMBF: Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten (BOP)

Das BOP wendet sich an Schüler/-innen der allgemeinbildenden Schulen, die einen Schulabschluss der Sekundarstufe I anstreben. Ziel des Programms ist ein leichter Übergang von der Schule in die Ausbildung sowie die Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen. Die Maßnahmen des Programms umfassen im Wesentlichen zwei Teile: eine Potenzialanalyse im 7. Schuljahr, die den Schülerinnen und Schülern ihre beruflichen Neigungen und Interessen aufzeigen sollen, sowie eine darauf aufbauende zweiwöchige Praxisphase im 8. Schuljahr, die in der Werkstatt der durchführenden Berufsbildungsstätte stattfindet. In diesen 80 Praxisstunden lernen die Teilnehmenden drei verschiedene Berufsfelder kennen und können ihre Fertigkeiten darin erproben.

Antragsberechtigt sind die Träger von überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten, die für die Durchführung der Maßnahme einen Zuschuss für die Potenzialanalyse und den praktischen Teil der Berufsorientierung erhalten. Das BIBB führt die Förderung für das BMBF durch und bewilligte 2013 Maßnahmen für insgesamt rund 130.000 Schüler/-innen in 360 Projekten. Für das Jahr 2013 sah der Haushaltsplan 75 Mio. € vor, ausgezahlt wurden 64 Mio. €. Das BOP strebt die flächendeckende Einführung der Maßnahmen in allen Bundesländern an. Deshalb wurden mit vereinzelten Bundesländern bereits Landesvereinbarungen getroffen, die die Berufsorientierungsmaßnahmen in einem einheitlichen Landeskonzept verankern.

BMAS: Initiative Inklusion – Handlungsfeld 1: Berufsorientierung schwerbehinderter Schüler/-innen

Die Berufsorientierung der Schüler/-innen mit Schwerbehinderung ist ein Handlungsfeld im Rahmen der Initiative Inklusion des BMAS. Die Maßnahmen beinhalten Kernelemente der Berufsorientierung wie Kompetenzanalyse, Praktika, Begleitung des Berufswahlprozesses oder Begleitung des Übergangs in das Arbeitsleben. Die Förderung, deren Mittel aus dem Ausgleichsfonds stammen, umfasst insgesamt 80 Mio. €. Für 2013 war ein Mittelvolumen von 11 Mio. € geplant. Ursprünglich umfasste die Förderung ein Volumen von bis zu 40 Mio. €, die den Ländern pauschal in festgelegten Tranchen nach einem festen Schlüssel zugewiesen wurden. Damit konnten Berufsorientierungsmaßnahmen gefördert werden, die in den Schuljahren 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 begannen. Ende 2013 ist das finanzielle Volumen um weitere 40 Mio. € aufgestockt worden. Dadurch wurde das Handlungsfeld 1 der Initiative Inklusion auch auf Maßnahmen ausgedehnt, die in den Schuljahren 2014/2015 und 2015/2016 beginnen. Mit der finanziellen Aufstockung sollen in diesem Zeitraum weitere 20.000 Schüler/-innen mit Beeinträchtigungen in ihrer Berufsorientierung unterstützt werden. Die aufgestockten Mittel werden den Ländern ebenfalls nach einem festen Schlüssel zugewiesen. Dies erfolgt für den verlängerten Zeitraum auf Antrag nach jeweils konkret bezeichnetem Bedarf.

2. Handlungsfeld: Übergang von der Schule in den Beruf

Beratung und Begleitung beim Übergang Schule – Beruf werden von unterschiedlichen Seiten professionell, semi-professionell oder ehrenamtlich angeboten. Professionelle Beratung und Begleitung gilt als traditionelle Aufgabe der Jugendsozialarbeit und findet als Teil der Jugendhilfe und in Form von einzelfallbezogenen Beratungs- und Betreuungsangeboten statt. Berufliche und vorberufliche Bildung wird hier im Kontext mit individuellen und sozialen Voraussetzungen (Lebensweltorientierung, Sozialraumorientierung) gesehen. Es sollen Ressourcen erschlossen werden, die Jugendliche stärken (Ressourcenorientierung/Empowerment) und so die Aufnahme einer Ausbildung ermöglichen.

Das Übergangmanagement umfasst individuelle und institutionelle Aspekte. In einem kooperativen Prozess wird die Unterstützung der Jugendlichen mit dem vor Ort zugänglichen Angebot an Bildung, Ausbildung, Arbeit und sozialpädagogischer Förderung zusammengebracht. Die Angebote und Bildungsanbieter werden vernetzt, öffentlich legitimierte Stellen steuern die Übergangsprozesse und das regionale Gesamtangebot.

BA: Berufseinstiegsbegleitung (§ 49 SGB III)

Die Berufseinstiegsbegleitung ist eine Maßnahme, die bildungsgefährdeten Schülerinnen und Schülern individuelle Unterstützung bei der beruflichen Orientierung bietet. Jugendliche werden vom Besuch der Vorabgangsklasse an bis hin zum ersten halben Jahr in einem Berufsausbildungsverhältnis individuell beraten und unterstützt. Damit soll das Erreichen eines Schulabschlusses, eine fundierte Berufswahlentscheidung und die Aufnahme sowie der Bestand eines Berufsausbildungsverhältnisses positiv beeinflusst werden. Zunächst war die BA-finanzierte Berufseinstiegsbegleitung als Probeinstrument an 1.000 Modellschulen gedacht und im inzwischen aufgehobenen § 421s SGB III geregelt. Die letzten Maßnahmenplätze dieser Modellphase wurden bis zum 31. Juli 2014 finanziert.

Seit dem 1. April 2012 ist die Berufseinstiegsbegleitung als Regelinstrument der BA aufgenommen worden und in § 49 SGB III verankert. Dieses Regelinstrument sieht vor, dass 50% der förderfähigen Kosten eines Maßnahmenträgers aus BA-Mitteln bezuschusst werden können. Aus Bundesmitteln konnte die Maßnahme an 1.000 Modellschulen durchgeführt werden. Zusätzlich konnten aus ESF-Landesmitteln in einigen Bundesländern weitere Schulen berücksichtigt werden. Für das Jahr 2013 war ein Mittelvolumen von 100 Mio. € geplant. Die BA verzeichnet für 2013 einen Bestand von 42.191 Teilnehmenden.

BMBF: Sonderprogramm „Initiative Bildungsketten“

Neben und unabhängig von der BA-geförderten Maßnahme, die im § 49 SGB III geregelt ist, wurden bis Ende 2013 ca. 363 Mio. € aus Mitteln des BMBF-Haushalts für Maßnahmen der Berufseinstiegsbegleitung an weiteren 1.000 Schulen ausgegeben. Sie waren Bestandteil des Sonderprogramms Berufseinstiegsbegleitung im Rahmen

der „Bildungsketten“-Initiative des BMBF; Auftragsvergabe und Umsetzung erfolgten jedoch auch durch die BA. 2013 konnten rund 20.000 Jugendliche von knapp 1.000 Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleitern betreut werden.

Ab 2015 findet nur noch eine zentrale Vergabe der Mittel für die Berufseinstiegsbegleitung durch die BA statt.

BMBF: Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement

Die Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement innerhalb des BMBF-Programms „Perspektive Berufsabschluss“ hat bis 2013 den Aufbau von regionalen Übergangsmanagements angestoßen, die Umsetzung wirksamer Verfahren des Übergangsmanagements unterstützt und die in der Entwicklung und Erprobung des Übergangsmanagements gewonnenen Erfahrungen, Einsichten, Standards und Instrumente für eine Nachnutzung für Politik, Verwaltung und Praxis bundesweit bereitgestellt. Mit dem inzwischen ausgelaufenen Programm wurden in 55 Kommunen Strukturen des Regionalen Übergangsmanagements aufgebaut. Die Ergebnisse und Produkte der Vorhaben sind auf den Internetseiten des Programms abrufbar.³²⁴

BMFSFJ: JUGEND STÄRKEN

Im Rahmen der Initiative JUGEND STÄRKEN wurden benachteiligten Jugendlichen und jungen Menschen mit Migrationshintergrund neue Chancen für ihre individuelle Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe angeboten. Bis 2014 wurden Beratungsstellen und Strukturen hierzu für diejenigen aufgebaut, die vom bestehenden System der Hilfsangebote nicht erreicht werden. Im Programm Kompetenzagenturen wurden mit 99,3 Mio. € über 200 Stellen mit Beratungs-, Vermittlungs- und Lotsenfunktion zur sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen mithilfe von Ansätzen der Jugendsozialarbeit und Beratung eingerichtet. Sie begleiteten die Jugendlichen langfristig und bezogen dabei ihr familiäres und persönliches Umfeld ein.

Das Programm Schulverweigerung – Die 2. Chance richtete sich an Jugendliche, die ihren Hauptschulabschluss

durch aktive oder passive Schulverweigerung gefährden. Ziel war es, diese Jugendlichen in das Schulsystem zurückzuführen und ihre Chancen auf einen Schulabschluss zu verbessern. Bis 2014 wurden mit 98,2 Mio. € 200 Koordinierungsstellen eingerichtet.

Das BMFSFJ förderte die Programme im Rahmen der Initiative „JUGEND STÄRKEN“ aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF). Von 2015 an wird das ESF-Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ vom BMFSFJ und vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) weiter gefördert, und Menschen mit Startschwierigkeiten werden beim Einstieg in die Arbeitswelt mit aufsuchender Arbeit, Beratung und Einzelfallhilfe unterstützt.

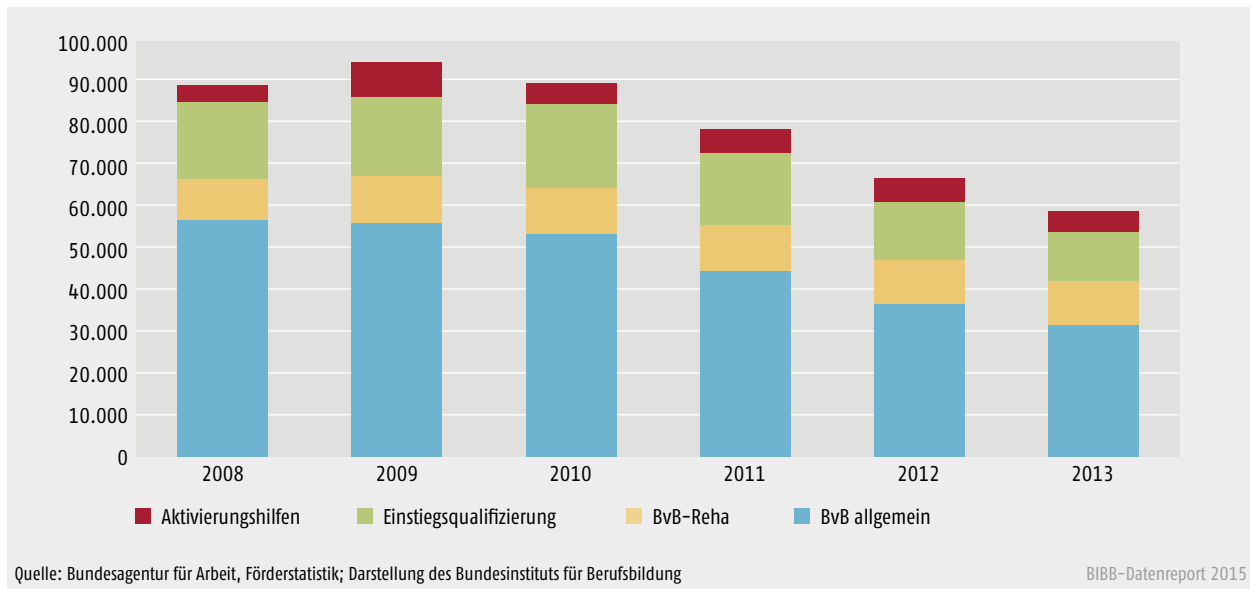
3. Handlungsfeld Berufsvorbereitung

Maßnahmen der Berufsvorbereitung hatten bis 2009 eine deutliche Ausweitung erfahren. Sie hatten – vor allem in Westdeutschland – einen erheblichen Teil der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz aufgenommen. Seit 2010 gingen die Zahlen berufsvorbereitender Maßnahmen zurück, 2013 setzte sich dieser Trend weiter fort. In allen Maßnahmen der Berufsvorbereitung des SGB III gingen die Teilnehmendenzahlen zurück. Vor allem bei der allgemeinen berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme nach § 51 SGB III ist dies sehr deutlich. In Teilen hängt das mit der demografischen Entwicklung zusammen. Zudem gibt es aber auch in der Ausrichtung von Maßnahmen eine Tendenz, diese stärker an die reguläre Ausbildung anzulehnen oder aber mit einer großen Nähe zur betrieblichen Realität durchzuführen → **Schaubild D1.1-3**.

BA: Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB) (§ 51 SGB III)

Mit den BvB wird die Eingliederung in Ausbildung angestrebt; wenn dieses Ziel nicht erreicht werden kann, wird die Aufnahme einer Beschäftigung intendiert. Zur Zielgruppe gehören Jugendliche und junge Erwachsene, die ohne berufliche Erstausbildung sind, ihre allgemeine Schulpflicht erfüllt und in der Regel das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, insbesondere junge Menschen, die noch nicht über die erforderliche Ausbildungsreife oder Berufseignung verfügen oder deren Vermittelbarkeit am Ausbildungsmarkt durch die weitere Förderung verbessert werden kann. Die maximale indivi-

³²⁴ Siehe www.perspektive-berufsabschluss.de/de/106.php.

Schaubild D1.1-3: **Teilnehmende in verschiedenen Maßnahmen der Berufsvorbereitung (Jahresdurchschnittsbestand)**

duelle Förderdauer beträgt i. d. R. bis zu 11 Monate, kann aber in begründeten Fällen verlängert werden. Ausnahmen betreffen junge Menschen mit Behinderung und junge Menschen, die innerhalb der BvB ausschließlich an einer Übergangsqualifizierung teilnehmen.

Die Zahlen spiegeln die demografische Entwicklung. Die Maßnahmeplätze (Zugänge) gingen von 2009 bis 2013 um über 40.000 zurück. Nachdem in den Jahren 2008 und 2009 durchschnittlich noch rund 57.000 Teilnehmende pro Jahr im Rahmen der BvB allgemein gefördert worden waren, ging der Jahresdurchschnittsbestand (JD-Bestand) stetig zurück, im Jahr 2013 auf nun 31.807. Über die Hälfte der Teilnehmenden hatte einen Hauptschulabschluss (53%), ein Viertel die mittlere Reife (25%), und ein Fünftel verfügte nicht über einen (Haupt-)Schulabschluss (20%), 41% waren weiblich.

Die Teilnehmendenzahl an rehaspezifischen BvB (nach § 117 SGB III) blieb in den letzten Jahren relativ konstant (2013 mit einem Jahresdurchschnitt von 10.520 Teilnehmenden, 2012 mit 10.609 Teilnehmenden). Die Zahl junger Menschen mit Behinderung, die an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme teilgenommen haben, kann allerdings höher liegen, denn auch diese Jugendlichen können an einer allgemeinen BvB teilnehmen, wenn mit dieser Leistung eine „Teilhabe am Arbeitsleben“

erreicht wird. Selbst die Bereitstellung beziehungsweise Gewährung individueller rehaspezifischer Leistungen schließt eine Teilnahme an einer allgemeinen BvB im Einzelfall nicht aus.

Im Rahmen der BvB haben 4.322 Personen im Jahr 2013 den Hauptschulabschluss nachträglich erworben. Dies sind ca. 700 weniger als im Vorjahr und ca. 1.000 weniger als noch 2011.

BA: Aktivierungshilfen für Jüngere (§ 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB III)

Im Vorfeld einer Ausbildung, Qualifizierung oder Beschäftigung richten sich Aktivierungshilfen an Jugendliche, die z. B. für eine Förderung im Rahmen berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen (noch) nicht in Betracht kommen, z. B. aufgrund vielfältiger und schwerwiegender Hemmnisse insbesondere in den Bereichen Motivation/Einstellungen, Schlüsselkompetenzen und soziale Kompetenzen. Die Zielgruppe sind junge Menschen, die die allgemeine Schulpflicht erfüllt haben, über keine berufliche Erstausbildung verfügen und wegen der in ihrer Person liegenden Gründe ohne diese Förderung nicht bzw. noch nicht eingegliedert werden können. Das Ziel ist, die Personen für eine berufliche Qualifizierung zu motivieren und sie zu stabilisieren. Die Förderdauer beträgt in der Regel 6 Monate, eine Verlängerung bis zu 12 Monaten ist möglich.

Die Zugänge betragen 2013 insgesamt 15.439, gut 2.500 weniger als ein Jahr zuvor. Der Jahresdurchschnittsbestand lag 2013 mit 4.986 Personen relativ konstant zu den Vorjahren.

BA: Einstiegsqualifizierung (§ 54a, 115 Nr. 2 SGB III)

Die betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ)³²⁵ soll jungen Menschen mit erschwerten Vermittlungsperspektiven ein „Türöffner“ in eine betriebliche Berufsausbildung sein. Eine EQ, die mindestens 6, aber längstens 12 Monate dauert, dient der Vermittlung und Vertiefung von Grundlagen für den Erwerb beruflicher Handlungsfähigkeit. Die Inhalte einer EQ orientieren sich an den Inhalten eines anerkannten Ausbildungsberufes.

Zur Zielgruppe gehören nicht vollzeitschulpflichtige junge Menschen unter 25 Jahren:

- ▶ Ausbildungsbewerber/-innen mit individuell eingeschränkten Vermittlungsperspektiven, die auch nach dem 30. September eines Jahres noch nicht in Ausbildung vermittelt sind;
- ▶ junge Menschen, die noch nicht in vollem Umfang über die erforderliche Ausbildungsbefähigung verfügen;
- ▶ lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche.

Der JD-Bestand für EQ lag in 2013 mit 11.999 deutlich unter dem der Vorjahre. Noch 2010 lag die Zahl bei knapp 20.000 Teilnehmenden, im Jahr 2012 noch bei über 14.000 Personen. Der Anteil der Teilnehmerinnen lag, ebenso wie bei BvB allgemein, bei gut 40%. Der Anteil derer, die über einen Hauptschulabschluss verfügten, lag bei über 50%, bei der mittleren Reife bei 37%.

4. Handlungsfeld Berufsausbildung

Einen großen Teil der Regelförderung im Handlungsfeld Berufsausbildung macht die Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) aus, die zweite Säule bilden die ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH). Hier zeigt sich eine Schwerpunktverschiebung: weg von Sonderwegen hin zu einer Förderung innerhalb einer betrieblichen Ausbildung. So sind die Zahlen für BaE-

integrativ deutlich gesunken, während die Zahlen für das kooperative Modell relativ konstant blieb und zum ersten Mal über der des integrativen Modells lag. Auch die abH blieben im Vergleich zu den Vorjahren relativ konstant in den Teilnehmendenzahlen.

BA: Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) (§ 75 SGB III)

Mit ausbildungsbegleitenden Hilfen sollen förderungsbedürftigen jungen Menschen die Aufnahme, Fortsetzung und der erfolgreiche Abschluss einer Ausbildung ermöglicht und Ausbildungsabbrüche verhindert werden. Die Maßnahmen umfassen Stützunterricht und individuelle sozialpädagogische Begleitung zur Sicherung des Ausbildungserfolgs. Auszubildende können Hilfestellungen bei Lernschwierigkeiten in der Fachtheorie und -praxis erhalten, bei Problemen im sozialen Umfeld oder im Betrieb, zum Abbau von Sprach- oder Bildungsdefiziten oder bei der Prüfungsvorbereitung. AbH werden von Bildungsträgern im Auftrag der BA oder des Trägers der Grundsicherung für Arbeitsuchende angeboten. Seit dem 1. August 2009 können abH nach Abbruch einer betrieblichen Berufsausbildung bis zur Aufnahme einer weiteren betrieblichen bzw. einer außerbetrieblichen Berufsausbildung oder nach erfolgreicher Beendigung bis zur Begründung oder Festigung eines Arbeitsverhältnisses fortgeführt werden.

Im Jahr 2013 betrug der JD-Bestand für abH 42.356 Teilnehmende. Diese Zahl ist in den letzten Jahren relativ konstant geblieben, variierte in den letzten fünf Jahren nur um ca. 1.800. Junge Frauen sind in abH – wie bereits in den Jahren zuvor – unterrepräsentiert, sie stellten 2013 nur 31% der Teilnehmenden, über die Hälfte hatte einen Hauptschulabschluss (58%), knapp ein Drittel mittlere Reife (31%). Die Zahl der Zugänge in abH ist 2013 mit insgesamt 55.232 Personen allerdings um fast 37% gestiegen. In den Vorjahren lagen die Eintritte zwischen 40.000 und 70.000 Personen. Laut Auskunft der BA spiegelt jedoch der JD-Bestand von abH die Entwicklung realistischer wieder als die Zahl der Eintritte → **Schaubild D1.1-4**.

BA: Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) (§ 76 SGB III)

Für benachteiligte Jugendliche, die auch mit ausbildungsbegleitenden Hilfen nicht in einem Betrieb ausgebildet werden können, soll mithilfe der außerbe-

325 Vormalis Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQ).

Schaubild D1.1-4: Teilnehmende und Zugänge zu abH

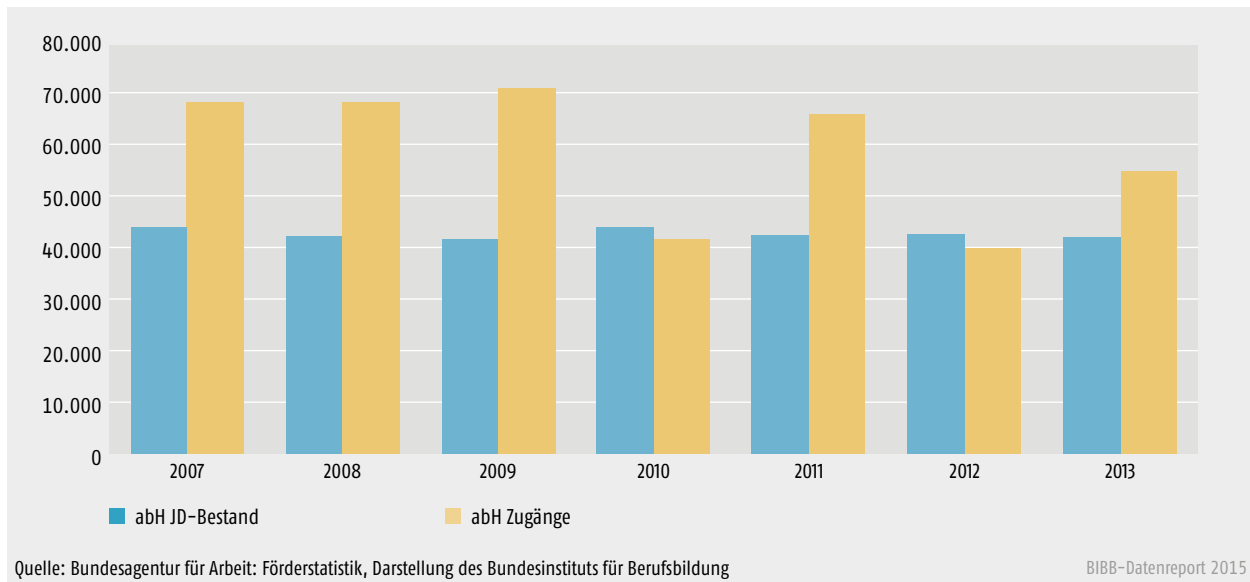
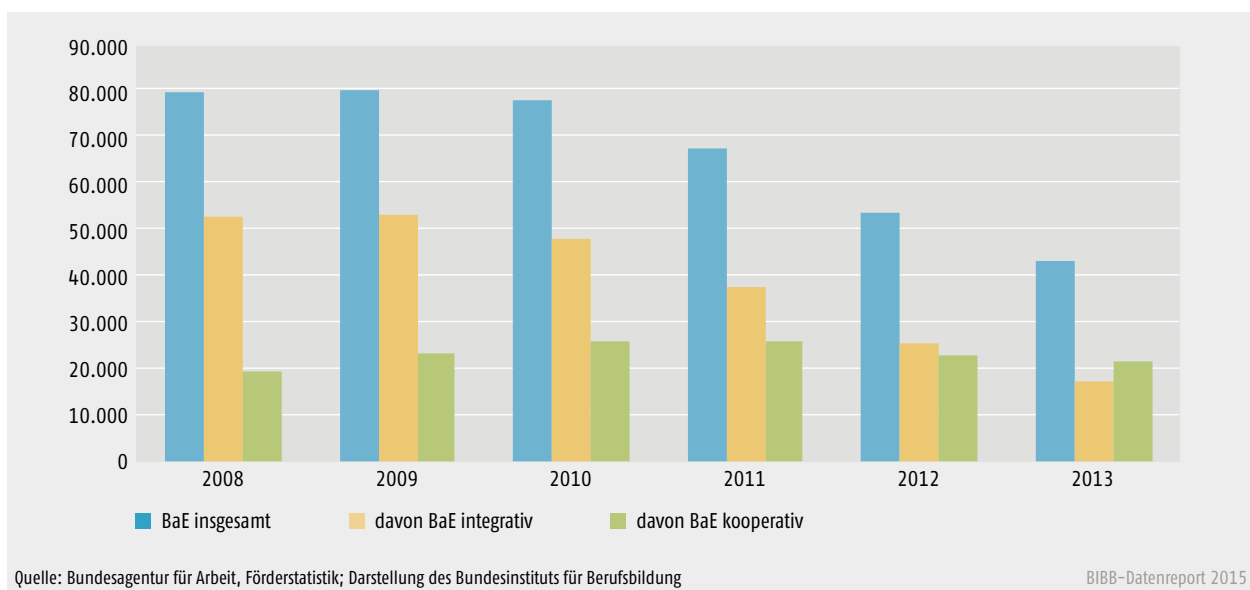


Schaubild D1.1-5: Teilnehmende in BaE (§ 76 SGB III) nach integrativem und kooperativem Modell



trieblichen Berufsausbildung ein Ausbildungsabschluss ermöglicht werden. Auch Auszubildende, deren Ausbildungsverhältnis vorzeitig gelöst worden ist, können ihre Ausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung fortsetzen. Ein Fall der vorzeitigen Vertragslösung kann z. B. Folge einer Insolvenz, Stilllegung bzw. Schließung des ausbildenden Betriebes sein. Die BaE wird in zwei Modellen durchgeführt: beim integrativen Modell ob-

liegt sowohl die fachtheoretische als auch die fachpraktische Unterweisung dem Bildungsträger; beim kooperativen Modell findet die fachpraktische Unterweisung in einem Kooperationsbetrieb statt. In beiden Fällen wird ein frühzeitiger Übergang in eine reguläre betriebliche Ausbildung angestrebt. Gelingt der Übergang nicht, wird die Ausbildung bis zum Abschluss außerbetrieblich fortgeführt.

Im Jahr 2013 war der JD-Bestand für BaE mit 43.538 Auszubildenden insgesamt 20% niedriger als im Vorjahr. Seit 2009 (80.632 Personen) ist der JD-Bestand in den folgenden Jahren stetig und deutlich zurückgegangen. Eine unterschiedliche Entwicklung vollzieht sich bei den beiden Modellen der BaE. Während der Bestand beim kooperativen Modell relativ konstant bleibt, ist der Rückgang beim integrativen Modell sehr deutlich auf nun 17.015 Personen. Zum ersten Mal hat der JD-Bestand des kooperativen Modells in 2013 den Bestand des integrativen Modells „überholt“ → **Schaubild D1.1-5**. Der Anteil der Teilnehmerinnen in der BaE betrug knapp über 40%, und zwei Drittel der Personen hatten einen Hauptschulabschluss.

Die Zahl der Rehabilitanden in der BaE (nach § 19 SGB III) lag im Jahr 2013 bei 3.484 Personen, gut 60% waren männlich. Knapp die Hälfte der Teilnehmenden hatte keinen Hauptschulabschluss, die andere Hälfte hatte einen Hauptschulabschluss und nur ein geringer Teil einen höheren Schulabschluss vorzuweisen.

5. Handlungsfeld: Nachqualifizierung

In das Handlungsfeld der Nachqualifizierung gehören Angebote und Programme, die an- und ungelerneten Beschäftigten parallel und in Kombination mit ihrer betrieblichen Arbeit die Möglichkeit einräumen, formale Qualifizierungen, im Idealfall bis hin zu einem anerkannten Berufsabschluss, zu erlangen. Nach der Aufhebung des Qualifizierungszuschusses für jüngere Arbeitnehmer/-innen durch das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt sind vonseiten der BA-Regelangebote beispielhaft die Arbeitsmöglichkeiten zu nennen, die An- und Ungelernten eine Möglichkeit der beruflichen Qualifizierung bieten können. Als zeitlich befristete Maßnahme zur Unterstützung der Nachqualifizierung ist aus dem BMBF-finanzierten Programm Perspektive Berufsabschluss die Förderlinie „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ zu nennen.

BA: Arbeitsgelegenheiten (§§ 3, 16 SGB II, Grundsicherung für Arbeitssuchende)

Arbeitsgelegenheiten sind Tätigkeiten, die Arbeitssuchende bei einem externen Träger ausüben, um ihre Beschäftigungsfähigkeit (wieder) zu erlangen. Arbeitsgelegenheiten haben Nachrang hinter Leistungen, die

der Vermittlung in den Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt dienen. Die Tätigkeiten im Rahmen der Arbeitsmöglichkeiten müssen wettbewerbsneutral sein und einem öffentlichen Zweck dienen. Die Teilnehmenden dieser Angebote erhalten zusätzlich zu ihrem Arbeitslosengeld II eine Mehraufwandsentschädigung.

Bereits in den letzten Jahren ließ sich ein rückläufiger Trend bei der Anzahl von neuen Antragstellungen im Bereich der unter 25-Jährigen beobachten, der sich auch 2013 fortsetzte: Bereits von 2011 auf 2012 sank die Zahl der Neuzugänge um 43%. Von 2012 auf 2013 wurde ein Rückgang der Teilnehmenden unter 25 um 46% bei der BA verzeichnet. Damit sank der Bestand an Teilnehmenden auf rund 7.600.

BMBF: „Abschlussorientierte Nachqualifizierung“ (Förderprogramm: Perspektive Berufsabschluss)

„Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ ist einer von zwei Förderschwerpunkten im Rahmen des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ des BMBF. Gefördert wurden zwischen 2008 und 2013 rund 40 Strukturentwicklungsprojekte, deren Ziel die Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Nachqualifizierung An- und Ungelernter war. Antragsberechtigt waren Kommunen und Kammern, aber auch externe Bildungseinrichtungen.

Die Projektschwerpunkte umfassten Netzwerkarbeit, die Einrichtung von Service- und Beratungsangeboten, Öffentlichkeitsarbeit, die Entwicklung von Qualifizierungskonzepten für ganz konkrete Berufe sowie zielgruppenspezifische Angebote, z. B. für Studienabbrecher/-innen oder ehemalige Inhaftierte.

Bis zu 100% der zuwendungsfähigen projektbezogenen Ausgaben konnten mithilfe des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ finanziert werden. Im Jahr 2013 wurden noch 49 Projekte mit einem geplanten Mittelvolumen von 6,2 Mio. € aus Bundes- sowie ESF-Mitteln bezuschusst.

(Frank Neises, Heike Zinnen)

D1.2 Bundes- und Länderprogramme zur Förderung der Berufsausbildung

Vorbemerkung

Bund, Länder und Europäische Union fördern die Schaffung und Sicherung zusätzlicher Ausbildungsplätze, die Ausbildungsfähigkeit und den Übergang von jungen Menschen in die berufliche Ausbildung sowie die Leistungsfähigkeit des Berufsbildungssystems durch eine Vielzahl von Förderprogrammen. Der Begriff „Förderprogramm“ wird dabei analog zum Haushaltsrecht des Bundes und der Länder verwendet. Demnach wird unter einem Förderprogramm eine Regelung verstanden, auf deren Grundlage finanzielle Leistungen an Stellen außerhalb der Bundes- bzw. Landesverwaltung zur Erfüllung bestimmter Zwecke bzw. übergeordneter Ziele erbracht werden.³²⁶

Befragung zur Förderung der Berufsausbildung

Die Grundlage der Dokumentation bildet eine schriftliche Befragung der zuständigen Bundes- und Landesministerien bzw. -behörden, die von Oktober 2014 bis Januar 2015 durchgeführt wurde. Basierend auf einer begleitenden Auswertung der Förderdatenbank des Bundes im Internet³²⁷ sowie den Ergebnissen der Befragung zur Förderung der Berufsausbildung der Jahre 2009 bis 2014³²⁸ wurden insgesamt 283 Fragebögen an 138 Adressaten ausgesandt. Die Beteiligung der Fördergeber war hoch. Die Rücklaufquote betrug – bezogen auf die Zahl der Fragebögen – 84%. Nicht alle Fragebögen wurden jedoch vollständig ausgefüllt.³²⁹

Folgende Merkmale wurden im Rahmen der Befragung erhoben:

- ▶ Programmtitel,
- ▶ zuständiges Ministerium,
- ▶ zuständige Antrags- bzw. Bewilligungsstelle,
- ▶ Fördergegenstand,
- ▶ Antragsberechtigte,
- ▶ Zielgruppen,
- ▶ Art und Höhe der Förderung,
- ▶ Art und Anzahl der Förderfälle,
- ▶ Mittelvolumen und -herkunft,
- ▶ Programmlaufzeit,
- ▶ Rechtsgrundlage.

Ziele und Zielgruppen der Förderung

Öffentliche Förderprogramme verfolgen das Ziel, Anreize zur Verwirklichung wirtschaftlich und sozial erwünschter Vorhaben zu bieten, die ohne finanzielle Unterstützung nicht bzw. nicht im gewünschten Umfang oder zum gewünschten Zeitpunkt durchgeführt würden. Die Förderung im Bereich der Berufsausbildung konzentriert sich daher auf spezifische Themen und Akteure des Berufsbildungssystems. Im Rahmen der Dokumentation wurden folgende Schwerpunkte identifiziert:

- ▶ die Schaffung und Sicherung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze,
- ▶ die systematische Förderung der Berufsorientierung und -vorbereitung,
- ▶ die Förderung benachteiligter und behinderter Jugendlicher beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf,
- ▶ die Vermittlung von Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben in Anschlussausbildungen,
- ▶ die Vermittlung von Altbewerber/-innen und Ausbildungsabbrecher/-innen,
- ▶ die Stärkung der Verbundausbildung,
- ▶ die Mitfinanzierung überbetrieblicher Ausbildungsstätten und -lehrgänge,
- ▶ die Mitfinanzierung außerbetrieblicher Ausbildungsangebote,
- ▶ die Stärkung der Ausbildungsberatung und -akquise,
- ▶ die Vermittlung von Zusatzqualifikationen für Auszubildende,
- ▶ die Förderung transnationaler Ausbildung sowie
- ▶ die Förderung von Modellprojekten und innovativen Vorhaben zur Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems.

326 Vgl. § 23 Bundeshaushaltsordnung (BHO) i. V. m. VV § 23 BHO. Es muss sich um Zuwendungen zur Deckung von Ausgaben des Empfängers für einzelne abgegrenzte Vorhaben (Projektförderung) handeln. Nicht berücksichtigt werden demnach Zuwendungen zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben des Zuwendungsempfängers (institutionelle Förderung), Sachleistungen, Transferleistungen sowie öffentliche Aufträge. In die Darstellung einbezogen wurden darüber hinaus auch die gesetzlichen Förderinstrumente des SGB III.

327 Mit der Förderdatenbank gibt die Bundesregierung einen umfassenden und aktuellen Überblick über die Förderprogramme des Bundes, der Länder und der Europäischen Union. Die Förderdatenbank steht im Internet unter der Adresse www.foerderdatenbank.de zur Verfügung.

328 Vgl. BIBB-Datenreporte 2010 bis 2014, Kapitel D1.

329 Dort, wo keine Antworten aus der Befragung vorliegen, basiert die Dokumentation auf einer ergänzenden Auswertung öffentlich zugänglicher Informationsquellen (insbesondere Richtlinien und Merkblätter der Fördergeber).

Im Rahmen der Berufsausbildungsförderung werden fast ausschließlich Zuschüsse gewährt. Unmittelbar Begünstigte sind in erster Linie ausbildende Betriebe sowie Maßnahme- bzw. Projektträger im Bereich der Berufsausbildung. In geringem Umfang werden über die Förderbanken der Länder auch Darlehen zur Schaffung und Sicherung zusätzlicher Ausbildungsplätze an Unternehmen vergeben.

Der Berichtszeitraum war insbesondere geprägt durch den Übergang von der Förderperiode 2007–2013 zur Förderperiode 2014–2020 des Europäischen Sozialfonds (ESF). Der ESF bildet das zentrale Finanzierungsinstrument der Europäischen Union für Investitionen in die Aus- und Weiterbildung sowie die Beschäftigung. Viele Programme des Bundes und der Länder zur Förderung der Berufsausbildung werden aus dem ESF kofinanziert. Im Jahr 2014 erfolgte die Finanzierung in der Regel weiter aus den in der abgelaufenen Förderperiode zugewiesenen Mitteln. Gleichzeitig wurden im Laufe des Jahres die Operationellen Programme (OP) des Bundes und der Länder für die neue Förderperiode bei der Europäischen Kommission eingereicht und genehmigt. Anschließend wurden bzw. werden die auf den OP basierenden Förderprogramme veröffentlicht. Je nach Dauer des Abstimmungs- und Genehmigungsprozesses traten die neuen Programme in der zweiten Jahreshälfte 2014 oder zu Beginn des Jahres 2015 in Kraft. Informationen zu den neuen Programmen der Förderperiode 2014–2020 wurden berücksichtigt, soweit sie bis zum 31. Januar 2015 vorlagen. Die Informationen zur Zahl der Förderfälle und Höhe der Fördermittel beziehen sich in der Regel auf das Jahr 2013.

Die vollständige Dokumentation der Förderprogramme und umfangreiche Tabellen mit Basisinformationen, Aufstellungen zu Förderfällen und Fördermitteln sowie zusammengefassten Informationen können im Internetangebot zum BIBB-Datenreport unter <http://datenreport.bibb.de> abgerufen werden.

(Michael Fritsche, Martin Nospickel, Wolters Kluver Deutschland)

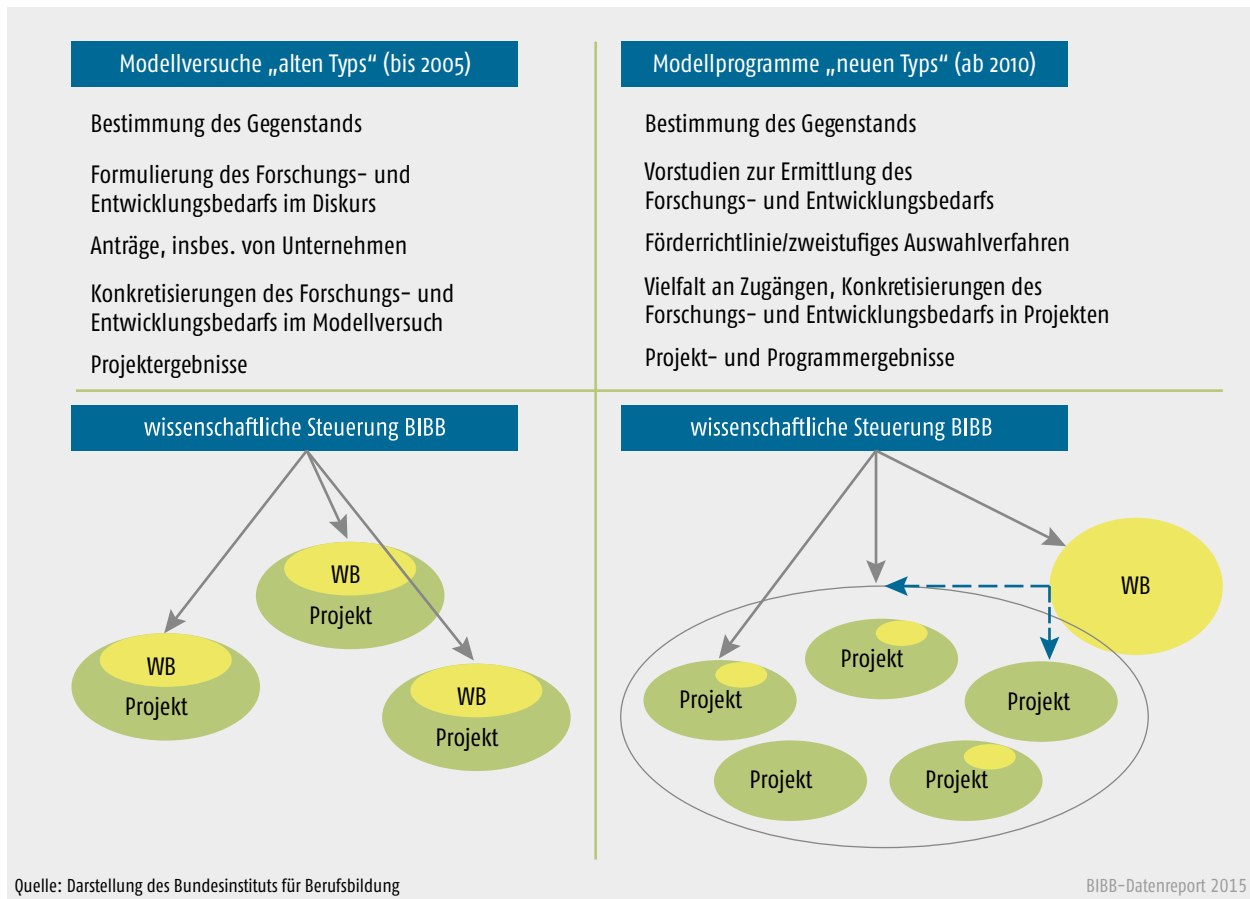
D2 Modellversuche

Modellversuche sind Innovationspartnerschaften zwischen Wissenschaft und Praxis, mit denen Verbesserungen in der betrieblichen Berufsbildung entwickelt, erprobt und für den Transfer aufbereitet werden. Von 2011 bis 2014 gab es auf der Grundlage des § 90 Abs. 3 Nr. 1d Berufsbildungsgesetz (BBiG) drei Modellprogramme mit insgesamt 35 Modellprojekten, die vom BMBF in Förderschwerpunkten gefördert wurden → **Tabelle D2-1 Internet**. Damit wurden erstmalig Modellversuche programmartig organisiert; einzelne Modellversuche wurden als Projekte im Rahmen eines Modellprogramms auf der Grundlage einer Förderrichtlinie ausgewählt und zusammengeführt. Auf der Programmebene wurde zudem eine intensive wissenschaftliche Begleitung installiert → **Schaubild D2-1**.

Modellversuche zielen auf innovative Lösungsansätze, die zur qualitativen, wohl inhaltlichen wie strukturellen Verbesserung der beruflichen Bildung beitragen. Modellversuche zeichnen sich durch ein systematisches Zusammenwirken von Praxis, Wissenschaft und Politik aus. So werden Entwicklungshilfen für eine Modernisierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung aus den konkreten Erfahrungen der betrieblichen Ausbildung abgeleitet, die in einem wissenschaftlich begleiteten Prozess aufbereitet und mit berufsbildungspolitischen Zielstellungen verbunden werden.

Nach Auswertung der im Jahr 2014 beendeten Modellprogramme kann festgestellt werden, dass sich die Neuaufstellung des Programmtyps bewährt hat. Die Modellprojekte initiieren zumeist erhebliche innovatorische Prozesse. Auch wenn diese in ihrer Komplexität und Kontextgebundenheit nicht unmittelbar transferierbar sind, wurden auf Programmebene Ergebnisse, Instrumente, Konzepte, Methoden sowie Kenntnisse über Erfolgsbedingungen herausgearbeitet, die auch in anderen Kontexten (Betrieben, Regionen, Branchen) eingesetzt werden können. Damit sind Modellversuche mehr als Praxisprojekte, die Veränderungen im eingeschränkten Wirkungsbereich der Projektnehmer bewirken. Denn selbst bei breit angelegten innovatorischen Prozessen mit Entscheidungen, Förderungen und Dynamiken, die nicht im Wirkungsbereich von einzelnen Projekten liegen, bieten die Ergebnisse der Modellprogramme wertvolle Möglichkeiten, diese Innovationsprozesse zu fördern und zu gestalten.

Schaubild D2-1: Modellversuche alten und neuen Typs



Maßgeblich hierfür ist, dass für Modellprojekte und -programme die Kooperation von Praxis und Wissenschaft konstituierend ist. So wird gewährleistet, dass die Projekte auf aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbauen und die für die Vorhaben angemessenen Instrumente und Maßnahmen nutzen können. Qualitätssicherung und Evaluation der jeweiligen Projekte werden über eine wissenschaftliche Begleitung sichergestellt. Im Sinne responsiver Forschung wirken die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aktiv bei den Prozessen in den Projekten mit. Aus der Interaktion von Wissenschaft und Praxis in den Modellversuchen erwachsen Erkenntnisse für die Berufsbildungsforschung, die wiederum Impulse für weitere Innovationen und Gestaltung bieten. Modellversuche haben sich damit auch als Forschungstyp bewährt, indem innovative Methoden anwendungsorientierter Forschung, wie etwa Design Based Research, integriert werden.

(Barbara Hemkes)

Berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung

Das BIBB förderte im Zeitraum von 2010 bis 2013 sechs Modellversuche im Förderschwerpunkt „Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“. Im Rahmen der zweiten Hälfte der UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (2005–2014) stellte das BMBF dafür insgesamt drei Mio. € zur Verfügung. Die Modellversuche, die im März 2014 auf der didacta als offizielle deutsche Dekademaßnahme ausgezeichnet wurden, haben für die nachhaltige Entwicklung innerhalb der Berufsfelder innovative Ergebnisse auf verschiedenen Ebenen im Berufsbildungssystem produziert:

- ▶ Qualifikationsanforderungen identifiziert und analysiert,
- ▶ Curricula entwickelt sowie
- ▶ Lernmodule für den Ausbildungsprozess formuliert.

Das Jahr 2014 war für den Förderschwerpunkt Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung durch Transferaktivitäten geprägt. Um das abstrakte Thema „Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung“ unter dem Motto „Gesichter und Geschichten“ aufzubereiten und zu verbreiten, sind zwei Publikationen erschienen. Sie sprechen Politik, Praxis und interessierte Bürger an. Die Praktiker und Kooperationspartner aus Betrieben und Berufsschulen (Mitwirkende aus den Modellversuchen) berichten, wie sie nachhaltige Entwicklung in ihrem Beruf konkret umsetzen:

- ▶ BIBB (Hrsg.): Infolyer „Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung“ – Warum nachhaltiges Arbeiten und Wirtschaften modern, innovativ und zukunftsweisend ist: Statements der Praktiker (März 2014)
- ▶ BMBF(Hrsg.): Broschüre „Nachhaltigkeit im Berufsalltag – Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung“ enthält 8 Geschichten aus der Arbeitswelt, die fachlich und thematisch gegliedert sind zum Beitrag von BBNE zu gesellschaftlicher Verantwortung, technologischer Entwicklung, Attraktivität der Berufe und Ausbildung, gesundem Leben aus Berufsbildung und Geschäftsfeld (September 2014).³³⁰

Neben diesen Publikationen wurde ein Sammelband des Modellversuchsschwerpunkts herausgegeben, der das Fachpublikum ansprechen soll:

- ▶ BIBB (Hrsg.): Werner Kuhlmeier, Andrea Mohoric, Thomas Vollmer: „Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung – Modellversuche 2010–2013: Erkenntnisse, Schlussfolgerungen und Ausblicke“, Bonn 2014. Zum einen besteht der Band aus der Darstellung der Entwicklungsarbeit und den Ergebnissen der Modellversuche, die in Qualifikationsanforderungen, Curricula und Lernmodule gegliedert sind. Zum andern besteht er aus einer Reflexion der Evaluation, des Transfers und der Perspektiven für eine Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung.³³¹ Mit diesem Sammelband, der als zentrales Transferprodukt des Förderschwerpunkts gilt, ist erstmalig seit 2006 wieder ein Ergebnis für Berufsbildungsforschung, Berufsbildungssystem und -praxis entstanden, das den derzeitigen Diskussionstand zu BBNE wiedergibt und Perspektiven für die Zukunft aufzeigt.

Im Rahmen der Transferrolle des BIBB wurde u. a. das Weiterbildungskonzept „Fachwirt/-in Erneuerbare Energien/Energieeffizienz“, das auf dem Weiterbildungsmarkt großen Anklang auch bei vier regionalen Kammern fand, dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) in Gremien und Gesprächen unterbreitet. Das Konzept hat Chancen, vom ZDH für eine Empfehlung des Deutschen Handwerkskammertags (DHKT) vorgeschlagen zu werden. Dazu finden weitere Gespräche zur notwendigen Anpassung des Konzepts hinsichtlich der Systematik der Aufstiegsqualifizierung statt.

Die Modellversuche haben das Thema Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung und Ordnungsmittel neu belebt. Dabei liegen die unterschiedlichen Positionen zur Frage der Verankerung von BBNE zwischen den Akteuren oft auseinander. Durch einen Diskurs sollen beide Seiten für die unterschiedlichen Argumente sensibilisiert werden und Lösungen zur stärkeren strukturellen Verankerung von BBNE entwickelt werden. Hierzu fand am 28. August 2014 ein internes Fachgespräch mit Kolleginnen und Kollegen der Ordnungsarbeit und am 20. November 2014 ein Fachgespräch mit den Sozialpartnern statt. Daraus werden Gestaltungsvorschläge entwickelt, die der weiteren Diskussion dienen sollen.

(Andrea Mohoric)

Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung

Die aktuelle Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist von zunehmenden Passungsproblemen gekennzeichnet. Zahlreiche Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt – zugleich finden viele Jugendliche keine Ausbildungsstelle. Die in den 17 Modellversuchen des BIBB-Förderschwerpunktes „Neue Wege/Heterogenität“ gewonnenen Erkenntnisse und Ergebnisse zur Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft und der Entwicklung von Ausbildungskompetenz kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) wirken diesen Passungsproblemen entgegen. Die Modellversuche haben regional- und branchenspezifische sowie bestimmte Themenbereiche betreffende Unterstützungsbedarfe von KMU in der Berufsbildung identifiziert und innovative Konzepte, Methoden, Handlungsansätze und Instrumente entwickelt. Das zentrale Programm-

330 Siehe http://www.bmbf.de/pub/Nachhaltigkeit_im_Berufsalltag_barrierefrei.pdf.

331 Siehe <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/7453>.

ziel bestand darin, die Potenziale aller Jugendlichen zu nutzen – auch derjenigen, die bislang nicht oder kaum als ausbildungsgesegnet galten – und dabei die Unternehmen von Beginn an einbeziehen.³³²

Die erarbeiteten Konzepte, Methoden und Handlungsansätze zeigen beispielhaft auf, wie es möglich ist, der Herausforderung „Heterogenität als Chance für die berufliche Bildung“ zu begegnen und die dafür notwendigen Prozesse praktisch einzuleiten und zu gestalten. Dies geschieht in den zentralen Themenbereichen Durchlässigkeit, Ausbildungserfolg und Kompetenzentwicklung. Die Unternehmen wurden von Beginn an als Partner mit ihrem Sachverstand und in ihrer Zuständigkeit in die Aktivitäten einbezogen. Mit diesen Ergebnissen konnten wichtige Impulse für die Arbeit gegeben werden, und die Unternehmen konnten Erfolge für ihre Ausbildung verbuchen. Die fünf Handlungsfelder, die in der Programmarbeit als Strukturelemente gemeinsam von den Modellversuchen mit der wissenschaftlichen Begleitung und der Programmleitung im BIBB entwickelt worden sind, haben sich dabei als hilfreich erwiesen. Die ersten drei Handlungsfelder sind eingebunden in das Konzept der Bildungsketten:

- ▶ Entwicklung von Ausbildungsmärkten,
- ▶ betriebliche Berufsorientierung und Berufsvorbereitung,
- ▶ externes Ausbildungsmanagement/assistierte Ausbildung.

Die beiden weiteren Handlungsfelder

- ▶ Qualifizierung des Ausbildungspersonals und
- ▶ Netzwerkarbeit/Vernetzung der Akteure

beschreiben übergreifende Aufgaben und sind auch in den anderen Feldern wirksam und werden deshalb besonders herausgestellt. Die Modellversuche waren in den fünf gemeinsamen Handlungsfeldern – ausgerichtet an den zentralen Themenbereichen Durchlässigkeit, Ausbildungserfolg und Kompetenzentwicklung – tätig. Diese haben dem Förderschwerpunkt eine grundlegende Struktur gegeben, die der Umsetzung der Projektziele und der Vergleichbarkeit der 17 Modellversuche dienen. Das setzt zwar keine trennscharfe Abgrenzung voraus, trägt aber dazu bei, die Ziele der einzelnen Projekte in die

gemeinsame Programmarbeit einzuordnen (vgl. Jablonka/Westhoff 2014, S. 63–78; Albrecht u. a. 2014, S. 23).

Folgendes Beispiel verdeutlicht die Arbeitsweise des gesamten Programms:³³³ Der Modellversuch „Ausbildungsnavigator – Verzahnungsmodell Finsterwalde“ in Brandenburg hatte 2011 das Ziel, die Wege der Jugendlichen über mehrere Jahre hinweg von der Schule in die duale Berufsausbildung zu begleiten, dabei alle beteiligten Akteure einzubinden und die bestehenden Angebote modellhaft miteinander zu verzahnen. Die erarbeiteten Konzepte fügen sich am Ende der Modellversuchszeit nun zu einer beispielhaften, stabilen Kette zusammen. Sie beginnt in den Schulen mit einer Vorbereitungsphase in den 7. Klassen, wird in den 8. Klassen über Kompetenzwerkstätten und eine Schüler-AG weitergeführt, schließt in den 9. und 10. Klassen über begleitete Praktika an und mündet nach dem Schulabschluss in eine duale Berufsausbildung. Ein Metallausbildungsverbund war von Anfang an intensiv in den Modellversuch eingebunden und hat dabei die betriebliche Vorreiterrolle übernommen, die er auch nach Abschluss des Modellversuchs weiter ausüben wird. Damit ist in diesem Projekt ein wesentlicher Beitrag zum Programmziel der Nachhaltigkeit und der Verstetigung der Ergebnisse erreicht worden.³³⁴

Ähnliches gilt für die weiteren Modellversuche des Förderschwerpunktes. Alle haben sich an der gemeinsamen, in den Förderrichtlinien festgelegten und in Handlungsfeldern konkretisierten Programmstruktur ausgerichtet und wirkungsvolle Ergebnisse erzielt. Dazu gehört auch der kontinuierliche Ausbau des Netzwerks und der Kooperationspartnerschaften mit einer Perspektive auch nach Ende der Projektlaufzeit. Ein Beispiel dafür ist, dass allein die Zahl der kooperierenden Betriebe und anderer Berufsbildungsakteure innerhalb eines Jahres auf insgesamt ca. 2.600 angewachsen ist.

(Marion Trimkowski, Gisela Westhoff)

³³² Nähere Informationen über den Stand der Arbeiten, Publikationen und Dokumentationen unter www.bibb.de/heterogenitaet/ und www.foraus.de sowie BIBB-Datenreport 2014, Kapitel D2.

³³³ Vgl. hierzu auch die Diskussion der Themen des Modellprogramms im Forum unter www.foraus.de.

³³⁴ Die Dokumentation der zentralen Abschlussveranstaltung vom 7. Mai 2014 „Fachkräftesicherung für kleine und mittlere Unternehmen – Direkte Wege zum Erfolg“ des Programms führt weitere Ergebnisse aller 17 Modellversuche näher aus und gibt einen Einblick in die dortigen Vorträge, Präsentationen, Diskussionen und die Ausstellungen der Programmergebnisse.

Entwicklung und Sicherung der Qualität in der betrieblichen Berufsausbildung

Die 10 Modellprojekte waren bundesweit überwiegend in kleinen und mittleren Unternehmen des Handwerks, der Industrie und im Dienstleistungsbereich angesiedelt, da Probleme wie Vertragslösungen und Ausbildungsabbrüche und die mangelnde Systematik der Berufsausbildung aufgrund begrenzter Ressourcen häufiger in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) auftreten, wo die Ausbildung stark in die Arbeits- und Geschäftsprozesse eingebunden ist.

In dreijähriger Entwicklungs- und Forschungsarbeit erprobten Praktiker/-innen und Wissenschaftler/-innen über 80 Konzepte, Verfahren und Instrumente zur

- ▶ Steigerung der Prozessqualität,
- ▶ Unterstützung und Professionalisierung des Ausbildungspersonals durch Aus- und Weiterbildungskonzepte sowie prozesshafte Begleitung,
- ▶ Verstärkung des Zusammenwirkens aller betrieblichen und schulischen Kooperationspartner durch Kommunikation und Vernetzung.

Als Schlüsselstellung erwies sich die pädagogisch-didaktische Befähigung des Bildungspersonals insbesondere im Hinblick auf die Anwendung von Verfahren und Instrumenten zur Qualitätsentwicklung und -sicherung sowie im Hinblick auf die Kooperation betrieblicher und schulischer Lernorte. Das betriebliche Ausbildungspersonal wurde mit Konzepten, Methoden und Verfahren der Qualitätsentwicklung und -sicherung vertraut gemacht und lernte, diese als genuinen Bestandteil von Ausbildung anzuwenden. Entsprechende Kompetenzbündel beziehen sich sowohl auf die methodische Analyse und Reflexion als auch auf die Fähigkeit, zu kommunizieren und zu kooperieren sowie Lernprozesse zu gestalten und zu begleiten.

Das Modellprogramm entwickelte 80 Konzepte, Verfahren und Instrumente und einen „Qualitätsentwicklungsrahmen“, der diese systematisch und transparent darstellt. Die einzelnen Elemente werden nicht isoliert als „fertige Lösungen“ nach dem „Baukastenprinzip“ (vgl. MV ProfUnt, Abschlussbericht) präsentiert; auch das zugrunde liegende Gestaltungs- und Transferkonzept ist als responsives, flexibel einsetzbares Modell gekennzeichnet. Damit werden Leistungen nach innen und nach

außen sichtbar und beschreibbar und anschlussfähig an QM-Systeme.

Die Ergebnisse des Modellprogramms wurden von der wissenschaftlichen Begleitung (f-bb/KIT) und dem BIBB in zahlreichen Veröffentlichungen publiziert. Darüber hinaus liegen umfassende projektspezifische Materialien vor.³³⁵

(Dorothea Schemme)

ANKOM – Förderung von Maßnahmen für den Übergang von der beruflichen in die hochschulische Bildung

Im Rahmen der BMBF-geförderten Initiative „ANKOM – Förderung von Maßnahmen für den Übergang von der beruflichen in die hochschulische Bildung“ wurden in 20 Projekten verteilt auf sieben deutsche Bundesländer in der Zeit von August 2011 bis Dezember 2014 Maßnahmen entwickelt und erprobt, die auf eine Erleichterung des Übergangs für beruflich Qualifizierte in die Hochschule und somit eine Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den Bildungssystemen abzielen. Im Gegensatz zu den vorausgegangenen Programmphasen unter dem Titel „ANKOM – Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge“ (ANKOM I 2005–2008 & ANKOM II 2008–2011), deren Zielsetzung in der Entwicklung von Verfahren zur Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge lag, zielte diese Programmphase auf den Abbau von Hürden für beruflich Qualifizierte am Übergang in die Hochschule durch die Entwicklung konkreter Unterstützungsangebote.

Die Mehrzahl der Projekte (19) wurde an privaten und öffentlichen Universitäten und Fachhochschulen durchgeführt, ein Projekt bei einem Bildungsträger. Den Projekten lagen insgesamt 52 Studiengänge aus den Fachbereichen Gesundheit, Pflege und Soziales, Wirtschaftswissenschaften, Naturwissenschaften, Informationswissenschaften, Agrarwissenschaften sowie Ingenieurwissenschaften zugrunde. Wissenschaftlich begleitet wurde die Initiative „ANKOM – Übergänge“ vom

³³⁵ Veröffentlichungshinweise und weitere Informationen finden sich auf den Internetseiten www.bibb.de/Modellversuche, www.foraus.de und www.deqa-vet.de.

Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) in Kooperation mit dem Institut für Innovation und Technik (iit) der VDI/VDE-IT. Die Administration des Programms oblag dem BIBB.

Im Rahmen der Projektarbeit konnten unter anderem berufsbegleitende und berufsintegrierende Studienformate, umfassende Mentoring- und Coachingprogramme sowie virtuelle Lernumgebungen mit integrierten Orientierungs- und Brückenkursen entwickelt und erprobt werden, die der Lebens- und Arbeitssituation Berufstätiger Rechnung tragen.

Als ein zentraler Aspekt für die Übergangsgestaltung stellte sich Information und Beratung heraus. Hierzu hat ein Großteil der Projekte zielgruppenspezifische Angebote entwickelt. Daher hat das BIBB im Rahmen einer Begleitstudie zum Thema „Information und Beratung für beruflich Qualifizierte (bQ)“ untersucht, welche Informations- und Beratungsangebote innerhalb der ANKOM-Projekte bereits existieren, wie diese konkret gestaltet sind und wie sie – im Hinblick auf die Beratungsbedarfe der beruflich qualifizierten Studieninteressierten – idealerweise gestaltet sein müssten, um den Übergang für die Zielgruppe in die Hochschule zu erleichtern. Deutlich wurde, dass die Beratung nicht nur Aufgabe der Hochschule sein kann, da es einer Studienberatung vorgelagerte Informations- und Beratungsbedarfe bei der Zielgruppe gibt. Als besonders vielversprechend zeigen sich Informations- und Beratungsangebote, die von den Hochschulen und Akteuren der beruflichen Bildung gemeinsam konzipiert und/oder umgesetzt werden, beispielsweise in Form von gemeinsamen Informationsveranstaltungen oder dem Einsatz einrichtungsübergreifender Beraterteams. Für derartige institutionenübergreifende Angebote sind eine Verständigung über die jeweiligen Kompetenzbereiche, die Bewusstmachung des wechselseitigen Nutzens sowie der Auf- bzw. Ausbau eines dichten Informationsnetzwerks vonnöten. Darüber hinaus zeichnet sich weiterer Handlungsbedarf bei der Gestaltung von Informations- und Beratungsangeboten ab: So muss u. a. von der vielfach herrschenden Defizitorientierung in der Beratung von beruflich qualifizierten Studieninteressierten Abstand genommen werden und stattdessen kompetenzorientiert beraten werden. Zudem müssen flexible, an die Lebenssituation von Berufstätigen angepasste Beratungsformate ermöglicht werden. Die ANKOM-Projekte, deren vollständige Arbeitsergebnisse

Mitte des Jahres 2015 vorliegen werden, liefern hierzu bereits jetzt Erfolg versprechende Ansätze.

Eine Fortführung der ANKOM-Initiative ist derzeit nicht geplant. Für die Zukunft ist jedoch zu erwarten, dass die Implementierung der entwickelten Maßnahmen sowie eine Übertragung auf weitere Studiengänge auch nach Ende der Förderphase Thema bleiben werden. Weiterführende Informationen sowie eine Übersicht der einzelnen Projekte inklusive der jeweiligen Projektskizzen sowie Ergebnisse finden sich unter www.bibb.de/ankom oder <http://ankom.his.de/>.

(Kim-Maureen Wiesner)

D3 Förderung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten und Kompetenzzentren

Als Partner der dualen Berufsausbildung, aber auch der beruflichen Fort- und Weiterbildung übernehmen überbetriebliche Berufsbildungsstätten (ÜBS) eine wichtige Rolle. Sie ergänzen die betriebliche Ausbildung durch die Vertiefung vor allem fachpraktischer Ausbildungsinhalte. Für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) kann so ein unterstützendes Angebot zur Gewährleistung der Ausbildung unterbreitet werden. KMU können Teile der Ausbildungsinhalte nur schwer vermitteln (vgl. Kielwein 2005). Insbesondere ist es angesichts neuer technologischer Entwicklungen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung erforderlich, entsprechend novellierte und neue Qualifizierungsangebote zu unterbreiten. Neu entstehende Anforderungen an die Qualifizierung von Fachkräften finden sich für die berufliche Aus- und Weiterbildung immer wieder. ÜBS leisten somit ihren Beitrag zur Sicherung der Ausbildungsfähigkeit von Betrieben, in denen technologische Innovationen auch aufgrund ihrer zunehmenden Spezialisierung nur schwer in den Ausbildungsalltag zu integrieren wären.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt die ÜBS seit den 1970er-Jahren mit entsprechender Förderung. Ziel ist es, die berufliche Bildung in ganz Deutschland auf gleich hohem Niveau und dem jeweilig neuesten Stand der Technik zu halten. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) fördert im

Tabelle D3-1: Verteilung der verausgabten Mittel im Rahmen der ÜBS-Förderung – Bundesinstitut für Berufsbildung

Haushaltsjahr	ÜBS	Kompetenzzentren (KomZet)	Insgesamt ausgezahlte Mittel (ÜBS + KomZet)
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
2009	rd. 41,8	rd. 4,2	46
2010	rd. 42,0	rd. 1,0	43
2011	rd. 39,0	rd. 1,0	40
2012	rd. 39,0	rd. 1,0	40
2013	rd. 39,0	rd. 1,0	40
2014	rd. 38,85	rd. 1,15	40

Anmerkung: Die Beträge beinhalten – prozentual verteilt – die erforderlichen Gutachterkosten.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

BIBB-Datenreport 2015

Tabelle D3-2: Verteilung der verausgabten Mittel im Rahmen der ÜBS-Förderung – Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)

Haushaltsjahr	ÜBS	Kompetenzzentren (KomZet)	Insgesamt ausgezahlte Mittel (ÜBS + KomZet)
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
2009	rd. 15,7	rd. 9,90	25,60
2010	rd. 22,2	rd. 1,81	24,01
2011	rd. 22,8	rd. 1,49	24,29
2012	rd. 22,5	rd. 5,56	28,06
2013	rd. 24,3	rd. 4,46	28,76
2014	rd. 27,74	rd. 1,92	29,66

Anmerkung: Die Beträge beinhalten – prozentual verteilt – die erforderlichen Gutachterkosten.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

BIBB-Datenreport 2015

Auftrag des BMBF³³⁶ investive Vorhaben, die im Bereich der beruflichen Erstausbildung angesiedelt sind → **Tabelle D3-1**. Neben den durch das BIBB betreuten Vorhaben werden Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung, die ebenfalls ein wichtiges Aufgabenfeld der ÜBS darstellen, in einer gemeinsamen Richtlinie vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft gefördert → **Tabelle D3-2**.

Durch die Gestaltung der Bildungsangebote in den ÜBS wird sichergestellt, dass neben der Qualitätssicherung auch die wichtige Funktion der ÜBS als Wegbereiter und Vorreiter bei der Einführung neuer Lehr-/Lernkonzepte wahrgenommen werden kann. Hierzu trägt u. a. die Tatsache bei, dass sie über Bildungspersonal verfügen, das entsprechend der Anforderung einer hochwertigen

Ausbildung qualifiziert ist und somit auch dem Anspruch gerecht wird, der sich aus den heterogenen Gruppen der Aus- und Weiterzubildenden ergibt.

Exemplarisch für die besondere Rolle der ÜBS als Ort der Vermittlung von Fertigkeiten, Fähigkeiten und Kenntnissen, die aus neuen technologischen Entwicklungen resultieren, ist hier das Thema Elektromobilität zu nennen, welches auch auf längere Sicht hin noch nicht in allen für dieses Thema relevanten Ausbildungsbetrieben vorgehalten werden kann. Das Förderprogramm „Spannende Ausbildung! – E-Mobilität in Überbetrieblichen Berufsbildungszentren“, das im Sommer 2013 startete, zeigte, dass der Bedarf an elektromobilitätsbezogener Ausstattung und entsprechenden didaktischen Konzepten in den ÜBS sehr hoch ist. Sie sind der Ort, an dem gerade derart neue Technologien einem großen Teilnehmerkreis vermittelt werden. Das BIBB konnte im Auftrag des BMBF aus dem Energie- und Klimafonds der Bundesregierung

336 Dies geschieht unter finanzieller Beteiligung des jeweiligen Bundeslands sowie der Träger der Bildungsstätte.

Tabelle D3-3: Mitglieder des Vereins „Kompetenznetzwerk Bau und Energie e.V.“

Kompetenzzentrum	Träger	Standort
Kompetenzzentrum für zukunftsorientiertes Bauen	Ausbildungszentrum-Bau in Hamburg GmbH	Ausbildungszentrum-Bau in Hamburg GmbH Schwarzer Weg 3 22309 Hamburg www.azb-hamburg.de
Kompetenzzentrum Bau & Bildung	BFW Bau Sachsen e.V. Heiterblickstraße 35 04347 Leipzig	ÜAZ Leipzig Heiterblickstraße 35 04347 Leipzig www.bau-bildung.de ÜAZ Dresden Neuländer Straße 29 01129 Dresden
Kompetenzzentrum Elementiertes Bauen	Berufsförderungswerk der Südbadischen Bauwirtschaft GmbH Holbeinstraße 16 79100 Freiburg	Ausbildungszentrum Bühl Siemensstraße 4 77815 Bühl www.bausuedbaden.de
Kompetenzzentrum Nachhaltiges Renovieren und Sanieren	HWK Trier Loebstraße 18 54292 Trier	Umweltzentrum Trier Loebstraße 18 54292 Trier www.umweltzentrum-trier.de
Kompetenzzentrum Baumaschinen-technik	Bildungswerk Bau Hessen-Thüringen e.V. Blosenburgerstraße 4 99096 Erfurt	Aus- und Fortbildungszentrum Walldorf Industriestraße 8 98639 Walldorf www.biw-bau.de/walldorf
Kompetenzzentrum Ausbau und Fassade	Fachverband der Stuckateure für Ausbau und Fassade Baden-Württemberg Wollgrasweg 23 70599 Stuttgart	Komzet GmbH Siemensstraße 8 71277 Rutesheim www.stuck-komzet.de
Kompetenzzentrum Energie-sparender Holzbau	Gemeinnütziges Berufsförderungswerk des baden-württembergischen Zimmerer- und Holzbaugewerbes GmbH Hellmuth-Hirth-Straße 7 73760 Ostfildern	Zimmererausbildungszentrum Biberach Leipzigstraße 13 88400 Biberach http://zimmererzentrum.de
Kompetenzzentrum des Zimmerer- und Ausbaugewerbes	Berufsförderungswerk des Hessischen Zimmerhandwerks e.V.	Zimmerer Zentrum Kassel Werner-Heisenberg-Straße 4 34123 Kassel www.bubiza.de
Kompetenzzentrum Versorgungstechnik	HWK Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim	Handwerkskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim Bramscher Straße 134-136 49088 Osnabrück www.kompetenzzentrum-versorgungstechnik.de
Kompetenzzentrum Personalentwicklungskonzept für kleine und mittelständische Unternehmen der Bauindustrie	Berufsförderungswerk der Bauindustrie NRW gGmbH Uhlandstraße 56 40237 Düsseldorf	ABZ der Bauindustrie Kerpen Humboldtstraße 30-36 50171 Kerpen www.abz-kerpen.de
Kompetenzzentrum für Nachhaltiges Bauen und	Berufsförderungswerk e.V. des Bauindustrieverbandes Berlin-Brandenburg e.V. Karl-Marx-Straße 27 14482 Potsdam	Kompetenzzentrum für Nachhaltiges Bauen Cottbus Dissenchener Schulstraße 15 03052 Cottbus-Dissenchen www.bfw-bb.de
Kompetenzzentrum für Restaurierung, Denkmalpflege und Holztechnik		Kompetenzzentrum für Restaurierung, Denkmalpflege und Holztechnik Am Erlengrund 20 15234 Frankfurt (Oder)

hier rd. 5 Mio. € für die Entwicklung von Qualifizierungsangeboten und die Ausstattung der entsprechenden Werkstätten im Bereich Kfz, Zweirad sowie Elektro/IT zur Verfügung stellen und so im Jahr 2014 wichtige Grundlagen für die Verbreitung des Themas „Elektromobilität“ legen.

Hinzu kam zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Elektromobilität der Start des Projektes NQuE (Netzwerk Qualifizierung Elektromobilität), welches das BIBB im Auftrag des BMBF gemeinsam mit der RWTH Aachen und der TH Ingolstadt durchführt. Im Rahmen von NQuE sollen Qualifizierungsaktivitäten/-angebote im Bereich der Elektromobilität erhoben und anhand von Kriterien Best-Practice-Beispiele identifiziert werden. Diese werden in einer Datenbank auf der Projekt-Website (www.nque.de) dokumentiert. So werden einerseits Standards für gute Bildungspraxis im Kontext der neuen Technologie gesetzt, andererseits die Vernetzung der relevanten Bildungsakteure unterstützt. In einem zweiten Schritt ermittelt NQuE Bildungsbedarfe in den unterschiedlichen Handlungsfeldern der Elektromobilität, spiegelt diese an den erhobenen Bildungsangeboten und entwickelt hieraus Handlungsempfehlungen, die die Weiterentwicklung eines innovativen Mobilitätskonzeptes in Deutschland befördern.

Einen wichtigen Beitrag für innovative Qualifizierungsangebote in der Aus- und Weiterbildung leisten insbesondere ÜBS, die sich zu Kompetenzzentren weiterentwickeln. Seit Anfang der 2000er-Jahre fördert der Bund diese qualitative Weiterentwicklung ausgewählter ÜBS. Sie erarbeiten und erproben in einem durch sie gewählten fachlichen Schwerpunkt innovative berufspädagogische Konzepte, die vor allem aus den Erkenntnissen von Forschung und Entwicklung resultieren und im Hinblick auf ihre Verwertung für klein- und mittelständische Unternehmen überprüft werden. Die mit der Förderung des BIBB anvisierten Ziele der Weiterentwicklung einer ÜBS zum Kompetenzzentrum sollen es ermöglichen, diese zu einer „Lernenden Organisation“ wachsen zu lassen und als „Leuchtturm“ für andere ÜBS zu agieren. Dies kann beispielsweise durch die Bildung von Kooperationen und Netzwerken innerhalb der Bildungszentren, aber auch mit anderen Organisationen und Institutionen sowie anderen Kompetenzzentren, Bildungszentren oder Forschungseinrichtungen erfolgreich gestützt werden.

Mit der Gründung des Vereins „Kompetenznetzwerk Bau und Energie“ ist eine solche angestrebte Netzwerkbildung mehrerer BIBB-geförderter Kompetenzzentren im Jahr 2014 in diesem Sinne gelungen → **Tabelle D3-3**. Der Verein hat es sich unter anderem zur Aufgabe gemacht, aktuelle, bedeutsame Themen und Trends der jeweiligen Kompetenzfelder zu ermitteln, sie aufzugreifen und zu bewerten und sie mit dem Ziel der Entwicklung, Erprobung und Verbreitung adäquater Ansätze und Konzepte für die Berufsbildung zu bearbeiten. Er bezweckt laut Satzung die „Förderung und Unterstützung von bildungsspezifischen Vorhaben seiner Mitglieder (...) Die berufliche Bildung in den Kompetenzfeldern Bau, Energie und Versorgungstechnik soll in der fachlich-inhaltlichen und methodisch-didaktischen Qualität sowie in der Breite des gemeinsamen Angebotsspektrums weiterentwickelt werden“ (Kompetenznetzwerks Bau und Energie e.V. 2014). Ein zentrales Anliegen des Vereins ist, die Darstellung und Verbreitung der Kompetenzen, Bildungs- und Beratungsangebote der Mitglieder regional, national und international durch gemeinsames Auftreten nach außen zu befördern. Dabei werden Themen und Aufgabenstellungen aufgegriffen (z. B. Demografie, Internationalisierung oder Akademisierung), die von hoher Relevanz für die Ermöglichung zukünftiger überbetrieblicher Bildung sind.

(Christiane Köhlmann-Eckel, Alexandra Kurz)

E Monitoring zur Internationalisierung der Berufsbildung

Das Wichtigste in Kürze

Zielsetzung des Kapitels ist es, aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen deutscher Berufsbildung innerhalb eines europäischen und internationalen Kontexts zu verorten und die indikatorengestützte Berichterstattung des Datenreports zum Berufsbildungsbericht der Bundesregierung um Daten zur Internationalisierung der beruflichen Bildung zu erweitern. In diesem Jahr bilden die vereinbarten Benchmarks aus dem gemeinsamen Arbeitsprogramm der EU zu Bildung und Ausbildung „ET 2020“, die Berichterstattung zu Mobilität in Ausbildung und Beruf auf europäischer Ebene sowie die Entwicklungen in der Umsetzung des Bundesgesetzes zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen wichtige Themen dieses Kapitels. Das Schwerpunktthema des Datenreports aufgreifend, wird speziell im Teil E2 der sogenannte „Mismatch“ zwischen den vom Bildungssystem zur Verfügung gestellten Qualifikationen und Kompetenzen und den Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt aus internationaler Perspektive beleuchtet. Passungsprobleme können in verschiedenen Formen, bezogen auf unterschiedliche Kriterien und in unterschiedlichen Phasen im Bildungs- und Beschäftigungssystem, auftreten. Ihre Analyse ist an die Verfügbarkeit entsprechender Daten geknüpft. International kommen verschiedene Messkonzepte und Erhebungsmethoden zum Einsatz, was einen Vergleich der Daten erschwert. Ein Standard zur Erhebung des Mismatches hat sich bislang nicht herausgebildet.

Darüber hinaus sind folgende Entwicklungen herauszustellen:

- ▶ Die Entwicklung hin zu den europäischen Benchmarks, die zwecks Monitoring des EU-Arbeitsprogramms zu Bildung und Ausbildung vereinbart wurden, verläuft unterschiedlich. Deutschland liegt bei der Anzahl erworbener Bildungsabschlüsse auf tertiärem Niveau unter dem EU-Durchschnitt. Der Anteil erwachsener Bundesbürger am lebensbegleitenden Lernen bleibt auf Ebene des Benchmarks für Deutschland nahezu unverändert (7,8%), obgleich differenzierende Daten eine deutliche Zunahme des Anteils nonformaler Weiterbildung bei Rückgang formaler Weiterbildung für Deutschland erkennen lassen. Die AES-Auswertung lässt darüber hinaus auf eine wachsende Beteiligung erwachsener Bundesbürger an formaler und nonformaler Weiterbildung schließen. Die Erwerbstätigenquote junger Menschen ist in der EU in 2013 gegenüber dem Vorjahr noch einmal gesunken (75,5%), während in Deutschland ein weiterer Anstieg auf bereits hohem Niveau (89,7%) zu verzeichnen ist. Europaweit liegt der Anteil junger Menschen, die frühzeitig das Bildungssystem verlassen, bei 12%, Tendenz leicht rückläufig, jedoch noch deutlich vom anzustrebenden europäischen Benchmark von 10% entfernt.
- ▶ Im Rahmen des neuen Programms für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport Erasmus+ werden bis Ende 2020 in der EU insgesamt 14,8 Mrd € für die Förderung von Qualifikation und Beschäftigung zur Verfügung gestellt. Die Steigerung der grenzüberschreitenden Mobilität hat somit auf europäischer wie nationaler Ebene weiterhin hohe Priorität. Auf EU-Ebene ist bis 2020 beabsichtigt, dass 6,0% der 18- bis 34-Jährigen mit einem berufsbildenden Abschluss einen Auslandsaufenthalt von mindestens 2 Wochen während ihrer Ausbildung nachweisen. Für Deutschland hat der Bundestag im Januar 2013 das Ziel festgeschrieben, dass mindestens 10% der Auszubildenden entsprechende Erfahrungen im Ausland sammeln. Der geschätzte prozentuale Anteil liegt für Deutschland aktuell bei über 4%. Im Jahr 2014 absolvierten mehr als 30.000 junge Menschen einen Auslandsaufenthalt im Verlauf ihrer Erstausbildung. Umgekehrt wird Deutschland neben Großbritannien zu den beliebtesten Zielen für Auslandsaufenthalte in der Berufsbildung innerhalb Europas.
- ▶ Bis Ende 2013 wurden knapp 26.500 Anträge auf Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen nach dem Bundesgesetz gestellt. Von den 2013 neu gestellten Anträgen bezogen sich 77,9% auf die Anerkennung eines in Deutschland regle-

mentierten Berufs. Am häufigsten handelt es sich um Verfahren von deutschen Staatsangehörigen, gefolgt von polnischen, rumänischen und spanischen Staatsbürgern. Die Mehrzahl aller Verfahren fällt dabei auf die Gruppe der medizinischen Gesundheitsberufe. Während bei den reglementierten Berufen 77,9% der im Jahr 2013 abgeschlossenen Verfahren mit der Feststellung einer vollen Gleichwertigkeit enden, sind bei den nicht reglementierten Berufen 62,9% ebenfalls positiv beschieden, und 32,8% enden mit der Feststellung einer teilweisen Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation. Der Informations- und Beratungsbedarf zu den Verfahren der beruflichen Anerkennung ist weiter gestiegen. Über das Portal „Anerkennung in Deutschland“ informierten sich seit seinem Start nahezu 2 Mio. Besucherinnen und Besucher, darunter eine steigende Zahl von Interessierten aus dem Ausland. Dieser wachsenden Nachfrage wird mit mehrsprachigen Informationsangeboten begegnet.

(Birgit Thomann)

E1 Indikatoren und Benchmarks im gemeinsamen Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2020“ der EU

Die anhaltende schwierige wirtschaftliche und finanzpolitische Situation in der EU stellt die Mitgliedstaaten auch weiterhin vor nachhaltige Herausforderungen. Dabei hat insbesondere die hohe Jugendarbeitslosigkeit das Thema berufliche Bildung in den letzten Jahren nach oben auf die politische Agenda gehoben.

Europäisches Semester und länderspezifische Empfehlungen

Ein zentrales Instrument zur Steuerung sowie für das Monitoring der europäischen Politik sind die sog. länderspezifischen Empfehlungen (Country specific recommendations, CSR), die im Zusammenhang mit dem „Europäischen Semester“ **E** stehen. Im Vordergrund stehen wirtschafts- und finanzpolitische Empfehlungen. Den strategisch-politischen Rahmen hierfür bildet die Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der Europäischen Union „Europa 2020“³³⁷.

E Europäisches Semester und länderspezifische Empfehlungen

Das „Europäische Semester“ ist ein Zyklus, in dessen Verlauf die EU-Mitgliedstaaten ihre Wirtschafts- und Fiskalpolitik aufeinander abstimmen. Zuletzt hat sich im Juni 2014 der Europäische Rat mit den Empfehlungen zum Bereich Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung befasst.³³⁸ Es wird diagnostiziert, dass zwar eine Rückkehr zu Wachstum begonnen habe, ein moderater Beschäftigungsanstieg zu verzeichnen sei, jedoch die Arbeitslosigkeit – insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit – in vielen Teilen Europas „noch immer ein nie da gewesenes und untragbar hohes Ausmaß aufweist“. Gleichzeitig hat der Europäische Rat in diesem Beschluss die länderspezifischen Empfehlungen allgemein gebilligt und damit das Europäische Semester 2014 abgeschlossen. Als erste von 5 Handlungsprioritäten für die folgenden 5 Jahre wird die Bekämpfung

der Jugendarbeitslosigkeit formuliert. Es sollen die „für die moderne Wirtschaft erforderlichen Kompetenzen und das lebenslange Lernen gefördert werden“.

Die länderspezifischen Empfehlungen für den Themenbereich „Arbeitsmarkt, Bildungs- und Sozialpolitik“ der gemeinsamen Strategie „Europa 2020“ resultieren u. a. aus den thematischen Berichten zu „youth unemployment“, „skills gaps and labour mobility“, „tertiary education“, „early school leaving“, „education and training – providing relevant skills“³³⁹. Die dabei formulierten Ziele im Bereich der Bildung sind identisch mit den Zielen des gemeinsamen Arbeitsprogramms zu Bildung und Ausbildung, „ET 2020“³⁴⁰.

Monitoring im Rahmen des ET 2020

Die Entwicklungen in Bildung und Ausbildung in Europa werden dabei insbesondere anhand der gemeinsam formulierten Indikatoren und Benchmarks beobachtet (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel E1.2). Auf Forderung des Europäischen Rates wird seit November 2012 jeden Herbst ein von der EU-Kommission erarbeiteter Jahresbericht zur Bildung und Ausbildung (Education and Training Monitor 2014) vorgelegt, in dem die Daten und vereinbarten Benchmarks dokumentiert und überprüft und somit die Entwicklungen in Europa sichtbar gemacht werden sollen.

Zum Stand der europäischen Benchmarks

Erwerb von tertiären Bildungsabschlüssen

Mit diesem Indikator wird der Anteil der Teilnehmenden im Alter zwischen 30 und 34 Jahren erfasst, die ein Ausbildungsprogramm der ISCED-97-Stufen 5 und 6 abschließen → **Tabelle E1-1**. Der angepeilte europäische Benchmark liegt bei 40%.

Die Programme aus ISCED 97 – Stufe 5 bieten eine Ausbildung mit „tertiärem“, das heißt deutlich fortgeschrittenem Inhalt; sie setzen einen erfolgreichen Abschluss von ISCED 3A oder 3B resp. 4A oder 4B voraus; ihre theoretische Dauer seit Beginn der Stufe 5 ist mindestens 2 Jahre.

337 Siehe <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:2020:FIN:DE:PDF>.

338 Siehe http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/csr2014/eccom2014_en.pdf.

339 Siehe http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/key-areas/index_en.htm.

340 Siehe http://europa.eu/legislation_summaries/education_training_youth/general_framework/ef02016_de.htm.

Aufgrund der Systematik der ISCED-97-Klassifikation werden die Daten von Programmen und Teilnehmenden berücksichtigt, die im Rahmen des Schulsystems absolviert werden. Da jedoch nicht alle Erwerber einer Fortbildungsqualifikation (z. B. die Meisterqualifikation in Deutschland) an formalen schulischen Programmen teilnehmen, werden tatsächlich nicht alle Absolventen und Absolventinnen erfasst, die einen anerkannten Abschluss im tertiären Bildungsbereich erwerben. Dies hat Auswirkungen auf den statistischen Vergleich der dokumentierten Staaten und ist bei der Interpretation der Daten zu berücksichtigen.

Deutschland erreichte im Jahr 2013 einen Wert von 33,1% (2010: 29,8%) und liegt damit unter dem EU-Durchschnitt von 36,9% (2010: 33,6%). Auf den vorderen Plätzen finden sich Irland, Luxemburg, Litauen, Schweden, Zypern und das Vereinigte Königreich. Insgesamt erreichen 16 der 28 Mitgliedstaaten den 40%-Benchmark.

Die Europäische Kommission hält an diesem Benchmark fest, auch wenn unterschiedlich strukturierte Wirtschaftssysteme unterschiedliche Arbeitsmärkte und Qualifikationsbedarfe benötigen. Die Quote der Bildungsabschlüsse im tertiären Bildungsbereich wird als Indikator dafür betrachtet, ob Europa für den weiteren technologischen Fortschritt und den globalen Wettbewerb hinsichtlich seiner Humanressourcen ausreichend gerüstet ist. Eine offizielle Einbeziehung der Bildungsprogramme auf Stufe 4 der ISCED-97-Klassifikation, für die sich Österreich und Deutschland ausgesprochen haben, ist bislang nicht erfolgt.

Insgesamt ist die Situation im tertiären Bildungsbereich hinsichtlich der Programme und Institutionen sehr heterogen. So gibt es beispielsweise in zahlreichen Ländern zweijährige Studienprogramme wie z. B. im Vereinigten Königreich (2013: 47,6%) die *Foundation Degrees* oder *Diploma of Higher Education* oder Frankreich (2013:

Tabelle E1-1: Tertiäre Bildungsabschlüsse im Alter von 30 bis 34 Jahren 2010 und 2013 (in %)

	2010	2013	Nationaler Benchmark
Europäische Union (28 Länder)	33,6	36,9	
Dänemark	41,2	43,4	40
Deutschland	29,8	33,1	42 ¹
Finnland	45,7	45,1	42 ¹
Frankreich	43,4	44,1	50 ¹
Griechenland	28,6	34,9	32
Italien	19,8	22,4	26 ¹
Lettland	32,6	40,7	34 ¹
Niederlande	41,4	43,1	40 ¹
Österreich	23,5	27,3	38 ¹
Polen	34,8	40,5	45
Portugal	24,0	30,0	40
Schweden	45,3	48,3	40 ¹
Slowakische Republik	22,1	26,9	40
Spanien	42,0	42,3	44
Vereinigtes Königreich	43,0	47,6	–

¹ Die Definition des nationalen Benchmarks folgt einem abweichenden Indikator.

Quelle: Education and Training Monitor 2014, S. 37

Tabelle E1-2: Anteil der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren, die an formaler/nonformaler Bildung teilgenommen hat (bis 4 Monate vor der Befragung), 2010 und 2013 (in %)

	2010	2013
Europäische Union (28 Länder)	9,1	10,5 ¹
Dänemark	32,5	31,4
Deutschland	7,7	7,8
Finnland	23,0	24,9
Frankreich	5,0	17,7 ¹
Griechenland	3,1	3,0
Italien	6,2	6,2
Lettland	5,1	6,5
Niederlande	16,6	17,4
Österreich	13,7	13,9
Polen	5,2	4,3
Portugal	5,4	9,3
Schweden	24,4	28,1
Slowakische Republik	2,8	2,9
Spanien	11,0	11,1
Vereinigtes Königreich	19,4	16,1

¹ Bruch in der Zeitreihe.

Quelle: Education and Training Monitor 2014, S. 79

BIBB-Datenreport 2015

44,1%) mit *Diplome Universitaire de Technologie* oder *Brevet de Technicien Supérieur*, die zu einem formalen Abschluss führen. Ähnliches gilt für Irland (2013: 52,6%), wo zudem mehrere Bachelortypen mit unterschiedlicher Studiendauer angeboten werden.

Vergleicht man die Länder mit einem ausgeprägten dualen Berufsbildungssystem miteinander, zeigt sich ebenfalls ein uneinheitliches Bild. Österreich liegt mit 27,3% zwar ebenfalls weit unter der europäischen Marke, legt aber im Vergleich zu 2010 um 3,8% zu; Dänemark übertrifft die 40% mit 43,4%, ebenfalls die Niederlande mit 43,1%. Auffällig bei diesen beiden Staaten ist der sehr hohe Anteil der Frauen mit einem tertiären Bildungsabschluss (Dänemark: 51,8%, Niederlande 46,3%; im Vergleich Deutschland 34%). Der Grund hierfür kann sein, insbesondere im Falle von Dänemark, dass bestimmte Bildungsangebote vor allem von Frauen wahrgenommen werden. Dabei handelt es sich um Programme, die zu

einer Hochschulzugangsberechtigung führen. So bieten sog. höhere Vorbereitungsexamen (HF) die Möglichkeit, unabhängig von der schulischen Vorbildung den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung nachzuholen; sie werden statistisch als tertiärer Bildungsabschluss erfasst.

Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen

Der europäische Benchmark für die Beteiligung Erwachsener (25 bis 64 Jahre) am lebenslangen Lernen liegt bei 15% → **Tabelle E1-2**. Dabei werden sowohl formale als auch nonformale Weiterbildungsaktivitäten in den letzten 4 Wochen vor Befragung erfasst. 70% der Weiterbildung erfolgte im Jahr 2013 im Bereich nonformaler Weiterbildung.

Im EU-Durchschnitt lag der Anteil im Jahr 2013 bei 10,5%, in 17 Staaten liegt er unter 10%. Lediglich 6 Mitgliedstaaten übertreffen im Jahr 2013 die Zielmarke. Traditionell sind dies die nordischen Länder Dänemark

Tabelle E1-3: **Beteiligung an nonformaler Weiterbildung im Alter 25 bis 64 Jahre (bis 4 Wochen vor Befragung) 2007 und 2011 (in %)**

	2007	2011
Europäische Union (28 Länder)	31,2	36,8
Dänemark	37,6	52,7
Deutschland	43,1	48,5
Finnland	51,2	51,3
Frankreich	32,0	49,1
Griechenland	12,7	9,6
Italien	20,2	34,3
Lettland	30,7	30,0
Niederlande	42,1	54,8
Österreich	39,8	45,5
Polen	18,6	21,0
Portugal	22,5	39,6
Schweden	69,4	67,0
Slowakische Republik	41,2	38,3
Spanien	27,2	34,1
Vereinigtes Königreich	40,3	24,3

Quelle: Eurostat, Participation rate in education and training by age groups [trng_aes_101]; letztes Update: 22.07.2014 BIBB-Datenreport 2015

Tabelle E1-4: **Beteiligung an formaler Weiterbildung im Alter 25 bis 64 Jahre (bis 4 Wochen vor Befragung) 2007 und 2011 (in %)**

	2007	2011
Europäische Union (28 Länder)	6,6	6,2
Dänemark	10,1	12,6
Deutschland	5,2	3,8
Finnland	10,2	12,0
Frankreich	5,1	3,5
Griechenland	2,3	2,6
Italien	4,4	2,9
Lettland	5,4	4,3
Niederlande	6,8	12,3
Österreich	4,2	5,9
Polen	5,5	5,4
Portugal	6,5	10,4
Schweden	12,7	13,5
Slowakische Republik	6,1	5,8
Spanien	5,9	7,0
Vereinigtes Königreich	15,1	14,8

Quelle: Eurostat, Participation rate in education and training by age groups [trng_aes_101]; letztes Update: 22.07.2014 BIBB-Datenreport 2015

Tabelle E1-5: **Beteiligung an formaler und nonformaler Weiterbildung im Alter von 25 bis 64 Jahren (bis 12 Monate vor der Befragung) 2007 und 2011 (in %)**

	2007	2011
Europäische Union (28 Länder)	34,8	40,3
Dänemark	44,5	58,5
Deutschland	45,4	50,2
Finnland	55,0	55,7
Frankreich	35,1	50,5
Griechenland	14,5	11,7
Italien	22,2	35,6
Lettland	32,7	32,3
Niederlande	44,6	59,3
Österreich	41,9	48,2
Polen	21,8	24,2
Portugal	26,4	44,4
Schweden	73,4	71,8
Slowakische Republik	44,0	41,6
Spanien	30,9	37,7
Vereinigtes Königreich	49,3	35,8

Quelle: AES, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=trng_aes_101&lang=en; Zugriff: 21.01.2015

BIBB-Datenreport 2015

(31,4%), Schweden (28,1%), Finnland (24,9%), aber auch Frankreich (17,7%)³⁴¹, die Niederlande (17,4%) und das Vereinigte Königreich (16,1%). Deutschland hat sich mit 7,8% gegenüber 2010 (7,7%) kaum verändert.³⁴²

Betrachtet man die Beteiligungsdaten differenziert nach formaler bzw. nonformaler Weiterbildung, können teilweise enorme Veränderungen beobachtet werden.³⁴³ Im Vereinigten Königreich sank die Teilnehmerquote bei nonformalen Programmen von 40,3% (2007) auf 24,3% (2011) → **Tabelle E1-3**. In Dänemark stieg sie im gleichen Zeitraum von 37,6% auf 52,7%, in Deutschland von 43,1% auf 48,5%. Finnland (2007: 51,2%; 2011: 51,3%) und Schweden (2007: 69,4%; 2011: 67%) blieben beide auf konstant hohem Niveau.

Im Bereich der formalen Weiterbildungsaktivitäten ist der Anteil naturgemäß deutlich niedriger, die Schwankungen dementsprechend kleiner, die Daten für 2007 und 2011 haben sich in vielen Ländern kaum verändert → **Tabelle E1-4**. In Finnland und Schweden stiegen sie leicht, im Vereinigten Königreich ist ein geringfügiger Rückgang zu verzeichnen, etwas deutlicher fällt der Rückgang in Deutschland aus (2007: 5,2%; 2011: 3,8%). Bemerkenswert sind hier die Niederlande, die den Wert von 6,8% (2007) auf 12,3% (2011) fast verdoppelten.

Es ist zu vermuten, dass die wesentlichen Gründe für die Bandbreite der Weiterbildungsbeteiligung in unterschiedlich stark ausgeprägter staatlicher und betrieblicher Förderung, gesellschaftlicher Verankerung von lebenslangem Lernen sowie einer unterschiedlichen Struktur der Weiterbildungslandschaft hinsichtlich einer formalen Anerkennung von Lernleistungen zu sehen sind. Diese Daten berücksichtigen, wie oben erwähnt, die Weiterbildungsaktivitäten innerhalb von 4 Wochen vor der Befragung. Das ist ein sehr kurzer Zeitraum. Der Adult Education Survey (AES, vgl. **Kapitel B1.1** und

³⁴¹ In Frankreich lag der gemessene Wert im Jahr 2010 noch bei 5%. Eine Änderung in der methodologischen Erfassung führte zu der starken Veränderung des statistisch erfassten Anteils.

³⁴² Vgl. **Kapitel B1.1** zur Beteiligung der Bevölkerung an berufsbezogener Weiterbildung und **Kapitel B1.2.2** zur betrieblichen Weiterbildung aus Sicht der Erwerbstätigen.

³⁴³ Siehe Eurostat 2014 unter http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=trng_aes_101&lang=en.

Tabelle E1-6: **Erwerbstätigenquote der Absolventen/Absolventinnen zwischen 20 und 34 Jahren 2008 und 2013 (in %)**

	2008	2013
Europäische Union (28 Länder)	82,0	75,5
Dänemark	90,6	81,9
Deutschland	86,5	89,7
Finnland	82,3	79,8
Frankreich	83,3	76,9
Griechenland	68,3	40,0
Italien	65,2	48,3
Lettland	83,1	78,2
Niederlande	93,6	87,1
Österreich	90,6	90,2
Polen	79,3	73,2
Portugal	82,8	67,8
Schweden	85,7	84,9
Slowakische Republik	81,4	70,3
Spanien	82,1	59,9
Vereinigtes Königreich	83,6	83,8

Quelle: Education and Training Monitor 2014, S. 20 BIBB-Datenreport 2015

Kapitel B1.2.2) dagegen erfasst die Lernaktivitäten der letzten 12 Monate. Dadurch ergibt sich ein etwas anderes Bild → **Tabelle E1-5**. Die AES-Daten zeigen, dass im Jahr 2014 in Deutschland jeder 2. Erwachsene im Alter zwischen 25 und 64 Jahren an einer Weiterbildung innerhalb eines Jahres vor der Befragung teilgenommen hat. Dieses ist ein Wert, der sich seit 2007 deutlich erhöht hat und deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt.

Beschäftigungsfähigkeit

Die Arbeitslosigkeit, im Besonderen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa, macht diesen Indikator zu einem wichtigen Merkmal für die Passung von Bildungssystem und Arbeitsmarkt. Er gibt den Anteil der 20- bis 34-jährigen in Beschäftigung an allen jungen Menschen an, die die Schule oder die Universität in den letzten 3 Jahren verlassen haben → **Tabelle E1-6**. Der von der EU ange-setzte Benchmark liegt bei 82%.

Lag der EU-Durchschnitt im Jahr 2008 bei 82%, hat er sich insbesondere aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung in Ländern, die von der Krise besonders betroffen sind, im

Jahr 2013 auf 75,5%, gegenüber 2012 nochmals um 0,5%, abgesenkt. Tatsächlich sank der Anteil in den Ländern mit der ohnehin niedrigsten Quote im Jahr 2008 nochmals um mehr als 10%. Lediglich in zwei Staaten ist eine Steigerung festzustellen: im Vereinigten Königreich und in Deutschland, sodass Deutschland nach Malta (2008: 95,7%; 2013: 92,2%) und Österreich (2008: 90,6%; 2013: 90,2%) auf Platz 3 in der Statistik liegt. Es fällt auf, dass insbesondere die Länder mit einem ausgeprägten beruflichen oder dualen Bildungsbereich auf den Spitzenplätzen zu finden sind. Der Zusammenhang von Bildungssystem und volkswirtschaftlicher Stärke ist allerdings komplex und Gegenstand zahlreicher Studien.

Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger/-innen

Im europäischen Bildungsraum sind mehr als fünf Millionen frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger/-innen (European Union 2014, S. 8). Bei dieser Gruppe erreicht die Arbeitslosenquote 41%. Im Jahr 2011 haben nach Angaben von Eurostat 13,5% aller 18- bis 24-Jährigen in der EU das Bildungssystem mit einem Abschluss der Sekundarstufe I oder darunter verlassen

Tabelle E1-7: Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger/-innen in Europa: Vergleich 2010/2013 (in %)

	2010	2013							2020
	Gesamt	Gesamt	Männer	Frauen	Im Inland geboren	EU	Im außer-europäischen Ausland geboren	Zwischen-ergebnis	Ziel
EU	13,9	12,0	13,6	10,2	11,0	21,0	23,2	22,6	10
Dänemark	11,0	8,0	9,9	6,2	8,0		10,4	8,8	9,5
Deutschland	11,9	9,9	10,4	9,3	8,6				10,0 ²
Finnland	10,3	9,3	10,4	8,3	8,9		20,1	17,4	8,0
Frankreich	12,5	9,7 ¹	10,7 ¹	8,7 ¹	9,1 ¹	24,3 ¹	16,1 ¹	17,8 ¹	9,5
Griechenland	13,5	10,1	12,7	7,5	7,5	32,7	36,4	35,7	9,7
Italien	18,8	17,0	20,2	13,7	14,8	30,2	36,1	16,4	10,0
Lettland	12,9	9,8	13,6	5,8	9,8				10,0
Niederlande	10,0	9,2	10,9	7,4	9,0	11,1	11,2	11,2	9,5
Österreich	8,3	7,3	7,7	7,0	5,7	12,5	22,0	18,5	9,5
Polen	5,4	5,6	7,9	3,2	5,6				4,5
Portugal	28,3	18,9	23,4	14,3	18,8		22,7	20,1	10,0
Schweden	6,5	7,1	7,9	6,2	6,3	7,5	12,9	12,2	10,0 ²
Slowakische Republik	4,7	3,9	6,7	6,1	6,4				6,0 ²
Spanien	28,2	23,6	27,2	19,8	20,6	40,1	37,8	38,3	
Vereinigtes Königreich	14,9	12,4	13,7	11,2	12,8	13,7	7,8	9,9	15,0 ²

¹ Bruch in der Zeitreihe.

² Die Definition des nationalen Benchmarks folgt einem abweichenden Indikator.

Quelle: Education and Training monitor 2014, S. 32

BIBB-Datenreport 2015

(vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel E1.2). Für das Jahr 2013 sind es 12,0% dieser Altersgruppe, die frühzeitig das Bildungssystem verlassen. Somit ist der Prozentsatz leicht rückläufig, und das Erreichen des europäischen Benchmarks von 10% (oder weniger) wird als möglich erachtet. Allerdings sind Disparitäten nach Geschlecht, Migrationshintergrund, Behinderungen und regionaler Herkunft in der Europäischen Union festzustellen → **Tabelle E1-7**. Dies trifft insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund in Belgien, Österreich und Italien sowie männliche Jugendliche in Zypern und Portugal. 8 europäische Mitgliedstaaten haben eine Empfehlung erhalten, Maßnahmen in diesem Bereich zu unternehmen (Belgien, Spanien, Frankreich, Ungarn, Italien, Malta, Portugal und Rumänien). Die Europäische Union bevorzugt in ihren Empfehlungen den Aufbau der „Second Chance Education“ in Kombination mit der Entwicklung von Verfahren zu Anerkennung informel-

len und nicht formalen Lernens als Möglichkeit, die Jugendlichen ins Bildungssystem zurückzuführen.

Low achievers in basic skills

In diesem Bereich wird nach Altersklassen differenziert: Ein erster Indikator betrifft die 15-jährigen Jugendlichen in den Bereichen Lesen, Mathematik und Wissenschaft; bei den Erwachsenen wird kein Indikator definiert, sondern die Ergebnisse der PIAAC-Studie (OECD Survey of Adult Skills) in den Bereichen Lesekompetenz (*Literacy*) und alltagsmathematische Kompetenz (*Numeracy*) betrachtet.

Der 2020-Benchmark für *Jugendliche* liegt im Rahmen des Programmes ET 2020 bei unter 15%. Der Anteil der Jugendlichen mit *low achievement* wurde zwar im Vergleich zwischen 2006 und 2009 von 19,7% auf 17,8% reduziert → **Tabelle E1-8**. Allerdings bleibt der Prozentsatz der Jugendlichen mit geringer Leistung im Bereich der Mathe-

Tabelle E1-8: Anteil der Jugendlichen im Alter von 15 Jahren mit schlechten Schulleistungen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften (in %)

	Lesen				Mathematik				Naturwissenschaften			
	2009	2012			2009	2012			2009	2012		
	gesamt	gesamt	männlich	weiblich	gesamt	gesamt	männlich	weiblich	gesamt	gesamt	männlich	weiblich
EU	19,7	17,8	23,7	12,0	22,3	22,1	21,2	23,0	17,8	16,6	17,5	15,7
Dänemark	15,2	14,6	19,2	10,1	22,3	21,0	19,3	22,7	17,3	13,8	14,6	12,9
Deutschland	18,5	14,5	20,1	8,7	18,6	17,7	16,8	18,7	14,8	12,2	12,9	11,5
Frankreich	8,1	11,3	17,7	4,6	7,8	12,3	14,1	10,4	6,0	7,7	9,7	5,6
Finnland	19,8	18,9	25,5	12,7	22,5	22,4	22,3	22,4	19,3	18,7	20,5	17,0
Griechenland	21,3	22,6	32,2	13,3	30,3	35,7	34,5	36,9	25,3	25,5	29,8	21,3
Italien	21,0	19,5	25,9	12,6	24,9	24,7	22,8	26,7	20,6	18,7	19,6	17,8
Lettland	17,6	17,0	25,7	8,2	22,6	19,9	21,5	18,3	14,7	12,4	15,3	9,4
Niederlande	14,3	14,0	17,2	10,6	13,4	14,8	13,9	15,8	13,2	13,1	13,2	13,0
Österreich	27,6	19,5	26,2	12,8	23,2	18,7	16,1	21,2	21,0	15,8	16,2	15,4
Polen	15,0	10,6	16,2	5,2	20,5	14,5	15,0	13,8	13,1	9,0	10,2	7,9
Portugal	17,6	18,8	25,0	12,5	23,7	24,9	24,0	25,9	16,5	19,0	20,3	17,7
Schweden	17,4	22,7	31,3	14,0	21,1	27,1	28,2	26,0	19,1	22,2	24,8	19,6
Slowakische Republik	22,2	28,2	35,4	20,4	21,0	27,5	27,6	27,3	19,3	26,9	26,8	26,9
Spanien	19,6	18,3	23,4	13,1	23,7	23,6	22,1	25,1	18,2	15,7	15,9	15,5
Vereinigtes Königreich	18,4	16,6	19,8	13,5	20,2	21,8	19,7	23,8	15,0	15,0	13,9	16,0

Quelle: Education and Training monitor 2014, S. 43

BIBB-Datenreport 2015

matik konstant bei 22% (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung [OECD] 2013 und OECD 2010). Diese Benchmarks verdeutlichen den Bedarf an Investitionen und Maßnahmen in diesem Bereich. Die Ergebnisse von PISA weisen eine hohe Korrelation zwischen den einzelnen Indikatoren auf, sodass eine Verbesserung eines Indikators Auswirkungen auf die 2 anderen haben sollte. In dem Zeitraum 2009 bis 2012 wurde eine Verbesserung im Bereich des Lernens und der Wissenschaft deutlich. Allgemein wird festgestellt, dass der sozio-ökonomische Hintergrund der Jugendlichen einen starken Einfluss auf die Entwicklung der Kernkompetenzen hat; in vielen Mitgliedstaaten kann die Schule keine gerechtere Verteilung der Lernmöglichkeiten erreichen.

Der leichte Rückgang des europäischen Benchmarks wird durch die positiven Ergebnisse in ein paar Mitgliedstaaten (Österreich, Irland, Polen, Deutschland, Estland und Tschechische Republik) erreicht. Lediglich 7 Mitgliedstaaten erreichen den Benchmark von 15% im Jahr 2012;

es sind die vorher genannten Länder plus Finnland, die Niederlande und Dänemark.

Die PIAAC-Studie wurde in 17 europäischen Mitgliedstaaten durchgeführt und befasst sich mit der Lesekompetenz (*Literacy*) und alltagsmathematischen Kompetenz (*Numeracy*) der *Erwachsenen* im Alter zwischen 16 und 65 Jahren → **Tabelle E1-9**. Unter den 17 beteiligten Mitgliedstaaten erreichen Italien und Spanien die höchsten Raten in den Bereichen *Literacy* und *Numeracy* während Finnland und die Niederlande Raten von ca. 11% aufweisen. Deutschland bewegt sich im Mittelfeld (17,7% bei dem Indikator zu *Literacy* und 18,4% bei dem Indikator zu *Numeracy*). Durchschnittlich liegt der Anteil derjenigen ohne einen Abschluss der Sekundarstufe 2 mit schlechten Leistungen im Bereich Lesen bei 33% im Bereich Rechnen bei 38%.

Die PIAAC-Daten zeigen, dass die Kompetenzunterschiede je nach Bildungsstand, Alter, Erwerbsstatus und

Tabelle E1-9: Anteil der Erwachsenen im Alter von 16 bis 65 Jahren mit schlechten Lese- und Rechenkompetenzen 2012 (in %)

	Lesen			Mathematik		
	gesamt	männlich	weiblich	gesamt	männlich	weiblich
EU	19,9	20,1	19,7	23,6	21,0	26,2
Belgien	14,0	13,2	14,9	13,4	11,0	15,7
Tschechische Republik	11,8	11,3	12,3	12,9	10,9	14,8
Dänemark	15,7	17,0	14,4	14,2	13,1	15,4
Deutschland	17,5	16,5	18,5	18,4	14,6	22,2
Estland	13,0	13,6	12,5	14,3	13,3	15,2
Irland	17,4	17,6	17,3	25,2	21,7	28,5
Spanien	27,5	26,3	28,7	30,6	27,1	34,2
Frankreich	21,6	22,3	20,9	28,0	25,8	30,2
Italien	27,7	29,0	26,4	31,7	28,8	34,6
Zypern	11,8	12,1	11,6	15,5	13,2	17,6
Niederlande	11,7	10,9	12,5	13,2	10,8	15,6
Österreich	15,3	14,7	15,8	14,3	12,2	16,3
Polen	18,8	21,3	16,2	23,5	23,8	23,1
Slowakische Republik	11,6	11,9	11,4	13,8	13,8	13,7
Finland	11,6	11,5	9,7	12,8	11,9	13,8
Schweden	13,3	12,6	14,0	14,7	12,5	17,0
Vereinigtes Königreich	16,4	16,6	16,2	24,1	21,1	27,1

Quelle: Education and Training monitor 2014, S. 46

BIBB-Datenreport 2015

Migrationshintergrund in allen Ländern sehr groß sind. Wie bei den Benchmarks für Jugendliche ist der sozio-ökonomische Hintergrund der entscheidende Faktor für die Leistungen im Bereich *Literacy* und *Numeracy*.

Kopenhagen-Prozess und „Short term deliverables“

Integraler Bestandteil von ET 2020 ist auch der sogenannte Kopenhagen-Prozess für die berufliche Bildung in Europa. Aktivitäten im Bereich der beruflichen Bildung sollen zur Erreichung der ET-2020-Ziele beitragen, z. B. die Reduzierung der Schul- und Ausbildungsabbrecherquote auf unter 10% und die Erhöhung der Absolventenquote im tertiären Bildungsbereich auf über 40% bei den 30- bis 34-Jährigen bis 2020. Hierfür wurden 22 sogenannte „short term deliverables“ (STDs) entwickelt. Mithilfe dieses Instruments soll die Zielerreichung unter-

stützt werden. STDs sind Maßnahmen, die in besondere Weise hierfür geeignet sein sollen. Gleichzeitig bilden sie auch die Grundlage für ein qualitatives Monitoring, bei dem nachgehalten wird, ob die Mitgliedstaaten entsprechende Aktivitäten bereits entwickelt haben oder derzeit entwickeln. Zunächst wurden die STDs für den Zeitraum von 2011 bis 2014 definiert.³⁴⁴

Ein Beispiel: Das Ziel der Reduzierung der Quote von Schul- und Ausbildungsabbrechern wird von 4 STDs unterfüttert:

- Take preventive and remedial measures to maximise the contribution of VET in combating early leaving from education;

344 Siehe Communiqué von Brügge 2010: www.bmbf.de/pubRD/bruges_de.pdf.

- ▶ Consider specific measures aimed at raising the participation of low-skilled and other “at risk” groups in education and training, including by developing flexible pathways in C-VET and using appropriate guidance and support services;
- ▶ Use ICT to maximise access to training and to promote active learning, as well as to develop new methods in both work- and school-based VET, in order to facilitate the participation of “at risk” groups;
- ▶ Use existing monitoring systems to support the participation of “at risk” groups in VET.

Die Mitgliedstaaten berichten darüber, ob und in welcher Form sie Maßnahmen in diesem Bereich ergriffen haben. Eine zentrale Rolle bei dieser Berichterstattung spielt das europäische Netzwerk „ReferNet“, dessen nationale Partner die Informationen und Auswertungen liefern. Das Cedefop erstellt auf dieser Basis ergänzend durch weitere Quellen im 2-Jahres-Rhythmus den inhaltlich qualitativen Fortschrittsbericht.

(Ute Hippach-Schneider, Isabelle Le Mouillour)

E2 „Mismatch“ in internationaler Perspektive

Im vorliegenden Datenreport wird als Schwerpunkt das „Matching“ zwischen den durch das Bildungssystem zur Verfügung gestellten Qualifikationen und dem Bedarf nach qualifizierten Arbeitskräften betrachtet (vgl. Kapitel C). In diesem Kapitel werden verschiedene Messkonzepte und -methoden vorgestellt, die im internationalen Vergleich zum Einsatz gelangen. Der Indikator „Beschäftigungsfähigkeit“ in der offenen Methode der Koordinierung (vgl. Kapitel E1, → Tabelle E1-6) ist eine der Möglichkeiten, die Passung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem abzubilden.

In Deutschland finden Übergangs- und Matchingprozesse zunächst auf dem Ausbildungsmarkt statt; hier müssen Jugendliche, die eine betriebliche Ausbildungsstelle suchen, und Betriebe, die Ausbildungsstellen anbieten, zueinanderfinden (idealtypisch; sogenannte „erste Schwelle“). Im Anschluss an die (duale, schulische, akademische) Berufsausbildung folgen Auswahl- und Rekrutierungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt in Form von Einstellungen

bzw. Übernahmen der ausgebildeten Fachkräfte durch die Betriebe (sogenannte „zweite Schwelle“). Diese beiden Markierungspunkte lassen sich in vielen anderen Ländern, in denen die Berufsausbildung nicht in einen Markt betrieblicher Ausbildungsverhältnisse integriert ist, nicht in dieser Deutlichkeit identifizieren (Rammstedt 2013). Daher kann an dieser Stelle nur die „zweite Schwelle“ zum Thema gemacht werden. Nur zu dieser liegen überhaupt international vergleichbare Datensätze und entsprechende Messkonzepte vor.

Eine einfache Form des Missverhältnisses drückt sich durch Arbeitslosigkeit oder durch unbesetzte Stellen auf dem Arbeitsmarkt aus. Das wäre ein rein quantitatives Maß. Aber auch im Fall von Vollbeschäftigung kann es ein Missverhältnis zwischen den qualitativen Anforderungen durch die Betriebe und den Merkmalen der Erwerbstätigen geben. In der Regel ist der Arbeitsmarkt durch qualitative und quantitative Ungleichgewichte gekennzeichnet. Bisher hat sich in der internationalen Arbeitsmarktstatistik für die Messung von verschiedenen Formen des „Mismatches“ allerdings kein Standard herausgebildet (International Labour Office 2014).

Typische Konzepte, die in der internationalen Berichterstattung anzutreffen sind, sind ein Überangebot oder Unterangebot an Fachkräften für bestimmte Tätigkeiten, eine sogenannte Fachkräftelücke, also ein vertikaler oder horizontaler „Mismatch“, bei dem die Inhalte oder das Niveau von Qualifikationen und/oder Fähigkeiten nicht den Anforderungen der Tätigkeit entsprechen. „Über-“ und „Unterqualifizierung“ oder die „Veralterung“ von Qualifikationen oder Fähigkeiten sind typische Schlagworte (International Labour Office 2013).

Neben diesen verschiedenen Konzepten kommen auch sehr unterschiedliche Messmethoden und Daten zum Einsatz, anhand derer diese Konzepte abgebildet werden können. Beispiele hierfür sind die Passung von Tätigkeit und Ausbildung nach der Internationalen Standardklassifikation für Berufe (ISCO), in der berufliche Tätigkeiten korrespondierenden Ausbildungsgängen zugeordnet sind, die statistische Berechnung eines Missverhältnisses, z. B. über die Abweichung der Anzahl von Jahren im Bildungssystem, die für eine bestimmte Tätigkeit durchschnittlich benötigt werden, oder die Selbsteinschätzung von Erwerbstätigen.

E2.1 Missverhältnis zwischen Abschlüssen junger Erwachsener und Merkmalen der Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt („qualifications mismatch“)

Die Frage, welches der genannten Konzepte für die Feststellung eines Missverhältnisses herangezogen wird, ist immer auch abhängig von den verfügbaren Daten. So wurde zum Beispiel in der Berichterstattung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bisher von Daten aus den nationalen Arbeitskräfteerhebungen (Labour Force Survey, LFS) Gebrauch gemacht. In den Arbeitskräfteerhebungen werden die (jeweils höchsten) Abschlüsse der Teilnehmer/-innen auf dem Arbeitsmarkt erhoben sowie die Merkmale der Tätigkeiten von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen gemäß der ISCO-Klassifizierung. Anhand dieser Daten lässt sich also der vertikale Mismatch abbilden. Eine Auswertung dieser Daten ist für die OECD das letzte Mal für das Referenzjahr 2007 durchgeführt worden → [Schaubild E2.1-1](#).

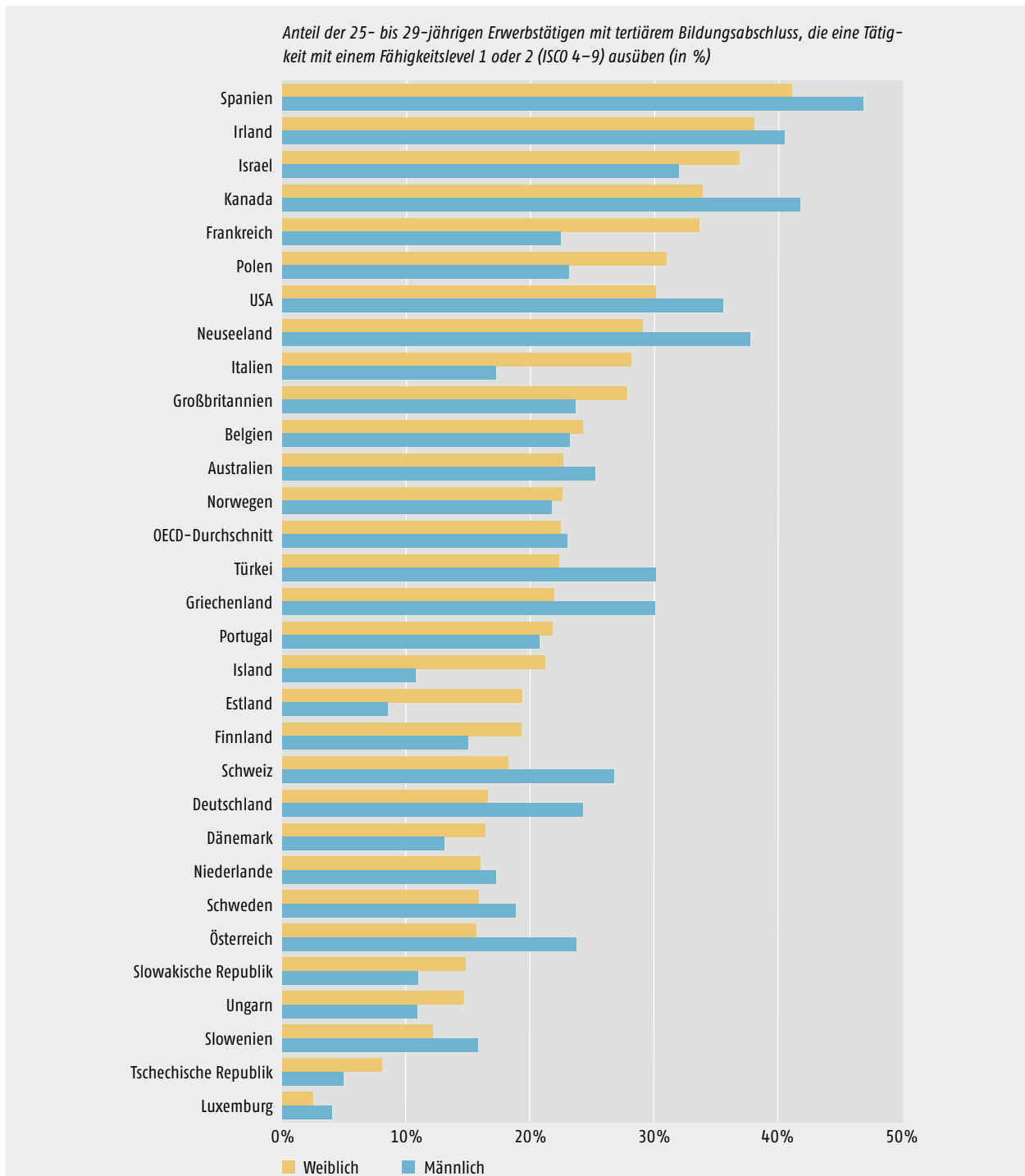
Es wird deutlich, dass z. B. in Spanien wesentlich mehr junge Hochschulabsolventen/-absolventinnen auf Stellen arbeiten, für die nach der ISCO-Klassifikation eigentlich kein Hochschulabschluss erforderlich wäre, als z. B. in Dänemark oder in Deutschland. Die Daten illustrieren damit Unterschiede, die zwischen den Bildungssystemen, dem Bildungswahlverhalten und betrieblichen Rekrutierungsmustern bestehen. Überdies sind diese Kennzahlen auch durch die allgemeine Lage am Arbeitsmarkt bestimmt.

ISCED und ISCO sind internationale Klassifikationssysteme, die genauso wenig das tatsächliche Können, Wissen oder die Fertigkeiten von Erwerbstätigen wiedergeben wie die genauen Merkmale der Tätigkeiten. So werden z. B. die beruflichen Tätigkeiten des Ausbildungsberufs Kraftfahrzeugmechatroniker/-in und der inzwischen aufgehobene Beruf Kraftfahrzeugservicemechaniker/-in in den Befragungen mit dem gleichen ISCO-Code kategorisiert. Auch die Bildungsabschlüsse können allenfalls als Annäherungswerte für die Kompetenzen der befragten Personen gelten. Zu unterschiedlich sind die Ausbildungsgänge und Abschlüsse der nationalen Bildungssysteme strukturiert.

In der 2013 erschienenen PIAAC-Studie (Programme for the International Assessment of Adult Competencies)³⁴⁵ wird der „Mismatch“ zwischen Qualifikationen und Tätigkeit über den Unterschied zwischen der Selbsteinschätzung der Befragten, welche Qualifikation für ihre Tätigkeit erforderlich ist, und ihrer tatsächlichen Qualifikation bestimmt (Organisation for Economic Co-operation and Development 2013). Der Vorteil einer Selbsteinschätzung wird im Gegensatz zu der Messung anhand der Standardberufsklassifikation in der Möglichkeit gesehen, die Anforderungen für jeden einzelnen Arbeitsplatz eines/einer Befragten zu bestimmen. Auch bei dieser Methode stellen sich erhebliche Unterschiede zwischen den OECD-Ländern heraus: So wird in Italien ein Anteil an 15% überqualifizierten Erwerbstätigen festgestellt, während für Japan und das Vereinigte Königreich Werte über 30% erhoben wurden → [Schaubild E2.1-2](#). Im Vergleich zu → [Schaubild E2.1-1](#) wird deutlich, dass der auf diesem Weg ermittelte „Mismatch“ für Deutschland zu einem ganz anderen Bild führt. Deutschland rückt hinsichtlich einer Überqualifizierung über Spanien hinaus. Zu beachten ist hierbei, dass sich die PIAAC-Daten auf alle und die LFS-Daten lediglich auf die jungen Erwerbstätigen beziehen. Trotzdem ist auffällig, dass über diese Messmethode für Deutschland im Vergleich eine wesentlich höhere „Überqualifizierung“ festgestellt wird. Vermutlich ist die für Deutschland attestierte „Überqualifizierung“ zum einen darauf zurückzuführen, dass für die beruflichen Tätigkeiten in Deutschland eine Berufsausbildung, aber kein Abitur erforderlich ist, letzteres in vielen Fällen aber vorliegt. Nach der Internationalen Bildungsklassifikation wurde das dann als Stufe 4 klassifiziert, Stufe 2 oder 3 würden aber nach ISCO für die berufliche Tätigkeit ausreichen. Ein weiterer Grund liegt darin, dass 19,2% der Erwerbstätigen mit Berufsabschluss eine Tätigkeit ausüben, für die kein Berufsabschluss erforderlich ist (Maier/Neuber-Pohl/Weller 2013).

³⁴⁵ Mit PIAAC werden Alltagsfertigkeiten Erwachsener im internationalen Vergleich untersucht. Dafür wurden im Auftrag der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) von Sommer 2011 bis Frühjahr 2012 in 24 Ländern weltweit Personen im Alter zwischen 16 und 65 Jahren befragt (vgl. www.gesis.org/piaac/presse/).

Schaubild E2.1-1: **Missverhältnis zwischen den Bildungsabschlüssen und den Merkmalen der Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt junger Erwachsener (2007)**

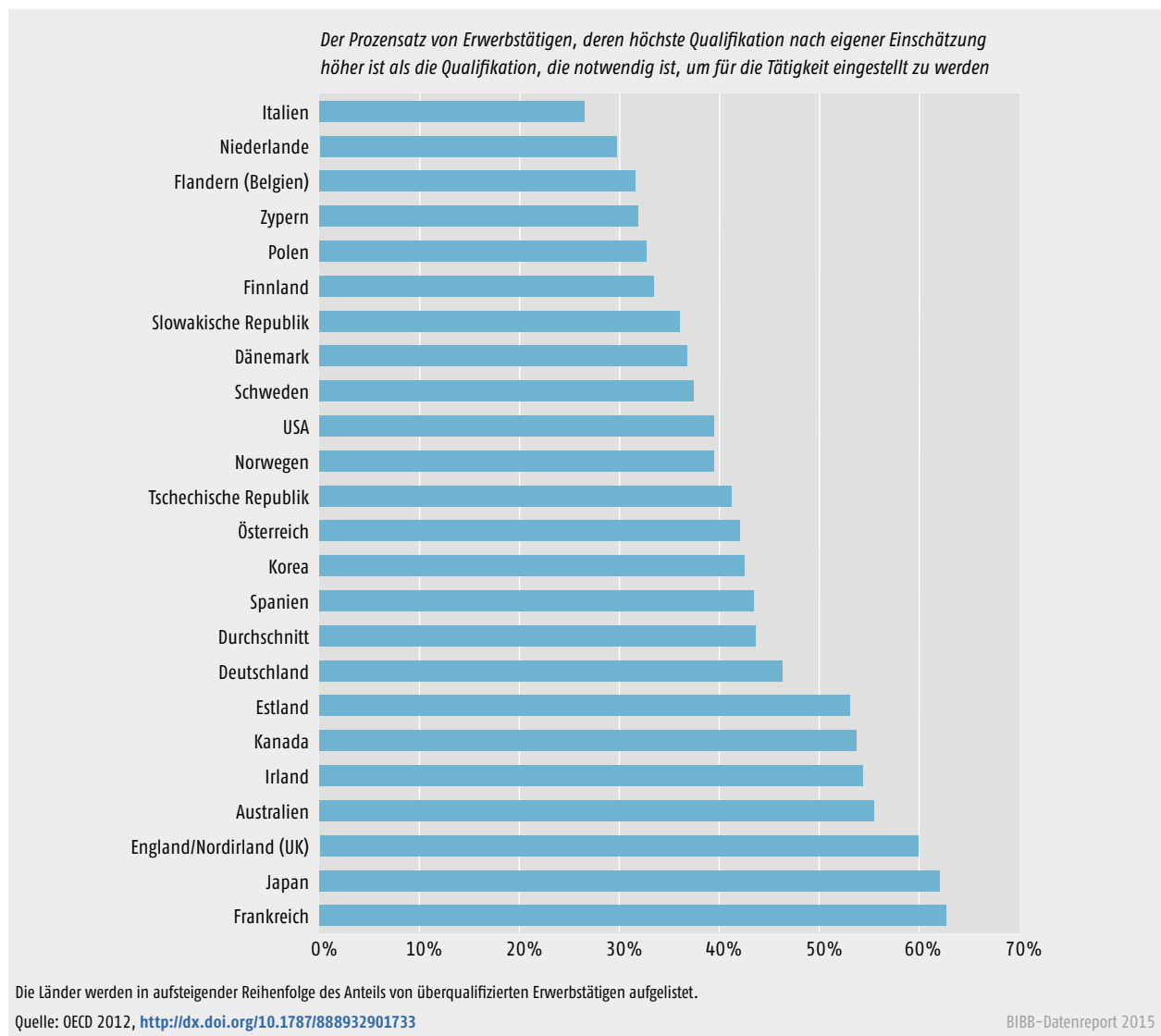


Die Länder werden in absteigender Reihenfolge des Anteils der 25- bis 29-Jährigen mit tertiärem Bildungsabschluss, die eine Tätigkeit mit einem Fähigkeitslevel 1 oder 2 (ISCO 4-9) ausüben, dargestellt.

Quelle: OECD, Datenblatt C3.7. Siehe Anhang 3 (www.oecd.org/edu/eag2010).

BIBB-Datenreport 2015

Schaubild E2.1-2: „Mismatch“ zwischen Qualifikationen und Tätigkeit, Selbsteinschätzung der Befragten

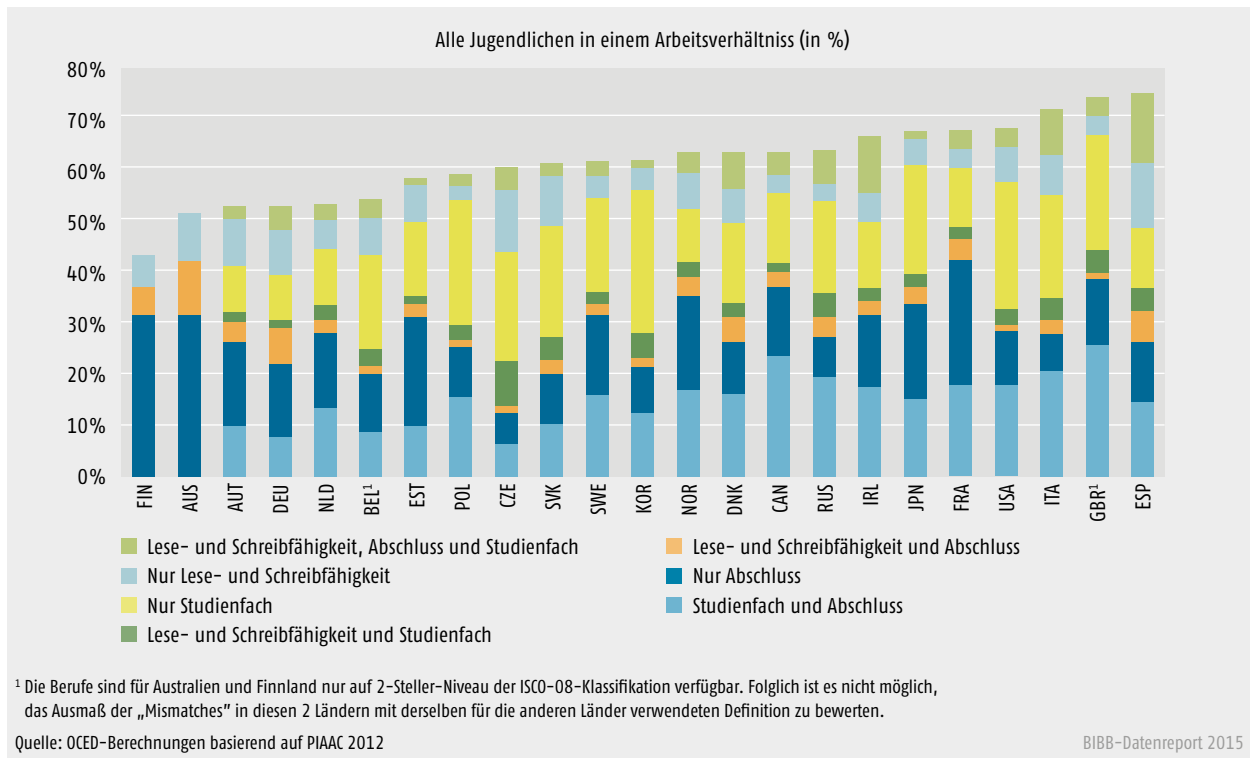


E2.2 Missverhältnis zwischen den Kompetenzen der Beschäftigten und den Anforderungen auf den von ihnen ausgeübten Tätigkeiten („skills mismatch“)

Mit der Durchführung der PIAAC-Studie sind neue Möglichkeiten entstanden, Missverhältnisse zwischen den *tatsächlichen Fähigkeiten* von Personen und ihren Arbeitsplatzanforderungen sichtbar zu machen und zu messen. Allerdings werden in der PIAAC-Studie keine beruflichen

Kompetenzen gemessen, sondern allgemeine Fähigkeiten von Erwachsenen, wie die Lese- und Rechenfähigkeit und die Fähigkeit, mit Computern umzugehen. Die PIAAC-Studie basiert auf einer repräsentativen Auswahl der 15- bis 65-Jährigen, deren Leistungen mithilfe von Tests gemessen wurden. Außerdem wurden anhand eines Hintergrundfragebogens Merkmale der Person, ihr sozialer Hintergrund und z. B. Angaben zur beruflichen Tätigkeit erfragt (s. o.).

Im Hintergrundfragebogen wurde danach gefragt, ob die Befragten über Fähigkeiten verfügen, mit denen sie kom-

Schaubild E2.2-1: Gesamtes Missverhältnis, erwerbstätige Jugendliche im Alter von 16 bis 29 nach „Mismatch“-Typen 2012¹

plexere Aufgaben lösen könnten als die, mit denen sie in ihrer beruflichen Tätigkeit konfrontiert sind. Andererseits wurde die Frage gestellt, inwieweit die Befragten meinten, dass sie sich weiterbilden müssten, um den Anforderungen ihres Arbeitsplatzes gewachsen zu sein. Basierend auf diesen Fragen wurde ein Indikator für „Mismatch“ gebildet: Erwerbstätige, die beide Fragen mit „Nein“ beantworteten, wurden unter „guter Match“ gefasst. Personen gelten als überqualifiziert, wenn der von ihnen erreichte Testwert höher ist als der Maximalwert derjenigen, die einen „guten Match“ attestiert bekamen, und als unterqualifiziert, wenn ihr Wert niedriger ist als der niedrigste Wert derer, die ein „gutes Matching“ attestiert bekamen. Ein entsprechendes Missverhältnis wurde nicht als „qualification mismatch“, sondern als „skills mismatch“ bezeichnet. Es handelt sich also nicht um ein Missverhältnis zwischen Arbeitsplatz und Bildungsabschluss, sondern zwischen Arbeitsplatz und vorhandenen allgemeinen Fertigkeiten und Potenzialen (Rammstedt 2013). Nach diesem Maß gehört Deutschland zu den 5 Ländern, in denen die meisten Erwerbstätigen angeben, über Potenziale zu verfügen, die über die Anforderungen des Arbeitsplatzes hinausgehen (Organisation for Econo-

mic Co-operation and Development 2013). Unterqualifizierte nach dem „Skills-mismatch“-Konzept finden sich in Deutschland im Vergleich mit den OECD-Staaten am seltensten.

Daten zum „skills mismatch“ finden in → [Schaubild E2.2-1](#) – hier ausgewiesen für die jungen Erwachsenen (Organisation for Economic Co-operation and Development 2014) – Eingang. Darüber hinaus ist der „qualifications“ und der „field of study mismatch“ eingetragen.

Neben den beiden genannten Kennzahlen wurde von der OECD im Rahmen von PIAAC noch eine weitere Kennzahl berechnet. Die fachliche Orientierung der Ausbildung wird mit der tatsächlichen Erwerbstätigkeit verglichen. Es fällt auf, dass sich die Werte für Österreich und Deutschland sehr günstig darstellen. Finnland und Australien fallen hinsichtlich dieses Kennwertes aus der Analyse, da die Daten dort nicht in der erforderlichen Tiefe erhoben wurden. Das Missverhältnis zwischen Ausbildungsrichtung und tatsächlich ausgeübter Tätigkeit fällt für die USA und Korea am höchsten aus.

Fazit und Ausblick

In der internationalen Statistik hat sich noch kein Standard zur Erhebung des „Mismatches“ zwischen Arbeitsmarkt und Bildungssystem herausgebildet. Die Entscheidung für Messkonzepte und entsprechende Daten ist nicht nur von der Erwägung gekennzeichnet, welches Konzept tatsächlich ein Missverhältnis am besten abbildet, sondern ist immer auch an die Verfügbarkeit von entsprechenden Daten gebunden. Mit der OECD-Studie PIAAC zur Messung von Kompetenzen Erwachsener liegen neue Daten vor. Sowohl im Hinblick auf das vertikale wie auch auf das horizontale Verhältnis zwischen Abschlüssen und Tätigkeiten wird eine Stärke des dualen und beruflich strukturierten Ausbildungssystems gut abgebildet: die Passung zwischen Arbeitsmarkt und Bildungssystem. Häufig muss ein ungünstigeres Verhältnis durch längere betriebliche Einarbeitungszeiten ausgeglichen werden, wie in einem BIBB-Projekt gezeigt werden konnte (Grollmann/Geiben 2012; Grollmann u. a. 2010). Die betriebliche Einarbeitung kann damit auch als ein Indikator für die Existenz eines „Mismatches“ gelten.

Auch in Bezug auf den neu etablierten Indikator „skills mismatch“ steht Deutschland im internationalen Vergleich bei den Erwerbstätigen gut da. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass viele Erwachsene, die über ein unzureichendes Maß an Kompetenzen verfügen, gar nicht dem Erwerbssystem angehören.

(Philipp Grollmann)

E3 Mobilität in Ausbildung und Beruf

Erasmus+ (2014 bis 2020) ist das neue Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport der Europäischen Union. Es trägt dazu bei, die europäischen Ziele im Rahmen der Strategie Europa 2020 und des strategischen Rahmens für die Zusammenarbeit in der Bildung zu erreichen. Zentrales Instrument von Erasmus+ ist die Projektförderung. In dem neuen Programm sind das Programm für lebenslanges Lernen (2007 bis 2013) mit den Aktionen LEONARDO DA VINCI, GRUNDTVIG, COMENIUS und ERASMUS sowie das bisher eigenständige Programm „Jugend in Aktion“ und verschiedene Hochschulprogramme zusammengefasst und neu

ausgerichtet worden. Erasmus+ umfasst neben den vier Bildungssektoren Berufsbildung, Erwachsenenbildung, Schule und Hochschule auch die Bereiche Jugend und Sport. Viele der bisher unter dem Namen LEONARDO DA VINCI geförderten Aktivitäten werden daher seit dem Jahr 2014 unter dem neuen Namen Erasmus+ Berufsbildung gefördert.

Bis Ende 2020 werden in Europa insgesamt 14,8 Mrd. € für die Förderung der Qualifikation und Beschäftigungsfähigkeit von mehr als 4 Mio. Menschen bereitgestellt. Damit stehen in Erasmus+ für allgemeine und berufliche Bildung im Vergleich zum Programm für lebenslanges Lernen 40% mehr Mittel zur Verfügung. Bis zum Jahr 2020 wird sich das jährlich verfügbare Budget voraussichtlich verdoppeln. Knapp zwei Drittel (63%) des Gesamtbudgets sind dabei für grenzüberschreitende Mobilität von Einzelpersonen vorgesehen. Die verbleibenden Mittel dienen der Unterstützung von Partnerschaften sowie der Förderung von Reformen zur Modernisierung der allgemeinen und beruflichen Bildung und der Förderung von Innovation, Unternehmertum und Beschäftigungsfähigkeit. In Deutschland sind 4 Nationale Agenturen für die Umsetzung von Erasmus+ verantwortlich. Für die Sektoren Berufsbildung und Erwachsenenbildung ist die Nationale Agentur beim BIBB zuständig.

Erasmus+, Mobilität in der Berufsbildung

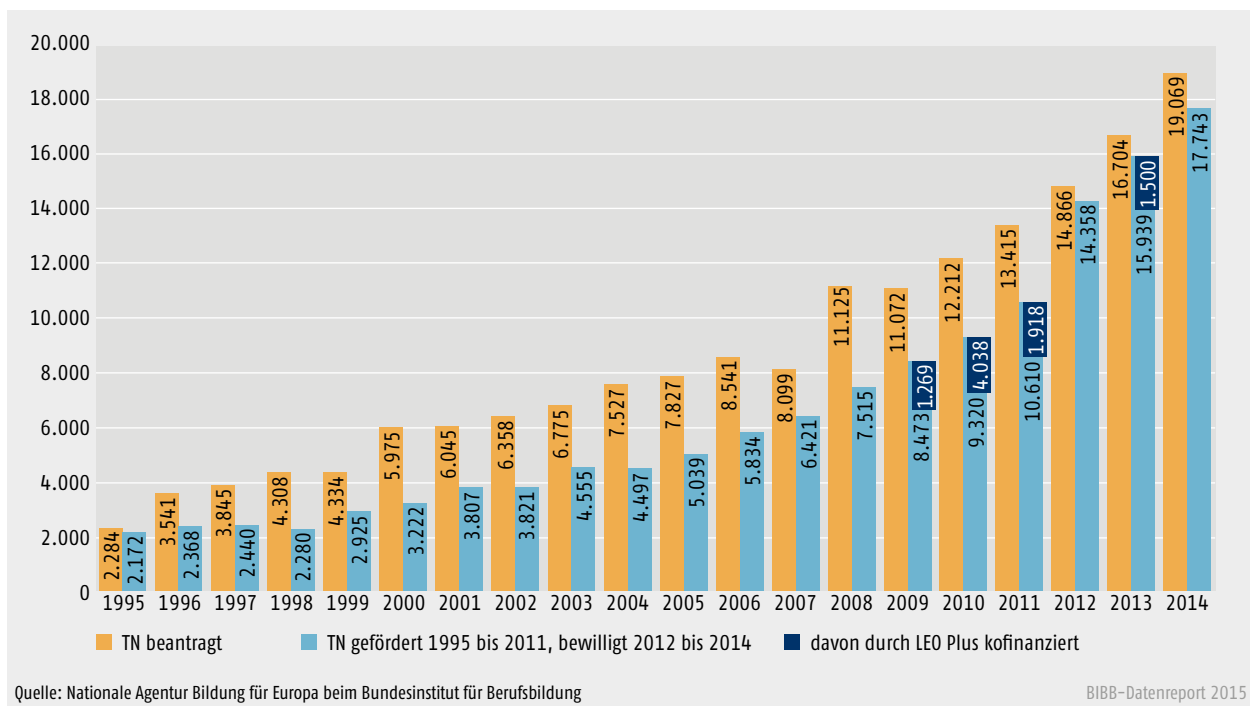
Die Ziele des Programms für lebenslanges Lernens im Bereich der Mobilität waren stark auf die Ebene des Individuums ausgerichtet. Das Programm Erasmus+ erweitert die Zielperspektive deutlich. Auf der individuellen Ebene stehen immer noch die Steigerung der Kompetenzen und Beschäftigungsfähigkeit im Mittelpunkt. Darüber hinaus legt das neue Programm aber auch einen Schwerpunkt auf die institutionelle und systemische Ebene. Durch die Beteiligung an Mobilitätsprojekten sollen die Unternehmen und Einrichtungen darin unterstützt werden, die Qualität und Attraktivität der Ausbildungsangebote zu steigern und die Internationalisierung der eigenen Organisation zu fördern. Auf der Ebene der Bildungssysteme sollen die Anerkennung von Kompetenzen verbessert, die Übergänge zwischen den Bildungssektoren einschließlich des informellen Sektors erhöht und langfristig auch politische Reformen angestoßen werden.

Tabelle E3-1: Erasmus+ Mobilität in der Berufsbildung 2014 (bis 2013 LEONARDO DA VINCI)

	Antragsrunde 2014 Erasmus+ Mobilität in der Berufsbildung beantragt/bewilligt					
	Zahl der Projekte beantragt	Zahl der Projekte bewilligt	Zahl der Teilnehmer beantragt	Zahl der Teilnehmer bewilligt	Budget beantragt	Budget bewilligt
					in Mio. €	in Mio. €
Lernende	integrierte Projekte	integrierte Projekte	19.069	17.743	29,4	27,2
Berufsbildungspersonal	integrierte Projekte	integrierte Projekte	4.205	3.912	5,8	5,5
Gesamt	534	508	23.274	21.655	35,2	32,7

Quelle: Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung, Stand: Dezember 2014 BIBB-Datenreport 2015

Schaubild E3-1: Erasmus+ Mobilität in der Berufsbildung 1995 bis 2014



Im Rahmen von Mobilitätsprojekten können Auszubildende, Berufsfachschüler/-innen und Personen in formaler beruflicher Weiterbildung sowie Absolventen und Absolventinnen dieser Bildungsgänge Auslandsaufenthalte zum Zweck des Lernens in einer Dauer zwischen 2 Wochen und 1 Jahr realisieren. Das Berufsbildungspersonal kann zum Zweck des Lernens oder Ausbildens bzw. Unterrichtens für 2 Tage bis 2 Monate ins europäische Ausland gehen.

Die Zahlen der im Jahr 2014 beantragten und bewilligten Auslandsaufenthalte sind in → [Tabelle E3-1](#) dargestellt. Damit setzt sich auch im Jahr 2014 der starke Anstieg der

Auslandsmobilität weiter fort, die Förderzahlen haben sich seit dem Jahr 2008 verdoppelt → [Schaubild E3-1](#).

Wirkung von Mobilitätsprojekten

Auf individueller Ebene bietet das Programm Erasmus+ den Lernenden die Möglichkeit, internationale Berufskompetenz zu erwerben. Fremdsprachenkenntnisse, internationale Fachkenntnisse sowie interkulturelle Kompetenzen sind wichtige Bausteine einer international zukunftsfähigen Qualifizierung. Dem Personal der Berufsbildung bietet das Programm die Möglichkeit einer individuellen, mit dem Bedarf ihrer Einrichtung abge-

stimmten Weiterbildung. Angesichts des großen europäischen Interesses am dualen System ist es hilfreich, dass im Rahmen von Erasmus+ Ausbildungs- und Lehrpersonal jetzt auch zum Zweck des Auszubildens und Unterrichtens im Ausland gefördert werden können.

Auf institutioneller Ebene bewirken Mobilitätsprojekte die internationale Ausrichtung der Bildungsgänge und Curricula, die internationale Vernetzung der Unternehmen und Einrichtungen und eine Öffnung für innovative Lehr- und Lernmethoden aus dem Ausland. Ab dem Jahr 2015 wird es für international erfahrene Unternehmen und Einrichtungen auch möglich sein, die Erasmus+ Berufsbildungscharta zu erwerben. Voraussetzung sind eine Strategie zur Internationalisierung der eigenen Einrichtung und der Nachweis qualitativ hochwertiger Mobilitätsprojekte im Vorgängerprogramm. Im Rahmen der Charta werden diese Einrichtungen eine institutionelle Förderung der Mobilitätsaktivitäten erhalten und Zugang zu einem vereinfachten jährlichen Antrags- und Berichtsverfahren haben.

Die Steigerung der Mobilität in der Berufsbildung hat in der europäischen und nationalen Bildungspolitik eine hohe Priorität. Im Kontext des gemeinsamen europäischen Arbeitsprogramms wurde das Ziel definiert, die Mobilität in der Berufsbildung bis zum Jahr 2020 auf 6% zu steigern (Europäischer Rat 2011). Auf nationaler Ebene hat der Bundestag im Januar 2013 das Ziel formuliert, dass im Jahr 2020 mindestens 10% der Auszubildenden während ihrer Ausbildung Auslandserfahrung sammeln (Deutscher Bundestag 2012). Die Förderungen in der Berufsbildung im Rahmen von Erasmus+ werden einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung dieser Ziele leisten. Einer Mobilitätsstudie nach lag die Quote der im Rahmen ihrer Berufsbildung international mobilen Auszubildenden und Berufsfachschülern und -schülerinnen in den Jahren 2007 bis 2009 bei durchschnittlich 3% (vgl. Friedrich/Körbel 2011). Aufgrund der deutlichen Zuwächse im LEONARDO-DA-VINCI-Programm bzw. Erasmus+ Berufsbildung in den letzten 5 Jahren kann inzwischen davon ausgegangen werden, dass diese Zahl auf über 4% angestiegen ist. Insgesamt absolvierten im Jahr 2014 mehr als 30.000 junge Menschen im Rahmen ihrer Erstausbildung einen Auslandsaufenthalt. Zwei Drittel der Stipendien wurden dabei an Auszubildende vergeben, ein Drittel an Berufsfachschüler/-innen.

ECVET und individuelle Mobilität

Das Leistungspunktesystem in der Berufsbildung (ECVET) wird von immer mehr Projekten aufgegriffen. Im Jahr 2014 wurden 67 Projekte mit über 5.000 Stipendien bewilligt, die nach ECVET-Standards durchgeführt werden. Damit hat sich die Anzahl der ECVET-Projekte mehr als verdreifacht. Hintergrund des starken Anstiegs ist, dass ECVET im Rahmen des neuen Programms ein optionaler Standard geworden ist und für die Vereinbarungen mit den ausländischen Partnern und den Teilnehmenden entsprechende Instrumente zur Verfügung stehen. Es ist so für die Projektträger wesentlich einfacher geworden, ihre Projekte entsprechend weiterzuentwickeln. Die Nationale Agentur beim BIBB bietet in Zusammenarbeit mit der Nationalen Koordinierungsstelle ECVET unterstützende Informationen und Veranstaltungen für Projektträger an.

In der Regel beantragen Projektträger Stipendien für die Lernenden oder das Personal ihrer Einrichtungen. Davon zu unterscheiden sind die sogenannten Poolprojekte, die den individuellen Zugang von Einzelpersonen zu einem Erasmus+-Stipendium ermöglichen. Insbesondere Auszubildende von kleinen und mittleren Unternehmen sowie aus international unerfahrenen Bildungseinrichtungen bekommen so Zugang zu einem Stipendium, ohne dass ihr Unternehmen oder ihre Einrichtung ein Projekt selbst durchführt. Es gibt auch Poolprojekte, die Individualstipendien für das Berufsbildungspersonal anbieten. Über 3.900 Stipendien wurden so im Jahr 2014 bundesweit ausgeschrieben. Interessenten finden die Individualstipendien auch in der Poolprojekt-Datenbank auf der Homepage der Nationalen Agentur beim BIBB.

Deutschland als Zielland

Im Rahmen des europäischen Bildungsprogramms wurden im Jahr 2013 in den 33 anderen am Programm teilnehmenden Staaten insgesamt 15.608 Lernaufenthalte in Deutschland bewilligt. Im Einzelnen waren es 10.193 Personen in beruflicher Erstausbildung, 2.869 Personen in beruflicher Weiterbildung und 2.546 Berufsbildungsexperten. Damit sind Deutschland und das Vereinigte Königreich die mit Abstand beliebtesten Zielländer für Auslandsaufenthalte in der Berufsbildung in Europa. Die Länder mit den meisten Entsendungen nach Deutschland waren Polen, Türkei, Tschechien, Ungarn und Frankreich.

Sonderprogramm MobiPro-EU

Das Sonderprogramm des Bundes zur „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen Fachkräften aus Europa (MobiPro-EU)“ unterstützt seit Januar 2013 junge EU-Bürgerinnen und -Bürger bei der Aufnahme einer betrieblichen Berufsausbildung oder einer qualifizierten Beschäftigung in einem Engpassberuf in Deutschland.

Bis November 2014 sind seit Programmstart insgesamt 7.619 Personen gefördert worden. Davon waren 5.644 im Ausbildungssegment und 1.975 im Fachkräftesegment. Insgesamt 4.402 der geförderten Personen haben in dem genannten Zeitraum einen regulären Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag abgeschlossen, davon 3.170 im Ausbildungssegment und 1.232 im Fachkräftesegment. Die wichtigsten Herkunftsländer im Ausbildungssegment waren Spanien, Ungarn, Bulgarien und Italien. Die Bundesländer mit den höchsten Aufnahmezahlen waren Mecklenburg-Vorpommern, Bayern, Baden-Württemberg, Thüringen und Sachsen. Die Mehrheit der Fachkräfte hat eine Beschäftigung im Pflegebereich aufgenommen. Bei den Ausbildungsverträgen dominieren der Hotel- und Gaststättenbereich (50%) und kaufmännische Berufe (25%). Weitere häufiger vorkommende Berufe lagen im Bereich Lebensmittelherstellung bzw. -verkauf sowie im Bau- und Gesundheitssektor.

Vor dem Hintergrund des großen Interesses an dem Sonderprogramm hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Juli 2014 die Fördergrundsätze neu formuliert. In dem Rahmen wurden die zur Verfügung stehenden Mittel für den Zeitraum von 2013 bis 2018 von zunächst 139 Mio. € auf 550,1 Mio. € aufgestockt. Gleichzeitig wurde das Programm hinsichtlich neuer Teilnehmender auf das Segment der Ausbildung konzentriert und auf Projektförderung umgestellt.

(Berthold Hübers)

E4 Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Seit Inkrafttreten des sechzehnten Landesanererkennungsgesetzes am 1. Juli 2014 gelten nunmehr sowohl für die Berufe in der Zuständigkeit des Bundes als auch in der Zuständigkeit der Länder Gesetze, die die Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen regeln (zu den gesetzlichen Grundlagen vgl. Erbe u. a. 2014, S. 20 ff.).

Für das am 1. April 2012 in Kraft getretene „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ (Anerkennungsgesetz) des Bundes liegen Ergebnisse zur Nutzung und Anwendung aus 2 Jahren vor. Sie beruhen auf der amtlichen Statistik nach § 17 Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG, welches dem Artikel 1 des Anerkennungsgesetzes entspricht). Die Statistik gibt Auskunft über die von den zuständigen Stellen bearbeiteten Anerkennungsverfahren und Merkmale der Antragstellenden sowie über die bis Jahresende getroffenen Entscheidungen.

Als weitere Informationsquelle werden die Zugriffszahlen auf das Anerkennungsportal herangezogen. Sie können als ein Frühindikator des öffentlichen Interesses an beruflicher Anerkennung gelten. Während sich die nachfolgend ausgewertete amtliche Statistik nur auf die Berufe in Bundeszuständigkeit bezieht, enthalten die im Anschluss dargestellten Zugriffszahlen sowohl Abrufe von Informationen zu bundes- als auch landesrechtlich geregelten Berufen **E**.

E Berufe im Anerkennungsgesetz des Bundes

Augenblicklich fallen rund 600 Berufe unter das Anerkennungsgesetz des Bundes. Dabei wird zwischen reglementierten und nicht reglementierten Berufen unterschieden.

Bei reglementierten Berufen ist die Anerkennung eine Voraussetzung für die Berufsausübung in Deutschland. Reglementiert sind zum Beispiel die Gesundheitsberufe, so Ärztin/Arzt (Approbation), Apotheker/-in (Approbation) und Altenpfleger/-in, aber auch einige Meisterberufe im Handwerk, wie z. B. Bäckermeister/-in.

Nicht reglementierte Berufe sind die dualen Ausbildungsberufe, also z. B. Industriemechaniker/-in oder Maurer/-in,

aber auch bestimmte Fortbildungsabschlüsse. Hier ist die Gleichwertigkeitsprüfung keine zwingende Voraussetzung für eine Arbeitsaufnahme, sondern dient der Transparenz. Im Bereich des Zuwanderungsrechts ist mit der neu geschaffenen Beschäftigungsverordnung die Anerkennung auch in den Ausbildungsberufen eine Voraussetzung für die Zuwanderung zum Zwecke der Arbeit in Deutschland.

Ergebnisse der amtlichen Statistik³⁴⁶

Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. April 2012 bis zum 31. Dezember 2013 meldeten die zuständigen Stellen insgesamt 26.466 Anträge auf Anerkennung einer im Ausland erworbenen Berufsqualifikation; davon 10.989 im Jahr 2012 und 15.477 im Jahr 2013. Aufgrund von Verfahren, die 2012 noch nicht abgeschlossen waren, wurden im Jahr 2013 insgesamt 16.695 Anerkennungsverfahren bearbeitet. Davon war bei 3.348 Verfahren bis zum 31. Dezember 2013 noch keine Entscheidung gefallen.

Bei der Verteilung der neuen Anträge im Jahr 2013 auf reglementierte³⁴⁷ und nicht reglementierte Berufe zeigt sich nur eine geringfügige Verschiebung im Vergleich zum Vorjahr. 2012 wurden 79,8% aller Anträge auf die Anerkennung eines reglementierten Berufes gestellt; 2013 waren es 77,9%.

61,9% der Personen, deren Verfahren 2013 bearbeitet wurden, waren Staatsangehörige eines Staates der Europäischen Union (EU), des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) oder der Schweiz. Am häufigsten handelte es sich dabei um Verfahren von deutschen Staatsangehörigen, gefolgt von polnischen, rumänischen und spanischen Staatsangehörigen. Bei den Staaten, in denen die

Antragstellenden ihren Abschluss erworben hatten, stand Polen mit fast jedem zehnten Verfahren im Jahr 2013 an erster Stelle, gefolgt von Rumänien, der Russischen Föderation, Spanien und Ungarn.

Wie in → **Schaubild E4-1** zu erkennen ist, entfiel ein großer Teil der häufigsten Referenzberufe wie auch schon 2012 auf die Berufshauptgruppe der medizinischen Gesundheitsberufe. Besonders hohes Interesse bestand an der Erteilung der Approbation als Ärztin oder Arzt sowie an der Anerkennung als Gesundheits- und Krankenpfleger/-in. Die Verfahren für diese beiden Berufe machten 62,9% aller im Jahr 2013 bearbeiteten Anträge aus.

→ **Schaubild E4-2** zeigt, wie sich die Entscheidungen im Jahr 2013 verteilen. Für den Bereich der reglementierten Berufe ist erkennbar, dass der Anteil der Verfahren, die negativ beschieden wurden (4,0%), im Vergleich zum Jahr 2012 (3,5%) geringfügig gestiegen ist. Da der Anteil der Verfahren, bei denen die Auflage einer Ausgleichsmaßnahme³⁴⁸ zum 31. Dezember 2013 noch nicht erfüllt war, gestiegen ist, ist der Anteil der positiven Bescheide im Vergleich zum Vorjahr (83,8%) gesunken. Jedoch ist eine Feststellung der vollen Anerkennung nach Absolvierung der Ausgleichsmaßnahme möglich.

Eine deutliche Verschiebung gab es bei den Entscheidungen zu nicht reglementierten Berufen. Während der Anteil der negativen Bescheide von 21,0% im Jahr 2012 auf 2,5% im Jahr 2013 zurückging, erhöhte sich der Anteil der Bescheide, die eine teilweise Gleichwertigkeit feststellten, von 9,1% auf 32,8%.

Blickt man auf die Entscheidungen bei den 3 häufigsten Referenzberufen, so zeigen sich deutliche Unterschiede. Während die Ablehnungsquote bei Anträgen auf Approbation als Ärztin bzw. Arzt bei 1,1% lag, stellten 3,4% der Bescheide bei Anträgen auf Anerkennung als Physiotherapeutin bzw. -therapeut und 6,4% bei Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und -pflegern keine Gleichwertig-

³⁴⁶ Die ausgewiesenen Zahlen werden vom Statistischen Bundesamt (StBA) erhoben und veröffentlicht, zuletzt im Dezember 2014. Dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) – wie auch der allgemeinen Öffentlichkeit – werden aus Datenschutzgründen ausschließlich anonymisierte Zahlen zur Verfügung gestellt. Durch das Anonymisierungsverfahren werden jegliche Werte auf das nächstkleinere – höhere Vielfache von 3 gerundet (bspw. 4 → 3; 5 → 6). Werden prozentuale Angaben gemacht, so wurden diese durch das StBA auf Basis der Echtwerte errechnet. Eine integrierte Statistik zur Umsetzung der Landesanererkennungsgesetze liegt noch nicht vor.

³⁴⁷ Dies sind berufliche Tätigkeiten, deren Aufnahme oder Ausübung durch Rechts- oder Verwaltungsvorschriften an den Besitz bestimmter Berufsqualifikationen gebunden ist. Eine Art der Ausübung ist die Führung einer Berufsbezeichnung, die durch Rechts- oder Verwaltungsvorschriften auf Personen beschränkt sind, die über bestimmte Berufsqualifikationen verfügen (§ 3 Absatz 5 BQFG).

³⁴⁸ Wenn die zuständige Stelle bei der Gleichwertigkeitsprüfung im reglementierten Bereich wesentliche Unterschiede zum deutschen Referenzberuf feststellt, erteilt sie die Anerkennung nur unter Auflage einer Ausgleichsmaßnahme. Der Ausgleich kann in Form von Lehrgängen oder Eignungs- beziehungsweise Kenntnisprüfungen erfolgen. Die Entscheidungen bei den Verfahren, bei denen am 31. Dezember 2012 die Erfüllung der Auflage einer Ausgleichsmaßnahme noch ausstand und die nach deren Absolvierung 2013 entschieden wurden, lassen sich leider aufgrund der Datenlage für 2013 nicht darstellen.

Schaubild E4-1: Anzahl der Verfahren bei den häufigsten Referenzberufen, Staatsangehörigkeiten und Ausbildungsstaaten im Jahr 2013

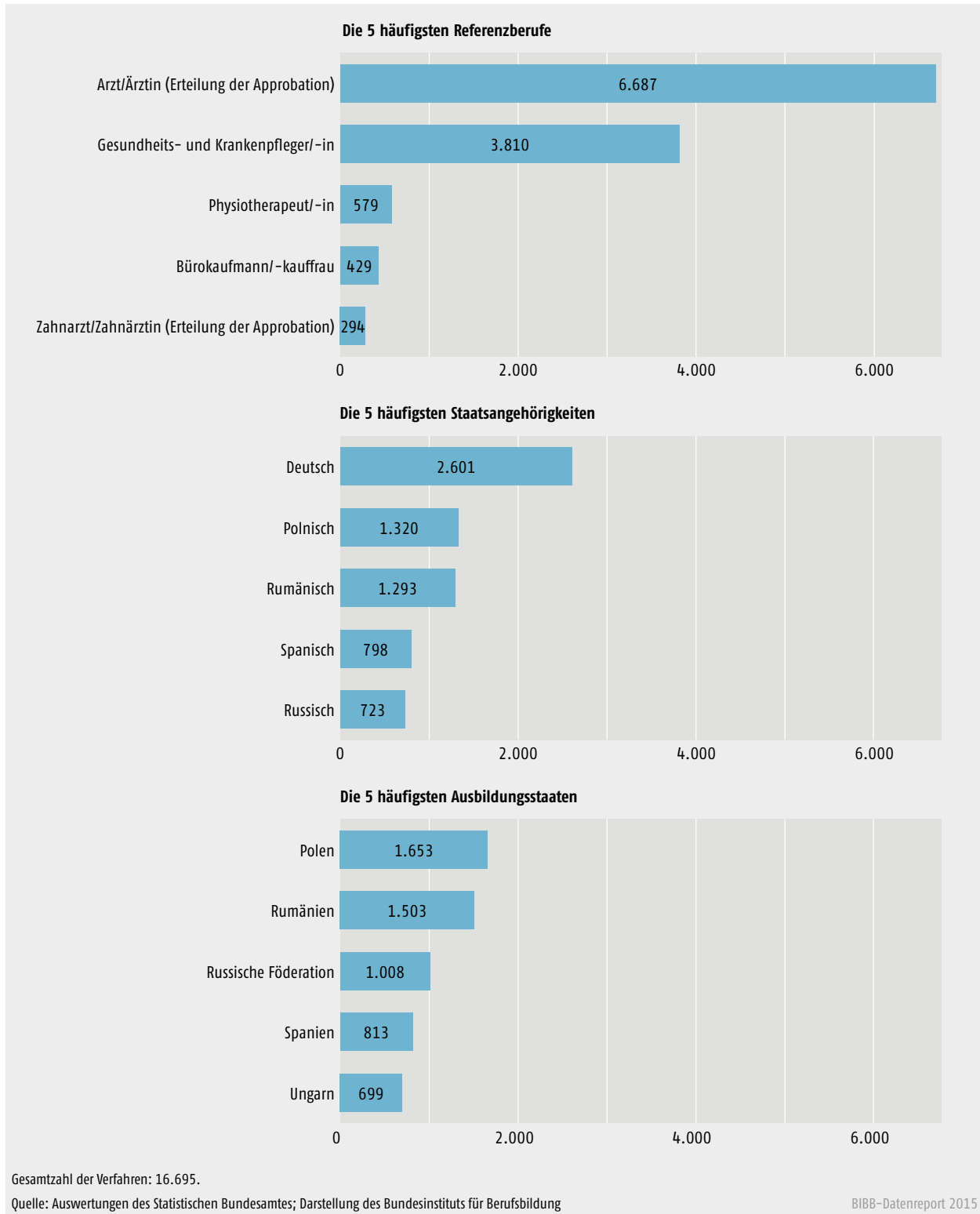
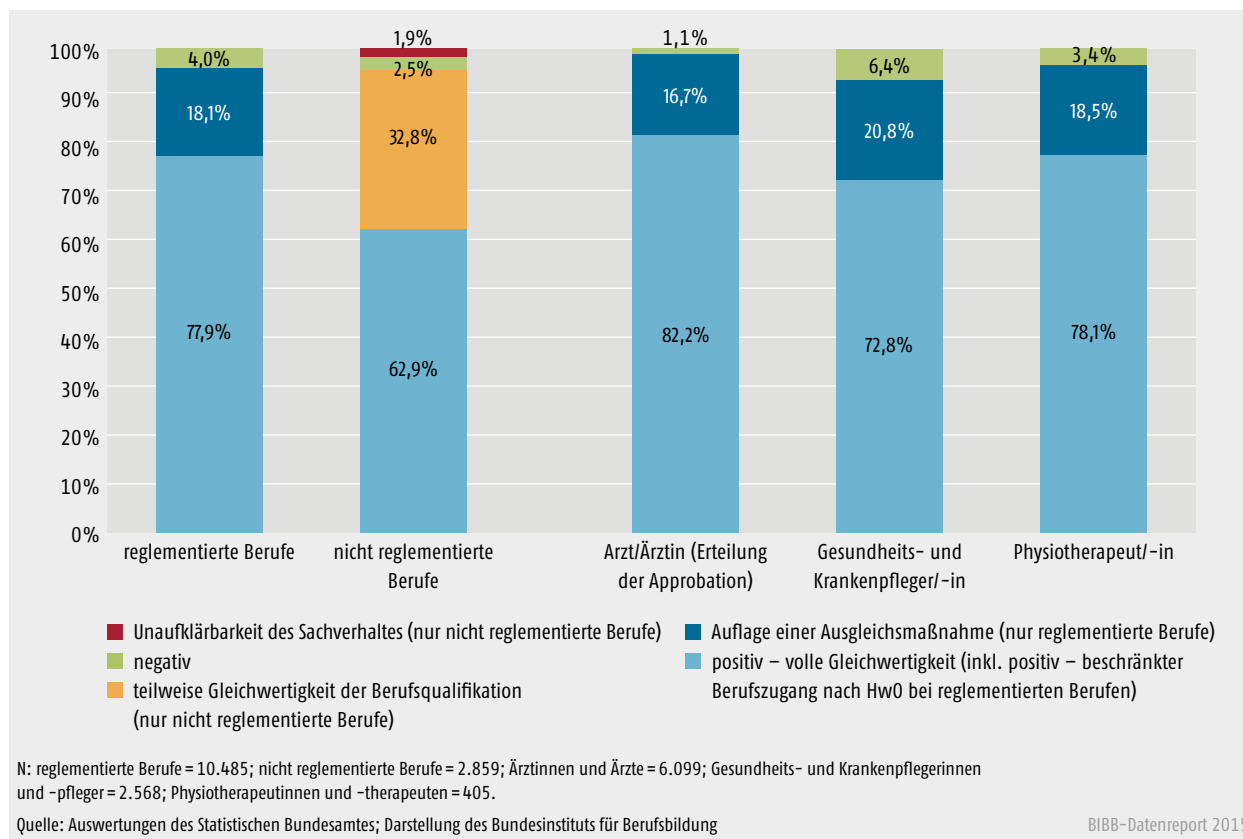


Schaubild E4-2: Ergebnisse der Verfahren im Jahr 2013 bei reglementierten und nicht reglementierten Berufen sowie den 3 häufigsten Referenzberufen



keit fest. Bei Letzteren war auch der Anteil der auferlegten Ausgleichsmaßnahmen höher und zugleich der Anteil der vollen Gleichwertigkeit niedriger als bei den beiden anderen Berufen.

(Tom Wünsche, Jessica Erbe)

Millionenfach bewährt und in mehreren Sprachen – Informationsportal der Bundesregierung zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen

Im Jahr 2014 gab es für das Portal „Anerkennung in Deutschland“ viele bemerkenswerte Entwicklungen: Im April erreichte das Internetangebot 2 Jahre nach seinem Start eine Million Besucher/-innen. Diese erfreuliche Bilanz wird im weiteren Jahresverlauf noch übertroffen: Im Verhältnis zu 2013 verdoppelte sich die Besucheranzahl,

und zum Jahresende 2014 wurde sogar ein monatlicher Besucherrekord aufgestellt. Im Juli 2014 ging das bis dahin deutsch-englische Portal in 5 weiteren Sprachen online und deckt damit relevante Informationsbedarfe im Ausland ab.

E Anerkennung in Deutschland

Das offizielle Internetportal der Bundesregierung „Anerkennung in Deutschland“ (www.anererkennung-in-deutschland.de) wurde mit dem Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes des Bundes am 1. April 2012 aktiviert. Es ist ein mehrsprachiges und zentrales Informationsmedium zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und bündelt berufsspezifisch alle Informationen zu Anerkennungsregelungen in Deutschland, sowohl in Bundes- als auch Länderzuständigkeit. Das Portal wird vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) betrieben.

Kontinuierlich starker Anstieg der Zugriffszahlen

In → **Schaubild E4-3** wird die Entwicklung der Zugriffszahlen (Seitenansichten und Besuche) auf das Internetangebot in der gesamten Projektlaufzeit seit April 2012 dargestellt. Wie aus dem Schaubild ersichtlich wird, verzeichnet das Portal eine sehr starke und kontinuierliche Steigerung der Besucherzahlen. Während das Portal im Jahr 2012 insgesamt von ca. 257.000 und 2013 von ca. 560.000 Interessierten besucht wurde, verdoppelte sich im Jahr 2014 die Zahl der Besucherinnen und Besucher noch einmal auf 1.117.000. Auch die Anzahl der getätigten Seitenansichten weist eine steigende Tendenz auf. Im Dezember 2014 erreichen die Nutzungszahlen die höchsten Werte in der gesamten Projektlaufzeit: Das Portal wird von ca. 133.000 Interessenten besucht, und es werden rund 623.000 Seiten aufgerufen. Seit April 2012 haben sich somit insgesamt fast 2 Millionen Besucherinnen und Besucher mit fast 11 Millionen Seitenansichten im Portal informiert.

An das Portal können zudem Anfragen zum Anerkennungsthema gerichtet werden. Für das Gesamtjahr 2014 erreichten das Portal ca. 3.385 Anfragen aus dem In- und

Ausland. Insbesondere das vierte Quartal 2014 verzeichnete einen bemerkenswerten Anstieg.

Der Anerkennungs-Finder und Profi-Filter

Der Anerkennungs-Finder ist die zentrale Dienstleistung und das Herzstück des Portals. Dieses Online-Tool wurde für die Hauptzielgruppe des Portals entwickelt, d. h. für Personen, die über kein Vorwissen im Bereich der Anerkennung und des deutschen Bildungssystems verfügen. Der Anerkennungs-Finder bietet den Anerkennungsinteressierten zum einen die Möglichkeit, einen ihrer ausländischen Qualifikation entsprechenden deutschen Referenzberuf zu ermitteln. Die dem Tool zugrunde liegende Datenbank umfasst aktuell über 700 Berufsprofile mit der Möglichkeit der Volltextsuche und zusätzlicher berufsfachlicher Verschlagwortung, die im Jahr 2014 für reglementierte Berufe in Bundes- und Länderzuständigkeit um Berufsbezeichnungen in 23 Sprachen erweitert wurden. Durch diese bemerkenswerte Optimierung der fremdsprachigen Suchfunktion soll jene Zielgruppe aufgefangen werden, die insbesondere Schwierigkeiten mit der Identifizierung der deutsch- oder englischsprachigen Berufsbezeichnung hat. Zum anderen ermöglicht der Anerkennungs-Finder, durch

Schaubild E4-3: **Besuche und Seitenaufrufe von Anerkennung in Deutschland 2012 bis 2014**

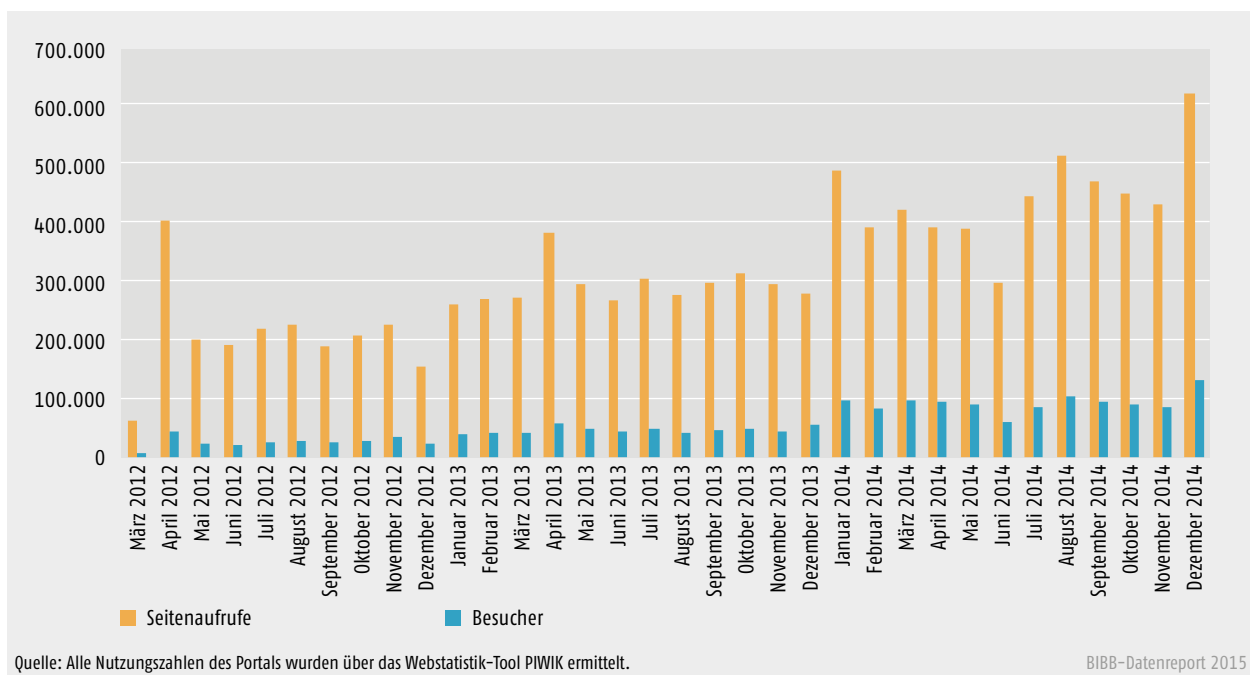


Tabelle E4-1: Nutzung der deutschen und englischen Berufsprofile (2014)

Deutsches Berufsprofil	Seitenansichten	Englisches Berufsprofil	Seitenansichten
Lehrer/-in	19.843	Ingenieur/-in	14.353
Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	17.877	Arzt/Ärztin (Erteilung der Approbation)	5.496
Ingenieur/-in	15.522	Facharzt/Fachärztin für Allgemeinmedizin	4.410
Arzt/Ärztin (Erteilung der Approbation)	14.521	Zahnarzt/Zahnärztin (Erteilung der Approbation)	3.923
Erzieher/-in	11.035	Apotheker/-in (Erteilung der Approbation)	3.475
Sozialpädagoge/Sozialpädagogin, Sozialarbeiter/-in	6.053	Lehrer/-in	3.375
Altenpfleger/-in	5.368	Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	2.920
Betriebswirt/-in*	4.807	Fachinformatiker/-in*	2.607
Zahnarzt/Zahnärztin (Erteilung der Approbation)	4.782	Beratende/-r Ingenieur/-in	2.060
Psychologe/Psychologin*	4.320	Architekt/-in	1.928

Nicht reglementierte Berufe mit * markiert, Berufe in Bundeszuständigkeit grün unterlegt.
Quelle: Alle Nutzungszahlen des Portals wurden über das Webstatistik-Tool PIWIK ermittelt.

BIBB-Datenreport 2015

wenige Klicks zu einer umfangreichen Informationsseite über Modalitäten der Anerkennung in dem gewünschten Beruf (Rechtsanspruch, Verfahren, Bewertungskriterien, einzureichende Unterlagen, einschlägige Gesetzgebung etc.) zu gelangen. Auf dieser Seite wird auch – abhängig von dem gewünschten Arbeitsort – die für die Anerkennung zuständige Stelle angezeigt. Da die Zuständigkeit für Anerkennungsverfahren in Deutschland sehr heterogen organisiert ist, keiner einheitlichen Systematik folgt und sich z. B. je nach gesetzgeberischer Zuständigkeit, Beruf, Bundesland, Herkunft des Abschlusses oder Staatsangehörigkeit unterscheidet, ist die Reduzierung dieser Komplexität auf wenige Klicks im Anerkennungs-Finder das zentrale Alleinstellungsmerkmal des Angebots. Zurzeit sind in der dazugehörigen Datenbank über 1.500 Adressdatensätze hinterlegt, die auch auf ihre Aktualität und Korrektheit geprüft und gepflegt werden. Unter anderem geschieht das durch ein Aktualisierungs- und Qualitätssicherungsverfahren, das vom Portal in Zusammenarbeit mit den Ländern, Berufsverbänden und zuständigen Stellen umgesetzt wird.

Cirka 50% der im Portal getätigten Seitenansichten fallen im Jahr 2014 auf den Anerkennungs-Finder, was eine starke Nachfrage an den dort hinterlegten Inhalten zeigt. Die am häufigsten aufgerufenen Berufsprofile auf Deutsch und Englisch sind in → [Tabelle E4-1](#) aufgeführt.

Wie aus der Tabelle ersichtlich, besteht das stärkste Interesse an dem in Deutschland reglementierten Bereich, d. h. an den Berufen, wo die Gleichwertigkeitsfeststellung eine unabdingbare Voraussetzung für den Berufszugang bildet.

Seit März 2013 ergänzt der Profi-Filter den Anerkennungs-Finder. Der Profi-Filter stellt diverse Expertensuchfunktionen für zuständige Stellen und Berufe zur Verfügung. Er umfasst z. B. eine Filtermöglichkeit nach Regelungen (z. B. Landes- oder Bundesregelung) oder nach Berufsgruppen. Die Suchfunktion nach Berufsgruppen basiert auf der einheitlichen nationalen Klassifikation der Berufe 2010 (KLdB 2010), die von der Bundesagentur für Arbeit und dem Statistischen Bundesamt entwickelt wurde. Dieser Filter ist im Anerkennungsbereich eine einzigartige Hilfestellung, da er eine erste Einschätzung über mögliche Referenzberufe in einem bestimmten Beschäftigungsfeld erlaubt. Die ca. 290.000 Seitenansichten im Jahr 2014 deuten darauf hin, dass der Filter von seiner Expertenzielgruppe (z. B. Beratungsfachkräften) gut genutzt wird.

Mehrsprachigkeit des Portals und Nutzung im Ausland

Seit Anfang der Projektlaufzeit greift ein kontinuierlich hoher Anteil der Besucher/-innen aus dem Ausland auf

das Portal zu. Im Jahresdurchschnitt 2014 waren es 47% aller Interessierten. In → [Tabelle E4-2](#) sind die häufigsten Herkunftsländer aufgeführt. Der große Informationsbedarf im Ausland war ein zentraler Grund für den mehrsprachigen Ausbau der Kerninhalte des Portals um weitere 5 Sprachen (neben Deutsch und Englisch): Italienisch, Polnisch, Rumänisch, Spanisch und Türkisch. → [Tabelle E4-3](#) zeigt an (Seitenansichten in jeweiligen Sprachversionen), dass das mehrsprachige Angebot seit dem Start im Juli 2014 stark genutzt wird.

Tabelle E4-2: Besucher/-innen der 10 wichtigsten Herkunftsländer (2014)

Land	Besucher/-innen
Deutschland	589.856
Italien	47.767
Russische Föderation	42.609
USA	34.171
Ägypten	28.625
Polen	22.722
Spanien	20.714
Großbritannien	20.492
Indien	15.677
Rumänien	13.908

Quelle: Alle Nutzungszahlen des Portals wurden über das Webstatistik-Tool PIWIK ermittelt. BIBB-Datenreport 2015

Der mehrsprachige Portalausbaustand im Zusammenhang mit den Aktivitäten zur Bewerbung des Anerkennungsportals im Ausland, die im Juli 2014 gestartet wurden und durch das Anerkennungsportal im Auftrag des BMBF umgesetzt werden. Schwerpunkt der internationalen Werbung ist die Zusammenarbeit mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die im Ausland als Anlaufstelle Zuwanderungsinteressierte bei der Ausreise begleiten. Sie werden mit mehrsprachigen Materialien (Plakate, Flyer u. a.) versorgt, die über das Thema Anerkennung informieren und zur Nutzung der Angebote auf dem Anerkennungsportal animieren. Schwerpunktländer der Kampagne sind dem mehrsprachigen Angebot entsprechend Italien, Polen, Rumänien, Spanien und die Türkei. Die Interessierten werden aber auch weltweit durch Online-Werbemaßnahmen auf Auswandererplattformen und ähnlichen Formaten auf das Angebot des

Tabelle E4-3: Nutzung des mehrsprachigen Angebots (Juli bis Dezember 2014)

Sprachversion	Seitenansichten
Deutsch	1.623.792
Englisch	470.857
Italienisch	132.162
Spanisch	83.338
Polnisch	27.362
Rumänisch	14.620
Türkisch	14.362
Landing Pages intern. Kampagne	140.051

Quelle: Alle Nutzungszahlen des Portals wurden über das Webstatistik-Tool PIWIK ermittelt. BIBB-Datenreport 2015

Portals aufmerksam gemacht. Im Rahmen der internationalen Werbeaktivitäten werden zudem 7 Kampagnen-Webseiten eingesetzt, die in den Sprachen der Kampagnenländer sowie auf Deutsch und Englisch kompakte Informationen über den Inhalt des Portals bereitstellen. Diese hatten insgesamt ca. 115.000 Besucherinnen und Besucher mit rund 140.000 getätigten Seitenansichten → [Tabelle E4-3](#).

(Anna Borowiec, Claudia Moravek)

Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild A 1.1-1:	Zusammenhang zwischen der jährlichen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts und des Ausbildungsplatzangebots 1993 bis 2014	15
Schaubild A 1.1-2:	Bundesweite Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots 1992 bis 2014	18
Schaubild A 1.1-3:	Der Zusammenhang zwischen der Marktlage (Angebots-Nachfrage-Relation) und der Quote unbesetzter betrieblicher Ausbildungsplatzangebote in den 154 Arbeitsagenturbezirken im Jahr 2014.....	20
Schaubild A 1.1-4:	Der Zusammenhang zwischen der Marktlage (Angebots-Nachfrage-Relation) und der Quote erfolgloser Ausbildungsplatznachfrager in den 154 Arbeitsagenturbezirken im Jahr 2014.....	21
Schaubild A 1.1-5:	Bundesweite Entwicklung der Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Personen in duale Berufsausbildung (in %)	26
Schaubild A 1.1-6:	Entwicklung der Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Frauen und Männer (in %) ...	27
Schaubild A 1.4.1-1:	Betriebliche Ausbildungsstellenangebote je 100 Nachfragende nach erweiterter Definition in den Arbeitsagenturbezirken 2014 (eANRbetr)	67
Schaubild A 1.4.1-2:	Veränderung der Anzahl der betrieblichen Ausbildungsstellenangebote je 100 Nachfragende nach erweiterter Definition in den Arbeitsagenturbezirken 2014 gegenüber 2013 in Prozent (Veränderung eANRbetr).....	68
Schaubild A 1.4.2-1:	Basaler Versorgungsgrad (31. Dezember 2013) und Angebots-Nachfrage-Relation (30. September 2014) im Vergleich	72
Schaubild A 2.2-1:	Entwicklung von Angebots- und Nachfragepotenzial, Ausbildungsplätze und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September eines Jahres.....	77
Schaubild A 3.1.1-1:	Verbleib der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2014 zum Jahresende 2014 nach Schulabschluss (in %)	83
Schaubild A 3.1.1-2:	Bewertung des aktuellen Verbleibs durch die Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2014.....	84
Schaubild A 3.1.1-3:	Verbleib der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2014 zum Jahresende 2014 nach Schulabschluss (in %)	87
Schaubild A 3.1.1-4:	Bewertung des aktuellen Verbleibs durch die Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2014	87
Schaubild A 3.1.2-1:	Anteil der Befragten, der für die aufgelisteten Berufe von einem hohen Einkommen ausgeht (in %)	92
Schaubild A 3.1.2-2:	Anteil der Befragten, der für die aufgelisteten Berufe von beruflichen Aufstiegschancen ausgeht (in %)	93
Schaubild A 3.1.2-3:	Anteil der Befragten, der für die aufgelisteten Berufe davon ausgeht, mit Menschen zusammenzukommen und zusammenarbeiten (in %)	94
Schaubild A 3.1.2-4:	Anteil der Befragten, der für die aufgelisteten Berufe von beruflichen Aufstiegschancen ausgeht – differenziert nach Schulabschluss (in %)	95
Schaubild A 3.1.2-5:	Anteil der Befragten, der für die aufgelisteten Berufe davon ausgeht, eigene Ideen einbringen zu können – differenziert nach Schulabschluss (in %)	96
Schaubild A 3.2-1:	Wahrscheinlichkeit und Dauer des Übergangs in betriebliche Berufsausbildung bei Jugendlichen, die am Ende ihrer Schullaufbahn eine betriebliche Ausbildungsstelle suchten, nach Geschlecht und Migrationshintergrund (in %)	101
Schaubild A 3.2-2:	Wahrscheinlichkeit und Dauer des Übergangs in vollqualifizierende Ausbildung einschließlich Studium bei Jugendlichen, die am Ende ihrer Schullaufbahn einen Ausbildungs- oder Studienplatz suchten, nach Geschlecht und Migrationshintergrund (in %)	103

Schaubild A3.2-3:	Wahrscheinlichkeit und Dauer des Übergangs in vollqualifizierende Ausbildung einschließlich Studium bei allen Jugendlichen (unabhängig von Suchaktivitäten) nach Geschlecht und Migrationshintergrund (in %)	104
Schaubild A3.2.2-1:	Berufliche Vorbildung der Studienberechtigten im Kohortenvergleich und nach Geschlecht (in %).....	117
Schaubild A3.3.2-2:	Nachschulische Qualifizierungswege der Studienberechtigten im Kohortenvergleich nach beruflicher Vorbildung (in %)	120
Schaubild A4.1.1-1:	Gegenüberstellung Kompetenzdimensionen des DQR und Konstrukt Berufliche Handlungsfähigkeit nach BBiG/HwO	123
Schaubild A4.1.2-1:	Struktur anerkannter Ausbildungsberufe (2005 bis 2014)	126
Schaubild A4.1.2-2:	Anzahl der Ausbildungsberufe nach Ausbildungsdauer (2005 bis 2014).....	128
Schaubild A4.2-1:	Entwicklung der Zahl der Auszubildenden am 31. Dezember von 1992 bis 2013 nach Zuständigkeitsbereichen (Basis = 1992)	135
Schaubild A4.3-1:	Ausbildungsanfänger/-innen und andere Arten von Neuabschlüssen, Bundesgebiet 2013.....	149
Schaubild A4.4-1:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Produktions- und Dienstleistungsberufen nach Geschlecht, Bundesgebiet 1993 bis 2013	156
Schaubild A4.10.1-1:	Beschäftigte (linke Skala), Betriebe, Ausbildungsbetriebe und Auszubildende (rechte Skala) zwischen 2007 und 2013 in Deutschland (in Mio.)	218
Schaubild A5.1.2-1:	Anfänger/-innen in Konten der schulischen Berufsausbildung 2005 bis 2014.....	234
Schaubild A5.1.2-2:	Schulische Berufsausbildung in den Ländern 2014 (100% = Anfänger/-innen im Sektor „Berufsausbildung“)	235
Schaubild A5.2-1:	Entwicklung der Ausbildungsquoten im öffentlichen Dienst	246
Schaubild A5.3-1:	Modelle dualer Studiengänge für die Erstausbildung in der AusbildungPlus-Datenbank 2011 bis 2014 (in %)	250
Schaubild A5.3-2:	Anbieter dualer Studiengänge in der AusbildungPlus-Datenbank 2014.....	251
Schaubild A5.3-3:	Fachrichtung dualer Studiengänge zur Erstausbildung in der AusbildungPlus-Datenbank, Stand Oktober 2014 (in %).....	252
Schaubild A5.3-4:	Regionale Verteilung dualer Studiengänge in der AusbildungPlus-Datenbank 2004 bis 2014... ..	253
Schaubild A6.1-1:	Junge Menschen in formaler Bildung nach Altersgruppen 2006 bis 2013 (in %) (Bestandsdaten; 100% = Wohnbevölkerung im jeweiligen Alter)	257
Schaubild A6.1-2:	Jugendliche in den Sektoren der iABE nach Alter 2013 (in %) (Bestandsdaten; 100% = Wohnbevölkerung im jeweiligen Alter)	257
Schaubild A6.1-3:	Entwicklung der Sektorenanteile am Ausbildungsgeschehen 2005 bis 2014 (100% = alle Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen)	260
Schaubild A6.2-1:	Anteile der Sektoren am Ausbildungsgeschehen in den Bundesländern 2014 (100%= alle Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen)	262
Schaubild A6.3-1:	Entwicklung der Bildungskonten gegenüber dem Basisjahr 2005	268
Schaubild A7.1-1:	Entwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 1992 bis 2014	271
Schaubild A7.1-2:	Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2014 nach Ausbildungsbereichen	272
Schaubild A7.3-1:	Nettokosten pro Auszubildenden im Ausbildungsjahr 2012/2013 nach verschiedenen Merkmalen (in €)	283
Schaubild A7.3-2:	Bruttokosten, Erträge und Nettokosten pro Auszubildenden und Jahr in 51 ausgewählten Berufen 2007 und 2012/2013 (in € in Preisen von 2012)	285
Schaubild A7.3-3:	Personalgewinnungskosten je neue Fachkraft nach Kostenarten nach verschiedenen Merkmalen (in €)	287

Schaubild A 7.3-4:	Durchschnittliche Übernahmequote je Betrieb (2011 bis 2013, in % aller erfolgreichen Auszubildenden)	289
Schaubild A 7.3-5:	Wichtigkeit von Gründen für die eigene Ausbildung (in %)	289
Schaubild B 1.2.2-1:	Beteiligung der Erwerbstätigen im Alter von 25 bis 64 Jahren an betrieblicher Weiterbildung, AES 2011/2012 (in %)	308
Schaubild B 1.2.2-2:	Beteiligung der Erwerbstätigen im Alter von 25 bis 64 Jahren an betrieblicher Weiterbildung nach Geschlecht, AES 2011/2012 (in %)	309
Schaubild B 1.2.3-1:	Anteil Betriebe mit/ohne Weiterbildungs-/Aufstiegsfortbildungsbeteiligung im Jahr 2012 (in %).....	315
Schaubild B 1.2.3-2:	Anteil Betriebe mit Förderung von Aufstiegsfortbildungen im Jahr 2012 nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %)	316
Schaubild B 1.2.3-3:	Anteil Betriebe mit Förderung von Aufstiegsfortbildungen im Jahr 2012 nach Wirtschaftszweigen (in %)	317
Schaubild B 1.2.3-4:	Teilnehmerquote an betrieblich geförderten Aufstiegsfortbildungen im Jahr 2012 nach Strukturmerkmalen (in %).....	319
Schaubild B 1.2.3-5:	Beteiligung an Aufstiegsfortbildung der ausbildenden und nicht ausbildenden Betriebe nach Betriebsgröße (in %).....	320
Schaubild B 1.2.3-6:	Beteiligung an Aufstiegsfortbildung von Betrieben mit und ohne Stellenangebote nach Betriebsgröße (in %).....	321
Schaubild B 2.1.1-1:	Entwicklung der wbmonitor Klimawerte von 2008 bis 2014	323
Schaubild B 2.1.1-2:	Personalstrukturen in der Weiterbildung, differenziert nach Hauptfinanzierungsquellen und Art der Einrichtung (Mittelwerte)	325
Schaubild B 2.1.2-1:	Rekrutierungswege, die von Weiterbildungsanbietern 2013 zur Gewinnung von Angestellten genutzt wurden (in %)	328
Schaubild B 2.1.2-2:	Rekrutierungswege, die von Weiterbildungsanbietern 2013 zur Gewinnung von Honorarkräften genutzt wurden (in %).....	329
Schaubild B 2.1.2-3:	Auswahlverfahren, die von Weiterbildungsanbietern 2013 bei Lehrenden immer bzw. oft eingesetzt wurden (in %)	330
Schaubild B 2.1.2-4:	Relevanz von Auswahlkriterien bei der Rekrutierung von Lehrenden im Bereich der Weiterbildung (in %).....	331
Schaubild B 2.3-1:	Staatlich zugelassene Bildungsangebote im Fernlernen im Zeitraum 2005 bis 2014 (absolut)...	345
Schaubild B 2.3-2:	Durchschnittliche Dauer (in %, n = 3.218)	345
Schaubild B 2.3-3:	Von der ZFU zugelassene Fernstudiengänge (n = 254).....	346
Schaubild B 3.1-1:	Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und SGB III von 2001 bis 2013	348
Schaubild B 3.1-2:	Durchschnittlicher Jahresbestand in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und SGB III von 2001 bis 2013	348
Schaubild B 3.1-3:	Sonderprogramm „WeGebAU“ – Zugang und Bestand 2007 bis 2013	350
Schaubild B 3.2-1:	Bewilligungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Vollzeit und Teilzeit von 2003 bis 2013	352
Schaubild B 3.2-2:	Geförderte Personen (Bewilligung) nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Frauen und Männer von 2003 bis 2013	352
Schaubild B 3.3.1-1:	Verteilung der Aufnahmen nach Ausbildungsbereichen 2012 bis 2014 im Vergleich zu den Berufsabsolventen 2013 (Angabe in Prozent)	354
Schaubild B 3.3.1-2:	Zugangswege zum Stipendium 2014	355

Schaubild B 3.3.1-3:	Migrationshintergrund der Stipendiatinnen und Stipendiaten nach Ausbildungsbereichen	355
Schaubild B 3.3.2-1:	Aufnahmeverfahren Aufstiegsstipendium	357
Schaubild B 3.3.2-2:	Berufserfahrung zum Bewerbungszeitpunkt (n = 6.845)	358
Schaubild B 3.7-1:	Programmteilnehmer/-innen nach Wirtschaftsbereichen im Zeitverlauf (in %) (nach den 7 am stärksten besetzten Wirtschaftsbereichen)	371
Schaubild B 3.7-2:	Motive und Ziele der Weiterbildung im Zeitverlauf (in %)	373
Schaubild B 4.3-1:	Entwicklung der Zahl der Schüler/-innen an Fachschulen 2008/2009 bis 2013/2014.....	378
Schaubild B 4.3-2:	Absolventen/Absolventinnen 2013 in den 10 stärksten Berufsgattungen	379
Schaubild B 4.4-1:	Entwicklung der bestandenen Fortbildungsprüfungen nach Fachrichtung 2009 bis 2013	384
Schaubild B 4.5-1:	Einzelne Fortbildungsziele nach Geschlecht (Mehrfachnennung, in %).....	387
Schaubild B 4.5-2:	Subjektiver Fortbildungsnutzen nach Geschlecht (Mehrfachnennung, in %).....	388
Schaubild C 1.1-1:	Entwicklung der Zahl der Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen aus allgemeinbildenden Schulen von 1990 bis 2025 in Deutschland	395
Schaubild C 1.1-2:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im dualen System und Studienanfänger/-innen 1992 bis 2014	396
Schaubild C 1.1-3:	Schüler/-innen an beruflichen Schulen 1992 bis 2013	397
Schaubild C 1.1-4:	Anteile der erlernten 12 BIBB-Berufshauptfelder von 1996 bis 2010	398
Schaubild C 1.1-5:	Anteile der 10 größten erlernten Berufsfelder innerhalb des nicht-akademischen (beruflichen) Bereichs von 2000 bis 2010.....	399
Schaubild C 1.2-1:	Bevölkerung nach Alter und Berufsabschluss im Jahr 2010 im Vergleich zu 2030	400
Schaubild C 1.4-1:	Entwicklung der Bestände an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Auszubildende) und Auszubildenden 2007 bis 2013 (in Mio.).....	404
Schaubild C 1.4-2:	Entwicklung der Auszubildenden- und Beschäftigtenbestände (ohne Auszubildende) 2013 im Vergleich zu 2007 nach Bundesländern (in %).....	404
Schaubild C 1.4-3:	Entwicklung der Auszubildenden und Beschäftigten (ohne Auszubildende) 2013 im Vergleich zu 2007 nach Wirtschaftssektoren (in %)	405
Schaubild C 1.4-4:	Entwicklung der Auszubildenden und Beschäftigten (ohne Auszubildende) zwischen 2012 und 2013 nach Berufssektoren (in %)	406
Schaubild C 2.1-1:	Anteil der Neueinstellungen an allen angebotenen Ausbildungsplätzen, 2011 bis 2013 (in %)...	409
Schaubild C 2.1-2:	Von Betrieben selbst genannte Gründe für unbesetzte Stellen, 2011 (in %)	410
Schaubild C 2.3-1:	Offiziell registrierte Bewerber/-innen um Berufsausbildungsstellen nach schulischer Vorbildung zwischen 2006 und 2013 in Deutschland (in %)	417
Schaubild C 2.3-2:	Durchschnittliche Anteile an Bewerbern/-innen um Berufsausbildungsstellen, an neu eingestellten Auszubildenden und Auswahlchancen, jeweils nach schulischer Vorbildung und nach Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung zwischen 2012 und 2013 (in %)	418
Schaubild C 2.5-1:	Betriebe mit geringen, durchschnittlichen und hohen Vertragslösungsanteilen nach Betriebsgrößenklassen (in %).....	424
Schaubild C 2.5-2:	Problemwahrnehmung von vorzeitigen Vertragslösungen aus Sicht von Ausbildungsbetrieben (Prozentsatz der Betriebe, für die die Aussage zutrifft)	425
Schaubild C 2.5-3:	Einsatz betrieblicher Maßnahmen zur Vermeidung von vorzeitigen Vertragslösungen (in %) ..	426
Schaubild C 2.6-1:	Übernahmekquote 2012 nach Betriebsgröße und Besetzungserfolg der Ausbildungsstellen (in %)	429
Schaubild C 3.2-1:	Erwerbstätige und Erwerbspersonen nach Qualifikationsniveaus (ISCED)	433

Schaubild D 1.1-1:	Regelangebote der Bundesagentur für Arbeit.....	450
Schaubild D 1.1-2:	Anzahl aktueller Förderprogramme 2013 pro Bundesland.....	450
Schaubild D 1.1-3:	Teilnehmende in verschiedenen Maßnahmen der Berufsvorbereitung (Jahresdurchschnittsbestand)	456
Schaubild D 1.1-4:	Teilnehmende und Zugänge zu abH.....	458
Schaubild D 1.1-5:	Teilnehmende in BaE (§ 76 SGB III) nach integrativem und kooperativem Modell.....	458
Schaubild D 2-1:	Modellversuche alten und neuen Typs	462
Schaubild E 2.1-1:	Missverhältnis zwischen den Bildungsabschlüssen und den Merkmalen der Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt junger Erwachsener (2007)	484
Schaubild E 2.1-2:	„Mismatch“ zwischen Qualifikationen und Tätigkeit, Selbsteinschätzung der Befragten	485
Schaubild E 2.2-1:	Gesamtes Missverhältnis, erwerbstätige Jugendliche im Alter von 16 bis 29 nach „Mismatch“-Typen 2012	486
Schaubild E 3-1:	Erasmus+ Mobilität in der Berufsbildung 1995 bis 2014	488
Schaubild E 4-1:	Anzahl der Verfahren bei den häufigsten Referenzberufen, Staatsangehörigkeiten und Ausbildungsstaaten im Jahr 2013	492
Schaubild E 4-2:	Ergebnisse der Verfahren im Jahr 2013 bei reglementierten und nicht reglementierten Berufen sowie den 3 häufigsten Referenzberufen	493
Schaubild E 4-3:	Besuche und Seitenaufrufe von Anerkennung in Deutschland 2012 bis 2014.....	494

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle A 1-1:	Ausbildungsmarktentwicklung von 2009 bis 2014 (Stichtag 30. September)	12
Tabelle A 1.1-1:	Entwicklung der Zahl der Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, der registrierten Ausbildungsstellenbewerber aus früheren Schulentlassjahrgängen und der institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen.....	14
Tabelle A 1.1-2:	Entwicklung der Ausbildungsmarktverhältnisse 2013 bis 2014 in den Ländern.....	16
Tabelle A 1.1-3:	Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots nach Zuständigkeitsbereichen 2010 bis 2014.....	17
Tabelle A 1.1-4:	Anteile der erfolglosen Marktteilnehmer 2014 nach ausgewählten Berufe	23
Tabelle A 1.1-5:	Herkunft und Verbleib der Ausbildungsstellenbewerber, für die nach dem 30. September zeitweise oder dauerhaft ein Vermittlungsauftrag für den Beginn einer Berufsausbildung bis Ende 2014 bestand, im Januar 2015	24
Tabelle A 1.2-1:	Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Ländern von 1996 bis 2014.....	30
Tabelle A 1.2-2:	Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2014 und Veränderungen gegenüber 2013 nach Ländern und Zuständigkeitsbereichen	32
Tabelle A 1.2-3:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen von 1998 bis 2014 in Deutschland	33
Tabelle A 1.2-4:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2014 nach strukturellen Merkmalen (Teil 1).....	35
Tabelle A 1.2-4:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2014 nach strukturellen Merkmalen (Anteil in %)(Teil 2)	37
Tabelle A 1.2-5:	Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen, deren Ausbildungsordnung eine zweijährige Ausbildungsdauer vorsieht ...	40
Tabelle A 1.2-6:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 2010 neu erlassenen oder modernisierten Berufen in Deutschland	41
Tabelle A 1.2-7:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Anschlussverträge mit Veränderungsrate zum Vorjahr unterteilt nach Regionen und Zuständigkeitsbereichen 2012 bis 2014.....	44
Tabelle A 1.3-1:	Bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldete Berufsausbildungsstellen in den Berichtsjahren 2014 und 2013.....	47
Tabelle A 1.3-2:	Geschlecht, Schulabschluss, besuchte Schule, Staatsangehörigkeit und Alter der bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen der Berichtsjahre 2014 und 2013.....	49
Tabelle A 1.3-3:	Verbleib der im Berichtsjahr 2014 bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen zum 30. September 2014.....	50
Tabelle A 1.3-4:	Verbleib der in den Berichtsjahren 2009 bis 2014 bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen jeweils zum 30. September.....	51
Tabelle A 1.3-5:	Unvermittelte Bewerber/-innen nach Geschlecht, Schulabschluss, besuchter Schule, Staatsangehörigkeit und Alter in den Berichtsjahren 2014 und 2013	53
Tabelle A 1.3-6:	Bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldete Bewerber/-innen, die die Schule bereits vor dem Berichtsjahr verlassen haben, in den Berichtsjahren 2014 und 2013.....	55
Tabelle A 1.3-7:	Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2014 bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – Bundesgebiet.....	57
Tabelle A 1.3-8:	Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2014 bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – alte Länder	58
Tabelle A 1.3-9:	Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2014 bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – neue Länder.....	59

Tabelle A 1.3-10:	Bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldete unbesetzte Ausbildungsstellen und unvermittelte Bewerber/-innen in den Berichtsjahren 2014 und 2013 nach Ländern.....	61
Tabelle A 1.3-11:	Bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldete unbesetzte Ausbildungsstellen und unvermittelte Bewerber/-innen in den Berichtsjahren 2009 und 2014 nach Ländern.....	62
Tabelle A 1.4.1-1:	Ausgewählte Indikatoren zur regionalen Ausbildungsstellenmarktsituation 2014 und Entwicklung gegenüber 2013.....	65
Tabelle A 1.4.2-1:	Einflussgrößen auf die Höhe der Auspendlerquote aus den verschiedenen Regionen	71
Tabelle A 1.4.2-2:	Relative Verteilung der im jeweiligen Land angebotenen Ausbildungsplätze auf die Auszubildenden nach deren Wohnort (Angaben in %).....	73
Tabelle A 2.2-1:	Einschätzung der Ausbildungsmarktentwicklung zum 30. September 2015.....	78
Tabelle A 3.1.1-1:	Merkmale der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2014	81
Tabelle A 3.1.1-2:	Verbleib der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2014 zum Jahresende 2014	82
Tabelle A 3.1.1-3:	Merkmale der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2014...	85
Tabelle A 3.1.1-4:	Verbleib der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2014 zum Jahresende 2014	86
Tabelle A 3.1.1-5:	Verbleib der offiziell unbekannt verbliebenen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2014 zum Jahresende 2014	88
Tabelle A 3.1.1-6:	Merkmale der offiziell unbekannt verbliebenen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2014	89
Tabelle A 3.1.2-1:	Ausgewählte Berufe mit Besetzungs- und Versorgungsproblemen, zu denen in der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014 die Berufskonzepte Jugendlicher abgefragt wurden	91
Tabelle A 3.2-1:	Schulabschluss und zuletzt besuchte Schulart der Jugendlichen am Ende ihrer Schullaufbahn nach Geschlecht und Migrationshintergrund (Anteile in %)	99
Tabelle A 3.2-2:	Suche nach vollqualifizierender Ausbildung am Ende der Schullaufbahn nach Geschlecht und Migrationshintergrund (Anteile in %)	99
Tabelle A 3.3.1-1:	Qualifizierungspläne von Studienberechtigten ein halbes Jahr vor Schulabschluss insgesamt, nach Geschlecht und Region (in %)	106
Tabelle A 3.3.1-2:	Qualifizierungspläne von Studienberechtigten ein halbes Jahr vor Schulabschluss nach Bildungsherkunft und Migrationshintergrund (in %)	107
Tabelle A 3.3.1-3:	Realisierung der vor Schulabschluss geäußerten Qualifizierungsabsichten insgesamt und nach Geschlecht (in %)	109
Tabelle A 3.3.1-4:	Realisierung der vor Schulabschluss geäußerten Qualifizierungsabsichten nach Bildungsherkunft (in %)	111
Tabelle A 3.3.1-6:	Realisierung der vor Schulabschluss geäußerten Qualifizierungsabsichten nach regionaler Herkunft (in %)	112
Tabelle A 3.3.1-7:	Determinanten der Realisierung einer vor Schulabschluss vorhandenen Berufsausbildungsintention (binäre logistische Regression)	113
Tabelle A 3.3.2-1:	Berufliche Vorbildung von Studienberechtigten nach Migrationshintergrund und familiärer Bildungsherkunft (in %)	118
Tabelle A 3.3.2-3:	Art der beruflichen Vorbildung von Studienberechtigten (in %).....	119
Tabelle A 4.1.2-1:	Anzahl der Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit (2005 bis 2014).....	128
Tabelle A 4.1.3-1:	Anzahl der neuen und modernisierten Ausbildungsberufe (2005 bis 2014)	129
Tabelle A 4.1.3-2:	Neue und modernisierte Ausbildungsberufe 2014.....	130
Tabelle A 4.2-1:	Auszubildende am 31. Dezember nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet sowie West- und Ostdeutschland 1992 bis 2013.....	132

Tabelle A 4.2-3:	Frauenanteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 1992 bis 2013 (in %)	137
Tabelle A 4.2-4:	Weibliche Auszubildende (Bestände) in männlich und weiblich besetzten Ausbildungsberufen, Westdeutschland 1980, 1995 und 2013, Ostdeutschland 1995 und 2013	138
Tabelle A 4.2-5:	Ausländeranteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 1992 bis 2013 (in %)	139
Tabelle A 4.3-1:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen sowie Ländern 2012 und 2013	142
Tabelle A 4.3-2:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen und Ländern (absolut und in % der Neuabschlüsse) 2013	144
Tabelle A 4.3-3:	Ausbildungsanfänger/-innen, Anschlussverträge, Mehrfachausbildungen und Vertragswechsel nach Ländern bzw. Zuständigkeitsbereichen; als Teilgruppen der Neuabschlüsse und Teilgruppen der begonnenen Ausbildungsverträge (absolut und in % der Neuabschlüsse bzw. der begonnenen Verträge) 2013	151
Tabelle A 4.4-1:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Produktions- und Dienstleistungsberufen, Bundesgebiet 1980 und 1993 bis 2013	155
Tabelle A 4.4-2:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in technischen Ausbildungsberufen, Bundesgebiet 1980 und 1993 bis 2013	157
Tabelle A 4.4-4:	Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in zweijährigen Ausbildungsberufen an allen Neuabschlüssen, Westdeutschland, Ostdeutschland und Bundesgebiet 1993 bis 2013	159
Tabelle A 4.4-5:	Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Berufen für Menschen mit Behinderung, Bundesgebiet, West- und Ostdeutschland 1993 bis 2013, in % der Neuabschlüsse	161
Tabelle A 4.4-6:	Staatlich anerkannte Ausbildungsberufe und Ausbildungsregelungen der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderung (§ 66 BBiG/§ 42m HwO) nach Art der Förderung, Berichtsjahr 2013	162
Tabelle A 4.5-1:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Alter, Bundesgebiet 1993 bis 2013 (in %)	164
Tabelle A 4.5-2:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Alter und Region 2013 (in %)	165
Tabelle A 4.5-3:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag, Ausbildungsanfänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen nach Alter, Bundesgebiet 2013	166
Tabelle A 4.5-4:	Ausbildungsanfängerquote nach Personenmerkmal und Region, 2009 bis 2013 (in %)	169
Tabelle A 4.5-5:	Ausbildungsabsolventenquote nach Personenmerkmal und Region, 2009 bis 2013 (in %)	170
Tabelle A 4.6.1-1:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Bundesland 2013	173
Tabelle A 4.6.1-2:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, Bundesgebiet 2013	174
Tabelle A 4.6.1-3:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Zuständigkeitsbereich, Bundesgebiet 2009 bis 2013	176
Tabelle A 4.6.1-4:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Berufsgruppen, Bundesgebiet 2013	177
Tabelle A 4.6.1-5:	Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und ohne Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2013	177
Tabelle A 4.6.1-6:	Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2013	178

Tabelle A 4.6.1-7:	Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Realschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2013	179
Tabelle A 4.6.1-8:	Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Studienberechtigung am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2013	180
Tabelle A 4.6.2-1:	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 2013	183
Tabelle A 4.6.2-2:	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Bundesländern 2013 (Mehrfachnennungen möglich)	185
Tabelle A 4.6.2-3:	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung, Berichtsjahre 2010 bis 2013 (Mehrfachnennungen möglich)	186
Tabelle A 4.6.2-4:	Auszubildende mit Neuabschluss und vorheriger Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach höchstem allgemeinbildendem Schulabschluss, Berichtsjahr 2013.....	187
Tabelle A 4.6.2-5:	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Personengruppen, Bundesgebiet 2013	187
Tabelle A 4.7-1:	Vorzeitige Vertragslösungen nach Zuständigkeitsbereichen und Zeitpunkt der Vertragslösung (absolut und in %), Bundesgebiet 2013	191
Tabelle A 4.7-2:	Vertragslösungsquote in % der begonnenen Ausbildungsverträge, Bundesgebiet 1993 bis 2013	194
Tabelle A 4.7-3:	Vertragslösungsquoten (LQ _{neu} in %) nach Personenmerkmalen und Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 2013	194
Tabelle A 4.7-4:	Vertragslösungsquoten (LQ _{neu} in %) während und nach der Probezeit nach Personenmerkmalen sowie Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 2013	195
Tabelle A 4.7-5:	Vertragslösungsquoten in % der begonnenen Ausbildungsverträge (LQ _{neu}) nach Zuständigkeitsbereichen und Ländern 2013	196
Tabelle A 4.7-6:	Ausbildungsberufe mit den höchsten und niedrigsten Vertragslösungsquoten in %, Bundesgebiet 2013.....	197
Tabelle A 4.7-7:	Vorzeitige Vertragslösungen und Prüfungsteilnahme der Anfängerkohorte 2008 bis zum 31. Dezember 2013, absolut und Zeilenprozente	199
Tabelle A 4.8-1:	Teilnahmen an Abschlussprüfungen in der beruflichen Ausbildung und Prüfungserfolg 2000 bis 2013, Deutschland	204
Tabelle A 4.8-2:	Teilnahmen an Abschlussprüfungen 2013 und Prüfungserfolg nach Zuständigkeitsbereichen, Deutschland.....	205
Tabelle A 4.8-3:	Erste Teilnahme an Abschlussprüfungen in 2013 und Prüfungserfolg nach Zuständigkeitsbereichen, Deutschland.....	206
Tabelle A 4.8-5:	Teilnahmen an Externenprüfungen 2013 nach Zuständigkeitsbereichen, Deutschland	208
Tabelle A 4.9-2:	Häufig auftretende psychische Anforderungen und damit verbundene Belastungen bei Auszubildenden ohne und mit Migrationshintergrund (in %)	213
Tabelle A 4.9-3:	Häufig vorliegende Handlungsspielräume und soziale Unterstützung bei Auszubildenden ohne und mit Migrationshintergrund (in %)	214
Tabelle A 4.9-4:	Über- und Unterforderung bei Auszubildenden ohne und mit Migrationshintergrund (in %).....	215
Tabelle A 4.9-5:	Zufriedenheit bei Auszubildenden ohne und mit Migrationshintergrund (Anteil sehr zufrieden in %)	215
Tabelle A 4.10.4-1:	Bestandene Ausbildereignungsprüfungen 2011, 2012 und 2013 nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder.....	224

Tabelle A4.10.4-2: Bestandene Meisterprüfungen 2011, 2012 und 2013 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht.....	224
Tabelle A4.10.4-3: Zahl der Ausbilder/-innen 2011, 2012 und 2013 nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder.....	225
Tabelle A4.10.4-4: Zahl der Ausbilder/-innen 2011, 2012 und 2013 nach Geschlecht, alte und neue Länder	225
Tabelle A4.10.4-5: Alter des Ausbildungspersonals 2011, 2012 und 2013 nach Geschlecht	226
Tabelle A4.11-2: Häufig auftretende psychische Anforderungen bei Auszubildenden nach Berufsfeld und Geschlecht und damit verbundene Belastungen (in %)	229
Tabelle A4.11-3: Häufig vorliegende Handlungsspielräume und soziale Unterstützung bei Auszubildenden nach Berufsfeld und Geschlecht (in %)	229
Tabelle A4.11-4: Über- und Unterforderung bei Auszubildenden nach Berufsfeld und Geschlecht (in %)	230
Tabelle A5.1.1-1: Schulische Berufsausbildung – Zuordnung der iABE-Konten 2013 zu den entsprechenden Tabellen der Fachserie 2013/2014.....	233
Tabelle A5.1.2-1: Anteil Konten an schulischer Berufsausbildung nach Bundesländern 2005 und 2014 (in %) (100% = Summe der Anfänger/-innen in Konten der schulischen Berufsausbildung)	236
Tabelle A5.1.3-1: Stark besetzte Ausbildungen in GES-Berufen nach Bundes- und Landesrecht – Schüler/-innen im 1. Schuljahrgang	239
Tabelle A5.1.3-2: Stark besetzte Ausbildungen nach Landesrecht – Schüler/-innen im 1. Schuljahrgang 2013/2014.....	241
Tabelle A5.1.3-3: Stark besetzte Ausbildung nach BBiG/HwO an Berufsfachschulen – Schüler/-innen im 1. Schuljahrgang 2013/2014.....	242
Tabelle A5.3-1: Anbieter dualer Studiengänge in der AusbildungPlus-Datenbank 2004 bis 2014.....	250
Tabelle A5.3-2: Fachrichtung von dualen Studiengängen in der AusbildungPlus-Datenbank 2004 bis 2014	251
Tabelle A5.3-3: Regionale Verteilung dualer Studiengänge in der AusbildungPlus-Datenbank 2004 bis 2014	252
Tabelle A5.3-4: Duale Studiengänge in der AusbildungPlus-Datenbank 2004 bis 2014.....	254
Tabelle A6.1-1: Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) sowie ausgewählte Referenzgrößen – Bundesübersicht 2005 bis 2014	258
Tabelle A6.2-1: Anfänger/-innen in den Sektoren 2005 und 2014 nach Bundesländern	263
Tabelle A6.3-1: Bildungssektoren und Konten im Vergleich	265
Tabelle A7.1-1: Nominaler und realer Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen (AV) sowie nominaler Anstieg der Tarifverdienste von 2005 bis 2013	274
Tabelle A7.2-1: Öffentliche Aufwendungen für die berufliche Ausbildung	276
Tabelle A7.3-1: Aufteilung der Bruttokosten nach Kostenarten pro Auszubildenden im Ausbildungsjahr 2012/2013 nach verschiedenen Merkmalen (in € und % der Bruttokosten).....	281
Tabelle A7.3-2: Aufteilung der Erträge nach Ertragsarten pro Auszubildenden im Ausbildungsjahr 2012/2013 nach verschiedenen Merkmalen (in € und % der Erträge)	282
Tabelle A7.3-3: Bruttokosten, Erträge und Nettokosten pro Auszubildenden nach Ausbildungsjahren und Ausbildungsdauer im Ausbildungsjahr 2012/2013 (in €).....	284
Tabelle A7.3-4: Personalgewinnungskosten je neue Fachkraft nach Kostenarten insgesamt und nach Betriebsgrößenklasse (in €)	287
Tabelle A8.1-1: Arbeitslosenzugänge nach erfolgreich beendeter dualer Ausbildung in Deutschland nach Geschlecht 2009 bis 2013	292
Tabelle A8.3-1: Junge Erwachsene ohne Berufsausbildung von 1996 bis 2013	295
Tabelle A8.3-2: Junge Erwachsene ohne beruflichen Abschluss im Alter von 20 bis 34 Jahren 2012	296
Tabelle A8.3-3: Anteil der 20- bis 34-Jährigen ohne Berufsabschluss, West- und Ostdeutschland 2012 (in %)	297

Tabelle A 8.3-4:	Anteil der 20- bis 34-Jährigen ohne Berufsabschluss nach Migrationsstatus 2012 (in %)	297
Tabelle A 8.3-5:	Anzahl und Anteil der 20- bis 34-Jährigen ohne Berufsabschluss mit türkischem Migrationshintergrund 2012 (in %)	298
Tabelle B 1.1-1:	Teilnahmequoten an Weiterbildung insgesamt und getrennt nach Weiterbildungssegmenten für ausgewählte Personengruppen	302
Tabelle B 1.1-2:	Weiterbildung insgesamt und Weiterbildungssegmente nach Teilnahmequoten, Weiterbildungsvolumen und Zahl der wahrgenommenen Weiterbildungsaktivitäten im Jahr 2014	304
Tabelle B 1.2.2-1:	Beteiligung der Erwerbstätigen im Alter von 25 bis 64 Jahren an betrieblicher Weiterbildung nach Altersgruppen, AES 2011/2012	311
Tabelle B 1.2.2-2:	Beteiligung der Erwerbstätigen im Alter von 25 bis 64 Jahren an betrieblicher Weiterbildung nach Bildungsniveau, AES 2011/2012	313
Tabelle B 2.1.1-1:	Klimawert, wirtschaftliche Lage und Erwartung für ausgewählte Teilgruppen von Weiterbildungsanbietern 2014	324
Tabelle B 2.2.1-1:	Kursveranstaltungen im Programmbereich Arbeit – Beruf an Volkshochschulen 1991 bis 2013	335
Tabelle B 2.2.1-2:	Umfang beruflicher Weiterbildung in den alten und neuen Ländern 1991 bis 2013	336
Tabelle B 2.2.2-1:	Veranstaltungen und Teilnehmende der Berufsbildungswerke des DGB, 2002 bis 2013	338
Tabelle B 2.2.2-2:	Veranstaltungen, Teilnehmende, Standorte und Mitglieder des Wuppertaler Kreises, 2002 bis 2013	339
Tabelle B 2.2.2-3:	Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmende der Industrie- und Handelskammern, 2002 bis 2013	339
Tabelle B 2.2.2-4:	Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmende der Industrie- und Handelskammern nach Themenbereichen, 2013	340
Tabelle B 2.2.3-1:	Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Belegungen im Themenbereich „Arbeit und Beruf“ 2012	342
Tabelle B 2.2.3-2:	Belegungen differenziert nach Geschlecht der Teilnehmenden im Themenbereich „Arbeit und Beruf“ 2012	343
Tabelle B 3.1-1:	Teilnahme an beruflicher Weiterbildung in den Rechtskreisen SGB III und SGB II im Jahr 2013	347
Tabelle B 3.1-2:	Eintritte in FbW nach ausgewählten Merkmalen	349
Tabelle B 3.5-1:	Öffentliche Aufwendungen für die berufliche Weiterbildung	363
Tabelle B 3.6-1:	Beispiele für tarifliche Branchenfonds zur Weiterbildungsfinanzierung für das Jahr 2014	368
Tabelle B 3.7-1:	Programm Bildungsprämie – Kernindikatoren im Zeitverlauf (relative Anteile in %)	370
Tabelle B 4.3-1:	Fachschulen 2013/2014: Schulen, Klassen und Schüler/-innen nach Ländern	377
Tabelle B 4.3-2:	Absolventinnen/Absolventen an Fachschulen nach Berufsgattungen, rechtlichem Status der Schulen und Geschlecht 2013 (Auswahl: 10 stärkste Berufsgattungen)	379
Tabelle B 4.4-1:	Teilnahmen an Fortbildungsprüfungen nach BBiG/HwO 2009 bis 2013 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht	382
Tabelle B 4.4-3:	Teilnehmer/-innen mit bestandener Fortbildungsprüfung nach BBiG/HwO nach Fachrichtungen und Geschlecht 2013	383
Tabelle B 4.5-2:	Hauptziel von Fortbildungsteilnehmern/-innen (in %)	386
Tabelle B 4.5-3:	Fortbildungsadäquate Tätigkeit nach Geschlecht und Fachrichtung (in %)	389
Tabelle B 4.5-4:	Zeitlicher und finanzieller Aufwand für eine Fortbildung nach Geschlecht und Fachrichtung (in %)	391
Tabelle B 4.5-5:	Förderung von Fortbildung nach Geschlecht und Fachrichtung (in %)	391
Tabelle C 1.3-1:	Verbleib der Erwerbspersonen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren (absolut und Prozentanteil an der jeweiligen Teilgruppe) 2011	402

Tabelle C 2.2-1:	Nutzung indirekter Akquiseinstrumente nach betrieblichen Struktur- und Ausbildungsmerkmalen insgesamt sowie nach Betrieben mit und ohne Ausbildungsplatzvakanz (in %) ...	413
Tabelle C 2.2-2:	Nutzung direkter Akquiseinstrumente nach betrieblichen Struktur- und Ausbildungsmerkmalen insgesamt sowie nach Betrieben mit und ohne Ausbildungsplatzvakanz (in %) ...	414
Tabelle C 2.4-1:	Nettoausbildungskosten in € nach regionaler und berufsbezogener eANR	420
Tabelle C 2.4-2:	Nettoausbildungskosten in € nach regionaler und berufsbezogener eANR (Ost- und Westdeutschland)	421
Tabelle C 2.5-1:	Ausbildungsbetriebe nach Vertragslösungsanteilen (in %)	424
Tabelle C 2.6-1:	Übernahmequote nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)	427
Tabelle C 3.3-1:	Veränderte Berufsstruktur: Basisprojektion und Alternativszenario für 2030 in den 15 relevantesten Berufsfeldern des beruflichen Bereichs.....	436
Tabelle C 3.4-1:	Engpässe auf Personen und Stundenebene der 15 relevantesten Berufsfelder des beruflichen Bereichs in 2030	438
Tabelle C 3.4-2:	Qualifikatorische Zusammensetzung der 15 relevantesten Berufsfelder des beruflichen Bereichs 2010 und 2030 (in %)	439
Tabelle D 1.1-1:	Programme nach Handlungsfeldern (in %)	449
Tabelle D 1.1-2:	Auswahl relevanter Förderinitiativen und Sonderprogramme des Bundes für den Förderbereich Übergang Schule – Beruf 2013/2014	451
Tabelle D 3-1:	Verteilung der verausgabten Mittel im Rahmen der ÜBS-Förderung – Bundesinstitut für Berufsbildung.....	467
Tabelle D 3-2:	Verteilung der verausgabten Mittel im Rahmen der ÜBS-Förderung – Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA).....	467
Tabelle D 3-3:	Mitglieder des Vereins „Kompetenznetzwerk Bau und Energie e.V.“	468
Tabelle E 1-1:	Tertiäre Bildungsabschlüsse im Alter von 30 bis 34 Jahren 2010 und 2013 (in %)	474
Tabelle E 1-2:	Anteil der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren, die an formaler/nonformaler Bildung teilgenommen hat (bis 4 Monate vor der Befragung), 2010 und 2013 (in %)	475
Tabelle E 1-3:	Beteiligung an nonformaler Weiterbildung im Alter 25 bis 64 Jahre (bis 4 Wochen vor Befragung) 2007 und 2011 (in %)	476
Tabelle E 1-4:	Beteiligung an formaler Weiterbildung im Alter 25 bis 64 Jahre (bis 4 Wochen vor Befragung) 2007 und 2011 (in %)	476
Tabelle E 1-5:	Beteiligung an formaler und nonformaler Weiterbildung im Alter von 25 bis 64 Jahren (bis 12 Monate vor der Befragung) 2007 und 2011 (in %)	477
Tabelle E 1-6:	Erwerbstätigenquote der Absolventen/Absolventinnen zwischen 20 und 34 Jahren 2008 und 2013 (in %)	478
Tabelle E 1-7:	Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger/-innen in Europa: Vergleich 2010/2013 (in %) ..	479
Tabelle E 1-8:	Anteil der Jugendlichen im Alter von 15 Jahren mit schlechten Schulleistungen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften (in %)	480
Tabelle E 1-9:	Anteil der Erwachsenen im Alter von 16 bis 65 Jahren mit schlechten Lese- und Rechenkompetenzen 2012 (in %)	481
Tabelle E 3-1:	Erasmus+ Mobilität in der Berufsbildung 2014 (bis 2013 LEONARDO DA VINCI)	488
Tabelle E 4-1:	Nutzung der deutschen und englischen Berufsprofile (2014)	495
Tabelle E 4-2:	Besucher/-innen der 10 wichtigsten Herkunftsländer (2014)	496
Tabelle E 4-3:	Nutzung des mehrsprachigen Angebots (Juli bis Dezember 2014)	496

Verzeichnis der Tabellen im Internet

Tabelle A 1-2 Internet:	Eckwerte zur Ausbildungsmarktentwicklung in den Berichtsjahren 2001 bis 2014 – Teil 1: Entwicklung in Deutschland insgesamt
Tabelle A 1-2 Internet:	Eckwerte zur Ausbildungsmarktentwicklung in den Berichtsjahren 2001 bis 2014 – Teil 2: Entwicklung in Westdeutschland
Tabelle A 1-2 Internet:	Eckwerte zur Ausbildungsmarktentwicklung in den Berichtsjahren 2001 bis 2014 – Teil 3: Entwicklung in Ostdeutschland
Tabelle A 1-3 Internet:	Eckwerte zum Ausbildungsmarkt – Teil 1: Eckdaten für das Berichtsjahr 2014
Tabelle A1-3 Internet:	Eckwerte zum Ausbildungsmarkt – Teil 2: Eckdaten für das Berichtsjahr 2013
Tabelle A1-3 Internet:	Eckwerte zum Ausbildungsmarkt – Teil 3: Veränderung der Eckwerte zum Ausbildungsmarkt 2014 gegenüber 2013 (absolute Differenzbeträge)
Tabelle A1-3 Internet:	Eckwerte zum Ausbildungsmarkt – Teil 4: Veränderung der Eckwerte zum Ausbildungsmarkt 2014 gegenüber 2013 (in %)
Tabelle A 1.4.1-2 Internet:	Ausgewählte Indikatoren zur regionalen Ausbildungsmarktsituation nach Arbeitsagenturbezirken 2014 und Veränderung gegenüber 2013
Tabelle A3.3.1-5 Internet:	Realisierung der vor Schulabschluss geäußerten Qualifizierungsabsichten nach Migrationshintergrund (in %)
Tabelle A3.3.2-2 Internet:	Berufliche Vorbildung von Studienberechtigten nach regionaler Herkunft (in %)
Tabelle A3.3.2-4 Internet:	Art der beruflichen Vorbildung von Studienberechtigten nach Geschlecht (in %)
Tabelle A3.3.2-5 Internet:	Art der beruflichen Vorbildung von Studienberechtigten nach Migrationshintergrund (in %)
Tabelle A3.3.2-6 Internet:	Art der beruflichen Vorbildung von Studienberechtigten nach regionaler Herkunft (in %)
Tabelle A3.3.2-7 Internet:	Nachschulische Qualifizierungswege von Studienberechtigten nach Berufsgruppen der bei Erwerb der HZB abgeschlossenen Berufsausbildung (in %)
Tabelle A3.3.2-8 Internet:	Nachschulische Qualifizierungswege von Studienberechtigten nach beruflicher Vorbildung und Geschlecht (in %)
Tabelle A3.3.2-9 Internet:	Nachschulische Qualifizierungswege von Studienberechtigten nach beruflicher Vorbildung und familiärer Bildungsherkunft (in %)
Tabelle A3.3.2-10 Internet:	Nachschulische Qualifizierungswege von Studienberechtigten nach beruflicher Vorbildung und Migrationshintergrund (in %)
Tabelle A3.3.2-11 Internet:	Nachschulische Qualifizierungswege von Studienberechtigten nach beruflicher Vorbildung und regionaler Herkunft (in %)
Tabelle A 4.2-2 Internet:	Auszubildende am 31. Dezember nach Bundesländern 1992 bis 2013
Tabelle A4.4-3 Internet:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 1996 neu geschaffenen dualen Ausbildungsberufen, Bundesgebiet 1996 bis 2013
Tabelle A4.8-4 Internet:	Erfolge bei der ersten Teilnahme an Ausbildungsabschlussprüfungen in 2013 nach Bundesländern
Tabelle A4.9-1 Internet:	Merkmale von Auszubildenden der BIBB/BAuA-Jugenderwerbstätigenbefragung 2011/2012 ohne und mit Migrationshintergrund
Tabelle A4.10-1 Internet:	Betriebe, Ausbildungsbetriebe und Ausbildungsbetriebsquote zwischen 2007, 2012 und 2013 in Deutschland
Tabelle A4.10-2 Internet:	Beschäftigte, Auszubildende und Ausbildungsquoten zwischen 2007, 2012 und 2013 in Deutschland
Tabelle A4.10-3 Internet:	Betriebe, Ausbildungsbetriebe und Ausbildungsbetriebsquote zwischen 2007, 2012 und 2013 in den alten Bundesländern

Tabelle A4.10-4 Internet:	Beschäftigte, Auszubildende und Ausbildungsquoten zwischen 2007, 2012 und 2013 in den alten Bundesländern
Tabelle A4.10-5 Internet:	Betriebe, Ausbildungsbetriebe und Ausbildungsbetriebsquote zwischen 2007, 2012 und 2013 in den neuen Bundesländern
Tabelle A4.10-6 Internet:	Beschäftigte, Auszubildende und Ausbildungsquoten zwischen 2007, 2012 und 2013 in den neuen Bundesländern
Tabelle A4.10-7 Internet:	Betriebe, Ausbildungsbetriebe und Ausbildungsbetriebsquoten zwischen 2012 und 2013 nach Bundesländern
Tabelle A4.10-8 Internet:	Beschäftigte, Auszubildende und Ausbildungsquoten zwischen 2012 und 2013 nach Bundesländern
Tabelle A4.10-9 Internet:	Betriebe, Ausbildungsbetriebe und Ausbildungsbetriebsquote zwischen 2007, 2012 und 2013 in Deutschland
Tabelle A4.10-10 Internet:	Beschäftigte, Auszubildende und Ausbildungsquoten zwischen 2007, 2012 und 2013 in Deutschland
Tabelle A4.10-11 Internet:	Betriebe, Ausbildungsbetriebe und Ausbildungsbetriebsquote zwischen 2007, 2012 und 2013 in den alten Bundesländern
Tabelle A4.10-12 Internet:	Beschäftigte, Auszubildende und Ausbildungsquoten zwischen 2007, 2012 und 2013 in den alten Bundesländern
Tabelle A4.10-13 Internet:	Betriebe, Ausbildungsbetriebe und Ausbildungsbetriebsquote zwischen 2007, 2012 und 2013 in den neuen Bundesländern
Tabelle A4.10-14 Internet:	Beschäftigte, Auszubildende und Ausbildungsquoten zwischen 2007, 2012 und 2013 in den neuen Bundesländern
Tabelle A4.11-1 Internet:	Merkmale von Auszubildenden der BIBB/BAuA-Jugenderwerbstätigenbefragung 2011/2012 im Vergleich zur Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Gesamtbestand 2011)
Tabelle B4.1-1 Internet:	Rechtsverordnungen über die Anforderungen in der Meisterprüfung
Tabelle B4.1-2 Internet:	Fortgeltung bestehender Regelungen bei handwerklichen Meisterprüfungen nach § 122 HwO
Tabelle B4.1-3 Internet:	Rechtsverordnungen über die Anforderungen in der Meisterprüfung
Tabelle B4.1-4 Internet:	Rechtsverordnungen zur beruflichen Fortbildung
Tabelle B4.1-5 Internet:	Rechtsverordnung zur Regelung der beruflichen Umschulung nach § 58 BBiG
Tabelle B4.1-6 Internet:	Rechtsverordnung über die Eignung der Ausbilder nach § 30 Absatz 5 BBiG und nach § 15 Bundesbeamtengesetz
Tabelle B4.1-7 Internet:	Landesrechtliche Weiterbildungsregelungen für Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen
Tabelle B4.4-2 Internet:	Teilnahmen an Fortbildungsprüfungen nach BBiG/HwO 1992 bis 2013 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht
Tabelle B4.5-1 Internet:	Fachrichtung des Fortbildungsabschlusses (in %)
Tabelle D2-1 Internet:	Modellversuchsförderschwerpunkte

Literaturverzeichnis

- Albrecht, Günter; Ernst, Helmut; Westhoff, Gisela; Zauritz, Manuela: *Bildungskonzepte für heterogene Gruppen – Anregungen zum Umgang mit Vielfalt und Heterogenität in der beruflichen Bildung*, Bonn 2014. – URN: urn:nbn:0035-0541-2. – URL: <http://www.bibb.de/heterogenitaet>
- Allianz für Aus- und Weiterbildung 2015–2018. Berlin, 12. Dezember 2014. – URL: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/A/allianz-fuer-aus-und-weiterbildung-2015-2018,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>
- Althoff, Heinrich: *Entwicklungen der Berufsbildungsstatistik und Probleme ihrer bildungspolitischen Verwertung*. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 13 (1984) 3, S. 77
- Althoff, Heinrich: *Die statistische Erfassung der neuen Ausbildungsverträge und der Ausbildungsabbrecher – Zwei ungelöste Probleme der Berufsbildungsstatistik*. In: *Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik*, H. 4, 1997, S. 410
- Althoff, Heinrich: *Ausbildungsbetriebsquoten. Welche Aussagekraft haben sie?* In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 33 (2004) 3, S. 39–41. – URN: urn:nbn:de:0035-bwp-04339-4. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1682>
- Andreas, Hans-Jürgen; Haagaars, Jacques A.; Kühnel, Steffen: *Analyse von Tabellen und kategorialen Daten*. Berlin 1997
- Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK): *89. Arbeits- und Sozialministerkonferenz 2012. Ergebnisprotokoll*. Hannover 2012. – URL: <http://msagd.rlp.de/arbeits-und-sozialministerkonferenz-2014/ergebnisse/>
- Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit: *Strukturelle Weiterentwicklung der dualen Berufsausbildung. Gemeinsame Grundlagen und Orientierungen, Beschluss vom 22.10.1999*. In: *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit. Ergebnisse der Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung, Anhang 7*. Berlin 1999
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): *Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I*. Bielefeld 2008
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung: *Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf*. Bielefeld 2012. – URL: http://www.bildungsbericht.de/daten2012/bb_2012.pdf
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): *Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen*. Bielefeld 2014. – URL: http://www.bildungsbericht.de/daten2014/bb_2014.pdf
- Baethge, Martin; Solga, Heike; Wieck, Markus: *Berufsbildung im Umbruch. Signale eines überfälligen Aufbruchs. Gutachten zur beruflichen Bildung in Deutschland im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung*. Netzwerk-Bildung. Berlin 2007
- Bahn Müller, Reinhard: *Tarifverträge als Instrument der beruflichen (Weiter-)Bildung in Deutschland. „Die Rolle der Gewerkschaften in der beruflichen Bildung. Deutschland – China im Vergleich“*. Friedrich-Ebert-Stiftung. Shanghai Municipal Trade Union Council. Shanghai 2009
- Bahn Müller, Reinhard: *Tarifvertragliche Weiterbildungsregulierung in Deutschland. Formen, Effekte und Perspektiven für überbetriebliche Weiterbildungsfonds*. In: *Berger, Klaus; Jaich, Roman; Mohr, Barbara; Moraal, Dick; Nordhaus, Ulrich (Hrsg.): Sozialpartnerschaftliches Handeln in der betrieblichen Weiterbildung (Veröffentlichung in Vorbereitung)*
- Behringer, Friederike: *Berichtssystem Weiterbildungsverhalten 1979*. München 1980

- Behringer, Friederike: Zum individuellen Nutzen beruflicher Weiterbildung: Subjektive Einschätzungen und objektive Veränderungen. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Beiheft 12 (1996), S. 84–104
- Behringer, Friederike: Beteiligung an beruflicher Weiterbildung. Humankapitaltheoretische und handlungstheoretische Erklärung und empirische Evidenz. Opladen 1999
- Behringer, Friederike; Käßlinger, Bernd; Moraal, Dick: Betriebliche Weiterbildung in CVTS und AES – zur Anschlussfähigkeit und Komplementarität zweier Erhebungsinstrumentarien. In: Gnahs, Dieter; Kuwan, Helmut; Seidel, Sabine (Hrsg.): Weiterbildungsverhalten in Deutschland. Band 2: Berichtskonzepte auf dem Prüfstand. Bielefeld 2008, S. 57–78
- Behringer, Friederike; Kuwan, Helmut; Schönfeld, Gudrun: Lernen Erwachsener in Europa. In: Bilger, Frauke; Gnahs, Dieter; Hartmann, Josef; Kuper, Harm (Hrsg.): Weiterbildungsverhalten in Deutschland. Resultate des Adult Education Survey 2012. DOI 10.3278/14/1120w. Bielefeld 2013, S. 332–342. – URL: <http://www.die-bonn.de/id/11056/about/html/>
- Beicht, Ursula: Verbesserung der Ausbildungschancen oder sinnlose Warteschleife? Zur Bedeutung und Wirksamkeit von Bildungsgängen am Übergang Schule – Berufsausbildung. BIBB REPORT 11/2009. Bielefeld 2009. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2009_11.pdf
- Beicht, Ursula: Langzeitentwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen in Deutschland. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 123. Bonn 2011. – urn:nbn:de:0035-0471-9
- Beicht, Ursula: Berufswünsche und Erfolgchancen von Ausbildungsstellenbewerberinnen und -bewerbern mit Migrationshintergrund. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 42 (2012) 6, S. 44–48
- Beicht, Ursula: Doppelte Abiturjahrgänge: Veränderte Chancen für Jugendliche am Ausbildungsmarkt. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 42 (2013) 6, S. 38–41
- Beicht, Ursula: Berufsorientierung und Erfolgchancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund am Übergang Schule – Ausbildung im Spiegel aktueller Studien. In: Scherr, A. (Hrsg.): Diskriminierung migrantischer Jugendlicher in der beruflichen Bildung. Stand der Forschung, Kontroversen, Forschungsbedarf. Weinheim 2015, S. 82–114
- Beicht, Ursula; Eberhard, Verena: Ergebnisse empirischer Analysen zum Übergangssystem auf Basis der BIBB-Übergangsstudie 2011. In: Die Deutsche Schule 105 (2013) 1, S. 10–26
- Beicht, Ursula; Friedrich, Michael; Ulrich, Joachim G.: Deutlich längere Dauer bis zum Ausbildungseinstieg: Schulabsolventen auf Lehrstellensuche. In: BIBB-REPORT 1 (2007) 2. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2007. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2007_02.pdf
- Beicht, Ursula; Friedrich, Michael; Ulrich, Joachim G. (Hrsg.): Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen. Bielefeld 2008
- Beicht, Ursula; Granato, Mona: Ausbildungsplatzsuche: Geringere Chancen für junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund. BIBB-Analyse zum Einfluss der sozialen Herkunft beim Übergang in die Ausbildung unter Berücksichtigung von Geschlecht und Migrationsstatus. Bielefeld 2010
- Beicht, Ursula; Granato, Mona; Ulrich, Joachim Gerd: Mindert Berufsausbildung die soziale Ungleichheit von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund? In: Granato, Mona; Münk, Dieter; Weiß, Reinhold. (Hrsg.): Migration als Chance. Bielefeld 2011, S. 177–208
- Beicht, Ursula; Krekel Elisabeth M.; Walden, Günter: Berufliche Weiterbildung – welchen Nutzen haben die Teilnehmer? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 33 (2004) 5, S. 5–9
- Beicht, Ursula; Krekel, Elisabeth M.; Walden, Günter: Berufliche Weiterbildung – Welche Kosten und welchen Nutzen haben die Teilnehmenden? Bielefeld 2006
- Beicht, Ursula; Krewerth, Andreas: Ausbildungsqualität in Deutschland aus Sicht der Auszubildenden. Erste Ergebnisse einer Umfrage des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) unter Teilzeitberufsschülern und -schülerinnen. Bonn 2008. – URL: <http://www.bibb.de/de/11148.php>
- Beicht, Ursula; Walden, Günter: Ausbildungsvergütungen in Deutschland: Ausbildungsbeihilfe oder Arbeitsentgelt. In: WSI Mitteilungen 5/2012a, S. 338–349

- Beicht, Ursula; Walden, Günter: Berufswahl und geschlechtsspezifische Unterschiede beim Zugang zu betrieblicher Berufsausbildung. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik 108 (2012b) 4, S. 491–510
- Beicht, Ursula; Walden, Günter: Duale Berufsausbildung ohne Abschluss – Ursachen und weiterer bildungsbiografischer Verlauf. Analyse auf Basis der BIBB-Übergangsstudie 2011. In: BIBB-Report 7 (2013) 21. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bonn 2013. – URL: <http://www.bibb.de/de/14065.php>
- Beicht, Ursula; Walden, Günter: Berufswahl junger Frauen und Männer: Übergangschancen in betriebliche Ausbildung und erreichtes Berufsprestige. In: BIBB-REPORT 8 (2014) 4. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bonn 2014a. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/BIBBreport_04_2014_Screen.pdf
- Beicht, Ursula; Walden, Günter: Chancennachteile von Jugendlichen aus Migrationsfamilien beim Übergang in berufliche Ausbildung. Welche Rolle spielt die soziale Herkunft? In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik 110 (2014b) 2, S. 188–215
- Beicht, Ursula; Walden, Günter: Einmündungschancen in duale Berufsausbildung und Ausbildungserfolg junger Migranten und Migrantinnen. Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudie 2011. In: BIBB-REPORT 8 (2014) 5. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bonn 2014c. – URL: <http://www.bibb.de/de/20883.php>
- Bellmann, Lutz; Gerner, Hans-Dieter; Leber, Ute: Firm-Provided Training during the Great Recession. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 2014b Jg. 234, H. 1, S. 5–22. – URL: <http://www.jbnst.de/de/inhalte.php?id=23401>
- Bellmann, Lutz; Grunau, Philipp; Troltsch, Klaus; Walden, Gunter: Make or buy: train in-company or recruit from the labour market? In: Empirical Research in Vocational Education and Training 6 (2014a) 1, S. 9. – URL: <http://www.ervet-journal.com/content/6/1/9>
- Bellmann, Lutz; Krekel, Elisabeth M.; Stegmaier, Jörg: Aus- und Weiterbildung – Komplemente oder Substitute? Zur Bildungsbeteiligung kleinerer und mittlerer Betriebe in Deutschland. In: Report: Zeitschrift für Weiterbildungsforschung 33 (2010) 1, S. 41–54
- Berger, Klaus: Zur Evaluation der Ausbildungsplatzprogramme Ost 2002–2004. In: Berger, Klaus; Grünert, Holle (Hrsg.): Zwischen Markt und Förderung – Wirksamkeit und Zukunft von Ausbildungsplatzstrukturen in Ostdeutschland: Ergebnisse eines gemeinsamen Workshops des Bundesinstituts für Berufsbildung und des Zentrums für Sozialforschung Halle. Bielefeld 2007, S. 25–29
- Berger, Klaus; Braun, Uta; Drinkhut, Vera; Schöngen, Klaus: Wirksamkeit staatlich finanzierter Ausbildung. Ausbildungsprogramm Ost – Evaluation, Ergebnisse und Empfehlungen. Bonn 2007
- Berger, Klaus; Braun, Uta; Schöngen, Klaus: Ausbildungsplatzprogramm Ost – Evaluation, Ergebnisse und Empfehlungen. Bielefeld 2007
- Berger, Klaus; Häusele, Stefan; Moraal, Dick: Tarifvertraglich geregelte Finanzierung der beruflichen Weiterbildung am Beispiel der Sozialkasse im Gerüstbaugewerbe. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 41 (2012) 2, S. 49–53
- Berger, Klaus; Moraal, Dick: Tarifliche Weiterbildungspolitik in den Niederlanden und in Deutschland. In: WSI Mitteilungen 65 (2012) 5, S. 382–390
- Berufsbildungsgesetz (BBiG) vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931), das zuletzt durch Artikel 22 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist. URL: http://www.gesetze-im-internet.de/bbig_2005/
- Berufsförderungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw) (Hrsg.): Geschäftsbericht 2012/2013. Berlin, Düsseldorf 2013
- Berufsförderungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw) (Hrsg.): Geschäftsbericht 2013/2014. Berlin, Düsseldorf 2014. – URL: http://www.bfw.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Flipping_Books/GB_2013_2014/index.html
- Bilger, Frauke; Behringer, Friederike; Kuper, Harm: Einführung. In: Bilger, Frauke; Gnahn, Dieter; Hartmann, Josef; Kuper, Harm (Hrsg.): Weiterbildungsverhalten in Deutschland. Resultate des Adult Education Survey 2012. DOI 10.3278/14/1120w. Bielefeld 2013, S. 13–23. – URL: <http://www.die-bonn.de/id/11056/about/html/>

- Bilger, Frauke; Gnahs, Dieter: Sektor „Individuelle berufsbezogene Weiterbildung“. In: von Rosenblatt, Bernhard; Bilger, Frauke: Weiterbildungsbeteiligung 2010. Trends und Analysen auf Basis des deutschen AES. Bielefeld 2011, S. 139–147
- Bilger, Frauke; Gnahs, Dieter: E-Learning und Fernunterricht als übergreifende Lernformen. In: Bilger, Frauke; Gnahs, Dieter; Hartmann, Josef; Kuper, Harm (Hrsg.): Weiterbildungsverhalten in Deutschland. Resultate des Adult Education Survey 2012. DOI 10.3278/14/1120w. Bielefeld 2013, S. 289–301. – URL: <http://www.die-bonn.de/id/11056/about/html/>
- Bilger, Frauke; Kuper, Harm: Weiterbildungssegmente: Teilnahme und Aktivitäten. In: Bilger, Frauke; Gnahs, Dieter; Hartmann, Josef; Kuper, Harm (Hrsg.): Weiterbildungsverhalten in Deutschland. Resultate des Adult Education Survey 2012. DOI 10.3278/14/1120w. Bielefeld 2013, S. 36–49. – URL: <http://www.die-bonn.de/id/11056/about/html/>
- Bos, Wilfried; Müller, Sabrina; Stubbe, Tobias C.: Abgehängte Bildungsinstitutionen: Hauptschulen und Förderschulen. In: Quenzel, Gudrun; Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Bildungsverlierer. Neue Ungleichheiten. Wiesbaden 2010, S. 375–397
- Bosch, Gerhard: In Qualifizierung investieren – ein Weiterbildungsfonds für Deutschland. Expertise im Auftrag des Gesprächskreises Arbeit und Qualifizierung der Friedrich-Ebert-Stiftung: WISO-Diskurs. Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bonn 2010
- Bott, Peter; Helmrich, Robert; Schade, Hans-Joachim; Weller, Sabrina-Inez: Datengrundlagen und Systematiken für die BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen. In: Robert, Helmrich; Zika, Gerd (Hrsg.): Beruf und Qualifikation in der Zukunft. BIBB-IAB-Modellrechnungen zu den Entwicklungen in Berufsfeldern und Qualifikationen bis 2025. Bonn 2010, S. 63–80
- Braun, Uta; Müller, Matthias: Strukturelle Veränderungen des Ausbildungssystems zur Verbesserung der Ausbildungschancen bildungsbenachteiligter Jugendlicher. In: Kruse, Winfried u. a.: Rahmenbedingungen der Weiterentwicklung des Dualen Systems beruflicher Bildung. Hans Böckler Stiftung (Hrsg.). Düsseldorf 2009
- Buhr, Regina; Cleuvers, Birgitt: Endbericht Überreifende Evaluation der Begabtenförderung des BMBF im Programmfeld „Berufliche Talente“. Institut für Innovation und Technik (iit) der VDI/VDE Innovation + Technik GmbH). Berlin 2014
- Bundesagentur für Arbeit: Glossar Arbeitsmarktstatistik (07.07.2009). Nürnberg 2009
- Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Qualifizierungsförderung, 03.2010. Nürnberg 2010
- Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Teilnehmer in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik. November 2011. Nürnberg 2011a
- Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Zugang und Bestand von Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik. Deutschland, Zeitreihe, Datenstand: Januar 2011. Nürnberg 2011b
- Bundesagentur für Arbeit: Analyse der gemeldeten Arbeitsstellen nach Berufen (Engpassanalyse) (KldB 2010). Dezember 2012. Nürnberg 2012
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.): Arbeitsmarkt 2012. Arbeitsmarktanalyse für Deutschland, West- und Ostdeutschland. Nürnberg 2013a
- Bundesagentur für Arbeit: Analyse der gemeldeten Arbeitsstellen nach Berufen (Engpassanalyse) (KldB 2010). Dezember 2013. Nürnberg 2013b
- Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt 2012. Nürnberg 2013c
- Bundesagentur für Arbeit: Geschäftsbericht 2012. Nürnberg 2013d
- Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Zugang und Bestand in Sonderprogramm „WeGebAU 2007 ff“. November 2013. Nürnberg 2013e
- Bundesagentur für Arbeit: Analyse der gemeldeten Arbeitsstellen nach Berufen (Engpassanalyse). Dezember 2014. Nürnberg 2014a

- Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Förderstatistik. Sonderprogramm WeGebAU 2007 ff. August 2014. Nürnberg 2014b
- Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarktberichterstattung: Eingliederungsbericht 2013. Oktober 2014. Nürnberg 2014c
- Bundesagentur für Arbeit: Ausbildungsmarkt in Zahlen. Ausbildungsmarktstatistik. Bewerber und Berufsausbildungsstellen. September 2014. Nürnberg 2014d
- Bundesagentur für Arbeit: Bewerber für Berufsausbildungsstellen nach der Meldung bei den zuständigen Trägern. Deutschland. September 2014. Nürnberg 2014e
- Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – Monatsbericht Mai 2014. Nürnberg 2014f
- Bundesagentur für Arbeit: Methodenbericht – Beschäftigungsstatistik Revision 2014. Nürnberg 2014g. – URL: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Beschaeftigungsstatistik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Beschaeftigungsstatistik-Revision-2014.pdf> (Abruf: 24.01.2015)
- Bundesagentur für Arbeit: Statistik zum Ausbildungsstellenmarkt. Bewerber für Berufsausbildungsstellen und Berufsausbildungsstellen – Zeitreihe. Nürnberg 2014h
- Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt 2013. Nürnberg 2014i
- Bundesagentur für Arbeit: Geschäftsbericht 2013. Nürnberg 2014j
- Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Zugang und Bestand in Sonderprogramm „WeGebAU 2007 ff.“. Oktober 2014. Nürnberg 2014k
- Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Ausbildungsmarktstatistik. Bewerber für Berufsausbildungsstellen für den Ausbildungsbeginn bis Ende 2014. Januar 2015. Nürnberg 2015a
- Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Auszubildende nach Wohn- und Arbeitsort. Bundesagentur für Arbeit. Nürnberg 2015b
- Bundesgesetzblatt Jahrgang 2005 Teil I Nr. 20, ausgegeben zu Bonn am 31. März 2005, S. 931–968. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/z3_berufsbildungsreformgesetz.pdf
- Bundesinstitut für Berufsbildung: Neue und modernisierte Ausbildungsberufe. Bonn verschiedene Jahrgänge a
- Bundesinstitut für Berufsbildung: Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe. Bielefeld verschiedene Jahrgänge b
- Bundesinstitut für Berufsbildung: Referenz-Betriebs-System Information Nr. 11: Modernisierung der Ausbildung, Jg. 4 Mai 1998. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a1_rbs_info11.pdf
- Bundesinstitut für Berufsbildung: Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung vom 27.6.2008 zur Abkürzung und Verlängerung der Ausbildungszeit/zur Teilzeitberufsausbildung (§ 8 BBiG/§ 27 HwO) sowie zur vorzeitigen Zulassung zur Abschlussprüfung (§ 45 Abs. 1 BBiG/§ 37 Abs. 1 HwO). Bundesanzeiger Nr. 129/2008 vom 27.08.2008. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/ha-empfehlung_129_ausbildungszeit.pdf
- Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2009. – URL: http://datenreport.bibb.de/media2009/datenreport_bbb_090525_screen.pdf
- Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010: Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2010. – URL: http://datenreport.bibb.de/media2010/a12voe_datenreport_bbb_2010.pdf
- Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2011. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2011. – URL: http://datenreport.bibb.de/media2011/Datenreport_2011.pdf
- Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2012. – URL: http://datenreport.bibb.de/media2012/BIBB_Datenreport_2012.pdf

- Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2013. – URL: http://datenreport.bibb.de/media2013/BIBB_Datenreport_2013.pdf
- Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Ausbildungsordnungen und wie sie entstehen. Bonn 2014a
- Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2014. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2014b. – URL: http://datenreport.bibb.de/media2014/BIBB_Datenreport_2014.pdf
- Bundesinstitut für Berufsbildung/Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Hochgerechnete und gewichtete Grundauszählung der wbmonitor Umfrage 2013. Bonn 2014c. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/wbmonitor_Umfrage_2013_Grundauszählung_gewichtet.pdf
- Bundesinstitut für Berufsbildung: Bekanntmachung des Verzeichnisses der anerkannten Ausbildungsberufe und des Verzeichnisses der zuständigen Stellen (19. Mai 2014). Bonn 2014d. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/Verzeichnis_anerk_AB_2014.pdf
- Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): AusbildungPlus: Duales Studium in Zahlen: Trends und Analysen 2014. Bonn 2015. – URL: http://www.ausbildungplus.de/files/Duales-Studium_in_Zahlen_2014.pdf
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2002. Bonn 2003
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufliche Qualifizierung Jugendlicher mit besonderem Förderbedarf. Bonn, Berlin 2005. – URL: http://www.kompetenzen-foerdern.de/Handbuch_BNF_opt.pdf
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2013. Bonn, Berlin 2013
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Weiterbildungsverhalten in Deutschland 2014. Ergebnisse des Adult Education Survey – AES Trendbericht. Bonn 2015. – URL: http://www.bmbf.de/pub/Weiterbildungsverhalten_in_Deutschland_2014.pdf
- Bundesministerium für Gesundheit: Bekanntmachung von Richtlinien über die wissenschaftliche Begleitung und Auswertung von Modellvorhaben [...] vom 16. November 2009. Bundesanzeiger: Amtlicher Teil, Nr. 180 (S. 4052) vom 27. November 2009. – URL: http://www.bmg.bund.de/fileadmin/redaktion/pdf_gesetze/bekanntmachungen/Bekanntmachung-RiLi-Berufsgesetze.pdf
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi); Bundesministerium der Finanzen (BMF): Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten. Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung. 2015
- Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Weiterentwicklung der Pflegeberufe“: Eckpunkte zur Vorbereitung des Entwurfs eines neuen Pflegeberufegesetzes, 01.03.2012. – URL: http://www.bmg.bund.de/fileadmin/dateien/Downloads/P/Pflegeberuf/20120301_Endfassung_Eckpunktepapier_Weiterentwicklung_der_Pflegeberufe.pdf
- Bußmann, Sebastian; Seyda, Susanne: Fachkräfteengpässe in Unternehmen. Die Altersstruktur in Engpassberufen. Studie. Gutachten für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Köln 2014
- Derfler, Peter; Besic, Almina: Arbeitszufriedenheit von Personen mit Migrationshintergrund: eine Analyse auf Basis des Sozioökonomischen Panels (SOEP). In: Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik 22 (2013) 2, S. 134–149
- Deutscher Bildungsrat (Hrsg.): Strukturplan für das Bildungswesen. Stuttgart 1970
- Deutscher Bundestag: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss). Drucksache 16/13652 vom 01.07.2009
- Deutscher Bundestag: Das deutsche Berufsbildungssystem – Versicherung gegen Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel. Drucksache 17/10986 (2012). – URL: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/109/1710986.pdf>

- Deutscher Gewerkschaftsbund, Abteilung Arbeitsmarktpolitik: Jugendberufsagenturen – Ziele und Erfolgskriterien aus arbeitsmarktpolitischer Sicht. In: arbeitsmarkt aktuell, Nr. 06, Oktober 2014
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag: Ausbildung 2014. Ergebnisse einer DIHK-Online-Unternehmensbefragung. Berlin 2014a
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Hrsg.): Aufstieg mit Weiterbildung. Umfrage-Ergebnisse 2014. 8. Umfrage unter Absolventen der IHK-Weiterbildungsprüfungen. Berlin 2014b
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Hrsg.): DIHK-Fortbildungsstatistik. Berlin 2014c. – URL: http://www.dihk.de/ressourcen/downloads/fortbildung-2013/at_download/file?mdate=1404384158271
- Diehl, Claudia; Friedrich, Michael; Hall, Anja: Jugendliche ausländischer Herkunft beim Übergang in die Berufsausbildung: Vom Wollen, Können und Dürfen. In: Zeitschrift für Soziologie 38 (2009) 1, S. 48–68
- Dietrich, Stefan; Schade, Hans-Joachim; Behrendorf, Bernd: Ergebnisbericht Projekt Weiterbildungskataster. Bonn 2008. – URL: <http://www.die-bonn.de/doks/dietrich0803.pdf>
- Dietzen, Agnes; Velten, Stefanie; Schnitzler, Annalisa; Schwerin, Christine; Nickolaus, Reinhold; Gönnerwein, Annette; Nitzschke, Alexander; Lazar, Andreas: Einfluss der betrieblichen Ausbildungsqualität auf die Fachkompetenz in ausgewählten Berufen (Aqua.Kom). Abschlussbericht. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn 2014
- Dionisius, Regina; Illiger, Amelie; Schier, Friedel: Viele junge Menschen münden in den Übergangsbereich – trotz guter Vorbildung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 42 (2013) 2, S. 4–5
- Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel: Einmündungen im Übergangsbereich rückläufig. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 40 (2011) 4, S. 4–5
- Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel: Beteiligung an beruflicher Bildung – Indikatoren und Quoten im Überblick. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 133. Bonn 2012. URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6830>
- Dobischat, Rolf; Hufer, Klaus-Peter (Hrsg.): Weiterbildung im Wandel. Profession und Profil auf Profitkurs. Schwalbach 2014
- Donker van Heel, Peter; van Velden, Jaco; Siegert, Johan; Groenendijk, Ria; de Kogel, Marieke; Sincer, Ekim: Hoe werken sectorfondsen? Rotterdam 2008. – URL: http://docs.minszw.nl/pdf/129/2008/129_2008_3_11539.pdf
- Dorau, Ralf; Höhns, Gabriela: Erfolg der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt als Maßstab für die Qualität der Ausbildung. Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 35 (2006) 6, S. 24–27. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1698>. URN: urn:nbn:de:0035-bwp-06624-0
- Drosdowski, Thomas; Wolter, Marc Ingo: Entwicklung der Erwerbspersonen nach Berufen und Qualifikationen. In: Helmrich, Robert; Zika, Gerd (Hrsg.): Beruf und Qualifikation in der Zukunft. BIBB-IAB-Modellrechnungen zu den Entwicklungen in Berufsfeldern und Qualifikationen bis 2025. Bielefeld 2010, S. 125–152
- Dummert, Sandra; Frei, Marek; Leber, Ute: Berufsausbildung in Deutschland – Betriebe und Bewerber finden schwerer zusammen, dafür sind Übernahmen häufiger denn je. In: IAB-Kurzbericht 20/2014. – URL: <http://doku.iab.de/kurzber/2014/kb2014.pdf>
- Duong, Sindy; Püttmann, Vitus: Studieren ohne Abitur: Stillstand oder Fortentwicklung? Eine Analyse der aktuellen Rahmenbedingungen und Daten. Gütersloh 2014. – URL: http://www.che.de/downloads/CHE_AP_177_Studieren_ohne_Abitur_2014.pdf
- Ebbinghaus, Margit; Gerhards, Christian: Betriebliche Flexibilität beim Qualifikationsprofil von Ausbildungsanfängern bei Besetzungsproblemen von Ausbildungsplätzen. In: Zeitschrift für Nachwuchswissenschaftler 6 (2014) 1, S. 1–16. – URL: <http://www.nachwuchswissenschaftler.org/2013/2/20/ZfN-2013-2-20.pdf>
- Eberhard, Verena; Beicht, Ursula; Krewerth, Andreas; Ulrich, Joachim Gerd: Perspektiven beim Übergang Schule – Berufsausbildung. Methodik und erste Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudie 2011. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 142. Bonn 2013. – URL <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/7123>

- Eberhard, Verena; Beicht, Ursula; Krewerth, Andreas; Ulrich, Joachim Gerd: BIBB-Übergangsstudie 2011. suf_1.0; Forschungsdatenzentrum im Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.); GESIS Köln (Datenzugang). Bonn 2014. doi:10.7803/202.11.1.1.10
- Eberhard, Verena; Ulrich, Joachim Gerd: Übergänge zwischen Schule und Berufsausbildung. In: Bosch, Gerhard; Krone, Sirikit; Langer, Dirk (Hrsg.): Das Berufsbildungssystem in Deutschland. Wiesbaden 2010
- Eberhard, Verena; Ulrich, Joachim Gerd: „Ausbildungsreif“ und dennoch ein Fall für das Übergangssystem? Institutionelle Determinanten des Verbleibs von Ausbildungsstellenbewerbern in teilqualifizierenden Bildungsgängen. In: Krekel, Elisabeth M.; Lex, Tilly (Hrsg.): Neue Jugend, neue Ausbildung? Beiträge aus der Jugend- und Bildungsforschung. Bielefeld 2011, S. 97–112
- Ellguth, Peter; Kohaut, Susanne: Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2013. In: WSI-Mitteilungen 5/2014, S. 286–295
- Ellguth, Peter; Kohaut, Susanne; Möller, Iris: The IAB Establishment Panel – methodological essentials and data quality. In: Journal for Labour Market Research 47 (2014) 1–2, S. 27–41
- Erbe, Jessica; Böse, Carolin; Lüdemann, Sandra; Schreiber, Daniel; Wünsche, Tom; Lewalder, Anna; Schandock, Manuel; Zens, Ann-Kathrin: Das Anerkennungsgesetz (Teil II). Monitoring zum Anerkennungsgeschehen (Teil III). In: Bericht zum Anerkennungsgesetz. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.). Berlin 2014, S. 19–147. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bericht_erkennungsgesetz_2014.pdf
- Erikson, Robert; Jonsson, Jan O.: Can education be equalized? The Swedish case in comparative perspective. Stockholm 1996
- Europäische Kommission: Einen europäischen Raum für lebenslanges Lernen schaffen. Mitteilung der Kommission (678 endgültig). Brüssel 2001
- Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission : EUROPA 2020 : Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Brüssel, den 3.3.2010. – URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:2020:FIN:DE:PDF>
- Europäische Union: Verordnung (EG) Nr. 452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über die Erstellung und Entwicklung von Statistiken über Bildung und lebenslanges Lernen. ABl. L 145 vom 04.06.2008. – URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:145:0227:0233:DE:PDF> (Abruf: 20.01.2015)
- Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Rates zu einer Benchmark für die Lernmobilität 2011. – URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:372:0031:0035:DE:PDF>
- Europäischer Rat: Empfehlungen des Europäischen Rates zum Bereich Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung vom April 2014. – URL: http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/csr2014/eccom2014_en.pdf (Abruf: 24.02.2015)
- European Commission/Eurostat: Classification of Learning Activities. Manual. Luxembourg 2006. – URL: http://www.uis.unesco.org/StatisticalCapacityBuilding/Workshop%20Documents/Education%20workshop%20dox/2010%20ISCED%20TAP%20IV%20Montreal/NFE_CLA_Eurostat_EN.pdf (Abruf: 16.12.2014)
- European Commission: Commission Regulation (EU) No 1175/2014 of 30 October 2014. Implementing Regulation (EC) No 452/2008 of the European Parliament and of the Council concerning the production and development of statistics on education and lifelong learning, as regards statistics on the participation of adults in lifelong learning and repealing Commission Regulation (EU) No 823/2010. (2014). – URL: http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2014.316.01.0004.01.ENG (Abruf: 06.11.2014)
- European Union: Education and Training Monitor 2014. November 2014. – URL: http://ec.europa.eu/education/library/publications/monitor14_en.pdf (Abruf: 03.12.2014)
- Eurostat (Hrsg.): Classification of learning activities – Manual. Luxemburg 2006
- Eurostat: Lifelong Learning statistics: http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Lifelong_learning_statistics (Abruf: 03.03.2015)

- Fischer, Gabriele; Wahse, Jürgen; Dahms, Vera; Frei, Marek; Riedmann, Arnold; Janik, Florian: Standortbedingungen und Beschäftigung in den Regionen West- und Ostdeutschlands. Ergebnisse des IAB-Betriebspanels 2006. In: IAB-Forschungsbericht. Ergebnisse aus der Projektarbeit des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 5. Nürnberg 2007, S. 62–73. – URL: <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2007/fb0507.pdf>
- Flemming, Simone; Granath, Ralf-Olaf: Die BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September. Bonn 2011. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/naa309_BIBB-Erhebung_Zusammenfassung_201103.pdf
- Forum DistanzE-Learning (Hrsg.): Fernunterrichtsstatistik 2013. – URL: <http://www.forum-distance-learning.de> (Abruf: 12.12.2014)
- Frank, Irmgard; Walden, Günter: Ausbildungsdauer von Berufen – verbindliche Begrenzung auf drei Jahre? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 41 (2012) 4, S. 20–23
- Friedrich, Werner; Körbel, Markus: Verdeckte Mobilität in der Berufsbildung. Bonn 2011. – URL: http://www.na-bibb.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/impuls_43_verdeckte_mobilitaet-web.pdf
- Fuchs, Sandra; von Hippel, Aiga; Tippelt, Rudolf: Entwicklung von Professionalität – Fortbildung von Weiterbildungern in der beruflichen und betrieblichen Weiterbildung. In: Birkelbach, Klaus; Bolder, Axel; Düsseldorf, Karl (Hrsg.); Dobischat, Rolf (Gefeierte/r): Berufliche Bildung in Zeiten des Wandels. Festschrift für Rolf Dobischat zum 60. Geburtstag. Baltmannsweiler 2010, S. 285–298
- Gaupp, Nora; Lex, Tilly; Reißig, Birgit: (Um-)Wege von Jugendlichen von der Hauptschule in die Berufsausbildung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 37 (2008) 3, S. 24–28. – URN: urn:nbn:de:0035-bwp-08324-5. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1708>
- Gehricke, Matthias; Kahler, Angela; Kohlmann, Annette: Methodenbericht der Statistik der BA. Statistiken über den Ausbildungsstellenmarkt: Bewerber aus früheren Berichtsjahren im aktuellen Berichtsjahr. Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.). Nürnberg 2010
- Gei, Julia; Granato, Mona: Ausbildung zwischen Wunsch und Wirklichkeit: Jugendliche mit Migrationshintergrund – Ausgrenzung auch in der beruflichen Ausbildung? In: Scherr, Albert (Hrsg.): Diskriminierung migrantischer Jugendlicher in der beruflichen Bildung. Stand der Forschung, Kontroversen, Forschungsbedarf. Weinheim 2015, S. 210–239
- Gemeinsamer Bundesausschuss: Übertragung ärztlicher Tätigkeiten an ausgebildete Pflegekräfte im Rahmen von Modellvorhaben. Stand 4.12.12. Berlin 2012. – URL: <http://www.g-ba.de/institution/themenschwerpunkte/heilkundeuebertragung/>
- Gerhards, Christian; Troltsch, Klaus; Walden, Günter: Jugendliche mit Hauptschulabschluss in der betrieblichen Berufsausbildung: Wer bildet sie (noch) aus, welche Erfahrungen gibt es und wie können ihre Chancen verbessert werden? In: BIBB-Report 22/13. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2013. – URN: urn:nbn:de:0521-5. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_BIBBreport_2013_22.pdf
- Gericke, Naomi; Flemming, Simone: Menschen mit Behinderungen im Spiegel der Berufsbildungsstatistik – Grenzen und Möglichkeiten. Bonn 2013. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/ab21_dazubi_Kurzpapier_Menschen_mit_Behinderung_in_der_Berufsbildungsstatistik_201306.pdf (Abruf: 17.12.2014)
- Gericke, Naomi; Lissek, Nicole: Noch wenig praktiziert: Teilzeitberufsausbildung im dualen System. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 42 (2013) 1, S. 6 f.
- Gericke, Naomi; Uhly, Alexandra: Indikatoren zur quantitativen Bedeutung in der dualen Berufsausbildung und zur Integration von Personengruppen in die duale Berufsausbildung. In: Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel: Beteiligung an beruflicher Bildung – Indikatoren und Quoten im Überblick. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 133. Bonn 2012, S. 84–100

- Gericke, Naomi; Uhly, Alexandra; Ulrich, Joachim Gerd: Wie hoch ist die Quote der Jugendlichen, die eine duale Berufsausbildung aufnehmen? Indikatoren zur Bildungsbeteiligung. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 40 (2011) 1, S. 41–43. – URN: urn:nbn:de:0035-bwp-11141-7. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/publication/show/id/6592>
- Gottleben, Volkmar (1987): Randgruppen in der zertifizierten Arbeitsgesellschaft? In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)* 1/87
- Götzhaber, Jürgen; Jablonka, Peter; Metje, Ute Marie: Aufstiegsfortbildung und Studium – Bildungs- und Berufsbiografien im Vergleich. Band 10 der Reihe *Berufsbildungsforschung*. Bonn, Berlin 2011
- Granato, Mona; Beicht, Ursula; Eberhard, Verena; Friedrich, Michael; Schwerin, Christine; Ulrich, Joachim Gerd; Weiß, Ursula: Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Abschlussbericht. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bonn 2011. – URL: https://www2.bibb.de/tools/fodb/pdf/eb_24202.pdf
- Granato, Mona; Eberhard, Verena; Schnitzler, Annalisa; Ulrich, Joachim Gerd; Matthes, Stephanie; Weiß, Ursula: Bildungsorientierungen und -entscheidungen von Jugendlichen im Kontext konkurrierender Bildungsangebote. Projektbeschreibung. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn 2014. – URL: <http://www.bibb.de/de/8475.php>
- Grollmann, Philipp; Geiben, Marthe: Patterns of Recruitment and Induction in Selected European Countries: First Results of a Feasibility Study. In: Pilz, Matthias (Hrsg.): *The future of vocational education and training in a changing world*. Wiesbaden 2012, S. 499–517
- Grollmann, Philipp; Geiben, Marthe; Höcke, Gustav; Lüdemann, Sandra; Wolfgarten, Tobias: INDUCT pre-test dataset. Cleaned Dataset from the BIBB project. Bonn 2010: BIBB-FDZ
- Grotlüschen, Anke; Haberzeth, Erik; Krug, Peter: Rechtliche Grundlagen der Weiterbildung. In: Tippelt, Rudolf; Hippel, Aiga von (Hrsg.): *Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung*. 5. Auflage. Wiesbaden 2011, S. 347–366
- Gruber, Elke; Wiesner, Gisela (Hrsg.): *Erwachsenenpädagogische Kompetenzen stärken. Kompetenzbilanzierung für Weiterbildner/-innen*. Bielefeld 2012
- Hall, Anja: Tätigkeiten, berufliche Anforderungen und Qualifikationsniveau in Dienstleistungsberufen – Empirische Befunde auf Basis der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2006 und des Mikrozensus. In: Walden, Günter (Hrsg.): *Qualifikationsentwicklung im Dienstleistungsbereich: Herausforderungen für das duale System der Berufsausbildung*. Bielefeld 2007, S. 153–208
- Hall, Anja: Lohnt sich Aufstiegsfortbildung? Beruflicher Erfolg bei Männern und Frauen. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 43 (2014) 4, S. 18–21
- Hall, Anja: BIBB-Zusatzbefragung Aufstiegsfortbildung 2012 zur Haupterhebung der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012. suf_1.0. Forschungsdatenzentrum im Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg., Datenzugang). DOI: 10.7803/601.12.2.1.10. Bonn 2015
- Handwerksordnung (HwO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. September 1998 (BGBl. I S. 3074; 2006 I S. 2095), die zuletzt durch Artikel 19 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist. URL: <http://www.gesetze-im-internet.de/hwo/>
- Hanft, Anke; Knust, Michaela (Hrsg.): *Internationale Vergleichsstudie zur Struktur und Organisation der Weiterbildung an Hochschulen*. Januar 2007
- Hartung, Silke: Betriebliche Berufsausbildung und Weiterbildung in Deutschland. IAB-Expertise zum Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013 des Bundesinstituts für Berufsbildung. Nürnberg 2012. – URL: http://datenreport.bibb.de/media2013/IAB-Expertise_fuer_den_Datenreport_zum_Berufsbildungsbericht_2013.pdf
- Heidemann, Winfried; Busse, Gerd: Weiterbildung: Gesetze, Tarifverträge, Betriebs- und Dienstvereinbarungen – Ein Überblick. In: Schröder, Lothar; Urban, Hans-Jürgen: *Gute Arbeit Ausgabe 2015: Qualitative Tarifpolitik – Arbeitsgestaltung – Qualifizierung*. Frankfurt am Main 2015, S. 83–94

- Heisig, Jan Paul; Solga, Heike: Ohne Abschluss keine Chance. Höhere Kompetenzen zahlen sich für gering qualifizierte Männer kaum aus. WZBrief Arbeit Nr. 19., Januar 2015
- Helmrich, Robert; Zika, Gerd: Beruf und Qualifikation in der Zukunft. BIBB-IAB-Modellrechnungen zu den Entwicklungen in Berufsfeldern und Qualifikationen bis 2025. Bonn 2010
- Helmrich, Robert; Zika, Gerd; Wolter, Marc Ingo; Schandock, Manuel; Maier, Tobias; Kalinowski, Michael; Hummel, Markus; Hänisch, Carsten; Drosdowski, Thomas; Bremser, Felix; Bott, Peter: Engpässe auf dem Arbeitsmarkt: Geändertes Bildungs- und Erwerbsverhalten mildert Fachkräftemangel. Bonn 2012
- Heublein, Ulrich; Richter, Johanna; Schmelzer, Robert; Sommer, Dieter: Die Entwicklung der Studienabbruchquoten an den deutschen Hochschulen. Statistische Berechnungen auf der Basis des Absolventenjahrgangs 2012. Hannover, HIS-Forum Hochschule 4/2014. – URL: http://www.dzhw.eu/pdf/pub_fh/fh-201404.pdf
- Holland, John L.: Making vocational choices: A theory of vocational personalities and work environments. Odessa 1997
- Horn, Heike; Ambos, Ingrid: Weiterbildungsstatistik im Verbund 2012 – Kompakt. Bonn 2014. – URL: <http://www.die-bonn.de/doks/2014-weiterbildungsstatistik-01.pdf>
- Hubert, Tobias; Wolf, Christof: Determinanten der beruflichen Weiterbildung Erwerbstätiger. Empirische Analysen auf der Basis des Mikrozensus 2003. In: Zeitschrift für Soziologie 36 (2007) 6, S. 473–493
- Hucker, Tobias; Trotsch, Klaus: Indikatoren zur betrieblichen Ausbildungsbeteiligung. In: Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel: Beteiligung an beruflicher Bildung – Indikatoren und Quoten im Überblick. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 133. Bonn 2012, S. 39–47. URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6830>
- Hummel, Markus; Thein, Angela; Zika, Gerd: Der Arbeitskräftebedarf nach Wirtschaftszweigen, Berufen und Qualifikationen bis 2025. Modellrechnungen des IAB. In: Helmrich, Robert; Zika, Gerd (Hrsg.): Beruf und Qualifikation in der Zukunft. BIBB-IAB-Modellrechnungen zu den Entwicklungen in Berufsfeldern und Qualifikationen bis 2025. Bielefeld 2010, S. 81–102
- Hunkler, Christian: Ethnische Unterschiede beim Zugang zu Ausbildung und Erwerb von Ausbildungsabschlüssen. In: Becker, Birgit; Reimer, David (Hrsg.): Vom Kindergarten bis zur Hochschule. Die Generierung von ethnischen und sozialen Disparitäten in der Bildungsbiographie. Wiesbaden 2010, S. 213–250
- Huntemann, Hella; Reichart, Elisabeth: Volkshochschul-Statistik 2013. 52. Folge, Arbeitsjahr 2013 und elektronisch verfügbare Vorjahre ab 2003. 2014. – URL: <http://www.die-bonn.de/publikationen/recherche.aspx?schlagwort=volkshochschul-statistik+arbeitsjahr>
- Hupka-Brunner, Sandra; Kriesi, Irene: Ausbildungsbedingungen und Ausbildungszufriedenheit in der dualen Grundbildung. Die Rolle von Geschlecht und Migrationshintergrund. In: Hadjar, Andreas; Hupka-Brunner Sandra (Hrsg.): Geschlecht, Migrationshintergrund und Bildungserfolg. Weinheim-Basel 2013, S. 242–269
- ifo – Institut für Wirtschaftsforschung: ifo Geschäftsklima Deutschland. Ergebnisse des ifo Konjunkturtests im Mai 2014. München 2014. – URL: <http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/facts/Survey-Results/Konjunkturtest.html>
- Institut der deutschen Wirtschaft (IW): Qualifizierungsmonitor – Empiriegestütztes Monitoring zur Qualifizierungssituation in der deutschen Wirtschaft. Eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Köln 2010
- Institute for Statistics UNESCO: International Standard Classification of Education – ISCED 1997 (1997, 2006). – URL: <http://www.uis.unesco.org/Library/Documents/isced97-en.pdf> (Abruf: 16.12.2014)
- International Labour Office: Global employment trends 2013: recovering from a second jobs dip. Genf 2013
- International Labour Office: Skills mismatch in Europe. Geneva 2014

- Jablonka, Peter; Westhoff, Gisela: Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung – ein Modellversuchsförderungsschwerpunkt geht neue Wege. In: Severing, Eckart; Weiß, Reinhold (Hrsg.): Individuelle Förderung in heterogenen Gruppen in der Berufsausbildung. Bonn 2014, S. 63–80
- Jansen, Anika; Pfeifer, Harald; Schönfeld, Gudrun; Wenzelmann, Felix: Ausbildung in Deutschland weiterhin investitionsorientiert – Ergebnisse der BIBB-Kosten-Nutzen-Erhebung 2012/13. BIBB Report 9 (2015) 1. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/7558>
- Kalinowski, Michael; Quinke, Hermann: Projektion des Arbeitskräfteangebots bis 2025 nach Qualifikationsstufen und Berufsfeldern. In: Helmrich, Robert; Zika, Gerd (Hrsg.): Beruf und Qualifikation in der Zukunft. BIBB-IAB-Modellrechnungen zu den Entwicklungen in Berufsfeldern und Qualifikationen bis 2025. Bielefeld 2010, S. 103–124
- Käpplinger, Bernd; Kulmus, Claudia; Haberbeth, Erik: Weiterbildungsbeteiligung. Anforderungen an eine Arbeitsversicherung. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 2013. – URL: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09852.pdf>
- Kath, Folkmar: Mehr Ausbildung durch verkürzte oder gestufte Ausbildungsberufe? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 34 (2005) 3, S. 5–8. – URN: urn:nbn:de:0035-bwp-05305-8. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1688>
- Kazemzadeh, Foad: Bildungsbeteiligung im Tertiärbereich: Zur Aussagefähigkeit entsprechender Indikatoren sowie eine Bewertung der OECD-Einzeljahrgangsberechnung der Studienanfängerquoten. In: HIS-Hochschul-Informationssystem GmbH (Hrsg.): HIS-Workshop OECD-Bildungsindikatoren. Methoden und Ergebnisse des internationalen Bildungsvergleichs. HIS Kurzinformationen A4/2000. Hannover 2000, S. 62–72. – URL: http://www.dzhw.eu/pdf/pub_kia/kia200004.pdf
- Kielwein, Kurt: 30 Jahre Planung und Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten. Von der überbetrieblichen Ausbildungsstätte zum Kompetenzzentrum für berufliche Bildung. Bonn 2005
- Koch, Christian: Geschichte der Landarbeiterbewegung nach der politischen Wende. Berlin 2013. – URL: <http://www.landarbeiter.eu/nach-der-politischen-wende> (Abruf: 20.03.2015)
- Kommuniqué von Brügge zu einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung für den Zeitraum 2011–2020. Brügge 2010. – URL: http://www.bmbf.de/pubRD/bruges_de.pdf (Abruf: 24.02.2014)
- Kompetenznetzwerk Bau und Energie e. V.: Satzung des Kompetenznetzwerks Bau und Energie e.V. Osnabrück 2014 [unveröffentlicht]
- Konsortium Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld 2006. – URL: <http://www.bildungsbericht.de/daten/gesamtbericht.pdf>
- Koscheck, Stefan; Ohly, Hana: 22.000 Weiterbildungsanbieter sichern flächendeckende Versorgung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 42 (2014) 2. Bonn 2014, S. 4–5. – URN: urn:nbn:de:0035-bwp-14204-9. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/7220>
- Kraft, Susanne; Seitter, Wolfgang; Kollwe, Lea: Professionalitätswentwicklung des Weiterbildungspersonals. Bielefeld 2009
- Krekel, Elisabeth M.; Walden, Günter: What influence do work-life situations and vocational orientation measures exert on individual commitment to continuing training? In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 40 (2007) 2/3, S. 271–293
- Krewerth, Andreas: Ausbildungsqualität aus Sicht der Auszubildenden. Welche Rolle spielt der Migrationshintergrund? Vortrag im Workshop „Heterogenität – Ausbildungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund im Übergang“. 16. Hochschultage Berufliche Bildung. Osnabrück 2011
- Krewerth, Andreas; Beicht, Ursula: Qualität der Berufsausbildung in Deutschland: Ansprüche und Urteile von Auszubildenden. In: Krekel, Elisabeth M.; Lex, Tilly (Hrsg.): Neue Jugend, neue Ausbildung? Beiträge aus der Jugend- und Bildungsforschung. Bielefeld 2011, S. 221–241
- Kroll, Stephan: Ausbildungsverträge 2009: Nur wenige Berufe dominieren. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 39 (2010) 1, S. 8–9. – URN: urn:nbn:de:0035-bwp-10108-6. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/6153>

- Kropp, Per; Danek, Simone; Purz, Sylvia; Dietrich, Ingrid; Fritsche, Birgit: Die vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen. Eine Beschreibung vorzeitiger Lösungen in Sachsen-Anhalt und eine Auswertung von Bestandsdaten der IHK Halle-Dessau. Nürnberg, IAB Forschungsbericht 13/2014
- Kucera, Petra; Grau, Andreas: Jobs ohne Befristung: Für viele Jungakademiker nur ein Traum. In: STATmagazin: Arbeitsmarkt 05/2013. Wiesbaden 2013. – URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/STATmagazin/Arbeitsmarkt/2013_05/2013_05PDF.pdf?__blob=publicationFile
- Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Sekundarstufe II/Gymnasiale Oberstufe. Berlin, Bonn 2011a. – URL: <http://www.kmk.org/bildung-schule/allgemeine-bildung/sekundarstufe-ii-gymnasiale-oberstufe.html>
- Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland – Kommission für Statistik. Definitionenkatalog zur Schulstatistik 2011. Beschluss der 45. Kommission für Statistik (Schulbereich) vom 15./16.12.2011. Berlin, Bonn 2011b. – URL: <http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Defkat2011.pdf>
- Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen 2012–2025 – Fortschreibung (Dokumentation Nr. 197). Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz. Berlin 2012
- Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Rahmenvereinbarung über die Berufsfachschulen. Beschluss vom 17.10.2013. Berlin, Bonn 2013a. – URL: http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2013/2013_10_17-RV-Berufsfachschulen.pdf
- Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Vorausberechnung der Schüler und Absolventenzahlen 2012–2025 (Dokumentation Nr. 200 vom Mai 2013). Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz. Berlin 2013b
- Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Rahmenvereinbarung über Fachschulen (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 07.11.2002 i. d. F. vom 25.09.2014). Berlin, Bonn 2014a
- Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Dokumentation der Kultusministerkonferenz über landesrechtlich geregelte Berufsabschlüsse an Fachschulen (Beschluss des Unterausschusses für Berufliche Bildung vom 27.06.2014). Berlin, Bonn 2014b
- Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Dokumentation der Kultusministerkonferenz über landesrechtlich geregelte Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen (Beschluss des Unterausschusses für Berufliche Bildung vom 27.06.2014). Berlin, Bonn 2014c
- Kuper, Harm; Unger, Katrin; Gnahs, Dieter: Segment: Individuelle berufsbezogene Weiterbildung. In: Bilger, Frauke; Gnahs, Dieter; Hartmann, Josef; Kuper, Harm (Hrsg.): Weiterbildungsverhalten in Deutschland. Resultate des Adult Education Survey 2012. DOI 10.3278/14/1120w. Bielefeld 2013, S. 164–171. – URL: <http://www.die-bonn.de/id/11056/about/html/>
- Kuper, Harm; Unger, Katrin; Hartmann, Josef: Multivariate Analyse zur Weiterbildungsbeteiligung. In: Bilger, Frauke; Gnahs, Dieter; Hartmann, Josef; Kuper, Harm (Hrsg.): Weiterbildungsverhalten in Deutschland. Resultate des Adult Education Survey 2012. DOI 10.3278/14/1120w. Bielefeld 2013, S. 95–107. – URL: <http://www.die-bonn.de/id/11056/about/html/>
- Kupfer, Franziska; Köhlmann-Eckel, Christiane; Kolter, Christa: Duale Studiengänge – Praxisnahes Erfolgsmodell mit Potenzial? – Abschlussbericht zum Entwicklungsprojekt: „Analyse und Systematisierung dualer Studiengänge an Hochschulen“. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 152. Bonn 2014. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/7368>
- Kupka, Peter; Biersack, Wolfgang: Berufsstruktur im Wandel. Veränderungen zwischen 1994 und 2004. In: Jacob, Marita; Kupka, Peter (Hrsg.): Perspektiven des Berufskonzepts. BeitrAB 297, IAB. Nürnberg 2005, S. 75–90

- Landesinstitut für Schulentwicklung; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Bildungsberichterstattung 2011. Stuttgart 2011
- Lattke, Susanne; Strauch, Anne: Ein sektoraler Qualifikationsrahmen für die Weiterbildung. In: DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung 3/2011. Bonn 2011, S. 39–42. – URL: <http://www.die-bonn.de/zeitschrift/32011/deutscher-qualifikationsrahmen-03.pdf>
- Leber, Ute: Betriebliche Weiterbildung von Männern und Frauen. In: Engelbrech, Gerhard (Hrsg.): Arbeitsmarktchancen für Frauen. Nürnberg 2002, S. 175–191
- Leber, Ute; Möller, Iris: Weiterbildungsbeteiligung ausgewählter Personengruppen. In: Schmollers Jahrbuch. Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 128 (2008) 3, S. 405–429
- Leven, Ingo; Bilger, Frauke; Strauß, Alexandra; Hartmann, Josef: Weiterbildungstrends in verschiedenen Bevölkerungsgruppen. In: Bilger, Frauke; Gnahs, Dieter; Hartmann, Josef; Kuper, Harm (Hrsg.): Weiterbildungsverhalten in Deutschland. Resultate des Adult Education Survey 2012. DOI 10.3278/14/1120w. Bielefeld 2013, S. 60–94. – URL: <http://www.die-bonn.de/id/11056/about/html/>
- Lindley, Robert M.: The Demand for Apprentice Recruits by the Engineering Industry, 1951–71. In: Scottish Journal of Political Economy 22 (1975) 1, S. 1–24
- Lohmann-Haislah, Andrea: Stressreport Deutschland 2012. Psychische Anforderungen, Ressourcen und Befinden. Dortmund/Berlin/Dresden 2012. – URL: <http://www.baua.de/dok/3430796>
- Lörz, Markus; Quast, Heiko; Woisch, Andreas: Bildungsintentionen und Entscheidungsprozesse. Studienberechtigte 2010 ein halbes Jahr vor Schulabgang. In: HIS: Forum Hochschule 14/2011. Hannover 2011
- Lösch, Manfred; Kau, Winand: Ein ökonomisches Simulations- und Prognosemodell der betrieblichen Berufsausbildung. In: Greulich, Günther; Lösch, Manfred; Müller, Christian; Stier, Winfried (Hrsg.): Empirische Konjunktur- und Wachstumsforschung. Zürich 2005, S. 117–140
- Lösch, Manfred; Kau, Winand; Walden, Günter: Wie entwickelt sich der Lehrstellenmarkt? Das ökonomische Prognose- und Simulationsmodell PROSIMA. Bonn 2008
- Lösch, Manfred; Maier, Tobias: Ex-Ante-Prognosen für das Jahr 2015 und 2016 aus dem aktualisierten und neu geschätzten Gleichungssystem (PROSIMA14), interner Bericht. Bochum 2015
- Maier, Tobias; Neuber-Pohl, Caroline; Weller, Sabrina Inez: Formal nicht Qualifizierte als Qualifizierungsreserve zur zukünftigen Fachkräftesicherung? In: bwp@ Spezial 6 – Hochschultage Berufliche Bildung 2013, Workshop 11, S. 1–20. – URL: http://www.bwpat.de/ht2013/ws11/maier_etal_ws11-ht2013.pdf
- Maier, Tobias; Zika, Gerd; Wolter, Marc Ingo; Kalinowski, Michael; Helmrich, Robert: Engpässe im mittleren Qualifikationsbereich trotz erhöhter Zuwanderung. Aktuelle Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis zum Jahr 2030 unter Berücksichtigung von Lohnentwicklungen und beruflicher Flexibilität. In: BIBB-REPORT 23/14 (2014a), S. 1–16. – URN: urn:nbn:de:0035-0522-8. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/7213>
- Maier, Tobias; Helmrich, Robert; Zika, Gerd; Hummel, Markus; Wolter, Marc Ingo; Drosdowski, Thomas; Kalinowski, Michael; Hänisch, Carsten: Alternative Szenarien der Entwicklung von Qualifikation und Arbeit bis 2030. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 137. Bonn 2012. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6986>
- Maier, Tobias; Walden, Günter: The influence of demographic factors on the supply of company training places in Germany. In: Empirical Research in Vocational Education and Training, 2014, Jg. 6, H. 1, S. 4. – URL: <http://www.ervet-journal.com/content/6/1/4>

- Maier, Tobias; Zika, Gerd; Mönnig, Anke; Wolter, Marc Ingo; Kalinowski, Michael; Hänisch, Carsten; Helmrich, Robert; Schandock, Manuel; Neuber-Pohl, Caroline; Bott, Peter; Hummel, Markus: Löhne und berufliche Flexibilitäten als Determinanten des interaktiven QuBe-Arbeitsmarktmodells. Ein Methodenbericht zur Basisprojektion der 3. Welle der BIBB-IAB Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliches Diskussionspapier 148, Bonn 2014b. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/7219>
- Matthes, Stephanie; Schnitzler, Annalisa; Ulrich, Joachim Gerd; Weiß, Ursula; Granato, Mona: Welche Ausbildungsberufe interessieren, welche nicht und warum – Jugendliche am Übergang in eine duale Ausbildung (Arbeitstitel). Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014 zur Berufsfindung. BIBB-REPORT. Bonn (in Vorbereitung)
- Matthes, Stephanie; Ulrich, Joachim Gerd: Wachsende Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 43 (2014) 1, S. 5–7. – URN: urn:nbn:de:0035-bwp-14105-0. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/7188>
- Matthes, Stephanie; Ulrich, Joachim Gerd: Warum ist der Anteil erfolgloser Ausbildungsplatznachfrager wieder gestiegen? *WSI-Mitteilungen* 68 (2), 2015, S. 108–115
- Matthes, Stephanie; Ulrich, Joachim Gerd; Flemming, Simone; Granath, Ralf-Olaf: Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2014. Duales System vor großen Herausforderungen. BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn 2015. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_beitrag_naa-2014.pdf
- Matthes, Stephanie; Ulrich, Joachim Gerd; Krekel, Elisabeth. M.; Walden, Günter: Wachsende Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt: Analysen und Lösungsansätze. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bonn 2014. – URN: urn:nbn:de:0035-0531-8. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a2_passungsprobleme-ausbildungsmarkt.pdf
- Merrilees, William J.: Alternative Models of Apprentice Recruitment: With Special Reference to the British Engineering Industry. In: *Applied Economics* 15 (1983) 1, S. 1–21
- Mood, Carina: Logistic regression: Why we cannot do what we think we can do, and what we can do about it. *European Sociological Review* 26 (1), 2010, S. 67–82
- Mouw, Ted: Social Capital and Finding a Job: Do Contacts Matter? In: *American Sociological Review* 68, 2003, S. 868–896
- Müller, Normann; Koscheck, Stefan: Finanzielle Förderung beruflicher Weiterbildung. In: Kreklau, Carsten; Siegers, Josef (Hrsg.): *Handbuch der Aus- und Weiterbildung*, Bd. 1, Aktualisierungslieferung Nr. 220 (2011), Ziffer 2632
- Ng, Thomas W. H.; Eby, Lillian T.; Sörensen, Kelly L.; Feldman, Daniel C.: Predictors of objective and subjective career success: A meta-analysis. In: *Personnel Psychology* 58 (2005) 2, S. 367–408
- Niederalt, Michael: Zur ökonomischen Analyse betrieblicher Lehrstellenangebote in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main u. a. 2014
- Niedersächsischer Industrie- und Handelskammertag (NIHK): Fokus Niedersachsen Ausbildungsmarkt-Umfrage 2014. – URL: http://www.n-ihk.de/blob/nitag/presse/894566/f3ba9f1df8a3689443f439618394746e/Medieninfo_Ausbildungsumfrage_2014-data.pdf
- Nissen, Ursula; Keddi, Barbara; Pfeil, Patricia: Berufsfindungsprozesse von Mädchen und jungen Frauen. Erklärungsansätze und empirische Befunde. Opladen 2003, S. 39
- Nuissl, Ekkehard (unter Mitarbeit von Liana Druckenmüller und Daniela Jung): Ordnungsgrundsätze der Erwachsenenbildung in Deutschland. In: Tippelt, Rudolf; Hippel, Aiga von (Hrsg.): *Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung*. 5. Auflage. Wiesbaden 2011, S. 329–346
- Nuissl, Ekkehard: Professionalisierung in Europa. In: *Report. Forschungs- und Literaturreport Weiterbildung* 28 (2005) 4, S. 47–56. – URL: <http://www.die-bonn.de/doks/nuissl0502.pdf>

- Organisation for Economic Co-operation and Development: OECD Employment Outlook. In O. f. E. C.-o. a. Development (Hrsg.). Paris 2013
- Organisation for Economic Co-operation and Development: OECD Employment Outlook. In O. f. E. C.-o. a. Development (Hrsg.). Paris 2014
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): PISA 2009 – Ergebnisse: Zusammenfassung. 2010. – URL: <http://www.oecd.org/pisa/pisaproducts/46619755.pdf> (Abruf: 24.02.2015)
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren. Bielefeld 2013a
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): PISA 2012 – Ergebnisse im Fokus. Was 15-Jährige wissen und wie sie dieses Wissen einsetzen können. 2013b. – URL: <http://www.oecd.org/berlin/themen/PISA-2012-Zusammenfassung.pdf> (Abruf: 24.02.2015)
- Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (Hrsg.): Statistische Mitteilungen des Deutschen Volkshochschul-Verbandes. Deutscher Volkshochschul-Verband e. V. Frankfurt am Main, Jahrgänge 1991–1993
- Pahnke, André; Große, Jutta; Kay, Rosemarie; Brink, Siegrun: Die Ausbildungsbeteiligung von Kleinbetrieben. In: Institut für Mittelstandsforschung Bonn (Hrsg.): IfM-Materialien Nr. 231. Bonn 2014
- Pehl, Klaus; Reitz, Gerhard: Volkshochschul-Statistik. Bielefeld, Jahrgänge 1994–2002
- Protsch, Paula: Segmentierte Ausbildungsmärkte. Berufliche Chancen von Hauptschülerinnen und Hauptschülern im Wandel. Opladen 2014
- Quante-Brandt, Eva; Grabow, Teda: Die Sicht von Auszubildenden auf die Qualität ihrer Ausbildungsbedingungen. Regionale Studie zur Qualität und Zufriedenheit im Ausbildungsprozess. Bielefeld 2009
- Rammstedt, Beatrice (Hrsg.): Grundlegende Kompetenzen Erwachsener im internationalen Vergleich. Ergebnisse von PIAAC 2012. Münster, New York, München, Berlin 2013
- Rees, Albert: Information networks in labor markets. In: American Economic Review, Jg. 56 (1966) Heft 1/2, S. 559–566
- Reißig, Birgit; Gaupp, Nora; Lex, Tilly: Hauptschüler auf dem Weg von der Schule in die Arbeitswelt. München 2008
- Rohrbach-Schmidt, Daniela; Uhly, Alexandra: Determinanten vorzeitiger Lösungen von Ausbildungsverträgen und berufliche Segmentierung im dualen System. Eine Mehrebenenanalyse auf Basis der Berufsbildungsstatistik. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 67 (2015) 1, S. 105–135
- Sachverständigenkommission Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung: Kosten und Finanzierung der außerschulischen beruflichen Bildung. Abschlussbericht. Bielefeld 1974
- Schier, Friedel; Ulrich, Joachim Gerd: Übergänge wohin? Auswirkungen sinkender Schulabgängerzahlen auf die Berufswahl und Akzeptanz von Ausbildungsangeboten. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik 110 (2014) 3, S. 358–373
- Schmidt, Daniel: Die neue Berufsbildungsstatistik ab 2007: Erweiterte Möglichkeiten für eine Analyse der dualen Berufsausbildung. In: Wirtschaft und Statistik 60 (2008) 11, S. 982–992
- Schmiederer, Simon: BIBB/BAuA-Jugenderwerbstätigenbefragung 2011/2012. suf_1.0; Forschungsdatenzentrum im Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg., Datenzugang). DOI: 10.7803/301.12.2.1.10. Bonn 2014
- Schneider, Heidrun; Franke, Barbara: Bildungsentscheidungen von Studienberechtigten. Studienberechtigte 2012 ein halbes Jahr vor und ein halbes Jahr nach Schulabschluss. DZHW: Forum Hochschule 6/2014. Hannover 2014
- Schönfeld, Gudrun; Wenzelmann, Felix; Dionisius, Regina; Pfeifer, Harald; Walden, Günter: Kosten und Nutzen der dualen Ausbildung aus Sicht der Betriebe: Ergebnisse der vierten BIBB-Kosten-Nutzen-Erhebung. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2010

- Seeber, Susan: Einmündungschancen von Jugendlichen in eine berufliche Ausbildung: Zum Einfluss von Zertifikat, Kompetenzen und sozioökonomischem Hintergrund. In: Granato, Mona; Münk, Dieter; Weiß, Reinhold (Hrsg.): Migration als Chance. Ein Beitrag der beruflichen Bildung. Bielefeld 2011, S. 55–78
- Seibert, Holger; Kleinert, Corinna: Duale Berufsausbildung. Ungelöste Probleme trotz Entspannung. In: IAB-Kurzbericht 10/2009. – URL: <http://www.iab.de/194/section.aspx/Publikation/k090511n01>
- Settelmeyer, Anke; Erbe, Jessica: Migrationshintergrund: Zur Operationalisierung des Begriffs in der Berufsbildungsforschung. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliches Diskussionspapiere 112. Bonn 2010. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/wd_112_migrationshintergrund.pdf
- Stalder, Barbara E.: Schule, Arbeit, Ausbildungszufriedenheit. In: Wege in die nachobligatorische Ausbildung. BFS. Neuchâtel 2003, S. 59–135
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Qualitäts- und Ergebnisbericht der integrierten Ausbildungsberichterstattung. Wiesbaden 2011
- Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Berufliche Schulen, Fachserie 11, Reihe 2. Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge a
- Statistisches Bundesamt: Integrierte Ausbildungsberichterstattung – Anfänger, Teilnehmer und Absolventen im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern. Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge b
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992. Stuttgart 1992
- Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Berufliche Bildung. Berichtszeitraum 2007. Fachserie 11, Reihe 3. Wiesbaden 2008
- Statistisches Bundesamt: Weiterbildung 2010. Wiesbaden 2010
- Statistisches Bundesamt: Weiterbildung 2011. Wiesbaden 2011
- Statistisches Bundesamt: Weiterbildung 2012. Wiesbaden 2012
- Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2012. Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden 2013a
- Statistisches Bundesamt: Weiterbildung 2013. Wiesbaden 2013b
- Statistisches Bundesamt: Atypische Beschäftigung 2013 weiter leicht rückläufig. Pressemitteilung Nr. 418 vom 26.11.2014. Wiesbaden 2014a. – URL: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/11/PD14_418_132.html
- Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Allgemeinbildende Schulen. Schuljahr 2013/2014. Fachserie 11, Reihe 1. Wiesbaden 2014b
- Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2013. Fachserie 11, Reihe 8. Wiesbaden 2014c. – URL: <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Ausbildungsfoerderung/Aufstiegsfortbildung2110800127004.pdf>
- Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Berufliche Bildung. Berichtsjahr 2013. Fachserie 11, Reihe 3. Wiesbaden 2014d. – URL: <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BeruflicheBildung/BeruflicheBildung.html>
- Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Berufliche Schulen. Schuljahr 2013/2014. Fachserie 11, Reihe 2. Wiesbaden 2014e
- Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen 1980–2013. Fachserie 11, Reihe 4.3. Wiesbaden 2014f
- Statistisches Bundesamt: Bildungsfinanzbericht 2014. Wiesbaden 2014g
- Statistisches Bundesamt: Bruttoinlandsprodukt im 2. Quartal 2014 um 0,2% zurückgegangen. Pressemitteilung Nr. 287 vom 14.08.2014. Wiesbaden 2014h. – URL: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/08/PD14_287_811.html

- Statistisches Bundesamt: GENESIS-Online, Datenbank Aufstiegsfortbildungsförderung, Stand 01.10.2014. Wiesbaden 2014i. – URL: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>
- Statistisches Bundesamt: Integrierte Ausbildungsberichterstattung. Anfänger, Teilnehmer und Absolventen im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern. Berichtsjahr 2013. Wiesbaden 2014j. – URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/IntegrierteAusbildungsberichterstattung5211201137004.pdf?__blob=publicationFile (Abruf: 20.01.2015)
- Statistisches Bundesamt. Weiterbildung 2014. Wiesbaden 2014k
- Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsfortschreibung, GENESIS-Online-Datenbank. Themen: Bevölkerung, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, Tabelle 12411-0006. 2015a. – URL: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>
- Statistisches Bundesamt: Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung 2014. Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern. Wiesbaden 2015b
- Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Studierende an Hochschulen, Sonderauswertung. Fachserie 11, Reihe 4.1. Wiesbaden 2015c
- Struck, Olaf: Psychische Belastungen. Ursachen, Wirkungen, Maßnahmen. In: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 2013 (195), S. 18–23
- Süssmuth, Rita; Sprink, Rolf: Volkshochschule. In: Tippelt, Rudolf; Hippel, Aiga von (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. 5. Auflage. Wiesbaden 2011, S. 473–490
- Tiemann, Michael: Wissensintensive Berufe. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 114. Bonn 2010
- Tiemann, Michael; Schade, Hans-Joachim; Helmrich, Robert; Hall, Anja; Braun, Uta; Bott, Peter: Berufsfeld-Definitionen des BIBB auf Basis der KldB1992. Bonn 2008
- Timmermann, Dieter: Nutzen aus der Sicht der Wissenschaft. In: Nutzen der beruflichen Bildung. Fachtagung des BIBB am 25. und 26. September 1997, Dokumentation. Bielefeld 1998
- Troltsch, Klaus: Strukturen und Entwicklungen der dualen Ausbildung in Technikberufen und Trends im Fachkräfteangebot bis 2015. Gutachten im Rahmen der Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 6/2004. Bonn 2004. – URL: http://www.bmbf.de/pubRD/sdi_06_04.pdf
- Troltsch, Klaus; Gerhards, Christian; Mohr, Sabine: Vom Regen in die Traufe? Unbesetzte Ausbildungsstellen als künftige Herausforderung des Ausbildungsstellenmarktes. In: BIBB-Report 19/12. Bonn 2012a. – URN: urn:nbn:de:0035-0518-6. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6956>
- Troltsch, Klaus; Gerhards, Christian; Mohr, Sabine: Vom Regen in die Traufe? Unbesetzte Ausbildungsstellen als künftige Herausforderung des Ausbildungsstellenmarktes [Nachdruck des BIBB-Reports 19/2012 in Auszügen]. In: Der deutsche Berufsausbilder, H. 4/2012b, S. 4–10
- Troltsch, Klaus; Mohr, Sabine; Gerhards, Christian; Christ, Alexander: Betriebliche Ausbildung als Bestandteil betrieblicher Rekrutierungs- und Qualifizierungsstrategie. In: Bellmann, Lutz; Helmrich, Robert (Hrsg.): Unternehmerische Herausforderungen zu Beginn des demografischen Einbruchs. Bielefeld 2014, S. 109–141
- Troltsch, Klaus; Walden, Günter: Beschäftigungssystem dominiert zunehmend Ausbildungsstellenmarkt: Zur Responsivität des dualen Ausbildungssystems. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 36 (2007) 4, S. 5–9. – URN: urn:nbn:de:0035-bwp-07405-1. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1702>
- Troltsch, Klaus; Walden, Günter: Beschäftigungsentwicklung und Dynamik des betrieblichen Ausbildungsangebotes. Eine Analyse für den Zeitraum 1999 bis 2008. In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 43 (2010) 2, S. 107–124
- Troltsch, Klaus; Walden, Günter: Ausbildungsbeteiligung der Wirtschaft: Welche Indikatoren stehen zur Verfügung? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 43 (2014) 3, S. 4–5. – URN: urn:nbn:de:0035-bwp-14304-4. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/7273>

- Uhly, Alexandra: Die Zukunftsfähigkeit technischer Berufe im dualen System. Empirische Analysen auf der Basis der Berufsbildungsstatistik. Gutachten im Rahmen der Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 5/2005. Bonn 2005. – URL: <http://www.bibb.de/dokumente/pdf/sdi-05-05.pdf>
- Uhly, Alexandra: Weitreichende Verbesserungen der Berufsbildungsstatistik ab April 2007. Zur Aussagekraft der Berufsbildungsstatistik für die Berufsbildungsforschung und Politikberatung. In: Krekel, Elisabeth M; Uhly, Alexandra; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld konkurrierender Interessen. Die Ausbildungsstatistik und ihr Beitrag für Praxis, Politik und Wissenschaft. Bundesinstitut für Berufsbildung, Forschung Spezial, H. 11/2006, S. 39–63
- Uhly, Alexandra: Der berufsstrukturelle Wandel in der dualen Berufsausbildung: empirische Befunde auf Basis der Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes. In: Walden, Günter (Hrsg.): Qualifikationsentwicklung im Dienstleistungsbereich: Herausforderungen für das duale System der Berufsausbildung. Bielefeld 2007a, S. 209–257
- Uhly, Alexandra: Strukturen und Entwicklungen im Bereich technischer Ausbildungsberufe des dualen Systems der Berufsausbildung. Empirische Analysen auf der Basis der Berufsbildungsstatistik. BMBF-Reihe: Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 2-2007. Berlin 2007b. – URL: <http://www.bibb.de/dokumente/pdf/sdi-02-07.pdf>
- Uhly, Alexandra: Jugendliche mit Hauptschulabschluss in der dualen Berufsausbildung. Bildungsvoraussetzungen im Kontext berufsstruktureller Entwicklungen. In: Euler, Dieter; Walwei, Ulrich; Weiß, Reinhold (Hrsg.): Berufsforschung für eine moderne Berufsbildung – Stand und Perspektiven. Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Beiheft 24. Stuttgart 2010, S. 175–203
- Uhly, Alexandra: Kurzexpertise zur „Variablendefinition Anschlussvertrag“ im Rahmen der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Bonn 2011. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_expertise_neuabgrenzung_anschlussvertraege.pdf (Abruf: 18.12.2014)
- Uhly, Alexandra: Die Konstruktion von Kohortendatensätzen auf Basis der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Am Beispiel der Anfängerkohorte 2008. Diskussionspapier. Bonn 2012. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_methodenpapier_kohortendatensaetze_bbs_bibb.pdf (Abruf: 18.12.2014)
- Uhly, Alexandra: Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen – einseitige Perspektive dominiert die öffentliche Diskussion. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 42 (2013) 6, S. 4–5. – URN: urn:nbn:de:0035-bwp-13604-3. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/7160>
- Uhly, Alexandra: Erläuterungen zum „Datensystem Auszubildende“ (DAZUBI). Auszubildenden-Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31.12.). Datenstand 2013. Bonn 2014a
- Uhly, Alexandra: Zu Problemen der Berechnung einer Abbruchquote für die duale Berufsausbildung. Alternative Kalkulationen auf Basis der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Diskussionspapier, Bonn 2014b. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_methodenpapier_abbruchquote_jan-2014.pdf (Stand 12.12.2014)
- Uhly, Alexandra: Vorzeitige Vertragslösungen und Ausbildungsverlauf in der dualen Berufsausbildung. Forschungsstand, Datenlage und Analysemöglichkeiten auf Basis der Berufsbildungsstatistik. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 157. Bonn 2015. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/wdp-157_barrierefrei.pdf
- Uhly, Alexandra; Flemming, Simone; Schmidt, Daniel; Schüller, Frank: Zwei Erhebungen zu neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Konzeptionelle Unterschiede zwischen der „Berufsbildungsstatistik zum 31.12.“ und der „BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09.“. Bonn 2009. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_ausweitstat_methodenpapier-vergleich-BIBB-StBA-2009.pdf

- Uhly, Alexandra; Kroll, Stephan; Krekel, Elisabeth M.: Strukturen und Entwicklungen der zweijährigen Ausbildungsberufe des dualen Systems. Ergebnisse aus der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31.12.) sowie der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09. In: Wissenschaftliche Diskussionspapiere 128, Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bonn 2011
- Uhly, Alexandra; Trotsch, Klaus: Duale Berufsausbildung in der Dienstleistungs- und Wissensökonomie. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Bd. 105/Heft 1/2009, S. 15–32
- Ulrich, Joachim Gerd: Benachteiligung – was ist das? Überlegungen zu Stigmatisierung und Marginalisierung im Bereich der Lehrlingsausbildung. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 67 (1998) 4, S. 370–380
- Ulrich, Joachim Gerd: Jugendliche im Übergangssystem – eine Bestandsaufnahme. In: BWP@ Spezial 4, Hochschultage Berufliche Bildung 2008, September 2008. – URL: http://www.bwpat.de/ht2008/ws12/ulrich_ws12-ht2008_spezial4.pdf (Abruf: 20.01.15)
- Ulrich, Joachim Gerd: Indikatoren zu den Verhältnissen auf dem Ausbildungsmarkt. In: Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel: Beteiligung an beruflicher Bildung – Indikatoren und Quoten im Überblick. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 133. Bonn 2012a, S. 48–65
- Ulrich, Joachim Gerd: Indikatoren zur Einmündung in duale Berufsausbildung. In: Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel: Beteiligung an beruflicher Bildung – Indikatoren und Quoten im Überblick. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 133. Bonn 2012b, S. 66–83
- Ulrich, Joachim Gerd; Eberhard, Verena; Krekel, Elisabeth M.: Der Aufschwung auf dem Ausbildungsmarkt schreitet weiter voran – an vielen Lehrstellenbewerbern in den Großstädten geht er jedoch vorbei. Bonn 2007. – URL: <http://www.bibb.de/de/16623.php>
- Ulrich, Joachim Gerd; Ehrenthal, Bettina; Häfner, Elfriede: Regionale Mobilitätsbereitschaft und Mobilität der Ausbildungsstellenbewerber. In: Eberhard, Verena; Krewerth, Andreas; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Mangelware Lehrstelle. Zur aktuellen Lage der Ausbildungsplatzbewerber in Deutschland. Bielefeld 2006, S. 99–120
- Ulrich, Joachim Gerd; Krekel, Elisabeth M.: Zur Situation der Altbewerber in Deutschland. Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2006. BIBB REPORT 1/2007. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2007. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2007_01.pdf
- Ulrich, Joachim Gerd; Krekel, Elisabeth M.; Walden, Günter; Matthes, Stephanie: Wenn Angebot und Nachfrage immer seltener zusammenfinden – Wachsende Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt: Analysen und Lösungsansätze. Fachbeiträge im Internet des Bundesinstituts für Berufsbildung. Bonn 2014. URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/7333>
- Ulrich, Joachim Gerd; Matthes, Stephanie; Flemming, Simone; Granath, Ralf-Olaf; Krekel, Elisabeth M.: Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2013. Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge fällt auf historischen Tiefstand. BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September. Bonn 2013. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_beitrag_naa-2013.pdf
- UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization): General Conference. 36th Session, Paris 2011. Item 5.5 of the provisional agenda. Revision of the International Standard Classification of Education (ISCED). 36C/19. Paris 2011
- Velten, Stefanie; Schnitzler Annalisa: Inventar zur betrieblichen Ausbildungsqualität (IBAQ). In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Band 08, Heft 4/2012, S. 511–527
- Walden, Günter: Duale Berufsausbildung in der Dienstleistungsgesellschaft? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 36 (2007) 6, S. 43–46. – URN: urn:nbn:de:0035-bwp-07643-9. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1704>
- Walden, Günter; Trotsch, Klaus: Apprenticeship training in Germany – still a future-oriented model for recruiting skilled workers? In: Fuller, Alison; Unwin, Lorna (Hrsg.): Contemporary Apprenticeship. International Perspectives on an Evolving Model of Learning. London 2014, S. 74–64

- Weiß, Reinhold: Anerkannte Fortbildungsabschlüsse – Aufstiegsfortbildung unter Reformdruck. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 43 (2014) 4, S. 6–9. – URN: urn:nbn:de:0035-bwp-14406-7. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/7370>
- Wenzelmann, Felix; Lemmermann, Heike: Betriebliche Kosten von Vertragslösungen. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP)* 41 (2012) 5, S. 4–5. – URN: urn:nbn:de:0035-bwp-12500-6. URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/6949>
- Werner, Rudolf: Erfolgsquote bei Abschlussprüfungen – neue Berechnungsmethode berücksichtigt Wiederholer. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 27 (1998) 5, S. 42–45
- Werner, Rudolf: Entwicklung der Berufsbildungsstatistik – Grundlagen und Inhalte seit 1950. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 29 (2000) 4, S. 23–28. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1658>
- Wirtschaftsministerkonferenz: Beschluss-Sammlung der Wirtschaftsministerkonferenz am 4./5. Juni 2012 auf Schloss Krickenbeck. Berlin 2012
- Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu hochschulischen Qualifikationen für das Gesundheitswesen. Berlin 2012
- Wolff, Heimfrid: Das Dienstleistungswachstum – eine moderne Umwegproduktion. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 23 (1990) 1, S. 63–67. – URL: http://doku.iab.de/mittab/1990/1990_1_MittAB_Wolff.pdf
- Wuppertaler Kreis (Hrsg.): Trends in der Weiterbildung – Verbandsumfrage 2014. Köln 2014. – URL: <http://www.wkr-ev.de/trends14/trends2014.pdf> (Abruf: 07.11.2014)
- Zabeck, Jürgen: *Geschichte der Berufserziehung und ihrer Theorie*. Paderborn 2009
- Zika, Gerd; Helmrich, Robert; Kalinowski, Michael; Wolter, Marc Ingo; Hummel, Markus; Maier, Tobias; Hänisch, Carsten; Drosdowski, Thomas: In der Arbeitszeit steckt noch eine Menge Potenzial. Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis 2030. In: *IAB-Kurzbericht* 18/2012, S. 1–12. – URL: <http://www.iab.de/194/section.aspx/Publikation/k121026j01>
- Zimmermann, S.: Intern versus extern – eine personalökonomische Analyse von Einflussfaktoren auf die Besetzung von Spitzenführungspositionen. In: *Zeitschrift für Personalforschung* 23 (2009) 3, S. 195–218
- Zitzelsberger, Roman: Weiterbildung und Qualifizierung – Erfahrungen und Aufgaben der Tarifpolitik. In: Schröder, Lothar; Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): *Gute Arbeit. Qualitative Tarifpolitik – Arbeitsgestaltung – Qualifizierung*. Frankfurt a. Main 2015, S. 97–110
- Zöllner, Maria: Gesundheitsfachberufe im Überblick. Unter Mitarbeit von: Markus Linten, Sabine Prüstel, Anja Dorothee Schmickler, Jörg Schröder, Petra Steiner, Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), *Wissenschaftliche Diskussionspapiere* 153. Bonn 2014. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/7369>
- Zöllner, Maria: *Vollzeitschulische Ausbildungsgänge mit einem beruflichen Abschluss gemäß und außerhalb BBiG/HwO – Vertiefende Analysen der Entwicklungen in Deutschland*. Bonn 2015. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/en/publication/show/id/7661>

Schlagwortverzeichnis

Schlagwort	Kapitel
<i>Abbruchquote siehe Vertragslösung und Vertragslösungsquote</i>	
<i>Abkürzung siehe Ausbildungsverträge, verkürzte Ausbildungsdauer (Berufsbildungsstatistik)</i>	
Abschlussbezeichnungen (berufliche Fortbildung)	B4.2
<i>Abschlussprüfung siehe Prüfung – Abschlussprüfung</i>	
Absolventen/-innen (Berufsbildungsstatistik)	A4.5
Adult Education Survey (AES)	B1.1, B1.2.2
Akademisierung	A5.1.4
Aktivierungshilfen	D1.1
Altbewerber/-innen (Ausbildungsmarkt)	A1, A1.1, A1.3, A3.1
<i>Alter der Auszubildenden (Berufsbildungsstatistik) siehe Auszubildende, Alter (Berufsbildungsstatistik)</i>	
<i>Anerkannte Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO siehe Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO</i>	
Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse	E4
Anfänger/-innen (Berufsbildungsstatistik)	A4.5
Anfänger/-innen (integrierte Ausbildungsberichterstattung)	A6
Anfänger/-innen (Schulstatistik)	A5.1
Anforderungen in der Berufsausbildung	A4.9, A4.11
Angebots-Nachfrage-Relation (ANR), traditionelle	A1, A1.1, A1.4, A2
Angebots-Nachfrage-Relation, erweitert (eANR)	A1, A1.1, A1.4, A1.4.2, A2
Angebots-Nachfrage-Relation, erweitert, betriebliche (eANRbetr)	A1.4
Angebotspotenzial	A2
ANKOM – Übergänge von der beruflichen in die hochschulische Bildung (BMBF-Förderinitiative)	D2
Anschlussverträge nach BBiG/HwO (Berufsbildungsstatistik)	A4.3
Anschlussverträge nach BBiG/HwO (BIBB-Erhebung 30. September)	A1.2
Arbeitsmarkt	C3.1, C3.2, C3.3, C3.4
Assistenz- und Helferausbildungen	A5.1.4
Aufstiegsfortbildung	B1.2.3, B3.2, B4.4, B4.5
Aufstiegsfortbildung, Nutzen von	B4.5
Aufstiegsfortbildung, Ziele von	B4.5
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)	B3.2
<i>Aufstiegsstipendium siehe Programm Aufstiegsstipendium</i>	
<i>Ausbilder, betriebliche Ausbildung siehe Ausbildungspersonal</i>	
<i>Ausbildereignungsprüfungen siehe Prüfung – Ausbildereignungsprüfung</i>	
Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO)	A4.10.4
Ausbildung im öffentlichen Dienst (Personalstandstatistik Statistisches Bundesamt)	A5.2
Ausbildung nach BBiG/HwO an Berufsfachschulen	A5.1
Ausbildung nach BBiG/HwO, gefördert (außerbetrieblich)	A1.3

Schlagwort	Kapitel
Ausbildung nach BBiG/HwO, ungefördert (betrieblich)	A1.3
Ausbildung, bundesrechtlich geregelt	A5.1
Ausbildung, landesrechtlich geregelt	A5.1
<i>Ausbildung, schulisch siehe schulische Berufsausbildung</i>	
Ausbildungen mit Abschluss nach Landesrecht	A5.1
AusbildungPlus	A5.3
<i>Ausbildungsabbruch siehe Vertragslösung und Vertragslösungsquote</i>	
Ausbildungsabsolventenquote (Berufsbildungsstatistik)	A4.5
Ausbildungsaktivität von Betrieben	A4.10.2
Ausbildungsanfänger/-innen (Berufsbildungsstatistik)	A4.3, A4.5
Ausbildungsanfängerkohorte (Berufsbildungsstatistik)	A4.7
Ausbildungsanfängerquote (AAQ, Berufsbildungsstatistik)	A4.5, A4.9
Ausbildungsangebot, regional	A1.4
Ausbildungsbedingungen	A4.9
Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH)	D1.1
Ausbildungsberechtigung von Betrieben	A4.10.2
<i>Ausbildungsbereiche siehe Zuständigkeitsbereiche</i>	
Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (BIBB-Erhebung 30. September)	A1.2
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO mit Anrechnungsmöglichkeit	A4.1.2
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, mit Fachrichtungen	A4.1.2
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, mit Schwerpunkten	A4.1.2
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, mit Wahlqualifikationen	A4.1.2
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, neue und modernisierte (Ausbildungsordnungen)	A4.1.3
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, neue und modernisierte (BIBB-Erhebung 30. September)	A1.2
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, Strukturmerkmale	A4.1.2
Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen	A4.5, A4.9
Ausbildungsbeteiligung von Betrieben	A4.10.1, B1.2.3, C1.4, C2.1, C2.3
Ausbildungsbeteiligungsquote der Jugendlichen (Berufsbildungsstatistik)	A4.5
Ausbildungsbetriebsquote	A4.10.1
Ausbildungsdauer nach BBiG/HwO	A4.1.2, A4.1.3
Ausbildungsentscheidung (Studienberechtigte)	A3.3.1
Ausbildungsförderung	A7.2, D1.1
Ausbildungsgänge außerhalb BBiG/HwO an Berufsfachschulen	A5.1
Ausbildungsgänge, vollzeitschulisch	A5.1
Ausbildungsgeschehen (iABE)	A6

Schlagwort	Kapitel
Ausbildungsintention (Studienberechtigte)	A3.3.1
Ausbildungsinteressierte	A1, A1.1, A1.4.1
Ausbildungskosten	A7.2, A7.3
Ausbildungsmarkt	A1, A1.1, A1.4.2, A3.1.2
Ausbildungsmarktbilanz	A1, A1.1, A1.4.2
Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)	A1, A1.1, A1.3, A1.4, A1.4.2
Ausbildungsnachfrage, regional	A1.4
<i>Ausbildungsordnungen, Strukturmerkmale siehe Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, Strukturmerkmale</i>	
Ausbildungspersonal	A4.10.4, B2.1.2
Ausbildungsplatzangebot	A1, A1.1, A2, A1.4.2
Ausbildungsplatzangebot, Vorausschätzung für 2015	A2
<i>Ausbildungsplätze, außerbetriebliche siehe Ausbildungsplätze, überwiegend öffentlich finanzierte</i>	
Ausbildungsplätze, betrieblich angebotene (Anbetr)	A1.4
Ausbildungsplätze, betriebliche (Statistik)	A1, A1.1
Ausbildungsplätze, Gesamtangebot an (AN)	A1.4
Ausbildungsplätze, staatlich geförderte (Statistik)	A1, A1.1
Ausbildungsplätze, überwiegend öffentlich finanzierte (Statistik)	A1, A1.1
Ausbildungsplätze, unbesetzte (Statistik)	A1.4
Ausbildungsplatznachfrage	A1, A1.1, A1.4.2, A2
Ausbildungsplatznachfrage, Gesamtnachfrage (erw. Def.) (eNA)	A1.4
Ausbildungsplatznachfrage, Gesamtnachfrage nach alter Def. (Na)	A1.4
Ausbildungsplatznachfrage, Vorausschätzung für 2015	A2.2
Ausbildungsquote	A4.10.1
Ausbildungsrahmenplan	A4.1.1
<i>Ausbildungsstellen siehe Ausbildungsplätze und Berufsausbildungsstellen</i>	
Ausbildungsstellenangebot	A1.3
<i>Ausbildungsstellenbewerber siehe Bewerber/-innen</i>	
Ausbildungsstellenbewerber, gemeldete	A1, A1.1, A2
Ausbildungsstellenbewerber, mit Alternative zum 30. September	A2
Ausbildungsstellenbewerber, unversorgte	A2
Ausbildungsstellenbewerber/-innen	A1.3
Ausbildungsstellenmarkt, regional	A1.4
Ausbildungsstellennachfrage	A1.3
Ausbildungsvergütung	A7.1
Ausbildungsverträge, begonnene	A4.3
Ausbildungsverträge, Bestand am 31.12. (Berufsbildungsstatistik)	A4.2
Ausbildungsverträge, betrieblich finanzierte (BIBB-Erhebung 30. September)	A1.2
Ausbildungsverträge, neu abgeschlossene (BIBB-Erhebung 30. September)	A1, A1.1, A1.2, A1.4

Schlagwort	Kapitel
Ausbildungsverträge, neu abgeschlossene – Neuabschlüsse (Berufsbildungsstatistik)	A4.3, A4.4, A4.5
Ausbildungsverträge, neu abgeschlossene – Neuabschlüsse, überwiegend öffentlich finanziert (Berufsbildungsstatistik)	A4.3, A4.5
Ausbildungsverträge, neu abgeschlossene betriebliche (BIBB-Erhebung 30. September)	A1, A1.1
Ausbildungsverträge, überwiegend öffentlich finanzierte (Berufsbildungsstatistik)	A4.3, A4.4, A4.6.2
Ausbildungsverträge, überwiegend öffentlich finanzierte (BIBB-Erhebung 30. September)	A1, A1.1, A1.2
Ausbildungsverträge, verkürzte Ausbildungsdauer (Berufsbildungsstatistik)	A4.3
Ausbildungsverträge, verkürzte Ausbildungsdauer (BIBB-Erhebung 30. September)	A1.2
Ausbildungsverträge, zweijährige Berufe (Berufsbildungsstatistik)	A4.4, A4.6.1
Ausbildungsverträge, zweijährige Berufe (BIBB-Erhebung 30. September)	A1.2
Ausbildungswechsel	A4.3
Ausbildungszufriedenheit	A4.9
Ausgaben der öffentlichen Hand (Aus- und Weiterbildung)	A7.2, B3.5
Ausländer/-innen (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.2
Ausländische Auszubildende	A4.2
<i>Ausländische Berufsabschlüsse siehe Berufsabschlüsse, ausländische</i>	
Auslandsaufenthalte (Mobilität)	E3
<i>Außerbetriebliche Ausbildung siehe Ausbildungsverträge, überwiegend öffentlich finanzierte (BIBB-Erhebung 30. September, Berufsbildungsstatistik)</i>	
Auszubildende, Alter (Berufsbildungsstatistik)	A4.5
Auszubildende, Bestandszahlen (Berufsbildungsstatistik)	A4.2
Auszubildende, höchster allgemeinbildender Schulabschluss (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.1
Auszubildende, schulische Vorbildung	A4.9
BA/BIBB-Bewerberbefragung 2014	A3.1, A3.1.2, A4.9
<i>Begabtenförderung berufliche Bildung siehe Programm Weiterbildungsstipendium/ Programm Aufstiegsstipendium</i>	
<i>Behinderung/Behinderte Menschen siehe Menschen mit Behinderungen</i>	
Benachteiligtenförderung	D1.1
<i>Berufe siehe Ausbildungsberufe, Fortbildungsberufe</i>	
Berufliche Handlungsfähigkeit	A4.1.1
Berufliche Höherqualifizierung	B3.2
<i>Berufliche Weiterbildung siehe Weiterbildung, berufliche</i>	
<i>Beruflicher Verbleib siehe Übergang Ausbildung – Beschäftigung</i>	
Berufsabschluss (nachträglicher Erwerb)	B3.4
Berufsabschlüsse (Berufsbildungsstatistik)	A4.8
Berufsabschlüsse, ausländische – Anerkennung	E4
Berufsakademie	A5.3
Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE)	D1.1
<i>Berufsausbildung siehe Ausbildung</i>	
Berufsausbildung vor/parallel zum Erwerb der Hochschulreife	A3.3.2

Schlagwort**Kapitel**

Berufsausbildung, Finanzierung	A7.3
Berufsausbildungsstellen, gemeldete (Ausbildungsmarkt)	A1, A1.1, A1.3
Berufsausbildungsstellen, unbesetzte (Ausbildungsmarkt)	A1.3
Berufsbegleitende Studiengänge	B2.3, B3.3.2
Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung	D2
Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder	A4.2, A4.3, A4.4, A4.5, A4.6.2
Berufsbildungsstatistik, Aggregatdatenerfassung	A4.2
Berufsbildungsstatistik, Einzeldatenerfassung	A4.2
Berufsbildungsstatistik, neue Merkmale	A4.3
Berufsbildungsstatistik, Revision	A4.2
Berufseinstiegsbegleitung	D1.1, A7.2
Berufsfachschulen	A5, A6
Berufsgattungen	B4.3
Berufsgrundbildungsjahr (BGJ)	A4.6.2, A6.1, A6.2, A7.2
Berufsgruppen	A4.6.1
Berufskonzept	A3.1.2
Berufsorientierung	A3.1.2, D1.1
Berufsstruktur (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
Berufsvorbereitende Qualifizierung und berufliche Grundbildung	A4.6.2
Berufsvorbereitung, Maßnahmen der BA	D1.1
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)	A4.6.2, A6.1, A7.2
Besetzungsprobleme (Ausbildungsmarkt)	A3.1.2
<i>Betriebliche Ausbildungsbeteiligung siehe Ausbildungsbeteiligung von Betrieben</i>	
Bewerber/-innen	A3.1.2
Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund	A3.1
Bewerber/-innen, alternativ verbliebene	A1.3
Bewerber/-innen, offiziell unbekannt verbliebene	A3.1
Bewerber/-innen, unvermittelte	A1.3
Bewerber/-innen, unversorgte	A1.3, A1.4
BIBB/BAuA-Jugenderwerbstätigenbefragung 2011/2012	A4.9, A 4.11
BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September	A1, A1.1, A1.2
BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen	A8.2, C3.3, C3.4
BIBB-Qualifizierungspanel	A4.10.3, B1.2.3, C2.1, C2.2, C2.3, C2.5, C2.6
BIBB-Übergangsstudie 2006, 2011	A3.2, A4.9
Bildungsausgaben	A7.2, B3.5
Bildungsfinanzierung	B3.5, B3.6, B3.7
<i>Bildungspersonal siehe Ausbildungspersonal</i>	
Bildungsprämie (Programm Bildungsprämie)	B3.7
CVTS (Continuing Vocational Training Survey)	B1.2.2

Schlagwort	Kapitel
Demografische Entwicklung	A1, A1.1, A6, C1.1
Deutscher Qualifikationsrahmen (DQR)	A4.1.1
Dienstleistungsberufe (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
<i>Distance Learning siehe Fernlernen</i>	
Duale Studiengänge (Duales Studium)	A5.3
Durchlässigkeit	A5.3, D2
Einmündung von jungen Fachkräften in Beschäftigung	A8.1
Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Jugendlichen (EQI)	A1, A1.1
Einstiegsqualifizierung	A6.1, A6.2, A7.2, C2.2, D1.1
ERASMUS+	E3
Erfolgsquote Abschlussprüfungen im dualen System (Berufsbildungsstatistik)	A4.8
Erfolgsquote Fortbildungs- und Meisterprüfungen	A4.10.4, B4.4
<i>Erste Schwelle siehe Übergang Schule – Ausbildung</i>	
Erziehungsberufe	B4.3
<i>EU-Arbeitsprogramm 2020 siehe Gemeinsames europäisches Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2020“</i>	
Europäische Benchmarks	E1
<i>Europäische Erhebungen zur betrieblichen Weiterbildung siehe CVTS</i>	
Evaluationsrichtlinien für Modellvorhaben	A5.1.4
Externe Rekrutierung	B1.2.3, B2.1.2
<i>Externenprüfung siehe Prüfung – Externenprüfung</i>	
Fachhochschule	A5.3
<i>Fachkräfteengpässe siehe Passungsprobleme</i>	
Fachschulen der Länder	B4.3
Fernlernen	B2.3
Fernstudium	B2.3
Fernunterricht (Statistik)	B2.3
<i>Finanzierung betrieblicher Weiterbildung siehe Weiterbildung, Finanzierung</i>	
Foraus.de	A4.10.4
Förderung beruflicher Weiterbildung	B3.1
Förderung von beruflichen Aufstiegsfortbildungen	B3.2
Fortbildung, beruflich	B4.1
Fortbildungsabschlüsse, geregelte	B4.1
Fortbildungsordnungen	B4.1, B4.2
<i>Fortbildungsprüfungen siehe Prüfung – Fortbildungsprüfung</i>	
<i>Freie Berufe siehe Zuständigkeitsbereiche</i>	
Gemeinsames europäisches Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2020“	E1
<i>Geregelte Fortbildungsabschlüsse siehe Fortbildungsabschlüsse, geregelte</i>	
<i>Geschäftsklima in der Weiterbildung siehe Klimawert</i>	

Schlagwort	Kapitel
Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufe (GES-Berufe)	A5.1
Gesundheitsberufe	A5.1.4
Gesundheitsfachberufe	A5.1.4
Gutscheinprogramm (Bildungsgutscheine)	B3.7
Handlungsfelder	A4.1.1, D1.1
<i>Handwerk siehe Zuständigkeitsbereiche</i>	
Haushaltsmittel (Aus- und Weiterbildung)	A7.2, B3.5
<i>Hauswirtschaft siehe Zuständigkeitsbereiche</i>	
<i>Herkunft siehe Migrationshintergrund</i>	
Hochschulzugangsberechtigung	A3.3.1, A3.3.2
IAB-Betriebspanel	A4.10.2, B1.2.1, C2.6
<i>Industrie und Handel siehe Zuständigkeitsbereiche</i>	
Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE)	A6
Jugendarbeitslosigkeit (im europäischen Vergleich)	E1
Jugendliche mit Migrationshintergrund	A3.2
Jugendliche, ausbildungsinteressierte (Berufsausbildungsmarkt)	A1, A1.1
<i>Junge Menschen ohne Berufsabschluss siehe nicht formal Qualifizierte</i>	
<i>Klimawert siehe Wirtschaftsklima in der Weiterbildung</i>	
Kohortendatensatz (Berufsbildungsstatistik)	A4.7
Kompetenzdimensionen (Ausbildungsordnungen)	A4.1.1
<i>Kompetenzzentren siehe überbetriebliche Berufsbildungsstätten (ÜBS)</i>	
Konten des Ausbildungsgeschehens (iABE)	A6
Kopenhagen-Prozess	E1
Kosten der beruflichen Ausbildung	A7.1, A7.3
Kündigung (des Ausbildungsvertrags)	A4.7
<i>Landwirtschaft siehe Zuständigkeitsbereiche</i>	
Lebensbegleitendes/Lebenslanges Lernen	B2.1.2, B2.3, B3.7
LEONARDO DA VINCI (EU-Programm)	E3
<i>Lösungsquote, Ausbildungsvertrag (Berufsbildungsstatistik) siehe Vertragslösungsquote</i>	
Marktungleichgewicht (duales Berufsbildungssystem)	A1, A1.1, A1.4.2
Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe	B4.3
Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung	B3.1
Mechatronik- und Elektroberufe	B4.3
Mehrfachausbildungen	A4.3
Meister-BAföG	B3.2
<i>Meisterprüfungen siehe Prüfung – Meisterprüfung</i>	
Menschen mit Behinderungen (Ausbildungsregelungen nach § 66 BBiG bzw. 42m HwO)	A1.2, A4.4
Menschen mit Behinderungen (außerbetriebliche Berufsausbildung gem. § 76 SGB III, rehaspezifische BvB)	D1.1
Migrationshintergrund, Jugendliche	A4.9, B3.3.1

Schlagwort	Kapitel
<i>Mismatch siehe Passung, Passungsprobleme</i>	
Mobilität (regionale)	A1.4.2, E3, D2
Modellversuche in der beruflichen Bildung	A4.1.3, A4.4
Modernisierte Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO	A4.1.2
Monoberufe im dualen System nach BBiG/HwO	A2
Nachfragepotenzial (Ausbildungsmarkt)	B3.4, D1.1
Nachqualifizierung, berufliche	A1, A1.1
Nachvermittlung (Ausbildungsmarkt)	
<i>Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (Berufsbildungsstatistik)</i>	
<i>siehe Ausbildungsverträge, neu abgeschlossene – Neuabschlüsse (Berufsbildungsstatistik)</i>	
<i>Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (BIBB-Erhebung 30. September)</i>	
<i>siehe Ausbildungsverträge, neu abgeschlossene (BIBB-Erhebung 30. September)</i>	
<i>Neuabschlüsse (Berufsbildungsstatistik) siehe Ausbildungsverträge, neu abgeschlossene (Berufsbildungsstatistik)</i>	
Neue Ausbildungsberufe im dualen System nach BBiG/HwO (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
Neuordnung von Ausbildungsberufen im dualen System nach BBiG/HwO	A4.1.2, A4.1.3
Nicht formal Qualifizierte (nfQ)	A8.3
Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung	A7.3
<i>Öffentlich geförderte Weiterbildung siehe Förderung beruflicher Weiterbildung</i>	
<i>Öffentlicher Dienst siehe Zuständigkeitsbereiche</i>	
Öffentlicher Dienst, Ausbildung (Personalstandstatistik Statistisches Bundesamt)	A5.2
<i>Ohne Berufsabschluss siehe nicht formal Qualifizierte (nfQ)</i>	
Passung in der Berufsausbildung	A4.11
Passungsprobleme	A1.1, A1.4.2, C2.1, C2.3, C4, E2
Personalgewinnung (Weiterbildung)	B2.1.2
Personal in der Weiterbildung	B2.1.2
Personalstrukturen in der Weiterbildung	B2.1.1
Pflegeberufe	A5.1.4
PIAAC – Programme for the International Assessment of Adult Competencies	E2
Prekäre Beschäftigung	A8.1
Produktionsberufe (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
Programm Aufstiegsstipendium	B3.3.2
Programm Bildungsprämie	B3.7
Programm Weiterbildungsstipendium	B3.3.1
Programme zur Förderung der Berufsausbildung (Bundes- und Länderprogramme)	D1.1, D1.2
PROSIMA, Ökonometrisches Prognose- und Simulationsmodell des Ausbildungssystems	A2
Prüfung – Abschlussprüfung (Berufsbildungsstatistik)	A4.8
Prüfung – Ausbildereignungsprüfung	A4.10.4
Prüfung – Externenprüfung	B3.4
Prüfung – Externenprüfung (Berufsbildungsstatistik)	A4.8

Schlagwort	Kapitel
Prüfung – Fortbildungsprüfung	B4.4
Prüfung – Meisterprüfung	A4.10.4, B4.1, B4.4
Prüfungen – Umschulungsprüfungen	A4.8, B4.4
Prüfungserfolg – Abschlussprüfung in der beruflichen Ausbildung	A4.7, A4.8
Prüfungserfolg – Fortbildungsprüfung	B4.4
Qualifizierungstarifverträge	B3.6
Qualifizierungswege (Studienberechtigte)	A3.3.1, A3.3.2
Quantitative Synopse über das Ausbildungsgeschehen (iABE)	A6
Regionale Entwicklung der Berufsausbildung	A1.4
Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen	A1, A1.1, A3.1.2, A4.6.1, A4.9
Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen, Entwicklung der Zahl der	A2
Schulabschluss, höchster allgemeinbildender (Berufsbildungsstatistik)	A3.1.2, A4.6.1
Schulausbildung	A5.1
<i>Schulberufsausbildung siehe schulische Berufsausbildung</i>	
Schulberufssystem	A5.1
Schulen des Gesundheitswesens	A5.1.1, A5.1.3, A5.1.4
Schulische Berufsausbildung	A5.1
Schulische Vorbildung der Auszubildenden (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.1, A4.6.2
<i>Seeschifffahrt siehe Zuständigkeitsbereiche</i>	
Sektoren des Ausbildungsgeschehens (iABE)	A6
SGB II – Förderung beruflicher Weiterbildung	B3.1
SGB III – Förderung beruflicher Weiterbildung	B3.1
Sonderprogramm WeGebAU	B3.1
Studienberechtigte	A3.3.2
Studienentscheidung	A3.3.1
<i>Studiengänge/Studium, dual siehe duale Studiengänge</i>	
Studienintention	A3.3.1
Studieren ohne Abitur	B2.3, B3.3.2
Tariffonds	B3.6
<i>Tarifliche Ausbildungsvergütung siehe Ausbildungsvergütung</i>	
Tarifparteien	B3.6
Tarifpartner	A7.1
<i>Tarifvertraglich geregelte Finanzierung beruflicher Weiterbildung siehe Weiterbildung, Finanzierung</i>	
Technikberufe (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
<i>Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung siehe Weiterbildungsbeteiligung</i>	
Teilqualifikationen	B3.4
Teilzeitberufsausbildung (Berufsbildungsstatistik)	A4.3
Tertiarisierung der dualen Berufsausbildung (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe	B4.3

Schlagwort	Kapitel
Überbetriebliche Berufsbildungsstätten (ÜBS)	D3
<i>Überbetriebliche Berufsbildungszentren (ÜBZ) siehe überbetriebliche Berufsbildungsstätten (ÜBS)</i>	
Übergang Ausbildung – Beruf	A4.9
Übergang Ausbildung – Beschäftigung	A8.1
Übergang in betriebliche Berufsausbildung	A3.2
Übergang in vollqualifizierende Ausbildung	A3.2
Übergang Schule – Ausbildung	A3.1.2, A4.9
Übergang Schule – Beruf	D1.1
Übergangsbereich (iABE)	A6
Übergangsbereich (Übergangssystem)	A4.6.2
Übernahmeverhalten von Betrieben	A4.10.2, A7.3, C2.6
<i>Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverträge siehe Ausbildungsverträge, überwiegend öffentlich finanzierte</i>	
Umschulung	B4.1
<i>Umschulungsordnungen siehe Fortbildungsabschlüsse, geregelte</i>	
<i>Umschulungsprüfung siehe Prüfung – Umschulungsprüfung</i>	
<i>Unbesetzte Arbeitsstellen siehe Arbeitsstellen, unbesetzte</i>	
<i>Unbesetzte Ausbildungsstellen siehe Berufsausbildungsstellen, unbesetzte</i>	
<i>Unbesetzte Berufsausbildungsstellen siehe Berufsausbildungsstellen, unbesetzte</i>	
<i>Ungelernte siehe nicht formal Qualifizierte (nfQ)</i>	
<i>Unvermittelte Bewerber/-innen (Ausbildungsmarkt) siehe Bewerber/-innen, unvermittelte</i>	
<i>Unversorgte Bewerber/-innen (Ausbildungsmarkt) siehe Bewerber/-innen, unversorgte</i>	
Verbleib der Ausbildungsstellenbewerber/-innen (Ausbildungsmarktstatistik)	A1.3
<i>Verkürzung der Ausbildungsdauer (Berufsbildungsstatistik) siehe Ausbildungsverträge, verkürzte Ausbildungsdauer (Berufsbildungsstatistik)</i>	
<i>Verkürzung der Ausbildungsdauer (BIBB-Erhebung 30. September) siehe Ausbildungsverträge, verkürzte Ausbildungsdauer (BIBB-Erhebung 30. September)</i>	
Versorgungsprobleme (Ausbildungsmarkt)	A3.1.2
Vertragslösung (Berufsbildungsstatistik)	A4.7
Vertragslösung (BIBB-Qualifizierungspanel)	C2.5
Vertragslösungsquote (Berufsbildungsstatistik)	A4.7
Vertragswechsel (Berufsbildungsstatistik)	A4.3
Volkshochschulen (VHS)	B2.1.1, B2.1.2, B2.2.1
<i>Vollqualifizierende schulische Berufsausbildung siehe schulische Berufsausbildung</i>	
Vollzeitschulische Berufsausbildung	A5.1
Vorbildung der Auszubildenden, höchster allgemeinbildender Schulabschluss (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.1
Vorbildung der Auszubildenden, vorherige Berufsausbildung (Berufsbildungsstatistik)	A4.3
Vorbildung der Auszubildenden, vorherige Berufsvorbereitung und berufliche Grundbildung (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.2

Schlagwort	Kapitel
<i>Vorzeitige Vertragslösungen siehe Vertragslösung</i>	
wbmonitor	B2.1.1, B2.1.2
Weiterbildung	B1.1, B2.1.1, B2.1.2
Weiterbildung Geringqualifizierter und älterer Beschäftigter	B3.1
Weiterbildung, Anbietertypen in der	B2.1.1, B2.2.1
Weiterbildung, berufliche	B2.1.1, B2.1.2, B2.2.1, B2.2.2, B2.2.3, B3.1 B4.3
Weiterbildung, berufsbezogene	B1.1
Weiterbildung, betriebliche	B1.1, B1.2.2, B1.2.3, B3.6
Weiterbildung, Finanzierung	B3.5, B3.6
<i>Weiterbildung, Klimawert siehe Wirtschaftsklima in der Weiterbildung</i>	
Weiterbildung, nonformal und formal	B1.1, B2.3
<i>Weiterbildung, öffentlich geförderte siehe Förderung beruflicher Weiterbildung</i>	
Weiterbildung, Themen	B2.2.3
Weiterbildungsaktivität	B1.1
Weiterbildungsanbieter	B2.1.1, B2.1.2, B2.2.1, B2.2.2, B2.2.3
Weiterbildungsangebote	B2.1.2, B2.2.1
Weiterbildungsbeteiligung	B1.1, B1.2.2, B2.2.2
Weiterbildungsförderung	B3.5, B3.7
Weiterbildungsgründe	
<i>Weiterbildungskosten siehe Weiterbildung, Finanzierung</i>	
<i>Weiterbildungsquote siehe Weiterbildungsbeteiligung</i>	
<i>Weiterbildungsstipendium siehe Programm Weiterbildungsstipendium</i>	
Weiterbildungsstrukturen	B2.1.2
Weiterbildungsvolumen	B1.1
Wirtschaftsklima in der Weiterbildung	B2.1.1
Wissensökonomie	A4.4
Zuständigkeitsbereiche (Berufsbildungsstatistik)	A4.2, A4.6.1, A4.6.2
Zuständigkeitsbereiche, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (BIBB-Erhebung 30. September)	A1.2
Zuständigkeitsbereiche, öffentlicher Dienst, Ausbildung (Personalstandstatistik Statistisches Bundesamt)	A5.2
Zweijährige Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
Zweijährige Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO (BIBB-Erhebung 30. September)	A1.2
<i>Zweitausbildung siehe Mehrfachausbildung</i>	
<i>Zweite Schwelle siehe Übergang Ausbildung – Beschäftigung</i>	

Bundesinstitut für Berufsbildung
Robert-Schuman-Platz 3
53175 Bonn

Telefon (0228) 107-0
Telefax (0228) 107-2976/77

Internet: www.bibb.de
E-Mail: zentrale@bibb.de



ISBN 978-3-88555-989-4